Wach' auf evangelisches Volk!

Aufsätze
über
Kirche und Kirchenpolitik.

Von

Adolf Stoecker.

Wach' auf Evangelisches Volk!

Aufsätze über Kirche und Kirchenpolitik

von

Adolf Stöcker.

Berlin.
Buchhandlung der Berliner Stadtmission.

Meinen lieben

Freunden und Mitstreitern

im öffentlichen Leben

den Herren

Oberverwaltungs-Gerichtsrat Hahn,

Chefredakteur Freiherr von Hammerstein,

Geheimen Rat Professor Dr. Adolf Wagner,

Licentiat Pfarrer Weber

in treuer Bundesgenossenschaft

gewidmet.

Inhalt.

Vorwort.

Die nachfolgenden Aufsätze sind in ihrem ersten Teil der im Jahre 1886 eingegangenen Neuen Evangelischen Kirchenzeitung, in ihrer zweiten Hälfte der Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung*) entnommen. Für beide Blätter schrieb ich seit dem Jahre 1870 bis heute — mit kurzer Unterbrechung in den ersten Jahren des vorigen Jahrzehntes — halbjährliche Betrachtungen über die kirchliche Lage. Was der geneigte Leser in diesem vorliegenden Bande findet, ist ein Teil dieser Rundschauen, vermehrt durch einige Aufsätze, welche wichtige kirchliche Fragen oder Ereignisse betreffen. Daraus ergiebt sich, daß die Angelegenheiten der Kirche nicht im Zusammenhang, sondern je nach der Zeitlage behandelt sind. Das Buch ist sehr allmählich, immer unmittelbar aus dem Leben niedergeschrieben und spiegelt zuweilen Eindrücke wieder, die nicht bis auf die Gegenwart lebendig geblieben sind. Im großen und ganzen aber giebt es eine im wesentlichen sich gleich bleibende Beurteilung der Reformationskirche, ihrer Aufgaben wie ihrer Versäumnisse, ihrer Gefahren wie ihrer Hoffnungen.

Ich sehe, das leugne ich nicht, die evangelische Kirche Deutschlands in hohem Maße bedroht. Zerstörende Mächte rütteln an ihr und lassen sie weder zur Kraft noch zur Ruhe kommen. Sie leidet an schweren Irrtümern, die sie in ihrem gegenwärtigen Zustande nicht überwinden kann. In ihrem Bekenntnisstand ist sie nicht gesichert; auch wo die Kirchenordnung das Bekenntnis noch

*) Berlin, Verlag der Buchhandlung der Berliner Stadtmission. Johannistisch 6. Herausgegeben und redigiert vom Hofprediger a. D. Stöcker.

Mit einer monatlichen litterarischen Beilage. Vierteljährlich 2 Mark 50 Pfennige.

zu schützen scheint, wird dasselbe bekämpft oder verschwiegen. Das Wesen der Kirche setzt man gerade jetzt wieder in die Lokalgemeinde, weil man den Mut oder die Überzeugung nicht besitzt, die Kirche als eine Stiftung Gottes zu behaupten. Das Gemeindeleben soll von dem Grunde göttlicher Offenbarung losgelöst und als eine menschliche Gemeinschaft zu sittlichen oder sozialen Zwecken angesehen werden, das Wort Gottes, durch die moderne Kritik vom Zweifel zersetzt, hat für viele Zeitgenossen seinen Felsencharakter verloren und ist ihnen zum Triebsand geworden. Der Staat, welcher die theologischen Lehrer und die kirchlichen Behörden ernennt, hat der Verfassung einen staatskirchlichen Zug aufgeprägt, der die Freiheit hindert und den Glauben lähmt. So ist die evangelische Kirche, vor den Kampf mit feindlichen Gewalten gestellt, innerlich schwach und äußerlich einflußlos. Es fehlt viel, daß dies erkannt wird. Eine byzantinische Richtung hindert überdies bei manchem sogar den Willen, die Wahrheit zu sehen. Aus solchem Irrtum zu wecken, soll dies Buch helfen. Eben deshalb sein Titel: Wach' auf!

Man hat mich im vorigen Jahre gefragt, warum ich die Staatskirche nicht verlasse, da ich sie nicht für eine wirkliche Kirche halte. Ich habe dem Frager, Kirchenrat R. Rocholl, die nachfolgende Antwort gegeben, die ich hier abdrucke, weil sie meine persönliche Stellung kennzeichnet und mir zu einer Einleitung dieses Buches sehr geeignet erscheint. Sie lautet:

Geehrter Herr und Bruder! Sie haben betreffs einiger Äußerungen von mir auf der diesjährigen Pastoralkonferenz einen offenen Brief an mich gerichtet, auf den ich Ihnen eine Antwort schuldig bin. Wenn Sie die Hoffnung aussprechen, mich mit keinem Worte verletzt zu haben, so ist das völlig eingetroffen. Auch ich wünsche bei der Verehrung, die ich gegen Sie habe, bei der Dankbarkeit, die ich für vieles in Ihren Schriften empfinde, rein sachlich zu antworten. Es gilt mir wie Ihnen, eine Auseinandersetzung zwischen Union und Separation in brüderlichem Geist zu führen.

Zunächst gestatten Sie mir die Berichtigung eines Irrtums. Sie schreiben, ich müßte die unierte Kirche verlassen; denn innerhalb derselben, ihr Brot essend, könnte man die Union nicht bekämpfen. Demgegenüber muß ich von vornherein bekennen, daß ich es bisher noch nie als Pflicht erkannt habe, die Union als

solche zu bekämpfen. Ich habe die Schäden des Staatskirchentums, die kirchliche Unfreiheit, den unwürdigen Byzantinismus, den Mangel an Lehrzucht und Kirchenzucht oft hervorgehoben und scharf verurteilt. Aber ich finde diese Schäden ganz ebenso in den lutherischen Staatskirchen wie in der Union. Ein Fanatiker der Unionsidee bin ich niemals gewesen, sondern in Wort und Schrift, so lange ich kirchlich und kirchenpolitisch denke, für das volle Recht des lutherischen Bekenntnisses innerhalb der Union eingetreten. Die Thatsache der Union glaube ich zu verstehen und erkenne darin trotz mancher Irrtümer einen Weg Gottes; die Art ihrer Einführung ohne Befragung und Zustimmung der Kirche beklage ich; die gegen die schlesischen Lutheraner begangenen Gewaltthätigkeiten erregen noch heute meinen Unwillen und begründen in mir eine mit tiefer Teilnahme verbundene Achtung der lutherischen Separation. Was ich über die Mängel meiner Kirche zu sagen für nötig hielt, das habe ich immer offen ausgesprochen, ohne daran zu denken, daß ich ihr Brot aß. Ich habe ohne Besinnen, ebenso wie mein Amtsbruder, das Hofpredigeramt aufgegeben, um die Ehre des Amtes zu wahren, und damit bewiesen, daß es mir um das Brot nicht zu thun ist. Da ich meine kleine Pension nicht aus kirchlichen Mitteln beziehe, bin ich in diesem Punkte ganz frei; auch wenn es anders wäre, würde mich die Rücksicht auf irdischen Verlust nicht abhalten, meiner Überzeugung zu folgen. Sie scheinen aber anzunehmen, daß meine Anschauungen mich mit Folgerichtigkeit veranlassen müßten, aus der unierten Landeskirche auszutreten. Eben dies ist es, worüber ich mit Ihnen reden muß.

Ganz richtig geben Sie meine Äußerung über die Kirche wieder. Ich erkenne allerdings darin das protestantische Elend, daß man in weiten Kreisen des Staatskirchentums garnicht weiß, was Kirche ist. Zuweilen habe ich mich noch schärfer ausgedrückt und behauptet, die Staats- und Landeskirchen seien überhaupt keine Kirchen, sondern müßten erst noch zur Kirche werden; ich halte auch diese Behauptung völlig aufrecht. Aber was hat das mit der Union zu thun? Nach meinem Dafürhalten haben die Reformatoren, als sie das Kirchenregiment in die Hände der weltlichen Obrigkeit legten, die Ausbildung einer wirklichen Kirche gehindert. In den ersten beiden Jahrhunderten der Reformation trat der Schade dieser Einrichtung noch nicht so grell hervor,

weil das Bekenntnis der Kirche die Obrigkeiten band; aber vorhanden war das protestantische Elend schon damals und offenbarte sich in dem Mangel eines entwickelten Gemeindelebens, einer ihrer selbst mächtigen Kirche. Ich bin weit entfernt, den Reformatoren daraus einen Vorwurf zu machen. Gewiß war es nur auf diesem Wege möglich, die Existenz der Reformationskirche vor Kaiser und Kontrereformation zu schützen; und die Obrigkeiten von damals, welche Krone und Leben für den evangelischen Glauben einsetzten, waren sehr ehrenwerte Träger des Kirchenregiments. Aber ein Notstand war das weltliche Kirchenregiment immer; wie sehr die Union damit zusammenhängt, brauche ich Ihnen nicht auseinanderzusetzen. — Ich habe mich nur immer gewundert, daß die altlutherische Kirche, als sie in voller Freiheit ihre Verfassung schuf, die Konsistorialverfassung wählte, eine Form des kirchlichen Lebens, die schon mit dem landesherrlichen Kirchenregiment verbunden ihre großen Bedenken, ohne dasselbe in dem Wesen der Kirche erst recht keinen Grund hat.

Aber auf diesen Punkt, so wichtig er für mich ist, richten Sie Ihren Angriff nicht in erster Linie. Sie sprechen nur von der Bekenntnislosigkeit der Union. Und Sie treffen damit ohne Zweifel eine schwache Stelle. Auch ich halte eine Kirche für gefährdet, wenn sie kein festes Bekenntnis, sondern einen Konsensus von Bekenntnissen, der nicht formuliert ist, als Grundlage hat. Und ich begreife nicht, warum die unierten Landeskirchen diesem Übelstand nicht dadurch ein Ende machen, daß sie die Augsburgische Konfession als ihr Bekenntnis annehmen. Die Reformierten, welche im deutschen Kirchenrecht als socii confessionis Augustanae gelten, könnten im Grunde dawider nichts einwenden. Und für das kirchliche und kirchenrechtliche Bedürfnis, wie es heute vorliegt, würde dies eine Bekenntnis genügen, wenn man den lutherischen oder Heidelberger Katechismus für die Gemeinden lutherischen oder reformierten Bekenntnisses festsetzte. Ich persönlich schätze auch die anderen Bekenntnisse der Reformation hoch; die der lutherischen Kirche sind geradezu von unschätzbarer Bedeutung. Aber was bedeuten sie für das christliche Leben der Konfessionskirchen? Wer außer den Theologen kennt sie? Zumal die Konkordienformel ist eine bewunderungswürdige Dogmatik, aber ein Bekenntnis für das lutherische Volk ist sie nicht. — Sie würden auch von dieser Lösung nicht befriedigt sein können, da Sie das Altarsakrament

zum Schibolet des kirchlichen Kampfes der Gegenwart machen, wobei keinerlei Union denkbar ist. Und hier freilich muß ich Ihnen in aller Ehrlichkeit eine Anschauung bekennen, die Sie vermutlich für eine starke Ketzerei ansehen. Mir ist es nämlich durchaus zuwider, das heilige Abendmahl in der stark zugespitzten Weise, wie Alt- und Neu-Lutheraner es thun, zur nota confessionis zu machen. Ich würde es für ökumenisch, auch für biblisch halten, ähnlich wie die heilige Taufe, das Sakrament des Altars, soweit es unter beiderlei Gestalt ausgeteilt wird, zu einem Brudermahl aller Gläubigen ausgestaltet zu sehen. Daß sich an dem Sakramentsbegriff die Theologie aller Jahrhunderte als an einem Eckstein gestoßen und gestritten hat, begreife ich durchaus, da in demselben die Grundauffassungen über das Verhältnis zwischen Gott und Welt zum Ausdruck kommen. Trotzdem halte ich gerade bei diesem Geheimnis, das der Erkenntnis immer dunkel und dem Bekenntnis immer unaussprechlich sein wird, die Gemeinschaft der Gläubigen nicht für ausgeschlossen, umsomehr, da nach lutherischer Lehre die Gabe im heiligen Sakrament für alle, sogar für die Ungläubigen, dieselbe ist.

Wenn Sie nun aber aus der fehlenden Formulierung eines Unionsbekenntnisses den Mangel an einer rechten Lehrverpflichtung, Lehrzucht, Abendmahlszucht, Kirchenzucht folgern, so gehen Sie darin zu weit. Die lutherischen Landeskirchen sind trotz der ungebrochenen Geltung der Bekenntnisse thatsächlich in all diesen Stücken nicht besser daran. Fast ohne Ausnahme haben sie in den Pfarrstellen, wie die Union hier und da, ganz liberale Theologen und scheuen die Disziplinarprozesse wegen Irrlehren ebenso wie der preußische Oberkirchenrat. Nicht die Union, sondern die Scheu vor einem solchen Prozeß hat die Untersuchung gegen Pfarrer Ziegler verhindert. Ich stimme darin mit Ihnen überein, daß eine Kirche, die ihr Bekenntnis nicht schützt, keine Existenzberechtigung hat; ich gebe zu, daß in der preußischen Kirchengeschichte Fälle vorgekommen sind, wo die Behörden hätten schärfer zugreifen müssen. Aber ich berufe mich auf die Thatsache, daß wir in Preußen doch noch eine Kirchenordnung auch in der Lehre haben und handhaben, daß dagegen in manchen lutherischen Landeskirchen eine völlige Kirchenunordnung herrscht, die jedem gestattet zu predigen, wie er will. Schwalb, von dem der liberale Sulze sagt, daß sein Reformjudentum nicht in die Kirche gehöre, amtiert

ungestört in einer nichtunierten Landeskirche. Und daß kürzlich bei einem Radfahrerkongreß der Nachmittagsgottesdienst ausfiel, geschah in der Residenz einer nominell lutherischen Landeskirche; in Berlin wäre ein ähnlicher Verstoß gegen die kirchliche Sitte unmöglich gewesen. — Sie berufen sich, um Ihren Satz zu erläutern, auf meine Äußerungen über Inspiration und fragen: Wo ist die Behörde, die solche Meinungen in Zucht nimmt? Wenn Sie diese Äußerungen selbst gehört hätten, würden Sie nicht sagen, daß ich dadurch dem Volk den einzigen Trost im Leben und im Sterben nähme. Mir ist die Bibel wirklich Gottes Wort, gottdurchweht. Den Begriff der Eingebung habe ich nur insoweit abzuweisen, als er die völlige Irrtumslosigkeit in all und jedem einschließt. Welche lutherische Landeskirche aber würde einen solchen Standpunkt zum Gegenstand eines Disziplinarverfahrens machen? Gewiß keine einzige. Die Bibel beansprucht die absolute Irrtumslosigkeit nicht. Die Bekenntnisse der lutherischen Kirche sagen in weiser Selbstbeschränkung darüber nichts. Selbst die klassischen Dogmatiker des Luthertums, wie Dieckhoff eben in lehrreicher Weise dargethan hat, hüten sich, einen Inspirationsbegriff von dieser schartigen Schärfe aufzustellen. Ich möchte auf diese Sache nicht weiter eingehen, als nötig ist; auch in Ihrem Briefe ist sie nur als Illustration angeführt. Sonst ließe sich viel darüber sagen, wie unsere Kirche, wenn sie die Schriftautorität preisgiebt, sich selbst preisgiebt. Aber ich bin hier in der Sommerfrische ohne das gelehrte Handwerkszeug. Und mit der Union hat ja diese Frage nichts zu thun.

Aber — so werden Sie sagen — Sie wollen mir garnicht die lutherischen Staats- und Landeskirchen, sondern Ihre lutherische Freikirche als Panier der Rettung entgegenhalten. Und ich bekenne, daß der Gedanke kirchlicher Freiheit auf mich jedesmal, so oft er vor meinem Geiste aufleuchtet, den denkbar tiefsten Eindruck macht. Es ist meine innerste und begründetste Überzeugung, daß die unfreie Staatskirche, wie sie in dem Wirrwarr von politischen und kirchenpolitischen Richtungen hilflos und machtlos hin- und hergeworfen wird, keine Zukunft hat. Alles Geistige ist heute frei, nur die Kirche nicht, die doch allein in der Freiheit leben und atmen kann; daran kann die Kirche der Reformation zu Grunde gehen, wenn der Retter nicht kommt. Und ich begreife Ihr bitteres Wort, daß die unierte Landeskirche keinen anderen Halt

hat als den König. Gott sei Dank, ganz so ist es doch nicht. Und ich denke, Sie haben, als die Eröffnungsrede der letzten Generalsynode für die evangelische Landeskirche Preußens das Sichscharen um die allerhöchste Person des Landesherrn als den sicheren Weg zum Heil verkündete, auch die Antwort der Synode gelesen, die in ehrerbietiger Weise diese Anschauung auf ihr rechtes Maß zurückführte. Immerhin war damals die byzantinische Stimmung zu stark, als daß öffentlich die Bedürfnisse und Wünsche der Landeskirche zum vollen Ausdruck kommen konnten; in den Kommissionen dagegen ist ein ergreifendes Zeugnis von vielen Seiten abgelegt. Und wir, die Anhänger kirchlicher Selbständigkeit, nicht entmutigt durch augenblickliches Mißlingen und auf eine günstigere Zeit wartend, arbeiten unermüdlich daran, diesen hippokratischen Zug der Lebensschwäche aus dem Angesicht unserer Kirche zu verscheuchen. Noch ist die Hoffnung nicht verschwunden, daß der Gedanke kirchlicher Unabhängigkeit, der in dem Herzen Friedrich Wilhelms IV. so lebendig war und bis zum Erlaß der Generalsynodalordnung alle Richtungen in gleicher Weise durchdrang, wieder aufwache und sich unter dem Druck der Notwendigkeit auch durchsetze. Erst wenn für immer die Möglichkeit eines besseren Zustandes der Kirche dahin wäre, könnten bekenntnistreue und freiheitliebende Glieder derselben an den Austritt denken. Bis dahin aber müssen wir, wenigstens ich, um des Gewissens willen an der Volkskirche festhalten und an ihrer Befreiung arbeiten. Sie sagen, ich rechnete mit den Massen; wer aber hätte uns auf sie angewiesen? Sagen Sie statt Massen Volk, und es ist der Herr selbst, der uns die Kirche als eine Volks- und Völkerkirche zeigt. Daß aber auf dem Wege der Volkskirche noch eine Ernte einzubringen ist, das haben wir in der Millionenstadt Berlin unter der größten Ungunst der Verhältnisse durch Gottes Gnade erleben dürfen. Sie schildern das freudige Leben unter den beinahe hundert Geistlichen und in der ganz Deutschland umspannenden Gemeinde Ihrer staatsfreien Kirche; ich glaube, daß es köstlich ist, mit lauter gleichgesinnten Brüdern in einer Gemeinschaft des Glaubens zu stehen und zu arbeiten. Aber, verzeihen Sie mir den Ausdruck eines Gefühls, es ist mir zu leicht und bequem, aus einer Kirche, in welcher große Mißstände sind, auszuscheiden, um diesen Mißständen zu entgehen; ich halte es für schwerer und für göttlich gewollt, das Kreuz der Kirche zu tragen,

so lange das Gewissen es erlaubt. Ein anderes ist es, wenn man um des Gewissens willen, aus Gründen des Glaubens und der Seligkeit die Nötigung fühlt, eine Gemeinschaft zu verlassen, in welcher grundstürzende Irrlehren ein Recht hätten. So aber stehe ich meiner Kirche nicht gegenüber. Ich habe vielmehr die gewissenhafte Überzeugung, daß ich in der Landeskirche bleiben, nicht dieselbe verlassen muß. Und ich finde mich dabei in Übereinstimmung mit der Schrift und den Aposteln. Warum hat St. Paulus die gläubigen Korinther nicht aufgefordert, die Gemeinschaft der anderen zu verlassen, da doch der Gemeindezustand schlimm genug war? Ich meine, er wollte auch um den Preis schweren Kampfes die Einheit bewahren und die Spaltung meiden. Sie sehen den Herrn der Kirche durch die Geschichte der Gegenwart vor sich hinschreiten und hegen die Hoffnung, er werde Ihre Kirche als Werkzeug brauchen, die lutherische Kirche in Deutschland neu aufzurichten. Wohl Ihnen, daß Sie so glauben können. Ich habe aus der Geschichte der lutherischen Separation, die zu meinem Bedauern eine Geschichte von neuen Separationen ist, die ganz andere Lehre entnommen, daß es zunächst Gottes Wille nicht ist, uns durch kleine Freikirchen zu helfen. Und auch in der übrigen evangelischen Welt scheint mir das Freikirchentum, so glänzend und lebensvoll es an manchen Orten vor uns steht, die geistliche Kraft, die man ihm sonst zuschrieb, nicht festhalten zu können; wenigstens bekenntniswidrige Irrlehre streng auszuschließen, ist es nicht mehr überall imstande. Denken Sie an Spurgeon. Ich bekenne offen, daß sein Geschick gegenüber der Baptist Union meine Schätzung der Freikirche sehr herabgestimmt hat. In anderen Denominationen Englands und Amerikas wiederholt sich dasselbe Ergebnis. Ich fürchte, daß über die Freikirchen eine ähnliche, wenn auch nicht so durchgreifende und allgemeine Prüfung kommen wird wie über die Staatskirchen. So sehe ich den Felsengrund nicht, den Sie unter sich spüren, und kann deshalb auch Ihrer Mahnung nicht folgen, aus dem Triebsand herauszutreten, der, wie Sie schreiben, mein Werk unfehlbar verwehen wird.

Ich will Ihnen ganz gerne zugeben, daß es mir bei meinen Bestrebungen, der Volkskirche Freiheit und Bekenntnissicherheit zu gewinnen und zu diesem Zweck das Volk selbst für die Kirche zurückzuerobern, manchmal zu Mute ist, als wanderte ich im Triebsand. Nach dem für mich und die Sache der kirchlichen Un-

abhängigkeit so schmerzlichen Ereignis der Generalsynode sagte mir ein katholischer Würdenträger ungefähr dasselbe. „Wären Sie katholisch," bemerkte er, „so stände die ganze Kirche hinter Ihnen; da Sie protestantisch sind, wird Ihre Arbeit von Ihrer eigenen Kirche zerrüttet." Aber das ist doch nur im kirchlich-offiziellen Sinne richtig. Vom König und Kirchenregiment, leider zuletzt auch von einem Teil meiner eigenen kirchlichen Gruppe, bin ich samt meiner kirchenpolitischen Arbeit preisgegeben; aber meine Freunde im evangelischen Volk haben mich noch nie einen Augenblick im Stich gelassen. Wo ich im deutschen Vaterlande von den Zielen rede, die mein Herz erglühen und meine Augen leuchten machen, finde ich Teilnahme und Zustimmung, Freundschaft und Liebe, mehr als ich je gehofft habe. Und es gehört für mich zu meinen schönsten Erlebnissen, daß oft auch altlutherische Brüder in der christlich-sozialen Arbeit mit mir Schulter an Schulter standen, und zu meinen köstlichen Erinnerungen, daß ich kürzlich an einer berühmten Stätte der Separation war und mit vielen Altlutheranern Gemeinschaft des Geistes pflegen durfte.

Lassen Sie mich darum auf meinem Wege weiter gehen. Für Ihre Segenswünsche danke ich von Herzen; ich gebe sie Ihnen in brüderlicher Liebe zurück. Daß eine neue Zeit angebrochen ist, in welcher nur diejenigen kirchlichen Gebilde, welche auf Glauben und Selbständigkeit beruhen, Bestand haben und Hilfe bringen können, glaube ich mit Ihnen. Daß der Zustand des deutschen Protestantismus zum großen Teil die Schuld an dem religiösen und sittlichen Niedergang unseres Volkes trägt, auch die Verantwortung für die soziale Zerrüttung Deutschlands mit übernehmen muß, habe ich seit lange gedacht und ausgesprochen. Und als der allerkleinsten Propheten einer habe ich mein Volk und meine Kirche aus dem Schlaf zu wecken und an die Arbeit zu stellen gesucht. Umsonst habe ich nicht gearbeitet. Früher habe ich zuweilen gemeint, daß das kirchliche Heil uns näher sei, als viele glaubten. Darin bin ich so hoffnungsfroh nicht mehr. Ich sehe zunächst die der evangelischen Kirche feindlichen Mächte, die religiösen, wie Rom, und die irreligiösen, wie Freisinn, Judentum, Sozialdemokratie, noch wachsen und zunehmen, während der Protestantismus an Zwiespalt der Lehre, an Unterwürfigkeit unter die Machthaber, an Unfreiheit und Energielosigkeit noch weiter leiden wird. Die evangelischen Landeskirchen stützen

sich viel zu sehr auf den Rohrstab des Staats, der ihnen schließlich doch immer durch die Hand fährt. Aber den Glauben an die Volkskirche und an das Volk gebe ich darum doch nicht auf. Ich würde die göttliche Providenz nicht verstehen, wenn die Reformation mit ihrer Vernichtung und das endlich geeinte Deutschland mit der sozialen Zertrennung endete. Wann Gott sich aufmachen und uns die Rettung senden wird, liegt in seiner Hand. Wir können nur beten, daß die Hilfe in Buße und Glauben nicht zu lange ausbleibe. Daß der Tag kommen wird, an welchem eine vom Staatsdruck befreite Volkskirche ihres Glaubens leben und an der Volksseele wirksamer als jetzt arbeiten kann, ist mein Flehen und Hoffen, daran zu helfen nach dem mir verliehenen Maß der Kräfte, meine That und meine Treue. Dabei will ich gern, wie einst Huß, auf dem Scheiterhaufen des Zeitgeistes verbrannt werden und den Schwan verkündigen, der ausrichtet, was unseren geringen Tagen zu schauen nicht vergönnt war.

Adolf Stöcker.

Erste Abteilung.

Aufsätze über die kirchliche Lage
1875–1880.

Wo stehen wir?

2. Januar 1875.

Wo steht unsere Kirche? Am Abgrund oder in den Anfängen einer neuen Zeit? Im Niedergang oder im Aufgang einer besseren Zukunft? Liegt sie auf dem Sterbebette, wie ihre Feinde ohne Mitleid verkünden, oder, wie ihre Freunde trotz allem freudig hoffen, in den ersten schweren Atemzügen der Genesung? Es wäre vermessen, auf diese inhaltsschweren Fragen, die unser ganzes Herz bewegen, eine einfache Antwort zu geben. So verwirrt sind die Verhältnisse unserer Kirche, so abhängig von den Maßregeln welche in den nächsten Wochen und Monaten getroffen werden müssen, so verflochten in die Irrgänge einer hohen und niederen Politik, daß niemand, er müßte denn ein Prophet sein, das Bild der kommenden Tage zeichnen kann. Nur eins ist klar. Wenn der Leiter der preußischen Kirchenpolitik, wenn die oberste Kirchenbehörde, wenn der parlamentarische Liberalismus auf den bisherigen Wegen fortfahren, so steht alles auf dem Spiel, und unsere Landeskirche, die größte protestantische Gemeinschaft der Welt, die Burg der preußischen Größe, die Vorkämpferin gegen Rom, stürzt in Ruinen zusammen. Daß mit den gebrochenen Baustücken der lauernde Katholizismus seine Lücken vermauern würde, ist noch der geringste Schade, der uns droht; die Anarchie des religiösen Geistes im evangelischen Preußen wäre freilich im gegenwärtigen kirchlichen Kampfe der sichere Sieg des Vatikan, aber sie wäre mehr als das: der Einsturz des christlichen, sittlichen Volkslebens, der innere Verfall des kaum geeinten Deutschlands, der Anfang vom Ende. Wir möchten nicht zu schwarz sehen; aber

wir meinen, es sei die Stunde gekommen, aus dem Kreise des Volkes heraus wie im alten Rom, den Männern am Steuer des Staates und der Kirche zuzurufen: videant consules, ne quid detrimenti respublica capiat. Und da ein Rückwärts nicht möglich und nicht zu wünschen ist, so bedeutet unser Ruf ein lautes, energisches Vorwärts! Denn nicht darin liegt die Gefahr, daß die alten Zustände der Kirche zusammenbrechen, die durchaus unhaltbar sind, sondern darin, daß sie krampfhaft festgehalten werden, nachdem ihre Grundlagen zerstört sind, und daß die Zerstörer des Alten nicht genug Geist oder Mut haben, die Baumeister des Neuen zu werden. Unsere gegenwärtige verzweifelte Lage ist die natürliche Folge der langjährigen Vermischung staatlicher Mächte und kirchlicher Rechte; einer Vermischung, welche den Staat veranlaßt hat, die bisherige Basis der Kirche zu zertrümmern und sich völlig von ihr frei zu machen, die aber trotzdem noch immer auf der Kirche lastet und sie verhindert, sich selbst zu schützen und zu organisieren. Man stelle sich vor, daß die Kirche jetzt ihre synodale Verfassung und ihre Dotation hätte, daß sie vom Kultusminister unabhängig und in der Lage wäre, zu beraten und zu beschließen, was ihr gut schiene: gewiß würde kein evangelischer Mann trotz Maigesetze und Zivilstand irgend eine Besorgnis hegen dürfen. Das Unglück unserer Kirche ist ihre Abhängigkeit und Ohnmacht unter Verhältnissen, welche die äußerste Kraft und Freiheit erfordern; während der Staat rücksichtslos ausführt, was er für sein Recht hält, und was wir ihm nicht bestritten haben, darf die Kirche noch immer nicht thun, was sie will, sondern muß auch auf ihrem Gebiet thun, was der Staat will. Alle unsere augenblicklichen Schwierigkeiten lassen sich im letzten Grunde auf diesen Punkt zurückführen, daß gegenüber einer Machtentfaltung des Staatsorganismus, die doch ziemlich stark den Beigeschmack der Staatsomnipotenz trägt, die Kirche keine anderen Hilfsmittel hat als ihre Schwachheit und ihre Geduld. Unsere wichtigste, ja unsere einzige, absolute Forderung ist deshalb unsere Freiheit vom Staat; daß diese Forderung von der Kirche selbst nicht klar gestellt, vom Liberalismus unredlicherweise schon im voraus verweigert, von der Regierung kaum angerührt wird: das ist unsere Sorge. Und doch ist die kirchliche Freiheit unser verbürgtes, verfassungsmäßiges Recht, das wir nicht als eine Gnade zu erflehen haben, das wir als eine alte Schuld des Staates einklagen dürfen. Gern und

freudig wollen wir alle Gesetze des Staates befolgen; ohne jede hierarchische Anmaßung wollen wir uns in die Schranken weisen lassen, welche der Staat in seinem Interesse zu ziehen für gut findet; aber innerhalb dieser Gesetze und Schranken fordern wir nach der Verfassung „die selbständige Verwaltung unserer Angelegenheiten“. Das ist die große Frage des Moments und der Zukunft; von ihrer Lösung hängt auch die Beantwortung der Fragen ab, die wir uns am Anfang gestellt haben. Gewinnen wir unsere Freiheit, dann sind wir bei aller augenblicklichen Not doch im Aufgang und in der Genesung; wenn nicht, so steht die evangelische Kirche Preußens am Abgrund und stürzt hinein — für immer. Wer will diese Verantwortung tragen? Welcher Minister? Welche Kammer? Welche Kirchenbehörde? Und wir sind mitten im Kampf gegen Rom!

Mit diesem Kampfe hat die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche begonnen. Wir sind die ersten gewesen, der Krone Preußen bei ihrer Kriegserklärung gegen Rom von Herzen Glück und Sieg zu wünschen. Eine andere Art der Kriegführung wäre uns lieber gewesen. Hätte Preußen mit aufgerolltem Panier die Unfehlbarkeit bekämpft, seinen Vertrag mit der Kurie gekündigt, im übrigen aber die Kirche machen lassen, was sie wollte: der Ultramontanismus wäre heute nicht die Großmacht, die er durch die vielen Aufregungen in Verbindung mit dem allgemeinen direkten Wahlrecht geworden ist; anstatt der tausend Geldstrafen und Maßregelungen, die den Fanatismus in jedem katholischen Dorfe wecken, hätte die Regierung leichte, kurze Arbeit und — was vor allem zu beachten ist — gegen die falsche Idee Roms den mächtigen Gedanken der Wahrheit als ihren Bundesgenossen gehabt. Nun, Preußen zog einen andern Weg vor, der, wenn auch mit mehr Schwierigkeiten und auf größeren Umwegen, dennoch zum Ziele führen konnte; es unterzog die gesamte Stellung der Kirche zum Staat bis in das einzelnste der gesetzlichen Regelung. Es ist nicht unseres Amtes, diese Gesetze, an denen wir manche Änderungen wünschten, immer wieder zu kritisieren; nicht ein Leiden sahen wir in der neuen Gesetzgebung, sondern vielmehr eine Grundlage für die nachfolgende Unabhängigkeit der Kirche. Auch jetzt, nachdem die Folgen des Zivilstandsgesetzes, uns nicht unerwartet, für viele überraschend, hervorgetreten sind, stehen wir zu dem Gesetze selbst nicht anders; wir halten es für notwendig und

geboten. Daß aber der Minister die Einführung desselben zuließ, ehe die arme Kirche für den Ausfall an Gebühren entschädigt und überhaupt neu ausgestattet war, ehe die fertige Synodalverfassung der Kirche eine neue Gestalt und ein Forum zur Beratung der schwierigen Verhältnisse gegeben hatte; daß der Minister durch seinen Kommissar jedes Recht der Kirche auf staatliche Entschädigung in Abrede stellte und erst durch die energische Einsprache liberaler Abgeordneter, unter ihnen Laskers, zur Einbringung eines Aufbesserungs- und Entschädigungsetats gedrängt wurde: das alles ist von uns nicht vorhergesehen und konnte nicht vorhergesehen werden, denn das ist nicht große preußische, protestantische Politik. Gesetze von so tiefgehender, einschneidender Wirkung müssen, ehe sie ins Leben treten, vorbereitet und vermittelt werden; es war ein großer politischer Fehler, daß sie auch der evangelischen Kirche einfach oktroyiert wurden. Nicht sowohl durch sie selbst, sondern durch ihre plötzliche, unvermittelte Einführung ist der Kirche eine tiefe Wunde geschlagen, was von dieser um so bitterer empfunden wurde, da sie wehrlos war und ihre Waffen erst von dem Minister empfangen mußte. Dies ganze Verfahren gegen die evangelische Kirche war um so weniger gerechtfertigt, da es doch nur Rom war, gegen das der Kampf sich richtete. Und wenn auch der Staat diesen Kampf mit juristischen Mitteln, und zwar mit gleichem Recht für beide Kirchen, zu führen gedenkt, so bedarf es doch einem preußischen Staatsmann gegenüber nicht erst der Versicherung, daß es sich dabei um einen idealen Siegespreis handelt, nämlich um die Hegemonie der protestantischen Idee, und daß man diesen geistigen Primat nicht stärkt, indem man die evangelische Kirche schwächt. Bis jetzt aber ist das Resultat des Krieges, daß der Ultramontanismus gesammelt und gestärkt wie nie dasteht, der Protestantismus geschwächt und zerschlagen wie nie daliegt. Man hat den Sturm gerufen und dann den protestantischen Baum entwurzelt; man hat den Krieg erklärt und das Schwert, die protestantische Kirche, zerbrochen. Das hat der Minister nicht gewollt; wir sind noch immer davon überzeugt, daß er es mit unserer Kirche gut meint. Nichtsdestoweniger liegen die Resultate seiner Kirchenpolitik klar vor Augen: die preußische Landeskirche erscheint desorganisiert, die Volkskirche für immer zerstört, nur das Staatskirchentum, diese unmögliche Ruine, steht über den Stürmen der Zeit durch die bloße Schwerkraft noch aufrecht. Vor dem preußischen

Kultusminister stand die schöne Aufgabe, soviel davon in staatlicher Mitwirkung liegt, den Ultramontanismus tot, den Protestantismus lebendig zu machen; zunächst ist unsere Kirche todesmatt, die römische lebensmutig geworden. Jenes ist nur Scheintod, dieses nur Scheinleben; aber es ist in der That die höchste Zeit, über diesen Zustand sich ernstlich klar zu werden. Die Spannung ist außerordentlich, die ganze Atmosphäre ist mit Elektrizität gefüllt, und die Blitze, welche früher nur auf katholische Bischofssitze niederfuhren und jetzt doch auch schon protestantische Superintendenten und Pastoren treffen, beleuchten eine unheimliche Situation. Möge der Minister, was noch zu retten ist, schnell retten, die Kirche dotieren und neu organisieren helfen, ihre Unabhängigkeit vom Staat durchsetzen und die befreite sich selbst zurückgeben: dann wollen wir das schwere Lehrgeld gern gezahlt haben, wollen all die Drangsal des Augenblickes vergessen und ihm mit Freuden verdanken, was wir als die völlige, aber auch als die einzige Entschädigung für alle Verluste ansehen: unsere Freiheit. —

Es herrscht in den leitenden Kreisen des Staates und der Kirche vielfach der Irrtum, daß mit der Einrichtung einer Synodalverfassung, wie sie jetzt als Bruchstück vorliegt, die Unabhängigkeit der Kirche hergestellt sei. Die Synoden mit einer kümmerlichen Ausstattung an Macht und Rechten sollen bei der kirchlichen Gesetzgebung und einigen Nebensachen mitwirken; damit meint man dem Anspruch der Kirche auf ihre verfassungsmäßige Freiheit genügen zu können. Das ist aber offenbar nur der Anfang der Freiheit, und zwar ein sehr schwacher. Solange der Kultusminister bei der Besetzung aller höheren Kirchenstellen im Oberkirchenrat und in den Konsistorien ein bestätigendes und entscheidendes Votum hat; solange er, ohne die Kirche zu Rate zu ziehen, die theologischen Professuren besetzt; solange er — allerdings im Namen des Landesherrn — die Kirchenhoheitsrechte ausübt und auch bei der Zusammensetzung der Synoden die durch Königliche Ernennung eintretenden Synodalglieder beruft; wenn der Kultusminister dies alles, wie wir es in der letzten Zeit gesehen haben, mit absoluter Vollmacht thut, so ist von einer Freiheit der Kirche gar nicht zu reden. Eine Kirche, die in ihren wichtigsten Lebensäußerungen an den Willen des Ministers gebunden ist, kann sich nicht frei nennen. Aber über alle diese Dinge hat bisher noch kein Wort verlautet; und doch, dies ist es gerade, was wir wissen möchten, was die Kirche wissen muß, wenn sie zu all

den bisherigen Experimenten Vertrauen haben soll: Wie denkt sich der Minister sein Verhältnis zu der synodal verfaßten Kirche? wird der Landesherr alle bisher geübten Rechte beibehalten? und wird er sie wie bisher durch den Kultusminister ausüben? Sollte auf diese Fragen ein Ja zu erwarten sein, was wir in der That kaum für möglich halten, dann darf die Kirche in Preußen auf eine angemessene Existenz überhaupt nicht rechnen, bis sie sich ihre Selbständigkeit, vielleicht in schweren Kämpfen und nach bitteren Erfahrungen errungen hat. Wir wissen sehr wohl, daß der Landesherr, und in Preußen besonders, allezeit ein großes Maß von Kirchenhoheit wird beanspruchen müssen, daß er, wenn auch geneigt, nach dem Vorbild Friedrich Wilhelms IV., sein Kirchenregiment in die rechten Hände zu legen, diese Hände wird bestätigen müssen. Dennoch ist es unmöglich, daß er in einer Kirche, die alle ihre Positionen und Privilegien im Staatsleben verloren hat, noch dieselbe Stellung haben kann, wie in einer privilegierten Staatskirche; es ist noch unmöglicher, daß er die Pflichten seiner Stellung dem Kultusminister überträgt, der doch immer mehr oder weniger ein Produkt der Kammermajorität, jedenfalls der Kammer verantwortlich ist. Die Kirche vom Staat befreien, indem man sie in ihren wichtigsten Funktionen von einem Staatsminister abhängig macht, das heißt, sie in einem Zirkel herumjagen, in dem sie zuletzt tot niedersinkt. Daß der Landesherr seine Kirchenhoheitsrechte durch eine vom Kultusminister unabhängige kirchliche Persönlichkeit oder ein kirchliches Kollegium ausübt, erscheint uns deshalb als die erste, unabweisbare Forderung, welche die Kirche in ihren neuen Verhältnissen stellen muß. Es wäre allzu naiv, durch Aufhebung des Taufzwanges und der kirchlichen Kopulation die Kirche um ihren staatskirchlichen Charakter und in die äußerste Lebensgefahr zu bringen, und dann doch in dieser auf das Freiwilligkeitsprinzip reduzierten und nur durch Freiheit lebensfähigen Gemeinschaft ein Staatskirchentum aufrecht zu erhalten, das früher wenigstens möglich war, heute aber ein Ungedanke ist. —

Und hier ist die Stelle, wo wir nicht anders können, als dem Evangelischen Oberkirchenrat die allgemeine Klage der Kirche aussprechen: daß er nämlich in diesen Tagen staatlicher Gesetzgebung das Recht und die Selbständigkeit der Kirche nicht herzhaft vertreten hat. Wir verkennen die Schwierigkeit seiner Aufgabe durchaus nicht, unter dem Argwohn der Nation, in steter Hemmung durch

Minister und Landtag, bei geringer Mithilfe der Kirchenglieder für die Kirche die rechte Existenz zu gewinnen. Die Kirche in ihrer Selbständigkeit vor dem Staat zu vertreten, dazu ist der Oberkirchenrat ins Leben gerufen; die Kirche in der jetzigen Krisis gegen den Staat zu vertreten, war der gewiesene Weg. Die oberste Behörde der preußischen Kirche mußte mit der Kirche selbst, mit ihren Generalsuperintendenten und Konsistorien, Fühlung suchen; sie mußte die gesamte Glaubensmacht der Gemeinden, die noch in reichem Maße vorhanden ist, den Forderungen des Staates gegenüber in die Wagschale werfen und rein nach kirchlichen Gesichtspunkten ihre Anordnungen und Maßregeln treffen. Sie konnte dann der begeisterten Liebe und der treuen Nachfolge aller Gläubigen gewiß sein. Anstatt dessen suchte sie durch ein Eingehen auf die Wünsche des Staates den Liberalismus für die Durchführung der neuen Kirchenverfassung zu gewinnen und irritierte dadurch das kirchliche Gefühl. In der Frage der Entschädigung für den Ausfall der Stolgebühren hat der Oberkirchenrat allerdings ein energisches Wort zum Minister gesprochen und die kommenden Nöte voraus verkündigt; leider ohne Erfolg. Sonst aber ist er dem Staate allzu bereitwillig entgegengekommen; seine Instruktionen über die kirchlichen Qualifikationen, seine Erlasse über die Wiedertrauung Geschiedener sind in der That kirchenregimentliche Fehler. Die Instruktionen haben durch den seit dem 1. Oktober*) geoffenbarten Abfall eine thatsächliche Kritik erfahren, die unzweifelhaft beweist, daß es sehr gefährlich werden kann, die schützenden Dämme der Gemeinde- und Synodalordnung niedriger zu machen, als das Gesetz sie gelassen hat. Vertrauen ist gut, aber nur am rechten Ort und zur rechten Zeit; in unseren Tagen muß die Kirche, zwischen lauter feindliche Mächte gestellt, objektive Normen haben, die ihr inneres Leben schützen. — Die Erlasse über die Wiedertrauung Geschiedener sind von allen Stimmen verurteilt; sie werden jedenfalls zurückgenommen werden müssen, auch der Paragraph der Gemeindeordnung, welcher die Entscheidung über die Vollziehung der Trauung in die Hand

---

*) Dieser Tag war der Anfang der Zivilstandsgesetzgebung, welche den völligen Zusammenbruch des Kirchentums in den Großstädten offenbarte; 80 % der Ehen blieben Jahre hindurch ungetraut, 40 % der Kinder ungetauft. — Auffallender Weise waren in Berlin die Verlustziffern der römischen Kirche bei den Taufen noch größer als die unseren.

des Gemeindekirchenrats legt, kann nicht bleiben. Die Kirche ist froh, endlich diese unheiligen Wiedertrauungen los zu werden; sie kann unmöglich in der zivilen Kopulation einen neuen Beweggrund sehen, die kirchliche Trauung zu gewähren. Das beklagenswerte Resultat von dem allen ist, daß zwischen der Kirche und ihrer obersten Behörde — wir konstatieren nur die uns selbst tief betrübende Thatsache — ein beständiges gegenseitiges Mißverstehen herrscht, und daß bei der kirchlichen Arbeit, die nur durch volle Eintracht glücklich vollendet werden könnte, es an dem rechten Vertrauen fehlt. Möge, das ist unser treugemeinter, guter Rat, es dem Kirchenregiment gelingen, in den Gliedern der Kirche wieder das Vertrauen zu wecken, daß es die kirchlichen Interessen stark und überzeugungsvoll vertritt; möge es auf das kräftigste dahin wirken, daß die Synodalordnung zustande komme und zu derselben als Schlußstein die kirchliche Freiheit und die Unabhängigkeit des Oberkirchenrats selbst vom Kultusminister hinzugefügt werde.

Um übrigens dem Oberkirchenrat Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, müssen wir darauf hinweisen, daß in der That seine Arbeit durch die Haltung vieler Geistlichen selbst ungemein erschwert wurde. Durch fruchtloses Eifern gegen das Zivilstandsgesetz hat der positive Protestantismus seiner Sache unglaublich geschadet. Wenn er, anstatt zu klagen, zu grollen und teilweise sogar ungesunde Sympathien mit Rom zu äußern, freudig in die neuen Verhältnisse eingetreten wäre; wenn er das Zivilstandsgesetz, anstatt darüber Weh zu schreien, voll Verständnis hingenommen und von diesem Standpunkt aus sein Recht gefordert hätte: es stände heute besser mit uns. Die Impulse, die dadurch preisgegeben sind, kommen nicht wieder; vielleicht sind die Nachteile, die bereits entstanden sind, noch in etwas wieder gut zu machen. Es gilt, die bisherige Position ein für allemal aufzugeben, die Partei der Mißvergnügten, die immer unterliegt, zu verlassen und die klare Erkenntnis zu fassen, daß die evangelische Kirche Preußens noch nicht verloren ist, ja daß sie, im Fall ihre Freiheit aus den gegenwärtigen Verhältnissen hervorgeht, alles gewinnt. Jeder Dom wird schöner, wenn die Nebengebäude, welche ihn schützen und entstellen, weggerissen werden; so wird auch die Kirche, wenn sie alle ihre Nebenverhältnisse aufgegeben hat und im reineren Sinne wieder Gottes Reich geworden ist, herrlicher werden denn zuvor. Wir müssen Gott danken, daß die Unwahrheit und Unwahrhaftigkeit des

Unglaubens, mit der unsere Kirche behaftet war, offenbart ist, daß die Tausende von Atheisten, welche als Eiter in unseren Gebeinen saßen, durch freie Selbstausschließung von uns getrennt werden. Kein Gesetz zwingt die Ungläubigen mehr in die Kirche und ihre Amtshandlungen hinein; so muß denn die Kirche mehr als früher eine Stätte der Wahrheit und gläubigen Gemeinschaft werden. Kein Staatsgesetz kann dem Reiche Gottes etwas geben, keins kann ihm etwas nehmen. Wohl ist es für den Anfang zu beklagen, daß viele aus der breiten Mittelmasse des Volkes, die weder entschieden rechts noch entschieden links stehen, dem Einfluß der Kirche entzogen werden. Aber diese Verluste werden mehr als ausgeglichen werden durch den Gewinn, welchen die frei gestaltete, gläubig vereinigte, kräftig entwickelte Gemeinschaft eines sich selbst zurückgegebenen Protestantismus davontragen wird. Jedenfalls muß die Kirche sich auf ihr wahres Wesen besinnen und ihre neuen Formen im mutigen Glauben finden: hilf dir selbst — dieses Wort, richtig verstanden, möchten wir ihr zurufen — und Gott wird dir helfen. Nicht die Kirche thut uns leid, die, vom Staat preisgegeben, besser daran ist als unter dem Regiment des Staates, sondern zunächst der Staat selbst. Sein Begriff leidet unter den gegenwärtigen Kämpfen ungemein, und seine wahre Macht leidet mit. Die Reformation hatte ihn aus der Entleerung seines Begriffs erlöst und ihm den realen Inhalt einer Gottesordnung, einer christlichen Institution gegeben. Diesen Staat rein auf menschliche Begriffe bauen, zu einem Rechtsstaat machen, mit intellektueller Kultur erfüllen und seines religiösen Inhalts entkleiden, heißt ihn auf den katholischen Begriff zurückführen, heißt die eine Seite des päpstlichen Staatsbegriffs verwirklichen. Freilich, wenn in dem Volksleben das Christentum aufgehört hat, die alles beherrschende Macht zu sein, kann auch der Staat nicht mehr der alte christliche Staat sein. Aber um so mehr muß dann die Kirche frei sein in den Grenzen, die ihr der Staat läßt, damit sie ihr eigentümliches Leben entfalten und nach Kräften helfen kann, von sich aus die Religion, dies unentbehrliche Fundament der Reiche, zur Geltung zu bringen. Wie heute die Dinge liegen und die Weltanschauung steht, ist der christliche Staat im alten Sinne unmöglich; aber eben deshalb ist die freie Kirche notwendig, um mit ihrer göttlichen Mission die Seelen zu gewinnen. So wird das Volk auch ohne Staatskirche erbaut; und ein Staat, der die Kirche

in ihrer Arbeit frei läßt und dankbar anerkennt, kann, wenn auch in anderem Sinn und Geist, doch ein christlicher sein. Wie für die Kirche, ist es auch für den Staat eine Existenzfrage, daß das Reich Gottes ein rechtes, freies Dasein führe. Nur so kann die Kirche ihre Aufgabe lösen, nur so bleibt der Staat Kulturstaat.

Aber zu dieser Erkenntnis müssen die staatlichen Faktoren zum Teil erst kommen. Wenigstens der liberale Parlamentarismus ist einer lebensvollen Macht der Kirche wenig geneigt. Kaum sah er die Wahlen zum Gemeindekirchenrat, zu den Kreissynoden in einem Geiste vollzogen, der seiner unverbesserlichen Aufklärungssucht mißfiel, da kam aus seinem Munde jenes üble Wort, daß man die anderen Stufen der Gemeinde- und Synodalordnung nicht gesetzlich befestigen könne, ehe man nicht sehe, welcher Sinn darin herrschen werde. Das heißt mit dürren Worten, der Liberalismus will keine Kirche ausstatten, die nicht nach seiner Pfeife tanzt. Um diesen Preis verzichten wir auf jede Hilfe des Parlaments; wir bedauern nur, daß der Kultusminister, der dem Liberalismus gerade so notwendig ist, wie dieser ihm, nicht darauf bestand, die gesamte Synodalordnung mit einem Male genehmigen zu lassen. Es hieße geradezu das Parlament zum Herrn der Kirche machen, wenn man das Leben der Synoden nach den Wünschen der Majorität gestalten wollte. Glücklicherweise hat das Ergebnis des Zivilstandsgesetzes unserm Liberalismus einen einigermaßen erschreckenden Eindruck gemacht; zum ersten Male vielleicht hat er erkannt, daß sein beständiges Schelten auf Orthodoxie und Glauben, auf Kirche und Geistlichkeit eine Sünde und ein Unheil ist; sogar fortschrittliche Blätter waren „unangenehm berührt" von der Thatsache, daß ein großer Teil unsres Volkes ihrem Rezept gemäß sich verhält und eine Kirche, welche der Liberalismus in Wort und Schrift beständig der öffentlichen Verachtung preisgab, auch thatsächlich verachtet. Hoffentlich werden die Parteien von links es dauernd aufgeben, ihren unberechtigten Ingrimm über die Kirche der Reformation auszuschütten, und es als ihre Pflicht ansehen lernen, den Protestantismus, den sie am meisten in die schlimme Lage von heute gebracht haben, nach Kräften wieder herzustellen. Es ist das Unglück unserer politischen Entwickelung, daß in den alten Provinzen der politische Liberalismus sich mit der religiösen Freigeisterei in einer völligen Solidarität befindet; wenn diese Verbindung dauernd in unserem Volke sich festsetzte, so wäre es um die gedeihliche Zukunft desselben

geschehen. Der Liberalismus kann immer nur ein politisches System sein, das Christentum ist das religiöse System der Ewigkeit. Der deutsche Bürgerstand, in dem jener seinen Boden hat, ist seit den Tagen der Reformation die Stätte protestantischer Religiosität gewesen und ist es erst seit wenigen Jahrzehnten nicht mehr; ihn müssen wir wieder im Schoße der Kirche haben, wenn diese gesunden und gedeihen soll. Zudem brauchen wir für die Neugestaltung unserer kirchlichen Verhältnisse den guten Willen der Liberalen. Die Kirche kann aus dem Zusammenhang mit dem Staat, wenigstens was die Eigentumsverhältnisse betrifft, nicht ohne die Zustimmung der Kammer entlassen werden; sie kann nicht ausgestattet werden, was durchaus nötig ist; ja sie kann, was noch nötiger ist, aus der Liebe des Volkes nicht neu auferbaut werden, wenn der Liberalismus seinen Widerwillen gegen den kirchlichen Glauben nicht aufgiebt. Wir hoffen, er wird es jetzt eher thun als früher, da er vor dem Ultramontanismus und der Sozialdemokratie in einer gerechten Besorgnis steht und beide Feinde doch nur besiegt werden können durch eine Wiedergeburt unserer Nation aus dem Glauben. Auch von ihm fordern wir Unterstützung bei dem großen Werk unserer Tage, bei der Selbständigmachung unserer Kirche. Wir fordern sie auf grund der Verfassung, auf grund seiner eigenen Prinzipien und auf grund des dringenden Bedürfnisses in unserem Volke. Der Gedanke eines Austritts aus der Kirche liegt vielen im Gemüte, weil sie in der Freikirche eine ungestörte Existenz hoffen; sie wäre jetzt, während des Kampfes mit Rom, gewiß kein willkommenes Ereignis. Aber auf die Dauer ist die Freikirche nur zu vermeiden durch die freie Kirche. Und dringend bitten wir unsere Brüder, die bereits an jene denken, noch auf die Möglichkeit dieser zu warten. —

Wir glauben bestimmt, daß das letzte Ziel der gegenwärtigen Verwickelungen die Entwickelung der Kirche zur Selbständigkeit sein wird; von diesem Gedanken sind seit einer Reihe von Jahren unsere kirchlichen Urteile und Hoffnungen beseelt. Diejenigen, welche sich über unsere Stellung zu dem Zivilstandsgesetz gewundert und geärgert und uns eines falschen Optimismus, einer unweisen Vertrauensseligkeit geziehen haben, sind eben dadurch, daß sie jenen Grundgedanken nicht beachtet, auf falsche Fährte geraten. Zum ersten Male unter den Ereignissen des letzten Halbjahres haben wir ausführlich darüber geredet; aber ebenso klar, wenn auch

nicht so ausdrücklich, gilt seit Jahren unsere ernste kirchenpolitische Arbeit dem großen Prinzip voller kirchlicher Selbständigkeit. Unsere früheren Aussprüche sind nur darum so wenig beachtet, weil sie gänzlich gegen den Gedankengang der kirchlichen Parteien liefen; daß es zur Herrlichkeit der Kirche gehöre, vom Staate unabhängig zu sein, glaubte man nicht; erst die bittere Not hat die Schädlichkeit des Staatskirchentums gelehrt. Heute kann niemand mehr für die Staatskirche sein; seitdem die Fleischtöpfe Ägyptens sich in Pandorabüchsen des Unheils verwandelt haben, sehnt man sich nicht mehr in das Land des Gefängnisses. Wir sind freilich jetzt in der Wüste unter dem Gesetz; aber wir hoffen, daß nicht das ganze lebende Geschlecht darin sterben wird, sondern daß wir noch das Kanaan der Verheißung und der Freiheit schauen werden. Die Bedingung, unter welcher wir hineingelangen, ist damals wie heute dieselbe: Mut und Gottvertrauen. Josua und Caleb kamen in das gelobte Land, weil sie sich nicht fürchteten, sondern meinten, der Herr könne es ihnen wohl geben. Was den anderen unmöglich dünkte, erschien ihnen im Glauben gewiß; so sehen auch wir die kirchliche Freiheit, die andere als eine Fata Morgana erblicken, aus allen Stürmen als eine Thatsache emportauchen. Das Suum cuique des preußischen Wappens wird zuletzt auch der preußischen Kirche werden: dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist. —

Das nächste zur Verwirklichung dieses Prinzipes voller kirchlicher Unabhängigkeit wird auf den Provinzialsynoden geschehen. Nach allem, was man hört, wird der Kreis ihrer Geschäfte nicht groß sein; die Wahl für die Generalsynode und die Beratung für den Notstand der Geistlichen werden die hauptsächlichen, wo nicht die einzigen Aufgaben bilden. Es sind in der That auch die wichtigsten, welche die Kirche im gegenwärtigen Augenblicke zu lösen hat. Nicht aus Feigheit, auch nicht aus Unionsmotiven raten wir den Provinzialsynoden, alles zu unterlassen, was die Lösung der Fessel, mit welcher die Kirche an den Staat gebunden ist, erschweren könnte. Das Wiederaufrühren der Sydowschen Angelegenheit, das Hervorsuchen konfessioneller Beschwerdepunkte, das Anklagen der Maigesetze und des Zivilstandsgesetzes wären solche Erschwerungen, vielleicht absolute Hindernisse. Soviel wir hören, sind viele liberale Abgeordnete willig, der protestantischen Kirche ihr Recht zu geben; so möge man es durch den Ton der Synodalverhandlungen ihnen nicht schwer machen, ihre Fraktionsgenossen dafür zu gewinnen,

möge man dem Kultusminister helfen, die gesetzliche Regelung der Kirchenangelegenheiten im Abgeordnetenhause durchzusetzen. Die schwere Lage, in welcher unsere Kirche sich befindet, wird manches Herz bewegen, anders zu urteilen als früher; und die Köpfe werden den Herzen folgen. Besonders für die Dotierung der Kirche, für die Entschädigung der notleidenden Geistlichen wird die nächste Landtagssession von Wichtigkeit sein. Daß die Entschädigung des Ausfalls an Stolgebühren sobald noch nicht geschehen kann, hat uns der letzte Erlaß des Ministers gelehrt. Daß inzwischen die Gemeinden durch eine freiwillige Steuer die Ausfälle der Geistlichen decken, finden wir natürlich und anerkennenswert; denn viele Geistliche leiden Hunger, und es ist immer erfreulich, Spuren von kirchlicher Aktivität in unseren Gemeinden zu finden; es ist noch erfreulicher, wenn diese Thätigkeit von Gemeindekirchenräten ausgeht, die im Sinne des Liberalismus gewählt, durch ihr Amt dazu geführt werden, sich der Not der Kirche anzunehmen. Aber im Grunde wird doch die Entschädigungspflicht des Staates festgehalten werden müssen; auch für die Dotation der Kirche erwarten wir von dem Staate Freigebigkeit. Wenn die bekannte Gerlachsche Schrift über „Die Dotationsansprüche und den Notstand der evangelischen Landeskirche" auch nicht überall die gesetzliche Pflicht des Staates nachweist, so enthält sie doch so bedeutende Momente für die moralische Verpflichtung des Staates, ganz abgesehen von den idealen Motiven preußischer Politik, daß die künftige Kammer nicht umhin können wird, die Dotation unserer Kirche im Verhältnis zu derjenigen der römischen Kirche auszugleichen. Und hier möchten wir gleich einen Rat an die kirchlichen Organe, eine Bitte an Minister und Parlament richten. Man sei gegen die Kirche nicht bloß mitleidig, barmherzig, sondern edel und großdenkend; man dotiere ihre Anstalten, Behörden und Synoden nicht von Jahr zu Jahr, sondern für immer, sodaß kein Kammerbeschluß die Dotation antasten kann; man mache auch die Erhöhung der Pfarrgehälter nicht von dem jedesmaligen Gutbefinden der Verwaltungsbehörden abhängig, sondern definitiv. —

Sind diese Fragen erledigt, dann gehe die Kirche an die Befestigung ihrer Selbständigkeit gegenüber dem Kultusminister. Wir wissen keinen realen Grund, der, wenn die Kirche synodal verfaßt und vom Staat gelöst ist, einen Staatsminister noch veranlassen könnte, seine Hand in ihren Angelegenheiten zu haben. Wenn die

erste Generalsynode von Sr. Majestät erbittet, die Kirchenhoheitsrechte durch einen kirchlichen Bevollmächtigten ausüben zu lassen, so wird die Bitte schwerlich versagt werden. Eine neue Geschichte des Protestantismus wird beginnen, wenn die evangelische Kirche erst wieder die Freiheit hat, nach göttlichem Befehl und ihrem eigenen Wesen gemäß zu leben. Viel versäumte Arbeit ist nachzuholen, am meisten die an ihr selbst. Allzulange hat sie vergessen, den ersten Teil ihrer Attribute im Augsburgischen Bekenntnis wahr zu machen, daß sie eine Gemeinschaft der Gläubigen ist. Das kann sie erst wieder werden, seitdem durch die neue Gesetzgebung ihren ungläubigen Gliedern das Fernbleiben von ihr möglich gemacht ist. War bisher das gesamte Volk zur Mitgliedschaft der Kirche verpflichtet, so macht von nun an nur freiwillige Teilnahme zum Glied der Kirche. An die Stelle der Volkskirche tritt die Vereinigung gleichgesinnter Christen, welche praktische Ziele verfolgen wird und in der Bildung ihrer Gemeinschaft die Probe ihrer Lebensfähigkeit ablegen muß. Manche liebe alte Sitte wird dabei fallen, manche schlechte Gewohnheit endlich verschwinden. Die Stunde der Accidenzien hat geschlagen; auch die Kirchenplätze wird man nicht lange mehr für Geld an die Wohlhabenden verkaufen können. Daß es verschiedene Arten von Trauung, von kirchlichem Begräbnis für reich und arm giebt, ist eine unverantwortliche Schuld, weniger der Geistlichen als der bis zur Stunde geltenden Anordnungen, die nun wohl bald getilgt sein wird. Unsere Kirche ist unpopulär geworden, sie muß wieder in das Volksleben hinein. Die Innere Mission ist die Arbeit an den Notständen des Volkes; wenn die Kirche überall lebendig Hand an dies Werk legt, muß das Vertrauen des Volkes bald zurückkehren. Die Laien sollen dabei energisch mithelfen; die Zeit ist nicht fern, wo es an Theologen fehlen wird, und für diese Not müssen Laienkräfte bereit stehen. Das wird in einer Richtung ein Übelstand, in anderer Hinsicht kann es doch ein Gewinn sein. Wie viel blasses, angekränkeltes Leben ist durch die studierten Theologen, die keine christliche Gemeinschaft kannten, in die Kirche gekommen; ein Laie, der aus lebendiger Thätigkeit heraus an die Seelen herantritt, wird oft mehr leisten als ein Akademiker voll theoretischer Zweifel.

Dennoch erfüllt uns die Thatsache, daß das Studium der Theologie so erschreckend abnimmt, mit tiefer Betrübnis, weil sie ein Beweis ist, daß der Stand der Geistlichkeit, sonst so geachtet

und begehrt, keine Anziehungskraft mehr auf die Jugend ausübt. Die neuesten Verordnungen, durch welche der Gemeinde abwechselnd mit den kirchlichen Behörden das Wahlrecht in den Stellen königlichen Patronats verliehen wird, können den Theologenmangel nur steigern. Die Bedingungen eines bestimmten Dienstalters, welche an die höher dotierten Stellen geknüpft sind, werden der Forderung einer allgemeinen Einkommenregulierung nicht gerecht. Die Folgen der neuen Einrichtung werden, wie in den östlichen Provinzen der Volksgeist nun einmal geworden ist, Wahlumtriebe und schlimme Geschichten sein. Es geht bei uns nicht an, den Gemeinden das Wahlrecht zu erteilen, ehe man nicht die Gehaltsverhältnisse geordnet hat. Was not thut, ist eine Einkommenskala, bei welcher der Geistliche mit seinen zunehmenden Dienstjahren auch im Gehalt steigt, gleichviel an welcher Stelle er sich befindet. Nur so kann dem Elend abgeholfen werden, bei welchem die einen Geistlichen darben, während andere im unverdienten Überfluß schwimmen. Das sind einzelne Fragen, aber sie sind wichtig genug.

Wichtiger als alles andere ist die konfessionelle Frage. Unsere Zeit drängt auf Einigung. Werden die Gläubigen ihren alten Hader vergessen, über den die Welt den Kopf schüttelt und die Kirche blutige Thränen weint? Werden sie ihre Hände zusammenlegen, um in gemeinsamer Arbeit die Kirche zu bauen, in gemeinsamem Kampfe ihre Feinde zu bezwingen? Die uns gegenüberstehen, sind Legionen, und wir sind ein kleines Häuflein, wir dürfen die Einigkeit nicht stören durch Rückerinnern an alte Beleidigungen, Mit dem ersten Oktober hat für uns alle eine neue Epoche begonnen; da gilt es nicht rückwärts, sondern vorwärts schauen. Vor uns liegt die allgemeine Aufgabe aller Gläubigen, dies Schifflein Christi in diesem brausenden Sturm zu bergen. Dazu aber bedarf es der Anstrengung aller, die es mit Jesu treu meinen. Wider uns scheint alles, aber mit uns ist Gott, und sein Reich triumphiert im Zusammenbruch irdischer Gestaltungen. Er wird auch Preußen durch die gegenwärtigen Kämpfe zum Frieden führen. Nicht am Ziele stehen wir, sondern am Anfang; was kommt, liegt in Gottes Hand. Freuen wir uns des einen, daß unsere Zeit eine Zeit der Entscheidung ist. Entschieden wird der Kampf zwischen uns und Rom, entschieden der Strauß zwischen Glaube und Unglaube, entschieden der alte Streit zwischen Staat und Kirche. Preußen hat die rechte Richtung seiner Magnetnadel wiedergefunden; der negative

Pol, der durch ein magnetisches Ungewitter ins Schwanken geraten war, zeigt stark gen Rom, so muß denn der positive wieder zum Evangelium weisen. Hüten wir uns, in diesen Entscheidungstagen unser Vaterland und unser Volk, unseren Staat und unsere Kirche weniger zu lieben, weil wir weniger glücklich sind. Bleiben wir fröhlich in Hoffnung, und halten wir an am Gebet. Vor uns liegen die Tage der großen Gebetswoche. Das Gebet im Namen Jesu hat die Verheißung der Erhörung. Vereinigen wir uns alle in der Bitte um das Heil unseres Vaterlandes und um die Herrlichkeit unserer Kirche. —

Rechts oder links?

3. Juli 1875.

So lautet die Frage, welche kürzlich von der rechten Seite an uns gerichtet ist. Weil wir bemerkt hatten, es müsse in äußeren Fragen der kirchlichen Arbeit mehr nach dem Grundsatz verfahren werden: wer nicht wider uns ist, der ist für uns — als nach dem andern: wer nicht mit mir ist, der ist wider mich; weil wir bei der Besprechung der Vorgänge auf der Berliner Pastoralkonferenz, ohne über das Thatsächliche selbst zu urteilen, das Gewissen der Mittelpartei gegen ein unberechtigtes und unweises Richten in Schutz genommen hatten, glaubt man uns fragen zu müssen, ob rechts oder links? Wir können natürlich die Wahl eines Protestantenvereinsmitgliedes*) in die Generalsynode seitens eines Teiles der Mittelpartei prinzipiell nicht verteidigen, wir müssen auch dem linken Flügel der Mitte den dringenden Rat geben, von seinen kirchlichen Grundsätzen jeden Schatten eines Einverständnisses mit links fern zu halten; aber da wir genau wissen, daß in diesem Falle kein Kompromiß weder der Parteien noch der Prinzipien stattgefunden hat, daß jene vielbesprochene Wahl nicht eigentlich gemacht, sondern im Laufe der Verhandlungen geworden ist, daß eine gewisse

*) Es war der verstorbene Techow in Berlin.

Aufwallung von versöhnlicher Großmut, kirchenpolitischem Optimismus und persönlicher Anerkennung in gutem Glauben so, wie es nun einmal geschehen ist, gehandelt hat; da ferner der Mann der Wahl bereits mehreren Sitzungen des Konsistoriums beigewohnt und in den kirchlichen Debatten des Abgeordnetenhauses guten Willen gezeigt hat: so hielten wir es einfach für eine Sache des öffentlichen Anstandes, die Angelegenheit zurecht zu stellen und jenen unbegründeten Vorwurf, als habe die Mittelpartei wider besseres Wissen und Gewissen gehandelt, zurückzuweisen. Nur zu diesem Zweck, nicht als wollten wir unsere Übereinstimmung mit der darin vertretenen Auffassung bezeugen, haben wir das Wort ergriffen. Wir glauben also, daß es völlig überflüssig war, an uns die Frage zu richten: rechts oder links?

Übrigens erkennen wir das Zwingende dieser Alternative nicht an. Es bleibt noch eine andere Richtung übrig, die nach vorwärts; und eben diese möchten wir wählen. Nicht so ganz einfach und, ohne den Ideen Zwang anzuthun, lassen sich die vorhandenen Gegensätze des kirchlichen Lebens unter die beiden Schlagwörter, rechts und links, unterordnen. Der Widerstreit in den dogmatischen Anschauungen entspringt aus anderen Voraussetzungen, als die Verschiedenheit der Gedanken über Verfassung und kirchliches Leben. Handelt es sich dort um die Gewißheit der göttlichen Offenbarung, bei welcher wir keines Fingers Breite nachgeben dürfen, so treten hier gleichberechtigte Auffassungen nebeneinander, die zum Teil durch soziale und politische Differenzen bedingt sind. Und eben auf diesem letzteren Gebiet entstehen in einer eminent kirchenpolitischen Epoche am leichtesten die Mißverständnisse und Spaltungen. Wir denken nicht, daß die Stellung zum Bekenntnis selbst heute noch die Parteien des Glaubens entzweien darf. Freilich ist auf der Berliner Pastoralkonferenz der ganzen Unionspartei der Vorwurf gemacht, daß sie nur subjektiv, nicht objektiv das Bekenntnis festhalte, ist dem linken Flügel derselben gesagt, daß seine Anhänger wohl den Heiland des Glaubens, aber nicht den Herrn der Herrlichkeit bekennen. Das sind Wunderlichkeiten, die bei näherer Betrachtung keinen Sinn haben. Es mag ja sein, daß bei der theologischen Würdigung des Bekenntnisses in den Lagern der Konfession und der Union noch ein Mehr und Weniger der Anerkennung hervortritt, daß die Notwendigkeit und Giltigkeit des Bekenntnisstandes je nach der kirchlichen Stellung stärker oder schwächer be-

tont wird. Dies Schwanken liegt in der Natur des theologischen und kirchlichen Lebens; es findet sich innerhalb der konfessionellen Partei selbst; die jetzt mehr verklungenen Gegensätze von Kahnis und Hengstenberg, Philippi und Hoffmann, Kliefoth und Höfling sind des Beweis. Aber das wissen wir jetzt alle, daß in einer kirchlich so zerfaserten Zeit, wie die unserige ist, ein festes Bekenntnis not thut, daß man in dem Sturm, der uns erwartet, nicht ohne festes Schiff, in dem Kampf, der vor uns liegt, nicht ohne deutliche Losung bestehen kann. Wir wollen uns in der Treue zum Bekenntnis, das heißt zum gemeinsamen Bekenntnisgrund der reformatorischen Kirchen, von niemand übertreffen lassen; eine deutsche evangelische Kirche ohne Festhalten an der Augsburgischen Konfession können wir uns nicht einmal in Gedanken vorstellen. Wir können nicht in dem Grade, wie die konfessionelle Partei es für ihre Pflicht hält und als ihre Taktik übt, das Bekenntnis zum Schiboleth der kirchlichen Kämpfe machen und bei jeder Gelegenheit Freund und Feind darauf anrufen. Aber wir werden dasselbe, wo und wann es angegriffen wird, mit aller Kraft schützen und die Kirche darauf weiterbauen helfen. In dieser Frage sind wir von links völlig geschieden; dem Mißtrauen von rechts her können wir nur mit einem Lächeln antworten.

Dagegen ist es richtig, daß wir in den Angelegenheiten der kirchlichen Verfassung mit dem Liberalismus ein wenig mehr Nachsicht und zu seinen Absichten ein wenig mehr Vertrauen haben. Freilich nicht mit dem kirchlichen Liberalismus, der in den Geistlichen des Protestantenvereins, wenige Ausnahmen abgerechnet, seine Hauptvertreter hat, hoffen wir uns verständigen zu können. Sein Programm ist völlig unannehmbar. Wie er in seiner dogmatischen Agitation die unmögliche Gleichberechtigung zweier entgegengesetzter Richtungen auf seine Fahne schreibt, so fordert er in seinen kirchenpolitischen Umtrieben Urwahlen zur Landessynode und Vermehrung des Laienelements sowie der städtischen Gemeindevertreter. Müßten nicht diese Männer erkennen, daß bei der kirchlichen Entfremdung der Massen jedes Experimentieren mit Urwahlen ein schweres Unrecht, und bei der herrschenden Unkenntnis in religiösen Dingen die schrankenlose Vermehrung des Laienelements auf den höheren Stufen des synodalen Lebens ein grober Fehler ist? Die neuen Organe der Kirche sind aus der breitesten Wahlgrundlage hervorgewachsen; wer mit denselben nicht

zufrieden ist, weil sie seinen Wünschen nicht entsprechen, und nun den Bestand der bisherigen synodalen Errungenschaften in Frage stellt, um sein Gelüsten zu befriedigen, der will nicht die Macht des Glaubens, sondern fördert die Herrschaft des Unglaubens. Es ist ein Widersinn, unkirchliche Menschen zu Herren der Kirche, ungläubige Massen zu Hütern des Glaubens zu machen; es wäre dasselbe, als wenn man unkriegerische Offiziere mit Absicht an die Spitze der Truppen stellte. Solch ein Betragen richtet sich selbst, und wir danken es Professor Beyschlag, daß er, der vor dem Ruf strenger Orthodoxie gewiß geschützt ist, verdientermaßen die Machinationen dieser Partei getadelt und an die kirchlichen Gefahren, die daraus hervorgehen, erinnert hat. Wir hoffen noch immer, daß die politischen Männer des Liberalismus sich von den kirchlichen Zumutungen ihrer Partei losringen und der evangelischen Kirche Vertrauen beweisen werden. Bisher hat nur die Presse ihre Fühlhörner ausgestreckt, aber wir meinen, die Redakteure und Mitarbeiter liberaler Zeitungen seien nicht zu verwechseln mit den parlamentarischen Führern der liberalen Partei. Wenn diese Männer langsamer und weniger entgegenkommend, als wir wünschen, an der Befreiung der Kirche mitarbeiten, wenn sie Jahre gebrauchen, wo wir in Monaten fertig sein möchten: vergessen wir nicht, daß die Epoche Raumer-Mühler zwei Jahrzehnte gedauert und für die Selbständigkeit der Kirche so gut wie nichts gethan hat. Haben wir Geduld und Mut! Es ist unsre feste Überzeugung, daß, wie die Dinge sich gestaltet haben, die Freiheit der Kirche nicht ausbleiben kann. Sie ist der große Siegespreis der gegenwärtigen Kämpfe. Um sie zu erlangen, sollen wir freilich das Bekenntnis nicht an die Willkür preisgeben, sollen wir die Kirche, die auf den Felsen gegründet ist, nicht auf den Sand der Volksmassen bauen. Lieber nichts als falsche Grundlagen, lieber keinen Pfennig vom Parlament als den Judaslohn des Verrats, lieber, wenn es nicht anders sein kann, eine Freikirche mit gesicherter Existenz als eine Landeskirche, in der mit jeder Urwahl der Glaube auf dem Spiel steht. Aber alles, was göttlich und menschlich recht ist, müssen wir thun, um das Ziel zu erreichen. Ebendeshalb weisen wir die Alternative: rechts oder links? ab und schauen vor uns in das Land der Verheißung. Unsere Parole lautet: Vorwärts! —

Was nun?

1. Januar 1876.

Das alte Jahr ist vergangen; es hat uns bis zuletzt ein ernstes, fast schwermütiges Angesicht gezeigt. Noch nie seit Menschengedenken haben die elementaren Naturgewalten so furchtbar wie im letzten Jahre an Europa gerüttelt und geschüttelt. Als wollte der lebendige Gott der vernunftstolzen Geister spotten, die sich vermessen, mit ihrem Wissen und Können die Erde zu beherrschen, haben von Anfang bis zu Ende des Jahres Seesturm und Überschwemmungen, Grubenexplosionen und andre Unglücksfälle in unerhörter Zahl die Herzen erschreckt. Tausende von Menschen haben in den Wellen entfesselter Ströme ihren Wohlstand, Tausende ihr Leben verloren, das Meer hat unermeßliche Opfer an Menschenglück gefordert, und die letzten Schiffsunfälle an der Wesermündung wie an der englischen Küste sind mit so entsetzlichen Offenbarungen nackter Habgier verbunden gewesen, daß wir über der Sünde der Menschen fast das Unglück vergessen. In dem äußern Aufruhr der Elemente spiegelt sich die innere Empörung der Kulturwelt; alle die Feinde, welche wir während des vergangenen Jahres unabläßig haben bekämpfen müssen, folgen uns unbezwungen, friedelos in das neue Jahr hinüber und fordern uns zu weiterem Zweikampf: der Unglaube ebenso wie die Ungerechtigkeit, der Sozialismus ebenso wie Rom.

Wenigstens eine Not, meinten wir, sollte das scheidende Jahr mit sich hinwegnehmen. Als unsrer Kirche die frohe Botschaft erklang, daß es ihr endlich, endlich vergönnt sein würde, den letzten, großen Abschluß ihrer Verfassung zu beraten, als die seit Jahrzehnten immer umsonst ersehnte Generalsynode berufen wurde, da leuchtete in uns die Hoffnung auf, es könnte für den deutschen Protestantismus eine neue Zeit lebendiger Thatkraft anbrechen. So haben mit uns viele gehofft; und wir alle sind traurig, daß unsre Hoffnung gescheitert ist. Von allen Schiffbrüchen des Jahres 1875 ist dieser der schmerzlichste und folgenreichste. — Wohl ist die Generalsynodalordnung pflichtmäßig durchberaten und für das weitere Gutbefinden festgestellt; aber in dem ganzen Werke ist kein Gedanke ausgestaltet,

der uns aus dem Wirrsal unsrer kirchlichen Verhältnisse in das Land der Verheißung führt. Selbst wenn der Entwurf von dem König und den Kammern angenommen wird, bleibt im Grunde alles beim alten: die preußische Landeskirche wird eine Synode, aber keine Unabhängigkeit haben, sie wird ein großes Stück Verfassung, aber kaum einen Fußbreit mehr an Freiheit besitzen. In den schweren und verhängnisvollen Irrtum unsrer Zeit, daß Verfassungen beglücken und Paragraphen bessern können, ist nun zuletzt auch die Kirche mit hineingezogen; der unfruchtbare Neid eines abstrakten Liberalismus hat ihr, ganz nach dem Muster politischer Zustände, wohl eine Konstitution, aber keine Lebensform gegönnt. Was uns not that, war nicht eine Generalsynode an sich, sondern eine Organisation, aus welcher die Kirche neue Impulse empfing und in den Stand gesetzt wurde, mit der Energie neugewonnener Freiheit ihre Aufgabe der Rückeroberung unsres Volkslebens anzufassen. Daß sie ihres Glaubens sicher und ihrer Kräfte mächtig, daß sie aus den Fesseln des Staatskirchentums erledigt und auf den Glauben der Gemeinde aufgebaut, in dieser ungekannten Schönheit vor unser Volk hintreten und sich das deutsche Herz wiedergewinnen könnte, von dem sie einst so treu geliebt ist: dahin ging unser Verlangen und unser Gebet für die Kirche Preußens. War das ein Traum oder Schwärmerei? Nach allem, was voraufgegangen war, nach all den Maßregeln und Verheißungen der letzten Jahre konnten wir nicht weniger erwarten als für die Kirche eine unabhängige Existenz. Nachdem der Staat in der strengsten Gesetzgebung, welche die Kirchengeschichte unsres Jahrhunderts kennt, sein eignes Terrain so völlig und übervöllig eingenommen hatte, durften wir denken, er würde der Kirche auf ihrem Gebiet eine volle Entfaltung ihrer Kräfte gestatten. Nun ist ihr dennoch durch die Beibehaltung des landesherrlichen Kirchenregiments in seiner ganzen erdrückenden Gewalt, durch die Machtstellung des Kultusministers fast in der früheren Ausdehnung, durch den unveränderten landesherrlich konsistorialen Apparat die freie Bewegung wieder wie vorher gehemmt; und anstatt die Kirche auf ihr einziges Fundament, auf den Glauben, zu gründen, hat man es versucht und durchgesetzt, sie teilweise aufzubauen auf die „Intelligenz" der großen Städte. Nicht daß wir nun von dieser Intelligenzvertretung den Ruin der Kirche, die Störung des Bekenntnisstandes befürchteten; das Übermaß werden König und Minister schon zu ver-

hindern wissen. Wir fürchten nicht viel von den künftigen Generalsynoden, aber das Schlimme ist, daß wir von ihnen auch nicht viel hoffen können. Und wir hatten soviel gehofft.

Es war doch ein großer Moment, in welchem sich Preußen befand; die evangelische Kirche aller Länder wartete darauf, wie sich bei uns das Verhältnis zwischen Staat und Kirche gestalten werde. Deutschland, welches vor drei und einem halben Jahrhundert wohl zu einer kirchlichen, aber nicht zu einer politischen Reformation gelangt war, hat seit zehn Jahren diese letzte Aufgabe wundervoll durchgeführt. Ohne eigentlich zu wollen, wurde es mit Naturnotwendigkeit nach dem Frieden des letzten Krieges in den kirchlichen Kampf hineingeführt. Unser Kanzler hätte den Streit mit Rom vielleicht noch aufschieben können; er nahm ihn sofort auf, weil er ihn für unvermeidlich hielt, und weil er ihn führen wollte mit den Waffen des mächtig erwachten deutschen Nationalgefühls. Der Katholizismus ist aus dieser Krisis unberührt, zum Teil mächtiger hervorgegangen; wir haben die Wahrheit der Schrift, die Rom nicht hat, und sind schwächer geworden als je. Wir sind krank, und unsere Krankheit liegt in der Sozialgestalt unserer Kirche. Stellen wir die Diagnose, so begegnen uns viele Symptome eines gesunden Zustandes; aber sie alle weisen auf ein Grundübel, das, genau betrachtet, die Schmerzen verursacht: es ist das Staatskirchentum. Soll die evangelische Kirche wiedergeboren werden, soll sie den Einfluß wieder üben, der ihr zukommt, und an der Erneuerung des religiösen und sittlichen Volksgeistes mit Erfolg arbeiten, so muß sie werden, was sie noch nie gewesen ist, aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen notwendig sein soll, eine unabhängige Gemeinschaft des Glaubens. Unvertilgbar lebt in der Menschen Herzen der Zug zu Gott, er ist auch in dem deutschen Herzen noch nicht erstorben. Aber unser Geschlecht, das an der Brust der Freiheit genährt ist, verträgt in dem religiösen Leben die Unfreiheit, die Unwahrheit nicht mehr; ein Glaubensleben unter Staatsaufsicht, eine Kirche unter dem landesherrlichen Regiment hat keine Verheißung mehr. Ebendeshalb erweckte die Ankündigung der Synode ein so allgemeines Interesse; man glaubte, daß die kirchliche Unabhängigkeit nun endlich ihre Stätte unter uns finden werde; als man den Entwurf las, hörte das Interesse auf, und mit dem Schluß der Synode endete die Hoffnung. Die Gedanken kirchlicher Unabhängigkeit sind in den Reden kaum zu einem schwachen Aus-

druck gekommen; noch weniger haben sie in der Parteibildung eine Organisation gewonnen. Wie war das möglich?

Daß das Staatskirchentum sich ausgelebt hat, sieht jeder ein. Besonders der Liberalismus, der im Staate nur eine Anstalt formellen Rechts erblickt, sollte dies begreifen. Aber auch wenn man in dem Staatsleben die Verwirklichung der sittlichen Idee, die Ausgestaltung der allgemeinen Kultur erblickt, kann man das eigentümliche Gebiet der religiösen Ideen dem Staat nicht mehr unterordnen wollen. Das Staatskirchentum ist ein Petrefaktum vergangener Epochen, das unsre modernen Anschauungen seltsam anmutet; nur Mangel an Denken oder kirchlichem Geiste kann es aufrecht halten wollen. Seitdem die Monarchie beschränkt, die Verfassung konstitutionell ist, hat die Staatskirche unter uns keinen Raum mehr. Wir billigen das verletzende Wort nicht, daß ein Landtag, der aus Katholiken, Juden, Ungläubigen und aus wenigen gläubigen Protestanten besteht, die Kirche nicht regieren könne. Aber gewiß ist, daß der Landtag eines Volkes, welches durch den Unterschied von Katholizismus und Protestantismus, von christlicher und moderner Weltanschauung gespalten ist, nicht das rechte Forum sein kann, um die Angelegenheiten der Kirche zu beraten; daß ein Minister, der diesem Landtag verantwortlich und von seiner Majorität abhängig ist, in der Kirche keine amtliche Stellung haben kann. So hatten des Kultusministers eigne Worte gelautet, er hoffe die Zeit zu erleben, in welcher er keinerlei Funktion in der Kirche ausüben werde. Wenn er nun das bedeutende Werk unternahm, der größten evangelischen Gemeinschaft der Welt eine endgiltige synodale Verfassung zu geben, so mußte er es in dem Gefühl thun, daß hier etwas Vorbildliches zu geschehen habe, daß hier nicht die Zeitungspresse, sondern die Kirchengeschichte als Zeugin und Richterin zuschaue. Er mußte den Mut haben, die kirchenstürmenden Forderungen der liberalen Partei abzuweisen, und die Selbstverleugnung, die ministerielle Macht in der Kirche auf das geringste Maß zu beschränken. Das erwarteten wir, das erwartete die ganze Welt. Wohl wissen wir, daß ein konstitutioneller Minister unter der Gewalt der Zeitströmung steht, daß er nur unter großen Schwierigkeiten gegen den Strom schwimmen kann. Wir sind nicht der Meinung, das gegenwärtige Ministerium überhaupt anzuklagen, daß es sich auf die liberale Partei gestützt hat. In seinem Kampfe gegen Rom hatte es kaum eine andre Wahl. Aber gegenwärtig ist

der Liberalismus überall auf dem Rückzug; er hat auf allen Gebieten das Maß überschritten und muß die Freiheiten, die er mit verschwenderischen Händen ausgestreut hat, langsam wieder einschränken. Nahm der Minister dieses allgemein herrschende Gefühl, daß das liberale Prinzip sich ausgewirtschaftet hat, zu Hilfe; machte er die Unbill geltend, welche er zum Teil aus Notwendigkeit, zum Teil aber infolge der sich überstürzenden Kirchenpolitik unsrer Kirche hatte anthun müssen; ließ er es die liberale Majorität fühlen, daß sie ihn nötiger hat als er sie: wir zweifeln nicht, er hätte die in den Zusatzartikeln dem Liberalismus gemachten Konzessionen zurückhalten können. Jedenfalls mußte er, wenn er von der Kirche diesen Preis forderte, ein Maß von kirchlicher Unabhängigkeit festhalten, welches den Preis aufwog. Man denke sich nur die Situation, wie sie sich jetzt für die Kirche ergiebt. Von unten strömen, aus der Intelligenz der Städte entsprungen, wilde Wasser in die Kirche ein. Könnte der Strom des Glaubens in der Kirche rauschen, wie er wollte, vielleicht risse er die Gegenströmung mit sich fort oder hätte die Kraft, sie zu reinigen. Aber Damm auf Damm setzt sich ihm entgegen; es bleibt kaum etwas andres übrig, als daß er den Damm durchbricht. Ohne Bild: nach oben und nach unten unfrei, wird die Kirche, wenn sie ihr Leben behalten will, ihre Fesseln durchbrechen müssen; es ist unsre innerste Überzeugung, daß die Freikirche auf die Dauer nur zu vermeiden ist durch die freie Kirche. —

Freilich steht über der Generalsynodalordnung der Grundsatz, daß das Bekenntnis durch dieselbe unverändert bleibt. Aber solch ein Prinzip darf nicht bloß dastehen; es muß seine Kraft äußern, es muß in den Einrichtungen seine Bewährung finden, seine Energie beweisen können. Prüfen wir den Begriff der Kirche, wie er den Zusatzartikeln, ja dem ganzen Entwurf zu Grunde liegt, so ist es der: sie ist eine Anstalt zum Wählen von Vertretern, damit die Laien mit den Geistlichen, die Synode mit dem Kirchenregiment, das landesherrliche Kirchenregiment mit dem Staate sich ausgleichen. Nichts ist der Kirche nötiger als Thätigkeit aus einem Sinn und Geist heraus. Hier ist lauter Reibung verschiedener Gewalten. In einer politischen Verfassung mag es angehen, den König mit seinem Ministerium der Volksvertretung entgegenzustellen und in dieser die verschiedenen Parteien sich bekämpfen zu lassen; handelt es sich doch um ein irdisches Recht, das in der Beschränkung des einen durch

den andern beruht und nur durch das gegenseitige Ringen der Individuen und der Stände gewonnen wird. Und doch sehen wir in unserm Staats- und Volksleben schon jetzt mit erschreckender Klarheit, wie durch eine Repräsentativverfassung, welche für den deutschen Geist nicht paßt, die Autorität der Gesetze sinkt und der Hader der Parteien sich immer heftiger entzündet. Nun soll die Kirche, welche doch die Verwalterin ewiger, von Gott geoffenbarter Güter ist, gleichfalls mit einem konstitutionellen Schema bedacht werden; auch in ihr soll der Landesherr mit Oberkirchenrat und Konsistorien, gleichsam mit Landes- und Provinzialministerien, der Synode entgegenstehen, und in dieser Repräsentativversammlung der Kirche durch ein neues Wahlgesetz eine Linke, welche, Gott sei Dank, nach der bisherigen Ordnung nicht zu stande kam, dauernd organisiert werden. Und damit noch nicht genug, soll der Kultusminister positiv mitwirkend und negativ abwehrend, halb Staatsmann, halb Kirchenobrigkeit, noch immer seine Hand im Spiele behalten.

Verhängnisvolle Fehler liegen in dieser Anschauung von der Kirche. Die Verfassung, anstatt der Ausdruck vorhandener Verhältnisse und kirchlichen Lebens zu sein, wird hier ein Mittel für die Parteien. Der Kampf zwischen Glauben und Unglauben, von dem wir durch die definitiven Synoden befreit zu werden hofften, wird verewigt; durch die Zusatzartikel müssen protestantenvereinliche Elemente in der Kirche das Bürgerrecht erlangen. Am Anfang der Generalsynodalordnung steht als Panier das Bekenntnis, und am Schluß derselben dringen die Feinde des Bekenntnisses durch die Bresche der Synoden hinein und stürmen das Panier. Man sage nicht, daß der Kampf zur Gesundheit des kirchlichen Lebens gehöre. Wohl kennen wir einen in der Kirche berechtigten Kampf, der auf dem gemeinsamen Grunde des Glaubens um Nebendinge geführt wird; es liegt im Wesen des Protestantismus, daß er keine Uniformität verlangt, sondern eine Mannigfaltigkeit der Meinungen gestattet. Aber wenn die Kirche in ihrem eignen Kreise um ihre Fundamente kämpfen, wenn sie unter ihre Berater offenbare Zerstörer dieser Fundamente aufnehmen muß, so ist das kein Kampf, sondern Ruin. Es ist unmöglich, recht zu kämpfen und zu siegen, wenn man den Feind im eignen Lager hat. Im gemeinsamen Arbeiten — so sagt man uns zum Trost — werden die, welche jetzt Gegner der Kirche sind, sich mit dem Glauben befreunden. So im allgemeinen gesprochen ist dies ein leidiger Trost. Wir zweifeln

nicht, daß einige edle und irregeleitete Geister, wenn sie in den Sitzungen der Gemeindekirchenräte und der Synoden die mühevolle Stellung der Geistlichen, die Notwendigkeit fester Bekenntnisnorm sehen, dadurch zur Besinnung zurückgeführt werden. Aber es ist geradezu thöricht, der Kirche auf diese ungewisse Hoffnung hin zuzumuten, daß sie ihre Feinde Presbyter und Synodale werden lasse, um sie zu gewinnen. Das Beispiel andrer Länder und Kirchen zeigt es grade unsrer Zeit nur zu deutlich, daß das der Weg sein kann, den Glauben und die Gläubigen aus der Kirche zu treiben oder in derselben zu unterdrücken. Das Amt eines Gemeindeältesten oder Synodaldeputierten ist kein Gnadenmittel, wodurch Menschen für den Herrn gewonnen werden sollen, sondern es ist der Beruf eines in Schrift und Geist, im Glauben und in der Liebe bewährten Christen. Man macht schlechte Rechner nicht zu Rechnungsräten, damit sie besser rechnen lernen; man ernennt auch mutlose Soldaten nicht zu Offizieren, damit sie tapfer werden. So soll man auch nicht ungläubige Männer zu Mitregenten in der Kirche wählen lassen. Nur die völlige Unklarheit in den ersten Grundsätzen der Gemeinschaftsbildung und der leider vorhandene Mangel an kirchlichem Ehrgefühl machen es erklärlich, daß z. B. Männer, die in ihren Schriften Gott und den Geist leugnen, in der Gemeinde die Rolle von kirchlichen Führern, ja von Gemeindekirchenräten beanspruchen. Wäre es so, daß Männer ohne Glauben sich von der Wahl, wenigstens von den kirchlichen Ämtern zurückhielten, dann könnte man viel weniger furchtsam in die Zukunft blicken. Aber so ist es nicht; tausend Fälle beweisen, daß Menschen, die nur am Wahltag in der Kirche sind, die kirchlichen Repräsentanten wählen, daß die Kandidaten nicht gläubiger sind als die Wähler. Die in der Kirchenordnung festgestellten Qualifikationserfordernisse, die, streng durchgeführt, wohl zur Abwehr des Unglaubens ausreichen würden, sind durch die bekannten Instruktionen geschwächt und können in großen Städten bei den bestehenden kirchlichen Verhältnissen überhaupt schwer durchgesetzt werden. Was uns gegen die Zusatzartikel so argwöhnisch macht, ist das Gefühl, daß auf den höheren Synodalstufen die Elemente des Unglaubens eingeführt und festgesetzt werden, und daß die Synoden mit ihren gebundenen Händen nichts thun können, um diese Elemente zu entfernen. Nicht die Majorität der Laien fürchten wir in den kommenden Synoden, sondern die Minorität von Protestantenvereins-

leuten, die für ihre Richtung ein Recht gewinnen. Wie man vernimmt, wollte der Kultusminister zuerst sogar die Kopfwahlen für die Generalsynode vorschlagen; nur der Widerspruch seiner Berater soll ihn davon abgehalten haben. So hat er denn den Gedanken fallen lassen, die neue Kathedrale des preußischen Protestantismus mit Sandkörnern zu bauen, aber er hat die Gefahr nicht vermieden, auf unsichern Grundlagen und mit ungeeignetem Material zu bauen. Glaubte er ohne diese Konzessionen im Landtag nicht durchzudringen, so mußte er jedenfalls der Kirche solche Widerlager geben, daß sie geschützt war; er mußte der Generalsynode so viel Unabhängigkeit geben, daß sie bei drohender Gefahr sich wehren konnte. Indem er der Synode eine Linke, sich selbst das Veto und die Ernennung der theologischen Professoren, dem Landesherrn die absolute Ernennungsgewalt giebt, macht er die Kirche hilf- und machtlos. Und hier war es die Sache des Evangelischen Oberkirchenrats, die kirchlichen Gesichtspunkte nötigenfalls auch gegen den Minister zur Geltung zu bringen. Leider ist dies nicht geschehen.

Wir möchten gegen den wohlmeinenden Kultusminister und gegen die oberste Behörde unserer Kirche nicht undankbar scheinen. Wir wissen, daß sie unter aufreibender Arbeit, mit höchster Bemühung, unter den größten Schwierigkeiten die Aufgabe treiben, der Kirche eine gewisse Selbständigkeit zu verschaffen. Aber wir können es nicht verschweigen, daß der Verfassungsentwurf, welcher uns vorgelegt ist, die Bedingungen der kirchlichen Selbständigkeit nicht enthält, daß er überhaupt die Kanäle nicht bietet, durch welche ein neues, frisches Leben sich über die Gefilde unsrer Kirche ergießen kann. Nie gab es für den Evangelischen Oberkirchenrat schwierigere Verhältnisse, das verkennen wir nicht; aber nie gab es für ihn günstigere Gelegenheiten als in den letzten drei Jahren, die Sympathien der Landeskirche um sich zu sammeln. Wenn er bei der Maigesetzgebung die Rechte der Kirche tapfer vertrat; wenn er anstatt der bekannten Instruktionen, die in den Gemeindevertretungen ihre Wirkungen nicht verfehlt haben, eine mutige Parole ausgab; wenn er bei der Einführung des Zivilstandes, anstatt durch Trauungsformulare und Wiedertrauungsvorschriften die Geister gegen sich zu erregen, in dem Abfall der Ungläubigen die Gläubigen zum Bau einer neuen Kirche sammelte; wenn er, wie es in den neuen Verhältnissen lag, aus den Trümmern die Kirche und eine Gemeinde der Gläubigen aufzubauen versuchte und in diesem Sinne die

Kirchenverfassung entwarf als die Urkunde neuen Lebens und kirchlicher Freiheit: so war ihm die begeisterte Zustimmung aller gläubigen Herzen gewiß. Statt dessen ließ er die bekannten Schlußparagraphen in den Entwurf hinein und ließ noch dazu durch seinen Kommissar erklären, diese Veränderungen seien aus freier Beratung, ohne Zwang von seiten des Ministeriums entstanden.

Und während der Entwurf in seinen Schlußbestimmungen dem geistlichen Amt die allergrößte Last und Sorge auflegt, während er auf seiten der Synoden nicht genug Laientum und Liberalismus fordern kann, will er nach oben hin das Kirchenregiment möglichst wenig von der Synode eingeschränkt wissen. Auch jenes Minimum von Macht, welches die Synode bei der zweiten Lesung forderte, daß nämlich der Synodalvorstand bei allen Personalvorschlägen des Oberkirchenrats ein Mitwirkungsrecht haben solle, fand den heftigsten Widerstand. So wenig will der Oberkirchenrat irgend eine bedeutende Thätigkeit der Synode gestatten. Denn wir können den Gedanken nicht aufgeben, daß in der Ernennung der kirchenregimentlichen Personen die eigentliche kirchliche Macht liegt. Wer die Professoren der theologischen Fakultäten ernennt, wer die hohen Kirchenstellen in Land und Provinz besetzt, der ist in Wahrheit der Herr des kirchlichen Geistes. Es kann von synodaler Macht, von kirchlicher Freiheit gar nicht die Rede sein, solange der Synode an diesen beiden wichtigsten Funktionen der Kirchenregierung so gut wie kein Recht eingeräumt ist; denn das Mitwirken des Synodalvorstandes bei den Vorschlägen für die Generalsuperintendenturen ist viel zu wenig. Man weist freilich auf das Kirchengesetzgebungsrecht der Synoden hin und meint, damit ein großes Recht aus den Händen des Kirchenregiments gegeben zu haben. Und gewiß ist es dankbar anzuerkennen, daß kirchliche Oktroyierungen damit unmöglich sind. Aber positiv ist dies Recht kaum von großem Belang und mit dem politischen Gesetzgebungsrecht in keiner Weise zu vergleichen. Denn in der Kirche sind die Grundgesetze aus göttlicher Offenbarung hervorgegangen; und es bleibt der Synode kaum etwas andres zu thun, als diese Gesetze auf den einzelnen Fall anzuwenden. Wollte aber die Synode, sei es betreffs der Lehre oder in bezug auf die Sozialgestalt der Kirche, über deren Einrichtung sie in der That eine große Vollmacht haben sollte, nach ihren Wünschen irgend etwas Großes ins Werk setzen, so hat sie das ministerielle Veto und das landesherrliche Kirchenregiment über sich, wodurch sie an allem gehindert werden kann.

Und hier liegt nun auch der eigentliche Hauptfehler des ganzen Entwurfs. Man hat in demselben die ganze Vollmacht des Landesherrn beibehalten, ja man hat sie durch die Ernennung der landesherrlichen Abgeordneten zu den Provinzial- und Generalsynoden noch verstärkt. Daß aber eine Kirche, welche die ungeheuren Prärogative des Landesherrn beibehält, eine Staatskirche unter anderm Titel bleibt, liegt auf der Hand. Man mag sich der Selbsttäuschung hingeben, daß es möglich ist, dies Amt zu einem kirchlichen Amte umzugestalten; aber die Unmöglichkeit dieser kirchenrechtlichen Prozedur bricht überall durch. Sollen wir denn wirklich erst noch nachweisen, daß ein konstitutioneller Fürst der modernen Zeit nicht mehr „oberster Bischof" im alten Sinne sein kann? Kein König mit verantwortlichen Ministern kann heutzutage die Kirche nach rein kirchlichen Gesichtspunkten regieren; kein Fürst wird in unsrer Zeit die Kirche in ihrem Kampfe gegen den Weltgeist anführen können und sich etwa auf seiten der Synode stellen und gegen das Parlament. War es Jahrhunderte lang ein Notstand und ein Notbehelf, daß die Fürsten die Kirche regierten; war es in früheren Zeiten zuweilen ein unleugbarer Segen, daß die Volkskirche in dem Oberhaupt des Volkes ihren Bischof hatte: heute, da die Volkskirche in dem alten Umfang durch den Zivilstand zertrümmert wird, da die Volksgeister im bittern Prinzipienkampf stehen, kann der Fürst nicht mehr im alten Sinne Kirchenregent sein. Nicht nach der Seite des verstärkten Summepiskopats hin, sondern vielmehr nach der Seite des Hoheitsrechts mußte die Stellung des Landesherrn in der Kirche ausgestaltet werden; ein starker Einheitsspruch gegen unliebsame Personen, ein aufschiebendes Veto auch in der Kirchengesetzgebung, vielleicht ein definitives Veto bei Verfassungsänderungen, daneben ein weitgehendes Ehrenrecht war dem König einzuräumen, aber nicht das absolute Ernennungsrecht der kirchenregimentlichen Personen und das allzustarke Ernennungsrecht zu den Synoden. Man vergesse doch nicht, daß die Kirche in den östlichen Provinzen Preußens am allermeisten unter dem Verdachte leidet, daß sie mehr eine Veranstaltung des Staates als eine Anstalt Gottes ist. Diesen Verdacht wird sie nicht eher von sich abstreifen, als bis das landesherrliche Kirchenregiment seine beherrschende Stellung verloren hat. Denn so liegt es ja nicht, daß der König sein Kirchenregiment völlig aus sich übt; er wird auch diesen Teil seines Berufs mit dem Beirat des Ministers verwalten, und der Kirche wird nie, nie die

Gelegenheit, ihr eignes Leben zu leben. Um diese Hauptschwierigkeit anzufassen, geschweige zu lösen, hat der Entwurf, hat auch die Synode nichts gethan. Man hörte zu seinem Erstaunen von „Rechten der Krone", von „Bekennern der Landeskirche", ganz zu geschweigen von Äußerungen stärkster büreaukratischer Unterwürfigkeit, dagegen wurde die prinzipielle Frage über die Beschränkung des landesherrlichen Kirchenregiments auch von denen, die sie für sich schon richtig gestellt und beantwortet haben, kaum angerührt.

Man hat gefragt, ob es möglich sei, ohne Beibehaltung des bisherigen landesherrlichen Kirchenregiments die Volkskirche zusammenzuhalten. Männer des Glaubens haben wir bei der Synode den Kopf schütteln und nein sagen hören. Man traut der evangelischen Kirche überhaupt die Kraft der Selbständigkeit nicht zu. So ist denn in der That die Frage der kirchlichen Freiheit noch nicht reif; aber sie wird wiederkehren, bis sie gelöst ist, entweder durch die Freikirche oder durch die freigestaltete Volkskirche. Freilich eine Volkskirche in dem ehemaligen Sinne können wir nicht mehr haben; der Zivilstand hat sie ein für allemal abgeschafft. Sehr bald wird es in den großen Städten Tausende geben, die nicht getauft, nicht getraut sind, die der Kirche den Abschied gegeben haben. Andre Tausende und Hunderttausende, die der Kirche ebenso fremd, vielleicht feindlich gegenüberstehen, werden nicht gerade Gelegenheit oder Lust haben, die Kirche zu verlassen: sie bleiben darin. Was wird mit ihnen? Was wird mit all den Unzähligen, die noch äußerlich zur Kirche gehören, ohne innerlich ihre Glieder zu sein? Dies scheint uns die schwierigste Frage unserer kirchlichen Zukunft. Daß Ungläubige in der Kirche nicht mitwählen, mitwirken, mitherrschen können, versteht sich von selbst; eine Kirche, die dies zuläßt, hätte nichts mehr vom Reiche Gottes. Aber auch zum Ausscheiden sollen sie nicht gezwungen werden; wir begreifen sehr wohl, daß jemand, der die Dogmen der Kirche nicht annimmt, sich doch von dem Idealismus, der die Kirche durchweht, nicht trennen will. Es wäre gegen den Geist der Volkskirche, diese Trennung zu erzwingen. In diesem Sinne halten wir noch an der Volkskirche fest. Soll dieselbe aber nicht zur Karrikatur werden, so muß sie zwei Kreise bilden, einen engeren, der die gläubigen Kirchenmitglieder und in ihnen die Wähler, die Gemeindekirchenräte, die Synodalen einschließt, und einen weiteren, der die dem kirchlichen Geiste Fernerstehenden umfaßt und gleichsam das Arbeitsfeld der thätigen Kirche bildet. Ein

solcher Zustand würde sich sehr leicht durch Beobachtung der Qualifikationsbestimmungen, wenn dieselben aufrichtig genommen würden, und durch Einführung ernsthafter Gelöbnisse herstellen lassen. Offenherzigkeit in Glaubenssachen ist ein Zug unsrer Zeit; die Ungläubigen würden sich nicht so leicht in Kirchenämter drängen, wenn ihnen in feierlicher Weise ein Glaubensbekenntnis abgefordert würde. Kommt unsre Kirche nicht dazu, diese Auseinandersetzung zwischen Glauben und Unglauben im friedlichen, schiedlichen Geiste durchzuführen, so ist sie verloren; eine Volkskirche, die wirklich eine Kirche wäre, ist dann nicht mehr möglich, und die Freikirche oder, was schlimmer wäre, das Sektentum, vielleicht Rom würde die Zuflucht vieler sein. Gelingt es uns dagegen, von den presbyterialen und synodalen Verhältnissen den Unglauben fern zu halten, so ist die Volkskirche im modifizierten Sinne noch möglich.

Freilich gehört dazu eins, was unsers Erachtens in dieser Zeit der synodalen Bildungen noch nicht genug hervorgehoben ist: unsre kirchliche Obrigkeit muß aus den beständigen Vermittelungsversuchen und Kompromissen heraustreten. Solange von oben kein deutlicher Posaunenton erklingt, ist die Rüstung zum Kampf unvollständig. Hätte der evangelische Oberkirchenrat in dieser schweren Zeit einen hellen Ruf zum Kampf wider den kirchenstürzenden Unglauben ausgehen lassen; wäre dieser Ruf durch die Konsistorien und Superintendenturen fortgepflanzt; hätte er die armen, kreuztragenden Pastoren mit Mut und Hoffnung erfüllt und die kirchlichen Laien gesammelt: es stände wirklich anders in der Kirche. Aber auf die Maigesetzgebung und das Zivilstandsgesetz die Trauformeln und Wiedertrauungsgrundsätze, auf den Abfall der großen Städte die Zusatzartikel zum Generalsynodalentwurf folgen zu lassen: das war auch für das zahmste Herz zu viel. Ein kirchlicher Gemeinschaftsgeist des Glaubens, ein lebendiger Geist der Freiheit muß in der Kirche gehegt und gepflegt werden. Ist das bis jetzt nicht geschehen, ist auch in dem Generalsynodalordnungs-Entwurf davon nichts zu merken, so wollen wir dennoch die Hoffnung noch nicht völlig wegwerfen. Wir wollen die Fahne kirchlicher Unabhängigkeit hoch und immer höher halten, wollen das Prinzip lebendigen Glaubens, als des einzig berechtigten Gemeinschaftsbandes der Kirche, hinübertragen in die Tage der ordentlichen Generalsynoden. Und wenn wir, wie es wohl zu erwarten steht, den Entwurf legalisiert von den Kammern zurückerhalten, dann wollen wir die Synode annehmen, immerhin

als etwas Besseres gegen den früheren Zustand, aber für die Kirche wollen wir das fordern, ohne welches sie nicht leben und gedeihen kann, Freiheit und Glaubensenergie. Eine Partei, die dies beides: lebendigen Glauben und kirchliche Unabhängigkeit zu ihrer Losung machte, wäre keine Partei, sondern die Kirche selbst. Wir fordern nichts Unmögliches, indem wir Freiheit verlangen, wir fordern nichts andres für unsre Kirche als das, was die katholische Kirche auch nach der Maigesetzgebung noch immer hat, nichts andres als das, was die Synagoge noch nie verloren hat. Ist das zu viel für die evangelische Kirche, die Freundin Preußens und die Burg seiner Größe? Wir meinen nicht. So gebe man es uns. Nur eine Kirche, die freie Bewegung und ein kräftiges Gemeinschaftsleben hat, wird in den geistigen Konflikten der Gegenwart etwas vermögen.

Die Zeichen der Zeit sind deutlich genug. Selbst vom Ministertisch her ist bei Gelegenheit der Strafgesetznovelle im Reichstag die Auflösung der sittlichen Ordnungen beklagt. Freilich hat Lasker, charakteristischerweise der Führer unsrer großen nationalliberalen Partei, den moralischen, hat Bamberger den wirtschaftlichen Niedergang unsrer Nation geleugnet. Aber diese optimistischen Stimmen des Liberalismus verfangen nicht mehr. Wir sind stark auf der schiefen Ebene. Fragen wir, wer uns dahin gebracht hat, nachdem in nationalen Thaten ohnegleichen der Volksgeist bewährt war, so bleibt keine andre Antwort als die: der Liberalismus mit seinem Übermaß von Freiheiten, für die unser Volk nicht reif war, hat uns in unsrer Entwicklung verwirrt. Eine zügellose Presse hat aus dem Herzen des Volks die Ehrfurcht vor göttlicher und menschlicher Autorität gerissen; der Haß gegen das Christentum und die Lästerung des Heiligen sind an der Tagesordnung; eine Berliner Zeitung durfte schreiben, daß das Christentum im Schulunterricht schuld ist an dem sittlichen Zustande des Volks. Es giebt für christliche Völker kein Band der Gemeinschaft, das so fest zusammenschlösse wie die Grundüberzeugungen der Religion. Diese Einheit ist bei uns furchtbar gestört. Der abergläubische Ultramontanismus, der sozialistische Atheismus, der fortschrittliche Kirchenhaß, der liberale Indifferentismus: sie bilden im deutschen Volke große Parteien, denen die Kirche des Evangeliums ziemlich schwach gegenübersteht. Wird diese Macht des Heils nicht gestärkt, wird die lebendige Kraft der Kirche nicht verbunden, so ist kein Erfolg möglich. Man denke nur nicht, daß man den Unglauben gewinnt, indem man ihm Zu-

geständnisse macht. Auf die Beratungen der Synode haben in Berlin zwei angesehene Männer und zwei Vereine mit der Drohung des organisierten Massenaustritts geantwortet. Und für Berlin hauptsächlich hat man die Zusatzartikel gemacht. Gewiß liegt in solchen Anzeichen der Weg der Kirche vorgezeichnet. Wenn alle Richtungen mit früher unbekannter Energie sich ausbilden, so muß auch die Kirche, will sie nicht untergehen, sich nach ihrem eignen Geiste organisieren. Auch das Wiederkehren einer konservativen Strömung dürfte sie nicht benutzen wollen, um alte, verlorene Positionen wiederzugewinnen. Auch dann, wenn der Thron des Liberalismus gestürzt ist, hat die Kirche ihr Programm zu befolgen, welches lautet: lebendiger Glaube und kirchliche Unabhängigkeit! Nur so wird sie den Gemeinschaftsgeist entwickeln lernen, der unserm Volke als tragende Kraft so nötig ist.

Der Ultramontanismus wirkt ganz besonders durch die Gewalt konzentrierter Gemeinschaft. In stolzer Sicherheit lacht er über die Versuche der evangelischen Kirche, zu einer kirchlichen Gestalt zu kommen; er selbst ist seiner Freiheit und seiner Macht gewiß. Schon fordert der Liberalismus hier und da die Beendigung des Kulturkampfes, weil ihm die Macht Roms imponiert; für unsre Kirche hat er selten ein andres Gefühl als Verachtung ihrer Schwachheit. Um so mehr gilt es für uns, in evangelischer Weise stark zu werden und unsre Kirche zu einer Gemeinschaft zu gestalten, in der wir unsres Glaubens sicher sind und der Verbindung mit den Kirchen andrer Länder fähig werden. Auch das Landeskirchentum in der bisherigen Form hat sich ausgelebt; es muß sich ergänzen durch ein Kirchentum, welches über die Landesgrenzen übergreift und eine gemeinsame, große evangelische Aktion ermöglicht. Der Sozialismus, welcher doch der Egoismus ist, hat in den internationalen Beziehungen und in der Gemeinschaft seiner Vereine das Geheimnis seiner Kraft. Gegen diesen Feind sind Gesetze allein wirkungslos. Die Internationale des Glaubens und der Liebe, welche Kirche heißt, sie allein kann die Internationale des Atheismus und des Hasses bekämpfen und überwinden. Aber dies Jammerbild von evangelischer Kirche, wie wir es haben, vermag über das Volksleben nichts. Wohl kann die Wahrheit der evangelischen Predigt noch immer mit ihrer unverwüstlichen Gotteskraft Einzelne, auch Hunderte und Tausende gewinnen; aber eine Macht im Volke wird unsre Kirche erst werden, wenn sie keine Magd mehr ist, sondern

eine Freie. Solange sie unter die Weltgedanken der Politik gestellt ist, kann sie nur hier und da einen Zug ihrer göttlichen Natur sehen lassen. Aber angethan mit der Herrlichkeit einer Gemeinde Gottes, würde sie wieder die Stätte des Friedens und eine Anziehungskraft für die Christen werden. Ist sie jetzt wie eine Insel im Meer, von welcher der Sturm ein Stück nach dem andern losreißt, dann würde sie wie ein Leuchtturm auf dem Felsen sein, an dem der Sturm sich bricht. Freiheit in der Zucht des Glaubens: ein andres Licht leuchtet nicht in das Dunkel der Zukunft; es ist das Licht Gottes auf den Wegen der Völkergeschichte. Angezündet und unterhalten im Heiligtum der Kirche als die ewige Flamme, wird es hinausleuchten in das Leben der Nation, hineinleuchten in die Herzen. Noch immer gilt das Wort Christi: Ich bin das Licht der Welt; und nur in diesem Lichte sehen wir das Licht.

Unsere Aufgaben.

1. Juli 1876.

Ein vielbedeutender Abschnitt der preußischen Kirchengeschichte liegt hinter uns. Die synodale Verfassung, von der Generalsynode begutachtet, von dem Kirchenregiment festgestellt, von der staatlichen Gesetzgebung bestätigt, von dem Landesherrn sanktioniert, ist für die nächste Zukunft zu einem Abschluß gekommen. Nicht mit Freudigkeit sehen wir auf die Entwickelung dieser neuen Verhältnisse zurück; dennoch gehen wir nicht ohne Hoffnung hinein in die kommenden Tage. Freilich lebte vor Jahr und Tag in unseren Herzen eine andere, größere Hoffnung. Damals erwarteten wir von dem Staat eine befreiende That des Vertrauens und von der verheißenen Kirchenverfassung einen Aufschwung kirchlicher Begeisterung, der unseren Gemeinden so nötig war. Darin haben wir uns einigermaßen getäuscht. Eine Unabhängigkeit, wie wir sie uns gedacht hatten, und wie sie durchaus erforderlich ist, um die Herzen der lebendig Gläubigen für die Kirche in ihrer Sozialgestalt zu erwärmen und das Interesse der schlummernden Geister wach-

zurufen, ist uns nicht zu teil geworden: das große Kulturprinzip, daß die Kirche ihre Angelegenheit selbständig verwaltet, ist in den Wirren des Kulturkampfes nicht bloß aus der Verfassung des Staates, sondern auch aus dem Katechismus des herrschenden Liberalismus gestrichen. Noch einmal sei es uns gestattet zu sagen, daß wir darüber traurig sind, noch mehr für den Staat als für die Kirche.

Man hat die Schuld dieser Entwickelung, gleichsam als eines unvermeidlichen Verhängnisses, in dem Kulturkampf gesucht. Aber nicht in diesem selbst, nur in der Art und Weise, wie er geführt ist, liegt die Ursache unserer Schmerzen. An sich barg der Streit mit Rom große Momente in sich, die unserer Kirche günstig waren: das Aufgeben einer falschen Nachgiebigkeit gegen päpstliche und bischöfliche Ansprüche, das wiedererwachende Bewußtsein von der Hegemonie der protestantischen Idee, die Möglichkeit einer großartigen Politik, die ebenso gerecht gegen den Katholizismus wie gegen die evangelische Kirche billig sein mußte. Weder in der Maigesetzgebung noch in dem Zivilstandsgesetz brauchte man eine Feindseligkeit oder nur ein Übelwollen gegen die Kirche als solche zu erblicken; und wir legen Wert darauf, daran zu erinnern, daß wir jene beiden Legislationen trotz schwerer Bedenken im einzelnen unbefangen und ohne Groll aufgenommen, daß wir, eine ganze Zeit hindurch fast alleinstehend in den kirchlichen Kreisen, die neuen und ungewohnten Gesichtspunkte preußischer Kirchenpolitik verteidigt haben. Wir begrüßten in denselben die notwendigen Anfänge einer notwendigen Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche. Es erschien uns als eine Träumerei, von dem Staat die kirchliche Unabhängigkeit zu begehren, ehe derselbe sein Gebiet geschützt, seine Grenzen gezogen hatte. Ließ er hierbei eine allzu gestrenge Hand walten, so waren wir gern bereit, auf bessere Zeiten zu hoffen und von einer Zukunft, welche die Spannung des Kulturkampfes nicht mehr zu fürchten hatte, die Milderung einiger harter Paragraphen zu erwarten. Selbst die Übereilung in der Einführung des Zivilstandes, so wenig sie einer besonnenen Staatskunst und dem Wunsche unserer kirchlichen Obrigkeit entsprach, hielten wir dem schnellen Tempo zu gute, in welchem die Gesetzeskolonnen des kirchlichen Kampfes aufmarschierten. War es, recht erwogen, unbedingt notwendig, daß die Kirche verfaßt und imstande war, sich auf die Zukunft einzurichten, die Stolgebühren abzuschaffen, die kirchlichen

Maßregeln zu beraten, ehe mit der Aufhebung des Taufzwangs und der Einrichtung der Zivilehe vorgegangen und die Basis unseres Volks- und Landeskirchentums zertrümmert wurde: so erschien uns doch die Aufhebung des Staatszwanges in Religionssachen als ein so großer Fortschritt, daß wir jenen Preis für diese Befreiung nicht zu hoch fanden. Nichts war der Kirche notwendiger, als endlich, von allen äußeren Stützen noch mehr erlöst als verlassen, den inneren Bestand an kirchlichem Geiste festzustellen und sich darüber klar zu werden, wie stark oder schwach inmitten der geistigen Konflikte unserer Tage der gläubige Protestantismus sei. Daß niemand, und am wenigsten die Urheber des Zivilstandsgesetzes, eine Ahnung von dem drohenden Bankrott kirchlicher Gesinnung hatten, wie er nun erschütternd und erschreckend in großen und kleinen Städten, hier und da auch in der Landbevölkerung hervortrat, beweist am besten die züchtigende Heilsamkeit einer Maßregel, die uns freilich aus allen Illusionen riß, aber uns klar unsere Lage zeigte. Ohne zu wollen, hat uns die Gesetzgebung damit den größten Dienst geleistet. Hören wir deshalb auf, die kirchlichen Folgen des Zivilstandes dem Gesetzgeber aufzubürden; sie sind nichts anderes als die Früchte des Staatskirchentums der letzten Jahrzehnte.

So dachten wir immer, so denken wir noch heute. Aber freilich, das eine mußten wir als Ersatz für die Enttäuschungen, Anfechtungen und Verluste der Übergangszeit erwarten, daß nach allem der Kirche eine gewisse Unabhängigkeit vom Staat zu teil wurde. Ohne ein solches Ziel wäre uns in der That die ganze Gesetzgebung der letzten Jahre vollkommen unbegreiflich gewesen. Nur in dem Gedanken, daß bei dieser Gelegenheit die große Aufgabe unseres Jahrhunderts, Kirche und Staat in das rechte Verhältnis zu einander zu bringen, gelöst werden müsse, liegt die Verteidigung unserer Kirchenpolitik und die Entschuldigung ihrer Härten. Und eben bei der Feststellung der evangelischen Kirchenverfassung mußte es sich zeigen, ob der Staat, nachdem er sein Recht gesichert hatte, der Kirche ihr Recht geben würde, ob die hohe Devise des preußischen Wappens: Suum cuique auch in dem Kulturkampf unbezweifelt und unerschüttert feststehe. Hier stand Preußen vor der großen Probe, ob das Exempel der beiden Faktoren richtig gerechnet sei. Wir müssen mit Schmerz gestehen, daß es die Probe nicht bestanden hat. Der gehoffte Freibrief der Kirche ist nur ein Unter-

thänigkeitsschein geworden. Wir bedauern dies am meisten im Interesse des Volkes. Viele schwere Aufgaben des inneren Staatslebens sind unerledigt, weil sie nur mit Hilfe der Kirche erledigt werden können. Das Überhandnehmen der Sozialdemokratie, das Zunehmen sittlicher Verwilderung, das Sinken gewerblicher Rechtschaffenheit: diese Spuren eines Verderbens, das von allen zugestanden wird und von niemand geheilt werden kann, weisen auf einen inneren Schaden hin, der sich mit den Mitteln bloßer Paragraphen nicht lösen läßt. Das Urteil gereifter Christen bezeichnet ebenso wie der erwachende Instinkt aller Verständigen den Mangel an religiösem Geiste als unseren tiefsten Schaden. Es giebt keine Volkssittlichkeit ohne starke religiöse Antriebe; auf dem Grunde des herrschenden Materialismus eine Moral aufzubauen, die auch nur dem dürftigen Staatszweck genügte, ist unmöglich. Nur die Religion vermag unserer Nation die verlorene Spannkraft des sittlich-idealen Strebens wiederzubringen. Aber eine Macht der Religiosität entwickelt sich unter den geistigen Umständen von heute nicht mehr in einer abhängigen Kirche. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß es unseren Staatsmännern sehr am Herzen liegt, den religiösen Geist wecken zu helfen; wir glauben sogar, daß sie mit der Synodalverfassung etwas Großes zu dieser Weckung gethan zu haben meinen: nichtsdestoweniger behaupten wir, daß sich für die Kirche, wie sie neugestaltet vor uns steht, schwerlich irgend jemand begeistern wird, weder von rechts, noch von links, noch aus der Mitte. Mag man vielleicht im Sinne haben, späterhin der Kirche in ihre Angelegenheiten wenig oder gar nicht dreinzureden; prinzipiell ist ihr Verhältnis zum Staat, wie ja das auch in den Kammern zur Verteidigung der Verfassung angeführt ist, das der Unfreiheit; bis zu der Ernennung jedes Superintendenten hinunter, bis auf Katechismen und Gesangbücher herab steht in jeder Lebensäußerung die Kirche unter der Kontrolle des Ministers, ganz abgesehen davon, daß die Bildung ihrer Diener fast völlig in den Händen des Staates ist. Wir fürchten nicht einmal, daß diese Übermacht gebraucht oder gar gemißbraucht werden wird; aber schon daß es für nötig gehalten ist, der evangelischen Kirche einen kürzeren Zaum, eine schärfere Kantare anzulegen, als man der römischen bieten durfte, hindert von vornherein jede Begeisterung und stellt doch auch später jede Beratung, jeden Beschluß unter den Druck außerkirchlicher Gewalten.

Aber so, wie es nun einmal geworden ist, bietet dieses Geschick unserer Betrachtung doch eine tröstliche Seite. Wir hoffen, daß die äußerliche Gebundenheit der Kirche ihrer inneren Befreiung dienen wird. Von allen Schäden unseres Kirchentums war lange Zeit hindurch das Vertrauen auf die Staatsmacht, auf den Staatsschutz, auf die Staatsleitung der Kirche einer der größten. Loyaler konnte nichts auf Erden sein als der preußische Protestantismus. Gewiß ein köstlicher Zug und von der Reformation her ein Grundzug unserer Kirche! Aber daß diese Loyalität zu einem innerlichen Staatskirchentum wurde, welches gern und ohne jeden Wunsch, es möchte anders sein, die Angelegenheiten der Kirche in der Hand des Staates sah und bis vor kurzem dauernd lassen wollte, war gewiß ein Fehler. Dies Übermaß von Unterthanengehorsam in Kirchensachen aus den Geistern zu schaffen, war die Vorbedingung jeder kirchlichen Unabhängigkeit. Fragen wir uns, auf welchem Wege dies hätte geschehen können, wir können keinen anderen entdecken als den, welchen uns Gott wider unseren Willen geführt hat. Heute giebt es keinen energisch gläubigen Protestanten mehr, der, wenn er in diesen Dingen ein Urteil hat, das äußere oder innere Staatskirchentum noch für eine Stütze der Kirche hält. Dies Wunder psychologischer Umwandlung ist der, wenn auch nicht schlecht gemeinten, doch immerhin so wenig rücksichtsvollen Behandlung der Kirche seitens des Staates zu danken. Die Kirche als Organismus kann sich nie wieder auf den Staat stützen wollen; dieser Rohrstock ist zerbrochen und uns durch die Hand gefahren. Die Erkenntnis davon ist ein positiver ungeheurer Gewinn. Alles, was die Christen veranlaßt, von irdischen Widerlagern, welche die Kirche halten sollen, abzusehen und emporzuschauen zu dem himmlischen Schirmherrn und den ewigen Stützen, muß schließlich zu ihrem Besten dienen.

Ein ähnlicher Rohrstab war die Verfassungsfrage. Wie hat man sich darauf gesteift und gestützt, die einen, daß eine Synodalverfassung der Kirche neues Leben einhauchen müsse, die anderen, daß diese neue Ordnung der Kirche auf das äußerste zu bekämpfen sei. Seitdem wir die Anfänge dieser kirchlichen Änderung bei uns gepflanzt und gepflegt haben, ist bei jenen die Hoffnung, bei diesen der Widerwille mehr und mehr geschwunden. In drei verschiedenen Ansätzen hat der Versuch stattgefunden, die Kirche von der Gemeinde aus zu organisieren und so, langsam von unten nach oben

fortschreitend, eine bessere Sozialform der Kirche zu gewinnen. Wir wollen es nicht leugnen, daß wir immer in dieser Langsamkeit des Kirchenverfassungswerkes eines seiner schlimmsten Hindernisse erblickt haben. Man sah bei den Anfängen des Weges kein Ziel vor Augen; deshalb erlahmte die Lust wie die Kraft. Im Grunde sind diese ersten Sprößlinge der Kirchenverfassung totgeborene Kinder geblieben. Hätte man die Ruhe der fünfziger Jahre und die tiefe Begeisterung des heimgegangenen Königs benutzt, um die mit der Entstehung der konstitutionellen Monarchie unausbleibliche Neugestaltung der Kirche lebendig anzufassen, kräftig durchzuführen, völlig herzustellen: wir ständen heute anders und besser in unserer Kirche. Die, welche damals die Verfassungsfrage verschoben haben, müssen heute einen großen Anteil der Schuld tragen; sie haben schwer geirrt. Denn wir können von dem Gedanken nicht lassen, daß eine rechte Kirchenverfassung, obwohl ein äußerliches und im Vergleich zu den Heilsgütern geringes, doch ein überaus wichtiges Ding ist, ähnlich wie der Leib als das Werkzeug der Seele. Gleichwie die Seele unsterblich ist, aber doch ohne Leib hier auf Erden nicht wirken kann, so muß auch das Reich Gottes als ein unsichtbares und unvergängliches in der Kirche als seinem Organ eine Gestalt gewinnen, die dem Ideal so nahe wie möglich kommt. Es ist eine alte Schwachheit des Protestantismus, daß er Jahrhunderte hindurch diese Frage für so unwesentlich gehalten hat. Zuletzt mußte sie nun doch beantwortet werden, und zwar unter ungünstigen Verhältnissen. Mitten im Sturm kirchlichen Kampfes haben nun die Artikel der Kirchenverfassung gesäet werden müssen, mehr als die Saatkörner vorhandener Zwietracht denn als die Lebenskeime künftigen Gedeihens.

Es ist unfruchtbar, noch einmal auf alle die Mängel der kirchlichen Neuordnung zurückzublicken. Dieselben liegen klar vor aller Augen und konzentrieren sich darin, daß unsere Kirche Staatskirche geblieben ist. In manchen einzelnen Punkten — wer wollte das leugnen! — sind Verbesserungen geschaffen: die Initiative in den kirchlichen Angelegenheiten liegt jetzt bei den kirchlichen Behörden, diese selbst sind von den Staatsbehörden frei geworden, in der Gesetzgebung kann ohne die Synoden, in vielen Stücken der Verwaltung ohne den Synodalvorstand nichts geschehen. Aber überall an den entscheidenden Punkten steht nicht die organisierte Kirche, sondern das landesherrliche Kirchenregiment und der Minister. Es

ist das alte Staatskirchentum, nur nicht mehr in dem Purpurmantel der Monarchie, sondern in der Toga des Konstitutionalismus. Der Dualismus zwischen den Behörden und den Synoden ist verfassungsmäßig festgestellt, ja durch die Beziehung zum Minister verdoppelt. Die Synoden, welche Korporationen kirchlichen Dienstes sein sollten, repräsentieren mehr die Idee von äußerlichen Gemeinderechten — eine Idee, die der heiligen Schrift, wie der kirchlichen Geschichte fremd ist. Die beiden großen Grundsätze, daß eine rechtlich bindende Qualifikation die Glieder der Presbyterien und der Synoden kirchlich bestimmt, und daß nur der kirchliche Dienst für die höheren Stufen der kirchlichen Verfassung befähigt: diese eigentlich unentbehrlichen Schutzwehren der Kirche sind zum Teil aufgegeben. Anstatt dessen ist dem kirchlichen Liberalismus eine Thür in die Kirche gebrochen und so im voraus der Preis für die Sanktion der Kammer gezahlt. Da eine allgemeine Besteuerung zu den wichtigsten Rechten der künftigen Generalsynode gehören soll, hat man es nicht vermieden, in derselben alle Richtungen zu legitimieren und die Kirche mehr als eine Gemeinschaft der Steuerzahler zu gestalten, nicht als eine Versammlung der Gläubigen, wie das Grundbekenntnis unserer Kirche sie kennt und nennt.

Gewiß kann durch alles dies ein oberflächliches Interesse an den kirchlichen Angelegenheiten wieder belebt werden. Der äußere Zusammenhang der Landeskirche ist zunächst gewahrt, das Kirchendach, wie man die Verfassung genannt hat, ist fertig. Aber dieser Erfolg ist doch auf Kosten des inneren Lebens der Kirche erreicht. Kein frischer Luftzug wahrer Freiheit weht durch das Gemäuer und erquickt die Seele, erfrischt die Begeisterung mit dem Odem öffentlichen Vertrauens; die Kirche hat keinen einzigen Punkt, wo sie unabhängig von der Staatsaufsicht frei ihr Leben gestalten könnte. Kein inneres Band gläubiger Gemeinschaft umschlingt kräftiger als früher die Glieder der Kirche; litten wir schon immer an dem Schaden Josephs, daß die Kinder eines Hauses sich nicht vertrugen, weil sie nicht Kinder eines Geistes waren: jetzt ist unter uns neben dem Glauben des schlichten Christen die Intelligenz der großen Städte anerkannt, und die unvereinbaren Weltanschauungen von Offenbarungsverneinung und Offenbarungsglauben werden in den Synoden vertreten sein, wie sie es schon im Volksleben waren. Dabei kann die Kirche keine durchschlagende Energie beweisen; nur gesammelter, einmütiger Glaube vermag zu wirken, nicht zerstreuter,

zwiespältiger Geist. Es ist uns auf der Generalsynode gesagt, daß Preußen von seiner Kirche viel erwarte. Gott weiß, wie freudig wir dieser Erwartung entsprechen möchten; aber die Kirche kann durch nichts anderes Einfluß haben als durch die Wahrheit ihrer Verkündigung, durch die Kraft ihrer Gemeinschaft, durch den vollen, ungehemmten Strom ihres Lebens. Wird nun der Zweifel legitimiert, der Zwiespalt verewigt, die Krankheit gleichsam organisiert, so ist eine Machtentfaltung des kirchlichen Geisteslebens unmöglich. Eine zweifelsüchtige Zeit, wie die unserige es unleugbar ist, wird nicht durch theoretische Diskussion zum Glauben geführt werden, sondern durch die imponierende Überzeugungsmacht christlichen Gewissens, durch die beseligende Gewißheit göttlicher Offenbarung, durch die unwiderstehliche Kraft brüderlicher Verbindung im Geiste. Aus diesem Geiste heraus muß auf das Volksleben eingewirkt werden, und die großen Körperschaften der Kirche, Behörden wie Synoden, müssen das Leben, wie es in den gläubigen Seelen und Gemeinden pulsiert, einerseits repräsentieren und andererseits anregen. Zu solcher Aktion ist die neue Verfassung nicht geeignet. Auf allen Stufen der synodalen Beratung sieht man, wie die Besprechung tiefgehender Fragen ängstlich vermieden wird, weil man ein Auflodern des Streites befürchtet. Auch die Behörden, wenn sie kirchliche Thaten thun wollten, sind gebunden; nichts wahrhaft Bedeutendes kann mehr geschehen ohne die Zustimmung der synodalen Körperschaften, und man scheut sich mit Recht, das Bedeutende vor die Synoden zu bringen, weil man dem Zwiespalt aus dem Wege gehen will, und weil man weiß, die öffentliche Meinung ist gegen den lebendigen, positiven Glauben und seine Bethätigung. So ist denn auch innerlich die Kirche durch die Verfassung mehr gebunden als befreit. Ein ganz verschiedenes Ideal von Kirche erfüllt die Gedanken der Freigeister und der Christen; jene sehen darin einen Tummelplatz für jede religiöse Meinung, diese eine Stiftung göttlicher Offenbarung; ist sie dort ein Hörsaal für religionswissenschaftliche Vorträge, uns ist sie die feste Burg des Reiches Gottes. In diesem Widerstreit wurzeln alle die großen Schwierigkeiten unserer kirchlichen Gegenwart, denn die Verfassung hat nichts gethan, diesen Gegensatz zu überwinden, sie hat ihn vielmehr als unumgänglich vorausgesetzt und befestigt. Bei dieser Lage der Dinge dürfen wir von der neuen Kirchenordnung für die Belebung des Glaubens im öffentlichen Leben nicht viel erwarten; wir sollen nicht zu viel fürchten, aber auch nicht

zu viel hoffen. Wer die Zukunft unserer Kirche auf die Verfassung gebaut hatte, der hatte auf einen Rohrstab gebaut. Auch dieser Rohrstab ist zerbrochen. Sehen wir fortan in diesen presbyterialen und synodalen Versammlungen ein Gebiet, auf welchem wir mit den Laien mehr die äußeren als die inneren Verhältnisse der Gemeinde und der Kirche beraten und ordnen. Ein Interesse an dem Besten der Kirche darf man ja bei allen Gliedern derselben voraussetzen, auch in den großen Städten. Wo sich Verständnis für die inneren Lebensfragen findet, soll man natürlich jeden Anknüpfungspunkt benutzen, um die tieferen kirchlichen Zwecke in dem gegebenen Kreise zu fördern. Aber im allgemeinen ist von der Verfassung, wie sie geworden ist, eine Belebung des kirchlichen Geistes nicht unmittelbar und sofort zu erwarten.

So sind wir denn in der That für die wichtigste der kirchlichen Aufgaben, die Wiederbelebung des positiv evangelischen Glaubens, ohne jeden äußeren Beistand. Damit stehen wir auf dem apostolischen Standpunkt. Allzulange hat die Kirche auf äußere Mächte gesehen, anstatt auf den Herrn und seine Verheißungen zu schauen; allzusehr haben die Christen die Garantien des kirchlichen Bestandes bei dem Landesherrn und seinem Minister gesucht, anstatt die aufrichtige Überzeugung der Gläubigen zur einzig wirksamen Bürgschaft des kirchlichen Lebens zu machen. Wundern dürfen wir uns nicht, daß auch hier das Gericht am Hause Gottes anfängt, daß uns die inneren Mächte in der Kirche fehlen, wo wir ihrer bedürfen. Nur auf diese Weise konnte der preußische Protestantismus zu der Erkenntnis seiner Schäden kommen. Beugen wir uns also unter die gewaltige Hand Gottes, die immer nur schlägt, um zu heilen, und lernen wir durch die schwere Anfechtung auf das Wort merken. Seien wir nicht ungeduldig über manche Mißstände, die hervortreten werden; zunächst gilt die Verfassung; über unsere Wünsche und Hoffnungen ist die Kirchengeschichte zur Tagesordnung übergegangen, und ohne einen Umschwung des öffentlichen Lebens ist für eine Reform der eben geschaffenen Kirchenordnung wenig zu hoffen. Es wäre gut, wenn die Gläubigen einmal aufhörten, sich um die kirchenpolitischen Fragen allzu eifrig zu kümmern; viel Zeit, Kraft und Lust ist unnütz darüber verloren gegangen. Die Aufgaben der lebendigen Kirchenglieder, besonders der Geistlichen, sind zunächst innerer Natur. Es ist fruchtlos, über das Verlorene zu klagen; die alten Verhältnisse kommen nicht wieder, selbst die strengen Kirchenmänner

würden nach den Erfahrungen der letzten zwei Jahre nicht wünschen, den Zivilstand wieder abzuschaffen, den Tauf- und Trauzwang wieder einzuführen. Das ehemalige Staatskirchentum ist gerichtet. Finden sich noch Anhänger desselben auch unter denen, die mit uns auf demselben Glaubensgrunde stehen, sind dieselben auch heute noch in kirchlichen Dingen voll Vertrauen zu Staat und Minister, so wollen wir sie nicht anklagen oder verkleinern, sondern bedenken, daß sie sich von liebgewordenen Traditionen noch nicht losreißen können. Mit einem Wort, wir möchten, ohne die Parteirüstungen irgendwie zu behindern, für einen Augenblick auf dem kirchenpolitischen Kriegsschauplatz einen Waffenstillstand eintreten sehen, um ganz und voll das Problem ins Auge zu fassen, welches vor uns steht. Dies Problem heißt: Wiedergewinnung unsres Volkes für das Christentum.

Das deutsche Unglück ist die Ohnmacht des evangelischen Geistes. Man thut unrecht, die allgemeine Stimmung des Zeitgeistes dafür verantwortlich zu machen. Wäre der christliche Geist kräftig, er würde gegen den Zeitgeist reagieren. In anderen Ländern geschieht dies mit weit mehr Erfolg als bei uns. Selbst in Deutschland hat der Katholizismus eine ungemeine Stärkung erfahren; es ist doch beschämend für uns, daß sich um die Unfehlbarkeit fast unsere gesamte römische Mitbürgerschaft gesammelt hat, während wir vergeblich das Panier der Wahrheit aufpflanzen. Es wird uns zum Trost gesagt, daß der Fanatismus mehr Macht habe als der Glaube; aber damit ist nichts erklärt. Man soll doch nicht denken, daß alle die Anhänger Roms, welche ihre Abgeordneten ins Zentrum schicken, ausgemachte Fanatiker sind. Und immerhin zeigt diese katholische Erweckung, welche ja leider nicht aus dem Felsen Petri, sondern aus dem Vatikan entsprungen ist, eine Einwirkung auf das Volksleben, welche wir umsonst erstreben. Es ist doch den Priestern gelungen, die sozialdemokratische Agitation von ihren Gemeinden fernzuhalten; dies Giftgewächs wächst in Deutschland fast ausschließlich auf protestantischem Boden. Offenbar hat diese Macht der römischen Kirche darin ihren Grund, daß sie mit ihren Mitteln energisch arbeitet und trotz mancher Hemmungen doch den katholisch-kirchlichen Geist frei walten läßt.

Wir verwerfen diesen Geist und verurteilen jene Mittel. Aber wir meinen, daß die evangelische Kirche mit ihren Mitteln und in ihrem Geiste gerade so energisch arbeiten soll. Wenn wir alle

falschen und nichtigen Hoffnungen erst einmal gründlich weggeworfen haben, dann werden wir an die rechte Waffenrüstung denken, welche uns der Herr zu unserm Kampfe gegeben hat. Wir haben das lebendige Wort Gottes mit seinen tiefen Offenbarungen und unermeßlichen Verheißungen und von der Reformation her die klar erkannte Wahrheit der Rechtfertigung durch den Glauben. Wir haben die Kraft des Gebets zu dem lebendigen Gott und die Liebe zu den Seelen unsres Volkes. Wir haben die Schätze der Kirche in Lied und Wort, eine große Theologie, eine innere Mission und eine vom Geist Gottes beseelte Geschichte. Wir haben vor uns als ein unverlierbares Erbteil des Protestantismus die deutsche Gewissenhaftigkeit, die unter der Sonnenfinsternis des Zeitgeistes wohl verdunkelt, aber nicht vernichtet werden kann; wir haben vor uns die unsterblichen Menschenseelen, die trotz Darwinismus und Materialismus in der Trübsal Trost, in der Schuld den Frieden und in der Sterbensnot die Hoffnung des ewigen Lebens begehren. Wir haben Christum in Wort und Sakrament, in Geschichte und Geist; wir haben in ihm, dem Gottessohne, die Bürgschaft, daß die Pforten der Hölle die Kirche nicht überwältigen sollen. An diese Waffen müssen wir in dem heiligen Kampfe appellieren; werfen wir jede andere Rüstung weg, wappnen wir uns allein mit der geistlichen Rüstung des Glaubens und des Gebets, der Liebe und der Hoffnung, und so ziehen wir aus, unser Volk zurückzuerobern für seinen König. Niemand und nichts hindert uns, das ganze Evangelium zu verkündigen als eine Kraft Gottes, selig zu machen alle, die daran glauben. Verkündigen wir es mit neuen Zungen und mit neuer Begeisterung, bewähren wir es in einem heiligen Wandel, in unermüdlicher Liebe und in heiliger Geduld. Das Reich Gottes stehet nicht in Worten, sondern in der Kraft. Arbeiten wir an den Seelen in suchender, schonender Liebe, und vergessen wir es nie, daß die Kirche nur soviel Macht hat, als sie Seelen gewonnen hat für die Wahrheit und Schönheit des Evangeliums. Sei vor allen der Geistliche mit seinem Hause ein Vorbild der Gemeinde in lebendigem Glauben, ernster Zucht, brennender Liebe, freundlicher Freigebigkeit. Mit dieser Kraft geistlichen Lebens treibe er das Amt, das die Versöhnung predigt. Wo in dem Gemeindekirchenrat und in der Gemeindevertretung der Glaube fehlt, da suche er für das Reich Gottes das rechte Verständnis, die ernste Liebe zu wecken. Lebensweckung: das ist die Hauptaufgabe der Kirche, die allen anderen vorgeht, und

zu deren Erfüllung jeder lebendig Gläubige berufen ist. Alles ist möglich dem, der glaubt. Was wir in Christi Namen bitten, das will der Vater uns geben. In diesem Geiste des Glaubens und des Gebets gehen wir an diese innere Aufgabe der Kirche. Indem wir sie zu erfüllen suchen, dienen wir zugleich am besten der äußeren Aufgabe. Denn auch diese soll nicht verachtet noch vergessen werden.

Ist die Aufgabe der preußischen Landeskirche zunächst eine innere, die durch Wort und Seelsorge, durch treue Arbeit an der Gemeinde und an den Werken der inneren Mission die Belebung des religiösen Geistes anfaßt, so darf doch die äußere Aufgabe nicht versäumt werden, welche darin besteht, die gegenwärtig zum Gesetz gewordene Verfassung unserer Kirche weiter zu bilden. Daß sie nur ein Anfang ist, darin stimmen alle überein; Minister und Oberkirchenrat, Rechte und Linke haben auf der Synode wie in der Kammer dies Urteil gefällt. Es wäre in der That eine Gedankenlosigkeit, zu denken, daß mit unserer Verfassung die große Sache der kirchlichen Zukunft erledigt wäre. Keine einzige von all den Fragen, deren Beantwortung für die gedeihliche Entwickelung des religiösen Geistes notwendig ist, hat ihre Entscheidung gefunden; das Verhältnis von Glauben und Unglauben, das fundamentalste von allen, ist mehr verschleiert als geklärt; die Stellung der Kirche zum Staat ist in einer Weise festgesetzt, daß das Staatskirchentum, von welchem wir erlöst zu werden hofften, im Prinzip nur verstärkt ist. So kann denn die Verfassung unserer Kirche nur ein Ausgangspunkt, von dem man die reformierende Weiterbildung beginnt, genannt werden. Allerdings glauben wir, daß nur durch einen Umschwung unserer gesamten inneren Politik die Kirchenfrage richtiger gelöst werden kann. Aber dieser Umschwung wird über kurz oder lang doch kommen müssen; und so wenig wir wünschen können, daß die Kirche sich etwa von neuem wie in den fünfziger Jahren in den Dienst der Reaktion stelle, so sehr hoffen wir doch, daß es einer der ersten Schritte einer konservativen Politik sein würde, der Kirche zu ihrem Rechte zu verhelfen. Ebendeshalb möchten wir die Erkenntnis verbreiten helfen von dem, was geschehen muß, wenn einmal diese bessere Stimmung über unser Volk kommt. Auch sind wir nicht der Ansicht, daß eine Reform der Kirchenverfassung in so weiter Ferne liegt oder so schwierig ist, wie unsere Gegner annehmen. Ist, wie es wirklich der Fall ist, von allen Seiten anerkannt, daß die Grundfrage des Verhältnisses von Staat und Kirche nicht in

richtiger Weise gelöst ist, so muß auch der Versuch unschwer gemacht werden können, eine Reform der Verfassung zu unternehmen. Auf allen Kreissynoden von Berlin ist von liberaler Seite der Antrag gestellt, den Ernennungsmodus der Superintendenten durch Wahl der Kreissynoden zu ersetzen; in Halle hat der evangelische Verein auf ernstliche Geltendmachung der Qualifikationen und auf ein Disziplinargesetz gegen die Verächter der Taufe und Trauung gedrungen; wie die Freunde der positiven Union und die Konfessionellen zu der Verfassung stehen, ist bekannt genug; so herrscht in allen Kreisen die Stimmung, daß wir auch im Prinzip unfertige Zustände haben. In der That halten auch wir dafür, daß es kein Unrecht ist, die junge Verfassung sofort auf ihre Reformbedürftigkeit anzusehen.

Auch ist es immerhin jetzt leichter als früher, eine Änderung zu bewirken. Die Synode kann ihre Anträge stellen; Kirchenregiment, Minister und Parlament müssen ja freilich mitreden, aber wenn ein Antrag mit großer Majorität immer wiederkehrt, so zweifeln wir, ob jene Instanzen stark genug sind, um die Wünsche der Kirche dauernd zu vereiteln. Es kommt also alles darauf an, daß für die Forderungen des lebendigen Glaubens auf den künftigen Synoden die Majorität geschafft werde. Betreffs unserer äußeren Aufgaben ist dies die wichtigste Angelegenheit. Leider muß dazu nicht bloß innerlich gewirkt, sondern auch äußerlich agitiert und organisiert werden. Aber bei der Herrschaft des Majoritätsprinzips sind nun einmal die schönsten und richtigsten Gedanken ohne Bedeutung, wenn sie nicht eine ansehnliche Stimmenzahl in den gesetzgebenden Körpern um sich zu scharen vermögen. Es ist also notwendig, für unsre kirchlichen Reformgedanken Propaganda zu machen und die öffentliche Meinung zu gewinnen. Gelingt es, für die positiven Gedanken die Majorität zu gewinnen, dann ist noch nichts verloren, dann stehen wir noch nicht am Sterbebett der Landeskirche, sondern in den Anfängen ihrer Wiedergeburt. Schon hört man hier und da von Austritt und Freikirche reden; und auch wir selbst sind schon auf Freikirchentum angeklagt, aber ohne Grund. Gerade um die Landeskirche zu bewahren, erstreben wir ihre Freiheit. Wir sind uns wohl bewußt, welche großen Güter in dem Volkskirchentum liegen; käme es bei uns zu einer Separation, dann wäre es um unsere große Theologie und um die theologischen Fakultäten geschehen, geschehen um die Durchdringung des gesamten Volkslebens mit dem Christentum, wie sie freilich jetzt nicht vor-

handen ist, aber doch manch Jahrhundert hindurch in Kunst und Wissenschaft, in Litteratur und Sitte geherrscht hat und immer wiederkehren kann. Vielleicht stehen wir bereits in den ersten Odemzügen der geistlichen Genesung. Hat uns das Glück des Krieges berauscht und undankbar gemacht, so können die Bedrängnisse der Gegenwart, Sozialismus und Ultramontanismus, Verarmung und Demütigung in Handel und Gewerbe, wohl zu unserer Erhebung beitragen. Seien wir unverdrossen und thätig. Wie in Israel auf die Zeiten tiefer Erschlaffung, ja allgemeinen Abfalls blühende Epochen der religiösen Erhebung folgten, so kann es auch bei uns werden. Bilden wir nur unsere kirchlichen Prinzipien treu und redlich aus, sammeln wir für dieselben Anhänger und Bundesgenossen. Haben wir auf der Generalsynode in der Minorität gestanden: dies Zahlenverhältnis ist für die Zukunft nicht entscheidend.

Die Majorität der Generalsynode ist keine bleibende Partei. Soviel auch von der Zweidrittelmehrheit der „Mittelpartei" geredet worden ist, diese Mehrheit war eine Verbindung zu dem bestimmten Zweck, die Verfassung durchzubringen. Fast am Morgen nach der Synode trennte sich Fabri nach rechts, Hinschius nach links von der Majorität. Wenn heute die Generalsynode von neuem zusammenträte, um über Trauformular und Wiedertrauung, über Disziplin und Qualifikation zu beraten: wir sind überzeugt, Minister und Oberkirchenrat würden an der früheren Majorität wenig Freude erleben. Jetzt, nachdem die Verfassung durchgebracht ist, liegt für viele, vielleicht für die meisten Glieder der Mittelpartei nicht der geringste Beweggrund mehr vor, dem Staat oder dem Liberalismus irgendwie nachzugeben. Auf der neuen Generalsynode wird die Linke, welche aus der neugeschaffenen Provinz Berlin hervorgehen muß, schon das Ihrige thun, um alle, die noch mit kirchlichem Geiste und lebendigem Glauben erfüllt sind, nach rechts zu drängen.

Innerhalb der Freunde der Union hat sich durch die Kirchenverfassung ein Riß gebildet, der nicht wieder verschwinden wird. Denn es sind tiefere Gründe als nur die Schlußartikel, welche die Trennung veranlaßt haben. Freilich, genau zu definieren sind die Scheidungsgründe nicht, und schwerlich liegen sie in Glaubensunterschieden. In der Mittelpartei waren viele, die zu dem Bekenntnis nicht anders stehen als die sogenannten „Freunde der positiven Union". Was diese von jener schied und scheidet, ist eine

andere Anschauung von der Kirche. Man könnte vielleicht so sagen, daß in der Theologie dort eine größere Neigung zu vermitteln vorhanden ist als hier, daß in den Verfassungsfragen die positive Union eher mit der Rechten geht als mit der Linken, die Mittelpartei eher mit der Linken als mit der Rechten. Klar ausgebildet sind die Unterschiede noch nicht; aber sie sind, wie es uns scheint, groß genug, um ein dauerndes Schisma zu veranlassen. Die Mittelpartei möchte ja, daß der Riß wieder geheilt würde; viele Konfessionelle wünschen ihrerseits eine völlige Verschmelzung mit den von der Unionspartei abgesprengten Elementen. Nun sind wir gewiß dafür, daß der alte Hader zwischen Union und Konfession aufhöre. Wir meinen, daß die Zeit gekommen ist, in der alle lebendig Gläubigen herzlich eins werden, ihren alten Streit vergessen und gemeinsam Hand anlegen, um die Kirche zu bauen. Aber darum können wir es doch nicht für ratsam halten, daß die „Freunde der positiven Union“ in der Partei der Konfessionellen einfach aufgehen. Das würde nur Mißverständnisse und Zerwürfnisse geben, während ein Zusammengehen in allen gemeinsamen Interessen die Bundesgenossenschaft stärkt. Pastorale und brüderliche Einigkeit, aber keine kirchenpolitische Verschmelzung: das wäre unsere Anschauung. Getrennt marschieren und überall, wo ein gemeinsamer Gegner sich findet, vereint schlagen: das wäre unsere Strategie. Wir würden es für einen Fehler der Organisation halten, wenn die „Freunde der positiven Union“ zu den Konfessionellen übergingen, um mit ihnen eine gemeinsame Partei zu bilden. Trotz der Übereinstimmung in vielen Fragen des kirchlichen Lebens würde es sich doch bald herausstellen, daß in Theologie und Kirche einige unausgeglichene Gegensätze bestehen, die zwar das gemeinsame Vorgehen nicht beeinträchtigen, aber doch die Verschmelzung zu einer Partei undurchführbar erscheinen lassen. Überdies sind die Konfessionellen überall formiert; das Eintreten der positiven Union in ihre Reihen wäre einfach ein Verzicht auf eigene Existenz. Und, was nicht zu übersehen ist, die ganze Kraft der Propaganda, welche bis jetzt in den Anschauungen der positiven Unionspartei gelegen hat, wäre mit einem Male gebrochen, der Zuzug abgeschnitten und der Sache der Kirche im Grunde nur Schaden zugefügt.

Aber wir können überhaupt nicht dazu raten, daß sich die positive Unionspartei im Gegensatz zur Konfession oder zu der alten Unionsrichtung formiere. Vielmehr halten wir die Zeit für ge-

kommen, daß die Schlagwörter: Union und Konfession von der kirchenpolitischen Wahlstatt verschwinden, um anderen Prinzipien Platz zu machen. Parteien, welche in den gegenwärtigen Kampf entscheidend eintreten wollen, müssen sich nach den Kategorien: Offenbarung und Kirche bilden. Positive Offenbarung, im Zentrum Christus, der Sohn des lebendigen Gottes, und selbständige Kirche mit richtig gestaltetem landesherrlichem Kirchenregiment und beschränkter Staatshoheit! Das ist die Parole, welche uns not thut. Die Unterschiede von Union und Konfession bedeuten nichts mehr in einer Zeit, wo nicht die konfessionellen Unterscheidungslehren, sondern die Fundamente der Offenbarung in Gefahr stehen. Wir würden uns in der That freuen, wenn das Zerwürfnis in der Unionspartei dazu führte, nach dieser Richtung hin eine Vereinigung zu schaffen, die keine Partei, sondern im Grunde die Kirche selbst wäre. Liberalisierendes Staatskirchentum ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen Unkirchentum; nur eine selbständige Kirche mit lebendigem Glauben vermag dem Volke noch die Dienste zu leisten, welche man von ihr fordert. Mit dieser Betonung von Kirche und Offenbarung soll keineswegs das Bekenntnis abgethan sein; wir stehen von ganzem Herzen zu den Bekenntnissen unserer Kirche und halten sie auch in der Zukunft für unentbehrliche Grundlagen, aber für eine Vereinigung, wie sie unserer Zeit nötig ist, ist das innere Bekenntnis zu der positiven göttlichen Offenbarung noch wichtiger als das kirchenrechtlich giltige Bekenntnis zu den Artikeln der Augsburgischen Konfession. Wollen wir das Laientum mehr als bisher zu der Arbeit an der Kirche heranziehen, so verliert an sich schon der Buchstabe des Bekenntnisses an Bedeutung, da er den Laien nur selten bekannt ist. Und in der That wollen auch wir das gläubige Laientum in der kirchlichen Arbeit herzlich willkommen heißen. Es ist nicht wahr, was Professor Beyschlag der Gruppe der positiven Union nachsagt: „Sie erschien von einer zu tiefen Mißstimmung gegen das gegenwärtige Staats- und Kirchenregiment und einer zu trüben Anschauung über die Gefahren, die unserer Kirche aus der gebildeten Laienwelt drohen, beherrscht“. Wir glauben, im Namen der Angeklagten versichern zu können, daß sie sich nicht vor dem gebildeten, sondern vor dem ungläubigen Laientum fürchten. Und wir meinen, Professor Beyschlag braucht nur an seine früheren badischen Erlebnisse zu denken, um es begreiflich zu finden, daß wir uns vor badischen Zuständen fürchten, die von nichts anderem hervor-

gerufen sind als von dem sogenannten gebildeten Laientum. O nein! Hören wir nur auf, uns gegenseitig anzuklagen, und stellen wir in Liebe und Wahrheit Prinzip gegen Prinzip: Glaube und kirchliche Freiheit gegen Unglaube und Staatskirchentum! So lauten die Gegensätze, wenn sie klar begriffen und aufrichtig ausgesprochen werden. Bleiben sie in der Kirche und werden sie legitimiert, so richten sie dieselbe mit mathematischer Gewißheit zu Grunde. Also muß unsere Arbeit darauf gerichtet sein, sie wegzuschaffen. Darin liegt das Programm der Zukunft. —

Fangen wir mit dem Gemeindekirchenrat und der Gemeindevertretung an. Beide Körperschaften, besonders die letztere, sind durch die neue Verfassung viel einflußreicher geworden. Es ist unvermeidlich, bei ihrer Konstituierung die Qualifikationen ernsthaft geltend zu machen, und zwar nicht als eine Gewissensrücksicht, sondern als gesetzliche Norm. Als der Präsident des Oberkirchenrats Herrmann noch Professor des Kirchenrechts war, schrieb er eine Begutachtung des badischen Verfassungsentwurfs, in der er tadelt, daß die Qualifikation nicht als Erfordernis der rechtlichen Giltigkeit der Wahl, sondern nur als Gesichtspunkt aufgestellt wird, von dem die Wähler bei Ausübung ihres Wahlrechts sich leiten lassen sollen; wodurch die Befolgung des gesetzlichen Willens den Charakter einer bloßen Gewissenspflicht der Wähler annimmt, über deren Sinn und Erfüllung sie denn auch lediglich in ihrem Gewissensforum zu urteilen haben. „Es ist ja“ — fügt er hinzu — „die eigentümliche Funktion des Rechtes, daß es das schlechthin Notwendige, wozu man für den Presbyterdienst selbstverständlich die Wohlberufenheit und den bewährten kirchlichen Sinn des Mannes rechnen muß, zu einer von dem zufälligen Urteil und Belieben der Subjekte unabhängigen Ordnung gestaltet.“ — Bilden die Qualifikationen eine Schutzwehr gegen den Unglauben in der Kirche, so ist der Grundsatz, daß nur der kirchliche Dienst zu den höheren synodalen Stufen befähigt, ein Hort gegen die bloß räsonnierende Unfähigkeit. „In der That“ — sagt uns dasselbe Schriftchen — „gehört dieser Fundamentalsatz aller Synodalverfassung zu den Horten des evangelischen, die geistliche Eigenschaft der Laien und die Laieneigenschaft der Geistlichen wahrenden Prinzips; und obgleich er auf dem Übergange einer reinen Konsistorialkirche in die Synodalverfassung sich kaum mit Konsequenz festhalten läßt, so ist ihm doch durch die Union, also insbesondere in Baden, die Stätte

seiner entschiedenen Herrschaft vollständig bereitet, und seine Durchführung durch den lehrreichen Vorgang der rheinisch-westfälischen Kirchenordnung außerordentlich erleichtert." Der Verfasser erwähnt hierbei sehr richtig, daß durch den Grundsatz, je einen Geistlichen und ein Gemeindekirchenratsmitglied in die Kreissynode zu entsenden, das Feilschen um das Zahlenverhältnis zwischen Geistlichen und Laien sowie ihre durchaus unevangelische Entgegensetzung verhindert werde. Aber so weit gehen wir nicht einmal in unseren Wünschen; wir wollen gern zwei Drittel der Laien auf den Synoden sehen, nur sollen sie nach kirchlichen Grundsätzen gewählt sein. Sonst ist „die Pforte der Landessynode völlig unerprobten Männern, um hier ihre Tirocinien im kirchlichen Laiendienst zu machen, so weit aufgethan und das schriftmäßige Gebot der Dokimasie so schwer verletzt, daß wir hier den änderungsbedürftigsten Punkt des ganzen Entwurfes finden müssen". Wir könnten unsere Bedenken gegen die betreffenden Gefahren der preußischen Kirchenverfassung nicht beredter und schlagender äußern, als es hier geschehen ist, und finden darin eine neue Bestätigung unserer eigenen Anschauungen. Vergessen wir besonders nicht, daß die Kreissynoden bei uns in Fragen der Kirchenzucht die entscheidenden Instanzen sind, wodurch die Verantwortlichkeit derselben noch vergrößert wird. Soll nun nicht die äußerste Verwirrung und Verschiedenheit in Handhabung der Zucht entstehen, so müssen baldmöglichst für die Verächter der Taufe und Trauung, sowie in Fällen von Wiedertrauung gesetzliche Normen geschaffen werden. Bis dies geschieht, mögen die Geistlichen versuchen, durch Gewissensschärfung in dem Gemeindekirchenrat Rat zu schaffen. Oft wird es gelingen, auch wo man es nicht hoffte; zuweilen aber wird jeder Versuch fruchtlos sein. Da gilt es dann, Geduld zu haben und durch Belehrung ein allmähliches Verständnis hervorzurufen. —

Die zweite Reform, welche anzustreben ist, liegt in der Richtung des landesherrlichen Kirchenregimentes. Daß der Summepiskopat in unserer Kirchenverfassung nicht die rechte Stellung gefunden hat, leuchtet ein. So wie der Summepiskopat in der neuen Verfassung gedacht ist, entsteht die Gefahr, daß er dem bureaukratischen Element in der Kirche nur zur Verstärkung dient. Als das Mindeste, was erstrebt werden muß, erscheint uns daher die Teilnahme des Generalsynodal-Vorstandes sowie der Provinzialsynodal-Vorstände an den kirchenregimentlichen Ernennungen, damit zwischen Konsistorialismus und Synodalismus die rechte Gemeinsamkeit und

wechselseitige Durchdringung stattfinde. Auch hier haben wir den Präsidenten des Oberkirchenrates auf unserer Seite, allerdings wiederum aus der Zeit, als er noch Professor war. In einem Vortrag über „die notwendigen Grundlagen einer die konsistoriale und synodale Ordnung vereinigenden Kirchenverfassung“, in welchem wir auch einige Züge unserer gegenwärtigen Ordnung wiederfinden, hat Dr. Herrmann offenbar an ein künftiges Aufhören des Summepiskopats stark gedacht. „In demselben Moment,“ sagte er, „wo den Landeskirchen das kirchenoberliche Amt des Landesherrn verloren gehen sollte, würde in der Synode das völlig rechtmäßige Organ der Landeskirche vorhanden sein“, womit er natürlich über den Wert des landesherrlichen Kirchenregimentes nicht abgesprochen, sondern nur ein Bedrohtsein seines Fortbestandes angedeutet hat. Noch an einer anderen Stelle läßt er die Möglichkeit durchblicken, daß „das in geschichtlicher Verbindung mit der Bildung der Landeskirchen stehende Organ des gemeinsamen Kirchenregimentes, nämlich der Landesherr, nicht auf die Dauer festgehalten werden könnte“. In seiner Beurteilung des badischen Kirchenverfassungs-Entwurfs fordert Dr. Herrmann aber eine Mitwirkung der Synode bei Besetzung der kirchenregimentlichen Ämter, die unsere Wünsche zunächst vollständig befriedigen würde. „Unter den verschiedenen möglichen Formen ihrer Mitwirkung möchte sich am meisten empfehlen, daß man dem Oberkirchenrat, besonders wenn er nach unserem Vorschlage selbst innerhalb der Synode steht,“ — es ist dies einer der Herrmannschen Fundamentalgedanken — „die Aufstellung einer Kandidatenliste überließe, aus welcher dann die Wahl der Synode den mehrere Personen enthaltenden Besetzungsvorschlag formierte, der zur Vorlage an den Großherzog gelangte.“ Mehr als dies oder ähnliches erstreben auch wir nicht. Ohne solche Mitwirkung aber scheint uns die Selbständigkeit der Kirche nur ein frommer Wunsch zu sein.

Unsere übrigen Wünsche nach Reform betreffen die Stellung der Kirche zum Staat. Wir bestreiten, daß aus der Idee der Staatshoheit folge, den Ministern so weitgehende Rechte über die Kirche einzuräumen, wie das prinzipielle Veto bei jeder Gesetzgebung und das Mitwirkungsrecht bei jeder kirchlichen Ernennung. Wir können ein Veto des Ministeriums nur bei Verfassungsveränderungen, ein Widerspruchsrecht nur bei der Besetzung der höchsten Stellen gerechtfertigt finden.

Wir sind mit unserem Programm zu Ende. Es durchzuführen, halten wir für die äußere Aufgabe der Kirche. Halten wir es hoch

als das Panier unserer künftigen Arbeit und sammeln wir um dasselbe nicht eine Partei, sondern eine evangelisch-kirchliche Vereinigung aller lebendig gläubigen, aller kirchlich unabhängigen Männer!

Was wir wollen.

Januar 1877.

Was eine Fahne für das Regiment, das ist ein Vorwort für den Freundeskreis einer Kirchenzeitung. Je schwerer der Kampf ist, um so mehr gilt es, den Schaft fest, das Panier hoch zu halten, daß jedermann die Fahnenschrift lesen kann. Und wahrlich, der Kampf ist schwer; besonders deshalb, weil in den Reihen der Streiter so viel Unklarheit, Mutlosigkeit, Verzagtheit herrscht. Man ruft Friede, wo doch kein Friede ist; man wirft die Waffen weg, weil man die Schlacht verloren giebt; man hat die Kraft nicht mehr, auf Hoffnung zu glauben, da nichts zu hoffen ist. Wir aber möchten nicht zu denen gehören, die da weichen und verdammt werden, sondern zu denen, die da glauben und die Seelen erretten. Freilich ruht unser Vertrauen nicht auf den Anschauungen eines oberflächlichen Optimismus. Wenn unsere Gegner meinen, nur Geduld, es werde schon besser werden, es werde sich alles von selbst machen, so vermögen wir an dieser Vertrauensseligkeit nicht teilzunehmen. Wir erwarten in einer Zeit, die das Menschliche zum Gott macht, für die Kirche wenig von Menschen. Daß sich unser Volk in seinem Bildungstaumel einmal besinnt, ist möglich, aber nicht gewiß; daß das deutsche Gemüt der Religion sich wieder zuwendet, die es allzu leichtfertig verlassen hat, kann sein: aber wer weiß es? Wohl sehen wir, daß in den regierenden Kreisen und in den besseren liberalgesinnten Volksschichten die Überzeugung aufwacht, ohne Religion sei kein gesundes Volksleben denkbar. Leider will man zwar die Religion, aber nicht das positive und offenbarungsgemäße Christentum; leider möchte man zwar die sittlichen Wirkungen gern haben, die aus der Kraft des religiösen Lebens fließen, aber kann sich doch nicht dazu entschließen, dem religiösen Leben die Organisation zu

geben, in welcher es allein kräftig werden kann. So können wir denn in jenen Hoffnungen und diesen Überzeugungen höchstens Hilfsmittel zur Lösung der kirchlichen Aufgabe sehen. Die eigentliche Arbeit muß die Kirche selbst thun; mit ihren eigentümlichen Kräften und Mächten, Ordnungen und Segnungen muß sie das Werk treiben, in unserem Volke den religiösen Geist zu beleben. Und es ist unsere innerste Überzeugung, daß sie dazu wirklich eine Kirche sein muß, daß sie frei und selbständig, ungehemmt von dem Mißtrauen des Staates und ungehindert von der Willkür der Massen, daß sie auf dem Grunde des festen Bekenntnisses und mit dem Geiste einer feurigen Liebe ihres Amtes muß warten können. Was wir wollen? Diese Frage zu beantworten, ist diesmal unsere Aufgabe. Allen Mißverständnissen zum Trotz laute unsere Antwort: Wir wollen eine Kirche.

Es war der Fehler des deutschen Protestantismus, daß er bei seiner Begründung die Bedeutung der Organisation für die religiöse Idee übersah. So hat er immer nur Bruchstücke, nie eine Kirche gehabt. Auch war diese Lage ohne Gefahr, so lange der Geist des Glaubens unangefochten das Volk beherrschte und die Fürsten, als Träger des Kirchenregimentes, sich nur wie Verwalter dieses Geistes ansehen konnten. Die Kirche brauchte nichts zu vermissen, wenn die religiöse Anschauung, von der sie selbst durchdrungen wurde, in den Behörden und Universitäten, in den Maßregeln und Gesetzen ihren Ausdruck fand. In dem Bereich des evangelischen Lebens galt das Heil der Seelen immer so viel mehr als die Verfassung der Kirche, daß man diese leicht übersah, wenn nur jenes in dem kirchlichen Wirken keine Hinderung fand. In der That macht man uns auch gegenwärtig noch immer denselben Einwurf. Jeder Geistliche — so sagen die Verteidiger der heutigen Zustände mit unleugbarem Recht und voller Wahrheit — kann das ganze, reine Evangelium predigen; jeder evangelische Christ kann seines Glaubens froh werden. Gewiß; aber jeder Geistliche, wenn er es nur nicht allzu grob auf der Kanzel thut, kann das Bekenntnis in seinen Grundlagen bestreiten, jeder evangelische Christ, auch wenn er als ein Leugner der Offenbarung bekannt ist, kann in den Gemeindeorganen und Synoden am Kirchenregiment mitwirken. Die Verfassung, nicht dem Buchstaben, aber der Sache nach, legitimiert diesen Zustand; und die theologischen Fakultäten in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung machen solche Verhältnisse notwendig.

Das vergangene Jahr hat uns dafür einen bedenklichen Beweis gegeben. Am dritten August des vergangenen Jahres hielt der Rektor der Berliner Universität Dr. Dillmann, Professor der Theologie, zur Gedächtnisfeier des Stifters der Universität eine Rede über den Verfall des Islam. Professor Dillmann ist bekanntlich einer der Gemäßigten der modernen kritischen Richtung, er ist kein Anhänger, wohl nicht einmal ein Freund des Protestantenvereins. Trotzdem sagte er folgende Worte: „Da kam der Mann aus Mekka, der Eiferer für die durch Christusvergötterung und Heiligenverehrung, durch Bilder- und Götterdienst verletzte Majestät Gottes, der Prophet des einen geistigen Gottes, des Vergeltungsgerichtes und der Paradiesesseligkeit, der Verkündiger der einen großen Pflicht, dem einen Gott in unbedingter Glaubenshingabe sich selbst und die Welt zu unterwerfen.“ So ganz nebenbei wird hier, als wenn es sich von selbst verstände, der Eckstein, auf welchem die Kirche gebaut ist, die Fundamentalwahrheit von dem Gottessohn beseitigt und in diesem Punkte dem Mohammedanismus recht gegeben. Dieser Vortrag ist in zwei politischen Blättern sowie in einer Kirchenzeitung wörtlich abgedruckt; nicht einmal eine öffentliche Diskussion ist darüber entstanden, so sehr hat man sich daran gewöhnt, auf dem Boden des Protestantismus auch die ungeheuersten Behauptungen widerstandslos hinzunehmen, wenn sie sich nur als Äußerungen der Lehrfreiheit dokumentieren. Wir fragen: sind das normale Zustände? Gegenwärtig ist eine solche religiöse Stellung auf Katheder und Kanzel, in Presbyterien und Synoden immer noch Ausnahme. Aber welche Garantie hat die Kirche, daß sie nicht zuletzt, wie in Baden, in der Pfalz oder in der Schweiz, von der Linken überwältigt werde? Wir suchen diese Bürgschaft nicht etwa in äußerlichen Schutzwehren; kein Fürst, kein Minister kann die Kirche vor dem Andringen des Unglaubens schirmen. Aber wir möchten eine Organisation des kirchlichen Lebens, durch welche die Berechtigung des Unglaubens unmöglich gemacht würde. Wir wollen eine Kirche, in welcher der Glaube als göttliche Wahrheit gesichert ist, und in welcher er als lebendigmachende Kraft gepflegt wird.

Wir erstreben keine anderen Bekenntnisgrundlagen als die, welche wir haben. Es ist das eigentümliche Glück des deutschen Protestantismus, daß die wunderbare Persönlichkeit Luthers mit ihrer reichen und vielseitigen Begabung in allen Gläubigen lebendig ist. Nicht irgend welche Bedürfnisse nach neuen Lehrsätzen, nicht

irgend welche Wünsche auf Beseitigung alter Dogmen: nicht solche Gründe sind es, welche die lebendigen Christen zur Unzufriedenheit über die Verhältnisse der Gegenwart veranlassen. Es ist lediglich die ungenügende Gemeinschaftsform der Kirche, welche sie beklagen. In der That sehen auch wir darin den Grundmangel des heutigen deutschen Protestantismus, daß sein Gemeinschaftsleben in sich uneinig und darum unkräftig und unbefriedigend, nach außen unfrei und darum ohnmächtig ist. Was wollen wir denn? Wollen wir eine Freikirche? Nein! Wir wollen den Zusammenhang des Volkslebens mit der Kirche noch nicht gelöst wissen. Sind auch mancherlei Übelstände, zumeist für das Gemeinschaftsleben, mit der Volkskirche verbunden, so erscheinen uns doch die Segnungen derselben weitaus größer: die Durchdringung der gesamten Nation mit Kräften des religiösen Lebens, die Verbindung der Theologie mit den großen geistigen Richtungen der Zeit, die Unmöglichkeit einer engherzigen, weltflüchtigen Frömmigkeit. Der Freikirche, welche sich aus persönlich überzeugten, geprüften, bewährten Mitgliedern bildet und sich mit freiwillig aufgebrachten Mitteln erhält, fehlen zur Zeit noch alle Unterlagen in unserem religiösen Volksleben. Es wäre ja leicht, aus den Unzufriedenen eine kleine Schar Freikirchler zu sammeln, aber damit wäre der großen Frage, die unser Jahrhundert bewegt, nicht gedient; eine Sekte von Tausenden steht in Deutschland, wie nun einmal die Verhältnisse liegen, unter dem Banne der Verkümmerung. Freilich, die Schmerzen, welche wir jetzt empfinden, wären wir in der Freikirche auf einmal los; es liegt im Wesen solcher Gemeinschaften, daß sie auf Gemeinsamkeit einer bestimmten Überzeugung beruhen und die Ausschließung Andersgesinnter eher überspannen als vernachlässigen: aber andere Schmerzen würden nicht ausbleiben. Wir sehen es an der altlutherischen Separation, wie das kleine Häuflein auseinandergeht und nun schon in drei Teile gespalten ist. Lassen wir also den Gedanken an Freikirche fahren; auch wenn wir wollten, wir könnten ihn nicht in die That umsetzen. Wir müssen das Schicksal der Volkskirche teilen, solange das Evangelium darin lebendig ist. Und das ist, Gott sei Dank, unleugbar der Fall.

Also wollen wir die Staatskirche? Nein, sagen wir mit derselben Entschiedenheit. Wenn uns der Pessimismus fern liegt, der nur noch einzelne retten und in die Arche der Freikirche versetzen will, so teilen wir auch den Optimismus nicht, der von dem

modernen Staat, wie er nun einmal geworden ist, die rechte Schätzung und Stützung der Kirche erwartet. Das gegenwärtige System, der Liberalismus, ist der Kirche so sehr abgeneigt, daß er seine Grundsätze verleugnet und, während er überall die Freiheit übertreibt, der Kirche nur eine einfache Unterordnung unter den Staat zumutet. Aber auch wenn ein anderes, konservatives System wieder die Herrschaft gewinnt, möchten wir nicht in der Hand des Staates bleiben. Das ist ja der evangelischen Kirche schwerstes Unglück, daß sie in alle Systemwechsel des Staatslebens hineingezogen und nun unter konservativer Herrschaft von den Freisinnigen verachtet, unter liberalem Scepter von den Konservativen nicht gebührend gewürdigt wird. Von diesem Mißstand muß die Kirche befreit werden, soll sie anders ihren Beruf erfüllen. Nicht als ob wir die Formel: Freie Kirche im freien Staat! auf unser Banner schreiben und eine Trennung vollziehen wollten, die im Grunde ebenso unmöglich wie unheilvoll ist. Uns ist unser Volk zu lieb, als daß wir es auf diese Probe stellen möchten, der Millionen seiner Glieder nicht gewachsen sind. Wir wollen die Verbindung von Staat und Kirche beibehalten wissen, aber so, daß sie in einer reinlichen Auseinandersetzung ihre Grenzen bestimmen und ehren. Es erscheint uns als ein schwerer Mangel, daß bei der Neuordnung unserer kirchlichen Verhältnisse die Kirche einfach Staatskirche geblieben ist, daß den Synoden — und wie sehr sind diese in ihrer Zusammensetzung schon unfrei! — nur eine wesentlich negative Befugnis der Verhinderung von Oktroyierungen, dagegen dem landesherrlichen Kirchenregiment in Verbindung mit dem Minister alle positiv organisierende Macht geblieben ist. Dieses Staatskirchentum werden wir nie als einen Segen anerkennen, weil es ein Anachronismus ist. Dadurch, daß es bei uns in synodale Formen gekleidet auftritt, wird es nicht besser, sondern wirkt schädlicher; es erscheint als kirchliches Prinzip, als berechtigte historische Erscheinung, während es früher nur eine Abnormität war.

Wir wollen nicht die Freikirche, nicht die Staatskirche; wir wollen die *freie Volkskirche*, natürlich unter den Modifikationen, welche die Verhältnisse erfordern. Dieses Ziel gilt vielen als Utopie. Wäre es das, so wäre jeder Buchstabe dafür umsonst geschrieben. Aber diese sogenannte Utopie ist Wirklichkeit, sogar in Preußen; die römisch-katholische Kirche, obwohl durch die kirchliche Gesetzgebung der letzten Jahre in einigen Punkten über Gebühr beschränkt

und eingeengt, ist noch immer eine freie Volkskirche, die weder in ihrem Regiment, noch in ihrer Lehre vom Staat positiv bestimmt wird. Man müßte es uns erst beweisen, daß die evangelische Kirche eines gleichen Loses unfähig oder unwürdig wäre, ehe wir unsere Hoffnung aufgeben, daß auch sie einmal dies Ziel erreichen wird. Wohl wissen wir, daß die Stellung des evangelischen Landesherrn eine besondere Rücksicht nötig macht; aber es ist nicht schwer, diese Stellung auch in der Kirche so zu gestalten, daß die Freiheit der Kirche mit der Würde des Fürsten in Einklang steht. An der Persönlichkeit des Landesherrn dürfte der Versuch einer freien Volkskirche in Preußen am wenigsten scheitern, nachdem ein preußischer König, der voll tiefen Verständnisses für Christentum und Kirchentum war, jenen Versuch in Gedanken so oft gemacht hat. Es ist vielmehr der Staatsgedanke, welcher sich der Idee einer freien Volkskirche widersetzt. Ein merkwürdiges Schauspiel, wie der Staat bei uns die Kirche aus ihren Positionen in Schule und Ehe heraussetzt und doch seine Positionen in der Kirche unnachgiebig behauptet. Man nenne es Rechte oder Privilegien, daß die Kirche an der Schulaufsicht beteiligt war und die Giltigkeit der Ehe verlieh: jedenfalls war das Staatskirchentum der früheren Zeiten durch die eigentümlichen Vorrechte der Kirche bedingt. Eine Entstaatlichung der Kirche in der Weise durchgeführt, daß der Staat das Seine nimmt, ohne doch der Kirche das Ihre zu geben, ist allerdings eine einfache Maßregel, aber keine Lösung des großen Problems unserer Tage, welches eine wirkliche, rechtmäßige Teilung erheischt. Man erwidere nicht, daß der Staat der Kirche noch immer Vorrechte genug erteile: die Korporationsrechte, den Zuschuß zu ihrem Budget wie zu den Gehältern der Geistlichen, die theologischen Fakultäten und den Schutz des Gesetzes. Denn Korporationsrechte und gesetzlichen Schutz genießen auch andere Vereine; das Kultusbudget ist eine alte Schuld, aus der Einziehung der Stifter von Staats wegen kontrahiert; die Dotierung der Fakultäten aber, wenn dieselben einseitig in der Hand des Staates sind, kann gar nicht als eine Leistung desselben an die Kirche angesehen werden. Aus allem folgt nur das Aufsichtsrecht des Staates, nicht seine Befugnis, die Kirche in den wichtigsten Angelegenheiten zu beherrschen, wie er denn auch der mächtigen römischen Kirche gegenüber sich mit der Aufsicht bescheidet. So liegt es denn wirklich nicht in irgend einer Unmöglichkeit, wenn die evangelische Kirche

gebunden bleibt, sondern allein in dem Willen des Staates, der seine Berechtigung nicht aufweisen kann. Gäbe er seine Zustimmung, so hätten wir eine freie Volkskirche, allerdings im modifizierten Sinne. Denn durch den Zivilstand löst sich allmählich doch eine große Anzahl von Individuen von der Kirche los. Aber eben hierdurch vermindert sich auch die scheinbare Berechtigung des Staatskirchentumes immer mehr. Ist niemand mehr gezwungen, der Kirche anzugehören, so kann auch die Kirche ihren Geist lebendiger als zuvor walten lassen. Nicht der Begriff der Volkskirche bedingt es, daß das Volk, wie es äußerlich zur Kirche gehört, sie auch durch Wahl und Vertretung innerlich mitbeherrscht. Denn obwohl Volkskirche, ist sie doch Kirche, das heißt, eine christliche, gläubige Gemeinschaft. Das ist ihr Wesen, welches sie festhalten muß, wenn sie ihr Werk auf Erden thun will.

Gewiß kann sie auch anders existieren; sie kann den unausgeglichenen Streit der Parteien in sich behalten; sie kann in diesem beständigen Für und Wider zwischen Glauben und Unglauben beharren; sie kann sich vom Minister ihre Professoren einsetzen, ihre Räte miternennen, ihre Gesetze revidieren lassen; sie kann durch die Macht einer mit landesherrlicher Autorität umkleideten Bureaukratie ihren alten Weg fortsetzen. Aber eins kann sie dabei nicht: Macht entfalten in dem Geistesleben der Zeit, Einfluß üben auf die Entwickelung der Nation, Energie beweisen an der Heilung unserer Schäden. Das kann nur eine vom Staat unabhängige Kirche, die mit rein religiösen Motiven wirkt, nur eine glaubensgewisse Gemeinschaft, nur ein Organismus, der mit Kraft arbeitet. Der deutsche Protestantismus ist hauptsächlich darum so schwach, weil er in dieser Zeit, wo sich alle Geistesmächte wie Eisberge kristallisieren, als ein schwaches Schifflein ohne Kompaß und Steuer dahinfährt. Seine Magnetnadel sollte nach dem göttlichen Pole weisen, sie zittert immer zwischen Gott und Welt hin und her, und die Eisberge zerdrücken die Planken des Schiffes.

Darum fordern wir für die Kirche in erster Linie volle, uneingeschränkte Selbständigkeit. Es ist das göttliche Privilegium der Religion, daß sie keinen äußeren Zwang verträgt. Sie gedeiht nur in der frischen Luft freier, innerlicher Entwickelung; nur so zeigt sie der Welt ihre Schönheit und überzeugt die Menschen von ihrer Wahrheit. Wird sie zur Kirche, so muß sie sich, wie jede innerhalb des Staates lebende Gemeinschaftsform, die Staatsaufsicht gefallen

lassen; aber sie darf auf die Freiheit ihrer Bewegung nicht verzichten, ohne auf ihre Natur zu verzichten. Eine Kirche, die sich dem Staat und seinen Parteien hingiebt, ist keine freie Magd Gottes mehr; auch muß ihr die Begeisterung ihrer Glieder fehlen.

Ohne Freiheit keine Wahrheit. Und wir fordern für die Kirche den Besitz der Wahrheit. Kann sie der Menschheit keine Wahrheit bieten, so ist sie überflüssig. Zweifelhafte Reflexionen, das Ja und Nein abweichender Meinungen, den Streit der Geister bietet eine Akademie reicher und geistvoller als die Kirche. Verwandelt sich auch diese letztere in einen Disputationssaal, so mag sie einigen sogenannten „Gebildeten", die sie nicht besuchen, als eine achtungswerte Stätte der Toleranz erscheinen, aber sie wird ein ganzes Volk nicht gewinnen können. Man wird sich halb mitleidig, halb verächtlich von einer Institution abwenden, welche den Glauben zur Seligkeit für notwendig erklärt, aber nicht die Gewissenhaftigkeit besitzt, Männern des Unglaubens ihre Ämter zu versagen. Es wird in unserer Kirche ein ungeheuerer Mißbrauch mit dem Begriff des allgemeinen Priestertums getrieben. Im Grunde bedeutet es nichts anderes als den freien Zugang zur Gnade für jedermann; daß aber ein Mensch, der ein bestimmtes Alter hat, ohne Glauben zur Mitregierung in der Kirche berufen ist, das ist ein allgemeines Priestertum des Rechts ohne Pflicht, das ist weder christlich noch tolerant. Wir möchten einem guten Teil der kirchlichen Agitatoren die Fragen vorlegen: Gehst du zur Kirche? Liesest du in der Bibel? Arbeitest du an den Werken der inneren und äußeren Mission? Hast du Gemeinschaft mit Christen? Die meisten, wenn sie ehrlich wären, müßten mit Nein antworten. Trotzdem wollen sie bestimmen, was in der Kirche geglaubt und gelehrt werden soll, ja was die Gläubigen singen und beten sollen. Das ist kein Gesundheitszustand der Kirche, das ist wider die Wahrheit; es ist die Heuchelei von links, die um kein Haar besser ist als die Heuchelei von rechts.

Es ist eine allgemeine Klage, daß die deutsche Gewissenhaftigkeit leidet. Niemand ist mehr als die Kirche berufen, diesem Schaden abzuhelfen. Aber wenn sie selbst keinen deutlichen Ton der Wahrheit giebt: wie soll sie heilen, da sie selber krank ist? Die Wahrheit der Kirche ist ihr Glaube; wir wollen, daß dieser Glaube der Kirche überall hochgehalten werde; daß weder bei dem Kirchenregiment noch in den Synoden, weder auf der Kanzel noch auf dem

Katheder von seinen Fundamenten abgewichen werden darf. Die Kirche der Reformation lebt vom Glauben, nicht von einem unbestimmten, unklaren Glauben an ein höheres Wesen und an eine moralische Weltordnung, sondern von dem freudigen, gewissen Glauben an das Evangelium. Nun fordern viele Glieder unserer Kirche, daß man sie von diesem Glauben dispensiere, weil sie ihn nicht teilen. Und gewiß wollen wir diese Ungläubigen nicht aus der Kirche treiben, wenn sie nicht ausscheiden; wir wollen in der Seelsorge die allergrößte Toleranz gegen sie geübt wissen. Aber die Kirche in ihren amtlichen Funktionen, in ihren rechtlichen Formen darf den Standpunkt der Seelsorge nicht einnehmen; sie darf nicht Verfassungen machen, um damit Seelen zu gewinnen, nicht Lehrer des Unglaubens auf die Katheder berufen, um den Liberalismus zu versöhnen, nicht religiös unklare oder gar unchristliche Männer zu Kirchenältesten und Synodaldeputierten wählen, um erst in diesem Amte Christen aus ihnen zu machen. Das alles ist wider den Glauben; es entspringt aus der Überzeugung, daß man die Menschen durch Vertuschen des Glaubens, nicht durch Bekennen gewinnen müsse: ein verhängnisvoller Irrtum, der sich dadurch rächt, daß man die Linken nicht gewinnt und die Rechten sich entfremdet.

Es ist noch Glaubensempfänglichkeit genug in unserm Volke. Jeder große Vorgang in unserm Volk hat noch immer gelehrt, daß der religiöse Funke im deutschen Gemüt noch glimmt und zur hellen Flamme angefacht werden kann. Aber eben dies zeigt, daß das deutsche Christentum, so wie es durch seine Geschichte geworden ist, mehr abhängig von außen als freiquellend aus dem inneren Lebensborn — daß es der Impulse bedarf. Wären die Ereignisse der letzten sechs Jahre, der Krieg, der Kulturkampf und die sich daran knüpfende Umgestaltung unserer ganzen kirchlichen Verhältnisse energisch benutzt, sie hätten für die Erweckung des kirchlichen Geistes die mächtigsten Impulse hergegeben. An dieser Energie hat es durchaus nicht gefehlt. Der Liberalismus, so unsicher in seinen Prinzipien, so unerfahren in Kirchensachen, so geängstigt durch die wachsende Unzufriedenheit mit seinen wirtschaftlichen und sittlichen Resultaten, ist überaus mutlos. Man hat sich vor ihm gefürchtet; allein dies hat ihn stark gemacht. Soll ihm das Heft aus der Hand genommen werden, so muß man ihm offen und sicher entgegentreten. Deshalb fordern wir neben der Freiheit, der Wahrheit, dem Glauben kirchliche Energie.

Nur derjenige, der an seine Sache glaubt, wird sie durchsetzen. Ein solcher Geist der vollen Überzeugung weckt Mut und läßt Furcht nicht aufkommen. Furcht ist nicht in der Liebe, sie ist auch nicht in der Weisheit. Autoritäten, die Furcht haben vor denen, welche sie leiten sollen, sind. schon keine Autoritäten mehr. Man sollte diejenigen, welche desselben Geistes sind, zusammenscharen und mit ihnen den Kampf gegen den Unglauben aufnehmen. Die Schar sei klein oder groß, sie würde schon wachsen. Jedenfalls müßte sich die Kirche auf die Gläubigen stützen, nicht auf die Zweifler, die Halben, die Ungläubigen. Durch die traurigen Wahlumtriebe, besonders in den großen Städten, aber auch an kleineren Orten, sind in die Kirchenorgane Männer gekommen, die der Geduld und der Überzeugung der Geistlichen unüberstehbare Proben zumuten. Es ist eben gegen die Natur der Dinge, daß Menschen ohne Glauben in den kirchlichen Angelegenheiten das große Wort führen, und daß der Geistliche, wenn er seine Stellung nicht verderben will, die inneren Verhältnisse der Gemeinde, die wichtigsten Fragen des Glaubens verschweigen muß und gern zufrieden ist, wenn er nur äußerlich den Frieden aufrecht und die Ältesten für die äußeren Geschäfte der Kirche willig erhält. Dabei leidet die Freudigkeit und die Kraft des Charakters. Und was ist dadurch gewonnen? Nichts, wirklich gar nichts. Nur die Protestantenvereinler sprechen in ihren Wahlprogrammen die Freude aus, daß es nach ihren Wünschen gehe, und fordern mehr.

Freilich, die Lage unserer Kirche ruht auf den allgemeinen geistigen Verhältnissen der Gegenwart, nach welchen das Christentum und die moderne Weltanschauung einander feindlich gegenüberstehen, und die vernunftstolze Kultur bestreitet, daß je wieder zwischen der Religion Christi und den Gebildeten Deutschlands die Harmonie wiederhergestellt werden könnte. Und gewiß ist es, daß zwischen christlicher Überzeugung und weltlicher Kultur heutzutage ein tiefgehender Konflikt besteht. Aber gerade deshalb meinen wir, daß die Kirche mit Freiheit und Wahrhaftigkeit, mit Glauben und Energie ihres Amtes warten soll. Man glaube nur nicht, dadurch die Versöhnung zu bewirken, daß man wider bessere Überzeugung nachgiebt, Glaubenswahrheiten abschwächt, sich der sogenannten Wissenschaft anbequemt. So weit kann doch die Kirche nie gehen, daß sie in ihrem Glaubenssystem dem Zeitgeist genügt; wenn sie Kompromisse macht, bringt sie stets nutzlose Opfer. Dagegen sind wir

überzeugt — und wir haben thatsächliche Beweise dafür — daß überall, wo die Kirche in ihrem Geiste, still und besonnen, aber stark und energisch ihren Weg geht, Menschen von ihr angezogen werden. Wenn wir die öffentlichen Verhältnisse unserer Kirche betrachten, so erscheint es uns als ihre größte Schwierigkeit, daß sie bei dem zwiespältigen Geiste, der in ihr lebt, keine von den großen innerlichen Aufgaben, die ihr obliegen, wird lösen können. Schon jetzt fühlen wir es in allen presbyterialen und synodalen Versammlungen, daß man sich scheut, Glaubensfragen anzurühren, weil man ein Auflodern des Streits befürchtet. Sehr natürlich ist diese Befürchtung, denn es ist ganz unmöglich, daß zwei diametral entgegengesetzte religiöse Anschauungen, die eine naturalistisch, die andere supranaturalistisch, sich über Glaubensfragen miteinander vertragen. Neulich hat eine an sich gläubige Partei unserer Kirche es ausgesprochen, daß sie die Absicht habe, im Frieden mit allen Richtungen an der Kirche zu arbeiten, und die kirchliche Linke hat diesen dargebotenen Finger mit der ganzen Hand ergriffen. Bei dem wirklichen Arbeiten würde sich jenes Anerbieten als eine Illusion herausstellen und nichts übrig bleiben als eine Schädigung der Gemeinschaft. Das Bedenkliche dabei ist nur das, daß wirklich Fragen vorliegen, die dringend auf Lösung warten und doch nur im Sinne des Glaubens gelöst werden können. Die Stellung der Kirche zum Bekenntnis, die Ordinationsverpflichtung der Geistlichen, die Lehrfreiheit der Pastoren und Professoren: das sind Angelegenheiten, die besprochen und erledigt werden müssen. Ebenso fordern die Trauungs- und Wiedertrauungsbedingungen, wie überhaupt die kirchliche Zucht ein energisches, mutiges Vorgehen. Aber bei dem Zwiespalt der Geister scheut man sich vor der Entscheidung und schiebt dieselbe möglichst lange hinaus; schon verlautet, daß die Generalsynode erst im Jahre 1879 zusammentreten wird. Nun ist es aber ganz unmöglich, die Entwickelung der Welt geistlich zu beherrschen, was doch die Aufgabe der Kirche ist, wenn man nicht klar und einmütig derselben entgegenkommt. Nicht durch mühsam ausstudierte Formeln, die kümmerlich den Zwist verdecken, sondern durch die Macht des kirchlichen Lebens könnte die Gegenwart wieder mehr mit dem Christentum versöhnt werden. Eine Theologie, die wirklich Erfahrungswissenschaft wäre, die auf den Realitäten einer gläubigen Gemeinschaft fußte, würde der Welt doch imponieren. Anstatt dessen gehen wir, eben weil keine kirchliche Gemeinschafts-

kraft der Theologie zu Hilfe kommt, einer Periode entgegen, in welcher die spekulative Kraft darin bestehen wird, auf dem Wege der vergleichenden Religionswissenschaft festzustellen, daß das Christentum gar nichts Besonderes, sondern nur ein Gleiches unter Gleichen ist. Auch ein sofortiges Zurücklenken auf die Bahnen der Besonnenheit ist nicht zu erwarten. Der offenbarungsgläubigen Theologie wird hier ein Feind entgegentreten, der schwerer zu bekämpfen ist als Strauß und Baur. Möge sie sich in die Waffen Gottes rüsten, den Angriff heldenmütig zu bestehen und siegreich durchzukämpfen.

Die Kirche aber kann nichts anderes thun, als die Scheidung zwischen Glauben und Unglauben, welche weder in der Verfassung noch in der Disziplin zum Ausdruck kommt, in ihrer Weise dennoch zu vollziehen. In dem Stadium der Entwickelung, an welchem wir angelangt sind, bleibt kein anderer Ausweg, als daß die Kirche in bewußter Weise, wo es irgend angeht, die Sammlung der Gläubigen langsam und sicher bewerkstelligt. Die Gesammelten bilden dann gleichsam den inneren Kreis kirchlichen Lebens, um welchen sich der weitere Kreis derer, die nicht im Glauben der Kirche stehen, anschließt. Nicht aus Intoleranz und nicht in geistlicher Überhebung, sondern um ein Gemeinschaftsleben zu schaffen, an dem die wahren Glieder der Kirche sich erquicken, die anderen aber ein Vorbild haben, muß diese Sammlung geschehen. Ganz von selbst bieten sich dazu die gewiesenen Wege. Die Sammlung um Gottes Wort und um das heilige Sakrament wird immer das erste bleiben. Dabei klage man nicht, sondern zeuge. Nicht der Kampf gegen die Welt, obwohl er nicht ganz fehlen kann, macht die Predigten erbaulich, sondern das Zeugnis von der Herrlichkeit des Christenlebens. Wer an seinem Amte verzagt, wer will dem helfen? Das ist ein apokryphischer, aber richtiger Spruch. Der Himmel mit seinen Verheißungen steht dem Gläubigen, dem Beter noch immer offen, und keine treue Predigt und Seelsorge ist ohne Lohn. — Das zweite ist die Sammlung um die Werke der inneren und äußeren Mission; es ist die Sammlung zur Arbeit. Kleinkinder- und Sonntagsschule machen den Anfang; daraus bilden sich Frauen- und Jungfrauenvereine, die sich überall herstellen lassen. Allmählich bildet sich ein Kreis christlicher Thätigkeit, der so wichtig ist für die Gesundheit des geistlichen Lebens. Allzulange ist die Ausbildung des Gemeindelebens versäumt; nun ist sie nicht in der

richtigen Weise durchgeführt, und oft sind es nicht die frommen, eifrigen Christen, welche in den Gemeindeorganen sitzen, sondern die schlechten Kirchgänger, die bekannten Gegner der Kirche. Auch diesem Übelstand läßt sich nur begegnen, wenn die lebendigen Glieder dann doch zur Thätigkeit kommen. — Das dritte ist die Sammlung zur Geselligkeit. Konfirmandenversammlungen sind die erste Anknüpfung. Jünglings- und Männervereine können sich anschließen. In Berlin giebt es solche, die in reichem Segen stehen und langsam, aber beständig wachsen. Hier ist auch der Boden, auf welchem die Stände sich begegnen. Es muß wieder etwas von dem Hauch der Liebe, der die Tage der Erweckungen vor dreißig, vierzig Jahren durchwehte, unter uns lebendig werden. Die Glieder des Leibes Christi müssen den gemeinsamen Pulsschlag des Herzens Jesu fühlen. — Das letzte ist die Sammlung um eine Idee. Jede große Zeit hat einen besonderen Gedanken gehabt, der die Geister am meisten bewegte. Heute kann derselbe kein anderer sein als der der Selbständigkeit der Kirche. Für diesen Gedanken fasse man ein Herz, sammle Anhänger. Mancher, der die Kirche nicht mag, weil sie sich auf den Staat stützt und nicht den göttlichen Charakter der religiösen Freiheit hat, wird sie lieb gewinnen, wenn sie den Mut hat, sie selbst zu sein. Wir haben das Vertrauen, daß es uns Gott nicht wird an Segen und Erfolg fehlen lassen, wenn wir nur in den Bahnen der Wahrheit gehen.

Ein Wort von hoher Stelle hat uns kürzlich die Mahnung erteilt, mit dem Erreichten zufrieden zu sein, das Fehlende zu vergessen und in Freudigkeit an der Kirche zu arbeiten. Dies Wort traf in Berlin mitten hinein in liberale Wahlumtriebe, die so offen gegen Glauben und Wahrhaftigkeit verstießen, daß sie uns in ti effte Seele verletzten. Sollen wir solche Zustände nicht bloß ertragen, sondern durch Stillschweigen, durch Schönthun mit den Agitatoren verheimlichen? Das wollen wir nicht, das dürfen wir auch nicht. Mögen wir Erfolg haben oder nicht: wir sind es den treuen Gliedern unserer Kirche schuldig, in ihrem Namen gegen diese Entweihung der Kirche zu protestieren. So retten wir die Wahrheit hinüber in eine bessere Zukunft. Denn daß diese, in welcher Form auch, einmal kommen wird, das ist uns gewiß. Dann wird man uns auch vielleicht das Zeugnis geben, daß wir nicht zum Schaden unserer teueren evangelischen Kirche und nicht umsonst unser Panier hochgehalten haben. Wir sind Säeleute für die Zukunft. Es wird

ein Tag kommen, der das Unhaltbare der heutigen Verhältnisse an das Licht bringen wird. Und dieser Tag wird manches ändern, auch in unserer Kirchenverfassung. Wenn bis dahin etliche unserer Gedanken ihren Weg in die Herzen nehmen, wenn dann die bessere Zeit ein Geschlecht vorfindet, das an die Ideen kirchlicher Selbständigkeit und wahrer Glaubensgemeinschaft gewöhnt und geneigt ist, ihnen zu folgen: dann werden wir das Bewußtsein haben, daß unsere Arbeit auch ein wenig mitgeholfen hat an der Erneuerung des deutschen protestantischen Geistes.

Der Ernst unserer kirchlichen Lage.

7. Juli 1877.

Niemand kann sich den Ernst unsrer kirchlichen Lage verhehlen; auch dem Hoffnungsvollsten und Vertrauensseligsten muß in unsern Tagen das Gefühl kommen, daß die evangelische Kirche Preußens schwer krank ist. Die neue Kirchenverfassung sollte diesem Zustand ein Ende machen, sie sollte zu einer kräftigen Arznei werden und die Genesung befördern; wir haben diesen Verheißungen nie geglaubt und sehen, daß die Krankheit eher steigt als fällt. Zum ersten Male haben die Schlußbestimmungen zur Generalsynodalordnung der großstädtischen Intelligenz den unverdienten Zuwachs an Macht verliehen, und sofort hat eine Kreissynode Berlins den Versuch gemacht, gegen das apostolische Glaubensbekenntnis Sturm zu laufen und die Fundamente der Kirche zu erschüttern, nachdem eben von einem Geistlichen auf offener Kanzel vor versammelter Gemeinde die Grundlage der heiligen Schrift bestritten, die Wahrheit der kirchlichen Bekenntnisse geleugnet war. Man sage nicht, daß jede Hauptstadt ein Herd revolutionärer Flammen sei, daß jene maßlosen und unbesonnenen Angriffe auf unsern allerheiligsten Glauben eben nur in Berlin geschehen könnten und von dem ganzen Lande gemißbilligt würden. Auch wenn es so wäre, läge darin nur ein geringer Trost. Es gehört zum Wesen der Kirche, die der Leib Christi ist, daß, so ein Glied leidet, so leiden

alle Glieder mit. Wird in der Residenz der Bekenntnisstand angegriffen, geschieht dies auf der Kanzel und in den kirchlichen Körperschaften, so bemächtigt sich ein Gefühl der Unsicherheit, eine Ahnung drohender Gefahren der ganzen Kirche. Für den Augenblick ist durch das ernste Wort, das so überzeugend aus dem Herzen des Königs kam und darum dem Volke so tief zu Herzen ging, eine Beruhigung eingetreten; und die beiden Geistlichen, welche die Wirren hervorgerufen haben, sind zur Verantwortung gezogen. Aber die Ereignisse der letzten Jahre haben uns klar genug gezeigt, daß es bei Untersuchungen, welche gegen Geistliche auf Irrlehre eingeleitet werden, an durchgreifender Energie fehlt. Und so freudig wir in dem Gewirr der Stimmen von hüben und drüben den Mahnruf unseres treuen achtzigjährigen Landesvaters vernommen haben, so bleibt es doch für alle, die kirchliche Angelegenheiten in kirchlichem Geist beurteilen, schmerzlich genug, daß erst die Hand des Staatsoberhauptes sich an das Steuer legen mußte, um dem schwankenden, nach links segelnden Schiff der Kirche wieder den rechten Kurs zu geben. Auf wie lange, niemand vermag es zu sagen. Die Stürme liegen in der Luft und werden auch in Zukunft nicht ausbleiben.

Wohl darf man zugeben, daß es in der übrigen Landeskirche ruhiger ist als in Berlin. Nicht leicht würde eine Synode der Provinz den bedauernswerten Mut gezeigt haben, welcher die Bekenntnisstürmer der Hauptstadt beseelt hat. Noch sind weite Volkskreise vorhanden, die in festem Glauben an die Grundthatsachen des Evangeliums stehen; und auch da, wo das kirchliche Bewußtsein erschüttert ist, wird die Lust, den Funken in das Pulverfaß zu werfen, durch die Rücksicht auf den Frieden der Mitbürger und Mitchristen gedämpft. Dennoch sind die kirchlichen Ereignisse der Hauptstadt Symptome einer allgemeinen Krankheit. Der Unglaube, welcher auf der Kanzel von St. Jakobi und der Synode Berlin-Cölln so unverhüllt hervorgetreten ist, zeigt sich, nur weniger sicher und weniger kühn, in allen großen Städten und vielfach auch auf dem Lande. Wir stehen doch in der That auf kirchlich vulkanischem Boden; Berlin ist nur die Stelle, wo zuerst der Spalt auseinanderklafft und der Qualm emporsteigt. Und so schwer wir es empfinden, daß dies geschieht, müssen wir es doch, wie die Dinge einmal liegen, als einen Gewinn ansehen. Ein verborgenes Geschwür ist gefährlicher als eine offene Wunde; wenigstens ist diese

heilbar, jenes nicht. So erscheint uns gegenwärtig die Lage besser als zuvor; der Zustand der Kirche klärt sich, und wir kommen vielleicht zu einer Entscheidung. Bisher wurde der Gegensatz zwischen Glauben und Unglauben immer verschleiert, bald aus Gutmütigkeit und Unklarheit übersehen, bald aus Absichten der höhern Kirchenpolitik zugedeckt. Endlich bricht er hervor und gestattet keinen Zweifel mehr an seiner furchtbaren Schärfe. Die Vorgänge in Berlin sind Sturmglocken für die Schläfer, Posaunenstöße für die Gleichgiltigen. In diesen Kämpfen offenbart sich der Geist Gottes und der Geist der Welt.

Es ist der eigentümliche Charakter der Gegenwart, daß ein von Gott entfremdeter Weltgeist eitel, siegberauscht in seiner ganzen Feindschaft gegen das Evangelium hervortritt. In den Schein einer falschen Naturwissenschaft gehüllt, dem Irdischen und Sichtbaren allein zugewandt, kopfschüttelnd und achselzuckend über alles, was das Gebiet der fünf Sinne überragt: so leugnet er Gott, Christum, Seele, Unsterblichkeit. Die Bibel nennt er ein Märchenbuch, den Glauben Aberglauben, die Kirche eine romantische, epheuumrankte Ruine. Die alten Sitten und Heiligtümer unseres Volkes verachtet er, nur in der durchgeführten Aufklärung, in der Befreiung des Menschen von allem Überirdischen und Übernatürlichen sieht er das Heil der Nationen. Freilich ist seine Aufklärung Verdunkelung, sein Licht Finsternis; auf allen Gebieten des deutschen Lebens hat er Verwüstung angerichtet, Übermut getrieben, Bankrott gemacht. Den Niedergang unseres Wohlstandes, die Verwilderung der Gemüter, das Sinken der Redlichkeit, die Auflösung der Pietät hat er in unglaublich kurzer Zeit zuwege gebracht. Sehr natürlich; denn wenn ein Volk wie das deutsche auf Idealität und Glauben angelegt, in die Abgründe des Materialismus und des Unglaubens hineingestoßen wird, dann muß es schneller als andere Völker herunterkommen. Wenn Gott das Wasser verschließt, sagt Hiob, wird alles dürre.

Daß solche Richtungen des Geistes da sind, ist begreiflich und erklärt sich aus der furchtbaren Gewalt, welche die Sünde nicht bloß über das Herz, sondern auch über den Verstand ausübt. Daß der Abfall von Gott auf schwache Geister einen Eindruck macht und große Massen nach sich zieht, ist gleichfalls begreiflich und erkärt sich aus den Verhältnissen einer Zeit, in der alles Menschliche übermäßig geschätzt, alles Göttliche wenig begriffen, in der die Kirche

so ohnmächtig, die Staatsgewalt so erfolgreich ist. Aber neu ist in unseren Tagen der Versuch, die Kirche selbst im Sinne des Weltgeistes umzugestalten, ihren Geist durch die Meinung der Majoritäten zu verfälschen, das Übernatürliche aus derselben wegzuschaffen und sie zu einem rein menschlichen Bau zu machen, zu einem Babelturm, unter welchem die Sprachverwirrung biblischer Ausdrücke mit der Anmaßung menschlichen Hochmuts wetteifern würde. Wenn die Vertreter dieses Bestrebens der Kirche zu dienen meinen, so ist das entweder eine unglaubliche Unklarheit, die das Wesen des Christentums nicht begreift, oder eine unredliche Heuchelei, die unter der Maske frommklingender Redensarten den Ruin der Kirche bewerkstelligen will. Die Aufgaben der Kirche gegen diese Bestrebungen sind sehr klar vorgezeichnet; sie bestehen darin, den alten Glauben zu pflegen, die Geltung der Bekenntnisse zu schützen, die Feinde des Evangeliums zu bekämpfen und Einrichtungen zu treffen, daß sie für die Zukunft unschädlich gemacht werden. Und zwar müssen alle diese Aufgaben energisch angefaßt und kräftig durchgeführt werden, damit jedermann in der Kirche gewiß sein könne, die Kirche halte ihre Grundlagen für göttliche Wahrheit. Wir Evangelischen haben kein anderes Fundament unserer Kirche als die Schrift und die Überzeugung, daß unsere Bekenntnisse schriftgemäß sind. Wird dies Fundament zerstört, so ist eine Glaubensgewißheit nicht mehr möglich, und die Kirche der Reformation, welche an dieser Glaubensgewißheit den Halt ihres inneren Lebens hat, bricht zusammen. Eine bekenntnislose Kirche ist ebenso wie ein glaubensloses Christentum dem Untergange geweiht. Weil wir diesem unvermeidlichen Schicksal entgehen wollen, setzen wir den Bekenntnisgegnern von Berlin den stärksten Widerstand entgegen und glauben damit eine heilige Sache zu verteidigen.

Der Tendenz des Protestantenvereins gilt unser Kampf. Sie ist es, die in den Berliner Vorgängen in aller Schärfe auftritt. Von Anfang an hatte dieser Verein kein Recht in der Kirche; eine energische Kirchenleitung würde den Geistlichen sofort die Beteiligung untersagt haben. Denn auch derjenige Punkt, in welchem seine Berechtigung zu wurzeln schien, die Betonung des Gemeindeprinzips, ist falsch gezeichnet. Gewiß hat es ein Recht, die Beteiligung der Gemeinde an der Leitung der kirchlichen Dinge zu fordern; aber die Gemeinde muß eine Gemeinschaft der Gläubigen, wenigstens der Kirchlichen sein. Das unbewußte Christentum der Volksmassen,

das nur zu oft ein bewußtes Unchristentum ist, zur herrschenden Macht in der Kirche machen zu wollen, ist ein verhängnisvolles Unternehmen. Immerhin lag in dem Vorgehen des Protestantenvereins ein Antrieb, die langversäumte Organisation des Laienelements anzugreifen. Mehr als der Kirche heilsam ist, hat man sich von diesem Antrieb bestimmen lassen; auf der breitesten Grundlage, die sich doch nicht als die richtige herausstellt, ist das presbyteriale und synodale Leben aufgebaut. Ein entsprechendes Maß von Freiheit, das von einer kräftigen Entwickelung der synodalen Verhältnisse untrennbar ist, hat die Kirche doch nicht erhalten; und die Anhänger des Protestantenvereins sind die ersten gewesen, in der großen Entscheidungsstunde die evangelische Kirche dem Staate zu unterwerfen. Eben die Liberalen sind heute die Byzantiner des Staatskirchentums und haben dadurch ihr geringes Verdienst an der Entwickelung des synodalen Lebens mehr als ausgeglichen. Der Protestantenverein lebt nur vom Staatsschutz; in der selbständigen Kirche wäre er morgen schon weggefegt. Was bleibt denn von seinen Forderungen noch übrig? Die Gleichberechtigung der Richtungen, — eine Unmöglichkeit und ein Unding.

Die Kirche hat ihre einzige Kraft in der Einheit ihres Geistes. Zwei entgegengesetzte Richtungen in ihr für berechtigt erklären, heißt ihre Wirksamkeit zerstören. Wenn es erlaubt ist, in einer und derselben Kirche Gott zu bekennen, der Wunder thut, und — diesen Gott zu leugnen; Christum zu bekennen, der vom Himmel gekommen, von der Jungfrau Maria geboren, vom Tode auferstanden und gen Himmel gefahren ist, — und diesen Christum zu leugnen; das Evangelium als die geoffenbarte Wahrheit zu bekennen und — dies Evangelium zu bestreiten: dann ist die Kirche keine Grundfeste der Wahrheit, sondern ein Disputiersaal, dann ist sie überflüssig. Man sagt von der anderen Seite immer, trotz aller Verschiedenheiten sei eine Einigkeit des Geistes möglich. Die Predigt Hoßbachs und die Reden auf der Synode Berlin-Cölln haben bewiesen, daß in unserer Kirche zwei Religionen sind, die gar nicht anders können, als sich auf das entschiedenste bekämpfen, die erst, wenn sie von einander geschieden wären, in einem gewissen Frieden leben könnten. Was ist denn wahr? fragt das schlichte Gewissen, daß Gott Gebete erhört und Wunder thut oder nicht? Daß Christus auferstanden ist oder nicht? Daß er wahrhaftiger Gott ist oder nicht? Daß unsere Leiber auferstehen oder nicht? Kann die Kirche darauf keine klare Antwort

geben, so ist sie eben unfähig, Wahrheit zu geben. Die Lehren, um die es sich handelt, sind so bedeutend und entscheidend für die religiöse Anschauung, daß ein Zweifel daran nicht bleiben kann, ohne die Gemüter zu verwirren. Man bedenke doch, daß Ostern, Himmelfahrt vernünftigerweise nur von Menschen gefeiert werden können, die den Thatsachen dieser Feste Glauben schenken; daß, wenn Christus nicht wahrhaftiger Gott ist, seine Anbetung ein schnöder Götzendienst wird. Nur die Halbheit des Denkens und die Unentschiedenheit des Charakters kann bei so klaffenden Gegensätzen von einer Einigkeit des Geistes reden. Bei jeder einzelnen Lehre hören wir unser Glaubensgefühl sagen: Ihr habt einen andern Geist.

Offen gestanden, wir begreifen unsere Gegner nicht. Es erscheint uns für einen gebildeten, charaktervollen Mann überaus demütigend, von dem Altar allsonntäglich einen Glauben zu bekennen, den er nicht teilt, alle Jahre die Jugend der Gemeinde nach einem Bekenntnis zu unterrichten, das er verwirft. Liegt alle Wirksamkeit des Geistlichen darin, daß sein Predigen volle Überzeugung ist, so muß es ein trauriges Los sein, seine Überzeugung zu verschweigen, gegen vermeintliche Irrtümer nicht ankämpfen zu dürfen, unter Worten und Sätzen der heiligen Schrift einen ganz andern Sinn zu verbergen. Ebendarum will man nun diesem unerträglichen Zustande ein Ende machen, will man die Gleichberechtigung der Richtungen erstreiten und damit die Erlaubnis gewinnen, den unbiblischen Standpunkt offen auf der Kanzel einzunehmen. Im Namen der Toleranz, der Bildung, der Aufrichtigkeit, der Freiheit, der Liebe, der Geschichte fordert man das Recht, sich von den Bekenntnissen loszusagen und doch in der Kirche ein Amt zu behalten. Begreift man nicht, daß dies unmöglich ist? Wohl kann die Kirche tolerant sein gegen ihre irrenden, zweifelnden, suchenden Glieder; sie darf niemand, weil er nicht voll glauben kann, aus ihrer Mitte ausstoßen; sie muß allen mit der Treue und Nachsicht der Mutter nachgehen. Aber sie kann in ihren regierenden Körperschaften, auf ihren Kanzeln keine Männer dulden, die ihren Glauben befehden. So schwer und schmerzlich es uns ist, zu erklären, daß diejenigen Geistlichen, welche das Bekenntnis der Kirche verwerfen und dennoch öffentlich lehren wollen, ihr Amt nicht behalten können, so selbstverständlich ist es doch. Die Kirche kann dem Irrtum in der Gemeinde, dem Unglauben im Volke

doch nicht mit Irrtum auf der Kanzel, mit Unglauben in den Synoden begegnen! Ihre ganze Mission ist unmöglich, wenn sie die göttlich geoffenbarte Wahrheit nicht schützen kann. Vielleicht wendet man ein, daß auch der Protestantenverein ein gemeinsames Bekenntnis christlicher Grundwahrheiten aufstellen wolle. Von einem solchen Versuch, auch wenn er ernstlich gemacht würde, erwarten wir nichts, da es nicht das Christentum in seiner historischen, allein berechtigten Gestalt ist, welches der modernen Theologie zu Grunde liegt, sondern eine an Christum anknüpfende, mit einigen seiner Gedanken ausgeschmückte, im übrigen auf der menschlichen Vernunft beruhende Religion, die man nicht mit dem Christentum gleichberechtigt nennen kann, ohne die Wahrheit des Evangeliums preiszugeben. Das Reden von Gleichberechtigung ist eben nur eine Phrase. Auf der Synode Berlin-Cölln ist das deutlich zu Tage getreten.

Abgesehen von der vielleicht gutgemeinten, aber undurchdachten Mahnung, daß man das apostolische Glaubensbekenntnis abschaffen solle, um wieder mehr Kirchgänger zu gewinnen — eine Hoffnung, die durchaus in ihr Gegenteil umschlagen würde —, waren es besonders zwei Anschauungen auf der linken Seite, die vertreten waren: die eine, man müsse die Gläubigen mit Gewalt zur Vernunft bringen, ohne Schonung der Gewissen das Bekenntnis abschaffen und die Geistlichen zwingen, das zu predigen, was „wir“ glauben. Hier ist von Gleichberechtigung nicht mehr die Rede. Das ist Zwang und Gewalt, Zwang des Unglaubens und Gewaltthat an dem Gewissen. Die andere Anschauung versucht es wenigstens, die Gleichberechtigung festzuhalten; sie erklärt den alten Glauben für den Standpunkt „gewisser Bildungsschichten“, den neuen für das Eigentum der Gebildeten, jenen für ein Produkt unklarer, massiver Vorstellung, diesen für eine reine Darstellung der Idee, jenen für eine Herablassung an das Ostseedorf, diesen für das Erfordernis großstädtischer Intelligenz. Wir kennen dies Spiel mit Begriffen, bei welchen nichts Thatsächliches als Wahrheit übrig bleibt. Wenn sich die Kirche je dazu erniedrigte, doppelte Buchführung zu gebrauchen und den Gebildeten ein anderes Evangelium zu bringen als den Einfältigen, dann wäre sie verloren. Ehrwürdig ist keine alte Formel an sich, sondern nur die Wahrheit. Die Kirche ist das Gewissen eines Volks; sie kann nicht, was man schon in der Diplomatie für unredlich hält, die Sprache zu einem

Mittel machen, um die Gedanken zu verbergen. Auf der Synode wurde das dialektische Spiel an dem Satz: „geboren von der Jungfrau Maria" durchgeführt; ein wirklicher Mensch und doch kein ordinärer Mensch sei Christus, solle damit ausgedrückt werden. Aber in Wahrheit bedeutet doch der Satz, daß der Herr ohne Zuthun eines Mannes von einer Jungfrau geboren ist. Und wie würde es mit andern Sätzen: am dritten Tage auferstanden von den Toten, aufgefahren gen Himmel? Hier sind die Thatsachen mit den Gedanken unzerreißbar verbunden und so sehr der Hoffnungsgrund unserer eigenen Auferstehung und Seligkeit, daß ohne die geschichtliche Glaubwürdigkeit derselben auch die Idee verschwinden müßte. Wir glauben also nicht zu viel zu behaupten, wenn wir sagen, das positive, historische Christentum und die moderne Theologie sind zwei verschiedene Religionen. Auch ihr Gott ist nicht derselbe; den einen ist Gott der freie, persönliche Geist, den andern ein in die Naturgesetze geschmiedeter, hilfloser Götze, der keine Gebete erhört, keine Wunder thut, keine Offenbarung ausgehen läßt, es sei denn die Offenbarung menschlicher religiöser Ahnungen.

Merkwürdig ist, daß die Linken sich die Frage nicht vorlegen, ob ihr Standpunkt berechtigt ist, ehe sie die Frage beantworten, ob er gleichberechtigt ist. Jeder gewissenhafte Jurist wird sagen müssen, daß die bekenntniswidrige und unbiblische Theologie noch immer unter dem Verbot des allgemeinen Landrechtes steht. Und mit dem bloßen Vorwand der Bildung, der Wahrhaftigkeit, der Freiheit kommt man über die rechtliche Schwierigkeit nicht hinweg. Mit demselben Rechte könnte ein Sozialist seine eigentümlichen Begriffe des Eigentums dem Gesetz gegenüber geltend machen. Noch ist es nicht anerkannt, daß die individuelle Willkür stärker ist als das objektive Gesetz. Gewiß hat die persönliche Freiheit auf dem Gebiet des religiösen Lebens einen weiteren Spielraum als auf irgend einem anderen Gebiet. Aber eben deshalb müssen die wenigen Rechtsformen, welche der Kirche zum Schutz gegeben sind, desto gewissenhafter beobachtet werden. Wir sind gewiß, daß diese Gewissenhaftigkeit auch im Interesse des Staatslebens liegt. Die staatsrechtliche Geltung der Kirchen ruht auf der staatlichen Anerkennung ihrer Bekenntnisse; schwerlich würde die Regierung einer Kirche, die ihre Diener an die Bekenntnisse nicht bindet, Anerkennung und Berechtigung zugestehen können.

Aus all diesen Gedanken folgt, daß eine Kirche ohne Bekenntnis nicht bestehen kann, und daß die bekenntnislose Kirche des Protestantenvereins keine Kirche ist. Ohne ein zusammenhaltendes inneres Band löst sich jede Gemeinschaft auf; jene Stunde, in welcher die größte protestantische Kirche der Welt ihr Bekenntnis für immer aufgäbe, wäre ihre Todesstunde und die Stunde des Triumphes ihrer römischen Feinde. Auf der liberalen Seite leugnet man die Inspiration der Schrift; Lessing that dies in gewissem Sinne auch aber, um einen Ersatz zu haben, führte er das apostolische Glaubensbekenntnis auf die Apostel, ja auf Christum zurück. Beides abweisen, die Wahrheit der Schrift und die Geltung der Bekenntnisse, heißt die Kirche in die Luft bauen. Und das apostolische Glaubensbekenntnis, das auf der Synode Berlin-Cölln so heftig angefochten ward, ist mehr als nur das Gemeinschaftsband einer Kirche, es ist das gemeinsame Bekenntnis der gesamten abendländischen Christenheit. Eine Kirche, die öffentlich erklärte, von ihren Dienern den Glauben an das Apostolikum nicht mehr fordern zu können, gäbe damit ihre geschichtliche Kontinuität und eine große historische Position auf, sie würde aus einer Kirche von Christi Geburt ein Verein von heute. Wenn einzelne kleinere Landeskirchen dies Bekenntnis abgeschafft oder die Anwendung desselben in das Belieben der Einzelnen gestellt haben, so ist eben ein Sturm im Wasserglase etwas anderes als ein Sturm auf dem Meer. Die evangelische Kirche Preußens kann einen solchen Schritt nicht nachthun; die Natur der Kirche wird hier stärker sein als die Meinung einer Synode.

Wenn man aber das Apostolikum ablehnt, das nichts anderes ist als eine schlichte Aufzählung der Heilsthatsachen ohne Dogmatik und als Glaubensregel in seinen Grundbestandteilen bis in die erste Zeit der Kirche zurückreicht, so wird man schwerlich geneigt sein, irgend ein anderes evangelisches Bekenntnis, das ja weit mehr enthält, anzunehmen. Was also an die Stelle des bisherigen Bekenntnisses treten sollte, ist nicht abzusehen. Man schlägt, und zwar auch von positiver Seite, vor, ein neues Bekenntnis aufzustellen, das zu den religiösen und kirchlichen Fragen der Gegenwart Stellung nähme. Aber ganz abgesehen davon, daß unsere religiös zerrissene Zeit wenig Beruf zur Abfassung von Bekenntnissen hat, ließe sich doch die Aufstellung eines neuen Symbols nur so denken, daß die alten dadurch nicht abgeschafft würden. Es müßte doch das Apostolikum die Verbindung mit dem kirchlichen Altertum, das

Bekenntnis der Reformation die Verbindung mit der Geschichte unserer Kirche aufrecht halten. Und das neue Bekenntnis müßte jedenfalls die in unseren Tagen so vielfach angefochtenen Positionen behaupten. Dabei würde also die Schwierigkeit in keiner Weise gelöst. Andere meinen, es müsse ein Minimum gesucht werden, welches die Grenze nach links bilde. Könnte man, so sagen sie, ein Bekenntnis finden, das allgemein für notwendig zur Mitgliedschaft am Dienste der Kirche befunden würde, so dürfte man dies von jedem Mitgliede des geistlichen Standes, der kirchlichen Organe und Obrigkeiten, der theologischen Fakultäten fordern. Aber dieser Gedanke zerrinnt, indem man ihn denkt. Welches sollte dies Minimum sein? Man müßte doch wenigstens den Inhalt der Evangelien, den Inhalt des Selbstbewußtseins Jesu aufstellen. Auch wenn man sich nur an die Synoptiker hielte, wäre die Auferstehung Christi, seine Wiederkunft, sein Weltgericht — also seine Gottheit zu bekennen. Aber eben dies wollen die Männer von links nicht. Religiosität, ganz allgemein; Glaube an eine göttliche Liebe: das ist zuletzt alles, was sie behalten, und Christus ist ihnen der wunderbare Genius, der ihnen diese wenigen Gedanken geoffenbart hat, während sie alle seine konkreten, bestimmten Aussagen über die unsichtbare Welt bezweifeln. Wie sich ein wirklicher Garten voll Bäume und Blumen zu dem abstrakten Begriff Pflanze verhält, so verhält sich unser Christentum zu der Religion der modernen Theologie. Ist diese ein Schattenbild ohne Blut und Nerven, so ist jenes ein lebendiger Leib mit dem Strom göttlichen Odems in der Brust. Wie gerne wollten wir zugeben, daß eine Einigkeit des Geistes zwischen beiden Richtungen noch stattfinden könnte! Aber wir können nicht anders, als die Theologie von Hoßbach und Rhode für einen vollkommenen Gegensatz der unserigen halten; bei jedem Satz ihrer Schriften, bei jedem Wort ihrer Predigten, bei jeder synodalen Verhandlung fühlen wir es klar: wir verstehen uns gar nicht, wir sind von anderem Bein und Geist. Daß die jüngsten Ereignisse in Berlin dies klar gemacht haben, ist ihre Bedeutung in der Geschichte unserer Landeskirche.

Was aber weiter? Wir können unseren Gegnern unmöglich den Rat geben, vor dem Konsistorium in der Disziplinaruntersuchung ihre Äußerungen zurückzunehmen und für die Zukunft Mäßigung zu versprechen. Dazu denken wir viel zu hoch von eines Menschen Überzeugung. Auch ist es uns unmöglich, die Vorgänge einfach zu

vergessen und fortan davon zu schweigen. Bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge bleibt kein anderer Ausweg, als daß die, welche den Glauben der Kirche nicht teilen, ein Amt niederlegen, das sie mit Wahrheit nicht führen können. Dabei ist die Sprengung der Landeskirche noch immer zu vermeiden. Wenn die kirchliche Obrigkeit Ernst macht, so wird man mit Erstaunen sehen, wie klein die Anhängerschar dieser Radikalen ist. Auch wenn sie aus der Kirche austräten, würden ihnen nicht soviel Mitglieder folgen, als in einem Jahre durch den Zivilstand in Berlin der Kirche verloren gehen. Und wenn unser Volk nur sieht, daß man gegen den Unglauben Ernst macht, so wird es bald, auch da, wo jetzt noch Unklarheit über das Wesen des Glaubens und die Natur der Kirche herrscht, umkehren und in sich gehen. Sollten dann doch größere Massen um ihrer Überzeugung willen die Kirche des alten Bekenntnisses verlassen wollen, wir würden sie mit Schmerz scheiden sehen. Wider ihren Willen festhalten würden wir sie nicht; denn die Wahrheit geht uns über die Personen, und der Friede der Kirche über die Zahl ihrer Mitglieder. Aber gern würden wir ihnen, was das Kirchenvermögen betrifft, die billigsten Bedingungen zugestehen.

Übrigens glauben wir noch an die Möglichkeit einer evangelischen Volkskirche, freilich nur unter zwei Bedingungen. Der Zwiespalt der Richtungen in der bisherigen Schärfe muß aufhören, und er kann aufhören, sobald die oberste Kirchenbehörde nur will. Anstatt dem Andrängen von links nachzugeben, muß der Evangelische Oberkirchenrat demselben einen festen Damm entgegensetzen und in Wort und That beweisen, daß die Linke auf seine Anerkennung nicht zu rechnen hat. Das hannoversche Konsistorium geht unter ähnlichen Verhältnissen, ohne sich um die Schreier von links in der Presse zu kümmern, ruhig und sicher seinen Weg; und es hat den großen Erfolg, daß die Kirche sich im Frieden erbaut. Auch die letzten Wochen haben es uns gezeigt, wie das schlichte königliche Wort mächtig und ergreifend, stärkend und beruhigend gewirkt hat. Also eine sichere Hand des Kirchenregiments ist die erste Bedingung, um das Schiff der Kirche durch die unruhigen Wogen der Gegenwart zu bringen. Die zweite ist eine Besetzung der theologischen Professuren mit kirchlichen Lehrern. Es ist in der That eine Versündigung an der theologischen Jugend, wenn man ihr Lehrer giebt, die sie in die Zweifel und in den Unglauben hineinführen. Es ist ein schreiendes Unrecht, Professoren moderner

Richtung anzustellen und nachher die Pastoren abzusetzen, die bei diesen Professoren ihre Theologie gelernt haben. Man wird uns voll Entsetzen die Schlagwörter: Lehrfreiheit und Freiheit der Wissenschaft entgegenrufen. Wir wollen keine von beiden Freiheiten antasten. Mögen die Gelehrten von links als Schriftsteller schreiben, was sie wollen. Aber daß in den theologischen Fakultäten, die doch in erster Linie dem Dienst der Kirche gewidmet sind, eine Richtung gepflegt und unterstützt wird, die nachher ihre Jünger in Disziplinaruntersuchung und in die Gefahr der Absetzung bringt, ist ein äußerst verantwortungsvolles Beginnen. Wohin das führen muß, zeigt uns die Gegenwart.

Die Berliner Ereignisse sind dadurch so lehrreich, daß sie wie mit einem Schlage den ganzen Jammer unserer kirchlichen Zustände enthüllt haben. Ein Professor, der die moderne Theologie mit Scheingründen für amtsfähig erklärt; ein Pfarrer, der auf der Kanzel seine unbiblische und bekenntniswidrige Anschauung darlegt; ein anderer Pfarrer, der das älteste Bekenntnis der Kirche öffentlich verunehrt und den Gläubigen Gewalt droht; ein Gemeindekirchenrat, der seinem Recht entgegen den Bekenntnisstand in Frage stellt; ein Synodalvorstand, der einen dahin gehenden Antrag auf die Tagesordnung setzt; eine Synode ohne Ordnungsruf auch bei persönlichen Beleidigungen; Mitglieder der obersten Kirchenbehörde, die der Synode beiwohnen und kein Veto einlegen: so sind die Vorgänge der letzten Wochen in der That Spiegelbilder unserer Zustände. Es sind dunkle Schatten auf dem Bilde unserer Kirche. Werden sie nicht noch dunkler werden, wenn Berlin eine Stadtsynode, eine Provinzialsynode hat? Wir könnten heute wohl sagen, daß unsere Befürchtungen eingetroffen und weit übertroffen sind. Wenn es nicht so traurig wäre, in diesem Falle recht zu haben, so könnten wir triumphieren, daß die Ereignisse jedes Wort unserer Mahnungen und Warnungen bestätigt haben. Als kirchliche Fanatiker hat man uns dargestellt; nun zeigt sich's, daß wir die nüchternen Beurteiler gewesen sind. Wir wissen wohl, die geschehenen Dinge sind nur in dem kleinen Kreise, nur auf den unteren Stufen kirchlicher Organisation verlaufen; man kann sagen, auf der Provinzialsynode, auf der Generalsynode wird der Glaube so stark repräsentiert sein, daß die Linke keine Gefahr bietet. Aber dadurch werden die Verhältnisse nicht besser; denn nicht die Generalsynode, die alle sechs Jahre zusammenkommt, sondern die Gemeinde ist der

wichtigste Teil des kirchlichen Lebens. Und wenn die positiven Parteien, wie es scheint, so stark auf den Provinzialsynoden vertreten sein werden, wenn die Mittelpartei unter dem Ernst der Gegensätze beinahe verschwindet: so ist dies günstige Ergebnis wahrlich nicht die Frucht der offiziellen Bemühungen, sondern der Erfolg thatkräftiger Initiative und besonnener Sammlung in den kirchlich lebendigen Kreisen.

Und hier liegt in der That unsere Hoffnung. Wir sind keine Optimisten, wenn wir auf unsere Verfassung und Kirchenleitung sehen. Wir haben kein Zutrauen, weder zu der Linken mit ihrem Unglauben, noch zu der Mittelpartei mit ihren Vermittelungen nach links. Aber wir haben noch immer Vertrauen zu dem kirchlichen Sinn unseres Volkes und zu der Geistesmacht des Evangeliums. Die Synode Berlin-Cölln hat uns in aller Klarheit die Gesinnung der Gegner geoffenbart; der Mund unseres Königs hat in landesväterlicher Weisheit den Gläubigen die Losung gegeben. Unser Volk wird wissen, was es zu thun hat. Ist die Probe, auf die es gestellt ist, schwer und gefährlich; wir hoffen, es wird sie bestehen in der Kraft eines ehrlichen deutschen Gemüts und in dem Lichte des wahrhaftigen Evangeliums. —

Ein Vorschlag zur Güte.

Februar 1879.

Ganz treu und redlich meinen wir den Vorschlag, der in dem vorangehenden Aufsatz enthalten ist, daß die beiden Richtungen in unserer Kirche schiedlich, friedlich auseinandergehen und das vorhandene Kirchenvermögen teilen möchten — nicht als Verhöhnung, sondern als Versöhnung. Daß das Altkatholikengesetz einmal auch auf unsere kirchlichen Verhältnisse angewandt werden könnte, haben wir öfters vorausgesagt und keine Furcht vor einer solchen Maßregel geäußert, vielmehr eine mögliche Erledigung des Haders darin erblickt. Die liberale kirchliche Presse hat uns mit Zorn und Entrüstung geantwortet. Es ist in der That sehr merkwürdig, daß

einige Organe derselben heute unser Programm von damals acceptieren und als die wünschenswerte Lösung der kirchlichen Schwierigkeiten anerkennen. Unter der Überschrift: „Die Notwendigkeit eines Altkatholikengesetzes für die evangelische Kirche" bläst in der „Protestantischen Kirchenzeitung" der Dresdener Pastor Sulze zum Auszug. „Der Streit ist in der Kirche nicht von Segen" — heißt es hier — „die Religion gedeiht nur im Frieden. Ich habe wohl auch gedacht: wenn die Geister auf einander platzen, so wacht das Leben auf. Aber es wachen nur die Leidenschaften auf, die bald verkühlen und das Leben mit in ihr Absterben hineinziehen. Und was schadet es, wenn durch Spaltung einer Gemeinde zwei Gemeinden entstehen? Die neuen Gemeinden sind stark durch die innere Einheit des Willens." Daß die alte Kirche die neue ausschließen wird, sieht der Verfasser als selbstverständlich an und fürchtet es nicht. „In der Kirche ist Erbauung der einzelnen die Hauptsache, nicht die bureaukratische oder synodale Zentralisation, und der Wettstreit in tüchtiger Leistung ist mehr wert als die Uniformierung. Man fürchtet, den zurückbleibenden alten Gemeinden würde dadurch das Ferment verloren gehen, sie würden stagnieren. Nun geht nicht bloß ihnen, sondern überhaupt das Ferment verloren. Es wird durch Bedrückung zu Grunde gerichtet. Und man täusche sich nicht: Parteien, die man zusammenkoppelt, erhitzen sich wohl an einander, aber von einander zu lernen oder gar sich zu versöhnen, dazu kommen sie nicht." Ebendeshalb fordert der Verfasser eine Art Altkatholikengesetz für unsere Kirche, damit die Ausziehenden nicht mittellos davongehen müssen.

Wir können versichern, daß uns seit langer Zeit keine Äußerung von der linken Seite so tief bewegt hat wie diese. Auch wir haben beständig den Satz vertreten, daß die Spannung der kirchlichen Gegensätze keine Einigung mehr zulasse; und unter dem doppelten Gesichtspunkte, daß die Linken frei ihre Überzeugung predigen müssen, und daß die Kirche eine Gemeinschaft aus einem Geist und Guß sein soll, wenn sie auf Erden etwas ausrichten will, haben wir seit Jahren, die friedliche Trennung in Ehren, als das letzte und einzige Mittel angesehen, aus den kirchlichen Wirren herauszukommen. Daß die Ausscheidenden einen Teil des Kirchenvermögens erhalten, scheint uns billig. Es wird freilich nicht leicht sein, den rechten Maßstab der Verteilung zu finden. Und für die Kirchengebäude möchte es sich am Ende empfehlen, ähnlich wie in

Neuchatel den Austretenden dieselben für die freien Stunden zur Mitbenutzung zu gestatten. Aber das sind wirklich Nebenfragen. Hat man sich über das Prinzip geeinigt, so wird die Ausführung ermöglicht werden.

Sehr interessant ist das Verhalten der Vossischen Zeitung. An demselben Tage, an welchem dieser Sulzesche Aufsatz erschien — gleichsam als lägen die gleichen Gedanken in der Luft — brachte das Blatt den Artikel: „Ein Wendepunkt“. Von der allerdings thörichten Voraussetzung ausgehend, daß die Ernennung von Kögel und Baur die Landeskirche der Orthodoxie überliefern, die liberal gerichteten Pastoren und Professoren aus der Kirche austreiben, die finsterste Reaktion zurückführen werde, sieht der Verfasser in dem allen doch einen Hoffnungsstern. „Wenn erst gar kein liberaler Geistlicher mehr da ist, wenn erst alle Kirchen von der Orthodoxie beherrscht sind, dann werden die freigesinnten Laien sich ermannen und werden sich trennen von Staatskirche und Pastorenregiment. Aber sie werden nicht eher wollen, ehe nicht die zwingende Not da ist, ehe nicht der letzte Liberale aus der offiziellen Kirche ausgestoßen wurde. Und weil hoffentlich die Herren Kögel und Baur diese Periode eröffnen, so begrüßen wir ihren Eintritt in den Oberkirchenrat als den Übergang zu einer neuen Aera, den Übergang von der Staatskirche zur Gemeindekirche.“

Diese Art der Lösung wäre natürlich für die liberale Partei die denkbar ungünstigste; ein Anteil am Kirchengut würde ihr hierbei nicht zufallen können. Ein praktischer Kirchenpolitiker korrigiert deshalb acht Tage später jenen leidenschaftlichen Theoretiker und fordert in einem Artikel: „Die Aera Kögel“ gleichfalls die Anwendung des Altkatholikengesetzes auf unsere Zustände. Ehrliche Ausscheidung und ehrliche Vermögensteilung: das sind nach seiner Meinung die einzigen Mittel, welche zum Ziele führen. „Es ist zehn gegen eins zu wetten“ — schreibt die Vossische — „daß bei solcher offenen und ehrlichen Auseinandersetzung der innere Friede zwischen den kirchlichen Parteien viel leichter und rascher sich herstellen wird als jetzt, wo sie, durch äußere Macht zusammengekoppelt, den erbitterten Kampf um Alleinherrschaft von der einen, um Existenzberechtigung von der andern Seite zu kämpfen genötigt sind. Es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß die so in ihrer Existenz unabhängig gestellten Gemeinden, wenn auch nicht sogleich während des erbitterten Kampfes, so doch später in ruhigeren Zeiten sich für gemein-

same kirchliche und praktische Zwecke verbinden und eine größere kirchliche Einheit bilden würden." So könnte, meint der Verfasser, die „Aera Kögel" wider ihren Willen zum Segen für unser Volk werden.

Wir möchten unsere Gegner nur daran erinnern, daß die Lösung, welche sie jetzt vorschlagen, seit Jahren von unserer Zeitung verfochten worden ist. Uns ist längst klar, daß die heutige Verbindung der Kirche mit dem Staat wie mit der Krone auf die Dauer unhaltbar, und daß eine Kirche, die ihre besten Kräfte an den inneren Hader setzen muß, nicht bestehen kann. Gehen wir schiedlich, friedlich auseinander, schaffen wir freie Volkskirchen mit ehrlich gemeintem Bekenntnis: und der Protestantismus wird Frieden, Kraft, Tüchtigkeit und jede Richtung von der anderen Förderung haben, während heute der Unfriede die Kräfte verzehrt. Daß es so kommen wird, bezweifeln wir nicht; am Ende des Jahrhunderts wird manche der gegenwärtigen Staatskirchen zerbröckelt und manche freie Volkskirche aufgebaut sein. In dieser Richtung liegen unsere Wünsche und unsere Hoffnungen.

Ist noch ein Ausweg?

5. Januar 1878.

Ein für unsere teure Landeskirche verhängnisvolles Jahr liegt hinter uns. Es sind zum Teil sehr schmerzliche Ereignisse, durch welche dasselbe bezeichnet wird. Jähe Ausbrüche von Unglauben, tiefe Erschütterungen des kirchlichen Friedens, aussichtslose Kämpfe, unchristliche Gehässigkeiten haben miteinander abgewechselt. Und das Ende des Jahres findet uns in einer Krisis, deren Ausgang, auch wenn für den Augenblick ein Abkommen getroffen wird, niemand übersehen kann. Aber so schwer das alles auf unserer Kirche gelastet hat und noch lastet, ein erfreuliches Resultat ist für den unerschrockenen Sinn, der die Wahrheit vertragen kann, zu verzeichnen: an Klarheit über die Lage der Dinge, an Erkenntnis dessen, was not ist, haben wir gewonnen. In einer Zeit allgemeiner religiöser Begriffsverwirrung liegt darin jedenfalls eine

Hoffnung. Was Glaube und Unglaube, was christlich und unchristlich ist, darüber sind heutzutage nicht bloß Staatsmänner und Abgeordnete in Zweifel; auch Kirchenobere, die doch leiten sollen, Professoren der Theologie, die doch lehren sollen, Geistliche, die das Wort Gottes zur Seligkeit predigen sollen, können oder wollen das Unevangelische vom Evangelischen nicht unterscheiden. Ein gläubiger Christ sein und doch dem Protestantenverein die Berechtigung zugestehen; die Kirche Gottes, die nur in der Luft der Freiheit atmen kann, lieb haben und sie doch den staatlichen Mächten völlig unterwerfen; den protestantischen Charakter der preußischen Geschichte bewundern und doch für Simultanschulen schwärmen: das sind für eine gesunde Auffassung unvereinbare Gegensätze, und doch finden sie sich in vielen Köpfen und Herzen bei einander. Seit dem Sommer des vergangenen Jahres hat hierin eine Änderung begonnen. Man hat angefangen zu erkennen, daß es so nicht weiter geht. Als getreuer Schirmherr der preußischen Landeskirche hat der Kaiser das Wort des schlichten, christlichen, unverworrenen Gewissens in die Aufregung hineingerufen; von fast allen Synoden ist ihm ein klares, entschiedenes Echo zurückgekommen: so sind jene betrübenden Ereignisse fast im Geschehen von den Freunden des Glaubens verurteilt. Diese allgemeine Erhebung der Gläubigen zu gunsten des bedrohten Bekenntnisses hatte in der That einen sehr begeisternden Charakter; sie war ein Akt der Befreiung von einem bösen Alp, der uns alle drückte. Aber man würde irren, wenn man glaubte, daß die Gefahr damit vorüber wäre. Nur die ersten Zuckungen und Schwankungen haben wir erlebt; die eigentliche Eruption wird noch kommen.

Optimisten wollen uns damit einschläfern, daß sie sagen, der Vulkan sei doch nur Berlin, in den Provinzen baue sich die Kirche im Frieden. Wir sind nicht taub gegen die Wahrheit, welche in dieser Mahnung liegt. Aber wir finden, daß sie uns zunächst keinen Trost bringt. Man kann doch Berlin nicht von dem Leben der Gesamtkirche ausschließen; was hier im Herzen der Monarchie geschieht, geht wie ein Pulsschlag durch den ganzen Körper. Es ist nun einmal die Zeit der großen Städte; auch die Geschicke der Kirche werden in der Residenz entschieden. Siegt der Protestantenverein in Berlin, so gewinnt er seine Sache im ganzen Lande; wird er hier zurückgewiesen, so hat er nirgends Hoffnung, durchzudringen. So laut man auch von Halle und Potsdam gegen die

Betonung der Berliner Vorgänge protestiert, es bleibt doch wahr, daß diese Dinge an der Spree mehr bedeuten als an der Saale und an der Havel. Übrigens hat die gesamte liberale Presse, wenn auch einige vorsichtige offiziöse Organe über die unbequeme Friedensstörung ärgerlich thaten, den Standpunkt des Berliner Unglaubens zu dem ihrigen gemacht; ein Beweis, daß die Eruptionsstoffe der Residenz überall aufgehäuft sind und nur auf den günstigen Augenblick warten, loszubrechen. Was die kirchlichen Ereignisse des vergangenen Jahres charakterisiert, ist sichtlich das Bestreben, der freien Theologie in Berlin eine Gasse zu brechen, damit sie von hier aus weiter fortschreiten könne. Denn nicht zufällig, sondern absichtlich, nicht gelegentlich, sondern geflissentlich sind die Angriffe gegen den Glauben geschehen. Es ist nicht überflüssig, daran zu erinnern, da in dieser Beziehung die Thatsachen, leider auch von einer Seite, wo man für den kirchlichen Fortschritt keine Sympathien hätte erwarten sollen, entstellt sind. Anstatt die Angreifer zu verurteilen, hat man sie beinahe entschuldigt und die Männer, welche in der Bresche standen, um das bedrohte Recht der Kirche zu verteidigen, auf ehrgeizige Ausbeutung und Übertreibung angeklagt. Rekapitulieren wir kurz die Ereignisse, um den rechten Standpunkt zu ihrer Beurteilung zu gewinnen.

Die Predigt Hoßbachs in St. Jakobi war der erste Angriff. Daß auf einer christlichen Kanzel die biblischen Offenbarungen geleugnet, die Grundsätze der reformatorischen Bekenntnisse prinzipiell und bewußt bestritten wurden, geschah hier zum ersten Mal. Es war doch etwas ganz Ungewöhnliches, was damit einer evangelischen Gemeinde geboten wurde. Daß viele Geistliche ebenso stehen wie Hoßbach, daß sie die Heilsthatsachen, welche sie allsonntäglich im Apostolischen Glauben bekennen müssen, in ihrem Herzen leugnen, in ihrer Predigt verschweigen, wissen wir wohl. Aber es ist nicht unseres Amtes, Geistliche zu verurteilen, die Bekennen und Nichtglauben miteinander zu vereinigen wissen, solange sie dies heimlich und unbemerkbar thun. Treten sie aber mit ihrer Leugnung offen auf die Kanzel, wagen sie es, grundsätzlich Schrift und Bekenntnis zu verwerfen, dann giebt es darauf nur eine mögliche Antwort: Disziplinaruntersuchung und im Falle des Beharrens Absetzung. Man mag die protestantische Lehrfreiheit noch so weit ausdehnen, Hoßbach hat hierin jede erlaubte Grenze überschritten. Eine Kirche, die solchen Mißbrauch der Lehrfreiheit duldet, hat kein Bewußtsein

ihrer Bedeutung; ein Reich, das mit sich selber uneins ist, kann nicht bestehen. Wir haben wahrhaftig keine Geringschätzung gegen Theologen, welche mit dem Glauben ihrer Kirche gebrochen haben, wir fühlen innige Teilnahme mit Geistlichen, die an dem Konflikt zwischen Amtseid und Gewissen leiden; aber wir wissen, wenn wirklich die prinzipielle Differenz an das Licht tritt, für sie keinen Ausweg, als daß sie ein Amt verlassen, dem sie mit Wahrheit nicht dienen können. Und so schmerzlich uns die gebrochene Existenz eines Einzelnen in innerster Seele berührt, die Kirche steht uns höher als der Einzelne, für sie ist kein Opfer zu hoch, als das des Gewissens.

So müßte nicht bloß jeder gläubige Christ, so müßte jeder verständige Mensch denken, der für die Ordnungen einer Gemeinschaft Sinn hat. Der Liberalismus, der kirchliche wie der politische, hob den Freimut Hoßbachs in den Himmel und nannte seine Provokation eine Friedenspredigt im eminenten Sinne. Ja, auf der Synode Berlin-Cölln-Stadt stellte man den demonstrativen Antrag, Prediger Hoßbach mit einem Vertrauensvotum zu begrüßen. Dieser Antrag fiel, aber die Verhandlungen über denselben waren die Vorboten des Gewitters, das am Nachmittag der Synode losbrach. Jedermann erinnert sich der Bewegung, welche die Schreckensworte Prediger Rhodes in unseren Gemeinden hervorriefen. Die liberale Richtung hatte gleichsam unbewußt ihre Absicht verraten, der Kirche das Bekenntnis zu nehmen; sie hatte, man ahnt kaum, in welcher Berechnung, ihren letzten Trumpf ausgespielt. Nun wußte man doch, was für die Gemeinde auf dem Spiel stand, wenn diese Richtung für berechtigt erklärt wurde, und mächtige Worte eines zürnenden Glaubens, auf der Synode aus dem Moment und seiner Inspiration geboren, legten dem christlichen Volk die Tragweite jener Angriffe aus. Ein Zittern des Unwillens ging durch die gesamte evangelische Kirche; es war unedel, zu behaupten, eine Partei habe die Leute erst zittern gemacht. Trotzdem kam dieser Vorwurf nicht bloß aus unchristlichen Kreisen; er stand zuerst in einem kirchlichen Parteiblatt. Von den schmerzlichen Erfahrungen des vergangenen Jahres ist dies die schmerzlichste! Richtig begriffen lag in dem Vorgehen des Berliner Unglaubens doch eine Stärkung der gläubigen Position. Alle, welche die Kirche lieb haben, hätten sich wider den offenbar gewordenen Feind verbünden müssen; gegen solche Ausschreitungen war eine schonende Haltung

nicht erlaubt. Leider hatten die offiziösen Apologeten unserer kirchlichen Zustände allzuviel Interesse daran, die Tragweite der Hoßbach-Rhodeschen Vorgänge abzuschwächen. Auch unser großer Reichskanzler meinte, man thue solchen extremen Erscheinungen zu viel Ehre an, wenn man sie mit einem Martyrium umgebe; wenn man sie nur fortmachen lasse, würden sie auf offenem Markt mit Schimpf und Schande totgeschlagen werden; übrigens müßten die verschiedenen Richtungen innerhalb der Kirche sich vertragen. Seine Mahnung in Ehren; aber wenn man ihm im Jahre 1866 zugerufen hätte, Preußen und Österreich müßten sich vertragen, dann sei der Krieg überflüssig, er würde den Ruf nicht verstanden haben. Solange in Deutschland zwei Tendenzen mit einander ringen, die österreichische und die preußische — würde er geantwortet haben — ist es ein Spielball auswärtiger Mächte, ohne Kraft und Einfluß; der Krieg ist unvermeidlich. Es ist dasselbe mit unserer Kirche. Wenn Bekenntnis und Protestantenverein mit einander um die Herrschaft kämpfen, kann die Kirche nicht zu Kräften kommen. Hat die Union zweier positiver Bekenntnisse in Preußen soviel Streit verursacht, soviel Kraft verzehrt: der Versuch einer Union zwischen Glauben und Unglauben würde unsere Kirche töten. Unsere Gegner beklagen sich, wenn wir sie Ungläubige nennen, über Schmähung und Beleidigung. Das ist eine übertriebene Empfindlichkeit. St. Paulus hat dasselbe lange vor uns gethan. „Ist Christus nicht auferstanden,“ — schreibt er — „so ist euer Glaube eitel, so seid ihr noch in euren Sünden.“ Hier steht es mit der Feder des erleuchteten Apostels geschrieben, daß ein Leugner der Auferstehung keinen Glauben hat. Und die moderne Theologie leugnet die Auferstehung Christi, weil sie das Übernatürliche am Christentum leugnet. Das historische Christentum, wie es achtzehnhundert Jahre hindurch die Welt überwunden hat, steht und fällt mit dem Bekenntnis zu Christo, wahrhaftigem Gott, vom Vater in Ewigkeit geboren. An den Gottessohn im biblischen Sinne nicht glauben, ist Unglaube. Man beruft sich von links so oft auf die Reformation und auf Luther, ihren Helden. Was würde Luther gegen Predigten wie die Hoßbachs und Reden wie die Rhodes, was würde er gegen eine Kirche des Protestantenvereins sagen? Wir sind gewiß, die bittersten Ausdrücke würden ihm für seinen heiligen Zorn nicht genügen. Unsere evangelische Kirche ruht auf der Glaubens-

gewißheit, der Heilsgewißheit ihrer Glieder. Keine äußere Autorität nimmt sie in Anspruch, keine irdische Stütze begehrt sie; aber jenes inneren Haltes kann sie nicht entbehren. Nun fragen wir: Ist eine Glaubensgewißheit möglich, wenn in der Kirche diametrale Gegensätze ein Recht haben? Wenn der eine Geistliche den Auferstandenen bekennt, der andere ihn leugnet; wenn der eine an einen Gott glaubt, der Wunder thut, der andere an einen in die Naturgesetze geschmiedeten Götzen? Mögen Gebildete imstande sein, im Widerstreit der Meinungen sich eine Ansicht zu bilden: das Volk, wenn es über die wichtigsten und bedeutendsten Dinge nur ein Für und Wider, ein Ja und Nein hört, glaubt gar nichts. Wir halten in der That diese unsichere Handhabung des Bekenntnisses in unserer Kirche für einen der Hauptgründe ihrer Ohnmacht. Nur eine Gemeinschaft, die in einem Geiste wirkt, kann auf die Gemüter Einfluß üben; eine zwiespaltige Gemeinschaft ist eben keine Gemeinschaft und geht ihrem Untergang entgegen. Wahrlich nicht aus Lust am Streit, sondern in heiliger Sorge um unsere Kirche erklären wir: Wenn solche, welche die Heilsthatsachen des Evangeliums leugnen, für ihren Standpunkt auf Kanzel und Katheder ein Recht beanspruchen, dann wissen wir für sie keinen Ausweg als den aus der Kirche. Mögen sie das Recht der Religionsfreiheit, der Kultusfreiheit brauchen, wir wollen sie mit keinem unrechten Wort scheiden heißen. Aber in unserer Kirche ist für sie kein Raum.

Hätte Fürst Bismarck wirklich recht mit seiner Prophezeiung, daß diese protestantenvereinlichen Tendenzen zuletzt auf offenem Markte totgeschlagen werden, auch dann könnte man um der Natur der Kirche willen ihnen kein Recht zugestehen. Nun ist aber diese Weissagung völlig unerfüllt geblieben. Auf offener Stadtsynode ist Hoßbach zum geistlichen Beisitzer erwählt und damit zum Helden des Berliner Fortschritts erklärt. Es war vergeblich, diese Synode am 31. Oktober zu berufen, um das Gedächtnis an die Reformation mit ihren Verhandlungen zu verknüpfen: die Majorität vergaß ebenso die Grenzen ihrer Befugnisse wie das Fundament ihrer Existenz. Indem sie sich als souverän erklärte, überschätzte sie ihre Macht; indem sie mit Versagung der Kirchensteuer drohte, falls Hoßbach nicht bestätigt würde, verkannte sie den Grund und Boden, auf dem sie steht; indem sie den Streit über das Apostolische Glaubensbekenntnis von neuem auf die Tagesordnung der nächsten Synode setzte, zeigte sie den Entschluß, den Krieg zu ver-

ewigen. Mit allen ihren Beschlüssen beleidigte sie das Kirchenregiment. Ein geharnischter Erlaß des Oberkirchenrats war die Folge dieser Exzesse; ein Erlaß, der voll Unmut über die begangenen Ausschreitungen wie ein Blitz auf die Linke herniederfuhr und ihr den ganzen Ernst der Lage zeigte.

Man kann der kirchlichen Obrigkeit die Anerkennung nicht versagen, daß sie nach Kräften dem offenbar werdenden Ärgernis gesteuert hat. Der Verweis des Konsistoriums an Rhode, der einer moralischen Vernichtung gleichkommt; die Nichtbestätigung Hoßbachs, die, so selbstverständlich sie auch ist, doch durch die Einstimmigkeit aller Mitglieder des verstärkten Konsistoriums — mit Ausnahme des einen Dr. Techow — an Bedeutung gewinnt; der Erlaß an den Vorstand der Stadtsynode: das alles sind Akte einer Entschlossenheit, die nicht gewillt ist, dem Treiben der Gegner des Glaubens ruhig zuzusehen. Aber freilich können wir in aller Bescheidenheit die Bemerkung nicht unterdrücken, daß das Kirchenregiment sich diese Verwickelungen hätte ersparen können, wenn es von Anfang an dem Protestantenverein deutlich gezeigt hätte, er dürfe auf irgend eine Anerkennung nicht rechnen. Wenn Dr. Techow in einer Versammlung erklärte, es scheine, daß der Oberkirchenrat sich vor den Geistern fürchte, die er selbst wachgerufen habe: so liegt darin jedenfalls, daß die Linke der schonenden Nachsicht und dem freundlichen Entgegenkommen des Kirchenregiments das Zugeständnis ihrer Berechtigung zugeschrieben hat. Und daß der großstädtischen Intelligenz Konzessionen genug gemacht sind, ist noch zu sehr in aller Gedächtnis, als daß wir daran zu erinnern brauchten.

Wir möchten überhaupt nicht gern wieder nach rückwärts schauen, auf die Mängel der Verfassung hinweisen und den Beweis führen, daß wir mit unseren Befürchtungen recht gehabt haben. Schauen wir lieber nach vorwärts, und fragen wir, was zu thun ist. So viel ist klar, daß zwischen den kirchlichen Behörden und dem Berliner Fortschritt kein Friede wieder geschlossen wird. Es hat sich gezeigt, daß es für die Schwierigkeiten der kirchlichen Leitung keinen Ausweg nach links giebt. Also muß man weiter vorwärts und nach rechts gehen. In dem Verweis an Rhode, in der Nichtbestätigung Hoßbachs sind noch Inkonsequenzen, die neue Schwierigkeiten in ihrem Schoße tragen. Es ist in der That richtig, was die Linken wie die Rechten sagen, daß eine prinzipielle Entscheidung gegenwärtig unausweichlich ist. Geistliche, die öffentlich

so zurechtgewiesen werden wie Rhode, sollten nicht im Amte bleiben; und ein Prediger, der in St. Jakobi wegen Irrlehre nicht berufen werden kann, darf auch in St. Andreas nicht das Evangelium verkündigen. Gegen diese Logik ist nichts einzuwenden; auch die Linken, denen zuliebe man von dem strengen Recht Abstand nimmt, fordern prinzipielle Entscheidung. Für die Gemeinden aber ist es von der größten Wichtigkeit, daß die Frage der Lehrfreiheit in einem so herausfordernden Falle wie dem Hoßbachschen zur Entscheidung gelange. Eher kommt die Kirche nicht zu ihrem Recht, auch nicht zu ihrer Ruhe. Wenn das Kirchenregiment es über sich gewinnen könnte, gestützt auf die drei positiven Parteien der Kirche, entscheidende Schritte gegen die Linke zu thun, so wäre die Situation klar. Im Grunde ist diese Lösung die einfachste und durch die Verhältnisse geboten. Freilich ist sie auch wieder schwierig, weil sie ein Aufgeben der bisherigen Kirchenpolitik bedeuten würde. Aber auf die Dauer kann ein Kirchenregiment, das im Glauben die Kirche leiten will, die Unterstützung der positiv gläubigen Elemente doch nicht entbehren; die Fühlung mit den unkirchlichen Gebildeten, die so leicht in Feindschaft umschlägt, wenn man nicht ihren Willen thut, kann eine kirchliche Obrigkeit nicht entschädigen für das mangelnde Vertrauen der kirchlich Gesinnten. Gewiß wird dies Vertrauen schnell zurückkehren; wir glauben, im Sinne vieler versichern zu können, daß das Kirchenregiment, wenn es dem Protestantenverein ernsthaft entgegentritt, auf die lebendigen Christen rechnen darf. Aber es scheint, daß ein solcher Umschwung zunächst nicht in Aussicht steht. Wenigstens der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats will lieber weichen, als den Knoten, den er nicht lösen kann, mit dem Schwerte zerhauen.

Offenbar in den Schwierigkeiten des Moments liegt der Grund des Entlassungsgesuches Dr. Herrmanns; man braucht nach keinen weiteren Ursachen zu suchen. Aber der Liberalismus konnte sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen, seine oft geführte Waffe in kirchlichen Dingen, die persönliche Verdächtigung, zu brauchen. War schon vorher einmal die Verleumdung gegen die positive Union mobil gemacht, diesmal geschah es von neuem mit einer gewissen Methode. Wild stürzte sich die liberale Presse auf die „Hofpredigerpartei"; der große Konflikt des Glaubens mit dem Unglauben — wie ihn Goethe nennt — wurde zu einer persönlichen Intrigue degradiert; Herrmann wurde mit Falk, dieser mit Bismarck

zusammengeknüpft und den geistlichen Intriganten der Plan zugeschrieben, den Reichskanzler zu stürzen; eine von irgendwoher inspirierte Mythologie wurde mit eiserner Stirn für Wahrheit ausgegeben, schon deutete man an, die Hofprediger müßten abgesetzt werden, als ob kein Recht oder Gesetz in Preußen wäre; acht Tage dauerte diese Kampagne, die in Zeitungen und Witzblättern zur Beschimpfung der Kirche geführt wurde; — endlich kam ein Wink, das Ganze sei ein Humbug, und seitdem schweigt man. Wie kann nur eine Presse sich soweit verirren! Jedenfalls ist diese Hetze auf die Freunde der positiven Union ein dunkles Blatt in der Journalistik des letzten Jahres. Die Partei, welche sich damit befleckt hat, nennt sich liberal; aber sie hat nichts von einem edlen Liberalismus behalten, der fremdes Recht und Gewissen streng achtet. Und sie irrt sich. Nicht ungestraft verletzt man die Lebensmächte einer Nation. Der gläubige Protestantismus ist noch immer eine von den preußischen Lebensmächten; und wir hoffen es zu erleben — um mit Bismarck zu reden — daß das liberale Narrenschiff der Zeit an diesem Felsen der evangelischen Kirche zerschellt. Unsere Freunde aber mögen getrost sein. Es ist nicht schön, so geschmäht zu werden, aber es ist ein Beweis, daß man dem Gegner gefährlich ist. Wenn unsere Feinde räsonnieren; wir wollen handeln. Wenn sie uns auf Intriguen anklagen, wir wollen zeigen, daß wir kein anderes Ziel haben als die Ehre des Reiches Gottes; wir wollen versuchen, in der Liebe Christi dem Volke zu dienen und Seelen zu retten aus der überhandnehmenden Ungerechtigkeit. Je mehr die Freunde der positiven Union im Vordertreffen gegen den Zeitgeist stehen, desto mehr wächst ihre Pflicht, besonnen, maßvoll und nüchtern zu sein. Und sind gegenwärtig unsere Gegner die „Verstimmten", nicht wir: nun, wir wollen nicht Gleiches mit Gleichem vergelten, wir wollen ihre Verstimmung schonen und sie ihnen nicht aufrücken.

In den Parteiverhältnissen wird freilich alles beim alten bleiben müssen. Die Ereignisse der letzten Zeit haben uns allzusehr von der Notwendigkeit unserer Vereinigung überführt, als daß wir daran denken könnten, die gewonnene Position wieder aufzugeben. Daß der protestantenvereinliche Feldzug des Sommers diesen kläglichen Verlauf genommen hat, ist in erster Linie dem treuen Bekenntnis des Kaisers, in zweiter Linie dem Anwachsen unserer Partei zu danken. Wir wissen, daß man von mancher Seite sehr scheel auf

unser Wachstum sieht, daß man hier und da die Parteibildung in der Kirche überhaupt nicht für berechtigt ansieht. Aber das kann uns in der Verfolgung unserer Ziele nicht irre machen. Hätten wir eine Kirchenverfassung, welche dem Unglauben die Thür der kirchlichen Körperschaften verschlösse, so möchte die Forderung, von der Parteibildung abzustehen, noch eine gewisse Berechtigung haben. Aber nachdem, wie die Berliner Verhältnisse klar zeigen, die Möglichkeit geschaffen ist, daß der Unglaube in den synodalen Verhandlungen einen leichten Sieg davonträgt, ist es heilige Pflicht, die Gegnerschaft gegen die grundstürzenden Bestrebungen der Linken zu organisieren. Daß die Mittelpartei dies nicht gewollt hat, ist ihr zum Schaden geraten und hat uns gefördert. Eigentlich will sie es noch immer nicht ernsthaft genug. Freilich, dürfte man der Erklärung von vier Mitgliedern der Halleschen Fakultät zustimmen, so wäre zwischen der Mittelpartei und der positiven Union in ihrer Stellung nach links kein Unterschied. „Mit uns“ — heißt es hier — „hat jene Partei nicht nur denselben Grund des Glaubens gemeinsam, sondern auch dieselbe Stellung innerhalb der vorhandenen Lehrdifferenzen. Sie umfaßt daher auch in sich dieselben Schattierungen der theologischen Ansichten wie unser evangelischer Verein — Schattierungen, ohne die bei lebendiger Entwickelung keine größere Gemeinschaft bestehen kann.“ Es ist uns unbegreiflich, wie man dergleichen Versicherungen in die Welt schicken kann. Der evangelische Verein hat Mitglieder in seinem Schoße, die zur völligen Verbrüderung mit dem Protestantenverein drängen; er hat andere, die dem Protestantenverein ein Recht in der Kirche zugestehen; er hat wieder andere, die der modernen Theologie auch auf der evangelischen Kanzel Raum geben wollen. Solche Mitglieder hat die Partei der positiven Union nicht. Wir wissen wohl, daß in der Mittelpartei viele Männer sich befinden, die mit uns auf demselben Glaubensgrunde stehen; aber eben das Gemisch von kirchlichen und unkirchlichen Elementen in derselben hat uns zur Bildung einer besonderen Partei bewogen. Die Beweise dafür liegen deutlich, wie nie vorher, in demselben Hefte vor, welches die Erklärung der vier Professoren gebracht hat. Hier ist der Roggesche Vortrag auf der Berliner Versammlung des Vereins gedruckt; derselbe erklärt wörtlich: „Wenn wir in unserem Programm es ausgesprochen haben, daß wir, beseelt von dem Wunsche, daß die Gemeinde sich in Frieden baue, soviel an uns ist und sich mit den in unserem Pro=

gramm ausgesprochenen Grundsätzen und Überzeugungen verträgt, in Gemeinsamkeit mit dem Kirchenregiment und mit den verschiedenen kirchlichen Richtungen der Kirche dienen wollen, so haben wir damit ausdrücklich auch an diejenige Richtung gedacht, die man gemeinhin als die protestantenvereinliche zu bezeichnen pflegt.“ Hier scheiden sich eben unsere Wege von denen der kirchenregimentlichen Mittelpartei durchaus. Die gläubige und die moderne Theologie für gleichberechtigt erklären (d. h. solange man in der Minorität ist, um später, wenn man in der Majorität ist wie in Heidelberg, die gläubige Theologie zu unterdrücken), das bedeutet für uns, das Leben der Kirche vernichten. Wenn wir Rom bekämpfen, weil es neben die Schrift menschliche Satzungen stellt, so müssen wir auch den Protestantenverein bekämpfen, der die menschliche Meinung über die Schrift setzt. Die falsche Kultur ist in Glaubenssachen keine bessere Instanz als die falsche Tradition, und die Leugnung der Auferstehung Christi ist für die Kirchenlehre ebenso verderblich wie die Definition päpstlicher Dogmen von über Nacht. Ehe die Mittelpartei nicht rund und klar sich von der Gemeinschaft mit dem Protestantenverein lossagt, ist eine Wiederanbahnung prinzipieller Gemeinschaft unmöglich. — Aber eine Äußerung des Prof. Dr. Beyschlag in demselben Heft geht viel weiter als das Roggesche Zugeständnis. Indem Beyschlag die Maßregel des Konsistoriums gegen Hoßbach verteidigt, fügt er hinzu: „Dabei versteht sich von selbst, daß die Majorität der Jakobi-Gemeinde Anspruch darauf hat, einen Geistlichen nach ihrem Herzen zu gewinnen, und daß das neu gewährte Wahlrecht der Gemeinde nicht durch beliebige Einsprachen einzelner illusorisch gemacht werden darf.“ Diese Anschauung läßt an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Hiernach haben die Männer der modernen Theologie ein Recht auf der Kanzel, wenn sie nur ihren Unglauben nicht zu schroff zeigen; und die Bedeutung des Bekenntnisses als einer Lehrnorm ist vernichtet. Wir protestieren dagegen im Sinne ebenso der objektiven Wahrheit wie der subjektiven Wahrhaftigkeit. Käme dieser Beyschlagsche Standpunkt zur Geltung, dann müßte man anstatt eines Bekenntnisses eine Grenze aufstellen, bis zu welcher die Taktlosigkeit des Unglaubens in der Enthüllung seiner Meinungen vordringen, über welche sie keinesfalls hinausgehen dürfe. Aber dieser Standpunkt ist durchaus unhaltbar; auch den Linken genügt er nicht, wenn sie nicht schwächlich sind.

Ist die moderne Theologie in der Kirche berechtigt, so muß sie ihre Überzeugungen auch darlegen dürfen; ist sie es nicht, so muß sie prinzipiell in Zucht genommen werden. Durch ihre Halbheiten, ihre Konnivenz nach links, ihre Schärfe nach rechts verwirren die deutsch-evangelischen Blätter die Lage; sie sind die Ursache davon, daß der Riß zwischen Mittelpartei und positiver Union unheilbar geworden ist. Daß hohe Namen des Kirchenregiments auf dem Titel dieses Parteiblattes stehen, begreifen wir nicht; wenigstens sollte man uns, den Freunden der positiven Union, dann nicht den Vorwurf der Parteibildung machen. —

Aber nicht bloß an dem Protestantenverein, auch an dem Verhältnis der Kirche zum Staat scheiden sich unsere Wege von denen der Mittelpartei. Mit der überlegenen Sicherheit des nationalliberalen Parlamentariers weist Pfarrer Schumann in demselben Heft darauf hin, die „offenherzigen und verschämten Hierarchen" sollten sich erinnern, daß ohne die Zustimmung des Parlaments die Kirchenverfassung nicht geändert werden könne, und ihre Gelüste auf Verschärfung der Qualifikationen aufgeben. Nun, in bezug auf die Qualifikationen fordern wir bekanntlich keine Verschärfung; diese unwahre Beschuldigung hätte man sich und uns ersparen können; die Partei der positiven Union fordert nur die ernstliche Geltendmachung der gesetzlichen Qualifikationen und die Aufhebung der Instruktionen, wodurch jene vielfach illusorisch geworden sind. Aber in der That fühlen wir in anderen Punkten sehr schmerzlich die alles beherrschende Stellung des Kultusministers in der Kirche. Bei dem Herrmannschen Abschiedsgesuch ist es wieder klar geworden, wie durch die Verquickung von Staatsaktionen und Kirchensachen die Kirche ohne jeden Grund in die Leidenschaften der politischen Parteien hineingezogen wird. Und doch hatte Falk vormals erklärt, er hoffe zu erleben, daß der Minister keine Hand in den Angelegenheiten der Kirche behalten werde! — Man denke sich, wieviel gegebenen Falls die Neubesetzung der Präsidentenstelle im Oberkirchenrat bedeutet. Ob Disziplinaruntersuchung gegen Hoßbach oder nicht: so lautet die Alternative, welcher — nach ziemlich verbürgten Zeitungsnachrichten — Herrmann aus dem Wege geht. Diese Alternative wird erledigt werden müssen, ehe Herrmann sein Bleiben zusagt oder ein Nachfolger eintritt. Bei dieser Veränderung ist niemand so entscheidend beteiligt wie der Kultusminister;

mit der ganzen Wucht seiner durch den Kulturkampf bedingten Stellung tritt er bei der Entscheidung ein. Ist er damit nicht die entscheidende Stelle, an welcher eine Lebensfrage der Kirche beantwortet wird? Ein Gutachten von vier Professoren nennt diese Dinge „ephemer"; uns erscheinen sie bestimmend für Leben und Sterben der Landeskirche. Eine an den konstitutionellen Staat gebundene Kirche kann unter den heutigen Verhältnissen ihre Aufgabe nicht erfüllen. Und bereits melden sich Stimmen, die für den Staat noch mehr Einfluß in derselben fordern, als er hat. „Wenn übrigens" — so lautete es kürzlich in einer durch die liberalen Blätter gehenden Korrespondenz aus Berlin — „einzelne öffentliche Stimmen jetzt die Bedeutung dieser kirchlichen Krisis herabzudrücken suchen, so haben sie wohl keinen Begriff davon, daß es sich hier um das historische Ausklingen des Absolutismus in einer seiner letzten, bisher noch festgehaltenen Positionen handelt. Die Hofbeamtenfrage ist eine Art Anhängsel der kirchenpolitischen Krise und zeigt das unaufhaltsame Eindringen der konstitutionellen Notwendigkeiten selbst unter einem von Haus aus ganz konservativen Regiment." An einer andern Stelle hieß es, der konstitutionelle Staat müsse seine Macht dorthin ausdehnen, wo sie ihm allein noch fehle, nämlich über die Kirche. Niemand kann über die Bedeutung solcher Worte im Zweifel sein. Der Liberalismus will Summepiskopus der evangelischen Kirche werden; an die Stelle des Königs soll der Staat treten. Augenscheinlich zeigt sich hier die Konsequenz des Fehlers, daß man in der Kirchenverfassung den konstitutionellen Minister zum Eckstein gemacht hat. Auch hier wie in der Lehrfrage ist kein Ausweg, als daß die bisherige Kirchenpolitik geändert wird. Der Staat von früher, monarchisch und von dem Volkswillen unabhängig, konnte noch eine gewisse Herrschaft über die Kirche üben; der moderne Staat kann an der Leitung der Kirche nicht mehr teilhaben; als ein konfessionsloser Rechtsstaat muß er, nachdem er sich auf alle Weise gesichert hat, die Kirche aus der Abhängigkeit entlassen.

Eben diesem Bestreben des Liberalismus, durch den konstitutionellen Minister die Kirche dem Staat zu unterwerfen, hat sich die Partei der positiven Union von vornherein mit aller Macht entgegengestellt. Der Summepiskopat ist in der konstitutionellen Monarchie überhaupt nicht ohne Schwierigkeiten festzuhalten; er ist auf die Dauer unmöglich, wenn er wie in unserer Verfassung in

Abhängigkeit vom Minister steht. Nur in der engsten und lebensvollsten Verbindung mit den synodalen Organen könnte er ein Segen der Kirche bleiben. Dagegen ist ein in Kirchensachen allmächtiger Minister unter zwiefachem Gesichtspunkt eine Gefahr kirchlicher Entwickelung. Als entscheidende Instanz über der Kirchenbehörde kann er jede lebendige Aktion der Kirchenbehörde und der Synoden hindern; als Staatsminister kann er Maßregeln ausführen, die von der Kirche bekämpft werden müßten, aber bei ihrer Abhängigkeit von ihm nicht bekämpft werden können. Wir stehen gegenwärtig mitten in einer solchen Gefahr. Der Minister ist der Einführung der simultanen Schule günstig gestimmt; die Kirche müßte sich derselben mit jedem erlaubten Mittel widersetzen. Was thut sie? Sie leidet und schweigt.

Aber es ist der Segen aus den Ereignissen des vergangenen Jahres, daß wir in der Kirche endlich klarer sehen und energischer vorgehen. Entweder — oder! lautet deutlich die Losung. Entweder Schutz des Bekenntnisses und größere Unabhängigkeit der Kirche, daß sich ihr Leben frei entfalten kann — oder unvermeidliche Spaltung. So tritt aus den Nebeln der Gegenwart das Bild der Zukunft vor unser inneres Auge; nicht bloß bei uns, sondern überall. Es ist die Ehre der preußischen Landeskirche, daß sie bei dieser Entscheidung vorangeht. Im Grunde hat sie gegenwärtig doch eine große Position; sie kämpft wie keine andere für das Bekenntnis und die Freiheit. Daß die Freunde der positiven Union diesen Kampf unverzagt aufgenommen haben, das hat ihnen viel Feinde, aber viele treue Christen zu Bundesgenossen gemacht. Wir danken unseren Freunden für alle erfahrene Stärkung und Fürbitte. Wir werden auch im neuen Jahre keinen Schritt weichen. Wir wissen, daß es für die Schwierigkeiten der Kirche heute keinen Ausweg giebt als reinliche Scheidung. Kompromisse heilen die Wunden nicht, welche der Unglaube unserem Volke schlägt, und welche kein irdischer Heilkünstler stillen kann. Aber der Herr ist der Arzt. Hundert Notstände des inneren Volkslebens warten auf die Hilfe der sittlich-religiösen Lebensmächte; im Glauben liegt das Heilmittel für alle. Verzagen wir nicht, sondern glauben wir! Bauen wir nicht auf Menschen, sondern auf den Herrn. Beten und arbeiten wir an unserer teuren Kirche mit ganzer Treue, und sie kann wieder werden, was sie sein muß: das Gewissen und die Freundin der Nation.

Eine ernste Stunde deutscher Geschichte.

6. Juli 1878.

Es sind Tage tiefer Demütigung, welche wir durchleben; wir stehen am Abgrund. Wer sich auf die Zeichen der Zeit verstand, hat das längst gewußt; aber die blöde Menge wollte es nicht glauben. Falsche Freunde, Kinder eines leichtsinnigen Optimismus, welche die Sünde nicht kennen und der Gnade nicht bedürfen, haben unserem Volke so oft geschmeichelt, haben ihm vorgerühmt, wie herrlich weit wir es gebracht. Zuweilen fühlte man das Unbehagen der Lage, die sittliche Not, das materielle Elend, den geistigen Übermut. Aber man tröstete sich damit, das seien Zeichen einer aufstrebenden Epoche oder Nachwirkungen des großen Krieges. Daß Preußen, daß Deutschland seine Fundamente verlor, Gottesfurcht, Königstreue, Gewissenhaftigkeit, Zucht und Ordnung, das merkte man nicht, oder wenn man es merkte, wollte man es nicht eingestehen. Der Zeitgeist, der doch eigentlich alles beherrschte, zerstörte halb unwissend, halb wissend die Heiligtümer der Nation, Kirche und Christentum; er meinte damit ein großes Werk zu thun. Wenn der deutsche Geist nur die göttliche Offenbarung, die Kindermärchen der Bibel und die unverständlichen Dogmen der Intoleranz abgeworfen, mehr Bildung und mehr Freiheit errungen hätte, dann — so dachte und prophezeite man — sei die Höhe der deutschen Geschichte erstiegen. Raketengleich, mit furchtbarer Beleuchtung erhellten die Attentate den dunkeln Weg unseres Volkes; und mit einem Male sahen wir uns nicht auf dem Wege zum Gipfel, sondern hart am Rande des Abgrundes.

In der That, die beiden rasch auf einander folgenden Versuche, unsern geliebten Kaiser in seiner Hauptstadt auf offener Straße zu morden, sind erschütternde Mahnungen. Kaiser Wilhelm ist der Einiger Deutschlands, uns allen ein sichtbares Werkzeug in der Hand Gottes, um eine Jahrtausende alte Sehnsucht deutscher Nation zu erfüllen. Was sonst nicht leicht auch den größten Monarchen in einem langen Leben gelingt, ihm gab es der Lenker der Völkergeschicke im hohen Alter. Ein ehrwürdiger Greis, jeder Zoll ein König und jeder Zoll ein Held, gütig und freundlich, ein Vater des

Volks und des Heeres, eine seltene Vereinigung von Demut und Majestät: so galt der Kaiser auch in den Tagen des Kulturkampfes und des losgebundenen Geisterstreites als ein Panier des Friedens, um welches sich alle Parteien scharten. In Feindes Land, in Österreich wie auf französischer Erde, war er sicher gewesen; wie verwundert fragen uns die Gegner von ehemals, wie es möglich sei, daß deutsche Menschen gegen einen Kaiser, der auch den Feinden Ehrfurcht einflößt, den Meuchelmord planen können. Wenn die Königswürde den wahnsinnigen Haß wilder Umsturzmänner herausfordert: das greise Haupt, in Ehren ergraut, hätte den Arm der Frevler zügeln müssen. Aber dieser letzte Hauch der Pietät fehlte den verruchten Fanatikern; ja, es scheint nicht, daß sie daran nur gedacht, oder daß sie irgend Reue gefühlt haben. Zumal der zweite Mordversuch war wider die Natur. Lange geplant und vorbereitet, mit kühler Berechnung ausgeführt, wie man auf dem Anstand mit Schrot auf ein Wild schießt: in dieser Gestalt ist die zweite Unthat ein Neues in der Weltgeschichte. Und gleich als wollte dieser Frevel wider die Bildung der Gegenwart die Anklage erheben, der Königsmörder war ein sogenannter Gebildeter, den keine Rache, sondern nur die Idee zu der Schandthat trieb. Ein grausiger Beweis, daß einem Menschen, der die Heiligtümer des Gemüts verloren hat, kein Schutz und Schirm bleibt. Der Mörder war völlig ein Ungläubiger.

Nicht hieraus leitete die Tagesmeinung die Sünde her. Vielmehr las man hier und dort, der Vater des Frevlers sei mystischen Spekulationen zugeneigt gewesen, der Sohn habe diesen Zug von seinem Vater geerbt, auch ihn habe man öfter über dem Lesen der Bibel gefunden. Die Regulative, die evangelische Orthodoxie sollten schuld sein an den furchtbaren Dingen. Die Beurteilung der Verbrechen in der öffentlichen Meinung war mehr als kläglich. Statt eines Aufschreis der Buße drang aus den Blättern des Zeitgeistes der hohle Ton der Phrasen, der unser Volk innerlich hat verarmen lassen; statt der Gelübde der Umkehr zu dem lebendigen Gott erklangen feierliche Schwüre zu Deutschlands Größe und Herrlichkeit, die doch für eine Zeitlang mit dunklem Flor verhüllt ist. Nicht Gott, sondern das Geschick rief man an; nicht die Sünde fühlte man, sondern das Unglück. Es fehlte nicht an tausendfachen Symptomen des Entsetzens und des Abscheus, der Hingebung an das Königshaus und der Liebe zum Vaterland. Aber es fehlte an

dem einfachen Verständnis der Thatsachen. Daß das deutsche Volk ein unchristliches Volk ist, und daß es das geworden ist durch seine Gelehrten und Schriftsteller, durch seine Presse und Litteratur, verbunden mit dem schlimmen Beispiel der besitzenden Klassen; daß aus dem öffentlichen Unchristentum mit Naturnotwendigkeit die Verwilderung der Sitten folgen muß: das sagt man sich nicht. Nun sagt es uns jeder Tag mit seinen Prozessen und Verurteilungen wegen Majestätsbeleidigung, daß das innerste Leben des Volkes vergiftet ist. Wo das eine Wort: „Fürchte Gott" nicht mehr gilt, da verliert auch das andere: „Ehre den König" seine Kraft.

Zunächst freilich ist es nicht der Unglaube, sondern die kommunistische Idee, welche den Verbrechern die Mordwaffen in die Hand gedrückt hat. Aber eben die Sozialdemokratie ist der Spiegel, welchen die Gegenwart unserem Geschlechte zur Selbsterkenntnis vorhält. Glaubt man wirklich, eine so riesige Erscheinung sei das Produkt von einigen schlechten Menschen, die Erfindung müßiger Köpfe, welche von den ersparten Groschen der Arbeiter leben wollen? Glaubt man wirklich, eine Richtung, die in unserem Volke Millionen beherrscht und nun auch Frauen und Knaben, sei ein purer Unsinn? Wir denken anders. Die Sozialdemokratie ist das Resultat unserer falschen Geistesentwickelung, das Kind des Mammonismus, des Materialismus, des Atheismus. So wird sie zur Gottesgeißel für die entartete Gegenwart, eine Peitsche für die Sklaven einer nichtswürdigen Weltanschauung. „Ihr habt uns den Himmel genommen, nun fordern wir die Erde." In diesem bekannten Drohwort der Sozialisten von heute liegt eine ganze Anklage gegen die sogenannten gebildeten, besitzenden Kreise der Nation. Ist wirklich kein Gott, warum soll noch irgend etwas heilig sein? Ist die Seele ein Nichts, wozu noch Idealismus? Giebt es kein Weltgericht, so hört bei den meisten die Verantwortlichkeit auf. Ist der Kampf ums Dasein höchstes Gesetz, so wird man vergebens Liebe predigen. Und wenn das Recht des Stärkeren an die Stelle der göttlichen Autorität tritt, dann endet die Weltgeschichte mit dem Recht der stärkeren Fäuste. Es ist die verhängnisvolle Selbsttäuschung der heutigen, der liberalistischen Weltanschauung, daß man die entfesselten Menschen ohne Gott und Autorität zu dem Respekt gegen den Besitz zwingen kann. In dieser Illusion hat man lächelnd und frivol die Leidenschaften gegen die Kirche und die Offenbarung wachgerufen; nun schreit man umsonst: bis hierher und nicht weiter!

Die Altäre des wahren Gottes hat man umgestürzt oder verachtet und entdeckt nun, daß ein feuerfester Geldschrank kein Heiligtum für das Volk ist.

Die Sozialdemokratie ist der konsequente Ausläufer der Revolution; wer die Prinzipien von 1789, wer die Märztage von 1848 preist, darf sie nicht verurteilen. In wirtschaftlicher Hinsicht der unvermeidliche Gegenschlag, in sittlich-religiöser Beziehung der schnurgerade Fortschritt des Fortschritts, steht die Sozialdemokratie als die Charakterfigur der Epoche vor unseren Augen. Unsere wirtschaftlichen Zustände werden immer hoffnungsloser. Krisis auf Krisis rollt heran; die Zeiträume zwischen der einen und der andern werden immer kürzer, die Wellen immer tiefer. Die fast schrankenlose Freiheit zerstört den deutschen Wohlstand; das Ausland thut viel zu viel unsere Arbeit, und hier bei uns verkommt der Arbeiter unter der Devise: billig und schlecht! unter dem Mangel durchgreifender Ordnung und persönlicher Autorität. Der kleine Handwerker, der tüchtige Mittelstand verarmt, und der Ertrag des Kapitals steht zu dem Ertrag der Arbeit in immer wachsendem Mißverhältnis. In der Gründerei, diesem Abgrund von Leichtsinn und Unredlichkeit, diesem Krieg der Spekulanten gegen die deutsche Wohlfahrt ist die Not der Zeit klar zu Tage getreten; wundern wir uns nicht, daß auf die Jahre des materiellen Schwindels Jahre sittlichen Taumels folgen! Die Gründerzeit mit ihrer Mätressenwirtschaft und ihrer Käuflichkeit der Personen wie der Zeitungen, mit ihrem wahnsinnigen Luxus in gemeiner Schwelgerei, unnützen Bauten, sinnloser Kleiderpracht, mit ihrer Geldgier und Weltlüsternheit, mit ihrem Egoismus und Materialismus — konnte nicht anders als entsittlichend wirken. Eine Presse ohne Kenntnisse und Gesinnung, vorn unbesonnene Leitartikel, hinten schamlose Inserate; eine Journalistik voll Entwürdigungen des Glaubens, ein Theater mit Ehebruchsszenen vor den Zuschauern und dem Lotterbett der Messalina auf der Bühne: wo soll das enden als in dem Ruin?

Dazu kam — und das war unser politisches Verhängnis —, daß der Kulturkampf, nicht an sich, sondern so wie er gegen Rom und die evangelische Kirche zugleich geführt ist, die letztere über Nacht in ihrem bisherigen Bestande auflösend, ohne doch gegen die erstere etwas Entscheidendes auszurichten: daß der so geführte Kulturkampf, indem er dem Lande die Meinung erweckte, es gebe

nur einen Feind des Staates, die Kirche mit ihren Dienern, die religiös-sittlichen Begriffe geschädigt, die Regierung für eine Zeit lang gebunden und von dem Liberalismus abhängig gemacht hat.

Wir können keinen christlichen Staat im alten Sinne mehr haben. Aber eine christliche Obrigkeit, deren Träger lebendige Christen sind, eine christliche Gesellschaft, deren Glieder im engen Zusammenhange mit der religiösen Entwickelung der Nation stehen: die können wir noch immer haben, ja die müssen wir haben. Aber leider hatte in den letzten Zeiten die Obrigkeit, indem sie von der Majorität der liberalen Volksvertretung abhängig wurde, das Element der Autorität, an welche in Deutschland jedermann gewöhnt war, viel zu sehr eingebüßt. Unsere Bureaukratie ist zum größten Teil ohne Idealismus, nur dem Staatszweck ergeben. In der modernen deutschen Gesellschaft ist der christliche Geist erst recht im Sinken begriffen. Ein falsches Bildungsideal, Intellektualismus ohne Pflege des Charakters, Wissen ohne Gewissen, platte Routine ohne Tiefe des Gemüts ist durch eine anmaßende Naturwissenschaft, die ihre Grenzen überschritt, in alle Köpfe geworfen. Die Geschichte wird schwer darüber richten, daß das Volk der Denker und Philosophen sich unbesehens in den Schlamm des Materialismus warf, daß es ein Jahrzehnt in Deutschland für Bildung galt, sich für den Abkömmling von Tieren zu halten, nur um leugnen zu können, daß man nach dem Bilde Gottes geschaffen sei! Wäre diese Lehre nur in gelehrten Büchern diskutiert, so hätte man Geduld haben können. Aber man berief die Leugner von Gott und Geist zu akademischen Jugendlehrern, und diese deutsche, sonst so vornehme deutsche Gelehrsamkeit debutierte in Tagesblättern vor dem gemeinen Mann, in Versammlungen vor Frauen und Kindern. Nun ist dieser Materialismus bei dem Gelehrten auf dem Rückzug, aber bei dem Ungelehrten noch immer im Einzug. So sank die Frömmigkeit; früher galt sie als die höchste Tugend, heute als eine Marotte, die man bei einem Manne kaum entschuldigt, bei einer Frau, wenn sie sonst liebenswürdig und tüchtig ist, vielleicht noch gelten läßt. Das ist unsere Gesellschaft, welche die Regierung zu leiten hatte. Man macht dem Fürsten Bismarck besonders zum Vorwurf, daß er durch das allgemeine Stimmrecht den deutschen Geist gestört habe. Wir glauben nicht, daß das allgemeine Stimmrecht an sich ein Fehler ist. Man kann es ja an ein höheres Alter binden, man wird es vielleicht in einer späteren Zeit auf dem organisierten Volk

aufbauen müssen. Alles in allem ist es richtiger als das Dreiklassenwahlsystem. Aber zu dem allgemeinen Stimmrecht gehört als notwendige Ergänzung die sympathische Fühlung der Regierung mit den Instinkten des Volkes. Dagegen dem Volke die höchste politische Macht einräumen und dabei das Volk durch den Liberalismus atomisieren, die kleinen Leute emanzipieren und zugleich eine Ära des Kapitalismus einleiten: das war in der That ein politischer Fehler, der nur dazu führen konnte, die Sozialdemokratie mobil zu machen.

Nun hat der Liberalismus durch seine Grundsätze den Staat in Gefahr gebracht und in der Gefahr selbst die Mittel verweigert, um ihr zu begegnen. Nichts einfacher, als daß die Regierung den liberalen Reichstag auflöst. Aber uns dünkt, daß in solchem Augenblick die Regierung eine klare Parole ausgeben mußte. Eine Erklärung, daß nach den liberalen Grundsätzen nicht weiter gearbeitet werden könne, da dieselben uns in materieller, sittlicher, religiöser Hinsicht schwer geschädigt haben — eine solche Erklärung würde Wunder der Sinnesumwandlung bewirkt haben. Auch so wird der Liberalismus einige Sitze verlieren. Aber wenn — wie wir fürchten — der neue Reichstag der Majorität nach doch liberal bleibt, dann kommt die Regierung in die übelste Lage. Diesmal hätte sie eine Politik des Herzens treiben sollen, nicht eine Politik des Kopfes. Die Gemüter waren durch die Attentate wirklich eine Weile für die Wahrheit empfänglich und für die Schmeichelreden des Liberalismus taub geworden. Heute liegt es schon anders; in vier Wochen wird noch mehr vergessen sein. Man muß das Eisen schmieden, solange es warm ist. Das hat die Regierung versäumt. Ihre Maßregeln machen den Eindruck, als wolle sie nur der Sozialdemokratie zu Leibe gehen. Nun ist auch ohne Zweifel im Augenblick dieser Feind der schlimmere. Man kann die Umsturzgelüste in der sozialdemokratischen Presse, die Aufreizungen zur blutigen Revolution dieser Partei, die Verhetzung der Klassen in den bittersten Haß nicht scharf genug verdammen. Man wird gewiß der Regierung, wenn irgend möglich, weitreichende Vollmachten, starke Ausnahmegesetze bewilligen müssen. Aber wir warnen dringend, daß man nicht meine, damit sei die Sache abgethan. Sonst werden die Fehler des Kulturkampfes nur wiederholt. Die Sozialdemokratie ist ein Geist, durch langjährige Schuld aller entwickelt, gewiß ein böser Geist, wie er ist, ein Ungeist, aber doch ein Geist. Und wie Luther sagt, wider einen Geist kann man nicht hauen.

Die liberale Presse enthält in ihrer Weise dieselben Zügellosigkeiten wie die sozialdemokratische. An Schürung des Hasses gegen Kirche und Geistlichkeit leistet sie dasselbe wie die Berliner „Freie Presse" gegen Kapital und Obrigkeit. Die liberalen Grundsätze über Glauben, Kirche, Freiheit, Sittlichkeit, Ehescheidung sind oft nur graduell von denen der Sozialdemokratie verschieden. Vor allem ist festzuhalten, daß den Liberalismus wegen seiner Patronisierung der Geldherrschaft der Vorwurf trifft, die Entstehung der Sozialdemokratie am meisten verschuldet zu haben. Die Sozialdemokratie niederzuschlagen, damit dieser falsche Liberalismus, von dem einzigen Feind, der ihn erzittern macht, befreit, desto ungestörter sein Werk fortsetzen könne, würden wir für das größte Unglück halten. Sozialismus und Liberalismus müssen beide gleich bekämpft werden, wirtschaftlich, politisch, religiös. Was wir brauchen, ist eine Reaktion im gesunden Sinne, eine allgemeine Gegenwirkung der Ordnung gegen die übermäßige Freiheit und Zügellosigkeit, des Glaubens gegen den Unglauben wie gegen den Gotteshaß. Und alle Maßregeln müssen darauf angelegt sein, daß sie die Rückgewinnung der Sozialdemokratie für das nationale Leben nicht erschweren, sondern fördern. Deshalb stehen uns in erster Linie als die Kampfesmittel gegen die Sozialdemokratie soziale Reformen vor Augen. Nur die Reform wird die Revolution verhüten.

Dabei wird unsere Kirche ihre Dienste leisten müssen. Denn neben der äußeren Reform ist die innere unerläßlich. Aber wird die Kirche zur Mitwirkung die rechte Energie finden? Im Grunde fühlt sie in solchen großen Entwickelungen ihre Ohnmacht. Daß sie auf das Volksleben wenig Einfluß hat, beweist jeder Tag. Ein Minister hat ihr kürzlich die große Aufgabe zugewiesen, zur Überwindung der Sozialdemokratie das meiste beizutragen. Giebt ihr auch der Staat die nötigen Waffen? Wenn in Berlin durch die Freizügigkeit 600 000 Menschen in die Vorstadtgemeinden zusammengedrängt sind, wenn diese Massen wenig Kirchen und nur 24 fest angestellte Geistliche haben, dazu einige Hilfsprediger, wenn der Staat nichts thut, um diese trostlosen Verhältnisse zu ändern: soll da die Kirche die Schuld an der Sozialdemokratie auf sich nehmen? Nein, ehrlicherweise kann sie es nicht. In jenen großen Vorstadtgemeinden sind die Heerlager des Sozialismus; da haben Fritsche und Hasenclever gesiegt. Zeigt das nicht deutlich, was zu thun

ist? Dadurch, daß die Kirche auf dem Papier steht, daß sie eine Verfassung hat, dadurch wirkt sie noch nicht. Sie muß ihre Gemeinden übersehen, an den einzelnen Seelsorge treiben können, sonst kann sie nichts ausrichten. Wie aber die Dinge liegen, bei dem schnellen Wachstum der Berliner Bevölkerung und bei der Vermischung der Kirche mit dem Staat ist es unmöglich, von den freien Liebeskräften die Lösung einer Aufgabe zu verlangen, welche ihnen allein nie gelingen kann.

Dazu kommen die inneren Verhältnisse der Kirche, ihre Zerrissenheit und Unfreiheit. Nur durch die Einheit ihres Geistes könnte sie das Volksleben wieder ergreifen und befruchten. Der schlichte Sinn des Menschen aus dem Volke versteht es nicht, daß in der Kirche, welche die göttliche Wahrheit zu besitzen behauptet, auch das Gegenteil dieser Wahrheit soll gelten können. Er glaubt dann gar nichts. Unsere Kirchenbehörden denken oft viel zu sehr an die zweifelnden Gebildeten, nicht an das gläubige Volk. Als Kunst der Kirchenleitung erscheint, zumal in unseren Tagen, weit mehr die Neutralisierung der Richtungen als die Belebung des Glaubens. Man fürchtet sich vor positiven Persönlichkeiten wie vor positiven Maßregeln, während doch nur sie der Kirche aufhelfen können. Besonders die Vermischung von Kirche und Staat, das Eingreifen des Ministers in alle Angelegenheiten, führt dazu, daß eine Art von Staatschristentum hergestellt wird, bei welcher die Kirche selbst schwach bleibt. Nun wissen wir sehr gut, daß eine Volkskirche keine Gemeinschaft der Heiligen sein kann; aber in der Kirchenleitung, und zwar bei dem Minister, wie in den Behörden und auf den Synoden muß doch der einmütige Geist des Glaubens herrschen. Das Beste wäre für sie und für uns, wenn die Geister von links, in allen Ehren, auch mit dem Anteil des Vermögens, der ihnen gebührt, aus der Kirche ausschieden. Haben sie dazu den Mut nicht, wollen sie die Probe einer eigenen Kirchenbildung nicht machen: nun wir wollen den Riß nicht weiter machen, als er ist, aber dann mögen sie schweigen und ihre Zugehörigkeit zur Kirche mit dem Opfer ihrer Überzeugung erkaufen. Für ihre Personen ist Raum in der Kirche, für ihre Lehren nicht.

Die Provinzialsynoden haben unzweideutig ihr Votum über diese Fragen abgegeben. Die Generalsynode wird ebenso energisch den Standpunkt der Kirche vertreten. Feststehen auf dem Bekenntnis und Streben nach der Selbständigkeit der Kirche: das sind die

beiden notwendigen Regeln für unsere Aktion, die eine so wichtig wie die andere. Die Bedeutung der kirchlichen Unabhängigkeit vom Staat wird vieler Orten noch übersehen; es ist eine alte protestantische Schwachheit, die Organisation der Kirche in ihren rechtlichen Beziehungen zu unterschätzen. Aber wir sind auf dem Wege zur Einsicht. Nicht Ehrgeiz ist es oder Mangel an Demut, was uns unsere Unselbständigkeit schwer ertragen läßt, sondern das klare Bewußtsein, daß erst dann, wenn die Kirche aus des Staats Gewalt entledigt ist, sie wieder das Kleinod aller werden kann. Für die deutschen kirchlichen Verhältnisse ist es geradezu ein Unglück, daß die politischen Parteien sich mit religiösen Richtungen decken. Konservatismus gilt gleichbedeutend mit Orthodoxie, Nationalliberalismus mit Indifferentismus, Fortschritt mit Kirchenfeindschaft, Sozialdemokratie mit Gotteshaß. Diese ungesunde Verquickung kann aber nur aufhören, wenn die Stellung der Kirche zum Staate eine andere, eine freiere wird. Es ist uns gewiß, daß, wenn eine wahrhaft konservative Kammer mit einem konservativen Ministerium in Preußen einmal wieder verbunden sein wird, diese Frage erledigt werden muß. Die Kirche wird der Lösung des Bandes sich nur freuen, weil sie weiß, daß es freiwillig enger geknüpft wird. Und der Staat wird erst dann an der Kirche eine Hilfe haben, wenn dieselbe eine wirkliche Macht im Volksleben ist. Daß sie es nicht ist, zeigt kein anderes Gebiet deutlicher als das der Sozialdemokratie und der sozialen Frage. Und gerade hier sollte die Kirche eine Großmacht sein.

Bestrebungen des letzten halben Jahres sind darauf gerichtet, der Kirche in der sozialen Arbeit eine neue Stätte unter dem Volke zu gründen. Sowohl der Zentralverein für Sozialreform wie die christlich-soziale Arbeiterpartei, obwohl nach ihren Mitteln und ihrem Wirkungskreise verschieden, rufen stark und energisch nach der Hilfe der Kirche. Wenn der Zentralverein, dessen allermeiste Mitglieder Geistliche sind, den Beweis liefert, daß die Geistlichen die Wichtigkeit ihrer Beteiligung an der sozialen Frage fühlen, so die christlich-soziale Arbeiterpartei, daß das Volk, auch in dem für gottlos verschrienen Berlin, für die Kirche noch nicht verloren ist. Lassalle brauchte zwei Jahre unermüdlicher Anstrengung, um bei seinem Tode eine Schar von dreitausend Anhängern zu sammeln; die Berliner Christlich-sozialen werden in wenigen Wochen diese Zahl erreicht haben. Viel Falsches wird über diese Bewegung gesagt und geschrieben; das

Unrichtigste ist, daß sie eine grundstürzende Bewegung sei. Allerdings ist sie durchaus sozial; dem Individualismus der liberalen Weltanschauung setzt sie durchgreifende Ordnungen und Organisationen, dem Egoismus des Mammonismus die Pflicht entgegen, daß jeder Reiche sich als einen Haushalter ansieht, das Überwuchern des Großkapitals will sie zu gunsten der Arbeit beschränkt wissen. Das alles sind Ziele einer echt konservativen Reform. Mögen die bestehenden konservativen Parteien sich vor dem bloßen Schauen nach rückwärts hüten; nur im Vorwärts liegt ihre Verheißung und nur in der sozialen Frage ihre Erneuerung. Da klafft ein Abgrund, der unser Volk und unsere Kirche zu zerstören droht. Wer den Mut hat, wie jener römische Ritter in den Spalt des Forums, bewaffnet mit Glaube, Liebe und Hoffnung, in den Abgrund der sozialen Frage zu stürzen und ihn zu schließen, dem wird man nachrühmen, was Rom an Curtius pries, daß er die Stadt und den Staat gerettet habe.

Ein schweres Jahr.

4. Januar 1879.

Ein wilder, europäischer Krieg unter den Zeichen des Kreuzes und des Halbmondes geführt und als Schluß desselben ein Friede, der kein Friede ist; in fernen Weltteilen ein verheerendes Fieber und eine Hungersnot, die nach der geringsten Schätzung fünf Millionen Menschen getötet und die Überlebenden zu Kannibalen gemacht hat; auf der ganzen Erde ein immer noch wachsender Notstand, der einen großen Teil der Besitzenden dem Bankrott, der Arbeiterwelt dem Hunger überliefert; auf englischen, französischen und deutschen Schiffen erschütternde Unglücksfälle, auch sonst Katastrophen der äußeren und inneren Welt: das ist die Signatur des vergangenen Jahres; es wäre nicht zuviel gesagt, wenn die Schwermut es schon darum ein schweres Jahr nennen möchte. Aber zu all jenem Jammer, der, wenn auch besonders schwer, der allbekannte Jammer der Menschheit ist, tritt diesmal wie ein Gespenst aus dem Abgrund

eine neue, dunkle Erscheinung: der epidemische Königsmord aus Sozialismus und Gottlosigkeit geboren. Noch immer graust es uns, wenn wir der Attentate gedenken, die, eines schlimmer als das andere, in der glänzendsten Straße unserer Residenz am hellen Tage gegen unseren gütigen, väterlichen Kaiser versucht wurden, gegen den geliebten und verehrten Fürsten, der wie selten ein Monarch die Gedanken seines Volkes verwirklicht und die Herzen auch der Feinde gewonnen hat. Es könnte wie ein Trost für uns erscheinen, daß der Ausbruch des Frevels sich nicht auf Deutschland beschränkt, daß derselbe böse Geist die Mordwaffe in Madrid geladen, den Dolch in Neapel gezückt hat. In der That, wie ein Erdbeben selten nur einen einzelnen Punkt trifft, wie es in mannigfachen Stößen bald hier, bald dort, unvermutet und unberechenbar den Boden zittern macht, so ist die dämonische Gewalt des anarchischen Umsturzgedankens aus unheimlichen Tiefen an vielen Orten zugleich hervorgebrochen und hat den Bau der gegenwärtigen Ordnung zu erschüttern versucht. Nicht das deutsche Volk allein leidet an der internationalen Krankheit, diesem gelben Fieber des Neides der Armen gegen die Reichen, sondern die ganze zivilisierte Menschheit. Aber dadurch ist doch die Gefahr nur gefährlicher, das Verderben nur verderblicher geworden. Und wenn uns nun das vergangene Jahr zum ersten Mal das Verhängnis, welches nicht wie ein Damokles-schwert, sondern wie eine Höllenmaschine die Ruhe unserer gesamten Kulturwelt bedroht, offen und klar gezeigt hat, so dürfen wir es um dieser inneren Schrecken willen noch mehr als wegen jener äußeren Unglücksfälle ein schweres Jahr nennen.

Daß uns Gott solche Zeiten schickt oder kommen läßt, verwundert uns nicht. Gilt es für alle Menschen, daß sie durch viel Trübsal in das Reich Gottes eingehen müssen: die Kinder unseres Geschlechts bedürfen eines geschüttelten und gerüttelten Maßes von Not, um aus ihrem selbstzufriedenen Optimismus aufzuwachen. Wenn unser Kaiser zu einigen von den vielen Deputationen, die zu seiner Begrüßung kamen, das Wort sprach, er wolle seine Wunden gern gelitten haben, wenn nur den anderen darüber die Augen aufgingen, so hat er in seiner landesväterlichen Weise die Wege Gottes mit seinem Volke wohl erkannt. Und wenn er, unbeirrt durch den glänzenden Empfang und eine Illumination, die von dem Keller bis zu dem Dachstübchen hinauf fast kein Fenster der Residenz dunkel ließ, gegen alle betonte, es komme auf eine Stärkung des Glaubens, der

Kirche, des religiösen Lebens an, so hat er damit den Punkt gezeigt, wo der Schaden und wo die Heilung liegt. Ein ungeheuerer Abfall von Gott kann, wie es die Geschichte der Völker lehrt, nur durch ungeheueres Elend überwunden werden. Manche haben, weil Deutschlands sittlich-religiöser Niedergang so unmittelbar an glänzende Kriege, an unerhörte Siege anknüpft, gemeint, durch blutige Niederlagen werde der ungläubige, weltlüsterne, vernunftstolze Sinn unseres Volkes gebrochen werden. Gottes Hand hat auch sonst Ruten genug, um abtrünnige Kinder zu züchtigen; sie hat noch immer die Menschen mit ihrer eigenen Sünde geschlagen. So handelt sie jetzt auch mit uns, sehr streng, aber für die erleuchtete Betrachtung sehr väterlich und ganz göttlich. Hat der Mammon, der Gott dieser Zeit, die Sinne berauscht und verblendet, nun ist der Goldstrom zerronnen und die Not zurückgeblieben. Hat die Bildung sich gerühmt, die Probleme zu lösen, welche nur der Glaube enträtselt, hat sie die Religion als überwundenen Standpunkt, die Kirche als Kinderstube verachtet, nun zeigt es sich, daß sie ohne Gott nichts vermag, daß sie das Herz roh und den Geist nicht einmal hell macht. Die sittliche Verwilderung, vor der niemand mehr sein Auge verschließen kann, weil unerbittliche Zahlen ihr Wachstum beweisen, und die doch keiner von all den Zauberkünstlern der modernen Dialektik mit seinen Formeln zu bannen vermag, ruft gellend laut in die Gewissen hinein: schafft wieder Zucht, Ordnung und Religion in das Land! Endlich beginnt die Überzeugung auch den Hoffnungsseligsten aufzudämmern, daß wir auf einem Wege sind, der in das Verderben führt. Der deutsche Geist hat seit wenigen Jahrzehnten an seinen Tugenden und Schönheiten unendlich viel eingebüßt; die persönliche Gewissenhaftigkeit, die strenge Redlichkeit, der starke Familiensinn, die ideale Begeisterung, alle diese hohen Güter sind zugleich mit dem höchsten Gut, dem lebendigen Glauben, wenn auch nicht ganz verschwunden, doch verkümmert und teilweise verschleudert. Noch fehlt es an der vollen Klarheit über die Gründe dieser traurigen Erscheinung; noch allzuoft hört man Stimmen, welche die üblen Folgen einer materialistischen Bildung durch eine größere Quantität von dieser Bildung wieder gut machen wollen. Aber diese Thorheit findet keinen Glauben mehr; ihr Geschrei läßt sich auf der Gasse und in der Presse noch hören, im Grunde glaubt sie selbst nicht mehr an ihre Mittel. Ratlos und seiner Schuld überführt, steht der ungöttliche

Zeitgeist da; er hielt sich für reich, groß, glücklich und wußte es nicht, daß er elend und jämmerlich, arm, blind und bloß sei. Nun sind seine Untiefen offenbar; das stolze Schiff des Jahrhunderts sitzt auf der Sandbank fest, und seine Steuerleute fangen an zu merken, daß in der seichten Aufklärung kein Fahrwasser für die Menschheit, und daß viel unnützer Ballast hinauszuwerfen ist, wenn die Fahrt weiter gehen soll. Sehr teuer, es ist wahr, müssen wir diese Erkenntnis erkaufen. Aber wenn nur wirklich ein anderer Hauch in die Segel fährt, daß wir entschieden umkehren, so ist der Preis nicht zu hoch. Fragen wir uns ehrlich, auf welche Weise diese selbstgenügsame, eingebildete, geistlose Weltanschauung eines falschen Liberalismus besiegt werden könnte, so kann die Antwort nur lauten: nicht durch theoretische Beweisführung allein. Aber sie wird überwunden werden durch ihren eigenen Bankrott. Sie hat dem Meuschen Reichtum versprochen und ihm die Verarmung gebracht; sie hat Freiheit verheißen und Mächte geboren, die mit geballter Faust jede Kultur zerschlagen wollen; sie hat der Welt, wenn es nur erst mit allem Glauben vorbei sei, die Entfaltung höchster Bildung gelobt und muß nun sehen, wie unter ihrer Herrschaft die ersten Grundlagen aller Gemeinschaft zerstört werden: Pietät, Gehorsam, Ordnung. — Mammonismus, Materialismus, Egoismus, diese Götzen jeder schlechten Epoche können ja nichts anderes als Unheil bringen. Ihr Kultus muß mit dem Ruin enden, der Mammonismus mit der Schlechtigkeit, der Materialismus mit der Sinnenlust, der Egoismus mit der brutalen Gewalt. Merkwürdig genug, diese Konsequenzen waren der gegenwärtigen Generation verborgen. Eine Presse, welche den deutschen Namen entehrte und den deutschen Geist verdummte, arbeitete unabläßig im Dienste der Geldmacht und des Antichristentums; halb bewußt, halb unbewußt verbarg sie die schnöden Operationen sowohl einer falschen Wissenschaft wie einer unredlichen Spekulation hinter dem Schleier von hochklingenden Phrasen. Niemals ist eine Zeit mehr von Redensarten trunken gewesen als die unserige. Bildung, Humanität, Toleranz, Freiheit, Fortschritt: das waren die Schlagworte, welche man desto mehr aussprach, je weniger man ihren Inhalt besaß. Erst die Schüsse unter den Linden weckten die Schwätzer, welche mit diesen Worten die Welt betrogen, aus dem Schlaf, nachdem der Zusammenbruch des deutschen Glückes voraufgegangen und noch immer mit einem Phrasenschleier bedeckt worden

war. Den einen Dienst wenigstens hat uns der Sozialismus geleistet; er hat dem Zeitgeist die Larve abgezogen und seine Gefahren enthüllt.

Materialismus und Sozialdemokratie verhalten sich wie Vater und Tochter, Mammonsdienerei und Unglaube wie Mutter und Sohn. Es ist kindisch, die materialistische Gewinnsucht zur Regentin der Welt zu machen und zu klagen, daß die gottlose Sozialdemokratie in einer solchen Welt nach der Krone strebt.

Wenn es wirklich keine Seele giebt und kein Jenseits, wie gelehrte Professoren drucken und ungelehrte Zeitungsschreiber nachdrucken lassen; wenn wirklich Genuß der Erde und Reichtum der Welt die höchsten Güter der Menschheit sind, wie das ohne Scheu ausgesprochen und schamlos bethätigt wird; wenn wirklich der Kampf um das Dasein das durchgreifende Lebensgesetz, und die rücksichtslose Konkurrenz die Seele des Geschäfts ist: dann ist es offenbar die wahre Weisheit, für das Diesseits zu leben, nach Genuß und Reichtum zu trachten, alle entgegenstehenden Hindernisse mit Gewalt zu zerstören; dann ist die Sozialdemokratie die einzig richtige Philosophie der Klasse, welche die derbsten Fäuste und die massivsten Bedürfnisse hat. Nur da, wo man die irdischen Unterschiede als göttliche Ordnungen gelten läßt, die durch den gemeinsamen Glauben der Gebildeten und Ungebildeten geheiligt, durch die brüderliche Liebe von reich und arm überbrückt, durch die ewige Vergeltung aufgehoben werden, nur da kann man die Idee des Sozialismus widerlegen und berichtigen. Eine rein irdische Gesellschaft, die Gott und göttliche Ordnungen leugnet, eine übermütige Bildung, die mit dem Glauben die stärkste geistige Gemeinschaft der Stände zerstört, eine böse Selbstsucht, die reich werden will, auch wenn sie über die Trümmer fremden Wohls hinweggeht und mit dem Ärmel das Zuchthaus streift, eine sittliche Anschauung ohne Gericht und Vergeltung in einer anderen Welt: alle solche Elemente bilden mit Naturnotwendigkeit die geistige Strömung, aus welcher die Sozialdemokratie hervortaucht. Es hilft nicht, daß die erschrocknen Eltern das Kind verleugnen, wenn es auf Meuchelmord angeklagt wird; der ungeratene Sohn reklamiert Vater und Mutter und weist nach, daß er so werden mußte, wie er ist. Gewiß ergreift uns ein Entsetzen, wenn die sozialdemokratische Presse jedes Heiligtum und jede Herrlichkeit der Menschheit antastet, wenn die sozialdemokratische Masse dem Worte zu-

jauchzt: „Wir fürchten keinen Gott im Himmel und keine Macht auf Erden;" — im Grunde wird hier nur in roherer Weise wiederholt, was feiner in den Journalen der sogenannten gebildeten Welt und in den Vereinigungen sogenannter Gelehrten längst geschehen war. Ritornar' al segno: so hat der große Italiener die Aufgabe einer weisen Staatskunst gezeichnet. Auch Deutschland muß zu seinem Zeichen zurück, zu dem deutschen Gemütsleben und der christlichen Weltanschauung. In diesem Zeichen wird es siegen. —

Eigentlich, wenn man den tiefsten Grund unserer Verlegenheiten aufsucht, findet man denselben in einem falschen Bildungsideal, das von der Universität bis zu der Volksschule herunter Professoren und Schulmeister, die Studenten der Wissenschaft wie die Kinder des Arbeiters beherrscht. Es fehlt bei uns an dem Respekt vor der Geschichte, an der Ehrfurcht vor dem Gewordenen; die eigne individuelle Willkür macht sich allzuleicht von den Fundamenten und Traditionen des nationalen und kirchlichen Lebens los. Gediegenheit des Charakters tritt zurück hinter Scharfsinn und Gelehrsamkeit; die Aufgabe sittlich-religiöser Durchbildung wird weder auf der Universität noch in den Schulen recht energisch angefaßt. Unsere Gelehrten stehen keiner anderen Nation an Wissen nach; aber sehr im Gegensatz zu ihren Genossen in anderen Ländern germanischer Abstammung suchen viele ihre Ehre in Unkirchlichkeit und ungläubiger Gesinnung. Sehr natürlich, daß dadurch der Unglaube den Schein der Bildung und die Frömmigkeit den Ruf erhält, als passe sie nicht zu den Errungenschaften des Jahrhunderts. Unsere Beamten sind vielleicht die thätigsten der Welt; aber das Direktorium der evangelischen Kirche im Elsaß, eine überwiegend freigesinnte Behörde, hat in einem offiziellen Bericht über den Mangel an sittlich-religiösem Geiste geklagt, der den deutschen Beamtenstand kennzeichnet. Und wir wissen leider nur zu genau, daß die Nichtachtung der Kirche und der kirchlichen Pflichten, die Übertretung des Sonntags und der irdisch gerichtete Sinn, der nur dem Staat, nicht dem Reiche Gottes verpflichtet zu sein glaubt, in diesen Kreisen große Verheerungen angerichtet haben. Wenn aber die geistigen Führer der Nation, denn das sind unsere Gelehrten, und die angesehensten Repräsentanten des Staatslebens, unsere Beamten, dem deutsch-christlichen Geiste den Rücken kehren, wohin soll das anders führen als in den religiösen Verfall? Keine Vaterlandsliebe, keine Pflichttreue ersetzt die himmlischen Mächte, welche

dem Menschenherzen aus dem Zusammenhange mit dem Reiche Gottes zur Seite stehen. Nicht die Staatsidee, so lebendig sie sein mag, sondern allein die Gottesfurcht hält die Geister in der Pflicht. Vielleicht ist es ein spezifisch preußischer Fehler, den Menschen allzusehr bloß als Diener und Glied des Staats anzusehen, wobei das Gemütsleben, der Familiensinn, die Freude an dem Reiche Gottes zu kurz kommen.

Man kann nicht sagen daß die Regierung alles, was in ihren Kräften stand, gethan habe, um der unheilvollen Entwickelung des deutschen Geistes entgegenzuwirken. Unsere innere Politik, den Gesichtspunkten der äußeren untergeordnet, entbehrte zu sehr der idealen Motive und der tieferen Prinzipien, ohne welche das innere Staatsleben nicht gedeiht, und zeigte sich allzu nachgiebig gegen eine Minorität, welche die öffentliche Meinung zu beherrschen schien, weil sie mit großer Rührigkeit dieselbe machte. Was die Regierung dem Liberalismus gewährte, konnte sie dem Sozialismus kaum weigern. Aber es ist doch schwer begreiflich, daß anderthalb Jahrzehnte die Sozialdemokratie reden, schreiben, agitieren durfte, wie sie wollte. Gouverner c'est prévoir, hat ein französischer Staatsmann gesagt. An dieser Voraussicht hat es gefehlt; und auch jetzt, wo man dieser äußersten Richtung des Umsturzes Dämme entgegenbaut, scheint es, als sei es auf einen definitiven Bruch mit den liberalen Prinzipien nicht abgesehen. Auf dem wirtschaftlichen Terrain freilich wird eine Umkehr bereits angebahnt; ein anderes Zoll- und Steuersystem ist im Werden, auch in den gewerblichen Dingen tritt an die Stelle des bisherigen Gehenlassens das Streben nach Organisation. Aber der konservative Geist darf nicht in den Außenwerken stehen bleiben, er muß in die Zitadellen des preußischen inneren Lebens, in Schule und Kirche, zurückkehren. In der Erziehung der Jugend, in der Religion des Volkes schlägt das Herz des Staatskörpers; es ist unmöglich, daß bei liberalem Herzschlag konservative Pulsschläge in den Gliedern stattfinden. Noch immer ist der Gedanke der Simultanschule lebendig und setzt jenes Streben fort, das wir als ein falsches Bildungsideal bezeichnet haben. Trotz des Versuches, die prinzipielle Simultanisierung unseres Schulwesens abzustreiten, ist es doch Thatsache, daß in Oberschlesien in einer Stadt katholische, evangelische und jüdische Schulen zusammengeworfen und nur zwei rein jüdische Klassen beibehalten sind; daß in Westfalen in einer Stadt das evangelische

Schulsystem mit dem jüdischen zusammengeworfen und das katholische gerettet ist; daß in einer andern Gemeinde 95 Prozent der Hausväter gegen die Simultanisierung protestiert haben und doch dazu gezwungen sind. Ja, selbst in Gegenden, wo kleine Diasporagemeinden mit Mühe eine Schule beschafft und zum Leuchtfeuer evangelischen Geistes gemacht hatten, auch da hat man die Doktrin der Simultanschule proklamiert, die niemand erleuchtet und niemand erwärmt, die der evangelischen Kirche schadet und den Kulturkampf so erledigt, daß Häuflein von Protestanten in der ultramontanen Majorität geistig erdrückt werden müssen. Aber wir sehen die Klippe schon, an welcher das Simultanschulsystem zerschellt: es ist der protestantische Geist des preußischen Volkes. Er hat in der Residenz, selbst in den Spalten von Fortschrittsblättern, sich gegen das System und seine Übertreibungen, die sich überall bei falschen Prinzipien einstellen, offen erklärt; er hat im Westen unseres Vaterlandes einen sich immer vergrößernden Bund evangelischer Männer zum Schutz der konfessionellen Volksschule gebildet; er hat im Osten einen ganzen Kreis von Geistlichen, sehr gemäßigte Männer, und ein sehr mild gerichtetes Konsistorium veranlaßt, die Mitwirkung an einem Schulsystem, das Kirche und Volk schädigt, öffentlich zu kündigen. Es ist uns sehr schmerzlich, daß es in unserem Preußen dahin kommen mußte. Und doch ist es uns zugleich erfreulich, daß sich die Kirche auf ihre Stellung besinnt. So sehr sie auf das Dienen angewiesen ist, und so gern sie dem preußischen Staat immer gedient hat: wenn nun einmal die ehemalige Verbindung von Staat und Kirche, nicht durch die Schuld der Kirche, innerlich gelöst ist, so ist es immerhin besser, daß auch äußerlich eine reinliche Scheidung eintritt. Nicht als ob wir daran denken könnten, die Scheidung sei das Ziel. Dazu ist in den Tagen der Reformation das Band zwischen der Ordnung des Staates und der Ordnung der Kirche zu eng geknüpft. Da es aber damals nur so geknüpft wurde, wie es in der Not der Zeit und in den Verhältnissen lag, so bedarf es zunächst allerdings einer Lösung, um es nachher von neuem zu schließen. Erst dann, wenn das unserem Jahrhundert gestellte große Problem, Kirche und Staat in das rechte Verhältnis zu einander und die evangelische Kirche selbst in ihren rechten Zustand zu bringen, erledigt ist, wird der gläubige Protestantismus seine weltüberwindende Kraft von neuem offenbaren.

Unser Glaube ist der Sieg, der die Welt überwunden hat. Mit diesem zweifellosen Bewußtsein von der Macht ihres Zeugnisses stand die kleine Schar der ersten Kirche mitten in der unchristlichen Welt und nahm den Sieg als bereits errungen im Glauben vorweg. So sollte die Stimmung der Gläubigen immer sein. Ist wirklich der Sohn Gottes vom Himmel gekommen, um die Kirche auf sein Sterben und Auferstehen zu gründen, sind die Christen von diesem Glauben lebendig durchdrungen und in der Liebe zu dem Gottessohn miteinander eng verbunden, dann darf das Siegesgefühl gegenüber der Welt aus der Kirche nicht weichen. Die Pforten der Hölle sollen sie nicht überwältigen: dies Wort ist der göttliche Schild der Kirche; das Evangelium ist ihr Schwert. Es fehlt in unseren Tagen an dieser freudigen Zuversicht, daß die Jüngerschar noch immer das Licht und Salz der Welt ist. Anstatt der Eroberungslust, die unter der Fahne des Kreuzes für den Herrn in den Streit zieht, herrscht oft nur stille Resignation; anstatt an die Überwindung denkt man an das Ende der Welt. In Weltkreisen findet man zuweilen mehr Vertrauen zu dem Sieg der schlechten Sache des Unglaubens, als in der Gemeinde die Gewißheit lebt, daß sich vor Christo alle Knie im Himmel und auf Erden beugen sollen. Und doch ist die Gegenwart, so dunkel sie dem Gläubigen, wenn er auf den tiefgehenden Unglauben der Menschen blickt, erscheinen mag, gewiß eine Segensstunde der Kirche. Für das Reich Gottes sind Sturmzeiten Saatzeiten; denn es sind Entscheidungszeiten der Geister. Je mehr die Welt von Unruhe und Furcht der Dinge, die da kommen sollen, aufgewühlt wird, desto tiefer werden die Furchen, in welche der Säemann den guten Samen streuen kann; je sichtbarer alle irdischen Stützen zusammenbrechen, desto fester und herrlicher steht auf ihren unerschütterlichen Säulen die große Kathedrale der Gemeinschaft aller Gläubigen. In diesem Sinne bricht unsere Zeit dem Kommen des Reiches Gottes doch Bahn; sie weist das Eitle aller bloßen Humanitätsbestrebungen, aller religionslosen Moral, aller nationalen Berauschungen, aller ästhetischen Einbildungen mit furchtbarer Thatsächlichkeit nach und zeigt in dem wilden Angesicht der Sozialdemokratie die nur noch häßlicheren und von Wut verzerrten Züge des allgemeinen Abfalls. Es liegt in der Trostlosigkeit der heutigen Zustände eine furchtbar ernste Apologie des Christentums, nicht bloß für das Kämmerlein und das Herz, sondern für den Staat und die Gesellschaft.

Mit einem scheinbar entsetzlichen Sturmlauf auf den Bestand der Kirche begann das alte Jahr. Von der Sorge um das Volk und der Voraussicht der drohenden Gefahren, welche der atheistische Sozialismus in sich birgt, getrieben, hatte man in Berlin den Versuch gemacht, mitten hinein in die sozialdemokratischen Massen das Wort Gottes und die Gedanken der Ordnung zu tragen, hatte man gewagt, unter dem christlich-sozialen Banner die Arbeiter zur Abwehr des Umsturzes und zur Verteidigung ihrer heiligsten Interessen zu organisieren. Die Antwort, welche einige fanatische Führer der Sozialdemokratie gaben, war der Ruf zum Massenaustritt aus der Kirche. Wilde Versammlungen, die in ihren Reden an die Tage vor der französischen Revolution erinnerten und auch die Frauen Berlins in den Strudel entfesselter Leidenschaft hineinzogen, warfen die schnöde Losung in die Herzen; Bureaus wurden hergerichtet, um den Austritt geschäftlich zu veranstalten; auch außerhalb der Residenz suchte man mit dem Zunder aus der Hölle die Gemüter zu entflammen. Diese ganze Austrittsbewegung, mit großem Lärm in Szene gesetzt, endete mit einem schmählichen Mißerfolg und bewies der Sozialdemokratie wie der Kirche, daß unser Volk das Christentum nicht preisgeben und, wenn es die Marseillaise des Volksstaates auch mitgesungen hat, sich doch nicht trennen will von den Liedern und Gebeten der Väter. Hatten ängstliche Gemüter den Massenaustritt gefürchtet und ungläubige Zeitungsschreiber ihn mit Schadenfreude als das Resultat der christlich-sozialen Bewegung verkündet, so offenbarte der Verlauf der Sache eine Zähigkeit der Kirche, welche diese selbst in den entkirchlichten Volksmassen von Berlin kaum vermutet hatte. Das alte, vor einem Jahrtausend mit festem Mörtel verbundene Gemäuer hielt doch zusammen: die Sturmläufer hätten sich den Kopf daran zerschlagen; so bliesen sie lieber zum Rückzug und werden einen zweiten Angriff schwerlich wagen. Ja, es erschienen in der sozialdemokratischen Presse interessante Aufsätze, welche die Veranstalter jenes Skandals des Unfugs und der Verleumdung anklagten und die Partei ermahnten, das Christentum nicht anzugreifen, sondern die Reform desselben im Sinne Christi auf ihr Programm zu setzen. —

Hat die Kirche aus diesen schweren Anläufen schließlich nur größere Kraft empfangen, so müssen auch die schmerzlichen Ereignisse der Attentate ihr zum besten dienen. Mehr als je hat sich die Überzeugung, welche vielen gänzlich abhanden gekommen war,

wieder ausgesprochen, daß es ohne Religion im Volksleben nicht geht. Man hatte es fast vergessen, daß das Christentum nicht bloß eine erlösende Macht für den einzelnen, sondern auch eine versöhnende für die Gesellschaft und eine erhaltende für den Staat ist. Nun zwingen die ungesunden Zustände zur Besinnung und führen suchende Geister zur lebendigen Quelle zurück. Freilich muß die Kirche den Zeitpunkt wahrnehmen und darf die Gunst des Augenblickes nicht versäumen. Denn bei der Oberflächlichkeit und Seichtigkeit der öffentlichen Meinung, die sich vor der Buße ebenso wie vor dem Bekenntnis scheut, wird der erschütternde Bußruf und die Mahnung zur Umkehr, welche in den vorjährigen Geschicken unseres Volkes liegen, leicht wieder vergessen. Der Liberalismus, so wie er gegenwärtig dasteht, flach und fade, vom Judentum durchsetzt, dem positiven Christentum abgewandt, ist an sich weder befähigt noch geneigt, zu der religiösen Erneuerung unseres Volkes die Hand zu bieten. Auch ein großer Teil unserer Konservativen hat unter dem Einfluß des Zeitgeistes verlernt, die Lebensmächte der evangelischen Kirche richtig zu schätzen; der immer und immer wieder auftauchende Plan, die Deutschkonservativen, Freikonservativen und den rechten Flügel der Nationalliberalen enger zusammenzuschließen, könnte nicht so oft an das Tageslicht treten, wenn man genugsam davon durchdrungen wäre, daß auch den politischen Parteien eine feste religiöse und kirchliche Position not thut. Es ist unseres Erachtens eine dringende Lebensaufgabe der Kirche, sich in den öffentlichen Angelegenheiten wieder mehr zur Geltung zu bringen; ohne eine durchgreifende christliche Auffassung des Staatslebens und der sozialen Angelegenheiten werden wir aus der Gährung nicht zur Klarheit kommen. Im Grunde giebt es auch für das soziale und politische Leben nur einen Gegensatz, den des Christlichen und Unchristlichen. Von dieser Erkenntnis hängt die Zukunft der staatserhaltenden Parteien ab; ob sie mit voller innerer Überzeugung die christliche Weltanschauung durchführen wollen oder nicht, darauf kommt es an. Auch die Kirche wird das Volk nur wieder gewinnen, wenn ihre Grundsätze im öffentlichen Leben zur Darstellung kommen. Wenn das Wirtschaftsleben egoistisch, die Bildung konfessionslos, die Presse naturalistisch und die Staatsleitung indifferent ist, kann eine Erneuerung des nationalen Geistes schwer stattfinden. Das religiöse Leben schwebt nicht in der Luft, sondern es wächst auf dem Boden gesunder Ordnungen. Unsere Kirche leidet in dieser

Beziehung an Abstraktionen; sowohl in der Bildung, welche sie ihren künftigen Dienern giebt, wie in der Stellung, welche sie selbst in Anspruch nimmt, ist sie von des Gedankens Blässe angekränkelt; sie ist oft bloße Lehrgemeinschaft und sollte doch durch und durch eine Lebensgemeinschaft sein. Nicht einmal die innere Mission ist organisch in den Bildungsgang der jungen Theologen und in die amtliche Thätigkeit der Geistlichen eingeordnet; bei jenen überwiegen kritische Probleme, die oft keine Bedeutung für die christliche Wissenschaft haben, bei diesen Verfassungsfragen, die durch den Mangel an Glaubensleben in den Gemeinden doppelt unfruchtbar werden. Man soll das eine thun und das andere nicht lassen: man soll die Theologen mit allem Apparat des wissenschaftlichen Forschens ausstatten, aber ihnen zugleich von vornherein die Richtung auf das praktische Leben geben; man soll an dem Ausbau der Kirchenverfassung im großen wie im kleinen treu arbeiten, aber den ganzen Organismus der Kirche mehr hineinbauen in das Wohl und Wehe des Volkes. Unsere Kirche ist ohnmächtig in ihrer Wirkung auf den öffentlichen Geist; und die ängstliche Zurückhaltung von Politik und sozialen Dingen, welche man ihr wohlmeinend anrät, wird diese Ohnmacht nicht heben. Was ihr die Herzen der Menschen wiedergewinnen wird, ist die freudige Verkündigung der ganzen Wahrheit und die unerschrockene Geltendmachung dieser Wahrheit in allen welt- und herzbewegenden Fragen der Zeit. Nur so kann sie wieder wie ehemals den Pulsschlag der Zeitgenossen fühlen und eine Freundin aller sein.

Freilich, die Hauptsache ist, daß sie eine treue Haushalterin der anvertrauten Geheimnisse bleibt, daß sie der zweifelnden, fragenden Welt als eine Trägerin der Wahrheit entgegentritt. In dieser Richtung hat die preußische Landeskirche im vergangenen Jahre rüstige Schritte vorwärts gethan. Das Schwanken in den Lehrfragen hat aufgehört; die Kalthoffsche wie die Schrammsche Angelegenheit sind helle Zeugnisse, daß der Unglaube auf der Kanzel in Preußen keinerlei Schutz oder Rückhalt hat. Konnte der Protestantenverein vor Jahr und Tag noch den leisen Gedanken hegen, daß er der Anerkennung wenigstens unter der Hand sicher sei, heute ist seine Tendenz in einigen Urteilen, die er Ketzerprozesse nennt, entschieden verurteilt. Nicht bloß seine Gleichberechtigung, auch seine Berechtigung ist in Abrede gestellt. Damit ist sein Todesurteil unterschrieben; die Versuche, welche er kürzlich in der Provinz Sachsen

gemacht hat, zum Leben zu kommen, sind bloß galvanische Zuckungen eines Scheintoten. So manche neue Publikation aus diesem Lager verrät den Mangel nicht bloß an Christentum, sondern an Religion. Wie vor zwei Jahren Lipsius in seiner Dogmatik*), hat im vergangenen Jahre Pfleiderer in seiner Religionsphilosophie die Frage der persönlichen Unsterblichkeit aus der Theologie in die Anthropologie gewiesen, und Biedermann in der Rezension des Buches hat sie geradezu geleugnet. Er hat dabei in der leidenschaftlichen Weise, welche dem Unglauben eigen ist, auf uns geschimpft, daß wir für ein Buch wie das Pfleidererſche nur eine schnöde Abfertigung hätten. Uns erscheint in der That ein Professor der Theologie, der junge Theologen zum Pfarramt vorbereiten soll und dabei die Unsterblichkeit bezweifelt, als ein Widerspruch in sich selbst. Und nicht bloß uns. Wir sind überzeugt, daß auch unser evangelisches Volk dem Protestantenverein den Abschied geben würde, wenn es wüßte, daß manche seiner einflußreichsten Führer eine solche Stellung einnehmen. Mögen die Prediger an den Gräbern die Weisheit der Professoren wiederholen, daß das Fortleben der Heimgegangenen problematisch ist, und sie werden sehen, wie die Hinterbliebenen ein solches Christentum aufnehmen. Schon jetzt ist es eine grobe Unwahrheit, wenn die Geistlichen und Laien des Protestantenvereins behaupten, sie müßten und könnten das Volk für die Kirche zurückgewinnen. Wenigstens in Berlin sind ihre Kirchen leer, und es ist nicht anzunehmen, daß dieselben gefüllter sein würden, wenn noch mehr Geistliche dieser Richtung angestellt wären. Aber wenn es einmal erlaubt wäre, die ganze Leere des modernen Standpunktes auf der Kanzel kund zu geben, so würde auch der letzte Rest der Zuhörer verschwinden. Wir haben ein Christentum ohne den Glauben an Unsterblichkeit für ein Unding erklärt; man hat uns deshalb rohe Unwissenschaftlichkeit vorgeworfen; nun so wollen wir es für einen Unsinn erklären. — Wir wollten die Gegner mundtot machen und aus der Kirche hinausweisen, hat man kürzlich uns nachgesagt. Im Gegenteil, wir möchten die Bezweifler der Unsterblichkeit zum Reden bewegen. Wir möchten, daß sie offen ihren Glauben wie ihren Unglauben predigten, um zu erfahren, wie viel Anziehungskraft und kirchenbildende Macht darin liegt. Und eben deshalb

*) In den letzten Jahren vor seinem Tode hat Lipsius zu den Glaubensfragen eine positivere Stellung gewonnen.

möchten wir, daß sie ohne die Deckung, welche ihnen die Zugehörigkeit zur Kirche gewährt, zeigten, was sie vermögen. Wollen die Männer von links in der Kirche bleiben und ihre Überzeugung zurückhalten niemand von uns wird ihnen die Kirchthür weisen. Nur eine Berechtigung für ihre Lehren werden sie nicht erhalten; jetzt weniger denn je.

Es ist ein erfreulicher Abschluß des alten Jahres, daß der evangelische Oberkirchenrat durch Glieder der positiven Union verstärkt ist.*) Diese Ergänzung entspricht durchaus dem Sachverhältnis in der Kirche. Wir wünschten nur, daß ebenso den Konfessionellen Anteil am Regiment gewährt und gleichfalls Vertrauen bewiesen würde. Eine andere Art, die Kirche zu regieren, läßt sich nicht denken, als daß alle auf dem Boden des Glaubens stehenden Richtungen daran beteiligt werden. Herrschte früher das Bestreben, auf kirchenregimentlichem Wege ein staatsfreundliches Mittelparteikirchentum herzustellen, so ist diese Tendenz unter dem gegenwärtigen Präsidenten verschwunden; sie hat bei den Wahlen zu den Provinzialsynoden völlig Fiasko gemacht. Daß der Minister Falk auf diese veränderte Richtung endlich eingegangen ist, kann uns zur Freude gereichen; es tritt darin eine richtigere Auffassung seines Verhältnisses zur Kirche hervor. Wozu hat denn die Kirche eine Verfassung erhalten, wenn der Staatsminister in ihre inneren Angelegenheiten so gewaltig eingreifen will? Soviel aber lehrt die Geschichte dieser neuen Ernennungen, daß die Majorität der Generalsynode, welche die Ernennung der kirchenregimentlichen Persönlichkeiten mit dem Beirat des Synodalvorstandes geschehen lassen wollte, durchaus im Recht war. Die neue Generalsynode, welcher wir entgegensehen, wird auf diesen Beschluß zurückkommen müssen. Wir gehen der kommenden Versammlung mit großen Hoffnungen entgegen. Der positivere Geist, welcher sich seit der außerordentlichen Generalsynode im Volke fühlbar gemacht hat und wohl auch das neue Abgeordnetenhaus durchdringen wird, kann ihrem Werke sehr zu statten kommen. Mit unbefangenerem Sinne wird man die Bedürfnisse der Kirche in ihrem eigenen Geiste prüfen und befriedigen. Soll die Kirche Einfluß gewinnen, so muß sie als die Organisation des christlichen Lebens ihrer selbst mächtig sein. Solange sie in ihrem Wirken an den Staat und in allem, was sie thut oder läßt, an die Zustimmung

---

*) Dr. Kögel und Dr. Baur.

eines Ministers gebunden ist, wird sie dem Volke nicht als eine unabhängige Gemeinschaft des religiösen Geistes erscheinen. Es ist merkwürdig, aber lehrreich, daß der evangelischen Kirche trotz ihrer freundlichen Stellung zu Staat und Volk das Maß der Freiheit, welches man Rom geben muß, nicht vergönnt wird. Selbst die Konservativen, welche zum Frieden mit Rom drängen, denken nicht daran, daß die römische Kirche auch unter den Maigesetzen viel freier ist als die unserige. Wir wünschen wie alle anderen die Beendigung des Kulturkampfes, wenn dieselbe mit Ehren und ohne Schaden für uns geschehen kann. Aber wir wünschen auch für die evangelische Kirche dieselbe Unabhängigkeit wie für Rom. Festes Bekenntnis, gläubige Gemeinschaft, Unabhängigkeit vom Staat: das sind die Bedingungen, ohne welche eine Kirche in unseren Tagen ihren Beruf nicht ausüben kann. Sind wir der Erfüllung der beiden ersten seit dem Entstehen der positiven Unionspartei näher gekommen, so ist doch ohne eine wirkliche Freiheit das Leben der Kirche jeden Augenblick in Gefahr. Lassen wir der Linken, die sich für die Partei der Freiheit ausgiebt, den Staatsbyzantinismus, und trachten wir wie bisher in ruhiger, klarer Weise nach dem Ziel, das uns die Aufgaben der Zeit vor Augen stellen, nach der größeren Unabhängigkeit unserer Kirche.

An der Grenze zweier Jahrzehnte.

2. Januar 1880.

Ein reiches Jahrzehnt deutscher Geschichte, reich an Glück wie an Schmerz, groß in Heldenthaten wie in Freveln, für Staat und Kirche gleich bedeutungsvoll liegt hinter uns; ein neues Jahrzehnt, das schwere hundertjährige Erinnerungen wachruft, thut sich auf. Das deutsche Kaiserreich, aus unvergleichlichen Siegen und einem Strom von freudig vergossenem Heldenblut geboren; — der Frankfurter Friede, Metz und Straßburg, leider auch die Milliarden unter seinen Errungenschaften bergend; im Gefolge der letzteren ein Dämon der Goldgier, der zuerst die Geschäftswelt, dann auch weitere Kreise der Nation ergriff und einen Abgrund riß, in dem

ein gut Teil deutscher Besonnenheit, Redlichkeit, Zufriedenheit für immer verschlungen ist; — ein Krach nicht geringer als der Taumel und unter seinen Ruinen viel Glück, Wohlstand und Hoffnung begrabend; — aus beiden geboren eine jählings zunehmende Verwilderung der Sitten und ein rasches Anwachsen der Revolutionspartei, die mit demselben Haß Thron und Altar, Ordnung und Eigentum verurteilte; — dicht aufeinander folgend zwei grauenvolle Attentate auf unsern milden Kaiser, den Begründer der deutschen Einheit; — endlich ein Strahl von Licht über dem Abgrund und eine Spur von Erkenntnis, daß der Mensch ohne Gott und die Moral ohne Religion machtlos sind gegen das Böse; — eine beginnende Umkehr, Unterdrückung der Sozialdemokratie, Änderung einer falschen Wirtschaftspolitik und ein Sieg der konservativen Gedanken; — der Berliner Kongreß als ein Beweis deutscher Macht und Größe; — am Schluß des Jahrzehnts unser greiser Monarch — Gott erhalte ihn! — mitten in allen Schwierigkeiten von der Liebe seines Volkes umringt, ein Name des Friedens im Kampf und Streit der Geister: so steht das politische Bild des verflossenen Jahrzehnts vor unsrer Seele; die deutsche wie die Weltgeschichte kann es nie vergessen. Mit diesem tragischen Gang der nationalen Geschicke in großartiger Parallele flutete der Strom des religiösen und irreligiösen Geistes. Während des Krieges, der rein und edel für die besten Güter des Vaterlandes geführt wurde, war der Glaube draußen wie in der Heimat lebendig erwacht. Es war wohl des Ruhmes und der Herrlichkeit um die deutschen Fahnen zuviel, so daß gegen Ende des Kriegs die Gottesfurcht nachließ und das Dankfest nach den Siegen gering war gegen den Bet- und Bußtag vor dem Losbruch des Kampfes. Ein bitteres Verhängnis hatte mit der Kriegserklärung Frankreichs gegen Deutschland die Unfehlbarkeitserklärung des Papstes zusammenfallen lassen; es lag in dem Charakter der deutschen Kirchengeschichte, wenn an den siegreich beendigten Völkerkampf sich der Kirchenstreit anschloß. Daß Preußen als Vormacht des Protestantismus den römischen Handschuh aufnahm, war begreiflich. In der Fehde selbst, die man mit Unrecht einen Kulturkampf nannte, sind von beiden Seiten oft falsche Waffen gebraucht, und die Erkenntnis davon kam zu spät. Am schädlichsten war, daß der Streit zwischen Staat und Kirche von der materialistisch gerichteten Menge als ein Kampf des Unglaubens gegen das Evangelium an-

gesehen, gepriesen und ausgenutzt und damit der Geist einer die Ideale der deutschen Nation verhöhnenden Irreligiosität entfesselt wurde, bis endlich in der wirtschaftlichen Krisis der Mammonsdienst und durch die Attentate der Atheismus seinen Zauber verlor. Seitdem sammelt sich der christlich-deutsche Sinn. Die evangelische Kirche hat an ihrem Verfassungsbau zu arbeiten und fühlt die Pflicht, die Verluste des Zivilstandes in den großen Städten zurückzugewinnen. Unleugbar pulsiert in den Adern unsrer Landeskirche das Blut frischer und lebendiger als seit langer Zeit. Der sichtbare Zusammenbruch alles dessen, was in Staat und Gesellschaft ohne Gott gebaut war, sowie das allmählich wachsende Verlangen, aus der wissenschaftlich überwundenen materialistischen Weltanschauung heraus wieder auf festen Boden zu gelangen, kommt dem geistlichen Erwachen zu Hilfe. Die antijüdische Bewegung, welche sich viel mehr gegen das Überwuchern des jüdischen Geistes als gegen das Übergewicht jüdischen Geldes richtet, ist eins von den Symptomen der Genesung. Mit starken Irrtümern und leidenschaftlichen Aufwallungen vermischt, bedarf sie der Läuterung. Aber wie sie anscheinend über Nacht entstanden, alt und jung ergreift, die Herzen in Bewegung setzt, die schlechte jüdische Presse verfehmt, in öffentlichen Versammlungen Deutschtum verkündet und Christentum bekennt, ist sie wie lichtes Morgenrot, dem wir den vollen Tagesanbruch wünschen. Wird er kommen? Noch kämpfen Licht und Finsternis mit einander den Kampf auf Leben und Tod; es wird sehr darauf ankommen, daß die Kinder des Lichts die rechte Waffenrüstung anziehen, wenn sie den Sieg gewinnen wollen.

Mancherlei günstige Zeichen deuten darauf hin, daß das kirchliche Leben im Aufsteigen, nicht mehr im Niedergang begriffen ist. Die langsam wachsende Zahl der Theologiestudierenden, das rege Schaffen in der theologischen Litteratur, der gute Verlauf unserer Generalsynode, das allmähliche Erlöschen der Streitigkeiten zwischen der Mittelpartei und den mehr rechts stehenden Gruppen, das schnelle Aufblühen von Zweigen der Inneren Mission, die größere Beachtung der Kirche im öffentlichen Leben, die leise, aber deutlich bemerkbare Abnahme der Verächter von Taufe und Trauung: das alles sind für den, welcher unbefangenen Blicks den Puls der Gegenwart beobachtet, Symptome der Besserung. Wir möchten nicht gern eines unreifen und unweisen Optimismus be-

schuldigt werden; wir sind fern davon, das Bild unserer Tage für ein Lichtbild zu halten. Ja, nach manchen Richtungen sehen wir am Horizont das Gewölk noch dunkler werden als bisher. Der Sozialismus, durch die strengen Maßregeln zum Schweigen gebracht, hat überall, wo er Gelegenheit zur Entfaltung fand, bewiesen, daß seine Macht über die Gemüter ungebrochen ist. Von der Furcht vor ihm befreit und zum Teil in seine Erbschaft eingetreten, ist der Geist des ordinären Fortschritts in Wort und Schrift nur maßloser geworden; durch das Erstarken der konservativen Mächte fühlt sich der extreme politische und kirchliche Liberalismus in seinem Besitzstand vernichtet, in seiner Zukunft bedroht und knirscht in den Zaum, der ihm angelegt ist: lauter Züge, die uns das alte Geheimnis der Menschengeschichte bestätigen, daß, wenn das Gute wächst, auch das Böse an Schärfe zunimmt. Aber das kann uns doch nicht hindern, froh anzuerkennen, daß wir uns eine oder zwei Sprossen aus dem Abgrund, in dem unser Volksleben lag, emporgearbeitet haben. Wir sind nicht mehr auf dem untersten Boden der Tiefe. Freilich, Arbeit und Kampf genug wird es kosten, wenn der Aufschwung bleiben und sich fortsetzen soll. Was die Sage von jenem messenischen Fürsten erzählt, daß er auf Adlerflügeln in den Abgrund getragen sei, das können wir von unserem Sturz nicht rühmen. Die eigene Schuld hat uns in die Tiefe gestoßen. Kein Adlerflügel wird uns plötzlich hinaufheben. Die Fittiche, die allein uns Schwungkraft verleihen und unter viel Mühe aus der Not emportragen können, heißen: Buße und Glaube, bete und arbeite! Noch viel klarer, als es geschehen, muß der Volksgeist sich auf seinen Ursprung und seine Geschichte besinnen, viel stärker muß weltliche und geistliche Obrigkeit ihre Autorität in der Vollmacht Gottes brauchen, viel lebendiger muß die Kirche ihre Gottesgedanken hineinrufen und hineinarbeiten in die geistliche und soziale Not der Zeitgenossen, soll wirklich die Reformation an Haupt und Gliedern, welche uns not thut, gründlich zustandekommen.

Ein Umstand tritt fördernd dieser großen Aufgabe zur Seite. Jene Weltanschauung, die man fälschlich als liberal bezeichnete, obwohl sie die geistigen und geistlichen Dinge mit einem Übermaß von Illiberalismus behandelte, und die wir lieber als die liberalistische bezeichnen möchten, hat längst ihre Zahlungen eingestellt; man versteigert ihren Nachlaß, aber die Passiva überwiegen die Aktiva. Er ist wirklich bankrott, dieser undeutsche, unchristliche,

unedle Liberalismus, der auf dem wirtschaftlichen Gebiet das laisser aller, auf dem politischen die Biegsamkeit der Ideen, auf dem kirchlichen den Zwang des Staates proklamierte. Was wir seit Jahren gehofft haben, daß das Schiff des Liberalismus an der sozialen Frage, an der Verarmung der Nation Schiffbruch leiden und dann von der politischen Ebbe völlig auf den Sand gesetzt, von der religiösen Sturmflut in Trümmern weggeschwemmt werden würde: das fängt an zu geschehen. Es fängt erst an, es ist noch nicht vollendet; denn noch immer glaubt die mit Mühe und Not gerettete Bemannung, nur der widrige Wind sei an dem Unglück schuld, und der große Steuermann unserer Tage habe das Wetter benutzt, um seinen alten Gegner auf den Strand laufen zu lassen. Der Liberalismus ist geschlagen, nicht bezwungen. Und ob die konservativen Mächte ihren ersten Sieg richtig benutzen werden, kann nur die Zukunft lehren. Die alte Fahne des preußischen Konservatismus mit ihrer Inschrift: Königstreue und Rechtskontinuität genügt allein nicht mehr. An der sozialen Frage wird heute jede herrschende Partei ihre Macht oder Ohnmacht beweisen müssen. Aber zu der Arbeit an diesem Problem gehört zweierlei, was dem natürlichen Menschen, auch wenn er konservativ aufgewachsen ist, wenig behagt: hingebende Opferfreudigkeit und thätiger Glaube.

An dem letzten Punkte liegt die besondere Aufgabe der Kirche. Auch sie muß klar erkennen, was ihr fehlt. Der bloße Dogmatismus und die strengere Disziplin werden das verlorene Terrain nicht wieder erobern, sondern mit dem unbeugsamen Festhalten an der göttlichen Wahrheit und der furchtlosen Übung heiliger Zucht an ihren Feinden und Verächtern muß sich eine größere Energie verbinden, ihre von Gott geschenkten Heilsgedanken wieder zum Herzblut des Volkskörpers zu machen. Ist das Evangelium wahrhaft göttliche Wahrheit, dann muß es nicht bloß den einzelnen Menschen, dann muß es auch das öffentliche Leben durchdringen. Wenn Gesellschaft und Christentum sich um einander nicht kümmern, sind beide mit einander in Gefahr. Aber freilich, wer die Welt bewegen will, muß jenes *δος μοι που στω* des griechischen Weisen haben. Nur ein fester Standpunkt im Ewigen giebt Einfluß auf die schwankenden Elemente der Zeit.

Unter diesem Gesichtspunkt bedauern wir, daß eine üble Streitfrage, die seit Jahren unsere Landeskirche bedrängt und beunruhigt, sich in das neue Jahr hinüberzieht. Wir wünschten, die

Pfarrwahl zu St. Jakobi in Berlin wäre erledigt, und zwar erledigt im Sinn und Geist der Kirche. Der Schluß des alten Jahres hat uns den Bescheid des Brandenburger Konsistoriums gebracht, der die schwebende Frage nicht erledigt, sondern nur beantwortet und diesen gordischen Knoten, in welchem sich Lehrfreiheit und Bekenntnis, Pastorenpflicht und Gemeindegewissen mit einander unentwirrbar zu verflechten scheinen, weder löst noch durchhaut, sondern versteckt. Aber die Schwierigkeiten liegen so offen vor aller Augen, daß mit dem Verbergen derselben niemand ein Dienst geschieht. Die große Frage nach der Geltung der modernen Theologie läßt sich mit kleinen Verwaltungsmaßregeln nicht aus der Welt schaffen; sie wird die evangelischen Kirchen Deutschlands, die lutherischen, die reformierten wie die unierten so lange in atem halten, in Kraftlosigkeit versetzen, in unlösbare Schwierigkeiten verwickeln, bis man den Mut findet, zwei Religionen, die bis jetzt unter einem Kirchendach von Aufsichtswegen zusammengehalten werden, von einander zu trennen. Soeben hat in einer großen deutschen Stadt, welche früher die Herberge der Kirche Gottes hieß, ein staatskirchlicher Geistlicher offen erklärt, sein Christentum sei der Glaube an sich selbst. Daß dieser Mann weiter amtieren darf, ist ein Ärgernis der Kirche, es ist, wie wenn ein Offizier seine Fahne preisgebe und weiter diente. Die Staatskirche duldet das Ärgernis und schützt den, welcher es gegeben hat. In keiner anderen Gemeinschaft der Welt wäre ein solcher Zustand möglich; die Kirche hält ihn aus, aber sie thut es auf Kosten ihres Einflusses und ihrer Volkstümlichkeit. Mit einer Kirche, welche die Theologie des Ja und Nein in ihrem Schoße dulden muß, kann man wohl Mitleid haben: Ehrfurcht wird sie nicht wecken, Autorität kann sie nicht beanspruchen, sie glaubt nicht an ihren eigenen Glauben. Wir denken nicht daran, den Fall von St. Jakobi in Berlin dem Fall von St. Martini in Bremen gleichzustellen. Aber der moderne Theologe der norddeutschen Hansastadt ist, wenn auch ein unbequemes, doch angesehenes Mitglied des Protestantenvereins. Zu diesem Verein gehört der Gewählte von St. Jakobi auch; derselbe ist Mitarbeiter am „Neuen Berliner Gemeindeboten", einem Blatte, das an Deutlichkeit der Negation keiner anderen Zeitung von links nachsteht; und es steht doch nun einmal fest, daß Pfarrer Werner vor vier Jahren die drei Punkte, welche der Evangelische Oberkirchenrat als das Minimum von Bekenntnis fordert, „frischweg" geleugnet hat. Alles dies

weiß das Konsistorium; die gläubige Minorität der Gemeinde, deren Gewissen doch mehr Rücksicht verdient als das Phantom einer falschen Lehrfreiheit, hat es pflichtmäßig hervorgehoben und aus dem Verhör in Hannover unzweideutige Beweise der negativen Stellung Werners hinzugefügt. Man sage nicht, diese Äußerungen seien vor dem Eintritt in die preußische Landeskirche gethan; seitdem habe Werner sein Amt tadellos geführt; ihn jetzt darüber verhören, „damit würde ein Verfahren eingeleitet sein, welches nur dann zu rechtfertigen sein würde, wenn es darauf ankomme, festzustellen, ob Werner seiner religiösen Überzeugung nach überhaupt geeignet sei, ein geistliches Amt in unserer Landeskirche zu bekleiden.“ Denn entweder hegt Werner noch seine früheren mehr als bedenklichen Anschauungen, dann könnte er in der That nicht gegen den Widerspruch treuer Gemeindeglieder bestätigt werden — oder er verwirft dieselben, dann müßte es ihm selbst ein dringender Ernst sein, diese Änderung seiner Meinungen zu bezeugen, und dem Kirchenregiment eine hohe Freude, davon zu wissen. In jedem Falle erleichtert eine Äußerung Werners die Gewissen aller Beteiligten, während sein Schweigen ihn selbst und die Sache in ein falsches Licht setzt. Man hat uns böswilligerweise nachgesagt, wir wünschten ein Verhör Werners nur, um seine Abweisung durchzusetzen. Aber uns liegt nichts, gar nichts an der Nichtbestätigung an sich, uns liegt alles daran, daß die Wahrheit und die Wahrhaftigkeit siege, und daß eine Angelegenheit, die drei Jahre hindurch die Kirche in Spannung gehalten hat und zu einem Prinzipienstreit geworden ist, nicht wie eine Sternschnuppe ausgehe und die Dunkelheit noch dunkler mache. Ganz besonders im Interesse der kirchlichen Obrigkeit verlangen wir Klarheit und Gewißheit. Und wir hoffen noch immer, daß der Evangelische Oberkirchenrat als Rekursinstanz den Weg zeige, der allein zur Ehre Gottes, zum Heil der Kirche, zum Frieden der Gemeinde führen kann: den Weg der Vernehmung Werners, wie er jetzt zu seinen früheren Anschauungen steht. Denn aus Predigten, die inzwischen gehalten sind, kann man bei der Vieldeutigkeit der hier in Anwendung kommenden Ausdrücke kein sicheres Urteil gewinnen.

Es ist unsere innerste Überzeugung, daß für den Fortbestand unserer Kirche, nicht bloß der preußischen Landeskirche, sondern der evangelischen Kirche in der ganzen Welt, keine Frage so wichtig ist als die ihrer Stellung zur modernen Theologie. Die Kirche soll

die Grundfeste göttlicher Wahrheit, das Band ihrer Mitglieder die Gewißheit des Glaubens sein. Jene Wahrheit umfaßt nicht ein System dogmatischer Lehrsätze, sondern die Summe der Heilsthatsachen. Diese Gewißheit darf sich nicht bloß auf einige aus der Schrift abstrahierte Gedanken erstrecken, sie muß den dreieinigen Gott, sie muß die Auferstehung und Himmelfahrt des Gottessohnes, sie muß die allgemeine Auferstehung und das Weltgericht bekennen. Eine Anschauung, die mit kritischer Geringschätzung der neutestamentlichen Geschichte das Christentum in die beiden Gedanken der Gottverwandtschaft und der Versöhnung setzt, ist nicht bloß unwissenschaftlich, unfähig, sich selbst zu begründen und andere zu überzeugen, sie ist zugleich die Verneinung des historischen Christentums selbst. Denn der Begriff des dreieinigen Gottes ist der christliche Gottesbegriff, die Thatsächlichkeit der Offenbarung ist der eigentümliche Schriftcharakter. Überdies haben uns litterarische Erzeugnisse der theologischen Linken aus den letzten Jahren mit der wünschenswertesten Klarheit gesagt, daß nicht einmal der Glaube an die Persönlichkeit Gottes, nicht einmal der Glaube an die persönliche Unsterblichkeit für einen Christen notwendig sein soll. Damit stehen wir am Ende aller Religion. Hatte der oberflächliche Deismus des alten Rationalismus vulgaris mit seiner Gedankendreieinigkeit: Gott, Tugend, Unsterblichkeit noch die Möglichkeit der Religion gelassen, so bleibt bei dem Pantheismus des modernen philosophischen Rationalismus nichts übrig als der Mensch und sein Denken, das Maß aller Dinge. Dieser Standpunkt aber ist nicht etwa ein Überrest, sondern der kontradiktorische Gegensatz des Christentums. Ein scharfer Denker wie Hartmann erkennt darin die ersten Flügelschläge einer neuen Religion, richtiger gesagt: einer pantheistischen Weltanschauung ohne Gott.

Diesem System gilt der Kampf der Kirche. Wenn sie überhaupt eine Aufgabe hat, so ist es die Bekämpfung dieses Gegners. Den Kampf nicht aufnehmen wäre die Niederlage selbst. Sein oder Nichtsein: das ist jetzt die Frage. Darum ist es auch auf die Dauer unmöglich, den Kampf nur von Fall zu Fall führen zu wollen. Außer der ungeheueren Kraftvergeudung, die mit Erschöpfung enden muß, wäre die Kirche bei solch einem Verfahren beständiger Unruhe ausgesetzt. Ein Kopf wird der Hydra abgeschlagen, zwei wachsen wieder. In dem einen Falle gelingt es durch Zufall, unberechtigte Ansprüche abzuweisen, berechtigte Ein=

sprüche durchzusetzen; in einem gleichen Falle bei ungünstigeren Umständen mißlingt die Abwehr, und neue Siegeszuversicht bemächtigt sich der eben geschlagenen Kirchenstürmer, neue Niedergeschlagenheit der Verteidiger auf den Mauern der eben geretteten Gottesstadt. Das ist kein Zustand der Gesundheit, sondern der Krankheit. Eine Weile verträgt ein Körper das Fieber; zuletzt muß er daran zu Grunde gehen. Und es scheint fast, als wolle man von vornherein auf die gründliche Heilung verzichten. In den prinzipiellen Aufstellungen des Evangelischen Oberkirchenrats konnte man einen Anfang werdender Klarheit erblicken. Werden aber im einzelnen Falle diese Grundsätze doch nicht angewandt, so stehen wir wieder wie zuvor im Dunkeln, tasten nach einem Anhalt und suchen nach Licht.

Offenbar ist dies Verhältnis durch den doktrinären und wenig volkstümlichen Charakter des evangelischen Kirchenregiments, der hoffentlich durch die Verbindung mit dem synodalen Element einer glücklichen Veränderung entgegengeht, bedingt. Nicht so sehr nach den Bedürfnissen des evangelischen Volkes, welches der Festigkeit, der Energie, der Klarheit bedarf, als aus Rücksicht auf die sogenannten Gebildeten, die mit dem Christentum versöhnt werden sollen, nicht unter dem Gesichtspunkte volkstümlicher Frömmigkeit, die starkgeistig, realistisch wie die Schrift selber ist, sondern im Hinblick auf die Forschungen gelehrter Wissenschaft wird die Kirche geleitet. Wo ist die Grenze zwischen der Theologie von rechts und links? so fragen die gelehrten Mitglieder der Kirchenbehörden und machen eine unlösbare theologische Frage zum Maßstab ihrer Entscheidung über die Lehre der Kirche. Soll man die Gebildeten, die nun einmal von Dogmen nichts mehr wissen wollen, der Kirche ganz entfremden, wenn man starke Lehrdisziplin übt? so denken die Juristen in den Kollegien. Und über diesem Denken und jenem Fragen verliert die evangelische Kirche die sieghafte Autorität göttlichen Auftrages und bei dem Volke das Vertrauen auf ihre Kraft und Wahrheit. Man konnte an den Urteilen über die Generalsynode, auch auf der liberalen Seite, recht deutlich erkennen, wie sehr die unerschrockene, feste, einmütige Haltung der Versammlung den unkirchlichen Kreisen imponierte. Wenn nicht jene Entscheidung des Konsistoriums im Wernerschen Falle ein gut Teil dieser Wirkung wieder aufgehoben hätte, so würde in der That die erste Generalsynode einen völligen Wendepunkt in der preußischen Kirchen-

geschichte bedeuten. Aber auch so ist sie für unsere Kirche eines der bedeutendsten Ereignisse dieses Jahrhunderts, für unsere Tage der Ausgangspunkt einer neuen Zeit.

Schon aus den Klagen und Anklagen, welche der Ausschuß des Protestantenvereins in Verkennung seiner Stellung geäußert, und aus dem Schmerzensschrei, den noch unbefugter ein Geistlicher „aus dem glücklicheren Baden" seinen preußischen Amtsbrüdern zum Trost ausgestoßen hat, erhellt die positive Bedeutung unserer ersten ordentlichen Generalsynode. Nicht zu gedenken an die Wut der Kirchenfeinde, die während der Synode selbst ihr Feuer ausspie und der Versammlung das Siegel der Schmach Christi aufprägte. Durch ihre kraftvollen Beschlüsse eine Stärkung, durch ihre einmütige Haltung eine Erquickung, durch ihre friedliche Stimmung eine Mahnung der Kirche war die Synode, auf das Ganze gesehen, ein Lichtstrahl in Dunkelheiten. Und viele notwendige, seit lange der Erledigung harrende Dinge hat sie energisch angefaßt.

Die Trauungsangelegenheit, seit Jahrzehnten eine offene Wunde, durch die Konzessionen vieler zu jeder Wiedertrauung bereiter Geistlichen eine schwebende Schuld der Kirche, ist vorläufig geregelt. Wir bedauern das schwächliche Parallelformular, bedauern in der Formel die Konzession an den Zivilstand — aber wir freuen uns herzlich, daß wir vor einem Abschluß stehen. — Im Augenblick noch dringender war die Einführung einer Disziplinarordnung für Verächter der Taufe und der Trauung. Hatte die Unfähigkeit, während voller fünf Jahre in dieser großen Sache Stellung zu nehmen, auf die Geister gedrückt: nun ist doch die Kirche ihrer Würde eingedenk geworden und, wenn auch mild in der Form, doch nachdrücklich in der Sache vorgegangen. Wir wissen wieder, daß wenigstens offenbare Feinde der kirchlichen Ordnungen nicht mehr mithelfen dürfen, die Kirche zu verwüsten. — Tiefer greift die von der Synode beschlossene, von dem Kirchenregiment verheißene Änderung der Instruktionen. Wir wären sehr dankbar gewesen, wenn der Evangelische Oberkirchenrat sofort die Bestimmung getroffen hätte, daß schon für die am nächsten Sonntag geschehenden Erneuerungswahlen die mündliche Anmeldung zu geschehen habe — wenigstens in Berlin wären die unkirchlichen Agitationen nicht so aufregend geworden. Aber man hat doch für eine fernere Zukunft die gewisse Hoffnung, daß in das Thun und Lassen der fundamentalen Körperschaften, der Wähler und der Gemeindevertretungen,

mehr Wahrheit kommt. — Sind damit gegen feindliche Gewalten neue Dämme gebaut, so hat die Befreiung der Geistlichen von dem Zwang des Gemeindekirchenrates bei Versagung von Amtshandlungen einen unerträglichen Druck von ihren Gewissen genommen: jene dreifach erneuerten großen Verhandlungen um den vierzehnten Paragraphen unserer Kirchen-Gemeindeordnung waren Freiheitskämpfe um das innerste Heiligtum des geistlichen Amts. Und wenn eine mit gleichem Ernst geführte Debatte den Ausgang nahm, daß die Synode gegen die Entzweiung des geistlichen Charakters in amtliche und außeramtliche Äußerungen protestierte und die Einheit der sittlich-religiösen pastoralen Persönlichkeit herstellte: so ist dadurch jedermann kundgethan, daß die in ihren Vertretern versammelte Kirche bei ihren Dienern die Harmonie des Gewissens und der Amtsführung, der Überzeugung und des Bekenntnisses fordert.

Neben diesen großen, rein inneren Fragen sind andere Arbeiten, wie die Emeritierungssache, die Sorge für die Geistlichen der inneren Mission, die Stellung gegen die Simultanschule, die Festsetzung eines allgemeinen Bußtages, die Revision der Agende und anderes, als Arbeiten im äußeren Kirchenbau rüstig getrieben worden und warten auf ihre weitere Förderung. Mit der größten Spannung aber sehen wir der Stellung entgegen, welche der Evangelische Oberkirchenrat zu dem Beschluß nehmen wird, wonach der Generalsynodalvorstand in bedenklichen Fällen zu dem Gutachten über die Berufung der Professoren zugezogen werden soll. Dieser Beschluß, am 31. Oktober gefaßt, ist des Tages würdig; er verbindet die Wissenschaft mit der Kirche und sichert dieser an dem feinsten, zartesten und entscheidenden Punkte, der Bildung der Geistlichen, eine gewisse Einwirkung. Sehr mit Unrecht hat die Berliner Universität diesem Beschluß ihre Bedenken entgegengesetzt; es ist in der That schwer einzusehen, welches Interesse die Fakultäten haben können, sich dagegen auszusprechen, daß der Kultusminister das Gutachten über die Professoren der Theologie nicht bloß von der Kirchenbehörde, sondern auch von der Vertretung der Kirche erhält. Ebensowenig ist die Heftigkeit verständlich, mit welcher sich einige Professoren dem Gedanken anschließen, die theologischen Prüfungen den Konsistorien abzunehmen und die theologischen Fakultäten dazu herbeizuziehen. Wenn die Synode sich dem widersetzte, so that sie es in dem guten Recht, die Verbindung der praktischen Kirchenver-

waltung mit den Instanzen der theologischen Ausbildung eng geknüpft zu halten. In der That ist die Reichsunmittelbarkeit der theologischen Fakultäten, die doch nicht bloß gelehrte, sondern auch kirchliche Körperschaften sind — sie entsenden Deputierte zu den Synoden — weder staats- noch kirchenrechtlich, weder logisch noch praktisch zu begründen. Daß damit an das Palladium der deutschen Universitäten, die Lehrfreiheit, gerührt werde, ist unrichtig. Aber auch diese Freiheit hat wie jede Freiheit ihr Maß an dem Organismus, dem sie dient.

Müssen wir demnach bei dem Rückblick auf die Generalsynode eine berechtigte Freude empfinden, daß Schäden der letzten Vergangenheit gebessert, Fehler der kirchlichen Verfassung korrigiert, Grundlagen einer besseren Zukunft gelegt sind, so können wir doch unsere Bedenken nach einer Richtung hin nicht unterdrücken. Was that die Synode — so müssen wir fragen — für die größere Freiheit der Kirche vom Staat? Es erscheint uns durchaus als ein Fehler, daß man dem Summepiskopat gegenüber nicht die Forderung von der provisorischen Generalsynode her wiederholte: der Synodalvorstand müsse an der Besetzung aller kirchenregimentlichen Ämter beteiligt werden, daß man dem Kultusminister gegenüber nicht eine Verminderung seiner Befugnisse erstrebte. Die positive Union ist aus zwei Grundsätzen hervorgegangen: der eine, Sicherung des Bekenntnisses, der andere, Unabhängigkeit der Kirche vom Staat. In einer Zeit der Staatsomnipotenz, wo es die bekenntnistreue Richtung nicht gut hatte, sind diese Prinzipien auf die Fahne geschrieben. Das eine, Sicherung des Bekenntnisses, ist nach Kräften auf der Synode gewahrt. Warum hat man das andere völlig vergessen? Wir fürchten, man könnte uns sagen: „Da es euch übel ging, verlangtet ihr Freiheit der Kirche; jetzt, da es euch gut geht, verzichtet ihr darauf. Wenn es euch wieder einmal übel geht — und diese Zeit wird kommen — so wird man euren Freiheitsruf nicht achten." Man wende nicht ein, daß die Generalsynode, überlastet mit Arbeiten, zu solchen Prinzipienkämpfen keine Zeit hatte. Dazu mußte die Zeit gewonnen werden. Freiheit der Kirche ist gerade so wichtig wie die Sicherheit des Bekenntnisses; bei der Lage der Dinge ist sie geradezu die Bedingung für diese Sicherheit. Nicht auf Summepiskopus und Minister, sondern auf der freudigen Glaubensgewißheit und dem hingebenden Opfermut ihrer Glieder ruht die Zukunft der Kirche. Vergessen wir das

nicht, zumal in einer Zeit, wo Summepiskopus und Minister der Kirche so freundlich gesinnt sind. Das Staatskirchentum steht am Ende seiner Epoche; die Verhandlungen der Synode über die Berliner Notstände haben das Unzureichende dieses Systems an dem Brennpunkte unseres nationalen Lebens klar bewiesen. Es hält den Unglauben mit dem Glauben unnatürlich zusammen, es unterwirft die Kirche der Staatsidee, es hindert die freie Entfaltung der Kräfte und unterbindet die Lust zum Opfern. Scheidung des Unglaubens vom Glauben, Befreiung des religiösen Gedankens von jeder außerkirchlichen Macht, Hingebung aller Kräfte an die Überwindung der Welt in Glauben und Liebe: das sind die Aufgaben der Kirche, wenn sie in den sozialen und geistigen Wirren der Gegenwart Einfluß erringen will. Diese Aufgaben aber können von der Staatskirche nicht einmal gestellt, geschweige denn bewältigt werden.

Es liegt in dem Ursprung und der Geschichte der evangelischen Kirche, daß ihre Geschicke mit denen des Staates eng verbunden sind. Wenn wir Unabhängigkeit der Kirche vom Staat als das unweigerlich notwendige Erfordernis der Gegenwart in Anspruch nehmen, so wollen wir doch die beiden mit einander verwachsenen Organismen nicht schlechtweg aus einander reißen. Jene auf romanischem Boden entstandene Formel: „die freie Kirche im freien Staat" ist, absolut gefaßt, bei uns undurchführbar; für die evangelische Kirche, die so viele gemischte Gebiete anerkennt, ist sie überhaupt nicht zu brauchen. Der freikirchliche Individualismus, der nur kleine Häuflein von Frommen, nicht Kirchen für die Völker schafft, genügt weder den Befehlen und Verheißungen Christi noch den Bedürfnissen des Staats und der Menschheit. Was Vinet erstrebte, ehe die widerwärtigen Ereignisse der Zeit sein Ideal zertrümmert hatten, eine église libre nationale, eine Kirche, die das Volk umfaßt und zu dem Staat geordnete Beziehungen hat, aber ihr inneres Leben frei von jedem äußeren Eingriff gestalten und ihre Verwaltung selbständig regeln darf, das ist auch unser Ideal. Nur eine solche Gemeinschaft kann dem Staate leisten, was sie soll; nur sie kann durch unbeugsames und ungebeugtes Geltendmachen der göttlichen Wahrheit die eigenen Fundamente, auf denen das einzelne wie das Familienleben, Staat und Gesellschaft sich aufbauen, mit fester Hand schirmen, während eine vom Staat beherrschte Kirche allzusehr in den Strudel politischer Änderungen

hineingerissen und in konservativen Zeiten dem Vorwurf des Byzantinismus, in einer liberalen Aera dem Eindringen des Weltgeistes, in jedem Falle dem Hin- und Herschwanken ausgesetzt ist. Man sage nicht, daß dies Ideal unrealisierbar ist. Es ist bereits realisiert. Die katholische Kirche in Preußen hat, wenn die mit der kirchlichen Freiheit unvereinbaren Punkte der Kulturkampfgesetzgebung beseitigt sind, wieder die für jede Kirche wünschenswerte Position. Mit einer durch staatliche Gesichtspunkte bedingten und notwendigen Einschränkung der Bischofswahl ist sie in Verwaltung und Gesetzgebung durchaus frei. Die evangelische Kirche würde durch die Rücksicht auf den evangelischen Landesherrn, dem, wenn auch keine beherrschende, doch eine bedeutende Stellung gebührt, noch einige weitere Einschränkungen erfahren. Aber der völligen Unabhängigkeit im Gebrauch ihrer Kräfte ist sie ebenso benötigt und doch wohl ebenso würdig wie die römische Kirche. Angesichts der Präliminarien des Kulturfriedens möchten wir Regierung und Parlament auf dies Mißverhältnis aufmerksam machen und wieder einmal fragen: Soll die evangelische Kirche in Preußen nicht so frei sein wie die katholische? Wir haben auf diese Frage noch nie eine rechte Antwort vernommen. Es ist gegenwärtig die Stunde gekommen, sich auf eine Antwort zu besinnen. Der Friedensschluß mit Rom wird, wenn auch langsam, doch gewiß zustandekommen. Haben wir Evangelische durch verhängnisvolle Fehler unserer Politik die Kosten dieses siebenjährigen Krieges getragen, so ist nun wenigstens der Wunsch berechtigt, es möchte der Friedensschluß auch uns zu gute kommen.

Die Stellung der politischen Parteien, auch der konservativen, zu dieser Frage leidet an Unklarheiten und Unbegreiflichkeiten. Sie alle stimmen darin überein, daß dem Kulturkampf ein Ende gemacht werden muß. Ohne Konzessionen an Rom, ohne ein Aufgeben mancher staatlichen Beschränkungen, ohne ein größeres Maß von Freiheit für die katholische Kirche wird selbstverständlich das Abkommen mit der Kurie nicht geschlossen werden können. Gewiß wird Fürst Bismarck nicht nach Kanossa gehen, aber er wird zugeben müssen, daß bei der Maigesetzgebung Fehler gemacht sind, Übergriffe des Staats in das kirchliche Gebiet, die zurückgenommen werden müssen. Die Lage der katholischen Kirche wird dadurch jedenfalls noch günstiger gestaltet. Und — vergessen wir es nicht — sie ist schon durch den Kulturkampf an sich ungemein ge-

bessert. Die innerkirchliche Opposition gegen die Unfehlbarkeit ist in der Abwehr der Staatsforderuugen verschwunden; die politische Position der Katholiken hat in dem Zentrum eine mächtige Burg gewonnen. Es wäre Sache der Regierung und der Konservativen, darüber nachzusinnen, wodurch die evangelische Kirche in gleicher Weise gestärkt werden kann. Denn das wird durch den Kulturkampf wohl jedermann klar geworden sein, daß es gegen religiöse Mächte keine andern Waffen giebt als religiöse Mächte. Rom ist nur durch das Evangelium zu bekämpfen. Und daß dieser Kampf als ein friedlicher Geisterkampf energisch fortgesetzt werden muß, werden trotz des aufrichtigen Verlangens, den Kulturkampf zu beenden, alle rechten Protestanten mit uns zusammen bekennen. Freilich ist gegenwärtig der römische Stuhl von einem Manne besetzt, der die Philosophie des Thomas empfiehlt, der an dem politischen Leben Italiens teilzunehmen scheint, der die schroffen Gedanken seines Vorgängers in mildere Formen umsetzt. Im Wesen ist die Kurie von heute dieselbe wie zur Zeit Pius' IX. Auch dieser Papst verwirft die Religionsfreiheit; auch er wehklagt über die evangelischen Kirchen in Rom; er muß das Unfehlbarkeitsdogma, das ihm die Geschichte als ein schlimmes Erbteil hinterlassen hat, mit den übrigen Schätzen der katholischen Tradition festhalten. Alles dies wird bei der Friedensstimmung gegenüber Rom leicht vergessen. Oft hört man auch evangelische Politiker so reden, als liege die Schuld des Kulturkampfes allein in Berlin und gar nicht in Rom. Diese Auffassung ist irrtümlich und kann für die Zukunft üble Folgen haben. Wir leugnen nicht, daß der Kulturkampf von seiten Preußens unrichtig geführt ist, daß Falk, durch den Liberalismus seiner Anhänger und seiner Räte beeinflußt, starke Blößen gegeben und sich in der Schätzung der Macht kirchlichen Geistes völlig verrechnet hat. Trotzdem bleibt es wahr, daß eine Abwehr gegen die Kurie geboten, und daß Papst Pius bei der heftigen Scheidung zwischen Rom und Berlin der schuldige Teil war, indem er jenen Kampf begonnen hat, der alle die blutigen Gespenster des Mittelalters, wenn auch nur im Bilde, wieder heraufbeschwor. Es ist doch Thatsache, daß der Syllabus die Religionsfreiheit bekämpft, äußere Gewalt gegen Andersgläubige zuläßt und sogar die Hoffnung der Möglichkeit ihrer Seligkeit verurteilt. Es ist doch Thatsache, daß durch das Unfehlbarkeitsdogma die stärkste Anmaßung mittelalterlicher Päpste

für göttliches Recht erklärt und eine Prärogative des römischen Bischofs, die der erste Gregor aufs härteste verurteilte, zum Fundament der römischen Kirche gemacht ist. Es ist doch Thatsache, daß der Kurialstil bis heute gegen uns Protestanten einen Ton anschlägt, in welchem das Wort „pestilentialis“ selten fehlt; schlimmerer Dinge zu geschweigen, die Pius IX. in seiner Weise zuweilen den Pilgerzügen an das Herz legte. Nun wollen wir gern so gerecht sein, anzuerkennen, daß die deutschen Katholiken, welche mit uns leben, von einem andern Geiste beseelt sind als die römischen Prälaten, die uns nicht kennen; daß bei uns im politischen und privaten Leben zwischen frommen Katholiken und gläubigen Protestanten förderliche und erfreuliche Beziehungen gepflegt werden, daß in diesem Verkehr das schroffe protestantische Urteil über den Katholizismus berichtigt und der Glaube an die alleinseligmachende Kirche jenseit der Alpen durch die Anerkennung lebendiger evangelischer Frömmigkeit und Kirchlichkeit gemildert wird. Aber wir müssen auch wahrhaft genug sein, uns zu gestehen, daß von einer prinzipiellen Anerkennung protestantischen Christentums der deutsche Katholizismus ebenso fern ist wie der römische, daß die deutschen Bischöfe, wie kaum andre der katholischen Welt, jenes Dogma, welches sie früher verwarfen, mit der größten Energie in ihren Diözesen durchgesetzt haben, daß die Mischehen einen beständigen Zunder bilden, an dem der Streit auflodert, daß die Wunder von Marpingen und Dittrichswalde von dem katholischen Gewissen nicht gestraft sind, und daß, als der Generalsuperintendent von Berlin ein Wort von römischer Geistesknechtschaft fallen ließ, die katholische Presse so beleidigt that, als hätte nie ein katholischer Würdenträger die protestantische Kirche kritisiert. Nicht um von dem Frieden abzumahnen, den auch wir für durchaus notwendig halten, sondern um den rechten Standpunkt zu gewinnen, erinnern wir an diese Dinge. Wir freuen uns, daß in Rom ein anderer Papst und in Berlin ein anderer Kultusminister bereit ist, den Hader zu beenden, der so viel sittlich-religiöses Leben in Ruinen gestürzt hat. Wir müssen uns in Deutschland daran gewöhnen, die Verhältnisse zwischen Katholizismus und Protestantismus nicht unter dem römischen, sondern unter dem deutschen Gesichtspunkte zu betrachten. Durch die Teilung unserer Nation in eine katholische und eine evangelische Hälfte, durch die lange Übung Preußens in der Parität der Behandlung, durch die Anregung zum Wetteifer, die jede Kirche von der anderen

empfängt, müssen wir das Beisammensein der beiden Konfessionen als eine deutsche Eigentümlichkeit ansehen, die viel Schwierigkeiten und manchen Segen in sich trägt, und die, wenn sie auch im kirchlichen Leben den unvermeidlichen Streit mit sich führt, doch im politischen Leben zur Ausgleichung und Eintracht treibt. Gerade in Deutschland wird der Versuch immer von neuem gemacht werden müssen, unter Anerkennung und Behauptung des eigenen Standpunktes auch dem fremden gerecht zu werden und so die Vorarbeit zu thun für ein besseres Verhältnis der beiden Kirchen in der ganzen Welt. In diesem Lichte erscheint die Beendigung des Kulturkampfes doppelt ratsam. Es ist für uns, es ist für die Gesamtheit der europäischen Völker nicht verständig, daß die Verteidiger der christlichen Weltanschauung mit einander streiten, während die Sturmläufer der Revolution überall Thron und Altar umringen.

Immer häufiger wiederholen sich in Europa die Mordversuche auf die Kaiser und Könige. Das alte Jahr schloß mit zwei furchtbaren Freveltharen, die eine mit höllischer Berechnung auf den nordischen Zaren, die andere in grauenvoller Frivolität auf das junge spanische Königspaar versucht. Mit dem Sozialismus hängen beide Attentate, hängen alle die königsmörderischen Anschläge der letzten Jahre zusammen. Nihilismus heißt es im Osten, Kommune im Westen, Sozialdemokratie bei uns. Vielleicht sind trotz der Unthaten vor zwei Jahren die Stimmungen in der deutschen Sozialdemokratie noch am meisten von jener halb wahnwitzigen, halb teuflischen Mordsucht der russischen in Fäulnis versunkenen Gesellschaft entfernt. Noch wird Most mit seinem Aufruf zum bloßen Umsturz desavouiert; noch erklären die offiziellen Blätter der Partei das Festhalten an den gesetzlichen Wegen für geboten; noch erstrebt die Sozialdemokratie die Aufhebung der Ausnahmegesetze und beteiligt sich — oft mit Erfolg — an den politischen und kommunalen Wahlen. Im Augenblick denkt man nicht an die Revolution, weil, Gott sei Dank, die Säulen des nationalen Bestandes noch fest stehen, die Armee, der Bürgerstand im ganzen und großen, die Bauern als das von Natur konservative Element. Trotzdem ist die soziale Situation auch in Deutschland, wenn man auf das Wesentliche sieht, bedrohlich genug. Der Nihilismus unserer östlichen Nachbarn ist heimtückischer, gewaltthätiger, frevelhafter, aber er ist mehr auf Kreise beschränkt, die an offene Revolution nicht denken. In Frankreich sind die sozialistischen Ideen von jeher

überraschender, wilder hervorgebrochen, aber sie sind nicht so weit verbreitet und theoretisch im Volke nicht so durchgebildet wie bei uns. In Deutschland ist die Sozialdemokratie in einem großen Teil des Volks zur Weltanschauung geworden. Eine Folge der falschen intellektualistischen Bildung und der ungünstigen Lage des Arbeiterstandes, von dem Mangel an Volkstümlichkeit der konservativen Klassen befördert, mit dem Atheismus, den zahllose Gelehrte und Ungelehrte in Journalen und Zeitungen verkünden, eng verbunden, durch eine anderthalb Jahrzehnte dauernde, ungehinderte Agitation aufgewachsen, in vielen Blättern und Büchern verteidigt und begründet, zuletzt durch einen Kapitalismus voll Unredlichkeit gleichsam legitimiert: so ist der deutsche Sozialismus unter all seinen internationalen Brüdern der stärkste. Außerdem giebt ihm die allgemeine Schulpflicht immer neue Jünger, die allgemeine Wehrpflicht immer neue Rekruten. Ein bedenklicher, aber von allen Kundigen vorherverkündigter Umstand ist besonders der, daß die denkbar schärfsten Maßregeln die Sozialdemokratie in ihren Vorposten nur wenig getroffen, in ihren Hauptquartieren nur mehr verstärkt haben. So berechtigt es ist, wenn die Regierung nicht mehr den öffentlichen Aufruf zur Revolution duldet und die Rufer unterdrückt, ebenso gewiß ist, daß zu den negativen Maßregeln der Zucht, soll unter dem Druck der Geist des Aufruhrs nicht noch mehr in Spannung gehalten werden, die positiven Reformen und zwar in der energischsten Weise hinzutreten müssen.

Nun scheint ja freilich seit Jahr und Tag in den Regierungs- und Parlamentskreisen der ernste Wille vorhanden, den Weg der Reform zu betreten. Ein System der Schutzzölle bereitet der internationalen vernichtenden Konkurrenz ein Ende, stellt die Nationalökonomie wieder auf den nationalen Boden und hat schon jetzt die Industrie belebt, die Arbeit gemehrt. Die Proklamierung des Staatsbahnsystems ist ein sichtbarer, großer Fortschritt auf dem Wege eines gesunden Sozialismus; der öffentliche Verkehr wird dadurch aus den Händen der Privatspekulation gerissen und wieder zur öffentlichen Aufgabe gemacht, an der viele Tausende von gesicherten Existenzen ihre Anstellung finden. — Ein Antrag auf obligatorische Versicherung der Arbeitsinvaliden hat den letzten Reichstag beschäftigt und beschäftigt noch immer die Beratung freier Vereine. Die obligatorische Innung schlägt immer mehr, jetzt auch in Berlin, die freie Innung aus dem Felde und weckt

das Verlangen nach einem starken Korporationsgeiste. Gerade diese beiden letzten Reformen sind geeignet, die eigentlichen Kerntruppen der Sozialdemokratie, Arbeiter und kleine Handwerker, von der roten Fahne abzuziehen und wieder mit der Staatsidee zu versöhnen. Und so sehr sich heute noch manche Elemente in der Regierung wie in den konservativen Parteien dagegen sträuben, für uns ist kein Zweifel, daß beide Maßregeln zum Gesetz werden müssen. So scheint wirklich eine Summe von Reformen sich ins Werk setzen zu wollen, groß genug, um vor der Hand die Arbeiterkreise von dem Wohlwollen der leitenden Mächte zu überzeugen und den unerfüllbaren Utopien des sozialdemokratischen Volksstaats zu entfremden. Aber diese Reformen werden weder von der Regierung noch von der konservativen Partei als ein System zur Lösung der sozialen Frage dargeboten, tauchen vielmehr einzeln und wie zufällig auf, sodaß der soziale Gesichtspunkt hinter dem finanziellen und rein politischen zurücktritt. Und eins ist gewiß, daß nur durch eine energisch angestrebte Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes sowie durch eine von Herzen kommende Beteiligung der Besitzenden und Vornehmen an dem Wohl und Weh der Nichtbesitzenden die soziale Schwierigkeit allmählich zu überwinden ist. Aber leider dauert die Unlust der persönlichen Berührung mit dem Volke fort; die Mammonsgier, kaum erloschen, flammt bei der ersten Gelegenheit wieder auf, der Jammer um des Volkes Not zeigt sich wenig, der Sonntag wird entheiligt wie immer, die Erneuerung der Nation, so lange ersehnt und erhofft, bleibt aus. Hier liegt gewiß auch ein Mangel der Kirche zu Grunde. Allzuwenig tritt die evangelische Kirche an die Mitarbeit der sozialen Mächte heran; viel deutlicher, viel realistischer muß sie jene tiefen Schriftgedanken, daß der Besitzende ein Haushalter, daß das dominierende Trachten nach irdischen Schätzen verwerflich, und daß die thätige Barmherzigkeit eine Pflicht der Christenheit ist, zum Ausdruck bringen; und sie muß es thun nicht bloß in der Predigt, sondern in dem freudigen Mitwirken an Reformen, welche jene Schriftgedanken verwirklichen. Der Erlaß des Evangelischen Oberkirchenrats hat in dieser Beziehung mehr abgekühlt als angeregt. Keime christlich-sozialer Thätigkeit sind dadurch nur im Wachstum gehindert. Und wenn die Generalsynode die Sonntagsfrage, die Gegenwirkung gegen die Trunksucht behandelte, so hat sie ja damit gezeigt, daß jede kirch-

liche Thätigkeit sich mit der sozialen Frage berührt; aber den Eindruck, daß die Kirche in der großen sozialen Bewegung der Gegenwart feste Position einnehmen will, hat sie nicht gemacht. Warum scheut sie sich davor, das, was Wichern auf der Oktoberkonferenz den christlichen Sozialismus nannte, als einzige Arznei gegen den unchristlichen hinzustellen? Warum scheut sie sich, den öffentlichen Geisterkampf in Volksversammlungen, den Wichern als die notwendige Waffe gegen den Zeitgeist forderte, zu beginnen und mit den vielen rednerisch begabten Kräften, die ihr zu Gebote stehen, zu führen? Die christlich-soziale Arbeiterpartei liefert den Beweis, daß ein solches Ringen mit den Mächten der Welt freilich in Schwierigkeiten und durch Krisen hindurchführt, aber zur Anregung und Belebung dient. Die Judenfrage wurde so lange in den von Juden geleiteten Blättern totgeschwiegen, bis sie in den Versammlungen der Christlich-Sozialen in die Arena der öffentlichen Diskussion gezogen wurde. Seitdem flutet diese Frage wie ein breiter Strom durch das deutsche Leben. Und nicht bloß Orthodoxe, sondern auch Freigeister, nicht bloß Sozialreformer, sondern auch Liberale arbeiten an der Befreiung des deutschen Geistes von dem modernen Judentum. Allerdings ist die soziale Frage nicht Judenfrage. Die Stellung des modernen Judentums ist nur ein Symptom der Krankheit, welche an dem Marke unserer Nation zehrt. Aber soviel ist gewiß, daß jeder Versuch zur Überwindung der Sozialdemokratie vergeblich bleiben muß, solange die Herrschaft dieses undeutschen, reformjüdischen Geistes die Wiedergeburt des nationalen Charakters verhindert. Daß Blätter, wie die Preußischen Jahrbücher, wie die Grenzboten, dies erkennen, ist für uns eins der hoffnungsvollsten Zeichen des neuen Jahres. Die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts waren Vorboten der Revolution. Möchten die achtziger Jahre unseres Säkulums Boten des Heils werden, welche den Frieden verkündigen.

Unsere Schriftsteller sich mit der sozialen Frage befassen, aber den Umstand, daß die Arbeiter in der ganzen sozialen Bewegung der Gegenwart jetzt Stellung einnehmen will, daß sie aller [illegible] Beachtung schenken, sie sich darum, daß nach Erfahrung mit der Schulkonferenz den ministeriellen Absolutismus nennen, als einzige Angriff gegen den unchristlichen hinzustellen? Warum sieht sie sich der öffentlichen Bestrebung der Volksversammlungen, den Arbeiter als die notwendige Waffe gegen den Zeitgeist fordert, zu begründen und mit den guten christlich organischen Kräften [illegible] welches Anliegen zu führen? Die christlich-soziale Arbeiterpartei sieht den Wunsch, daß ein solches Bürger mit den Bürgern der [illegible] Stadt in Schulangelegenheiten und dem [illegible], oder zur Einigung und Förderung [illegible]. Die Judenfrage wurde so lange von den von Juden geleiteten Blättern verschwiegen, bis sie in den Versammlungen der christlich-Sozialen in die Arena der öffentlichen Diskussion gezogen wurde. Seitdem bildet diese Frage mit eine Menge Blätter durch das tägliche Leben. Und nicht durch Wortgefechte, sondern nicht Einzelheiten, [illegible] sondern nach Aufsehen erregt an der Aufhebung des jüdischen Rechtes von dem modernen Judentum. Allerdings ist die soziale Frage nicht Judenfrage. Die Stellung des modernen Judentums ist aber ein Symptom der Krankheit, welche an dem Marke unseres Volkes zehrt. [illegible] daß jene Vorteile zur Umgestaltung der Kapitalherrschaft [illegible] Welches [illegible] Kräfte die Übertragung der modernen Charakters gebildet. [illegible] wie die [illegible] ist es nur eine [illegible] Gaben. [illegible] Lehre des [illegible] Wortführer der Revolution. [illegible] werden, welche den Zeiten [illegible].

Zweite Abteilung.

Aufsätze über die kirchliche Lage
1887–1892.

Die Selbständigkeit unserer Kirche.

Januar 1887.

Eine tiefe Bewegung der Geister geht seit einem halben Jahre durch die Kreise der evangelischen Kirche. Von Bestrebungen kirchlicher Freiheit ausgehend, hat sie schnell einen breiten Raum kirchlicher Erörterung eingenommen. Mit Naturgewalt wie ein Quell ist sie aus den Tiefen des Gewissens entsprungen und flutet seitdem durch Parlamentsverhandlungen und Volksversammlungen, durch Kreissynoden und Pastoralkonferenzen. Hoch und niedrig, vornehm und gering sind unwillkürlich in den Strom hineingezogen. Besonders im Westen unseres Vaterlandes, wo das Gemeindebewußtsein lebendiger ist, haben große Zusammenkünfte stattgefunden. Beinahe tausend Männer aus den gebildeten und besitzenden Klassen, von jedem Stand und Beruf sind in Barmen zu einer ebenso begeisterten wie begeisternden Beratung zusammengetreten und nicht ohne praktische Beschlüsse und Maßregeln auseinandergegangen. Fünftausend Arbeiter haben in Essen unter dem Eindruck der großen Frage getagt und sich mit den anderen in Reih' und Glied gestellt. Auch die Gegner wagen nicht mehr zu leugnen, daß eine wirkliche Strömung vorhanden ist, die in dem tiefen Bett des evangelisch-kirchlichen Lebens mächtige Wogen dahinrollt. Hieß es beim Beginn dieser merkwürdigen Erscheinung, sie sei künstlich hervorgerufen und durch Agitationsmittel unterhalten, sie verdanke ihren Ursprung politischen Parteiinteressen und werde durch kirchliche Herrschaftsgelüste genährt, so sind diese thörichten und verleumderischen Stimmen allmählich stumm geworden und haben einer unmutigen Verwunderung Platz gemacht, welche der evangelischen Kirche ein freies und freudiges Vorgehen mißgönnt.

Uns ist diese Bewegung ein Zeichen des Lebens; und darum, daß sie sich mehr mit Gegenständen der Kirchenverfassung als mit Lehrfragen beschäftigt, erscheint sie uns nicht minder wichtig. Theologische Streitigkeiten, gelehrte Untersuchungen, dogmatische Verhandlungen haben in der Geschichte unserer Kirche viel zu lange eine beinahe ausschließliche Geltung gehabt. Es ist eine Äußerung der Gesundheit und des Lebens, daß das allgemeine Interesse sich endlich einmal in starker Weise der leiblichen Seite der Kirche, ihrer Organisation und Verfassung, zuwendet. Ja, es zieht durch manche Geister eine Ahnung, als ob, nachdem vor dreiundeinhalb Jahrhunderten die Reformation der Kirchenlehre stattgefunden und die Kirche endgiltig zur Schrift zurückgeführt hat, uns nun eine Zeit bevorstehe, wo eine Reformation des Lebens eintreten müsse, welche auch die Sozialgestalt der Kirche wieder der ursprünglichen Form apostolischer Einfalt und Wahrheit näher bringe. Daß ein Antrag, im preußischen Abgeordnetenhause gestellt, im preußischen Herrenhause durchberaten und angenommen, die erste Veranlassung zu der vorhandenen Erregung der Geister gegeben hat, ist ebenso unwesentlich wie der andere Umstand, daß die Wendung des kirchenpolitischen Kampfes mit Rom den äußerlichen Ausgangspunkt bildet. Obwohl die schwebende Frage in politische Verhältnisse eingreift und an der Entwickelung der römischen Kirche ihren Hintergrund hat, ist sie doch durch und durch eine Lebensfrage der deutschen evangelischen Kirche. Freilich nicht die einzige, ja nicht einmal die erste.

Wir halten es mit der evangelischen Kirche aller Jahrhunderte für die Grundbedingung ihres Lebens, daß in ihr das reine und lautere Wort Gottes verkündigt und in ihren Gemeinden ein heiliges Leben geführt wird. Wir haben den siebenten Artikel des Augsburgischen Glaubensbekenntnisses allezeit genugsam bekannt, um darüber keinen Zweifel zu lassen, daß auch uns die Kirche nichts anderes ist als die Gemeinschaft der Gläubigen, welche sich um die rechte Lehre und um die schriftgemäße Sakramentsverwaltung sammelt. Aber wir haben es immer für einen Fehler gehalten, wenn man aus dieser Stelle unseres Hauptbekenntnisses die Folgerung zieht, daß die Gleichgiltigkeit gegen die Verfassung der Kirche eine Pflicht evangelischer Christen sei. Jedenfalls folgt daraus vielmehr, daß die Kirche stark und fest genug gestaltet sein muß, um die bekenntnismäßige Lehre und die richtige Sakramentsverwaltung zu schützen und zu pflegen. Wir behaupten, daß vielfach der evan-

gelischen Kirche diese Gestalt und Gewalt fehlt, und daß das hergebrachte Staatskirchentum eine der mächtigsten, vielleicht die mächtigste Ursache ist, um die Kirche an ihrer rechten Ausgestaltung zu hindern. — Gewiß, es giebt unseres Wissens noch keine evangelische Staatskirche, in welcher es nicht erlaubt wäre, das geistliche Amt im Glauben zu verwalten. Vielen genügt ein solcher Zustand, um sie von der Verwerfung des Staatskirchentums zurückzuhalten. Sie meinen, daß eine Kirche, in welcher die Predigt des göttlichen Wortes nicht verboten sei, noch keinen widergöttlichen Charakter trage. Anderen erscheint es als kirchliche Gesundheit, ja, als das Ideal des Protestantismus, daß in der Kirche nicht bloß den Laien, sondern auch den Predigern die Aussprache jeder persönlichen Überzeugung frei sein müsse. Daß Ja und Nein — mit dem großen Briten zu reden — eine schlechte Theologie ist, daß die Kirche als eine Stiftung Gottes und als eine Grundfeste der Wahrheit den Gegensatz von Bekennen und Leugnen in ihren Ämtern nicht soll dulden können, begreifen sie nicht. So ist es durch die Zaghaftigkeit der einen und die Kühnheit der anderen in vielen evangelischen Landeskirchen dahin gekommen, daß Glaube und Bekenntnis geduldet, aber nicht geschirmt, geschweige denn sorgfältig gepflegt werden. In einer ganzen Anzahl von Ländern, wo freisinnige fürstliche oder radikale republikanische Obrigkeiten das landesherrliche Kirchenregiment in Händen haben, ist es in der That dahin gekommen, daß die evangelische Kanzel zur Tribüne grundstürzenden Irrtums wird, daß unter demselben Kirchendach die entgegengesetzten Lehren friedlich, und nicht einmal immer schiedlich sich zusammenfinden. So sehr dies gegen den Geist der Reformation ist, so ist es doch an manchen Orten ein nicht bloß thatsächlicher, sondern durch Kirchenverfassung rechtsbeständiger Zustand geworden. Es ist klar, daß überall da, wo solche Verhältnisse herrschen, von Kirche nicht die Rede sein kann. Da mag es noch christliche Gemeinden, gläubige Häuflein von Stillen im Lande geben; eine Kirche ist da nicht mehr, denn die Kirche ist nicht denkbar ohne den Grund des Evangeliums, ohne den Eckstein des Glaubens an Christum, auf den sie gebaut ist. — Es ist ein scheinbar besseres Verhältnis, wenn sich der Unglaube nicht rechtskräftig, sondern nur thatsächlich in den Ämtern der Kirche findet und nicht sowohl begünstigt als vielmehr geduldet wird. So liegt es gegenwärtig fast in allen Staatskirchen, wo das Bekenntnis noch giltig ist. Die Verpflichtung auf die Ordnungen der Kirche

ist vorhanden, aber läßt sich nicht durchführen. Die Freigeisterei ist zu mächtig, als daß man den offenen, entschiedenen, beständigen Kampf dagegen aufnehmen möchte. Eine liberale Aera, ein radikaler Magistrat, eine durch Agitation irre geführte Gemeinde schaffen Professorernennungen, Predigerberufungen, Ältestenwahlen, die der Kirche in das Angesicht schlagen. Aber die Furcht vor Aufregung, die Schwierigkeit der Disziplinaruntersuchung, die Macht der Gewohnheit: all das ist so groß, daß man die Dinge gehen läßt, wie sie gehen wollen. Allmählich stumpft sich der Sinn ab, und man sieht ohne Gewissensbisse offenbare Feinde des Kreuzes auf der Kanzel und in den Gemeindeorganen. In den theologischen Professuren, in den geistlichen Stellen, in den Synoden und Presbyterien finden sich Männer, die den wahren Glauben und das Bekenntnis verleugnen. Das ist gegen Recht und Gewissen, aber daran stößt man sich nicht. Bei uns handeln wenigstens die Prediger und Ältesten noch immer gegen ein feierliches Gelöbnis, wenn sie die Bekenntnisse der Kirche bestreiten und doch ein Amt der Kirche inne haben wollen. Wären sie aufrichtig, so müßten sie ein Amt meiden, das sie in Widerstreit mit dem Glauben der Gemeinde, wie mit den Lebensinteressen der Kirche bringt. Aber so groß ist die Verwirrung der Begriffe, daß in der ordinären öffentlichen Meinung und in einer gewissen Presse gerade diese Art von Leuten als die Männer der ehrlichen Überzeugung gefeiert, diejenigen, welche ihr Amt in Übereinstimmung mit ihrem Eid und mit den kirchlichen Ordnungen führen, als Heuchler verschrien werden. Wir erblicken in diesem Nebeneinander von Glauben und Unglauben, in diesem Gemisch von kirchlicher Ordnung und Unordnung die tiefste Ursache der evangelischen Schwachheit, sowohl der Welt wie Rom gegenüber. Auf solcher Unklarheit kann der göttliche Segen nicht ruhen. Kirchen, die diesen Widerstreit in ihrem Inneren haben, fechten mit gebrochenem Schwert; sie sind ebensowenig der titanischen Entschiedenheit und Einheit des Bösen wie der gewaltigen Macht und Geschlossenheit Roms gewachsen.

Vielleicht macht uns jemand aus den lutherischen Landeskirchen den Einwurf, daß solcher Zustand ein Schaden der Union sei, die das Bekenntnis an einzelnen Punkten abgestumpft habe und nun nicht im stande sei, den Rest scharf und klar zu verteidigen. Ein Blick auf die Kirchen des Luthertums, auch auf solche, die den Schutz des Bekenntnisses in Anspruch nehmen, genügt, um den

Irrtum jenes Einwurfes zu beweisen. Nicht bloß unierte, auch lutherische Kirchen haben ihre offen erklärten Protestantenvereinler und können sie nicht los werden. Nur die freien Kirchen der englisch-amerikanischen Welt machen von diesem Mischzustand eine Ausnahme. Es scheint fast unvermeidlich, daß unter den heutigen Verhältnissen die Staatskirchen mit dem Banne behaftet sind, Esau und Jakob zugleich in ihrem Schoße zu tragen. Und eben hierin liegt ihre Krankheit. Es ist die Aufgabe der Kirche, in der Unruhe der Welt den himmlischen Frieden, in dem Sturm des Zweifels die göttliche Wahrheit, in dem Hin- und Herwogen der Meinungen, der sich abwechselnden Strömungen und Parteibewegungen die Klarheit des Handelns darzustellen und so den Menschen den Eindruck gegenwärtig zu halten, daß in ihr etwas ist von dem unbeweglichen Reiche Gottes. Wird die Kirche fast noch mehr als das politische Leben von der Veränderung der Gewalten, der Majorität der Parteien, dem Wechsel der Zeitmeinungen und Weltanschauungen betroffen, dann kann sie ihres göttlichen Amtes nicht warten und steht hilfloser als die Weltmächte der Welt gegenüber.

Es ist das Verhängnis des deutschen Protestantismus, daß die religiöse Freigeisterei, die das Verderben der Kirche ist, dem politischen Liberalismus als das A und O seiner kirchlichen Erkenntnis gilt. Schon Hundeshagen hat vor vierzig Jahren das Unheil vorausgesehen und geweissagt, das in dieser Verquickung einer religiösen Richtung mit einer politischen Parteianschauung liegt. Seitdem hat dies Unheil furchtbare Fortschritte gemacht. Je weiter links die Parteien gehen, desto weiter weichen sie von dem biblischen und kirchlichen Glauben zurück. Der Fortschritt ist als Partei schon nicht bloß freigeistig mehr, sondern kirchenfeindlich, die Sozialdemokratie nicht bloß kirchenfeindlich, sondern erfüllt mit Haß gegen Gott und alles Göttliche. Es gilt in weiten Kreisen als Dogma, daß sich mit dem politischen Liberalismus eine positive kirchliche Stellung nicht vertrage. So falsch und unsinnig dies Dogma ist, so wird es doch geglaubt und befolgt. Und sowohl die Kirche wie der politische Liberalismus leiden empfindlich unter diesem unseligen Aberglauben. Die evangelische Kirche bedarf, und zwar je selbständiger sie sein will, desto mehr des Bürgertums, das vorzugsweise den liberalen Kreisen angehört. Der Liberalismus bedarf zu seiner Vertiefung und Klärung der Beseelung durch einen gläubigen Protestantismus, dessen Fehlen

für die liberale Partei geradezu eine tödliche Wunde ist. Aber es scheint, als werde diese Verbindung immer unmöglicher. Einen großen Teil der Schuld trägt an diesem Übelstand eine falsche Bildung der oberen Klassen. Mit wenigen Ausnahmen ist der akademisch gebildete Deutsche dem christlichen Glauben entfremdet. Die Masse antiker Bildung und realer Kenntnisse, die er in der Gymnasialzeit aufnehmen muß, ohne an der christlichen und nationalen Gedankenwelt ein ausreichendes Gegengewicht zu haben, führt den deutschen Geist, wenn er nicht durch besondere Führungen ergriffen wird, unter die Freidenker oder Indifferenten. Der unbefriedigende Zustand unseres gesamten öffentlichen Lebens hat hierin zum großen Teil seinen Grund. Auch auf die nationalen Verhältnisse wirkt jene falsche Bildung verwirrend und entdeutschend; in der Kirche richtet sie unersetzliche Verheerungen an. Aus den Höhen der Gelehrsamkeit ist sie zu den Tiefen des Volkslebens durchgesickert und hat den deutschen Mittelstand und die großstädtische Arbeiterwelt unkirchlich gemacht. In dem persönlichen und häuslichen Leben ist damit die Ideallosigkeit, im öffentlichen Leben die Geringschätzung der Kirche eingekehrt. Dem evangelischen Volke fehlt es an evangelischer Treue, zuweilen am einfachen protestantischen Ehrgefühl.

Es ist kaum zu glauben, aber es ist buchstäblich wahr, daß in dem Lande der Reformation liberale Protestanten der katholischen Kirche weniger Abneigung, mehr Anerkennung widmen als der evangelischen Gläubigkeit. In dem Getriebe unseres Parteilebens gehört es zu den trostlosesten Zügen, daß die freisinnige Richtung sich weit eher mit Rom als mit der gläubigen evangelischen Theologie befreundet. Die radikale Presse, welche uns mit unverhohlener Bitterkeit behandelt, beweist den katholischen Heißspornen zuweilen eine gewisse Bewunderung. In den Parlamenten ist es geradezu empörend, wie der eine protestantische Fortschrittsmann die Bischöfe auf Kosten der Konsistorien preist, weil sie angeblich mit der Gemeinde in einem besseren Verhältnis stehen, wie ein anderer die römische Kirche erhebt, weil sie bei der frühen Stunde der Messe der Jugend den Besuch der Sonntagsschule ermöglicht. Dabei wiederholen sich in jeder Session die beschämenden Scenen, daß für Positionen der evangelischen Kirche, für einen neuen Generalsuperintendenten oder ein neues Konsistorium das Zentrum einstimmig sein Votum abgiebt, während fortschrittliche Protestanten, sogar Mitglieder von Synoden, die Gelegenheit benutzen, um ihr

Mütchen an ihrer Kirche zu kühlen und die nötigen Summen zu verweigern. — Die nationalliberale Partei ist darin verständiger; sie steht den Forderungen für die evangelische Kirche freundlich gegenüber. Aber es widerfährt doch auch ihren Leuten, daß im offenen Parlament der eine der katholischen Kirche seine Bewunderung ausspricht, ein anderer diese Kirche als eine der Kultur günstigere bezeichnet. Und obwohl es einige nationalliberale Blätter giebt, welche hin und wieder aus befreundeter Feder einen positiven Aufsatz bringen, so giebt es doch keins, das grundsätzlich den positiven Standpunkt unserer Kirche vertritt. Wir stehen nicht an, diesen Zustand der Dinge als ein Unglück zu beklagen und eine Änderung darin für die erste Bedingung der Besserung zu halten. Wir wissen wohl, daß man unserer fälschlich sogenannten Intoleranz die Schuld an diesem Elend beimißt. Wenn die freisinnige Richtung — so heißt es — in der Kirche gleiches Recht hätte, so würde das Bürgertum sich mit mehr Liebe an den kirchlichen Dingen beteiligen. Man wird nicht müde, von gewisser Seite mit Fingern auf uns zu zeigen und uns die Mahnung zugehen zu lassen, wir möchten doch der Linken entgegenkommen, Konzessionen machen, ihr ein Recht einräumen. Wahrlich nicht aus Eigensinn stammt es, wenn wir diese Zumutungen zurückweisen. Es ist der Kirche schon schwer genug, daß sie den Unglauben in ihrer Mitte thatsächlich dulden muß; ihn rechtlich zulassen, hieße die Kirche auflösen. Aber auch abgesehen davon, daß die Kirche mit dem Zweifel nicht paktieren kann, glauben wir nicht einmal an irgend einen Erfolg jenes uns so dringend empfohlenen Vorgehens. Wir finden nicht, daß das Bürgertum der Fahne von links folgt. Auf jeder Versammlung des Protestantenvereins kehrt die Klage wieder, daß der Indifferentismus so überaus groß sei. Ja, offen wird es zuweilen in diesen Kreisen ausgesprochen, daß die verneinende Richtung keine Wärme und Begeisterung, keine Werke und keine Anhänger habe. Sie kann eben den Beweis des Geistes und der Kraft nicht führen.

Anders in der Kirche des Glaubens. Hier sind überall, wo begabte Männer das Evangelium verkündigen, gefüllte Kirchen — wo die Werke der inneren oder der äußeren Mission Mittel und Kräfte erfordern, begeisterte Persönlichkeiten und große Summen — wo die Angelegenheiten der Kirche erörtert werden, besuchte Versammlungen. Gewiß, es liegt über dem gläubigen Kirchentum der Gegenwart wie ein Alp die religiöse Gleichgiltigkeit eines großen

Teils des gelehrten, gebildeten, industriellen, besitzenden Bürgertums, die völlige kirchliche Entfremdung weiter Arbeiterkreise. Aber diese für die Kirche toten Massen würden auch durch ein liberales Kirchenregiment nicht in Bewegung gebracht werden. Vielleicht erweckt sie die Not der Gegenwart und der Gedanke an die Geschicke des Protestantismus.

Wir sehen die Lage unserer Kirche mit ernsten Augen an. Größere Aufgaben sind ihr in sittlicher und sozialer Beziehung nie gestellt als jetzt. Das einig gewordene deutsche Vaterland mit den Segensströmen christlicher Wahrheit und sittlicher Energie zu erfüllen, in dem sozialen Kampf die guten Geister zu stärken, daß sie der bösen Herr werden, die Erneuerung unseres Volkes mit der Kraft aus der Höhe zu durchdringen, damit die nationale und soziale Reform auch aus der Hand der evangelischen Kirche ihre Hilfe empfange: das ist die Mission des gegenwärtigen Protestantismus. Ob und wie diese Aufgabe gelöst werde, daran hängt die Zukunft der Reformation in Deutschland. Soll der evangelische Geist der Wahrheit, der protestantische Geist der Freiheit in Deutschland oben bleiben, dann muß durch alle Schichten und Stände des evangelischen Volkes ein starker Sturm neuen Geistes wehen. Und wenn die Erweckung zum Glauben nicht Menschenwerk, sondern Sache des heiligen Geistes ist, so ist doch das Wachrufen evangelischen Ehrgefühls, das Hochhalten der Reformation und ihrer Errungenschaften, der Entschluß thätiger Teilnahme an der Arbeit der Kirche so sehr durch die Zeit geboten, daß jeder wohlgesinnte Evangelische eine ernste Selbstprüfung vornehmen sollte, ob er seine Stellung zur Kirche verantworten kann, ob er in der Unterstützung ihrer Aufgaben nicht lässig ist. Gerade der wachsenden Macht Roms gegenüber wollen wir zuerst an die in den evangelischen Gemütern wirkenden Lebenskräfte appellieren. Ohne sie sind Maßregeln der Kirchenverfassung, Anträge auf Selbständigkeit, Forderungen von Geldmitteln unwirksam und erfolglos. Aber wir haben das Vertrauen, daß die gegenwärtige Bewegung zur Anregung der Lebensmächte dienen wird. Was eine Volkskirche wie die unsere vor allem braucht, sind Impulse der Kraft und des Lebens. Eben deshalb freuen wir uns der gegenwärtigen Bewegung der Geister.

Der Anfang aller Besserung liegt in der Selbsterkenntnis. Auch für die Kirche ist es die Bedingung des Heils, daß sie ihre wahren Schäden wie ihre ungelösten Aufgaben klar begreift. Davon

sind aber auch viele gläubige und lebendige Christen weit entfernt. Der heutige Protestantismus ist so wenig an den Gedanken der Kirche, so sehr an den Gesichtspunkt der persönlichen Erbauung, im günstigsten Falle an die Betrachtung der Einzelgemeinde gewöhnt, daß oft auch seine besseren Glieder weder an den Schmerzen noch an den Freuden der Gesamtkirche teilnehmen. Die Zersplitterung der Reformationskirchen und die Kleinlichkeit des Landeskirchentums machen es schwer, die Kirche als den Leib Christi anzusehen, dessen Glieder dieselben Leiden, dieselbe Ehre haben. — Man lebt an einem Orte, der einen treuen, gläubigen Geistlichen, schöne Gottesdienste, reiche Liebesthätigkeit hat, und fühlt sich völlig befriedigt, ohne an die bittere Armut anderer Brüder und Schwestern zu denken. Man gehört wohl gar zu einem Kreise gesegneter Arbeit für innere oder äußere Mission, fühlt die Freude des Erfolges und der Gemeinschaft, übersieht aber die Gleichgiltigkeit der anderen und die Entwicklung des Ganzen. Man steht in einer Gemeinde, deren Wahlen gut ausgefallen sind, und denkt nicht daran, daß nebenan der bare Unglaube und der wilde Kirchenhaß gesiegt haben. Oder man ist Optimist und erwartet von der Zukunft, was die Gegenwart nicht bietet, tröstet sich über den schlechten Gemeindekirchenrat mit der guten Provinzialsynode, über mangelhafte Verfassungsgrundlagen mit dem günstigen Ergebnis der Generalsynode.

Gewiß soll ein Christ seine Augen nicht vor dem Guten verschließen, das unsere kirchliche Gegenwart an sich hat. Wir wollen es gern zugeben, daß die Befürchtungen, welche die unseligen Schlußbestimmungen der Generalsynodalordnung seiner Zeit erweckten, sich auf den höheren Stufen des synodalen Lebens nicht erfüllt haben, daß hier und da ein unkirchlicher Älteste, der infolge der freien Gemeindewahl in den Kirchenrat eingetreten ist, sich der Teilnahme am Gottesdienst und Abendmahl zugewandt hat, daß das evangelische Bewußtsein und Glaubensleben Deutschlands nicht im Absteigen, sondern im Aufsteigen begriffen ist. Wir haben meist bekenntnistreue kirchenregimentliche Behörden, fast überall die Anfänge kirchlicher Selbständigkeit in den Synoden, eine Anzahl kirchlicher, die studentische Jugend begeisternder Professoren der Theologie, eine überwiegende Schar gebildeter, im Glauben stehender Geistlicher, eine mit jeder Stunde wachsende Arbeit der inneren Mission, eine größere Gemeinschaft der Gläubigen in allen Kirchen, dazu eine Stunde der Selbstbesinnung auch für die Verächter der Kirche und

für die dem Evangelium entfremdeten Volksmassen. Grund zum Verzagen ist nicht; mancher findet wohl, es sei für die Kirche kaum je eine bessere Zeit gewesen als jetzt. Trotzdem bleiben wir dabei, daß die evangelische Kirche an dem in ihrer Organisation vorhandenen Gemisch von Glauben und Unglauben einen tödlichen Schaden hat, über den uns einige gute Züge und günstige Verhältnisse nicht beruhigen können. Diese lichten Stellen lassen uns das Dunkel an anderen Orten nur um so dunkler erscheinen. Von jenem Schaden aber zehrt Rom und die Sekten. Auch ist es eine Kurzsichtigkeit, über gewissen Lebensspuren zu vergessen, daß es im ganzen und großen an lebendigem Christentum fehlt. Das Vorhandensein von gesunden Zuständen hier und da, wo sich die Seelen im kirchlichen Leben wohl fühlen, kann nicht über Tausende von toten Gemeinden hinweghelfen, wo ohne Segen und Wirkung gepredigt und Seelsorge wenig geübt wird. Daß der Glaube auf Provinzial- und Generalsynoden die Majorität hat, hebt den beständigen Schaden nicht auf, der immer wieder in Gemeindekirchenräten und Kreissynoden durch den offenen Unglauben gestiftet wird. Berlin hat jene günstigen Verhältnisse wie kaum eine andere Stadt Deutschlands: lebendige Zeugen des göttlichen Wortes, einen energischen Betrieb der inneren Mission, ein lebhaftes Pulsieren des christlichen Geistes, eine dem Christentum zugängliche Bevölkerung, eine christlich angeregte Strömung des öffentlichen Lebens. Dennoch ist die evangelische Kirche als solche gerade in der Hauptstadt des Reiches so schwach, daß für die halbe Million Evangelischer, um die sich seit dem französischen Kriege Berlin vermehrt hat, so gut wie nichts geschehen ist. Abgesehen von der Dankeskirche, die ihren Ursprung den schauerlichen Attentaten des Jahres 1878 verdankt und eher ein Beweis von Not als von Hilfe ist, hat die Kirche von Berlin nichts weiter vermocht, als daß gegenwärtig eine elende Kapelle für eine Gemeinde von 60000 Seelen durch eine Kirche ersetzt wird, eine Gemeinde von 140000 Seelen geteilt ist, eine andere von 100000 Seelen geteilt werden soll. Ist eine solche Kirche lebensfähig?

Im Westen der preußischen Landeskirche steht es mit dem Kirchenbauen, Gott sei Dank, anders. Städtische Gemeinden bauen ohne fremde Hilfe Kirchen, die eine Million und darüber kosten; Parochien, die zu groß geworden sind, teilen sich aus eigenem Antrieb in übersehbare Gemeinden. Aber der Fall Bender hat den Brüdern im

Westen zu ihrem eigenen Schrecken gezeigt, daß auch dort ein kirchenfeindliches Vorgehen, sei es auch noch so taktlos und widerwärtig, auf den Schutz unzähliger sogenannter Gebildeten zu rechnen hat. Das Elend in den Mischehen, die unser Volk allmählich, aber sicher der römischen Kirche überliefern, ist in Rheinland-Westfalen nicht viel geringer als bei uns. Und in dem „protestantischen Rom" hat die ungebrochene Sozialdemokratie so viel Macht wie nur irgendwo im deutschen Reich. Das alles zeigt, daß auch da, wo noch ein wahres Gemeindeleben blüht, doch der Einfluß der Kirche gering ist, daß Aufgaben, welche nicht die Einzelgemeinde, sondern nur die Kirche lösen kann, ungelöst bleiben. Eben hierauf möchten wir die Aufmerksamkeit unserer Freunde wie unserer Feinde richten. Gegenüber den massenhaft zusammengeballten Mächten des Verderbens, der Unkirchlichkeit wie der Unsittlichkeit, dem Unglauben wie dem Umsturz, ist der beliebte protestantische Individualismus nicht stark genug. So sehr wir die römische Kirchenart, diese Autorität ohne Wahrheit, diese Unterwerfung ohne Gewissen, verurteilen, ebenso sehr verwerfen wir die uns bedrohende Kirchenauffassung, persönliche Überzeugung ohne Geltung der Bekenntnisse, Suchen nach Wahrheit ohne Gewißheit des Glaubens und des Heils.

Der unbefriedigende Zustand der evangelischen Kirche, ihr Mangel an innerer Gemeinschaft wie ihr geringer Einfluß auf das Volksleben ruft denn auch bei vielen ernsten Gliedern derselben wachsende Besorgnisse hervor. Man nennt es Volkstümlichkeit, was ihr fehlt, und forscht nach Mitteln, sie volkstümlicher zu machen. Dabei verfällt man auf die verschiedenartigsten Ratschläge. Die Linke preist uns als Universalmedizin den bekannten protestantenvereinlichen Satz an, daß die Kirchenlehre mit der gegenwärtigen Bildung in Einklang zu bringen sei, anstatt die Hilfe richtiger darin zu suchen, daß die Kultur sich mit dem Evangelium aussöhne. Von rechts empfiehlt man die straffe Anspannung des Bekenntnisses als die erste aller Bedingungen zur Gesundung, ohne zu bemerken, daß wir in Deutschland Bekenntniskirchen haben, die völlig tot sind. Dilettanten der inneren Mission suchen durch kleine Arbeiten die große Existenz der Kirche zu ersetzen und vergessen, daß ohne den Schutz und die Stütze der Kirche die wohlgemeintesten Bestrebungen der Liebesthätigkeit zuletzt im Sande verlaufen. Laienarbeit und Laienpredigt ist für andere Losung und Feldgeschrei, wobei sie allzuleicht übersehen, daß Laien mit einer populären geistlichen Bered-

samkeit noch seltener sind als volkstümlich begabte Pastoren, und das geistliche Amt nun einmal in der Kirche der Reformation seine biblisch begründete, historisch gewordene Stellung hat, die nicht ungestraft beseitigt werden kann. Englische Methoden werden in kleinen Kreisen geliebt und gepflegt, ohne uns vorwärts zu bringen, weil eben unser Volkskirchentum eine ganz andere Art der Hilfe verlangt als das in Hunderte von Kirchen und Sekten geteilte Leben der englisch-amerikanischen Welt. Auch die Forderung, daß die Kirche mehr Fühlung mit dem öffentlichen Leben haben müsse, bietet allein keine Aussicht auf Besserung, weil gerade in der Verbindung mit den politischen Mächten Schwierigkeiten liegen, die der Kirche Not genug machen. Deshalb sehen andere die Rettung vor allem in Verfassungsveränderungen, in einer größeren Unabhängigkeit der Kirche von der Welt und sind nicht abgeneigt, in der Formel des großen piemontesischen Staatsmannes: freie Kirche im freien Staate! die Verwirklichung einer neuen und besseren Gestalt des Reiches Gottes auf Erden zu fassen.

Diese bunte Musterkarte von Vorschlägen, die lange nicht vollständig ist, beweist am besten die allgemeine Ratlosigkeit. Gewiß liegt in ihnen allen ein Körnchen Wahrheit. Die Kirche muß der Zeitbildung ein klares Auge und ein offenes Herz entgegenbringen; aber wer darf ihr vorwerfen, daß sie das heutzutage nicht thut? Daß eine feste Bekenntnisgrundlage für die Kirche unentbehrlich ist, wird man kaum noch bezweifeln; wo eine bekenntnislose Union sich breit machen will, wird sie mit Recht verurteilt. Die innere Mission vermag viel zur Überbrückung der religiösen Kluft beizutragen; doch soll man sie nicht zum Surrogat der Kirche oder gar zu etwas Höherem als die Kirche selbst machen wollen. Nach frommen Laien streckt jeder Geistliche seine Hand aus; nur soll man nicht meinen, daß theologische Bildung gleichgiltig, wohl gar schädlich sei. Das Drängen auf persönliche Entscheidung in den überseeischen Kirchen, wenn es von aller ungesunden Treiberei losgelöst ist, wollen wir als ein Hilfsmittel auch für unsere schlafenden Kirchenmassen gern anerkennen; aber es bleibt doch dabei, daß eine Kirche wie ein Staat durch dieselben Mittel erhalten wird, durch die sie begründet ist, und daß die deutschen Volkskirchen andere Wege fordern als die englischen Denominationen. Und so sehr wir einerseits einer klaren Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche das Wort reden, andererseits eine stärkere Teilnahme der Kirche an dem öffentlichen,

besonders dem sozialen Leben wünschen, so wäre es doch verkehrt, von bloßen Verfassungsreformen ohne Reformation des Geistes das Heil der Kirche zu hoffen. Die Kirche wird ihre Notstände wie Hilfsmittel immer zuerst in ihrem eigensten Wesen zu suchen haben. Nicht irdischer Rat, nur ein größeres Maß heiligen Geistes kann der Kirche helfen.

Im dritten Artikel des zweiten Hauptstückes unseres Katechismus steht die Kirche zwischen dem Bekenntnis zum heiligen Geist und dem reichen Begriff einer Gemeinschaft der Heiligen. Das Leben des heiligen Geistes ist ihre Quelle, die Gemeinschaft der gläubigen Christen ihr Ziel. Man braucht nicht gerade klarsehend zu sein, um zu erkennen, daß das heutige Staatskirchentum aus jener Quelle wenig Kraft schöpft und zu jener gläubigen Geistergemeinschaft nicht hinleitet.

An dem evangelischen Bekenntnis liegt die Schuld nicht. Unser kirchlicher Lehrgrund ist das Wort der heiligen Schrift, wie es in dem deutschen Gewissen sich als Gotteskraft bezeugt, in der lebensvollen Persönlichkeit Luthers sich gestaltet, in den Kämpfen um Sein und Nichtsein der evangelischen Kirche sich bewährt, aller Feindschaft zum Trotz sich bis heute als Wahrheit behauptet hat. Unser Eckstein ist derselbe, den auch der Apostel Paulus in das Fundament der Kirche hineinbaute, Jesus Christus, der eingeborene Sohn Gottes, der aus der Ewigkeit in das Fleisch kam, um uns zu erlösen, der Gekreuzigte und Auferstandene. Wenn man in gewissen Kreisen mit einem Schein von Wissenschaft dem Christentum der Apostel das Christentum Christi als das bessere gegenüberstellt, so lassen wir diesen Gegensatz nicht gelten. Paulus, Petrus und Johannes haben keine andere Lehre gehabt als ihr Meister. Wir erkennen an, daß gerade für die volkstümliche Predigt in den Reden Christi ungehobene Schätze liegen, welche durch den allzudogmatischen Charakter unserer Kirche verschüttet waren, daß wir seine Seelsorge, die dem Ärmsten und Elendesten am freundlichsten begegnete, ebenso seine Beurteilung der Welt, deren Ehren und Reichtümer er gering achtete und strafte, gerade in unserer sozial zerrissenen Zeit wieder mehr zur Richtschnur nehmen müssen. Aber wir leugnen, daß die Botschaft vom Heil, wie sie St. Paulus verkündet und die Reformation sie von neuem gepredigt hat, in ihrem Mittelpunkt die Rechtfertigung aus dem Glauben, irgendwie überwunden oder überholt sei. Der unerschöpfliche und von keiner Kirche auf Erden übertroffene Reich-

tum der evangelischen Kirche an köstlichen Liedern und Gebeten, an Erbauungsbüchern und Liturgien beweist es, daß in der Rechtfertigungslehre, die sich persönlich von Angesicht zu Angesicht an die Liebe Christi, an sein Leiden und Sterben wendet, ein Quell wahren göttlichen Lebens rauscht, tiefer als das Meer und reicher als die ganze Welt. Nichts erscheint uns bedenklicher, als daß eine Theologie, welche den Ernst der Versöhnung zugleich mit dem persönlichen Verhältnis zu Christo vernichtet, in unseren Tagen so überhand nimmt. Ihr muß man den biblischen Glauben in seiner ganzen Kraft wieder entgegenstellen.

Der Mangel an wahrhaftigem Geistesleben liegt wie ein Bann über dem Kirchentum der Gegenwart. Deshalb ist die Predigt, auch die positive, so oft nur ein Reden über unerlebte Dinge, kein Zeugen von Erfahrungen, die den Prediger selbst erweckt haben und nun andere erwecken. Deshalb fehlt es an der prophetischen Kraft, die sich den offenbaren Sünden des Volkes, dem gottlosen Parteiwesen, der kirchenfeindlichen Presse, der überhandnehmenden Prostitution, offen entgegenwirft. Die Macht der Überzeugung, daß allein der Glaube selig und der Unglaube verdammt macht, ist nicht vorhanden; der brennende Eifer in dem Suchen der Seelen ist vielfach erloschen, und der dem heiligen Geiste und der Kirche Gottes notwendige Gegensatz zur Welt ist verwischt. Der Boden zittert uns unter den Füßen, die Christenheit aber leidet an Schlaf und kann nicht eine Stunde mit ihrem König wachen.

Wir nennen uns die Kirche der Bibel, und gewiß haben die Väter der Reformation, die Helden des evangelischen Glaubens diesen Namen mit ihrem Herzblut besiegelt. Die Nachgebornen getrauen sich nicht, das Erbe der Väter festzuhalten und zu schirmen. Es ist erschütternd, den energischen Geist der Schrift und der Reformation mit dem verweichlichten, zaghaften Sinn zu vergleichen, der gegenwärtig in der Kirche herrschend ist. Wer nicht glaubt, der ist schon gerichtet, der wird verdammt werden, — so sagt der Mund der Wahrheit; in unserem verweltlichten Kirchentum kann man ungläubig sein und dabei Ältester, Synodaler, Pastor werden und bleiben. So jemand euch Evangelium predigt anders, denn das ihr empfangen habt, der ist verflucht; ist Christus nicht auferstanden, so ist euer Glaube eitel, — so spricht der Apostel des Glaubens; unsere Zeit hat die Lehrzucht wie die Kirchenzucht

verloren und versteht solchen Spruch nicht mehr. So jemand zu euch kommt und bringet diese Lehre nicht, den nehmet nicht zu Hause und grüßet ihn nicht, — befiehlt der Jünger der Liebe; heutzutage wird es vielfach als höchste Pflicht angesehen, Kirchenfeinde durch Liebenswürdigkeit zu gewinnen. Noch vom Himmel her rühmt der Herr, der unter den sieben goldenen Leuchtern wandelt und die sieben Sterne in seiner Rechten hält, daß der Engel zu Ephesus die Bösen nicht tragen kann, die falschen Apostel als Lügner erfindet und die Werke der Nikolaiten, der Volksverderber haßt. Er hat wider Ephesus, daß es die erste Liebe verlassen hat. Unser Geschlecht hat die erste Liebe nicht; es hat auch jenen Haß nicht mehr. Die heilige Intoleranz wider die Bösen, die falschen Apostel, die Volksverderber richtet sich höchstens gegen sozialdemokratische Agitatoren, nicht gegen atheistische Professoren, christusleugnende Geistliche, kirchenfeindliche Gemeindeglieder. Mit dem Knaben Absalom säuberlich zu fahren, ist oft einzige Weisheit geworden. Und die vertragende Geduld, gewiß eine den Ephesiern wie uns notwendige Tugend im Kampf, tritt statt des Kämpfens selbst als Lebensprinzip der Christenheit in den Vordergrund. Der heilige Geist aber flieht. Er beweist sich in der schlafenden, weltmäßigen Christenheit nicht. Er übt sein Strafamt an der Welt nicht mehr, darum kann er sie auch nicht mehr von der Sünde, der Gerechtigkeit und dem Gericht überführen. Können wir uns darüber wundern? Wir wundern uns nicht, daß Kirchen, die den Besitz der göttlichen Wahrheit der Welt gegenüber nicht geltend machen, von der Welt auch nicht als Stiftung Gottes anerkannt werden. —

Soll es anders werden, so muß die Kirche sich in ihrem von der Welt unterschiedenen Geiste erst wieder erfassen. Unsere Gelehrten, die so viel Wert darauf legen, daß die Theologie mit den anderen Wissenschaften als gleichberechtigt anerkannt werde, sollten viel mehr Wert darauf legen, die Gottesgelehrsamkeit in ihrer Verschiedenheit von dem Weltwissen geltend zu machen, die Liebe Christi, welche alle Erkenntnis übertrifft, in ihrer wunderbar und einzig dastehenden Schönheit den jugendlichen Herzen nahe zu bringen und ihnen mit dem Trieb der Selbstverleugnung den Eifer der Weltüberwindung in das Herz zu pflanzen. Die Geistlichen in ihrem heute doppelt schweren und verantwortungsvollen Amt müssen in grenzenloser Hingebung auch da, wo sie wenigen Lohn

bei vieler Arbeit haben, den Beweis führen, daß die Diener Christi keine Mietlinge und die Waffen ihrer Ritterschaft geistlicher, überirdischer Art sind. Ist vielen Menschen unserer Zeit der Himmel eingebrochen und die Realität der unsichtbaren Welt zunichte geworden, so sollte jeder lebendige Christ durch seinen Wandel im Geist, durch seine Gemeinschaft mit andern in der Liebe, durch ein freudiges Bekennen des Glaubens, durch ein Leben im Gebet an der Darstellung der Gemeinschaft der Heiligen mitwirken. Und so in gesammelter Energie des Geistes müßte die Kirche in allen ihren Ständen und Ämtern den friedlichen Kampf mit der Welt, den sie vergessen hat, wieder aufnehmen.

Heute ist die Kirche in vieler Augen nichts weiter als die religiöse Seite des Volkslebens, eine Art Schmuck für das natürliche Leben, zuweilen nur noch Sargschmuck für liebe Tote, die bei Lebzeiten um die Kirche sich nicht bekümmert haben. Diesen bloßen Dekorationscharakter muß die Kirche Gottes aufgeben. Sie muß mit der Absicht dastehen, der Welt wieder als Sauerteig zu dienen. Und wenn sie auch nicht im stande sein wird, die Welt, die dem Gericht entgegenreift, in allem Einzelnen zu verklären, kann sie doch die Kraft entfalten, die Gewißheit in sich tragen, daß der Glaube der Sieg ist, welcher die Welt überwindet. — Die Kirche, die in ihrem innersten Kern vielfach von der Welt berührt, oft geradezu von Weltmächten beherrscht ist, will es doch in ihrem Wirken oft nur mit dem Einzelnen zu thun haben. Während sich die Feindschaft gegen sie in organisierten, übermächtigen Erscheinungen darstellt, ist sie selbst in ihrer Arbeitsmethode allzu individualistisch. Dem öffentlichen Leben wendet sie nicht genug Aufmerksamkeit zu. In weiten Kreisen gilt es für höchste Weisheit, die Kirche auf die Kanzel und Sakristei, auf Stube und Kammer zu beschränken. Die antichristlichen Mächte treiben ihr Wesen in der freien, offenen Welt, nicht bloß im Kämmerlein, sondern auch in den Kammern, nicht bloß in der Familienstube, sondern auch in der Volksversammlung; Presse und Partei werden in der gehässigsten Weise benutzt, um die Kirche herabzuwürdigen und um ihren Einfluß zu betrügen. Und noch immer giebt es Christen genug, welche die Rolle des stillen Daseins für die der Kirche allein zuträgliche halten. Die soziale Frage tritt freilich drohend genug vor sie hin, um sie aus ihrem Stillleben mit Gewalt aufzurütteln. Allmählich gehen in allen

evangelischen Kirchen den leitenden Männern und Behörden die Augen auf, daß die Kirche hinter der Entwickelung der Zeit zurückgeblieben ist und im öffentlichen Leben viel nachzuholen hat. Sowohl in den Kreisen des französischen Protestantismus wie in den englisch-amerikanischen Kirchen hat man im letzten Jahre die Notwendigkeit gefühlt, die theologische Existenz einzuschränken und sich mit der Frage über Wohl und Wehe des Volkslebens energischer zu beschäftigen.

Das hergebrachte Staatskirchentum hat sich überlebt. Sein Zusammenbruch in näherer oder fernerer Zeit ist gewiß; nur die Stunde desselben kann zweifelhaft sein. Eine Kirche, welche ihr Bekenntnis nicht genügend zu schützen, ihre Volkstümlichkeit kaum zu behaupten, dringende Aufgaben nicht zu lösen vermag, muß Formen suchen, die ihre Lebensentfaltung nicht wie bisher hindern, sondern fördern. Eine nüchterne Betrachtung wird mit der Geschichte nicht hadern, daß unsere Kirche mehr als drei Jahrhunderte die Knechtsgestalt getragen hat. Ein historischer Sinn wird sogar die Notwendigkeit begreifen, aus der heraus die deutsche Reformation ihre Kirchenform geschaffen hat, und die mancherlei Segnungen anerkennen, die der enge Zusammenhang zwischen Staat und Kirche unleugbar mit sich gebracht hat. Auch wird man sich hüten müssen, den Abbruch des Staatskirchentums zu überstürzen, ehe die Grundlagen des neuen Hauses fest genug sind. Es kommt nur darauf an, das Ziel klar vor Augen zu haben; für den Weg die Zeit zu bestimmen, ist die Führung Gottes und der Gang der Geschichte. Das Ziel aber kann kein anderes sein als der Ersatz der vom Staat beherrschten durch eine selbständige Kirche, die sich mit dem Staat auseinandergesetzt und freundschaftliche, auf gegenseitige Anerkennung gegründete Beziehungen zu ihm ausgebildet hat. — Man thut der Reformation unrecht, wenn man das Staatskirchentum ihr als Schuld anrechnet. Der Byzantinismus, die schlimmste Gestalt dieser kirchlichen Entartung, ist ein Jahrtausend älter als die evangelische Kirche. Und in den nachmals protestantischen Ländern herrschte teilweise schon kurz vor der Reformation eine solche übergreifende Kirchengewalt der Fürsten, daß einer derselben meinte, er sei Papst in seinem Lande. Ob die Begründer der lutherischen Kirche nur aus Not oder aus Überzeugung die Kirchengewalt in die Hand der Landesherren legten, ist bekanntlich eine schwierige Frage. Luther war ganz gewiß dem Staatskirchentum

so abgeneigt wie nur einer. Wir glauben, daß sowohl er wie Melanchthon die bischöfliche Verfassung als die für die evangelische Kirche geeignetste ansahen. Wenn man ihre Äußerungen, daß sie die Bischöfe gern behalten wollten, so erklärt, sie hätten die katholischen Bischöfe anerkennen wollen, wenn dieselben nur evangelisch gelehrt hätten, so gilt dies doch nur von einzelnen ihrer Aussprüche. Im ganzen haben sie sich unzweideutig für die prinzipielle Trennung der weltlichen und geistlichen Gewalt, und ebenso in den Bekenntnisschriften wie sonst für die bischöfliche Verfassung ausgesprochen. Was ihre Anschauungen in diesem Punkte am deutlichsten beweist, ist die Thatsache, daß sie eine ganze Reihe von evangelischen Bischöfen eingesetzt haben. Erst als dies Verfahren an den Verhältnissen scheiterte, gingen die Reformatoren dazu über, den Fürsten als eine von Gott geforderte Schutzpflicht die Handhabung des Kirchenregimentes in die Hand zu geben.

Aber man würde irren, wenn man die evangelischen Kirchen des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts mit dem Staatskirchentum von heute auf eine Stufe stellen wollte. Sie waren viel mehr Kirchenstaaten als Staatskirchen; der Landesherr regierte die Kirche, von deren Bekenntnis er beherrscht war. Es geschah allerdings oft genug das Ungeheuerliche, daß der Fürst bei einem Konfessionswechsel sein Volk zwang, mit ihm überzutreten; aber dann beugte er sich dem Bekenntnis der neu angenommenen Konfession ebenso, wie er sich dem früheren untergeordnet hatte. Nicht das Bekenntnis der Kirche litt, sondern das Gewissen der Christen. Länder wie die Pfalz, die in einem halben Jahrhundert den Konfessionswechsel mehrmals vollzogen, mußten am Glauben Schiffbruch leiden und zeigen wohl noch in ihrem heutigen Leben Spuren der damaligen Vergewaltigung. Aber auch wo solche widergöttliche Verhältnisse nicht herbeigeführt wurden, hinderte der Umstand, daß die weltliche Obrigkeit das Regiment führte, die Ausbildung der Fähigkeit zur selbständigen Leitung des Kirchenwesens, zerstörte die Beschränktheit des Kirchenkreises den Sinn für die großen Angelegenheiten der Kirche, verkümmerte das Gemeindeleben, überwucherte die dogmatische Streitlust. Da es der Kirche an praktischer Arbeit fehlte, kam die theologische Kleinkrämerei auf. Mit einem wilden, oft gottlosen Haß gegen die Glieder der anderen Konfession trat der gelehrte Müßiggang in die Schranken, und die Gemeinden litten unter dem Mangel an christlicher Liebe fast noch mehr als unter der Ab-

wesenheit einer organisierten Thätigkeit. Der Reichtum einer vorbildlichen Persönlichkeit, wie die Luthers war, wurde vergessen. Der Pietismus, nach ihm die Aufklärung machten dem wüsten Streiten ein Ende, ohne doch der Kirche ihre rechten Lebensaufgaben anweisen zu können. Und als sich die Ideen der Toleranz wie der Freigeisterei allmählich der weltlichen Obrigkeiten ebenso wie der kirchlichen Kreise bemächtigten, da hörte eine Zeit lang das Leben der Kirche beinahe auf, und nur in kleinen Kreisen, einzelnen Persönlichkeiten, frommen Gesangbüchern und Erbauungsschriften fristete die evangelische Frömmigkeit ein kümmerliches Dasein. Der Absolutismus ergriff die Kirche mit harter Hand und schuf das moderne Staatskirchentum, in welchem die weltliche Obrigkeit das Szepter führte, dem Herkommen nach an das Bekenntnis, die Ordnungen, den Beirat der Kirche gebunden, aber, wenn sie will, auch völlig frei von jeder Schranke, Rücksicht und Beratung durch Konsistorien und Theologen.

So trat die Kirche in unser Jahrhundert ein und konnte es in Preußen erleben, daß sie unmittelbar nach den furchtbaren Schlägen der Napoleonischen Zeit in einer Abteilung des Ministeriums ihre Oberbehörde empfing. Das Aufwachen des religiösen Geistes in und nach den Freiheitskriegen hat dann dem ganzen kirchlichen Leben einen neuen Hauch, die Union dem Verständnis für Lehre und Bekenntnis der Kirche einen neuen Antrieb, das Verlangen nach einer freieren Staatsverfassung auch der Kirche das Streben nach einer anderen Gestaltung gegeben. Als die Stürme der Revolution im Jahre 1848 daherbrausten, wurde sowohl in der deutschen Reichsverfassung wie in der preußischen Staatsverfassung die Freiheit der Kirche als Grundsatz anerkannt. Die Liberalen von damals, sehr im Unterschied von ihren gegenwärtigen Namensvettern, waren es, die im Bunde mit den Katholiken die kirchliche Selbständigkeit proklamierten. Und indem die absolute Monarchie zur konstitutionellen umgebildet wurde, mußte auch die damit verbundene landesherrliche Kirchengewalt einer Änderung notwendig entgegengeführt werden. Der souveräne Fürst, welcher früher durch seine Minister die Kirche leitete, geriet in eine gewisse Abhängigkeit von dem Landtag, vor dem seine Minister ihre Maßregeln, auch ihre kirchlichen, zu verantworten hatten. Der Landtag aber, nicht bloß interkonfessionell, sondern Juden und Dissidenten zugänglich, konnte nicht die Stätte sein, um innerkirchliche Gegenstände zu verhandeln. Die

katholische Kirche benutzte ihre fertige Verfassung, um sich die ihr geschenkte Freiheit anzueignen. Die evangelische Kirche, in den Händen des Staates und ohne Verfassung, war in der übelsten Lage. Aber alle Einsichtigen, Minister und Politiker, Fakultäten und Gelehrte, erkannten die Notwendigkeit einer Änderung und sprachen das offen aus.

Niemand empfand die grenzenlose Schwierigkeit der Lage schmerzlicher als König Friedrich Wilhelm der Vierte. Empfänglich für die Herrlichkeit der Kirche und empfindlich gegen die ihm aufgezwungene Verfassung, lebte und webte er in dem Gedanken, der evangelischen Landeskirche eine bessere, apostolische Gestalt zu verleihen. Seine Äußerungen sind von überraschender Kühnheit, Klarheit und Schönheit. Sie atmen den edlen Geist kirchlicher Freiheit und christlicher Wahrheit. Im vollen Gefühl seiner königlichen Stellung von Gottes Gnaden lehnte er die regierende Gewalt in der Kirche ab, indem er über der Kirche eine Art Schirmherrschaft erstrebte.

In einem Briefe an Bunsen schrieb er: „Ich kann dem Staat und auch dem Fürsten keine Übung der Kirchengewalt zugestehen. Dagegen hat der Fürst die Gewalt über die Kirche. Er gehört der Kirche, ist ihr Sohn, aber alle Glieder derselben sind seine Unterthanen; diese Wahrheit ignorieren zu wollen, führt zu schmählichen Komödien.“ Uud an anderer Stelle: „Der Fürst, zum Bewußtsein des Zustandes der Kirche und ihres Verhältnisses zu ihm gelangt, würde feierlich erklären, sein oberbischöfliches Verhältnis, dermalen unbezweifelt Rechtens, drücke sein Gewissen, weil es noch unbezweifelter unkirchlich und unchristlich sei.“

Er sehnte sich, das Regiment der Kirche in die rechten Hände zu legen, unter denen er Bischöfe mit übersichtlichen Sprengeln verstand, und damit dem hergebrachten, seit der Reformation eingebürgerten Zustand ein Ende zu machen. Ihm war das Staatskirchentum der Grund der Schwachheit unserer Kirche; der Territorialismus und der landesherrliche Summepiskopat erschienen ihm jeder für sich völlig ausreichend, die Kirche zu töten, wäre sie sterblich. Der König wurde nicht müde, das Unbefriedigende der kirchlichen Regierungsform zu kennzeichnen. Leider wurde dieser Gedanke wie so oft bei dem geistreichen Fürsten nicht zur That; es fehlten ihm die rechten Hände, um die rechten Hände zu schaffen. — Die Weiterentwickelung der Kirche bewegte sich in

ganz anderen Bahnen; die Anfänge einer presbyterial-synodalen Verfassung wurden gegeben und kamen zum vorläufigen Abschluß in der Generalsynodalordnung, die durch ein schlechtes Staatsgesetz modifiziert und befestigt wurde. Im Westen der Monarchie hatte in Anknüpfung an alte kirchliche Verhältnisse schon Jahrzehnte hindurch eine Verfassung bis zur Provinzialsynode hinauf bestanden; nun wurden die Provinzen Rheinland und Westfalen mit dem Osten zu einer Generalsynode verbunden. Ein großer Schritt war geschehen; die evangelische Landeskirche Preußens hatte endlich eine Gesamtverfassung, einen Mund zum Reden, eine Mitwirkung bei der kirchlichen Gesetzgebung. Im übrigen waren die Spuren der Selbständigkeit dürftig genug. Eine Mitwirkung des Generalsynodalvorstandes bei der Ernennung der Generalsuperintendenten, der Provinzialsynodalvorstände bei der Besetzung der Superintendenturen, die Selbstbesteuerung der Landeskirche für allgemeine Zwecke bis zu 4 pCt.; das war im Grunde alles, was der evangelischen Kirche an größerer Freiheit zu teil wurde. Auch diese Gaben mußten durch die drückendsten, widerkirchlichsten Zugeständnisse erst erkauft werden. Der Kultusminister nahm sich ein Placet, welches früher nicht bestand und der katholischen Kirche gegenüber ruht; durch eine wahre Vergewaltigung wurden die großstädtischen unkirchlichen Massengemeinden mit einem Übermaß von Wählern in die Kreissynode und so in die Provinzialsynoden hineinorganisiert. Im landesherrlichen Kirchenregiment aber blieb alles beim Alten. Eine schmerzliche Enttäuschung, die noch heute in den Herzen nachzittert, zog damals durch die ganze Kirche. Man hatte Freiheit erhofft und empfing neue Ketten. Selbst ein so liberales Blatt wie die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ nannte damals die Verfassung „Unterordnung der protestantischen Kirche unter die Staatsregierung, — einen notwendigen Akt, um die Rechte der verantwortlichen Staatsregierung zu wahren, und das geeignete Mittel, dem Summepiskopat des Landesherrn den cäsaropapistischen Charakter zu benehmen. Die protestantische Kirche“ — fügte das Blatt hinzu — „genießt, ungeachtet der Zugehörigkeit des Landesherrn zu derselben, keinen Vorzug vor der katholischen, welcher diese zur Eifersucht reizen könnte.“ Und ein liberaler Katholik wie von Kirchmann äußerte schadenfroh, aber treffend: „Die so vielfach und laut geforderte Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Kirche vom Staat

ist in der neuen Synodalordnung nirgend zu finden. Wo kleine Stücke von Freiheit durch einzelne Paragraphen gewährt worden sind, hat der Staat doch die genügenden Mittel behalten, um thatsächlich die Lockerung dieser Abhängigkeit zu hindern, so weit sie ihm nicht genehm ist. Ja, man kann sagen, das bisherige absolute Regiment hat durch die Hinzunahme einer Vertretung in seiner wirklichen Macht so gut wie nichts eingebüßt, wohl aber das Odium, welches dem nackten Absolutismus anhaftet, in einer feinen Weise auf die Synoden abgeladen." Vor dem Erlaß der Verfassung hatte niemand gedacht, daß die evangelische Kirche so kümmerlich abgespeist werden würde. Aber das nun gewährte Maß von Selbständigkeit blieb auch hinter den allergeringsten Erwartungen zurück. Der Landtag beschränkte auch das Minimum noch. Er legte das Placet in die Hände des Staatsministeriums, forderte für sich die gesetzgeberische Mitwirkung bei jeder Änderung der kirchlichen Organisation und bei der Besteuerung und behielt, wie offen ausgesprochen wurde, durch die Bewilligung der Geldmittel auch sonst die Hand im Spiel. In der That, kein schönes Bild, das die Kirchenverfassung, dies Ziel so vieler Sehnsucht, darbot! Zum Teil auf den Sand der großstädtischen Massen gebaut, ohne Widerlager in die Höhe geführt, mit schwachen Mauern versehen, in byzantinischer Kuppel auslaufend: das war der Bau. Eine Art kirchlichen Konstitutionalismus, der die Kirche unten und oben bindet: das war ihre Verfassung. So sollte der preußische Protestantismus die großen Aufgaben am Volksleben erfüllen und den schweren Kampf mit Rom aufnehmen.

Was die evangelische Kirche daneben in dem sogenannten Kulturkampf erlebte, war noch viel demütigender als die in den Verhandlungen um die Kirchenverfassung vielfach erfahrene Unbill. Sie hatte, wie der Minister Falk selber erklärte, keine Übergriffe auf staatlichem Gebiet begangen, trotzdem sei es angemessen, sie in die kirchenpolitische Gesetzgebung gegen Rom hineinzuziehen, um die Unparteilichkeit zu bewahren. Eine unbedachte, das Leben der Kirche mißkennende und Fehler auf Fehler häufende Staatskunst schleuderte unsere Kirche eigentlich, ohne es zu wissen, in einen unabsehbaren Prozeß. Was künftigen Geschlechtern unglaublich erscheinen muß, — man begann den Kulturkampf, hob die kirchliche Schulaufsicht auf, führte den Zivilstand ein, strich die Verfassungsparagraphen der kirchlichen Unabhängigkeit, ohne mit dem Evan=

gelischen Oberkirchenrat, einer königlichen Behörde, auch nur ein Wort zu wechseln. Man erschütterte die volkskirchliche Basis unserer Kirche, ohne uns auch nur Zeit zur Überlegung zu lassen, wie den unerwarteten, wolkenbruchartigen Ereignissen zu begegnen sei, und stürzte sich in einen Kampf, bei dem der Liberalismus eine kurze Zeit wahre Jubeltage der Kirchenfeindschaft feierte, um nachher eine desto schmerzlichere Niederlage zu erleiden.

Nun ist der Kulturkampf beendet. Der Staat hat seinen Rückzug angetreten, die römische Kirche eine gewisse Nachgiebigkeit gezeigt. Das günstige Zusammentreffen eines zeitweise friedliebenden Papstes mit politischen Kombinationen des Fürsten Bismarck hat dem Friedensschluß mit Rom auf beiden Seiten den Charakter der widerwilligen Versöhnung genommen und ihm den Stempel des beiderseitigen Bedürfnisses aufgeprägt. Nur die evangelische Kirche ist wiederum wie bei dem Beginn so bei dem Ende dieses Dramas übel genug behandelt. Die ganze Unerträglichkeit unserer Lage gipfelt in dem Umstande, daß, nachdem zehn Jahre hindurch jeder evangelische, aber kein einziger katholischer Kandidat die staatliche Prüfung abgelegt hat, bei der Beseitigung dieses Examens nicht mit dem Evangelischen Oberkirchenrat, sondern mit dem Papste Verhandlungen angeknüpft wurden. Bei dem Friedensschluß ist unsere Kirche mit ihren königlichen Behörden ebensowenig gefragt wie bei der Kriegserklärung; sie hat nur mitgelitten. Fast genau in den Tagen, als der Papst von Deutschland schlimmer Weise um ein politisches Schiedsrichteramt — eine ihm höchst erwünschte Erneuerung mittelalterlicher Ansprüche! — angegangen wurde, empfing die evangelische Generalsynode Preußens in dem offiziösen Blatt einen strengen Tadel, daß sie sich frivoler Weise in die Sache der Sonntagsruhe mische. Und in derselben Debatte, in welcher Bischof Dr. Kopp als päpstlicher Legat die höchste Anerkennung politischer Klugheit einerntete, wurde der evangelische Landpfarrer in der parlamentarischen Debatte von Fürst Bismarck dem Zentrum als Bild politischer Unfähigkeit vorgeführt. Daß dieser der evangelischen Kirche allezeit aufgedrungene, seit anderthalb Jahrzehnten während der Dauer des Kulturkampfes besonders schwer empfundene Notstand zu einer Gegenwirkung herausforderte, kann nur der nicht begreifen, dem das protestantische Ehrgefühl abgeht. Es war der letzte Tropfen in dem Becher bitterer Kränkungen, daß, als der Hammersteinsche Antrag auf kirchliche Selb-

ständigkeit im Herrenhause durch Kleist-Retzow eingebracht und hier erfolgreich verhandelt wurde, der preußische Kultusminister verreist war und die anderen Minister den Sitzungssaal verließen. Zum Überfluß meldete dann die offiziöse Presse, daß dieser unbegreifliche Schritt auf Beschluß des gesamten Staatsministeriums geschehen sei. Diese Erklärung setzte der üblen Behandlung der evangelischen Kirche die Krone auf, und zwar in einem Augenblick, wo man der römischen Kirche und ihren bisher so bitter bekämpften Würdenträgern die größte Freundschaft entgegenbrachte. Nichts hätte uns von der Unhaltbarkeit unserer staatskirchlichen Zustände besser überzeugen können als diese beim Kulturkampf gegen uns geübte Parität, welche sich in Imparität verwandelte, sobald es galt, der katholischen Kirche Liebenswürdigkeiten zu beweisen. Seitdem muß es für jeden Evangelischen, der seine Kirche lieb hat, klar sein, daß eine Änderung in der Stellung des Staates zu uns erstrebt werden muß, wenn unsere Kirche das Maß von öffentlicher Achtung behalten soll, dessen sie zu ihrer Aufgabe bedarf. — Nur nebenbei sei noch daran erinnert, daß der Staat in dringenden finanziellen Notständen der Kirche eine Knauserei zeigte, welche mit dem Luxus auf anderen Gebieten in schreiendem Gegensatz stand und um so unbegreiflicher war, wenn sie Gegenstände staatlicher Verpflichtung wie die Remuneration der Superintendenten betraf, oder trotz staatlicher Verschuldung wie bei der Entschädigung der Stolgebühren verübt wurde. Die römische Kirche erhält im Verhältnis fast das Doppelte unserer Staatsleistungen. Ist das recht?

Das Staatskirchentum ist ein Übel, nicht geringer als der Kirchenstaat; es ist biblisch nicht zu begründen, praktisch nicht mehr zu brauchen. Aber es hat einen Sinn, so lange es seine Konsequenzen richtig zieht. Eine Staatskirche, die große Privilegien genießt und vor anderen Kirchen Einfluß, Mittel, Ansehen besitzt, ist wenigstens ein logisch klarer Begriff. Eine Staatskirche, die weniger geachtet, dotiert, freigelassen wird als eine dem Staat oppositionelle Kirche, ist ein Widersinn. Sie verliert die kirchliche Energie durch die weltlichen und staatlichen Gesichtspunkte, nach denen sie regiert wird, ebenso wie die volkstümliche Bedeutung durch die Abhängigkeit, in der sie der irdischen Obrigkeit gegenüber dasteht. Es fehlt ihr an Ansehen wie an Mitteln; zuletzt wird sie nicht einmal von dem Staatswesen, dem sie unterworfen ist, gewürdigt, weil sie die Dienste nicht leisten kann, die nur einer

freier gestellten Kirche möglich sind. Aus all diesen Gesichtspunkten ist eine Bewegung, welche für die Kirche eine andere Stellung zum Staate sucht, ein Hoffnungsstrahl und ein Tropfen der Erquickung.

Staatskirchentum und Massenkirchentum sind die Gefahren der Landeskirchen; das Volkskirchentum ist ihre bleibende Wahrheit und dauernde Bedeutung. Indem man die unchristlichen und unhaltbaren Verhältnisse der Staatskirche verurteilt, braucht man das Volkskirchentum noch nicht zu verwerfen. Es ist Mangel an Denken wie an Glauben, wenn man meint, daß das Landeskirchentum unvermeidlich mit jenen Schäden behaftet sein müsse, und daß es nur solche evangelischen Staatskirchen geben könne, die der Herrschaft des Staates unterworfen und dem Einfluß der Massen zugänglich seien. Wäre dies der Fall, so würden wir um der Wahrheit und des Gewissens willen die bisherige Kirchengestalt aufgeben und, wenn auch schweren Herzens, auf die Gründung einer Freikirche zusteuern müssen. Aber dies könnte nur der letzte Schritt der Verzweiflung sein. Und so stehen wir noch nicht. Vielmehr ist es die Aufgabe der gegenwärtigen evangelischen Kirchen, und zwar die wichtigste, dringendste, unaufschiebbarste, eine Verfassung zu suchen, in welcher sie einem zersetzten und zersetzenden Zeitgeiste gegenüber die ihr anvertraute göttliche Offenbarung vor Verunreinigung und Verderbnis zu schützen vermögen. Wenn sie infolge geschichtlicher Entwickelungen heute keine Gemeinschaft von Gläubigen mehr ist, in welcher das Evangelium recht gepredigt wird, so braucht sie darum die heutige Lage noch nicht als endgiltigen Zustand anzusehen. Eine Gemeinschaft von Steuerzahlern zu bilden, in welcher der bekenntniswidrige Unglaube ein Recht oder doch thatsächlich Geltung hat, kann nicht ihre Bestimmung sein. Ist das in einigen Ländern ihr Los, so soll man dagegen als eine Schmach des Protestantismus protestieren. Drängt die Freigeisterei in anderen Kirchen darauf hin, so soll man solchem gefährlichen Unterfangen widerstehen. Finden sich in allen evangelischen Staatskirchen Spuren dieses Mißstandes, so soll man in Liebe und Schonung, in Wahrheit und Freiheit daran gehen, dieselben zu beseitigen und die evangelische Kirche wieder zu dem zu machen, was sie sein muß, wenn sie lebensfähig bleiben will, zu einer Gemeinschaft des Glaubens und Bekennens, der Zucht und Ordnung. Dazu muß der vernichtende Einfluß des Massenkirchentums ebenso wie die lähmende Herrschaft des Staatskirchentums abgeschüttelt werden.

Auf den ersten Blick erscheint beides zugleich unmöglich. Je mehr die Macht des Staates und der Leitung der Kirche verschwindet, desto mehr wird man sich auf die Gemeinde der Christen stützen müssen. Denn einen hierarchischen Unterbau wie Rom haben wir nicht und können wir nicht haben. Wenn aber dann nichts anderes übrig bleibt als die breite Grundlage der christlichen Gemeinde, so scheint in der That kein Ausweg zu sein. Will man die Charybdis der Welt, wie sie im Staat organisiert dasteht, vermeiden, so fällt man unwillkürlich in die Scylla der Welt, wie sie in den Massen unorganisiert vorhanden ist. Seit lange hält uns Rom diese Alternative als das protestantische Verhängnis entgegen und weissagt uns den unausbleiblichen Schiffbruch. Wir geben jenes Entweder — Oder nicht zu und lachen der römischen Prophezeiungen. Gott hat die Reformation nicht geschehen lassen, um nach einigen Jahrhunderten die Christenheit in die Nacht des Aberglaubens zurückfallen zu lassen. Er hat auch die evangelische Kirche nicht geschaffen, um sie im modernen Staatskirchentum verkommen zu lassen. Es gehört zum Glauben an die göttliche Vorsehung, daß unsere Kirche noch eine andere, bessere Zukunft hat, wo sie, erlöst von allen Ketten und Banden äußerlicher Knechtschaft und innerer Unfreiheit, den Völkern zu ihrem Heile wieder als eine Magd Gottes und damit als eine Macht des Lebens erscheint. Man braucht dazu die Volkskirche noch nicht durch die Sekte zu ersetzen, man muß nur der Kirche innerhalb des Volkslebens die rechte Stelle wieder anweisen, die sie verloren hat.

Christus hat die Kirche als eine Völkerkirche gedacht. Nie und nirgends hat er es ausgesprochen, daß eine Schar von Erweckten und Bekehrten, die sich aus der Welt zusammenfinden, die von ihm gestiftete Kirche sei. Die Apostel denken nicht anders als ihr Herr. Wie er wollen auch sie das Evangelium in der Völkerwelt als einen Sauerteig wirken sehen. So groß die Irrtümer und Schäden in den apostolischen Gemeinden sind, die Apostel wollen die Irrenden nicht ausstoßen, die Schäden nicht dadurch bessern, daß sie die Frommen in Konventikel vereinigen. St. Paulus schließt den Blutschänder in Korinth von der Gemeinde aus, weil solche Sünde schlimmer als heidnisch ist, aber er läßt die Leugner der Auferstehung, die unwürdigen Abendmahlsgäste darin bleiben und sucht sie durch das Wort Gottes zu bessern. Aber gewiß wäre er im heiligen Unwillen losgebrochen, wenn man einen Leugner der Auferstehung

zum Evangelisten und einen Verächter des Abendmahls zum Ältesten gemacht hätte. In den Ämtern der Kirche muß die Reinheit der Lehre, des Wandels, welche der Gemeinde als Ziel vorschwebt, so viel als möglich vorhanden sein. Wenn das Kirchenregiment energisch über die Ordnungen der Kirche wacht, so hat die Freiheit der Gemeinde keine Gefahr. Sie ist nur dann bedenklich und bedrohlich, wenn sie die Grundlagen der Kirche antasten darf, ohne dem entschiedenen Willen der Abwehr um jeden Preis zu begegnen. Die freie Wahl der Gemeindebeamten, des Geistlichen wie der Presbyter, mag ohne Sorge geschehen, wie sie denn im Westen unserer Landeskirche die Regel ist, wenn der Mißbrauch des Wahlrechts verhütet wird. Aber freilich, die Bestellung von Ältesten, welche nicht trotz, sondern wegen ihres Unglaubens gewählt werden, die Existenz eines Gemeindekirchenrats, dessen Glieder, wie es im Osten oft vorkommt, nie in die Kirche und nie zum heiligen Abendmahl gehen, ist der organisierte Ruin der Kirche. Begnügt sich der Geistliche, wenn er liberal ist, mit solchen Beratern, so ist der Zustand der Gemeinde desto trostloser. Ist der Geistliche ein ernster Mann, so muß er an dem Widerstreit der kirchlichen Würde mit den Verhältnissen innerlich zu Grunde gehen, amtlich zu Schanden werden. Das Gemeindeleben aber verkümmert, wenn auch der Geist Gottes noch immer empfängliche Seelen erquickt und tröstet, stärkt und vollbereitet.

Soll diesem Notstand begegnet werden, so bietet sich dazu unseres Erachtens nur ein Weg. Innerhalb des großen Kreises der Volkskirche ist ein kleiner Kreis von lebendigen Gliedern zu bilden, der die Wähler und Gewählten, die Ältesten und Synodalen, die Geistlichen und Kirchenoberen, kurz die thätige und leitende Kirche einschließt. In diesen Kreis tritt man nicht durch bloße Geburt und Taufe, durch Konfirmation und Gewohnheit, durch mündliche oder schriftliche Anmeldung, sondern durch einen Akt des Bekenntnisses, verbunden mit dem Nachweis eines kirchlichen Wandels. Forderte Schleiermacher, den doch niemand für einen orthodoxen Fanatiker ausgeben kann, zu der Beteiligung an den Gemeindegeschäften eine zweimalige jährliche Teilnahme an dem heiligen Abendmahl, so dürfen wir gewiß angesichts der gegenwärtig viel größeren, von dem Weltgeist innerhalb der Kirche drohenden Gefahren ähnliche Bedingungen stellen, welche die Wahrheit nicht minder notwendig macht als die Ehre der Kirche. Mit den organi=

schen Einrichtungen in dieser Richtung wird man freilich schon bei der Konfirmation beginnen müssen. Diese feierliche Handlung kann nicht wie bisher unreifen Kindern im voraus kirchliche Rechte erteilen, in welche dann der natürliche Mensch mit den Jahren hineinwächst. Sie muß als kirchlicher Religionsunterricht am Ende des schulpflichtigen Alters stehen und mit einer Feierlichkeit verbunden bleiben. Aber sie muß die gewohnheitsmäßige Abendmahlsfeier fern halten und von der Erteilung kirchlicher Rechte absehen. Nichts kann der Erziehung zur Mündigkeit der Gemeindeglieder nachteiliger sein als diese Einrichtung, die als persönliches, den Taufakt bestätigendes Glaubensbekenntnis gedacht ist, aber vielfach zur toten Gewohnheit geworden ist wie die Taufe selbst. Sie kann in normalen Verhältnissen, wo christlich gesinnte Eltern in einer kirchlichen Gemeinde die konfirmierte Jugend behüten, erträglich, ja für viele Kinder segensreich sein. In großen, von antichristlichen Mächten zerwühlten Gemeinden, wo ein einzelner Geistlicher jährlich ein halbes Tausend und mehr Kinder zu konfirmieren hat, die von ihm kaum gekannt, von ihren Eltern weder zur Kirche angehalten, noch zum Glauben erzogen werden, ist die Konfirmation, so wie sie jetzt geübt wird, eine unverantwortliche Vergeudung der Schätze des Himmelreichs. Man lasse die Konfirmierten zum heiligen Abendmahl, wenn sie ein Verlangen danach empfinden, und erteile ihnen später die kirchlichen Rechte, wenn sie dazu reif sind, durch einen besonderen Akt. Wir wollen keine Freikirche. Aber so viel Wahrheit und Glaubensenergie müssen wir in die Kirche aufnehmen, daß ihre Verfassungsverhältnisse nicht wie die parlamentarischen zur Lüge und ihre Heilswerke nicht wie die katholischen zu bloßen Zeremonien werden. Mag die römische Kirche ihr opus operatum, dies lediglich äußere Thun, festhalten; sie ist eben nicht die Wahrheit, sondern die Tradition. Eine evangelische Kirche ist nur denkbar, wenn sie ihre Einrichtungen mit der Macht des Glaubens durchdringt.

Ist dies der Weg, um die Kirche von dem Einfluß der Massen, des Zeitgeistes, der öffentlichen Meinung, des Freisinns und seiner Parteien loszumacheu, so ist dem Staatskirchentum gegenüber ein anderes Verfahren einzuschlagen. — Die Verhandlungen über den Hammersteinschen Antrag auf kirchliche Selbständigkeit haben in der letzten Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit mehr der staatskirchlichen Notlage zugewandt. Eben deshalb haben wir zuerst mehr die inneren kirchlichen Bedürfnisse als die wichtigeren hervorgehoben.

Aber auch die Selbständigkeitsbestrebungen unserer Kirche der Staatsgewalt gegenüber sind von größter Bedeutung. Hier liegt gleichfalls eine schädliche und unnötige Fesselung der Kirche vor.

Man hat jenen Antrag vielfach mißverstanden und mißgedeutet. Zuerst wurde ihm von links her vorgeworfen, er verfolge hierarchische oder parteipolitische Tendenzen. Nichts kann ungerechter sein als diese Anklage. Allmählich verstummte denn auch dieser Widerspruch an der tiefen Geisterbewegung, welche allerorten im evangelischen Deutschland entstand. Da hieß es denn, die Agitation selbst sei verwerflich; sie organisiere den Kampf der beiden Kirchen und störe die wichtige Errungenschaft der beginnenden großen Mittelparteien. Man merkte gar nicht, daß man durch solche Einwürfe Verrat an der evangelischen Kirche übe, und daß man selbst politische Gesichtspunkte, welche die Freunde des Antrages von Hammerstein nicht hatten, in die Erörterung der kirchlichen Frage zog. — Zuletzt ist von D. Fabri der ganzen Bewegung der Vorwurf gemacht, sie gehe nicht prinzipiell vor, und indem sie den Summepiskopat nicht anrühre und das landesherrliche Kirchenregiment stehen lasse, wie es sei, stärke sie nur die bureaukratische Zentralgewalt, während es doch auf Dezentralisation ankomme. Ohne Zweifel hätte dieser Einwand seine Berechtigung, wenn es sich um Anträge in der Synode handelte. Da müßte die Stellung des landesherrlichen Kirchenregimentes notwendig eine Änderung erfahren, wie denn der nun schon zweimal auf der Generalsynode angenommene Antrag, daß der Generalsynodalvorstand an der Besetzung aller kirchenregimentlichen Ämter teilnehmen solle, eine Beschränkung des Summepiskopates einschließt. Aber bekanntlich ist die Stellung des Landesherrn in der Kirche verfassungsmäßig eine innerkirchliche Angelegenheit, welche in die parlamentarische Verhandlung nicht gehört. Der Hammersteinsche Antrag aber will die Stellung der Kirche zum Staat lediglich innerhalb der staatsrechtlichen Grenzen verbessern, wie es auch gar nicht anders sein kann; er muß deshalb die Frage des landesherrlichen Kirchenregimentes zunächst weglassen, obwohl es klar ist, daß er auch nach dieser Seite hin wichtige Folgen haben muß. — Eben deshalb ist ihm als der stärkste Gegengrund entgegengehalten, er führe zur Vernichtung des Summepiskopats oder schwäche die königliche Prärogative dermaßen, daß die Stellung der Fürsten zu einer Scheinexistenz herabgewürdigt werde. In diesem Zusammenhang ist denn auch wieder einmal, wie schon Anno 1875,

von Kronrechten in der Kirche die Rede gewesen. Eine unbegreifliche Verblendung; Kronrechte der irdischen Fürsten in der Kirche giebt es nicht und kann es nicht geben. Weder biblisch noch dogmatisch noch kirchenrechtlich sind solche Rechte zu begründen. Es giebt in der That eine große, historisch entstandene, von Gott gewollte oder zugelassene Stellung der weltlichen Obrigkeit in den Kirchen der Reformation. Der geschichtliche Sinn wird eine Entwicklung von drei und einem halben Jahrhundert anerkennen, und der konservative Sinn wird damit nicht ohne weiteres aufräumen wollen. Überdies liegt jede Beschränkung des landesherrlichen Kirchenregimentes in dem freien Willen seines Trägers; keine Synode wird ohne Zustimmung desselben daran rütteln können. Aber es ist gewiß nicht zu billigen, wenn gewisse Kirchenpolitiker das Wohl und Wehe der Kirche von dem obersten Gesichtspunkte abhängig machen, ob dem landesherrlichen Kirchenregimente nicht zu nahe getreten wird. Das Richtige kann doch nur sein, daß die Stellung des Summepiskopats von dem Wesen und Heil der Kirche aus beurteilt und zuletzt auch danach gestaltet wird. Niemand, der diese Dinge reiflich erwägt, kann sich der Erkenntnis verschließen, daß die Stellung der Fürsten in der Kirche durch die Umgestaltung der absoluten in die konstitutionelle Monarchie durchaus verändert ist. Auch ein starkes Königtum kann sich in seinen Beziehungen zur Kirche den politischen Kombinationen nicht entziehen. Die Geschichte der letzten anderthalb Jahrzehnte beweist dies klar und unwiderleglich, ganz besonders in Preußen. Der Landesherr, bei dem größten innerlichen Wohlwollen für die Kirche, hat nicht vermocht, die evangelische Kirche vor dem Kulturkampf, den irrigsten Gesetzen, der übereilten Einführung des Zivilstandes, den Schlußartikeln in der Generalsynode zu schützen. Die Verhältnisse zwingen auch jetzt wieder Rom gegenüber zu einer Politik, die unter dem staatlichen Gesichtspunkte im ganzen und großen berechtigt sein mag — denn Deutschland braucht Frieden mit seinen katholischen Bürgern — die aber der evangelischen Kirche von neuem ihre völlige Hilflosigkeit darthut. Bei dem Friedensschluß wie bei der Kriegserklärung sind wir nur Mitleidende; zu sagen hat die evangelische Kirche nichts.

Und eben dadurch ist auch der Antrag Hammerstein veranlaßt. Nicht um das landesherrliche Kirchenregiment handelt es sich dabei, sondern um die Konsequenzen der gegenwärtigen Kirchenpolitik.

Rom gegenüber ist das System Falk, die Einmischung des Staates in rein kirchliche Angelegenheiten, als unhaltbar aufgegeben worden. Dasselbe System ist auf die evangelische Kirche angewandt. Obwohl die Generalsynode als eine dankenswerte Gabe der Falkschen Ära in der Mitwirkung bei der Gesetzgebung ein Moment der Selbständigkeit besitzt, ist doch im übrigen der Einfluß des Staates, auch des landesherrlichen Kirchenregiments, verstärkt. Falk sagte einst, er hoffe die Zeit zu erleben, wo er in den kirchlichen Dingen seine Hand nicht haben werde. Als die Stunde der Erfüllung kam, wollte er seine Hand in allem haben. Bei der Besetzung der kirchenregimentlichen Ämter behielt er die volle positive Mitwirkung, welche die Synode nicht hat. Bei der Gesetzgebung nahm er sich ein Placet, das er früher nicht besaß, und das auf der Generalsynode in einer geradezu brutalen Weise motiviert wurde; auch in Katechismen und Gesangbüchern könnten — so meinte der Kommissar des Ministers — leicht staatsgefährliche Sachen stehen, deshalb dürfe der Staat seine Genehmigung dazu nicht aufgeben; die katholische Kirche könne man nicht zwingen, sie mache ihre Gesetze in Rom, die evangelische Kirche habe man im Lande und müsse sie an jeder unliebsamen Gesetzgebung hindern. Das waren die Freiheitsglocken, mit denen die Selbständigkeit unserer Kirche eingeläutet wurde. Falk ließ es außerdem zu, daß der aus Evangelischen und Katholiken, aus Juden und Atheisten bestehende Landtag in die innersten Verhältnisse der Kirche eingreifen kann; er gab das Recht des Landesherrn, neue Patronate zu gründen, preis, ein Kronrecht — hier paßt der Ausdruck! — von unberechenbarer Tragweite, dessen Verlust den Schutz und Schirm, welchen der König der Kirche gerade an ihren gefährdetsten Stellen gewähren konnte, unwirksam macht. Dies System Falk, das der katholischen Kirche gegenüber gebrochen ist, muß auch für uns gebrochen werden. Wir begrüßen in den Gesetzen, welche den Kulturkampf beendigen, einen Systemwechsel, der an die Stelle des staatlichen Mißtrauens Vertrauen und Freiheit setzt. Aber wir fordern die Durchführung dieser veränderten Stellung auch in der evangelischen Kirche. Die Kirche frei lassen, soweit es sich mit dem Staatsinteresse irgend verträgt, ist eine großsinnige Politik. Rom freilassen, sein Ansehen stärken, ihm Vertrauen bezeugen, Anerkennung spenden, — dagegen die evangelische Kirche, wie sogar ein liberaler Führer im Herrenhause sagte, in Ketten und Banden lassen, das

wäre unklug und unbegreiflich. Diesem Widersinn gilt die gegenwärtige Bewegung.

In den Zeiten des Kulturkampfes hat ein Minister, der es mit der evangelischen Kirche gut meinte, im offenen Parlament ausgesprochen, daß die evangelische Kirche dem Staate nicht leiste, was er von ihr erwarten dürfe. Wir geben die Thatsache in gewissem Sinne zu; aber wir schieben dem Staat den größeren Teil der Schuld zu. Er giebt seit Jahrhunderten der Kirche die leitenden Persönlichkeiten, der studierenden Jugend die theologischen Professoren, welche sie erziehen; er versagt seit siebenzig Jahren der evangelischen Kirche die Dotationen, für welche, wenn auch keine rechtliche, doch eine moralische Verpflichtung vorhanden ist, und erfüllt nicht einmal die neuen Verbindlichkeiten, die er durch die Einführung des Zivilstandes der Kirche gegenüber unzweifelhaft übernommen hat, in irgend genügendem Maße. So hat unsere Kirche wohl das Recht, die einseitigen Vorwürfe, die ihr gemacht werden, abzulehnen und den Staat an seine eigene Versäumnis zu erinnern. Eine Staatskirche lebt zum Teil das Leben des Staates, der sie beherrscht, nicht ihr eigenes. Der römischen Kirche gegenüber liegt darin für uns ein Element beschämender Schwäche.

Man täusche sich nicht, die römische Kirche ist stark im Aufsteigen begriffen. Ihr Einfluß im Volks- und Staatsleben sichert ihr eine große Bedeutung. Sie hat die breiten Volksmassen unter ihrer Herrschaft, die gebildeten Glieder ihrer Gemeinde hinter sich; ihre geschlossene Macht giebt ihrem Wirken eine nachhaltige Energie und erfüllt ihre Gegner mit Achtung und Furcht. Ihre Stellung im öffentlichen Leben kann nie das Ideal evangelischer Christen sein. Aber wir können, wenn wir offene Augen haben, die Stärke dieser Stellung nicht übersehen. Und wir halten es für unsere Pflicht, unsern Brüdern, den Geistlichen wie den Laien, recht eindrücklich an das Herz zu legen, was wir in hohen und niederen Kreisen oft genug erfahren, daß die katholische Kirche trotz Unfehlbarkeit und Aberglauben einer großen Sympathie begegnet, während das Parteigezänk bei uns Überdruß und unsere Ohnmacht Mitleid erweckt. Gewiß ist die evangelische Kirche stärker, als ihre Feinde ahnen; aber eine befreundete und befreiende Politik ist ihr nötiger als je, wenn sie recht zu Kräften kommen und das Volksleben wieder mit ihrem Geist durchdringen soll.

Die Zugeständnisse, welche der römischen Kirche gewährt sind, zwingen uns förmlich zu der Frage: Was wird nun die evangelische Kirche thun, um gegenüber der Macht Roms sich zu behaupten und dem Volk die Dienste zu leisten, die sie nach dem Gange der deutschen und preußischen Geschichte erfüllen muß? An und für sich kann man gegen die Erledigung des Kulturkampfes nichts einwenden; derselbe war unerträglich. Hätte er länger gedauert, eine unheilbare Blutvergiftung des katholischen Volkes wäre eingetreten. Auch ist das, was man der römischen Kirche gewährt hat, an sich nicht bedenklich. Daß der kirchliche Gerichtshof aufgehört hat, ist gut, ebenso für die katholische Kirche, wie für uns. Die Aufhebung des Staatsexamens für Theologen kommt nur uns zu gute. Daß die katholische Kirche mit bestehenden Gymnasien und Universitäten ihre Konvikte verbinden darf, ist ihr zu gönnen. Auch wir wünschen solche Einrichtungen in höherem Maße, als sie jetzt vorhanden sind. Was uns lieb ist, können wir der katholischen Kirche nicht verwehren; was dem einen recht, ist dem andern billig. Von größerem Belang ist, daß sie ihre Priester wieder in eigenen Seminarien erziehen darf, deren Lehrer sie ohne Zustimmung des Staates ernennt. Aber wenn die katholische Kirche ohne Seminarien so viel Priester nicht schaffen kann, wie sie braucht, wenn sie sich mit einer Seminarbildung ihres Klerus zufrieden giebt, so können wir nichts dagegen haben. An dem Inhalt der letzten Gesetze, die dem Kulturkampf ein Ende machen sollen, ist nichts zu finden, was Anlaß geben könnte, sich darüber zu ärgern. — Anders ist es mit der Art und Weise, wie sie zu stande gekommen sind. Daß ein katholischer Bischof zu diesem Zweck in das Herrenhaus berufen wurde und da eine Zeit lang die maßgebende Rolle spielte; daß im Herrenhause nichts geschehen konnte, ohne daß der Papst sein Ja und Amen gab; daß Kommissionen und Sitzungen eines parlamentarischen Körpers danach angesetzt wurden, ob der Bescheid von Rom da war oder nicht — das alles sind Dinge, die keinem evangelischen Mann gefallen können. Es ist freilich Übertreibung, wenn man sagt, daß der preußische Staat von Rom besiegt sei. Auch Rom hat nachgegeben; das Entgegenkommen war auf beiden Seiten. Der Papst hat die beiden Erzbischöfe, die in der Mitte des Streites standen, zur Amtsniederlegung bewogen, eine Thatsache, die wie keine andere den versöhnlichen Geist der

Kurie beweist. Ledochowski, der 1871 nach Versailles kam, um für den Papst die weltliche Herrschaft zurückzufordern und je nach der Stellung des neuen deutschen Reiches zu dieser Frage Krieg oder Frieden mit Rom verhieß, war der eigentliche Urheber des Kulturkampfes. Als ein Freund Preußens war er auf den Posenschen Stuhl berufen, den er beinahe zu einem polnischen Thron machte; als der Primas von Polen hatte er sich eine fürstenartige Stellung errungen, die er zum Schaden Preußens ausbeutete. Wie einst in Droste-Vischering, hatte man sich bei uns in diesem Mann völlig getäuscht. Daß er dem Kulturfrieden zum Opfer gefallen ist, und daß der hartnäckigste der deutschen Infallibilisten, Melchers, gleichfalls sein Amt verlassen hat, ist ein Sieg der preußischen Politik. Außerdem darf man nicht übersehen, daß die römische Kirche auch in den Prinzipien einiges aufgegeben hat. Sie hat keine Jesuiten und keine Knabenseminare mehr. Es ist auch nicht anzunehmen, daß man ihr in diesen beiden Punkten je nachgeben wird. Mag dieser und jener thätige Orden zurückkehren, die Jesuiten, diese gegen die Reformation erstandenen Schürer des konfessionellen Haders, sind für immer aus Deutschland verbannt. Auch die Erziehung der Knabenseminare hört auf. Kinder von zwölf Jahren können in solche Anstalten nicht wieder aufgenommen, in ihren engen Mauern mit römischen Anschauungen vollgepfropft und im engsten Kreise groß gezogen werden. Gewiß wird auch in den Konvikten und Priesterseminarien darauf gesehen werden, daß die künftigen Priester gut römisch sind. Aber sie atmen doch in den Gymnasien die freiere Luft des geselligen Lebens und der nationalen Kultur. Das übrige muß man dem Kampf der Geister überlassen.

Es hat wirklich auf beiden Seiten ein Rückzug stattgefunden, und man thut nicht gut, im Ärger über den Gang der Dinge die Opfer zu verschweigen, die auch Rom gebracht hat. Daß Preußen den von Falk mit so viel Unkenntnis der Dinge geführten Kampf nicht gewinnen konnte, war von vornherein gewiß. Heute weiß das jeder; damals, als der Kampf begann, haben auch einsichtige Männer, die Roms Kriegführung nicht kannten, an den möglichen Sieg des Staates geglaubt. Und so viel ist richtig, daß die Idee einer Abwehr der durch die Allmacht und Unfehlbarkeit des Papstes für die Staaten und die in ihnen befindlichen römischen Kirchen heraufbeschworenen Gefahren durchaus berechtigt war

und noch ist. Nur in der gesetzgeberischen Armatur hatte man sich völlig vergriffen. Man braucht nur an einen Punkt zu erinnern, nm zu erkennen, welche Fehler gemacht sind. Wenn nach der Falkschen Gesetzgebung ein Pfarrer, auch ein staatlich anerkannter, bestraft werden konnte, weil er in einer vakanten Pfarre Kinder taufte und die Sterbesakramente erteilte, so mußte ein solcher Zustand die katholischen Gemüter empören. Derartige Gesetze muß man nicht geben; jeder edle Mensch ist gleichsam gezwungen, sie zu übertreten. Daß diese Gesetzgebung scheiterte, war gut und notwendig; sie war an einzelnen Punkten in der That ein Eingreifen des Staates in die innersten Angelegenheiten der Kirche. Freilich ist der unvermeidliche Rückschlag, der nach verkehrten Maßregeln immer eintritt, auch hier nicht ausgeblieben; der römischen Macht ist der Mut ungeheuer gewachsen.

Unfehlbarkeitserklärung und Syllabus waren Steine, gegen die Stirn der Gegenwart geschleudert, und wurden eine Zeit lang auch so empfunden. Verglichen mit diesen Irrtümern waren die Fehler des Kulturkampfes beinahe gering. Rom hatte den Streit angefangen und hätte unterliegen müssen, wenn es sich selbst überlassen blieb. Die altkatholische Bewegung war nur ein Ausdruck der Schwierigkeiten, in denen sich Rom der Wahrheit gegenüber befand. Gewiß wären diese Wirren noch größer geworden, sie würden heute noch nicht vorüber sein, wenn man den Kulturkampf unterlassen hätte. Durch ihn trieb man die Katholiken, auch die Gegner der Unfehlbarkeit, zusammen, half ihnen über die Schwierigkeiten hinweg und gab dem Ultramontanismus für sein Vorgehen den Vorwand, die Kirche vor Unterdrückungen zu schützen. Gerade die Falksche Politik, indem sie Rom in falscher Weise bekämpfte, befreite die Kurie aus großen Gefahren und schuf aus den deutschen Katholiken eine Schar von Verfechtern der Unfehlbarkeit. Durch die Schläge des Kulturkampfes wurde das Eisen zu Stahl gehämmert; die schon früher unbequeme katholische Partei wurde immer mehr zum ultramontanen Zentrum, leider auch zum Zentrum der deutschen und preußischen Politik. Das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht, an sich ein Fehler, ist das Werkzeug der katholischen Macht geworden. Daß es mit dem Kulturkampf und der Kapitalsherrschaft, zwei weiteren Fehlern gefährlicher Art, zugleich kam, hat ihm die verhängnisvolle Wirkung verliehen, an der wir gegenwärtig leiden. Der politische

wie der soziale Radikalismus, die polnische wie die elsässische Protestpartei sind unbehagliche Erscheinungen, — bedenklich sind sie erst durch den Zusammenschluß mit dem Zentrum, das mit seiner festen Macht ihnen allen überlegen ist und ihnen den Rückhalt des gesamten katholischen Deutschlands bietet. Offenbar bewog der Wunsch, diese ungeheuerliche Kombination zu beseitigen, verbunden mit der Voraussicht äußerer kriegerischer Verwickelungen, den Fürsten Reichskanzler, dem Kulturkampf ein schnelles Ende zu bereiten. Und er ist damit im Recht. Freilich will es uns scheinen, als fiele er aus dem einen Fehler in den anderen, der vielleicht noch schlimmere Folgen hat als der erste, aus der falschen Bekämpfung in eine falsche Begünstigung der päpstlichen Ansprüche.

Unleugbar hat Fürst Bismarck durch seine Auseinandersetzung mit Rom einiges erreicht. Der Papst steht mit ihm wunderbarerweise in einem Verhältnis wahrer gegenseitiger Anerkennung, beinahe Freundschaft. Man erzählt sich in Rom, daß Leo XIII. auf die Verbindung mit dem deutschen Reichskanzler stolz sei. Erhalte ihn und sich selbst für die größten Staatsmänner der Gegenwart, berufen, der Welt den Frieden zu geben; die Karolinenangelegenheit habe ihn mit der höchsten Wonne erfüllt, die Anrede Sire völlig aufgeregt und beinahe noch mehr erfreut als die Vermittelung zwischen Deutschland und Spanien. Befriedigen solche Auszeichnungen den Ehrgeiz des Papstkönigs, so hat doch auch der Kirchenfürst an der Beruhigung der deutschen Verhältnisse ein dringendes Interesse. Die Kaplansherrschaft in der Politik und die Demagogie in der ultramontanen Presse sind Erscheinungen, die das Ansehen der Bischöfe schädigen. Wenn sich eine so machtvolle Gestalt wie das deutsche Kaisertum mit der höchsten Autorität der katholischen Kirche verbindet, so läßt sich wohl annehmen, daß die katholische Demokratie und die religiöse Anarchie zugleich durch das Bündnis getroffen werden. Bischof Drobe ebenso wie Bischof Kopp haben sich von der katholischen Presse die bittersten Zurechtweisungen gefallen lassen müssen, selbst der Papst ist für seine Kirchenpolitik hin und wieder leise angegriffen. Ein solcher Zustand der Widersetzlichkeit widerspricht dem Geist der Hierarchie; es ist begreiflich, daß man versucht, bessere Verhältnisse wiederherzustellen.

Auf diesem Wege ist der Papst noch in eine größere Annäherung an die deutschen Verhältnisse gekommen. Was er kürzlich über das notwendige friedliche Zusammenleben von Evangelischen und Katho-

liken gesagt hat, erinnert an die Zeit und Natur Diepenbrocks. Freilich soll man dergleichen Friedensanwandlungen nicht überschätzen, sondern sich daran erinnern, daß derselbe Papst die Neuerer des sechzehnten Jahrhunderts als die Väter des Nihilismus und Anarchismus bezeichnet, die evangelischen Missionare Diener des Fürsten der Finsternis und trügerische Männer genannt hat. Man wird bei den feindseligen wie bei den friedfertigen Kundgebungen Roms den Kurialstil in Anschlag bringen müssen. Aber man wird dennoch berechtigt sein, über jene seit langer Zeit in Rom unerhörte Sprache eine gewisse Genugthuung zu empfinden. Nur wünschen wir, daß, nachdem so manches freundliche Wort gewechselt ist, die Thaten den Worten entsprechen. Es wird lange dauern, ehe die katholische Presse sich den Ton des Papstes zum Muster nimmt; die Verwilderung der Kulturkampfzeit wird noch manches Jahr nachklingen. Und wenn in der Mischehenfrage der brutale römische Standpunkt, der dem Naturrecht ebenso wie der Bibel widerspricht, festgehalten, wenn der katholische Teil nach wie vor im Beichtstuhl und durch Zuchtmittel zum Fanatismus gezwungen wird, so ist nicht einzusehen, welche segensreichen Folgen ein besseres Verhältnis zwischen Berlin und Rom für uns bringen soll. Im Reichstag ist bei der letzten Katastrophe die päpstliche Stellung zu Deutschland bisher ohne jeden Einfluß geblieben; vielleicht hat sie bei den Wahlen, wo sie im Stillen geltend gemacht werden kann, mehr Bedeutung. Im ganzen und großen stehen wir dieser ganzen Annäherung gegen Rom doch nur mit einem Fragezeichen gegenüber und wiederholen die alte protestantische Losung: Haltet euer Pulver trocken und trauet auf Gott!

Die römische Kirche ist in Deutschland von der Defensive, in welcher sie früher stand, zum scharfen Angriff vorgegangen. Auf allen Gebieten, dem politischen wie dem sozialen, dem litterarischen wie dem künstlerischen, geht sie mit einer ungeheueren Rücksichtslosigkeit dem Protestantismus zu Leibe. Janssens Geschichtsschreibung ist nur ein Teil des gesamten Feldzugsplanes. Die katholische Sozialpolitik mit ihren in die Augen fallenden Leistungen, die den Protestantismus und seine Weltanschauung unter dem Zeichen des Thomas bekämpfende Philosophie, die jesuitische, den deutsch-protestantischen Geist der Litteratur bekämpfende und beschmutzende Angriffsweise: das alles sind Spuren eines und desselben bewußten Systems, die evangelische Weltanschauung und die

Entwickelung des Protestantismus zurückzudrängen. Was für uns sehr schmerzlich einzugestehen ist, der Katholizismus hat in derselben Zeit, in welcher wir den ungeheuersten Abfall erlebten, seine Scharen gestärkt, sein Terrain nicht bloß behauptet, sondern erweitert. Es ist gar nicht zu leugnen, daß der Katholizismus durch all dies eine Art „Prestige“ in Deutschland zu gewinnen sucht. Dies abzuwehren, ist eine der größten protestantischen Aufgaben der Gegenwart.

Es ist kürzlich von einer Seite her die Parität als die große Schuldige denunziert. Preußen soll wieder ein protestantischer Staat werden und der Parität den Abschied geben: so lautete der Rat, welcher uns gegeben wurde. Schlimmer kann man sich allerdings in seinen Waffen, um Rom zu bekämpfen, schwerlich vergreifen. Wenn schon der Kulturkampf, der doch nur Einzelrechte der römischen Kirche angriff, unser Vaterland in die schwierigste Lage brachte, wie viel mehr würde die Aufhebung des gesamten Rechtszustandes jene Kirche zur Empörung treiben! Deutschland und Preußen nach ihrer Geschichte haben unter ihren besonderen Aufgaben auch die, zwischen den beiden großen Konfessionen den Geisterkampf und dabei doch ein gemeinsames nationales Leben zu führen. So schwer dies Problem ist, es muß seiner Lösung näher geführt werden. Aber man kennt die Verhältnisse weder im Volke noch an den Höfen, weder in den politischen noch in den kirchlichen Kreisen, wenn man glaubt, eine Beseitigung der Parität beider Kirchen erreichen zu können. Eine Verschiedenheit der Behandlung beider Kirchen ist gewiß geboten; die Parität des Kulturkampfes war eine Sinnlosigkeit. Und darin sind wir ja gegen früher vorwärts gekommen, daß wir, anstatt eine abstrakte Gleichheit auszusprechen, die nur Rom zu gute kommt, gegenwärtig für jede Kirche eine besondere Gesetzgebung schaffen. Aber nicht auf dem Grunde der Imparität, sondern auf der Basis der durchgeführten Parität suchen wir die Lösung.

Ist Rom frei von der Staatsgewalt, so wollen wir für unsere Kirche ein gleiches Maß von Selbständigkeit, soweit nicht die berechtigte Stellung des Landesherrn eine gewisse Beschränkung auferlegt. Ist die römische Kirche dotiert, so fordern wir für die evangelische Kirche eine gleiche Erfüllung königlicher Verheißungen und einen gleichen Ersatz für die eingezogenen Kirchengüter. Sind die römischen Bischöfe und Prälaten verwöhnt, bevorzugt, geehrt,

so wünschen wir, daß eine weise Regierung dies Verfahren aufgebe und statt der Verhätschelung der Katholiken, die sich jedesmal nachher als eine Thorheit herausstellt, eine Behandlung auf gleichem Fuß mit den evangelischen Würdenträgern einführe. Wir suchen für unsere Kirche nicht mehr Anerkennung, Mittel, Freiheit, als verhältnismäßig für Rom. Aber wir mißgönnen der katholischen Kirche einen Zustand, der ihr das Recht giebt, sich durch die Hilfe des Staates als die freiere, vornehmere, reichere zu fühlen. Wir fordern, mit einem Wort sei es gesagt, nicht Aufhebung der Parität für die römische Kirche, sondern Einführung der Parität für uns.

Deutschland ist offenbar an einem Wendepunkte seiner Geschichte angekommen. Es steht und fällt mit dem Geiste der Reformation. War es eine Wendung durch Gottes Fügung, daß das zerklüftetste Volk der Erde im Feuer wunderbarer Siege zu einem Reiche zusammenschmolz und seine Kaiserkrone wiederfand; eine größere Wendung war es noch, als der deutsche Mönch, der vor vierhundert Jahren geboren wurde, den päpstlichen Thron zerschlug und die evangelische Kirche aufrichtete. Eine deutsche Entwicklung, die das vergessen könnte, müßte im Abgrund enden und eine Politik, die der großen Thatsache der Reformation nicht gerecht würde, das deutsche Heiligtum zerstören. Es ist gewiß, daß in den kirchlichen Ereignissen der Gegenwart für uns Evangelische ernste Mahnungen liegen, der Vergangenheit zu gedenken. Wir sind hier protestantisch bis auf die Knochen, sagte einst ein gewaltiger preußischer König. Er hat für alle noch folgenden Jahrhunderte den Grundton preußischer Geschichte angegeben. Gerade weil wir recht protestantisch sind, können wir gegen Katholiken paritätisch gesinnt sein, ihre Irrlehren tragen, ihren Haß verzeihen, gemeinsam mit ihnen für das Vaterland kämpfen und arbeiten. Aber wir könnten es nicht vertragen, wenn Papst und Bischöfe im neuen deutschen Reiche einen Einfluß ausübten, der den evangelischen Glauben in den Schatten stellt. Wir sagen nicht, daß es schon so weit wäre; aber wir könnten beinahe fürchten, daß es dahin käme, wenn unser Volk weiter schliefe wie bis jetzt.

Menschen wie Völker werden mit ihren Sünden gestraft. Weil das moderne deutsche Volk sein Christentum gering achtete und sich von der Fahne abwandte, die ihm seit einem Jahrtausend vorangetragen war, ist es gerade in den Großstädten, den Mittelpunkten des Abfalles, dem Judentum zur leichten Beute geworden. Weil

es im Bildungsstolz die Notwendigkeit der religiösen Mächte verkannte, ist es oben in die Hände flacher Schwätzer und unten in die Fäuste wüster Demagogen gefallen. Weil es den evangelischen Glauben, der durch so viel Kampf und Leiden errungen war, wegwarf und mit der Freigeisterei vertauschte, ist der päpstliche Spuk wieder lebendig geworden, die Unfehlbarkeit vergeben, der Syllabus vergessen; ja es giebt phantastische Protestanten, die von dem Katholizismus eine Hilfe für unser Volk erwarten, die sie dem reinen Evangelium nicht mehr zutrauen. So einsichtslos sind manche Christen in der Verwirrung der Zeit geworden, daß sie dem römischen Aberglauben, der alle Völker in die Revolution stürzt, bei uns eine geheime Kraft gegen den Umsturz zuschreiben und in dem Papst, der durch Katholiken seinen Thron verloren hat, eine Stütze der Throne erblicken. Man möchte den Deutschen, wie einst St. Paulus den Galatern zurief, zurufen: O ihr unverständigen Galater, wer hat euch bezaubert, daß ihr der Wahrheit nicht gehorchet? Man lese die Stelle weiter, und man wird das Bild unser inneren Lage finden.

Neue Zeiten im Reiche Gottes beginnen immer mit der Buße. Eine Sinnesänderung in des Wortes tiefster Bedeutung ist es auch, die uns gegenwärtig not thut. Unser Volk hat für den Abfall, der nach dem französischen Kriege in erschreckender Weise hervortrat, für die Mammonsherrschaft und die Genußgier, die jahrelang an unserem Marke fraß, noch nicht ernsthaft Buße gethan. Man hat jenen Taumel und Schwindel, der im Krach des wirtschaftlichen wie des kirchlichen Lebens sein Ende fand, wohl oberflächlich bereut und verurteilt; aber man hat ihn nicht beweint und bejammert. Man hat hin und wieder mit Worten, aber nicht mit Thaten Gott die Ehre gegeben. Geister des Abgrunds wie der soziale Umsturz werden nur durch Fasten und Beten bekämpft; unsere Zeit ist weltlüstern und gebetsarm, deshalb kann sie auch der finstern Mächte nicht Herr werden. Gewitterwolken stehen am Himmel; in zehn Tagen, sagte der Steuermann unserer Politik, kann der Krieg losbrechen, auch erst in zehn Jahren. Bei solchem Wetter ist Glaube die beste Rüstung; wir aber schauen wie weiland Israel bald nach Assur, bald nach Ägypten. Simson war unbesiegbar, bis er seinem Gotte untreu ward und sich der Delila ergab; da fielen seine Locken, da erloschen seine Augen, da erstarb seine Riesenkraft. Ist Gott für uns, wer mag wider uns sein! Wenn wir mit dieser

Losung in die dunkle Zukunft gehen, brauchen wir nicht zu sorgen. Thut Buße und glaubet an das Evangelium! In diesen beiden Angeln läuft die Thür des Reiches Gottes; auch die Reiche der Welt haben im Grunde keine anderen Mittel zu ihrer Erhaltung.

Wir rufen unsere evangelische Kirche auf. Wachet auf, liebe Deutschen, die Zeit des Schlafes ist vergangen! So weckte Dr. Martin Luther vor Zeiten sein Volk. So muß es auch jetzt wieder in die evangelischen Gewissen voll hineintönen. Nur Gottes Kraft vermag uns aus der Gewalt der Lüge, die das Volksleben verpestet, aus dem Haß, der reich und arm verfeindet, aus dem unchristlichen und unevangelischen Treiben erretten. Den Geistlichen unserer Kirche gilt die Mahnung, welche in der Zeit liegt, zuerst und vor allen. Zionswächter und Knierutscher hat sie noch kürzlich, als die Bewegung zur Erringung kirchlicher Unabhängigkeit begann, der liberale Spott genannt. Mögen sie aus den Spottnamen Ehrentitel machen. Gewiß sind sie von Gott zu Wächtern gesetzt. Sie dürfen nicht blinde Wächter und stumme Hunde sein. In der Kraft heiligen Geistes sollen sie in großen Zeiten mit großer Freudigkeit ihres Amtes walten, alle Kraft Leibes und der Seele an ihren Dienst setzen, den Mietlingssinn und die Bequemlichkeit aufgeben und daran denken, daß der Herr die Seelen der evangelischen Gemeinden von ihnen fordert. In der brennenden Liebe zu ihrem Volk sollen sie mit unermüdlicher Seelsorge die Entfremdeten wieder in die Kirche holen und sie nicht durch studierte theologische Gedankengänge, sondern durch die Erfahrungen aus Schrift und Leben erbauen zu Behausungen Gottes im Geist. Im prophetischen Geiste sollen sie da, wo es not thut, sich der Volksnot annehmen, den Mammon strafen, der Unzucht wehren, den Umsturz bekämpfen, des Schmerzes gedenkend: mich jammert des Volkes, und doch auch wieder der Hoffnung sich getröstend: die Ernte ist groß.

Unser Volk ist für das Evangelium noch nicht verloren, nur muß man es suchen. Und wenn es zu den Aufgaben der Gegenwart gehört, über den sozialen Abgrund Brücken zu schlagen, so rufen wir es den Hochstehenden und wirklich Vornehmen besonders in das Herz, daß sie sich für diesen Pionierdienst des Reiches Gottes nicht zu gering erachten. Eine unermeßliche Fülle von Liebe und Treue, Ehrfurcht und Dankbarkeit ist noch in dem Volksherzen vorhanden, das wie früher, so auch jetzt noch eine Schatzkammer deutschen, christlichen Sinnes ist. Aber es gilt, von den einsamen Höhen und

aus der stolzen Selbstgenügsamkeit hineinzutreten in das mächtig bewegte Volksleben und alle Verlorenen wiederzusammeln um das Panier des Christentums und des Vaterlandes, der sittlichen und der sozialen Erneuerung. Ob wir die drohende, aus Sozialismus und Nihilismus, aus Gottlosigkeit und Gier aufschäumende Revolution vermeiden? Das ist die schwere Frage, welche durch die Kriegsfrage einen Augenblick zurückgedrängt, aber immer noch viel entscheidender ist als diese. Es giebt nur eine Macht, welche darauf eine freudige Antwort geben kann: das ist die Macht des lebendigen Glaubens. Wenn sie wieder zu Kräften kommt und die Völker mit der Überzeugung erfüllt, daß das Christentum die Menschen aller Stände und Berufsarten zu brüderlicher Gemeinschaft verbindet; wenn davon durchdrungen eine erleuchtete Staatskunst der sozialen Not Hilfe bringt und in den sittlichen Wirren die heiligen Ordnungen Gottes wiederaufrichtet, dann ist noch Hoffnung. In solcher Zeit der Hoffnung leben wir trotz allem und allem.

Es ist anders als vor hundert Jahren, wo zuerst ein satter Übermut, zuletzt eine träge Gleichgiltigkeit den Bedürfnissen und Forderungen der Zeit gegenüberstand. Damals wurde die Erneuerung der Gesellschaft in Strömen Blutes ertränkt; heute ist sie als notwendig fast von allen erkannt. Sie mit allem menschlichen Eifer zu bewirken und ihr Kommen von Gott zu erbitten, ist die Aufgabe unserer Tage. Wie Luther seiner Zeit an den christlichen Adel deutscher Nation sich wandte, um den geistlichen Stand zu bessern, aber zugleich die zwölf Artikel der Bauernschaft gut hieß, so lange sie mit Gottes Wort sich reimten, wie er an die ehrsamen Räte und an die Bürgerschaften appellierte, daß sie in Kirche und Schule ihm hülfen, so muß es heute wieder geschehen. Und wie damals in dem Bürgertum der Städte die Reformation ihre mächtigste Stütze und ihren nie versiegenden Quell der Stärke fand, so wird auch in der Gegenwart alles davon abhängen, daß in den Städten, besonders in den großen Städten, welche die Brennpunkte der heutigen Entwickelung bilden, der freie und kühne, aber auch wahre und biblische Geist des Evangeliums wieder lebendig werden. Ja, an euch, ihr sogenannten Gebildeten, Besitzenden, Industriellen wendet sich die evangelische Kirche in ihrer Arbeit besonders und fordert eure Unterstützung. Unermeßlich sind die Fortschritte, welche Kunst und Wissenschaft seit einem halben Jahrhundert in reißendem Laufe gemacht haben; die Kirche ist dahinter zurückgeblieben und

mit ihr die sittlich-religiöse Durchdringung des Volkslebens. Deshalb entspricht das Glück der Menschen und die Zufriedenheit der Herzen dem äußeren Glanze der Zivilisation nicht. Einiges geschieht hier und da, um Versäumtes nachzuholen; die Werke der äußeren und inneren Mission steigen aus dem deutschen Boden empor und unterstützen die nationale Entfaltung und die soziale Verpflichtung. Aber es müßte viel mehr geschehen. Und das Eine, was not ist, geschieht nicht, daß die gebildeten Stände wieder einen stärkeren Anteil nehmen an der Kirche und ihren Heiligtümern.

Es ist unsere Überzeugung, daß auch hier, wenn die Schleier falscher Meinungen gefallen sind, die gegenwärtige kirchliche Freiheitsbewegung manche Mißstimmung beseitigen, manche Mißdeutung unmöglich machen kann. Das Staatskirchentum kann edle Geister nicht befriedigen. Es erweckt Mißtrauen gegen die Religion und wirkt ungünstig auf den Charakter seiner Träger. Wie ein Verhängnis muß es uns erscheinen, daß den liberalen Kreisen das Verständnis für die Bedürfnisse der Kirche, auch für das Bedürfnis der Selbständigkeit abgeht. Daß der alte Liberalismus die Freiheit der Kirche zu seiner Losung gemacht hatte, war eine Tugend, die der junge Liberalismus nicht hat. Es gehört zu den Unbegreiflichkeiten und Ungeheuerlichkeiten, daß unsere Liberalen in den irdischen Dingen die staatliche Ordnung fordern, persönliche Freiheit wollen und in den göttlichen Dingen, die der kirchlichen Freiheit bedürfen, staatlichen Druck und Zwang erstreben. Das ist ein Abfall von dem alten Ideal; wir wagen zu behaupten, daß der Liberalismus seinen ganzen tiefen Verfall diesem Fehler zuzuschreiben hat. Ist Freiheit überhaupt ein Gut, oder ist sie keins? Diese Frage muß man dem Liberalismus vorlegen, der so erbittert ist gegen die Selbständigkeitsbewegung der Kirche. Ist sie ein Gut, dann ist sie nirgends berechtigter als in der Kirche, als auf dem Gebiet der Religion, die nur in der Luft der Freiheit gedeiht.

Die schwache Stellung unserer evangelischen Kirche erscheint uns unter jedem Gesichtspunkt als eine der schmerzlichsten Ursachen des deutschen Mißbehagens. Wie das politische Gleichgewicht, beruht auch das sittliche auf dem richtigen Verhältnis der beteiligten Mächte. Recht und Zwang bilden die Macht des Staates, Gnade und Freiheit die Kraft der Kirche; beide zusammen, recht verbunden, begründen die wahre Kultur der Völker. Aber wenn der Staat auch die Gedanken der Kirche beherrscht, wenn seine Beamten die

Kirche regieren, wenn, wie man heute von uns erwartet, die Kirche lediglich nach dem Wunsch staatlicher Mächte reden oder schweigen, kämpfen oder stille sein, jedenfalls aber sich den Erfordernissen der politischen Lage widerstandslos beugen soll, dann ist sie nicht lebens- nicht leistungsfähig. Ruhe ist nicht einmal die erste Bürgerpflicht mehr; die erste Christenpflicht aber ist Leben, göttliches Leben. Eine Kirche, die von des Staatsgedankens Blässe angekränkelt ist, verliert die Kraft der Wahrheit wie den Mut des Kampfes und ist den Mächten der Finsternis nicht gewachsen. Die Kirche aber, welche wirklich auf den Felsen Petri, das heißt, auf die bekennende Persönlichkeit gegründet ist, steht fest und stark in den Stürmen der Zeit; die Pforten der Hölle sollen sie nicht überwältigen.

Die Kirche und das öffentliche Leben.

April 1887.

Seit Jahren sehen wir in Deutschland die katholische Kirche in einer steigenden Machtentfaltung begriffen. In derselben Zeit, welche unsere Kirche unter der unwissenden Gleichgiltigkeit der Gebildeten und unter dem künstlich erzeugten Haß der Arbeitermassen beinahe zusammenbrechen sah, gewann Rom die Anhängerschaft der Fürsten und Grafen, der Edelleute und Bürger, der Arbeiter und Bauern im deutschen Reich. Die deutschen Katholiken nahmen den Kampf mit der mächtigsten Monarchie der Erde unerschrocken auf und führten ihn siegreich durch. Das Zentrum war ein Jahrzehnt hindurch die ausschlaggebende Partei, die im deutschen Reichstag jede Maßregel zu hindern vermochte; es kann auch jetzt nur dadurch bekämpft werden, daß man die Forderungen der ultramontanen Richtung gutheißt und erfüllt. — Wie im politischen hat die römische Kirche auch auf sozialem Gebiet einen großen Einfluß gewonnen. In der Litteratur wie im Vereinsleben außerordentlich thätig, hat sie auf ihrem Boden bis jetzt die Sozialdemokratie niedergehalten und nur München an den Umsturz verloren. In den sozial thätigen Kreisen gilt sie als eine Freundin

der wirtschaftlichen Reform und als eine Macht der sozialen Erneuerung. Der Handwerkerbewegung steht sie in den Kämpfen um die Innung, den Arbeiterbestrebungen durch die Betonung der Fabrikgesetzgebung zur Seite; die Landwirtschaft beeinflußt sie durch großartige Bauernvereine, deren Führer, Freiherr von Schorlemer-Alst, in Westfalen die Stellung eines „Bauernkönigs“ einnimmt. Und was das Merkwürdigste ist, nicht bloß bei Katholiken, sondern auch bei Evangelischen, nicht bloß bei Freunden, sondern auch bei Feinden hat die römische Kirche eine gewisse Achtung erobert, die ihr ein großes, unverdientes Ansehen verleiht. Unleugbar hat sie vor der evangelischen Kirche im öffentlichen Leben einen Vorsprung gewonnen und ist unablässig bemüht, den errungenen Vorteil zu verfolgen. Sie ist in der That im Aufsteigen. An den Höfen verwöhnt, von den Staatsmännern gefürchtet, in den Parlamenten gesucht, im Volksleben beliebt, ist sie eine von den Mächten, mit denen jeder rechnet.

Mit der katholischen Religion als einem Bekenntnis hat dieser Aufschwung blutwenig zu thun. Man lacht über den römischen Aberglauben, man verwirft den Heiligen- und Reliquiendienst, man zweifelt heute wie nur je an der Wahrheit der Unfehlbarkeit, man denkt nicht daran, auf dem Gebiete des Glaubens sich den päpstlichen Ansprüchen zu unterwerfen; aber man ist ganz bereit, die Macht des Katholizismus als eine große, die Zeit beherrschende Thatsache anzuerkennen. So wenig religiös ist die Gegenwart gestimmt, so abgeneigt den theologischen Untersuchungen und dogmatischen Streitigkeiten, daß man nicht einmal den grandiosen Irrtum der Unfehlbarkeit, diesen Schlag in das Angesicht der Wahrheit wie der Vernunft, recht zu empfinden vermag. Damals, als dieses Dogma, das geschichtlich als unwahr zu erweisen ist, veröffentlicht wurde, ereiferte sich nicht bloß die evangelische, sondern auch ein großer Teil der katholischen Bevölkerung dagegen. Heute spricht man nicht mehr davon; irgend ein Motiv zum Kampfe gegen Rom aus jener Irrlehre herzuleiten, ist nicht Mode. Auf dogmatische, ja auf biblische Wahrheit wird nicht mehr der gleiche Wert gelegt wie früher. Macht ist in unserer realistischen Zeit das Losungswort. Und die römische Kirche hat es wirklich verstanden, durch ihre Macht im öffentlichen Leben ihren Irrglauben wie die Jesuitenmoral vergessen zu machen. Es ist, als seien die Augen der geistigen Welt gehalten oder gar erblindet. Man prüft nicht

einmal, ob diese katholische Geisteserhebung allgemein ist oder Dauer verspricht; man vergißt, daß in andern, in katholischen Ländern, der Katholizismus ebenso verhaßt wie bei uns beliebt ist. Weil er in Deutschland stark ist, überträgt man diese Schätzung auf die ganze katholische Kirche und hält den Papst, mit ihm den Episkopat in der modernen Welt für eine der größten und konservativsten Gewalten. Das weltliche Papsttum ist durch Katholiken gestürzt; als es noch bestand, waren im Kirchenstaat die elendesten politischen und sozialen Verhältnisse auf Erden; trotzdem glaubt man, daß der zerbrochene Stuhl Petri die Throne stütze, und der angebliche Nachfolger Petri die Schlüsselgewalt auch über die Geister des sozialen Umsturzes besitze. Was dem Papst so oft von großen und kleinen Leuten vorgeredet wird, glaubt er zuletzt selbst. Am 2. März d. J. sagte er in seiner Rede an die Kardinäle mit bezug auf seine unerquickliche Lage in Rom: „Es tröstet uns hierin aber der Gedanke, daß uns der göttliche Beistand, welchen die ganze Kirche auf uns unaufhörlich herabfleht, nicht ermangeln werde, und gleicher Weise ermutigt uns das Vertrauen, welches wir in die mächtige und übermenschliche Kraft setzen, womit durch göttliche Anordnung die Kirche und das Papsttum zum Heil der Welt ausgestattet ist. . . . O, daß doch Völker und Fürsten all die Vorurteile, das Mißtrauen und den Haß, welche falsche Staatsmänner und Fälscher der Geschichte, die im Dienst der Sekten arbeiten, gegen Kirche und Papsttum aufgehäuft haben, ablegen und wieder erkennen möchten, daß in diesen vielmehr der sicherste Schutz der öffentlichen Ordnung, der fruchtbarste Anfang des gemeinsamen Gedeihens liege! Gewiß hätte die menschliche Gesellschaft nicht so viele Umwälzungen zu beklagen und nicht jeden Augenblick in Furcht vor einer schrecklichen Katastrophe zu leben.“ — So Leo XIII. am Anfang des März im Jahre 1887. Und wenige Tage darauf giebt der größte evangelische Staatsmann der Welt diesem Papst im öffentlichen Parlament das Zeugnis, daß er ein weiser, mit hoher politischer Einsicht begabter Mann sei. Wir haben gleich damals, als der Papst zur Entscheidung in der Karolinensache aufgefordert wurde, gefürchtet, daß dadurch die religiöse Welt ein wenig aus den Fugen gehen möchte. In solchen Äußerungen, wie sie das Oberhaupt der evangelischen Kirche den Kardinälen auftischt, haben wir den Beweis, daß unsere Befürchtungen richtig waren.

Billig fragt man sich, wie ein solcher Wechsel möglich war. Pius IX., der Schöpfer der unbefleckten Empfängnis, des Syllabus, des Unfehlbarkeitsdogma war der evangelischen Welt zum Ärgernis und zum Gespött. Sein Nachfolger, der doch auf derselben religiösen und kirchlichen Grundlage steht, ist den Völkern und Fürsten ein Gegenstand der Achtung und der Bewunderung. Die Antwort auf diese Frage ist uns nicht zweifelhaft. Sie lautet dahin, daß Rom durch geschickte Benutzung der Mächte des öffentlichen Lebens sich einen großen Einfluß geschaffen hat und durch energisches, zielbewußtes Wirken in einer unklaren, unruhigen Welt diesen Einfluß ins Ungemessene steigert. Die politische, besonders die direkte Wahl, das Fundament unseres Verfassungslebens, wird von der römischen Kirche meisterhaft gehandhabt. Die soziale Unzufriedenheit, der stärkste Faktor des Volkslebens, wird von den römischen Führern geschickt benutzt. Die Kirche selbst ist keine bloße Glaubensgemeinschaft, sondern ein Staat in den Staaten, eine soziale Großmacht über den Großmächten. Hier liegt die Wurzel des römischen Wachstums, hier das Geheimnis der römischen Bezauberung.

Dem gegenüber erscheint die Lage der evangelischen Kirche durchaus ungünstig. Freilich derjenige irrt, der den Protestantismus für tot hält, weil er ein anderes Leben hat als der Katholizismus. In vielen Gotteshäusern mit ihren durch das Wort erbauten Hörern wie an unzähligen Krankenbetten mit den durch Christi Kreuz getrösteten Leidenden, in den Forschungen einer gläubigen Theologie wie in den Werken der Inneren Mission, in den staunenswerten Fortschritten evangelischer Kultur wie in den geordneten Entwickelungen protestantischer Länder zeigt sich die Bedeutung des Geistes der Reformation. Zuweilen, wie in den letzten Kämpfen um das Septennat und die Reichstagswahlen, offenbart sich's auch, daß die evangelische Überzeugung eine ungeheure Macht des öffentlichen Lebens sein kann, die den Feinden gebietet: bis hierher und nicht weiter! Aber das ist doch nur eine vorübergehende Erscheinung, die uns um so weniger täuschen kann, als wir alle fühlen, daß eine ähnliche religiöse Bewegung im Protestantismus schwerlich möglich ist. Die Bestrebungen der kirchlichen Selbständigkeit haben ja im vorigen Sommer eine gewisse Erregung hervorgerufen. Aber wie sehr leiden sie unter dem offenen Geheimnis, daß der Fürst Bismarck ein Gegner derselben ist! Wie

sparsam sind die hervorragenden Laien, welche ihr alles für die Freiheit ihrer Kirche einsetzen! Das langjährige Staatskirchentum hat den Begriff der Kirche bei uns überhaupt unterdrückt. Politiker sehen in der evangelischen Kirche vielfach nur ein Stück Staatsregierung, das Volk eine Beigabe zum fürstlichen Regiment. Der Gedanke, daß unsere Kirche im öffentlichen Leben, in dem politischen wie in dem sozialen, eine Macht bilden könne, ja müsse, erscheint vielen als eine verdammungswürdige Ketzerei. Noch jetzt, wo wir der römischen Kirche gegenüber so sehr in das Hintertreffen geraten, machen es sich die wenigsten klar, daß unsere Schwachheit in dem Verzicht auf die Teilnahme am öffentlichen Leben wurzelt. Die Politik geht über uns zur Tagesordnung und wird fast katholisch, weil unsere Kirche keinen evangelischen Einfluß auf die Politik zu erstreben sich getraut. Die sozialen Mächte gehen an dem Evangelium vorbei oder benutzen es doch wenig, weil unsere Kirche den Anspruch nicht macht, in den sozialen Dingen etwas leisten zu können. Die zu neun Zehnteln liberale Presse, bei einem gewissen Respekt vor der römischen Macht, mißhandelt das evangelische Bekenntnis, weil die Kirche die Kraft nicht in sich fühlt, diese sechste Großmacht anzugreifen. Zuweilen dämmert einem und dem anderen Theologen die Erkenntnis auf, daß unsere Kirche wie jede andere an der Bethätigung im öffentlichen Leben ihren Prüfstein hat. Aber solche Wahrheit wird, wenn sie einmal gefunden ist, nicht konsequent durchgeführt. Uhlhorn beginnt seine so viel Wahres und so viel Irriges enthaltende Schrift: „Katholizismus und Protestantismus gegenüber der sozialen Frage“[1]) mit den richtigen Sätzen: „An der sozialen Frage werden sich auch die Geschicke der Kirchen entscheiden. Diejenige Kirche wird den Sieg behalten, welche zur Lösung der sozialen Frage am meisten beiträgt.“ Zuletzt läuft doch alles darauf hinaus, daß sich die Kirche an den eigentlichen sozialen Fragen nicht beteiligen darf. Eben dieser Widerspruch drückt dem Verfasser dieser Aufsätze die Feder in die Hand. In ganz ähnlicher Weise hat kürzlich Generalsuperintendent D. Möller in einem Vortrag: „Das außeramtliche Leben des Geistlichen“[2]) von der Politik abgemahnt und Professor D. von Oettingen aus Dorpat in seiner Schrift: „Was heißt

---

[1]) Göttingen, Vanderhoeck und Ruprecht, 1887. (61 S.)

[2]) Wittenberg, Herrosé, 1886. (32 S.)

christlich=sozial?"*) von christlichem Parteiwesen. — Dem gegenüber möchten wir eingehend die Wahrheit verfechten, daß das Erstarken der evangelischen Kirche als Kirche von einem stärkeren Eingreifen in das gesamte öffentliche Leben abhängig ist, und daß sich ein Eingreifen denken und herstellen läßt, das mit dem Evangelium und dem Geist der Reformation durchaus übereinstimmt. Nicht Politik und Sozialpolitik treiben soll die Kirche. Aber überall in Politik und Sozialpolitik, in Presse und Parteiwesen die Gedanken und Grundsätze des Evangeliums praktisch, öffentlich, furchtlos durchgreifend geltend machen, das soll sie, das darf sie, das ist ihre Pflicht, das ist ihre Rettung in den Gefahren der Gegenwart.

Vermengung von Religion und Politik oder, wie es noch häufiger heißt, Verquickung von Religion und Politik ist nach den geltenden Anschauungen eines der größten Vergehen, dessen ein Theolog sich heutzutage schuldig machen kann. Bei der Mehrzahl der Geistlichen und Laien, unter unzähligen Orthodoxen und Liberalen ist hierin Übereinstimmung; in gewissen bureaukratischen Schichten der beiden rechtsstehenden kirchlichen Gruppen ist der Widerwille gegen eine Verbindung von kirchlichem und politischem Wirken, von religiösen und öffentlichen Interessen oft noch stärker als in der Gesamtheit der Mittelpartei und der Linken. Freilich hält die Formel selbst vor der ersten und oberflächlichsten Untersuchung nicht stand; sie ist ebenso ungenügend im Gedanken wie im Ausdruck. Religion und Politik sind zwei so verschiedene Begriffe, daß ohne eine nähere Erörterung derselben sich unter der Verbindung beider alles Mögliche und Unmögliche denken läßt. Und eben diese Unklarheit ist für viele der Grund ihrer Stellung. Zunächst muß es im höchsten Maße auffallen, daß die, welche am lautesten jene frevelhafte Verquickung beklagen, die treuesten Anhänger eines Systems sind, welches jeden Eingriff, ja Übergriff der Politik in die Religion für berechtigt hält, jedenfalls dagegen nie ein Wort des Unwillens oder nur der Mißbilligung einwendet. Daß die Politik in die Religion gemengt wird, dawider haben oft genug die Anhänger jener Richtung nichts.

Das Staatsoberhaupt regiert die Kirche souverän, oder doch nach Einführung der Synodalverfassung nahezu souverän. Man

*) Leipzig, Duncker und Humblot, 1886. (82 S.)

behauptet freilich, um den evangelischen Standpunkt zu wahren und das Gewissen zu beruhigen, nicht als Staatsoberhaupt, sondern als vornehmstes Kirchenglied übe die Obrigkeit ihr Kirchenregiment. Aber dieser Standpunkt ist unhaltbar. Lutherische Fürsten üben die Kirchengewalt über reformierte Kirchen und umgekehrt. Katholische Landesherren sind Inhaber des evangelischen Kirchenregimentes in ihren Staaten; ja, der griechisch-katholische Zar, unter dessen Augen treue lutherische Unterthanen verführt, bedrückt, vergewaltigt werden, ist der oberste Bischof dieser armen Lutheraner. Offenbar ist das eine Vermengung von Politik und Religion; aber diese Vermengung wird kaum grundsätzlich bemängelt. — Auch daß die Minister eines Staates, ganz abgesehen von ihrer religiösen Stellung, im Leben der Kirche den weitgreifendsten Einfluß ausüben, die leitenden Persönlichkeiten bestimmen, durch die Professorenernennungen die Erziehung der Geistlichen, den wichtigsten Teil der kirchlichen Thätigkeit, beherrschen, die Gesetzgebung durch ihr Veto einengen, läßt man sich nicht bloß ruhig, sondern in gehobener Stimmung gefallen. Dieselben Leute, welche gegen die Verquickung von Politik und Religion die feurigsten Reden halten, sind vielleicht als Professoren der Theologie in ihr eminent kirchliches Amt von dem Staatsminister berufen; sie fühlen es gar nicht, wie sonderbar es wirkt, wenn sie ihre widerspruchsvolle Position verteidigen. — Die Sache wird noch viel bedenklicher, wenn es sich um die Mitwirkung von rein politischen Körperschaften bei religiösen Angelegenheiten handelt, wenn Landtage, die aus Evangelischen, Katholiken, Juden und Atheisten zusammengesetzt sind, über Kirchengesetze mitbestimmen. Hier ist die Verquickung von Politik und Religion in der häßlichsten, unerträglichsten Gestalt ohne jede Spur von göttlichem Recht. Und doch wird sie auch hier von den Anhängern jener Formel nicht ernsthaft bekämpft, vielfach sogar als notwendig gutgeheißen und als Gegenmittel gegen hierarchische Bestrebungen gefordert. Fürsten und Minister sind doch wenigstens gottgesetzte Obrigkeiten, die in ihrer Stellung ein Charisma des Regierens haben: Parlamente sind Tummelplätze der Parteien, vom politischen Sturmwind der Agitation zusammengeweht und auseinandergefegt; in unverantwortlicher Weise ist die hergebrachte Kirchengewalt des Landesherrn zum Teil in diese ungeeigneten Hände zur Mitregierung überantwortet. Es ist doch sinnlos, sich gegen die Vermengung von Politik und Religion zu wenden und solche Miß-

stände der übelsten Vermischung gutzuheißen, jene zu verdammen, diese zu entschuldigen oder zu preisen.

Jedenfalls muß die Formel: keine Vermengung von Politik und Religion! näher bestimmt werden. Oder sollte sie wirklich nur bedeuten, daß die Politik in der Gestalt von Fürsten Ministern, Landtagen, Parteien sich wohl in die Religion mischen und die Kirche beherrschen, aber nicht die Religion in der Form der Synoden, der kirchlichen Obrigkeit, des geistlichen Amtes einen Einfluß auf die Politik und den Staat erstreben darf? Für die meisten ist in der That diese Auffassung der Inhalt ihrer kirchenpolitischen Überzeugung. Ihnen heißt der Grundsatz, Religion und Politik nicht zu vermengen, nichts weiter, als daß sich die Politik so viel, wie sie nur will, in das Gebiet der Religion einmischen mag, wenn nur die Religion nicht versucht, in dem Reiche der Politik Einfluß zu üben. Es ist klar, daß diese Lösung ungerecht, ungünstig und der Kirche nicht würdig ist.

Man wird uns vielleicht vorwerfen, daß wir in den vorangehenden Auseinandersetzungen Religion und Kirche, Politik und Staat wechselsweise gebraucht und dadurch die Klarstellung der mißverständlichen Formel noch mehr erschwert haben. In gewissem Sinne wollen wir den Einwurf anerkennen. Aber wir sind damit nur dem Vorbild der anderen gefolgt. Wir haben absichtlich so gehandelt, um zu zeigen, wie wenig oberflächliche und unbestimmte Redensarten zur Aufklärung von Problemen nützen können, wie unberechtigt sie auf vorhandene Bestrebungen angewandt werden. Man muß die Begriffe erst richtig bestimmen und sie dann mit einander vergleichen. Lassen wir dazu D. Möller das Wort.

Unsere Kirche — schreibt er — erkennt im Staate eine Gottesordnung. Beide Ordnungen haben einen Herrn und ein Ziel, das Reich des Herrn. Die eine vertritt die Macht des Herrschens, die andere die Macht des Dienens; die eine hat das Recht, das auf der Sittlichkeit ruht, die andere die Gnade, die die Sittlichkeit wirkt, zu vertreten. Die Kirche schafft und pflegt die rechte bürgerliche Gesinnung, der Staat gewährt der Kirche den Schutz und Segen der Macht und des Rechts. Sie sind unterschieden, aber nicht völlig geschieden. Es kommt nur darauf an, daß ihre Beziehungen rein nach ihrem Wesen gestaltet werden. Wie es ein Riß ist durch das Leben des Volkes und eine Hinderung der Wege Gottes, wenn beide Ordnungen ganz auseinander

gerissen werden, so ist es auch unheilvoll, wenn diese Beziehungen willkürlich und verworren gestaltet, wenn Religion und Politik vermengt, wenn die Religion der Politik, die Politik der Religion äußerlich dienstbar, wenn die Kirche zur Herrscherin des Staates, der Staat zum Herrn der Kirche gemacht wird.

Im ganzen und großen wird man diese Definition für richtig und evangelisch halten dürfen. Wir würden allerdings der Kirche nicht lediglich die Macht des Dienens, dem Staat lediglich die Macht des Herrschens zuschreiben. Eine solche Teilung verwirrt. Gerade wenn man, wie D. Möller, beiden Ordnungen dasselbe Ziel setzt: das Reich Gottes, wird man fordern müssen, daß beide in ihrer Weise dem Reiche Gottes dienen, ja daß unter dem Gesichtspunkte des Himmelreiches wohl die Gedanken Gottes, wie sie von der Kirche verkündigt werden, den Staat bestimmen können, während nie die Gedanken Gottes, wie sie in dem Staat verkörpert sind, die Kirche beherrschen dürfen. Man würde die Tragweite beider Institutionen richtiger so abmessen, daß der Staat auf dem Rechtsgebiet mit Zwang herrschen muß, während die Kirche auf dem sittlichen Gebiet in Freiheit herrscht, daß jener der Kirche zur Erreichung ihrer Ziele, diese dem Staat für seine Zwecke willig dient, so weit die Grenzen der beiden Gebiete reichen. Wenn nun aber geschieht, was D. Möller als unzulässig mit Recht verwirft, daß der Staat der Herr der Kirche wird, was dann? Auf diese Frage unterläßt man meist die Antwort, die auch in der That schwer zu geben ist. Viel leichter ist es, sowohl in Gedanken wie in der Ausführung, der Kirche und dem geistlichen Amte vorzuschreiben, was sie nicht thun sollen. — Am wenigsten, sagt D. Möller, ist es statthaft, aus dem Worte Gottes unmittelbar die Entscheidung für technisch-politische Fragen zu nehmen; es ist überaus gefährlich, unvermittelt politische Forderungen zu religiösen, religiöse Forderungen zu politischen zu stempeln. Ganz recht; aber diese Gefahr ist in ihrer Ausdehnung und Möglichkeit verschwindend gering gegen die andere, daß die Staatsraison der Kirche ihren Willen aufzuzwingen trachtet und irreligiöse Forderungen zu religiösen stempelt. Wir fragen wiederum: was dann? und vermissen bei den meisten, die darüber reden oder schreiben, die Antwort. — Wir stehen, schreibt D. Möller, in einer von politischen Parteien tiefzerwühlten Zeit. Ob die Überzeugung der Geistlichen auf die konservative oder auf die liberale

Seite führt, darüber wird nicht bloß der Gehorsam gegen Gottes Wort, sondern auch die Erwägung mancher konkreten Verhältnisse mitsprechen müssen; das Christentum ist an sich ebenso liberal wie konservativ und weist nur, im Gehorsam gegen Gottes Führung in der Geschichte, alle radikalen und anarchischen, wie alle stabilisierenden Bestrebungen von sich. Es kann hier Momente geben, wo die Liebe zum Vaterlande den Geistlichen mitten in den Parteikampf hinein treibt. Die Regel darf es nicht sein. Er darf, so viel an ihm liegt, sich den Zugang zu keinem Gemeindegliede verschließen. Es ist auch bedenklich für seine Person. Bei Parteiagitationen drängen sich Schlagworte in den Vordergrund, die nur halb wahr sind und jedenfalls die Geister mehr knechten als befreien. So gewöhnlich dies auch geworden ist, und so laut es in weiten Kreisen als schneidiges Wesen gepriesen wird, es befleckt doch die Person und zieht sie in ihrer sittlichen Würde herab. Solchen Weg darf der Geistliche nicht wandeln, auch sich nicht in ein Getriebe einlassen, wo er es kaum vermeiden kann, mit Schmutz beworfen zu werden. — Dies sind die praktischen Konsequenzen des Möllerschen Standpunktes. Sie wurden, als sie im vorigen Jahre an die Öffentlichkeit traten, von vielen geteilt, in liberalen Blättern mit Zustimmung bejubelt, was dem verehrungswürdigen Verfasser gewiß sehr gleichgiltig, vielleicht unlieb war. Unleugbar hat er darin recht, daß ein einzelner Geistlicher, auf sich allein gestellt, von seiner Kirche nicht beraten, leicht große Fehler begeht. Aber die Sache würde sofort in einem anderen Lichte erscheinen, wenn die Kirche in denjenigen politischen Fragen, wo sie ein dringendes Interesse hat, selber Stellung nähme und dadurch die Geistlichen auf der rechten Bahn erhielte. Unsere Kirche wäre so einflußlos nicht, wie sie heute ist, wenn die Tausende von Geistlichen unter dem sicheren Beirat ihrer Oberen in gesunder Weise ihre Stellung benutzen, um richtige Anschauungen über politische Angelegenheiten, an denen die Kirche beteiligt ist, in die Geister zu pflanzen. Bei den letzten Reichstagswahlen hat man es keinem Pfarrer verdacht, wenn er sich für das Septennat in den Parteikampf stürzte; ja wir kennen kirchliche Obrigkeiten, die unter der Hand dazu aufforderten. Nun giebt es aber gewiß politische Sachen, die der Kirche noch viel näher am Herzen liegen als das Septennat. Soll das Eintreten für sie den Geistlichen verwehrt sein, nur weil es den Machthabern so

gefällt? Wir glauben nicht. Übrigens sind die politischen Agitatoren unter den Geistlichen so seltene Vögel, daß die Kirche wirklich keine Gefahr läuft, wenn sie denselben ein wenig Spielraum gestattet. Sie werden schon von selbst nicht allzuweit und allzuhoch fliegen; jedenfalls sind es nicht viele, die ihnen folgen.

Ich war vor Jahrzehnten ein junger, politisch liberaler Pfarrer in einem sächsischen Dorfe und las, wie meine meisten Amtsbrüder, die „Magdeburgische Zeitung“. Vor fünfundzwanzig Jahren leistete dies nationalliberale Blatt in Herabsetzung der Kirche und der Pastoren das Äußerste und mußte in einem ehrlichen Gemüte einen Ekel vor dem Liberalismus erwecken. In der Gemeinde war ein völlig unkirchlicher Mensch, natürlich liberal, der politische Führer; er verdarb einen guten Teil der Gemeindeglieder. Daß ich mich dabei vom Liberalismus abwandte und konservativ wurde, ist selbstverständlich; ich hätte kein Ehrgefühl haben müssen, wenn ich liberal geblieben wäre. Aber in die politische Agitation trat ich damals noch nicht ein; heute würde ich es thun aus seelsorgerlichen Gründen. — Ich kam nach Berlin und erlebte die Saturnalien des Fortschritts und der Sozialdemokratie. Nicht weil die Geistlichen politisch agitierten, wurde ihre sittliche Würde in unerhörter Weise herabgezogen, wurden sie in der gemeinsten Art mit Schmutz beworfen, sondern weil jene politischen Parteien gottlos sind und die Kirche wie die Geistlichen hassen. Ich wunderte mich, daß sich meine Amtsbrüder das ruhig gefallen ließen; ich versuchte dagegen ein wenig politisch zu agitieren, und seitdem wurde es doch besser. — In der Zeit des Kulturkampfes, wo rein politische Gründe die unschuldige evangelische Kirche in den Streit hineinwarfen, erkannte ich zum ersten Male mit Schrecken ihre politische Ohnmacht und Unfähigkeit. In den Tagen der außerordentlichen Generalsynode, wo politische Willkür der „dämonischen Intelligenz der großen Städte“ — so sagte damals treffend D. Möller — einen Anteil an der Kirchenleitung verschaffte, erstarkte in mir die Überzeugung von der unberechtigten Verquickung von Politik und Religion. Und gegenwärtig, wo der Evangelische Oberkirchenrat, eine Königliche Behörde, bei der Beendigung des Kulturkampfes ebenso schnöde übergangen wird wie bei dem Beginn, wo eine mit ungleichem Maße messende Politik trotzige Katholiken mit Gunst überschüttet und folgsame Protestanten mit Mißachtung

behandelt, da fühle ich heiße Sehnsucht nach einer evangelischen Kirche, welche die Gedanken der Reformation furchtlos und kühn in die Politik hineinruft. In vollem Ernst! Ich bin der ketzerischen Meinung, daß, wenn die Geistlichen um ihre Stellung in der Volksschule gebracht werden, die Kirche, auch die evangelische, Schulpolitik treiben und alle rechten Wege einschlagen muß, um eine falsche Politik durch eine richtige zu ersetzen. Wenn eine irrende Staatskunst durch falsche Grenzbestimmungen des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche die Fundamente des Volkes aufwühlt und in das Innere des religiösen Lebens eingreift, dann muß die Kirche, auch die evangelische, offen und laut innere Politik treiben und sich mit allen Kräften, mit allen erlaubten Mitteln einer zerstörenden Politik widersetzen. Wenn der Papst, der nur darauf lauert, seine mittelalterlichen Ansprüche der Weltherrschaft und des allgemeinen Schiedsrichteramts zu erneuern, zum Schiedsrichter aufgerufen und ein päpstlicher Nuntius in der deutschen Reichshaupstadt von ferne angekündigt wird, dann soll die Kirche, auch die evangelische, in aller Bescheidenheit und Ehrerbietung sich sogar in das Gebiet der auswärtigen Politik begeben und auf die Gefahren einer solchen römischen Politik aufmerksam machen. Und wenn der soziale Umsturz vulkanartig in der Volksseele gährt und die Arbeitermassen von dem Herzen der Kirche losreißt, dann muß jede Kirche, wenn sie dem Reiche Gottes wirksam dienen will, ja sie muß Sozialpolitik treiben und die Grundsätze des Evangeliums über reich und arm, über Lohn und Arbeit, gerade wie weiland Jakobus, in die sozialen Wirren hineinrufen. Sie soll bei Leibe nicht technisch-politische Fragen aus Gottes Wort entscheiden wollen; aber sie soll laut und vernehmlich, mit gutem Gewissen und freudigem Aufthun des Mundes ihre Überzeugung in die Gewissen der technisch-politischen Arbeiter wie der Handarbeiter hineinrufen, daß es jedermann im Volke wisse: die Kirche thut ihre Pflicht.

Man sagt vielleicht, das sei nicht im Sinne des Evangeliums und habe keinen Anhalt an Christi Vorgang. Wir erwidern darauf, daß der Gottessohn in diesem Stück uns nicht Vorbild sein kann. Er war, als er auf Erden wandelte, der König des Reiches Gottes, nicht die Obrigkeit einer sichtbaren Kirche. Was die Leiter einer Staatskirche in den geschichtlich gewordenen Zuständen unserer modernen Verfassungen zu thun haben, können sie

nicht unmittelbar von Christo lernen, das gehört zu den Dingen, welche der heilige Geist lehrt. Darin unterscheidet sich die Kirche von dem Reiche Gottes, daß sie ganz in die Sichtbarkeit gestellt ist, mit den sichtbaren Mächten sich auseinanderzusetzen hat und, wenn sie auch dem Reiche Gottes so viel wie möglich nahe kommen muß, ja gerade deshalb die Durchdringung der sichtbaren Welt mit dem Sauerteig des Evangeliums nicht versäumen darf. Die Kirche dem Staat unterwerfen, aber auf den Staat keine Einwirkung suchen, die Religion von der Politik abhängen lassen, aber die Politik nicht mit religiösen Mächten durchdringen, das heißt unter den Verhältnissen der Gegenwart die Kirche kraftlos machen. Der Staat ist die organisierte Volksgemeinschaft, die Kirche die organisierte Religionsgemeinschaft; Politik ist die Kunst der Staatsleitung, Religion die innerste Gemeinschaft mit Gott. Diese Religion muß alles beherrschen, auch die Politik. Die Religionsgemeinschaft muß sich in ihren Rechtsformen dem Staate willig beugen; aber in allen Punkten, wo ihre Lebensinteressen liegen, muß sie in ihrer Weise bei der Leitung des Volkes mitwirken.

Dies lediglich durch persönliches Zeugnis und seelsorgerliches Wirken erreichen wollen, heißt sich Illusionen hingeben. Die Ereignisse der Gegenwart sind recht geeignet, uns aus solchen Träumen zu wecken. Man glaubte, im Zentrum der Religion fest zu stehen, und verlor, ohne es zu merken, die Peripherie; zuletzt kann man auch die Mitte schwer halten, weil von allen Seiten die feindlichen Mächte heranstürmen. Dies ist im Grunde die Lage der deutschen evangelischen Kirche. Will sie diesen Zustand verbessern, so muß sie an dem öffentlichen Leben, auch dem politischen, wieder lebendig teilnehmen. In dem Begriff Kirchenpolitik hat die logisch arbeitende Sprache zusammengefaßt, was die Verbindung von Religion und Politik Richtiges in sich schließt. Ein Staatskirchentum wie das unsere kann ohne Anwendung von Politik nicht gedeihen, am wenigsten, wenn eine Kirche wie die katholische daneben steht, die mehr eine politische als eine religiöse Macht ist. Aber auch in den freien Kirchen der englisch-amerikanischen Welt, die mit dem Staatswesen so wenig Berührung haben, wird es je länger, je mehr erkannt, daß die Isolierung des religiösen Momentes die Volksseele schädigt. In Spurgeons Predigtsammlung: Schwert und Kelle, heißt es: „Ich höre oft sagen: bringt nicht die Religion in die Politik hinein. Gerade

dahinein soll sie gebracht und vor aller Augen wie auf einen Leuchter gestellt werden.“ Eben dies ist unsere Meinung. Dagegen die Politik in die Religion zu mischen, die Religion aus der Politik zu lassen, das ist entweder mutlose Halbheit oder beschränkter Unterthanenverstand oder pietistische Einseitigkeit; in jedem Falle ist es eine große Gefahr der evangelischen Kirche.

Mit der Entscheidung, daß die Kirche in der Politik nichts zu thun habe, scheint auch die Frage beantwortet, ob sie auf dem Gebiet der Sozialpolitik mitwirken solle. Herr Abt D. Uhlhorn, an dessen Hand wir diese Frage beleuchten wollen, verneint beides. Nach ihm hat die Kirche nie unmittelbar, sondern immer nur mittelbar durch die Predigt des Evangeliums auf Familie, Staat, Volkswirtschaft einzuwirken. Kirchenregiment und Synoden sind demnach nur soweit zu einer sozialen Thätigkeit berufen und befähigt, als sie auf die Predigt und die Prediger einen Einfluß haben; eine besondere Aufgabe haben sie nicht. „Wir beanspruchen nicht — schreibt D. Uhlhorn unter Berufung auf den siebenten Artikel der Augsburgischen Konfession — dem Staatsmann zu sagen: So mußt du regieren und die Politik treiben, wenn du ein Christ sein und selig werden willst, sondern wir überlassen das seiner Einsicht, weil das zu seinem Beruf gehört und er es deshalb am besten verstehen muß. Wir beanspruchen nicht, dem Nationalökonom zu sagen: So mußt du über Arbeit und Kapital, über Zins und Rente, über Produktion, Verteilung und Konsumtion der Güter denken, das ist christliche Nationalökonomie.“

Wir teilen jene evangelische Begriffserklärung der Kirche auch; wir sehen dieselbe als eine Richtschnur für unsere kirchlichen Anschauungen an, wie wir auch jenen lutherischen Grundsatz, daß man das weltliche und geistliche Regiment nicht in einander wirren soll, durchaus als richtig anerkennen. Wenn wirklich die Kirche frei wäre, unabhängig vom Staat und unvermischt mit dem weltlichen Regimente, wenn wirklich bei uns die Kirche die Versammlung aller Gläubigen wäre, geschmückt mit der Predigt des reinen Evangeliums, so würden wir den Kreis ihrer Einwirkung auf das öffentliche Leben, das politische wie das soziale, ohne Zweifel anders bestimmen müssen, als wir es thun. Aber die Kirche, um die es sich handelt, ist die Volkskirche, die Gemeinschaft der Gläubigen und der Ungläubigen, der reinen und der falschen Predigt, ist die Staatskirche, vom weltlichen Regiment beherrscht und in

gewissen Angelegenheiten, wie Schule, Ehe, Sonntag, Staatsrecht, Verfassung, mit der Politik verflochten. Es ist ein verderblicher Irrtum für unsere Kirche in ihrer Wirksamkeit, daß sie mit ihren Ansprüchen dem Staat als die unsichtbare Kirche gegenübersteht, während der Staat mit seinen Ansprüchen sie durchaus als sichtbare behandelt. Wir meinen, daß Kirchen, denen vom Staate so sehr der Stempel der Sichtbarkeit aufgedrückt ist, wie die unseren, an den öffentlichen Aufgaben des Staates überall in den gemeinsamen Punkten teilnehmen müssen. Schulgesetze, soweit sie die religiöse Erziehung betreffen, Ehegesetze, soweit sie den religiösen Charakter der Ehe berühren, Sonntagsgesetze, Staatskirchenrecht und alle damit verbundenen Maßregeln gehören unleugbar zur kirchlichen Politik. Der Kirche von heute darauf jeden Einfluß prinzipiell abstreiten, heißt sie von vornherein für machtlos erklären. Bei solchen Grundsätzen ist das Kirchenregiment nur eine Administration der Kirche unter Staatsaufsicht, nicht eine Leitung derselben nach kirchlichen Interessen. Leider ist dies viel zu sehr der gewöhnliche Zustand; und wir behaupten, daß darin eine Ursache unserer Ohnmacht sowohl dem Staate wie Rom gegenüber liege. Es ist mit den sozialen Dingen nicht anders. Sagt man, daß die Kirche dabei nichts weiter thun könne, als das Evangelium predigen, so beschränkt man ihren sozialen Einfluß auf die kleine Zahl derer, die das Evangelium hören wollen. D. Uhlhorn schreibt am Anfang seiner Schrift das treffende Wort: Täuschen wir uns nicht, daß der Kampf zwischen Katholizismus und Protestantismus nicht auf dem Felde gelehrter Deduktionen, nicht auf dem Gebiete dogmatischer Polemik entschieden werden wird, sondern die Frage ist, welche Kirche wird den stärksten Einfluß auf unser Volksleben gewinnen. Nun liegt ja aber die Schwierigkeit gerade darin, daß die sozialen Mißstimmungen und Zerrüttungen das Volksleben unchristlich und für die Predigt des Evangeliums taub machen.

Erst das Aufstellen sozialer Grundsätze, die mit dem Ringen der unteren Stände sich ebenso wie mit den geltenden Anschauungen der oberen Zehntausend einlassen, erst das Einnehmen fester Positionen in dem Sturm und Drang des sozialen Lebens wird die arbeitenden Klassen für das Zeugnis der Kirche wieder empfänglich stimmen. Und es ist die Eigentümlichkeit des Politischen wie des Sozialen, daß es ganze Kreise erfaßt, bewegt, aufmerksam macht, in neue Gedankengänge hineinzieht und verschlossene Lebensgebiete

öffnet. Ein richtig gedachtes Sonntagsgesetz, das einem Volke Sabbatruhe schafft, kann nach dieser besonderen Richtung mehr ausrichten als ein halbes Jahrhundert Predigt, Seelsorge und innere Mission. Sollte die Kirche dafür nicht eintreten, agitieren, auf die Politik einzuwirken suchen? — Aber freilich, es wird sich vor allem darum handeln, ihr die Grenzen wie das Gebiet ihrer Thätigkeit klar zu bestimmen.

So einfach die Sache ist, schreibt D. Uhlhorn, man kann es nicht stark genug betonen, daß die soziale Frage eine wirtschaftliche Frage ist; er leitet sie lediglich aus der modernen Produktionsweise ab. In dieser Grundlegung sind alle nachfolgenden Irrtümer des Verfassers enthalten. Hätte er mit seiner Erklärung recht, dann würde allerdings die Kirche mit der sozialen Frage wenig zu thun haben. Aber diese Erklärung ist falsch. Die soziale Frage ist ebenso sehr eine sittlich-religiöse wie eine wirtschaftliche, und zwar eine komplizierte Frage, bei welcher das eine Moment vielfach in das andere umschlägt. Eben hierin liegt für die Kirche nicht bloß das Recht, sondern die Pflicht, dieser Frage in ihrer gesamten Erscheinung näher zu treten. D. Uhlhorn scheint auch den Mangel seiner Definition zu fühlen; denn unmittelbar darauf fügt er hinzu, daß eine gedeihliche wirtschaftliche Entwickelung eine sittliche Entwickelung voraussetzt, ohne eine solche schlechthin undenkbar ist, weil die wirtschaftliche und die sittliche Entwickelung eines Volkes und einer Zeit immer einander entsprechen. Steht es aber so, dann ist eben die soziale Frage nicht eine rein wirtschaftliche, sondern eine ethisch-wirtschaftliche. An andern Punkten seiner Erörterung bringt sogar der Verfasser wirtschaftliche Verhältnisse in eine so unbegründete und enge Verbindung mit religiösen Begriffen, daß wir dieselbe durchaus ablehnen müssen. Er leitet die großartige wirtschaftliche Entfaltung der Gegenwart von dem Protestantismus ab, worin er bis zu einem gewissen Grade recht hat; er charakterisiert dieselbe hauptsächlich durch die beiden Faktoren, Maschine und freien Arbeitsvertrag, und meint, die Maschine habe etwas vom Protestantismus an sich, da erst mit der Reformation die systematische Erforschung der Natur und die Ausbeutung der Naturkräfte beginne; auch der freie Arbeitsvertrag wurzele, ethisch betrachtet, in dem Recht des Individuums und insofern wieder in der Reformation. Ja, an einer späteren Stelle heißt es wörtlich: „Uns steht der

freie Arbeitsvertrag sittlich höher als die mittelalterliche Gebundenheit; denn zur Freiheit der Kinder Gottes durchgedrungen, wissen wir auch jede andere Freiheit als ein sittliches Gut zu schätzen." Uns geht diese Verquickung von sittlich-religiösen Kategorien mit wirtschaftlichen Erscheinungen viel zu weit; wir begreifen besonders nicht, wie man bei einer solchen Auffassung zugleich den abstrakten Standpunkt festhalten kann, die Kirche der Reformation von der Arbeit an Erscheinungen zurückzuhalten, die so eng an dieselbe angeknüpft werden. Jedenfalls, wenn die Maschinenarbeit und der freie Arbeitsvertrag den Zug des Protestantismus an sich tragen sollen, können sie nicht lediglich wirtschaftliche, sondern müssen ihrem Wesen nach zugleich ethische Verhältnisse sein.

Damit sind aber die Widersprüche D. Uhlhorns noch nicht zu Ende. Zuerst singt er ein Loblied auf die Maschine, wie auf den freien Arbeitsvertrag. Uns ist — schreibt er — die Maschine nicht unheimlich, denn wir freuen uns, daß es gelingt, die Naturkräfte immer mehr in den Dienst des Menschen zu ziehen. Müßte doch, wenn wir keine Maschinen hätten, ein Fünftel der Bewohner Europas Kurbeln drehen, im Tretrad gehen, Lasten schleppen, um die Kraftäußerung hervorzubringen, welche jetzt die Maschinen bewirken. Zwei Kilogramm Kohlen entbinden jetzt zwei Menschenarme von geisttötender Tagesarbeit. — So zuerst. Später wird dann gerade das Gegenteil ausgesprochen, daß die Arbeit an der Maschine auf die Dauer abstumpfend, geisttötend wirken muß, weil sie durch die fortgesetzte Arbeitsteilung den Arbeiter zu einem Teil der Maschine macht, ihm weniger Arbeitsfreude gewährt, den Egoismus und die Genußsucht weckt. Uns erscheint Lob wie Tadel, obwohl in beidem Wahrheit liegt, nicht genügend abgewogen und motiviert. Der Verfasser schreibt der Maschine an sich einen allzu großen Einfluß zu. Da, wo die Maschine als Näh- und Steppmaschine oder als Gasmotor dem kleineren Betrieb dient, hat sie jene übermäßigen Vorteile und Nachteile nicht. Erst da, wo sie mit dem großen Kapital verbunden, den Großbetrieb hervorruft, Hunderte oder Tausende von Arbeitern in ihren Dienst spannt und sie in ihrer Existenz von der auf- und abwogenden Konkurrenz abhängig macht, ihre sittlichen und Familienverhältnisse nicht genügend berücksichtigt, das Emporsteigen aus dem Arbeiterstande zu selbständiger Stellung fast unmöglich macht, bei eigenem großen Verdienst die Arbeiter in kärgliche, zuweilen elende Lohn-

verhältnisse versetzt, kurz, der reißend schnell fortschreitenden industriellen und kapitalistischen Entwickelung gegenüber den Arbeiterstand in einem unbefriedigenden Zustande der materiellen, sittlichen und geselligen Existenz beläßt, — erst da hat die Maschine den ungünstigen Erfolg, wie ihn D. Uhlhorn beschreibt. Wir würden die Maschine ebenso wenig mit dem Protestantismus in Beziehung bringen, wie die Erfindung des Schießpulvers und der Buchdruckerkunst mit dem Katholizismus; wir würden auch den freien Arbeitsvertrag, der übrigens schon in den Zünften des Mittelalters vorkommt, nicht mit der Reformation verwirren; wenigstens mit der Freiheit der Kinder Gottes hat er nichts zu thun. Was D. Uhlhorn im Verlauf seiner Schrift von diesem Charakteristikum des modernen Arbeitslebens aussagt, hebt die Anerkennung auf und verwandelt sie in ihr Gegenteil. Zuerst wird der freie Arbeitsvertrag ein Fortschritt, auch ein sittlicher Fortschritt genannt, weil er mit der Befreiung vom Zwang die freie Entwicklung der Persönlichkeit ermögliche. Kurz darauf heißt es: Der Arbeiter ist für sich allein nichts mehr, er ist nur etwas in dem ganzen Zusammenhang der Fabrik, aus dem Betrieb herausgerissen, hilfloser als ein Wilder, *abhängiger von dem Maschinenbesitzer als der frühere Hörige von seinem Grundherrn.* Wir bestreiten dies Letztere nicht, finden aber darin den Beweis, daß der freie Arbeitsvertrag nichts bloß Wirtschaftliches, sondern etwas Ethisch-Wirtschaftliches ist. Und wir begreifen nicht, wie D. Uhlhorn diesen Abschnitt damit beschließt, daß er resigniert ausruft: „Wie da zu helfen ist, überlasse ich denen, die Gott dazu berufen hat. Auf kirchlichem Standpunkt stehe ich dem allen neutral gegenüber. Der Kirche ist nur befohlen, was die innern Güter angeht, und diese Güter sind zu gewinnen, wie auch immer die Lage des Menschen ist. Die Kirche wird sich nicht bloß jeder wirtschaftlichen Besserung freuen, sie wird auch alle dahin gehenden Bestrebungen unterstützen. Aber die verschiedenen Gebiete mit ihren Aufgaben dürfen nicht zum Schaden ihrer Lösung in einander geeinet werden.“ — Nun verstehen wir freilich nicht, wie die Kirche auf dem Uhlhornschen Standpunkte auch nur ein Urteil darüber gewinnen soll, welche Bestrebungen zur Besserung führen und welche nicht. Es ist ihr hier eine so abstrakte Stellung im reinen Äther des Sittlichen gegeben, daß der Übergang von da zum Sozialen sich nicht finden läßt. Der Verfasser verwechselt den

seelsorgerlichen Standpunkt mit dem kirchlichen. Als Seelsorger im einzelnen Verkehr muß jeder Geistliche darauf bestehen, daß trotz schlechter Löhne und dumpfer Wohnung, bei Sonntagsarbeit und Frauenarbeit sich die inneren Güter des Geistes, Gerechtigkeit, Friede und Freude, dennoch gewinnen lassen. Die Kirche, welche das Ganze im Auge hat, muß von dem Gesichtspunkte ausgehen, daß mit unzufriedenen Menschen ohne Ruhe und Familiengeist kein Gemeindeleben sich aufbauen läßt. Und sie muß mitwirken, daß die hindernden Übelstände des wirtschaftlichen Lebens möglichst aufgehoben werden. Christus hat dem Volke nicht gesagt, daß man sich auch bei Hunger und Durst erbauen kann; er hat die Hungernden gespeist, damit sie nicht verschmachteten.

D. Uhlhorn hat, so fürchten wir, um vor katholisierenden Wegen zu warnen, die soziale Frage zu einseitig aufgefaßt. Was er über die Gefahren der katholischen Sozialpolitik sagt, ist ja durchaus treffend und lehrreich. Die innere Schwachheit der katholischen Kirche mit ihrem Mönchsideal bei aller äußeren Rührigkeit, ihre scheinbare Autorität bei revolutionären Neigungen, ihr Spielen mit dem Sozialismus wie mit der Demokratie, ihre ganze Vermessenheit in dem Anspruch, die soziale Frage allein mit kirchlichen Mitteln lösen zu wollen: das alles ist vortrefflich dargelegt. Der Verfasser hätte noch darauf aufmerksam machen können, was zur Kenntnis der katholisch-sozialen Bestrebungen überaus charakteristisch ist, daß in den Ländern, wo wie in Frankreich und Belgien das Kapital in katholischen, vielfach in ultramontanen Händen ist, das römische System der sozialen Hilfe rein individualistisch ist. Perins berühmter Fabrikanten-Patronat ist in der That nichts anderes als der alte patriarchalische Zustand mit modernem Faltenwurf; er gilt aber in den gut katholischen Ländern als das Universalheilmittel. Dagegen in Deutschland und Irland, wo der Besitz, zumal der industrielle, großenteils in protestantischen Händen ist, macht die katholische Kirche stark in Sozialismus. Man kann über dies Messen mit doppeltem Maßstab nicht scharf genug urteilen. D. Uhlhorn urteilt über manche Erscheinungen und Persönlichkeiten der katholischen sozialen Bewegung, wie z. B. Hitze, zu streng; wer diesen noch jungen, aber begabten und begeisterten, nicht bloß seine Kirche, sondern auch sein Vaterland liebenden Mann nur aus Uhlhorns Broschüre kennen lernt, muß ein falsches Bild von ihm

gewinnen. Aber jene demokratisch-sozialen Wühlereien gewisser ultramontaner Kreise hat er beinahe noch zu milde bezeichnet. Und darin hat er recht, wenn er die Anmaßung des Ultramontanismus, daß die Kirche allein die sozialen Schwierigkeiten bemeistern könne, als fruchtlos und unwahr verurteilt. Dieser Anspruch ist unverständig und unkirchlich zugleich.

Aber D. Uhlhorn scheint auch evangelischen Sozialpolitikern solche kühnen Anwandlungen zuzuschreiben. Eine Zeitlang — schreibt er — konnte man auch in protestantischen Kreisen oft die Rede hören, die Kirche müsse die soziale Frage lösen. An anderer Stelle heißt es: Man kann oft genug auf protestantischer Seite hören: wenn wir nur alle Christen wären, dann wäre die soziale Frage gelöst. — Wiederum sagt er, man höre hie und da, die innere Mission müsse und werde die soziale Frage lösen. Es würde doch dem verehrten Verfasser schwer werden, solche Äußerungen urkundlich nachzuweisen. Gerade darin unterscheiden sich unseres Erachtens die evangelisch-sozialen Bestrebungen von den katholischen prinzipiell, daß jene die Gesellschaft und den Staat als die eigentlichen Träger der sozialen Hilfe ansehen und der Kirche wie der innern Mission nur die Mitwirkung zuschreiben. Offenbar ist D. Uhlhorn nicht ganz ohne Voreingenommenheit gegen die christlich-sozialen Bestrebungen in die Diskussion dieser Frage eingetreten. Zuweilen mißversteht er die Gegner, denn das sind ihm die Anhänger der christlich-sozialen Ideen, in geradezu unbegreiflicher Weise. Z. B. ich, mit dem er sich in dieser Schrift vielfach beschäftigt, indem er meine Motive anerkennt, meine Anschauungen unbedingt verwirft, habe im Jahre 1873 in der „Neuen Ev. Kirchenzeitung" wörtlich die Frage aufgeworfen: „Warum fehlt es noch immer an einer Darstellung der sozialen Anschauungen des Neuen Testamentes?", eine Frage, welche das bekannte Buch von Todt über den radikalen deutschen Sozialismus und die christliche Gesellschaft hervorgerufen hat. D. Uhlhorn läßt mich unter Berufung auf jene Stelle sagen, es sei richtig und gut, die normativen Anschauungen des Neuen Testamentes über Sozialpolitik und Volkswirtschaft zu geben; davon steht aber an der obigen Stelle nichts. Wenn man Gegner so umdeutet, ist es leicht, sie anzuklagen. Soziale Anschauungen hat das Neue Testament ohne Zweifel, wenigstens in dem Sinne, wie wir das Wort „sozial" verstehen; normative Anschauungen über Sozialpolitik und Volkswirtschaft hat das Neue Testament nicht,

und nur ein Thor könnte dieselben in dem Neuen Testamente suchen. — Leider ist das nicht die einzige Stelle, wo ich völlig mißdeutet bin. D. Uhlhorn schreibt mir eine bedenkliche Unsicherheit im Urteil zu und beweist das folgendermaßen: „Er räumt ein, — so argumentiert D. Uhlhorn — daß die Kirche nicht den Beruf hat, wirtschaftliche Programme im einzelnen aufzustellen. Kann sie es denn etwa im allgemeinen? Er sagt: Die Kirche kann nicht sagen: dies volkswirtschaftliche System ist besser, jenes schlechter, denn sie hat kein Organ dazu. Kann sie es bloß deshalb nicht, weil sie kein Organ dazu hat?“ Hier werden, wie leicht zu ersehen ist, willkürliche Gegensätze gebildet. Nicht wirtschaftliche Probleme im einzelnen, sondern allgemeine soziale Ideen soll die Kirche aufstellen. Nicht bloß deshalb, weil sie kein Organ dazu hat, kann die Kirche über volkswirtschaftliche Systeme nicht urteilen; aber dieser eine Grund genügt. Es giebt natürlich noch andere Gründe; das Wörtlein „bloß“ erweckt den gänzlich irrigen Eindruck, als solle der Kirche doch im Grunde die Möglichkeit eines maßgebenden Urteils zugeschrieben werden. Ich habe, wie D. Uhlhorn auf derselben Seite richtig zitiert, klar ausgesprochen, was ich denke: „In der Bibel, d. h. im Neuen Testament finden wir keine nationalökonomischen Formeln, keine politischen Gesetze; aber es ist eine richtige Meinung zu glauben, daß darin die gesunden Ideen für die Probleme der Gesetzgebung verborgen liegen.“ D. Uhlhorn meint: Auch hier fehlt überall die klare Unterscheidung von ethischen und wirtschaftlichen Fragen, von ethischen und wirtschaftlichen Sätzen. Wir glauben, daß die Sachlage hiermit nicht genau bezeichnet ist. Die Differenz besteht eben darin, daß D. Uhlhorn das wirtschaftliche und ethische Gebiet von einander völlig absondert, während die christlich-soziale Anschauung davon ausgeht, daß in der Schrift, auch in der des Neuen Testamentes, ethische Sätze, religiöse Gedanken vorkommen, die das wirtschaftliche Leben innerlich und damit auch teilweise äußerlich bestimmen. Daß der Besitz ein Lehen Gottes ist, daß das Eigentum nicht, wie das römische Recht, ein jus utendi et abutendi verleiht, sondern die Verantwortlichkeit des Eigentümers bedingt, daß das Trachten nach irdischen Schätzen unerlaubt, dagegen die Arbeit göttlich gewollt und gesegnet ist, daß der Lohn der Arbeiter mit den erschütternden Accenten des Jakobusbriefes geschützt und die Hilfe an dem notleidenden Bruder befohlen ist: das alles sind sittlich-religiöse Sätze, die für das

wirtschaftliche Leben unmittelbare Konsequenzen haben. Und die heutige Nationalökonomie, indem sie nicht mehr wie früher das wirtschaftliche Gut, seinen Wert und Preis, sondern das arbeitende Subjekt, die Persönlichkeit in den Mittelpunkt ihrer Wissenschaft stellt, fordert damit selbst die prinzipielle Verbindung der wirtschaftlichen und ethischen Gesichtspunkte. Man kann die Abstraktionen D. Uhlhorns zur Not gelten lassen, wenn man das Wirtschaftliche in der Weise des Manchestertums auf das Güterleben beschränkt. So wie man die Persönlichkeit, die einzelne wie die Volkspersönlichkeit, zum Ausgangspunkte des wirtschaftlichen Denkens macht, ist die Trennung jener beiden Momente unmöglich. Redet man aber, wie D. Uhlhorn, gar von der sozialen Frage in ihrer heutigen Gestalt und von den Aufgaben der Kirche in dieser weltbewegenden Frage, dann ist von vornherein das Zusammenfassen des Sittlich-religiösen und des Wirtschaftlichen unbedingt notwendig Denn das Soziale ist das Gesellschaftliche, die soziale Frage ist die Frage der rechten Gestaltung der Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt der Arbeit. Sieht man dagegen, wie D. Uhlhorn, in dieser Frage lediglich eine wirtschaftliche Frage, so muß man zu falschen Schlüssen kommen und kann auch der Kirche ihren Anteil an der Lösung derselben nicht richtig bemessen.

„Es ist tief betrübend, zu sehen — schreibt D. Uhlhorn — wie viele sich heute auf protestantischer Seite von dem Glanze und der scheinbaren Macht Roms blenden lassen und die römische Kirche um diese Macht und diesen Glanz beneiden; noch betrübender, daß sie nichts Besseres zu thun wissen als Rom nachzuahmen. Sie wollen auch durch Agitieren die Massen gewinnen, möchten auch eine starke evangelisch-soziale Partei, wohl zuletzt gar ein protestantisches Zentrum bilden. Als ob auf diesem Wege für uns irgend etwas zu erreichen wäre, als ob wir nicht, sobald es sich um Agitation und Parteibildung handelte, immer von der katholischen Kirche geschlagen werden müßten.“ Demgegenüber will D. Uhlhorn der Kirche nichts anderes zugestehen als die Predigt des lauteren und reinen Evangeliums, die Verkündigung Christi als des einzigen Heilandes und Erlösers aus aller Not, auch aus der sozialen, und das Weiden der befohlenen Seelen mit dem Wort, damit jeder ein rechtschaffener Christ werde und in seinem Beruf, Professor, Staatsmann, Parlamentarier, Handwerker, Fabrikant, Arbeiter an der Lösung der großen Frage mitarbeite.

Wir wollen auf die völlig falsche Motivierung der evangelisch-sozialen Parteibildung nicht des weiteren eingehen. Nicht die Blendung durch die Macht Roms, nicht der Neid auf den römischen Glanz, auch nicht die Nachahmungssucht haben die christlich-soziale Partei in Berlin ins Leben gerufen; und eine andere giebt es zunächst nicht. Als sie entstand, waren in der Reichshauptstadt etwa 100 000 stimmfähige Arbeiter, hinter ihnen ebenso viele Frauen und Jünglinge, fast alle erfüllt von sozialdemokratischen Ideen und dadurch der Kirche entfremdet. In den Resultaten des Zivilstandes war unter diesen Massen ein kirchlicher Bankerott zu Tage getreten, wie ihn die Christenheit nie zuvor, selbst nicht in der französischen Revolution, gesehen hatte: Jahre hindurch blieben 80 Proz. der Ehen ungetraut, 40 Proz. der Kinder in den Vorstadtgemeinden von Berlin ungetauft. In den sozialdemokratischen Zeitungen und Parteiversammlungen herrschte ebenso wie im Fortschritt eine wüste Gottlosigkeit, in welche alle die Hunderttausende, die aus den Provinzen nach Berlin kamen, hineingezogen wurden. Von seiten des Staates geschah nichts; die ganze kirchliche Hilfe bestand in der Begründung einer parochialen Stadtmission, die es in drei Jahren auf 6 Stadtmissionare und einen Geistlichen brachte. Keine Gemeinde wurde gebildet, keine Kirche gebaut, kein Pfarramt neu geschaffen. Unter diesen Verhältnissen ist die christlich-soziale Partei begründet, wahrhaftig nicht aus Lust an der Agitation, noch viel weniger, um ein protestantisches Zentrum zu gründen, sondern in der Absicht, den verzweifelten Zustand von Berlin umzugestalten und dem Christentum im Volke wieder Bahn zu brechen. D. Uhlhorn ist gewiß fern davon, die christlich-sozialen Bestrebungen unrichtig darstellen zu wollen, aber seine Darlegungen sind durchaus angethan, sie in ein völlig falsches Licht zu setzen. Die Wahrheit ist, daß ohne das Anrühren der sozialen Frage auch eine religiöse Bewegung der großstädtischen Massen unmöglich war und bis heute unmöglich bleibt. Die Form der Partei wurde gewählt, weil sie den festesten Zusammenschluß bildete und den Arbeitern die Gewähr bot, daß auch ihre sozialen Forderungen genau geprüft und, soweit sie berechtigt waren, mit den Mitteln des öffentlichen Lebens geltend gemacht werden sollten. Bloß persönliche Anregungen zu geben, war gegenüber den zusammengeballten Massen der Sozialdemokratie völlig fruchtlos; man mußte der Organisation des gottlosen Sozialismus eine Organisation des christlichen Sozialismus entgegensetzen. Die

Partei hätte auch „Verein“ oder „Bund“ heißen können; daß sie große Massen unter dem offen entfalteten Banner des Christentums sammeln würde, hat niemand erwartet. Aber als ein Sauerteig gewirkt hat diese Bewegung nicht bloß in Berlin, sondern auch in weiteren Kreisen. Wer sie persönlich kennt, weiß auch von ihren heilsamen Folgen. Nur Unkundige, die sie aus dem öffentlichen Geschrei, aber nicht aus ihren Versammlungen beurteilen, sagen ihr Schlimmes nach, als wäre sie eine gefährliche Sekte. Eben die Erscheinung, daß Tausende dadurch zur Besinnung gebracht, der Kirche näher geführt, dem Umsturz abwendig gemacht wurden, gab ihren Begründern das freudige Bewußtsein, auf dem rechten Wege zu sein, und erweckte in ihnen den Wunsch, es möchte auch in anderen Großstädten, wo die Sozialdemokratie ihre Bataillone einübt, der Versuch einer christlich-sozialen Agitation gemacht werden. Aus diesem Gefühl heraus schrieb ich jenes gelegentliche Wort, das D. Uhlhorn unverdient beinahe zur Formel der ganzen Angelegenheit erhebt: „Wenn die Kirche erklärt, bei einer so allentscheidenden Sache, wie die soziale Frage ist, keine andere Aufgabe zu haben als Predigt, Seelsorge, Wohlthätigkeit und Anfassen der Notstände durch innere Mission, dann begiebt sie sich des Anspruchs, an der geistigen Leitung der Menschheit teilzunehmen; neue Verhältnisse fordern neue Wege.“ Allerdings tritt dieser Satz der Auffassung Uhlhorns schnurstracks entgegen, der darin römische Irrwege erblickt. Er selber sucht die Lösung der Schwierigkeiten in der christlichen Gemeinde und eignet sich den obigen Satz in folgender Form an: „Wenn die Kirche nicht mit allen Kräften daran geht, Kirchen zu bauen, Gemeinden zu gründen, Gemeindeleben zu pflanzen und zu pflegen, dann begiebt sie sich des Anspruchs, an der geistigen Leitung der Menschheit teilzunehmen.“ Nun ist es der thatsächliche Zustand vieler großen Städte, insbesondere Berlins, daß Kirchen nicht gebaut, Gemeinden nicht begründet werden, Gemeindeleben nicht gepflanzt und gepflegt wird. Wir würden D. Uhlhorn sehr dankbar sein, wenn er uns sagte, wie z. B. Berlin mit Kirchen und Gemeinden versehen werden kann. So lange es nicht geschieht, wird er schon gestatten müssen, daß man andere Wege einschlägt und lieber seinen Tadel hinnimmt als die Seelen verkommen läßt. Aber auch wenn es besser um das kirchliche Leben stände, würde eine soziale Arbeit der Kirche notwendig sein, um den Massen beizukommen. Die christlich-soziale Partei hat dies nicht zuerst, auch

nicht allein ausgesprochen. Man kann getrost behaupten, daß wenigstens D. Uhlhorn mit seinem doktrinären Standpunkt ziemlich isoliert steht.

Es ist vielfach in Vergessenheit geraten, daß nicht die katholische Kirche, sondern Wichern es war, der die Ausdrücke christlich-sozial, christlicher Sozialismus zuerst gebrauchte. Schon in seiner berühmten Denkschrift vom Jahre 1849 über die innere Mission nennt er die Vereinsthätigkeit, welche nach dem Vorbild von Hamburg in vielen Städten, auch im Auslande, Armenwohnungen, Krankenhäuser, Dienstbotenschulen, Arbeits- und Warteschulen, Kochanstalten u. s. w. begründet, eine wahrhaft christlich-soziale Arbeit. Er sieht darin einen der Anfänge des wirksamen christlichen Sozialismus, dessen frühreife, monströse Karrikatur der atheistische und radikale sei. Zugleich bezeichnet er als ihre Form die Assoziation, als ihre Aufgabe, einen Beitrag zur Lösung der Notstände in sozialer Beziehung zu liefern, wobei die Familie, das Eigentum und die Arbeit in ganz besonderen Betracht kommen, und als den Kreis ihrer Sammlung und Wirksamkeit die arbeitenden Klassen.

Tritt uns schon hier eine Auffassung der inneren Mission entgegen, welche sich weit von der Idee D. Uhlhorns über kirchliche Thätigkeit entfernt und sich viel enger als er an die eigentlich sozialen Aufgaben anschließt, so ist das zwei Jahrzehnte später, nachdem bereits die sozialdemokratische Partei in Aktion getreten war, in viel stärkerem Maße der Fall. In dem — unseres Erachtens — längst nicht genug gewürdigten Vortrag D. Wicherns auf der Oktoberkonferenz des Jahres 1871 führte der Redner, der neben den volkswirtschaftlichen Erörterungen von Prof. Adolf Wagner nur das Sittliche an der sozialen Frage zu behandeln hatte und sich darauf beschränkte, obwohl er die notwendige Ergänzung seiner Gedanken unter nationalökonomischen Gesichtspunkten ausdrücklich anerkannte, folgendes aus, das wir nahezu wörtlich aus dem Verlaufe der Rede zitieren.

Die soziale Frage — sagte D. Wichern — gehört der ganzen Kulturwelt an, und der Staat ist dabei ebenso beteiligt, wie theoretisch und praktisch die Kirche. Sie hat nicht bloß politische, sondern ebenso wesentlich kirchliche Seiten. — Wo das soziale Leben schwankt, ist dabei wesentlich das Ethische und also auch Religiöse, in der christlichen Welt das Christentum, das Reich Gottes beteiligt. — Nachdem die Gefahr des sozialen Umsturzes geschildert ist, wendet

sich der Vortrag zu der Möglichkeit der Hilfe und wirft folgende Frage auf, welche bejaht wird: Zuerst handelt es sich darum, festzustellen, ob für das Christentum selbst ein Sozialismus existiert, und wenn, was derselbe in ihm bedeutet. Diese Wahrheit des Christentums ist zugleich die Rettung unseres Geschlechtes. Im Gesamtkreis der christlichen Weltanschauung, des wahren Sozialismus findet auch die durchaus berechtigte, wohlverstandene soziale Frage in sittlicher Beziehung ihre volle Lösung, auch in ihrer Gestalt des neunzehnten Jahrhunderts kann sie allein hier gelöst werden.

Indem D. Wichern einen Geisterkampf um die christliche Weltanschauung erwecken möchte, malt er denselben in seiner prophetischen Weise aus:

Die rechten Orte dazu sind, wenn sie sich nicht unversehens finden, die Volksversammlungen. In diesen ist bis jetzt nicht die Arbeit der Pastoren, sondern die Arbeit der Nicht-Pastoren am Platze, die mit der Liebe und Weisheit Christi im Herzen Recht und Gebrauch machen vom allgemeinen Priestertum der Christen. — Aus dem Handwerker- und Arbeiterstande müssen schlichte, einfache Männer sich in ihnen Eingang verschaffen, die auch ohne ein direktes Wort, aber doch zu diesem bereit, sich durch tüchtige Leistungen auf dem Gebiet der sozialen Frage Gehör zu schaffen verstehen. Ich möchte sagen, den Juden ein Jude, den Griechen ein Grieche, dem Herrn und Knecht ein Herr und Knecht, dem Sozialisten und Internationalen ein Sozialist und Internationaler! — Die Geister werden aufeinanderplatzen, und wir hoffen, es werde zu einer Geisterschlacht kommen, in der um das Recht des Lebens gekämpft wird; dieser Kampf wird in Herzen und Häusern entstehen. Wir setzen dabei freilich immer voraus, daß die Kirche für die Sache eintritt, und das Wort als Wort der Gemeinde des Herrn spricht und in seinem Geiste, also wie er, in seinem Namen, vollgewichtig zu zeugen sich nicht schämt noch scheut. Wir sind nicht willens und nicht imstande, alle durch solche Bewegung entstehenden Richtungen des Widerstandes im voraus zu ermessen oder zu erörtern. Aber wie das nicht möglich ist, also ist es auch nicht nötig. Eine That, wie wir sie meinen, wird mindestens ein heilsames Moment in der Entwickelung und dem Fortgang unserer Kirche sein. Es genügt uns, daß die Geister aus der thatenlosen Muße des materiellen Genusses zu einer ethischen That aufgeweckt werden und dem Sozialismus gegenüber eine definitive Stellung, und zwar eine Kampfesstellung

wie sie ihm zukommt, einnehmen. — Den Kampf im Wort darf die Kirche nicht fürchten und fürchtet sie nicht, wenn man ihn seitens derselben nur aufnehmen will, was man, wir bemerken es hier mit Entrüstung und Scham, bis jetzt nur selten gethan. Von selbst aber wird dies die Kirche, d. h. nicht bloß einen Stand in der Kirche, in die Mitte dieser Widersacher führen und dann recht eigentlich Anlaß zu der Manifestation der Geister geben, nach der wir, da sie uns notthut, aussehen.

Der Vortrag schloß mit der Resolution: Die gegenwärtige, aus Gliedern unserer evangelischen Kirche bestehende Oktober-Versammlung wende sich mit einer Bitte in geeigneter Form an die evangelische Kirche (Generalsuperintendenten, Superintendenten, Dekane, Pastoren, Synodal- und Gemeinde-Kirchenräte u. s. w.) und an die evangelischen Kirchen Deutschlands, daß sie ihr Volk durch Predigt und sonstwie um sich sammle, und den Gemeinden und den speziellen Kreisen in denselben in sozialer Beziehung Beistand schaffe zum Aufbau und zur Förderung des wahren Sozialismus des göttlichen Reiches in eigener Mitte.

Leicht erkennt man den Fortschritt der Anschauung gegen früher. Der Kirche selbst wird ein Sozialismus zugeschrieben, der dem Pseudosozialismus entgegentreten und ihm einen herzbewegenden, lebenweckenden, geistesoffenbarenden Kampf anbieten soll. Die Kampfplätze sollen Volksversammlungen, die Kämpfer Laien kraft des allgemeinen Priestertums sein. Wichern vergaß nur zu sagen, was geschehen solle, wenn sich die Laien nicht finden. Wir meinen, daß dann die große Sache nicht ruhen, sondern der Geistliche — natürlich nicht jeder, sondern der, welcher den Beruf in sich hat — die Fahne des Kampfes vorantragen darf.

Nicht ganz so, aber ähnlich wurde der Kampf sechs Jahre später eröffnet. An dem Aufeinanderplatzen der Geister, an den erwarteten Aufregungen fehlte es nicht. Der Evangelische Oberkirchenrat erließ ein Schreiben an die Gemeinden, worin er das Bedenkliche der öffentlichen Agitation klarlegte und es scharf verurteilte, die Kirche als Mittel für bestimmte Parteizwecke zu gebrauchen, was übrigens in Berlin nicht geschehen war. Immerhin fordert auch dieser der christlich-sozialen Sache durchaus ungünstige Erlaß die Geistlichen auf, bei der Organisation wechselseitiger Unterstützung, bei der Einrichtung von Altersversorgungs- und Sparkassen, bei der Fürsorge für die Frauen, die Kinder, die

Kranken, für gesunde Wohnungen und angemessene Erholungsstätten der Arbeiter mitzuwirken. — Mit all diesen Dingen stehen wir aber in dem vollen Strom nicht bloß der ethisch-sozialen Verhältnisse, sondern der volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Arbeiten. Der Standpunkt D. Uhlhorns liegt weit dahinter.

Wiederum sechs Jahre später, und der Zentral-Ausschuß der inneren Mission veröffentlicht über die Aufgabe der Kirche und ihrer inneren Mission gegenüber den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kämpfen der Gegenwart eine klassische Denkschrift, welche sich in keiner Weise scheut, Kirche und innere Mission auf bestimmte sozialpolitische Aufgaben hinzuweisen und ihre Mitarbeit dazu zu fordern. Der Schluß ihrer mit der Verurteilung des demokratischen Sozialismus wie des ökonomischen Liberalismus beginnenden, dann wesentlich das Persönliche und Sittliche betonend, aber zuletzt in das Sozialpolitische ausmündenden Gedankengänge ist folgender:

1) Bei allem Ernste, mit welchem Kirche und innere Mission die sittlichen Anforderungen geltend zu machen haben, welche sich für die verschiedenen Kreise aus unseren sozialen Notständen und Kämpfen ergeben, dürfen doch auch sie die Thatsache nicht übersehen, daß die moderne wirtschaftliche Entwickelung Zustände geschaffen hat, welche die Freiheit des Einzelnen auf dem Gebiete seines wirtschaftlichen Handelns in hohem Maße beschränken. An diesem Punkte kann die Freiheit des sittlichen Handelns dem Einzelnen nur dadurch wiedergegeben werden, daß der Willkür aller durch allgemeine zwingende Vorschriften Schranken gesetzt werden.

2) Dahin zielen alle staatlichen Gesetze, welche zu gunsten des Arbeiters, als des schwächeren Teiles, die Freiheit des Arbeitsvertrages beschränken:

die Beschränkungen der Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern,

die Vorschriften zum Schutze der Arbeiter gegen die mit ihrer Beschäftigung verbundenen Gefahren für Leben und Gesundheit,

das Verbot der Sonntagsarbeit,

die Bestimmungen über Innehaltung einer Normal- (richtiger Maximal-) Arbeitszeit,

endlich auch die Arbeiterversicherungsgesetze.

3) Kirche und innere Mission werden, um ihrer Aufgabe auf dem sozialen Gebiete gerecht zu werden, den hierauf gerichteten Bestrebungen, durch welche ihrer Arbeit vielfach erst wieder offene Bahn geschaffen werden muß, auch ihrerseits nicht teilnahmslos gegenüberstehen dürfen, sondern mit ihren Mitteln durch Einwirkung auf die öffentliche Meinung und Unterstützung der zur Erreichung dieser Ziele sich bildenden Vereinigungen dahin wirken, daß

a. die Jugend gegen körperliche, geistige und sittliche Verkümmerung durch weitere Entwicklung der Gesetzgebung über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter geschützt werde,

b. daß der natürliche Beruf des Weibes für die Familie durch gesetzliche Regelung der Beschäftigung von Arbeiterinnen, unter besonderer Berücksichtigung der verheirateten Frauen, anerkannt werde,

c. daß die Sonntagsruhe durch gesetzliches Verbot der Beschäftigung mit gewerblicher Arbeit, soweit diese nicht ihrer Natur nach keine Unterbrechung gestattet oder durch besondere Notlage geboten ist, hergestellt werde,

d. daß auch die erwachsenen männlichen Arbeiter gegen eine die Erhaltung der Arbeitskraft gefährdende Überanstrengung und gegen eine die Teilnahme am Familienleben ausschließende Ausdehnung der Arbeitszeit durch gesetzliche Feststellung eines — unter Berücksichtigung der Besonderheiten der verschiedenen Zweige produktiver Thätigkeit zu bemessenden — Maximalarbeitstages geschützt werden,

e. daß, sofern und so lange eine internationale Regelung dieser Verhältnisse nicht zu ermöglichen ist, die Gefahr, welche den solchen Beschränkungen unterworfenen Unternehmern aus der Konkurrenz ausländischer, den gleichen Beschränkungen nicht unterworfener Unternehmer erwächst, durch geeignete Mittel möglichst abgewandt werde.

Daß die Kirche wieder werde das Gewissen der Völker, auch für ihr wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben: das ist das höchste Ziel ihrer inneren Mission.

Dem gegenüber darf der Uhlhornsche Standpunkt wohl als ein überwundener angesehen werden, der das Soziale einseitig als das rein Wirtschaftliche begreift und deshalb für die Thätigkeit der Kirche auf dem sozialen Gebiete wenig übrig hat. Wenn dabei

der Vorwurf, die protestantischen Geistlichen seien Kapitalisten-pastoren, so ganz unberechtigt nicht gefunden und auf die Glieder der protestantischen Kirche überhaupt ausgedehnt, wenn die heutige Ungleichheit des Besitzes eine unnatürliche, nicht gottgewollte genannt wird, so ist da wieder ein Stück Wahrheit. Aber es fehlt diesem Standpunkt die Möglichkeit der Abhilfe. Die sittlich-religiöse Durchdringung des wirtschaftlichen Gebietes ist nur dann denkbar, wenn die Kirche — d. h. nicht bloß die Geistlichkeit — in ihrer Verkündigung die Bedeutung der ethisch-sozialen Grundsätze betont, in ihrem Gemeindedienst den sozialen Notständen zu Hilfe kommt, in einem eigens gestifteten Vereinsleben die sozialen Fragen unter dem christlichen Gesichtspunkt behandelt, in ihrer Organisation, in den Synoden wie in den Behörden, den Sozialismus des Reiches Gottes vertritt und in der Presse wie in der öffentlichen Agitation die christliche Sozialpolitik unterstützt.

Die sozialdemokratischen Arbeitermassen sind der Kirche entfremdet oder gehen ihr doch allmählich verloren. Die meisten Glieder des Arbeiterstandes, auch wenn sie der Sozialdemokratie noch nicht angehören, haben in den Großstädten und Industriezentren wenig Gemeinschaft mit der Kirche, besuchen selten den Gottesdienst, beteiligen sich spärlich an dem christlichen Vereinsleben und stehen in Gefahr, dem Umsturz anheimzufallen, da die Kirche sie nicht ausreichend pflegen, die bürgerliche Gesellschaft ihre Wünsche nicht befriedigen kann. Kommt wieder einmal wie im Jahre 1848 ein Sturmwind des Abfalles, so ist die gesamte Arbeiterklasse, sowohl die städtische wie die ländliche, gegen die politischen und sozialen Revolutionsgedanken ungerüstet. Denn das Klassenbewußtsein in diesen Kreisen, durch langjährige Agitation ohne rechte Gegenwirkung großgezogen, ist stärker geworden als die Ordnungen in Staat, Kirche und Gesellschaft. — Mit diesen Strichen dürfte das Bild der Arbeiterverhältnisse kurz, aber ausreichend und gewiß nicht zu dunkel gezeichnet sein.

Eine sittlich-religiöse Einwirkung auf die Arbeiterwelt ist schwer. Man lasse sich durch eine gewisse gewohnheitsmäßige Kirchlichkeit, wie sie z. B. im Königreich Sachsen auch bei Sozialdemokraten noch häufig zu finden ist, nicht täuschen; bleiben die sozialistischen Versuchungen bestehen, so wird der wirkliche Einfluß der Kirche auch in diesen Gebieten immer geringer werden, wenn nicht eine Rückeroberung der Geister stattfindet. Da, wo eine

solche Arbeit versucht wird, stößt sie immer auf mancherlei Schwierigkeiten, deren größte der Bann ist, welcher durch die Sozialdemokratie äußerlich und innerlich auf die Arbeiterkreise gelegt ist. In einem sozialdemokratischen Stadtviertel Berlins wurde von seiten der Stadtmission seit Jahr und Tag eine rein religiöse Evangelisation versucht. Zuerst kamen bekannte Agitatoren, um planmäßig die Versammlungen zu stören; die Massen sollten nicht christlich angeregt werden. Eines Abends, als es wiederum stürmische Auftritte gegeben hatte, blieb der Redner nach der Versammlung in einem Nebensaal, wo sich die Lärmmacher niedergelassen hatten, zurück, setzte sich zu ihnen, redete eine Stunde lang mit ihnen über die Ereignisse des Abends, gewann gewissermaßen ihre Achtung und schied von ihnen mit einem Händedruck und der Einladung, sie möchten doch wiederkommen und ruhig zuhören, ihre Fragen und Zweifel sollten beantwortet werden. Offenbar hatte diese Freimütigkeit auf sie einen Eindruck gemacht, die Lust am Skandal war ihnen nun vergangen. Aber als das nächste Mal die Versammlung stattfand, erschienen die Sozialdemokraten nicht wieder. Kein Mann ist seitdem gekommen. Ebenso wie früher die Parole ausgegeben war: niederschreien! so lautete jetzt die Losung: wegbleiben! Dem Parteikommando wurde in beiden Fällen unweigerlich gehorcht. Solche Erfahrungen kann man viele machen. Wie bricht man diesen Bann? Wie schließt man die Herzen wieder auf? Wie bringt man die Kirche in diese Kreise hinein? Das ist die Aufgabe.

Es ist kein Zweifel, daß die Kirche sich großer Versäumnisse schuldig gemacht hat. Die Predigt in den Massengemeinden erreicht den einzelnen nicht; auch wenn er den Gottesdienst besuchen wollte, fände er keinen Platz. Auf zwanzig, dreißig, zuweilen fünfzig Kirchgänger kommt überhaupt nur ein Kirchensitz; und dieser ist oft vermietet. Für die Unbemittelten ist kein Raum. Die bittere Klage von Jakobus (2, V. 2 u. 3) ist vielfach der thatsächliche Zustand. Darf man sich wundern, daß eine solche Kirche unpopulär wird? Gewiß nicht, es wäre zum Verwundern, wenn sie populär wäre. — Aber auch da, wo die Verhältnisse günstiger liegen, und die Arbeiter noch zur Kirche gehen können, ist doch oft keine Wirkung spürbar. Die Predigt ist zu abstrakt, theologisch gedacht und ohne Eingehen auf die Verhältnisse. Die Gedankengänge der Kollegienhefte, der Dogmatik und Ethik kehren wieder,

der Reichtum der Schrift, des praktischen Lebens wird nicht gehoben. Man bewegt sich mit Vorliebe im innersten Kern des Christentums, den Glaubenslehren über Sünde und Gnade, über Erlösung und Versöhnung. Populäre Themata, die gewiß nicht einseitig zu betonen sind, aber die doch auch in der Schrift vorkommen, werden gemieden; über gute Werke und Lohn, über die Pflichten und Gefahren des Reichtums, über die Bedürfnisse und Nöte der Armut wird selten praktisch gepredigt. Man soll um alles in der Welt keine politischen Predigten halten, aber man soll die sozialen Ideen des Christentums in einer sozial zerrissenen und zerklüfteten Zeit in die Herzen hineinrufen. Manche thun das ja, aber zu allgemein und so, daß die Anwendung ausbleiben muß. Christus redet die Pharisäer auf ihren Charakter öffentlich an; er ruft nicht bloß dem Reichtum, sondern den Reichen seiner Zeit ein Wehe zu, wenn sie sich auf das bloße Schätzesammeln verlegen; der Brief Jakobi, dieses unter dem sozialen Gesichtspunkt bewunderungswürdige Meisterstück und Vorbild, redet nicht bloß von der Not der Arbeiter im allgemeinen, sondern ruft den gewissenlosen Arbeitgebern von damals, die den Lohn abbrechen, solche Drohworte in die Gewissen, daß diese kühne Sprache durch Mark und Bein gehen muß. So kann nicht überall und nicht von jedermann geredet werden. Aber wo es not ist, sollte es jetzt wie damals geschehen. Wir haben heutzutage dieselben Zustände. Nur fehlt die heilige Überzeugung von dem Recht der Armut, der Freimut im Strafen und im Mahnen. Der prophetische Zug, der dem wirksamen Prediger anhaften muß, verschwindet über dem Exegetischen und Rhetorischen. An dem Wort D. Uhlhorns von den Kapitalistenpastoren ist etwas Wahres; die Gemeinde muß vielfach das Gefühl haben, daß in der Predigt wie in der Seelsorge die Gebildeten und Reichen vor dem kleinen Mann bevorzugt werden. Und bei allem Wohlwollen, das sich hier und da vorfindet, bei aller Barmherzigkeit, die von treuen Arbeitgebern und Patronen, Pastoren und Ältesten an den Bedürftigen geübt ist, fehlt doch unseren Gemeinden, daß sie soziale Organismen sind, welche die einzelnen zu gegenseitiger Hilfe verpflichten.

Für die Unterstützung der eigentlichen Ortsarmen oder der bedürftigen Kranken ist dies selbstverständlich. Aber auch wo elende Erwerbs-, ungesunde Wohnungsverhältnisse die sittlich-religiösen Zustände einer Gemeinde schädigen, wo Sonntagslosigkeit

und Trunksucht Leib und Seele der Gemeindeglieder bedrohen, da sollten überall die Wohlhabenden und Wohlgesinnten, der Geistliche voran, eine soziale Aufgabe erblicken. In manchen Gegenden des sächsischen wie des schlesischen Erzgebirges verdienen ganze Familien von Webern, Stickern nicht mehr als 300 Mark jährlich; in gewissen Bezirken findet man unter dieser Klasse kaum noch militärdiensttüchtige Leute. Was geschieht da von seiten der Gemeinde? — Wir geben zu, daß Abhilfe nicht immer leicht zu finden ist. Aber schon die Aufmerksamkeit auf solche Notstände, die gemeinsame Beratung und Behandlung derselben würde dem Gemeindeleben einen starken Impuls geben. Vater Oberlin, der aus dem wilden Steinthal ein wohlhabendes und gesegnetes Stück Erde schuf, ist darin ein nicht wieder erreichtes und viel zu wenig nachgeahmtes Vorbild. Welcher Geistliche kennt den Lebensgang, die Thätigkeit dieses hervorragenden Christlich-sozialen genau? Wer hat auch nur die Absicht, in dieser Weise innerhalb der Gemeinde zu wirken? Und doch zeigen neuere Beispiele, wie die Aufhilfe der Handweber in dem Neuroder Kreis, daß noch heute durch ein Anfassen der sozialen Verhältnisse, sogar an dem schwierigsten Punkte, der Lohnfrage, viel erreicht werden kann. Dort in der Grafschaft Glatz haben zwei Männer, ein wohlwollender Landrat und ein Prediger der Brüdergemeine im Zusammenwirken, die Löhne der Handweber beinahe verdoppelt, indem sie in einer Art von Produktionsgenossenschaft den Zwischenhandel beseitigten und den Unternehmergewinn verringerten. Warum sollte das nicht anderwärts in anderer Weise sich auch bewerkstelligen lassen? Es wird an den einzelnen Orten, wo es nötig ist, auf besondere Weise geschehen müssen; aber etwas kann überall geschehen. Und in Ermangelung allgemeiner Lösungen bleibt jenes Wort eines französischen Philanthropen in seinem Recht: toujours il faut faire quelque chose. Fassen wir also die Sache ins Auge und thun wir, was wir können.

So weit werden wir schwerlich Widersacher finden. Anders, wenn wir fordern, daß die Kirche an den sozial gefährdeten Stellen ein Vereinsleben schaffen oder doch begünstigen soll, das die sozialen Fragen unter dem christlichen Gesichtspunkt betrachtet. Hier tritt zunächst von seiten der Gegner die Behauptung auf, daß die Schrift, wie D. Uhlhorn meint, gar keine wirtschaftlichen, sondern immer und überall nur ethische Sätze gebe. In diesem Umfange wird er

selber seine Auffassung nicht festhalten wollen. Denn das Alte Testament enthält nicht bloß wirtschaftliche Sätze, sondern eine durchgeführte sozialpolitische Gesetzgebung. D. Uhlhorn meint unzweifelhaft das Neue Testament. Und er findet an meiner sozialen Arbeit einen gewissen schwarmgeistigen Zug, der sich auch darin beweisen soll, daß ich „so gern alttestamentliche Schriftstellen benutzte und ganz nach Art der Schwarmgeister in der Mosaischen Gesetzgebung Ideale erblickte, die auch für uns noch maßgebend sein sollen". Hier liegt nun wieder ein schwerbegreifliches Mißverständnis zu Grunde. Ich schreibe genau in dem zitierten Vortrag folgendes: „Eine soziale Gesetzgebung finden wir im Neuen Testament nicht; der Buchstabe der Satzung wird zum Geist. Aber in der Form des Geistes finden wir alle Grundsätze des Alten Testamentes wieder, nur verklärt zu allgemeinen menschen- und weltbeherrschenden Prinzipien, geschrieben nicht auf steinerne Tafeln, sondern in das Gewissen. Der Mensch mit seinem Hab und Gut ist nicht Eigentümer, sondern Haushalter; — das bloße Sammeln irdischer Schätze ist keine des Christen würdige Arbeit; — Bruderliebe, Barmherzigkeit ist höchste Pflicht, ohne deren Erfüllung man nicht selig wird. So hat Christus, so haben seine Apostel jene drei Mißstände des sozialen Lebens angefaßt und zu überwinden versucht. Wir sehen deutlich — vertieft und vergeistigt kehren die Gedanken wieder, welche dem Gesetze Gottes zu Grunde lagen!" Von dieser Erklärung brauche ich nichts zurückzunehmen, sie ist unbezweifelt richtig; und eine Fülle von Bemerkungen, welche die Bedeutung der Persönlichkeit, der Familie, der Gemeinde, des Reiches Gottes für die soziale Welt betonen, den Einfluß des Glaubens, des Gebetes auf das soziale Verständnis erörtern, ist hinzugefügt. „Die ganze Atmosphäre der Bibel — heißt es — ist von Ideen durchzogen, die als fruchtbare Keime in der sozialen Welt ihre Kraft beweisen." Die Wahrheit dieses Satzes ist von D. v. Oettingen wie von D. Möller ausdrücklich zugestanden; der erstere bestreitet aber mit derselben Entschiedenheit, ja Erbitterung wie D. Uhlhorn den aus der Anwendung dieser Wahrheit folgenden Schluß: „Die Religion, das Christentum gehört in das politische, soziale, industrielle Leben! Es ist der Kirche große und heilige Aufgabe, das öffentliche Leben für sich zu erobern. Sie muß in den sozialen und politischen Dingen Partei ergreifen." Den letzten Satz habe ich nun wiederum nicht geschrieben; es ist geradezu

unerhört, wie er auch von D. v. Oettingen mißdeutet wird. Ich hatte wörtlich gesagt: „Viele meinen, es zieme der Kirche nicht, in den sozialen und politischen Dingen Partei zu ergreifen. Wer würde dies zugeben, wenn die Parteien nicht längst zuvor Partei gegen die Kirche genommen hätten? Wir bedauern, daß dies so ist, und halten es für Deutschlands böses Verhängnis." Daraus macht D. von Oettingen, indem er meine „Posaune ertönen" läßt: die Kirche muß Partei ergreifen! Ja, wenn man aus so vorsichtigen, besonnenen, bedingten Äußerungen falsche Posaunenstöße macht, dann kann man einem Gegner alles anhängen, was man will. D. von Oettingen handelt in dieser Beziehung gerade so wie D. Uhlhorn; beide entstellen unabsichtlich aus vorgefaßter Meinung. Auch D. Uhlhorn klagt mich an, daß ich die Kirche in falscher Weise in das öffentliche Leben hineinziehen wolle. Dabei ist in dem Vortrag: „Die Bibel und die soziale Frage" zum Schluß klar und präzis angegeben, was die Kirche thun solle. „Ein Vereinsleben schaffen, pflegen, fördern, das nicht bloß religiös, sondern auch sozial arbeitet und seine Mitglieder dazu erzieht, die christlichen Ideen öffentlich zu vertreten." Das braucht ja nicht überall eine christlich-soziale Partei zu sein, mit all den Geisterschlachten und Aufregungen der Millionenstadt Berlin, wo der Kampf gegen die verbündeten bösen Mächte des Sozialismus, Fortschritts, Judentums aufzunehmen und in die Bollwerke Satans Bresche zu legen war. Nur ein Unverständiger könnte eine solche Kampfesmethode in einer kleinen Stadt oder auf einem Dorfe anwenden. Aber ein Vereinsleben läßt sich überall, wo soziale Schwierigkeiten vorliegen, schaffen; es würde überall die Geister in Bewegung setzen und von Segen sein, sowohl für den Geistlichen, der seiner Gemeinde in nützlicher Weise näher tritt, wie für die Gemeindeglieder, denen die großen sozialen Ideen der Bibel, die reiche Lebenskraft der Kirche, die Irrtümer unseres öffentlichen Lebens kund werden.

Es ist eine unleugbare Thatsache, daß das Wirtschaftsleben der Gegenwart den sittlichen Forderungen des Evangeliums nicht entspricht. Das Eigentum soll göttliches Lehen sein und wird zum Mammon erniedrigt; das bloße Trachten nach dem irdischen Gut ist gemein, aber es ist trotzdem der charakteristische Zug unserer Epoche; die Übung der Barmherzigkeit an den Bedürftigen ist die unerläßliche Bedingung christlichen Lebens, aber die himmel-

schreienden Notstände in der sozialen Welt finden nur bei wenigen Verständnis. Der Zustand der christlichen Gesellschaft entspricht dem christlichen Ideal in keiner Weise. Das wird immer sein, könnte man uns erwidern. Wir geben das zu; aber wir meinen, daß die Kirche das Ringen nach dem Ideal aufnehmen und unter ihren Schutz nehmen soll. — „Der Unordnung und der Atomisierung wehren und jeder gesunden Organisation hilfreich zur Seite stehen; das Innungs=, Genossenschafts=, Versicherungswesen mit ihrem Geiste unterstützen und Gottes Odem hineinhauchen; der Anwalt der Bedrängten und Elenden werden in diesem Kampf ums Dasein, der die Schwachen noch schwächer macht; den Mammonskultus furchtlos strafen und die Pflicht der Liebe verkündigen; in allem das Gewissen und das Herz des Volkes sein: das ist die Aufgabe, der sich die Kirche, Laien und Geistliche, annehmen muß." So schließt mein oben zitierter Vortrag. Er fordert weniger von der Kirche als die Denkschrift der inneren Mission. Wenn die Kirche in ihren Behörden und Synoden für die in dieser enthaltenen Forderungen eintreten darf, kann sie es auch auf dem allgemeinen christlich=sozialen Gebiet. Sie darf, sie kann es nicht nur; sie soll und muß es, will sie das Herz des Volkes wieder haben.

Daß die Kirche als die Verwalterin ewiger Güter über den Eintagserscheinungen der Parteien stehe und durch ihr unparteiisches Verhalten in politischen Dingen allen Richtungen offen bleibe: dieser Grundsatz scheint so einfach und selbstverständlich, daß man meinen sollte, es ließe sich dawider kein Wort einwenden. An sich ist derselbe unzweifelhaft richtig, und es giebt Länder, in denen er unweigerlich zu befolgen ist. In England würde man lachen, wenn die Kirche sich auf seiten der Tories oder der Whigs stellen wollte. Bei unseren Brüdern jenseits des Kanals ebenso wie in Amerika ist eben das Christentum Gemeingut aller Parteien, wenigstens ein Gegenstand der Ehrerbietung für alle. Keine politische Gruppe würde es wagen, in ihren Versammlungen wie in ihrer Presse das Christentum zu schmähen und sich öffentlich für den Unglauben zu erklären. Unter solchen Verhältnissen würde es für die Kirche ein Wahnsinn sein, im Parteileben Partei zu ergreifen.

Ganz anders ist es bei uns, wo die politischen Parteien sich mit religiösen Richtungen beinahe decken. Der politische Liberalismus ist in Deutschland zugleich der Verfechter des liberalen Christentums;

seine Presse steht auf dem Boden des Protestantenvereins, sein kirchliches Programm ist Gleichberechtigung der Richtungen in der evangelischen Kirche. Der Fortschritt, als sein nach links abgeschwenkter Flügel, ist nicht bloß politisch, sondern auch kirchlich radikal. Man muß dieser Partei zur Ehre nachsagen, daß sie sich zuweilen von dem gewöhnlichen Liberalismus vorteilhaft unterscheidet; sie bekämpft das Staatskirchentum und will keine Beherrschung des kirchlichen Lebens durch fremde Gesichtspunkte. Aber indem sie die Selbständigkeit nur für die Einzelgemeinden, nicht für die Kirche zuläßt, ist sie dem kirchlichen Verfassungsleben thatsächlich noch schädlicher als der gewöhnliche Liberalismus. In der Verkennung aber des positiven Christentums übertrifft sie den letzteren noch bei weitem. Freilich hat auch die nationalliberale Partei seiner Zeit in ihrem vornehmsten Organ erklärt, es handle sich im Kulturkampf darum, den Anspruch der Kirche, daß sie die Inhaberin einer göttlichen Wahrheit sei, zu brechen; endlich, hieß es in den Tagen des Zivilstandsrausches, könne man doch außerhalb des Schattens der Kirche leben und sterben. Man darf solche Äußerungen nicht vergessen, wenn man über das Verhältnis der konservativen Partei zur liberalen sich ein richtiges Urteil bilden will. Und gerade gegenwärtig, wo die mittelparteiliche Bezauberung manche sonst gut konservative Menschen gegen die Fehler der liberalen Richtung blind macht, muß man daran erinnern. Uns wäre nichts lieber, als mit der nationalliberalen Partei auch auf dem religiösen Gebiete Berührungspunkte zu finden. So lange aber keine Anzeichen vorliegen, daß der Liberalismus jene widerchristlichen Standpunkte aufgegeben hat, so lange ist an eine innere Verbindung mit seinen Vertretern nicht zu denken. — Auch der Fortschritt ist in seiner religiösen Stellung nur eine Abart des kirchlichen Liberalismus überhaupt. Durch seine Verquickung mit dem Judentum hat er allerdings in seiner Blütezeit an Lästerung des Christlichen das Übermenschliche geleistet; jenes unwidersprochene Wort eines frechen Fortschrittsjuden nach der außerordentlichen Generalsynode, daß das Herrenhaus, wo die Versammlung getagt hatte, desinfiziert werden müsse, ist das klassische Monument jener Zeit der äußersten Schmach und Schande in den Berliner kirchlichen Verhältnissen. Aber prinzipiell ist der Unterschied in der Haltung der fortschrittlichen und liberalen Anschauung nicht so groß; in der Simultanschulfrage wie in den Angelegenheiten der kirchlichen Selbständigkeitsbewegung stehen auch

praktisch beide Parteien auf demselben Boden. Es ist doch klar, daß die Kirche solche schwerwiegende Thatsachen nicht außer acht lassen kann. Ist die kirchliche Stellung eine Parteisache geworden, so ist es auch für die Kirche unmöglich, dies zu übersehen. Sie muß sich zu Parteien, welche ihr förderlich zur Seite stehen, anders verhalten als zu solchen, die ihre Grundsätze und Lebenskräfte zu untergraben suchen.

Es ist aus einer Unkunde unserer Zustände heraus geredet, wenn D. von Oettingen für die Kirche die Neutralität zwischen Konservatismus und Liberalismus proklamiert. Die Stelle, an welcher er das thut, ist zu charakteristisch, als daß wir sie nicht unverkürzt wiedergeben sollten. Nachdem er zugestanden hat, daß der Christ im Glauben an den Aufgaben der Zeit mitarbeiten solle, schreibt er:

„Nur mache er die Heilsfragen für den evangelisch-religiösen Glauben nicht zum Maßstabe oder zur Richtschnur der politischen Reform. Nur begebe er sich nicht als Christ und Pastor ins widrige Gewühl der Wahl- und Parteiagitation. Nur mißbrauche er nicht die Kanzel oder den Lehrstuhl zu politischen Zeitbetrachtungen und polemischen Ausfällen gegen Parteigegner. Nur stemple er beileibe nicht gewisse sozial-politische Verfassungs- oder Partei-anschauungen mit christlichen Etiketten. Er vergesse es nie, daß das Evangelium keine bestimmte Staatsform fordert oder vorschreibt. Er darf weder die Republik unchristlich, noch die absolute Monarchie christlich nennen. Auch jene längst verbrauchten Schlagwörter „konservativ“ und „liberal“ decken sich schlechterdings nicht mit „christlich“ und „unchristlich“. Denn das Schlechte und Überlebte zu konservieren, ist unchristlich; den gesunden liberalen Fortschritt zu fördern, kann sehr wohl mit echt christlicher Gesinnung Hand in Hand gehen.

Und praktisch die Sache angesehen, sind denn die Herren Konservativen (zu denen ja auch die Zentrumsmänner sich rechnen), sind die Herren Kreuzzeitungsritter — inklusive die aristokratischen Sportsmänner und Balletschwärmer à la Baron Prudelwitz und Strudelwitz — wirklich Vertreter „christlicher Politik“, oder wird nicht vielen von ihnen im Interesse ihrer Standespolitik das Christentum zu einem nützlichen und brauchbaren Volkserziehungsmittel, zu einer den Gehorsam und die Dienstwilligkeit fördernden Sache der niederen Gesellschaftsschichten, ja zu einer — wie man's genannt hat — ganz

„rentablen Heuchelei"? Und tragen dagegen schlichte, gesinnungstüchtige Vertreter der freikonservativen und nationalliberalen Partei das Brandmal der Gottlosigkeit an der Stirn? Wohin geraten wir auf diesem Wege? Zur Schablonisierung und Degradierung des Evangeliums als eines Thermometers für politische Parteiinteressen. Gott bewahre uns davor!"

Dies Gericht über die Konservativen ist offenbar sehr ungerecht. Wenigstens ein kirchlicher Mann sollte diese Partei danach beurteilen, wie sie in ihrem öffentlichen Verhalten die Angelegenheiten der Kirche treibt. Und da ist es unleugbar, daß sie es ist, welche die Geltendmachung des Bekenntnisses in der Kirche, die christlichen Lebensformen in Schule und Ehe, die Bestrebungen kirchlicher Selbständigkeit vertritt. Es wird niemandem einfallen, zu behaupten, daß alle Konservativen gute Christen seien. Leider ist das nicht der Fall und kann nicht der Fall sein. Aber im ganzen und großen bleibt es eine unanfechtbare Thatsache, daß die konservative Partei und ihre Organe wie „Kreuzzeitung", „Reichsbote", „Neue Westf. Volkszeitung*) mit der liberalen Richtung und Blättern wie die „Nationalzeitung" oder die „Magdeburgische" in Rücksicht auf die kirchlichen Lebensinteressen nicht auf eine Linie zu stellen ist. Möglicherweise ist das gegenwärtig bestehende Kartell auch unter diesem Gesichtspunkt verheißungsvoll. Vielleicht, daß, wie im Politischen und Sozialen, die liberale Partei auch im Religiösen festeres Land gewinnen wird. Aber das ist doch höchstens leise Hoffnung, noch nicht Wirklichkeit. Bis dahin aber muß die Kirche, die bei ihrem staatskirchlichen Charakter auf die Hilfe der im Staate wirkenden Faktoren angewiesen ist, ihre Stütze da suchen, wo sie Hilfe findet, nicht da, wo sie Gegner hat. Dabei wird man sich vor prinzipieller Verdammung von Verfassungsformen und Parteirichtungen hüten müssen. Aber unseres Wissens geschieht das auch nirgend in der von D. v. Oettingen getadelten Weise. Man denkt nicht mehr daran, in der Weise der Aera Stahl die Monarchie für die einzige christliche Staatsform, den Liberalismus für widerchristlich zu erklären. Auch damals haben nur Geister zweiten und dritten Ranges solche Mißgriffe verübt. Heute ist man auf richtigeren Wegen. Thatsächlich aber besteht zwischen den liberalen Richtungen und der Kirche eine Differenz, die zu berücksichtigen ist.

*) Heute würden wir „Das Volk" mit nennen.

Im Grunde findet es auch jedermann berechtigt, daß die Kirche zu den Parteien sich verschieden stellt, so lange es sich um die schlimmsten Formen des Radikalismus handelt. Der Sozialdemokratie entgegenzutreten, wird von vielen gebilligt, die einen Kampf mit dem Fortschritt und der mit ihm verbündeten Judenschaft mißbilligen. Der Kirche kann es für ihre Stellungnahme doch nur darauf ankommen, welche Parteien ihrem Einfluß schädlich sind. Und da erlauben wir uns die Behauptung, daß der religiöse Bann, welcher über der Fortschrittspartei, ja zum Teil über dem ganzen Liberalismus liegt, kaum geringer ist als die Vorurteile der Sozialdemokratie. Warum sollte die Kirche diese Richtungen verschieden behandeln? Etwa aus politischen Rücksichten? Kürzlich hat allerdings die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" den Geistlichen das politische Agitieren gestattet, wenn es im nationalen Sinne geschieht. Wir möchten den Geistlichen jedes Agitieren verboten wissen, wenn es nicht durch Rücksichten auf Kirche und Gemeinde veranlaßt ist. Findet aber die Kirche eine Bekämpfung der politischen Parteien aus kirchlichen Gründen notwendig, so darf sie nicht bloß, sie muß agitieren; auch die Geistlichen müssen mitwirken, den Bann zu brechen, der die Seelen hindert, sich der Kirche anzuschließen. Ist die Partei als solche ein Hindernis gläubigen Christentums, dann muß der Kampf gegen sie von seiten der Kirche aufgenommen werden. Sonst kommt die Kirche an das einzelne Glied der Partei nicht mehr oder doch nur unter unendlichen Schwierigkeiten heran. Die Agitation wird dann zur seelsorgerlichen Pflicht und Methode.

Es wird freilich, um Rückschläge und Schädigungen zu vermeiden, Vorsicht, Besonnenheit, Maßhalten nötig sein. Das ist schwierig, aber nicht unmöglich. D. v. Oettingen hat sich freilich von der Berliner Bewegung ein Bild gemacht, dem diese Züge gänzlich fehlen. „Wenn man — schreibt er — „nach Grundsätzen des Evangeliums die sozialpolitischen Zeitfragen zu lösen und im Berliner Eiskeller unter Bravo johlenden Massen mit Worten der heiligen Schrift Parteipolitik zu treiben und Wahlagitation zu befördern sucht, so ist das keine christliche Praxis." Offenbar hatte D. v. Oettingen, als er dies schrieb, von den Vorgängen in der Reichshauptstadt keine klare Vorstellung. Wir möchten ihm gegenüber ein anderes Bild aus der Erfahrung zeichnen. — Es war in der Zeit der Wahlagitation. Zum Sonnabend war eine Versammlung in Tivoli berufen, dem größten Saale Berlins, der 6000 Menschen

faßt. Der Raum war bis in den letzten Winkel mit Sitzenden und Stehenden gefüllt. Der Vortrag des Abends behandelte die christliche Weltanschauung in ihrer Bedeutung für das öffentliche Leben. Von alledem, was oben gerügt ist, daß das Evangelium Zeitfragen lösen, die heilige Schrift in den Dienst der Parteipolitik treten soll, geschah nichts. Tief wurde in den Schatz der Gottesgedanken hineingegriffen. Immer lauter wurde die Zustimmung. Zuletzt, als der Redner damit schloß, daß wir wieder lebendige Christen werden möchten, brauste ein durch kein Zischen, keinen einzigen Mißklang unterbrochener Begeisterungssturm durch den Saal. Auch der überwachende Polizeileutnant stand tiefbewegt von seinem Stuhle auf und drückte dem Vortragenden die Hand. — Das sind allerdings Höhepunkte kirchenpolitischer Agitation. Und die Unwahrheiten der Presse, die Angriffe der Professoren, die Denunziationen der Parteimänner, die Maßregelungen von oben haben es ja auch endlich dahin gebracht, daß solche Momente kaum noch vorkommen. Aber daß die Kirche daran sich freuen soll, halten wir für eine unbestreitbare Wahrheit. Die Agitation braucht die Regeln des christlich Erlaubten nicht zu überschreiten; ein christliches Parteileben ist denkbar so gut wie jedes andere christliche Gemeinschaftsleben, wenn auch in anderen Formen und Äußerungen. Ja, so lange fortschrittliche Agitatoren, sozialdemokratische Verführer, liberalistische Volksredner die Gemeinden in Stadt und Land noch mit ihren unchristlichen Redensarten gegen Kirche und Orthodoxie, gegen Pastoren und Pietisten verderben, erscheint es uns lächerlich, den Geistlichen zuzumuten, daß sie solchem Treiben ruhig zuschauen sollen, damit sie sich den Zugang zu den Herzen dieser Art Leute nicht verschließen. In Berlin wenigstens — und dagegen richtet sich D. v. Oettingen — ist durch eine überaus scharfe, auch in das Politische aus Not übergreifende kirchliche Agitation vielen Tausenden der Zugang zu der Kirche erst wieder eröffnet.

Wir stehen am Schluß unserer Betrachtungen, wenn auch nicht am Abschluß. Denn es sind noch Mächte des öffentlichen Lebens zu beleuchten, welche die Kirche mit ihren Lebenskräften zu durchdringen, gegen deren Gefahren sie sich zu wehren hat. Wir denken dabei besonders an die Presse; auch die Kunst und die Geselligkeit könnte man noch hinzunehmen. Alle diese Gebiete können, wenn sie von Kirchenfeinden besetzt und bebaut werden, dem christlichen Leben die verderblichsten Schädigungen wenn sie dem sittlich-reli-

giösen Geiste dienstbar gemacht werden, die größte Förderung bringen. Doch davon ein andermal! Wir wollten zunächst gegenüber den drei in kurzer Frist von angesehenen Theologen ausgegangenen Beurteilungen, die im wesentlichen völlige Verurteilungen sein sollten, das gute Recht, ja die ernste Pflicht einer kirchlichen Arbeit darthun, welche sich das öffentliche Leben, das politische wie das soziale, zu ihrem Wirkungskreis aussucht. Es ist uns auch wohl in etwas gelungen, nicht bloß den Freunden neue Zuversicht einzuflößen und den Gegnern den Beweis zu liefern, daß wir uns vor ihren Anklagen nicht so leicht als Schuldige zu bekennen brauchen.

Freilich schreibt A. Ritschl in der „Theologischen Litteratur-Zeitung" über D. Uhlhorns Schrift folgende Sätze, die ihm nicht gerade zum Ruhme gereichen. „Die Lorbeern, welche seit zwanzig Jahren von den römischen Sprechern in dieser Sache erstrebt worden sind, haben nun auch evangelische Theologen zur Nacheiferung gereizt; und solche haben es für zweckmäßig gehalten, daß die normativen Anschauungen des Neuen Testaments über Sozialpolitik und Volkswirtschaft gesammelt würden. In milden Worten setzt der Verfasser diesen unwissenden und verworrenen Leuten auseinander, daß im Neuen Testament weder im allgemeinen noch im besonderen ein Satz der Art zu finden sei." Diese anmaßende Hoffart muß auf diejenigen, welche unseren Erörterungen aufmerksam gefolgt sind, einen peinlichen Eindruck machen. Wir haben nachgewiesen, daß jene von A. Ritschl so geringschätzig uns zugeschriebenen „normativen Anschauungen des Neuen Testaments über Sozialpolitik und Volkswirtschaft" ein Phantasiestück sind, und daß die gegenwärtigen christlich-sozialen Bestrebungen der evangelischen Kirche gar nicht im katholischen Fahrwasser, sondern auf der Entwickelungslinie der inneren Mission liegen. Darüber ist Professor D. Ritschl wohl nicht unterrichtet gewesen; wir verargen ihm das nicht, man braucht ja nicht alles zu wissen. Dann hätte er aber besser gethan, seiner unbegründeten Überzeugung in bescheidenerer Weise Ausdruck zu geben. Uns läßt seine aus Unkenntnis hervorgehende Verachtung völlig unberührt. Wir lernen gern von jedem kundigen Gegner; von geringschätzigem Übermut hat niemand Nutzen. — D. Uhlhorn wollen wir zuletzt bei aller Verschiedenheit der Anschauungen, die er offenbar zu scharf zugespitzt hat, und die wir deshalb schärfer, als uns lieb ist, abweisen mußten, mit Freude zugestehen, daß wir seiner Schrift manche Anregung verdanken.

Ja, wir hoffen, daß dieser thätige Schriftsteller und Arbeiter der inneren Mission, wenn er auf dem Berliner Boden lebte, sich mit uns leicht verständigen würde, wie wir mit ihm. Wie er möchten auch wir das Christentum nicht mit fremder Zuthat vermischen und dadurch verunreinigen; so viel wir erkennen, liegt auch der beiderseitige Unterschied weniger in der Beurteilung des Christlichen selbst als in der Grenzbestimmung, wie weit dasselbe geltend zu machen ist. Sein Standpunkt ist mehr der abstrakt religiöse, der unsere mehr der kirchlich praktische; sein Absehen geht auf Bewahrung des Christentums vor Weltvermischung, das unsere auf Gestaltung des Christentums zur Weltüberwindung. Gewiß ist es heilsam, sich daran erinnern zu lassen, daß der Christ sich nicht in der Welt verlieren darf; wir sind für solche Erinnerung dankbar. Aber es ist auch nützlich, daran zu mahnen, daß das Reich Gottes ein Sauerteig ist, der die drei Scheffel Mehl durchdringen muß, bis daß sie ganz durchsäuert sind. Dies Gleichnis hat der Herr nicht umsonst erzählt. Zu seiner Durchführung könnten viele, die jetzt mit einander kämpfen, sich verbinden.

Unser evangelisch kirchliches Elend ist der Zank der Parteien. Die negativen, liberalen und liberalistischen Theologen mit ihren Richtungen und Schulen, mit ihren Fündlein und Streitigkeiten wollen der Kirche die Berechtigung ihrer eigenen unhaltbaren Stellung aufzwingen; darin liegt der Grund unserer Krankheit. Nicht eigentlich in den Gemeinden, sondern unter den Pastoren haben jene Gelehrten ihren Anhang: der Zwist wird in die Laienkreise, die davon nichts verstehen, ja im Grunde sich dafür gar nicht interessieren, erst künstlich hineingetragen. Fromme Leute sind auf der Linken wenig; mit Ausnahme einiger religiös begeisterter Führer ist die Mannschaft auf dieser Seite meist unkirchlich, vielfach radikal ungläubig. Da man keine religiöse Gefolgschaft hat, nimmt man mit einer irreligiösen fürlieb. Redakteure, die nie die Kirche besuchen, mit ihren Blättern, welche den Glauben schmähen; Politiker, die nicht das Glaubensbekenntnis aufsagen können, mit ihrem demokratischen Janhagel, der immer bereit ist, auf die Orthodoxie loszugehen; sogenannte Honoratioren, die völlig mit der Welt leben, und ein Publikum, das vor einer nicht vorhandenen Hierarchie ein Gruseln empfindet: das sind die Truppen, auf welche sich die Linke stützt, und mit welchen sie den Kampf gegen die Rechte führt. Es wäre viel gewonnen, wenn diese trostlose Alliance aufgegeben

und uns in dem kirchlichen Liberalismus eine religiöse Macht, nicht eine irreligiöse, entgegengestellt würde. So aber ist es dahin gekommen, daß unsere Kirche in weltlichen Mächten, in politischen Parteien, in schlechten Zeitungen eine organisierte Macht des Unglaubens und der Unkirchlichkeit sich gegenüber hat und dadurch an der Entfaltung ihrer Lebenskräfte verhindert ist. Gewiß würde die Rechte das dogmatische Element mehr zurückstellen können, wenn die Linke das religiöse voranstellte. Wie die Dinge liegen, ist der beständige Kampf um die Grundlagen unvermeidlich. Eine Menge von Kräften, die gegen den Materialismus wie gegen den Romanismus besser zu brauchen wären, wird dadurch gebunden, lahm gelegt, zuletzt erschöpft. Wie dieser hoffnungslose Zustand beseitigt werden kann, das ist eigentlich die Hauptfrage, von deren Beantwortung die Zukunft der deutschen evangelischen Kirche abhängt.

Man untersuche doch einmal, woher in weiten Kreisen des Volkes der Unglaube, die Gleichgiltigkeit, die Verachtung der Kirche stammt. Etwa daher, daß die einzelnen ehrlich gezweifelt und zuletzt den Glauben verloren, religiös gesucht und die Wahrheit nicht gefunden, persönlich nach einer Überzeugung gerungen und im Kämpfen den Sieg verloren haben? Gewiß nicht. Sondern die gottlose, unchristliche Strömung hat sie ergriffen und ohne Prüfung und Besinnung in den Abgrund mit fortgerissen! Sie sind Anhänger der liberalen, fortschrittlichen, sozialdemokratischen Partei geworden und durch die Schlagworte ihrer Presse, ihrer Parteiführer dem kirchlichen Glauben entfremdet. Nun stehen sie dem positiven Christentum fast unbelehrbar gegenüber. Wer bringt sie wieder auf die andere Seite? Zu glauben, daß das durch Predigt, durch Seelsorge allein geschehen könne, erscheint uns als eine unweise Selbsttäuschung. Menschen, die nicht zum Gottesdienst kommen, kann man nicht durch Predigt gewinnen, und eine Kirche, die in den großen Verkehrszentren, wo die Entchristlichung am größten ist, nicht einmal seelsorgerliche Kräfte genug hat, um die Kranken zu besuchen, die Sterbenden zu trösten, kann nicht daran denken, durch Seelsorge Hunderttausende von Arbeitern zurückzugewinnen, die, auch wenn sie besucht werden könnten, nicht einmal zu Hause sein würden. Schriftenverbreitung, Predigtverteilung, Vereinsleben kann einiges thun, aber im Verhältnis zum Bedarf doch nur wenig. Wir fragen und lassen uns nicht abweisen: Was thut die Kirche, um die irregeführten Massen mit den Kräften des Christentums

wieder zu durchdringen? Sucht sie dieselben auf? Oder giebt sie dieselben auf? Was thut sie? Theologische Subtilitäten als Erwiderung machen auf uns gar keinen Eindruck. Wir lassen nur eine Antwort gelten, mit welcher die Antwortenden am jüngsten Tag bestehen können. — Daß die Kirche diese Antwort noch nicht gefunden hat, ist unzweifelhaft. Eben deshalb möge man gestatten, daß wir nach einer Antwort suchen. Ein Teil der Lösung liegt für uns in der kirchlichen Wiedergewinnung des öffentlichen Lebens. Es ist unter den heutigen Verhältnissen des religiösen Lebens geboten, nicht bloß an dem einzelnen Menschen, sondern an der Volksseele Seelsorge zu üben. Sind durch vorherrschende Richtungen die Glieder der Kirche entfremdet, so muß man diese Richtungen zu ändern oder, wenn sie unverbesserlich sind, kämpfend zu überwinden suchen. Hat der Sozialismus die arbeitenden Klassen, die Demokratie den Bürgerstand, der Liberalismus die Gebildeten dem positiven Christentum abwendig gemacht, ist das Parteileben der Religion verderblich, die Presse dem Glauben tödlich, so muß die Kirche, sie mag wollen oder nicht, auf diese Gebiete eingehen und die Parteinebel zerstreuen, die Parteiverblendung durchbrechen. Sie kann nicht wie Vogel Strauß den Kopf in den Sand stecken und die Thatsachen übersehen, sondern muß sich mit ihren Gegnern auseinandersetzen. Sie muß aus der Zitadelle des Glaubens, die sie mit ihrer geringen Mannschaft auf die Dauer nicht halten kann, ausfallen, die verlorenen Positionen wiedergewinnen und die Peripherie des kirchlichen Lebens zu behaupten suchen. Es ist heutzutage nicht mehr wie früher, daß die Kirche allein die geistigen Mächte repräsentiert. In der allgemeinen Geisterbewegung hat sie nur noch eine bescheidene Stelle. Wird sie auch von da verdrängt, wird ihr von den anderen Gebieten des Geisteslebens aus der Garaus gemacht, dann ist sie im höchsten Maße gefährdet. Sie muß sich eben daran erinnern, daß, wie der Blutstrom vom Herzen in die Glieder und von da zum Herzen zurück, so auch der Lebensstrom des Glaubens vom Mittelpunkt in den Umkreis des Volkslebens und von da zum Mittelpunkt zurück strömen muß. Wenn Politik und Sozialpolitik, Partei und Parteipresse die Kirche ignorieren oder gar bekämpfen, wie es bei uns vielfach der Fall ist, dann kommt die Kirche in ihrer Isolierung dahin, daß sie zuletzt auch in ihren eigenen Angelegenheiten sich nicht mehr rühren kann. Man bedenke doch nur, daß bei uns in Preußen der Kulturkampf begonnen und

geschlossen ist, die Verfassungsartikel der Freiheit eingeführt und aufgehoben sind, daß die preußische Regierung den Papst zum politischen Schiedsrichter ernannt und in ihrer Thronrede sich bei ihm bedankt hat, daß die soziale Frage daherbraust und Millionen am Glauben irre macht, daß die Bewegung für die Selbständigkeit und die Dotation der Kirche ihre Wogen schlägt, daß dies alles geschieht, ohne daß die organisierte evangelische Kirche irgendwie wirksam daran beteiligt ist. Daß das ein gesunder und normaler Zustand der Kirche sei, kann doch nur ein Thor behaupten. Vielmehr daß dieser in unseren Augen überaus ungesunde und abnorme Zustand vorhanden ist, kommt daher, daß sich die Religion, wie einer der fortschrittlichen Führer es einmal als richtig hinstellte, auf das Kämmerlein beschränkt, und die Kirche mit Kanzel und Sakristei zufrieden ist.

Wie die Kirche, als das mangelnde Gemeindeleben eine energische Liebesthätigkeit schmerzlich vermissen ließ, die organisierte Thätigkeit der inneren Mission aus sich heraus setzte, so wird sie auch heutzutage unter den wunderlichen und verworrenen Zuständen der Gegenwart eine öffentliche Mission entfalten müssen. Sie wird Sorge tragen müssen, daß unter ihren Dienern sich Männer finden, welche die Fragen des öffentlichen Lebens studieren, um völlig orientiert zu sein, andere, die das öffentliche Leben unter die christlichen Impulse bringen. — Man nehme die soziale Frage. Die katholische Kirche hat eine ganze Anzahl von Geistlichen, welche die Nationalökonomie und die sozialen Angelegenheiten vom katholischen Standpunkte aus nicht ohne Geschick behandeln; sie hat daneben eine Menge von arbeitenden Laienkräften, die es an kirchlichem Sinn mit den Geistlichen aufnehmen. Dadurch hat sie in der sozialen Litteratur und Bewegung eine Stellung, welche der evangelischen Kirche fehlt. Wir haben weder Geistliche, welche die sozialen Fragen vom kirchlichen Gesichtspunkte aus behandeln, noch Fachmänner, welche uns auch nur gegen die irrigen, oft lügenhaften Angriffe katholischer Sozialpolitiker verteidigten. Es fehlt bei uns an dem kirchlichen Interesse, das auf katholischer Seite so groß ist. Hier wäre die vom „Reichsboten" so oft geforderte Organisation eine wahre Erneuerung der kirchlichen Arbeit. In jeder Diözese müßte ein Geistlicher mit den sozialen Dingen, ein anderer mit der Presse, ein dritter mit der Kirchenpolitik, ein vierter mit anderen Erscheinungen des öffentlichen Lebens sich berufsmäßig beschäftigen. Jedenfalls

müßte die Kirche in jeder Provinz einige Fach- und Sachkundige haben, die in diesen Dingen Bescheid wüßten, darüber berichteten und schrieben, die Pastoralkonferenzen und Synoden befruchteten. Und in der Gemeinde müßte ein kräftiges Vereinsleben diesen Bestrebungen ein Echo gewähren; der Pastor müßte mit den geweckten Gemeindegliedern sich zusammenfinden, um die großartigen Erscheinungen der Gegenwart zu besprechen und verstehen zu lernen. Wir sind überzeugt, er würde bald wieder eine andere Stellung haben als heute, wo er oft dem Gemeindeleben so fern bleibt. Auch die Irrgeister könnten an Menschen, die zu verständigem Denken angeleitet und geübt sind, nicht so leicht ihre Zauberkünste ausüben.

Man mißverstehe uns nicht. Wir meinen nicht, daß diese Thätigkeit irgendwie der Predigt und Seelsorge Abbruch thun dürfe; wir würden es für völlig verkehrt ansehen, wenn ein Geistlicher meinte, mit äußerem Wirken das Reich Gottes unmittelbar bauen zu können. Dies kann und wird immer nur durch die Übung der Gnadenmittel geschehen. Aber es soll darauf hingewirkt werden, daß die Gebiete des öffentlichen Lebens wieder vom christlichen Geiste durchzogen werden. Wir wissen, daß angesehene Gelehrte und Geistliche die Begriffe christliche Politik, christlicher Sozialismus, christlich-konservatives Parteileben verurteilen und dahin wünschen, wo der Pfeffer wächst. Sie meinen, daß das Christentum verflache und entarte, wenn es in die Kreise des Volkslebens hineingezogen werde. Das aber ist ja mit diesen kombinierten Begriffen nicht gemeint, daß die technischen Fragen der Politik, die nationalökonomischen Spezialitäten und die Parteiagitationen in jedem Moment den Stempel des christlichen Gedankens tragen müßten. Man spricht doch von christlicher Schule, auch wenn man darin addiert und multipliziert, vom christlichen Hause, obwohl darin gewaschen und gekocht wird. Mit demselben Recht kann man, muß man von einem christlichen öffentlichen Leben reden. Kein politisches, sozialistisches, parteiisches Christentum! Wohl aber christliche Politik, Sozialreform, Partei! Von irgend einem Geiste muß doch die Staatsleitung, die Volkswirtschaft, die Partei beherrscht sein. Ist es nicht der christliche, so ist es der widerchristliche, der unchristliche, der bloß menschliche, der religiös gleichgiltige Geist. Eine Scheidung ist unmöglich, es handelt sich nur um die rechte Verbindung. Aus den dem bösen Geiste verfallenen Gebieten wälzt sich ein Strom des Verderbens

der Kirche entgegen; darum muß sie dieselben wieder besetzen. Nicht bloß die Propheten im Alten Bunde haben Gottes Wort in die Verhältnisse des Volkslebens und der Politik laut hineingerufen. Auch Christus hat den Parteien seiner Zeit, die nicht bloß religiöse, sondern auch politische Richtungen darstellten, den Pharisäern und Sadducäern, den Krieg erklärt; D. Martin Luther hat in dem Bauernkrieg sein Wort gewaltig ertönen lassen, nicht bloß als der Prediger, sondern als der Prophet seines Volkes. Wir wären nicht so tief heruntergekommen, wenn wir die Größe seines Blickes, die Weite seines Herzens, die Kühnheit seines Wortes gegen Fürst und Volk beibehalten hätten. Er meinte im Vertrauen auf seinen Gott als ein in Reichsacht und Kirchenbann befindlicher Mann seinen Kurfürsten noch schirmen zu können; die Kirche von heute erwartet ihr Heil zu sehr von den Großen dieser Welt, anstatt von dem heiligen Geiste. Ihre Glieder haben wohl von der weltlichen Obrigkeit die Überzeugung, daß sie aus Gottes Gnaden bestellt sei; von dem kirchlichen Regieramt werden nur sehr wenige diese Vorstellung hegen. So völlig sind die Verhältnisse umgewandelt. Die weltlichen Herren erscheinen als Beauftragte göttlicher Gnade; das kirchliche Hirtenamt hat nicht einmal in den göttlichen Dingen eine sichere Stellung. Dieser Zustand ist falsch. Die Kirche muß sich in ihrer Weise ebenso bevollmächtigt wissen wie die Fürsten und Könige. Mit dieser Vollmacht aus der Höhe muß sie im Bereich ihrer Lebenskreise Einfluß suchen, eine wahre Hierarchie erstreben, nicht ein Herrschen der Priester, sondern der Heiligtümer im Herzen des Volkes. Sie fange nur einmal an, das Problem recht ernstlich ins Auge zu fassen; sie ziehe nur einmal die Bilanz ihrer Verluste und Gewinne im öffentlichen Leben; sie ermuntere nur erst Männer weltlichen und geistlichen Standes, welche den Beruf in sich fühlen, die großen Fragen der Gegenwart in die Hand zu nehmen; und sie wird es bald merken, wie die Abgeschlossenheit der theologischen Kaste weicht und einem gemeinsamen Leben und Streben Platz macht, das erfrischt und beglückt und der Kirche ihren volkstümlichen Charakter wiedergiebt. Die Gegenwart ist die Zeit des öffentlichen Lebens; auch die Kirche, will sie lebendig bleiben, wird daran teil nehmen müssen durch die Pflege ihrer öffentlichen Mission.

Die kirchenpolitische Lage.

Juli 1887.

In unserer Zeit, die für die Kirche den theologischen Zunftzwang durchbrochen und Recht wie Pflicht des Laienelementes zur Anerkennung gebracht hat, kann nichts für die Weckung des Lebens förderlicher sein als das Zusammenarbeiten aller Kräfte zu dem gemeinsamen Zweck, unser deutsches Volk wieder in höherem Maße mit den Kräften des Evangeliums zu durchdringen. Die grenzenlose Gleichgiltigkeit, die wie ein Alp auf breiten Schichten unserer Glaubensgenossen liegt, ist von allen Gefahren der Kirche die allergrößte und dringendste. Wer sie beseitigen hilft, soll willkommen sein. Dazu möchten wir unseren geringen Dienst anbieten. Leben, göttliches, geheiligtes, energisches und kirchlich-evangelisches Leben: das ist es, was der Gegenwart allein nützen kann, und zu dessen Weckung sich alle Treuen wie zu einem großen Bunde vereinigen sollten. Die Erfahrungen, welche unsere evangelische Kirche seit dem Anfange dieses Jahres gemacht hat, sind recht geeignet, uns in diesem Bestreben anzufeuern und zu stärken.

Die Selbständigkeitsbewegung, die seit Jahr und Tag die evangelischen Volkskreise Preußens durchflutet und doch auch Glaubensgenossen aus anderen deutschen und nichtdeutschen Kirchen in ihren Strom hineinzog, ist im letzten halben Jahre ebenso durch parlamentarische Verhandlungen wie durch kirchliche Versammlungen weiter geführt. Es ist schmerzlich, wenn auch nicht unerwartet, daß die preußische Regierung für diese Bewegung weder Teilnahme noch Verständnis hat. Fürst Bismarck, der in den auswärtigen wie in den inneren Staatsangelegenheiten alles bestimmt, hat sich dem kirchlichen Bedürfnis größerer Unabhängigkeit schroff entgegengestellt. Das Berechtigte in der Forderung einer Dotation hat er anerkannt, auch den Würdenträgern unserer Kirche ein größeres Ansehen zu verleihen nicht abgelehnt; der Ruf nach Freiheit ist an dem Tisch des preußischen Ministerpräsidenten völlig verhallt und hat auch in dem Herzen des Kultusministers nicht das leiseste Echo geweckt. Nun, verkennen wir die Bedeutung einer finanziellen

Stärkung der Kirche nicht; ja, wir sehen darin die unumgängliche Vorbedingung einer größeren kirchlichen Selbständigkeit. Aber die Freiheit gilt uns mehr als Geld; sie ist zu einer besseren Gestaltung der kirchlichen Verhältnisse im Volks- und Staatsleben der erste Schritt. Hier aber steht die Regierung unseren Bestrebungen in eisiger Kälte gegenüber. Eine That offenbarer Parteilichkeit aus letzter Zeit charakterisiert einleuchtender als jede Erörterung den Stand der Dinge. Bekanntlich wurde seiner Zeit den Militärgeistlichen die Teilnahme an der landeskirchlichen Versammlung unter der Begründung verboten, daß hier politische Angelegenheiten verhandelt würden. Gewiß war das Thema, welches die Mittelpartei in Potsdam beschäftigte, genau so politisch wie die Gegenstände, welche von den beiden rechtsstehenden Gruppen am 26. April in so besonnener Weise verhandelt wurden. Trotzdem erregte es in den Regierungskreisen keinen Anstoß, daß der Garnisonpfarrer D. Rogge für die mittelparteiliche Versammlung die Eröffnungspredigt hielt und die Verhandlungen in einer Garnisonkirche geführt wurden. Recht als wollte man mit Fingern darauf hinweisen, daß die Regierung die beiderseitigen Bestrebungen mit verschiedenem Maße messe und einer Richtung, welche die Selbständigkeitsanträge bekämpfe, eine Freundschaft zeige, auf welche die Anhänger der kirchlichen Unabhängigkeit nicht zu rechnen haben. Es war für die letzteren eine verdiente Genugthuung, daß ihre Forderungen auch unter den kirchenpolitischen Gegnern in Potsdam so vielfache Anerkennung fanden.

So viel haben wenigstens die kirchlichen Verhandlungen der letzten Monate bewirkt, daß über die Beweggründe und Ziele der Selbständigkeitsbestrebungen mehr Licht verbreitet ist. Die Fülle von Verdächtigungen und Entstellungen, die früher diesen Bestrebungen gewidmet war, hat nachgelassen, ja hie und da gar aufgehört. Seit der landeskirchlichen Versammlung redet man nicht mehr so zuversichtlich von unseren hierarchischen Gelüsten, auch nicht mehr so irrig von den Sturmversuchen auf das landesherrliche Kirchenregiment. Der Ton der Vorträge wie der Wortlaut der angenommenen Sätze war zu klar, als daß jene albernen Verleumdungen davor hätten Bestand haben können. Aber da es nun einmal zu dem Handwerkszeug des Parteiwesens gehört, dem Gegner eins anzuhängen, so ist uns die Beschuldigung der Mutlosigkeit und Hinterhaltigkeit in das Gesicht geschleudert. Man

habe nicht gewagt, — so hieß es — seine eigentliche Meinung zu sagen: der Summepiskopat sei nicht angegriffen, der Episkopat nicht gefordert; deshalb werde auch die Versammlung keinen dauernden Erfolg haben. Daß sie einen augenblicklichen Sieg von großer Tragweite bedeute, gestand man stillschweigend zu. Was aber jene Anklagen angeht, so können wir aus unseren vertrautesten Besprechungen heraus mitteilen, daß die Frage der bischöflichen Verfassung kaum angerührt ist. Die Ansichten darüber sind so wenig geklärt und dabei so verschieden, daß sie mit Recht nicht einmal zur Erörterung gekommen, geschweige im Sinne einer Hierarchie entschieden sind. Anders die Frage der landesherrlichen Kirchengewalt. Sie ist nicht zu umgehen, wenn die kirchliche Verfassung diskutiert wird. Die landeskirchliche Versammlung hat sie auch nicht umgangen, sondern klar angefaßt, indem sie die Mitwirkung des Generalsynodalvorstandes bei der Besetzung der kirchenregimentlichen Ämter fordert. Damit ist klar ausgesprochen, daß in diesem neben der Professorenernennung wichtigsten Punkt eine Einschränkung der landesherrlichen Rechte gewünscht ist. Daß die Einrichtung des Summepiskopats selbst der Erörterung nicht unterzogen ist, sollte von Verständigen nicht bemängelt werden. Die Besprechung dieser Institution eignet sich nicht für öffentliche Versammlungen. Auch ist die kirchliche Stellung des Landesherrn durch unsere Kirchenverfassung selbst zu einer rein innerkirchlichen Angelegenheit, gleichsam zu einem kirchlichen Amt geworden. Wir halten diese Neuerung nicht für glücklich, auch nicht für berechtigt; aber wir müssen sie als verfassungsmäßig anerkennen und die Verantwortung dafür der mittelparteilichen Majorität zuschieben, welche auf der außerordentlichen Generalsynode das Problem des Summepiskopates löste, indem sie es zu einem gordischen Knoten machte. Jedenfalls war es die Aufgabe der landeskirchlichen Versammlung, die sie sich selbst gestellt hatte, gegen die Umschlingung des Summepiskopates durch Staatsmächte zu protestieren, nicht gegen den Summepiskopat selbst. Denn das ist seit 1875 die unleugbare Verschlimmerung in dem obersten Kirchenregiment, daß durch die Synodalverfassung und noch mehr durch das Staatsgesetz an Stelle des Landesherrn das ganze Staatswesen seinen Einzug in die Thür der Kirchengewalt vollzogen hat. Und das ist schlechthin unerträglich. — Wir sind allerdings der Meinung, daß die konstitutionelle Monarchie das landesherrliche Kirchenregiment zu einer veränderten Stellung

geradezu zwingt, und daß nur unkirchliche Gedankenlosigkeit, anstatt dasselbe umzubilden, es einfach verkirchlicht hat. Diesen Mißstand zu beseitigen, liegt allein in der Macht des Landesherrn; und die Generalsynode dürfte der rechte Ort sein, Vorschläge zu einer anderweiten Regelung des Verhältnisses zu machen. Aber wenn ein liberaler Mann wie Miquel es öfter ausgesprochen hat, daß er wünsche, das landesherrliche Kirchenregiment möge einmal völlig auf die synodalen Organe übergehen, so sollten Bestrebungen, welche so weit nicht einmal gehen, vor dem Vorwurf der Herrschsucht und des protestantischen Papsttums billig geschützt sein.

Eine Stellungnahme der landeskirchlichen Versammlung hat besonders viel Beklemmungen verursacht, nämlich die Erklärung des einen Referenten, daß die Kirche gegen die Anstellung der theologischen Professoren ein Einspruchsrecht und im Fall grober Irrlehren ein Anklagerecht haben müsse. Aber es ist nicht genug beachtet, daß hiergegen von seiten eines Vertreters der positiven Union Einwendungen gemacht sind. Es wurde klar ausgesprochen, daß man solche Rechte für unerreichbar, im Grunde auch nicht für zuträglich halte. Der sofort hervorgetretene Gegenvorschlag, daß der Minister gehalten sein solle, bei jeder Besetzung einer theologischen Professur gleich von den ersten Schritten an sich mit der obersten Kirchenbehörde ins Einvernehmen zu setzen, da doch die letztere an der richtigen Wahl ein viel größeres Interesse habe als der Staat, dürfte schwerlich mit Grund bemängelt werden. Und der Wunsch, daß die Professoren der Theologie, wenn irgend möglich, einige Jahre im geistlichen Amt zugebracht haben möchten, ist durch manche Erscheinungen der akademischen Welt so nahe gelegt, daß er, wenn nicht allgemein, doch von vielen auf allen Seiten geteilt wird. — In der That glauben wir, daß die Form, in welcher bisher zweimal auf der Generalsynode eine Mitwirkung des Generalsynodal-Vorstandes bei der Besetzung der Professuren gefordert ist, dem Bedürfnis weder genügt noch entspricht. Daß zu dem in letzter Stunde erforderten Gutachten des Oberkirchenrates noch der Generalsynodalvorstand hinzugezogen wird, hat wenig Wert und viele Schwierigkeiten. Aber ein rechtzeitiges Zusammenwirken von kirchlichen und staatlichen Instanzen, wie die Thesen der landeskirchlichen Versammlung es erstreben, ist berechtigt, von hohem Nutzen und wird zuletzt von den Professoren selbst nicht bestritten, von der Staatsbehörde zugegeben werden.

Freilich sieht es zunächst nicht danach aus, daß der Staat auch nur den gemäßigten Wünschen, wie sie in Berlin kund geworden sind, entgegenkomme. Aber es ist eine Beruhigung, aus den Reden des Fürsten Bismarck klar erkannt zu haben, daß es noch mehr Unkunde als Ungunst ist, was dem preußischen Ministerpräsidenten seinen Standpunkt diktiert. Was er den Rednern, die für die Freiheit der Kirche sprachen, erwiderte, ist unter dem kirchenpolitischen Gesichtspunkte ohne Belang, so bedeutend es als die Äußerung des leitenden Staatsmannes in das Gewicht fällt. Die Parallele, welche der Reichskanzler zwischen dem päpstlichen und königlichen Kirchenregiment zog, war so durchaus unzutreffend, daß man daraus auf eine geringe Kenntnis des Staatskirchenrechtes schließen muß. Auf der Pastoralkonferenz hat denn auch das Herrenhausmitglied Freiherr von Manteuffel gemeint, wenn der Fürst sich erst einmal mit der Angelegenheit der evangelischen Kirche im einzelnen beschäftige, werde er ebenso wie bei der Beseitigung des Kulturkampfes das Richtige treffen. Wir wagen dies nicht zu hoffen, glauben vielmehr, daß uns der Beginn der Verhandlungen über die kirchliche Selbständigkeit auf andere Hilfen hinweist. Wir werden um die Freiheit der evangelischen Kirche vom Staate einen langen, energischen Kampf zu führen haben. Ob dazu unser Mut, unsere Standhaftigkeit, unsere Energie ausreichen werden, ob die Laien mit den Geistlichen dauernd zusammenstehen und besonders die letzteren kirchliche Klarheit genug zeigen werden, um das Ziel beständig vor Augen zu haben, darauf kommt es an. Alles in allem war das erste halbe Jahr 1887 doch ein guter Anfang; aber erst die Zukunft vermag es zu offenbaren, ob es ein vorübergehender Anlauf oder eine fruchtbare Anstrengung war.

Eins ist gewiß, daß unseren Bestrebungen, die Kirche dem Staat gegenüber selbständiger zu gestalten, die Mittelpartei keine Hilfe bringen wird. Auf ihrer Versammlung in Potsdam hat sie mit dankenswerter Klarheit ihre Anschauungen offenbart und ihre Bundesgenossenschaft dem Kampf um die kirchliche Freiheit ein für allemal gekündigt. Sind auch Stimmen laut geworden, welche der landeskirchlichen Versammlung in gewissen Punkten recht geben, haben auch bei der Abstimmung einige Mitglieder der kirchlichen Vereinigung abweichend gestimmt: im ganzen und großen ist es doch gelungen, die schwankende Einigkeit zum Schluß wiederherzustellen und die von dem Vorstand aufgestellten Sätze „fast

einstimmig" anzunehmen. Dieselben bilden ein Programm kirchlicher Unselbständigkeit und staatlicher Bevormundung.

Ausgehend von dem Begriff der Kirche in der Augsburgischen Konfession will die Mittelpartei nur dann Veränderungen ihrer Verfassung für berechtigt halten, wenn bestimmte Mißstände thatsächlich hervortreten, welche das innere Leben der Kirche schädigen oder hemmen. Solche Mißstände vermag jene Gruppe nicht anzuerkennen. Für uns sind gerade diese Mißstände der Grund unserer kirchenpolitischen Stellung. In den Reformationskirchen Deutschlands wird das Wort Gottes nicht überall lauter und rein verkündigt; nicht einmal die Taufe wird immer stiftungsmäßig vollzogen. Gewiß, es kann in allen evangelischen Kirchen gläubig gepredigt werden; aber ebenso gut können negative Geister auf und unter der Kanzel ihr Spiel treiben. Die Kirchen, weder die lutherischen noch die unierten, sind imstande, Leugner der Gottheit Christi und der Auferstehung von dem geistlichen Amt fernzuhalten. In einigen Landeskirchen ist allerdings eine gewisse Vorsicht bei der Äußerung des Unglaubens geboten, in den meisten braucht sich ein Standpunkt, welcher der Schrift und den Bekenntnissen widerspricht, nicht einmal zu verbergen, er ist vor Maßregelung ganz sicher. Ein solcher Zustand ist durch die Verfassung wie durch das herrschende Staatskirchentum nicht genug abgewehrt; jene hat ihn thatsächlich anerkannt, eingeführt und verstärkt, dieses läßt allen Richtungen, auch den verderblichsten, einen gewissen Raum, besetzt die Professuren mit ungläubigen Gelehrten und hält die widerstrebenden Kirchenparteien unter demselben Kirchendach zusammen. Indem die Mittelpartei das Vorhandensein solcher Mißstände verneint, giebt sie dem thatsächlichen Beieinandersein der Bekenner und der Leugner des reformatorischen Glaubens recht und huldigt einem Optimismus, der die Probe nicht besteht.

Die Mittelpartei erblickt in dem landesherrlichen Kirchenregiment die Bürgschaft der Freiheit und Ordnung in der Kirche und hält deshalb jede Verfassungsveränderung für bedenklich, welche dahin führen kann, dasselbe, wenn auch unabsichtlich, zu beseitigen oder in seiner Unabhängigkeit von den kirchlichen Parteien zu beeinträchtigen. — Auch auf unserer Seite denkt man nicht daran, das Kirchenregiment des Landesherrn einfach abzuschaffen; es soll aber anstatt der Beschränkung durch Minister und Landtag an rein kirchliche Instanzen gebunden und zu einer Art Patronat

umgebildet werden. Die Mittelpartei verschließt die Augen vor offenbaren Thatsachen, wenn sie unter den heutigen Verhältnissen in dem bestehenden Summepiskopat die Gewähr kirchlicher Freiheit und unabhängiger Entschließung erblickt. War das landesherrliche Kirchenregiment frei, als es in der Falkschen Aera die Fundamente der Volkskirche erschüttern ließ, ohne den Oberkirchenrat auch nur zur Äußerung aufzufordern? Ist das landesherrliche Kirchenregiment heute frei, wenn der König der Generalsynode Gesetze vorlegt, die angenommen werden, dem Landtag dieselben Gesetze vorlegt, die hier gleichfalls angenommen werden — und nachher hindert der leitende Minister die Sanktionierung dieser Gesetze? Ebensowenig aber ist die Unabhängigkeit von kirchlichen Parteien verbürgt. Man sehe beispielsweise doch nur auf Mittel-Deutschland, wo durch die völlige Abhängigkeit der kirchlichen Leitung von der liberalen Theologie vielfach ein Zustand geschaffen ist, der einen völlig veralteten und verkommenen Rationalismus verewigt, während im Norden wie im Süden Deutschlands warme Ströme des Glaubens fließen. Solche Verhältnisse zwingen das kirchliche Denken geradezu, sich mit der vorhandenen Verfassung nicht zu begnügen, sondern Änderungen zu erstreben, welche das Kirchenregiment frei und wahrhaft kirchlich zu machen geeignet sind.

Die Mittelpartei will nicht in der Lockerung des Bandes zwischen dem preußischen Staat und der evangelischen Kirche, sondern in der Geltendmachung der reformatorischen Grundsätze, in der Weckung des evangelisch-protestantischen Ehrgefühls, in der Milderung der Parteigegensätze und dem Zusammenwirken der Richtungen auf dem Grunde der „bewährten“ Verfassung die Stärkung der Kirche suchen. — Wir sind hierin zum Teil mit den Männern der evangelischen Vereinigung einig. Auch uns ist die Stärkung des inneren Lebens der Kirche die Hauptsache, die Anfeuerung des kirchlichen Ehrgefühls eine unerläßliche Bedingung der Besserung. Wir wollen auch gern anerkennen, daß die Linke in ihrer theologischen Haltung die Negation und den Angriff zurücktreten und in ihrer praktischen Thätigkeit auf dem Gebiete der äußeren und inneren Mission den christlichen Geist stärker hervortreten läßt; wir freuen uns dieser von uns seit lange erhofften Änderung von Herzen. Aber die Erinnerung daran, daß in diesen Kreisen immer wieder der Gedanke laut wird, man warte auf eine liberale Aera, um die jetzt verlorenen Ansprüche von

neuem geltend zu machen, muß uns immerhin zurückhaltend machen. Nichts wünschten wir lieber, als daß der Bann einer Freigeisterei, welche die Realitäten der Bibel und die Grundlehren der Reformation leugnet, in unserem Volk gebrochen und das Bürgertum unserer Kirche zurückerobert würde. Aber es scheint uns, daß der gegenwärtig in weiten Kreisen, wissenschaftlichen wie kirchlichen, unternommene Versuch, die Menschen dadurch für den Glauben zu gewinnen, daß man das Glauben leichter oder unnötig macht, ebenso wie alle anderen an der inneren Unwahrheit scheitern muß. Wenigstens eine Stärkung können wir beim besten Willen in der Verbindung z. B. mit der Richtung des Protestantenvereins nicht erkennen. Vielmehr muß der unversöhnliche Widerstreit der theologischen Meinungen, wenn er in unserer Kirche einmal zu einer gewissen prinzipiellen oder thatsächlichen Berechtigung gelangen sollte, dem Protestantismus ohne Zweifel die tiefste Wunde schlagen. — Was die Beziehung des preußischen Staates zur evangelischen Kirche betrifft, so gehören wir zu den letzten, welche die Hoffnung aufgeben, daß wieder einmal die Zeit kommen wird, in welcher der evangelische Geist, auf welchem Preußens Geschichte ruht, in seiner vollen Bedeutung anerkannt wird. Zunächst stehen wir der gegenwärtigen Entwickelung schmerzbewegt und traurig gegenüber. Es ist nicht einmal so sehr die Verhätschelung Roms, die uns aufs äußerste besorgt macht. Obwohl sie über jedes heilsame Maß hinausgeht und das an sich schon hochgesteigerte Selbstgefühl der Katholiken riesengroß macht, so wollen wir sie als eins der Mittel ansehen, um den falsch begonnenen und beendeten Kulturkampf völlig vergessen zu machen. Aber die völlige Gleichgiltigkeit der Regierung gegen nächstliegende evangelische Aufgaben, ihre unbegreifliche Geringschätzung unserer Kirche, ihr Widerwille gegen die Erörterung von Fragen, die das ganze Herz des evangelischen Volkes bewegen: das alles sind Krankheitszeichen, die auf eine Störung des normalen Verhältnisses hinweisen. Die kirchliche Verwahrlosung Berlins, die sich weder erklären noch entschuldigen läßt, die darin ihren unglaublichen Höhepunkt erreicht, daß in sechzehn Jahren für mehr als eine halbe Million eingewanderter Evangelischer außer der Dankeskirche, diesem zusammengebettelten Denkmal göttlicher Hilfe und menschlicher Not, kein Gotteshaus gebaut, keine Gemeinde begründet wurde, ist nahezu ein Todeszeichen des Staatskirchentums, um so unbegreiflicher, wenn man

bedenkt, daß beinahe hunderttausend sozialdemokratische Stimmen in der Reichshauptstadt den Umsturz vertreten, dessen Bekämpfung den Mittelpunkt unserer inneren Politik bildet, aber ohne religiöse Pflege unwirksam bleiben muß. Wir können daher, obwohl mit tiefem Weh, unsere Überzeugung nur dahin aussprechen, daß, wenn Preußens Stellung zur evangelischen Kirche so bleibt, wie sie in dem letzten Jahrzehnt war, die Leitung unserer kirchlichen Angelegenheit nicht in dem Umfange wie bisher in der Hand des Staates bleiben kann, ohne unsere Kraft zu zerstören. Aber wir wollen gern der Hoffnung und dem Wunsche Ausdruck geben, daß wieder andere und bessere Zeiten kommen. Rom selbst wird vermutlich nicht auf sich warten lassen, durch seinen grundsätzlichen, nur augenblicklich gemilderten Fanatismus die Stunde der Besserung herbeizuführen.

Die Mittelpartei erachtet — und das ist ein Pünktlein der Gemeinschaft — in innerkirchlichen Gesetzgebungsfragen die Ermäßigung der staatlichen Mitwirkung auf ein Einspruchsrecht für angemessen. Aber sie hält an dieser staatlichen Mitwirkung bei Verfassungsveränderungen, beim Erlaß von Kirchengesetzen, bei der Besetzung der kirchenregimentlichen Ämter fest. Sie sieht in der Fortdauer derselben die unerläßliche Voraussetzung des landesherrlichen Kirchenregimentes, das unentbehrliche Gegengewicht ebenso gegen eine die kirchlichen Behörden schwächende Parteiherrschaft, wie gegen eine die Union bedrohende Zersplitterung, die fortdauernde Gewähr für das sittlich-religiöse Staatsbewußtsein. — Hier wird die staatliche Kontrolle über die Ausübung des Summepiskopats fast ohne Einschränkung gutgeheißen. Denn die staatliche Mitwirkung in Verfassungsfragen bedeutet die Unterwerfung der kirchlichen Organisation mit Einschluß des Landesherrn unter die Abstimmung des konfessionslosen Landtages. Wir können es nicht verstehen, daß die Kirche selbst gegen das landesherrliche Kirchenregiment ein Mißtrauen bezeigt, welches nicht gerechtfertigt ist, und dem Landesherrn eine staatliche Vormundschaft aufzwingt, welche den Staat und sein ganzes Parteiwesen zu einem Mitträger des Kirchenregimentes macht. Jedenfalls ist es ein Mangel an kirchlichem Sinn und Geist, wenn eine kirchliche Richtung dem Staat dieses unverdiente Geschenk freiwillig entgegenträgt. Falk hatte ein solches Maß von parlamentarischer Mitwirkung nicht verlangt; der wüste Liberalismus seiner Periode hat es ihm und uns abgezwungen; die

Mittelpartei heißt diese Verhältnisse gut und verteidigt damit einen staatlichen Byzantinismus, der mit der Synodalidee unverträglich ist und der katholischen Kirche gegenüber nicht geübt wird. — Die Zersplitterung der Union fürchten wir ebensowenig wie eine die Autorität bedrohende Parteiherrschaft in den Behörden. Eher könnte es fraglich sein, ob die Zentralisation und Bureaukratisierung unserer Kirche nicht einen Grad erreicht hat, der die Lebensfähigkeit der provinziellen Glieder einengt. Die durch die letzte Generalsynode der obersten Kirchenbehörde verliehene Gewalt in Disziplinarsachen geht jedenfalls zu weit, und die Stellenbesetzung in den Provinzen wird von der Zentralstelle allzu stark geübt. Daß aber der evangelische Oberkirchenrat durch die staatliche Mitwirkung, die doch z. B. in der Falkschen Ära den Stempel der höchsten Parteileidenschaft trug, und die immer unter der jeweiligen Parteikonstellation leiden wird, vor Parteiherrschaft behütet werden soll, das ist so recht ein mittelparteilicher Satz, in welchem das Mißtrauen gegen den Geist, der die Kirche in alle Wahrheit leitet, noch überboten wird durch das unbegründete Vertrauen auf politische Mächte, die keinerlei Verheißung haben und keinerlei Bürgschaft darbieten.

Diese weitgehende Zuversicht zu dem Staat nimmt sich um so seltsamer aus, als die Mittelpartei die Teilnahme der Synode an der Besetzung der kirchenregimentlichen Ämter und der theologischen Professuren zurückweist. Sie geht hier weit unter die guten Traditionen der gemäßigten Vermittelungstheologie zurück und setzt sich in Gegensatz zu den elementarsten Grundsätzen des synodalen Systems. Es ist uns schwer, die Mittelpartei in dieser ihrer Stellung zu begreifen. Mag sie die auch in Potsdam so scharf bekritelte „Allmacht des Synodalismus" beklagen, weil dieselbe die Ohnmacht der Mittelpartei offenbart, dahin darf die elegische Stimmung nicht führen, daß man die Freude an dem Recht und der Macht des synodalen Lebens verliert. Wir glauben, den Grund dieser Verzagtheit richtig zu erkennen, wenn wir glauben, daß die Professoren, welche die Führer der Mittelpartei sind, nicht genug in dem Leben der Kirche stehen. Auf ihrer wissenschaftlichen Höhe ist ihnen vor allem um die Sicherung ihrer Lehrfreiheit zu thun, welche sie ohne Grund von seiten der Rechten gefährdet glauben, und in ihrer Selbstherrlichkeit wollen sie den Zunftzwang, den sie bei den Pastoren so heftig bekämpfen, für sich selbst nicht aufgeben. Die beiden rechtsstehenden Gruppen, obwohl auch sie eine Anzahl ausgezeichneter

und hervorragender Professoren in ihrer Mitte haben, werden doch im wesentlichen von Männern der kirchlichen und staatlichen Praxis geführt. Gewiß fließt daher die größere Freudigkeit an den praktischen Aufgaben der Kirche, auch an dem Ausbau ihrer Selbständigkeit.

In der Forderung staatlicher Mittel ist zwischen der Mittelpartei und uns Übereinstimmung, nur daß auf unserer Seite mit voller Bestimmtheit eine feste Dotation erbeten wird, deren Notwendigkeit in den Potsdamer Sätzen nicht ausgesprochen wird. Auch in der Betonung, daß die Selbständigkeit der evangelischen Kirche auf dem engen Zusammenwirken der Geistlichen mit der gläubigen Gemeinde beruhe, fühlen wir uns mit der Mittelpartei einig. Aber wir müssen fordern, daß mit der Gläubigkeit auch Ernst gemacht und die Selbständigkeit, welche man für die Gemeinden gegenüber der Aufsichtsbehörde erstrebt, auch für die Kirche gegenüber dem Staat in Anspruch genommen wird. Sonst bleibt die kirchliche Freiheit nur ein bedenkliches Recht lokaler Kreise und wird nie zu einer anfeuernden Kraft der gesamten Kirche. Eben deshalb, weil wir für die Kirche eine Selbständigkeit erringen, welche nach evangelischen Grundsätzen in der Gemeinde wurzelt, halten wir auch die Stärkung und Sammlung der gläubigen Gemeinde für notwendig. Dagegen muß der Gedanke, die Gemeinde von der kirchlichen Obrigkeit möglichst zu befreien, die Kirche dem Staat möglichst zu unterwerfen, als ein durch und durch unkirchlicher bezeichnet werden.

Es ist schmerzlich, die Gegenwart der Mittelpartei mit ihrer Vergangenheit zu vergleichen. Vor der außerordentlichen Generalsynode haben hervorragende, noch heute lebende Glieder dieser Richtung bei der Besetzung der kirchenregimentlichen Ämter wie der theologischen Professuren eine Mitwirkung der Synode für unerläßlich gehalten. Durch die Verfassung, die von allen Seiten als ein Anfang bezeichnet worden ist, können doch diese richtigen Erkenntnisse nicht verdunkelt sein. Es ist offenbar die Parteistellung, welche auf diese Frontveränderung Einfluß gehabt hat. Weil die rechtsstehenden Gruppen sich um das Panier der Freiheit scharten, scheinen Mittelpartei und Linke jeden Geschmack an der kirchlichen Unabhängigkeit verloren zu haben. Jedenfalls sind beide Richtungen zunächst für diese Bestrebungen verloren. Dafür haben sie sich mit einigen angesehenen Männern und Kreisen der Rechten zu dem Evangelischen Bunde zusammengefunden.

Verhält sich die Mittelpartei zu der Selbständigkeitsbewegung im wesentlichen ablehnend, so will der Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch=protestantischen Interessen neutral bleiben. Schon dies würde für uns genügen, die Gründung desselben für unzeitgemäß zu halten. Wir erblicken in der größeren Unabhängigkeit von Staat und Regierung die unentbehrliche Bedingung, um Roms äußerer Stellung im Volksleben, sowie seiner inneren Aktionsfreiheit wirksam entgegenzutreten. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Anträge auf kirchliche Freiheit gestellt und ebenso im Preußischen Landtag wie in kirchlichen Versammlungen verhandelt. Daß diesen Bestrebungen im Evangelischen Bunde mit einem Male ein Konkurrent entgegentrat, welcher die Teilnahme an denselben zersplitterte und zum Teil in andere Bahnen lenkte, war in jedem Falle zu bedauern. Die Spaltung der Geister, der alte Schade im Protestantismus, trat wieder einmal klaffend hervor. Der Bund erschien als ein Plan, der Selbständigkeitsbewegung eine andere entgegenzustellen, welche unter dem Losungswort „Kampf gegen Rom!" das ganze evangelische Deutschland mobil machen und die preußischen landeskirchlichen Interessen in den Hintergrund drängen könnte. Richtig war dies nicht. Denn es zeigte sich bereits, daß auch in den übrigen deutschen Landeskirchen die Aufmerksamkeit auf die Kämpfe innerhalb Preußens gerichtet war. Und wenn kürzlich in Baiern der katholische Summepiskopus mit seinem katholischen Kultusminister innerkirchliche Synodalbeschlüsse von dem unschuldigsten Charakter verworfen hat, so beweist diese Thatsache klar und unzweideutig, daß die Durchbrechung der staatlichen Gebundenheit zu den Aufgaben gehört, welche der evangelischen Kirche in ihrem Kampfe gegen Rom überall obliegen. Zunächst stehen freilich die Leiter des Evangelischen Bundes solchen Anschauungen noch fern; man muß abwarten, wohin sie durch die Macht der Ereignisse getrieben werden. Wir sind gewiß, daß der Bund, wenn er sich dauernd der Selbständigkeitsbewegung verschließt, keine Zukunft, wenigstens keine bedeutende Zukunft haben wird. Daß er unseren Bestrebungen nicht hinderlich in den Weg treten kann, ist durch den Anschluß unserer rheinischen Freunde und Gesinnungsgenossen verbürgt.

In der That gewinnt der Evangelische Bund durch den allmählich stärker erfolgenden Hinzutritt positiver Kreise eine andere Gestalt, mit welcher zu rechnen ist. Vor einigen Wochen ist in der

„Deutschen Reichspost“ zu Stuttgart von einem schwäbischen Geistlichen der Satz aufgestellt und in mehreren Artikeln durchgeführt, daß der Bund in seiner Entstehung nicht loyal zu Werke gegangen, aber trotzdem in gewisser Weise gelungen sei, daß er in unrechter Weise die vorhandenen antirömischen Bestrebungen sowohl auf politischem, wie auf kirchlichem Gebiete ignoriert und damit Schaden gestiftet habe, daß nun aber, wie die Sachen stehen, die positiven Parteien zugreifen und aus dem Bunde ein Hilfsorgan der Kirche zu schaffen bereit sein müßten. Demgemäß ist denn auch in den wenigen Wochen zu Stuttgart, wenn auch nicht ohne warnende Freundesstimmen, der Zutritt der kirchlichen Kreise Württembergs zu dem Evangelischen Bunde beschlossen und besiegelt. Daß das in Preußen, wenigstens in den östlichen Provinzen, jemals ebenso geschehen wird, bezweifeln wir mit gutem Grund. Aber immerhin liegt in dem Verhalten mancher unserer Freunde im Westen und Süden Deutschlands auch für uns eine Aufforderung, dem Bunde gegenüber eine mehr abwartende Stellung einzunehmen und ihn vorläufig gewähren zu lassen, bis sich die Ziele seiner Thätigkeit im einzelnen deutlicher herausstellen. Aber es ist ebenso unsere Pflicht, offen und ehrlich unsere Anschauung über den Bund darzulegen, damit unsere Gesinnungsgenossen wissen, warum wir dieser evangelischen Schilderhebung widersprochen haben, und warum wir an derselben auch fernerhin uns nicht beteiligen können.

In der ersten Flugschrift des Bundes heißt es zum Schluß: „Vor allen Dingen ihr, die ihr euch Konfessionelle oder Positivunierte nennt, oder die ihr einer freieren Richtung innerhalb der Kirche Christi zugethan seid, sammelt euch alle um das Panier des Evangeliums und des aus dem Ernste des deutsch-christlichen Gewissens geborenen Protestantismus. Laßt nicht zu, daß man einst von uns sagen müßte: Dies Geschlecht hat auf blutigen Schlachtfeldern Siege ohne gleichen errungen, aber den Ruf zur Erhebung wider den Erbfeind seines Geisteslebens hat es vergebens an sich ergehen lassen.“ Pastor Dr. Bärwinkel mag diese Sätze gut gemeint haben; daß wir gegen eine solche Annäherung auf das stärkste protestieren, wird er bei näherer und ernstlicherer Erwägung selber erkennen. Denn wir Positiven brauchen nicht erst von dem Evangelischen Bunde unter das Panier des Evangeliums und des gewissenhaften Protestantismus gerufen zu werden. Wir müssen vielmehr die Gegenbitte aussprechen, daß einige seiner Vorstands-

mitglieder sich erst unter jenes Panier stellen. Es ist noch nicht zehn Jahre her, daß die Linke, welche von der Mittelpartei zur ersten Begründung des Evangelischen Bundes herbeigeholt wurde, in ihren Berliner Vertretern den christlichen Glauben in leichtfertiger und gewissenloser Weise angriff, und daß die Positivunierten ihn verteidigten. Die katholische Kirche höhnte und spottete damals mit Recht; treue Protestanten trauerten. Aber D. Beyschlag, der geistige Urheber des Bundes, hatte für unsere um des Gewissens willen geschehene Abwehr nur Verdächtigungen und erklärte mehr als einmal, daß die eigentliche Gefahr für die Kirche nicht auf der Linken, sondern auf der Rechten liege. Derselbe Mann hat durch seine wüste Polemik ein Jahrzehnt hindurch die evangelischen Gemüter geärgert und angeekelt. Es ist wirklich eine starke Zumutung an unsere Geduld, wenn Dr. Bärwinkel, der ebenso wie seine Parteigenossen schwieg, als von der Linken und von D. Beyschlag jene Zügellosigkeiten verübt wurden, jetzt uns Positiv-Unierte zugleich mit den Männern der freieren Richtung unter das Panier des Evangeliums ruft. Gern wollen wir den alten Hader vergessen, wenn er von der Gegenseite nicht wieder hervorgesucht wird; aber um der Wahrheit und Ehrlichkeit willen verbitten wir uns eine Sprache, welche sich nicht ziemt und den Thatsachen nicht entspricht. Wir haben längst gegen den „Erbfeind" gekämpft und werden weiter gegen ihn kämpfen, auch wenn wir nicht zum Evangelischen Bunde gehören. Wir sind aber gespannt zu sehen, wie die aus allen Richtungen sich rekrutierende Schar des Evangelischen Bundes die einzelnen Schlachten schlagen wird. Als im vorigen Jahre die Mischehenfrage in der Provinz Brandenburg auf der Tagesordnung stand, hat die Linke in Berlin und anderswo jede Kirchenzucht gegen Evangelische, die ihre Kinder der katholischen Kirche zuführen, abgelehnt. Daß solche Bundesgenossen eine Stärkung des Heeres bedeuten, wird auch der glühendste Gegner Roms nicht zu behaupten wagen. Und daß wir im Osten, die wir seit zehn Jahren sowohl im kirchlichen wie im politischen Leben an der Linken die stärkste Helfershelferin Roms uns gegenüber haben, erst einmal sehen wollen, ob diese grundstürzende Richtung kirchlich arbeiten kann, sollte man christlichen Männern zur Ehre anrechnen, nicht zum Vorwurf machen. Wir meinen, daß der Evangelische Bund wohlgethan hätte, seine Kritik, die er dem römischen Aberglauben in so reichem Maße hat zu teil werden lassen, ebenso dem deutschen Unglauben zu

beweisen. Jedenfalls ist dieser von beiden Feinden bei weitem der gefährlichere.

Gewiß ist es anzuerkennen, daß der Evangelische Bund sich unter das Bekenntnis zu dem eingeborenen Gottessohne als dem alleinigen Mittler des Heils und zu den Grundsätzen der Reformation gestellt hat. Die Männer der Linken, welche an dem Programme beteiligt sind, haben damit einen gewissen Akt der Mäßigung vollzogen. Aber man muß in der modernen Theologie und ihren verschiedenen Schattierungen unbewandert sein, wenn man nicht weiß, daß unter jenen Worten die unverträglichsten Gegensätze verdeckt sind. Die Parteiunterschiede beiseite zu setzen, ist freilich eine Forderung, welche vom Evangelischen Bunde beständig an uns gerichtet wird. Und auch wir halten dafür, daß in dem christlichen Volksleben die dogmatischen Unterschiede weniger betont werden sollen, als es geschehen ist und noch geschieht. Aber es ist dennoch unsere aus dem tiefsten Innern fließende Überzeugung, daß ein Standpunkt, welcher die ewige Gottheit und die thatsächliche Auferstehung Christi leugnet, kein christlicher Standpunkt ist, und daß die Duldung eines solchen Standpunktes innerhalb der evangelischen Kirche ihr Untergang sein muß. Es ist schlimm genug, daß wir im amtlichen, presbyterialen wie synodalen Leben der Kirche Anhänger dieses Standpunktes ertragen müssen und nicht Mittel genug in den Händen haben, sie von der handelnden und regierenden Kirche auszuschließen. Mit ihnen freiwillig sich verbinden, heißt, ihren Standpunkt in der Kirche für berechtigt erklären. Wenigstens wüßten wir nicht, wie jemand, der mit der Linken im Evangelischen Bunde zusammentagt, mit gutem Gewissen die Linke in den Ämtern der Kirche bekämpfen will. Dadurch aber, daß Theologen von links zur Beratung des Bundes früher herangezogen sind als die Männer der rechtsstehenden Parteien, sowie dadurch, daß man absichtlich hervorragende Mitglieder der theologischen Linken in den Vorstand des Bundes gewählt hat, ist dem Bunde von vornherein der Charakter einer Befreundung von rechts und links aufgeprägt. Wir können das von der Mittelpartei bei ihrer prinzipiellen Stellung begreifen; wir werden uns aufrichtig darüber freuen, wenn Männer des Protestantenvereins und der Linken in nähere Berührung mit den kirchlichen Kreisen der Mittelpartei gebracht werden; wir wollen von Herzen hoffen, daß daraus in Zukunft ein besseres Verhältnis überhaupt hervorgehe; wir vermögen sogar der Entwickelung dieser Dinge

mit einer gewissen Erwartung zuzusehen, weil wir überzeugt sind, daß man im Grunde etwas Gutes will; — aber wir können es nicht im Sinne Dr. Bärwinkels als Pflicht anerkennen, dem Evangelischen Bunde beizutreten und damit jene Verbrüderung der Richtungen gutzuheißen.

Wir wünschen dem Evangelischen Bunde von Herzen alles Gute. Wer mit freudigem Gewissen darin stehen kann, der wird auch gewiß mannichfachen Segen empfangen und stiften. Aber man fordere nicht, wie Dr. Bärwinkel in seiner Broschüre und in Potsdam gethan hat, den Anschluß an den Bund als eine evangelische Pflicht und als eine protestantische That. Das kann nur verwirren. Daß der Bund „ein dringendes Bedürfnis für die evangelische Christenheit" ist, bestreiten wir. Die evangelische Kirche selbst ist dieser Bund. Wenn sie nicht stark und tapfer genug ist, Rom entgegenzutreten, dann hilft alle Vereinsbildung nicht. Gewiß ist die katholische Kirche im Aufsteigen begriffen. Die Ursachen ihrer Macht sind ihre Geschlossenheit und ihre Freiheit, die es ihr möglich machen, dem Staate eine Opposition zu bieten, die ihr zuletzt alle Wünsche verschafft und sie mit Ehren überhäuft. Es ist unverantwortlich, daß der Staat, indem er Rom nachgiebt, der evangelischen Kirche seine Geringschätzung beweist. Aber wie will diese arme evangelische Kirche den Staat umstimmen als dadurch daß sie auf dem Wege der gesunden politischen Agitation für sich eine günstigere Strömung schafft? Trotzdem lesen wir auch bei Dr. Bärwinkel das bis zum Überdruß wiederholte Wort, die Verquickung der Religion mit der Politik sei verderblich. Um die Thorheit dieser Parole recht einleuchtend zu machen, lesen wir zugleich in einer Schlußbemerkung der Redaktion die Notiz, die Bestrebungen des Evangelischen Bundes seien im edelsten Sinne national, so daß sich die kirchliche Rechte und Linke die Hand reichen könnten. Ja, es wird in der Broschüre selbst offen ausgesprochen, wenn auf dem politischen Gebiet zuletzt die Parole „das Vaterland und die Partei!" den Sieg davongetragen hat, warum nicht auch in Sachen des Evangelischen Bundes die Parteiunterschiede zurücktreten könnten! Ja, antworten wir, weil eben die Politik nicht in die Religion hineingetragen werden soll. Es ist geradezu zum Verzweifeln, wie diese guten Leute und schlechten Musikanten beständig die politischen Kategorien auf die Kirche anwenden und darin nichts von Verquickung sehen, wie aber dieselben Leute das Hineintragen christlicher

Ideen in die Politik verurteilen, verdammen, verabscheuen. Damit werden sie nichts ausrichten. Wenn der Staat die evangelische Kirche unverdientermaßen kränkt und preisgiebt, so muß die Kirche zu ihm eine Stellung suchen, die sie freier macht. Hat sie nichts weiter als Versicherungen der Unterthänigkeit und einen Optimismus, der vom Staate hofft, wo nichts zu hoffen ist, dann ist sie eben hilflos. Wir werden, wenn unsere kirchenpolitischen Gegner so bleiben, wie sie sind, und anstatt uns zu helfen, unsere Kraft zu brechen suchen, es noch erleben, daß die Verquickung der Politik mit römischem Christentum ihre weiteren Konsequenzen zieht. Dann werden vielleicht manchem ehrlichen Protestanten, aber zu spät, die Augen aufgehen, und er wird erkennen, daß mit einer bloßen Bekämpfung Roms, auch mit einer Vereinigung disparater Elemente zu diesem Kampfe nichts gewonnen war, sondern daß der evangelischen Kirche nur zwei Dinge helfen können: treues Bekenntnis zum lebendigen Glauben und wahre Unabhängigkeit von staatlichem Einfluß. — Damit seien die Wege des Evangelischen Bundes Gott befohlen. Wir stellen sie unter das Wort Gamaliels und wollen warten, ob sie zum Ziele führen. Jede wirkliche Förderung des Reiches Gottes, welche durch den Evangelischen Bund geschieht, wollen wir mit Freude und Dank willkommen heißen. Mitgehen können wir nicht.

Wenn der Evangelische Bund den Kampf gegen Rom durch eine Versöhnung der innerkirchlichen Parteien eröffnen will, so ist das leichter gesagt als gethan. Zu praktischen Liebeswerken, wie der Gustav Adolf-Verein, mag ein Zusammengehen noch einigermaßen möglich sein, obwohl die kirchliche Linke sich gerade auf dem Gebiete der innern Mission äußerst zurückhaltend benimmt und auch für die Arbeit der äußern Mission so wenig Gemeinsamkeit beweist, daß sie um ihres Standpunktes willen eine besondere Gesellschaft begründet hat. Wir bedauern jene Zurückhaltung, aber wir verstehen diese Trennung. Denn in der Heidenmission ist die religiöse Stellung, von welcher aus das Bekehrungswerk unternommen wird, so wichtig, daß das Zusammenarbeiten zweier entgegengesetzter Glaubensrichtungen eher Verwirrung als Förderung bringt. Dasselbe aber findet unseres Erachtens bei einer Bekämpfung Roms statt. Will man dem römischen Aberglauben in der Lehre wie in der Verfassung wirksam entgegentreten, so muß man die allgemein anerkannten, die Jahrhunderte überdauernden christlichen

Positionen festhalten. Eine Heeresabteilung, welche die Heilsthatsachen des Apostolischen Glaubensbekenntnisses aufgiebt, ficht gegen Rom von vornherein mit zerbrochenem Schwerte; sie kann auch der übrigen Streiterschar keine Hilfe bringen. Und immer von neuem beweist die Tagesgeschichte ungesucht, daß, wenn man auch auf einen Augenblick die tiefgreifenden Unterschiede zwischen links und rechts vergessen wollte, die radikalen Christen von links uns mit Gewalt darauf hinweisen.

Der wissenschaftliche Predigerverein im Großherzogtum Baden hat kürzlich Thesen über den Wunderglauben aus der Feder und mit der Begründung eines evangelischen Geistlichen gebracht, daß es bei dem Lesen derselben jeden kirchlich gesinnten Christen heiß und kalt überlaufen muß. Stadtpfarrer Brückner von Karlsruhe war es, der unmittelbar an der Stätte und unter den Augen seines Kirchenregimentes folgende Sätze zum besten gab, die wir abgekürzt, aber unentstellt wiedergeben:

1. Sowohl die philosophische Spekulation als auch die Naturwissenschaft nötigt unser gegenwärtiges Denken und Wissen dazu, die Möglichkeit des Wunders mit aller Entschiedenheit auszuschließen.

2. Die biblischen Wunder sind in erster Reihe Gebilde der dichtenden Phantasie der gläubigen Gemeinde.

3. Die Behauptung, daß die Anerkennung der biblischen Wunder als geschichtlicher Thatsachen unerläßlich sei für den christlichen Glauben, ist lediglich Erzeugnis der traditionellen, aber völlig unhaltbaren Inspirationsvorstellung.

4. Nicht das Wundermoment in den sogenannten Heilsthatsachen, wie sie im Apostolikum zusammengefaßt sind, ist die Grundlage der christlichen Religion, sondern die einzige originale Geistesgröße Jesu Christi hat der von ihm in die Welt gesetzten Religion ihre unvergleichliche Bedeutung verliehen und ihren eigentümlichen Inhalt gegeben.

5. Die unleugbare Thatsache, daß die Inspirationsvorstellung sehr stark in dem Glaubensbewußtsein der Gemeinde unserer Gegenwart nachwirkt, — erzeugt für die Behandlung der biblischen Wunder in der Predigt und im Religionsunterricht große Schwierigkeiten, die uns Predigern in erster Reihe die schonendste Rücksicht des bestehenden Glaubensbewußtseins zur gebietenden Pflicht machen.

6. Die Predigt soll es vermeiden:
a. die biblischen Wunder als Ursachen des Heils zu bezeichnen,
b. dieselben ausdrücklich und rundweg zu leugnen.

7. Indem der Prediger die Erbauung der Gemeinde im bewußten Anschluß an die Bibel selbst nicht auf die Wunder, sondern auf Jesus Christus stellt, soll er die einzelnen Wunder
a. nicht als Thatsachen, sondern als Erzählungen behandeln;
b. die in diesen Erzählungen enthaltenen Gedanken entwickeln und ausnutzen;
c. das, was in den Wundererzählungen sich als Sinnbild ausweist, in diesem Sinne erklären und verwenden.

8. Der Religionslehrer hat in der Schule bei Behandlung der biblischen Wunder dieselbe Vorsicht zu gebrauchen und dasselbe Ziel im Auge zu behalten.

9. Auf der Stufe des Kindesalters, vom 1. bis 6. Schuljahr, sind die biblischen Wundererzählungen in aller Unbefangenheit, dem naiven Sinn des Kindes entsprechend, zu behandeln.

10. Auf einer höheren Altersstufe, und schon im 7. und 8. Schuljahr der Volksschule, mit größerer Entschiedenheit in den oberen Klassen höherer Lehranstalten ist der etwa auffindbare sinnbildliche Charakter der biblischen Wundererzählungen, der etwa in ihnen beabsichtigte Lehrzweck aufzuzeigen. Mit der Bibelkunde ist den Schülern ein Begriff der Offenbarung zu geben, der die Inspirationsvorstellung ausschließt.

Prälat Dr. Doll erklärte in der Diskussion seine völlig abweichende Anschauung, versprach auch ausdrücklich, Pfr. Brückner werde wegen dieses Vortrages nicht gemaßregelt werden, es würde dies aber geschehen, wenn er den Herrn Jesum Christum angreife. So der „Deutsche Volksfreund“, der noch hinzufügt, daß andere Geistliche für die Brücknerschen Sätze offen Partei ergriffen. — Wenn diese Versammlung evangelischer Prediger nicht zum Weinen wäre, so wäre sie zum Lachen. Und daß Rom solcher Gegner lachen wird und muß, ist klar. Kirchlich-gesinnte Christen aber können nicht anders als gegen solche Ansichten einen Kampf auf Leben und Tod führen. Viel mehr als die römische Anmaßung schadet uns solcher tödliche Zwiespalt des Glaubens; ihn übersehen und dadurch gleichsam legitimieren, ist ein Fehler, den wir nicht begehen dürfen, wenn wir nicht treue und gläubige Protestanten in tiefster Seele verletzen und an der Wahrheit der Bibel wie der

Kirche irre machen wollen. Keine Kirchenpolitik, auch nicht die antirömische, darf an diesen Verhältnissen vorbeigehen. Sonst wird die Verbindung mit unnatürlichen Bundesgenossen dazu führen, daß die eigenen Reihen gelichtet werden. Die Konversionen zur römischen Kirche wurzelten schon bisher meist in dem Mangel an evangelischer Lehrautorität. Würde die Vereinigung der Rechten und Linken gegen Rom eine allgemeine Thatsache, dann könnten wir in gewissen besonders autoritätsbedürftigen Kreisen Übertritte erleben, daß uns die Augen übergingen.

Es ist kaum ein erfreulicheres Bild, das uns die Linke darbietet, wenn wir sie auf ihr rein kirchenpolitisches Glaubensbekenntnis prüfen. Nur in der Erkenntnis, daß die gewaltige Machtstellung Roms ein Weckruf für die evangelische Kirche werden muß, und in der Forderung, daß der Staat die evangelische Kirche reicher ausstatten soll, findet sich die bekannte, in der „Protestantischen Kirchenzeitung" veröffentlichte Erklärung mit uns zusammen. Im übrigen nimmt sie keinen Anstoß weder an dem Recht des Landesherrn, unter Mitwirkung der Staatsbehörden, aber ohne Mitwirkung der Synodalvorstände, die kirchenregimentlichen Ämter zu besetzen, — noch an dem Placet des Staatsministeriums, — noch an der Berechtigung des Landtages, die Grenze der kirchlichen Steuer zu bestimmen, — noch an der staatlichen Besetzung der theologischen Lehrstühle. Vielmehr sieht sie in der Erhaltung der Professorenernennung in der freien Hand der Staatsgewalt ein eminentes Interesse gerade der evangelischen Kirche, weil nur dadurch der Theologie ihre Stelle im Gesamtorganismus der Wissenschaften gesichert werde.

Die protestantenvereinliche Richtung hat bessere Stunden gehabt, als diejenige war, in welcher sie dies Schriftstück abfaßte. Hat sie doch früher einmal — lang, lang ist's her — dem Staatskirchentum den Fehdehandschuh hingeworfen. Seitdem sie erkannt, daß nur dies Staatskirchentum imstande ist, die liberale Richtung in der Kirche zu erhalten, daß die kirchliche Freiheit mit der Linken wenigstens in den Ämtern der Kirche sehr bald aufräumen würde, daß die synodale Organisation schon jetzt dem theologischen Liberalismus nur Niederlagen gebracht hat, ist sie dem Gedanken der kirchlichen Selbständigkeit gänzlich untreu geworden und fordert nur noch die Freiheit der Einzelgemeinde, weil sie hofft, hier durch Agitation den Sturm im Wasserglas zu erregen, den sie auf dem großen Ozean des kirchlichen Lebens nicht hervorzurufen vermag.

Freilich ist die kirchenpolitische Stellung dieses rechten Flügels der Linken von wenig Belang. Es war beinahe komisch zu sehen, daß die fortgeschrittene Presse von der Erklärung der 1426 liberalen Notabeln kaum Notiz nahm. So unglaublich dies klingen mag, ist es doch buchstäblich wahr, daß manche Blätter von links die Erklärung weder abdruckten noch besprachen. Sie ist auch in der That herzlich unbedeutend.

Mit unseren Bestrebungen setzt sie sich dahin auseinander, daß sie nicht in der Verfassung, sondern in dem inneren Leben der Kirche die Notwendigkeit befreiender Bestrebungen erblickt. „Der wahre Grund — heißt es — weshalb die evangelische Kirche in Deutschland nicht zu der ihr gebührenden Bedeutung im deutschen Volke gelangen kann, ist darin gelegen, daß in dieser Kirche selbst die Grundlage, auf welche die Reformation sie gestellt hat — das Verhältnis freier persönlicher Rechtfertigung durch den Glauben —, verdunkelt ist durch Bestrebungen, welche die Bekenntnisschriften der Reformationszeit zur Rechtsgrundlage für die Kirche machen und dadurch — wie in der römisch-katholischen Kirche geschehen — statt des Glaubens wieder die Rechtsverfassung als zum Wesen derselben gehörig feststellen wollen.“ Dieser Satz genügt, um die volle Unfähigkeit der Linken zur kirchlichen Mitarbeit darzuthun. Wer es nicht weiß, daß das Bekenntnis der notwendige, formulierte Glaube einer kirchlichen Gemeinschaft ist, wer das Bekenntnis in Gegensatz zum Glauben bringt, der mag freisinnige Konventikel stiften können, die Kirche vermag er nicht zu bauen. Es gehört zu den berechtigten Eigentümlichkeiten D. Beyschlags, daß er die weitreichende Zusammenstimmung dieser Erklärung mit den Potsdamer Äußerungen und Resolutionen als auf der Hand liegend mit einer gewissen Genugthuung registriert. Den Satz über die Bekenntnisse findet freilich sogar er unklar, hält es aber doch für ein Zeichen der Zeit, „daß Bestrebungen, die sich für evangelisch-orthodox halten, sich seitens der Linken an das evangelische Wertverhältnis der geistlichen und rechtlichen Grundlagen unseres kirchlichen Lebens errinnern lassen müssen“. Wir können darauf nur erwidern, daß es uns vollkommen gleichgiltig ist, woran uns der Protestantenverein mit seinen Getreuen erinnert. Sogar D. Beyschlags Erinnerung an die protestantenvereinliche Erinnerung ist uns kein Schmerz. Sind wir doch gewiß, daß viele seiner Richtung die Übereinstimmung der Potsdamer Versammlung und der liberalen Notabeln eher beklagen als begrüßen.

Was die Linke unter kirchlicher Freiheit versteht, hat D. Werner, einer der Gemäßigten, in einem Aufsatz über die Befreiung der Kirche in klarer und klassischer Weise ausgesprochen. „Die Kirche bedarf — sagte er — der Freiheit in der Lehrverkündigung, der Freiheit im Gebrauch kultisch-liturgischer Formeln, der Freiheit in der Selbstverwaltung der Gemeinden, der Freiheit in der Wahl ihrer Prediger und Synodalvertreter, der Freiheit in der Erforschung des Wortes Gottes." Wir wüßten nicht, daß es an der letztgenannten Freiheit in unserer Kirche fehlt. Die übrigen Freiheiten würden, wenigstens bei uns im Osten, die evangelische Kirche zu einer Agitationsstätte der Linken und zu einem Erntefelde Roms machen. Eine solche Kirchenpolitik hat für uns nichts Verlockendes.

Den meisten liberalen Protestanten und auch vielen gläubigen Christen ist es völlig verborgen, wie günstig und aussichtsreich die Lage der römischen Kirche in Deutschland ist. Man bemerke wohl: nicht überall, aber bei uns, eigentlich nur in den überwiegend evangelischen Ländern und ganz besonders in dem Lande der Reformation. Der blinde Haß gegen die Orthodoxie und infolge davon gegen die Kirche in gewissen Kreisen, welche aus eingebildeter Bildung den biblischen Glauben ablegen zu müssen glaubten und nun in dem politischen wie sozialen Radikalismus eine ihnen selbst unerwünschte Gottlosigkeit erblicken; die Weltflucht unserer Frommen, denen es beinahe gleichmäßig in allen Richtungen von den maßgebenden Persönlichkeiten zur Pflicht gemacht wird, nur nicht in die Angelegenheiten des öffentlichen Lebens einzugreifen, weil das eine protestantische Sünde sei; die Unfähigkeit des Staatskirchentums mit seiner Beherrschung durch weltliche Gesichtspunkte und mit seinen Behörden und Kollegien, denen die durchschlagende Macht persönlicher Autorität und Leitung fehlt: das alles giebt der römischen Kirche bei uns eine Überlegenheit, die wir nicht mehr leugnen können. Rom hat den Altkatholizismus ausgeschieden und alle Stände zur lebendigsten kirchlichen wie öffentlichen Thätigkeit gebracht; Rom hat seinen klugen Papst und Deutschland seine vom Volke wie von den Staaten und Regierungen geachteten oder gefürchteten Bischöfe: das alles sind Mittel der römischen Macht, die uns fehlen. Gewiß können und wollen wir nicht Rom sein; wir sind eben eine evangelische Kirche, aber wir müssen uns ebenso evangelische Machtmittel schaffen, wie Rom römische hat. Sonst unterliegen wir hier dem Unglauben in der eigenen Kirche, dort dem Katholizismus, der den modernen

Volksentwickelungen, so sehr er sie im Prinzip vor den Kopf stößt, in der Methode nachdenkt und nachgeht, — wieder anderswo dem Judentum, dessen finanzielle wie geistige Anmaßung doch nur durch unsere Schwäche und das mangelnde Ehrgefühl ermöglicht ist. Rom aber steht gegenwärtig im Vordergrunde unserer Besorgnisse; durch die unerwartete und so, wie sie geschah, nicht heilsame Erledigung des Kulturkampfes ist die katholische Frage uns wieder einmal sehr nahe gerückt. Es wäre gewiß viel richtiger gewesen, wenn die preußische Regierung bei dem Friedensschluß mit Rom zugleich die evangelische Kirche von dem System des Staatsdruckes befreit hätte. Die Selbständigkeitsanträge und die Dotationsfrage mußten vom Fürsten Bismarck gestellt werden, nicht im Parlament. Der ganze Schluß des Kulturkampfes hätte dann einen großartigen Charakter der Freiheit erhalten, während er heut den Stempel diplomatischer Aktion und einseitiger Begünstigung der katholischen Kirche trägt. Aber solche Wünsche sind verspätet. Sie sind auch bei der Stellung des preußischen Ministerpräsidenten zur evangelischen Kirche vergeblich. Aber die Frucht von alledem ist doch die Verstärkung des römischen Einflusses in Preußen und Deutschland, ja in der ganzen evangelischen Welt. In dem Großherzogtum Hessen ist diese Frucht sofort eingeheimst und in die Scheuer gebracht.

Leo XIII. hat ohne Zweifel glücklich operiert. Nachdem das Zentrum die Lage der Dinge so gestaltet hatte, daß Preußen Frieden brauchte, ließ er Windthorst scheinbar fallen und einigte sich mit Bismarck. Die Folge dieser klugen Politik ist eine angesehene Weltstellung der Kurie.

Ob Rom dabei ehrlich gehandelt hat, muß man abwarten. Zunächst möchten wir es glauben. Freilich sind es erst acht Jahre her, daß derselbe Leo XIII. in Belgien die Regierung mit den schlimmsten Zweideutigkeiten hinhielt, während er die Bischöfe im geheimen gegen die Regierung mobil machte. Es ist noch in aller Erinnerung, wie Frère Orban im Parlament erklärte: Das Handeln des heiligen Stuhles, anfangs friedfertig, hat sich mit der Zeit dazu gewandt, den Kampf zu schüren und die Geister zum Widerstande aufzureizen, und trägt das Gepräge des Truges und der Doppelzüngigkeit. Als Kardinal Nina darauf erwiderte, die Haltung der Kurie sei immer ehrlich gewesen, ließ der Ministerpräsident dem Nuntius die Pässe zustellen mit der in der Diplomatie unerhörten Sprache: „Das Interesse für die Gerechtigkeit und Wahrheit nötigt

mich, meine Äußerungen und die Thatsachen aufrecht zu erhalten, welche durch vermessene Ableugnungen nicht erschüttert werden können." — Wer kann wissen, ob nicht auch jetzt zwischen der Kurie und dem Zentrum geheime Fäden gesponnen werden? Aber wie gesagt, wir nehmen das nicht an. Der Papst hat selber ein zu großes Interesse daran, mit der stärksten und solidesten Macht Europas auf gutem Fuß zu stehen. Auch haben ihm die letzten Monate gezeigt, daß ultramontane Blätter wegen Papstbeleidigung angeklagt werden, daß ein Priester eben deswegen bestraft worden ist. Er muß erst wieder in den verwilderten katholischen Reihen Ordnung schaffen. Die Bischöfe fühlen dasselbe Bedürfnis. Und es scheint, als ob der Sinn der Ordnung wieder mehr zur Geltung kommen sollte. Wenigstens auf dem schlesischen Katholikentage haben die konservativen, papsttreuen, versöhnlichen Katholiken den Sieg errungen. Eine Resolution dankte dem Papst und sprach ihm das unbedingte Vertrauen aus. Ein Redner erklärte offen, Deutschland müsse und könne im Bunde mit dem Papst die Revolution bekämpfen.

Auch bei dieser Äußerung kann nur von dem Papst in Deutschland die Rede sein. Denn überall sonst in katholischen Ländern ist die Revolution stärker als der Papst. In Italien, das ihn entthront hat, in Frankreich, das einen viel heftigeren Kulturkampf kämpft als Deutschland, in Irland, wo die Kirche den agrarischen Morden und Gewaltthaten machtlos gegenübersteht, in Amerika, wo soeben der über Mac Glynn verhängte Bannstrahl sich als ein kalter Schlag erweist: überall finden sich Spuren und Beweise, daß die Volksmassen mit ihren Leidenschaften sich von der Hierarchie emanzipieren. Und so sehnsüchtig der Papst es wünscht, daß ihm Rom und ein Streifen Land bis zum Meere als Kirchenstaat wiedergegeben werde, — in Italien scheint dieser Wunsch wirkungslos zu verhallen. Nur in Deutschland, wo der römische Katholizismus durch die Reformation vertieft, geläutert, befestigt ist, vermag der Papst einigermaßen eine zuverlässige Armee für die Kirche ins Feld zu stellen. Wie lange noch? Das ist die Frage. Die Demokratie rüttelt an dem Zentrum; die „Kreuzzeitung" hat in unwidersprochenen Mitteilungen die ganze Kluft offenbart, welche der politische und soziale Parteiunterschied auch in Deutschland zwischen den Katholiken gerissen hat. In hohen und weiten Kreisen rüstet sich Rom auf die kommende demokratische und sozialdemokratische Epoche. Es war kürzlich von zwei Kardinälen die Rede, von denen der eine

die Ritter der Arbeit unter seinen Schild nahm, der andere aussprach, die Zeit der Dynastien sei vorüber. Nun scheint auch Leo XIII. ähnliche Gedankengänge zu haben. „Man sagt — so hat er nach ultramontanen Blättern sich ausgedrückt — daß die Zukunft der Demokratie gehört. Ja, aber nicht der egoistischen Demokratie, sondern der christlichen Demokratie, die auf der Gerechtigkeit und Wahrheit ruht, wie sie durch den Heiland auf dem Kalvarienberge an das Licht gebracht sind." Darin kann ja, recht verstanden, eine Wahrheit liegen. Ohne starke Berücksichtigung der Volksmacht, der Volksstimmungen kann sich keine Autorität mehr halten; mit einem Tropfen demokratischen Öles sind alle unsere Institutionen gesalbt. Aber so schnell kommt die demokratische Periode nicht; und bis dahin hat die Kurie eigentümliche Schwierigkeiten.

Im Verkehr mit Regierungen und Fürsten mag es gehen, zu diplomatisieren und zu lavieren, zu hetzen und zu beruhigen, jetzt ein non possumus und bald darauf ein possumus zu sagen. In dem sozialen Sturm, der heute die Welt durchbraust, gilt nur ein Entweder — Oder. Bisher hat die römische Kirche, — wenigstens bei uns — indem sie in Lehre und Sitte auf die Bedürfnisse der 95 Prozent Volk spekulierte, richtig gerechnet und dadurch auch die übrigen 5 Prozent der Gebildeten und Besitzenden gewonnen. Aber in den sozialen Dingen kann sie sich den Forderungen der Massen nicht anschließen, ohne ihr Fundament und ihre Stützen zu verlieren. Daher kommt es, daß sie z. B. in Belgien gegenüber dem wirtschaftlichen und sozialen Jammer nichts vermag. Hier herrscht die Bourgeoisie, die klerikal und manchesterlich zugleich ist. Auch die ultramontanen Nationalökonomen, ganz im Gegensatz zu Deutschland, sind in Belgien manchesterlich; Lavaleye, der gesund denkende Sozialist, hielt es in der römischen Stickluft nicht aus, sondern trat zur evangelischen Kirche über und schrieb seine Broschüre, daß der Katholizismus die Völker verdirbt, aus eigenster Erfahrung heraus. In Frankreich ist es nicht anders. Auch in Irland und Amerika kann die katholische Kirche das sozialistische Panier so hoch nicht erheben, als es das Volk will. Gewiß hat sie durch ihre Geschlossenheit auch in der Arbeiterwelt noch eine Macht. Die zerstörten Zünfte, die leider noch nicht geschaffenen Arbeiterorganisationen ersetzt sie einigermaßen durch ihren Zusammenhang. Eine Fülle von Wohlthätigkeit und Popularität hält das Volk vorläufig bei ihrer Fahne fest. Aber damit ist es auf die Dauer nicht gethan. Und

wir begreifen wohl, was man uns von Zeit zu Zeit erzählt, daß der Papst keiner anderen Frage eine größere Aufmerksamkeit zuwende als der sozialen. Im tiefsten Grunde kann die römische Kirche bei ihrer falschen Stellung zum Staat und zur Obrigkeit zur Lösung der sozialen Frage gar nicht viel thun. Auch ihre wohlwollendsten Glieder stehen dem Staatssozialismus feindlich gegenüber. Allein kann keine Kirche, auch die katholische nicht, die soziale Welt ordnen. In den katholischen Ländern aber ist die größte Verschiedenheit der Regierungen und Verfassungen. Es ist klar, daß Leo XIII. versucht, in jedem Lande mit der etablierten Macht zu gehen und dadurch seine eigene Macht zu begründen. Aber die sozialen Dinge sind stärker als politische Winkelzüge, sie stellen auch Roms Klugheit auf eine harte Probe.

Merkwürdig ist, wie wenig bei all diesen Dingen in den Kreisen der römischen Kirche von der eigentlichen Bedeutung und Macht der Religion die Rede ist. Der Papst soll es machen, nicht das Christentum. Die Autorität wird als Helferin herbeigerufen, nicht die Wahrheit. Hier ist Roms schwächster Punkt. Darum sind wir Evangelische bei aller äußeren Schwachheit doch stärker, auch für die Hilfsarbeit an der sozialen Frage gerüsteter als Rom. Wir bekennen ein unverfälschtes Christentum mit seinen tiefen, sozialen Ideen, wir haben Gemeinden, in denen Geistliche und Laien zusammenwirken, wir sind unserer kirchlichen Überzeugung nach auf die Freundschaft mit der gottgesetzten Obrigkeit hingewiesen. Die evangelische Kirche, wenn sie vom Staate mehr befreit und zugleich mehr anerkannt, geachtet, unterstützt würde, wenn sie andererseits thatkräftiger, mutiger, freier an die Dinge des Volkslebens heranträte, würde zur Beseitigung der politischen, wie der sozialen Wirren viel leisten können. Diese Kräfte zu entwickeln, wäre die rechte Kirchenpolitik. Hoffen wir, daß in Staat und Kirche sich die Persönlichkeiten finden, welche die rechten Wege gehen und unser evangelisches Volk zum Ziele führen.

Aussichten und Nebel.

Ernst war das Jahr, das sich eben geschlossen hat. Während seines ganzen Verlaufes hingen die Kriegswolken dicht über dem alten Europa. Als der Kaiser an den Reichstag appellierte, um die deutsche Wehrkraft zu stärken, versagten Zentrum, Fortschritt und Sozialdemokratie dennoch ihren Dienst. Eine Reichstagsauflösung erfolgte, und die Neuwahl reinigte die Luft. Die Verbindung aller reichsfreundlichen Richtungen ermöglichte einen lange ersehnten Umschwung. Windthorst verlor die führende Rolle, trotzte dem Wunsche des Papstes und strafte so sein eigenes Wort Lügen, daß der Papst die Welt regiere. Die abgestandene und schale Volkspartei, die unter Sonnemanns Leitung Frankfurter Juden und schwäbische Demokraten zu einer Gruppe von unbelehrbaren Achtundvierzigern vereinigte, wurde vom deutschen Boden weggefegt. Die Sozialdemokratie verlor in Sachsen alle Reichstagssitze und kehrte nur in halber Stärke wieder. Das Septennat hatte seine Wirkung geübt. Und im Reichstag ging es seitdem ein gut Teil ruhiger und nützlicher zu.

Um dieselbe Zeit kam der Umschwung der preußischen Kirchenpolitik zur Vollendung. Der Papst, schon früher zum Schiedsrichter in Welthändeln angerufen und mit Freundlichkeiten überhäuft, wurde als Friedensfürst gefeiert und leistete in der That zur Beruhigung der Katholiken einige Dienste, die ihm selbst noch mehr einbrachten als uns. Seitdem ist sein Einfluß und das Ansehen der römischen Kirche im Steigen. Es ist das erste Mal, daß die preußische Politik, die ihrer Natur nach, wenn auch streng paritätisch, doch wesentlich protestantisch sein muß, dem römischen Prestige bewußt Vorschub leistet. In auffallendem Gegensatz dazu war die Behandlung der evangelischen Kirche barsch, wegwerfend, unfreundlich; höchstens Geld, keine Freiheit stellte Fürst Bismarck in Aussicht, und der treue evangelische Landpfarrer mußte sich als ein Bild politischer Unfähigkeit hinstellen lassen, während Bischof Kopp als ein Ausbund von Klugheit gerühmt wurde. Zum Papstjubiläum, das den Schluß des Jahres krönte, schickte fast die gesamte christliche Welt ihre Huldigungen; nur Frankreich schien den Tag damit

zu feiern, daß es in der Kommission des gesetzgebenden Körpers beschloß, das Gehalt für den Gesandten in Rom zu streichen. Merkwürdig, wie die Gesichtspunkte der äußeren Politik heutzutage in die kirchenpolitischen Angelegenheiten hineinspielen! Deutschland ist die leitende kontinentale Macht geworden und muß mit dem Papst wie mit einem weltlichen Herrscher rechnen.

Wenn Kriege drohen, treten die auswärtigen Fragen in die erste Reihe. Es dient zur Erleichterung evangelischer Gemüter, wenn man festhält, daß unsere römische Politik jetzt nichts anderes als auswärtige Politik ist. Wäre der Streit mit unseren Nachbarn losgebrochen, so mußte im Lande Friede und der römische Einfluß auf unserer Seite sein. Der Reichskanzler hat sich darin wieder als der zuverlässige Steuermann bewährt. Frankreich steht wider den Papst, Leo XIII. wirft sein Gewicht in die Wagschale der Gegenwart zu unseren Gunsten. Rußland ist durch die Enthüllungen Bismarcks entwaffnet und ruft in diesem Augenblick zum Frieden. Wer wollte dem großen Kanzler beim Beginn des neuen Jahres den Ruhm streitig machen, daß er vor allen unter Gottes Segen dazu mitgewirkt hat, den Weltfrieden zu erhalten. So sind denn die Aussichten auf Vermeidung eines französisch-russischen Krieges gestiegen. Für den Fall, daß er kommt, steht in der Eröffnungsrede des Reichstags das stolze und demütige Wort: Mit Gottes Hilfe wollen wir so stark werden, daß wir jeder Gefahr ruhig entgegensehen können. Und mit Meisterhand sind die inneren und äußeren Vorsichtsmaßregeln so getroffen, daß wir nichts zu fürchten haben. Wir hoffen, daß der Friede bewahrt bleibt. Deutschland ist nicht kriegslustig. Es will nur behalten, was es hat.

Auch in der inneren Politik haben wir mit einer gewissen Befriedigung auf das vergangene Jahr zu blicken. Die Kräfte deutscher Gesinnung sind gewachsen; die Befehdung unserer Stellung von Ost und West hat uns die Notwendigkeit festeren Zusammenhaltens gezeigt; der nörgelnde, mit dem geeinten Vaterland unzufriedene Geist hat an Macht verloren; wenigstens an einzelnen Punkten ist der Parteigeist durchbrochen und hat einer größeren, edleren Auffassung der gemeinsamen Ziele Platz gemacht. Selbst in den katholischen Kreisen hat die Politik der Beruhigung ihre Früchte getragen; im Klerus wie unter den Laien finden sich wieder angesehene Männer, welche aus der Verhetzung des Kulturkampfes heraus wollen und sich der staatserhaltenden Richtung nähern.

Das ist erst ein schwacher Anfang der Besserung, aber immerhin eine Hoffnung. — Auf dem sozialen Gebiete ist freilich die Befriedigung, welche man von der fortgesetzten Fürsorge für die arbeitenden Klassen erwartete, noch immer ausgeblieben; hier wird auch nichts eher erhofft werden können, als bis der Sicherung des Arbeiters in Notfällen eine Fabrikgesetzgebung zum Schutze seiner Arbeitskraft, des Familienlebens und der Sonntagsruhe an die Seite tritt. Immerhin ist es mit Freude hinzunehmen, daß die Reichsregierung auf der Bahn ihrer bisherigen Sozialpolitik weiter vorgegangen ist und die Grundzüge einer Alters- und Invalidenversicherung veröffentlicht hat. Kommt diese großartig gedachte Maßregel zu Stand und Wesen, so ist hier für das soziale Gebäude der Zukunft ein neues Stück Baugrund geebnet, worauf dann weitergebaut werden muß. Und wenn bei der Berücksichtigung der industriellen Kreise auch die ländliche Bevölkerung durch eine eigenartige Zoll- und Steuerpolitik eine kleine Hilfe erfahren hat, so ersieht man daraus, daß unsere Regierung im Gegensatz zu den Bestrebungen einer einzelnen Partei das Ganze im Auge hat und auf das Wohl aller Klassen bedacht ist.

Neben der äußeren Politik, auf die wir mit unbedingtem Vertrauen blicken dürfen, und der inneren Politik, die immerhin manche erfreuliche Ergebnisse darbietet, liegt als die eigentliche Triebkraft eines Volkes die innerste Politik, die Pflege der sittlichen und religiösen Güter, die Sorge für die gesunde Führung des nationalen Geistes und für die glückliche Lebensentwickelung der Volksseele. Auf diesem Gebiete können wir Evangelische, wenn wir die Thatsachen des letzten Jahres mustern, keine Befriedigung empfinden. Wir halten es für unsere Pflicht, rückhaltlos auszusprechen, daß die bei uns hervorgetretene Verhätschelung und Verwöhnung der römischen Kirche dem deutschen Genius nicht entspricht und, wenn sie fortgesetzt wird, die deutsche Geistesart schädigen muß. Deutschland ist seiner Geschichte nach durchaus auf Gleichberechtigung der Bekenntnisse angewiesen, Preußen hat mit der daraus sich naturgemäß ergebenden Paritätspolitik unter den christlichen Staaten den Anfang gemacht und wird dabei auch allen Bedenken zum Trotz verbleiben müssen. Aber es liegt in der Geschichte des deutschen Volkes, dessen größte That die Reformation ist, und noch viel mehr in der Geschichte des preußischen Staates, dessen Macht aus dem Mutterschoß der Reformation geboren ist, daß bei uns die römische

Kirche nicht in den Vordergrund gestellt werden darf. Gewiß hat der Kulturkampf, dessen Führung wir bedauern, Wunden aufgerissen, die geheilt werden müssen; und wir sind die ersten, alles, was recht und billig ist, dazu gern zu gewähren. Aber die Politik der Versöhnung darf nicht so weit gehen, daß der römischen Kirche der Kamm schwillt und manchen treuen Evangelischen der Mut sinkt, wie es jetzt der Fall ist. Wir sind freilich der Meinung: nubecula est, transibit. Denn die heutige bewußte weltliche Strömung in der römischen Kirche ist allzusehr von religiösen Kräften verlassen, als daß sie auf die Dauer dem nach Gott verlangenden deutschen Geiste Befriedigung gewähren könnte. Und wie es schon jetzt in der zur äußersten Schroffheit getriebenen Unduldsamkeit der Mischehenfrage am Tage liegt, kann ein gemischtes Volk die päpstliche Anmaßung nicht vertragen. Aber ehe das alles an das Licht kommt, kann doch recht viel Unheil geschehen. Besonders aber müssen wir uns darüber beklagen, daß in gewissen Schichten unserer Politik zugleich mit der Begünstigung Roms eine Mißachtung des Protestantismus vorherrscht, die sinnlos, schmachvoll und empörend ist.

Die letzten Wochen des alten Jahres haben uns darüber eine Belehrung erteilt, die zu dem Traurigsten und Schmerzlichsten gehört, was je in der innern preußischen Geschichte vorgekommen ist. Wir meinen die Behandlung der Stadtmission in einem Teil unserer Presse. Die Vorgänge sind jetzt durchsichtig genug, um sie richtig darzustellen und ihre Tragweite zu beurteilen. Sie sind auch bedeutend genug, um in ihnen Symptome einer Krankheit zu erkennen, die unser Volksleben zerrütten kann, wenn ihr nicht Einhalt gethan wird. Betrachten wir ihren Verlauf in objektiver Ruhe, um eine begründete Überzeugung zu gewinnen. Wenn wir dabei zuweilen pro domo reden müssen, so wolle man das verzeihen; die Schuld liegt nicht an uns; und im Grunde ist es doch pro aris et focis.

Die Berliner Stadtmission ist schon vor drei Jahren durch einen Bazar, an dessen Spitze die Frau Prinzessin Wilhelm stand, und für den sich Prinz Wilhelm interessierte, in der gütigsten und wirksamsten Weise unterstützt. Solch einen Verkauf hatte Berlin nie gesehen; eine Summe von beinahe 60000 M. war der Ertrag; die Freunde dieses gesegneten Werkes freuten sich darüber, die Feinde schwiegen, wie das schicklich und recht war. In der seitdem verflossenen Zeit ist für die Stadtmission nichts Außerordentliches geschehen. Ein Defizit des Jahres 1886 im Betrage

von 30 000 M. bewies aber die Notwendigkeit verstärkter Fürsorge. Prinz Wilhelm faßte schon beim Beginn des Jahres 1887 den Entschluß, für die Stadtmission eine dauernde, unter seiner Mitwirkung stehende Hilfseinrichtung zu schaffen. Der Kronprinz war damit einverstanden, der Kaiser hatte die Veranstaltung einer großen Festlichkeit gestattet. Durch die Kriegsdrohungen des vorigen Winters wurde dies Fest unmöglich gemacht. Die Erkrankung des Kronprinzen verhinderte es auch für dies Jahr; ebenso galt die Veranstaltung eines großartigen Bazars unter den gegebenen Umständen für unausführbar. Prinz Wilhelm faßte deshalb den Gedanken, sich unmittelbar an die Freunde der Stadtmission mit einer Bitte um Unterstützung zu wenden; und um weitere Kreise, die bisher der Sache fern standen, zu gewinnen, lud er Männer aller Gesellschaftskreise und aller nicht kirchenfeindlichen Richtungen ein. Konservative, Freikonservative, Nationalliberale, Minister und hohe Beamte, Gelehrte und Geschäftsleute, Künstler und Banquiers erschienen in der Versammlung, welche von vornherein beschloß, die zu schaffende Hilfe auch auf die Stadtmission der großen Provinzialhauptstädte auszudehnen. Man kann in der That nichts Argloseres, Hochherzigeres, Unparteiischeres denken als dies Vorgehen.

Aber der Judenschaft paßte diese Versammlung nicht in ihre Berechnungen: galt sie doch dem thätigen Christentum, und war doch der verhaßte Hofprediger daran beteiligt. Unsere Juden würden ja mit Recht unwillig sein, wenn man ihre Liebeswerke verdammen wollte, weil jüdische Sozialdemokraten und Fortschrittsleute daran mitarbeiten. Aber sie beurteilen eben mit der Unverschämtheit, die ihre Presse charakterisiert, sich selbst anders als die christlichen Deutschen, deren Gastrecht sie genießen. Was sich für sie von selbst versteht, gestehen sie den Christen nicht zu. Ihre thörichte und vermessene Haltung konnte auch der Stadtmission in keiner Weise nachteilig werden. Obwohl die Berliner Judenschaft auch die Wiener mit ins Spiel zog und an der Donau schamlose Artikel schreiben ließ, welche man an der Spree nicht zu veröffentlichen wagte, war das ganze unwürdige Treiben doch ohne jeden Erfolg. Unser Volk weiß durch die zehnjährige Bekämpfung der jüdischen Anmaßung allmählich den Wert solcher Preßerzeugnisse zu würdigen. Einzelnes davon war diesmal von besonderer Frechheit; aber es bewies nur, daß die Stunde, den Kampf gegen das

deutsche Judentum ruhen zu lassen, noch nicht geschlagen hat, und erweckte den Zorn wie die Verachtung aller anständigen Menschen.

Da mit einem Male ändert sich die Szenerie. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erscheint mit einem heftigen Angriff gegen die christlich-soziale Partei und ihren Führer. Hätten diese Angriffe auf Wahrheit beruht, so würde man sie als Wiederholung der schon bekannten Mißhandlung, welche das Blatt von Zeit zu Zeit an der Berliner Bewegung verübt, einfach hingenommen und ignoriert haben. Aber sie waren diesmal gänzlich unbegründet und schlugen der Wahrheit geradezu ins Gesicht. Die christlich-soziale Partei wurde angeklagt, kartellfeindlich zu sein; sie wurde als das tote Gewicht der Berliner Bewegung bezeichnet; sich mit ihr nicht zu amalgamieren, so lautete die Mahnung an die Kartellparteien. Jede dieser Behauptungen war eine Unwahrheit und ein Unsinn zugleich. Noch wenige Abende vorher hatte ich, und zwar ich allein, beantragt, zu einer Resolution, welche sämtliche Berliner Bürgervereinsvorstände gefaßt hatten, die Worte hinzuzufügen, daß die Versammlung das Kartell in seiner Bedeutung anerkenne und besonders für die Verhältnisse der Reichshauptstadt zu würdigen wisse. Auch sonst ist es allgemein bekannt, daß die christlich-soziale Partei Berlins, obwohl von freikonservativer und nationalliberaler Seite zuweilen auf das heftigste angegriffen und beleidigt, gerade diesen Richtungen gegenüber stets mit der größten Mäßigung und Besonnenheit gehandelt hat. In der Überzeugung, daß in den großen Städten gegen die Umsturzmächte alle Kräfte zusammenzufassen und die gebildeten bürgerlichen Kreise in erster Linie für die christliche Erneuerung des Volkes wie für die sozialreformatorische Politik zu gewinnen seien, hat sie beständig das einstige Zusammengehen der staatserhaltenden Parteien erhofft und sich gefreut, als es endlich geschah. Freilich hat sie sich der Auffassung mit der höchsten Energie widersetzt, daß ein bekannter reicher Jude, wenn er für den Wahlfonds eine Summe giebt, damit das Recht gewinnen soll, die alten, treuen Kämpfer der Berliner Bewegung, weil sie antisemitisch seien, beiseite zu schieben. Eine solche Auffassung wäre aber auch kein Kartell, sondern eine politische Ehrlosigkeit. — Ebenso unbegründet wie diese erste Anklage war die zweite, die christlich-soziale Partei sei eine einseitig konfessionelle, überhaupt keine politische Partei und deshalb ein totes Gewicht. Wir fragen: Ist das Zentrum eine politische Partei? Auch der

kühnste Logiker unter den Mitarbeitern der „Norddeutschen“ wird das nicht zu bestreiten wagen. Dann aber erhebt sich die in die tiefsten Falten unserer politischen Zustände eindringende Untersuchung, ob es wirklich nur dem Zentrum gestattet sein soll, exklusiv ultramontanes Kirchentum politisch und sozial zu vertreten, dagegen verboten, evangelisch-weitherziges Christentum, das auch patriotische Katholiken einschließt, im Parteileben geltend zu machen. Wir können noch immer nicht denken, daß bei näherer Überlegung die „Norddeutsche“ in ihrem Gedankengang beharrt. Jedenfalls ist er im höchsten Maße bedenklich. — Die an diese Erwägungen geknüpfte Ordre für die Berliner Bewegung, sich mit den Christlich-sozialen nicht einzulassen, ist von allem, was die „Norddeutsche“ schrieb, das Unverständigste. Die christlich-soziale Partei hat die Berliner Bewegung angeregt und in ihrer bescheidenen und arbeitsamen Weise daran mitgewirkt. Eine Kombination, welche dieselbe ausschließen wollte, wäre in der That ein totes Gewicht; sie ist aber schlechterdings unmöglich.

Solcher Art waren die wenig liebenswürdigen Betrachtungen, welche die „Norddeutsche“ in die Aufregung der jüdischen Kreise hineinwarf. Wir müssen anerkennen, daß sie sich von jeder Anspielung auf die Stadtmission fernhielt. Aber eine gewisse Preßmeute sah in diesem Artikel das Signal des Piqueurs und stürzte sich auf die Stadtmission direkt. Es ist überaus bedauerlich und verächtlich zugleich, daß sich ein freikonservatives Organ, die „Post“, dazu hergab, im Interesse der Judengesellschaft eine rein christliche Sache zu beschimpfen.

Es ist nützlich, die Sätze der „Post“ für alle Zukunft aufzubewahren, um bei späteren Gelegenheiten die Beweise in den Händen zu haben, wie unzuverlässig diese Richtung in kirchlichen und christlichen Angelegenheiten ist. Das Blatt schrieb: „Schon die Thatsache, daß mit den Anschauungen des nationalen Bewußtseins die hochkirchliche Richtung niedergeht, läßt die Gefahr erkennen, welche umgekehrt ein Aufsteigen dieser Richtung im Gefolge hat.“ „Zu den empfindlichsten Störungen, welche ein solcher gerade in so ernster Zeit bedeutsamer Entwickelungsprozeß — nämlich das Erstarken des Nationalbewußtseins — erleiden könnte, würde ein Wiederauftreten einer stärkeren klerikal-konservativen Strömung in Verbindung mit Stöckerei und christlich-sozialen Tendenzen gehören. Denn darüber besteht für alle die-

jenigen, welche sehen wollen, kein Zweifel, daß gerade in den höheren, gebildeten Kreisen der Nation ein entschiedener Widerwille gegen Muckerei und Stöckerei besteht.“ — Mit diesen ebenso unbegründeten wie unverständigen Äußerungen stellte sich das freikonservative Organ nur auf den Boden der jüdisch-widerchristlichen Presse. Aber sie knüpfte daran Anzüglichkeiten gegen den Prinzen Wilhelm, wie sie, so lange Preußen besteht, schwerlich jemals gegen ein Glied des Königlichen Hauses ausgesprochen und in einem Blatte, das teilweise konservativ sein will, bis jetzt nicht denkbar gewesen sind. Dieser vermessene, ebenso antimonarchische wie unverschämte Angriff hatte folgende Spitze: „Die Beflissenheit, mit welcher die Stöckerei sich an die Sohlen des Prinzen Wilhelm anzuheften sucht, kann für diesen und seine künftigen Aufgaben nur schädliche Folgen haben. — Von welcher Seite man den neuesten Versuch der Fruktifizierung der Zeitereignisse in klerikal-konservativem bezw. christlich-sozialem Parteiinteresse betrachten mag, erscheint er verderblich. Je rascher und gründlicher damit aufgeräumt wird, um so besser ist es.“ Und wenige Tage später: „Am moralisch verwerflichsten ist ein solcher Mißbrauch von seiten einer Richtung, welche die Königstreue und monarchische Gesinnung vorzugsweise im Munde führt und sich mit einem besonders hohen Maße derselben brüstet. — Es ist ein Akt der schlimmsten Heuchelei, daß man die Notwendigkeit mit Emphase betont, das Königtum gegen den Anarchismus zu verteidigen, und sich eine Art besonderen Vorkämpfertums in diesem Kampf vindiziert, zugleich aber die Autorität und das Vertrauen thatsächlich erschüttert, indem man das Königshaus als Deckung für die eigenen Partei- und Herrschaftsgelüste mißbraucht.“ — Zu gleicher Zeit veröffentlichte der „Hamburger Korrespondent“, ein Blatt, das ebenso wie die „Post“ zu offiziösen Mitteilungen gebraucht wird, einen Artikel, der sich nicht scheute, von den „Hoffnungen der hochkirchlichen Partei auf die jüngere Generation des Königshauses“ zu sprechen und darauf hinzudeuten, „daß die zu Gebote stehenden Mittel nicht verabsäumt werden, um auch in diesen Kreisen die Grundsätze richtiger nationaler Politik zur Geltung zu bringen.“ Wir reden hiervon weniger ausführlich, weil die freikonservativen Anklagen die Situation noch besser beleuchten; nur erinnern wollen wir daran. Aber der zwiefache Skandal, der alles übertraf, was in der gemeinen Presse der jüdischen Demokratie und des widerchristlichen Fortschrittes gesagt

war, rief in dem ganzen Land, ja über die Grenzen Deutschlands hinaus bei allen christlich und monarchisch denkenden Leuten die tiefste Entrüstung hervor. Empört fragte man, wie das möglich sei, und woher dieser Sturm wehe. Hatte doch die „Post", dasselbe Blatt, welches diese nichtswürdigen Verdächtigungen brachte, kurz nach jener Versammlung geschrieben: „Es gilt, die Berliner Stadtmission, deren Aufgabe es ist, dem kirchlichen Notstand besonders in den Vorstadtgemeinden durch die Verwendung von Laienkräften im Anschluß an die Kirche abzuhelfen, kräftigst zu unterstützen." Dasselbe Blatt, welches hier den rein kirchlichen Charakter der Stadtmission betonte, fällt wenige Wochen später wie ein wildes Tier über dieselbe Stadtmission her. Schwerlich kann man die Gesinnungslosigkeit weiter treiben. Die „Post" mußte sich infolgedessen eine Anschlagsäule nennen lassen, die heute das Gegenteil von gestern mitteile; ein demokratisches Blatt titulierte sie einen Gummikopf, den man in alle Gestalten drücken könne; ein anderes Fortschrittsorgan klagte die gesamte offiziöse Presse der Perfidie an. Aber die Feinde der Monarchie und des Christentums benutzten trotz ihres Hohnes diese Postartikel dennoch mit Freuden, um ihr Mütchen an der Stadtmission zu kühlen. Niemals, so lange wir denken können, hat eine zur staatserhaltenden Richtung gerechnete Presse einen schmählicheren Feldzug geführt und eine kläglichere Rolle gespielt. Man muß, um das Bild des Jammers zu vollenden, nur noch hinzufügen, daß die „Post", ein früher kulturkämpferisches Blatt par excellence, vor wenigen Monaten, als Fürstbischof Kopp in Breslau einzog, ihm entgegenjauchzte: Gelobt sei, der da kommt im Namen des Herrn. Sie mußte sich dafür von einem ihr kirchlich verwandten Blatte sagen lassen, das sei blasphemisch geredet. Im Staube kriechend vor dem römischen Klerus, der von ihr noch vor kurzem auf das heftigste bekämpft wurde, wider bessere Überzeugung eine rein evangelische Liebesthätigkeit mit Schmach übergießend und den Feinden der Kirche preisgebend: das ist die Haltung dieses Hauptblattes einer protestantischen, freikonservativen Richtung. Darf man sich wundern, daß die katholische Kirche triumphiert und der evangelischen Kirche hohnlächelnd ob solcher Protestanten gegenübersteht?

Es ist wahr, daß die deutschkonservative Presse wie ein Mann sich gegen diese Schande erhob. Zuerst wurde der Aufsatz der „Norddeutschen" widerlegt, zurückgeschlagen, vernichtet. Als dies

Blatt zum Schweigen gebracht war und die halb offiziösen Schwestern für die ganz offiziöse in den Riß traten, widerfuhr ihnen dasselbe Schicksal. Sowohl die Unwahrheit wie die Unwahrhaftigkeit, sowohl die Treulosigkeit wie die Illoyalität ihrer Anschauungen wurde aktenmäßig nachgewiesen und festgestellt. „Felonie — bübische Verräterei, übersetzte ein konservatives Blatt — und gemeine Verleumdung“ warf die „Kreuzzeitung“ der „Post“ vor, die den ersten Vorwurf auf sich sitzen lassen mußte und den zweiten nur durch eine falsche Berufung auf katholische und demokratische Blätter erwidern konnte. Dieser Schandfleck wird haften, wir wüßten nicht, womit er wieder abgewaschen werden könnte. Aber das eben macht uns so traurig. Eine ungeheure Zerrüttung des sittlich-religiösen Geistes ist vorhanden, die das öffentliche Leben gefährdet. Das überraschende Aufsteigen des Katholizismus vermehrt diese Gefahr. Wider beides sucht man hilfreiche Mächte. Und man muß inne werden, daß eine rein evangelische, an den Volksmassen seelsorgerisch arbeitende Liebesthätigkeit mutwillig von einer Presse, die für den Protestantismus und die innere Mission eintreten sollte, in den Schmutz getreten wird. Es kann keine hoffnungslosere Erscheinung geben. Schon als einzelner Fall wäre das Vorkommnis bedauerlich. Aber es ist ein Kennzeichen unserer gesamten inneren Lage und als solches verhängnisvoll.

Das Manöver, welches hier durch eine stillschweigende Koalition von der äußersten Linken bis zur freikonservativen Halbheit und Feigheit ausgeführt wurde, ist völlig durchsichtig. Die Kirchenfeinde, die wilden ebenso wie die lauen, bilden die Truppen; Lug und Trug sind die Waffen, womit man das falsche Gefecht inszeniert. Daß die bewußte Versammlung ein hochkonservativer Vorstoß sein sollte, ist eine Lüge; Freikonservative und Liberale sind daran beteiligt gewesen, sodaß für jeden ehrlichen Menschen gerade der unparteiische Charakter derselben unzweifelhaft ist. Daß die Stadtmission eine hochorthodoxe Bestrebung sei, ist gleichfalls eine Lüge; diese Liebesthätigkeit dient ebenso orthodoxen wie liberalen Geistlichen und ist durch den einstimmigen Beschluß der letzten Generalsynode, welche alle kirchlichen Richtungen repräsentierte, anerkannt, sanktioniert, unterstützt. Das Ziel dieser Lügen ist klar; Prinz Wilhelm soll vor dem Eintreten für eine evangelisch-kirchliche Sache zurückgeschreckt und mit frechen Drohungen von allen Seiten eingeschüchtert werden. Der Grund dieser Lügen

ist weniger klar. Will man dem Papst, der Mittelpartei oder der Judenschaft damit eine Gefälligkeit erweisen? Oder allen dreien zu gleicher Zeit? Eins ist gewiß, eine reine Liebesarbeit der evangelischen Kirche wird aus unreinen Beweggründen verdächtigt, und protestantische Blätter geben sich zu elenden Denunzianten her. Man kann ganz sicher sein, daß dieselbe Preßmeute, welche heute gegen die Stadtmission heult, unterwürfig winseln oder doch schweigen würde, wenn es sich darum handelte, für die Freimaurerloge oder ein jüdisches Waisenhaus oder eine mittelparteiliche Bestrebung eine Demonstration zu machen oder eine Hilfe zu schaffen. Wohin sind wir geraten? Ein evangelischer Prinz, der künftige Summepiskopus, zu dessen erhabenen Pflichten die Fürsorge für die evangelische Kirche unleugbar gehört, soll für eine neutrale Liebesarbeit nicht eintreten. In einer Zeit, wo aus unserem Königshause dem Papste Mitra, Pektorale, Meßgewand übersandt werden, soll aus diesem selben Königshause der Stadtmission in den großen Städten keine Hilfe gebracht werden. Ist das zu verantworten?

Die Stellung zur Kirche ist offenbar die schwache Seite der neuen preußisch-deutschen Aera. Mit dem Kulturkampf hat das Reich begonnen; unschuldig wurde auch die evangelische Kirche in den Streit hineingezerrt und bei dem Friedensschluß zwischen Berlin und Rom vergessen. Eine weise Staatskunst hätte nach Mitteln gesucht, unsere Kirche zu stärken, wenn man die römische angreifen wollte: man ließ ohne Gewissensbisse die evangelische Kirche leiden, die römische siegen. Im Mittelpunkt des deutschen Reiches, in Berlin, vernachlässigte man die Interessen des Protestantismus durchaus. In anderthalb Jahrzehnten ist für mehr als eine halbe Million Evangelischer keine Kirche gebaut. Dabei gedachte man dennoch den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen. Der Kaiser sagte, dem Volk müsse die Religion erhalten bleiben; die Regierung that nichts, um dies Kaiserwort zu erfüllen. Dicht unter dem Hohenzollernthron verkam die Reichshauptstadt. In die trostlosen Zustände trat als Helferin neben anderen Liebesthätigkeiten auch die Stadtmission. Nicht allein durch sie, aber hauptsächlich durch sie ist es in mühevoller Arbeit gelungen, die Bevölkerung der Vorstadtgemeinden wieder mit dem Glauben zu durchdringen, daß sich die Kirche um sie kümmere. Die Provinzen bildeten um Berlin eine feurige Mauer der Liebe. Was noch nie geschehen war, was niemand

erwartet hatte, geschah. Von Ost und West, von Nord und Süd, selbst aus dem Auslande, aus fremden Erdteilen flossen für das gesegnete Werk die Hilfsmittel. Nur der künftige Thronerbe soll daran nicht teilnehmen, und eine Presse, die für halboffiziös gilt, will ihn in unehrerbietiger Weise daran hindern? Das ist in Preußen unerhört: und wir schämen uns dessen, daß es hat geschehen können.

„Stöckerei und Muckerei," so hat die „Post" kirchliche Arbeiten geschimpft. „Stöckerei und christlich-soziale Bestrebungen," so hat sie fremdartige Dinge in die Stadtmission hineingezogen. Daß diese Stöckerei sich an die Sohlen des Prinzen Wilhelm anzuheften suche, so hat sie verleumdet. Ihrem großen Vorbild, der „Norddeutschen" nacheifernd, hat sie wohl gefühlt, daß auf dem Boden der Stadtmission allein dieser Kampf mit Vorteil nicht geführt werden konnte. Und sie ebenso wie der „Hamburgische Korrespondent" hat die Artikel der „Norddeutschen" auf die obschwebende Angelegenheit bezogen. Nun hat freilich die letztere ihren beiden Kolleginnen zweiter Klasse nachgesagt, daß sie nur im privaten Interesse geredet hätten; zuletzt ist auch der „Norddeutschen" vorgehalten worden, daß sie keinen höheren Auftrag gehabt habe. Sei dem, wie ihm wolle. An dem gemeinsamen Ursprung, an dem bestimmten Zusammenhang der feindseligen Angriffe ist nicht zu zweifeln. Was diese Blätter erreichen wollten und sollten, ist erreicht. Eine gute Sache ist in weiten Kreisen verdächtigt, die Freudigkeit zur Mithilfe gestört, der Skandal entflammt, die Kirchenfeindschaft gestärkt und der christlich-monarchische Geist geschädigt.

Gewiß hat die christlich-soziale Bewegung mit der Stadtmission nichts weiter zu thun, als daß der Führer jener zugleich der Leiter dieser ist. Wir protestieren auch ausdrücklich dagegen, daß man diese beiden Dinge mit einander vermische. Wenn zum Zweck der Verdächtigung der Stadtmission die christlich-soziale Partei bekämpft wird, so hat das weder Berechtigung noch Bedeutung. Aber auch an sich ist die Befehdung dieser Bewegung nicht zu rechtfertigen. Eine Presse, die staatserhaltend wirken will, sollte dieselbe unterstützen, anstatt sie zu schädigen. Jedenfalls ist diese „Stöckerei" keine „Muckerei". In den Ohren von Juden und Judengenossen, die jede Beschimpfung christlicher Thätigkeit mit Wonne aufnehmen, mag das letzte Wort süß klingen. Ein Blatt, das ernsthaft genommen sein will, sollte sich davor hüten, dasselbe zu gebrauchen, zumal es sinnlos ist. Muckerei nennt man einen engherzigen Pietis-

mus, der in Konventikeln die Sünde bejammert und in Zurückgezogenheit die Welt ihrem Schicksal überläßt. Die christlich-soziale Bewegung hat große Aufgaben des Volkslebens, welche niemand bearbeiten wollte, angefaßt, zu lösen unternommen und zum Teil durchgeführt. Berlin war zu seinem Unglück seit einem Jahrhundert viel zu sehr eine Judenstadt geworden. Die neuere Zeit hat unter dem orientalischen Einfluß daraus eine demokratische und sozialdemokratische Stadt gemacht. Die Einführung des allgemeinen gleichen direkten Wahlrechts, gerade in Berlin mit einer mammonistischen Ära und einer kulturkämpferischen Politik verbunden, hatte diesen bedrohlichen Zustand ins Unerträgliche gesteigert. Furchtbare Zustände, wie sie nie zuvor in der Christenheit offenbar geworden sind, beleuchteten das Verderben. Unmittelbar nach dem glorreichen nationalen Kriege führten die Mächte der Finsternis ohne jede Gegenwehr den Berliner Geist in den Abgrund. Jahre lang verschmähten 80 Prozent der Berliner Bevölkerung die Trauung, 40 Prozent der Kinder blieben ungetauft. Die Sozialdemokratie schrie Hurra dazu, und die maßgebenden Kreise thaten nichts. In jenen Tagen ist zur Heilung der religiösen Notstände die Stadtmission, zur Abwendung der sozialdemokratischen, fortschrittlichen, jüdischen Volksvergiftung die christlich-soziale, später die Berliner Bewegung entstanden. Beide waren notwendig, beide haben gewirkt. Durchaus getrennt von einander, haben sie, jede auf ihrem Gebiete, zur Besserung der Zustände Berlins gedient. Das Christentum ist im öffentlichen und in dem kirchlichen Leben wieder als eine Macht hervorgetreten. Ein Drittel Berlins steht bei den Wahlen unter der Fahne des monarchischen Gedankens und der Königstreue. Die schamlose Hetze, die zur Freude der Juden und zum Ärger aller wahren Christen gerade zu Weihnacht losgelassen wurde, ist für diese patriotische und sittlich religiöse Thätigkeit eines erfolgreichen Jahrzehnts die Ermutigung und der Lohn. Das ist ein Stück der inneren Lage beim Beginn des Jahres 1888. Im Jahre 1884 schrieb die „Norddeutsche" anerkennend, daß das Anklingen des monarchischen Bewußtseins in der Volksseele, das Wachrufen des christlichen Geistes, das Verbinden beider Potenzen mit sozialen Reformideen der christlich-sozialen Bewegung den ihr gewordenen Erfolg verschafft hat. In demselben Jahre schrieb die „Post" von den unbestrittenen Verdiensten, welche sich Hofprediger Stöcker um die Gestaltung der Parteiverhältnisse in Berlin erworben hat.

Heute suchen beide Blätter in einer Grube, die sie sich selbst graben, ihre Urteile und die Wahrheit von ehedem zu begraben. Niemand kann dieser offiziösen und halboffiziösen Presse noch ein Wort glauben. Wie aber — so fragen wir — soll solch ein Treiben auf das Volk anders wirken als entsittlichend und entchristlichend? Eben hierin liegt eine Gefahr.

Je länger der unerfreuliche Krieg dauert, welcher die konservative Presse gegen „Norddeutsche“ und „Post“ in Harnisch gebracht hat, desto unverständlicher werden die Ursachen desselben. Man erwartet, daß endlich einmal von oben her diesen beständigen Verlästerungen einer guten christlichen Sache ein Ende gemacht wird; aber vergeblich. Und die monarchischen Interessen leiden unter dem Streit ebenso wie die christlichen Anschauungen. Wie soll man es erklären, daß in sonst königstreuen Kreisen ein solches Unheil geschehen und nicht einmal bereut ist?

Die preußischen Fürsten waren meist Freunde der Kirche. Auch die Könige auf dem Throne haben vielfach kirchliche Arbeit gethan. Lassen wir nur die Monarchen dieses Jahrhunderts an unserem Geiste vorüberziehen. Friedrich Wilhelm der Dritte war ein Kirchenbauer und Agendenbearbeiter; man hat von ihm gesagt, er sei seinerzeit der beste Kenner der lutherischen Theologie und Liturgie gewesen. Innere Mission gab es damals noch nicht; so konnte auch der König noch keinem Hilfskomitee beiwohnen. Aber in großartiger Weise sorgte er für die kirchliche Pflege seiner Hauptstadt. Als die Sophiengemeinde zu groß wurde, zweigte er zu gleicher Zeit vier Gemeinden ab und baute für dieselben vier Kirchen, keine luxuriösen Prachtbauten, aber brauchbare Gotteshäuser. Wäre man in seinen Spuren weiter gegangen, niemals würde das kirchliche Berlin den traurigen Anblick dargeboten haben, welcher jetzt jeden Christen mit Wehmut erfüllt. In Friedrich Wilhelm des Vierten Regierungszeit wurde die innere Mission begründet und in Berlin das Johannesstift als die Stätte der Stadtmission geschaffen. Der König nahm daran den lebhaftesten Anteil, gab für den Bau des Stifts ein großes Terrain und half mit reichen Mitteln. Bethanien, das große Diakonissenhaus, ist sein eigenstes Werk. Noch nie hat jemand dem König aus diesen Stiftungen einen Vorwurf gemacht; man hat ihn dafür gesegnet und bewahrt ihm ein unvergängliches Gedächtnis. — Kaiser Wilhelm, obwohl vor allem ein militärischer König, ist bis heute Protektor des Vereins zur Pflege entlassener

Strafgefangener. Der Kronprinz hat gleicherweise das Protektorat der Arbeiterkolonien zur Freude aller Gutgesinnten übernommen. Es ist doch im höchsten Maße verwunderlich, daß dem Prinzen Wilhelm durch Einschüchterungen gewehrt werden soll, sich an einer Sache der inneren Mission zu beteiligen. Warum das? Sind die Zeiten andere geworden? Hat sich die Auffassung vom Königtum als einem Pflegeamt kirchlicher Thätigkeiten geändert? Ist der künftige deutsche Kaiser durch Rücksichten auf die Katholiken so gebunden, daß er nicht mehr an den Liebeswerken seiner Kirche sich beteiligen soll? Oder ist der mittelparteiliche Gedanke so stark, daß man für denselben Gefahren befürchtet, wenn der spätere Thronerbe an Arbeiten teilnimmt, die allerdings nur im Geiste energischen und gläubigen Christentums getrieben werden können? Oder soll Prinz Wilhelm schon früh an den Grundsatz gewöhnt werden, daß politische und kirchliche Dinge nicht mit einander vermischt werden dürfen? Wir glauben, daß alle diese Erwägungen in den Geisterstreit, der jetzt entfesselt ist, hineinspielen, daß aber der letzte Gesichtspunkt für die Beurteilung dieser Angelegenheit, und gerade in den maßgebenden Kreisen, der durchschlagendste ist.

Keine Vermischung von Politik und Kirche, von politischen und religiösen Bestrebungen! Das ist für viele ein Losungswort von unbestrittener Autorität. Die Politiker, besonders der linken Seite, sprechen es im Brustton der Überzeugung aus und verweisen damit die Kirche aus dem politischen, ja überhaupt aus dem öffentlichen Leben. Die Kirchenmänner, die liberalen noch stärker als die orthodoxen, sprechen es nach und glauben der Kirche damit zu dienen, wenn sie diesen Grundsatz mit allen Mitteln aufrecht erhalten. Auch unser leitender Staatsmann, glauben wir, steht fest auf diesem Prinzip und haßt nichts mehr als das Hineintragen kirchlicher Gesichtspunkte in die Politik. Sein Blatt, die „Norddeutsche“, ging darin, offenbar unter Zulassung ihres Gebieters, einmal so weit, daß sie die Verhandlungen der Generalsynode über die Sonntagsruhe frivol zu nennen wagte. Allerdings vermeiden es die Staatsmänner nicht, die Kirche ihren politischen Gesichtspunkten unterzuordnen und nach dem augenblicklichen Bedürfnis der Politik gut oder schlecht zu behandeln; die Politiker, zumal die deutschen, die in ihren religiösen Anschauungen von dem politischen Parteiwesen meist völlig abhängig sind, machen in ihren Blättern und Parteiversammlungen ihre kirchliche Stellung mit allem Nachdruck geltend. Trotzdem bleibt

jener oben ausgesprochene allgemeine Grundsatz bestehen und gilt als höchste Weisheit. Natürlich teilen wir ihn auch, wenn er richtig aufgefaßt und ehrlich angewandt wird. Aber es will uns scheinen, als ob es eine falsche und richtige Vermischung von Politik und Religion gäbe, und als ob man sich bei uns die falsche gern gefallen ließe, aber die richtige ungern sähe. Jesus Christus hat ohne Zweifel das Reich Gottes und das Reich der Welt von einander getrennt. Gebet dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist: das ist für die Anschauung Christi die unnachahmlich gebildete Formulierung. Er selber will sich nicht zum Erbschichter im Rechtsstreit einsetzen lassen, und die weltlichen Fürsten sollen nicht in der Kirche Herrschaft üben. Das letztere wird von den Protestanten meist übersehen; es steht aber deutlich in der Schrift: „Ihr wisset, daß die weltlichen Fürsten herrschen, und die mächtigen unter ihnen haben Gewalt; aber so soll es unter euch nicht sein." Dagegen ist es unzweifelhaft, daß der Heiland eine Durchdringung der gesamten Menschheit, also auch ihrer öffentlichen und sozialen, ihrer obrigkeitlichen und politischen Verhältnisse mit dem Christentum gefordert hat. Wenn er die Christen das Salz der Welt, wenn er das Reich Gottes einen Sauerteig nennt, der mit den Scheffeln Mehl vermengt werden soll, bis daß sie ganz durchsäuert sind, so liegt darin die Bestimmung, daß die Lebensmächte Christi alles mit ihrem Einfluß erfüllen sollen. Die politischen ebenso wie die sozialen Dinge, welche für das Gemeinschaftsleben so bedeutend sind, können davon unmöglich ausgeschlossen sein. Jedenfalls ist es ein völlig einseitiges und zwar doppelt verkehrtes Verhältnis, wenn zwar der Staat die Kirche beherrscht, die Politik die Religion durchdringt, aber die Kirche darauf verzichtet, den Staat zu beeinflussen, die Religion nicht wagt, das öffentliche Leben mit ihrem Salz zu durchdringen. Man kann nicht oft genug sagen, daß in den konstitutionellen Staaten der neuen Zeit dies eigentlich der Zustand der evangelischen Kirche und ihre Stellung zum Staate ist.

Unzweifelhaft beherrscht der Staat die Kirche. Das Staatsoberhaupt ist zugleich Oberhaupt der evangelischen Kirche. Der Fürst ernennt ihre kirchenregimentlichen Beamten, besetzt ihre theologischen Lehrstühle, sanktioniert ihre Gesetze. Durch eine Synodalverfassung, wie wir sie haben, kann die staatliche Obrigkeit gesetzlich an die Mitwirkung der Kirche in der Gesetzgebung, auch in der Besetzung einiger kirchenregimentlicher Ämter gebunden sein; immerhin

kann sie sehr viel ohne die Kirche thun, die Kirche so gut wie nichts ohne sie. — Das Staatsministerium beherrscht gleichfalls die Kirche. Bei der Gesetzgebung ist das Placet, bei den kirchenregimentlichen Ernennungen die Mitwirkung, bei den Professuren das Besetzungsrecht in den Händen der Minister. Wie diese Befugnisse geübt werden, hat eine Beschwerde der meisten Provinzialsynoden gezeigt. Ein Kirchengesetz, von der Generalsynode und vom Landtag angenommen und jedesmal vor der Verhandlung vom Könige gutgeheißen, bleibt unverabschiedet im Staatsministerium stecken, wie man erfährt, wegen der Bedenken des Ministerpräsidenten. Kann man sich ein stärkeres Beispiel der Vermischung von Politik und Religion denken? Wir glauben nicht. Aber weil es der Staatsfaktor ist, welcher die Vermischung begeht, bescheidet man sich sofort. Wir haben dieses Mißverhältnis bei größeren Angelegenheiten erfahren müssen. Die Politik wirft Preußen in einen Kampf mit Rom; die evangelische Kirche wird in das Gewirr mit hineingeworfen und in ihren Grundlagen völlig erschüttert. Die Politik macht einen Friedensschluß mit Rom nötig und verursacht wiederum Verletzungen und Kränkungen der evangelischen Kirche, welche bei allen treuen Protestanten die größte Beunruhigung hervorrufen. — Wir könnten dies Bild mit einer Menge von Einzelzügen ausmalen und würden so bald nicht zu Ende kommen. Aber das, was wir angeführt haben, genügt, um zu beweisen, daß es in unseren Verhältnissen ein völlig gedankenloser Gedanke ist, wenn man sagt, es sei notwendig, Politik und Religion nicht zu vermischen. Jedenfalls mischt sich die Politik immerzu in die Religion.

Ganz ebenso unzutreffend wäre es, wenn man den herrschenden Zustand so beschreiben wollte, daß sich die Kirche nicht in Staatsangelegenheit mische. Der Papst wird in einer äußeren politischen Angelegenheit als Schiedsrichter angerufen. Er wird veranlaßt, in einer inneren politischen Frage, wie das Septennat, Stellung zu nehmen und durch seinen Einfluß auf das Zentrum zu wirken. Die Einführung des Bischofs Kopp in das Herrenhaus sowie seine politische Mission daselbst ist noch in aller Erinnerung. Dabei handelte es sich wenigstens um Kirchenpolitik; die anderen Sachen waren lediglich politischer, sogar hochpolitischer Natur. Wie kann man angesichts solcher Thatsachen den Grundsatz aufstellen wollen, daß die Kirche sich nicht in Politik mischen solle? Wenigstens für Bismarcks Staatskunst würde das nicht gelten. Und auch er selbst,

unser bewunderter Staatsmann, hat in der Blütezeit des Kulturkampfes mehr als einmal seinen evangelischen Standpunkt zur Motivierung von Gesetzen gebraucht. Wenn er einst im Parlamente sagte, er als evangelischer Christ fühle sich in seiner Seligkeit durch das Papsttum gefährdet, so ist das unzweifelhaft ein Hineintragen der Religion in die Politik. Und wenn er bei den letzten Reden über die Selbständigkeitsanträge sich dahin aussprach, daß er den Katholiken an Freiheit gewähre, was sie für nötig hielten, aber bei den Angelegenheiten unserer Kirche seinen persönlichen Anschauungen folge, so heißt das doch offenbar, die eigene religiöse Überzeugung in die Politik hineintragen oder die Religion mit der Politik vermischen. Allerdings darin ist Fürst Bismarck ganz konsequent gewesen; er hat nie die organisierte evangelische Kirche auf seine Politik einwirken lassen. Weder bei dem Beginn des Kulturkampfes noch bei dem Ende, weder bei der Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht noch bei der Einführung des Zivilstandes, weder bei der Einrichtung noch bei der Abschaffung des Kulturexamens hat er dem Evangelischen Oberkirchenrat, der doch eine königliche Behörde ist, auch nur das Ohr gegönnt. Wir vermuten, daß, wenn er sich hier Rats geholt hätte, manche Fehler vermieden wären, die nun zum Vorteil der römischen Kirche ausgeschlagen sind. Aber darüber zu klagen, ist jetzt überflüssig. Wir wollten mit unseren Erinnerungen an einzelne bezeichnende Ereignisse der letzten fünfzehn Jahre eine deutliche Anschauung davon geben, was jener Grundsatz: keine Vermischung von Politik und Religion! in Preußen bedeutet. Er bedeutet: der Staat mischt sich sehr wenig in die katholische Kirche, weil dieselbe unabhängig ist, aber er mischt sich sehr viel in die Angelegenheiten unserer Kirche, weil das durch Geschichte und Verfassung berechtigt ist. Er mischt die römische Kirche, wenn es nützlich erscheint, ohne Bedenken in die Politik; ja auch unsere Staatsmänner mischen ihre persönlichen religiösen Anschauungen in die Politik. Aber die organisierte evangelische Kirche soll sich nie in Politik mischen, nicht einmal in eine Kirchenpolitik, bei der es sich um ihren eigenen Bestand handelt. Kann danach im Protestantismus irgend ein denkender Kopf oder ein kirchlicher Geist sich dennoch mit der Formel begnügen: keine Vermischung von Politik und Religion? Wir wenigstens vermögen es nicht. Wir erkennen in dem Verzicht unserer Kirche auf Geltendmachung ihrer Anschauungen in Politik und Sozialpolitik ein Element ihrer Schwäche, um so mehr, als sie in der

römischen Kirche eine Nebenbuhlerin hat, die gerade auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens ihre Macht in rücksichtsloser Weise ausdehnt.

Man wird uns erwidern, daß, indem der König das Oberhaupt unserer Kirche ist, die Interessen der evangelischen Kirche in unserem Staate ausreichend gewahrt werden. Eben das bestreiten wir durchaus. In dem konstitutionellen Staatsleben steht auch der Monarch, er mag wollen oder nicht, unter dem Druck politischer Notwendigkeiten. Es ist bekannt, daß unser gottesfürchtiger Monarch das Zivilstandsgesetz nur mit dem höchsten Widerstreben vollzog; die politische Notwendigkeit bestimmte seine Entschließungen. Dagegen stieß der Beschluß des Abgeordnetenhauses, daß der König keine neuen Patronate übernehmen könne, auf keinerlei Schwierigkeiten; kein kirchenbehördlicher Beirat hinderte die verhängnisvolle Klausel, welche ein Kronrecht beschränkte. Die Staatsverhältnisse drücken auf den Summepiskopus mit Übermacht; der Summepiskopus hat auf den Staatslenker einen geringen Einfluß. Durch die Erweiterung der preußischen Königskrone zum deutschen Kaiserreif ist diese Thatsache noch ungünstiger für die Kirche geworden. Der Monarch muß manches thun, was der Summepiskopus eigentlich nicht kann. Der deutsche Kaiser ruft den Papst als politischen Schiedsrichter an und wechselt mit ihm die verbindlichsten Schreiben; als Summepiskopus steht er ihm in der Abwehr der Propaganda, in dem Kampf um die Mischehen, in der Zurückdrängung des römischen Einflusses schnurstracks entgegen. Aber auch wenn er seine kirchliche Stellung, welche in unseren Tagen bei der prinzipiell so feindseligen Haltung des Katholizismus sehr scharf sein müßte, einnehmen will, er kann es nicht, weil die staatliche Stellung ihn hindert. Will er dagegen der evangelischen Kirche Gutes erweisen, so ist er auch darin gehemmt. Wie gern hätte wohl der König das Gesetz, welches die Nachteile des Zivilstandsgesetzes ausgleichen sollte, unterzeichnet! Er konnte es nicht; und erst jetzt nach so langem Warten erscheint, allerdings durch sein Eintreten, wenn auch nicht das Gesetz, so doch eine Entschädigung dafür, die wir mit Dank begrüßen.

Alle diese Gedanken gehen uns durch den Kopf, wenn wir sehen, wie schwer es dem Prinzen Wilhelm gemacht wird, der Stadtmission Hilfe zu bringen. Irregeführte und verblendete Protestanten, und nicht bloß völlig Ungläubige sind es, die ihn mit ihrem Geschrei abhalten wollen. Offenbar fürchten sie hier eine Verbindung von staatlicher Stellung und religiöser Hilfe, bei welcher die Religion

nicht die beherrschte Magd des Staatslebens, sondern die unterstützte Macht des Volkslebens ist. Eine solche Stellung erscheint den Protestanten gewöhnlichen Schlages als eine Gefahr. Wie viel wird der Einfluß der römischen Kirche noch wachsen müssen, ehe auch liberal gesinnte Protestanten begreifen, daß sie mit ihrer Furcht vor Verbindung des religiösen und des öffentlichen Lebens auf einem völligen Irrwege sind.

Es ist gewiß, daß die sich anbahnende Übermacht der katholischen Kirche über die evangelische wesentlich auf ihrer starken Stellung im öffentlichen Leben beruht. In der Politik wird von Parlamentsparteien und von Vereinen die katholische Weltanschauung energisch vertreten; im sozialen Leben haben die Katholiken ihre sozialpolitischen Vereinigungen und eine gut bediente Presse; ihre ganze Kirche ist eine in Betrieb gehaltene Maschinerie, dem katholischen Einfluß zu einer Weltstellung, dem Papst wieder zu einer Weltmacht zu verhelfen. Rücksichtslos wird auch in Kunst und Litteratur, in Geselligkeit und Geschäftsverkehr der katholische Standpunkt eingenommen und behauptet. Auf religiöse Auseinandersetzungen läßt man sich nicht ein, weil man weiß, daß man denselben nicht gewachsen ist; man ist zufrieden, wenn der durch Pius IX. ins Ungeheure gesteigerte Irrglaube nicht angegriffen wird. Dagegen fühlt man sich stark genug, in dem Verhältnis zur evangelischen Kirche die denkbar schroffste Stellung einzunehmen, Konvertiten wieder zu taufen, allerdings unter gewissen Vorbehalten, und bei den Mischehen die zweifache Trauung prinzipiell zu verwerfen, weil das eine verabscheute „communio in sacris" ist. Und weit entfernt, dafür von dem verletzten Volksgeiste empörender Unduldsamkeit geziehen zu werden, wird die römische Kirche, wenigstens bei uns in Deutschland, verwöhnt und verzärtelt. Ihre Macht, Geschlossenheit und Klarheit wird bewundert, und wenn einmal Papst oder Bischof irgend ein nichts bedeutendes Wort über Verträglichkeit der Konfessionen sagen, die römische Friedensliebe gelobt, obwohl der feindseligste Geist im kirchlichen wie im öffentlichen Leben die friedlichen Äußerungen Lügen straft. Man bedenke, daß diese staunenswerte Veränderung sich in dem kurzen Zeitraum von zehn Jahren durch das umsichtige und kluge Regiment Leos XIII. vollzogen hat, und lerne daraus, mit mehr Ernst als bisher über die Ursachen unserer Ohnmacht nachzudenken und an der Beseitigung derselben zu arbeiten. An Wissenschaft und Theologie sind wir den

Katholiken, obwohl sie von uns tüchtig gelernt haben, noch immer weit überlegen; da liegt der Grund ihrer Stärke nicht. Sondern das ist das Geheimnis ihres Ansehens, daß sie in organisierter Selbständigkeit dem Staat gegenüber ihre Kirche als göttliche Stiftung geltend machen und die katholische Anschauung, furchtlos und unbeugsam kämpfend, verteidigen. Es wird die Ursache unserer Schwachheit sein, daß wir, obwohl wir in Schrift und Bekenntnis die Wahrheit besitzen, diese Wahrheit wenig geltend machen, schwach verteidigen und in organisierter Abhängigkeit die sichtbare Kirche als eine irdisch-geschichtliche Größe behandeln lassen, die nicht zu kämpfen, sondern sich zu beugen hat. Bleibt dieser Zustand, so ist uns gar nicht zweifelhaft, daß in dem entfesselten Streit der beiden Kirchen um die religiöse Hegemonie die römische Kirche den Sieg davon tragen würde. Davor aber gilt es Deutschland zu behüten. Wird das gelingen?

Der Protestantismus ist in sich uneinig und in Parteien zerrissen. So lange dies Verhältnis dauert, ist an die Stärkung der evangelischen Kirche, als einer Macht im öffentlichen Leben, nicht zu denken. Wer im Parlament die kirchliche Anschauung bei einer Frage der Politik zur Geltung bringen will, muß sich darauf gefaßmachen, daß die Linke vor versammeltem Volk über ihn herfällt und vor Katholiken und Juden das Schauspiel der feindlichen Brüder aufführt; deshalb schweigt man lieber, wenn man nicht reden muß. In der Presse und Agitation wird der gläubige Protestantismus von dem Liberalismus weit schlechter behandelt als Klerus und Zentrum; der Haß scheut kein Mittel und braucht jede Waffe, um einen Orthodoxen anzugreifen. Gegen die katholische Festigkeit ist man ohnmächtig und sucht wohl gar bei den Wahlen katholische Stimmen zu gewinnen; bei dem Kampf gegen die evangelische Gläubigkeit ist man sicher, den größten Teil des irregeführten Volkes auf seiner Seite zu haben, die Kraftlosigkeit und Gutmütigkeit der anderen fürchtet man nicht. So ist im politischen Leben der Protestantismus nur eine gebrochene Kraft. Während im Zentrum durch die gemeinsame Arbeit für Rom auch politische Zwistigkeiten ausgeglichen werden, macht bei uns die Parteizugehörigkeit die religiöse Differenz unheilbar. Darum ist eine große politische Aktion im Interesse der evangelischen Kirche schwer möglich; auch die Selbständigkeitsbestrebungen leiden darunter. Es ist für die Linke Grund genug, eine Sache zu verwerfen, weil sie von der rechten

Seite kommt. Kirchliche Unabhängigkeit gehörte früher zu dem politischen Inventar der linken Parteien; seitdem die Konservativen diese Forderung erheben, findet dieselbe im Liberalismus die entschiedensten Gegner. Die Regierung aber und die gesetzgeberischen Faktoren sind in schwieriger Lage, wenn sie die Wünsche der Kirche zu beurteilen haben. Bei der Gespaltenheit der Kirchenglieder ist auch ein einmütiger Beschluß der organisierten Kirche, wie sie in der Generalsynode und dem Kirchenregiment dasteht, noch nicht genügend, um auf einen Staatsmann von der Natur Bismarcks genügenden Eindruck zu machen. Wir müssen einiger werden, um stärker zu sein.

Der Evangelische Bund hat im vorigen Jahre den Versuch gemacht, die verschiedenen Richtungen unserer Kirche zu einer Vereinigung zusammenzuschließen, welche ebenso den Frieden im Protestantismus stärken wie den Kampf gegen den Katholizismus führen soll. Wir wollen, indem wir dieses jedenfalls höchst beachtenswerte Ereignis zu beurteilen suchen, nicht wieder an der Entstehungsgeschichte desselben herummäkeln. Der Bund ist da und muß als eine Thatsache hingenommen werden. Auch ist nicht zu leugnen, daß er einiges Gute bereits gethan hat. Die „Kirchliche Korrespondenz“ ist ein zeitgemäßes, besonders für die Presse dankenswertes Unternehmen. Die „Deutsche Evangelische Kirchenzeitung“ hat sich gerade für diese Thätigkeit des Evangelischen Bundes von vornherein ausgesprochen und die gegebenen Mitteilungen gern benutzt. Aber es ist gewiß, daß die Wirkung der Korrespondenz nur einen kleinen Kreis ausfüllt; auch beweist dieselbe, daß glücklicherweise die Äußerungen des Fanatismus doch so häufig nicht sind, wie man gewöhnlich annimmt. Es ist ebenso gewiß, daß diese litterarischen Notizen, so sehr man ihre Bedeutung anerkennen mag, für die große Frage des Kampfes gegen Rom nicht allzuviel Einfluß auf die Bestimmung unseres Volksgeistes haben. Und vergeblich haben wir nun beinahe ein Jahr lang gewartet, was der Evangelische Bund neben dieser Hilfsarbeit für die Presse noch Weiteres thun würde. Wir vermissen die klaren, greifbaren Ziele und fürchten auch, daß es bei dem Mangel an innerer Einheit den Beteiligten nicht leicht sein wird, die nach innen gerichteten Aufgaben des Bundes klar zu erfassen, energisch zu lösen. Die Versammlung in Frankfurt hat für die Zukunft des Bundes wenig praktische Aufgaben gestellt; und wenn kürzlich eine Berliner Versammlung, in welcher die

Propaganda der barmherzigen Schwestern lebhaft beklagt wurde, den Beschluß faßte, man solle die Förderung der weiblichen Gemeindepflege in den Kreis der Arbeiten des Evangelischen Bundes aufnehmen, so zeigt dieser Beschluß, daß man um Gesichtspunkte verlegen ist. Dieser Umstand aber ist höchst gefährlich. Man kann unmöglich Tausende von Männern um eine flatternde Fahne sammeln, an welcher kein klares Losungswort zu lesen ist. Manche unserer Freunde, die in den Bund eingetreten sind, vermögen sich unsere kühle, abwartende Stellung nicht zu erklären. Sie glauben, daß wir aus persönlicher Verstimmung eine gute Sache nicht fördern helfen. Dieser Argwohn ist wirklich unbegründet. Es ist in erster Linie die Unklarheit der Ziele, welche uns vom Beitritt abhält und im Zweifel an der ganzen Sache läßt. Wir glauben es nicht, daß die kirchlich-historische Aufgabe, welche unserem Volke in der Bekämpfung der römischen Irrtümer und Mißbräuche gegeben ist, durch einen freien Verein besser gelöst werden kann als durch die Kirche selbst. Wir sind vielmehr der festen Überzeugung, daß, wenn unsere Kirche unter ihrem Summepiskopus mit den Mitteln der kirchlichen Gesetzgebung und Verwaltung jene Aufgaben nicht lösen kann, kein freier Verein denkbar ist, der diesem Riesenkampfe gewachsen ist. Außerdem geht der innerprotestantische Streit, dessen Beilegung doch die erste Bedingung zu einer Verbindung der Kräfte sein würde, so munter weiter wie je zuvor. Gern wollen wir dem Herausgeber der „Deutsch-Evangelischen Blätter" die Anerkennung zu teil werden lassen, daß er sich bemüht, den Ton der früheren Tage vergessen zu machen. Aber die Kirchenblätter protestantenvereinlicher Richtung schimpfen und zanken, verhetzen und verleumden gegenüber den rechtsstehenden Parteien in der gewohnten Weise weiter, sodaß schon das ordinäre Ehrgefühl einem verständigen Menschen verbieten muß, mit solchen Elementen sich irgendwie einzulassen. Es ist eben unmöglich, daß Standpunkte, die sich ausschließen, einen gemeinsamen Mittelpunkt finden, von dem aus sie eine große Arbeit anfassen. Man sagt uns freilich, daß vor dem römischen Feinde die verschiedenen Armeekorps des Protestantismus ihren alten Hader vergessen sollten, und daß die protestantische Rechte und Linke mit einander genug Gemeinsames, mit Rom genug Streitobjekte hätten, um sich zu vertragen. Wir werden das erst anerkennen, wenn die Stimmung auf der Linken sich so weit ermäßigt, daß wir vor unverschuldeten Schmähungen gesichert sind, und wenn die Stellung

der Linken zum Bekenntnis so verträglich wird, daß wir einen gemeinsamen Grund finden. Ohne die Erfüllung dieser beiden Bedingungen können die formalen Gesichtspunkte, welche wir in der Schätzung des religiösen Geisteslebens mit ihnen zu teilen scheinen, nicht durchschlagen. Wir sind eben doch, mit Schmerz sagen wir es, zwei verschiedene Religionen. Wir sprechen es rückhaltlos aus, daß es ein Fehler unserer Kirche ist, die Formulierung der kirchlichen Dogmen zu hoch, die Bewährung des christlichen Lebens zu niedrig zu schätzen. Deshalb verläuft unser protestantisches Dasein zu sehr in Lehrgezänk und Dogmenstreit. Aber es giebt gewisse Fundamentalsätze, wie die Gottheit und die Auferstehung Christi, die man nicht aufgeben kann, ohne das Christentum aufzugeben. Die theologischen Schulen aber haben uns dahin gebracht, daß die einen leugnen, was die anderen bekennen, und daß so der Protestantismus bis in seine Tiefen zerklüftet ist.

Ein Blick auf das kirchliche wie auf das öffentliche Leben genügt, um diese Klage zu begründen. Auf der linken Seite fehlt die Beugung unter Schrift und Bekenntnis ebenso wie die Vertretung des evangelischen Standpunktes in den politischen und sozialen Dingen. Man will den Katholizismus bekämpfen, aber den Individualismus, das unbeschränkte Geltendmachen der persönlichen Ansicht auf Kanzel und Katheder nicht aufgeben, eine feste Kirchenregierung und Kirchenzucht nicht dulden. Wie soll Rom seine Macht verlieren, so lange wir uns im eigenen Lager überfallen und in jeder Grundfrage auseinandergehen? Wenn man, wie es bei der öffentlichen Verhandlung der Mischehenfrage immer hervortritt, auf der einen Seite Zucht üben, auf der andern nichts thun will — wie soll eine wirksame Aktion hergestellt werden? Es ist im politischen Leben nicht anders. Der radikale Protestantismus ist es, der mit dem Zentrum zusammengeht und die protestantischen Interessen ohne jede Gewissensregung um ein paar tausend Stimmen an die katholische Partei verrät. Die nationalliberale Partei handelt hierin anders und besser. Aber auch in ihren Reihen finden wir naive Männer genug, die wohl dem Katholizismus ihre Bewunderung aussprechen, aber nie einem rechtgläubigen Christen gerecht werden; in ihrer Presse fehlt es nicht an Stimmen, die für ein Papstjubiläum Worte des Preises, aber für die Bekenntnistreue in unserer Kirche nur abfällige Urteile haben. Sind manche Glieder der Rechten auf Luthers Lorbeeren eingeschlafen und glauben, daß das Schwert

Gottes siegen muß, auch wenn man es in der Scheide läßt, — auf der Linken sind unzählige, die den Geist der Reformation völlig verleugnen, weil sie jeden positiven Glauben verleugnen.

Hier wäre für den Evangelischen Bund eine unermeßlich große Arbeit. Das gesamte Volksleben wieder mit gläubigem Geiste durchdringen, auf politischem Gebiet einen mit dem Zentrum paktierenden Radikalismus, ebenso wie einen dem Katholizismus zuweit entgegenkommenden Konservatismus bekämpfen, in den sozialen Angelegenheiten die christlich-evangelischen Grundsätze zur Geltung bringen: das wäre eine wundervolle Aufgabe. Wird der Bund dazu mitwirken? Wir fürchten, daß ihm die Hände dabei gebunden sind. Bei seiner Zusammensetzung wird er ein starkes bekenntnismächtiges Christentum, das allein Verjüngungskraft hat, nicht betonen, den hie und da romanisierenden Konservatismus wohl bekämpfen, aber den mit Rom offen buhlenden Fortschritt schonen, in der sozialen Frage den individuellen Standpunkt behaupten und vor einer sozialreformatorischen Agitation des praktischen Christentums Scheu empfinden. Nur durch den Krieg gegen Rom lassen sich die Geister nicht erwecken und durch rein persönliche seelsorgerische Arbeit die Volksmassen nicht für das Evangelium zurückgewinnen. Möge der Evangelische Bund eine Laienthätigkeit zu schaffen suchen, welche in dem gesamten Bereich des öffentlichen Lebens, des kirchlichen wie des missionierenden, des politischen wie des sozialen, den evangelischen Standpunkt zur Geltung bringt, dann wird er auch die praktische Thätigkeit finden, die ihm bis jetzt noch fehlt. Haben ihm viele Tausende von Laien zugestimmt, so mag er diese Laien zum Geisterkampf zurüsten. Der katholischen Kirche fehlt es auf keinem Gebiet des öffentlichen Lebens an kirchlich begeisterten Laien, welche an der Arbeit und im Kampfe stehen, sich um ihre Geistlichen scharen und die römische Fahne hochhalten. Wenn unsere Laien erweckt werden, so treibt sie die einseitige Richtung des Protestantismus in die reine Innerlichkeit. Sie wollen dann von den Kämpfen des öffentlichen Lebens nichts wissen. Sich selbst erbauen und vertiefen gilt ihnen als das einzige Ideal ihres Christentums. Nicht einmal die kirchenpolitischen Fragen interessieren sie, höchstens fühlen sie noch die Kraft und Freudigkeit, an der Bekehrung anderer mitzuwirken. Aber gegen die Sozialdemokratie mit ihrem Atheismus den Kampf aufzunehmen; dem Fortschritt mit seiner gottlosen Presse entgegenzutreten; dem Judentum mit seinen Anmaßungen ein

Halt zu gebieten: das sind Aufgaben, die sie den Geistlichen verbieten, aber selbst nicht anfassen wollen. Die römische Kirche ist durch und durch eine ecclesia militans; wir haben völlig vergessen, daß der Menschensohn gekommen ist, nicht bloß den Frieden, sondern auch das Schwert zu bringen. Wir glauben, daß es genügt, die Wahrheit zu besitzen; sie mit Energie geltend zu machen, dazu fehlt uns die Unabhängigkeit und Freiheit. Unsere Kirche, an die Fremdherrschaft gewöhnt, beugt sich zu leicht unter die Mächtigen und vernachlässigt die Volkskraft. An den Werken der innern Mission arbeiten wir mit einer wachsenden Emsigkeit; aber das verhindert uns nicht, den Einfluß auf das Volk, besonders auf die Arbeiterkreise zu verlieren. Die Kirche hat eine öffentliche Mission, welche darin besteht, den widerchristlichen Parteibann zu brechen, der jedes Erstarken des evangelischen Lebens hindert, und die christlichen Gedanken in das Staats- und Volksleben hineinzutragen, das danach verlangt. Diese Mission muß getrieben werden; wer sie so in die Herzen werfen könnte, daß die Geister davon ergriffen würden, der hätte unserer Kirche den größten Dienst gethan.

Pflüget ein Neues!

7. Juli 1888.

I.

Mit dem Heimgang der Kaiser Wilhelm und Friedrich ist für das deutsche Volk ein vielbedeutender Zeitabschnitt abgeschlossen. Der Gründer des neuen Deutschland, der in Kriegen und Siegen ohne gleichen, durch Verfassung und Gesetzgebung das Reich geschaffen hatte, ist mehr als neunzigjährig zu seinen Vätern versammelt; sein Sohn, der bei Königgrätz und Sedan dem erlauchten Vater ein Waffengenosse, den geeinten Stämmen ein Zeuge großer Vergangenheit und ein Bürge glücklicher Zukunft war, ist ihm wehmütig schnell nachgefolgt. Eine alte Zeit geht damit zu Ende, und eine neue beginnt. Der Erbe des Thrones ist ein Soldat, wie der Vater und der Großvater; auch er ist von der Liebe des

Volkes getragen, von dem Vertrauen der Fürsten umgeben, von dem Jauchzen des Heeres begrüßt, von der Fürbitte aller Treuen im Lande emporgehoben; treu umstand ihn das alte Deutschland bei seinem ersten Reichstag. Aber er gehört zu dem jungen Deutschland, das auf den Schlachtfeldern Frankreichs noch nicht mit Blut getauft, sondern nur unter den Eindrücken des Kriegs und seiner Nachwirkungen aufgewachsen ist. Ihm ist früh das Vermächtnis Kaiser Wilhelms zur Ausführung übergeben; auf seinem jugendlichen Haupte ruht eine Krone, die nicht bloß Macht und Ehre, sondern viel mehr Arbeit und Kampf bedeutet. Wohl hat Kaiser Wilhelm II. sein Amt im Aufblick zum König aller Könige angetreten, im Geiste seines erlauchten Großvaters zu regieren verheißen und in den inneren Fragen die soziale Botschaft des Jahres 1881, dies monumentum aere perennius, zu seiner Losung gemacht. Immerhin ist seine königliche Aufgabe schwer und sein Weg so ernst, daß er unmittelbar an das Wort gemahnt: Nicht Ross', nicht Reisige sichern die steile Höh', wo Fürsten steh'n.

Die heilige Schrift redet von einer Straße, die durch tiefe Wasser geht, so daß man den Fuß Gottes nicht spürt. Auch wir sind seit einem halben Jahre geheimnisvoll geleitet, schwer geprüft, aber wir spüren den Fuß und die Hand des lebendigen Gottes, der mit den Einzelnen wie mit den Völkern nie bloß Leidensgedanken, sondern immer auch Friedensgedanken hat. Ohne Sorge für die dunkle Zukunft Preußens und Deutschlands ist Kaiser Wilhelm von uns geschieden; in schwerstem Leidenskampfe hat Kaiser Friedrich ausgehalten und obgesiegt; in ihrem gläubigen Sterben ist wie in ihrem reichen Leben zu viel von Gottes Führungen offenbar geworden, als daß wir jetzt auch nur einen Augenblick an der ewigen Güte und Weisheit zweifeln könnten. Wenn ein vielgelesenes Tageblatt der Reichshauptstadt über den Tod Friedrichs III. schrieb: „Wie jämmerlich hat die Vorsehung ihr Werk verpfuscht!" — wir protestieren gegen dies frevle Wort und erblicken darin einen neuen Beweis dafür, wie tief die jüdische Fortschrittspresse in Unglauben und Widerchristentum verkommen ist. Und wenn im Gegensatz dazu das altösterreichische, noch immer grollende „Vaterland" die Trauerfälle unseres deutschen Vaterlandes zu Vergeltungsthaten göttlicher Strafgerechtigkeit zu stempeln unternahm, so können wir diesen Versuch, dem Weltrichter nachträglich in den Arm zu fallen, nur als das Wiederaufleben jenes

gotteslästerlichen Fanatismus bezeichnen, der die Geister allzulange unheilvoll verbittert und unselig verblendet hat. Wir raten dem ultramontanen Schreiber, wenn er durchaus Betrachtungen über Gottes Gerichte anstellen will, seine Beispiele von umgestürzten katholischen Thronen, nicht von einem blühenden Königshause zu nehmen, das mit Österreich in herzlicher Freundschaft und Bundestreue vereinigt ist. So viel wir wissen, ist übrigens diese Stimme in Wien, vermutlich die eines Konvertiten, vereinzelt geblieben. Sonst haben sogar die Gegner Preußens den beiden verklärten kaiserlichen Helden ihren Segen in das Grab gerufen. Und es hat uns in tiefster Seele bewegt, daß der Herausgeber eines französischen Blattes dem freigeistigen Paris zum Trotz bekannte, er sehe in der Geduld und Ergebung Kaiser Friedrichs die Wirkungen wahren Glaubens und könne nicht anders als für ihn beten. — Unser Heiland hat mit seinem Wort bei der Heilung des Blindgeborenen das Richten ein- und für allemal untersagt; dem Christen sollen auch die schwersten Schläge nur Erinnerungen sein, daß die Werke Gottes offenbar werden.

In der That gehört nicht viel Erkenntnis und Verständnis dazu, um in der Wiederaufrichtung des deutschen Reiches ein Werk der göttlichen Vorsehung und in den vollendeten Kaisern Gottes Werkzeuge zu sehen. Wenn der Weltenherrscher droben überhaupt seine Hand in den Schicksalen der Völker hat — und wer will das leugnen? — so ist eine Thatsache von so unermeßlicher Bedeutung wie die Einigung Deutschlands gewiß auf einen besonderen Ratschluß zurückzuführen. Wer die Leiden und Kämpfe des deutschen Volkes in dem Jahrtausend von Karl dem Großen bis zum letzten Österreicher überdenkt und es sich klar macht, daß Gott unserem Geschlecht in wenigen Jahren schenkte, was die tausend Jahre nicht erringen konnten, der muß anerkennen, daß sich hier die Hand des Allmächtigen sichtbar aus den Wolken reckt. Was der katholischen Zeit Deutschlands nicht hatte gelingen wollen, das ist durch die Reformation möglich geworden. Was die Kaiser des heiligen römischen Reiches deutscher Nation bei ihrem Widerstreit mit Papst und Fürsten nicht hatten vollbringen können, das vermochte im friedlichen Bunde mit Fürsten und Völkern ein evangelischer König. Unabhängig von Rom und der alten, ebenso großartigen wie undurchführbaren Kaiseridee, sollte Kaiser Wilhelm ein deutsches Reich der Gewissensfreiheit und der Parität begründen, das ein Hort

des europäischen und des kirchlichen Friedens wäre. Noch ist dies Ziel nicht erreicht, aber es bahnt sich an. Noch droht Kriegsgewölk am Horizont des veränderten Europa, das Verhältnis der Konfessionen in Deutschland ist durch einen falsch geführten Kulturkampf und einen falsch geschlossenen Frieden doppelt verwirrt; wir stehen erst in den Anfängen und haben noch einen weiten Weg vor uns, aber die Aufgabe des neuen Deutschland tritt schon heute klar vor aller Augen. Das Kaiserreich ist der Friede, sagte einer der Staatsmänner Napoleons III., des Kaisers, der immer an Krieg und Eroberung dachte. Deutschland hat die Hand fest am Schwert, aber es will nur behalten, was es erobert hat, nichts mehr gewinnen, keinen Nachbar belästigen, Frieden halten, so viel an ihm ist, mit jedermann; es ist wirklich der Friede. Bereitwillig hat Europa diese Mission Deutschlands anerkannt. Wenn Kaiser Wilhelm in den letzten Jahren seine merkwürdigen Feste feierte, das fünfundzwanzigjährige Regierungsjubiläum, das achtzigjährige Dienstjubiläum, den neunzigsten Geburtstag, dann konnte man auch in den Blättern des Auslandes lesen und in den Reden auswärtiger Minister hören, daß das Deutsche Reich seine Hegemonie in Europa zur Aufrechterhaltung des Friedens anwende, und daß man ihm deshalb die Behauptung derselben gönnen müsse. In Dänemark, Österreich, Frankreich rief die Kunde von dem Hinscheiden Kaiser Wilhelms die herzlichste Teilnahme hervor; Österreich war inzwischen zu einem brüderlichen Bundesgenossen geworden. Es wird sich in der Geschichte schwerlich ein zweites Beispiel finden lassen, daß ungeheure Kriege, Siege, Verschiebungen der Macht und Veränderungen des politischen Gleichgewichtes verhältnismäßig so schnell in ihrem Segen anerkannt sind.

Ähnlich wie auf den Schlachtfeldern bot sich dem deutschen Reiche auch auf der Walstatt der Geister ein wertvoller Siegespreis dar. Unsere Zeit ist von den sozialen Interessen beherrscht. Kapital und Arbeit, Geld und Geist: das sind die Gegensätze, die in ihrer unversöhnlichen Schroffheit das Heil der Welt bedrohen, von deren Lösung die glückliche Zukunft Europas abhängt. Deutschland, obwohl nicht das vorgeschrittenste Industrieland, ist doch zum Auskämpfen der sozialen Frage am meisten berufen. Wenn der deutsche Geist — so schrieb vor ungefähr zehn Jahren ein hochgebildeter Italiener, Katholik, aber Freund des Protestantismus, — den falschen Sozialismus nicht überwindet, so unterliegt die Welt.

In diesem Ausspruch ist Wahrheit. Deutschland, im Herzen Europas gelegen, mit seiner philosophischen Anlage für prinzipielle Auffassung der Dinge und der weit verbreiteten Bildung der Volksmassen, steht in dem sozialen Kampf voran. Nirgends ist so wie bei uns das arbeitende Volk in den breitesten Schichten von sozialistischen Ideen ergriffen, nirgends hat es so hervorragende Agitatoren gehabt und das allgemeine gleiche Wahlrecht benutzen können, um Propaganda zu treiben. Anderthalb Jahrzehnte hat diese Propaganda frei geschaltet und gewaltet; seitdem sie durch das Sozialistengesetz gebunden ist, hat sie durch das Geheimnis und das Martyrium in den großen Mittelpunkten der Industrie noch größere Kraft gewonnen. Das platte Land gehört ihr freilich nicht; aber es ist kein Zweifel, daß bei einem revolutionären Sturm, der durch Europa flöge, die ländlichen Arbeiter ebenso wie die städtischen in Flammen stehen würden; der Zunder ist überall vorhanden. Unter diesen Umständen ist es ganz natürlich, daß das deutsche Reich zu einer die Klassengegensätze versöhnenden Sozialpolitik gedrängt wurde. Auch hier sind nur die ersten Schritte gethan, wichtige Maßregeln unterblieben, die Fabrikgesetze langsam und zaudernd in Angriff genommen; die Sonntagsfrage widerwillig und opportunistisch angefaßt; der heutige Kern der sozialen Frage, die Auseinandersetzung zwischen Kapitalgewinn und Arbeitslohn, wird kaum berührt, der jüdische Mammonsgeist in seiner Gefährlichkeit ignoriert, die sittlich-religiöse Belebung der Volksmassen vom Staat in lauer Weise gefördert; dennoch hat schon die bisherige schwache Initiative, verbunden mit energischer Unterdrückung der Umsturztendenzen, der Arbeiterbewegung eine weniger stürmische Gangart aufgezwungen und die deutsche Monarchie, als die Repräsentantin der Fürsten, mit dem Charakter des sozialen Königtums umkleidet. Daß Kaiser Wilhelm in seiner unvergänglichen Botschaft den berechtigten Anspruch des Arbeiters auf stärkeren Staatsschutz anerkennt und diesen Schutz auf den Fundamenten des christlichen Volkslebens in Korporationen durchzuführen versprach, bedeutet mehr als die bisher gewonnenen thatsächlichen Errungenschaften; es ist ein ganzes soziales Programm, das in seinen Konsequenzen eine veränderte Stellung der Lohnarbeiter schaffen wird und das Königtum als Schirmherrn dieses Prozesses hinstellt. An ein Zurückgehen auf diesem Wege ist nicht zu denken. Die Gefahren des direkten allgemeinen Wahlrechtes sind, wenn überhaupt, nur durch eine bewußte arbeiter-

freundliche Regierung, Verwaltung, Gesetzgebung abzuwenden. In der Novemberbotschaft von 1881 ist eine solche Sozialpolitik verheißen; sie muß auch praktisch getrieben und zur Vollendung geführt werden.

Jedenfalls ist durch diese weitblickende Politik nach außen und innen die deutsche Monarchie auf eine neue Höhe gestellt. Eine siegreiche Machtentfaltung der nationalen Kräfte und eine bedeutende, vom Throne ausgehende Gedankenentwickelung, verbunden mit einer verehrungswürdigen und populären Persönlichkeit, hat das deutsche Kaisertum in Wilhelm I. zu einer historischen Erscheinung ersten Ranges gemacht und nach der schmerzlich kurzen Regierung Friedrichs alle die großen, darin liegenden Aufgaben auf Wilhelm II. vererbt. Er ist der Testamentsvollstrecker seines kaiserlichen Großvaters. Viel ist noch zu thun, obwohl Großes vollbracht ist. Die äußere Macht ist da, die innere muß errungen werden; der äußere Friede ist gesichert, der innere fehlt. In den siebzehn Jahren seit dem Ende des französischen Krieges ist doch das Gute nicht so, wie man erwartete und hoffte, bei uns gekräftigt, und viel Böses ist aufgewachsen. An die Wurzeln des Bösen die Hand und die Axt legen, die Wurzeln des Guten mehr pflegen und stärken, das ist offenbar die Arbeit, an die wir alle uns mit erneutem Eifer stellen müssen. Dabei sind die tieferen Quellen des Volkslebens aufzugraben, Religion, Sittlichkeit, Reinheit zu pflegen. Nur ein thatkräftiges Christentum kann die dunkeln Geister beschwören helfen, die auch in dem starken deutschen Reich ihr Unwesen treiben.

Wer die Entwickelung des deutschen Volkes seit dem französischen Kriege gründlich betrachtet, findet viel Veranlassung, schmerzliche Beobachtungen zu machen. So stark sich Deutschlands äußere Macht und Stellung herausgebildet hat, so wenig wollen die inneren Lebenskräfte gedeihen, auf denen doch zuletzt das Heil eines Volkes, das Wohl eines Staatswesens beruht. Man soll gewiß die Einwirkung von nationalen Thaten und Ereignissen, von Krieg und Sieg auf die Volksseele nicht zu hoch anschlagen, man soll auch von den Tugenden der Königstreue und Vaterlandsliebe keine Rückschlüsse auf die allgemeine Sittlichkeit machen, keine Einflüsse auf die persönliche Religiosität erhoffen, worin bei uns vielfach gefehlt wird; aber man durfte erwarten, daß die Großthaten der Jahre 1870 und 1871 wenigstens das nationale Bewußtsein stärken, das deutsche Ehrgefühl schärfen, den Einheitsgedanken in den Herzen befestigen würden. Auch dies ist nur zum geringen Teil geschehen.

Wohl hat sich in einigen deutschen Staaten, besonders in Sachsen und Württemberg, ein Umschwung vollzogen. Die partikularen Bestrebungen sind in den Winkel zurückgedrängt; in Schwaben herrscht die Reichs- und Kaiseridee so stark wie irgendwo im Vaterland, und in Dresden hat die wundervolle Feier, die dem von Berlin zurückkehrenden König gewidmet wurde, deutlich offenbart, wie sehr man dort den Zusammenhang von Haupt und Gliedern erkennt und wünscht. Auch daß in Baiern trotz der Katastrophe im Königshause und der neuen Regierung der nationale Gedanke, der übrigens in der baierischen Armee überaus lebendig ist, nicht von seinem Wege abkam, mag als ein günstiges Zeichen gedeutet werden, obwohl man nicht vergessen darf, daß diese Thatsache durch die ganze Summe von Konzessionen an Rom und den Katholizismus erkauft ist. Aber damit sind die Gesundheitssymptome auch erschöpft. In Preußen, dem größten deutschen Staat, sind die drei mit den bestehenden Verhältnissen unzufriedenen Parteien, Zentrum, Fortschritt und Sozialdemokratie, so stark, daß man von einer Wahl zur anderen nicht mit irgend einer Sicherheit rechnen kann. Bei der letzten Reichstagswahl war der Eindruck der Kriegsgefahr und die Frage des Septennats stark genug, um die staatsfreundlichen Richtungen zu einer gewissen Einigkeit zu verbinden und dadurch die Opposition im ersten Anlauf zu schlagen. Aber der nationalliberale Egoismus hat seitdem an der erfreulichen Eintracht so lange gerüttelt, bis sie nach kurzem Dasein zerbrach; und die intolerante Engherzigkeit und Freigeisterei dieser Partei versteht die Zeichen der Zeit so wenig, daß sie seit Wochen nichts weiter vermag, als gegen Frömmler, Heuchler, Mucker ihre dummen und grundlosen Salbadereien zu richten. Nichts kann in unseren Tagen thörichter sein, als die positiven und gläubigen Kreise der Unwahrhaftigkeit zu bezichtigen, da doch wirklich nur die goldene Mittelstraße beliebt ist, und nur der Opportunismus Aussicht auf Erfolg und Ehre hat. Das Schlimmste aber ist, daß mit den mittelparteilichen Kreisen, so lange sie in dem rechten Flügel der staatserhaltenden Parteien eine Truppe von Frömmlern und Ultras sehen, ein Zusammenschluß schon aus sittlichen Gründen unmöglich wird, ganz abgesehen davon, daß jener elende, ehrabschneiderische Ton der Anklage beweist, daß die Liberalen wiederum in sittlich-religiösen Dingen nichts gelernt und das bißchen, was sie etwa gelernt hatten, vergessen haben. Natürlich ist das nur Wasser auf die Mühle der Opposition.

In dieser steht trotz vereinzelter Zeichen der Umkehr das Zentrum noch immer voran. An dem neuen Deutschen Reich will in dieser kirchlich-politischen Partei keine rechte Freude aufkommen, offenbar weil ein evangelisches Kaiserhaus an der Spitze desselben steht. Gern wollen wir zugestehen, daß die Katholiken ein Recht haben, über die Art, wie der Kulturkampf ihnen gegenüber geführt ist, noch immer Bitterkeit zu fühlen. Aber wir können auch nicht verschweigen, daß sie in ihrer Stellung dem Staate gegenüber die christliche Pflicht des Duldens ganz außer acht gelassen haben. Hätten sie an Petrus, ihren „ersten Papst" und sein Wort gedacht, so würde sie die Hitze, welche ihnen begegnet ist, nicht befremdet, und sie würden es als eine Freude geachtet haben, mit Christo zu leiden. Aber ihr Kampf war eben kein Leiden mit und in Christo, sondern der Streit einer Weltmacht mit der anderen, ein Messen der Kräfte mit allen irdischen Waffen, nicht ein Überwinden des Gegners durch Geduld. Wenn sie im vorigen Winter auf der Versammlung in Hamburg fast nur von der Weltstellung des Papstes und ihrer Wiedergewinnung geredet haben, so sind damit ihre Gedanken vor aller Welt kund geworden. Darum können sie sich auch jetzt, obwohl sie aus dem Kulturkampf als Sieger hervorgegangen und ihre Beschwerden abgestellt sind, noch nicht zufrieden geben, sondern frondieren weiter trotz Papst und Bischöfen. Als der junge Kaiser auf den Thron kam, herrschte in vielen katholischen Kreisen ein unbegreifliches Mißtrauen gegen ihn. Das ist nun seit der Thronrede, in welcher der freundschaftlichen Beziehungen zu Rom so warm gedacht ist, ein wenig anders geworden; einige katholische Blätter haben für das frische, fromme Auftreten des jungen Monarchen sogar lebhafte Sympathien geäußert. Aber den großen Akt der Teilnahme zweier katholischer Fürsten an dem evangelischen Eröffnungsgottesdienst des Reichstages haben sie sofort wieder übelgenommen und ihrem Unwillen lauten Ausdruck gegeben. — Wir Evangelischen sind ohne jede Schuld in den elenden Kulturkampf hineingezerrt und bei der Beendigung desselben ohne jeden Gewinn geblieben, wir haben in der Thronrede keine Erwähnung gefunden und keine Verheißung empfangen, daß unsere gerechten Forderungen erfüllt werden; nichtsdestoweniger hat der Kulturkampf uns nicht verbittert, sein der evangelischen Kirche so ungünstiger Schluß uns nicht in die Opposition getrieben. Wir leiden, wenn es Gottes Wille ist, freudig, jenem englischen Edelmann gleich, der

als ihm um des Glaubens willen die rechte Hand abgehauen wurde, seinen Hut mit der linken in die Luft warf und rief: Es lebe der König. Warum hat die römische Kirche statt der Demut nur Trotz, statt der Gelassenheit nur Drohung? Ihre Stellung ist für das deutsche Reich eine ungeheure Schwierigkeit.

Eine viel schärfere Kritik noch muß den Fortschritt treffen. Die Katholiken wie die Sozialdemokraten haben für ihr Verhalten wenigstens eine gewisse reale Veranlassung, für ihr Thun eine in den Verhältnissen begründete Unterlage. Die einen wollen ihren kirchlichen, die anderen ihren sozialen Zustand verbessern. Der deutsche Freisinn, wie er sich, in jedem Buchstaben unzutreffend, bezeichnet, ist eine Richtung der Laune, des Übermuts, der Unwahrheit, eine durch und durch unsittliche und irreligiöse Erscheinung. Sein Gegensatz gegen die Bismarcksche Allmacht, der in einer früheren Zeit seinem Auftreten wenigstens Charakter verlieh, hat einem völlig ziel- und planlosen Parteitreiben Platz gemacht, das nur die eigene Vergrößerung sucht. Wesentlich aus Protestanten bestehend, buhlt der Fortschritt in der knechtischsten Weise um die Gunst des Zentrums, und während er die Mücken evangelischer Rechtgläubigkeit mit Ängstlichkeit seigt, verschluckt er die ultramontanen Kamele mit Haut und Haar, ohne nur zu zucken. Eine Partei des Manchestertums und des freien Spiels der Kräfte, hat der Freisinn nach dem Grundsatz, daß edle Seelen sich finden, auch die sozialdemokratischen Bataillone für die Notzeiten der Wahl an sich herangezogen; was die beiden Gruppen verbindet, ist nur die Revolutionsidee, für welche die einen die bewußten, bösen und starken, die anderen die unbewußten, schwachen und feigen Elemente liefern. Eine im Grunde demokratische Gruppe, welche die Parlamentsherrschaft anstrebte, hat der Fortschritt in den Monaten der Regierung Kaiser Friedrichs, dumm und schlecht zugleich, die Rolle eines unredlichen und ungeschickten Hoflakaien zu spielen versucht, geschmeichelt, geheuchelt, denunziert und renommiert, daß verwandte Geister sich mit Ekel von einem so würdelosen Treiben abwandten. Man kann es nicht genug beklagen, daß manche Handlungen des stummen, heimgegangenen Kaisers sich so deuten lassen, als hätte er diesen Leuten Beachtung geschenkt; wir werden noch lange an der Verlogenheit zu leiden haben, mit welcher der Fortschritt sich in seinen schnell verblichenen Purpurmantel der Königstreue drapiert hat und eine ganze Weile drapieren wird. Ein großer Teil der Presse ist

in seiner Hand, und unser Volk ist zu gutmütig, um zu glauben, daß es Zeitungen giebt, in denen so ziemlich alles Gedruckte auch gelogen ist. Der Fortschritt, der sich für eine Volkspartei ausgiebt, obwohl er mit dem Judentum, diesem schlimmsten Feinde des Volkstums, durch dick und dünn geht, hat es durch sein System frecher Angriffe auf alle Autoritäten ohne Zweifel dahin gebracht, daß gewisse Kreise diese Richtung für volksfreundlich halten. Wo aber der Fortschritt das Feld des Volkslebens bebaut, da wächst bald kein Gras mehr; er entfremdet die Menschen ebenso dem Vaterlande wie der Kirche, ebenso der staatlichen wie der kirchlichen Autorität. Die starke Dosis Judentum, die ihm beigemischt ist, verstärkt diesen Zug noch.

Eben das Judentum bildet nun auch die Brücke, welche den Freisinn mit der Sozialdemokratie verbindet. Die interessante Thatsache, daß ein jüdischer Großkapitalist in Berlin die Arbeiter kommandiert, sagt in dieser Beziehung mehr als ganze Reihen sozialpolitischer Broschüren. In einem kürzlich stattgehabten Prozeß, der formell mit einem günstigen Richterspruch, sachlich mit einer vernichtenden Niederlage Singers geendet hat, stellte das Erkenntnis fest, daß die Firma Singer die Menschenkräfte ebenso ausbeute wie jedes andere Geschäft, ja daß ein Teilhaber dieser Firma in zynischer Weise Meistern wie Arbeiterinnen den Rat gegeben hatte, durch Prostitution die schlechten Löhne zu verbessern und billig zu produzieren. Dieser unglaubliche, leider nur allzu wahre Ausspruch war dem Sozialdemokratenchef von Berlin schon vor zwei Jahren entgegengehalten, hatte ihn aber nicht abgehalten, in der Firma zu bleiben, und auch die Arbeitermasse nicht gehindert, diesen Volksfreund mit erdrückender Majorität zu wählen.

Vielleicht ist nichts von allem, was seit Jahrzehnten im öffentlichen Leben vorgekommen ist, so geeignet, die völlige Verderbnis der Zustände in den Tiefen des Volkes zu kennzeichnen, wie dieser Umstand, daß der Teilhaber einer solchen Firma zugleich in Mänteln und in Sozialismus „macht“. Und nun muß man dem gegenüber die schamlosen Angriffe voll erheuchelter sittlicher Entrüstung, die unmittelbar nach Kaiser Wilhelms Tode von dieser Bande in einem Flugblatt gegen ihn, gegen Kaiser Friedrich und den Kronprinzen geschleudert wurden, betrachten, um den ganzen Abgrund zu ermessen, in welchen das sozialdemokratisierte Volk bei uns versunken ist. Ohne jedes sozialistische Ideal, ohne jede Hingebung an die Arbeiter-

interessen wird es lediglich in der Absicht aufgewühlt, der Regierung eine unzufriedene Masse, der Kirche einen gottlosen Haufen entgegenzustellen. Und es ist uns sehr fraglich, ob es geraten ist, wenn diese Verbindung von Fortschritt und Judentum mit der Sozialdemokratie bleibt, das Sozialistengesetz festzuhalten. Dies Gesetz wirft auf die staatserhaltenden Kreise ein Odium, sichert den Fortschritt vor Vernichtung und läßt auch das Zentrum in den katholischen Landstrichen seine Herrschaft über das Volk behaupten. Würde der Sozialdemokratie wieder wie früher freies Spiel gelassen, so würden diese beiden Parteien unzweifelhaft von ihrer gegenwärtigen Operationsbasis abgedrängt und mehr in die Wahrheit geführt werden. Freilich würde ein Fallenlassen des Sozialistengesetzes nur dann möglich sein, wenn die Arbeiterschutzgesetzgebung vorher weiter durchgeführt und die Berufsgenossenschaft der Arbeiter allgemein organisiert wäre. Doch davon später.

Für jetzt möchten wir erst die bedenklichen Mächte schildern, die unser Volksleben an der Gesundung hindern. Es ist doch im höchsten Maße auffallend, daß unter einem so glänzenden Thron, wie der Kaiser Wilhelms war, die demokratischen Volkskreise so wenig gewonnen sind, und daß in einer Zeit, welche die sittlich-religiöse Erneuerung als die höchste Losung auf ihr Panier geschrieben hat, so wenig für höhere Sittlichkeit wie für tiefere Religiosität erreicht wird. Es ist unmöglich, diesen Zustand zu erklären, ohne die Presse zu nennen, die in unseren Tagen mehr als je eine Großmacht und meist in schlechten Händen ist. Vor kurzem erhielt der Herausgeber von einem litterarisch bekannten Mann, der weder orthodox noch konservativ, sondern nur ein ehrlicher, sittlich fühlender Deutscher ist, einen Brief, worin aus genauer Kenntnis der Tageslitteratur folgender Notschrei zu lesen war: „Für eine Gesundung unserer öffentlichen Verhältnisse erhoffe ich nur noch Hilfe seitens der Krone. Diese hat noch die Macht einzugreifen; in der Gesellschaft selbst regiert der Egoismus so schrankenlos wie nie zuvor, und daß aus dem Schoße eben dieser eine Heilung hervorgehen könnte, erscheint wie ein Ding der Unmöglichkeit, seitdem die Presse fast ausnahmslos im Dienste der Verworfenheit steht. Bei dieser letzteren muß der Anfang gemacht werden, und jener durch die Gesetzgebung; es muß alles geschehen, um das öffentliche geistige Leben der Gemeinheit unzugänglich zu machen. Die Losung müßte jetzt heißen: Kampf gegen den Götzendienst des Egoismus, gegen die materialistische

Lebensanschauung; und der müßte so erbarmungslos wie möglich geführt werden. Allerdings ist so gut wie die ganze Judenschaft dem Materialismus verfallen; aber viel gefährlicher ist das ihm verbündete Germanentum, weil dieses sich noch frech mit einem schwindelhaften Idealismus brüstet.“ Diese Sätze eines vom heiligen Zorn entbrannten Schriftstellers führen uns in den Mittelpunkt des Schadens. Juden und Judengenossen beherrschen ein großes Gebiet des geistigen Lebens in Deutschland. Die christliche Gottesanschauung lebt nur noch in kleinen Kreisen, und die christliche Weltanschauung verliert an Kraft und Nachdruck. Eine abnehmende Sittlichkeit beweist das Schwinden der Religiosität, und eine wüste Unzucht, welche alle Schichten des Volkes und die höchsten am meisten durchdringt, kann als der Gradmesser des Jammers gelten. Gewiß ist die ganze Gesellschaft an solchem Krankheitszustand schuld, und die Forderung der Reformation richtet sich zuerst an die in ihr selbst liegenden freien Kräfte. Aber auch die organischen Institutionen, Staat und Kirche, sind mit verantwortlich. Soll es anders werden, so müssen auch sie anders wirken.

Wer die sittlich-religiösen Schäden und Hoffnungen der deutschen Volksseele zu schildern unternimmt, kann an dem politischen Leben und Parteitreiben nicht achtlos vorübergehen. Denn vielleicht in keinem anderen Lande der Welt stehen politische und religiöse Mächte in einer so einflußreichen Wechselwirkung wie bei uns. Man kann von Herzen diesen Mißstand bedauern, und wir gehören zu denen, die ihn aufrichtig beklagen; aber man muß ihn anerkennen, wenn man in den Entscheidungen des deutschen Volkslebens Stellung nehmen will. Nicht bloß bei dem Zentrum ist es so, daß der Katholizismus diese Partei geschaffen hat, und daß das politische Programm ihrer Angehörigen auf die religiöse Haltung des katholischen Volkes zurückwirkt. Fast alle übrigen Richtungen stehen unter demselben Verhängnis. Beginnen wir mit der äußersten Linken und mustern wir die Parteien auf ihre Stellung zum Christentum durch.

Bei der Sozialdemokratie ist es unwidersprechlich, daß der Unglaube an ihrer Erzeugung energisch beteiligt ist und von ihr mit mehr als kindlicher Dankbarkeit gepflegt wird. Wie sie von Anfang an bei uns aufgetreten ist, hat sie das Christentum und die Kirche auf das heftigste bekämpft. Marx, ein ohne Glauben getaufter Jude, war ihr Dogmatiker; Lassalle, ein religions- und

sittenloser Jude, war ihr Agitator. Hierdurch ist dem deutschen Sozialismus gleich von vornherein der Charakter der Feindschaft gegen das Christentum aufgeprägt; seitdem haben evangelische, katholische und jüdische Atheisten gewetteifert, diesen Haß der Sozialdemokratie in alle Adern einzuflößen, und es dahin gebracht, daß die Führer und Eingeweihten der Partei völlig irreligiös sind. Sie halten die Kirche für das Hindernis ihrer Bestrebungen, und ihre Losung lautet: écrasez l'infame. Oft steigt die Irreligiosität bis zu wahnwitzigem, satanischem Ingrimm. Dagegen ist uns aus der modernen sozialdemokratischen Litteratur nur ein einziger Fall bekannt, daß das Christentum vor den Frechheiten verwilderter Agitatoren geschützt wurde. Dies geschah im Jahre 1878 nach dem Auftreten der christlich-sozialen Partei in Berlin. Damals schrieb die „Zukunft", ein wissenschaftliches Monatsblatt der Sozialdemokratie, daß die wüste Verfolgung und Schmähung der Kirche seitens eines Menschen wie Most die rechtschaffenen Arbeiter mit Recht anekeln müsse, und daß man besser thun würde, die Wahrheiten des Christentums für den Sozialismus zu verwerten, anstatt in thörichter Weise die christlich-gesinnten Menschen durch den Haß gegen die Religion abzuschrecken. Diese Stimme blieb ebenso vereinzelt wie die öffentliche Bekämpfung des Sozialismus. Heute steht es so, daß im ganzen und großen die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie in den großen Städten so viel bedeutet wie Abwendung von dem Glauben an Gott und Ewigkeit. In den Arbeiterkreisen ist die Arbeit der Kirche überall, wo die rote Fahne flattert, vielfach unmöglich.

Nicht ganz so steht es in der Partei des „deutschen Freisinns". Aber die Feindschaft gegen die Kirche gehört auch bei ihr beinahe zum Programm. Gewiß gehören dieser Richtung noch manche Leute an, die zu Kirche und Abendmahl gehen; nicht immer bloß unbewußte Christen, sondern vielmehr unkundige und inkonsequente Geister, welche es für möglich halten, trotz der Kirchenfeindschaft der Partei ihre persönliche Religiosität zu bewahren. Aber die Zeitungen des Fortschritts sind ohne Ausnahme gottlos; und die Führer der Partei vertreten öffentlich einen so schrankenlosen Subjektivismus und eine so zügellose Unabhängigkeit der Einzelgemeinde in Pfarrwahl und Predigt, daß dabei eine Kirche nicht bestehen kann. Man sieht hier recht klar, wie die politischen Parteigrundsätze auch für die kirchliche Anschauung entscheidend sind. Eine bis zum Unsinn ausgebildete

Idee falscher Freiheit beherrscht auch die besseren Glieder des „Freisinns“ und macht sie zu einer heilsamen Anteilnahme am staatlichen wie am kirchlichen Leben gleich unfähig. Die unedlen Elemente aber sind dermaßen an das Judentum verraten und verkauft, daß von christlichem Geiste bei ihnen nicht mehr die Rede sein kann. Außerdem spielt das Judentum selbst, und zwar das reformerisch-ungläubige und gewerbsmäßig antichristliche Judentum, in Presse und Politik eine so große Rolle, daß diese Irreligion gleichsam zum Glaubensbekenntnis des Fortschritts geworden ist. Man denke nur an die Berliner Tagespresse. Wo aber ein fortschrittliches Blatt aus Rücksicht auf Geheimräte und Philister, die es lesen, nicht geradezu zum Reformjudentum übergetreten ist, da hat es doch in christlichen Dingen eine so niedrige, unbiblische, bekenntniswidrige Haltung, daß es dem Christentum noch schädlicher ist als die Judenblätter. Beiden Arten von Blättern aber ist es gemeinsam, die Kirche zu beleidigen, die Synagoge zu ehren oder doch zu schonen. — In dem öffentlichen politischen Leben hat der schnelle Tod aller jüdischen Politiker Berlins, Laskers, Straßmanns, Löwes, diese Richtung zur Zeit zurückgedrängt. Im Grunde sind Fortschritt und Judentum in ihren Interessen noch immer völlig identisch; die neunundneunzig Tage der Regierung Kaiser Friedrichs mit ihren Vor- und Nachspielen haben es an der gesamten Fortschrittspresse deutlich für jedermann bewiesen. Auch diese Partei gehört zu den geschworenen Feinden der Kirche; wo sie herrscht, ist für das Evangelium und Bekenntnis, für Kirche und innere Mission wenig oder nichts zu hoffen.

Der Nationalliberalismus repräsentiert nicht die Kirchenfeindschaft, wohl aber im Durchschnitt den Protestantenverein und die Freigeisterei. Der eine oder der andere unter den bedeutenderen Männern dieser Richtung steht höher in der Erkenntnis, begreift die Notwendigkeit eines Bekenntnisses für die Kirche, verwirft die Simultanschulen, nimmt teil an positiv-christlichen Bestrebungen und an den Werken der äußeren und der inneren Mission. Aber das sind nur wenige; das Gros der Partei versteigt sich wohl zu protestantischem Angriff auf Rom, nie zu evangelischem Zeugnis für den Gottessohn. Die Presse ist der beste Gradmesser einer Richtung; es ist für die nationalliberalen Zeitungen charakteristisch, daß keine einzige grundsätzlich auf seiten des gläubigen Christentums steht. Auch ist es merkwürdig, aber nicht erstaunlich, daß je länger, je mehr die

bekenntnistreuen Kirchenglieder, welche früher, besonders in Süddeutschland und am Rhein, zur nationalliberalen Partei gehörten, aus derselben ausscheiden und konservativ werden. Und sicher kann eine Richtung, die sich jahrelang von einem Juden hat führen lassen, der Kirche nur gleichgiltig gegenüberstehen. Nicht in diesem Zusammenhang, sondern unter dem politischen Gesichtspunkt sagt der verstorbene Bluntschli irgendwo in seinen Memoiren: Lasker ist unser Unglück gewesen. Man kann sagen, daß der Nationalliberalismus noch heute mit dem Laskertum verbunden ist. Er kann die Juden nicht los werden. Sie speisen seine Agitationskasse; besonders seitdem der Fortschritt durch seine pöbelhaften Elemente auch in Börsenkreisen mißliebig und unanständig geworden ist, sind gewisse Großjuden, die in Berlin jedermann kennt, bereit, mit dem gemäßigten Liberalismus zu gehen. Es ist aber zweifellos, daß unser Liberalismus so lange weder wahrhaft national, noch recht evangelisch sein kann, als er auf das Judentum zarte Rücksichten nimmt, die er der christlichen Kirche nicht erweist. Auch hier sind es übrigens politische Irrtümer, die sich ins Kirchliche umsetzen und durch falsche Auffassungen des Christentums wiederum verstärkt werden. Der gegenwärtige Liberalismus ist individualistisch und ohne Verständnis für die Korporation, optimistisch und ohne Würdigung der Autorität. Er hält auch im Gebiet der Religion die Menschen im Grunde für gut und weise, verkennt die Notwendigkeit der Offenbarung wie der kirchlichen Ordnung und ist deshalb für die kirchlichen Aufgaben im ganzen nicht zu brauchen. Unzählige Debatten im Landtage haben es gezeigt, daß neben einzelnen wohlwollenden Männern verständnislose Leute die Mehrzahl bilden, welche die Kirchenpolitik der Partei nicht zu irgend einem Ergebnis kommen lassen.

Gehen wir zu den Freikonservativen über, so beginnt hier ebenso wie bei den Konservativen der politische Standpunkt von dem religiösen unabhängig zu werden; wie denn auch die religiösen Gesichtspunkte in der Rechten nicht durchschlagend wirken, und ein kirchenpolitisches Programm nicht vorhanden ist. In den letzten Zeiten haben bei der Besprechung religiöser Dinge in der freikonservativen Presse noch stärker als sonst schlimme Geister ihr Wesen getrieben. Was die „Post“ bei Gelegenheit der Walderseeversammlung an ordinären Redensarten, wie „Stöckerei und Muckerei, Pfaffen und Junker“ leistete, ist noch in aller Erinnerung lebendig. Auch

jetzt ist dies Blatt in der Bekämpfung der eingebildeten Muckerei, Frömmelei und Heuchelei mit den Nationalliberalen ganz einig. Wir wissen freilich genau, daß die freikonservative Fraktion, vielleicht mit Ausnahme eines einzigen Mitgliedes, dieses Treiben mißbilligt. Aber so lange sie es duldet und nicht öffentlich verurteilt, ist sie dafür mitverantwortlich. Es geht ihr nämlich wie der kirchlichen Mittelpartei, daß Männer, die sich von den Positiv-Unierten oder Konfessionellen in ihrer Glaubensstellung kaum unterscheiden, aus falscher kirchenpolitischer Beurteilung der Lage mit Linksstehenden zusammenhalten. Man könnte deshalb die Freikonservativen mit der Mittelpartei beinahe identifizieren. Und ebenso wie diese wird auch die freikonservative Partei nie zu einer kirchlichen Aktion kommen.

Ein wenig günstiger steht es bei den eigentlich Konservativen. Sie werden für die Unterstützung der Kirche, für Beseitigung schreiender Notstände, für konfessionelle Schulen und Geltendmachung der Bekenntnisse immer eintreten. Aber wenn es sich um eine große kirchenpolitische That handelt, wie um Selbständigmachung der Kirche oder um eine christlich-soziale Aktion, wie die energische Durchführung der Sonntagsruhe, oder um eine sittliche Schutzmaßregel, wie die Verhinderung des Lotterienwachstums, da fehlt die Geschlossenheit, zumal wenn es gilt, im Gegensatz gegen die Regierung den Standpunkt zu behaupten. In solchen Dingen spaltet sich die Partei und ist deshalb unkräftig. — Prinzipiell mag es ja vielen korrekt erscheinen, daß die religiösen und kirchlichen Gesichtspunkte die politischen Entschließungen nicht bestimmen; bei uns, wo die anderen Parteien ihre Position in christlichen Dingen fest eingenommen haben, ist es doch ein ungeheurer Schade für die evangelische Kirche, daß wohl der Katholizismus und das Judentum, der Unglaube und die Freigeisterei stark verteidigt werden, daß aber das lebendige, christliche und kirchliche Bewußtsein der evangelischen Kirche in den Parteien und im öffentlichen Leben keine ausreichende Vertretung hat.

Liegt es aber so, dann kann man sich über die Zerrüttung des deutschen Geistes nicht wundern. Unser Volk bedarf einer starken evangelischen Kraft, die es hebt und trägt. Ist diese nicht vorhanden, treten andere Geister auf den Plan, so ist der deutsche Geist gefährdet. Wir erkennen gern an, daß von der katholischen Kirche, wenigstens bei uns, starke sittliche und religiöse Einflüsse geübt werden, die auch dem Volksleben zu gute kommen, wenn auch durch die einseitige Betonung des kirchlichen Gehorsams, als der ersten

Christenpflicht, das Gewissen geschädigt, die sittliche Norm verbogen, das christliche Bewußtsein geschwächt wird. Das Judentum dagegen, besonders bei der Verhätschelung, die ihm von manchen Seiten begegnet, und bei dem Übermut, den es im öffentlichen Leben ausübt, wirkt nur schädlich, sogar bei seinen eigenen Anhängern. Von dem sozialdemokratischen Gotteshaß und dem kirchenfeindlichen Fortschritt ist an sittlich-religiöser Förderung nichts, von der nationalliberalen Freigeisterei und dem freikonservativen Opportunismus wenig zu erwarten. Die Konservativen aber ebenso wie die Regierung selbst legen auf die Pflege der inneren Lebensmächte wie auf die Bekämpfung der verderblichen Gewalten kein entscheidendes Gewicht. Die evangelische Kirche ist ihrer ganzen Lage nach nicht imstande, gegenüber jenen starken Potenzen ihren reinen Glauben, ihre biblischen Anschauungen durchzusetzen. Darf man sich bei einem solchen Zustande der Dinge verwundern, daß das deutsche Volkstum trotz alles äußeren Glanzes, trotz aller kriegerischen Macht, trotz aller diplomatischen Erfolge innerlich nicht recht gedeiht?

Wo das Evangelium nicht wirkt, treten andere Einflüsse hervor. Die materialistische Weltanschauung beherrscht weite Kreise in einem Grade, wie der, welcher dem Volk nicht nahe steht, gar nicht ahnt. Reich werden und Genießen sind hier die Triebkräfte des Lebens. Der Mammonismus, der dem deutschen Geist so ganz besonders entgegen ist und vor einem Menschenalter noch kein deutscher Fehler war, ist heute bei uns mit seinen Verwüstungen eingekehrt. Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon, hat Christus scharf, wie bei keinem anderen Erdengut behauptet. Wie immer hat Gottes Wort auch hier recht. Die Geldgier tötet den Glauben. Sie zerstört die Redlichkeit und Treue. Und wie zu allen Zeiten, ist sie auch gegenwärtig mit der Entfesselung der Lüste verbunden. Das Familienleben lockert sich, die feinere und gröbere Prostitution, das Aushalten und Maitressenwesen, ebenso wie die Unzucht der Gasse und der Kneipe wächst riesengroß ohne eigentliche Gegenwirkung. — Der Mammonismus macht schlecht, hart, egoistisch. Die sozialen wie die sittlichen Übel fließen aus derselben Quelle. Das Ich, der dunkle Despot, wie ein morgenländischer Dichter diesen gefährlichsten Götzen der Menschheit nennt, setzt sich auf den Thron, wo Gott walten und die Liebe regieren sollte. Pietät in Herz und Haus, Humanität im Güterleben und Verkehr, Autorität in Staat und Kirche treten vor dem schrankenlosen Egoismus zurück. Das allzu-

starke Geltendmachen individueller Neigung und Abneigung ist ein Fehler. Der Deutsche hatte immer die große Versuchung, daß er sein persönliches Fühlen dem Wohl des Ganzen nicht unterzuordnen verstand; heutzutage beherrscht dieser Zug in einem Maße das öffentliche Leben, daß gewissen Persönlichkeiten und Richtungen Vaterland und Kirche nichts mehr bedeuten gegenüber dem eigenen, beschränkten Denken und Wollen. Häßliche, bis zur Karrikatur entartete Bestrebungen des Parteilebens sind eine Folge des schnödesten Egoismus. — Der Atomismus ist die Frucht des Mammonismus und Egoismus. Sie waren verschmachtet und zerstreut wie Schafe, die keinen Hirten haben; mit diesen Worten schildert das Evangelium die Stimmung und Stellung der großen Massen zu seiner Zeit. Für unsere großstädtischen Volksmengen gilt dies Wort noch immer; ja unseres ganzen Lebens bemächtigt sich durch den Mangel der inneren Einheit, durch das Fehlen gemeinsamen Glaubens eine Zusammenhangslosigkeit, die das Volksganze bedroht. Und in diesem Zersetzungsprozeß treibt nun das Judentum, welches Mommsen in seinen klaren Zeiten ein Element der Dekomposition genannt hat, sein verhängnisvolles Spiel in Handel und Wandel, in Kunst und Wissenschaft, in Presse und Politik.

Wir können die regierenden und staatsmännischen Kreise von der Schuld an diesem Stand des öffentlichen Lebens nicht freisprechen. Wohl sucht man den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen, aber viel zu sehr mit mechanischen Mitteln; der Umstand, daß zum Beispiel in Berlin die Staatsregierung der religiösen Verwahrlosung der Massen, der Kirchenlosigkeit wie der fehlenden Seelsorge gleichgiltig gegenübersteht, auch wenn in den Vorstadtgemeinden, je größer sie sind, die sozialdemokratischen Abgeordneten desto glänzender gewählt werden, — schon dieser eine Umstand beweist, wie wenig der tiefste Schade erkannt wird. Auch gegen den Fortschritt wird von der Regierung gearbeitet; aber die Wurzeln werden nicht aufgedeckt, weder der unkirchliche Charakter dieser Partei noch der jüdische Einfluß in derselben. Was die Beziehungen zur Kirche, der katholischen wie der evangelischen, betrifft, so ist man überhaupt Opportunist, dem Papst, mit dem man verhandeln kann, noch eher geneigt als den ungreifbaren Mächten, welche in den Kirchenbehörden, Synoden, Fakultäten, Richtungen der evangelischen Kirche verborgen und alle darin eins sind, daß sie Mächte sind, aber keine Macht. Besonders unbegreiflich ist die unthätige Stellung der Regierungen

und Parlamente dem Judentum gegenüber, und zwar nicht bloß bei uns. In ganz Europa erhebt sich, aus dem gesunden Volksinstinkt und der Erkenntnis der Patrioten und Christen geboren, eine Bewegung gegen die Anmaßung und Übermacht des Judentums. Man weiß in den staatsmännischen Regionen ganz gut — wir haben Beweise davon —, wie gefährlich das jüdische Treiben ist. Aber man wagt oder versteht es nicht, die Abwehr gegen diese Gefahr zu organisieren. Gegen einen einzelnen Cholerafall oder einen einzigen Koloradokäfer bietet man die Macht der Staaten auf; Jesuiten exiliert man, Sozialdemokraten weist man aus. Warum begegnet man der unerträglichen Überhebung und Verderbnis des Judentums nicht?

Die Besprechung der Judenfrage ist vielfach unbeliebt. Nicht bloß Juden und Judengenossen nennen jedes Anrühren dieses schwierigen Gegenstandes eine Hetze; auch wohlgesinnte, konservative christliche Männer meinen, man thue am besten, die Sache ruhen zu lassen. Entweder fürchtet man den Streit, den die jüdische Presse zusammen mit ihren vielen Bundesgenossen in der heftigsten Weise und zwar immer persönlich auflodern läßt. Oder man meint, daß bei der vorhandenen Macht der Juden, bei ihrem Reichtum und Einfluß ein Erfolg doch nicht möglich sei, und daß man deshalb thöricht handle, sich an diesen ehernen Stirnen und eisernen Nacken den Kopf einzurennen. Noch andere haben die irrige Vorstellung, daß man aus Pietät gegen das, was Israel war, die kommerziellen und sozialen, litterarischen und politischen, moralischen und religiösen Sünden der heutigen Juden mit Liebe bedecken, Mission an ihnen treiben und die glorreiche Zeit erwarten solle, in der ganz Israel sich bekehrt, die Decke von ihren Augen und der Fluch von ihrem Geschick genommen ist.

Gewiß soll man auf Israels Bekehrung hoffen und mit aller Treue an derselben arbeiten. Aber es leidet keinen Zweifel, daß nichts der Mission an dem einstigen Volke Gottes mehr entgegensteht als der irreligiöse Einfluß, den das moderne Judentum unter den christlichen Völkern, und nirgends mehr als in dem protestantischen Deutschland ausübt. Ja, es ist beinahe unmöglich, daß ein Jude vor jenem bei uns so häufig vorkommenden Protestantismus, der das gläubige Christentum haßt, das Reformertum achtet, das altgläubige Judentum anerkennt, irgend etwas anderes als die tiefste Verachtung empfinde. Ein Christentum, das in jedem

gegebenen Falle für Rabbiner und Juden trotz ihres zügellosen Fanatismus eintritt, dagegen evangelische Pastoren und gläubige Christen in lügenhafter Weise als Heuchler und Frömmler brandmarkt, das den Sonntag entheiligt, die Kirche verachtet, das Bekenntnis mit Füßen tritt, ist gänzlich unfähig, den Geist der Mission an dem unter uns lebenden Judenvolke zu erzeugen. Dahin aber hat es die Judenpresse, nicht allein jedoch in erster Linie, gebracht, daß ein großer Teil unseres Volkes, wie vom Taumelgeist ergriffen, seiue Heiligtümer preisgiebt. Wer die Judenmission wirklich im Herzen trägt, muß diesen Zustand zu ändern suchen; denn die wirksame Judenmission kann nicht von den Missionsgesellschaften, sondern nur von dem christlichen Volke getrieben werden, das im Glauben an den Gottessohn und in der Liebe zu seiner Kirche steht. In diesem Sinne ist die antijüdische Bewegung, welche in ihren edleren Bestrebungen an der christlichen Erneuerung der Völker arbeitet, eine Handlangerin der Judenmission und verdient den Tadel nicht, der ihr in diesen Kreisen widerfährt.

Hoffnungslos ist diese Bewegung nicht; in dem Jahrzehnt, während dessen sie besteht, hat sie das ganze Europa ergriffen und ist auch in die übrigen Erdteile gedrungen. Und die Juden selber sorgen dafür, daß sie, wenn einschläfernde und entmutigende Ereignisse ihr ein Halt gebieten, bald wieder in größerer Kraft lebendig wird. Allmählich kommt es überall zum Bewußtsein, daß die internationale Macht des Judentums für das Leben der christlichen Völker durchaus verderblich ist; selbst in dem republikanischen Nordamerika sind die Geister wach geworden, und sehr häufig kommen gerade von dort an den Herausgeber der „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung“ Anfragen, Bestellungen, Ermutigungen, Bitten um Rat von Männern deutscher wie englischer Zunge. — Gewiß ist der jüdische Mammon stark und mächtig; um so stärker, je gewissenloser er in den Dienst der jüdischen Interessen gestellt wird. Aber „der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte.“ Und unbesieglich ist der jüdische Ring wahrhaftig nicht; in Berlin ist, nach dem Worte eines angesehenen Juden, das Judentum um hundert Jahre zurückgeworfen.

Freilich, wer sich feig vor dem Kampf fürchtet, thut gut, von dem Kampf gegen das Judentum abzumahnen. Dieses Volk ist noch heute so voll Haß und Leidenschaft wie in den Tagen, als es rief: Kreuzige, kreuzige! Wer mit ihm anbindet, riskiert Ehre und

Existenz. Aber eben darum muß eine Macht, die der Freiheit der Völker wie der Einzelnen so gefährlich ist, auf das gebührende Maß zurückgeführt werden. Ereignisse der letzten Zeit haben mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, daß diese Macht unerträglich ist.

Die „Kreuzzeitung" hat kürzlich in einem bemerkenswerten Artikel, der die Kurse an der Berliner Börse um 1—1½ Prozent fallen ließ, die Infamie gekennzeichnet, mit welcher die Judenpresse aller Länder das preußische Königshaus behandelt. Auch die Höchsten der Erde sind nicht mehr sicher vor dem Ostrazismus dieser sechsten Großmacht, die nach einem bestimmten internationalen Plane arbeitet und entweder, wenn es nötig ist, gegen ihre Feinde eine allgemeine Kanonade in der gesamten europäischen Presse eröffnet, oder, wenn das nicht geht, in Wien schreiben läßt, was in Berlin vor den Staatsanwalt führen könnte, und in Paris und London druckt, was man auf deutschem Boden nicht sagen darf. In der That ist es verabscheuungswürdig, wie mit berechneter Bosheit seit geraumer Zeit Prinz Wilhelm, Kronprinz Wilhelm, Kaiser Wilhelm mit seiner Gemahlin von diesen Frevlern der Feder angegriffen wird, aus keinem anderen Grunde, als weil er christlich und deutsch fühlt, weil man ihn für keinen Freund der Juden hält. Es ist nämlich heute nicht mehr genug, dem Judentum nichts zu leide zu thun, es gewähren zu lassen. O nein, Fürsten und Minister, Künstler und Schriftsteller, Kirchenmänner und Politiker, die in der europäischen liberalen Presse vor Beschimpfung sicher sein wollen, müssen der jüdischen Internationale eine tiefe Verbeugung machen, öffentlich ihre Verehrung des Judentums wie ihren Abscheu gegen den Antisemitismus vor Zeugen dokumentieren; erst dann sind sie gefeit, ja dann können sie eigentlich machen, was sie wollen, ohne öffentlichem Tadel zu begegnen. — Jener Kreuzzeitungsartikel, der die Judenpresse treffend eine „unheilige Vehme" und ihr Treiben ein „Monopol der öffentlichen moralischen Einschätzung" genannt hat, berücksichtigt nur das deutsche Kaiserhaus. Hier ist durch die Ereignisse der letzten Zeit die verruchte Praxis so hell an das Tageslicht getreten, daß auch Kurzsichtige dieselbe mit Schrecken wahrnehmen. Für die Kundigen ist das Geheimnis längst offenbar gewesen. In der großen wie in der kleinen, in der internationalen wie in der nationalen Presse sucht das Judentum einen beherrschenden Einfluß, um alle Personen wie alle Dinge nach seinem Interesse zu mißhandeln oder zu vergöttern. Es ist dies nur ein einzelnes von den Gebieten, auf

welchen das Gebäude der jüdischen Übermacht aufgerichtet wird. Die Börse ist eine zweite Provinz dieses Reiches, in welcher der Jude König ist; gewisse Artikel, z. B. Korn und Spiritus, sind völlig in seinen Händen. — Die Advokatur ist eine dritte Machtsphäre; von 27 Advokaten, die bei der Einführung der neuen Justizordnung mit einem Male nach Berlin kamen, waren 21 Juden. Wir würden dagegen an sich nichts einzuwenden haben. Ist doch Teilung der Arbeit eine der Bedingungen des rechten Erfolges. Aber die Juden suchen nur solche Erwerbsarten auf, die Reichtum oder Einfluß bringen; und sie verderben alles, worauf sie die Hand legen. Noch nicht zehn Jahre ist die freie Advokatur eingeführt, und von allen Seiten hört man klagen, daß das eindringende Judentum, ehrenvolle Ausnahmen abgerechnet, den Stand der Rechtsanwälte durch rücksichtslose Konkurrenz und zweideutige Handlungsweise herunterbringt. Die Börse, das wichtige Organ des finanziellen Blutumlaufs, ist unter der jüdischen Herrschaft ein Institut geworden, dem der eine Minister den Namen „Giftbaum" giebt, ein anderer Minister den Vorwurf macht, daß die Börsensteuer vielfach unterschlagen werde, dem der Fürst Bismarck noch in den letzten Wochen das Termingeschäft in Produkten hat erschweren müssen, weil dadurch die notwendigen Lebensmittel zu reinen Gegenständen der Spekulation gemacht wurden. Was die Tagespresse, die Journalistik, das Theater, die Kolportage mit Unsittlichkeiten und Schauerromanen unter hervorragender Mitwirkung der Juden geworden sind, liegt vor aller Augen. Es ist überall dasselbe Bestreben, gewisse Gebiete des öffentlichen Lebens mit Beschlag zu belegen, unter den Bann des jüdischen Interesses zu stellen, mit allen Mitteln, erlaubten und unerlaubten, okkupiert zu halten. Eben hierin liegt eine ungeheure Gefahr des Volkslebens, die um so größer ist, je geistiger die Gebiete sind, auf denen die jüdische Gewaltherrschaft aufgerichtet wird.

Man macht den antijüdischen Bestrebungen oft den Vorwurf, daß lediglich Geldneid, Gier nach dem jüdischen Golde dieselben hervorgerufen habe. Wäre dies der Fall, so verdienten dieselben keinerlei Unterstützung. Allerdings wäre auch das unbequem und auf die Dauer nicht zu ertragen, wenn die Juden bei uns unverhältnismäßig reich würden. Es ist keiner Nation zuträglich, daß in ihren großen und kleinen Städten die größten Vermögen, die besten Straßen, die schönsten Häuser in den Besitz von Fremdlingen kommen, die mit dem Volke nie ganz verwachsen. Von dem Gelde

sind zu viel Verhältnisse abhängig, — wir erinnern nur an die Arbeiter- und Dienstbotenfrage in Verbindung mit dem Sabbat, — als daß man wünschen könnte, Leute anderen Glaubens, anderer Moral in dem vorwiegenden Besitz desselben zu sehen. Aber nie, meinen wir, würde in unserem Jahrhundert die Judenfrage zu solcher Gewalt der Diskussion gekommen sein, wenn die Juden nur reich wären, im übrigen bescheiden, zurückhaltend, voll Ehrfurcht für den Glauben des Volkes, unter dem sie leben, und voll Achtung für die herrschenden Sitten. Was den Kampf gegen diese halbe Million in Deutschland zu einer Pflicht machte, das war der Mißbrauch des Reichtums zu ungebührlichem Einfluß, zur Bedrückung des Erwerbslebens, zur Beschlagnahme der Presse, zur Verderbnis des Volksgeistes, zur Beleidigung des Christentums, zur Unterstützung der politischen und sozialen Demokratie.

Freilich, hört man die Juden selbst, so sind sie die unschuldigen Lämmer, die von fanatischen Wölfen um ihres Glaubens willen wie im finsteren Mittelalter verfolgt und zerrissen werden. Noch vor wenigen Tagen hat ein angesehener belgischer Jude, Kahn, Präsident der städtischen Hospitäler in Brüssel, einen offenen Brief geschrieben, worin mit der jammervollsten Miene, unter Beteuerung der höchsten Tugendhaftigkeit und unter Androhung der schwersten göttlichen Strafen das Märchen von neuem aufgewärmt wird, als handele es sich in dem entbrannten Kampf um religiösen Haß. Gerade das Umgekehrte ist richtig. Die Judenschaft in Deutschland, und zwar ohne Ausnahme, hat bis vor einem Jahrzehnt teils mit Jauchzen, teils in schweigender Mitschuld zugeschaut, wie ihre Söhne das Christentum und die Kirche herunterrissen, Prediger und Laien aus keinem anderen Grunde, als weil sie gläubige Christen waren, mit Schmutz bewarfen. In Berlin begann der Streit mit einem öffentlichen, frechen Angriff des jüdischen Stadtverordnetenvorstehers auf die positive Richtung der evangelischen Kirche. Das war ein Fall von hunderten; er brachte daß Maß des christlich-deutschen Unwillens zum Überlaufen. Die religiöse Intoleranz, das ganz unverantwortliche Benehmen der jüdischen Minderheit in unseren Religionssachen: das war es, was die Abwehr zu einer Ehrensache machte. Ein Israelit aus einer der alten, ehrenwerten und königstreuen Berliner Familien, die leider unter dem Geschick ihrer Glaubensgenossen mit seufzen müssen, sagte einmal: Wir Berliner Christen müßten kein Ehrgefühl gehabt haben, wenn wir uns das

Betragen der Juden auf die Dauer hätten gefallen lassen. Aber, fügte er hinzu, wir alten, ehrlichen Juden leiden unter den schlesischen und polnischen Einwanderern noch mehr als Sie. — Herr Kahn glaubt in seiner unnatürlichen Aufregung, daß die Führer der antijüdischen Bewegung vor Gewissensbissen schlaflose Nächte haben müßten. Er darf darüber ganz ruhig sein. Wir Protestanten kennen keine verdienstlichen Werke. Aber wenn es solche gäbe, so wäre es in unseren Tagen gewiß eins der verdienstlichsten, die christlichen Völker auf das schimpfliche Joch, das sie tragen, aufmerksam gemacht und zum Befreiungskrieg aufgerufen zu haben. Herr Kahn findet, daß die antijüdische Bewegung beunruhigende Dimensionen annimmt; uns beunruhigt sie nicht, sie scheint doch auch die Juden selbst so wenig zu beunruhigen, daß sie in ihrem Zeitungsterrorismus noch in den letzten Wochen Kaiser und Kaiserin anzugreifen wagten. Ehe das Judentum nicht, sichtbar für jedermann, auf diese Schreckensherrschaft in politischen und kirchlichen Dingen verzichtet, kann und darf kein Friede werden.

Gewiß ist es nicht gut, daß eine so heiße Angelegenheit in privaten Händen liegt. Die persönliche Agitation hat lange genug gedauert. Es ist Zeit, daß etwas Thatsächliches geschieht.

Die Kirche kann nicht viel thun, da sie zu wenig Einfluß hat. Sie hat nur vor allem die falsche Stellung aufzugeben, die in dieser Sache ihre Kräfte lähmt, und in ihren Gliedern das Gefühl zu wecken, daß für die ecclesia militans hier eine Aufgabe liegt. „Sie sagen, sie sind Juden, und sind des Teufels Synagoge.“ So schreibt der Jünger der Liebe in den sieben Briefen der Offenbarung zweimal. Als Kollektivmacht betrachtet sind die Juden noch heute dasselbe, was sie damals waren. Sie versuchen, verführen, verklagen. Sie versuchen mit ihrem Gelde; sie verführen durch Spott und Haß zum Unglauben, durch Räsonnieren und Revolutionieren zum Umsturz; sie verklagen, nachdem ihnen die Verführung gelungen ist, die Völker und spotten hohnlachend auch über Deutschland. Es ist wahr, nur ein Teil der Judenschaft handelt so; aber dieser Teil ist maßgebend, und die anderen helfen oder schweigen.

Daß die Staatsregierung und die Parlamente diesen Zustand der Dinge ruhig mit ansehen, hat uns immer mit Erstaunen erfüllt. In unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik geschieht ja einiges, das den jüdischen Mammon einschränken und seinen Einfluß verringern wird. Auf den übrigen Gebieten aber läßt man die jüdische Stellung

ungefährdet bestehen. Wir geben zu, daß es nicht leicht ist, praktisch vorzugehen. Die Zurücknahme der Emanzipation, nachdem einmal dieser für uns wie für die Juden unheilvolle Schritt gethan ist, wäre doch nur erst dann möglich, wenn das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit es wollte; zunächst tritt eine solche Maßregel nicht in unseren Gesichtskreis. Aber gewisse Punkte sind spruchreif. Das Überwiegen der Juden in der Advokatur, das Mißverhältnis ihrer Zahl in den höheren Schulen, — in den oberen Klassen oft bis zu einem Drittel und mehr, — ihr Eindringen in die Volksschulen, — in Berlin haben einige Schulen mehr als hundert Judenkinder —: das sind Mißstände, die verhältnismäßig leicht auf dem Wege der Gesetzgebung und Verwaltung zu ordnen wären, wenn nur die Regierungen wollen. — Schwerer ist der Notstand in der Presse zu heben; aber er ist so groß, für Staat und Kirche so gefahrdrohend, daß die Regierung über kurz oder lang dazu gedrängt sein wird, gesetzgeberisch vorzugehen und den Radikalismus im allgemeinen, wie das radikale Judentum im besonderen schärfer zu treffen. — Am schwersten wird es sein, mit staatsmännischen Mitteln dem gesamten Judentum eine richtigere Lage innerhalb der Nation anzuweisen. Soll die Mammonsherrschaft, die uns wie alle Völker ruiniert und in das soziale Verderben treibt, die ihren Hauptthalt im Lager des Judentums hat, gebrochen werden, so wird eine nationale und christliche Politik anfangen müssen, diesen eigentlichen Ursachen des öffentlichen Unbehagens nachzugehen und die tiefer liegenden Kräfte des Guten in Bewegung zu setzen. Wie die Dinge in Deutschland liegen, vermag das kein Einzelner, keine Partei; nur die Regierungen können in solchen schwierigen Fragen die Initiative ergreifen. Wenn sie es thun, sind sie der Hilfe aller besten Bürger gewiß. Und wir sind überzeugt, eine solche Politik würde die heilsamsten Rückwirkungen auf das ganze Volksleben ausüben. Nach einem Worte Friedrich Wilhelms IV. ermorden sich in den „Hugenotten" Protestanten und Katholiken, und der Jude macht die Musik dazu. In dem Parteileben ist es nicht viel anders. Sollte das nie aufhören?

Der Staat, wenn er auf seinem Gebiete nicht an die Wurzeln des Bösen dringt, die Presse, die Mammonsherrschaft, das Judentum nicht angreift, wird der zerstörenden Geister nicht Herr werden. Er hat sich überdies in dem allgemeinen gleichen direkten Wahlrecht ein zweischneidiges Schwert geschmiedet, das sich ebenso gut gegen

ihn kehren kann, wie es am Anfang einige Jahre für ihn gefochten hat. Ob diese Einrichtung je wieder beseitigt werden kann, ist mehr als fraglich. Ohne Gefahr für die Ruhe und Sicherheit würde es nicht geschehen können. Jedenfalls müßte erst einmal der Versuch gemacht werden, das Volksleben mit derselben Energie in gutem Sinne zu beeinflussen, wie es gegenwärtig von den bösen Mächten geschieht. Unser Wahlsystem setzt, wenn es das Land nicht verderben soll, eine unermüdliche und beständige, patriotische, sozialreformerische, sittliche, christliche Arbeit an der Volksseele voraus. Wenn diese Arbeit unterbleibt, oder, wo sie geschieht, ungern gesehen und zurückgedrängt wird; wenn dagegen die schlechte Presse und die Judenherrschaft unbeanstandet ihre Macht entfalten dürfen; wenn schlimme Gebrechen des öffentlichen Lebens, wie Prostitution und Trunksucht, ungehindert aufwachsen; wenn wohl gar, wie wir es um die Wende dieses Jahres erlebt haben, Zeitungen, die als Regierungspresse gelten, christliche Bestrebungen mit den unerlaubtesten Waffen bekämpfen —: dann ist nicht abzusehen, wie die ungünstige Entwicklung, welche wir beklagen, aufgehalten werden soll. Das Staatsleben kann weder gute noch fromme Menschen schaffen, aber es muß der Kirche die gesunde Basis sichern, auf welcher sie ihre sittlich-religiösen Kräfte zum Aufbau des Volkslebens verwertet. In diesem Sinne muß die Kirche der Unterstützung des Staates gewiß sein, wenn sie ihres Amtes warten soll. Und so lange der Staat die Kirche beherrscht, das Oberhaupt desselben zugleich Oberhaupt der Kirche ist, müssen wir vom Staate eine viel stärkere Förderung der kirchlichen Zwecke fordern. So lange das Staatskirchentum noch dauert, muß es der Kirche in ihrem volkstümlichen und bekenntnismäßigen Bestande helfend zur Seite treten. Die Kirche äußerlich mit ein paar mühsam erbetenen Brocken abspeisen, innerlich den Zwiespalt der Richtungen bestehen lassen und mit staatlichen Mitteln, besonders der Professorenernennung, noch verstärken: das verträgt die Gegenwart nicht. In Preußen gilt es seit Jahren als Regierungsmaxime, die römische Kirche als Kirche zu behandeln, dagegen die kirchliche und bekenntnistreue Richtung der evangelischen Kirche als eine der Parteien anzusehen, die mit einander um Geltung streiten. Nicht einmal die Generalsynode hat so viel Ansehen, daß ein Gesetz, welches von ihr beschlossen, vom Landtag gutgeheißen, beide Male vom König vorgelegt war, vollzogen wird. Dabei kann allerdings von staatlicher Pflichterfüllung und kirchlichem Einfluß nicht die Rede sein.

An solchen Zuständen ist natürlich die Kirche mitschuldig. Wenn sie ihr Recht nicht laut fordert, gegen Unrecht nicht laut protestiert, wenn sie ihre Aufgabe nur darin erblickt, alles, was von seiten der Regierung geschieht, ruhig hinzunehmen und nicht einmal zu remonstrieren, so kann sie nicht auf Einfluß rechnen. Wir können nicht umhin, die letzten anderthalb Jahrzehnte unserer evangelischen Landeskirche als die Zeit der verpaßten Gelegenheiten zu bezeichnen. Wie hätte der Kulturkampf für die evangelische Kirche heilsam werden können! Wie hätte die Beilegung des Kulturkampfes benutzt werden müssen, um unsere kirchliche Selbständigkeit zu stärken! Wie konnten die Verhandlungen mit der Kammer, die doch vielfach dem protestantischen Charakter unseres Staatswesens schnurstracks zuwiderliefen, in energischen und geschickten Händen dazu dienen, starke evangelische Positionen zu gewinnen! Statt dessen haben wir erleben müssen, daß in derselben Zeit, in welcher die römische Macht in Deutschland unermeßlich wuchs, der evangelische Geist an Einfluß verlor. Der Kirchenpolitik des Staates stand keine Kirchenpolitik der Kirche gegenüber; wir hatten allezeit das Gefühl, daß wir nur verwaltet, aber nicht geführt wurden. Nun ist ja freilich in unserer Kirche, und zwar auch in ihren gläubigen Kreisen, der Gedanke lebendig, daß die Magdstellung die einzige sei, welche der evangelischen Kirche gebühre. Wir glauben, daß diese Anschauung hauptsächlich aus dem Servilismus fließt und aus dem stark empfundenen Unvermögen, eine andere Stellung zu erringen. Jedenfalls ist sie durchaus falsch. Lebte die Kirche, wie in den ersten Jahrhunderten, inmitten eines heidnischen Staates, dann könnte man ihre Knechtsgestalt entschuldigen und rechtfertigen. Da aber ihr Oberhaupt fast überall die Obrigkeit des Landes ist, und die „obersten Bischöfe“, Könige und Fürsten, doch in der That wirkliche Regenten der Kirche sind, zu ihr gehören, mit ihr eine Einheit bilden, so ist es abgeschmackt und unwahr, die Machtstellung der Kirche in ihrer Magdstellung zu sehen. Die Beweisführung für diesen ungeheuerlichen Gedanken, der das Dienen der Kirche mit Kraftlosigkeit verwechselt, mißlingt immer. Sie ist erst kürzlich wieder in beredter Weise versucht und unseres Erachtens wieder mißlungen.*) Man flüchtet dabei aus der

*) Die Machtstellung des evangelischen Glaubens in der Gegenwart. Vortrag auf der Thüringer kirchlichen Konferenz am 27. April 1887 in Rudolstadt von D. R. Löber, Hofprediger und Konsistorialrat in Dresden. Dresden, Zahn u. Jaensch, 1887. (48 S.)

äußeren Machtsphäre in die innere und sucht wenigstens hier einen Einfluß nachzuweisen, der nicht vorhanden ist. D. Löber schreibt: „Der evangelische Glaube übt gerade in der Gegenwart mehr als je zuvor eine Macht über die Geister; und mehr als je erweist er sich jetzt als eine Lebensmacht". Wir sind nicht genau genug unterrichtet, um zu beurteilen, wie weit dieses stolze Wort im Königreich Sachsen Wahrheit ist. In der preußischen Landeskirche würde es eine starke Selbsttäuschung sein. Fast möchten wir glauben, daß es auch in der sächsischen den wirklichen Zuständen nicht entspricht. Jene Machtstellung soll sich in dem treuen Bekenntnis zu Jesu Christo, in der reichen Entfaltung der Kraft evangelischen Glaubens beim Kampfe gegen Lüge und Ungerechtigkeit, in der ausgleichenden und vereinigenden Wirkung inmitten unwahrer Verbindungen und schwächlicher Vereinzelungen offenbaren. Wir finden es anders in der Gegenwart. Gewiß, das Bekenntnis ist vorhanden; aber keine Landeskirche kann die Bekenntnislosigkeit von der Kanzel und von den Synoden verbannen. Der Kampf gegen Lüge und Ungerechtigkeit wird wenig geführt und ist vielfach gänzlich erfolglos. Gegen die unwahren Verbindungen im kirchlichen wie im politischen Leben sind wir völlig machtlos, und die Vereinzelung, der kirchliche Individualismus ist so stark, daß erweckte Laien vielfach englisch gearteten Einflüssen unterliegen, anstatt ihr Herz und Leben der Kirche der Reformation zum Dienst anzubieten. Gerade diese letzte Erscheinung erfüllt uns mit einer immer wachsenden Besorgnis. Man traut vielfach den im theologischen Parteigezänk, in abstrakt wissenschaftlichem Wesen, im ungläubigen Synodalismus steckenden Landeskirchen die Kraft der Erneuerung nicht mehr zu und wendet sich zu methodistischen Maßregeln, Hoffnungen und Verheißungen.

Deutsche Reformation und evangelische Theologie, geistliches Amt und allgemeines Priestertum, Rechtfertigung und Glaube: das waren bei uns in den vergangenen Jahrhunderten die Losungsworte kirchlicher Entwickelung. Evangelisation und Gemeinschaft, Laienarbeit und Laienpredigt, Bekehrung und Heiligung: das sind heute für die gläubigen Christen vielfach die Parolen des kirchlichen Lebens.*) Wenn irgend ein Volk auf Erden in seiner Kirchen-

---

*) Kirchliche Fragen der Gegenwart. Ein Laienwort. Mit einem Vorwort von Th. Schmalenbach, Superintendent in Kassel. Röttger. (105 S.) — Die Nachversammlungen, betrachtet im Lichte der Bibel.

geschichte eine unmittelbare göttliche That erkennen darf, so ist es das deutsche. Die Reformation des sechzehnten Jahrhunderts mit ihren Helden, Luther voran, ist ganz offenbar eine Veranstaltung des lebendigen Gottes; seit der Apostel Zeit hat die Kirche Christi nichts Ähnliches gesehen. Nun frage man einmal in den Kreisen des deutschen Volkes herum, bei arm und reich, bei Gelehrten und Ungelehrten, bei Fürsten und Ministern, was ihnen dieses größte Ereignis der deutschen Geschichte wert ist. Die regierenden Kreise sind durch die Bekämpfung der Umsturzmächte so beschäftigt, daß sie jedem, der ihnen dawider den meisten Schutz verheißt, und wenn es der durch Revolution entthronte Papst wäre, Gunst und Freundschaft beweisen. Da nun die evangelische Kirche in den sozialdemokratischen Volksmassen keine Macht hat, hat sie auch kein rechtes Ansehen. Die Gelehrten sind durch die Schuld der Schule und des öffentlichen Lebens vielfach von dem Christentum so losgelöst, daß ihnen die Orthodoxie gläubiger Protestanten ebenso unglaubhaft und meist noch verhaßter ist als der Aberglaube Roms; die Ungelehrten aber ahmen den Gelehrten nach, deren Spuren sie in Büchern und Zeitungen überall antreffen. Die Reichen, wir denken an die sogenannte Bourgeoisie, sind in großen und kleinen Städten, zumal im Osten Deutschlands, der Kirche bis zur sträflichsten Gleichgiltigkeit entfremdet, und die Armen, weit entfernt, durch die Werke der inneren Mission gewonnen zu werden, sind durch sozialistische und atheistische Gedanken in den Abgrund des Unglaubens verführt. Wohl giebt es noch Städte mit evangelischen Bürgerschaften, Landstriche mit gläubiger Bevölkerung, in welchen auch die Güter der Reformation noch bewußt geschätzt werden. Aber das sind Ausnahmen. Im ganzen und großen hat unser Volksgeist durch schlechte Einflüsse die Liebe zur Kirche und die Begeisterung für die Wahrheiten des Evangeliums verloren. Man soll deshalb noch nicht verzagen. Es ist unsere tiefste Überzeugung, daß Gott die deutsche Reformation nicht hat geschehen lassen, um zuletzt das deutsche Bürgertum wie den Bauernstand in der religiösen Gleichgiltigkeit und die städtischen Arbeiterkreise in der gottlosen Sozialdemokratie verkommen zu lassen. Aber wir glauben, daß man sich über den

---

Zinten, Zimmermann. (48 S.) — Zum Teil auch: Die Quellen unserer Kraft. Biblische Vorschläge zum Bau des Reiches Gottes in unserer Kirche von K. Pisson. Gotha, Perthes, 1888. (105 S.)

vorhandenen Zustand nicht täuschen darf, wenn man die Mittel zur Heilung sucht. Die Wurzeln unseres Schadens liegen in dem Staatskirchentum und der dadurch bewirkten Unselbständigkeit, Unvolkstümlichkeit, Unthätigkeit unseres Kirchenwesens. Das Staatskirchentum hindert die Kirche, sich der Welt gegenüber als eine göttliche Stiftung zu erkennen und zu beweisen; es macht die Kirche zu einem weltlichen Dinge, ja zu so viel weltlichen Dingen, als es Staaten giebt. Das Staatskirchentum, weil es der Kirche ihre Selbstverwaltung, damit die notwendige Selbstthätigkeit entzieht und ihr nur die innere Bethätigung des Glaubens überläßt, macht dieselbe zu einer Stätte von theologischen Diskussionen und dogmatischem Lehrgezänk. Diese Schäden reichen in die Reformationszeit zurück. Luther selbst war so sehr Theologe und so wenig Organisator, daß er von der verkündigten Gnade alles erwartete und von der verweltlichten Kirchenform nichts befürchtete. Ihm ist darin die Kirche der deutschen Reformation, im Unterschied von dem reformierten Bekenntnis, bis auf den heutigen Tag treu geblieben. Sie hat immer große Theologen, Prediger, Liederdichter, Asketen, sie hat nie große Männer der Kirche gehabt. Früher mochte das gehen; heute, wo alle Lebensgebiete sich in ihrem innersten Wesen frei geltend machen, kann die Kirche, diese große, auf Freiheit angewiesene Organisation der göttlichen Offenbarung, nicht die einzige Institution sein, die vom Staat, d. h. von fremden Gesichtspunkten regiert wird. Hier liegt die Schwachheit unserer Kirche; in der Besserung dieses Mißstandes liegt die Hoffnung ihrer Gesundung. Wir erwarten auch, so lange der Grundschade bleibt, von allen übrigen Heilmitteln wenig oder gar keine Hilfe. Es ist doch die Kirche der Reformation, in welcher unser evangelisches Leben wieder erstarken muß. Kommt von ihr keine Hilfe, so ist uns nicht zu helfen. Fremdländische Methoden, so gut sie im einzelnen erscheinen, so kräftig sie in ihrer Heimat wirken mögen, haben für uns keine Verheißung.

Wir wollen jene neuen Losungsworte in ihrer Bedeutung gern anerkennen. Evangelisation ist die Aufgabe der Zeit, Wiedergewinnung der Massen für das Evangelium die Bedingung der Besserung. Aber wenn man glaubt, durch einzelne Leute, die man Evangelisten nennt, die unverantwortlichen Versäumnisse der Kirche an den Massen irgendwie gut zu machen, so irrt man. Wenn man aber von vornherein jemand, weil er sich Evangelist nennt, für fähiger hält, Menschenherzen anzufassen, als die berufenen Geistlichen,

so ist das ein Aberglaube, der in Wirklichkeit nichts ausrichtet und für die Kirche die verhängnisvollsten Folgen haben kann, weil er das Vertrauen zu dem Amte schwächt und untergräbt. — Gemeinschaft des Glaubens ist vom lebendigen Christentum unabtrennbar. Ihre Stätte ist die Gemeinde und die Familie, das heilige Abendmahl und die Bibelstunde, die Vereinigung zu Zwecken der äußeren und inneren Mission. Wo sie auftritt, muß sie der Gemeinde dienen und ihre Mängel ergänzen. Geht sie davon aus, daß die Kirche keine Gemeinschaft bietet und deshalb neben ihr durch Absonderung eine besondere Vereinigung von Bekehrten gebildet werden muß; will sie etwas für sich selbst sein und gleichsam eine höhere Form des Christentums darstellen; macht sie ihre Glieder für das Wohl und Weh der Gemeinde gleichgiltig: so ist sie kein Segen, sondern kann für die Kirche leicht ein Schade werden, wie sie denn in der That vielfach dahin führt, das Salz aus der Gemeinde zu ziehen und die tiefere Pflege der Seelen sich selbst, der Kirche die grobe Arbeit zuzuschreiben. — Laienarbeit und Laienpredigt sind herrliche Lebensthätigkeiten der Gemeinde der Gläubigen. Wollte Gott, wir hätten Laien, die so predigen könnten, daß sie das Volk, welches der Kirche entfremdet ist, heranholten! Ein Hindernis für solche Predigt ist nicht vorhanden; die Kirche würde gesalbte, mit der Gabe der Erweckung ausgerüstete Laienprediger mit Freude begrüßen. Aber wo sind sie? Hier ein ehemaliger Missionar, der in seinem Amte erwecklich predigen gelernt hat; dort ein amerikanischer Pfarrer, der von drüben jenseit des Meeres die populärere Form der Ansprache besitzt; da ein in England bekehrter und mit englischem Versammlungswesen bekannter Laie: das sind die Männer, an die man bei uns denkt, wenn man von Laienpredigt redet. Zum Teil sind sie keine Laien, zum Teil keine Deutschen. Wo sind, so fragen wir noch einmal, die aus unserer deutschen Kirche hervorgegangenen großen Laienprediger, die mehr vermöchten als die gesegneten Prediger unserer deutschen Kirche? Wir kennen keinen einzigen; Gott kann sie geben; aber wir vermuten, daß die studierten Prediger noch lange, wohl für immer, bei der Predigt das Beste werden thun müssen. Wir anerkennen gern die guten Ansätze, die vorhanden sind; eine bessere Zukunft der evangelischen Kirche bauen wir darauf nicht. An Laienarbeit, Laienhilfe glauben wir eher. Sie ist immer in der Kirche vorhanden gewesen, seit dem Beginn der innern Mission ist ihr ein weiter Raum geöffnet. Man kann sie nicht dringend genug

von Gott erbitten, nicht innig genug dafür danken. Gläubige Laien in den Presbyterien und Synoden, in der Thätigkeit der Mission, in dem sozialen und politischen Wirken sind unentbehrliche Streiter Christi. Aber sie müssen die Kirche nicht bloß als Reich Gottes im allgemeinen, sondern unsere evangelische Kirche lieb haben. Wenn sie davon ausgehen, daß das geistliche Amt nichts vermag, das Vertrauen des Volkes nicht besitzt, keine Bekehrungen vorzuweisen hat, so daß sie es immer besser machen; wenn die peripherische Arbeit im Volksleben ihnen nicht genügt, so daß sie nur bekehren wollen, weil das allein der Hingabe des Lebens wert sei, aber Sozialdemokratie, Radikalismus, Judentum, den Kampf gegen Prostitution und Trunksucht anderen überlassen, weil das nicht ganz innerlich sei — wenn Laien so arbeiten wollen, können sie eine große Gefahr werden. — Wenn in der Gegenwart die evangelische Lehre von der Rechtfertigung aus Gnaden nicht überall in ihrer majestätischen Größe anerkannt, sondern die methodistische Parole der Bekehrung und Heiligung an ihre Stelle gesetzt werden soll, so ist das vielfach die Spur einer Bewegung, welche ihre Antriebe nicht aus dem Herzen Luthers, sondern aus der Seele von anglo-amerikanischen Methodisten und Baptisten erhält. Jeder deutsche Theolog weiß, daß Rechtfertigung nicht ohne Bekehrung und Gnade, nicht ohne Heiligung sein kann. Aber er weiß auch, daß in seinem Katechismus die Erleuchtung und Heiligung nicht menschlicher Methode, sondern dem heiligen Geist zugeschrieben wird. Man lasse sich doch durch das Konkurrenzgeschrei der Denominationen in England und Amerika nicht täuschen. Gewiß ist drüben mehr persönliches christliches Arbeiten; man hat eben da drüben die konfessionelle Volksschule, auch die Landeskirche nicht mehr. Sieht man auf die Früchte — und daran soll man Christi Jünger erkennen — so haben wir Deutschen trotz unserer kirchlich unbefriedigenden Zustände weder in moralischer, noch in politischer, noch in sozialer Hinsicht irgend einen Grund, England oder Amerika zu beneiden. Ist es aber so, dann werden wir auch nicht gut thun, unser kirchliches Leben nach dortigen Vorbildern zu ändern.

Es steht nicht gut um das hergebrachte evangelische Staatskirchentum. Das ist der Eindruck, der sich jedem unbefangen Nachdenkenden mit erschütterndem Ernste aufdrängt. Vielleicht wird in den regierenden Kreisen unserer Landeskirchen die kritische Lage nicht lebhaft genug empfunden; man steht täglich und stündlich viel

zu sehr in den laufenden Geschäften, als daß man den Mangel des kirchlichen Lebens so stark fühlen sollte wie der, welcher es mit den freien Kräften der christlichen Gegenwart zu thun hat. Die Staatskirche hat geringen Einfluß und wenig Triebkraft; die Triebkräfte des religiösen Lebens aber haben schwache Beziehungen zur Kirche: so könnte man den bedenklichen, vorhandenen Zustand charakterisieren. Liegt darin nicht eine große Gefahr? Zumal Rom gegenüber, das eine ungewöhnliche innere Macht entfaltet und alle freien, persönlichen Kräfte in den Dienst seiner Organisation stellt?

Von der staatlichen Obrigkeit selbst werden die Staatskirchen nicht genug geachtet. Man sieht in ihnen eine Stätte bureaukratischer Unbeholfenheit, parteilichen Gezänks und unpraktischer Theorien. Jetzt eben wieder stellt sich die Regierungspresse in beinahe wilder Leidenschaft auf die Seite einer politischen Partei, welche ihren Wahlkampf mit dem wüsten Schimpfen auf „Mucker, Frömmler und Heuchler" einleitet. So aussichtslos der Plan kundigen Männern erscheinen muß, so ist es doch zweifellos, daß eine neue Aera nationalliberaler Politik begonnen, wenigstens diese Partei von Regierungswegen bei den Wahlen auf das äußerste begünstigt werden soll. Zu den Konsequenzen einer solchen Maßregel gehört auch die Bekämpfung der bekenntnistreuen Richtung; und mit der kühnsten Entschlossenheit tritt jedes von der Regierung abhängige Blatt auch kirchlich in die nationalliberalen Reihen. Was wird erst im Herbst geschehen, wenn die eigentliche Wahlagitation beginnt? Man weiß ganz gut, daß in unserem entkirchlichten Volke das Hetzen auf die „Frommen" immer Erfolg hat. Ganze Scharen von sonst verständigen Leuten geraten in Harnisch, wenn die meist unverstandenen Fremdworte „Orthodoxie, Hierarchie, Reaktion" gegen die Rechte als Parole ausgespielt werden. So war es am Ende des vorigen Jahres; so wird es am Ende dieses Jahres wieder sein. Nicht gegen die Landeskirche, wird man sagen, richtet sich diese Haltung, sondern nur gegen eine extreme Partei derselben. Aber es ist eben der Fluch des Staatskirchentums, daß die ehrliche Stellung zum Bekenntnis in liberalen Phasen des Staatslebens für Muckerei ausgegeben wird. Ein anderes Mal ist das anders. Da paßt es vielleicht in den Gang der Politik, die strengste Orthodoxie zu begünstigen; dann werden die milder Gesinnten zurückgestoßen. Die Kirche aber schwankt in diesen fremden Strömungen hin und her wie ein Schiff, dem Steuer und Kompaß fehlen. Sie

sollte in Flut und Ebbe, in Sturm und Stille der öffentlichen Meinung das feste Fahrzeug sein, welches seinen Kurs durch Klippen und Strudel sicher hindurchsteuert; statt dessen wird sie in die Brandung politischer Leidenschaften mit hineingezogen, weil die weltlichen Mächte die Kirche als ein Stück des Staatswesens, als die religiöse Seite des gesamten Volkslebens ansehen und von diesem Gesichtspunkte aus regieren. Man bedenke nur, durch welche Zeitläufe unsere Kirche, immer parallel mit den Ereignissen der Politik, hat gehen müssen. Neue Aera, Mühlersche Periode, Falksche Zeit, Kulturkampf, Waffenstillstand, Friede und intimes Verhältnis mit Rom: so ging es auf und nieder. Und das geschah unter einem Monarchen, welcher der Kirche freundlich gesinnt und dem leitenden Staatsmann gegenüber selbständig war. — Gewisse Kirchenpolitiker werden nicht müde zu wiederholen, daß die Kirche am Summepiskopat der weltlichen Obrigkeit die Bürgschaft ruhiger und gesicherter Entwickelung habe. Wir haben nie begriffen, daß man solche Gedankenlosigkeiten für Wahrheit ausgeben kann. Das landesherrliche Kirchenregiment wird bei dem heutigen Verhältnisse der Kirche zum Staat sehr selten etwas von der Kirche abwehren können, was nach dem Laufe der Politik erforderlich erscheint, und der Kirche sehr wenig Gutes erweisen können, was den leitenden Gedanken der Staatsregierung nicht entspricht. Abgesehen von dem Kaiserparagraphen hat Kaiser Wilhelm das Zivilstandsgesetz, das ihm zuwider war, einfach sanktioniert; der evangelischen Kirchenverfassung hat er von den prinzipiellen Fehlern, die er erkannte, keinen ersparen können; vor dem Kulturkampfe die evangelische Kirche zu behüten, dem evangelischen Oberkirchenrat, seiner eigenen Behörde, dabei auch nur Gehör zu verschaffen, die geringe Entschädigung für den Ausfall an Stolgebühren zu bewirken, den in seinem Verlauf so verhängnisvollen Friedensschluß mit dem Papst zu ändern, hat er nicht vermocht; die kirchliche Verwahrlosung der Hauptstadt Berlin aber ist unter einem so wohlgesinnten Monarchen bis ins unbegreifliche gewachsen. Muß dieser ergreifende Rückblick uns nicht die Überzeugung verschaffen, daß das Verhältnis unserer Kirche zum Staat durchaus ungesund und ungenügend ist? Eben deshalb meinen wir, daß das Aufhören des Staatskirchentums die erste Bedingung der Besserung in den kirchlichen Zuständen ist. Einrichtungen, die nicht mehr heilsam wirken oder gar nicht wirken, haben in unserer schneidigen Zeit kein Recht auf Bestand. Ein

Summepiskopat unter ministerieller Kontrolle und staatlichem Einfluß ist ein Unding. Wenn wir bei dem Beginn einer neuen Zeit für unser Vaterland das Wort des Propheten: Pflüget ein Neues! zum Losungswort nehmen, so denken wir ganz besonders an die Notwendigkeit, der Kirche eine Selbständigkeit zu erringen, die sie aus den Wirrnissen der Politik herausnimmt und ihr die Bethätigung des eigenen Lebens gestattet. Die Verquickung mit dem Politischen, die Gleichgiltigkeit weiter Volkskreise, das Schwanken der Kirchenpolitik, die Prinzipienlosigkeit kirchlichen Handelns wird erst dann aufhören, wenn die Kirche nicht mehr durch den Staat beherrscht ist. Auch der Haß der sozialdemokratischen Arbeiterkreise, das Mißtrauen des Radikalismus wird ein gut Teil seiner Schärfe verlieren, wenn die Kirche als Staatsinstitut aufhört. Ebenso hoffen wir, daß die wertvollen Kreise, in welchen jetzt aus Verzweiflung an der Staatskirche die englisch-amerikanischen Gedanken der Absonderung, der engeren Gemeinschaften herrschen, der Kirche größere Liebe zuwenden werden, wenn dieselbe wieder mehr eine Organisation geistlicher Offenbarung als eine Stätte weltlicher Staatsraison ist. Eben dies muß auch bei den bevorstehenden Landtagswahlen zum Ausdruck kommen. Die Begeisterung für kirchliche Freiheit, wie sie im Westen der Monarchie vorhanden ist, hat wenig Wert, wenn sie bei den Wahlen Feinde dieser Freiheit auf den Schild hebt. Es ist eine grobe Verleumdung, wenn man den Positiven nachsagt, sie wollten ein evangelisches Zentrum gründen oder mit dem katholischen Zentrum gemeinsam die Staatsschule stürzen. Aber daß die kirchliche Selbständigkeit einen wichtigen Punkt ihrer politischen Überzeugungen bildet, ist gewiß. Wer auf kirchlichen Versammlungen Freiheit fordert und für den Landtag Gegner der Freiheit wählt, der darf sich nicht wundern, wenn er nichts erreicht und von niemand ernst genommen wird.

Bei dem Blick auf die Gegenwart könnte es scheinen, als seien wir von der Entwickelung zur Selbständigkeit weiter als je entfernt. Die Bestrebungen der kirchlichen Freiheit, welche auch auf den Synoden nur in homöopathischer Verdünnung zur Geltung kommen, scheinen in den Ministerien und Parlamenten gänzlich hoffnungslos. Wenig Geld, keine Freiheit! Das ist die Stellung der Regierung. Möglichst viel Geld, möglichst wenig Freiheit! Das ist der Standpunkt der konservativen Partei im ganzen, der einzigen, welche überhaupt den Gedanken der kirchlichen Selbständigkeit durchdenkt. Lieber wenig

Geld, aber mehr Freiheit! Das ist die Überzeugung einer kleinen Gruppe, die in Synoden und Parlamenten einen gewissen Einfluß, aber nur eine kleine Minorität hinter sich hat. Freiheit der Kirche um jeden Preis, auch wenn der Staat neue Mittel nicht mehr bewilligt! Das ist offenbar das von Gott gewiesene Ziel, dem freilich bis jetzt nur wenige zustreben, das aber in naher oder ferner Zukunft verfolgt werden wird, erreicht werden muß. Das heißt nicht: los vom Staat! Die evangelische Kirche wird ihrer ganzen Natur nach ein großes Maß von Staatshoheit sich gern gefallen lassen, die gemischten Gebiete der Ehe, der Schule, der theologischen Fakultäten in Frieden mit dem Staat ordnen und auch ihre Selbständigkeit nur gebrauchen, um dem Staat zu dienen. Das heißt auch nicht: weg mit dem landesherrlichen Kirchenregiment! Die evangelische Kirche, welche in der Obrigkeit eine Ordnung Gottes sieht, wird dieser Ordnung auch in Kirchensachen immer den gebührenden Einfluß gestatten und sich vor der ungeschichtlichen Anschauung hüten, als sei der Träger der Staatsregierung für die Kirche nichts anderes als ein schlichtes Glied der Kirche. Aber dahin wird es einmal kommen müssen, daß die Kirche, frei von der Staatsgewalt und der juristischen Bevormundung, ihre Verfassung selber schafft, ihre Verwaltung selber bestellt, ihre Gesetze selber beschließt, und daß den Staatsregierungen die Wahrung der staatlichen Interessen, den Landesherren statt der regierenden nur eine regulierende Macht verbleibt. Eine andere Lösung ist für den konfessionslosen Staat, für das konstitutionelle Königtum nicht mehr möglich. Mag der Weg, der dahin führt, ein halbes Jahrhundert dauern. Ähnlich wie der Gedanke der konstitutionellen Monarchie über Nacht die Herzen ergriff und schnell zum beherrschenden Gedanken Europas wurde, so wird auch das Aufhören des Staatskirchentums einmal die Geister durchdringen, und man wird sich wundern, daß man die Unnatur dieses für das moderne Völkerleben unbrauchbaren Zustandes nicht früher erkannte. Dann werden sich auch Fürsten finden wie Friedrich Wilhelm IV., die ihre beherrschende Stellung in der Kirche als unchristlich und unrecht — so sagte der König — anerkennen und den unhaltbaren und von Ministern abhängigen Summepiskopat gern mit einem wirksamen und einflußreichen Patronat über die Kirche vertauschen. Die Freiheit der Kirche, das haben die Staatsmänner des Jahres 1848, die liberalen wie die konservativen, richtig erkannt, gehört zu der Entwickelung des neuen

Staatslebens. Sie sind zu abstrakt, zu schnell, zu unhistorisch gewesen und haben deshalb vielfach gefehlt. Aber ihr Grundgedanke war richtig, und die Zukunft wird zeigen, daß die Schwierigkeiten des Verhältnisses von Staat und Kirche sich nur auf dem Wege der kirchlichen Freiheit lösen lassen.

Um dieser kommenden Freiheit willen halten wir die Verfassung hoch. Trotz aller Mängel und Irrtümer ist sie die Bedingung und der Anfang der kirchlichen Selbständigkeit. Sie wird so nicht bleiben können, wie sie ist; auf den höheren Stufen ist sie zu abhängig, auf den unteren zu unwirksam. Sie ist eben nicht aus den kirchlichen Zuständen herausgewachsen, sondern von politischen Gesichtspunkten aus oktroyiert. Immerhin, obwohl nur eine Nothütte, ist sie eine gewisse Form der Selbständigkeit. Wenn die Stunde kommt, in welcher das Staatskirchentum fällt, werden die Hände da sein, um das Regiment weiter zu führen. Wir denken uns Generalsuperintendenten mit bischofsmäßiger Autorität in Verbindung mit den Synoden als die künftigen Träger der kirchlichen Gewalt in Provinzial- und Landeskirche. Der Behörden, Vorstände und Ausschüsse sind jetzt zu vielerlei, als daß eine energische Leitung der Kirche möglich wäre. Ist in den letzten Jahrzehnten das Persönliche durch das Presbyteriale und Synodale zurückgedrängt, so werden wir eine Zeit erleben, in welcher die persönliche Vollmacht, natürlich durch kirchliche Instanzen eingeschränkt, in den Vordergrund treten wird. Wo sie lebendig erscheint, wie bei den Generalvisitationen, da wirkt sie auch, denn sie hat Glauben und Geist, Aufgaben und Leistungen. Unsere synodalen Verhältnisse sind vielfach so unwahr und widerchristlich, daß sie nur Mitleid erwecken. Kürzlich stellte ein liberaler Geistlicher auf einer Kreissynode Berlins den Antrag, die Gemeindekirchenräte möchten durch eine bestimmte Ordnung zu einem regelmäßigen Kirchenbesuche je eines Teiles ihrer Mitglieder veranlaßt werden. Es giebt dort nämlich Gemeindeorgane, von denen kaum ein einziges Glied zum Gottesdienste geht oder das heilige Abendmahl empfängt. Einer der hervorragenden Synodalen Berlins fühlte wohl das Unanständige und Widersinnige eines solchen Zustandes; er meinte deshalb, obwohl er auch nicht oft zur Kirche gehe, werde er doch, wenn es beschlossen werde, diese „Last“ gern auf sich nehmen. Drei Geistliche, darunter gläubige Männer, widersprachen dem Antrag; in solchen Dingen dürfe man keinen moralischen Zwang ausüben. Der Antrag fiel. Jener

Synodale stimmte auch dagegen. Zuletzt einigte sich die Synode trotzdem in der Anerkennung, „daß von allen Gemeindekirchenräten des Synodalkreises bisher in Pflichttreue und darum segensreicher Weise auf das religiöse und sittliche Leben der Gemeinden eingewirkt worden ist, und bittet die Gemeindekirchenräte, auch in Zukunft diesem Teile der übernommenen Verpflichtungen ihre besondere Beachtung zuzuwenden.“ Also eine Menge Gemeindekirchenratsmitglieder, die selten, zum Teil nie in die Kirche gehen und deshalb mit den Ordnungen der Synodalordnung und ihrem gegebenen Versprechen in Widerspruch stehen, erhalten von der Synode das einstimmige Zeugnis der Pflichttreue bei der Einwirkung auf das religiöse Leben der Gemeinde und werden gebeten, auch in Zukunft so fortzufahren. Kann man sich ein jammervolleres Bild kirchlicher Zerrüttung denken als eine solche Synodalverhandlung? Man zeige uns irgend ein weltliches Kollegium, dessen Mitglieder bei absoluter und eingestandener Pflichtversäumnis sich mit einer Schale Weihrauch in eben dem Momente beduften, wo dies Eingeständnis Gegenstand eines Antrages ist. Wir glauben nicht, daß man leicht einen ähnlichen Zug finden wird. Das ist so ein Stück Staatskirchentum im synodalen Leben, ein klarer Beweis, wie gefährlich es ist, an Stelle christlicher Gedanken liberale politische Ideen zum Fundament kirchlicher Organisationen zu machen und statt gläubiger Ältesten intelligente Drittel verwüsteter Monstregemeinden zu versammeln. Und dennoch! So trostlos, lächerlich und erbärmlich zugleich, ein solches Bild kirchlichen Lebens vor unseren Augen steht, wir möchten das synodale Leben nicht beseitigt wissen. In Berlin ist es zum Teil besonders widerchristlich, an vielen anderen Orten ist es fruchtlos, nur hier und da wirklich segensreich. Aber wir müssen es haben. Und wir sind der Hoffnung, daß, wenn erst einmal mit dem Staatskirchentum der Bann von uns genommen sein und damit mehr Ehrlichkeit und weniger Parteiwesen ans Tageslicht kommen wird, dann auch die synodalen Verhältnisse sich bessern werden. Im Westen, wo die Kirchenverfassung ein halbes Jahrhundert besteht, sind solche Mißstände undenkbar; sie werden auch bei uns verschwinden. Aber wir haben sie erwähnt, um auch hier unserer Losung: Pflüget ein Neues! die rechte Illustration aus dem Leben zu geben. Heute ist es vielfach so, daß liberale Kirchenverächter in den Presbyterien und Synoden sitzen, während die thätigsten Männer der äußeren und inneren Mission

ungewählt bleiben, weil sie gläubig sind. Jene methodistischen Anwandlungen, von denen wir geredet haben, und denen oft die besten unserer Laien unterliegen, sind Folgen solcher ungesunden Verhältnisse. Man schaffe ernsthafte Zustände, christliche Wahrhaftigkeit, gläubige Gemeinschaft in den Gemeindekörperschaften und Synoden; dann werden auch die aus Überdruß am offiziellen und unbiblischen Staatskirchentum sich abwendenden Evangelischen an der Kirche der Reformation wieder Freude haben und ihre Laienthätigkeit hier anwenden, wo sie so nötig ist.

Am lautesten freilich wird das Wort: Pflüget ein Neues! den Kollegiensälen, Pfarrerstuben, Sakristeien und Kanzeln zugerufen werden müssen. Die verehrten theologischen Professoren, deren Einfluß so unermeßlich groß ist, müssen die zu ihren Füßen sitzenden Studenten noch mehr in die Liebe zur Kirche als in die Vorhallen ihrer Wissenschaft einführen, ihnen das evangelische Bekenntnis der Väter, mit dem wir stehen und fallen, noch lieber machen als die eigene Theologie und schon auf der Universität sie dazu erziehen, daß ihnen der Volksjammer und die Seelennot, die Erweckung und die Bekehrung größere Realitäten sind, als die Heterodoxien und Hypothesen der Schule. Werden dann die Studenten zu Pfarrern, so tragen sie den heiligen Eros in sich, der ihnen nicht nur die Wissenschaft zu einer Lebensaufgabe und Daseinsfreude macht, sondern sie auch mit der Begierde erfüllt, ihrer Kirche lebendige Glieder, ihrem Vaterlande treue Bürger zu gewinnen und in einer Zeit, wo alles wankt und schwankt, wo das Bürgertum von einer falschen Kultur zur religiösen Gleichgiltigkeit und der Arbeiterstand von Agitatoren zum Umsturz verführt wird, thatkräftig mitzuwirken an dem neuen Deutschland. Gläubige Predigt, treue Seelsorge, volkstümlicher Verkehr, ein Mitleben mit Volk und Vaterland in Freude und Schmerz, dabei ein enges Gewissen und ein weites Herz: das ist es, was dem geistlichen Stande nötig ist, wenn er dem Aberglauben wie dem Unglauben, dem Opportunismus wie dem Indifferentismus unserer Tage Trotz bieten, die Welt überwinden und den Sieg behalten will. Pflüget ein Neues!

Einkehr.

Januar 1889.

Das deutsche Reich und die evangelische Kirche stehen bei dem Beginn des neuen Jahres unter den tiefsten Eindrücken, die ein vollendeter Zeitabschnitt hinterlassen kann. Der glaubensvolle Heimgang Kaiser Wilhelms I. nach einem wunderbaren Fürstenleben, die hundert Tage Kaiser Friedrichs mit ihren bitteren Leiden, der hoffnungsreiche Beginn einer neuen, in Preußen und Deutschland wie in der ganzen Welt mit allgemeinem Vertrauen aufgenommenen Regierung: das alles drängt sich in das unvergeßliche Jahr 1888 zusammen. Die großen Schmerzen, welche es dem Vaterlande hinterläßt, werden in unseren Seelen noch lange nachzittern. Aber auch die glänzenden Erinnerungen, welche es darbietet, werden der Vergessenheit nie anheimfallen. Ein Rückblick auf die dreißig Jahre, während welcher Wilhelm I. als Regent, König und Kaiser regierte, muß unsere Seelen zu Dank und Anbetung der Führungen Gottes bewegen. Diese drei Jahrzehnte bezeichnen eine für die deutsche und europäische Entwickelung überaus gesegnete Zeit. Wir, die wir diese Jahre mit Bewußtsein durchlebt, ihre Kämpfe und Freuden mitgefühlt haben, werden auch das Schwere der hinter uns liegenden Entwickelung im Gedächtnis behalten und, obwohl die Freude an dem Errungenen weit überwiegt, doch die Ereignisse der Konfliktszeit und der Mammonsaera, den kirchlichen Abfall und das Wachstum der Verbrechen, die Attentate und die Umsturzstrebungen immer mit Trauer nennen. Aber trotzdem dürfen wir Mitlebenden uns glücklich schätzen, daß wir die größte Epoche deutscher Geschichte und die Regierung unseres guten Kaisers Wilhelm sehen durften. Nachfolgende Jahrhunderte werden uns um unsere Erlebnisse beneiden und, wenn die Geburtsschmerzen der deutschen Einheit längst vergessen sind, das vergangene Vierteljahrhundert als die Jugend des neuen Deutschland preisen.

Je länger, je mehr erweist sich das Vorhandensein einer starken Macht in der Mitte Europas als eine völlige Veränderung des europäischen Staatensystems. Durch die Schwäche der deutschen

Fürsten ist ein Jahrtausend hindurch die Welt beunruhigt; wenn nicht alles trügt, wird durch ihr Zusammenhalten der Friede der Völker eine große Bürgschaft und Stärkung gewinnen. Der protestantische Staatsgedanke, wie er in Preußen seit lange und nun auch im deutschen Reich verkörpert ist, der Gedanke der kirchlichen Parität und der konfessionellen Duldsamkeit, der sittlichen Kultur und der sozialen Ausgleichung wird den Kriegen um Land und Leute allmählich ein Ende bereiten. Dazu ist es freilich notwendig, daß derselbe durch eine falsche Kirchenpolitik nicht in den Hintergrund gedrängt wird. Man ist gegenwärtig beinahe in Gefahr, zu vergessen, daß man das einige Deutschland der Reformation verdankt. Das heilige römische Reich deutscher Nation war nie einig und nie stark; das neue deutsche Reich ist trotz der Glaubensspaltung ein Volk von Brüdern und ein mächtiges Volk in Waffen geworden. Das mittelalterliche deutsche Reich als ein dem Papsttum zur Seite stehendes Weltreich gedacht, war an sich ein ungeheuerliches Gebilde und durch den Kampf um die Oberherrschaft mit Papst und Fürsten in ewige Fehden verwickelt; das neue Deutschland will nichts anderes als die Zusammenfassung des deutschen Volkstums auf dem Grunde der Gleichberechtigung der Kirchen sein und hat deshalb in sich die Gewähr größerer Gesundheit. Dadurch entstanden, daß es zwei katholische Großmächte zurückdrängte und die europäische Hegemonie in die Hand eines, wenn auch konfessionell gemischten, doch wesentlich protestantischen Staates legte, wird es auch nur dadurch bestehen, daß es den protestantischen Geist Rom gegenüber, den evangelischen Geist für die inneren Fragen des Volkslebens kraftvoll walten läßt. Hier aber finden wir die verwunderliche Thatsache vor, daß, während das evangelische Preußen den deutschen Zwiespalt, der auf der Vorherrschaft des katholischen Österreich ruhte, glänzend überwunden hat, die evangelische Kirche in eben dieser Zeit hinter der Entfaltung des Katholizismus zurückgeblieben ist. Die evangelische Staatsidee hat auf deutschem Boden den Katholizismus besiegt; die katholische Kirchenidee ist im Begriff, den Protestantismus zu überflügeln. Wenn wir unter dem kirchlichen Gesichtspunkt die Regierungszeit Kaiser Wilhelms uns vergegenwärtigen, bedarf diese sonderbare Entwickelung einer Erklärung.

In der Persönlichkeit des heimgegangenen Monarchen liegt die Ursache nicht. Er war ein evangelischer Geist. In echt

lutherischer Weise sah er die Bewährung des Christentums vor allem in der Berufstreue. Man wird nicht leicht einen Fürsten finden, der bis über das neunzigste Jahr hinaus seine Pflicht so vorbildlich erfüllte. Dabei war er weit davon entfernt, in den Werken seine Gerechtigkeit zu suchen. Mit voller Überzeugung nannte er sich einen König von Gottes Gnaden, und seine schlichte Demut war so groß wie sein hehres Bewußtsein von der Bedeutung der Monarchie. Er war ein durchaus gottesfürchtiger Mann, der seine Regierungsgeschäfte im Blick nach oben vollbrachte und seines königlichen Amtes im Namen Gottes wartete. Die Anklage gegen eine Orthodoxie, die unmittelbar Heuchler im Gefolge habe, ist im Anfang der Regierung allerdings laut erklungen; unter den Fehlern und Sünden des kirchlichen Liberalismus ist aber König Wilhelm von dieser Anschauung bald zurückgekommen und hat sich dann allezeit offen und klar, ohne Schwanken und Zweifel zu dem positiven Glauben der Kirche bekannt. Unvergessen ist seine Antwort an den Papst Pius IX., die nicht bloß ein Regierungsakt, sondern auch ein Glaubensbekenntnis war. Im evangelischen Lichte sah er seine kirchenregimentliche wie seine historische Stellung. Als österreichische Protestanten ihn in Gastein um Hilfe baten, und seine Gabe so huldvoll groß wurde, daß der Schatullverwalter die Achsel zuckte, meinte er: „Der König von Preußen ist der Protektor der Protestanten auf der ganzen Welt.“ Bei aller Freundlichkeit und Anerkennung gegen die katholische Kirche und ihre Angehörigen hätte er wie sein Ahnherr sagen können: „Wir sind hier protestantisch bis auf die Knochen.“ Seine Person ist nicht der Grund, daß die katholische Kirche Preußens und Deutschlands in ihrer Macht gewachsen, der Protestantismus nicht in gleichem Maße vorgeschritten ist. Vielmehr liegen die Wurzeln dieses verhängnisvollen Zustandes in einer irrigen Kirchenpolitik, an welcher die Staatsregierung und das Kirchenregiment gleichen Anteil haben.

Gelegenheit zu einer großen evangelischen Aktion in Kirchensachen war in den letzten drei Jahrzehnten genugsam vorhanden. Zum ersten Male nach langer Zeit fielen große Provinzen mit fast ausschließlich evangelischer Bevölkerung dem preußischen Staate zu. Mit der Einverleibung Lauenburgs war die Frage gegeben, wie sich das unierte Preußen zu einer lutherischen Landeskirche innerhalb des Staatsgebietes zu stellen gedenke. Damals wurde

die Frage unzweifelhaft richtig dahin entschieden, daß eine lutherische Kirche nicht unter den bestehenden evangelischen Oberkirchenrat, als eine unierte Behörde, gestellt werden könne. Auch widerstrebte die Kleinheit des gewonnenen Territoriums einer besonderen Organisation. Als aber ein Jahr darauf Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen, Frankfurt, Nassau mit Preußen vereinigt wurden, da war eine Neuorganisation nicht bloß gestattet, sondern geboten. Das unierte Nassau mußte mit der preußischen Landeskirche vereinigt, für die lutherischen Provinzen ein Ober-Konsistorium geschaffen werden, das bei völliger konfessioneller Selbständigkeit doch imstande war, bei gemeinsamen Angelegenheiten, wie z. B. in der römischen Frage, mit dem Oberkirchenrat gemeinsam zu tagen. Es wäre unmöglich gewesen, in dem Kulturkampf so schonungslos und widerstandslos mit der evangelischen Kirche umzuspringen wenn die gesamte evangelische Bevölkerung Preußens eine organische Vertretung gehabt hätte. Es wäre unmöglich gewesen, den Kulturkampf so zu beginnen und zu schließen, daß beide Male die evangelische Kirche den Schaden hatte, wenn es eine evangelische Gesamtkirche gegeben hätte, die das Gewissen des Volkes bildete. Da es sieben verschiedene Landeskirchen gab, fand man die kirchenpolitische Einigkeit nicht, die zu einem wirkungsvollen Vorgehen erforderlich war. Divide et impera! So lautet die alte Losung mit welcher Kräfte gebrochen werden. So ließ der Staat die, evangelischen Landeskirchen unverbunden, um Herr darüber zu bleiben.

Man kann ja in der That zweifelhaft sein, ob eine Zentralisierung der Kirche Heil bringt, ob es dem kirchlichen Leben nicht viel besser ist, wenn es in kleineren Körpern lebendiger und kräftiger pulsiert. Wir würden die Frage vielleicht bejahen, wenn die Provinzialkirchen selbständig und mächtig wären. Da sie aber der Staatsregierung unterstellt sind, und der Staatsgedanke in Preußen so überaus stark ist, überdies die römische Kirche über die Provinzen übergreifend eine mächtige Propaganda ausübt, so neigen wir uns der Anschauung zu, daß unseren Verhältnissen ein Zusammenschluß der Provinzialkirchen gleichen Bekenntnisses mehr entspricht. Wir können in der Kirchenpolitik des Jahres 1866 nur einen schweren Irrtum sehen, hervorgegangen aus dem Mangel an Verständnis für die kirchlichen Aufgaben unserer Zeit. Gewiß war es ein verkehrtes Wort, das damals laut wurde, die

Schlacht von Königgrätz sei umsonst geschlagen, wenn die Eroberten nicht unter den evangelischen Oberkirchenrat gestellt würden. Und vielleicht hat der damals noch vorhandene Unionsfanatismus der glücklichen Lösung der kirchlichen Frage Abbruch gethan. Aber so wie die Lage der preußischen Landeskirche sich gestaltet hat, ist sie ohne Zweifel eine Ursache protestantischer Schwäche und ein Beweis von der Unfähigkeit kirchlicher Organisation.

Der Kulturkampf ist ein zweiter Grund des Rückgangs der protestantischen Ideen. Daß die Staatskunst der Revolutionsjahre eine unpraktische kirchliche Freiheit festgestellt hatte, war gewiß nicht die Schuld der evangelischen Kirche; daß die römische Kirche bei ihrer sozialen Gestalt diese Freiheit ausnutzte, während das landesherrliche Kirchenregiment bei uns die Verfassungsparagraphen der kirchlichen Selbständigkeit unwirksam machte, kann ebenso wenig dem Protestantismus schuld gegeben werden. Aber als es sich herausstellte, daß die römische Kirche ihre Macht mißbrauche, eröffnete Preußen seinen gesetzgeberischen Kampf gegen Protestantismus und Katholizismus in gleicher Weise. Um einer sinnlosen Parität willen behandelte man die Kirche, deren Oberhaupt der König von Preußen ist, gerade so wie die Kirche, die der römische Papst regiert. Obwohl der evangel. Oberkirchenrat eine königliche Behörde ist, hat man ihn dennoch nicht zu Rate gezogen, als es galt, die Grundlagen der Volkskirchen in Preußen zu verändern. Juristen, die von dem Wesen der Kirche nichts verstanden, machten eine fehlerhafte Gesetzgebung, die sich nicht halten konnte und damit endete, daß sie zum größten Teil aufgehoben und von ihrem Urheber verleugnet wurde. Daß Rom bei dem Schluß des Kulturkampfes gesiegt habe, und der Reichskanzler nach Kanossa gegangen sei, ist eine unzutreffende Behauptung. Der Papst hat in manchen Dingen ein großes Entgegenkommen gezeigt. Aber daß Rom durch den Kulturkampf über die Schwierigkeiten des vatikanischen Konzils hinweggehoben, in seiner Kraft gestählt, in seinem Einfluß gehoben, in seinen Anmaßungen bestärkt; daß die evangelische Kirche in ihrer Schutz- und Wehrlosigkeit vor aller Welt offenbar gemacht, in ihren Behörden und Synoden gering geschätzt, in ihrer Macht geschwächt, in ihrer Freudigkeit gelähmt, in ihrer Widerstandskraft gegen Rom erschüttert ist: das kann nicht bezweifelt werden. In den letzten Jahren hat der Staat endlich den Weg beschritten, die beiden Kirchen nach ihrem Wesen mit

einer verschiedenen Gesetzgebung zu bedenken. Aber auch in diesem Stadium hat die evangelische Kirche lediglich neue Demütigungen erfahren. Die Behandlung der Generalsynode, deren Dauer ohne ersichtlichen Grund durch die Landtagswahlen auf zehn Tage beschränkt wurde, die Behandlung ihrer Beschlüsse, deren Publikation in einem Falle ohne ersichtlichen Grund verhindert wurde, die Behandlung ihrer Selbständigkeitsbestrebungen im Parlamente, wo die Minister einmal das Haus verließen, ein anderes Mal so unfreundlich wie möglich redeten: das alles mußte, verglichen mit der Auszeichnung, welche der römischen Kirche zu teil geworden ist, die evangelische Kirche in ihrem Ansehen herabdrücken.

Dem gegenüber wird man darauf hinweisen, daß der Erlaß der Synodalordnung auf allen ihren Stufen ein Fortschritt genannt werden muß, der, von der evangelischen Kirche lange ersehnt, ihr doch erst unter der Regierung Kaiser Wilhelms zu teil geworden ist. Und wir wollen gewiß die Bedeutung dieser Maßregel nicht verkleinern. Aber ebenso wenig wollen wir verschweigen, daß der synodale Aufbau in geringer Weise die Hoffnungen der Freunde kirchlicher Selbständigkeit erfüllt hat. Der Summepiskopat ist geblieben, wie er war, und aus dem Notbistum in falscher Weise zu einem kirchlichen Amt gemacht; der Staat ist in der Kirche viel stärker als vorher und kann durch das Staatsministerium oder durch den Kultusminister wie durch das Parlament einen ungebührlichen Einfluß auf das Leben der Kirche ausüben. — Was schwerer wiegt als die mangelnde Freiheit, ist die fehlende Bürgschaft gesunder biblischer Grundsätze; besonders auf den unteren Stufen des synodalen Lebens sind die selbstverständlichen kirchlichen Forderungen und Rechte zu Gunsten eines seichten Liberalismus schwer verletzt und damit Reibungen und Streitigkeiten geschaffen, die der energischen Bethätigung evangelischen Lebens fortwährend unüberwindliche Hindernisse bereiten. Es ist wahr, als auf einer Berliner Synode im Jahre 1877 die tollgewordene Freigeisterei wider das apostolische Glaubensbekenntnis anstürmte und die ganzen Gefahren der Lage offenbarte, hat Kaiser Wilhelm mit starker Hand eingegriffen, den Oberkirchenrat in seinen positiven Gliedern verstärkt, den Präsidenten Herrmann gehen lassen und im Verlauf dieser Wirren auch dem Minister Falk den Abschied gegeben. Aber diese Schwierigkeiten waren durch die Aufstellung und Geltendmachung falscher Prinzipien erst geschaffen; wie so oft in unserer

an gesetzgeberischer Weisheit armen Zeit, zeigte es sich auch hier, daß man alle Kräfte in Bewegung setzen mußte, um einen Teil der Übelstände wieder los zu werden, die man durch unrichtige Behandlung der Sachen selber erzeugt hatte. — Die unkirchlichen, in dem Liberalismus und dem Protestantenverein wurzelnden Bestrebungen sind damals zurückgedrängt und in ihrer alten Stärke zu Kaiser Wilhelms Zeiten nicht wieder hervorgetreten; sie warteten, wie das naive Wort eines liberalen Führers offen aussprach, günstigere Zeiten ab. Ihre Tage sind nicht gekommen. Aber nichts hindert, daß sie wieder hervorbrechen und die Kirche von neuem in Unruhe stürzen; denn die feindlichen Richtungen bestehen nach wie vor. Dadurch wird die Kirche innerlich zerrissen und dem Staat gegenüber geschwächt. Und es ist kaum zu hoffen, daß die Staatslenker sich mit der Gewährung einer größeren Selbständigkeit an die Kirche befreunden werden, so lange ihre Zerrissenheit eine ruhige Entwickelung nicht verbürgt. In diesem Zirkel verläuft gegenwärtig das Geschick unserer Kirche. Dabei ist an eine Erstarkung derselben, zumal unter dem wachsenden Einfluß Roms, nicht zu denken.

Man hat auf mittelparteilicher Seite die Meinung gehegt und auch wohl ausgesprochen, daß Kaiser Friedrich, wenn es ihm vergönnt gewesen wäre, das Kirchenregiment zu führen, eine Änderung bewirkt hätte. Durch eine stärkere Heranziehung der Mitte und der Linken, so meint man, würde er einen Ausgleich geschaffen, durch seine antirömische Überzeugung der evangelischen Kirche stärker zur Seite gestanden haben. Wir glauben weder an das eine noch an das andere. Die Begünstigung des kirchlichen Liberalismus hätte die Spannung nur vermehrt, die Schwäche der Kirche nur vergrößert. Der römische Einfluß aber hat seinen Grund einerseits in den Fehlern des Kulturkampfes und der gesamten preußischen Kirchenpolitik, andererseits in der Einheit, Geschlossenheit, Energie, Vielseitigkeit der katholischen Aktion. Daß Kaiser Friedrich darin viel hätte ändern können, ist uns zweifelhaft. In seinen nächsten Beziehungen begann er damit, daß er die beiden höchsten zu besetzenden Hofämter in die Hände von Katholiken legte. Das spricht jedenfalls nicht dafür, daß er geneigt war, in den so vielbedeutenden Verhältnissen des Hoflebens den römischen Einfluß zu verringern. Im übrigen hat Gottes Walten allen solchen Fragen ein Ende bereitet. Wir sind darauf nur mit

einem kurzen Wort zu sprechen gekommen, weil wir glaubten, einem unweisen Optimismus, der zur Ungerechtigkeit gegen die frühere und die gegenwärtige Regierung verleiten könnte, entgegen treten zu müssen.

Das Staatskirchentum ist an sich eine unerwünschte Form der Kirche. Es stellt die wichtigsten kirchlichen Thätigkeiten, die Ernennung der leitenden Persönlichkeiten wie die Erziehung der Pastoren, die Gesetzgebung wie die Verwaltung unter fremdartige Gesichtspunkte. Während bei der Besetzung der Präsidentenstelle in den kirchlichen Behörden die Energie der kirchlichen Leitung, bei der Ernennung der Professoren die bekenntnistreue Lebenskraft, in der Gesetzgebung das innere Bedürfnis, bei der Verwaltung die geistliche Natur der Kirche maßgebend sein sollten, sind es unter dem Staatskirchentum vielfach weltliche Gründe, welche auf allen jenen Gebieten das Verhalten des staatlichen Kirchenregiments bestimmen. Nicht die Energie des kirchlichen Bewußtseins, sondern die politische Lage entscheidet zuweilen über die wichtigsten Personalfragen; Präsident Herrmann wurde seiner Zeit deshalb an die Spitze des ev. Oberkirchenrats gestellt, weil er im Zusammenhang mit der Falkschen Politik bereit war, den Prediger Sydow nicht zu disziplinieren und den Protestantenverein anzuerkennen. Nicht das Bedürfnis des kirchlichen Lebens, sondern der staatliche Gesichtspunkt der Parteikonstellation bedingt zuweilen die Besetzung der theologischen Professuren; Prof. D. Harnack ist nicht auf dem Wege kirchlicher Erwägungen, welche den Widerspruch des ev. Oberkirchenrates überwanden, sondern durch die Geltendmachung der staatlichen Übermacht und der mittelparteilichen Stimmung durchgesetzt. In der gesamten Verwaltung der Kirche treten die Erfordernisse weltlicher Bureaukratie, staatlicher Zentralisation oft so beherrschend auf, daß die Erledigung der Geschäfte darunter leidet. Bedenkt man, daß die Religion von allen Gebieten menschlicher Bethätigung den meisten Anspruch auf Freiheit hat und gerade sie am meisten vom Staat gebunden ist, so leuchtet von vornherein dem Beurteiler der kirchlichen Lage das Mißliche des Staatskirchentums ein, zumal in einer Zeit, wo der Begriff der Freiheit einen berückenden Zauber ausübt. Die geistigen Dinge bestreben sich in der Gegenwart, eine ihrem Wesen entsprechende Gestalt zu gewinnen, um ihre eigentümliche Kraft zu entfalten. Die Kirche ist in einem Maße wie keine andere Institution von dem ihrer innersten Natur

gänzlich verschiedenen Staate abhängig. Gewiß ist die weltliche Obrigkeit göttlicher Ordnung wie die Kirche. Aber jene hat es mit der Naturordnung, diese mit der Gnadenordnung zu thun; jene wirkt mit den Waffen des Rechts und des Zwanges, diese mit den Mitteln der Gnade und der Freiheit. Eben aus dieser tiefen Verschiedenheit beider Gemeinschaften geht die biblische Forderung hervor, sie nicht zu vermischen. Gebt dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist. Dies Wort Christi scheidet die Gebiete des religiösen und des staatlichen Lebens; in unserem Staatskirchentum sind sie in falscher Weise mit einander verbunden. Und unsere Überzeugung geht dahin, daß die meisten Schwierigkeiten der evangelischen Kirche in dieser Verquickung von Politik und Religion ihren Grund haben.

Wir sind auf den Einwand gefaßt, daß Gottes Walten die evangelischen Kirchen zu Landes- und Staatskirchen gemacht habe. Und wir haben historisches Verständnis genug, um die Bedeutung einer Einrichtung zu würdigen, welche, menschlich gesprochen, im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert die Reformation vor dem Untergang behütet und seitdem zwei Jahrhunderte vielfach in Segen bestanden hat. Dennoch kann durch die Geschichte ein göttlicher Grundsatz nicht ungiltig werden. Es ist gegen die Schrift, daß der Staat die Kirche beherrscht. In der Not der Zeit mag das einmal übersehen werden; um die Wahrheit des ganzen Evangeliums zu retten, kann man für einen Augenblick einen einzelnen Gedanken desselben zurückstellen. Aber wenn die Not vorüber ist, muß die biblische Wahrheit wieder zu Ehren kommen, besonders in einer Kirche, welche sich die Kirche der Bibel nennt. Statt dessen ist aus dem Notamt des Staats und seiner Obrigkeit im Laufe der Entwicklung ein Recht, ja in unseren neueren Kirchenverfassungen eine Art Kirchenamt geworden. Daß die weltlichen Fürsten herrschen und die Mächtigen unter ihnen Gewalt haben, ist eine unbestreitbare, göttlich gewollte Thatsache der irdischen Ordnung. So soll es nicht sein unter euch, sagt der Sohn Gottes. So soll es doch sein, sagt der Anhänger des Staatskirchentums. Wenn Friedrich Wilhelm der Vierte, dieser erleuchtete Fürst, seine Stellung in der Kirche als unbezweifelt, „unrechtlich und unchristlich“ empfand, so stand er auf seiten der Schriftwahrheit. Man hat diese Wahrheit dadurch zu retten gesucht, daß man der Obrigkeit nicht als staatlicher Gewalt, sondern als einem

hervorragenden Gliede der Gemeinde die Kirchengewalt übertragen wissen wollte. Aber einmal weiß die heilige Schrift nichts von Kirchengliedern, die lediglich deshalb, weil sie in der weltlichen Ordnung groß sind, auch in der Kirche hervorragen; denn innerhalb des kirchlichen Lebens verleiht nicht das Herrschen, sondern das Dienen die Vornehmheit und nicht die weltliche Stellung, sondern der lebendige Glaube die Bedeutung. Andererseits ist es auch geschichtlich unbestreitbar, daß die Kirchengewalt der Obrigkeit als dem Oberhaupt des Staates, nicht als einer Persönlichkeit übertragen wurde. Daß jemand lediglich als vornehme Person, ganz abgesehen vom Glauben und Wandel, in der Kirche eine hervorragende Stellung einnehmen solle, ist ein solcher Widersinn, daß er nie hätte behauptet werden sollen. Eine solche Meinung wird durch den Geist wie durch den Buchstaben der Bibel gerichtet. Wenn trotzdem die Staatsobrigkeit in der Kirche eine herrschende Stellung einnahm, so war das so lange möglich, als sich dieselbe dem kirchlichen Bekenntnis unterordnete und sich als Schirmherrin zur Pflege des kirchlichen Lebens ansah. Seit die Obrigkeit in die Abhängigkeit von Verfassungen geraten, in den Zwiespalt gleichberechtigter Kirchen hineingestellt, in den Unterschied der verschiedenen Weltanschauungen versenkt ist, muß ihre kirchenregimentliche Stellung als unhaltbar angesehen werden. Der Staat ist im Laufe der Zeit ein völlig anderer geworden, auch seine Stellung zur Kirche durchaus umgestaltet. Wenn die Kirche dennoch das ehemalige Verhältnis einer Oberherrschaft des Staates beibehalten will, so ist das Mangel an Nachdenken oder an Mut oder an Zuversicht. Sie muß es biblisch unentschieden lassen, ob Episkopal- oder Presbyterial- und Synodalverfassung das Bessere ist, weil darüber weder Christus noch die Apostel Auskunft gegeben haben. Aber sie muß das Staatsjoch abschütteln, weil sie durch dasselbe an der freien Bewegung verhindert wird, die nötig ist, um unser Volk christlich und evangelisch zu erhalten. Selbstverständlich kann sie das nicht mit Gewalt thun. Sie kann nur aussprechen, was sie für recht hält, und den Fürsten wie der Obrigkeit, den Parlamenten wie den Synoden überlassen, die Anwendung davon zu machen. Aber sie muß unter den heutigen Verhältnissen offen erklären, daß die Zeiten des Staatskirchentums vorüber, und seine Stunden gezählt sind. Wollte jemand sie durch die Berufung auf die Bekenntnisse daran hindern, so darf sie kühnlich sagen, daß in

Fragen, welche die heilige Schrift nicht entscheidet, auch die Bekenntnisse keine bindende Gewalt haben, und daß, wenn die Obrigkeit inzwischen ihren Charakter verändert hat, auch die Kirche ihre Beziehungen verändern muß. Im übrigen verwerfen die Bekenntnisse grundsätzlich die Vermischung der weltlichen und geistlichen Gewalt; will man sie überhaupt für eine Verfassung in Anspruch nehmen, so kann es nur für die bischöfliche sein.

Um die Richtigkeit dieser Gedankenzüge unmittelbar einleuchtend zu finden, braucht man sich nur in unseren evangelischen Landeskirchen umzusehen. Ist unsere Lage günstiger als die der Nichtlandeskirchen, der Katholiken, der Altlutheraner, der Brüdergemeinden oder gar als die der Synagoge? Landeskirchen sollten jedenfalls an Mitteln und Ansehen voranstehen. Für die Unfreiheit liegt wenigstens darin ein, wenn auch für unsere Anschauungen unwillkommenes Gegengewicht. Aber weit gefehlt. Der katholischen Kirche wird viel größere Ehre erwiesen als der Staats- und Landeskirche; ein simpler katholischer Bischof rangiert unter die Fürsten und Großen. Man mißverstehe uns nicht; wir verlangen in keiner Weise die Ehre und Herrlichkeit Roms, aber wir finden es nicht richtig, daß evangelische Staaten der römischen Kirche Ehrerbietung beweisen, weil sie frei und dadurch mächtig ist, während sie die eigenen Landeskirchen mit dem denkbar geringsten Wohlwollen behandeln, weil sie unfrei und dadurch ohnmächtig sind. Auch in Bezug auf die äußeren notwendigen Mittel weiß die Kirche sich nur selten freigebiger Behandlung zu getrösten. Wenigstens bei uns in Preußen. Die versprochene Entschädung für das Zivilstandsgesetz kommt nicht zu stande. Die Reichshauptstadt verkommt in Kirchenlosigkeit und Sozialdemokratie, ohne daß der Staat dafür — nach den Berichten des Landtags — Teilnahme hat und Mittel flüssig macht. Wo aber einmal etwas geschieht, wie bei der Remunerierung der Superintendenten, die doch als Organ des Kirchenregiments und der Schulaufsicht königliche oder Staatsbeamte sind, da wird die Summe niedrig genug bemessen. In der Provinz Sachsen erhielt der Superintendent einer großen Diözese aus diesem Fonds 30 Mark; als die Diözese geteilt wurde, erhielt der eine Superintendent 20 Mark, der andere 10 Mark. Im Königreich Sachsen erhält jeder Superintendent, mag seine Pfründe groß oder gering sein, für seine Verwaltung 1200 M. Warum muß das bei uns so ganz anders sein? Immerhin hoffen

wir, daß jetzt bei dem größeren Reichtum an Mitteln im Staatshaushalt auch der Kirche eine größere Fürsorge zu teil werden wird. Leider hoffen wir es auch deshalb, weil gewisse politische Kreise Wert darauf legen, daß die evangelische Kirche für ihre unliebsamen Forderungen an Freiheit wenigstens mit Geld abgefunden werde.

Eigentlich ist es unbegreiflich, daß Preußen der Kirche, durch welche es seine große historische Stellung errungen hat, mit so viel Mißtrauen begegnet. Nie hat der Protestantismus Veranlassung gegeben, ihn wegen zu geringer Vaterlandsliebe oder Königstreue anzuklagen. Eher trifft ihn der Vorwurf, daß er aus Unterwürfigkeit dem Staat zu weit entgegengekommen, das unveräußerliche Recht der Kirche zu sehr vergessen hat. Unseres Erachtens ist das in dem Mangel an unabhängigen Persönlichkeiten in den Ämtern der Kirche begründet. Der Staat sollte da eher etwas zu viel als zu wenig an Wohlwollen zeigen, um das schlummernde Bewußtsein der Kirche zu wecken. Jedenfalls sollte er nie vergessen, daß Deutschland seine Stellung in der Welt- und Kirchengeschichte der Reformation verdankt, und daß eine Regierung, welche aus Rücksicht auf kleine, kurzlebige Erfolge unsere protestantische Geistesart übersehen und die römische Gesinnung pflegen wollte, sich an der deutschen Geschichte versündigt. Wir haben ein Gefühl der Wehmut, daß in dem neuen Deutschland seit 1870 bald im Zorn Rom als zu mächtig behandelt, bald in Liebe als zu einflußreich beschmeichelt, aber die evangelische Kirche allezeit unrichtig und schonungslos behandelt ist. Bleibt dies so, so kann die Strafe dafür nicht ausbleiben.

Gewiß wäre es unrecht, wollte man dem Staat und seiner Regierung an diesem Verlauf der Dinge die alleinige Schuld aufbürden. Das Kirchenregiment hat durch seine Mutlosigkeit und Unterwürfigkeit ebenso gefehlt, wie die Staatsregierung durch ihre Willkür und Verständnislosigkeit. Als in den siebziger Jahren die Falksche Aera aus der wundervollen Herrlichkeit der französischen Schlachten und Siege auftauchte, als die Regierung mit dem Schulaufsichtsgesetz und dem Zivilstand vorging, die Kulturkampfgesetze auch gegen die evangelische Kirche erließ und unsere Kandidaten zu einem unnötigen Examen zwang, das lächerlicher Weise nie ein katholischer Priester gemacht hat, und das alles, ohne sich mit dem evangelischen Oberkirchenrat auch nur ins Benehmen zu setzen, da

mußte der Präsident der obersten Kirchenbehörde seinen Abschied nehmen. Diese Behandlung war unerhört; sie war auch im höchsten Maße unweise, denn sie hinderte eine gesunde Ausarbeitung der Gesetze und führte zu den ärgsten Fehlern. Kein Minister, kein Ressortchef, kein General würde sich in dieser Weise bei Angelegenheiten, wo es sich um Sein oder Nichtsein handelte, so haben an die Wand drücken lassen. Damals verlautete wohl von einer freundlich geführten Korrespondenz zwischen Oberkirchenrat und Minister, in welcher dem ahnungslosen Falk vorgerechnet wurde, wie viel Verluste die Kirche haben müßte. Aber mit amtlichen Berichten, die eine bureaukratische Antwort finden, ist in solchen Zeitläuften nicht gedient. Und wenn das heroische Mittel einer Amtsniederlegung für die zahme Kirchenbehörde zu stark war, warum wandte man sich nicht an die Kirche, oder rief in diesen Lebensfragen die öffentliche Meinung auf?

Sind denn offizielle oder offiziöse Mitteilungen, die so manchmal von Staatswegen zum Nachteil der Kirche in die Öffentlichkeit geworfen werden, für die Kirchenbehörden sündlich? Liegt der Kirchenbehörde gar nichts daran, in Fühlung mit der großen evangelischen Gemeinde zu bleiben? Hätte man nicht in den Tagen des Kulturkampfes eine bedeutende Stellung behaupten können, wenn man das protestantische Volk aufrief, für sein gutes Recht in loyaler, aber entschiedener Weise einzutreten? Aber die Kirchenbehörde lebte damals, als wenn die Buchdruckerkunst noch nicht erfunden wäre. Über die Kirche aber ergoß sich gleichzeitig aus allen Schleusen der Presse ein höllischer Strom von Verdächtigung und Beleidigung. Und anstatt in den eigentlichen Thaten des Kirchenregimentes die damals doppelt gebotene Energie zu beweisen, wich man schließlich vor dem Unrecht zurück. Man bot dem Minister mit Rücksicht auf den Zivilstand eine Trauformel, die er selber verwundert aufnahm; man verleugnete bei den Verhandlungen über die Verfassung evangelische Grundsätze des Gemeindelebens, die nie bezweifelt waren, und lockerte durch ungeheuerliche Instruktionen noch das bißchen Kraft, das in den Paragraphen der Verfassung übrig geblieben war. Auf der außerordentlichen Generalsynode aber, wo der Schmerz um die erfahrenen Erlebnisse hätte laut werden sollen, wetteiferten die Kommissare der Regierung mit Mitgliedern des Kirchenregimentes in Preisgebung der kirchlichen Unabhängigkeit und in Verleugnung der Hoffnungen, die man noch vor kurzem

allgemein gehegt hatte. Daß eine große Gelegenheit damals kleinlich verpaßt ist, kann kein Kundiger verkennen. Wer damals den evangelischen Geist des preußischen Volkes aufgerufen hätte, nicht um die katholische Kirche zu bedrängen, sondern um die evangelische zu stärken, nicht um dem Staate Schwierigkeiten zu machen, sondern um ihm Hilfe zu bieten, der hätte sich um Deutschland und den gesamten Protestantismus unermeßliche Verdienste erworben. Diese Stimme fand sich nicht. Freilich mußte der, welcher sie ausgehen ließ, bereit sein, Amt und Person in die Schanze zu schlagen; und daran denkt man in der Kirche nicht. Aber die Schwäche, welche damals offenbar geworden ist, wirkt noch heute nach. Erst in der letzten Zeit hat unsere oberste Kirchenbehörde den Eindruck erweckt, daß sie müde ist, sich alles gefallen zu lassen. Auf der letzten Provinzialsynode herrschte die Überzeugung vor, daß wir mit der Forderung einer größeren Fürsorge seitens des Staates und mit dem Anspruch auf ein höheres Maß von Selbständigkeit in Übereinstimmung mit dem evangelischen Oberkirchenrat ständen. Aber wie wenig will das heute bedeuten? Kirchenregiment und Synoden sind nichts gegenüber dem Willen des Staates. Und eine einträchtige Aktion von Staat und Kirche, um die Fehler der Falkschen Zeit gut zu machen, ist gegenwärtig wenig zu hoffen. Unser leitender Staatsmann ist der Selbständigkeit der Kirche entgegen; er behandelt diese Dinge opportunistisch, fürchtet das Entstehen eines evangelischen Zentrums und will höchstens eine bessere Ausstattung der Kirche mit Mitteln, nicht eine solche mit Freiheit. Damit bleibt die Sache, wie sie ist. Rom ist seine Kulturkampfgesetze los; wir müssen unsere Kulturkampfverfassung ruhig behalten und darin wohl gar ein großes Geschenk erblicken.

Fragen wir, wie sich die Zukunft unserer Kirche besser gestalten kann, so stehen wir zunächst vor einem Rätsel. Die Leitung der evangelischen Kirche und die Mitwirkung an ihren Zuständen ist in so vielen Händen, daß man nicht weiß, wie sie sich zu einer harmonischen Thätigkeit vereinigen sollen. König und Kultusminister, Staatsministerium und Landtag, Oberkirchenrat und Generalsynode: sie alle müssen zusammenstimmen, wenn die Kirche vorwärts gebracht werden soll. Nie hatte eine Institution eine schwerfälligere Verfassung, um wirksam aufzutreten. Aber nur da sein, um zu existieren, dazu ist die evangelische Kirche zu groß. Dazu sind auch die antievangelischen Mächte zu stark. Rom ist gewaltig

angewachsen; der Unglaube hat in der Presse und Litteratur eine unberechenbare Macht, in der Demokratie und einem Teil der Mittelparteien seine steten Helfershelfer. Das Judentum ist vielleicht noch einflußreicher als Katholizismus und Freigeisterei zusammen; in den höheren Kreisen wirkt es durch Mammonssucht oder Terrorismus, in den niederen Schichten durch Aufhetzung der Massen und Bezahlung der Umsturzagitation. Die Sozialdemokratie, welche in den Industriemittelpunkten ihre Heere sammelt, ist das Resultat nicht bloß der wirtschaftlichen, sondern auch der sittlich-religiösen Zustände der Gegenwart. Und zwischen diese Mächte ist beinahe hilflos die einzige Hilfe, die evangelische Kirche, gestellt. Wer schafft ihr Raum, um ihre Aufgabe zu lösen?

Unheilvoll lastet in unseren Tagen das Staatskirchentum auf der evangelischen Kirche; ohnmächtig steht auch ein wohlwollendes Kirchenregiment den Gefahren, welche von allen Seiten herandrängen, gegenüber. Aber doch liegt in diesen Verhältnissen der Leitung noch nicht die Wurzel des eigentlichen Notstandes. Im tiefsten Grunde ist es das Parteiwesen, welches unsere Kirche in ihrem Einfluß lähmt, in ihrer Thätigkeit hindert, dem Staate freie Hand, dem Unglauben leichtes Spiel und der römischen Kirche sichere Überlegenheit bietet. Der Protestantismus leidet nicht bloß an dem Schaden Josephs, daß Brüder mit einander zanken, sondern an dem ismaelitischen Übel, daß ein Krieg aller gegen alle geführt wird. Aus dunkelem Schoß werden ihm mit scheinbar unvermeidlicher Notwendigkeit immer neue Streitigkeiten geboren. Der alte Rationalismus schien ausgestorben, und man freute sich seines Todes, da stand, nur etwas geistreicher und philosophisch besser geschult, die moderne Theologie auf dem Plan, welche gleichfalls die Offenbarung leugnet. Der Hader zwischen den Konfessionellen und Unierten schien einer Gemeinsamkeit der Anschauungen weichen zu wollen, da erhob sich, durch die Verfassungswirren der siebziger Jahre bedingt, der Widerstreit zwischen positiver und mittelparteilicher Union. Der Protestantenverein hat abgewirtschaftet und ist bedeutungslos geworden; nun tritt der Evangelische Bund mit seinem einseitigen Kampf gegen Rom hervor und veranlaßt eine neue Spaltung. Die positive Theologie aber sieht sich in ihrem Besitzstand durch Ritschl und seine Schule bedroht; sie hat lange gezögert, aber seit Jahr und Tag hat sie den Harnisch angethan und führt den Krieg um die höchsten Güter der Reformation.

Dazwischen rollen die Wellen, welche die Selbständigkeitsbewegung schlägt, und teilen wiederum die Kirche und ihre einzelnen Gruppen. Unter der Losung: keine Vermischung von Politik und Religion! stürzen sich die, welche den Staat überall in die Kirche mischen wollen, auf die Freunde kirchlicher Freiheit, während diese, die von der Kirche das Staatsjoch abschütteln und ihr die Freiheit, damit den berechtigten Einfluß in dem öffentlichen Leben erringen wollen, unvernünftiger Weise angeklagt werden, daß sie die Politik mit der Kirche vermengen. In diesem Wirrwarr dogmatischer Schulen, theologischer Fehden, kirchlicher Streitigkeiten, öffentlicher Kämpfe verzehrt sich die Lebenskraft des Protestantismus. Der Mangel an Führung und das Übermaß von Willkür haben eine Art von Anarchie herbeigeführt, die es unmöglich macht, daß die evangelische Kirche als eine geschlossene Macht auftritt. Äußerlich kann sie schon wegen des Landeskirchentums nicht zur Einheit kommen, innerlich ist sie in Richtungen und Parteien zerrissen. So schmerzlich das Eingeständnis ist, so muß es doch ausgesprochen werden, daß der heutige Protestantismus im Kampfe mit dem Unglauben die evangelische Wahrheit nicht behauptet, das reformatorische Bekenntnis nicht schützt, das deutsche Volksleben nicht durchdringt.

Von Zeit zu Zeit geschehen dann besondere Ärgernisse, welche dem gläubigen Evangelischen nicht bloß einen Schmerzensschrei, sondern den Ruf der Verzweiflung auspressen. Der Bendersche Skandal in Bonn ist durch den im höchsten Maße anerkennenswerten Rücktritt seines Urhebers von der theologischen Professur beseitigt. Was wir aber in Bremen an Schwalb und Schramm erleben, ist viel anstößiger. Jener, der noch immer Geistlicher einer evangelischen Landeskirche ist, erklärt mit schneidendem Hohn in seinen Kanzelreden, daß er an die Bibel und die Bekenntnisse nicht glaubt, daß er die Sündlosigkeit und das Heilandsleben Christi verwirft, daß er das Gebet zu Christo und die heiligen Sakramente abschaffen will. Dabei krümmt ihm die kirchliche Obrigkeit kein Haar; der Senat von Bremen ist Summepiskopus und läßt die Lästerungen ruhig geschehen. Das staatliche Kirchenregiment erklärt das Vorkommen solcher Ungeheuerlichkeiten; es schützt nicht den Glauben, nicht einmal den kirchlichen Anstand, sondern die Beleidigung des Glaubens und die Verletzung des Anstandes. Schwalb ist dem Drängen der besorgten Freunde gewichen und aus dem Protestantenverein ausgetreten. Schramm, der in seinem Katechis-

mus die Gottheit Christi und ihre Bekenner fast noch schlimmer behandelt als Schwalb, ist unseres Wissens in seiner Stellung zu den liberalen Brüdern ganz unerschüttert. Wie weit darf man denn gehen, um dem Protestantenverein unbequem und zum Austritt gedrängt zu werden? Hat die theologische Linke darüber eine klare Vorstellung? Wenn wir so fragen, thun wir es im allertiefsten Ernste. Wir werden so oft mit schmerzlichem Bedauern als die Unduldsamen, oder mit wildem Haß als die Heuchler, oder auch mit überlegenem Mitleid als die Unwissenschaftlichen, jedenfalls als die Störenfriede hingestellt, welche die Andersdenkenden in der evangelischen Kirche nicht anerkennen wollen und darum die Einigung hindern. Von unserer Seite können wir in Wahrheit versichern, daß wir nichts lieber sähen als die Einheit aller Protestanten, welche an der Kirche mitbauen wollen. Wenn wir die Hand zum Bunde nicht reichen können, so ist es nicht Haß oder Geringschätzung, was uns abhält, sondern die klare Überzeugung, daß so, wie die Dinge zur Zeit liegen, wie gegenwärtig die Richtungen einander gegenüber stehen, die Anerkennung der Linken die Vernichtung der evangelischen Gemeinschaft als Kirche sein würde. Uns erfreut von ganzem Herzen jede Annäherung von der anderen Seite an den bekenntnismäßigen Glauben, wir begrüßen die über die kirchliche Rechte so wohlwollend gefällten Urteile von Männern wie Nippold, Lipsius, Dreyer mit der größten Dankbarkeit, wir geben auch die Hoffnung einer künftigen Verständigung nicht ganz auf, aber wir vermögen uns nicht vorzustellen, wie in einer Kirche zwei sich ausschließende Überzeugungen Platz haben sollen. Die Franzosen haben den Streitpunkt zwischen rechts und links schon lange als das surnaturel bezeichnet. In der That, darum handelt es sich, ob es eine übernatürlich geoffenbarte, gewisse Wahrheit der göttlichen Dinge giebt, oder ob die Religion, auch das Christentum, nur ein Prozeß des menschlichen Geistes und der Geschichte ist. An dieser Frage scheiden sich die Geister. Haben wir eine göttliche Wahrheit, so können wir auch eine Kirche haben, die auf derselben ruht und sie verwaltet. Giebt es auch in der Religion nur Ergebnisse menschlichen Nachdenkens oder genialer Inspiration, so verwandelt sich die Kirche in einen Sprechsaal, wo die verschiedenen Ansichten mit einander verhandeln, und dadurch notwendig in ein Schlachtfeld, wo die Geister beständig auf einander platzen. Die Kirche gründet sich auf das Bekenntnis als auf den gemein-

samen Glauben ihrer Glieder. In der Behauptung desselben kann die kirchliche Obrigkeit sehr frei, sehr weitherzig sein; das ist durch den Ursprung des Protestantismus wie durch die Geistesart seiner Glieder verbürgt. Aber sie kann nicht zwei einander widersprechende Systeme von Religion neben einander mit gleichem Recht bestehen lassen; das erschüttert den Wahrheitsbesitz, ohne welchen eine Kirche nicht zu denken ist. Die Linke müßte uns erst sagen — und als Spätergekommene liegt ihr das ob — wie sie sich dem Bekenntnis gegenüber einrichten will. So weit wie Schwalb wollen ja auch ihre vorgeschrittenen Anhänger nicht gehen. Aber Schramms Katechismus ist ebenso skandalös. Benders Anschauungen erweckten gleichfalls Ärgernis. Solche Anschauungen, für gebildete Theologen begreiflich, sind dem kleinen Mann, und er bildet neun Zehntel der Kirche, unverständlich. Wenn sie dauernd vorkämen, würden sie der Kirche die Achtung rauben, auf die sie Anspruch hat, und viele der Besten in die Arme Roms treiben, wo wenigstens kirchliche Autorität, wenn auch keine biblische Wahrheit ist.

Die Behandlung dieser Frage ist überaus schwer. In mancher Landeskirche hat man dieselbe so entschieden, daß man zwei Gemeinden, eine orthodoxe und eine liberale, jede völlig frei und anerkannt, in einer Kirche und zwei Gottesdienste in einem Gotteshause hat. Sind in einer Parochie zwei Prediger verschiedener Richtung, so sehen die Gläubigen den gläubigen Pfarrer, die Freigesinnten den liberalen Geistlichen als ihren Seelsorger an. Aber diese Amtsbrüder und Gemeinden gehen sich einander nichts an; daß sie ein gemeinsames Abendmahl feiern, ist undenkbar. Nur das äußere Gebäude, das Kirchenregiment, wenn es noch eins giebt, und etwa die Synode sind ihnen gemeinsam. Wir gestehen, daß wir für diese Art von gegenseitiger Anbequemung gar nichts übrig haben. Sie ist eine organisierte Unwahrheit; zwei Religionen, die sich gegenseitig verneinen, machen eine Kirche aus. Hier ist das Elend des Protestantismus auf der Höhe.

Uns schweben noch immer andere Lösungen der Schwierigkeiten vor. Entweder man geht friedlich schiedlich auseinander wie in den englisch-amerikanischen Kirchen; die Linke versucht es, auf ihrer religiösen Grundlage eine eigene Kirche zu gründen, und die Bekenntnistreuen helfen ihr bei der Auseinandersetzung. In diesem Sinne ist vor mehreren Jahren diese Angelegenheit schon einmal in den Kirchenzeitungen verhandelt; auf beiden Seiten haben sich

Stimmen dafür ausgesprochen. — Oder aber, was viel besser wäre, die Linke gewinnt einen Standpunkt, der sie zur kirchlichen Mitarbeit befähigt, und giebt ihren Haß gegen die Rechte auf. Hätte sie immer in der liebenswürdigen Art, wie Dreyer in seinem „undogmatischen Christentum", ihren Strauß ausgefochten und soviel Verständnis wie er für Glauben und Bekenntnis gezeigt, niemals würde der Riß zwischen beiden Richtungen so scharf und fast unheilbar geworden sein. Daß Dreyer das lösende Wort gesprochen hätte, kann man trotzdem nicht behaupten; zuletzt tritt es doch auch bei ihm heraus, daß das Übernatürliche für ihn im biblischen Sinne nicht vorhanden ist. Immerhin sind solche Stimmen geeignet, die alten Zänkereien vergessen zu machen und die Vorstellung zu wecken, daß man es, wenn auch nicht mit positiven Theologen, doch mit edlen Charakteren zu thun hat. Denn das ist das geradezu Empörende an diesen theologischen und kirchlichen Streitigkeiten, daß sie oft in einem Geiste geführt werden, der weder christlich noch auch anständig ist. So vollkommen beherrscht die Erbitterung gegen die Orthodoxie gewisse Geister, daß sie mit der schamlosesten Judenpresse an demselben Strang ziehen. Es giebt Blätter auf der Linken, welche an Energie der persönlichen Schmähung und Verdächtigung es getrost mit dem „Berliner Tageblatt" oder der „Berliner Zeitung" aufnehmen können; auch ein mittelparteiliches Blatt, das jetzt allerdings sich zu einer anderen Tonart zwingt, hat jahrelang die Gemüter durch seinen beleidigenden Ton aufgeregt. Die rabies theologorum ist freilich schon alt, aber sie sollte durch die milderen Sitten der Gegenwart ein wenig von ihrer Stärke aufgeben. Man kann die Prinzipien sehr scharf durchfechten, und das thun wir auf der Rechten ganz gewiß; aber man braucht die Gegner nicht für moralisch schlecht auszuschreien, weil sie verschiedene Ansichten haben.

So lange die Kirche in ihren Richtungen sich so bitter befehdet, kann sie sich nicht wundern, daß öffentliche Blätter sie in dem gleichen Sinne behandeln. Man muß die Achtung, welche die Judenpresse dem Judentum erweist, oder die Zurückhaltung, welche die katholische Presse den Angelegenheiten der Kirche gegenüber sich auferlegt, mit der frechen Zügellosigkeit vergleichen, welche protestantische Blätter, oder durch sie aufgestachelt, jüdische Blätter an der evangelischen Kirche ausüben, um den ganzen Jammer zu ermessen, an dem unsere Kirche leidet. Und im tiefsten Grunde ist es doch

der Gegensatz zwischen der liberalen und positiven Theologie, der diese leidenschaftlichen Zänkereien hervorruft, und der auch unter solchen, die eigentlich unter derselben Fahne stehen, Zwietracht hervorruft. Denn es ist gewiß, daß die Bitterkeiten, welche zwischen der kirchlichen Mittelpartei und der positiven Union hervorgetreten sind, wesentlich daraus entsprangen, daß die ersteren in der Linken eine berechtigte Richtung sahen, die letzteren nicht.

Vergegenwärtigen wir uns die Flut von Verleumdung, die sich in der schlechten Presse über unsere Kirche wälzt, so genügt diese einzige Erscheinung, um uns die Geringschätzung deutlich zu machen, die in weiten Kreisen unseres Volkes gegen den Protestantismus entstanden ist. Das letzte Jahr zeigt uns hierin noch eine besondere Erscheinung. Waren es sonst vorzugsweise Juden- und Fortschrittsblätter, in denen der Glaube beschimpft wurde, so ist während des Jahres 1888 die Kartellpresse zu den Spöttern und Lästerern noch hinzugekommen. Zu Neujahr ertönten die mittelparteilichen Blätter von dem Schimpfen über Muckerei, Heuchelei, Frömmelei; zum Jahresschluß ließen sie dieselbe elende Losung kund werden. Und von Anfang bis zum Ende ist von dieser Seite eine Hetzjagd gegen die Frömmigkeit losgelassen, daß unter diesem Gesichtspunkt, gerade im Gegensatz zu den tiefen Eindrücken der Sterbelager zweier Kaiser, das vergangene Jahr eine schmachvolle Zeit genannt werden muß. Zuweilen bildet sich unter den unheiligsten Vorwänden von der „Post“ bis zum schlechtesten Judenblatt ein Chor der Schmähung, der unserem Parteiwesen zur Schande gereicht. Ein solches Vorgehen würde unmöglich sein, wenn nicht die politische Presse sicher wäre, auch bei den schlimmsten Verdächtigungen gegen die Orthodoxie die kirchlichen liberalen Zeitungen auf ihrer Seite zu haben. Und wiederum liefert der religiöse Liberalismus in seiner Presse den politischen Blättern Stilproben, daß diese daraus ein Recht herleiten, die Positiven in der heftigsten Weise zu beleidigen. Unter solchen Umständen ist nicht daran zu denken, daß die evangelische Kirche das Maß von Einfluß erlangt, das sie gebraucht, um ihrer hohen Stellung gerecht zu werden. In dem wüsten Parteitreiben erstickt die Brüderlichkeit, der Gemeingeist, vielfach auch das kirchliche Ehrgefühl. Wie ist das gekommen?

Viele Ursachen sind daran schuld. Der Staat, indem er die evangelische Kirche nicht ihrer Bekenntnisgrundlage gemäß, sondern

nach den Parteien beurteilt, thut selber sehr viel, um den Zwiespalt zu verewigen. Jahrhunderte hindurch hat er die Kirche regiert und ihr als einziges Lebensgebiet die Lehre gelassen, die nun der Tummelplatz des Kampfes wurde. Und wenn er heute der Kirche gegenüber die Pilatusstellung einnimmt, bald positive, bald negative Theologen auf die Lehrstühle beruft, den Einspruch des Kirchenregimentes nicht berücksichtigt, sondern opportunistisch bald diese, bald jene Richtung begünstigt, so trägt er auch dadurch an seinem Teile nach Möglichkeit zur dauernden Spaltung der Parteien bei.

Das Kirchenregiment aber hat nicht Einfluß genug. Es fehlt ihm an den lebendigen Impulsen, welche die Herzen vom Streit zur That rufen, und an der großen Initiative, welche den rechten Augenblick für kirchliche Thätigkeit erfaßt. Bei dem Erlaß der neuen Kirchenverfassung sind überdies die größten Fehler begangen, an denen das Bekenntnis noch immer unheilbar leidet. — Der schwerste Vorwurf trifft die gelehrte Theologie. Anstatt die Souveränität der Schrift als erste Regel anzuerkennen, die Autorität der reformatorischen Bekenntnisse hochzuhalten, auf die evangelische Geschichte zu schauen, in welcher so viele Märtyrer die Wahrheit mit Blut und Tod bezeugt haben, und aus den furchtbaren Notständen der Gegenwart die Besonnenheit zu schöpfen, welche unbegründete Hypothesen vermeidet und die Realitäten der Erfahrung anerkennt, erschöpft sich die Gottesgelehrtheit vielfach im Subjektivismus. Sie sollte der Schrift und dem Bekenntnis sich hingeben, statt dessen meint sie häufig genug, Bibel und Kirchenlehre erst dann für giltig halten zu dürfen, wenn sie selbst ihr Siegel drunter setzt. Gewiß ist der Protestantismus ohne Freiheit nicht denkbar. Aber aus der Freiheit der Forschung, die wir nicht antasten, ist oft eine Willkür geworden, welche die Quelle der Wahrheit verschüttet. — Leider ist auch das Leben der Kirche nicht imstande gewesen, die Schwierigkeiten der falschen Lehre zu überwinden. Die evangelische Kirche hat nicht die Kraft, dem evangelischen Volk die Schriftwahrheit zu erhalten.

Schön ist das Bild nicht, das wir von der gegenwärtigen Lage der evangelischen Kirche in Deutschland haben entwerfen müssen. Aber es ist durchaus wahr; wir möchten gewiß nicht zu dunkel malen. Der schlimmste Zug der heutigen Zeit ist der Opportunismus, dies System, welches aus dem politischen Mutterschoß geboren,

auch auf dem kirchlichen seine Verwüstungen anrichtet. Gewiß kann man in großen und wichtigen Dingen des Staatslebens opportunistisch vorgehen; auch in dem Leben der Kirche giebt es Verfassungsfragen und Verwaltungssachen, die man je nach dem Bedürfnis der Zeitlage, der Nationalität, der Politik behandeln kann. Aber in dem Punkte der Wahrheit darf man nicht der Opportunität, da muß man festen und bestimmten Grundsätzen folgen. Zwischen Glauben und Unglauben soll man nicht nach dem Erfordernis des Augenblickes hin- und herschwanken; ob heilige Schrift und Geist, oder päpstliche Unfehlbarkeit und Satzung, darüber kann man nicht die Politik entscheiden lassen; die Pflege des Sonntags, der Kirche widerstrebt der opportunistischen Behandlung. Wehe einem Volke, in welchem die Gleichgiltigkeit gegen die Wahrheit und die Duldsamkeit gegen die Unwahrheit zur Maxime wird! Da mag es leicht sein, widerstrebende Richtungen äußerlich zusammenzufassen; innerlich wird die Volksseele zerrüttet. Die Frage, was Wahrheit sei, ist eine Pilatusfrage und führt zuletzt immer zur Kreuzigung Christi. Wenn uns irgend etwas in unseren Tagen über die Zukunft des deutschen Geistes besorgt macht, so ist es die Wahrnehmung, daß Millionen die ewige Wahrheit geringschätzen und die zeitliche Macht hochhalten, daß eine gewisse äußere Autorität bewundert, die Wahrhaftigkeit im Glauben und Bekennen wenig geachtet wird. — Aber es bahnt sich unseres Erachtens ein Umschwung an. Trotz aller Schäden und Leiden ist dennoch der Protestantismus nicht im Niedergang, sondern im Aufsteigen.

Vielleicht hat man in früheren Zeiten die Frage: Was ist Wahrheit? allzusehr im dogmatischen Sinne gefaßt. Gemäß der buchstäblichen Lehre der göttlichen Eingebung der Bibel glaubte man, eine äußerlich verbürgte Wahrheit zu besitzen; und diese Wahrheit, auch wenn sie des Lebens ermangelte, galt mehr als das geistliche Leben, wenn es mit dem Buchstaben der Schrift oder der Bekenntnisse nicht ganz übereinstimmte. Nun ist das Dogma von der wörtlichen Inspiration aufgegeben, die äußere Garantie der geoffenbarten Lehre ist nicht mehr da, und erschrocken fragen Tausende: Was ist nun Wahrheit? Von links sagt man: Es giebt keine! Von Rom her ruft man: Bei uns allein ist Wahrheit! Und der ehrlich Suchende ist in Verlegenheit; er fühlt gegenüber der freien Forschung den Boden unter den Füßen wanken und seufzt, nicht

mit der Frivolität des Pilatus, aber mit der Resignation jenes Gelehrten, der das Ignoramus und Ignorabimus zu seiner Losung macht: Was ist Wahrheit? Es ist nicht zu verkennen, daß an dieser Stelle die Ritschlsche Schule einsetzt und viele Seelen äußerlich beruhigt, indem sie die Frage nach den hinter dem Glauben liegenden Glaubensobjekten abweist. Dennoch liegt für den wahrhaft forschenden Geist darin kein wahrer Friede. Wohl aber wird dieser wissenschaftliche Zustand der Gegenwart dazu dienen, uns den wahren Weg biblischer Wahrheitsfindung zu zeigen und uns im höheren Sinne, als in dem des bloßen Buchstabens, eine lebensvolle Wahrheit zu offenbaren.

Freilich, auf die Heilsthatsachen können wir nicht verzichten; die Präexistenz Christi und seine Auferstehung, der Opfertod zu unserer Versöhnung und die Erneuerung der Menschen durch den heiligen Geist, die souveräne Wirksamkeit der Gnade und die Rechtfertigung durch den Glauben allein: das alles sind Wahrheiten und Wirklichkeiten, mit denen die evangelische Kirche, ja jede Kirche steht und fällt. Und zwar geoffenbarte, göttlich gewisse Wahrheiten müssen sie uns sein, auf die wir leben und sterben. Denn es genügt nicht, die übernatürliche Offenbarung zu leugnen und auf dem Wege des natürlichen Denkens einige der geoffenbarten Thatsachen gleichsam zu entdecken und dann zu thun, als sei man eigentlich positiv. Nein, es gilt, an eine wirkliche, durch Propheten und Apostel, in der Fülle der Zeit durch den Gottessohn kundgewordene Offenbarung zu glauben und nun den Beweis des Geistes und der Kraft zu führen, daß diese Offenbarung göttliche Wahrheit und ewiges Leben ist. Die theologische Wissenschaft soll forschend nachweisen, wie diese Wahrheit in sich eine zusammenhängende Gottes- und Weltanschauung darbietet, alle Bedürfnisse des Gemütes und des Geistes erfüllt und in dem Leben der Kirche eine beständig sich und die Menschheit erneuernde Kraft ausübt. So soll man den Beweis führen, daß das Christentum die wahre und die einzige Religion ist; und wir zweifeln nicht, daß auch in der skeptischen Gegenwart diese Art von Beweis noch immer seine Gläubigen findet. Freilich, die Sünde in ihrer Tiefe ist dem heutigen Geschlecht vielfach ebenso unbekannt wie die Gnade in ihrer Herrlichkeit; darum wird auch die Rechtfertigung nicht recht begriffen, und die evangelische Kirche nicht genug gewürdigt. Aber die immer drohender und unaufhaltsamer aufsteigenden Dämonen

des Umsturzes und des Nihilismus, die mächtigen und verführerischen Gewalten des Unglaubens und der Unzucht sind am Werke, die Menschen von ihrer Oberflächlichkeit mehr in die Tiefe zu führen und sie erkennen zu lassen, daß ohne die rechten christlichen Grundlagen der Bau der Menschheit nicht in die Höhe steigt. Ist die Gefahr der Zeit und die einzige Hilfe für unsere Not erst besser erkannt, dann ist auch Hoffnung, daß die Linksstehenden wieder festeren Boden gewinnen. Es war immer der Fehler dieser religiösen Fortschrittler, die alten Stützen des Glaubens abzubrechen, ehe sie die neuen aufgemauert hatten, während es einen irrigen Zug auf der Rechten bildet, alte Mauern, die nicht tragfähig waren, stützen zu wollen und zu meinen, daß Widerlager die eigentliche Kirche und Pfeiler das wahre Heiligtum seien. Unsere Zeit weist uns auf Realitäten. Und eben dies ist gewiß ein Moment der Besserung, daß der Wirklichkeit ihr Recht wird im Innern wie im Äußeren. Recht muß doch Recht bleiben; und dem werden zuletzt alle frommen Herzen zufallen.

Freilich ist es eine schwer zu beantwortende Frage, warum die Staatsregierung den Bestrebungen der kirchlichen Selbständigkeit so überaus widerwillig gegenübersteht. Einen der vermutlichen Gründe haben wir bereits angedeutet, die Unzuverlässigkeit der synodalen Grundlagen. Gewiß will ein Staatsmann, der so sehr auf Autoritäten hält und Majoritäten verachtet, wie Fürst Bismarck, nicht dazu mitwirken, daß die Synoden mit ihrem zweifelhaften Bestand noch stärker werden, als sie sind. Und in der That ist es unmöglich, daß wechselnde Synodalvorstände die Leitung einer Kirche von dem Umfange der preußischen Landeskirche in die Hand nehmen sollten. Aber daran denkt im Grunde auch niemand. Sondern die einen, welche das landesherrliche Kirchenregiment in der bisherigen Fülle festzuhalten wünschen, wünschen auch das konsistoriale Element zu bewahren, nur wollen sie es der Ernennung wie der Wirksamkeit nach mit den Synoden in engere Beziehung gebracht wissen. Die anderen, welche einen Teil der summepiskopalen Prärogativen nach dem Vorgange Friedrich Wilhelms IV. in die Hände von Bischöfen legen möchten, denken die Synoden durch die bischöfliche Macht beschränkt und geleitet. So viel ist jedem klar, daß neben den Synoden noch ein anderer Faktor vorhanden sein muß, der die Kontinuität in der Kirche wahrt. Und überdies will niemand die Stellung der Staatsobrigkeit so sehr einengen, daß dieselbe ohn-

mächtig würde. Wir wenigstens haben, wenn einmal die Stunde der Umgestaltung unseres Kirchentums schlägt, eine solche Änderung im Sinn, daß die Kirche freilich ihre Gesetze macht, ihre Verwaltung bestellt, ihre regimentlichen Ämter besetzt, daß aber in all diesen Punkten die Obrigkeit ein Veto, einen Einspruch, eine Aufsicht behält, ohne die ein segensreiches Zusammenwirken von Staat und Kirche unter evangelischen Verhältnissen nicht zu denken ist. In jedem Falle ist eine reine Synodalherrschaft von keiner Seite erstrebt, die Furcht davor brauchte keinem Staatsmann Bedenken zu erregen. Nun denkt aber die Mehrheit zunächst nur daran, der Kirche in Verbindung mit dem historischen Summepiskopat eine größere Freiheit der Bewegung zu schaffen. Von den meisten wird an der Stellung des Staatsoberhauptes gar nicht gerüttelt, sondern nur an der Übermacht der staatlichen Faktoren, der Minister oder der Parlamente über das Staatsoberhaupt. Und in der That, die Stellung eines konstitutionellen Fürsten als Summepiskopus, wie sie in den neueren Kirchenanschauungen gedacht ist, muß als völlig unhaltbar bezeichnet werden. Es ist den Gegnern sehr unbequem, wenn wir sie immer wieder daran erinnern, daß jenes bekannte, von der Generalsynode und von dem Landtag beschlossene, beide Male vom König genehmigte Gesetz zuletzt an dem Widerspruch des Staatsministeriums gescheitert ist. Mögen sie doch antworten, ob ihnen dies als ein angemessenes Verhältnis zwischen König und Ministern erscheint! Man kämpft mit Recht gegen den Parlamentarismus; warum soll man nicht ebenso dem Ministerialismus entgegentreten? Daß hier eine Änderung nötig ist, kann niemand bestreiten. Und wir möchten die Vermutung aussprechen, daß es eben diese Unterwerfung der Kirche unter den Staat ist, welche festgehalten werden soll. Ein solches System der Vergewaltigung ist um so ungerechter, weil es gegenüber der evangelischen Kirche durchaus unnötig ist. Wir wissen wohl, daß man von seiten der politischen Mittelparteien die Parole ausgegeben hat, es sei an einem Zentrum genug, der Staat habe mit der römischen Kirche schon solche Schwierigkeiten, daß er nicht Lust haben könne, sich durch eine zweite freie Kirche noch einmal so viel zu schaffen. Aber wer so redet, hat keine Kenntnis von den innersten Triebkräften und Lebensmächten des Protestantismus. Die evangelische Kirche hat auch ihrem bittersten Feinde einst das Zeugnis abgerungen, daß sie der Obrigkeit das göttliche Recht zugestehe. Wie sollte sie je an

einem Strange mit dem Papalsystem ziehen, das dem Staat wie der Obrigkeit nur ein Recht von Papstes Gnaden zugestehen will! Nein, wir sind von solchen Gelüsten der Opposition gegen Staat und Obrigkeit völlig frei; auch die heftigsten Heißsporne unter uns sind garnicht imstande, hierarchische Gedanken auszubrüten, und je länger wir über diese Fragen nachdenken, desto schwieriger zu lösen wird uns das Rätsel, warum die evangelische Kirche gebunden bleiben soll, während die römische Kirche frei ist, warum der Protestantismus in der Entfaltung seiner Kräfte gehemmt werden soll, da doch die Machtentwickelung Roms für das ganze Staatsleben in so bedrohlichem Maße anwächst.

Wir werden deshalb auch an unseren Bestrebungen unerschüttert festhalten. Der Landtag soll bei der kirchlichen Gesetzgebung und Bestimmung keinen Einfluß üben, weil ihm ein solcher nicht zusteht. Das Staatsministerium soll nicht das Recht haben, beschlossene Kirchengesetze, nota bene, wenn sie durch den Kultusminister mit des Königs Genehmigung vor die Generalsynode gebracht sind, einfach zu den Akten zu legen. Der Kultusminister soll bei der Besetzung der kirchenregimentlichen Ämter keine Mitwirkung ausüben, welche den synodalen Vorständen nicht auch zusteht. Das sind die Forderungen, welche seit lange auf den Synoden erhoben, in das allgemeine Bewußtsein der Kirche übergegangen, auf der landeskirchlichen Versammlung vor zwei Jahren von den beiden ersten rechts stehenden kirchenpolitischen Gruppen mit Einstimmigkeit angenommen und im wesentlichen auf einigen der letzten Provinzialsynoden auch von den Mittelparteien gutgeheißen sind. Soll es unrecht sein, diese Forderungen in aller Ehrerbietung zu erneuen? Wir glauben, daß es charakterlos wäre, sie fallen zu lassen. Erst die liberale Landesvertretung hat fast alle jene Bestimmungen, über die wir uns beschweren, in die Kirchenverfassung hineingebracht; nicht einmal der Minister Falk hatte sie für nötig gehalten. Und das sollten wir bei so veränderten Zeiten nicht zu beseitigen versuchen? Wir werden und dürfen nicht aufhören, unser gutes Recht zu beanspruchen. Es liegt nun einmal in dem Zug der Gegenwart, daß die kirchliche Unabhängigkeit auf der Tagesordnung steht. Ähnlich wie die soziale Frage ist auch sie eine Aufgabe, die gelöst werden muß. Wir sind der Meinung, daß vieles im inneren Volksleben nicht eher besser werden wird, als bis die evangelische Kirche ihre Selbständigkeit und damit ihre volle Kraft, dem Volke zu

dienen, errungen hat. Ein großer Teil der Schuld an der Zerrüttung der sittlich-religiösen Gesundheit unseres Volkes liegt in der falschen Vermischung von Staat und Kirche, von Politik und Religion. Dasjenige protestantische Volk, welches zuerst dies Problem löst, thut eins der größten Werke der Geschichte; der evangelische Fürst, welcher zuerst die Freiheit der Kirche in gesunder Weise proklamiert, führt unsere Kirche zum Sieg des Glaubens. Nur wenn man die Bedeutung dieser Angelegenheit unterschätzt, kann man gleichgiltig derselben gegenüberstehen. Wer die Zeichen der Zeit erkennt, muß derselben die höchste Beachtung schenken. Die evangelische Kirche hat das Gefühl, daß sie so, wie sie ist, der reformatorischen Mission nicht mehr voll und ganz gewachsen ist. Hier ist es Rom, welches den Protestantismus bedrängt, dort der Unglaube, wieder an anderen Stellen die Sektiererei. Wo liegt denn die Ursache dieser bedenklichen Erscheinung? Wir behaupten: im Staatskirchentum. Und eben deshalb suchen wir an dem Umbau der Kirche zu helfen daß sie dem Wesen des Evangeliums besser entspreche. Dazu rufen wir unsere Brüder auf. Wenn sie meinen — wie das kürzlich bei den Landtagswahlen geschah — daß uns die Frucht der kirchlichen Freiheit von selbst in den Schoß fallen wird, so irren sie. Mit aller Energie und zwar ebenso im staatspolitischen wie im kirchenpolitischen Leben muß das Ziel erstrebt werden.

Auf der letzten Provinzialsynode ist eine Frage beiseite gelassen, die seitdem von der größten Wichtigkeit geworden ist; wir meinen die Mitwirkung der Kirche bei der Besetzung der theologischen Professuren. Es ist durch den Fall Harnack klar geworden, daß hier eine wunde Stelle am Leibe der Kirche ist. Wir hatten es schon längst ausgesprochen, daß das dem evangelischen Oberkirchenrat zustehende Gutachten eine unglückliche Einrichtung ist, die technisch ungeschickt funktioniert und im entscheidenden Falle versagt. Das Recht zuzustimmen ist kein Recht, wenn der Versuch, nicht zuzustimmen, zu einer Sünde wider den Staat gestempelt wird. Wiederum wird die Staatsbehörde schwerlich der Kirche die Befugnis zugestehen, gegen die Ernennung eines Professors, der doch Staatsbeamter ist, mit entscheidender Wirkung Einspruch zu thun. Die Professoren selbst, auch die kirchlichen, sogar die, welche sonst auf unserer Seite stehen, wünschen das nicht. Durch eine Beteiligung des Generalsynodal-Vorstandes an dem Votum, wie die Generalsynode mehrmals gefordert hat, wird an der Sache nichts geändert,

an der geschäftlichen Behandlung vieles verschlimmert. Je länger, je mehr ist es uns klar geworden, daß diese Sache anders behandelt werden muß. Der Minister muß sich von vornherein ebenso mit dem evangelischen Oberkirchenrat wie mit der Fakultät ins Benehmen setzen, wenn ein Professor zu ernennen ist, und von beiden Vorschläge fordern. Jetzt macht die Fakultät allein Vorschläge, wodurch leicht Cliquenwesen, Zunftgeist und Kastenbewußtsein entsteht. Warum sollen die Kirchenbehörden nicht auch Vorschläge machen und begründen? Dann mag der Minister wählen. So viel wir wissen, ist dies die Art des Vorgehens bei der Besetzung katholischer Professuren; dabei werden Konflikte vermieden und genehme Persönlichkeiten bestellt. Wir glauben, daß mit dieser Veränderung auch die evangelischen Professoren der Theologie zufrieden sein würden. Eine gesetzliche Bestimmung wäre gar nicht nötig. Wenn der König die alte Verordnung aufhöbe und den Minister anwiese, so wie geschildert zu verfahren, so wäre jede Schwierigkeit beseitigt, und die Frage zu allseitiger Befriedigung gelöst. Jetzt hat die Nichtberücksichtigung des oberkirchenrätlichen Votums einen Stachel; die Auswahl des Ministers aus den verschiedenen, von Kirchenbehörden und Fakultät vorgeschlagenen Kandidaten hätte nichts Verletzendes mehr. Vielleicht einigen wir uns, die ehemalige Forderung der Generalsynode aufzugeben und die wichtige Frage unter einem neuen Gesichtspunkt zu betrachten, der eine Lösung verspricht. Denn daß der Staat bei der Ernennung der Professoren die Kirche nicht einfach übergehen darf, das steht uns fest, wenn nicht die Selbständigkeit derselben eine bloße Redensart bleiben soll.

Aber diese Selbständigkeitsbestrebungen der evangelischen Kirche, so wichtig sie sind, sollen doch nicht überschätzt werden. Schon weil sie zur Zeit von so wenigen verstanden werden, können sie eine entscheidende Bedeutung nicht haben. Ihre Entwickelung gehört der Zukunft an, wenn die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände sich noch klarer herausgestellt haben wird. Bezeichnend ist, daß in jener Zeit, als die Falksche Politik auf die Kirche drückte, die Gedanken der kirchlichen Freiheit mit einem Male in aller Herzen und auf aller Lippen waren. Zehn Jahre länger Kulturkampf — und mit Ausnahme der liberalen Fanatiker hätte es keinen ehrlichen Christen mehr gegeben, der nicht Gegner des Staatskirchentums gewesen wäre. Seitdem hat eine halb konser-

vative Aera und eine zur Not erträgliche Art der Kirchenpolitik die Geister, die nie der Abhängigkeit vom Staat, sondern nur der schlechten Behandlung überdrüssig waren, wieder zur Ruhe gebracht. Wer heute über das Staatskirchentum seine Meinung sagt, wird als gefährlich denunziert. Was vor zehn Jahren selbstverständlich war, ist heute bedenklich zu äußern. Und die Fehler der römischen Kirchenpolitik haben ebensowenig wie die Notstände der eigenen Kirche die Kraft, den Protestantismus dauernd auf der Höhe der Selbständigkeitsbewegung zu erhalten. Man kann eben nur das Prinzip offen aussprechen und muß es der Folgezeit überlassen, dasselbe zu verwirklichen. In dem herrschenden Opportunismus erstickt zur Stunde jede starke Wahrheit. Es bedarf erst noch der inneren Vorbereitung, ehe die Zeit der Erfüllung kommen kann. Aber die Zeichen der Zeit deuten dennoch darauf, daß ein Frühling zu hoffen ist.

Das Anwachsen des römischen Einflusses in Deutschland wird vor allem als ein Krankheitszustand empfunden. Ganz so bedrohlich wie vor zwei Jahren ist derselbe nicht mehr. Die papstfreundliche Temperatur hat sich erheblich abgekühlt. Daß unser Kaiser in Rom sich auf seiten der italienischen Einheit stellte und für die Wiederherstellung des Kirchenstaates nicht zu haben war, hat den gegenseitigen Liebenswürdigkeiten Einhalt gethan. Der Vorteil der Aussöhnung bleibt dennoch bestehen; einige deutschfreundliche Bischöfe haben sich wieder in das rechte Verhältnis zum Vaterlande gefunden, und die Hetzarbeit von früher hat den ehemaligen Erfolg nicht mehr. Auch für uns ist das Jahrzehnt des Kulturkampfes nicht vergeblich gewesen; es hat uns gezeigt, daß wir auf der Hut sein müssen, um die Güter der Reformation zu schirmen. Man soll auf die Lutherspiele und die Versammlungen des Evangelischen Bundes keinen allzugroßen Wert legen. Zeugnisse für den aufmerksam gewordenen deutschen Geist sind sie doch. Es ist freilich unsere tief begründete Überzeugung, daß ohne verstärkte politische und soziale Arbeit, ohne kräftigere Thätigkeit im öffentlichen Leben und in der Presse der Protestantismus seine Stellung in Deutschland nicht wiedergewinnen wird. Aber wir hoffen auch, daß, wenn erst das ältere Geschlecht in der Wüste gestorben ist, das junge Deutschland an der Erneuerung der evangelischen Kirche in frischem Geiste mithelfen wird. Allmählich muß doch das thörichte Gerede von der Verquickung der Religion mit der Politik verstummen,

und es wird klar werden, daß die Bestrebungen sozialer und politischer Art sich gar nicht für ein Stück Christentum ausgeben sondern nur für ein Stück des Netzes, das durch die Völkerwelt und das Volksleben gezogen wird. Und darin können wir trotz Papsttum und Unfehlbarkeit von Rom lernen; es weiß das Netz um die Seelen für seine Weltkirche einzufangen, viel besser zu stricken und zu flicken als wir. Die römische Kirche hat ihre Glieder, wenigstens in Deutschland, besser verbunden; uns gehen ganze Massen von Menschen, wie die Industriearbeiter in gewissen Städten und Bezirken und die gebildeten, begüterten, gelehrten, bürgerlichen Kreise an vielen Orten, ganz verloren. Hier ist uns das Netz zerrissen, und vieles geht durch die Maschen. Wie gewinnen wir die Honoration der Städte, die Arbeiterbataillone der Sozialdemokratie wieder für die Kirche? Das ist eine von den Fragen, die wir uns mit vollem Ernst stellen müssen und uns doch nicht gründlich genug vor Augen halten. In manchen Gegenden sind auch die Bauernschaften, die Tagelöhner, die Arbeiter der ländlichen Industrie völlig der Kirche entfremdet. Wie sind sie zurückzugewinnen? Das ist auch hier die Frage. Und eigentlich wagt niemand mehr zu behaupten, daß die bloße Verkündigung der Orthodoxie die Verhältnisse ändern könne. Schon das ist ein Fortschritt.

Die Gemeinden begehren wieder Seelsorge; sie fordern, daß sich der Geistliche um sie kümmere. Träge Diener am Wort werden mit Unwillen als solche betrachtet, die ihrem Beruf untreu sind. Ein Ruhekissen ist das Pfarramt längst nicht mehr. Gegenwärtig bricht sich die Überzeugung Bahn, daß jeder, dem die Arbeit am Reiche Gottes aufgetragen ist, mehr als sonst thun müsse, um zu wirken. Die Gemeindepflege baut sich überall, sogar auf den Dörfern, ihre Stätte an; Diakonissen gelten in den Stadtgemeinden für unentbehrlich und werden auch auf dem Lande gern gesehen. Daß die Berliner Stadtsynode, der Majorität nach liberal, den Gemeinden das Geld für Berufung von Diakonissen anbot, ist ein Zeichen der Besserung. Es geschah zwar aus Gegensatz gegen die Berliner Stadtmission. Aber dieser Einrichtung schadet es nichts; es nützt nur den Gemeinden. Die Stadtmission in den großen Städten geht ungehindert ihren Weg. Ob der evangelisch-kirchliche Hilfsverein ihr dauernde Hilfe bringt, muß sich erst zeigen; die Presse der Mittelparteien hat im Wetteifer mit den schlimmsten

und gottlosesten Blättern an diesen edlen Bestrebungen ihre opportunistische Bosheit erschöpft. Aber wer arbeitet, behält Recht. Die Spötter und Lästerer, welche für die Kirche nichts thun, vermögen denen, die es ehrlich mit derselben meinen, doch keinen Abbruch zu thun. Unsere Kirche hat das Gefühl, daß mit bloßem Raisonnieren nichts gethan ist. Innere Mission, so lautet das Lösungswort. In ihren Kreisen bilden sich tüchtige Arbeiter und kleine Gemeinschaften, die in gesunder Thätigkeit, im Dienst der Kirche sich für die Welt und doch nicht von der Welt zusammenfinden. Hier sind Ansätze zu einer Gemeinde der Gläubigen ohne die Ausschließlichkeit, die in diesem Begriff liegen kann. Und Bausteine für die lebendige Kirche werden hier zubereitet.

Besondere Bestrebungen treten in einzelnen Kreisen mit Vorliebe auf und bieten sich zur Rettung der Kirche an. Laienarbeit, besonders Laienpredigt soll die angebliche Einflußlosigkeit des geistlichen Standes ergänzen und neue Kräfte lebendig machen. Gemeinschaftsleben und Drängen auf Heiligung soll die Kräfte der oberen Welt herniederziehen und die Christen wieder etwas schmecken lassen von dem Geist der apostolischen Zeit, wo alles ein Herz und eine Seele war. Wir heißen auch diese Bestrebungen, soweit sie gesund sind, herzlich willkommen; sie gehören zu der Bereicherung der kirchlichen Gegenwart. Wo eine Gabe der geistlichen Rede und die Kraft der Erweckung ist, da soll man die Gaben und Kräfte benutzen; aber man soll nicht meinen, durch menschliche Methode etwas machen zu können, da doch der Heilige Geist allein beruft, sammelt, erleuchtet und heiligt. Das Verlangen nach christlicher Gemeinschaft und größerer Heiligung ist durchaus berechtigt; aber die Gemeinschaftsbildung darf nicht sich selbst dienen und die Heiligung, die Rechtfertigung nicht in den Schatten stellen, sonst leidet der Geist der Reformation, den Gott unserer Geschichte eingehaucht hat. Eine freudige Liebe zu der reformatorischen Art des Christentums und Kirchentums: das ist es, was wir in Deutschland brauchen. Uns ist entweder durch Wiederbelebung des lutherischen Geistes zu helfen oder gar nicht.

Und an diesem Punkte fühlen wir die tiefsten Schmerzen. Deutschland steht in der Versuchung, seine größte That, die Reformation des sechzehnten Jahrhunderts, zu vergessen oder zu verachten. Fürsten, Minister, Politiker, Parteien, Zeitungen rechnen mit Rom, weil es stark ist; mit der evangelischen Kirche rechnen sie

nicht, weil der Protestantismus zerrissen, schwach, uneinig ist. Der Sinn für die biblische Wahrheit ist im Abnehmen; die Pilatusfrage ist bei hoch und niedrig beliebt. Das Wort Gottes, für das die Väter starben, wird angezweifelt; die Gnade in ihrer Souveränität durch menschliche Vermittlungen geschwächt. Der Opportunismus herrscht auch hier; man soll nicht streng und schroff sein, leben und leben lassen, die Sünde nicht bei Namen nennen und zur Buße nicht aufrufen, die Weltverleugnung nicht fordern und den Glauben, der vielleicht als persönliches Bedürfnis gelten darf, nicht stark geltend machen. Im öffentlichen Leben und in der Presse sind dunkle Gewalten am Werk; in der Kunst wie in der Litteratur, auf den Theatern und in den Redaktionen herrscht der Götzendienst des Diesseits; das Judentum, gottlos und verlogen, sinnlich und geldgierig, regiert offen oder versteckt einen großen Teil der Christenheit. Einer solchen Zeit hilft nichts anderes, als daß sie ihren inneren Bankerott begreift und dadurch zur Buße bewegt, zum Glauben zurückgeführt wird. Ernst und Wahrheit, Gewissen und Glaube, der Bruch mit der Gottlosigkeit und ihren Werkzeugen, die Verachtung der Liederlichkeit und ihrer Quellen, die Bekämpfung des Mammons und seines Despotismus: das sind die Mittel der Hilfe. Der Opportunismus dagegen, wenn er zum System erhoben und auf die sittlich-religiösen Lebenskreise angewandt wird, tötet die Seele.

Die vorige Woche mit ihrem furchtbaren Mene Tekel im österreichischen Kaiserhause hat von dem finsteren Abgrund, in welchem die Gegenwart liegt, den Schleier gezogen. So kann es auf den Höhen der Menschheit aussehen; was in Wien geschah, ist nur ein Symptom. Für die römische Kirche liegt darin die erschütternde Mahnung, daß sie, anstatt sich beständig zu überheben, einmal Einkehr halte und prüfe, was sie über ihre Völker vermag. Wer aber mit dem Pharisäer sagen wollte: „Herr, ich danke dir," der würde den Ernst solcher Stunden nicht verstehen und den Segen, der in ihnen liegen kann, verschütten. Die Ereignisse in Österreich sind für alle, die Ohren haben zu hören, die denkbar stärkste Predigt: „Thut Buße und glaubet an das Evangelium!"

Wie stehen wir?

Juli 1889.

Das vergangene halbe Jahr trägt in hohem Maße den Zug des Unbehaglichen an sich. In der äußeren Politik hat Rußland seine schon immer unerträglichen Anmaßungen und Bedrohungen noch vermehrt, die Bedrückung der treuen Ostseeprovinzen bis zu einem System offener Vernichtung gesteigert und deutlich gezeigt, daß es den gesamten Panslavismus zu einem großen und unvermeidlichen Kampf gegen das Deutschtum vorzubereiten entschlossen ist. Frankreich ist durch seine hundertjährige Revolutionsfeier für dies Jahr am Losbrechen gehindert; aber der geringste Zwischenfall hat wieder einmal offenbart, daß das ganze französische Volk ein Pulverfaß voll Einbildung und Empfindlichkeit ist, welches der erste Funke zum Explodieren bringen kann. Dabei muß es auffallen, daß das thörichte, zuweilen verächtliche politische Gebahren dieser sonst so hochbegabten Nation der übrigen Welt liebenswürdiger erscheint als das strenge, zuweilen barsche, aber doch immer dem Frieden dienende Verhalten der deutschen Politik. Besonders in der Schweiz sind die Franzosen im Begriff, moralische Eroberungen zu machen; die falsche Behandlung der Affaire Wohlgemuth seitens der offiziösen Berliner Presse hat einen Unmut hervorgerufen, der in seiner Übertreibung völlig unbegreiflich wäre, wenn nicht der alte Gegensatz der Schweizer, auch der deutschen, gegen Deutschland denselben erklärte. Alles in allem genommen liegt in der äußeren Lage gegenwärtig ein tiefer Ernst, der zum Nachdenken und in das Gebet treibt. — Dennoch ist kein Grund zum Fürchten vorhanden. Deutschland beweist seine Friedensliebe in einer für einen so mächtigen Staat staunenswerten Selbstverleugnung und kann, wenn der Geduldsfaden endlich reißen sollte, mit einem ehrlichen Gewissen in den Kampf ziehen. Auch verheißt der Bund der drei mitteleuropäischen Mächte, der sich wie ein Damm quer durch Europa legt und die wilden Wasser von Ost und West abzuhalten unternimmt, eine dauernde Festigkeit. Die Frontveränderung der preußischen Politik, so schwer sie unserem leitenden Staatsmann zuerst geworden sein mag, und so sehr sie den hundertjährigen Traditionen Preußens

widerspricht, hat sich als ein naturgemäßer, dem deutschen Geist entsprechender Akt erwiesen; das Moskowitertum ist zu einer allgemeinen Gefahr geworden und kann nur noch der Bundesgenosse des rachsüchtigen Frankreich und des fanatischen Montenegro sein. Leider ist Rußland als streitende Macht in der günstigsten Lage von der Welt. Ein Krieg, der für zivilisierte Mächte die ultima ratio bleibt, ist ihm allezeit willkommen. Menschenverluste sind ihm gleichgiltig, Siege und Niederlagen gleich wertvoll; ein Einrücken der Feinde in das Land ist nicht zu fürchten, und eine Wegnahme von Provinzen beinahe unmöglich. Sonst ist der Krieg mit seinen erschütternden Katastrophen selbst für den Sieger ein Verhängnis; Rußland ist auch darin ein nichteuropäischer Staat, daß ihm, wie den Scharen der Völkerwanderung, der Krieg eine Existenzbedingung ist. Es ist für Europa beschämend, daß sein christliches Staatensystem in Waffen starrt und jeden Augenblick an das Auflodern des Weltbrandes denken muß. Aber es ist so und muß ertragen werden, bis die obschwebenden Völkerfragen, besonders der Kampf um die Hegemonie des deutschen oder slavischen Geistes, gelöst sind. Der Ausgang ist uns nicht zweifelhaft, wenn wir nach jenem alten englischen Grundsatz das Pulver trocken halten und auf Gott vertrauen.

In der Kolonialpolitik begegnet uns ein ähnlicher Zustand. Auf allen Seiten erheben sich Schwierigkeiten. England, das mit seiner bestehenden Weltherrschaft genug zu thun hätte, sollte sich freuen, daß ein Bundesgenosse aufkommt, der ihm die Welt germanisieren und christianisieren hilft. Statt dessen herrscht jenseits des Kanals eine Eifersucht auf unsere koloniale Erwerbungen, die bei der eigenen Fülle alten, befestigten Grundbesitzes in allen Erdteilen unberechtigt ist. Es wäre das denkbar natürlichste Verhältnis, wenn England in den Dreibund einträte, um den europäischen Krieg zu verhüten, Indien gegen einen Angriff Rußlands zu schützen und Deutschlands Kolonialpolitik zu unterstützen. Aber die englische Politik will durchaus freie Hand behalten. Die britischen Staatsmänner glauben wohl, daß zwischen Rußland und Deutschland ein Entscheidungskampf unvermeidlich ist, der uns zwingt, für sie die Kastanien aus dem Feuer zu holen, während der Zutritt Englands zum Dreimächtebund einen etwaigen deutsch-russischen Krieg erschweren würde, was nicht im englischen Interesse liegt. Dazu kommen koloniale Eifersüchteleien und verletzte Empfindungen, welche

sich an die Regierung der neunundneunzig Tage knüpfen, so daß auf Englands Mitwirkung zu einer friedlichen Gestaltung der Dinge wenig zu rechnen ist. Eine Solidarität der evangelischen Völker existiert leider nicht; in unserer realpolitischen Zeit geben die religiösen Beweggründe den Ausschlag nicht mehr wie in früheren Epochen. Kleinliche Gesichtspunkte trennen große Völker, die auf einander angewiesen sind, und hindern ein kräftiges Zusammenwirken gegen gemeinsame Feinde. In Samoa haben wir Amerika auf seiten der ungerechtesten Sache gegen uns kämpfen sehen, und in Ostafrika ist England auf das sorgsamste bedacht, seine Interessen gegen die unseren in das Feld zu führen, obwohl der arabisch-muhammedanische Einfluß dadurch gekräftigt wird. Ideale Ziele, welche den Egoismus bannen könnten, sind in der Bekämpfung der Sklaverei und in der Verminderung der Branntweineinfuhr vorhanden; aber sie werden nicht klar genug aufgestellt und verlieren deshalb an magnetischer Kraft. Draußen in der Welt wie in den Angelegenheiten Europas ist ein bewaffneter Friede, welcher dem Nachbar Böses gönnt, an der Tagesordnung. Deutschlands Friedensliebe ist bekannt; aber sie wird nicht geschätzt, sondern beinahe gemißbraucht. Unser junger Kaiser und sein alter Reichskanzler thun das Menschenmögliche, ja das Übermenschliche, um die allgemeine Lage zu einer größeren Sicherheit zu bringen; trotzdem wird nur auf Momente der Horizont geklärt, und die Ungewißheit bleibt.

Die innere Politik steht mehr als je unter dem Zeichen des Kartells. Der Versuch, die Zentrumsleute zu Konservativen zu stempeln, ist mißlungen; sie sind und bleiben zuerst Ultramontane, daneben und darnach halb konservativ oder halb radikal. Ein Bund ist mit ihnen nicht zu flechten, weder ein ewiger, noch ein zeitlicher, und ihre Presse spiegelt ebenso verborgene Abneigung gegen Preußen wie offenbaren Haß gegen den Protestantismus wieder. So kommt man auf die Verbindung der Konservativen mit den Liberalen zurück; in Politik und Sozialpolitik, in kirchlichen und nationalen Angelegenheiten soll die goldene Mitte herrschen. Auch die Nationalliberalen sind deshalb als Konservative bezeichnet. Wenn sie es nur wären! Aber die Stärkung des nationalen Bewußtseins und die Anerkennung des monarchischen Einflusses genügen noch nicht, um den konservativen Geist zu begründen. Ohne organische Sozialpolitik und christliche Volkserneuerung ist eine fruchtbare innere Politik nicht denkbar. Aber das Liebäugeln mit dem Liberalismus

hindert beides. In der Sozialpolitik kommt man über eine bloße Sicherung der Arbeiterexistenz nicht hinaus; der Arbeiterschutz bleibt zurück, noch mehr die gesetzliche Organisation der Arbeiter zur Vertretung ihrer Interessen. Eine Pflege des sittlich-religiösen Geistes wird den freien Kräften überlassen, die einer so großen Aufgabe nicht entfernt gewachsen sind; und die evangelische Kirche, die vom Staatsdruck befreit werden muß, um auf das Volk Einfluß zu üben, ist in ihren gerechten Selbständigkeitsbestrebungen so erfolglos, daß auch viele Freunde derselben verstummen und bessere Zeiten abwarten. Auch hier soll mit einer Besserung der Pastorenexistenz, mit der Versicherung ihrer Witwen und Waisen die prinzipielle kirchliche Frage umgangen werden. Mangel an Prinzip, ja Schädlicherklärung jedes Prinzips: das ist die Signatur der inneren Politik. Unter diesem Gesichtspunkt ist es wirklich bezeichnend, was in der kürzlich erschienenen Broschüre: „Hofprediger Stöcker und der Hof", deren Inhalt übrigens den Titel Lügen straft, geschrieben ist: „Weil die Stöcker- oder Kreuzzeitungspartei einer Richtschnur sogenannter politischer Grundsätze folgte, so steht sie auch in gleicher Linie mit den Deutsch-Freisinnigen, die auch eine solche Richtschnur haben und daher gleich feindlich zu Bismarck stehen." Man kann den Unsinn nicht leicht weiter treiben als in diesem Satz; dennoch entspricht derselbe genau dem Chor gewisser offiziöser Stimmen, denen Grundsatzlosigkeit der höchste und einzige Grundsatz ist. Wohin das führen soll, ist nicht abzusehen. Die innere Politik eines Volkes ist ohne feste Grundsätze, ohne ein klares Programm nicht segensreich zu gestalten. Das Volksleben leidet, wenn lediglich opportunistische Beweggründe herrschen. Weil unsere innere Politik, abgesehen von den nationalen Gesichtspunkten, der Grundsätze entbehrte, ist sie in so ungeheure Schwierigkeiten geraten, daß man in der That nicht weiß, wie es werden soll, wenn die gigantische Hand des Fürsten Bismarck einmal fehlt. Die Einführung des allgemeinen gleichen direkten Wahlrechts zugleich mit der Begünstigung des Kapitalismus; der falsch geführte Kulturkampf, der mit einem falsch geschlossenen Kirchenfrieden endet; das Gewährenlassen der Sozialdemokratie anderthalb Jahrzehnte hindurch ohne irgend eine gesetzgeberische oder agitatorische Gegenwirkung; die Unterdrückung der evangelisch-kirchlichen Freiheitsbestrebungen im Gegensatz zu dem Überwuchern des katholischen Einflusses im öffentlichen Leben; zuletzt die Pflege eines zu Wahlzwecken geschlossenen Kartells, das in

seiner Beschränkung auf diesen Zweck nützlich sein kann, aber durch allgemeine Ausdehnung die Charaktere verdirbt: das alles sind Züge der inneren Politik, die auf der Hand liegen und durch den Gegensatz, in welchem sie zu einander stehen, doppelt verwirrend wirken. Sie haben es verschuldet, daß trotz eines großen nationalen Aufschwungs, wie er größer und hoffnungsvoller nicht gedacht werden kann, trotz einer Erstarkung der monarchischen Grundsätze, wie sie niemand hätte ahnen können, doch die innere Freudigkeit im Volk nicht durchgedrungen, sondern vielfach einer unklaren Aufregung oder einer resignierten Abspannung gewichen ist.

Die innerste Politik läßt am meisten zu wünschen übrig. Wir verstehen darunter die Pflege der sittlichen und religiösen Güter, ohne welche ein Volksleben trotz Heeresmacht und Steuerkraft, trotz Handel und Wandel hinsiecht und seine Schwungkraft verliert. Gewiß hat es unser junger Monarch an dem offenen Bekenntnis zu Kirche und Christentum von seiner Thronbesteigung an nicht fehlen lassen, und erquickende Thatsachen bezeugen, daß von dem preußischen Königshause, welches zugleich das deutsche Kaiserhaus ist, segensreiche Einflüsse ausgehen. Im Volk ist ein aufrichtiges Verlangen nach Stärkung des christlichen Sinnes vorhanden. Aber der Geist in den Regierungskreisen entspricht doch dem Bedürfnis des Volkslebens nicht. Ein starkes, positives Christentum ist mißliebig, zumal wenn es auf größere Selbständigkeit der Kirche dringt. Das Kartell wirkt irreführend; die bekenntnistreue Richtung gilt mehr für geduldet als für berechtigt, jedenfalls für inopportun. „Zionswächter“ heißen diejenigen, welche nichts anderes erstreben als eine Sicherung der reformatorischen Güter. Die offiziöse Presse zieht in ihren Angriffen auf gewisse kirchliche Bestrebungen dermaßen an einem Strange mit dem Freisinn und Judentum, daß man hin und wieder der ernsthaften Vermutung begegnet, die Fortschrittspresse werde bei den Angriffen auf die kirchliche Rechte von dort inspiriert. — Von irgend einem Wohlwollen für die Bestrebungen, dem Volke das starke biblische und evangelische Christentum zu erhalten, ist nicht die Rede; hierarchisch und hochkirchlich werden alle genannt, welche einen größeren Einfluß der Kirche im öffentlichen Leben wünschen. Dagegen beglückwünscht der Kultusminister einen Schriftsteller, welcher kirchenfeindliche und radikale Romane für das Feuilleton der Judenblätter schreibt, als ein Vorbild für Vergangenheit und Zukunft und betet offiziell für seine fernere Thätigkeit.

Nur nicht zu weit nach rechts: das ist nicht bloß in der Politik, wo es noch zu ertragen wäre, sondern auch in der Kirche, wo es unerträglich ist, die höchste Weisheit. Dem religiösen Opportunismus aber entspricht der sittliche. Unsere Litteratur wird durch den fleischeslüsternen Zug, der in dem herrschenden Judentum liegt, entnervt; in den Theatern giebt man Schlüpfrigkeiten, und im Leben übt man sie aus. Kräftige Gegenwirkungen werden im einzelnen versucht, finden aber wenig öffentliche Unterstützung. Es fehlt durchaus die Absicht, das Volksleben bewußt mit christlichem Glauben und christlicher Sitte durchdringen zu helfen, was doch die Aufgabe einer christlichen Obrigkeit wäre. Den radikalen Zerstörungskräften der Sozialdemokratie, des Judentums, des Unglaubens vermöchte nur ein starkes Zusammenfassen aller christlichen Lebensmächte entgegenzuwirken. Anstatt dessen herrscht gerade diesen gegenüber eine Gleichgiltigkeit, die in Erstaunen setzen muß, wenn man die drohenden Gefahren der Gegenwart beachtet. Ein Wachstum der sozialdemokratischen Unzufriedenheit und eine Abnahme der inneren Widerstandskraft gegen den Umsturz ist ohne Zweifel vorhanden und eine Folge des Mangels an öffentlicher Ethik. Das über ganz Deutschland ausgedehnte, zum Teil berechtigte, zum Teil — wie in Berlin — völlig unbegründete Streiken, welches wir in solchem Umfang noch niemals erlebt haben, kann als ein Ausdruck dieser Verhältnisse gelten. Es war um so auffallender, als es mit den Beratungen der sozialpolitischen Gesetze im Reichstag gleichen Schritt hielt und durch die in demselben liegende Arbeiterfreundlichkeit nicht im mindesten gehindert wurde. In diesem dunklen Bilde ist das Verhalten der evangelischen Arbeitervereine einer der wenigen Lichtblicke; ein Beweis, daß der evangelische Geist, wo er kräftig waltet, an den Aufgaben unseres öffentlichen Lebens mitzuwirken wohl berufen und befähigt ist. Daß des Kaisers Ansprachen auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber einen so großen Eindruck machten, ist ein weiterer Zug, der die höchste Beachtung verdient. Freilich hat sich das Parteitreiben abgemüht, diesen Eindruck zu verwischen; aber das Beispiel des Monarchen, sich der sozialen Verhältnisse anzunehmen, wird dennoch dauernd nachwirken. Auch sein Ausspruch, daß der Arbeiterstand den anderen völlig gleich berechtigt sei, trifft politisch den Nagel auf den Kopf und bedürfte nur der Ausgestaltung, um die schönsten Früchte zu zeitigen. Aber das Wichtigste bleibt ein starkes, lebendiges Christentum. „Thut Ehre jeder-

mann, habt die Brüder lieb, fürchtet Gott, ehrt den König.“ Von diesen vier Programmpunkten darf keiner fehlen; am wenigsten der dritte. Aber gerade er wird nicht begriffen und gepflegt. Es ist noch manches gesund in unserem Volk; aber die kirchlichen Zustände befriedigen nicht, die Unbehaglichkeit der Gegenwart hat darin ihre vornehmste Ursache.

Ein alter unzweifelhafter Satz besagt, daß die Reiche durch dieselben Mittel erhalten werden, durch welche sie begründet sind. Die Geschichte Preußens, diese Geschichte ohnegleichen, wie ein frommer König sie genannt hat, ist ein fortwährendes Zeugnis für diese Wahrheit. Eine starke Monarchie, ein schlagfertiges Heer, ein fleißiger Beamtenstand, ein sorgfältiges Schulwesen, eine strenge Sparsamkeit sind je und je Eigenschaften des brandenburgisch-preußischen Staates gewesen und sind es noch. Zu ihnen tritt als eine der bedeutendsten unter dem geschichtlichen Gesichtspunkte, als die bedeutendste dem inneren Wesen nach der evangelische Charakter hinzu. Was Preußen geworden ist, das ist es als Vormacht des Protestantismus geworden. Sein protestantischer Geist hat es befähigt, die großen Aufgaben zu lösen, welche die Bedingungen der deutschen Größe und Einheit ausmachten. Zu diesem Geiste gehört auch die Duldung gegen Andersgläubige, die staatsrechtliche Ebenbürtigkeit der katholischen Kirche. Eben weil Preußen gut evangelisch ist, kann es Parität üben und wird dieselbe auch allezeit üben müssen. Wir können uns nicht davon überzeugen, daß jetzt Zeit sei, das paritätische System aufzugeben. Je gründlicher wir darüber nachdenken, um so unhaltbarer erscheint uns die gegenwärtig hin und wieder auftauchende Forderung, es müsse mit der Parität gebrochen werden. Was an diesem Gedanken richtig ist, nämlich die nach dem Wesen der Kirchen verschiedenartige gesetzgeberische Behandlung, das ist in der Erfüllung begriffen. Suum cuique, dieser preußische Wahlspruch, soll nicht bedeuten: omnibus idem. Es gehört zu den im Kulturkampf offenbar gewordenen Ungeheuerlichkeiten, daß man diesen Unterschied übersah. Aber gewißlich darf die Verschiedenheit der Kirchen der völligen bürgerlichen und kirchlichen Gleichberechtigung nicht im Wege stehen. Dieser Grundsatz schließt jedoch keineswegs eine Gleichgiltigkeit gegen die religiöse Wahrheit und das kirchliche Bekenntnis ein. Preußen ist ein paritätischer, seinem Wesen nach protestantischer Staat, der durch Natur und Geschichte zur starken Geltendmachung der reformatorischen Staatsidee berufen ist. Die

großen Fürsten Preußens haben danach immer gehandelt. Der Große Kurfürst war eine evangelische Gestalt im großen historischen Stil, Friedrich Wilhelm I. „protestantisch bis auf die Knochen,“ Friedrich der Große der Protektor des Protestantismus in Deutschland, Friedrich Wilhelm III. durch und durch antirömisch, Friedrich Wilhelm IV. ein gläubiger evangelischer Fürst, Kaiser Wilhelm, wie er sich einmal bezeichnete, „der Schirmherr der Protestanten der ganzen Welt.“ Mit dieser Stellung verträgt sich ein weitgehendes Entgegenkommen gegen die Katholiken. Friedrich Wilhelm IV. gilt den Katholiken Preußens noch immer als das Vorbild eines gnädigen Königs. Und gewiß, er gewährte der römischen Kirche die in der Verfassung ausgesprochene volle Freiheit. Trotzdem bekämpfte er den Katholizismus als Religion in der entschiedensten und schärfsten Weise. Unvergessen bleibt, daß, als die Irrlehre von der unbefleckten Empfängnis auftauchte, er die evangelischen Kirchen der ganzen Welt aufforderte, dagegen zu protestieren; sonst seien sie ihres Namens nicht wert. Vielen heutigen Staatsmännern gilt Friedrich Wilhelm IV. als der Urheber der römischen Schwierigkeiten. Einiges, wie die Errichtung der katholischen Abteilung im Kultusministerium, war auch gewiß politisch fehlerhaft. Im ganzen und großen aber ist seine Haltung unzweifelhaft richtig und der evangelischen Kirche zum Segen gewesen. Der römischen Kirche gleiches Recht, ihrer Lehre, ihrem Geist, ihrer Propaganda unbeugsamer Widerspruch! Das ist für die preußische Politik das richtige Verhalten. Der Widerspruch braucht nicht mit der Schärfe Friedrich Wilhelms IV. in alle Welt hinausgerufen zu werden. Aber jeder Schritt und Tritt preußischer Staatskunst muß es offenbaren, daß Preußen eine Schöpfung der Reformation ist.

Jedermann bemerkt die Wandlung, die auf diesem Gebiete eingetreten ist. Die kirchliche Freiheit, welche nach dem Jahre der Revolution allzureichlich und unvermittelt gewährt wurde, ist unbequem geworden und soll der römischen Kirche möglichst beschnitten werden; die evangelische Kirche ist dieses hohen Gutes nie teilhaftig geworden, sie ist nur mit gestraft, als Rom dasselbe mißbrauchte. Aber es herrscht in der Politik ebenso ein Mißtrauen gegen die Freiheit der römischen Kirche wie ein Vertrauen auf ihre Leistungen, ihre Kraft, ihre Bischöfe, ihr Oberhaupt. Daß der Papst zum Schiedsrichter in der Karolinenfrage ernannt wurde, und damit ein seit sechs Jahrhunderten verklungener päpstlicher Anspruch den Schein

einer neuen Berechtigung empfing; daß die Kurie aufgefordert wurde, für gute Wahlen im deutschen Reich einzutreten; daß das Oberhaupt der römischen Kirche bei seinem Papstjubiläum mit einer Bischofsmütze beschenkt wurde, nachdem dasselbe schon kurz zuvor ein Meßgewand und Pektorale erhalten hatte: das alles zeigt den Umschwung des letzten Jahrzehnts gegen die Zeit, als Kaiser Wilhelm dem Papst Pius IX. die religiöse Mittlerschaft bestritt und an den Engländer Russell jenen königlich-evangelischen Brief schrieb. In den jüngsten Tagen wurde gemeldet, daß man für den Bischof von Fulda in Halle an der Saale, der evangelischen Universitätsstadt, bei seiner Ankunft den Bahnhof absperrte und das Fürstenzimmer einräumte. Das ist nur ein weiterer Schritt auf dem betretenen Wege. Und wenn in gewissen Kreisen unseres Volkes der Aberglaube aufgekommen ist, Jansen habe eigentlich recht und Luther unrecht, Rom sei eine christliche Kirche größter Leistungsfähigkeit, eine Geistesmacht christlich-konservativen Charakters, eine soziale Versicherungsanstalt gegen Umsturz; wenn es Rom binnen kurzer Zeit möglich geworden ist, in Politik und Sozialpolitik, in Litteratur und Presse, im öffentlichen und vornehmen Leben eine große Stellung einzunehmen: so ist das eine Folge nicht bloß der Fehler im Kulturkampf, sondern einer fehlerhaften, die alten geschichtlichen Grundlagen Preußens und Deutschlands geringachtenden Politik. In der großen Politik der Kabinette ist dazu der Anfang gemacht, in den Parlamenten und Redaktionen ist die Fortsetzung erfolgt. Und wir stehen plötzlich vor der Thatsache, daß in dem Lande der Reformation mit mehr als drei Fünftel Protestanten die katholische Kirche bei weitem stärker ist als die evangelische, daß der katholische Geist, woran seit drei und einem halben Jahrhundert nicht gedacht ist, den evangelischen zu überflügeln droht.

Unleugbar hängt manches an diesen veränderten Verhältnissen mit der letzten deutschen Geschichte zusammen. Seit Preußens Könige deutsche Kaiser geworden sind, haben sie zu den katholischen Staaten wie mit den katholischen Reichsbürgern eine neue Stellung gewonnen. Es kann gar nicht zweifelhaft sein, daß die Katholiken an der nationalen Arbeit sich freudig beteiligen, in dem geeinten Vaterlande sich wohl fühlen müssen. Das kann nur geschehen, wenn die verbündeten Regierungen und die führende Macht voran der katholischen Kirche jede Gerechtigkeit widerfahren lassen. Nur meinen wir, daß das geschehen kann und muß, ohne der preußischen Politik

ihren protestantischen Zug und dem deutschen Staatsleben seinen reformatorischen Charakter zu nehmen. Leo XIII., obwohl er als Friedenspapst, und das Papsttum offiziell als eine deutsche Institution bezeichnet wird, scheut sich gar nicht, die Reformatoren Begründer der Revolution wie des Nihilismus und evangelische Missionare Diener des Fürsten der Finsternis zu nennen. Warum sollte nicht die preußische Regierung, die doch am evangelischen Kirchenregiment so wesentlich beteiligt ist, die gleiche Freimütigkeit haben? Sie braucht nicht einmal so grob zu sein. Sie braucht überhaupt auf diesen Kurialstil gar nicht mit Worten zu antworten. Aber sie müßte in jedem Akt ihrer Politik beweisen, und die evangelischen Politiker, die protestantischen Blätter müßten es als Eideshelfer bezeugen, daß Preußen die Vormacht des Evangeliums auf dem Kontinent, und seine Landeskirche die größte evangelische Kirche der Welt ist. Jeder fühlt, wie weit wir von solchen Idealen abgekommen sind. Und wir behaupten, daß die falsche Gestaltung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Preußen an diesem Irrweg schuld ist. Ja, wir glauben, daß die unbehaglichen Verhältnisse des preußisch-deutschen Staatslebens in seiner äußeren und inneren Politik durch den Mangel an evangelisch-kirchlichem Geist verursacht sind.

Die Erstarkung des preußisch-monarchischen Gedankens, in Kaiser Wilhelm I. personifiziert, mit den großen Siegen der letzten Kriege verbunden, hat eine Zeit lang in Europa zündend gewirkt. Die neue Sozialpolitik als ein Anfang der Erfüllung von Verheißungen, wie sie in der Botschaft des Jahres 1881 ausgesprochen waren, ist überall mit Staunen und Freude begrüßt. Wer im Anfang der achtziger Jahre im Auslande reiste, mußte von der Äußerung dieser Empfindungen überrascht sein. Beides, sowohl der monarchische, wie der sozialpolitische Aufschwung, ist schwächer geworden. Die Regierung der 99 Tage mit allem, was sich an schmerzlichen Ereignissen daran knüpft, hat jenen ersten Funken nicht ausgelöscht, aber doch mit Asche bestreut. Und das Zustandekommen der großartigen Versicherungsgesetze hat doch die verwunderte Frage nicht gelöst, warum das deutsche Reich, der Anfänger der Sozialreform, für den Schutz der Arbeiterexistenz, des Familienlebens, der Sonntagsruhe so gar keine Teilnahme zeigt. Man hat draußen in der Welt angefangen, an dem deutschen Idealismus irre zu werden. Besonders die Beendigung des Kulturkampfes, bei dessen Friedensschluß die evangelische Kirche so vielfach gekränkt

und benachteiligt ist, hat in der protestantischen Welt verstimmt und die Hoffnung auf die kulturhistorische Größe und die sittlich-religiöse Bedeutung des preußisch-deutschen Staates einigermaßen herabgemindert. Unter all diesen Eindrücken hat unsere Weltstellung gelitten. Gewiß ist das deutsche Volk in Waffen unter seinem jungen, unermüdlichen Kaiser noch ebenso gefürchtet wie jemals, aber die Furcht allein kann unser „Prestige", wenn wir dies Wort einmal anwenden sollen, nicht aufrecht erhalten, zumal man weiß, daß wir den Krieg nicht wollen. Wären wir auf den Bahnen der Sozialreform der übrigen Welt weiter vorangegangen und durch Begründung des christlichen Sozialismus die Anführer im Kampfe gegen den falschen Sozialismus geworden, so würden wir für die anderen Völker größere Bedeutung haben. Wenn man sieht, daß bei uns die Sozialdemokratie wie in keinem anderen Lande der Erde wächst, erwartet man auch von unserer Sozialpolitik keine durchschlagenden Erfolge gegen die drohende soziale Revolution. — Hätten wir in einer großherzigen, befreienden Kirchenpolitik, anstatt der römischen Kirche zu einer ungewöhnlichen Macht zu verhelfen, die Auseinandersetzung zwischen dem protestantischen Staat und der evangelischen Kirche begonnen und damit die große und unvermeidliche Aufgabe dieses und des folgenden Jahrhunderts angefaßt, so würden die evangelischen Völker mehr als jetzt auf unserer Seite stehen. Wenn es Thatsache ist, daß in der Heimat der Reformation die Kirche der Reformation hinter die römische Macht zurückgestellt wird, so muß der germanische Geist im Ausland wie im Inland an Kraft einbüßen. Auch Gottes Segen, an dem alles gelegen ist, wird dann weniger gefühlt als in Zeiten, die nicht so glänzend an Macht, aber größer an Treue gegen den deutschen Genius waren.

Die Bedrückung der deutschen Ostseeprovinzen Rußlands ist himmelschreiend. Das Zeitalter Ludwigs des Vierzehnten mit seinen Dragonaden ist wiedergekehrt. Daß Deutschland für die zweihunderttausend Deutschen unter zwei Millionen Esthen und Letten keinen Krieg gegen Rußland beginnen kann, ist klar. Aber würde der Zar dem panslavistischen Wahnsinn so weit nachgeben, wenn in der preußischen Politik ein kraftvoller evangelischer Geist pulsierte? Würde dann nicht ein Eintreten für die bedrängten Glaubensgenossen, wenn auch nur ein diplomatisches, eine gewisse Mäßigung bewirken? Statt dessen zetern liberale Blätter über den Gedanken, der nicht einmal gehegt wird, daß man sich „für ein paar lutherische

Pastoren“ in den Kampf stürzen könnte. Ein wahrhafter Liberalismus müßte die Dinge in den Ostseeprovinzen als eine Schmach für sich selbst empfinden. Aber so heruntergekommen ist der protestantische Geist durch ein Jahrhundert der Vernachlässigung, daß er sich nicht scheut, die Glaubensgenossen sogar mit seinen Sympathien zu verleugnen. Wo ist England? Wo ist Amerika? Sonst traten diese Völker für die Duldung und Religionsfreiheit ein. Wo sind sie jetzt? Auch bei ihnen ist der protestantische Geist dem Opportunismus unterlegen.

In der Kolonialpolitik ist es nicht anders. Auch hier wird die deutsche Politik schwerlich leugnen können, daß sie der evangelischen Kirche vertrauenslos gegenübersteht. Sicherlich muß der deutsche Katholizismus in dem Kolonialgebiete Raum haben; da ist Platz für alle. Aber es wäre doch nur natürlich, wenn unsere Politik, anstatt sich durch begeisterte junge Abenteurer fortreißen zu lassen, bei den alten volks- und landeskundigen Missionaren, die wir in Berlin, Barmen und Bremen in großer Anzahl haben, Rats erholte und sie benutzte. Wir begreifen es absolut nicht, daß die wertvollsten Kräfte, die in den Missionsgesellschaften arbeiten, für die schwierige Kolonialpolitik nicht herangezogen werden. Fürchtet man auch hier Verquickung der Politik mit der Religion? Jedenfalls sind die Schwierigkeiten infolge dieser Nichtbenutzung erprobter Missionare recht groß geworden. Ganz gewiß würden die Naturvölker von kundigen christlichen Männern richtiger beurteilt werden. Vielleicht fände sich dann auch leichter ein Einverständnis mit den übrigen Kolonialvölkern. Es ist doch nicht heilsam, daß wir fast überall mit Krieg und Blutvergießen anfangen müssen.

Auch die innere Politik leidet unter dem Mangel an kirchlichen Gesichtspunkten. Die Hauptaufgabe unseres Staatswesens ist die Bekämpfung des Radikalismus, des Umsturzes, der politischen und sozialen Demokratie; die Bataillone, die sich unter der roten Fahne sammeln, werden bei jeder Reichstagswahl zahlreicher. Die Sozialdemokratie ist eine Religion, die des Diesseits. Ohne Pflege des Christentums ist ihr nicht zu begegnen. Am Fuße des Hohenzollernthrones hat sie in der Reichshauptstadt hunderttausend Anhänger, die ein großkapitalistischer Jude regiert. Dennoch richtet sich gegen die christlich-soziale Bewegung, welche in Verbindung mit der Berliner Bewegung einigen Erfolg bei der Bekämpfung der

Sozialdemokratie gehabt hatte, seit lange die Mißstimmung gewisser einflußreicher Kreise. Will man solche Bestrebungen nicht, dann muß man die kirchlichen Mächte stärken, Gemeinden gründen, Pastoren anstellen. Aber es sind seit dem französischen Krieg 600 000 Evangelische nach Berlin gekommen, und man hat — seit dem Bestehen der Christenheit unerhört! — zu ihrer Pflege nichts gethan. Die Stadtmission war ein Hilfswerk, das sich bei der großen Not und Schwachheit der Kirche bescheiden darbot. Sie fand auch Zustimmung und Unterstützung. Aber die offiziöse Presse nannte sie Muckerei und gab sie der Verachtung preis. Was will man denn? Glaubt man, daß die Mächte des Abgrundes vor dem Zauberspruch „Kartell" zurückschrecken? Womit will man den Unglauben bannen, der die schlimmste Ursache des Umsturzes ist? Auch hier fehlt es an positiv evangelischem Geiste. Wir würden die Million Sozialdemokraten im deutschen Reich nicht haben, wenn die evangelische Kirche stark geliebt, selbständig wäre. Wohin wir blicken, immer dieselbe Beobachtung, daß die kirchlichen Mächte nicht richtig geschätzt, nicht wahrhaft gepflegt werden. Hier liegt eine große, verheißungsvolle Aufgabe. Ritornar al segno! So lautet Macchiavellis Rat für ein Gemeinwesen, das seine Anfänge vergaß. Zur Fahne zurück, zur Reformation, zum Evangelium, zur Kraft und Freiheit der evangelischen Kirche! So lautet die Losung. Wird man sie hören?

Dem oberflächlichen Beobachter könnte es scheinen, als sei die evangelische Kirche im Aufschwung begriffen. Und niemand kann es leugnen, daß manches in ihr besser geworden ist. In Tausenden unserer Glaubensgenossen ist eine bessere Schätzung des Christentums aufgekommen. Daß Religion für das Volksleben nötig, und daß das Christentum alles in allem genommen eine brauchbare Religion ist, welche die Volkssittlichkeit zu stärken und heilsame Anregungen für das Gemeinwohl zu geben vermag, wird jetzt in Kreisen anerkannt, die vor einem Jahrzehnt der Kirche gleichgiltig oder feindlich gegenüberstanden. Und nicht in erster Linie bei dem sogenannten „kleinen Mann", sondern gerade in den Reihen der Gebildeten und Besitzenden findet sich diese Umwandlung, die zu den erfreulichsten Erscheinungen der Gegenwart gerechnet werden muß. Selbst einige hervorragende Männer, die früher zu den Freigeistern gehörten, haben still und ohne Aufsehen, aber doch energisch und ohne Zweifel ihr Damaskus erlebt und ihre Umkehr vollzogen.

Man mag einen guten Teil dieses Umschwunges auf die bedrohlichen sozialen Zustände zurückführen, die den höheren Schichten der Gesellschaft Furcht einflößen; die Thatsache, daß das gegenwärtige Geschlecht den religiösen Dingen sich wieder mehr zuneigt, bleibt dennoch bestehen. Und wenn die Studentenschaft, die doch gewiß noch keine sozialpolitischen Beängstigungen hat, in ihrer größeren und besseren Hälfte entschlossen die Richtung auf Christentum und Kirche eingeschlagen hat, so sieht man daraus, daß nicht Befürchtung, sondern Begeisterung den erweckenden Einfluß übt. Man ist eben der Träber des flachen Liberalismus überdrüssig geworden. Der Sohn des Hauses hat nicht mehr Lust, bei Juden und Judengenossen die Säue zu hüten; er hat sich aufgemacht, um zu seinem Vater zu gehen.

Auch auf dem Gebiet der That ist das Christentum mehr zu Anerkennung und Ansehen gekommen; die Liebesthätigkeit erobert allmählich die Herzen seiner früheren Gegner. Diakonissen werden von den freisinnigsten Gemeindekirchenräten und Pastoren als nützliche Mithelferinnen des Gemeindelebens angesehen und herbeigerufen. Und ebenso wie in der Krankenpflege hat sich in dem Herbergswesen, in der Erziehung der Verwahrlosten, in der Vagabundenrettung die Überzeugung Bahn gebrochen, daß die innere Mission mit ihren Einrichtungen und persönlichen Kräften dem öffentlichen Leben unentbehrlich ist. Wie die Stadtmission dem geistlichen Amt, so ist das Rettungshaus dem Richter, die Arbeiterkolonie dem Verwaltungsmann eine willig anerkannte Unterstützung geworden. Die Art, wie bei der Bekämpfung des Vagabundentums Kirche und Staat, Regierung und innere Mission, amtliche und freie Thätigkeit zusammenwirken, ist geradezu mustergiltig und könnte, im großen angewendet, die segensreichsten Folgen haben. — Besonders aber hat ein Gebiet der christlichen Arbeit eine geradezu staunenswerte Ausdehnung erlangt. Wir meinen die religiöse Presse.

Das christliche Wochenblatt hat in siegreichem Vordringen alle seine weltlichen Konkurrenten aus dem Felde geschlagen. Das Berliner und Stuttgarter „Sonntagsblatt“ wie der Hamburger „Nachbar“ haben über 100 000 Abonnenten; der Berliner „Sonntagsfreund“ hat neben dem „Sonntagsblatt“ in wenigen Jahren beinahe 50 000 Leser gewonnen. Daneben stehen unzählige kleine Blätter mit Tausenden und Zehntausenden von Exemplaren. Die Predigtverteilung der

Stadtmission, obwohl an drei Orten selbständige Unternehmungen derselben Art begründet sind, hat noch immer eine wöchentliche Auflage von über 110 000. In der Jugendlitteratur ist die schlechte Konkurrenz beinahe verschwunden, und die christlichen Kalender haben mindestens die Hälfte des Marktes erobert. Wer wollte sich dieser großartigen Fortschritte nicht freuen, zumal eine Fülle von Laienthätigkeit in Vereinen und persönlicher Art dazu mitgewirkt hat und immer weiter arbeitet? Gewiß, wir sind im Aufsteigen begriffen, das ist unzweifelhaft.

Selbst auf die liberale Theologie und Geistlichkeit, die sich früher sowohl der Anerkennung wie der Unterstützung des inneren Missionsbetriebes entzog, hat die veränderte Zeitlage einen Eindruck gemacht. Aus dem bloßen Kritisieren und Räsonnieren ist die kirchliche Linke in der äußeren Mission zur selbständigen That übergegangen und in der inneren eine wohlwollende Beurteilerin, zuweilen sogar eine warme Gönnerin geworden. Wenn man an die Angriffe zurückdenkt, welche der verstorbene Professor von Holtzendorff gegen die Brüderschaft des „Rauhen Hauses" richtete, und damit die Freundlichkeit vergleicht, mit welcher heutzutage von dieser Seite Bestrebungen und Persönlichkeiten der inneren Mission behandelt werden, so tritt der unermeßliche Unterschied von einst und jetzt leuchtend hervor. Diese veränderte Stellung im praktisch-kirchlichen Leben hat auch auf das dogmatische und ethische Urteil zurückgewirkt. Einzelne scharf hervortretende Persönlichkeiten, die der Linken ein Dorn im Auge sind, werden ja noch immer in dem ehemaligen liberalen Jargon als Heuchler und Dummköpfe, als fanatische und unlautere Menschen ausgeschrien. Sie sind die Sündenböcke, die man rücksichtslos in die Wüste der öffentlichen Meinung jagt und der Vernichtung preisgiebt. Aber in der Beurteilung der Richtungen ist eine unleugbare Wendung zum Besseren eingetreten. Freigesinnte Stimmen erkennen die Orthodoxie in ihrer Ehrlichkeit und Leistungsfähigkeit an, suchen Fühlung mit der Rechten und möchten den Abgrund, der die beiden kirchlichen Heerlager trennt, überbrücken helfen. Auch auf unserer Seite hat mit verschwindenden Ausnahmen das Anärgern der Linken aufgehört. Ohne daß man den eigenen Standpunkt auch nur im geringsten aufgiebt, will man es doch nicht mehr als kirchliche Lebensaufgabe ansehen, sich untereinander vor der Öffentlichkeit zu entrüsten und zu hassen. Und wenn nicht empörende Äußerungen, wie sie von Schwalb und

Schramm noch kürzlich gefallen sind, den Protest gegen die darin liegenden Blasphemien zur Pflicht machen, vermeidet man es eher, die Linke in ihrem Standpunkte scharf anzugreifen, und wartet in Hoffnung auf eine weitere Annäherung. Man kann darüber streiten, ob dies für die Sache der Kirche günstig oder ungünstig, ob nicht der brennende Kampf um die Wahrheit einer falschen Ruhe vorzuziehen sei. Wir möchten gewiß keinen faulen Frieden empfehlen und sind wohl auch vor dieser Zumutung geschützt; aber wir freuen uns jeder Möglichkeit, Waffenstillstand zu halten, und sehen in dem Nachlassen der rabies theologorum ein gutes Zeichen. Offenbar ergreift der Ernst der Lage, der für die evangelische Kirche am ernstesten ist, je länger, je mehr die Gemüter aller derer, welche in der Reformation das unverlierbare Heil Deutschlands erkennen, und läßt den inneren Hader hinter die Abwehr der drohenden Gefahren zurücktreten. Auch die großen öffentlichen Aufgaben, an deren Erfüllung die evangelische Kirche einmütig mitarbeiten muß, wenn sie nicht von dem Ultramontanismus an die Wand gedrückt werden will, mahnen zur Zusammenfassung der Kräfte, nicht zur Trennung der Geister. Der christliche Sozialismus, der allein der gottlosen Sozialdemokratie und dem satanischen Anarchismus die Spitze zu bieten vermag; das praktische Christentum, das in Politik und Sozialreform auch der Kirche neue Bahnen anweist; die christlichen Grundlagen des Volkslebens, die nach der kaiserlichen Botschaft den Unterbau des neuen deutsch-sozialen Hauses tragen sollen: das alles sind nicht bloß ideale Worte, die in der Gesetzgebung und in der parlamentarischen Debatte hin- und herfliegen, sondern praktische Probleme, die ohne Anteilnahme der evangelischen Kirche ungelöst bleiben. Daß wir seit einem Jahrzehnt die Ziele des öffentlichen Lebens wieder so unbefangen als christliche Ziele aufgestellt finden, daß gleichsam von Kaiser und Reich die Kirche Gottes für die deutsche Zukunft mit in Anspruch genommen wird, ist vielleicht von allem, was sich als ein Umschwung bezeichnen läßt, das merkwürdigste und wunderbarste.

Leider gehört die kirchliche Selbständigkeit, obwohl nach unserer Überzeugung das erste und wichtigste von allem, was zu einem wahren Umschwung nötig ist, nicht zu den von unseren Staatsmännern begünstigten oder auch nur ausgesprochenen Gedanken. Ja, man kann sagen, daß seit dem Ende des Ministeriums Falk auch in den Kreisen der kirchlichen Freiheitsfreunde eine Abspannung

eingetreten ist. Noch zehn Jahre Falk, und die Selbständigkeit der Kirche war gewonnen; so groß war damals der wachsende Unwille über die Ungerechtigkeit, mit der wir behandelt wurden. Wenn es bloß auf unsere Kirche ankäme, könnte man wünschen, jener Minister des Kulturkampfes wäre länger geblieben. Seit seinem Abgang hat sich eigentlich für die evangelische Kirche wenig Günstiges, dagegen sehr viel Ungünstiges zugetragen. Trotzdem hat die Anhängerschaft der kirchlichen Selbständigkeitsidee eher ab- als zugenommen. Die Evangelischen Preußens sind so ungeheuer loyal und royal, daß sie etwas, was die Regierung, zumal eine scheinbar konservative, nicht will, auch nicht dauernd zu erstreben vermag, zu erringen wagt. Die kirchlich Liberalen aber, die früher der Freiheit der Kirche zujauchzten, sind so besorgt um ihr armes Leben und so furchtsam vor hierarchischen Gespenstern, daß sie ihre Hand kalt, ja zornig zurückziehen, wenn man sie auffordert, ihre ehemaligen Gedanken vollenden zu helfen. Besonders seitdem die Synodalverfassung sie in die offenbare Minderheit gebracht, und nun gar die Hauptstadt der Intelligenz eine Mehrheit der vereinigten Rechten gewählt hat, steht die Linke erstaunt und verwundert, betrübt und erzürnt vor dieser unerwarteten Anwendung ihres Gemeindeprinzips. Wir Fahnenträger der kirchlichen Selbständigkeit müssen es uns klar machen, daß wir auf dieser Seite nur Gegner finden. Und wo wären denn ihre Freunde? Viel sind es nicht, das wissen wir auch; wenigstens nicht viel bewußte und ausdauernde Freunde.

Das Kirchenregiment ist im wesentlichen staatskirchlich. Wenn die Staatsregierung für die Kirche reichliche Mittel gewährt, so sehen die Behörden ihre Wünsche erfüllt. Bei dem großen Wohlwollen, das sie für Amt und Leben der Kirche empfinden und in ihrer Verwaltung offenbaren, glauben sie im übrigen mit den Dingen fertig zu werden. Es geht ja auch bureaukratisch nach Gesetz und Ordnung weiter. Den Gedanken, die evangelische Kirche als eine Stiftung Gottes den Weltmächten kämpfend entgegenzuführen, können staatskirchliche Kollegien nicht haben; sie verwalten das geschichtliche Inventar und schützen den Bestand der Kirche. Die juristische Leitung bedingt dies Verhalten, und die Geschichte besiegelt es. Es wäre unrecht, den Behörden daraus einen Vorwurf zu machen. Zu staatskirchlicher Wirksamkeit sind sie berufen; ihrem ganzen Wesen nach müssen sie mehr staatskirchlich als kirchlich sein. Tragischer Weise wird ihnen vom Staat dafür nicht einmal gedankt. Es ist

ein offenes Geheimnis, daß die Staatsregierung die kirchlichen Behörden zu wenig schätzt, mit ihren Diensten unzufrieden ist, von ihnen eine Initiative erwartet, die sie bei ihrer Stellung nicht haben können, und dann doch Unwillen äußert, wenn sie dieselbe nicht haben. Dieser Zwiespalt sollte die kirchlichen Behörden zu energischen Freunden der kirchlichen Freiheit machen; aber das ist auch wieder unmöglich. Sie schwanken zwischen Staat und Kirche hin und her; jedenfalls eine Führerschaft in der Erringung der Selbständigkeit ist von ihnen nicht zu erwarten, auch nicht zu fordern. Der Präsident Herrmann mußte als Kirchenmann so ziemlich alle Grundsätze verleugnen, die er als Kirchenrechtslehrer gehegt hatte.

In den Synoden ist es der Natur der Sache gemäß ein wenig besser. Die beiden rechtsstehenden Gruppen haben einige Selbständigkeitsideen aufgestellt. Viele Mitglieder derselben würden eine starke kirchliche Freiheit gern haben. Wenn ein neuer Friedrich Wilhelm IV. die rechten Hände suchte, hier würden sie sich anbieten. Aber in energischem, zähem Kampf die Freiheit erst zu erringen, ist beiden Gruppen undenkbar. Sie sind seit der außerordentlichen Generalsynode eher zurückgegangen als vorgerückt. Auch haben sie in ihrer Mehrheit eine unfruchtbare Stellung eingenommen. Sie wollen das Staatsoberhaupt in seiner ganzen kirchlichen Vollgewalt erhalten, ja von allen vorhandenen ministeriellen und parlamentarischen Beschränkungen noch befreien. Daß das politisch unausführbar ist, leuchtet jedem Kundigen ein. Nicht die Person, sondern das Staatsoberhaupt führt in der Kirche das Szepter; dasselbe in einem konstitutionellen Staatswesen zum unbeschränkten, nur an die Gesetzgebung der Synoden gebundenen Monarchen der Kirche machen zu wollen, ist ein Ungedanke, der sich selbst aufhebt. Erst wenn man den Gedanken faßt, den Summepiskopat in seiner heutigen unhaltbaren, für die Würde der Krone unangemessenen Gestalt aufzuheben und in ein obrigkeitliches Patronat zu verwandeln, das für die Kirche wie für die Krone vom höchsten Wert sein würde, können die Selbständigkeitsbestrebungen der Rechten zu irgend einer greifbaren Gestalt und zu einem erreichbaren Ziele gelangen. Diese Verquickung von Politik und Religion ist völlig unerträglich. Verbunden mit der übrigen staatlichen Beherrschung der Kirche, hindert sie jedes Aufkommen eines kirchlichen Selbständigkeits-Bewußtseins. Denn eine Staatskirche kann unter den

Verhältnissen von heute keine wahrhafte Kirche sein. Hier liegt die Hauptursache unserer Schwierigkeiten.

Einige Anzeichen der Besserung, die wir freudig erkennen und anerkennen, dürfen uns doch über den großen Notstand nicht täuschen, in dem sich die evangelische Kirche Deutschlands befindet. Wenn das Gefühl für die Bedeutung der Religion in den gebildeten Kreisen wächst, so steht dieser tröstlichen Thatsache die andere untröstliche gegenüber, daß die Arbeitermassen in den Industriemittelpunkten und großen Städten je länger, je unbedingter in den Bann der Sozialdemokratie und damit der Kirchenfeindschaft gezogen werden. Was thut dagegen die Kirche? Wir denken dabei nicht an das, was Einzelne oder Vereine hin und wieder gegen die Sozialdemokraten versuchen. Unsere Frage geht dahin, die organisierte Kirche, ihre Behörden und Synoden zu einer Selbstprüfung zu veranlassen, ob sie gegenüber einer so dämonischen, das Volk in Mark und Bein vergiftenden Erscheinung Stellung nimmt und Hilfsmittel sucht, ob sie der sozialen Frage, dieser die Gegenwart und Zukunft bestimmenden Angelegenheit, die gebührende Aufmerksamkeit schenkt und das nötige Studium angedeihen läßt, Und wenn darauf in jedem Punkte ein Nein geantwortet werden muß, so liegt darin das erschütternde Eingeständnis, daß wir als Kirche der Sozialdemokratie ratlos, wehrlos gegenüberstehen. Wohl verstanden, die Kirche hätte weder mit der politischen noch mit der sozialen Demokratie, weder mit dem Radikalismus noch mit dem Liberalismus, wenn es rein politische Parteien und Richtungen wären, irgend etwas zu thun. Diese Bedingung trifft jedoch nicht zu. Die Sozialdemokratie ist Gotteshaß, der Fortschritt Kirchenhaß, der Liberalismus Dogmenhaß; und dieser Haß tritt in der Presse wie in dem Parteileben klar hervor. Wenn eine Kirche den Mut oder die Macht nicht hat, solchen Erscheinungen auf den Grund zu gehen und entgegenzutreten, so ist sie ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Denn hier handelt es sich um Verhältnisse, die den Einfluß des Christentums in der denkbar stärksten Weise behindern. Deshalb kann auch die thörichte Ausrede, die noch mehr auf Feigheit als auf Unverstand hinausläuft, nicht verfangen, daß die Kirche keinen Auftrag habe, sich in die politische Arena zu begeben. Ohne Zweifel ist dies richtig. Es handelt sich hier aber gar nicht um politische Angelegenheiten, sondern um die Seelsorge am Volksgeist. Die Bekämpfung des gottlosen Parteiwesens ist auch nicht unmittelbar Reichsgottessache,

sie gehört zum Netzeflicken und Menschenfischen. Wenn die Sozialdemokratie ihre Maschen so dicht macht, daß sie allmählich die ganze großindustrielle Arbeiterwelt einfängt, und wenn das Netz der Kirche so undicht wird, daß ganze Volksmassen hindurchschlüpfen, dann ist es Zeit, die Gerätschaften der Kirche zu untersuchen. Eben da liegt unsere Not. Wir haben die göttliche Wahrheit, und die entfremdete Menge hat Verlangen nach der Wahrheit; wir haben den Sauerteig, und die drei Scheffel Mehl sind da. Nur das Mengen fehlt. Die Menge wäre schon zu haben.

Wir kämpfen eben nicht um die Volksseele. In der Dogmatik spricht man von einer ecclesia militans. Wo militiert denn unsere Kirche? Wo stellt sie sich den zusammengeballten Zeitmächten als eine Macht Gottes entgegen? Wo nimmt sie den Kampf auf gegen die Strömungen, Parteien, Persönlichkeiten, Verhältnisse, welche die Kirche zerstören? Die drohende Sozialdemokratie, der verwüstende Fortschritt, das höhnende Judentum, der verflachende Nationalliberalismus sind lauter Heerscharen, die in ihrer Presse und in ihrer Agitation gegen die Kirche vorgehen. Natürlich sind einzelne Franktireurs nicht imstande, den Kampf dawider dauernd zu führen und zu gewinnen. Den Mächten müßte eine Macht, der Organisation eine Organisation gegenübertreten. Wenn ein großkapitalistischer Jude die evangelischen Arbeitermassen Berlins beherrscht, so ist das eine Schmach nicht bloß für den Staat, sondern auch für die Kirche. Wem aber brennt darüber die Wange? Wenn ein Judenblatt, das ein beschnittener Ausländer redigiert, die Evangelischen Berlins zur Stillung ihrer Kirchennot in die offenen Bögen der Stadtbahn verweist, und ein anderes Judenblatt angesichts des orientalischen Giftbaums, der Börse, die Pastoren anklagt, sie mästeten sich von dem Fett des Volkes, so ist das eine Schmach, nicht bloß für das öffentliche, sondern auch für das kirchliche Leben. Wem aber, so fragen wir noch einmal, brennt darüber die Wange? Bei solchen empörenden Zuständen, was thut die Kirche? Die Kartellpolitik mag die Interessen des christlichen Volkslebens opfern, damit die reichen Juden nicht böse werden, sondern ihr Geld, statt dem deutschen Freisinn, dem Nationalliberalismus in die Agitationskasse fließen lassen. Aber die Kirche muß dagegen aufstehen, nicht als ob dabei die Politik mitspiele, sondern weil die Volksseele leidet.

Anstatt dessen hält es die kirchliche Linke offen mit der Judenpresse; sie fühlt nichts von all dem Weh und Jammer unseres

Volkes. Die Mittelpartei, diese Richtung der kirchlichen Honoratioren, will auf keinen Fall eine öffentliche Bewegung, wenn sie auch mit dem Volke fühlt. Die kirchliche Rechte hat richtiges Verständnis, auch eine starke Sympathie für den Kampf, aber nicht Antipathie genug, um selbst zu kämpfen. Die Kirche als solche rührt sich nicht. Die Professoren studieren. Die Pastoren schweigen. Das Volk bleibt unkirchlich und wird es stellenweis immer mehr. Man sagt, Gott kann und wird helfen. Gewiß hilft Gott. Dazu hat er die Kirche gestiftet. Aber wenn sie nicht kämpft, wenn in ihr der prophetische Geist schläft, wie soll er helfen? Man beruft sich auf das Bekenntnis; geistliches und weltliches Regiment solle nicht vermengt werden. Nun geschieht das freilich immer und überall in der evangelischen Kirche, nur bei dem Kampf gegen Sozialdemokratie und Judentum geschieht es nicht. Aber der Grundsatz ist so bequem; Abt Uhlhorn in seiner widerspruchsvollen Broschüre hat es ja ausgesprochen, da muß es doch wahr sein. — Die „Magdgestalt der evangelischen Kirche" ist das letzte und frömmste Argument: Christus habe das Kreuz getragen, so müsse es die Kirche auch thun. Dabei vergißt man nur, daß ein heidnischer Landpfleger, nicht die christliche Obrigkeit dem Herrn das Kreuz auflegte, daß das Kreuztragen in Jerusalem geschah, nicht in einem christlichen Lande, und daß der Heiland durch sein Kreuztragen die Welt erlöste. Die kreuztragende Magdgestalt des Protestantismus erlöst mit ihrer Geduld keinen Menschen; aber viele gehen an der Verderbnis des öffentlichen Lebens zu Grunde. Nein, es ist so, wenn es auch schmerzlich ist: der Protestantismus ist mutlos gegenüber den Weltmächten, weil seine Kirche das Bewußtsein nicht stark genug hat, eine Stiftung Gottes zu sein. Seine Mutlosigkeit ist eine viel größere Gefahr als der Unglaube; dieser letztere würde zum guten Teil mit der ersteren weichen. Gewiß, wir sind ohne Falsch wie die Tauben, die auch auf einander loshacken, aber sich von jedem Falken scheuchen lassen. Aber wir sind nicht klug wie die Schlangen. Die Kirche kann eigentlich bei uns nicht klug sein; sie ist nicht selbständig, nicht frei. Sie hat keine Macht, darum nicht genug Mut. Privaterbauung, nicht Kampf um die ewige Wahrheit; Gehorsam, nicht Sieg des Glaubens über die Welt ist das Ziel, das unbewußt und bewußt in dem Leben der meisten gläubigen Protestanten aufgestellt ist. Und das ist nicht genug; am wenigsten in einer Zeit wie die Gegenwart.

Man berufe sich nicht auf das Blühen und Wachsen der inneren Mission als auf ein untrügliches Zeichen der Gesundheit und des Lebens; dieser Einwurf beweist nichts. Die innere Mission wächst, und die Sozialdemokratie wächst zehnmal so stark. Die innere Mission sammelt Tausende, vielleicht Hunderttausende um die Arbeiten der Liebe und dient Tausenden, vielleicht Hunderttausenden; dabei hält sie doch den kirchlichen Verfall nicht auf, in den Millionen versinken. Es ist beachtenswert, daß gerade diejenige Arbeit der inneren Mission, welche sich mit den sozialen Bewegungen im großen beschäftigt, jene ausgezeichnete Denkschrift eines Mitgliedes des Zentralausschusses von hervorragender staatsmännischer und gesetzgeberischer Begabung den schwächsten Wiederhall in dem öffentlichen Leben der Kirche gefunden hat. — Man kann die Bedeutung der inneren Mission nicht hoch genug schätzen; sie hat der evangelischen Kirche eine unermeßliche Bereicherung und dem Volksleben viel christliche Unterstützung gebracht. Aber sie vermag der Kirche die von Gott zugewiesene Aufgabe nicht abzunehmen. Ja, wenn die Liebesthätigkeit der inneren Mission die Lebensthätigkeit der Kirche einseitig bestimmt oder beherrscht, so leidet die Kirche Not. Christliche Liebe zu üben, ist eine wichtige Sache für die Kirche. Aber es ist nicht ihr einziger, nicht einmal ihr erster Beruf. Die Kirche ist von Gott als Grundfeste der Wahrheit gestiftet; der Menschheit die göttliche Heilsoffenbarung bekennend, dienend, leidend, kämpfend zu vermitteln und zu bewahren, das ist ihre wichtigste Aufgabe. Wer könnte leugnen, daß es daran fehlt? In die verschiedenen Gruppen des bürgerlichen und staatlichen, des geselligen und sozialen Lebens den Geist des Evangeliums hineinzutragen, das soll die Kirche von Gottes und Rechts wegen als ihr Amt ansehen. Wer könnte sagen, daß sie das in genügendem Maße thut? Gewiß hat sie dabei große Hindernisse zu überwinden, die nicht bloß in der Welt, sondern in der Kirche selbst ihren Grund haben. Die Zerspaltung der Christenheit in Kirchen, die sich bis auf das Messer bekämpfen, die Zerklüftung der Einzelkirchen in Richtungen, die mit einem größeren Fanatismus sich unter einander als den Feind befehden, der gelehrte theologische Betrieb, der persönliche Fündlein und unbewiesene Vermutungen vielfach höher schätzt als die Realitäten der Geschichte, der Bekenntnisse, des Volkslebens: das alles macht der evangelischen Kirche ihre Wirksamkeit schwer. Aber das alles entbindet sie nicht von der Verpflichtung, ihres Wahrheitsberufes, ihres Gnadenamts

zu warten. Schrift und Bekenntnis, dieses durch jene geprüft, jene durch dieses bezeugt, sind die unvergänglichen Normen des evangelisch-kirchlichen Thuns. Wir Evangelischen dürfen aus voller Überzeugung glauben, daß, so lange die evangelische Kirche besteht, sie in den Bekenntnissen, den Zeugnissen einer großen gottdurchwirkten Zeit die wesentliche Schriftwahrheit haben wird. Aber das muß geltend gemacht werden gegen jedermann und zu jeder Stunde, zur Zeit und zur Unzeit. Wir dürfen auf Luthers Lorbeeren nicht einschlafen, wir müssen in seinem Geiste weiterarbeiten; es genügt nicht, zu glauben, daß das Wort Gottes das Schwert des Geistes ist, und es rosten zu lassen, wir müssen das Schwert ziehen und kämpfen. Dazu aber gehört eine Kirche, die ihrer selbst Herrin genug ist, um sich ihr Rüstzeug zu schaffen, und selbständig genug, um es zu brauchen. Die evangelischen Kirchen vermögen beides nicht; sie sind auch in ihrem inneren Leben an die Mitwirkung des Staates, oft an seinen souveränen Willen gebunden.

Eine Staatskirche ist die Dienerin der Staatsgewalt, die Unterthanin des Staatsoberhauptes. Ehemals, als Fürsten und Minister im Glauben und Bekenntnisse der Kirche standen, als die ungebrochene christliche Weltanschauung das ganze Volksleben durchdrang, hatte die Formfrage, wer das Kirchenregiment führe, keine solche Bedeutung. Freilich hat auch schon damals das Staatskirchentum die Kirche in ihrer Lebenskraft geschädigt, da es ihr die Selbstbethätigung unmöglich machte und sie einseitig auf die theologische Arbeit und Zänkerei, auf Predigt und Seelsorge beschränkte. Nie hätte die Kirche den Zusammenhang mit dem Volksleben, so wie es vor den Augen liegt, verlieren können, wenn sie eine selbständige soziale Gestalt gehabt hätte. Diese zurückzugewinnen, darauf kommt es an. Heute ist der Staat konfessionslos, in mancher Hinsicht religionslos; er kann das Regiment der Kirche nicht mehr führen. Der Protestantismus steht vor der Existenzfrage, ob er eine Kirche oder nur die organisierte Seite des religiösen Volkslebens sein will, ob er die irdische Darstellung des Reiches Gottes sein will mit dem Anspruch, daß die göttliche Wahrheit mehr ist als die höchste Weltstellung oder nur eine staatliche Einrichtung zu sittlich-religiösen Zwecken unter dem Zugeständnis, daß der Staat die höchste sittliche Macht ist. So schrieb kürzlich ein Offiziosus in den offiziösen „Grenzboten". Wir vermuten in dem Verfasser denselben Mann, der die evangelische Kirche retten will, indem er die Predigt

aufgiebt. Aber er ist es nicht allein, der so denkt; wir sind fest überzeugt, daß viele, besonders aus der Zahl der höheren Beamten, in jenem Artikel ein Bekenntnis erblicken, das ihnen lieber ist als die Augsburgische Konfession. Der alte Satz von Sethe, daß der Staat Gott ist, steckt manchem Bureaukraten unklar tief im Busen. In der That hat die Kirche, wenn der Staat die höchste sittliche Macht ist, demselben nichts zu bieten, nichts zu sagen. In der That kann der Staat, wenn die Kirche die Besetzung der Professuren, die Ernennung der kirchenregimentlichen Personen, die Bestätigung der Gesetze, die Begutachtung der Steuern ihm ganz überlassen oder doch die Entscheidung in diesen Dingen ihm anheimgeben muß, der Kirche alles bieten, alles sagen. Und eben dies ist die Sünde der Gegenwart, daß man sich der göttlichen Wahrheit, wie sie in der Kirche lebt, nicht beugen, sondern im Interesse des Staates die Wahrheit beugen will. Eine Kirche, welche dem Staat und der Gesellschaft furchtlos die Wahrheit sagt, wäre unüberwindlich; eine Kirche, welche die Wahrheit den Mächtigen der Erde gegenüber nicht geltend machen kann, ist keine Kirche. Auch wenn sie es kann, ist sie noch nicht das Reich Gottes. Aber sie muß wenigstens danach trachten, so viel als möglich vom Reiche Gottes zu realisieren. Weil das Staatskirchentum das nicht kann, nicht will, darum halten wir dasselbe für veraltet und lebensunfähig.

Zuweilen beschleicht uns die Furcht, ob Rothe nicht recht behält, wenn er den protestantischen Kirchen das Aufgehen im Staat weissagt und darin ihr Schicksal erblickt. Daß eine solche Entwickelung nicht nach dem Sinn Christi wäre, kann keinem Zweifel unterliegen. Der Sohn Gottes wollte ein Reich Gottes gründen; und auch von der irdischen Darstellung desselben, der Kirche, sagte er, daß die Pforten der Hölle sie nicht überwältigen würden. Er hat nie den Gedanken gehegt, daß die Staatsmacht die Lehrer der Pastoren und damit die Lehre der Kirche bestimmen könne; er hat dem Kaiser geben wollen, was des Kaisers ist, aber auch Gott, was Gottes ist.

Er hat nicht gemeint, daß die Gemeinde der Gläubigen ein Häuflein von Einzelnen mit persönlicher Frömmigkeit und individualistischer Wirksamkeit sein werde; ihm war seine Jüngerschar das Salz der Erde, das Licht der Welt und das Himmelreich der Sauerteig. Entweder wir folgen ihm und gehen seine Bahn; dann gilt auch der evangelischen Kirche die Verheißung, daß die Pforten der Hölle sie nicht überwältigen werden. Oder wir gehen unsere

menschlichen Wege weiter und begnügen uns damit, ein Stück religiöser Welt zu bilden. Dann aber bedenken wir, daß dem Landes- und Staatskirchentum die Verheißung der höllenbezwingenden Gewalt nicht gegeben ist! Wählen wir, denn die Zeit ist ernst.

Reich Gottes, Kirche und Welt.

Januar 1890.

Das Reich Gottes ist nahe: so verkündigte der Täufer, diese religiös-soziale Prophetengestalt, die Ankunft Jesu. Die Zeit ist erfüllet, das Reich Gottes ist herbeigekommen: so nahm Jesus selbst, der König des Reiches, die Predigt seines Vorläufers auf, nachdem das Haupt desselben der Laune einer Königstochter zum Opfer gefallen war. Das Reich Gottes ist unter euch: so stellte der Erlöser die göttliche Stiftung einer neuen heiligen Lebensgemeinschaft als gegenwärtig vor die Augen seiner Feinde, obwohl er wußte und verkündigte, daß das Reich erst im Kommen begriffen sei und seiner Vollendung noch warte. Dies Reich Gottes, im volleren Sinne das Königreich der Himmel genannt, ist das Herz der Predigt Christi und das Ziel seiner Lebensarbeit, die Frucht seines Todes und der Erwerb seiner Auferstehung; es ist der geweihte Kreis, in welchem der erhöhte Menschensohn sein Prophetenamt, seinen Hohenpriesterberuf, sein Königsregiment fortsetzt. Die Kirche Gottes auf Erden, trotz ihrer Unvollkommenheit und Zerspaltung, soll das Reich Gottes zu verwirklichen suchen, und die Welt, trotz ihrer Sündigkeit und Verderbtheit, den Acker darbieten, auf welchem die Kinder des Reiches neben den Kindern der Bosheit — der Weizen neben dem Unkraut — schaffen und arbeiten. Durch die Menschheitsflut und das Völkermeer hindurch muß das Reich Gottes wie ein großes Netz gezogen werden, um allerlei Gattung zu fangen, gute und faule Fische; die Scheidung haben nicht die Menschen in der Zeit, sondern die Engel am Ende der Welt zu besorgen. Während der Erdentage hat die Kirche, dem Weibe gleich, den Sauerteig des Reiches Gottes mit dem Mehl der menschlichen Dinge zu mischen, bis daß es gar durchsäuert ist. Sie

soll die Arbeit Jesu Christi, ihres Königs, bis zu seiner Wiederkunft weiter treiben.

Man braucht dies Bild biblischer Reichsgottesanschauung nur aufzurollen, um mit Wehmut inne zu werden, wie viel noch zu thun ist, damit es zur That und Wahrheit werde. Und zwar in allen Kirchen des Erdkreises. Die griechische Kirche in ihrer byzantinischen Starrheit und Blutlosigkeit hat den Gedanken des Reiches Gottes eigentlich niemals durchgedacht; ein halbes Jahrtausend in spekulative Träumereien, das folgende Jahrtausend in Stumpfsinn versunken, ist ihr die Aufgabe, welche in der Nachfolge Christi liegt, aus den Augen verschwunden und aus der Hand gesunken. Auch der Siegeslauf des Halbmondes über die Stätten der altchristlichen Geschichte hat sie aus ihrem Todesschlaf nicht aufgerüttelt; in ihrem mächtigsten Zweige, dem russischen, ist sie heute damit beschäftigt, dem Islam zu seiner Bekämpfung des Christentums freie Zensur zu gewähren, dagegen die evangelisch-lutherische Kirche in den Ostseeprovinzen mit allen Waffen grausamer Gewalt, mit allen Mitteln gemeiner Bosheit zu vernichten. Die übrige christliche Welt schweigt dazu, muß schweigen, weil die hohe Politik es fordert.

Die römische Kirche weiß von dem Reiche Gottes leider fast nur Falsches und Ungöttliches. Sie hat irrige Anschauungen von der Kirche wie von der Welt, von dem Worte Gottes wie von dem Werke Christi. Daß das Christentum die Völkerwelt mit seinen Lebenskräften durchdringen soll, hat sie erkannt; aber die Lebenskräfte Christi selbst hat sie nicht erkannt. Sie will selber und allein Gottes Reich sein, ohne zu wissen, was Gottes Reich ist. Ihr Priestertum und ihre Kirchenordnungen, ihren Aberglauben und ihre Menschenvergötterung hat sie an die Stelle des Reiches Gottes gesetzt; die Konzilien mit all den darin gesponnenen Intriguen an die Stelle des heiligen Geistes; die Heiligen und Reliquien mit all den von ihnen erzählten Märchen an die Stelle der Offenbarung; die Päpste trotz all den durch sie vollbrachten Verruchtheiten an die Stelle Christi. Zuletzt ist sie auf den Gipfel des Irrtums gestiegen und hat mit der Lehre von der päpstlichen Unfehlbarkeit ihre eigene Vergangenheit ausgelöscht und der Welt den geschichtlichen Beweis ihrer Fehlbarkeit in die Hand gegeben. Dennoch — wunderbarerweise! — obwohl Rom die Freiheit des Gewissens verdammt und die Andersgläubigen haßt, der wissenschaftlichen Bildung in das Angesicht schlägt und der modernen

Welt den Fehdehandschuh hinwirft, steht es in scheinbar unvergleichlicher Machtfülle da und schart seine Glieder fest um sich. Von Revolutionen katholischer Völker umtobt, von italienischen Katholiken zerbrochen, sucht sich der Thron des Papstes trotzdem als Fels Petri aus den wilden Wassern der Gegenwart zu erheben; hier mit Königen und Diplomaten, dort mit der Demokratie und dem Umsturz buhlend, mit der Presse und Litteratur, mit der Staatskunst und Sozialpolitik kokettierend und paktierend, jede Gunst der Zeit zu seinem Nutzen ausbeutend, unter den evangelischen Völkern am stärksten arbeitend, hat der Vatikan vorübergehend wieder einmal eine große Weltstellung gewonnen. Die sozialen Gefahren lassen die Kurie, die doch sich selbst nicht zu helfen weiß, schwachmütigen Geistern als Retterin erscheinen; und das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht spielt überall, wo es besteht, den von dem Priestertum kommandierten Massen eine große Macht in die Hände. Gewiß hat die römische Kirche damit keine Stellung im Reiche Gottes, sondern durch die religiöse Beherrschung der Geister nur eine Weltmacht errungen. Aber ohne Zweifel verdankt sie ihre augenblickliche Gewalt einigen christlichen Wahrheiten, die sie, wenn auch in ungemeiner Verzerrung, festhält. Sie verwirrt die Begriffe von Welt und Kirche durchaus, aber sie erstrebt die Durchdringung der Welt mit ihren kirchlichen Kräften; sie verwirft oder verheimlicht die göttliche Wahrheit der Schrift, aber sie tritt für das, was ihr als Wahrheit gilt, der ganzen Welt kämpfend entgegen. Rom hat eine Kirche, aber keine Wahrheit, um sie der Welt zu lehren; der Protestantismus hat die Wahrheit, aber keine Kirche, um sie der Welt gegenüber zu behaupten.

Es wäre die Aufgabe der evangelischen Kirche, den Gedanken des Reiches Gottes und der Schrift von neuem zu ergründen, seine Anwendbarkeit auf die Gegenwart zu prüfen, ihn als die dauernde Aufgabe der Kirche den Gewissen nahe zu bringen und alle, die aus der grenzenlosen Verwirrung der Zeitverhältnisse Befreiung suchen, um diese Losung zu sammeln. Vier Mächte bedrängen in unseren Tagen das Reich Gottes: die Verfälschung der Kirche durch die römische Macht, die Geringschätzung derselben durch den Liberalismus und Radikalismus, die Verächtlichmachung derselben durch das Judentum, die Bekämpfung derselben auf Tod und Leben durch die sozialdemokratischen, anarchistischen und nihilistischen Richtungen. Gerade wir in Deutschland leiden unter

diesen Gewalten, die wie vier apokalyptische Reiter die evangelische Kirche bedrängen, am meisten. Das Volk der Reformation ist dadurch in seinen heiligsten Gütern, in seiner großen Geschichte bedroht. Wer Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, der muß mit Schrecken bemerken, daß das deutsche evangelische Volk in weiten Schichten dem Christentum Gleichgiltigkeit oder Haß entgegenbringt. In dem von religiösen Kräften verlassenen öffentlichen Leben entzieht die Sozialdemokratie die Volksmassen, der Liberalismus die bürgerlichen Kreise der Kirche; und während der Katholizismus unter der Bewunderung mancher Protestanten seine Stellung verstärkt, das Judentum in Kunst und Litteratur, in der Tagespresse und Agitation eine den deutsch-christlichen Geist bedrohende, wachsende Macht gewinnt, führt der Protestantismus sein kritisches Dasein weiter und verwendet die Kraft, die er an die großen Aufgaben des kirchlichen Lebens setzen sollte, auf die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Richtungen, die anstatt den Gegner sich einander selbst befehden. Man kann diesen ungeheuren Notstand übersehen, wenn man von der Kirche nichts weiter begehrt als persönliche Erbauung und in seiner Gemeinde diese Erbauung findet. Stellt man sich aber auf den Standpunkt der evangelischen Kirche, welcher Gott in den Tagen der Reformation die Pflege des Christentums im deutschen Volke übertragen hat, so kann man nur mit Sorge in die Zukunft blicken. Die politischen Leiter der evangelischen Kirchen sind freilich weit entfernt davon, diese Sorgen zu teilen. In ihrem Staats- und Landeskirchentum administrieren sie still weiter, lassen Liberalismus und Sozialdemokratie ruhig machen, Judentum und Katholizismus ihre Kräfte entfalten und fühlen nicht einmal das Bedürfnis, die drohende Lage des Protestantismus einer Untersuchung zu unterwerfen. Es sind im weiten Umfange der evangelischen Kirche nur kleine Kreise, welche die Gefahr erkennen, und noch kleinere, in denen an der Rettung vorgearbeitet wird. In diesen Kreisen aber ist es der Reichsgottesgedanke, der die Herzen mit Hoffnung erfüllt. Hier sind die Freiheitsbestrebungen lebendig und die Bemühungen um eine Theologie, welche auf dem Reformationsdogma von der Rechtfertigung fußend den ganzen Umkreis des Lebens wieder mit den Kräften des Evangeliums durchdringen will; hier ist die Überzeugung herrschend von der Notwendigkeit des Kampfes gegen das Judentum und von dem Segen der Arbeit an der sozialen Frage. Man wünscht hier, daß unsere Kirche vom

Staat ihre berechtigte Selbständigkeit zurückfordere und, anstatt sich damit zu begnügen, unter Staatsaufsicht die religiöse Seite des Volkslebens zu bilden, wieder den Anspruch erhebe, ein Werkzeug Christi zu sein und das Reich Gottes zur Darstellung zu bringen. Man hofft, dem Katholizismus, der sich damit brüstet, das Reich Gottes zu sein, diese Anmaßung im heißen Kampfe zu zerstören, der Sozialdemokratie, welche an ein Reich Gottes nicht glaubt, diesen Gedanken in treuer Arbeit wiederzugeben, dem Liberalismus, welcher in seiner Selbstgenugsamkeit vom Reiche Gottes nichts ahnt, aus seiner Verarmung und Versimpelung zu helfen, dem reich und frech gewordenen Judentum im heiligen Zorn seine falsche und gemeine Herrschaft zu entreißen. Ob der Protestantismus sich dazu aufraffen wird? Ob er einer Neubildung unter den Gesichtspunkten des Reiches Gottes zugänglich ist? Ob er die Kraft in sich trägt, eine wirkliche Kirche sein zu wollen? Das sind unseres Erachtens die ernstesten Fragen, die sich treue Evangelische in unserer Zeit vorlegen können.

Für viele Evangelische ist das Reich Gottes ein bloßes Wolkenkuckucksheim geworden. Weil es eine verborgene und überirdische Seite hat, wird es zu einem unwirklichen und unsichtbaren Geisterbunde gestempelt. Das Reich Gottes ist inwendig in euch: diese unrichtige, jedenfalls einseitige Übersetzung ist vielen der Irrweg zum Mißverständnis des Reiches Gottes geworden. Als ob es ein rein innerliches, in den einzelnen Seelen verschlossenes Etwas sei, versucht man gar nicht, eine Realität desselben zu erstreben oder auch nur für möglich zu halten. Weil es immer im Werden und erst jenseit der Zeit vollendet wird, giebt man ihm eine bloß überzeitliche, auf den Weltlauf nicht anwendbare Bedeutung. — Gewiß wird man nur durch die innerliche That des Glaubens ein Glied des Gottesreiches; aber alle, welche glauben, sollen sich zu einer Gemeinschaft der Gläubigen zusammenschließen, welche in der Sichtbarkeit lebt, liebt, handelt, kämpft. Gewiß wird das Reich Gottes hier auf Erden nur unvollkommen zur Darstellung gelangen; trotzdem soll doch die Welt etwas davon merken, daß es vorhanden ist. Und in der Kirche, ja! auch in unserer armen, geschwächten, bedrängten und doch auch wieder reichen, geliebten, gesegneten Kirche soll das Reich Gottes sich auswirken. Giebt die Kirche diesen Anspruch auf, dann ist sie verloren; dann wird sie zu einem irdischen Ding, aber darin ohnmächtiger als irdische Stiftungen, daß sie

keine irdischen Mittel und Mächte zu ihrer Verfügung hat. Mit ihr wird dann das Spiel wiederholt, das man mit dem Reiche Gottes treibt, bis sie gleichfalls ihre Realität und Kraft eingebüßt hat. Man redet von einer unsichtbaren Kirche, die man von der sichtbaren gänzlich trennt; jene hebt man in einen Gedankenäther empor, wo kein Sauerstoff mehr zum Atmen für die lebendigen Menschen ist, und diese drückt man zu einer Magdgestalt herab, daß jede irdische Macht ihren Mutwillen mit ihr treiben kann. Eins hängt mit dem anderen zusammen; wenn man keine richtige Anschauung vom Reiche Gottes hat, gewinnt man auch keinen wahrhaftigen Begriff von der Kirche. Und hier liegt nun eben der tiefe Schade des Protestantismus. Er hat alles, was zur Kirche gehört: das unverfälschte Wort Gottes, die bekenntnismäßige Wahrheit, geisterfüllte Theologen, treue Zeugen, bewunderungswürdige Arbeiter, große Gebiete der äußeren und inneren Mission. Aber die Kirche selbst hat er nicht, von welcher er aussagen kann: die Pforten der Hölle sollen sie nicht überwältigen. Von dieser Krankheit muß der Protestantismus genesen; sonst ist er seinen gottgegebenen Aufgaben nicht gewachsen. Er wird nicht sterben, weil er die ewige Wahrheit besitzt; aber er kann auch nicht wahrhaft leben, weil er kein kirchliches Dasein hat. Die evangelische Kirche in Deutschland liefert hierzu den unwiderleglichen Beweis. Ihrer ganzen Geschichte nach müßte sie die Führerin des sittlich-religiösen, die befruchtende Kraft des sozial-politischen, die belebende und ausgleichende Macht des gesamten öffentlichen Lebens sein. Sie müßte wie ein weithin strahlender Leuchtturm in die Dunkelheit hinausglänzen und dem Schiffer helfen, sich in den Strudeln zurecht zu finden, damit er nicht Schiffbruch leide. Anstatt dessen ist gerade in Deutschland seit geraumer Zeit die Geschichte der evangelischen Kirche eine Kette von Ohnmachtserscheinungen, Zurücksetzungen, Hindernissen, welche ihr Leben einschnüren und ihre Kraftentfaltung verhindern.

Das deutsche Reich, im Herzen Europas gelegen, sollte mit seiner wiedergewonnenen Macht und Einheit den übrigen Völkern das Bild einer christlich gerichteten Politik darbieten. Unser Volk ist für ideale Zwecke nicht schwer zu gewinnen. Ist es wie kein anderes Volk der Welt in zwei Kirchen und Konfessionen gespalten, so kann man selbstverständlich nicht erwarten, daß der Gesichtspunkt einer bestimmten Kirche, etwa der evangelischen, überall beherrschend hervortrete. Deutschland ist paritätisch und kann auch nur so be-

stehen und gedeihen. In diesem Zustande liegen Schmerzen und Segnungen; man muß beide aus der Hand Gottes hinnehmen, welcher die deutschen Geschicke durch Jahrtausend alten äußeren Hader, durch Jahrhunderte langen kirchlichen Streit hindurch dennoch zur Einheit geführt hat. Daß das Bestehen der beiden Kirchen in diesem Nebeneinander und Durcheinander zufällig sei, kann niemand annehmen, der an die göttliche Vorsehung und Weltregierung glaubt. Offenbar sollen beide Konfessionen in Deutschland durch Berührung von einander lernen, im Widerstreit ihre Kräfte messen und im gegenseitigen Ringen der Wahrheit und dem Reiche Gottes zur Förderung dienen. Daß das bei dem gegenwärtigen Feindschaftsstand der beiden Parteien nahezu unmöglich geworden ist, und die Kirchen, von Kopf bis zu Fuß in Haß gerüstet, einander gegenüberstehen, ist einer der bedenklichsten Züge des neuen Deutschlands. Aber man vergesse nicht, daß der schroffe Ultramontanismus von heute mit seinem Papstkultus und Ketzerhaß, mit seinen Wiedertaufen und Herrschaftsansprüchen doch nur eine Zeiterscheinung ist, die zum Teil auf dem Gesetz der geschichtlichen Entwickelung beruht, aber doch vor allem als Rückschlag gegen die toll gewordene Vernunft eines materialistischen und antichristlichen Geschlechts zu bezeichnen ist. Das Unfehlbarkeitsdogma war die Antwort auf die Affentheorie. Der thöricht geplante Kulturkampf, ebenso durch seine Führung wie durch seine Beschwichtigung, hat dann den römischen Geist in Deutschland bis zur Siedehitze entzündet; es werden Jahrzehnte vergehen, bis das frühere Gleichgewicht wiederhergestellt ist. Indem man dies erwartet und erhofft, wird man gut thun, sich an die besseren Zeiten vor dem Vatikanum zu erinnern und des Glaubens zu leben, daß, wie auf Bonifacius VIII. Avignon, so auch auf die Unfehlbarkeit ein Sturz folgen wird. Unmöglich ist es dennoch nicht, trotz des vorhandenen bitteren Gegensatzes, daß eine von christlichen Gedanken geleitete Regierung des Reiches die beiden Hälften der Reichsbürger zu einer Thätigkeit zusammenfaßt, die, wenn auch nicht von kirchlichen Zielen, doch von Ideen des Reiches Gottes bestimmt wird Ja, wir sind der Meinung, daß nichts dem Überwuchern des Ultramontanismus mehr Einhalt thun würde als eine von christlichen Gesichtspunkten beherrschte deutsche Politik.]

Daß es an einer solchen Politik ganz und gar fehle, wird man nicht mit Grund sagen können. Die Behauptung des Friedens,

die von unserer Seite mit dem größten Maß von Selbstverleugnung erstrebt wird, ist gewiß ein Zug christlicher Politik. Auch die von den Evangelischen und Katholiken des Landes wie des Reichstages mit gleichem Eifer geförderte Bekämpfung der Sklaverei in Ostafrika muß ein Gegenstand wahrhaftiger Genugthuung für christliche Patrioten sein. Die gemeinsame Arbeit an den sozialpolitischen Gesetzen, dies große Stück praktischen Christentums, beweist noch mehr als jene fernliegenden Aufgaben die Möglichkeit des Zusammengehens von Gliedern beider Kirchen zu sittlich-religiösen Zwecken. Aber dies alles sind doch nur Punkte, die vereinzelt und von einander abliegend keine Linie bilden. Wie unserer gesamten Politik, mit Ausnahme der auswärtigen, die Prinziplosigkeit und Sprunghaftigkeit eigen ist, so auch dem Geltendmachen christlicher Grundsätze. — Wir dürfen freilich in unseren Beziehungen zu den anderen Weltmächten nicht mehr erwarten, als erreichbar ist. Die Tage der heiligen Allianz sind vorbei und kehren nicht wieder. Die veränderte Stellung Deutschlands macht ein halbes Jahrhundert der angespanntesten Kriegsrüstungen gegen Westen und Osten nötig. Ist die alte Stellung zu Rußland verlassen, und aus dem Sultan, der vor zwanzig Jahren der kranke Mann Europas war, beinahe einer seiner Ärzte geworden, so liegt die Schuld davon nicht an uns, sondern an dem wahnwitzig gewordenen Panslavismus. Immerhin würde unseres Erachtens eine stärkere Hervorhebung des deutschen Unwillens über die Vergewaltigung des evangelischen Glaubens in den Ostseeprovinzen unseren notleidenden Brüdern zu gute kommen. Diese baltischen Dinge sind schmachvoll und empörend, ein lautes Zeugnis gegen ein Jahrhundert, das solche Tyrannei mit brutaler Gewalt ausübt und mit unmännlicher Gelassenheit duldet. In dieser Angelegenheit fehlt es ganz Europa, auch den amerikanischen Staatsmännern, die doch Rußland befreundeter sind als wir, an jedem Hauch des Reiches Gottes. Mag man sich vor dem Weltbrande fürchten, der durch den ersten Kanonenschuß in Europa entzündet werden würde, und deshalb jeden Einspruch unterlassen — es bleibt eine traurige und beschämende Thatsache, daß vor den Augen eines Geschlechtes, das Freiheit und Duldung im Munde führt, in Rußland diese Errungenschaften des Christentums mit Füßen getreten werden. Freilich können wir von dieser Verantwortlichkeit nur ein bescheiden Teil auf uns nehmen; andere Staaten könnten und müßten darin mehr thun als wir.

Aber, das ist die Frage, thun wir da, wo wir mehr Einfluß haben sollten, alles, was möglich ist? Bringen wir in dem Bereich der inneren Politik die christlichen Gesichtspunkte so zur Geltung, wie es die Aufgabe der Förderung eines christlichen Volkslebens den Regierungen und Völkern zur Pflicht macht? Wir können diese Fragen leider nicht mit einem freudigen Ja beantworten.

Die Gleichgiltigkeit gegenüber der Missionsfrage und dem Branntweinhandel in unseren Kolonien, gegenüber der Unterdrückung des Deutschtums sogar in dem befreundeten Österreich, gegenüber der Sonntagssache in der sozialpolitischen Entwickelung, gegenüber den Selbständigkeitsbestrebungen der evangelischen Kirche und der geistlichen Fürsorge für die entkirchlichten und entchristlichten Massen: diese beinahe tödliche Gleichgiltigkeit gegen so viel christlich-deutsche Lebensfragen ist geradezu erschütternd. Sie deutet doch auf einen tiefen Mangel in der Behandlung unserer Angelegenheiten. Eine Realpolitik, die für Ideale des sittlich-religiösen Lebens kein Verständnis und kein Wohlwollen beweist, ist das von Millionen viel bewunderte System der Gegenwart. Zu ihren ersten und beherrschenden Grundsätzen gehört es, das Staatswohl allein und rücksichtslos im Auge zu behalten, die Mittel zur Förderung der Staatszwecke zu suchen und zu nehmen, wo man sie findet, heute bei Liberalen, morgen bei Konservativen, heute bei Papst und Bischöfen, morgen bei dem protestantischen Volksbewußtsein, und mit den Kräften des Volkslebens zu spielen, wie man Karten spielt. Daß dadurch der Geist des Volkes gelähmt, auf die Dauer verdorben wird, ist unzweifelhaft. Für einen Augenblick, auch für eine kurze Zeit mag man mit einem solchen System Erfolge erzielen; das Ende desselben wird immer der Bankerott des inneren Menschen sein. Die Tüchtigkeit des öffentlichen Lebens in Staat und Kirche ruht auf der Tüchtigkeit des persönlichen Lebens; der Opportunismus, zum alles bestimmenden Grundsatz gemacht, zerstört die Persönlichkeit und dadurch die Gemeinschaftskräfte. Das Gute, sagte Königin Luise, wird nur bewirkt durch die Guten. Heute soll das Gute, das Staatswohl bewirkt werden durch alle, die bereit sind, ihre Überzeugung dem herrschenden System anzupassen und ihre Anschauungen so weit abzuschwächen, daß sie mit dem grau in grau gemalten Gesamtbilde zusammenstimmen. Das Christliche soll wie das Ethisch-Soziale zurücktreten vor dem Nationalen; dies letztere allein soll gelten. Seinen charakteristischen Ausdruck hat diese

wunderbare Politik in dem Kartell gefunden, nicht wie dasselbe zuerst gedacht, sondern wie es allmählich in den Köpfen der Mittelpartei geworden ist.

An sich hat der Gedanke, daß die monarchisch und national gesinnten Parteien bei der Wahl gegen die demokratischen, regierungsfeindlichen Richtungen zusammenstehen sollen, ein unzweifelhaftes Recht. Aber er muß rein praktisch aufgefaßt, mit großer Rücksicht und noch größerer Besonnenheit durchgeführt werden. Die entgegenstehenden Parteien sind ja, abgesehen von der Sozialdemokratie, gar nicht durchweg antimonarchisch und antinational. Unter dem Fortschritt sind neben den bösartigen Elementen unzählige, die ihr Vaterland aufrichtig lieb haben, und wenn sie auch durch die Schuld ihrer schlechten Blätter keine rechte Freude am Staatsleben haben, doch an Patriotismus nicht zurückstehen wollen; ebenso sind in dieser Partei viele, die, ganz wie die Nationalliberalen, durch die Geschichte der letzten Jahrzehnte mit einer starken Monarchie versöhnt und von der Forderung des Parlamentarismus abgekommen sind. Ob sie unter gegebenen Verhältnissen nicht einmal wieder demokratischer werden, steht dahin. Aber auch für die Nationalliberalen kann niemand einstehen, der ihre Vergangenheit kennt; aus Leidenschaft, wie die echten Konservativen, sind auch sie nicht monarchisch, eher aus Überzeugung vom Nutzen der Monarchie. — Mit dem Zentrum ist es nicht anders; in dieser Schar steckt eine Menge gut kaiserlich gesinnter, königstreuer Deutscher. Es giebt Demokraten unter ihnen, auch solche, die in dem der Mehrheit nach evangelischen Deutschland sich nicht daheim fühlen; aber dies sind Ausnahmen. Allerdings gehen ihnen die Interessen Roms über die Deutschlands; aber das ist nicht Vaterlandslosigkeit, sondern eine falsche Kirchenauffassung. Ihnen ist Rom das Reich Gottes; und auch uns Evangelischen steht das Reich Gottes höher als das geliebte deutsche Vaterland. — Ebenso giebt es unter Polen, Welfen und Elsässern monarchisch gesinnte Leute. Indem man aus Konservativen und Nationalliberalen ein Bündnis zu schmieden vorgiebt, das den monarchisch nationalen Gedanken gleichsam in Erbpacht haben soll, treibt man die anderen Richtungen in eine falsche Lage und zu unnatürlicher Verbindung. Naturgemäß ist doch das Zusammengehen von Konservativ und Liberal auch nicht. Im Monarchischen und Nationalen berühren sich diese beiden Richtungen, im Religiösen und Sozialen sind sie himmelweit

von einander verschieden. Gerade aber dieser Gegensatz macht ihre Verbindung schwankend, locker, zufällig. Gewiß ist die Monarchie, wenn sie sich nach dem Worte des großen Friedrich als den ersten Dienst im Staat ansieht, eine der sichersten Grundlagen für eine gedeihliche politische Entwickelung; bei uns ist sie auch geschichtlich von einer ganz ungewöhnlichen Wichtigkeit und durch die Persönlichkeit Kaiser Wilhelms I. von neuem mit einer wunderbaren Herrlichkeit umstrahlt. Die Pflege des nationalen Bewußtseins, wenn es nicht zum Chauvinismus wird, hat ebenso wie das monarchische Moment, wenn es nicht zum Byzantinismus wird, für die deutsche Entwickelung eine hohe Bedeutung, umsomehr, als es in vielen Kreisen unseres Volkes erst noch erwachsen und erstarken muß. Aber mit der monarchisch nationalen Begeisterung allein ist es doch nicht gethan. Den internationalen Mächten wie dem Sozialismus und Ultramontanismus gegenüber ist sie beinahe wirkungslos, wenn das christliche Moment fehlt. Ihnen soll man ja das nationale Wohl und Wehe entgegenhalten; um sie in ihrem Unrecht zu überwinden, braucht man eine internationale und übernationale Macht, das Christentum mit seinen sittlichen und religiösen Grundsätzen für das persönliche, soziale und öffentliche Leben. Nun ist aber der Nationalliberalismus, wenigstens im Nordosten Deutschlands, in der Regel freigeistig, unkirchlich, antisozial und kapitalistisch. Im politischen Leben bedeutet das Gleichgiltigkeit gegen die Kirche, Begünstigung des Mammons, Hinneigung zum Judentum. Besonders der letztere Zug ist dem Nationalen geradezu entgegengesetzt und hindert, so lange das nationalliberale Übergewicht dauert, jede wahrhaft freie deutsche Bekämpfung des Judentums. Aus dem allen geht klar hervor, daß es unmöglich ist, das Wahlbündnis des Kartells zu einem Parteibündnis zu gestalten. — Überdies ist es schwer zu sagen, was eigentlich noch Nationalliberalismus ist. Die politischen Freiheiten, die er einst vertrat, sind längst erworben und gesichert; die persönliche Freiheit wird von ihm beinahe am meisten verleugnet. Seine sozialreformerischen Anschauungen sind rein aus der Not geboren, und seine religiöse Stellung ist unfruchtbar. Wenn man von verbrauchtem Parteitrödel gesprochen hat, so gilt dieses Wort zweifellos von dem Liberalismus beider Gruppen, der sogenannten gemäßigten wie der fortschrittlichen. Vom Konservatismus, wenn er kirchlich lebendig und sozial reformatorisch ist, gilt es nicht. Dieser neubelebte

Konservatismus, mit Agitationskraft und Popularität, kirchlicher Selbständigkeit und christlichem Sozialismus befruchtet, ist eine durchaus gesunde, lebensfähige Richtung.

Umsomehr muß man sich wundern, daß seit Jahren in den maßgebenden Kreisen mit allen Mitteln daran gearbeitet wird, die konservative Partei zu schwächen, die nationalliberale zu stärken. In der Presse und Agitation braucht diese Politik oft die allergehässigsten Waffen, gleichsam vergiftete Pfeile und gehacktes Blei. Man scheut sich nicht einmal, die heiligsten Güter des Volkslebens, christlichen Sinn und kirchliche Arbeit zu beschimpfen, um die konservative Richtung, die mit diesen Gütern verbunden ist, dem öffentlichen Hasse preiszugeben. Was ist der Grund einer so unheilvollen Haltung? So fragen mit wachsendem Erstaunen treue Patrioten seit Jahr und Tag. Wenn in dem Kartell irgend ein berechtigter Gedanke liegt, so ist es der, daß durch das politische Zusammenwirken der Rechten und der Mitte die bürgerlichen Kreise für eine christliche Weltanschauung und eine kirchliche Mitarbeit gewonnen werden. Wir würden eine solche Eroberung mit Jauchzen begrüßen. Aber wie jetzt in den Mittelparteien das Kartell ausgelegt wird, ist die Achterklärung des sogenannten „hierarchischen", „hyperorthodoxen", „muckerischen" Christentums — das übrigens bei uns nicht vorhanden ist — das Lieblingsthema ihrer Presse. Was soll dabei herauskommen als eine größere Entzweiung? Und wozu das in einer Zeit, wo die wildesten Geister am Werke sind, den Thron mit dem Altar zu zerstören? Manchen fehlt auf diese Frage die Antwort.

Wir glauben dafür einen inneren und einen äußeren Grund zu kennen. Der innere ist eine nach unserem Dafürhalten irrige Auffassung der radikalen Parteien. In den Regierungskreisen hält man noch immer unbegreiflicherweise den Fortschritt für die eigentliche Gefahr des Reiches; diese Richtung zu schwächen, gilt deshalb als höchstes Ziel. Dazu umschmeichelt man die Nationalliberalen und macht sie wider ihr besseres Wissen zu einer politischen Größe; dazu beleidigt man die Rechtskonservativen, die Anhänger einer christlichen Politik, und glaubt, daß recht viele Fortschrittsleute und Juden, von der Bekämpfung der Christlich-Konservativen erbaut, in das nationalliberale Lager übergehen werden. Diese ganze Rechnung ist irrig. Auch wenn sie richtig wäre, so würde man durch eine solche Politik zehnmal soviel Sozialdemokraten schaffen,

als man Fortschrittler zu gemäßigteren Liberalen macht. Aber eben dafür ist man völlig blind. Mittelparteiliche Politik ist gleichbedeutend mit Anwachsen des sozialistischen Umsturzes. Daß aber die Sozialdemokratie dem, welcher in das Wesen der Dinge schaut, als eine viel schwerere Drohung für die Zukunft des Reiches erscheinen muß, ist selbstverständlich. Der Fortschritt mag parlamentarisch unbequem sein, weil er eine Fülle von geschickten Räsonneuren in sich birgt, die den Ministern das Leben schwer machen; die Fortschrittspresse mag wegen ihrer weiten Verbreitung und ihrer nörgelnden Kritik an allem und jedem sehr lästig sein; dennoch ist die eigentliche Gefahr der Gegenwart und Zukunft lediglich die Sozialdemokratie. Daß dies verkannt wird, ist die stärkste Förderung der Kartellpolitik. Und wir fürchten, daß erst die furchtbaren Zahlen der sozialdemokratischen Wähler bei der nächsten Reichstagswahl die Schläfer aufwecken und die Blöden sehend machen werden. Innerlich hat jedenfalls die Kartellpolitik, so wie sie jetzt gehandhabt wird, keine Zukunft.

Aber es ist auch viel mehr ein äußerer Grund, den dieselbe empfiehlt, nämlich die Gewinnung einer regierungsfreundlichen Majorität im Reichstag. Und wer wollte diesem Gesichtspunkt sein Recht bestreiten? Die zehn Jahre, während welcher das Triumvirat Windthorst-Richter-Bebel mit seinen Anhängseln den Reichstag beherrschte, war eine überaus unbehagliche Zeit. Sie wieder zu erleben, wäre sehr unerquicklich. Wenn das Kartell eine solche Möglichkeit beseitigte, müßte es für die Regierung und die regierungsfreundlichen Richtungen in der That von außerordentlichem Nutzen sein. Aber ob es dazu noch stark genug ist? Das ist die Frage, welche schon jetzt vielfach innerhalb des Kartells selbst verneint wird. Die Schuld an diesem Mißtrauen trifft ganz allein den Kartellfanatismus, der von seiten der offiziösen Presse und der Mittelparteien in einer so unbesonnenen Weise geschürt wurde, daß erst dadurch das vernünftige Kartell gefährdet ist. Nichts war leichter, als die gegenwärtige Reichstagsmajorität zu behaupten. Man brauchte nur die Kartellparteien in Frieden und gegenseitiger Achtung zu erhalten. Jeder, von der äußersten Rechten bis zum linken Flügel der Nationalliberalen, hätte bei der Wahl seine Pflicht gethan, und die zum zweiten Male bewährte Einigkeit würde im Volke den besten Eindruck hervorgerufen, dem Zusammengehen der Regierungsparteien einen gewissen Bestand verliehen haben. Statt

dessen hat die unwürdige Hetzerei gegen die Rechtskonservativen, denen man ihre Unabhängigkeit und Kirchlichkeit nicht gönnt, die innere Lage dermaßen verwirrt, daß gegenwärtig eine völlige Rat- und Hilflosigkeit herrscht. Das Kartell ist geschlossen; aber ein Teil der nationalliberalen Presse, im Bunde mit den Offiziösen, dringt darauf, daß es den Strengkonservativen gegenüber gebrochen werde. Dadurch ist es in den Augen anständiger Konservativer entwertet und entwürdigt. Was dabei aus den Wahlen werden soll, ist garnicht abzusehen. Wenn sie schlecht ausfallen, trägt ganz allein diese falsche Kartellpolitik die Verantwortung. Das Bedenklichste ist, daß die Regierung mit derselben identifiziert scheint. Die Folge davon ist, wie jeder, der nicht auf den Kopf gefallen ist, voraussehen mußte, ein Gegenkartell aller anderen Richtungen. Fortschritt und Sozialdemokratie haben es in Berlin offen erklärt und bei den Stadtverordnetenwahlen bereits erprobt. Das Zentrum wird nicht öffentlich als der dritte im Bunde erscheinen, aber gewiß alles thun, um die Kartellmehrheit brechen zu helfen. So schlägt der Plan, eine regierungsfreundliche Mehrheit im Reichstage zu erhalten, geradezu in sein Gegenteil um. Die Fehler, die dazu gemacht sind, liegen so sehr auf der Hand, daß man nicht begreift, wie es irgend einen nachdenkenden Menschen geben kann, der sie nicht sieht.

Die Früchte dieser Unkrautsaat wird vor allem die Sozialdemokratie einheimsen. Die Streike haben diese Partei besonders mobil gemacht, die von Jahr zu Jahr im Reichstag wiederkehrenden Verhandlungen über die Lage der Arbeiter, besonders die wahrhaft unheimlichen Erörterungen über Arbeiterschutz und Sonntag, geben ihr vor dem Lande ein Relief, und das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht liefert ihr je länger, je mehr den kleinen Mann in die Hände. Der Fehler dieses Wahlsystems für Deutschland, der, durch den Kulturkampf und die Begünstigung des Kapitalismus, auch des Judentums, verdreifacht, geradezu verhängnisvoll zu werden droht, wird jetzt offenbar; das Kartell, welches diesen Fehler einigermaßen gut machen sollte, wird durch die gehässige Anwendung zu einem neuen Fehler. Nur die Konservativen mit ihren gesunden Grundsätzen, mit ihrer Begeisterung für Christentum, Königtum und Sozialreform wären im stande, durch eine lebendige Agitation das rote Gespenst zu bannen; aber gerade ihre thätigsten Kräfte werden lahm gelegt und absichtlich um Ansehen und Wirksamkeit gebracht.

Mit bloßer Interessenpolitik, Kornzöllen, Zucker- und Spiritussteuer sind sie natürlich nicht im stande, den öffentlichen Geist lebendig zu erhalten; ihre idealen Bestrebungen aber sind an den maßgebenden Stellen geradezu verhaßt und werden unter der Ungunst der Zeit von ihnen selbst, mehr als gut ist, zurückgestellt. So treiben die Dinge ohne Steuer und Kompaß in die Wahl wie in eine Brandung hinein. — Ein lehrreiches Beispiel ist das Schicksal der sogenannten Bewegung in Berlin.

Die Arbeit an der Erneuerung der deutschen Reichshauptstadt, welche ein Jahrzehnt hindurch mit Eifer und Erfolg betrieben war, hat unter der Verfälschung des Kartellgedankens vielleicht am meisten gelitten. Sie bildete während dieser Zeit die Freude und Hoffnung unzähliger nicht bloß in Berlin und Preußen, sondern in ganz Deutschland und über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus. War sie doch ein Beweis, daß die Millionenstädte nicht, wie manche glauben, rettungslos dem Bösen verfallen sind, sondern daß eine mit freien Kräften unternommene, an den rechten Punkten ansetzende Agitation die demokratischen Bürgerkreise, die sozialdemokratischen Arbeitermassen für Staat und Kirche, für Königtum und Christentum zurück zu erobern vermag. Am Anfang des vorigen Jahres hatte sie es endlich erreicht, daß in der Mehrzahl der Gemeinden die Wahlen im kirchlichen Sinne ausfielen; die positive Mehrheit der Stadtsynode war die auch von den Feinden anerkannte Frucht jener Bewegung. Und eben im vorigen Jahre traf sie ein Schlag, der zwar nicht imstande sein wird, sie gänzlich zu vernichten, der aber doch sofort seine verderblichen Folgen geoffenbart hat. Wie ein Sturm hat gegen Ende des abgelaufenen Jahres bei den Stadtverordnetenwahlen die Sozialdemokratie die geschwächten und unterminierten Stellungen der Konservativen gewonnen; von zehn Sitzen fielen ihr sieben zur Beute, drei gewann der Fortschritt als Bundesgenosse des Umsturzes. Diese beiden Richtungen, welche in dem zehnjährigen Geisterkampfe teils überflügelt, teils in Schach gehalten waren, haben an einer wichtigen Stelle ihr Übergewicht von ehemals wiedererlangt. Und eine Regierung, die, wenn sie auch nicht konservativ ist, doch immerhin unter konservativer Fahne steht, die, wenn sie auch die Kirche nicht pflegt, doch keine Gegnerin der Kirche ist, hat die Hand dazu geboten, der Berliner Bewegung, die ihre Spitze gegen den politischen und sozialen Radikalismus richtete, diese Spitze abzubrechen. Noch niemals, so weit unsere Erinnerung

reicht, ist eine ähnliche Politik getrieben. Sie begreift sich nur aus der falschen Handhabung des Kartells, die es erfordert, die sogenannten Strengkonservativen und Strengkirchlichen in Berlin zu opfern, damit der Liberalismus nicht in den Schatten gestellt und das Judentum nicht ferner in seinen unheiligen Rechten gekränkt werde. Lieber mag der Jude Singer die Arbeitermassen Berlins beherrschen, wenn nur niemand von den Extremen Einfluß gewinnt. Daß ein Anhänger des Kartells, der zu Zeiten in Berliner Volksversammlungen die Unfehlbarkeit des Papstes verteidigte, die treuen Bürgervereine aus ehrlichen Konservativen zu mittelparteilichen Abtrünnigen macht, dagegen würde man nichts einwenden, wenn nur die bekenntnistreue Richtung der evangelischen Kirche im Volksleben keine Anhänger gewinnt. Wir reden aus dem Herzen vieler Tausende, wenn wir es aussprechen, daß die Berliner Bewegung eine solche Behandlung nicht verdient hat. Von politischem Undank soll man gewiß nicht reden, am wenigsten in unserer Zeit der Parteiverlogenheit und Verfolgungssucht; in der Politik giebt es heute nur noch Optimismus und Menschenabnutzung. Aber von politischer Unklugheit darf man reden und in Wahrheit behaupten, daß es verhängnisvoll ist, in der von den schlimmsten Umsturzmächten durchwühlten Residenz eine Bewegung zu hemmen und zu unterdrücken, welche den dritten Teil der Bevölkerung zu begeisterten königstreuen und kirchlich gesinnten Menschen gemacht hat.

Der Zustand Berlins im öffentlichen Leben nach dem letzten Kriege bot ein Bild der Nichtswürdigkeit. Die erhabene Regierung Kaiser Wilhelms I. und die eiserne Energie des großen Kanzlers, die Anwesenheit von so viel hohen Beamten, die Thätigkeit aller kirchlichen Persönlichkeiten und Kräfte hatten es nicht verhüten können, daß die Hauptstadt des neuen deutschen Reiches von allen bösen Geistern in Ketten geschmiedet war. Man nennt solchen Cliquendespotismus treffend einen Ring. Der gute Berliner Bär hatte nicht bloß einen, sondern drei Ringe in seiner Nase und tanzte bereitwillig nach der Pfeife seiner drei Herren, des Fortschritts, der Sozialdemokratie und des eigentlichen Bärenführers, des Judentums. Im Versammlungsleben hatten allein die Königsfeinde, die Kirchenverächter, die Vaterlandsverleumder das große Wort; in der Juden- und Umsturzpresse trieben Banden von Aufwieglern und Ehrabschneidern ihr schmachvolles Gewerbe. Die Zahl der Konservativen war auf einige Tausend heruntergesunken, die Erinnerungen

an Treubund und Volksverein gehörten zu den längst verklungenen Märchen; die Nationalliberalen waren schon früher im Handumdrehen zu Fortschrittlern geworden und führten nur noch ein verborgenes Dasein; von den jetzt so anspruchsvollen Freikonservativen verlautete gar nichts. Der Schwindel, welcher — traurigen Andenkens! — unmittelbar auf die Herrlichkeit des Krieges folgte, begrub auch die geschäftliche Redlichkeit in einem Abgrund von Lug und Trug; der Krach häufte wirtschaftliche Trümmer auf einander, und unter den Ruinen seufzte das Elend von Zehntausenden arbeitsloser, brotloser, hoffnungsloser Arbeiter. Auf solchem Boden gedeiht die Sozialdemokratie beinahe noch besser als der Fortschritt. Sie erhob sich auch mit ungeheurer Kraft; aus den 69 Stimmen des Jahres 1869 waren im Jahre 1878 ihrer 56000 geworden. Das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht rief ihre Bataillone zusammen, und das Manchestertum verstärkte sie. Unser Wahlsystem, nicht an sich, aber so wie es in die Massen hineingeschleudert und, ohne an ihnen zu arbeiten, geübt ist, hat Gefahren in sich, die man nicht hoch genug schätzen kann. Führt man es ein, dann muß man die Menge durch sozialistische Reformpolitik befriedigen, durch sittlich-religiöse Wirksamkeit geistig erheben. Bei uns fiel die erste Ausübung dieses Wahlrechtes in eine jüdisch-mammonistische Aera der schlimmsten Volksausbeutung und verband sich mit dem Kulturkampf, diesem Krieg, den die Regierung gegen die Unfehlbarkeit führen wollte, den aber der Liberalismus, auch der Nationalliberalismus, gegen alles schürte, was im Himmel und auf Erden heilig ist, nur nicht gegen den Geldschrank.

Zwischen Staat und Kirche tobte damals die Schlacht. Wäre der Generalstab in diesem Feldzug klüger gewesen, so brauchte die evangelische Kirche nicht das Schlachtfeld zu bilden. Bei der kirchlichen Gleichgiltigkeit des Oberstkommandierenden und der juristischen Verranntheit seines Stabschefs wurde gerade der Protestantismus unnützerweise in den Kampf hineingezogen. Nirgend wütete der Streit im öffentlichen Leben schlimmer als in Berlin. Das geistige Leben der Stadt war in den Händen von Juden und Judengenossen. Sein Mütchen am Christentum zu kühlen, war ein tägliches Vergnügen der Presse; die Kirche war vogelfrei, die Synagoge heilig; die Pastoren wurden als Dummköpfe oder Heuchler gebrandmarkt, die Rabbiner durch das geheime Einverständnis aller liberalen Redakteure geschützt. In der Volksversammlung beschimpfte

ein jüdischer Stadtverordnetenvorsteher die Positiven, ihre Zunge sei die einer giftigen Viper; in der Zeitung beschimpfte ein Jude die ganze Generalsynode, ihr Sitzungssaal, das Herrenhaus, müsse desinfiziert werden; in den Bezirksvereinen bestimmte ein Jude über die Pfarrwahl; und in einer zum Jubiläum des seligen Twesten gehaltenen Studentenversammlung versprach unter lautem Jubel Lasker — wohl die tiefste Erniedrigung der evangelischen Kirche! — er werde dafür sorgen, daß die durch das Zivilstandsgesetz geschädigten Geistlichen, als Träger der Kultur entschädigt und verbessert würden. Der Minister hatte die Pflicht dieser Entschädigung bestritten; Lasker löste in den Kammern sein Wort ein. — So war damals in Berlin die protestantische Atmosphäre. Eine kirchliche Gegenwirkung wurde nicht einmal versucht. An den kirchlichen Wahlen beteiligten sich kaum zweitausend positive Wähler. Natürlich unterlagen sie. Daß sie je siegen könnten, hielt jeder für eine Unmöglichkeit und wollte sich dafür den Kopf nicht einrennen. Der Zivilstand kam und offenbarte einen Abfall von der Kirche, der ein völliger Bankerott des Protestantismus war. Was nie und nirgend, zu keiner Zeit und in keinem Lande der Christenheit, auch nicht in Frankreich zur Zeit Robespierres, erlebt war, das geschah unter Jauchzen und Hurra in Berlin, unmittelbar nachdem der allmächtige Gott unser Volk zu dreien Malen auf Adlerflügeln getragen hatte. Jahre lang ließen vier Fünftel der Eheleute sich nicht trauen, wurden zwei Fünftel der Kinder nicht getauft. Ein sozialdemokratisches Blatt meinte, das sei die Quittung, welche das Volk von Berlin den Pastoren für versäumte Seelsorge ausstelle. Es hatte recht, aber die Pastoren hatten keine Schuld. Weder Staat noch Kirche hatten daran gedacht, daß man Volksmassen religiös versorgen, sittlich pflegen müsse; ein himmelschreiender kirchlicher Notstand, der bis heute noch ungeheuer gewachsen ist, war die Ursache der religiösen Krankheit, welche die politischen Verhältnisse Berlins unheilbar zu machen schien. Die Räubersynode des Jahres 1877 in Berlin-Cölln-Stadt zeigte die Dinge auf dem Gipfel des Unerträglichen.

Auf diesem Boden ist die Berliner Bewegung erwachsen. Die christlich-soziale Partei brach in die dreifache Mauer der Sozialdemokratie, des Fortschritts, des Judentums Bresche und stand zwei Jahre in dieser Bresche allein. Dann kam die Hilfe aus den Kreisen des Bürgertums. In kurzer Zeit wurden auf monarchisch-patriotischer, evangelisch-kirchlicher Grundlage an fünfzig Bürger-

vereine begründet. Ohne jede Unterstützung von oben, allein durch freiwillige Arbeit bildete sich ein königstreues, kirchenfreundliches Heer um den Hohenzollernthron. Aus den Tiefen des Volksherzens brach die Begeisterung hervor. Und der stärkste Zug darin war der religiöse. Wenn man in den Volksversammlungen, in denen man die unheilvolle Macht einer schädlichen Presse und eines ruchlosen Parteilebens bekämpfte und brach, von den sozialen Nöten und Hilfen sprach, dann wurden die Zuhörer aufmerksam; redete man vom Königtum und Kaiser Wilhelm, dann jubelten sie hell auf.

Aber am tiefsten war die Bewegung der Geister, wenn das verkannte, geschmähte Christentum in seiner Schönheit von Bethlehem und Golgatha dargestellt, wenn die christliche Weltanschauung in ihrer Bedeutung für des Volkes Wohl und Wehe vor die eines solchen Bildes ungewohnten Augen gemalt wurde. Da fand ein Teil der Berliner Evangelischen sich selber wieder. Wir erinnern daran, weil gerade das vielfach vergessen wird, daß diese Bewegung am 3. Januar 1878 geboren wurde, also vor jedem Gedanken an die Änderung unserer Wirtschaftspolitik, vor jedem Beginn einer Sozialreform, vor den Attentaten und dem Sozialistengesetz. Als sie entstand, blühte die Sozialdemokratie, und die Regierung schien gegenüber dem ungeheuren Verderben nichts thun zu wollen. Da, aus der Angst um die Seele des Volkes, ist die Berliner Bewegung entsprungen. Und Gott hat sein Ja und Amen dazu gesprochen. Was in Berlin geschah, ist durch ihn, nicht durch Menschen geschehen. Das war vom Herrn und ein Wunder vor unseren Augen.

Schon nach dreijähriger Arbeit, im Jahre 1881, sank die Zahl der Sozialdemokraten von 56 000 auf 30 000. Beinahe die Hälfte dieser Partei war auf seiten der Berliner Bewegung. Im Jahre darauf war die erste Störung; sie wurde leicht überwunden. Noch 1884 war die Arbeiterwelt so gesinnt, daß bei der Stichwahl zwischen Virchow und mir gegen den ausdrücklichen Befehl des Juden Singer von 7000 Sozialdemokraten 3000 für mich stimmten. Gerade in diesem Jahre begann von Bismarckscher Seite die Bekämpfung der Berliner Bewegung. Die Kartellgedanken spukten schon damals vor. Sie waren noch Gespenster und ließen sich bannen. Seitdem haben sie Fleisch und Blut angenommen und arbeiten bewußt an der Vernichtung der Berliner Bewegung. Diese Bewegung soll nicht konservativ, nicht kirchlich, sondern halb liberal und gar nicht kirchlich betrieben werden. Die eigentlichen Führer

der Bewegung sind abgedrängt, müde gemacht, lahm gelegt; die Avantgarde der Christlich-Sozialen kann beim besten Willen nicht mehr kämpfen. Wenn nur die mittelparteilichen Störenfriede wenigstens an ihre Stelle treten wollten! Aber dazu sind sie unfähig, zu bequem und zu wenig volkstümlich. Schaden, stören können sie mit ihren mächtigen Verbindungen; Leben schaffen, Menschen gewinnen, Massen erobern können sie nicht. Schon die Rücksicht auf das Judentum, das ihre Kassen für die Wahlen füllen soll, hindert sie an jeder Energie. Ohne starke Ideen und Mittel, besonders ohne Bekämpfung der Juden, ihrer Ausbeutung und Presse, ihrer Anmaßungen und Übergriffe ist in Berlin keine wahrhaftige, ehrliche Volkserneuerung möglich. Aber eben sie sind gefeit. Alles darf angegriffen werden, Königtum und Christentum, Preußen und Deutschland, jeder Beruf und Stand, jede Kirche und Konfession. Nur die Juden dürfen angreifen, ohne angegriffen zu werden, dürfen alles bekämpfen, besudeln, beschimpfen, ohne daß man sie öffentlich zur Rechenschaft ziehen soll. Ein paar von ihnen sind nationalliberal, etliche wollen sogar freikonservativ sein. Deshalb wird der verderblichen Kollektivmacht des Judentums, die hinter dem Fortschritt wie hinter der Sozialdemokratie steht, mit ihrer Presse und Litteratur das Volk verdirbt, auf Kommando Könige und Fürsten in allen fünf Erdteilen beleidigt, alle Dinge und Thatsachen entstellt und verfälscht, kein Haar gekrümmt werden; dahin sind wir gekommen. Die große, tiefe, heilige Erregung, welche wie ein Feuerherd in Berlin entbrannte, durch die Kaiserbotschaft des Jahres 1881 in helle Flammen gesetzt wurde und von der Hoffnung auf bessere Tage lebte, ist niedergebrannt. In Berlin hat nur noch die Sozialdemokratie frohen Mut und begründete Aussicht. Sie und der Fortschritt werden einander beistehen; sie als die Herrin, er als der Bettler. Sie werden ungehindert für die nächste Zeit die Hauptstadt wieder unter sich teilen. Die Berliner Bewegung wird keine Kraft haben zu widerstehen; ihre Männer sind müde, und ihre Anhänger haben unter den gegenwärtigen Umständen keine Hoffnung. Sie ist nicht tot, diese Bewegung. Wenn der Bann von ihr genommen und die Vernunft wieder in ihr Recht gesetzt würde, in einer Woche würde sie in alter Macht dastehen. Aber daran ist nicht zu denken. Bis zu den Reichstagswahlen ist auf dem betretenen Wege keine Umkehr denkbar. Erst die Thatsache wird die Lehrmeisterin sein. Daß auf die Dauer die so tiefe Be-

wegung in Berlin gehemmt werden kann, glauben wir nicht. Die Wiedergewinnung eines Drittels seiner Bevölkerung für Königstreue und Vaterlandsliebe, für praktisches Christentum und soziale Reformation ist ein viel zu großer Schatz, als daß man ihn völlig vergeuden sollte. Auch die Nebel, welche die Mittelparteien in Staat und Kirche um die Dinge ziehen, werden nicht imstande sein, das Lichtwerden zu hindern. Das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht schaffen und nur den Männern des Umsturzes das Feld überlassen; im Mittelpunkt des Reiches an der Entscheidungsstätte der Geisterkämpfe eine treue, tapfere Armee haben und sie in ihrem Bestand erschüttern; die Sozialdemokratie riesengroß aufwachsen sehen und die bis jetzt einzige, doch immerhin ein wenig erfolgreiche Gegenwirkung gegen dieselbe in ihren Mitteln und Männern, Wegen und Zielen vernichten wollen: das halten wir für einen unausführbaren Gedanken. Bei uns wie an vielen anderen Orten spitzt sich die Entwickelung der Dinge auf einen Entscheidungskampf zwischen Monarchie und Sozialdemokratie zu. In diesem Kampfe wird, wie wir zuversichtlich hoffen, die Monarchie siegen. Aber nicht die durch Liberalismus und Halbglauben geschwächte Monarchie wird das Feld behaupten, sondern das durch treues Heer, festen Willen, unbeugsame Grundsätze gestärkte soziale Königtum im Bunde mit einem Volke von starker Überzeugung, einer Kirche von starkem Glauben. Und hier liegen auch für die evangelische Kirche große Gelegenheiten, die sie versäumt, und große Aufgaben, die sie noch nicht angefaßt hat. Ob sie jene ergreifen, diese lösen wird, davon hängt Deutschlands Zukunft ab.

Die große Ohnmacht der evangelischen Kirche ist die größte Schwachheit des preußischen Staates. Wäre der gläubige Protestantismus in seiner Wirksamkeit einflußreicher, so würde der soziale Umsturz nicht so viel Boden im Volke finden; wäre er vom Staat unabhängiger, so könnten die liberalen Kreise der Kirche nie so furchtbar entfremdet sein; wäre er stärker an Selbstbewußtsein und Ehrgefühl, so müßte er dem an der Entchristlichung des Volkes so überaus thätigen Judentum entgegentreten. So wie er ist, kann er nur einzelnen und kleinen Kreisen zum Schutz und Schirm, zur Erweckung und Belebung dienen; die Masse des Volkes läßt er gleichgiltig oder wird ihr ohne Schuld wohl gar zum Gegenstand des Hasses und der Verachtung gemacht. Die Ursache dieses gefährlichen und bedenklichen Zustandes wollen manche in dem herrschenden

Zeitgeist erblicken. Die Menschheit, sagen sie, sei von dem Religiösen und Idealen abgewandt, daher könne man sich gar nicht wundern, daß die kirchlichen Bestrebungeu zurückständen; die Gegenwart sei nach einer langen Zeit eines unfruchtbaren Idealismus endlich zur Schätzung der materiellen Interessen durchgedrungen, da sei eine augenblickliche Überschätzung begreiflich und werde dem richtigen Gleichgewicht schon wieder Platz machen. Wir geben diese Behauptungen nur in sehr engen Grenzen zu. Denn andererseits ist in unseren Tagen gerade unter dem Drängen und Treiben der irdischen Mächte, unter der Unruhe und Feindschaft des öffentlichen Lebens wieder mehr ein Verlangen nach Religion erwacht. Auch wir Evangelische spüren das in deutlich erkennbaren Thatsachen; die Befreundung mit dem Christentum, die Arbeit für das Christentum tritt hier und da herzerquickend und segenverheißend hervor. Wo einzelne mit einem warmen Herzen sich der kirchlichen Dinge annehmen, da kommt ihnen eine lebhafte Teilnahme entgegen. Unsere geliebte Kaiserin sprach kaum den Gedanken aus, daß sie für die Beseitigung der Kirchennot Berlins zu wirken bereit sei, da flossen ihr aus bürgerlichen Kreisen, die sonst dem kirchlichen Verständnis verschlossen sind, ungebeten und unerwartet große Gaben zu. Werke der inneren Mission, die im gläubigen Geist von thätigen und treuen Persönlichkeiten getrieben werden, finden bereitwillige Unterstützung und auch manche persönliche Hilfe. Ein Ringen und Regen des religiösen Geistes ist vorhanden; aber es kommt nicht zu kräftiger Entfaltung und Gestaltung, es wirkt auch nicht in die allgemeine Bewegung der Geister hinein. Daß dies so ist, liegt an bestimmten Mängeln des Protestantismus. Wir pflegen meist nur den christlichen, nicht den kirchlichen Geist; unsere Frommen suchen vielfach nur die eigene Erbauung oder höchstens ein Konventikelchristentum; auch die arbeitenden Christen haben oft weder die Kirche, noch das Reich Gottes, sondern nur ihre einzelne Aufgabe vor Augen und scheuen durchaus den Gedanken an das Ganze und Allgemeine. Es ist geradezu unglaublich, wie heutzutage treue Menschen, die sich in einem kleinen Kreise gesegneter Thätigkeit bewegen, darüber den ganzen Jammer der Zeit vergessen und, weil sie hundert oder tausend christlich angeregte Menschen kennen, die Millionen vergessen, welche mit trotzigem Geist und geballter Faust die Kirche zertrümmern möchten. Uns fehlt die Kirche und der kirchliche Geist; daher die Volksnot. Die Aufgaben, welche der Einzelne oder der Verein

lösen kann, werden hin und wieder frisch angefaßt und segensreich erfüllt; die große Arbeit der gottgestifteten Kirche wird versäumt. Eben hierin sehen wir den Grund des Übels, an dem die deutsche Volksseele krankt. Nicht die Macht des Menschen- und Zeitgeistes, sondern der Mangel an Kirchengeist und damit an heiligem Geist ist unser Leiden.

Individualismus nennt man das Vorwiegen des Einzelnen vor der Gemeinschaft. In richtiger Ausbildung und ohne falsche Einseitigkeit ist diese Geistesrichtung ein ganz unvermeidlicher und sehr schätzenswerter Zug des Protestantismus. Sie gehört zu dem eisernen Inventar des Christentums. Die gläubige Seele ist das Ziel der Erlösung, die selige Persönlichkeit das Ende der Wege Gottes. Wird aber der Individualismus über das berechtigte Maß ausgedehnt, so ist dies ein bedenkliches Übel und kann leicht der Tod einer Gemeinschaft sein. In der evangelischen Kirche ist der Individualismus zur völligen Karrikatur geworden und bedroht in seiner Übertreibung den Bestand unserer Kirche. Er ist geradezu Atomismus und hindert die Bildung jeder größeren festen Gemeinschaft. In der Lehre Willkür, im Amtsleben Subjektivismus, wird er im Volksleben Unkirchlichkeit, im Staatsleben Zersplitterung. Der Protestantismus bedeutet noch immer unermeßlich viel als religiöses Prinzip, als Kulturfortschritt, als Sauerteig der geistigen und geistlichen Welt; als gemeinschaftbildendes Bekenntnis, als Darstellung des Reiches Gottes, auch als Werkzeug Christi zur Gewinnung der Seelen ist er schwach, ja ohnmächtig. Und die soziale Frage klopft mit ihrer derben Faust, der Katholizismus mit seinem Krummstab, das Judentum mit seinem langen Finger gegen unsere Kirchenthür, um zu fragen, wie viele in dem baufälligen Gotteshause wirkliche Jünger Christi sind. Es ist klar, daß der deutsche Protestantismus vor der Entscheidung steht, ob er ein religiöses Kulturelement oder eine göttliche Stiftung, ob er nur eine persönliche Erlösungsmacht oder auch eine die Gemeinschaft der Menschen beherrschende Gotteskraft sein will. Man mißverstehe uns nicht und klage uns auf Katholizismus, Methodismus, Weltmäßigkeit und Massenwirksamkeit an. Wir halten die Bekehrung der einzelnen Seele für das Kleinod des Christentums und die Pflege gläubiger Gemeinschaft für die Wonne der Kirche. Aber wir sind der festen Überzeugung, daß wir daneben die missionierende, kultivierende, anregende und belebende Arbeit an den entchristlichten Massen, den sammelnden, erobernden, widerlegenden,

siegreichen Kampf gegen die Feinde des Glaubens brauchen, um als Kirche zu bestehen. Und wir finden, daß hier dem Protestantismus etwas fehlt, ohne welches eine Kirche ihre Aufgabe nicht lösen kann. Der Protestantismus ist furchtsam; in der kampflosen Geschichte des letzten Jahrhunderts ist dies seine alles lähmende Eigenschaft geworden. Er fürchtet sich vor den Großen und Volksmassen, vor den Bürgermeistern und Dorfschulzen, vor den Magistraten und Gemeindekirchenräten, vor dem Fortschritt und Umsturz, zuletzt vor jedem Winkelblatt und Redakteur. Hingegen vor ihm, weil er keine Macht hat, fürchtet sich niemand und nichts, weder der Kirchenfeind noch die Volksverführung. Darum wird er in den Angelegenheiten der großen Politik gemißachtet und nimmt an den Volksbewegungen nicht teil. Daß Rom dem Protestantismus über den Kopf wächst, wird weder in den Kabinetten der Minister noch in den Parlamenten recht empfunden; die soziale Bewegung im großen findet die evangelische Kirche ebensowenig auf dem Posten wie die religiös-sozialpolitische Bewegung in Berlin. Ist das ein wünschenswerter Zustand? Wir glauben nicht.

Soll es anders werden, so muß der Protestantismus praktischer werden. Er muß den Glauben, den er allein unter den großen Kirchen der Christenheit unverfälscht bewahrt, auf die weite Peripherie des menschlichen Lebens anwenden. So wie er heute in den Kreisen des Glaubens wirkt, mag er einzelnen zum Segen sein; für das Ganze ist er kaum da, und das Volksleben bleibt ungläubig und widerkirchlich, wie es ist. Die Gerechtigkeit aus dem Glauben ist schließlich so innerlich geworden, daß es ihr an allem Wirken fehlt. Katastrophen vollziehen sich, Ungewitter donnern auf die Kirche hernieder, die ganze Weltentwickelung geht im Eisenbahntempo weiter: der Protestantismus fährt im Stellwagen wie vor hundert Jahren. Nicht einmal Kirchen zu bauen, Gemeinden zu gründen, vermag er noch; alles überläßt er dem persönlichen Werden und Wachsen. Das Böse bricht sich in den Massen Bahn und erobert im Sturmschritt Millionen: das Gute soll nur einzeln wirken und ist deshalb nicht imstande, dem Bösen Trotz zu bieten. Diese Unfähigkeit wird nun zum Dogma gestempelt und in die Form geprägt, das Christentum gehöre nicht in das öffentliche Leben. Was dabei zuletzt herauskommt, kann man nirgends besser erkennen als in den Mittelpunkten des Volkes, Berlin voran. Hier und überall in den Massen herrscht ein der christlichen Weltanschauung völlig entfremdeter Geist;

weil man sich mit dem Glauben aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen hat, ist vielfach auch in dem häuslichen und persönlichen Leben die Flamme der Religion erloschen. Sinnlose Folgen knüpfen sich daran. Als in Spandau das Denkmal Joachims II. enthüllt wurde, standen als Vertreter Berlins zwei Katholiken dabei, der Oberbürgermeister und der Stadtverordneten-Vorsteher, daneben der Syndikus, ein getaufter Jude. Daß darin eine Lächerlichkeit liegt, sagt man sich nicht; weder die Unchristen noch die Christen stoßen sich daran. Daß der Vorort der protestantischen Welt, die Hauptstadt Preußens, am Reformationsfest so unschicklich vertreten ist, findet niemand schlimm. Das evangelische Christentum ist eben ganz persönlich geworden und nimmt am Wohl und Wehe des Volkes keinen Anteil mehr. Treten lebendige christliche Kräfte hervor, so halten sie es für ihre höchste Pflicht, den Vorwurf von sich zu weisen, als ob sie im politischen Leben irgend einen Einfluß suchten. Es war doch merkwürdig, daß an dem schönen Abend, als das Haus des Vereins christlicher junger Männer eingeweiht wurde, der Vorsitzende mit erhobener Stimme betonte, der Verein arbeite „unter Ausschluß jeder politischen Tendenz". An demselben Tage nachmittags hatten die Sozialdemokraten bei der Stadtverordnetenwahl glänzend gesiegt. Und ein christlicher Männerverein erklärt gleichsam vor Kaiser und Reich, daß er sich vor politischer Arbeit hüte. Man redet sich dann wohl ein, daß man die Mitglieder zu guten Christen mache, dadurch zu königstreuen Bürgern und zu Gegnern des Umsturzes. Das ist eine Täuschung in einem Lande, wo das Politische und Religiöse so eng zusammenhängt — in einer Zeit, wo das Politische, besonders in der Form des Sozialen, jedes andere geistige Interesse überragt. Aber was nützt denn, so fragen wir, eine christliche Vereinsarbeit, die ihre Mitglieder nicht von der Umgarnung der Umsturzpartei befreit? Die Kirche soll eine soziale Großmacht sein, die soziale Frage beherrscht die Welt. Was soll denn ein Christentum, das vor diesen Dingen ausweicht? Die St. Michael-Gemeinschaft in Berlin schrieb schon vor Jahren, daß durch ihre Arbeit Keile bewußten Christentums in die Sozialdemokratie hineingetrieben seien. Bei den letzten Kirchenwahlen stellte es sich aber heraus, daß nicht einmal in den Gemeinden, wo diese Gemeinschaft arbeitet, positiv gewählt sei. Auch das ist begreiflich. Das Salz, das in unserer Gemeinde ist, wird pietistischer Weise in ein Salzfaß gesammelt, dem öffentlichen Leben gegenüber gleichgiltig

gemacht und geht so der Kirche wie dem Staat verloren. Wir reden einmal darüber, weil die Not drängt. Geistliche sollen am öffentlichen Leben nicht teilnehmen; thun sie es, so werden sie getadelt, gemißbilligt, gemaßregelt. Fromme Laien halten es für viel zu weltlich, sich in den Kampf gegen Sozialdemokratie, Fortschritt und Judentum einzulassen. Da erhebt sich die Frage, wer denn eigentlich für den gläubigen Protestantismus eintreten soll. Wird der Kampf nicht geführt, dann siegt der Feind. Auch Gott hilft uns nicht, wenn wir nicht arbeiten; es wird niemand gekrönt, er kämpfe denn recht. Für diesen Kampf um die Volksseele fehlt es der evangelischen Kirche an Streitern. Für harmlose Theeabende, die ein paar hundert Mark zu einem guten Zweck zusammenbringen, sind alle rednerischen Kräfte einer Stadt verfügbar; für eine Volksversammlung, in welcher die Sozialdemokratie bekämpft werden soll, findet sich niemand, der reden will. Und doch ist es in der Gegenwart so not, an den Massen zu wirken, Strömungen zu schaffen, in welchen der Volksgeist sich wieder gesund badet. Jene gesegneten Vereine mit ihrer geistlichen Laienarbeit kann man nicht genug lieben. Aber sie genügen nicht. Will man jede Seele, die in den Strudeln der gottlosen Parteiagitation verloren gegangen ist, einzeln wiedererobern, so kann man bis an den jüngsten Tag warten und wird doch nicht viel gewinnen. Ein Volk, das in unchristlicher Strömung ungläubig geworden ist, muß in christlicher Strömung wieder dem Glauben nahe kommen. Solche Strömungen zu schaffen, ist eine Lebensaufgabe, an die unsere Kirche bisher kaum gedacht hat. Aber hier schwebt geradezu ein Verhängnis über uns. Als wären wir in Amerika mit seiner Freikirche, so ignorieren wir den Zusammenhang zwischen Staat und Kirche, zwischen Volk und Gemeinde, zwischen Politik und Christentum. Wir sind in dem Lande, in der Kirche Luthers, der den gesamten deutschen Volksgeist aufrief; wir berufen uns auch auf ihn, aber wir zitieren nur sein Gespenst, nicht ihn selbst.

Der Evangelische Bund ist ein Versuch, das evangelische Volk mobil zu machen. Wenn es ihm gelingt, die bürgerlichen Kreise für die Kirche, ihr Bekenntnis und ihre Arbeiten zu erneuern, soll er uns willkommen sein, auch wenn wir uns ihm nicht anschließen. Zunächst zweifeln wir noch daran, daß ihm das gelingt. In Berlin wurzelt er wesentlich in den Kreisen, die ein undogmatisches Christentum und ein neues Dogma suchen. Wenn er hier eine Radauver=

sammlung beruft, die zu nichts weiter führen kann, als die katholischen Bürger in Harnisch zu bringen und dem bisher unbestrittenen protestantischen Übergewicht ein ultramontanes Streitertum zu erwecken, so erreicht er nicht seinen Zweck, sondern bewirkt das Gegenteil. Merkwürdig ist nur, wie mild die liberale Presse einer Versammlung gegenüberstand, die mit dem Hinauswerfen von Katholiken begann, während sie die Versammlungen der Berliner Bewegung, die seit vielen Jahren ruhig verlaufen, auf Unruhestiften anklagt. Eine solche Verschiedenheit der Behandlung giebt viel zu denken. — Wir glauben, daß die Mittel, um das evangelische Volk zu neuem Leben zu wecken, aus anderen Apotheken geholt werden müssen. Eine Theologie, die ihre reiche Gelehrsamkeit nicht bloß den Gegenständen der Ewigkeit, sondern auch den Zeitfragen zuwendet, ein Pfarramt, das nicht bloß den paar Prozenten Gebildeten, sondern ebenso und zwar mit Erfolg den neunzig Prozent des arbeitenden Volkes dient; eine Predigt, welche die Niedrigkeit und Herrlichkeit des armen Jesus und die biblische Anschauung von reich und arm wieder in den Gewissen der Gegenwart zu beleben sucht; eine innere Mission, welche die soziale Frage nicht bloß auf Konferenzen bespricht, sondern die Arbeit daran bethätigt; ein Gemeinschaftsleben, das dem kleinen Mann das Gefühl einer vorhandenen Christenheit wiedergiebt; vor allem eine Kirche mit Zucht und Regiment, die nicht bloß redet, sondern handelt, nicht bloß sich beugt, sondern leitet, und über allem eine brünstige Gemeinde der Heiligen, die von oben her die Kräfte einer anderen Welt herniederbetet: das sind unsere Hoffnungen von der Neubelebung des Protestantismus. Werden sie sich erfüllen?

So schwierig ist die gegenwärtige Lage, besonders in den sozialen Wirren, aber auch in den kirchlichen Dingen, daß nur Gottes Hand helfen kann. Die rote Fahne ist seit einem halben Jahre so leidenschaftlich geschwenkt, und die Arbeiterkreise haben dem von dem sozialdemokratischen Generalkommando ausgehenden Befehl in einer so unterwürfigen Weise gehorcht, daß auch hoffnungsreichen Leuten das Herz bange werden kann. Die allgemeine Gefahr sozialdemokratischer Umtriebe tritt hinter der besonderen Gefahr der Streik- und Lohnbewegung zurück und erfüllt jeden Denkenden mit Besorgnis. Ein Taumelbecher, wie die Schrift solche Verführungen treffend nennt, wird unter den Arbeitermassen umhergereicht und bis zur letzten Hefe ausgetrunken. Das arbeitende Volk fühlt seine

Übermacht, und die ungläubigen Gebildeten erzittern. — Eben dieser Unglaube in den sogenannten höheren Kreisen ist gerade so bedenklich wie der Umsturz in den sogenannten unteren Ständen. Ihm zu Liebe wird seit zwei Jahren diejenige kirchliche Richtung, welche an der Erneuerung des Volkslebens und an der Selbständigkeit der Kirche arbeitet, verfolgt und gehetzt. Die offiziösen Preßtrabanten sind die Piqueure, die anderen liberalen Blätter sind die Meute. Dem Radikalismus kann nichts lieber sein als diese Verbrüderung der Offiziösen mit den schlechtesten und gottlosesten Äußerungen des öffentlichen Lebens. Daß der Umsturz davon den größesten Nutzen zieht, vergißt man in der Freude des Hasses gegen die Kirche. Es ist ja eine alte Sünde des gebildeten protestantischen Deutschlands, das bekenntnistreue Christentum zu verfolgen. Wüßte man, was für Subjekte es sind, welche die Losungsworte „Muckerei und Stöckerei" erfinden, man würde sich mit sittlichem Ekel von ihnen abwenden. Aber mit dem Beifall maßgebender Kreise ausgestattet, können heute die unlautersten Menschen im Schutz der Anonymität das öffentliche Leben verwirren. Besonders in den evangelischen Volkskreisen! Katholiken schonen ihre Kirche und einander; Juden stehen für ihre Synagoge und ihre Glaubensgenossen ein. Protestanten ermangeln leider dieses kirchlichen Ehrgefühls. Nicht bloß kirchliche Gegner, auch Gleichgesinnte lassen sich aus Eitelkeit oder Unverstand dazu verleiten, einander zu bekämpfen. Wer soll hier Hilfe schaffen als der Geist Gottes? Ihm vertrauen wir noch immer, daß er das Volk und die Kirche der Reformation nicht verlassen wird. Beten wir, daß er den Himmel zerreiße und in Sturmwind und Flammen herniederfahre, die Kirchenfeinde überwinde und ein Volk Gottes sammle, das nicht bloß im Glauben einig, sondern auch in der Liebe und im Kampf wider das Böse verbunden ist.

Schauen wir von diesen oberen Heilsquellen, die Gott zu seiner Stunde öffnen kann und wird, auf die irdischen Hilfsmittel, so haften unsere Augen zuerst an dem Thron. Für unsere politischen, sozialen und kirchlichen Verhältnisse ist, wie die Dinge liegen, die Krone zunächst der bei weitem wichtigste Faktor. Eben haben wir einen Sterbetag und einen Geburtstag in unserem Königshause gefeiert; beide haben uns von neuem gezeigt, wie tief die Wurzeln sind, welche die Monarchie in unserem Volke geschlagen hat. Dem jugendlichen Kaiser haben die Herzen von Ost und West, von Nord und Süd entgegengeschlagen. Kaum je ist einem Fürsten ein

reicheres Erbe zur Bewahrung hinterlassen und eine größere Aufgabe zur Lösung gestellt. Unter Kaiser Wilhelm dem Ersten ist das Königtum zu einer ungeahnten Höhe emporgestiegen. Nun gilt für den zweiten Wilhelm, jenes Erbe nicht bloß anzutreten, sondern zu befestigen, diese Aufgabe nicht bloß richtig aufzufassen, sondern energisch anzufassen. „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen," dies Wort gilt auch den gekrönten Häuptern dieser Erde. Und ihre dornenvolle Krone ist in unserer sozial zerrütteten Zeit doppelt schwer. Unser Monarch hat, dafür danken wir Gott, die Anlage zu einem König von Gottes Gnaden. Über den Text: „Von Gottes Gnade bin ich, was ich bin" — hat er die erste Predigt in der Schloßkapelle halten lassen. Im Aufblick zu Gott zu regieren, hat er verheißen. Und daß er die Nöte der Zeit erkennt, hat er bewiesen. Gleich in seinen ersten Aufrufen an sein Volk erklang der soziale Ton. Als die Streike in Westfalen ganz Deutschland erschreckten, griff er mit seinen energischen Worten ein und trug wenigstens für eine Zeit dazu bei, daß die Verhältnisse der Bergwerksgebiete beruhigt wurden. Auf seinen Reisen sagte er hin und wieder dem Handwerkerstande, wie sehr ihm an dem Gedeihen desselben gelegen sei. Und noch in der letzten ernsten Thronrede, mit welcher er ungewöhnlicher Weise den Reichstag schloß, betonte er die Dringlichkeit seiner königlichen Aufgabe, für Handwerker und Arbeiter durch die Gesetzgebung heilsame Maßregeln zu treffen und ihr Wohl zu befördern. Man hat, als vor beinahe zwanzig Jahren die Gährung der Arbeitermassen begann, von einem sozialen Königtum geredet, das an der Spitze der Reform dem Volke vorangehe. Gewiß nicht im Sinne Lassalles, der einem solchen Königtum seine eigene Heeresfolge und die Beruhigung des Klassenkampfes verhieß, wohl aber im Sinne des Christentums und der geschichtlichen hohenzollernschen Monarchie reden auch wir von einem sozialen Königtum. Für einen geborenen Fürsten, der sich gründlich in das Studium der sozialen Dinge vertieft, ist die nächstliegende Aufgabe der Sozialpolitik klar vorgezeichnet. Ein umfassendes Reformwerk, das in organischer Weise ebenso den Arbeiterschutz bewirkt, wie man bisher die Arbeiterversicherung gepflegt hat, ist das erste, was zu geschehen hat. Dem Arbeiter, der durch das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht zum gleichberechtigten Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, freilich nicht zu ihrem Herrn, geworden ist, soll jedes Maß von Fürsorge zugewandt werden, das mit dem

Staatswohl verträglich ist. Vielleicht werden wir nicht bloß den Maximalarbeitstag, sondern auch ein Lohnminimum festsetzen und erleichterte Formen schaffen müssen, in denen die Arbeit Eigentümerin des Kapitals wird. Als das Allernotwendigste erscheint uns die Organisation der gesamten Arbeiterwelt — die französischen Sozialisten nennen es organisation du travail — und die Übertragung der sozialen Funktionen auf diese Organisation. Das Ungenügende unserer bisherigen Reformarbeit liegt darin, daß man die soziale Hilfe im Darreichen von Unterstützungen an Kranke, Verunglückte, Alte, Invaliden erblickt, während der gesunde Arbeiter leer ausgeht, und daß man auch seine Unterstützung, wie bei dem monströsen Invaliden- und Altersgesetz, zu einer Staatssache macht, anstatt sie zu einer eigenen Angelegenheit der Arbeiter selbst zu machen. Es ist doch leicht möglich, wie jetzt die Dinge liegen, daß Arbeiter, die durch Streike und Koalitionen ihre Löhne zu einer ungewöhnlichen Höhe hinaufschrauben — die Berliner Maurer forderten bei neunstündiger Arbeitszeit 5 Mk. 40 Pf. und erhielten vielfach bei zehnstündiger 6 M. — in ihrer Invalidität einen Staatszuschuß erhalten, der durch Steuerzahler aufgebracht werden muß, welche vielleicht 3 M. verdienen und keine Altersrente erhalten. Eine solche antisoziale Wirkung wäre unmöglich, wenn man die soziale Hilfe auf die Schultern von Genossenschaften legte, welche, vom Staat bis zu ihrer Lebensfähigkeit unterstützt, nachher die Last ihrer Versorgung selber tragen. Aber — so fragen wir — wer soll zu solchen Reformen den Anstoß geben und die nachhaltige Kraft verleihen? Und wir antworten: Das Königtum, indem es zum sozialen Königtum wird. Nur der König könnte diesem Trauerspiel, das in jedem Jahr vom Reichstag mit der Sonntagsfrage aufgeführt wird, ein Ende machen und die Erledigung dieser schmerzlichen Angelegenheit herbeiführen. Und nur der König könnte — was ebenso nötig ist wie die Reform — dem Arbeiterstand den Eindruck machen und die Überzeugung verschaffen, daß, wenn alles gethan ist, was die Arbeiter billigerweise fordern können, und dennoch die revolutionäre Verhetzung fortdauert, dann die Autorität in der strengsten Form zur Anwendung kommen müßte. Denn das erscheint uns als das schlimmste Zeichen der gegenwärtigen Lage, daß in den Arbeiterkreisen je länger, je mehr nur noch eine Autorität ihrer Verführer, nicht die des Staatswillens und des Staatswohles vorhanden ist.

Nun stehen wir seit dem Schluß des Reichstages vor der Möglichkeit, sogar vor der Wahrscheinlichkeit, daß das Sozialistengesetz nicht wieder zu stande kommt. Wenn die Kartellmajorität zusammenbricht, ist dieser Verlauf der Sache ganz sicher. Dann würde die sozialdemokratische Agitation in der wilden Weise von früher wieder aufleben; und niemand wüßte, wohin die Dinge treiben. Offen gestanden, hätten wir gar nichts dagegen, daß für eine Zeit die Arbeiterpartei freie Hand hätte. Die Sozialdemokraten würden, wie wir glauben, sehr bald ihre gegenwärtige Geschlossenheit verlieren, und die anderen Parteien, die sich bis jetzt im Kartellstreit zerfleischt, unter dem Schutz des Sozialistengesetzes eine unberechtigte Opposition getrieben haben, mit mehr Ernst und Wahrheit eine neue Position zu gewinnen suchen. — So viel ist gewiß, daß wir ohne jenes Gesetz, wie mit demselben, aufgeregten Zeiten entgegengehen, in welchen die Handhabung der Autorität in der kräftigsten Weise zum Vollzug kommen muß. Das Königtum aber würde ohne Zweifel seine alte obrigkeitliche Macht über die Geister zu beweisen und in unerschrockener Festigkeit eine neue sozialpolitische Autorität zu begründen haben. Daß dazu die lebendigste Mitwirkung der christlichen Kräfte erforderlich wäre, leidet keinen Zweifel. Auch die Kirche wird den kommenden Stürmen gegenüber die Hand fest am Steuer haben müssen. Bis jetzt hat sie, und zwar die katholische beinahe ebenso wie die evangelische, die sozialen Dinge noch viel zu sehr vernachlässigt.

Dem Protestantismus muß es zur Entschuldigung dienen, daß er als Staatskirchentum seiner selbst nicht mächtig ist. Bleibt er in seiner ohnmächtigen Gestalt, so ist auch für seine Mitarbeit an der sozialen Frage wenig oder nichts zu erwarten. Aber auch in dieser Frage richten wir unsere Hoffnung auf das Königtum. Wir sind in der Kirche durch die weltliche Obrigkeit völlig gebunden; nur sie kann uns freier stellen. Wird sie es thun? Von dem bewußten sozialen Königtum müßten wir eine größere Selbständigkeit der Kirche erwarten und empfangen. Denn es ist klar, daß eine Kirche, welche der staatlichen Obrigkeit durchaus unterstellt ist, das Herz des sozialdemokratischen Volkes nicht zurückerobern kann. Dieselben Stellen, von welchen das Sozialistengesetz ausgeht, welche die Ausweisung der Sozialdemokraten vollziehen, welche erforderlichenfalls den offenen Kampf gegen den Umsturz aufnehmen müssen, regieren auch die Kirche. Wie soll man annehmen, daß

eine solche Kirche auf empörte und aufgewühlte Gemüter Einfluß gewinnt? An einem einzelnen Punkte zeigt sich hier die Unmöglichkeit, daß die Kirche in ihren bisherigen Formen verharre. Aber eine Hilfe ist auch hier nur von den Fürsten, welche Träger des Kirchenregiments sind, selbst zu erwarten. Friedrich Wilhelm der Vierte dachte in politisch aufgeregten Zeiten sehr lebhaft daran, sein Bischofsamt in die rechten Hände zu legen und seine Stellung zur evangelischen Kirche zeitgemäß umzugestalten. Leider kamen seine Gedanken damals nicht zur Ausführung. Wir sind überzeugt, daß eine soziale Umsturzbewegung jene Königsgedanken wieder aufleben lassen würde. Und diesmal würden in den Synoden und in dem Amt der Generalsuperintendenten die rechten Hände schon eher vorhanden sein, in welchen das Kirchenregiment sicher und segensreich ruhen könnte.

Zunächst freilich scheint für die kirchlichen Selbständigkeitsbestrebungen in den Regierungskreisen nicht die geringste Neigung vorhanden zu sein. Wir werden warten müssen, bis die Not der Zeit dazu zwingt, die Frage der Kirchenverfassung anzurühren, das Falk-Bismarcksche System der völligen Herrschaft des Staates über die Kirche aufzugeben und das der Freiheit an ihre Stelle zu setzen.

Für die sozialen Reformbestrebungen dagegen scheint der Wind plötzlich günstiger zu wehen. Die Ernennung eines Handelsministers, der als Regierungspräsident von Düsseldorf die mustergiltigen Bestimmungen über Arbeiterschutz gab und im vergangenen Sommer ein hohes Maß von Umsicht bei den Bergarbeiterstreiks offenbarte, ist jedenfalls ein erfreuliches Zeichen. Daß er besonders zu sozialpolitischer Wirksamkeit berufen ist, scheint unzweifelhaft. In der That ist hier eine große Arbeit zu thun, obwohl eine große Arbeit bereits gethan ist. Notwendig ist ein klares, umfassendes Programm der Reform, das möglichst rasch gesetzgeberisch durchgeführt und dann für eine Zeit abgeschlossen werden muß. Nichts ist bei dem gegenwärtigen Zustande der sozialen Bewegung gefährlicher als ein beständiges Darreichen von Bruchstücken der Fürsorge, wodurch die Arbeiterwelt beständig im Mittelpunkt der Politik bleibt, von Jahr zu Jahr in Atem gehalten und in die Agitation hineingezogen wird. Je mehr die Sozialdemokratie im Reichstag die beständige Verhandlung der sozialen Grundfragen erstrebt, desto seltener müßte ihr dazu Gelegenheit gegeben werden. Das kann aber nur durch eine gründliche, das gesamte Gebiet der Sozialpolitik umspannende

Reform erreicht werden. — Daneben freilich muß viel mehr, als es bis jetzt geschehen ist, von den gebildeten und besitzenden Kreisen aus eine Arbeit an den Volksmassen begonnen werden. Das eigentlich Vergiftende in der sozialen Bewegung von heute ist das Mißtrauen zwischen arm und reich, vornehm und gering. Das kann aber nur durch ein gegenseitiges Kennenlernen und Verkehren überwunden werden. Die begünstigten Klassen haben es viel zu lange versäumt, durch treue Arbeit und brüderliche Gemeinschaft im Volke Einfluß zu gewinnen. Mit einem Male merken sie, daß, da die Führer fehlten, die Verführer sich in die Herzen eingeschlichen haben, und weil man das Gute nicht im Volksgemüt pflegte, das Böse allzuleicht Wurzel schlug. Ein Vereinsleben, das ein christlich-patriotischer Geist erfüllt, in dem alle Klassen der Bürger sich zusammenfinden und die Fragen des öffentlichen Lebens im gesunden Geiste besprechen, ist ein Bedürfnis der Zeit. Wenn eine verruchte Presse durch Lüsternheit und Leichtsinn, durch Aufwiegelung und Autoritätslosigkeit, durch Kirchenfeindschaft und Widerchristentum das Volk verdirbt, so muß die öffentliche Versammlung versuchen, dieser Verderbnis entgegenzutreten. Sie ist die einzige Waffe, welche noch stärker ist als die Presse und über diese Großmacht den Sieg davontragen kann. Wie wenig das noch in maßgebenden Kreisen erkannt wird, muß uns immer von neuem in Erstaunen setzen. Daß ein Vereinsleben, welches dem zerstörenden Treiben der schlechten Presse, zumal dem Judentum, entgegentritt, auf freundliche Beurteilung nicht zu rechnen hat, zeigt die Behandlung, welche man jeder stark christlich-konservativen Volksbewegung angedeihen läßt. Dagegen wird ein kirchenfeindlicher, fortschrittlicher Schriftsteller wie Spielhagen von dem Kultusminister schon zu seinem sechzigsten Geburtstage beglückwünscht. „Daß ihm die Güte des Allmächtigen zum Genuß und zur Erholung der Zeitgenossen, kommenden Geschlechtern zur Nacheiferung, noch eine reiche Thätigkeit im Geiste vaterländischer Poesie und Gesittung gewähren möge,“ so lautete der fromme Wunsch. Und als Fontane, allerdings ein anders gearteter Mann als Spielhagen, aber seit Jahren doch auch fortschrittlicher Feuilletonist, seinen siebzigsten Geburtstag beging, da ließ bei der Feier desselben derselbe Staatsbeamte die „Berliner Presse“ leben, worauf der Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“ mit begreiflicher Dankbarkeit antwortete. Für unseren beschränkten Unterthanenverstand ist es unverständlich, was ein solches Lebehoch

bedeuten soll. Welche Berliner Presse? fragt man sich unwillkürlich. Auch das sozialdemokratische „Volksblatt"? Das jüdische „Berliner Tageblatt"? Die wegen Königslästerung konfiszierte „Volkszeitung"? Das alles ist Berliner Presse und noch immer nicht das Allerschlimmste derselben. Aber dieser böse Teil der Presse mußte doch ausgenommen oder gestraft werden. Denn wenn solche Blätter hoch leben, dann müssen Staat und Kirche tief unten im Staube liegen. Wo soll das hinaus? Mächte, die der Staat mit allen seinen Mitteln bekämpft, werden durch solche Worte ermutigt. Diejenigen aber, welche wider den Umsturz streiten, werden mutlos, und das Volksurteil wird verwirrt. Wenn aber gar zu gleicher Zeit edle Bestrebungen, wie die der kirchlichen Selbständigkeit, verkannt oder gar mißhandelt werden, dann bemächtigt sich auch der Hoffnungsvollsten ein Gefühl der Nutzlosigkeit aller Arbeit, welche die staats- und kirchenerhaltenden Kräfte zu stärken unternimmt. Denn in dem monarchischen Deutschland hängt von der Stellung der Regierung zu den Angelegenheiten des öffentlichen Lebens viel ab. Ja, die Regierung hat an der Bildung des öffentlichen Urteils noch immer den größten Anteil. Sie trägt deshalb auch an den vorhandenen Zuständen den bei weitem größten Teil der Verantwortung. Hoffen wir, daß im Wechsel der Zeiten auch einmal die Stunde schlägt, in welcher die Minister frommen Schriftstellern zum sechzigsten Geburtstag öffentliche Segenswünsche darbringen und auch in christlichen Versammlungen erscheinen, um auszusprechen: es lebe die kirchliche Selbständigkeit! — Unsere auswärtigen Angelegenheiten werden im großen und ganzen mit wunderbarer Überlegenheit geleitet. In der inneren Politik ist neben manchem einzelnen, was den praktischen genialen Staatsmann verrät, doch viel Schwanken und Unklarheit. Aber in der Schätzung der sittlich-religiösen Kräfte des Volkslebens vermissen wir das klare Auge und die sichere Hand. Die rechte innere Staatskunst ruht doch zuletzt auf der Kenntnis des Menschenherzens und der Pflege des Göttlichen in ihm. Wer unbefangen urteilt, wird zugeben müssen, daß hierin wenig geschieht und viel unterbleibt. Wir erinnern nur an die Thatsache, daß von Staatswegen für die bessere kirchliche Versorgung der von Fortschritt und Sozialdemokratie durchseuchten Volksmassen beinahe nichts gethan wird.

Und hier kommen wir auf den Anfang zurück. Der Einfluß der evangelischen Kirche auf das Volks- und Staatsleben ist zu

schwach. Das römische Papsttum beherrscht sein Volk und wird vom Staat gefürchtet, deshalb geachtet. Die Synagoge Satans, wie St. Johannes, der Jünger der Liebe, das Judentum nennt, beherrscht ihre Leute und dazu viele Christen, besonders Protestanten; sie zwingt durch ihr Geld, ihre Presse und ihren Einfluß auch den Mächtigen der Erde Rücksichten auf. Die evangelische Kirche, in Parteien zerrissen und von der Welt abhängig, hat im Volksleben wenig Einfluß und im Staatsleben wenig Bedeutung. Eine protestantische Sittlichkeit, welche auf dem Boden der Reformation erwachsen ist, aber ihre Herkunft verleugnet, durchdringt den preußischen Staat, seine Einrichtungen, seinen Beamtenstand, seine Gesetzgebung; aber von der Kirche losgelöst, erscheint sie beinahe wie eine Gegnerin derselben. Eine protestantische Bildung, die der Gewissensfreiheit ihren Ursprung verdankt und in dem Evangelium ihre ewig brennende Flamme besitzt, hat ein Geschlecht von Gebildeten geschaffen, das die freie Forschung auf den Schild erhebt, aber das Panier des göttlichen Wortes fallen läßt. Auf allen Gebieten des Wissens und Könnens zeigt sich in der deutsch-evangelischen Welt, daß der Protestantismus die stärksten Lebenskräfte in sich trägt, welche aber die evangelische Kirche nicht zusammenhalten und entfalten kann. Eben deshalb meinen wir, daß das deutsche Geistesleben, zumal in unserer sozial gerichteten Zeit, bedroht ist, und richten an Obrigkeit und Volk, an Staat und Gemeinde, Gelehrte und Ungelehrte, Geistliche und Laien die Mahnung, daß wir alle unsere teuere evangelische Kirche stärken helfen. Hat sie ein Jahrhundert hindurch die sittlich-religiösen Lebenskeime in die deutsche Welt verschwenderisch ausgestreut, es ist Zeit, zu sammeln und der bedrohten Zukunft des Protestantismus nicht bloß als Geistesrichtung, sondern als Kirche zur Seite zu stellen.

Unsere äußere Geschichte ist durch das Walten eines unvergeßlichen Kaisers, eines unvergleichlichen Staatsmannes so glänzend gestaltet, wie es nur je einem Volke in der kurzen Spanne eines Vierteljahrhunderts zuteil geworden ist. Soll sie auch innerlich zum Heil und Segen des Volkes werden, so bedarf es der treuen Pflege der geistigen und geistlichen Güter, durch die Deutschland groß geworden ist. Die evangelische Kirche muß wieder mehr Kirche werden, muß mit dem Reich Gottes, als dem Sauerteig, das deutsche Volk zu durchdringen, vom Mittelpunkt des Glaubens aus den ganzen Umkreis des Geisteslebens wieder zu erobern suchen; dann

werden Reich Gottes, Kirche und Welt bei uns wieder in ein richtiges Verhältnis kommen, dann wird auch Kompaß und Steuer nicht fehlen, die durch die Wogen der Gegenwart und durch das Dunkel der Zukunft sicher hindurchführen.

Am Wendepunkt.

Juli 1890.

Das halbe Jahr, welches abgeschlossen hinter uns liegt, ist durch die Reichstagswahlen sowie durch die denselben voraufgehenden und nachfolgenden Ereignisse bestimmt. Nicht bloß auf der Oberfläche des Volkslebens, sondern auch im Innern desselben ist dadurch manches verändert. Wenn in dem Reichstage die Angelegenheiten einen im ganzen günstigen Verlauf nehmen, so darf man sich dadurch nicht täuschen lassen. Das persönliche Eingreifen des Kaisers und die ruhige, den Parteien entgegenkommende Haltung des neuen Reichskanzlers zwingen der Majorität gleichfalls eine gemäßigtere Richtung auf. Die Thatsache bleibt trotzdem bestehen, daß unerwünschte Kräfte seit dem 20. Februar Macht gewonnen haben und aus den Verhältnissen des öffentlichen Lebens sich dauernd verstärken. Zentrum, Fortschritt, Demokratie und Sozialdemokratie, lauter Feinde der evangelischen Kirche, beherrschen die Lage, welche dadurch nicht besser wird, daß gegenüber den Aufgaben des Reichstages das Zentrum unter diesen vier Parteien die bei weitem regierungsfreundlichste und patriotischste ist. So sehr die Mäßigung der kleinen Exzellenz Anerkennung verdient, ist es doch unzweifelhaft, daß gerade dadurch der Zentrumsführer auf dem Wege ist, eine größere Exzellenz zu werden als je zuvor. Dahin haben es die Fehler einer falschen inneren Politik gebracht.

Der Träger dieser Politik ist von dem Steuer des Staatsschiffes abgetreten und wird nicht vermißt; schon dieser eine Zug charakterisiert die begangenen Irrtümer. Wer hätte denken können, daß Fürst Bismarck auf dem Gebiete des inneren Staatslebens entbehrlich sei! Die Kundigen wußten, daß er an vielen Punkten

mit seiner Vollmacht erdrückend wirkte und die Entwickelung der Dinge willkürlich aufhielt; einige sprachen es auch aus, daß sein Abgang für viele eine Art Befreiung sein würde. Aber niemand konnte voraussagen, daß das Scheiden des großen Kanzlers verlaufen würde wie der Abgang irgend eines Ressortministers. Allerdings beweist dieser Verlauf von neuem, daß in Preußen die Krone, nicht der Minister herrscht, daß ein junger König, wenn er entschlossen regiert, mehr bedeutet als der alte, in manchem Sturm erprobte Kanzler. Und wenn — menschlich gesprochen — irgend etwas uns mit Hoffnungen für die Zukunft erfüllen kann, so ist es dieser Umstand, daß sich sofort nach Bismarcks Abschied die Erwartung des Volkes mit der größten Zuversicht auf den Kaiser gerichtet hat. Aber unleugbar beweist doch auch dieser verhältnismäßig leichte Umschwung die Unhaltbarkeit der in den letzten Jahren vom Reichskanzler betriebenen Politik.

Es hieße, Wasser in das Meer gießen, wollte man dem geschiedenen Staatsmann die unauslöschliche Dankbarkeit und Verehrung des deutschen Volkes versichern. Das versteht sich ganz von selbst. Die Einigung unseres Vaterlandes, bei welcher Fürst Bismarck die größten Dienste geleistet hat, ist ein Werk von so ungeheurer Tragweite, daß sie auch durch große Fehler nicht verkleinert werden kann. Es wird dem Reichskanzler unvergessen bleiben, so lange es ein Deutschland giebt, daß er der Bahnbrecher des neuen Weges unserer Geschichte wurde. Freilich soll man nicht die Dinge übertreiben und ihm allein die Ehre geben. Ohne Kaiser Wilhelm, der seine Krone und die Zukunft Preußens in die Wagschale der Entscheidung warf, ohne Graf Moltke, den Thiers einmal den organisateur de la victoire nannte, ohne die in den letzten drei Kriegen beinahe unbesiegbare Armee hätte die weitsichtige Kühnheit des eisernen Kanzlers das Ziel, welches er sich gesteckt hatte, nicht erreicht. Aber ihm gebührt der Ruhm, den Gedanken des neuen einigen Deutschlands ausgedacht, mit bewunderungswürdiger Kraft auf seine Verwirklichung gedrungen und dazu schöpferisch mitgewirkt zu haben. Nicht der Gründer des deutschen Reiches — wie es schmerzlicher Weise kürzlich aus einer Unterredung in Friedrichsruh erklang — aber der Bannerträger desselben ist Fürst Bismarck gewesen; das wird er auch immer bleiben. Und in den inneren Kämpfen, welche zur Begründung des Reiches geführt werden mußten, war er ein Staatsmann von wunderbarer

Größe. Hat man ihm in späteren Zeiten Kleinlichkeit, besonders bei der Behandlung persönlicher Gegner, vorgeworfen, in den ersten Zeiten seines staatsmännischen Lebens war er von dieser vielfach vorkommenden Eigenschaft bedeutender Männer frei. Sein Geist war ganz auf das Große gerichtet. Wie er in der Konfliktszeit felsenfest dastand, seinem königlichen Herrn der treueste Vasall, wie der homerische Ajax alle Pfeile mit seinem Ehrenschilde auffangend und seinen König deckend, das wird für alle späteren Geschlechter königstreuer Männer ein hehres Vorbild sein. Ein schönerer, charaktervollerer Konservativismus ist nie gesehen; die tiefsten Ideen, die genialsten Entwürfe lebten in diesem großen preußischen Junker. Man verlange von einem solchen Giganten, der sichtlich eine ihm von dem König aller Könige aufgetragene Mission zu erfüllen hatte, nicht alle die Eigenschaften eines Privatmannes. Bismarck war rücksichtslos, unbiegsam und unbeugsam; er mußte es sein. Mit der bloßen Liebenswürdigkeit eines guten Herzens löst man die deutsche Frage nicht, zerhaut man nicht den Knoten einer tausendjährigen Verwickelung. Gewiß nicht alles, was in den sechziger Jahren geschah, aber doch das Allermeiste läßt sich aus dem Charakter der Menschen und der Dinge von damals begreifen. Der Kampf um die preußische Hegemonie in Deutschland war vollberechtigt, der Sturz einiger deutscher Throne nach dem Siege unvermeidlich.

In solchen geschichtlichen Thaten vollzieht sich ein Stück Weltgericht. Daß Fürst Bismarck wenige Jahre nach Königgrätz in Wien mit der denkbar größten Begeisterung aufgenommen wurde, zeigt wenigstens, daß selbst die besiegten Feinde das Recht des Kampfes anerkannten und sich in das Unvermeidliche mit Erkenntnis der Notwendigkeit fügten. Und die Friedensschlüsse von 1866 — das wird jedermann zugestehen — waren Muster von maßhaltender, vorausschauender Weisheit.

Aber unmittelbar nach dem Krieg und Sieg erschienen die ersten verhängnisvollen Spuren einer Schwenkung in der inneren Politik. Die Nachsuchung der Indemnität war die allererste; ein Ereignis von unheilvoller Bedeutung. Ich sprach einst mit einem hervorragenden Manne, der die neue deutsche Geschichte nicht bloß miterlebt, sondern mitgemacht hatte, über die Dinge seit 1848. Zwei Punkte seien ihm am dunkelsten und schmerzlichsten, der Umritt Friedrich Wilhelms des Vierten an jenem Märztage der Revolution und die Indemnität nach dem österreichischen Kriege.

Das erste sei unrichtig, meinte jener; durch völliges Lossagen von der Revolution habe der König seinen Schritt nicht bloß gebüßt, sondern ausgeglichen; aber das zweite sei richtig, die Indemnität von 1866 sei einer der schwersten Mißgriffe in der preußischen Geschichte, dieser Geschichte ohnegleichen; auch Leopold von Ranke habe so geurteilt. Es lag darin die Anerkennung eines falschen Liberalismus. Noch heute fragt man nach den Ursachen dieses Schrittes, der ganz unnötig war, da der Fortschritt in den Siegesjubel notgedrungen mit einstimmen mußte und froh war, wenn man ihm seine Sünden nicht vorhielt. Vermutlich war es die Rücksicht auf den Kronprinzen, dessen Thronbesteigung man über kurz oder lang, jedenfalls in wenigen Jahren erwartete, vielleicht auch eine lediglich formell gemeinte Entlastung des Finanzministers, der die große Verantwortlichkeit für die unbewilligten Ausgaben übernommen hatte, was zu der Forderung der Indemnitätserklärung trieb. Aber seitdem hat Bismarck die Linie des Liberalismus nie wieder ganz verlassen.

Ein anderes kam dazu. Das neue Deutschland, schon unmittelbar nach 1866, noch mehr nach 1870, schien eine neue Politik zu fordern. In Preußen hatte die konservative Richtung Kraft genug, um in dem Landtag maßgebend zu sein. Im deutschen Reich war der Liberalismus viel stärker, gegen die partikularistischen und ultramontanen Bestrebungen wirksam zu gebrauchen und deshalb willkommen. Hier liegt wohl die Wurzel dessen, was uns in der Bismarckschen Politik oft so unbegreiflich erschien. Der Blick auf das Zusammenwachsen Deutschlands hat den ursprünglich konservativen Staatsmann zu einem halb liberalen gemacht. Damals begann die sogenannte Realpolitik, welche schließlich zu der Niederlage des Jahres 1890 geführt hat.

Fürst Bismarck glaubte nicht, daß die bürgerlichen Kreise für eine wahrhaft konservative Überzeugung zu gewinnen seien, und rechnete mit ihrem Liberalismus in den politischen, religiösen und wirtschaftlichen Dingen. Daher die Aera Lasker, Bleichröder, Falk. Die Überschüttung des Volkes mit unverstandenen und unbrauchbaren Freiheiten, die Auslieferung des Erwerbes an die Börse, der Kulturkampf mit seinen für einen konservativ-christlichen Staatsmann unbegreiflichen Fehlern: das alles entsprang daraus, daß sich Fürst Bismarck, gewiß nicht grundsätzlich, aber thatsächlich dem Liberalismus beugte, dem er innerlich bis auf den heutigen Tag fern steht.

Der Kulturkampf hatte noch andere Gründe als diesen; er sollte das junge deutsche Reich von den Gefahren einer katholischen Parteibildung und von den Ansprüchen der für unfehlbar erklärten Hierarchie befreien. Gewiß ein Zweck hochpolitischer Natur, mit dem wir völlig sympathisieren; aber die Mittel dazu wurden von dem Liberalismus entlehnt und erwiesen sich als stumpfe Waffen, die das eigene Heer verwundeten, als ägyptische Rohrstäbe, die dem Träger durch die Hand fuhren. — Auch das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht, dieses völlig radikale System, stammt nicht bloß aus dem Zeughause des Liberalismus; es sollte vielmehr das Werkzeug sein, um die Sonderbestrebungen der deutschen Stämme und Einzelstaaten zu beseitigen und die innere deutsche Einigkeit zu der äußeren hinzuzufügen. Richtig geübt, hätte es auch, obwohl in seiner Einseitigkeit prinzipiell falsch und immer gefährlich, eine Zeit lang günstig wirken können. Aber indem es mit den liberalen ökonomischen Bestrebungen, sowie mit den radikalen religiösen Anschauungen des deutschen Bürgertums zusammentraf und so dem sozialdemokratischen Umsturz wie der ultramontanen Wühlerei Thor und Thür öffnete, hat es die Zustände schaffen helfen, vor denen wir gegenwärtig stehen.

Es ist unsere wohlbegründete Überzeugung, daß es möglich war, in den beiden letzten Jahrzehnten ein politisch und kirchlich konservatives Deutschland zu schaffen. Daß dies nicht geschehen, nicht gewollt, ja sogar hintertrieben und nun für lange unmöglich ist, muß als der durchdringende Fehler der Bismarckschen Politik angesehen werden. Darin hatte der Kanzler ganz recht, daß er bei seinen politischen Kombinationen das gebildete, besitzende Bürgertum nicht entbehren wollte. In der That ist ohne diese Kreise weder auf dem staatlichen, noch auf dem kirchlichen Gebiete vorwärts zu kommen. Aber es war nicht einmal schwer, unter dem Eindruck der großen Erfolge des Königtums einerseits, unter der sozialistischen und ultramontanen Bedrohung des deutschen Volkes andererseits, jenes Bürgertum zu staats- und kirchenerhaltender Gesinnung zu erziehen. Statt dessen wurde es dem oberflächlichen und widerchristlichen Denken eines Lasker in die Arme geworfen. Daß dieser Jude ein volles Jahrzehnt hindurch Reichstag und Landtag beherrschen und damit das Judentum in seiner ganzen unermeßlichen Gefahr zum mitregierenden Faktor deutschen Lebens machen durfte, ist die schwerste Anklage gegen die Bismarcksche Epoche. Und

gerade sein Schicksal zeigt, wie wenig das Bürgertum sich mit dieser Art Politik zu indentifizieren Lust hatte. Als Laskers Ideen Bankerott gemacht hatten, suchte er vergeblich einen Sitz im Landtag. Keine Stadt öffnete ihm ihre Thore. Unter richtiger Leitung hätte der deutsche Liberalismus ihm von vornherein die Gemeinschaft gekündigt. Wer außerhalb seiner Glaubensgenossen und der Börse denkt heute noch an Lasker? Versunken und vergessen, das ist seine Losung.

Wir glauben nicht zu irren, wenn wir dies Hinneigen zu einem falschen Liberalismus, nicht aus Überzeugung, sondern aus Berechnung, als den eigentlichen Grundfehler der hinter uns liegenden Zeit bezeichnen. Daß der Kanzler ihn fortdauernd beging und zwar so, daß ein christlich-konservativer Geist nicht recht zur Geltung kommen konnte, ja sogar, wo er zum Durchbruch kam, geschwächt wurde, erklärt sich nicht allein aus seiner politischen Mission, welche ihm gebot, alle vorhandenen Kräfte zur Schaffung der deutschen Reichseinheit zusammenzufassen, sondern aus Einseitigkeiten seiner Anschauung. Das Verständnis für die kirchliche und soziale Welt verschloß sich ihm je länger, je mehr. Er hatte persönlich eine christliche Überzeugung, aber keine Schätzung der Kirche; er hatte sozial-politische Anwandlungen, aber keine Anschauung von Sozialreform. Daran ist er zuletzt gescheitert.

So lange man von Fürst Bismarck weiß, kennt man ihn als einen Mann von christlicher Überzeugung. Er begann sein öffentliches Leben mit dem stärksten Eintreten nicht bloß für den christlichen Glauben, sondern für den christlichen Staat. In seiner berühmten Rede vom 15. Juni 1847 sprach er es offen aus, „daß jeder Staat, wenn er seine Dauer gesichert sehen, wenn er die Berechtigung zur Existenz nur nachweisen will, auf religiöser Grundlage sich bewegen muß.“ „Ich glaube“ — führte er damals aus — „in meinem Recht zu sein, wenn ich einen solchen Staat einen christlichen nenne, welcher sich die Aufgabe gestellt hat, die Lehre des Christentums zu verwirklichen. Erkennt man die religiöse Grundlage des Staates überhaupt an, so kann diese Grundlage nur das Christentum sein. Entziehen wir diese religiöse Grundlage dem Staat, so behalten wir als Staat nichts als ein Aggregat von Rechten, eine Art von Bollwerk gegen den Krieg aller gegen alle übrig. Seine Gesetzgebung wird sich dann nicht mehr aus dem Urquell der ewigen Wahrheit regenerieren, sondern aus den

vagen und wandelbaren Begriffen von Humanität, wie sie sich in den Köpfen derjenigen, welche gerade an der Spitze stehen, gestalten. Wie man in solchem Staate den Ideen z. B. der Kommunisten über Immoralität des Eigentums, über den hohen, sittlichen Wert des Diebstahls, als eines Versuches, die angeborenen Rechte der Menschen wieder herzustellen, das Recht sich geltend zu machen bestreiten will, wenn sie dazu die Kraft in sich fühlen, ist mir nicht recht klar. Deshalb schmälern wir dem Volke nicht sein Christentum, indem wir ihm zeigen, daß es für seine Gesetzgeber nicht nötig sei; nehmen wir ihm nicht den Glauben, daß unsere Gesetzgebung aus der Quelle des Christentums schöpft, und daß der Staat die Realisierung des Christentums bezwecke, wenn er auch diesen Zweck nicht immer erreicht!“ Und hieran schloß er jene große, so oft wiederholte Stelle: „Wenn ich mir als Repräsentanten der geheiligten Majestät des Königs gegenüber einen Juden denke, dem ich gehorchen soll, so muß ich bekennen, daß ich mich tief niedergedrückt und gebeugt fühlen würde, daß mich die Freudigkeit und das aufrechte Ehrgefühl verlassen würde, mit welcher ich jetzt meine Pflichten gegen den Staat zu erfüllen suche.“ Es bedarf keines großen Scharfsinns, um die Entdeckung zu machen, daß der Reichskanzler am Schluß seiner staatsmännischen Laufbahn so ziemlich das Gegenteil von dem realisierte, was der Abgeordnete als sein Staatsideal hinstellte. Kein preußischer Minister hat mehr gethan als Fürst Bismarck, um den christlichen Staat zu beseitigen. Der Zivilstand, das Schulaufsichtsgesetz und so manche andere Maßregeln sind lauter Nägel zum Sarge des christlichen Staates, wie ihn Bismarck einstmals verstand. Auch die Juden sind im Amt des Richters wie im Rektorat der Universitäten längst Repräsentanten der geheiligten Majestät des Königs, ohne daß den Fürsten die Freudigkeit verlassen hat. In Verbindung damit sind die von Bismarck geweissagten Kommunisten wirklich gekommen; sie haben die Bilanz des christlichen Staates gezogen und die Firma für bankerott erklärt. Wie mag heute der alte Reichskanzler auf den jungen Abgeordneten zurückblicken? Ob er wohl noch an die schönen Tage von 1847 zurückdenkt? Vielleicht kommt ihm in der Muße von Friedrichsruh die ehemalige Gedankenwelt wieder. On revient toujours à ses premiers amours.

Man thut gewiß unrecht, wenn man den Abfall des Fürsten von seinen früheren Ideen auf ein Nachlassen seiner christlichen

Überzeugung zurückführt. Davon kann bei ihm schwerlich die Rede sein. Wer an seinem Christentum zweifelte — im Reichstag geschah es einmal — wider den konnte er zornig auffahren. Wo es sich um persönlichen Glauben handelte, hat er immer und überall stand gehalten. Im Jahre 1870 sprach er gerade wie dreiundzwanzig Jahre früher: „Wie man ohne Glauben an eine geoffenbarte Religion, an Gott, der das Gute will, an einen höheren Richter und ein zukünftiges Leben zusammen leben kann in geordneter Weise, das Seine thun und jedem das Seine lassen, begreife ich nicht. Wenn ich nicht mehr Christ wäre, bliebe ich keine Stunde mehr auf meinem Posten. Wenn ich nicht auf einen Gott rechnete, so gäbe ich gewiß nichts auf irdische Herren.“ (Graf Bismarck und seine Leute I. 209.) Hier klingt der Ton der Bedeutung des Christentums für das Zusammenleben der Menschen noch einmal leise durch, auch eine ganz feine Hindeutung auf kommunistische Bestrebungen, die ohne Christentum unvermeidlich seien. Das ist aber auch unseres Wissens die letzte Äußerung in diesem Geiste.

Freilich, der Sinn für die evangelische Kirche ist schon damals stark abgestumpft. Als der Papst inmitten der italienischen Wirren bei Preußen um einen Aufenthalt in Norddeutschland anfragte, hatte Bismarck nichts dagegen, ihm Köln oder Fulda anzuweisen. Er fügte hinzu: „Nun, und wenn denn auch schließlich etliche Leute in Deutschland wieder katholisch würden — ich werd's nicht — so hätte das nicht viel zu bedeuten, wenn sie nur gläubige Christen wären. Die Konfessionen machen es nicht, sondern der Glaube.“ (I. 338.) Hier findet sich schon der gegen die Kirche als solche gleichgiltige Standpunkt, der den Fürsten wenige Jahre darauf in die Fehler des Kulturkampfes, in die Ungerechtigkeiten gegen die evangelische Kirche und in die Versäumnis ihrer Pflege hineinführte.

Allerdings in den Tagen des Kulturkampfes selber wechselte noch einmal dieser Ton. Zuweilen brach in den Reden, welche der Fürst zur Bezwingung Roms in Deutschland hielt, der Unwille über die falsche Hierarchie durch, trat der beinahe zu weit gehende Notschrei hervor, daß ihm der Papst den Weg zur Seligkeit verbaue. Aber vom christlichen Staat war keine Rede, so wenig wie von der evangelischen Kirche. Es ist überhaupt merkwürdig, daß Bismarck bis zu der Rede, die er vor etlichen Jahren in dem

Abgeordnetenhause gegen die Hammersteinschen Anträge hielt, niemals der evangelischen Kirche Erwähnung gethan hat. Als er es that, zeigte sich, daß er von den Grundlagen derselben keine Ahnung hatte. Das evangelische Volk, ohne Rücksicht auf Bekenntnis und Amt, war ihm die evangelsiche Kirche; im Landtag, so sagte er, sei er ein Ekklesiazon. Unter Katholiken, Juden und Heiden! Wie soll man das nur verstehen? Wo liegt der Erklärungsgrund für diese Stellung, die der evangelischen Kirche so vielfach weh und unrecht gethan hat?

Kundige behaupten, daß die christlichen Eindrücke, welche Bismarck zu einem überzeugten Christen gemacht hätten, ihm nicht aus der Landeskirche zugeflossen seien, sondern von Altlutheranern, Gichtelianern und Belowianern; dadurch hätte sein Christentum einen völlig subjektiven Zug erhalten. Man erzählt nach dieser Richtung, daß der Fürst regelmäßig die Losungen der Brüdergemeine gelesen und zuweilen bei wichtigen Veranlassungen viel darauf gegeben habe. So habe die Losung: Selig sind die Friedfertigen — ihn dazu bewogen, im Jahre 1870 mit der Mobilmachung gegenüber den französischen Drohungen noch zu warten; Frankreich sei gerade dadurch völlig in das Unrecht gesetzt, so daß die Losung ihren Segen in sich getragen habe.

Ein andermal, als Graf Herbert in Bonn in einer Mensur schwer verwundet wurde und auf den Tod gelegen habe, sei die Losung dem Vater zur Verheißung geworden, daß der Sohn leben werde. Und daß sich Fürst Bismarck auf die Schätzung der Losungen versteht, zeigt die Äußerung, die er einst einem Brüdergemeinepfarrer gegenüber that: die Bibelsprüche seien ihm das Knochengerüst des Losungsbüchleins, die Lieder dagegen die Weichteile, die er nicht immer goutieren könne. Noch manche andere Züge, die sich für die Öffentlichkeit nicht eignen, offenbaren eine ganz innerliche Stimmung, die an Pietismus erinnern könnte, wenn nicht zugleich der männlichste Charakter damit verbunden wäre. Dennoch erscheint uns dies allein nicht genügend, um die verhängnisvolle Richtung des großen Staatsmannes in das rechte Licht zu stellen.

Wir meinen vielmehr, daß der Hauptgrund seiner kirchlichen oder unkirchlichen Anschauung in seiner Person, seinem Amt, seiner Mission lag. Das deutsche Reich aufzurichten, war ihm gottgestecktes Lebensziel. Alle Hindernisse, die diesem Ziel entgegen-

standen, zu beseitigen, war seines Lebens Kampf. Dabei war er so sehr Staatsmann, daß für den Kirchenmann kein Raum blieb. Im Grunde wollte und brauchte er keine andere Organisation als die des gesamten Volkes. Die katholische Kirche war ihm im Wege; sie forderte, daß das junge Reich sich für das Papsttum mit aller Macht einlegen, wohl gar für die Wiederherstellung der weltlichen Macht desselben eintreten solle. Das Zentrum machte mobil, als Deutschland die Kastanien nicht aus dem römischen Feuer holen wollte; darüber entbrannte der Ingrimm des Fürsten. Die polnische Frage kam dazu; so stürmte er auf die katholische Kirche ein und traf die evangelische mit. Offenbar war ihm auch diese zuwider oder doch unbequem; sonst könnte man nicht verstehen, warum er bei den großen und einschneidenden Maßregeln die evangelischen Kirchenbehörden, die königliche Behörden sind, zur Beratung nicht heranzog. Es war doch ein Stück Staatsallmacht, die den Fürsten bezauberte; dieser echt preußischen Versuchung war er, wie so viele andere Staatsmänner, nicht gewachsen. In dem Kampfe, der nun folgte, erlag die christliche Staatsidee völlig. Das prinzipielle Hinausweisen der Kirche aus der Aufsicht über die Schule und die prinziplose Einführung der obligatorischen Zivilehe um einiger konfessionellen und gesetzlichen Schwierigkeiten willen bedeutete ein Aufgeben des christlichen Staates. Wären diese Maßregeln Vorbereitungen zur Befreiung der Kirche gewesen, so könnte man sie in einem anderen Lichte sehen. Aber so wie sie geschahen, Hals über Kopf eingeführt, ohne der Kirche Zeit zum Besinnen zu lassen, waren sie schlimme Thatsachen. Der furchtbare Abfall vom Christentum, der in den siebziger Jahren, unmittelbar nach dem Kriege, die Gemüter erschreckte, war doch zum Teil eine Folge dieses Abfalles von der christlichen Staatsidee. Das Volk verstand das nicht. Und die bei der Verleihung einer Kirchenverfassung von neuem begangenen Fehler waren nicht geeignet, das Verständnis zu klären. Christentum und Kirche wurden zweimal den Forderungen eines bekenntnislosen Liberalismus geopfert.

Diese ganze Politik muß um so mehr in Erstaunen setzen, wenn man bedenkt, daß sie durch Männer geleitet und ausgeführt wurde, denen persönliches Christentum abzusprechen, das größte Unrecht sein würde. Aber das ist eben der Unterschied zwischen früher und heute. Sonst hielten ungläubige Staatsmänner es für ihre Pflicht, die Kirche zu pflegen; heute erscheint es auch gläubigen

Ministern nicht nötig, für die Kirche von Staatswegen etwas zu thun. Unter dem Gesichtspunkte der Persönlichkeit ist der gegenwärtige Zustand den Obrigkeiten günstiger; die Kirche aber stand sich bei den früheren Verhältnissen besser. Es wird doch allezeit eine unbegreifliche Versäumnis bleiben, daß unter einem gottesfürchtigen Monarchen und christlich-gesinnten Ministern keine Hand gerührt wurde, um die riesig anwachsende Hauptstadt, die Mittelpunkte der Industrie und ihre angehäuften Arbeitermassen mit Seelsorge zu versehen und dadurch vor dem Umsturz bewahren zu helfen.

Auch die Christenheit ist hierbei nicht ohne Schuld. Sie ist so schwächlich geworden, daß sie es schon für etwas Günstiges ansieht, wenn die Mächtigen für das Christentum und die Kirche ein freundliches, nach Glauben klingendes Wort übrig haben. Daß die Großen der Erde für das Reich Gottes nicht bloß Großes reden, sondern auch Großes thun müssen, ist beinahe vergessen. Wenn einer derselben eine Äußerung des Glaubens thut, so wird das nicht als eine selbstverständliche Sache angesehen, die ihm zum Heil dient, sondern gleichsam als eine Ehre für das Christentum, als eine Stärkung für die Kirche, als eine volksapologetische Macht. Man sollte die Fürsten und Obrigkeiten mit dem Worte Gottes stützen und zugleich von ihnen die „Verwirklichung der christlichen Lehre" fordern; statt dessen stützt man sich auf wohlwollende Äußerungen der Fürsten und Obrigkeiten, die Glaubensthaten aber erläßt man ihnen allzu bereitwillig. Es fehlt eben auch der Kirche am richtigen kirchlichen Geist; darum wird ihr das Maß von Achtung nicht zu teil, auf das sie Anspruch hat, und das sie braucht, um ihre Mission an dem Volke zu erfüllen. Die Politik des Fürsten Bismarck der evangelischen Kirche gegenüber war immer die der Geringschätzung. Ob er die Generalsynode mit einer zehntägigen Sitzungsperiode abspeiste und ihre Gesetze drei Jahre lang in dem Aktenschrank lagerte, oder ob er die Forderung nach Selbständigkeit mit souveräner Nichtachtung behandelte und die Landpastoren vor dem Abgeordnetenhause als Beispiel unpolitischen Sinnes hinstellte: immer war es derselbe Zug seines weltlichen Machtbewußtseins gegenüber der Knechtsgestalt der Kirche. Er hat sich öfter bitter darüber beschwert, daß ihm die gläubigen Protestanten in seinem Kampfe gegen Rom nicht treu und tapfer genug Heeresfolge geleistet hätten. Wir meinen, daß diese evangelische

Enthaltsamkeit eine Tugend war. In dem Kulturkampf war kein Sieg, keine Ehre zu gewinnen; seine Folgen wären noch verderblicher, wenn der gesamte Protestantismus ihn geführt hätte. Übrigens sind wir Evangelischen beinahe noch unbilliger behandelt als Rom; wie hätten wir denn Freudigkeit gewinnen sollen, auf seiten des Staates zu stehen? Hat doch Fürst Bismarck gezeigt, daß er auch dann, als er bereit war, die Wünsche Roms zu erfüllen, für die berechtigten Forderungen unserer Kirche nur ein abweisendes Wort persönlicher Willkür hatte. Rom gewähre er, was es wünsche; aber in den Angelegenheiten der evangelischen Kirche habe er seine eigene Meinung, welcher er folge; er behandele diese Dinge opportunistisch: so lauteten seine Äußerungen im Landtag. Eine staatsmännische Behandlung der Kirche ist bei einem solchen Standpunkte nicht möglich. Das ist ein Subjektivismus der Kirche gegenüber, wie ihn die Radikalen dem Staate gegenüber zu behaupten pflegen. Und wie die Folge dieser radikalen Stellung zum Staat zuletzt der Untergang des Staates sein würde, so muß aus jener subjektivistischen Auffassung die Vernichtung der Kirche mit Notwendigkeit folgen. Da ist auch eine gerechte Beurteilung der kirchlichen Dinge ausgeschlossen. In der That hat die Bismarcksche Epoche in diesem Punkte nicht rühmlich geendet. Jene zwei Jahre nach der Walderseeversammlung, in welcher die offiziöse Presse — nach den gemachten Enthüllungen doch nicht ohne Zulassung des Reichskanzlers — die Sache der Stadtmission, welche für die vom Staat vernachlässigten Großstädte einen Ersatz bot, unter der Losung „Stöckerei und Muckerei" der öffentlichen Verachtung preisgab, bilden den Abschluß des kanzlerischen Regimentes. In ihnen ist zum großen Teil die Ursache der gegenwärtigen Lage zu suchen. Daran, daß aus Rücksicht auf einen Liberalismus, welcher keine Kraft zum Siegen hatte, die christlichen Kräfte des Volkslebens untergraben wurden, hat im letzten Grunde das Kartell Schiffbruch gelitten. Ein Pfarrer aus Schwaben schrieb uns vor kurzem, die Wüstheiten der letzten beiden Jahre hätten das Volksleben im Süden so ruiniert, daß man vor der Zukunft wie vor einem Dunkel stehe und nicht wisse, ob Gott die Pfarrer je wieder zu Wegleitern für das verführte Volk brauchen werde. Hoffen wir, daß dieses Wort zu pessimistisch ist. Aber hoffen wir auch, daß die christlichen Lebensmächte in Zukunft sorgsamer geschützt werden. Das Böse wächst von selber, das Gute muß man

hüten und pflegen. Wir können den Vorwurf nicht zurückhalten, daß in den letzten Jahren vielfach das Böse gepflegt und das Gute gehindert ist. Das war der Weg zum Verderben: kehren wir davon ein für alle Male um! Dadurch eben lebt der Umsturz, den zu bekämpfen die Pflicht aller ist. Seit dem 20. Februar ist ein besserer Geist in leisem Aufwachen. Wohl allen, die ihm zur völligen Erweckung helfen.

Die Frage, wie dem sozialen Umsturz zu begegnen ist, beherrscht gegenwärtig die Welt. Nicht bloß der Staatsmann, auch der Kirchenmann sucht darauf eine Antwort; selbst Uhlhorn, der doch dem öffentlichen Leben so wenig Einfluß auf das kirchliche Leben gestattet, spricht es aus, daß die Zukunft der christlichen Kirche von ihrer Stellung zur sozialen Frage abhängt. Deutschland steht in dieser großen Angelegenheit vorn an; ist es überhaupt unser Geschick, die Geisterkämpfe der Menschheit in vorderster Schlachtreihe auszufechten, so sind wir in dem sozialen Krieg ganz besonders zu kräftiger Frontstellung berufen. Wir haben unter allen Völkern der Christenheit am meisten von der Sozialdemokratie zu leiden und zu fürchten. Die allgemeine Bildung macht zum Aufnehmen neuer Ideen fähig und gereift; die allgemeine Wehrpflicht rüstet das Volk auch für die soziale Revolution; die konfessionelle Spaltung macht ein gemeinsames geistiges Wirken beinahe unmöglich, und der nationale, politische Gegensatz, der noch lange nicht überwunden ist, erschwert ein freudiges Zusammengehen auch im öffentlichen Leben. Es ist deshalb für die deutsche Staatskunst eine Riesenaufgabe, bei der eigentümlichen Anlage des Volksgeistes und der vorhandenen Zersplitterung der Nation die sozialen Verhältnisse richtig zu gestalten und in den wirtschaftlichen Kämpfen die Führung zu behaupten. Fragen wir, wie in der Zeit der Bismarckschen Politik diese Aufgabe gelöst ist.

Es ist einmal gelegentlich zur Sprache gekommen, daß in den sechziger Jahren der Ministerpräsident von Bismarck mit Lassalle und anderen Sozialisten angeknüpft hat. Daraus auf sozialistische Neigungen zu schließen oder die Anfänge der späteren sozialen Reform abzuleiten, wäre durchaus irrig. Es war gewiß nur der bei Lassalle so stark hervortretende Widerspruch gegen die Fortschrittspartei, welcher dem Leiter der preußischen Politik eine vorübergehende Teilnahme abgewann. Bismarck trug sich mit dem Plane, die elementaren Kräfte des Volkslebens gegen die liberale Bourgeoisie ins Feld zu

führen; dabei konnte ihm ein Geist von Lassalles Agitationskraft nützlich sein. Aber bei näherer Zusammenkunft entdeckten wohl beide Männer, daß sie nicht viel mit einander gemein haben konnten; jeder ging seinen eigenen Weg: Lassalle fand bald seinen Tod, und Bismarck vergaß die sozialistischen Anwandlungen, wenn er jemals solche gehabt hat. Wir möchten das letztere überhaupt bezweifeln. Unseres Erachtens hat der Reichskanzler für den Sozialismus, für den bösen wie für den guten, schwerlich je viel übrig gehabt. Auch in der Epoche seiner sozialen Reformgesetzgebung entfuhren ihm oft genug Äußerungen, die es klar zeigten, daß sein Denken manchesterlich und kapitalistisch war.

Jedenfalls brachte die liberale Aera, welche nach dem deutschen Kriege eintrat, das Gegenteil nicht bloß vom Sozialismus, sondern von jeder sozialen Ordnung zur Geltung. Die Auflösung aller gesellschaftlichen Verbände wurde Gesetz. Wer damals die Zeichen der Zeit erkannte, der mußte für das Handwerk in neuem Geiste Innungen schaffen und für die Industrie Genossenschaften aufrichten. Die arbeitenden Klassen, durch die Lassallesche Agitation in Bewegung gebracht, fingen an, sich als ein besonderer Stand zu fühlen. Daran mußte man anknüpfen und die Massen gruppieren. Statt dessen gab man ihnen das allgemeine gleiche Wahlrecht und eine Gewerbeordnung, welche die Innungen zerstörte.

Miquel, der heutige Finanzminister, der Vertreter des Genossenschaftsgedankens, der Wiederhersteller der Innungen, er war es damals, der die Losung ausgab: Weg mit allen korporativen Verbänden! Er sagte:

„Abgestorbene Verbände zwangsmäßig zu erhalten, ist unmöglich, aber man wird sich, glaube ich, mit mir — wenn auch schwer — entschließen müssen, den Zünften das Recht der Selbstauflösung zu gewähren. Die Konsequenz meines Satzes wird die baldige Auflösung der Zünfte sein. Man muß nicht durch das Gesetz die korporativen Rechte vernichten, aber die Möglichkeit der Auflösung ihnen selbst in die Hand geben. Der Erfolg wird ja derselbe sein. Sie werden sich bald auflösen und haben dann nicht das bittere Gefühl, durch Zwang aufgelöst worden zu sein, sondern sich ihr eigenes Schicksal bereitet zu haben.“

Man machte ein Gesetz, daß, wenn sich die Innungen auflösen, ihr Vermögen unter die Mitglieder geteilt werden solle. In der That ein Antrieb zum Zerstören, wie er stärker kaum gedacht

werden kann! Und nun sucht man seit einem Jahrzehnt die Innungen wieder zu stärken, die man vor zwei Jahrzehnten dem Verderben preisgegeben hat! So sehr hat es an irgend einer planmäßigen Behandlung der sozialen Dinge gefehlt. „Man muß sich wirklich fragen — sagte ebenfalls damals Miquel — bedarf es überhaupt einer Gewerbeordnung? Ist's denn notwendig, das Gewerbe gesetzlich zu regulieren? Wir müssen dasselbe immer mehr auf den Boden voller Freiheit stellen.“ Der preußische Ministerpräsident ließ diese Grundsätze gewähren; er brauchte die liberale Partei für seine nationalen Pläne und widersprach ihren den Volksorganismus aufweichenden Bestrebungen nicht. Aus diesen Ideen, oder — sagen wir lieber, aus dieser Ideenlosigkeit hat die Sozialdemokratie ihre Kraft geschöpft. Die wirtschaftliche Zerfahrenheit kam hinzu. Aus dem Schwindel nach dem französischen Kriege wie aus dem Krach zog sie weitere Nahrung: die falsche Zollpolitik zerrüttete den Wohlstand und der Kulturkampf die sittlich-religiösen Kräfte des Volkes. Die sozialdemokratische Partei blieb ungestört, während man die Kirchen unter den Staatswillen zu beugen suchte. Der Kanzelparagraph wurde durchgesetzt, die Einschränkung der Presse unterblieb. Wohl versuchte die Reichsregierung 1874, in dem Preßgesetz die Aufwiegelung zur Verletzung der Gesetze strafbar zu machen, und 1876, die öffentliche Anreizung der Bevölkerungsklassen zur Gewaltthätigkeit sowie die Angriffe auf die Institute der Ehe und des Eigentums mit Strafe zu bedrohen. Aber das war auch wirklich alles, was man wußte; als der Reichstag diese Paragraphen ablehnte, bestand die Regierung nicht darauf. Von 1863, wo Lassalle seine ersten Brandreden hielt, bis 1878 ist gegen die Ausbreitung der Sozialdemokratie nichts geschehen.

Kein Wunder, daß in dem Hexentanz um das goldene Kalb die Weisheit der Unternehmer und in dem Rausch der Sozialdemokratie die Besonnenheit der Arbeiter unterging. Organische Gedanken waren nicht da; so schoß die ungeregelte Produktion und die unorganische Vertretung der Arbeiterinteressen zugleich ins Kraut. Von 1872 bis 1878 hatten wir in der Partei und Presse, in den Versammlungen und Agitationen der Sozialdemokratie die offene Revolution; nur die Barrikade fehlte und der Straßenkampf. Die Kathedersozialisten erhoben ihre wissenschaftliche Stimme, der Verein für Sozialreform wandte sich an die bürgerlichen Kreise, die christlich-soziale Arbeiterpartei suchte bei dem kleinen Mann Verständnis für

die Lage zu wecken. Die Regierung stand allen diesen Bestrebungen völlig gleichgiltig, wohl gar unwillig gegenüber. Erst die Attentate weckten sie aus ihrem sozialpolitischen Schlummer und beleuchteten mit einem Male grell die Lage.

Da begann der Umschwung. Das Sozialistengesetz schuf äußerliche Ruhe und beseitigte die Agitation. Reformen zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes sollten nachfolgen. Die wirtschaftlichen Fehler wurden zuerst abgestellt; die veränderte Zollpolitik gab der nationalen Arbeit wieder Hoffnung auf Sicherheit des Erwerbes, die indirekte Steuerpolitik bot dem Reiche die Aussicht auf die erforderlichen Mittel zur Durchführung der Steuerreform und Arbeiterversicherung. Eine andere Strömung begann die Geister zu erfüllen, die kaiserliche Botschaft des Jahres 1881 erweckte eine Zeit lang die größte Freudigkeit in den arbeitenden Klassen. Damals war die Möglichkeit noch einmal gegeben, des sozialen Umsturzes Herr zu werden; die Wahlen von 1881 hatten die Sozialdemokratie beinahe beseitigt, am stärksten im ganzen Reich war der Niedergang dieser Partei in Berlin, wo die christlich-soziale und die allgemeine Berliner Bewegung dem Volksgemüt nahe kamen.

Man wird dem Fürsten Bismarck die Anerkennung nicht vorenthalten können, daß er mit starker Hand zur rechten Zeit und an richtigen Punkten in die soziale und wirtschaftliche Entwickelung eingriff. Daß er die Unmöglichkeit einer Fortsetzung des Freihandels, die Einseitigkeit der direkten Steuerpolitik und die Notwendigkeit der Arbeiterversicherung erkannte, an diesen drei Stellen Wandel schaffte, sind Thaten großer staatsmännischer Weisheit. Kein anderer als der Reichskanzler mit seinem großen und überragenden Ansehen hätte die wirtschaftlichen Ideologen Deutschlands überwunden. Hier wird ihm niemand sein Verdienst schmälern dürfen. Leider war seine Erkenntnis nicht durchgreifend und seine Hilfe nicht eindringend genug. Der Zoll- und Steuerpolitik, welche den kleinen Mann belastete, mußte eine starke, womöglich progressive Besteuerung des Kapitals, der Arbeiterversicherung der Arbeiterschutz zur Seite gehen. Gewiß ist durch das kühne und kluge Vorgehen des Fürsten Bismarck eine andere Anschauung über das Wesen der indirekten Steuern angebahnt; niemand glaubt heute noch, was vor zwanzig Jahren allgemeine Überzeugung war, daß nur der Konsument diese Steuer zu zahlen hat. Aber immerhin bleibt der Satz be-

stehen, daß die indirekte Steuer irgendwie auch auf den Konsumenten lastet, und der arme Mann daran mehr zu tragen hat als der reiche. Jedenfalls ist die unvermeidliche Ergänzung einer solchen Steuer die Heranziehung des Kapitals. Und diese Heranziehung unterblieb. — Gewiß ist die Hilfe in Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität das erste, was an Schutzmaßregeln für die Arbeiter in Angriff genommen werden muß; aber es kann nicht das einzige bleiben. Die Arbeitskraft, das Familienleben, die Sonntagsruhe der arbeitenden Klassen muß gleichfalls geschützt und gepflegt werden; sonst erweist man den leidenden Existenzen eine Hilfe, und die gesunden bleiben ohne Stütze und Unterstützung. Sie aber müssen vor allem für Staat und Kirche gewonnen werden, sie sind die lebendigen Kräfte der Arbeiterwelt. Und diese Aufgabe der Wiedergewinnung unterblieb. Der Mangel an Glauben, den wir schon bei der allgemeinen Politik als das Kennzeichen Bismarcks fanden, ist bei der sozialen Politik in noch erhöhtem Maße sein Fehler. Was neulich aus einer seiner Unterredungen berichtet wurde, daß er gesagt habe, man müsse das Kapital stärken, der Arbeiter sei doch nicht zu gewinnen, das ist ihm zum Verhängnis geworden. Wer sozial reformieren will, muß Glauben haben; wer eine neue Periode des Staatslebens anbahnen will, der bedarf der Hoffnung. Die letzten Äußerungen des Fürsten aber über die Erlasse des Kaisers und die internationale Arbeiterschutzkonferenz offenbaren nicht bloß einen Mangel an Hoffnung, sondern geradezu einen sozialen Pessimismus und eine Lust am Hindern und Hemmen. Wie soll dabei eine große Einwirkung auf die sozial bewegten Arbeiterkreise geschehen? Unmöglich!

Und doch ist das noch immer nicht die größte Unterlassungssünde der hinter uns liegenden Zeit. Vielmehr dadurch ist die gegenwärtige Lage so bedenklich geworden, daß die allertiefsten Kräfte des Volkslebens vernachlässigt, ja beiseite geschoben wurden. Darin hat die nüchterne Betrachtung ohne Zweifel recht, daß mit Bewilligungen an die unteren Stände der soziale Friede nicht zu erkaufen ist. Alles, was von seiten des Staates und der Behörden geschieht, wird von den Führern des Umsturzes immer übertrumpft werden. Giebt man hohen Lohn, sie werden höheren fordern; gewährt man den zehnstündigen Arbeitstag, sie wollen den achtstündigen und acht Mark dazu; schafft man eine Invalidenrente, sie lachen Hohn darüber und nennen jede irgend zu ermöglichende

Summe ein Bettelgeld. Man muß eben daran gehen, die Arbeiter wieder zu vaterlandsliebenden, königstreuen, christlich gesinnten Menschen zu machen, soweit sie es nicht mehr sind. Die sozialen Reformen sind gleichsam nur das gute Gewissen des Staatslebens, das die Arbeiter von dem Ernst der Regierenden, Besitzenden, Gebildeten überzeugen soll. Aber das Glück jedes Menschen, des reichsten wie des ärmsten, liegt in den Idealen. Wer ein Reich Gottes kennt, seine Heimat lieb hat, dem König treu ist und das Vaterland hoch hält, der ist gegen die Verführungen der Sozialdemokratie gewappnet. Wird nach Möglichkeit Fürsorge für ihn getroffen, so ist er auch dankbar und anerkennend. Aber die Wurzel seines Glückes bleibt jene höhere Welt, in der die Seele heimisch ist. Fragen wir, was in den Jahrzehnten der Realpolitik dafür geschehen ist, so muß die Antwort lauten: Nichts! Ja, wo etwas geschah, wurde es unterdrückt, wenn es nicht genau nach dem Programm des Mächtigen verlief. So ist die Freudigkeit des Wirkens erschüttert und die Selbständigkeit des Wollens gebrochen, die Überzeugung des Guten nicht gebildet und der Mut zum Kampf nicht geweckt. Fürst Bismarck hat sich vor kurzem über die Feigheit seiner ehemaligen Freunde beklagt; er muß sich selber anklagen, daß er seit Jahren überzeugungstreue Leute nicht brauchen konnte und selbständige Charaktere von sich abstieß. Der große Staatsmann geht dahin und hinterläßt weder eine Schule in der äußeren, noch ein System in der inneren Politik. Wie einst Napoleon — um ein anderes Gebiet zu vergleichen — zwar persönlich seine Schlachten gewann, aber keine Feldherren bildete, die ohne ihn siegen konnten, und darum zuletzt selber an dem Übermaß seiner Selbstherrschaft und den Fehlern seiner Generäle unterlag, so auch der Reichskanzler. Sein schließliches Scheitern in den inneren Fragen des Staats- und Volkslebens ist doch im tiefsten Grunde seine eigene Schuld.

Nun gilt es, die Bismarcksche Erbschaft anzutreten, das Gute derselben festzuhalten und weiterzuführen, das Schlimme von nun an zu vermeiden, zu bessern und allmählich abzustreifen. Das bedenklichste Ergebnis der letzten zwei Jahrzehnte ist die Abnahme des deutschen Idealismus. Gewiß ist an dieser Erscheinung der ehemalige Reichskanzler nicht allein schuld; aber seine Realpolitik hat viel dazu beigetragen, daß die Schätzung der geistigen Mächte in dem neuen Deutschland gegen früher durchaus verändert ist.

Der protestantische Gedanke hat ebenso an Einfluß verloren wie die konservative Idee. Dadurch, daß zwanzig Jahre hindurch nicht das Gute, sondern die Macht gepflegt, nicht die Überzeugung, sondern der Erfolg geehrt wurde, sind die Grundsätze auf allen Gebieten des geistigen Lebens ins Wanken geraten. Und doch können in einer Zeit, die so wie die unsere von dämonischen Mächten erfüllt und vor riesengroße Aufgaben gestellt ist, nur feste Grundsätze und starke Thaten Hilfe bringen. Ob wir imstande sein werden, eine klare, prinzipielle Stellung in den beherrschenden Fragen wieder zu gewinnen, davon hängt die Zukunft ab.

Der Protestantismus ist ohne Zweifel das größte Vermächtnis der deutschen Geschichte. Nicht nur als Protest gegen Rom, sondern ebenso als klares Bekenntnis zu dem Worte Gottes, nicht als Feindschaft gegen das katholische Deutschland, sondern als Inbegriff der reformatorischen Errungenschaften muß der evangelische Geist in unserem Vaterlande lebendig und entscheidend bleiben. Deutschland steht und fällt mit der Reformation. Nun läßt sich nichts Tragischeres denken als die Stellung des Protestantismus und des Katholizismus in dem neuen deutschen Reiche. Das einige Deutschland ist im letzten Grunde das Resultat des lutherischen Geistes. Die Wahrheit dieses Satzes wird dadurch nicht widerlegt, ja nicht einmal erschüttert, daß nach der gewöhnlichen Auffassung die Reformation als die eigentliche Ursache der deutschen Spaltung gilt. Nur Mangel an Nachdenken kann diesen Irrtum nachsprechen. Das mittelalterliche Deutschland war zu keiner Zeit auch nur annähernd so geeint wie das heutige deutsche Reich. Die kirchliche Einigkeit hat das politische Deutschland nicht vor den tiefsten Zerklüftungen behüten können, und die kirchliche Spaltung ist unserem Volke schließlich zum Wege der Einigung geworden. Die mittelalterlichen Kämpfe zwischen Papst und Kaiser, zwischen Reich und Kirche haben Deutschland zerrüttet; der aus der Kirchenspaltung hervorgegangene Staatsbegriff, wie er sich vor allem in Preußen darstellte, hat die Zerrüttung überwunden, die Stämme versöhnt, die Staaten verbunden. Und so stark war diese Staatsidee, daß sie die beiden katholischen Großmächte verhältnismäßig leicht bezwang. Es muß als ein völliger Umschwung der deutschen Geschichte angesehen werden, daß schon im Jahre 1866, wenn auch nicht ohne Widerstreben, noch mehr im Jahre 1870, und zwar dann in völliger Einmütigkeit die deutschen Katholiken mit den deutschen Protestanten

zusammenwirkten, um der katholischen Hegemonie in Deutschland und Europa ein Ende zu machen. Hätte diese Verbrüderung, die auf den Schlachtfeldern geschlossen und besiegelt war, in der Friedenszeit erstarken können, vermutlich würde unsere innere Geschichte einen anderen Verlauf genommen haben. Die Herausbildung der katholischen Partei in der gegenwärtigen Stärke wäre unmöglich, das Zusammenwachsen von Elsaß-Lothringen mit dem alten Mutterlande wäre gewiß gewesen. Unter diesen Gesichtspunkten war der Kulturkampf ein unseliges Verhängnis. Er rief den katholischen Geist zu ungeheurem Widerstande auf, er schlug den katholischen Widerspruch gegen den vatikanischen Größenwahn nieder, er riß die Katholiken Deutschlands aus der eben errungenen Gemeinschaft los. Kundige sagten es voraus, daß jener Kampf mit dem Siege Roms endigen müsse. Und so ist es geschehen. Niemals seit den Tagen Luthers hat der katholische Geist in Deutschland eine ähnliche Machtentfaltung gezeigt. Die Katholiken stehen im ganzen und großen treu zum Papst. Der Gedanke der katholischen Kirche erfüllt sie und treibt zu einer starken Propaganda. In Kunst und Wissenschaft, im sozialen wie im politischen Leben stehen sie für sich und schließen sich eng zusammen. Die Wiedertaufe der Protestanten ist ebenso wie die Versagung der katholischen Trauung in Mischehen, wenn diese evangelisch eingesegnet sind, eine Kündigung jeder kirchlichen Gemeinschaft, ein Zerschneiden des Tischtuches. Diese Entwickelung hat sich vollzogen — und das ist besonders beachtenswert — während die evangelische Kirche ihre Glieder vielfach an eine falsche Philosophie, an einen rohen Materialismus, an die religiöse Gleichgiltigkeit verlor. Während Rom seine Scharen zur energischen Wirksamkeit um sich sammelte, zersplitterte sich der Protestantismus noch mehr als sonst in feindselige Richtungen; nicht einmal auf dem kirchlichen Gebiete vermochte er sich geltend zu machen; im öffentlichen und sozialen Leben erlitt er eine Niederlage nach der anderen. Und weil die evangelische Kirche ohnmächtig, die katholische mächtig war, wurde diese erhoben, jene gemißachtet. Seit dem Aufhören des Kulturkampfes, etwa seit zehn Jahren, ist die römische Macht bei uns im Aufsteigen begriffen; die Ehre, die man dem Papst und den Bischöfen bewies, die Bedeutung, welche der katholischen Sozialpolitik beigemessen wird, die Überschätzung der katholischen Missionsthätigkeit, wie sie noch vor wenig Wochen von dem Reichskommissar Ostafrikas ausgesprochen wurde: das alles

geht auf dieselbe Quelle zurück, auf die Anerkennung des katholischen Einflusses bei gleichzeitiger Geringschätzung protestantischer Hilflosigkeit. Das päpstliche Schiedsgericht in der Karolinenfrage, die Heranziehung der Kurie zur Bewerkstelligung der Septennatswahlen, die Ernennung Bischof Kopps zur internationalen Arbeiterschutzkonferenz sind die Höhepunkte dieses falschen Systems in der auswärtigen, der inneren, der sozialen Politik. Es ist unleugbar, daß die Siege über zwei katholische Großmächte die Besiegten des Schlachtfeldes zu Siegern im Volksleben gemacht haben.

Daß das so nicht weiter gehen kann, ist gewiß. Wie der Fortschritt Roms aufgehalten werden soll, ist durchaus ungewiß. Einiges ist im Werden. In dem Evangelischen Bunde haben sich die verschiedenen Richtungen unserer Kirche zur Abwehr der römischen Übergriffe, in dem Evangelisch-sozialen Kongreß zur Pflege der sozialen Angelegenheiten verbunden. Der dogmatische Streit wird zurückgestellt, die Arbeit des praktischen Christentums steht im Vordergrund. Die evangelische Gemeinde, als würde sie eben erst entdeckt, soll belebt und ausgebaut werden. Eine beachtenswerte Stimme fordert auf, einen Kirchenbund zu begründen, der den deutschen Protestantismus zu einer gemeinsamen Aktion fähig macht. Wir heißen alle diese Regungen der Besserung willkommen; auch wo sie widerspruchsvoll auftreten, wollen wir von ihrer Klärung und Ausreifung Gutes erwarten. Die Hauptsache bleibt doch, daß die evangelische Kirche selbst an Kraft und Klarheit, an Anregung und Einfluß gewinnt. Und daß hier viel Grund zur Hoffnung wäre, können wir leider nicht behaupten. Gerade an diesem Punkte hat die Bismarcksche Aera ungemein geschadet, das Staatskirchentum verstärkt und den eigentlichen Kirchengedanken verdunkelt. Wir fürchten, daß die evangelische Kirche, trotz der in ihr begonnenen Bewegungen, nicht viel leisten wird, so lange sie in der gegenwärtigen Gestalt bleibt. Die juristische Leitung, die viel zu sehr unter staatlichen Gesichtspunkten steht, die bureaukratische Verwaltung, die Nebensachen über die großen kirchlichen Aufgaben stellt, die kollegiale Schwerfälligkeit, die einen Fortschritt beinahe unmöglich macht, die völlige Beherrschung durch den Staat lassen die evangelische Kirche nicht einmal dazu kommen, sich über ihre Mißstände klar zu werden, geschweige denn sie zu überwinden.

Unsere Kirche geht in der That durch schwere Zeiten der Buße und durch starke Proben des Glaubens. Daß es an Kraft im

kirchlichen Leben und in der theologischen Wissenschaft an Freudigkeit des Wirkens und Kämpfens, an Impulsen und an Persönlichkeiten mangelt, fühlt jeder mit Schmerzen. Wie dem Mangel abzuhelfen sei, darüber fehlt jede Übereinstimmung. Mehr Freiheit und dabei mehr Bekenntnistreue, mehr persönliches Regiment und dabei mehr Eingehen auf das Volksleben, das sind unsere Forderungen für die evangelische Kirche. Aber wer soll sie prüfen, wer durchsetzen? Die Not der Zeit, des sind wir gewiß, wird zuletzt die Fürsten wie die Staatsmänner, die Geistlichen wie die Laien überzeugen, daß wir auf falschen Wegen sind, daß die Stunde des Staatskirchentums geschlagen hat, daß die weltlichen Fürsten die Kirche nicht mehr regieren können. Aber dieses Bewußtsein der Krankheit genügt nicht, wenn nicht die Erkenntnis der Heilmittel hinzukommt.

Wie die Dinge liegen, ist — menschlich gesprochen — nur von erleuchteten Fürsten eine wirksame Initiative zu hoffen. Wenn sie nicht kommt, sollten die nächsten Synoden den Ernst der Lage in Erwägung ziehen. Und ein Kirchentag müßte aus dem gesamten Deutschland berufen werden, um die Kirche der Reformation vor ihre Aufgabe zu stellen. Jedenfalls muß die Bevorzugung Roms aus Rücksichten der Macht definitiv aufhören und bei Festhaltung der staatsrechtlichen Parität doch die Pflege des evangelischen Geistes wieder lebendig werden. Mit Bismarcks Abtreten ist die Bahn frei geworden. Wer giebt nun die Losung für den neuen Tag?

Das hinter uns liegende falsche Kartell hat auch auf dem kirchlichen Gebiete verwüstend gewirkt. Konservativ und liberal sollten gleich gut und gleichwertig sein; wer weder das eine noch das andere sein mochte, war eine Zeit lang der beste Bürger. Dabei hat sich eine Charakterlosigkeit herausgebildet, die dem Christentum noch mehr schadet als der Vaterlandsliebe. Es ist ja richtig, daß die Zeit mit ihren ungeheuren sozialen Gefahren dazu angethan ist, alle, die dem sozialen und politischen Umsturz, dem nackten Unglauben wie dem siegreichen Aberglauben widerstehen wollen, zu einer großen Schar der Rettung zu vereinigen. Das ist die Wahrheit, welche dem Kartellgedanken zu Grunde lag. Dabei kann man aber den Unterschied von konservativ und liberal nicht übersehen.

Man mag die Parteien, soweit sie praktisch zusammengehen können, auch gemeinsam handeln lassen. Aber sowie man die durch-

greifenden Verschiedenheiten und Gegensätze in der konservativen und liberalen Anschauung für gleichgiltig erklärt, zerstört man die sittlichen Grundlagen des Parteilebens. Wenn von den in der ersten kaiserlichen Botschaft gegebenen Verheißungen die korporativen Genossenschaften sowie die christlichen Grundlagen des Volkslebens nicht ausgebaut, kaum angerührt sind, so liegt das an nichts anderem als daran, daß man für diese Aufgaben den Liberalismus nicht brauchen kann. Konservativ und liberal unterscheiden sich wie Solidarität und Individualismus; und auf dem sozialen wie auf dem kirchlichen Gebiet hängt von diesen Grundanschauungen jeder Schritt ab, den man thut. Es ist ein unberechenbarer Schade, daß es seit Jahren für patriotische Pflicht ausgegeben wurde, davon nicht zu reden. Rom ist ganz prinzipiell, der Umsturz ganz prinzipiell, das Judentum ganz prinzipiell, der Unglaube ganz prinzipiell. Sie alle haben prinzipiell an unserem Volke gearbeitet und werden es ferner thun. Nur der Konservativismus sollte grundsatzlos sein und grundsatzlos arbeiten. Die Christlich-Konservativen waren in Acht und Bann; sie sind auch jetzt noch nicht frei gesprochen. Man scheut sich vor ihnen und nennt sie nach wie vor Extreme, Ultras. Und doch sind sie es allein, die im Volksleben nachhaltig wirken, den zerstörenden Kräften entgegenarbeiten und für die drohenden Gefahren der Zukunft eine zuverlässige Schar bilden können. Daß Fürst Bismarck kurzsichtig oder eigenwillig genug war, dies zu übersehen, war eine nationale Gefahr. Für die Staatsgewalt, zumal in so schwierigen Zeiten, sind feste Grundsätze nötig. Mit den macchiavellistischen Mitteln der Diplomatie, des Überlistens und Überraschens, richtet man nichts aus. Eine viel größere Sorgfalt für die Pflege der inneren Verhältnisse überhaupt ist nötig, eine Politik unter dem evangelischen und dem konservativen Gesichtspunkte. Die bisherige innere Politik ist schachmatt.

Man wird sagen, daß diese Politik einen großen Erfolg errungen, nämlich die monarchischen und nationalen Ideen allgemein verstärkt hat. Wir geben das in gewissem Sinne zu, aber wir warnen dringend davor, diese Thatsachen zu überschätzen. Es erfüllt uns mit der größten Besorgnis, wenn wir gewisse Politiker die Gruppierung der Parteien lediglich unter dem monarchischen und nationalen Gesichtspunkt vollziehen sehen. Für oder wider das Königtum! — so sagen sie — das wird das Feldgeschrei der Parteien sein müssen. Aber dadurch belastet man den Thron mit einer

Aufgabe, die er nicht tragen kann. Nur ein einziger konnte sagen: Wer nicht mit mir ist, der ist wider mich. Aber selbst Christus, wo er sich mit seinen Jüngern zusammen nennt, spricht: Wer nicht wider uns ist, der ist für uns. Und er ist der Sohn des lebendigen Gottes. Eine pessimistische Verzweiflung an den Lebenskräften der Nation mag die einzige Rettung in der Staatsautorität erblicken, ein schmeichlerischer Byzantinismus die Bedeutung der Grundsätze gegenüber der bloßen Fürstenallmacht preisgeben; zuletzt wird es sich doch herausstellen, daß es im Völkerleben Angelegenheiten giebt, welche weit über das Nationale und Monarchische hinausgehen. Das Christliche übertrifft an Wichtigkeit jede Verfassung, und das Soziale reicht über den Rahmen des Nationalen hinaus. Darin liegt ja die Schwierigkeit unserer Zustände, daß die bedrohlichen Mächte entweder international oder antimonarchisch oder beides zusammen sind. Der Katholizismus und das Judentum sind international, die Demokratie und der Radikalismus sind antimonarchisch; die Sozialdemokratie ist beides, königsfeindlich und vaterlandsfeindlich.

Wie man bei diesem Stande der Dinge lediglich mit dem Gedanken der Monarchie und der Nation zu operieren gedenkt, ist uns unfaßlich. Nein! Den internationalen Mächten muß eine höhere, übergreifende Macht entgegengestellt werden, das Christentum; mit der sozialen Reform verbunden, wird es auch heute noch Wunder wirken. Macht sich die Monarchie zum starken und willigen Organ einer christlichen und sozialen Erneuerung, dann, aber nur dann wird sie den Stürmen der Zukunft gewachsen, ja überlegen sein.

Daß Staat und Kirche, weltliche und geistliche Obrigkeit, Gesellschaft und Persönlichkeit mehr als bisher zusammenwirken, darauf kommt es an. Unter dem Bismarckschen Einfluß hatte die Einigkeit dieser Mächte beinahe aufgehört; im einzelnen gelähmt, in ihrer Gesamtheit ohne Übereinstimmung, arbeiteten sie ohne durchschlagende Wirkung. Der Staat bekämpfte die Sozialdemokratie und trieb soziale Reform; die Kirche versagte ihm den Dienst, da das Christentum sich nicht in Politik mischen sollte. Die Kirche forderte Sonntagsruhe für die Beamten und Arbeiter; die Regierungspresse nannte das frivol, und der Reichskanzler setzte im Reichstage auseinander, daß der Arbeiter den Sonntagslohn nicht entbehren könne und wolle. Hier und da warf sich ein einzelner den widerchristlichen, vaterlandsfeindlichen Bestrebungen entgegen; die bürger=

liche Gesellschaft verließ ihn, und die liberale Presse griff ihn an. Die Sehnsucht nach einer Erneuerung des Volkes an Haupt und Gliedern liegt in der Luft, aber das öffentliche Leben ist von den schlechtesten Geistern beherrscht, von einer zügellosen Presse, von schamloser Theaterwirtschaft, von jüdischer Geldgier, von allgemeiner Verderbnis. Als in der vorigen Woche die junge, ehebrecherische Frau eines Postbeamten im Tiergarten Berlins ermordet war, und die Polizei an den Anschlagsäulen 300 M. zur Entdeckung des Thäters aussetzte, hing dicht daneben eine ehebrecherische Anpreisung, worin die „Goldene Hundertzehn" Strohwitwern ihre Anzüge zur eleganten Liederlichkeit anbot. Mord und Selbstmord, Ehebruch und Ehescheidung, litterarische und wirkliche Prostitution häufen sich; den christlichen Beobachter ergreift ein Gefühl, wie es in der römischen Kaiserzeit ernste Männer gehabt haben mögen. Wir sind offenbar im Verfall der Sitten und des Glaubens begriffen. Eins kommt durch das andere; mit dem gläubigen Christentum sinkt auch die Sittlichkeit. Und es ist gut, daß es so ist. Sonst könnte man denken, ein Volk dürfe die Religion verachten und gesund bleiben. Das Kapital der Frömmigkeit ist in unverantwortlicher Weise verwirtschaftet. Die deutsche Gelehrtenwelt hat in grenzenlosem Leichtsinn die Wahrheiten der Bibel bekämpft und preisgegeben. Das deutsche Bürgertum ist in seinem geistlichen Leben vielfach kalt wie Eis. Die deutsche Presse, zu sieben Achteln jüdisch oder judenfreundlich, zerstört jeden Idealismus und läßt nicht einmal eine äußere Kirchlichkeit aufkommen. Der deutsche Lehrerstand schwärmt in seiner größeren Hälfte mit dem fanatischen Dittes für ein haltloses Christentum ohne Kirche, das gar nicht möglich ist. Der deutsche Protestantismus ist kraftlos, von Kritik zerfressen, von Spaltungen durchsetzt; auch seine treuen Glieder sind bei dem großen Abfall oft ohne Hoffnung, die Geistlichen bei ihrer Erfolglosigkeit ohne Glaubensmut und Heldentum, die Laien bei ihrem Individualismus ohne Kirchengeist und Opferlust. Die Kirche besteht als Institution, aber sie wirkt keine Bekehrungen; wäre sie nicht da, unzählige würden sie nicht einen Augenblick vermissen, unzählige haben ihr schon jetzt den Rücken gekehrt. In dieser christentumslosen Stimmung liegt die größte Gefahr unseres Volkslebens. Im Katholizismus scheint es äußerlich besser zu stehen; innerlich ist auch da vieles faul. Die gegenseitige Zerfleischung der beiden Kirchen, nirgend schlimmer als auf deutschem Boden, ist ein Unglück mehr

für die heutige Welt. Sollte nicht die Gegenwart mit ihren Drohungen und Aufgaben der Kirche innerhalb unseres Volkes, den Richtungen und Parteien innerhalb des Protestantismus einen Antrieb geben, das bisherige Verhalten zu prüfen und zu ändern? Wir bedürfen einer Wiedergeburt, sonst verderben wir. Mehr oder weniger empfinden das alle, die ihr Volk und die Kirche noch lieb haben; aber der Anfang dazu wird nicht gemacht. Das christliche Leben liegt in den Wehen, aber zu einer Geburt kommt es nicht. Worauf warten wir noch? Was soll geschehen?

Seit einem halben Jahre geht durch unsere Kirche der Ruf nach Gemeindeleben. Von Pastor Sulze in Dresden ist derselbe besonders stark ausgegangen; aber es waren taube Ohren, die ihn hörten. Plötzlich, und seit den letzten Reichstagswahlen mit besonderer Aufmerksamkeit, wird der Ruf verstanden. Sulze ist liberal; aber die Orthodoxen stimmen ihm beinahe noch lebendiger zu als seine Gesinnungsgenossen. Das ist ein erfreuliches Zeichen; man nimmt das Gute, wo man es findet. Und unzweifelhaft liegt in den Sulzeschen Vorschlägen und Maßnahmen ein Moment der Besserung. Daß man in den großen Städten, von denen durch Presse und öffentliches Leben, durch Wissenschaft und Kunst ein so ungeheurer Einfluß auf das Land geübt wird, die Gemeinden verkommen ließ, war unverantwortlich. Gemeinden, wie wir sie in Berlin und anderswo haben, von 100 000 Seelen und mehr, zuweilen viel mehr, mit ganz ungenügender Zahl von Geistlichen sind keine Gemeinden, nicht einmal Parochien, sondern offizielle Zerstörungsstätten der Kirche. Man weiß nicht, was in solchen von ein paar Pastoren nicht versorgten, sondern besorgten Menschenmassen schlimmer ist, die Menge der Ungetauften und Ungetrauten oder die Menge der Konfirmierten, die jedes Jahr der sogenannten Gemeinde hinzugefügt werden, aber zum größten Teile dieselbe nur noch mehr verderben. Gegen diesen unerträglichen Zustand hat Sulze seine Stimme erhoben. Andere haben es vor und mit ihm gethan; auch in Berlin hat es an Rufern nicht gefehlt. Aber ihm war es gegeben, den Schaden nicht bloß zu bezeichnen, sondern an der Stelle, wo er stand, wesentlich zu bessern. Freilich gehört dazu eine gutbürgerliche, dem christlichen Geist nicht entfremdete Gemeinde wie die Dresdener Neustadt, und eine von dem Gedanken der Hilfe durchdrungene Persönlichkeit wie Sulze. Wollte man versuchen, in Berlin oder Hamburg in den sozialdemokratischen Quartieren 5000 Seelen

„herauszuschneiden“ und zu einer Gemeinde zu erbauen, man würde bald sehen, daß die Bausteine nicht vorhanden sind, und daß eine kleine Gemeinde mit schlechtem Geist noch unkirchlicher sein kann als eine große, in welcher der Geist der Massen nicht gemeindemäßig zum klaren Ausdruck kommt. Auch der Baumeister muß vorhanden sein, der den Aufbau bewerkstelligt, mit einem Geist voll Kraft, einem Herzen voll Liebe. Uns wundert, daß bei der Behandlung dieser Frage ein leichter und unwiderleglicher Einwurf beharrlich überhört wird, nämlich, daß wir in den kleinen Städten und auf dem Lande übersichtliche, der Pflege völlig erreichbare, auch sozial ganz gesunde Gemeinden haben, die viel toter sind als manche Berliner Gemeinde von 30- oder 50 000 Seelen. Wir stimmen Sulze durchaus bei, wenn er die Schaffung von wirklichen Gemeinden als die Grundlage fordert, auf welcher ein Neubau der evangelischen Christenheit zu vollziehen ist. Aber wir behaupten auf das bestimmteste, daß das allein noch nicht genügt. Zweierlei ist außerdem nötig, damit das Werk gelinge. Die Kirche muß der Gemeinde mit ihren eigentümlichen Kräften zu Hilfe kommen, und die Welt mit ihren feindseligen Gewalten muß von der Kirche bekämpft werden.

Der deutsche Protestantismus hat keine wahrhafte Kirche. Nicht bloß, weil er in Landeskirchen und Landeskirchlein zersplittert ist, sondern weil ihm die kirchliche Unabhängigkeit fehlt. Er ist ein Stück des Staates und Volkslebens, kein selbständiger Organismus und keine Darstellung des Reiches Gottes. Wir wissen, daß viele Evangelische in der Verfassungslosigkeit und Knechtsgestalt das Wesen des Protestantismus sehen; wir sehen darin sein Verhängnis und Unglück. Gewiß hängt von der Form in der Kirche nicht die Seligkeit der einzelnen, aber die Wirksamkeit der Gemeinschaft ab. Weil wir Evangelische unter einem völlig neuen Zeitgeiste in den alten Formen geblieben sind, darum haben wir die Güter der Reformation nicht bewahren und unser Volk nicht behüten können. Wenn wir unseren Zustand an dem siebenten Artikel des Augsburgischen Bekenntnisses messen, so müssen wir sagen, daß manche evangelische Kirchen eine Versammlung von Gläubigen und Ungläubigen sind, in welchen das Evangelium richtig und auch unrichtig gepredigt wird, die Sakramente einsetzungsmäßig und auch anders verwaltet werden. Es ist doch in der That schmerzlich, daß in der greulichen Frage der katholischen Wiedertaufe von Evangelischen

die katholische Kirche auf protestantische Religionsgesellschaften hinweisen kann, in denen kein Kirchengesetz zur rechten Wahrnehmung der kirchlichen Ordnungen verpflichtet. Gott sei Dank, wir in Preußen und viele andere Landeskirchen haben Kirchenordnungen. Wenn Rom unseren Geistlichen vorwirft, daß sie nicht biblisch taufen, so ist das eine Unwahrheit. Aber eine giltige Lehrordnung für Katheder und Kanzel haben auch wir nicht, ebensowenig eine strenge Zucht für Älteste und Synodale. Daß Männer, welche in den Ämtern der Kirche stehen, weder zum Gottesdienst noch zum heiligen Abendmahl gehen, ist doch ein ungöttliches Ärgernis; daß ein Berliner Gemeindeältester und Kreissynodale in der Kommission des Abgeordnetenhauses vor Katholiken offen erklärt, er brauche keine Kirche, ist doch eine widerchristliche Thatsache. Die kirchliche Linke wirft uns zuweilen Intoleranz und Unfreiheit vor; aber zunächst handelt es sich garnicht um das Recht der freien Richtung, um Duldung für ein Mehr oder Weniger des Glaubens, sondern um Kirchlichkeit und Unkirchlichkeit, um Religiosität und Irreligiosität. Mit gottesfürchtigen Leuten der Linken kann die Kirche leben, mit unfrommen Leugnern darf sie ihre Ämter nicht besetzen. Daß dies geschehen kann, liegt doch an dem Mangel kirchlicher Formen, unter denen sich ein Mangel kirchlichen Geistes verbirgt. Die Kirche muß ihren von der Welt unterschiedenen Geist fest besitzen und treu bewähren; keine andere Wahrheit ist stärker in der Schrift ausgesprochen als diese. Aber in manchen Stücken ist die Kirche weltlicher als die Welt. In weltlichen Ämtern wäre es doch nicht möglich, daß ein Stadtverordneter nie aufs Rathaus ginge, ein Amtsvorsteher nie ins Bureau, ein Offizier nie in den Dienst. Von solchen Flecken muß sich die Kirche reinigen. Ehe das geschieht, kann sie Einfluß nicht gewinnen. Aber so lange weltliche Mächte sie regieren, wird sich das schwerlich ändern. Die Kirche muß frei werden; das ist unser Ceterum censeo; sie muß kirchlich werden, das ist unsere Hoffnung. Erst dann wird sie in den sozialen Umsturzbewegungen dem Staat die Dienste leisten, welche sie als die Organisation des sittlich-religiösen Lebens ihm schuldig ist. Der Staat darf und muß von der Kirche eine ethische Wirksamkeit im wirtschaftlichen und sozialen Leben fordern; er fordert dieselbe auch, aber er läßt die Kirche nicht frei, so daß sie ihres Geistes nicht froh und mächtig wird.

Wir hoffen, daß nach dem Abgang des Fürsten Bismarck die gerechten Ansprüche, welche die evangelische Kirche für alle Be-

drängnisse und Schädigungen des Kulturkampfes zu machen hat, leichter Erhörung finden werden. Wir hoffen sogar, daß auf der Linken sich eine Richtung herausbilden wird, welche sich mit uns in der Forderung größerer Selbständigkeit vereinigt. Durch den Evangelischen Bund wie durch den Evangelisch-sozialen Kongreß bahnt sich in der Linken eine Scheidung an; der eine Flügel dieser Richtung will kirchlich arbeiten, der andere nicht. Jene sind der bloßen Kritik überdrüssig und verlangen nach Realitäten; diese wollen ihr negatives Dasein weiter führen. Mit jenen ist eine Verständigung denkbar, mit diesen nicht.

Gerade unter diesem Gesichtspunkt ist der Evangelisch-soziale Kongreß eine überaus bemerkenswerte Thatsache. Daß mit den bisherigen Trägern der christlich-sozialen Bewegung Angehörige der lutherischen Landeskirche, angesehene Vertreter der Ritschlschen Schule, hervorragende Glieder der Mittelpartei, bedeutende Männer der theologischen Linken zu einer evangelisch-sozialen Aktion sich vereinigten, muß als ein Ereignis von großer Tragweite angesehen werden.

Man hat ja bei den Verhandlungen die Unterschiede nicht verschwiegen; man hat sie zum Ausdruck gebracht und sich darüber hinweg die Hand gereicht. Das aus dem Kongreß hervorgegangene Aktionskomitee hat seine Thätigkeit bisher in demselben Geiste geübt. Vertreter aller Richtungen sind dem erweiterten Ausschuß beigetreten. Mit dem kommenden Herbst wird derselbe seine Arbeit energisch beginnen. Litterarische Unternehmungen im Anschluß an den Kongreß sind in der Bildung begriffen. Wir dürfen hoffen, daß die Zukunft den Protestantismus in den sozialen Kämpfen nicht so ungerüstet finde wie die Vergangenheit.

In der That stehen wir vor einer Zeit, in welcher es gelten wird, alle Kräfte zusammen zu nehmen. Der erste Oktober bringt uns das Aufhören des Sozialistengesetzes und damit eine von ungeheueren Hoffnungen getragene Rührigkeit und Propaganda der Sozialdemokratie. Wir fürchten uns davor nicht, sondern freuen uns des neuen Kampfes. Wenn wir uns die Frage stellen, wodurch der kirchliche und politische Parteihader eingedämmt, die Schläfrigkeit der bürgerlichen Kreise und die Unentschlossenheit des geistlichen Standes gemindert, die Notwendigkeit kirchlicher Selbständigkeit und volkstümlicher Arbeit zur Überzeugung gebracht werden kann, wir wissen kaum ein anderes Mittel, als daß der

Umsturz des Thrones und des Altars, der Haß gegen Kirche und Vaterland auf die bürgerliche Gesellschaft losgelassen wird, damit sie erkenne, wie schwer sie gefehlt hat. Dann wird noch einmal, vielleicht zum letzten Male die Möglichkeit sich darbieten, das verwüstete Volk auf Bahnen des Friedens zurückzuführen. Benutzen wir diese Gelegenheit, und thue jeder sein Bestes! Vergessen wir, was dahinten ist, und strecken wir uns zu dem, was vorne ist! Große Aufgaben erwarten uns! Täuschen wir die Hoffnung nicht, daß die evangelische Kirche für Deutschland noch eine Zukunft hat!

Wo? Wohin?

Januar 1891.

Das Jahr 1890 liegt abgeschlossen und übersehbar hinter uns. Welche Früchte hat es uns gebracht? Welche Lebenskeime hat es hinterlassen? Das sind Fragen, die jeder denkende Christ beim Eintritt in den neuen Zeitabschnitt sich vorlegt. Auf den ersten Blick erscheint die Antwort leicht. Fürst Bismarcks Abgang und des Kaisers persönliches Regiment haben dem vergangenen Jahre ein geschichtlich bedeutendes und scharf hervortretendes Gepräge verliehen, die Reichstagswahlen der deutschen Entwickelung für eine Reihe von Jahren gleichfalls einen charakteristischen Stempel aufgeprägt. Äußerlich ist in der That eine große Veränderung eingetreten. Ob eine glückliche? Darüber läßt sich streiten. Das Scheiden des eisernen Kanzlers wird man trotz seiner Schwächen nicht bloß eine günstige, die Zusammensetzung des Reichstages trotz alles bisherigen Entgegenkommens eine durchaus ungünstige Veränderung nennen dürfen. Dennoch ist, innerlich betrachtet, der Unterschied gegen früher nicht groß. Für die evangelische Kirche besonders ist fast alles beim Alten geblieben. Nur auf dem sozialen Gebiet ist sie endlich zur Thätigkeit aufgerufen und dem Rufe nach Kräften gefolgt. Dagegen haben ihre Selbständigkeitshoffnungen an Aussicht auf Erfüllung eher eingebüßt als zugenommen. Die katholische Kirche aber ist in Preußen wie in Deutschland sicherer, kühner denn je. Freilich hat auch sie einiges

Wasser in ihren Wein gießen müssen; in der Sperrgeldersache ist sie ungeschickt, in der Jesuitenfrage voreilig gewesen und wird in beiden Angelegenheiten sich noch gedulden müssen. Immerhin hat sie im großen und ganzen ihre kirchliche und politische Stellung kräftig behauptet, den Ansturm der Sozialdemokratie noch einmal, einige bedrohliche Punkte ausgenommen, siegreich zurückgeschlagen und auch die glaubenslosen Protestanten der politischen und sozialen Demokratie wieder unter ihren Krummstab zu einer überwältigenden Mehrheit gesammelt. Das ist Deutschland zwanzig Jahre nach dem wundervollen nationalen Aufschwung! Alle reichs-, regierungs-, kirchen- und protestantenfeindlichen Mächte sind mit einem Male wieder in der alten verhängnisvollen Stärke auf dem Plan. Es ist wahr, sie sind bis jetzt sehr manierlich. Mit dem Kaiser ist nicht zu spaßen, darum handeln sie nach Menschenmöglichkeit zu seiner Zufriedenheit. Er soll den Eindruck haben, daß sich mit der ehemaligen Opposition ebenso gut regieren lasse, wie mit der früheren regierungsfreundlichen Majorität. Inzwischen belegen sie den Volksgeist mit Beschlag und sichern oder erweitern ihr Gebiet. Unter der Gunst der Menschen und der Verhältnisse ziehen sie auf Eroberung aus; die Sozialdemokratie agitiert auf dem Lande, der Fortschritt in den Städten, das Judentum in den Großstädten, das Zentrum überall, besonders auf sozialem Boden. Demgegenüber ist das zersprengte Kartell durchaus im Nachteil, zumal es darin an jedem Zusammenschluß, an jeder wirklichen Gemeinschaft fehlt. Verständige Männer der staatserhaltenden Gruppen betonen mit Nachdruck die Notwendigkeit, daß nur eine enge Verbindung der Rechten und der Gemäßigten die im vorigen Februar verlorene Schlacht wiederherstellen kann. Die Konservativen sind auch selbstlos genug, ehrlich die Hand zu bieten, selbst wenn man ihnen, anstatt ebenso ehrlich einzuschlagen, dabei einige Finger abbeißt. Aber die liberale Presse, von den freikonservativen Blättern in gewissen Augenblicken der Aktion verständnisinnig unterstützt, vereitelt jedes wirkliche, dauernde Zusammengehen. Sowie sich die Möglichkeit auch nur von fern zeigt, die Konservativen zu schädigen oder gar die Abart „Christlich-Konservativ“ in die Pfanne zu hauen, hört jeder Gedanke an Freundschaft auf und das Feld der gemeinsamen Abwehr verwandelt sich in ein Lager von Hochkirch, wo die Freunde von gestern auf ihre Bundesgenossen schießen. Der Grund dieser unseligen Zustände liegt in der Stellung der

liberalen und halbliberalen Richtungen zum Christentum. Ihre Gleichgiltigkeit oder gar ihr Haß gegen Kirche und Bekenntnis macht es ihnen unmöglich, Bundesgenossenschaft zu halten. So ist es denn schwer denkbar, daß sie mit der Rechten zu einem grundsätzlichen Zusammenwirken kommen. Eine bestimmte brennende Frage, wie das Septennat, mag diese verschiedenen Metalle für kurze Zeit einmal zusammenschweißen, aber sie springen naturgemäß wieder auseinander, sobald das Feuer erlischt. Wir fürchten, Deutschland wird noch viel schweres Lehrgeld zahlen müssen, ehe das liberalisierte und entkirchlichte Bürgertum Verstand annimmt. Zunächst aber können wir evangelischen Christen uns nur mit Liebe und Geduld wappnen, an der Stärkung des Glaubens und des Ehrgefühls unserer Kirche arbeiten und den politischen Parteien wie dem Staate den Beweis liefern, daß wir etwas leisten. Denn darin wurzelt im tiefsten Grunde der deutsche Jammer, daß die evangelische Kirche unfähig ist, die ihr von Gott zugeteilten Aufgaben zu lösen.

Es ist doch schmerzlich, daß in dem neuen deutschen Reich der Papismus den einen Teil und das Judentum beinahe den anderen beherrscht. Zu derselben Zeit, als der Protestantismus schwach wurde, ist der Katholizismus mächtig erstarkt, hat das Judentum die bürgerlichen Kreise unterworfen. Dabei ist es ein Unglück, daß der Schade nicht einmal erkannt, geschweige denn angefaßt wird. Ähnlich wie nach dem französischen Kriege der grauenhafte Abfall des evangelischen Volkes in den großen Städten kaum die allgemeine Aufmerksamkeit erregte, jedenfalls nicht die geringste Abhilfe hervorrief, so wird auch jetzt das Heranwachsen des römischen Einflusses, das Aufkommen der jüdischen Ubermacht in den maßgebenden Kreisen seiner furchtbaren Bedeutung nach nicht gewürdigt, noch viel weniger irgendwie als eine Gefahr bekämpft. Damals hatten wir es mit einer akuten Krankheit, jetzt mit einem chronischen Leiden zu thun. Die, welche des Volkes Ärzte sein sollten, machen sich weder um jene noch um dieses große Sorge. Eine Erfindung, welche tuberkulose Menschen richtig diagnostiziert und vielleicht einen Teil derselben heilt, veranlaßt unsere Staatsmänner zu vorzeitigen und bedenklichen Ovationen; das tuberkulöse Geistesleben der Nation beunruhigt sie nicht, sie suchen weder den Bazillus der deutschen Schwindsucht zu erkennen noch das Gegenmittel zu entdecken. Die Realpolitik zweier Jahr-

zehnte hat es dahin gebracht, daß die Hygiene der Leiber wie eine Göttin verehrt, die Gesundheit des Volkslebens als Nebensache vernachlässigt wird. Man schließt beinahe absichtlich die Augen vor Zuständen, die das deutsche und evangelische Gewissen wachrufen müßten. Und das vergangene Jahr hat gezeigt, daß auch durch die klarsten Thatsachen die Erkenntnis der Not nicht geweckt wird. Die Reichstagswahlen hätten die Steuerleute des deutschen Schiffes darauf aufmerksam machen müssen, daß Klippen und Strudel da sind. Aber nein, der Kurs ist so ziemlich derselbe, und wir schiffen im Nebel weiter. Andere beklagen sich darüber, es sei nicht mehr der alte Kurs. Wir wünschten, sie hätten recht. Leider ist so ziemlich alles unverändert geblieben. Es ist in der That eines der merkwürdigsten Bilder, welches unsere heutige Lage darbietet.

Kaiser Wilhelm II. ist offenbar eine Selbstherrschernatur. Seinem Minister giebt er das Losungswort: sic volo, sic jubeo. Vor der Schulkonferenz nennt er sich den „Summepiskopus Meiner Kirche". Ohne Zweifel bedarf die Zeit kraftvoller Regenten; jedes Volk darf froh sein, dem Gott einen solchen schenkt. Hat die Monarchie darin einen Vorzug vor jeder anderen Regierungsform, daß sie in einer Persönlichkeit die ganze unermeßliche Verantwortlichkeit des Herrschers zusammenfaßt, so fordert sie von ihren Trägern starken Geist, festen Charakter, klares Gewissen. Aber wie die öffentlichen Dinge gegenwärtig liegen, kann auch ein starker Fürst nur in Gemeinschaft mit den Lebenskräften des Volkes und innerhalb der bestehenden Ordnungen seine Macht entfalten. Darum sollten alle, welche die Monarchie lieb haben, sich hüten, daraus eine Art Cäsarentum zu machen und Byzantinismus zu treiben. Cäsarismus ist das Gegenteil der echten Monarchie, Byzantinismus das Gegenteil der echten Unterthanentreue. Und doch stehen wir diesen Gefahren ziemlich nahe. Kaiser Wilhelm II. ist ein Souverän; danken wir Gott dafür! Aber er ist seit seiner Thronbesteigung mit einer Masse mittelparteilicher Broschüren überschüttet, die an Vergötterung streifen. Daß der junge Monarch mindestens ein Friedrich der Große sei, stand in vielen derselben zu lesen; einige trieben das Handwerk der Schmeichelei noch gröber. Das ist doch geradezu ein Frevel. Selbst der nationalliberale Miquel sprach, ehe er Minister wurde, nach unwidersprochenen Zeitungsnachrichten das bedenkliche Wort aus, der aufgeklärte Absolutismus sei eigentlich

das einzige für die Gegenwart brauchbare System. — Wir glauben das nicht. Gerade in den sozialen Dingen ist mit dem bloßen Absolutismus nicht vorwärts zu kommen. Gewiß haben Ereignisse des sozialen Lebens, wie das Aufhören des Sozialistengesetzes und die Entstehung der Streiks, dem Kaiser Gelegenheit gegeben, seine eigene Flugbahn zu ziehen. Er hat hier auch unseres Erachtens das Richtige getroffen. Erfüllt von sozialen Reformideen, die Ursache der mißlichen Verhältnisse in den Versäumnissen der Arbeitgeber erblickend, den Arbeitern weit entgegenkommend, aber jeden Revolutionsversuch mit eiserner Hand bedrohend, von dem Vertrauen beseelt, auch ohne Ausnahmegesetz die Beruhigung der Leidenschaften zu erreichen: so ist der Kaiser in eine neue Behandlung der sozialen Verhältnisse eingetreten. Aber um zum Ziele zu kommen, bedarf es doch der sympathischen Mithilfe von Arbeitgebern und Arbeitern, von persönlichen und sozialen Kräften, von sittlichen und religiösen Mächten. Es ist die große Aufgabe des Monarchen, sich der Ideen seiner Zeit zu bemächtigen, Anregungen zu weiteren Fortschritten zu geben und für Gesetzgebung und Verwaltung die rechten Bahnen zu beschreiten, die geeigneten Männer zu finden. Dann aber müssen die selbständigen Kräfte sich auswirken können, um die nötige Freudigkeit zur Durchführung der Ideen zu schaffen. Seit langer Zeit fehlt es uns gerade daran; und auf diesen Punkten ist noch keine Besserung zu spüren.

Fürst Bismarck hat in dem letzten Jahrzehnt seiner Amtsthätigkeit am meisten dadurch geschadet, daß er die freien Kräfte je länger, je mehr mißachtete; Freund und Feind waren zuletzt froh, als er ging. Nichts ist nötiger als die Wiederherstellung der Freudigkeit freier und starker Überzeugung. Dabei soll eine ruhige, sichere Hand in den verschiedenen Zweigen der Regierung zu spüren sein. Ja, wir meinen, daß nur dann, wenn fest und prinzipiell regiert wird, der Freiheit des einzelnen eine segensreiche Bahn eröffnet ist. Und wir fürchten, daß die Prinziplosigkeit der seitherigen Realpolitik an beidem schuld ist, an dem unbefriedigenden Opportunismus und an der mangelnden Thätigkeit freier Kräfte. Unser Volk wird regiert, aber nicht geführt. In der Regierung fehlt es an Einheit; darum fehlt es im öffentlichen Leben an Klarheit. Sollte man das herrschende System kennzeichnen, so müßte man es liberal-konservativ-absolutistisch nennen. Konservative Ideen herrschen vor, aber sie sollen liberal aussehen, um dem Volke

nicht zu mißfallen. An dem Finanzminister Miquel, der gegenwärtig die Seele der inneren Politik ist, zeigt sich das am deutlichsten. Derselbe ist einer der Führer der nationalliberalen Partei. Bei seinen Gesetzesvorlagen läßt ihn seine gesamte Partei im Stich, will er sie durchsetzen, so muß er sie mit Konservativen und Zentrum machen, die ihm helfen. Wiederum der Minister des Innern überwirft sich mit diesen Parteien um Kleinigkeiten, als sollte es zu einer Auflösung des Landtages getrieben werden. In kirchlichen Dingen sind zwei Systeme maßgebend; für die Katholiken heißt es: Begünstigung des Ultramontanismus, für die Evangelischen: Begünstigung der Mittelparteien, noch mehr Bekämpfung aller Selbständigkeitsbestrebungen. Im preußischen Landtag herrschen wesentlich konservative und evangelische Anschauungen, im Reichstag sind die katholischen und radikalen Strömungen vorwiegend. Daß bei einem solchen Durcheinander den auflösenden Richtungen, der politischen und sozialen Demokratie, der Gottlosigkeit und Freigeisterei, nicht beizukommen ist, leuchtet von selbst ein. Zu einem wirksamen Kampfe gegen jene Mächte würde ein Zusammenfassen aller vorhandenen Kräfte unter sicherer Führung gehören; aber gerade von diesem wünschenswerten Zustande sind wir weit entfernt.

Bei der Verflochtenheit des Staates mit der Kirche zeigt sich die Unklarheit des herrschenden Systems natürlich auch auf dem kirchlichen Gebiete. In den Regierungskreisen will man ohne Zweifel positiv wirken; aber man nimmt nicht die geringste Rücksicht auf die Wünsche der auf den Synoden mit überwältigender Mehrheit vertretenen Positiven. Man ist im Grunde evangelisch gesinnt, aber man bevorzugt die römische Kirche in einer geradezu verletzenden Weise. Man ruft die evangelische Kirche zur sozialen Arbeit, aber auf dem internationalen Kongreß ist kein evangelischer Geistlicher, während man einem katholischen Bischof nicht bloß den Sitz, sondern sogar den Vorsitz in einer der Kommissionen gewährt. Bodelschwingh, Wagner, Weber, auch Uhlhorn wären doch gewiß würdige Vertreter der Kirche; in der Sonntagsfrage würde jedenfalls ein Evangelischer besser geeignet sein als ein Katholik, die rechten christlichen Anschauungen zu vertreten. Aber weit entfernt, der evangelisch-sozialen Arbeit irgend eine Repräsentation zu geben, zeichnet man allein die katholischen Bestrebungen aus, die doch, wie alles Römische, einen starken hierarchischen Beigeschmack haben. — Im einzelnen

tritt dieses Messen mit verschiedenem Maßstab zuweilen recht unerwünscht hervor. Bischof Kopp wird beinahe als der Schutzgeist Preußens gefeiert, der neben ihm stehende Generalsuperintendent D. Erdmann auch in seiner Provinz Schlesien übersehen. Eine bischöfliche Anweisung zu sozialer Vereinsgründung wird mit dem höchsten Ruhm gekrönt, die treue Arbeit sämtlicher Provinzialsynoden auf diesem Gebiete mit völligem Stillschweigen übergangen. Ermutigend ist eine solche Behandlung nicht; sie wird auch keinen Segen bringen. Der Grundsatz, sichere Freunde unfreundlich zu behandeln, weil sie ja doch treu bleiben, zweifelhaften Freunden Ehren zu erweisen, um sie zu gewinnen, ist überhaupt wenig zu empfehlen. Ubertrieben angewandt, lähmt er jede Freudigkeit der That. Wir hoffen, daß auf der Generalsynode, die sich im Jahre 1891 wieder versammelt, dieser Mißstand in ehrerbietiger Energie zur Sprache kommen wird.

Dagegen sind in der Kirche selbst eine ganze Reihe von Anzeichen vorhanden, daß es vorwärts geht. Zu den Arbeiten der inneren Mission, die ihren ruhigen, gesegneten Fortgang nehmen, ist im letzten Jahre die evangelisch-soziale Thätigkeit, wie die mit dem Namen Sulzes verbundene Gemeindebewegung ergänzend hinzugetreten. Und was schon bei der Begründung und dem Ausbau des Evangelischen Bundes als ein Zeichen der Zeit erschien, daß man den dogmatischen Hader gegenüber den gemeinsamen Zielen schweigen ließ und die theologischen Unterschiede hinter die übernommene Arbeit zurückstellte, das ist auch auf dem sozialen Gebiet und in der Gemeindebewegung zu beobachten. Es verdient in der That angemerkt zu werden, daß zu dem evangelisch-sozialen Kongreß, der in Berlin mit so überraschendem Erfolg sich versammelte, nicht bloß die Ritschlsche Schule, sondern auch die kirchliche Linke ihre Vertreter entsandt hatte. Ein Schritt, der bei der Bildung des Ausschusses wie des Aktionskomitees seine weiteren Konsequenzen gezogen und beiden Körperschaften Mitglieder der Linken zugeführt hat. Es war merkwürdig zu sehen, wie dadurch der Flügel der Unversöhnlichen versucht wurde, sich von seinen alten Kameraden zu trennen. Die kirchlichen Blätter der Linken wenigstens sind mit jener Entwickelung keineswegs zufrieden und haben Artikel gebracht, die von persönlichen Verunglimpfungen gegen ehemalige Gesinnungsgenossen erfüllt waren, aber nicht vermocht haben, das bisherige Zusammenarbeiten zu stören.

Ähnlich hat die von Sulze ausgehende Gedankenbewegung alle Richtungen in ihre Kreise gezogen. Ja, man kann sagen, daß das Wahre an derselben von den positiv Kirchlichen mehr anerkannt und gewürdigt ist als von den Liberalen. So ist auch hier ein Berührungspunkt gegeben, an dem die Streitigkeiten ruhen und die Kräfte sich sammeln. Und wenn D. Sulze gegen die Angriffe des Oberstleutnants von Egidy mit der größten Kraft den Glaubenssatz verteidigt hat, daß Gott in Christo war, so offenbart sich in diesem Eintreten eine erfreuliche Annäherung an den Standpunkt der Kirche. Eben hierin sehen wir die Signatur der kirchlichen Gegenwart. Ein Teil der Linken ist der bloßen Kritik überdrüssig, sucht festes Land im Glauben wie im Wirken, giebt die Bekämpfung des Bekenntnisses auf und schlägt von sich aus eine Brücke hinüber zur Rechten. Wiederum die Rechte, ohne ihre Bekenntnisstellung irgendwie zu verändern, beurteilt die kirchlichen Dinge nicht bloß dogmatisch, reicht den kirchlich begeisterten Männern der Linken die Hand zu gemeinschaftlicher Arbeit und hofft davon eine Milderung des Streites, der die Kirche der deutschen Reformation zerrissen und um ihren Einfluß im Volksleben gebracht hat. Sollte sich schließlich aus dieser gegenseitigen Annäherung eine Trennung in der Linken ergeben, so würden wir ein solches Ereignis mit Freuden begrüßen. Denn das war bisher der unglückselige Zustand der Kirche, daß auf der Linken fromme und kirchliche Geister mit Ungläubigen und Kirchenverächtern zusammengespannt und die ersteren vielfach von den letzteren beherrscht waren. Nicht die vielgeschmähte Unduldsamkeit der Orthodoxie, sondern die religiöse Gleichgiltigkeit vieler Liberalen, die eben nur antiorthodox, aber unkirchlich waren und doch in der liberalen Partei den Ton angaben, hat den kirchlichen Parteistreit vergiftet. — Wir Männer der kirchlichen Rechten dürfen im Bekenntnis nicht einen Finger breit weichen, wir werden auch einen bekenntniswidrigen Standpunkt in der Kirche niemals für berechtigt anerkennen, aber wir können mit Männern, welche die evangelische Kirche lieb haben und dieselbe gegen Unglauben und Mißachtung ehrlich schützen helfen, praktisch zusammenarbeiten, auch wenn dieselben in ihrer Glaubensstellung noch schwankend sind. Eben diese Gesichtspunkte haben die positiv-unierte Gruppe auf der brandenburgischen Provinzialsynode bewogen, ihre Stellung zur Linken zu revidieren und zu erklären, daß sie bereit sein würde, ein Mitglied dieser Richtung in die Generalsynode zu wählen, wenn

die konfessionelle Gruppe ein Gleiches thäte. Es sei ausdrücklich bemerkt, daß nur mit dieser Bedingung zugleich der Antrag bei den Positiv-Unierten gestellt und angenommen war. Übrigens waren auch sehr angesehene Mitglieder der konfessionellen Gruppe zu demselben Zugeständnis bereit; wir möchten annehmen, daß über sechs Jahre die Zeitumstände und die kirchlichen Verhältnisse genügend geklärt sein werden, um der gesamten Rechten ein solches Vorgehen zu ermöglichen. Daß es diesmal noch nicht gelang, erscheint uns ungünstig, es erschwert den Prozeß der Scheidung auf der Linken und stört die notwendige Zusammenarbeit aller. Wenn Superintendent Tauscher in der Evangelischen Kirchenzeitung dagegen das Wort ergriffen und unsere Stellungnahme stark getadelt hat, so können wir ihm in seiner Polemik nicht folgen. Es handelt sich hier nicht um den Protestantenverein, sondern um die kirchliche Linke, die sich mit diesem Verein nicht deckt. Und wir wüßten wirklich nicht, warum wir einem kirchlich warmherzigen Mann von der theologischen Anhängerschaft Nippolds oder Lipsius' den Platz in einer Synode versagen sollten, während wir einen Ritschlianer vom linken Flügel für berechtigt halten, weil er zufällig der Mittelpartei angehört. Wir würden das für eine Prinzipienreiterei und für eine Ungerechtigkeit halten. Es ist nicht, wie wir gegen Mißdeutungen bemerken, ein Abweichen von unserer bisherigen grundsätzlichen Position, was uns zu der Konzession an die Linke veranlaßt hat, sondern der veränderte Zustand des kirchlichen und theologischen Geistes.

Selbstverständlich wird sich eine so neue Situation erst erproben und rechtfertigen müssen. Kämen die Kämpfe um das Bekenntnis wieder, so würden vermutlich auch die angeknüpften Verbindungen hier und da wieder auseinandergehen. Aber das ist gerade das Eigentümliche der kirchlichen Gegenwart, daß man nicht bloß das Richtmaß korrekter Dogmatik an die Erscheinungen des christlichen Lebens, sondern ebenso den Maßstab kraftvollen Lebens an die Gestaltungen der theologischen Erkenntnis legt. Diese Erweiterung des Gesichtskreises ist ohne Zweifel etwas Gutes; sie liegt in der Not der Zeit und bildet eine Bereicherung unserer Anschauung. Freilich wird zuletzt alles davon abhängen, ob wir mit dieser verbesserten Stellung ein stärkeres Gefühl der Kirche zu erwecken vermögen. Blieben diese Früchte aus, so würden wir alle die erfreulichen Lebenserscheinungen, so wichtig sie an sich sind, doch nicht für ausreichend halten, um der evangelischen Kirche zu ihrer für die

deutsche Entwickelung notwendigen Bedeutung zu verhelfen. Denn wir halten es für eine Selbsttäuschung, zu meinen, daß gegenüber solchen geschlossenen Massen, wie Katholizismus, Sozialdemokratie, Judenmacht, einzelne Kraftäußerungen viel ausrichten könnten. Was wir brauchen, ist eine evangelische Kirche. Und die vom Staat abhängigen, in Bruchstücke zerrissenen, von feindlichen Richtungen gespaltenen, zusammenhanglos dastehenden Landeskirchen sind keine Kirche. Weder der Evangelische Bund, obwohl er sich einmal die sich verjüngende evangelische Kirche genannt hat, noch die innere Mission, so starke Anregungen sie dem Kirchenwesen gegeben hat, weder das evangelisch-soziale Wirken, dessen entscheidungsvolle Bedeutung heute jedermann anerkennt, noch die Gemeindebewegung mit ihrem richtigen, besonders für die Großstädte anwendbaren Gesichtspunkt: nichts von alledem kann die fehlende Kirche ersetzen. In dieser Beziehung aber sind wir nicht ohne Sorge, daß wir vielfach tauben Ohren predigen. Es erscheint so hoffnungslos, in unseren staatskirchlichen Verhältnissen zu einer wirklich selbständigen Kirche zu kommen, daß man leicht das ganze Ziel aufgiebt, um nicht leeren Träumen nachzujagen. Es ist so bequem, sich um das Dasein der Kirche möglichst wenig zu kümmern und nur auf das Gemeindeleben seine Aufmerksamkeit zu richten, daß viele schon aus Bequemlichkeit den Kirchengedanken fallen lassen. Es klingt so fromm, von der Knechts- und Magdgestalt der Kirche zu reden; es ist den Großen der Welt so angenehm, die Kirche als eine ihnen subordinierte irdische Erscheinung hinzustellen; es sieht so erhaben aus, wenn man das Reich Gottes nur im Jenseits oder im Äther sucht, während man für die Kirche jeden Widersinn als unvermeidlich zugiebt, daß man schwere Arbeit hat, wenn man die protestantische Ursünde, die Gleichgiltigkeit gegen die Kirche, überwinden will. Aber wir sind gewiß, daß ebenso die uns verordneten Kämpfe gegen Roms Übergriffe und gegen die Angriffe des Unglaubens, wie die uns gestellten Aufgaben an der christlichen und sozialen Erneuerung unseres Volkslebens uns zuletzt mit Notwendigkeit darauf hindrängen müssen, uns um die Kirche zu kümmern. Gewiß macht die Stellung der evangelischen Kirche zu der weltlichen Obrigkeit, besonders zu den Fürsten und ihrem Summepiskopat, die Frage, wie zu helfen ist, besonders schwierig. Aber wenn es sich schließlich zeigen sollte, daß der Staat nicht im stande ist, die evangelische Kirche richtig zu führen, daß vielmehr unsere

Kirche an ihrer Staatskirchenform der Ohnmacht verfällt, so wird man auch willig werden anzuerkennen, daß nicht die Kirche um der weltlichen Obrigkeit willen da ist, sondern umgekehrt die Obrigkeit um der Kirche willen.

Die Frage des Verhältnisses der Kirche zum Staat bewegt noch immer für oder wider viele Herzen. Nicht überall macht man sich ihre volle Bedeutung klar, hier und da leugnet man sogar ihre praktische Wichtigkeit; dennoch ist sie in Deutschland, besonders in Preußen, die Kernfrage unserer kirchlichen Entwickelung. Unleugbar hat die Selbständigkeitsbewegung an äußerer Lebhaftigkeit abgenommen; aber desto kräftiger beschäftigt sie innerlich weite Kreise. Wenn man mit christlichen Patrioten über den unbefriedigenden Zustand der evangelischen Kirche sich unterhält, so dauert es nicht lange, und die Stellung des Staates zur Kirche steht als der Hauptfaktor dieses Zustandes im Vordergrunde jedes Gespräches. Bei unserer preußischen Loyalität und Royalität scheut man sich, öffentlich die große Angelegenheit klar zu besprechen; man kann das Staatskirchentum nicht verurteilen, ohne den Summepiskopat zu beurteilen, und davor fürchten sich viele auch von der Notwendigkeit der Änderung überzeugte Christen, weil sie in unserer von der Demokratie angefressenen Gegenwart die Monarchie zu schädigen glauben, wenn sie den Summepiskopat mit ihrer Kritik berühren. Dem gegenüber ist es eben doppelt erforderlich, die Dinge klar zu stellen. Denn der Summepiskopat hat mit den Kronrechten durchaus nichts zu thun; er ist keine Prärogative der Fürsten, sondern ein Notamt der Obrigkeit, der republikanischen wie der monarchischen. Und dies Amt ist keine Herrschaft, sondern ein Dienst. Wird es als ein Attribut weltlicher Machtfülle aufgefaßt, so verliert es jedes Recht und wird durchaus unbiblisch. Denn in der Kirche Gottes muß es dabei bleiben, daß der Vornehmste der ist, welcher am meisten dient.

Nun ist es eine geschichtlich unanfechtbare Thatsache, daß die Obrigkeit bei uns heutzutage viel weniger die Möglichkeit hat, der Kirche zu dienen, als früher. Dieselbe ist abhängig von den politischen Verhältnissen, muß auf andere Konfessionen weitgehende Rücksicht nehmen und hat auch finanziell eine sehr beschränkte Machtbefugnis. Die letzten zwei Jahrzehnte sind ein fortgehender und ununterbrochener Beweis, daß evangelische Fürsten, auch wenn sie treue Söhne ihrer Kirche sind, unter dem Zwang der politischen

Lage Dinge thun müssen, die sie als Oberhäupter ihrer Kirche eigentlich nicht thun können. Die Geschichte unseres an gottesfürchtigen Fürsten so reichen Vaterlandes kennt wenige der Kirche wohlgesinntere Könige als unseren in Gott ruhenden Kaiser Wilhelm I., der ein ebenso demütiger Christ wie ein von königlicher Verantwortlichkeit erfüllter Kirchenregent war. Und doch, wie vieles hat er gegen seinen Willen der evangelischen Kirche anthun müssen, das er gern vermieden hätte! Wie weniges hat er ihr zur Entschädigung bieten können, obwohl sein ganzes Herz darauf stand, das durch Liebe gut zu machen, was durch die Politik böse gemacht war. Man würde darüber gewiß nicht reden, wenn es sich nicht um Sein oder Nichtsein der evangelischen Kirche als der führenden Macht im religiösen deutschen Volksleben handelte. Aber es kann sich kein ehrlicher Christ die Gefahren verbergen, von welchen die Kirche der Reformation umringt ist. Geht es so weiter wie in den letzten zwei Jahrzehnten, so ist kein Zweifel, daß der Protestantismus als Kirche den schwersten Niederlagen entgegen geht. Eben darum erscheint es uns als eine heilige Pflicht, nicht zu schweigen, sondern zu reden.

Die neueste Geschichte Deutschlands ist eine Frucht der evangelischen Entwickelung. Was das katholische Deutschland vor der Reformation nie besessen hat, eine starke und von Fürsten wie Stämmen und Staaten mit Freuden begrüßte Einheit, das hat unser Vaterland unter preußischer Führung erreicht. In dem Ringen nach diesem Ziel war, wenigstens im letzten Krieg, der konfessionelle Unterschied vergessen. Katholiken und Evangelische stritten mit der gleichen Hingebung für das Vaterland; selbst in den Freiheitskriegen war die religiöse Erhebung nicht größer als in den ersten Monaten des großen nationalen Kampfes. Man hätte erwarten müssen, daß der siegreiche evangelische Geist in der nun folgenden Epoche gekräftigt seinen Lauf genommen und im heiligen Wettstreit mit der katholischen Kirche der neuen deutschen Geschichte seinen Stempel aufgeprägt hätte. Aber das Gegenteil ist geschehen; der römische Geist ist in Deutschland mächtig wie nie zuvor, der evangelische Geist ist gelähmt und weder dem Unglauben noch dem Umsturz, weder dem Katholizismus noch dem Judentum gewachsen. Weder in den gelehrten noch in den Arbeiterkreisen, weder in den Städten noch auf dem Lande vermag der Protestantismus einen irgendwie durchdringenden Einfluß zu gewinnen. An

einigen Stellen sind Spuren des Aufraffens; aber wir kommen über die Wehen nie hinaus, wir kommen nie zu einer Neugeburt. Woher dieser demütigende Zustand? Wir haben die biblische Wahrheit und können sie nicht behaupten; Rom hat seine kolossalen Irrtümer, die dem Zeitgeist ins Angesicht schlagen, und setzt sie durch. Ja, während der bekenntnistreue Protestantismus von seinen eigenen abgefallenen Kindern verleugnet und auch von der Regierung nur als Partei, oft genug ohne Wohlwollen behandelt wird, ist der römische Aberglaube im neuen deutschen Reich hoch geehrt, sehr angesehen und, äußerlich wenigstens, bei Fürsten und Volk, sogar bei Ungläubigen, recht beliebt. Rom ist frei und stark, es hat seine Kräfte gebraucht, seinen Kampf geführt, den Staat zum Nachgeben gezwungen; die evangelischen Kirchen sind unfrei und ohnmächtig, sie können einen Kampf gar nicht führen und deshalb auch nicht siegen. — Uns ist es nicht zweifelhaft, daß der Protestantismus an seiner allzu engen und falschen Verbindung mit dem Staat den Krankheitskeim in sich trägt. Für den tiefer Blickenden stellt sich zuletzt als die alles bewirkende Ursache seiner Ohnmacht das Staatskirchentum heraus. Die synodale Entwickelung aber, welche uns eine Zeit größerer Freiheit und Kraft verhieß, hat ihre Versprechungen nicht gehalten. Die synodalen Verfassungen sind überall in Deutschland mehr oder weniger, und bei uns am meisten, eine Unterwerfung der Kirche unter den Staat. Ja, was besonders zu verwundern und zu beklagen ist, auch der Summepiskopat ist in der Hand einer falschen Kirchenpolitik ein Mittel geworden, die Kirche völlig zu unterwerfen. Dies empfinden Evangelische, welche Verständnis für die Kirche haben, als eine unerträgliche Fessel, die sie zu zerbrechen trachten. Sie wollen den Summepiskopat nicht geradezu abschaffen, aber sie halten es für unerläßlich, ihn zu reformieren, damit er der Kirche ein Segen sei. Oder hätte sich die evangelische Kirche Preußens über denselben nicht bitter zu beklagen?

Ist es wahr oder nicht, daß unter der Zustimmung des Summus Episkopus in den Kulturkampf auch die völlig unschuldige evangelische Kirche unnützer Weise hineingezogen ist? Ist es wahr oder nicht, daß dabei unter Sanktion des Summus Episkopus die Grundlage der evangelischen Volkskirche zertrümmert wurde, ohne daß man den Evangelischen Oberkirchenrat auch nur hörte? Ist es wahr oder nicht, daß trotz des dringenden Wunsches des Summ-

episkopus das versprochene Gesetz betreffend die Entschädigung der ausfallenden Stolgebühren noch heute nicht gegeben ist? Ist es wahr oder nicht, daß unter dem schweigenden Beifall des Summepiskopus die Erweiterung der königlichen Patronatsrechte — wirklicher Kronrechte — gestrichen und damit ein höchst bedeutungsvoller Dienst an der Kirche unmöglich gemacht wurde? Ist es wahr oder nicht, daß wiederum unter Zustimmung des Summus Episkopus, als sich die Unhaltbarkeit des Kulturkampfes herausstellte, bei der gesetzgeberischen Erledigung desselben der Evangelische Oberkirchenrat übergangen wurde? Daß nachdem zehn Jahre hindurch ganz allein evangelische Kandidaten ihr Kulturexamen gemacht hatten, die Abschaffung desselben nur mit Papst und Bischöfen besprochen wurde? Daß nun infolge dieser Verwickelungen und Entwickelungen der Papst in auswärtigen Händeln zum Schiedsrichter angerufen, in der inneren Politik zur Hilfe herangeholt wurde? Daß seitdem die römische Kirche mit einer Auszeichnung behandelt wird, von welcher die evangelische Staatskirche nichts weiß? Daß wiederholte Beschlüsse der Generalsynode ohne Antwort bleiben, ja daß von dem Kirchenregiment und der Staatsregierung gemeinsam vorgelegte Gesetze, die von Synode und Landtag angenommen wurden, wegen des Eigensinns von Fürst Bismarck in den Akten blieben? Ist das alles wahr oder nicht? Und wenn das alles unleugbar wahr ist, dann ist es doch unmöglich zu glauben, daß der Summepiskopat, so wie er ist, eine segensreiche Einrichtung der Kirche sein kann. Die im Jahre 1871 gewährte Krönung der Synodalverfassung mit ihren falschen Grundlagen ist für alle diese Verluste kein Gegengewicht. Auch die in hohem Maße dankenswerten Zuwendungen des Staates für kirchliche Zwecke sind keine Entschädigung für die mangelnde Ehrfurcht gegen die Kirche. Und wenn man sich vergegenwärtigt, daß trotz des völligen Zusammenbruches der Staatskirche infolge des Zivilstandes von dem bestehenden Staatskirchenregiment beinahe nichts geschah, den Schaden gut zu machen, daß die Hauptstadt 6—700000 evangelische Einwanderer hatte, ohne daß das Staatskirchenregiment für ihre geistliche Verpflegung sorgte, so muß jeder Verständige zugestehen, daß unter solchen Verhältnissen die Bedingungen zu einem gesunden Wachstum der evangelischen Kirche nicht gegeben sind. Wir aber möchten, daß unsere Kirche genesen und in gesunder Weise wachsen könnte. Ist das ein Unrecht? Oder ist es unsere Pflicht, das zu

wünschen und dafür zu arbeiten? Wir glauben vor Gott und Menschen das letztere.

Allmählich durchdringt dies Gefühl auch alle Kirchenglieder, welche im Bekenntnis der Kirche stehen. Nur über das Wie ist ein Zweifel. Die einen meinen, daß der Summepiskopus, vom Ministerium und Parlament befreit, gleichsam als ein konstitutioneller Monarch der Kirche wieder die Kraft gewinnen würde, der Kirche in rechter Weise zu dienen. Die anderen halten diese Gestaltung staatsrechtlich für unmöglich und meinen, daß durch die Umbildung des Summepiskopats zum Patronat die Fehler der jetzigen Stellung zu verbessern seien. Aber beide sind der Meinung, daß der Summepiskopat aus seiner bisherigen Abhängigkeit befreit werden müsse. Diese Gedanken sind der ernstesten Erwägung wert.

Es ist bekannt, daß ein so monarchisch und kirchlich gesinnter Mann wie Stahl bald nach 1848 dem Parlamentarismus gegenüber die Aufrechterhaltung des Summepiskopats für unmöglich hielt, daß Friedrich Wilhelm IV. die Konsequenzen des Konstitutionalismus für stark genug hielt, um den Summepiskopat als eine unchristliche und unrechtliche Institution, gelegentlich noch schlimmer, zu bezeichnen. Und ein in die preußische Union und den monarchischen Sinn so tief eingetauchter Geist wie Julius Müller sprach es mit voller Klarheit aus, daß der Summepiskopat unhaltbar sei, wenn die Träger desselben zwischen Katholizismus und Protestantismus eine indifferente Stellung einnähmen. Nur sind wir gewiß nicht der Meinung, daß unsere Könige persönlich dem evangelischen Glauben neutral gegenüberstanden. Alle preußischen Monarchen dieses Jahrhunderts sind in hervorragendem Maße treue Anhänger des evangelischen Glaubens. Aber die politische Lage hat sie zuweilen zu der stärksten Begünstigung der römischen Kirche veranlaßt. Seit der König von Preußen Kaiser von Deutschland geworden ist, ist er noch mehr in Gefahr, den katholischen Fürsten und Bevölkerungen nicht bloß Gleichberechtigung, sondern Gunstbezeugungen zu gewähren, und seit das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht aus dem katholischen Volke eine kämpfende Masse, aus dem Zentrum eine der einflußreichsten Parteien gemacht hat, ist eine stark evangelische Kirchenpolitik für die preußischen Staatsmänner kaum noch möglich. Wir machen ihnen daraus keinen Vorwurf, wir ziehen daraus nur den Schluß, daß der preußische Staat die evangelische Kirche nicht mehr wie bisher regieren kann.

Sie braucht Selbständigkett, um im Volksleben die rechte, ihr angemessene Bahn zu finden und Rom gegenüber ihre Pflicht zu thun.

Man sage nicht, daß der größte Teil dieser unheilvollen Entwickelung auf Fürst Bismarcks Rechnung zu setzen ist. Zuerst der unüberlegte Kulturkampf, dann bei dem Mißlingen desselben und der dadurch geschehenen Gefährdung der deutschen Einheit der überstürzte Friedensschluß, zu all diesem die kirchliche Stellung des Reichskanzlers, der wohl für das persönliche Christentum Achtung, aber für die evangelische Kirche kein Verständnis hatte: diese Verhältnisse — so sagt man — hätten den üblen öffentlichen Zustand des preußischen Protestantismus verschuldet. Wir leugnen das nicht, aber gerade daraus geht für uns die Notwendigkeit einer Änderung hervor. Die Kirche muß in ihren kirchenrechtlichen und kirchenpolitischen Verhältnissen gesichert sein; sie kann sich nicht darauf verlassen, daß Staatsmänner und Obrigkeiten, die nach anderen Gesichtspunkten zu handeln verpflichtet sind, den Gang der öffentlichen Dinge vom Standpunkt des Evangeliums aus ansehen. Und es ist nicht die geringste Aussicht vorhanden, daß das je wieder dem Bedürfnis unserer Kirche gemäß geschehe.

Nur im Zusammenhange mit diesen allgemeinen Verhältnissen der Kirche gewinnt auch die Hofpredigerkrisis ihre rechte Beleuchtung. Es ist durchaus irrig, bei dieser Angelegenheit nur an mich zu denken; die Bedeutung derselben liegt ebenso sehr darin, daß die fälschlich sogenannte Hofpredigerpartei erschüttert, wie darin, daß ich persönlich meinen Feinden preisgegeben bin. Aber beides ist zunächst ohne Folgen. Die positive Union, so schwer in ihren Kreisen die Entlassung zweier zu ihren Führern zählender Männer empfunden wird, ist nach wie vor arbeitsfreudig und kampfesmutig; die Zugehörigkeit der Hofprediger bedingt ihren Bestand keineswegs; überdies ist die Stellung des Oberhofpredigers D. Kögel unverändert. Meine Demission aber wird von vielen meiner Freunde so sehr als eine Befreiung von hemmenden Fesseln angesehen, daß sie kaum wissen, ob dabei eine Äußerung schmerzlicher Teilnahme oder ein Segenswunsch herzlicher Ermunterung mehr am Platze ist. Jedenfalls wird über dies viel besprochene Ereignis nach beiden Seiten hin fortgesetzt so viel Unwahrheit verbreitet, daß einige Richtigstellungen nötig erscheinen.

Zuerst muß denen entgegengetreten werden, welche meinen, jeder evangelische Christ, also doch auch jeder evangelische Fürst,

habe das Recht, sich seinen Seelsorger zu suchen, wo er wolle; es sei deshalb eine unberechtigte Empfindlichkeit, aus solcher Ursache seinen Abschied zu fordern und dabei die Gemeinde zu übersehen. Nun handelt es sich aber gar nicht um persönliche Seelsorge, sondern um pfarramtliche Funktionen, zu denen die Hofprediger ausdrücklich voziert waren, andere Prediger nicht. Wird aus irgend welchen Gründen der Kreis der vorhandenen Hofprediger bei diesen Funktionen nicht bloß übergangen, sondern an ihrer Stelle ein anderer Geistlicher förmlich bestellt und diese Stellvertretung — höchst ungewöhnlich! — im „Reichsanzeiger" publiziert, so bleibt Männern von amtlichem Ehrgefühl keine andere Möglichkeit, als ihren Abschied anzubieten. Und weiter ist von Schraders und meiner Seite nichts geschehen. Wir haben unsere Demission nicht gefordert; sie dem König zu ermöglichen, war unsere Pflicht. Daß dieselbe gewünscht war, zeigte die sofortige Annahme derselben.

Die Ursache dieser Entschließung ist nicht bekannt geworden; niemand, weder im Kirchenregiment noch in der Staatsregierung, weiß ihren Grund. Es würde unschicklich sein, darüber Betrachtungen anzustellen. Die Folge des Ereignisses war ein grenzenloser Jubel aller Unkirchlichen, ein tiefgehender Schmerz in weiten kirchlichen Kreisen, eine gedämpfte Freude vieler aus der Mittelpartei. Freilich, wenn die letztere ihre Stunde für gekommen ansah, und bereits die Ernennung Dryanders zum Mitglied des Evangelischen Oberkirchenrats in die Presse gebracht wurde, so kann man zunächst nur sagen, daß der Wunsch hier wieder einmal der Vater des Gedankens war. Der neuernannte Hofprediger Kritzinger steht der Mittelpartei ebenso fern wie seine verabschiedeten Amtsbrüder. Ob bei den übrigen Besetzungen im Hofpredigeramt, sowie in den großen, inzwischen freigewordenen kirchenpolitischen Stellungen die Mittelpartei Berücksichtigung findet, muß man erst abwarten. Man hört freilich in ihren Kreisen die Meinung aussprechen, die Erhebung einiger Mittelparteiler liege jetzt in der Luft. Aber nicht immer, wenn man Morgenluft wittert, kommt auch ein glücklicher Tag. Wir wüßten nicht, womit die Mittelpartei verdient hätte, daß man ihr sagte: Freund, rücke hinauf! Auf den Provinzialsynoden ist sie so schwach vertreten gewesen, daß es ein Unrecht sein würde, ihr im Oberkirchenrat die Majorität zu verschaffen. Sollte es dennoch geschehen, würden wir uns darüber nicht wundern. — Übrigens können wir aus zuverlässiger Quelle mit-

teilen, daß der Abgang sowohl von Präsident D. Hermes wie von Präsident D. Hegel mit der Hofpredigerkrisis garnichts zu thun hat. Nur ein zeitliches Zusammentreffen, nicht ein sachlicher Zusammenhang verbindet alle diese Ereignisse. Kirchenpolitische Folgerungen wird man erst dann daraus ziehen können, wenn sich herausstellt, welcher Farbe der Nachfolger von D. Hermes angehören wird. Steht derselbe auf der kirchlichen Rechten, so würde die Linke wie die Mitte sich umsonst gefreut haben. Es wird nicht für unchristlich angesehen werden, wenn wir dies wünschen.

In diesem ganzen Wirrwarr von Thatsachen und Vermutungen, Wünschen und Hoffnungen ist meine Entlassung Gegenstand wilder Mythologie geworden. Ein amtlicher Grund ist auch hier im besonderen weder angegeben noch bekannt geworden. Es ziemt sich deshalb, hierbei ebensowenig wie bei der gesamten Hofpredigerkrisis Vermutungen zu hegen. Da aber Irrtümer und Unrichtigkeiten auch von solchen, die es wissen müßten, darüber ausgesprochen sind, so wird es gestattet sein, dieselben aufzuklären. Es heißt, ich sei ohne Urlaub nach Baden gegangen, obwohl mir auswärtige Vorträge verboten seien. Das erstere ist richtig; aber sowohl ich wie meine Amtsbrüder haben seit unvordenklichen Zeiten für eine Reise von einigen Tagen im deutschen Reich niemals Urlaub eingeholt. Das zweite ist unrichtig. Niemals sind meine Reden im Inlande verboten; nur für das Ausland — Wien und Basel — ist mir zweimal das Abhalten von Vorträgen, sogar von Stadtmissionsvorträgen untersagt, aber ohne irgendwelche Einschränkung für die Zukunft.

Es ist weiter gesagt, ich hätte in Baden die mir seit zwei Jahren gezogenen Grenzen meiner Thätigkeit nicht inne gehalten, vielmehr dort so antisemitisch und zugleich kartellfeindlich geredet, daß die dortige Regierung sich über mich in Berlin beschwert habe. Das letztere ist kaum glaubhaft, da das erstere nicht wahr ist. Als ich vor zwei Jahren vor die Frage gestellt wurde, ob ich mein Amt oder meine öffentliche Thätigkeit aufgeben wolle, war ich sofort bereit, und zwar mit der größten Willigkeit, den politischen Parteikampf in Berlin, bei dem während der Kartellherrschaft doch nichts herauskommen konnte, aufzugeben; dagegen habe ich mir die christlich-soziale Thätigkeit ausdrücklich vorbehalten und erklärt, lieber mein Amt aufzugeben als mich zum Verzicht auf meine öffentliche Wirksamkeit zwingen zu lassen.

Es ist dann auch in der That nichts Weiteres von mir gefordert, als was ich selbst angeboten hatte, nämlich: meine politische Thätigkeit innerhalb der „Berliner Bewegung“ einzustellen und mein öffentliches Wirken lediglich auf das religiöse, patriotische und soziale Gebiet zu beschränken, und zwar auf das letztere, soweit es unter den Gesichtspunkt des Christentums, der Kirche und der inneren Mission falle. Von der Thätigkeit außerhalb der Berliner Bewegung ist überhaupt nicht die Rede gewesen. Doch habe ich mich auch außerhalb Berlins seitdem im Rahmen jener Beschränkungen gehalten. Selbst als im vorigen Jahre die Reichstagswahlen das von mir vorausgesehene und vorausgesagte unheilvolle Ergebnis hatten, habe ich in meinem öffentlichen Auftreten jene Grenzen nicht überschritten. Auch in Baden habe ich nicht anders gehandelt. Eine dort vorhandene Judenfurcht oder — soll man lieber sagen — Judenehrfurcht hat allerdings über meine Rede in Villingen Märchen erzählt; auch die nationalliberale Empfindlichkeit und Unsicherheit hat in meinen Karlsruher Worten Kartellfeindschaft gewittert. Glücklicherweise sind beide Ansprachen stenographiert, so daß jedermann dieselben nachsehen kann. In Villingen habe ich nur den bekannten Ausspruch von Lassalle erzählt: „Zweierlei hasse ich, Juden und Litteraten; leider bin ich beides —“ und die Judenpresse gestreift, im übrigen mich bemüht, nicht bloß deutsche Kaisertreue, sondern auch badische Fürstentreue in die Herzen zu pflanzen. Folgendes sagte ich wörtlich über den Großherzog von Baden:

„Dabei denke ich auch an Karlsruhe, an die unserem Kaiserhaus so nahe stehende Fürstenfamilie, an Ihren Großherzog, den um das deutsche Vaterland so hochverdienten Fürsten. Er war es, der den ersten Schritt zum Kaisertum that, der mit seltenem Patriotismus sich abmühte, alle Schwierigkeiten wegzuräumen, und dann bei der Kaiserproklamation in Versailles das erste Hoch auf den neuen deutschen Kaiser ausbrachte. Er war es, der während der kurzen Regierungszeit Kaiser Friedrichs mit Geduld und Weisheit zwischen dem Hof und Bismarck ausglich. Und als der junge Monarch auf den Thron kam, und alle Welt fragte: Was wird es jetzt geben, was wird aus Deutschland werden? da war es wieder Ihr Großherzog, der auf dem Plan erschien. „Jetzt müssen wir helfen,“ wandte er sich an die anderen Fürsten, „jetzt müssen wir uns um den jungen Kaiser scharen und der ganzen Welt, den Feinden draußen und drinnen, zeigen, daß das

deutsche Reich nicht wieder auseinanderbricht.“ Und sie kamen alle nach Berlin zur Eröffnung des ersten Reichstages. Nur einer fehlte, der konnte nicht kommen. Alle, auch die katholischen Fürsten, der Bayer und der Sachse, wohnten dem Gottesdienste in der evangelischen Schloßkirche bei, obgleich auch in der katholischen Hedwigskirche Gottesdienst war. Sie wollten damit aller Welt und insbesondere dem deutschen Volke zeigen: In einer solchen Stunde kommt es auf die Konfession nicht an. Als der junge Kaiser mit den Fürsten in den Weißen Saal trat, gingen hinter ihm die beiden Könige und so weiter zu zwei und zwei die anderen Fürsten. Da wurde dem jungen Kaiser wohl bange, daß er, der junge Herr, nun der erste von allen sein sollte. Er trat deshalb — so erzählte man — einen Schritt zurück und ging nun zwischen, nicht vor den beiden Königen.“ Unmöglich kann doch ein solches Wort im deutschen Reich zu Anklagen Veranlassung geben. Ist es geschehen, so kann nur Verleumdung im Spiel sein.

In Karlsruhe aber habe ich die soziale Frage als konservativer Abgeordneter behandelt und dabei den Parteistreit durchaus vermieden. Der politische Nationalliberalismus ist von mir lediglich historisch, und zwar nach seinen Verdiensten behandelt, der ökonomische Liberalismus allerdings wesentlich ungünstig beurteilt, jedoch nicht anders, als es z. B. in der Denkschrift des Zentral-Ausschusses geschehen ist. Aber — und das wird nun zu einer Anklage gestempelt — ich habe im vertrauten Kreise beim Mittagsmahl der Konservativen einen Scherz gemacht. Ich sagte harmloser Weise, daß ich sehr erfreut sei, bei meiner Reise durch Baden bemerkt zu haben, daß die badischen Eisenbahnen jetzt rechts statt links führen, und daß ich hoffte, der badische Staatswagen werde auch einmal so fahren. Es ist lächerlich, aber wahr, daß dieser harmlose Scherz von Byzantinern zu einem Verbrechen aufgebauscht wurde. Sollten wir wirklich im neuen deutschen Reich so tief in die Unfreiheit hineingeraten sein, daß solcher Scherz einem das Amt kosten könnte, — dann fahr' wohl, deutsche harmlose Gemütlichkeit!

Über den weiteren Grund, daß meine Stellung zum Summepiskopat der Anlaß zu der Krisis gewesen sei, verliere ich kein Wort. Seit zwanzig Jahren stehe ich, so wie ich noch heute stehe, vor fünfzehn Jahren schon habe ich in der „Neuen Evang. Kirchenzeitung“ dieselben Anschauungen kund gegeben und seit sechs Jahren in meinem Buch „Christlich-Sozial“ offen abdrucken lassen. Ich

will es nicht glauben, daß dies den Grund zur Erschütterung meiner Stellung gegeben habe. Aber daß sogar die „Konservative Monatsschrift" diese Meinung aufstellen und verteidigen kann, ist ein bedenkliches Symptom der Lage.

Am meisten verbreitet und anerkannt ist die Auffassung, daß es sich für einen Prediger, besonders für einen Hofprediger nicht schicke, im politischen Parteikampf zu stehen. Dieser Grund erscheint mir als der am wenigsten triftige. Ich stand ja seit zwei Jahren garnicht mehr im Parteikampf, und meine sozialen Ideen, für die ich dreizehn Jahre gekämpft habe, sind gerade jetzt Gemeingut der gesamten Kirche geworden. Was aber den Kampf für Christum und die Kirche, für Thron und Vaterland betrifft, so wurde derselbe in den siebziger Jahren, als Berlin in Kirchenfeindschaft und Umsturz unterging, garnicht verurteilt. Erst als ich den Vater dieser beiden Übel, das Judentum, angriff, erhob sich in den kapitalistischen und kirchenlosen Schichten der staatserhaltenden Kreise der Gegensatz. Zuletzt hat eine falsche Kartellpolitik mit dem Judentum gemeinsame Sache gemacht und die politische Lage verdorben. Der 20. Februar 1890 hätte darüber die Augen öffnen sollen; leider hat dieser eine schwere Tag noch nicht genügt. Jene falsche Kartellpolitik — denn die richtige wollen auch wir — geht ihren Gang, dem Verhängnis entgegen. Und es sind gewiß allgemeine in dieser Situation liegende Ursachen, welche der Hofpredigerkrisis zu grunde liegen. Daß diese Krisis ein Übergang zur Gesundheit sei, glauben wir nicht. Eher fürchten wir das Gegenteil. Die christlich-konservativen Kreise Deutschlands, die unter allen Richtungen allein schlecht behandelt werden, werden freilich ihren Eifer und ihre Treue nicht verlieren; auch sind ihre Reihen durch die letzten Ereignisse nicht vermindert, sondern eher vermehrt. Aber um heute zu wirken, bedarf man eines Einflusses auf das Volk. Und im Volke haben jene Ereignisse Verwirrung angerichtet. Denn was wir brauchen, ist nicht Opportunismus und Realpolitik, sondern Klarheit und Wahrheit.

Gegenüber dieser recht unfreundlichen Behandlung, welche die Selbständigkeitsbestrebungen und die selbständigen Männer der evangelischen Kirche erfahren, tritt die Verhätschelung der römischen Kirchenfürsten und des ultramontanen Übermutes in eine besonders scharfe Beleuchtung. Das eben vorgelegte Sperrgeldergesetz ist von dieser falschen Stellung der preußischen Staatsregierung zu Rom

ein neuer und durch sein geradezu unglaubliches Entgegenkommen verblüffender Beweis. Jeder fragt mit Recht, was eigentlich unsere Regierung bewogen hat, durch ein Joch zu gehen, an das vor einem halben Jahre im Ernst Windthorst schwerlich gedacht hat. — Man stelle sich doch die Lage der Dinge einmal klar vor Augen! In einem kirchenpolitischen Kampfe, den Rom durch die Unfehlbarkeitserklärung begonnen und der Staat durch eine falsche Politik verwirrt hat, sind römischen Klerikern und Instituten Staatsleistungen entzogen, auf die sie ein unzweifelhaftes Recht hatten. Aber durch Staatsgesetze wurde dies Recht aufgehoben und erlosch, sodaß während der Giltigkeit dieser Gesetze ein Anspruch auf Gewährung der Mittel nicht bestand. Daß die Gesetze irrig, zum Teil unchristlich waren, ist wahr, thut aber formell nichts zur Sache. Das Recht ist sehr oft Ungerechtigkeit, und man muß sich ihm doch willig beugen. Unzählige Male sind Menschen durch falsches Recht in Geldbuße genommen und mit Gefängnis bestraft, haben ihr Vermögen oder ihr Amt, sogar ihr Leben verloren; später stellte sich's heraus, daß die Strafen zu Unrecht aufgelegt waren, aber eine Entschädigung fand nicht statt. Es gehört zu den Tugenden des Staatsbürgers, gewiß zu den schwersten, aber auch zu den unerläßlichsten, daß er geschehenes Unrecht geduldig trägt. Unrecht leiden, sagt die heilige Schrift, ist besser denn Unrecht thun. Auch ohne Christ zu sein, hat mancher Unterthan, dem durch falsche Richtersprüche sein Glück untergraben war, sich ohne Murren in sein Geschick ergeben. Die Kirche aber sollte in der Nachfolge ihres Meisters diese Ergebung mit Freudigkeit beweisen. Hat die römische Kirche das gethan? Ein Blick auf die Geschichte der letzten anderthalb Jahrzehnte zeigt das Gegenteil. Ihre Sprecher thun sich viel darauf zu gut, daß das katholische Volk nirgend revoltiert habe. Gut, aber die Führer des Zentrums haben das Volk innerlich revoltiert. Durch einen zähen passiven Widerstand und das Entflammen aller Leidenschaften, verbunden mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht und den politischen Kombinationen, ist der Staat mürbe gemacht und überwunden. Wir könnten auch nicht wünschen, daß er gesiegt hätte. Sein Sieg wäre das Unglück der Kirche geworden, der römischen wie der evangelischen. Denn in den Gesetzen des Kulturkampfes war viel Ungerechtigkeit. Nun sind diese Gesetze gefallen, Rom hat gesiegt. Ein ungeheurer Stolz zieht durch die Kreise der deutschen Katholiken; sie sind stärker gewesen als der stärkste Staat der Welt.

Der Kulturkampf hat ihnen überdies über den vatikanischen Zwiespalt hinweggeholfen und das römische Bewußtsein unermeßlich gehoben. Vielleicht niemals in der Geschichte Roms hat ein geistig so hochstehendes Volk wie das deutsche sich so eng um seine Priester geschart, sich so bedingungslos der römischen Herrschaft ergeben. Selbst der Patriotismus der deutschen Katholiken ist, wiederum ohne Beispiel in der Geschichte, von der römischen Kurie abhängig geworden.

Was bedeuten einem solchen Zustande gegenüber für eine Kirche sechzehn Millionen Mark? Für all den inneren Gewinn wiegt dieser Verlust leicht. Wären sie im Kulturkampf konfiszziert, niemand würde jetzt ein Wort darüber verlieren. Aber durch eine irrige Gesetzgebung, verkehrt im ganzen und im einzelnen, wurden die Sperrgelder einer besonderen gesetzlichen Bestimmung vorbehalten. Die Staatsregierung, von aufrichtig versöhnlichem Geiste beseelt, bringt wirklich im vorigen Jahre einen Gesetzentwurf ein, wonach die gesperrten Gelder in Renten für Werke der römischen Kirche verwendet werden sollen. Offenbar ist das Vorgehen des Staates durchaus freundlich, auch billig. Aber das Zentrum antwortet nicht durch einen, sondern durch fünf Redner, daß der Staat mit seinem Gesetzentwurf das siebente Gebot übertrete. Anstatt der Dankbarkeit, die man erwarten konnte, findet sich in den Reihen der Katholiken eine tiefe, vermutlich erheuchelte Empörung. Dem Kultusminister, der im Abgeordnetenhause versichert, der Papst sei mit dem Gesetzentwurf zufrieden, wird der Zweifel an der Wahrheit dieser Versicherung offen in das Gesicht geschleudert. Herr v. Goßler ist mit Recht entrüstet; er beruft sich auf die Ehre der Regierung, er erklärt ein weiteres Entgegenkommen für unmöglich, für einen Fehler, den vorgelegten Entwurf als die äußerste Grenze. Umsonst! Das Zentrum schreit: Wir wollen keine Rente, sondern das Kapital; wir wollen das Geld zu freier Verwendung, nicht unter Staatskontrolle. — Wer diesen Verhandlungen beigewohnt hat, muß noch heute ein Gefühl des Ekels haben.

Kaum ein halbes Jahr darauf giebt die Regierung alles, was das Zentrum gefordert hat. Über die Wünsche des Papstes hinaus bewilligt sie, was ihr unter den schlimmsten Beleidigungen im vorigen Jahre abgezwungen werden sollte. Ihr Entwurf ist wie die Kirchenbuße eines Reumütigen. Was hat die Staatsregierung dazu bewogen? Der Ministerpräsident sagt uns, daß die Wünsche

der Bischöfe dahin gegangen seien, die sechzehn Millionen in Kapital zu bekommen, die Berechtigten davon zu entschädigen, das übrige zur freien Verwendung zu behalten, und daß sie befriedigt seien, wenn dies Gesetz angenommen würde; im vorigen Jahre sei Stoff zur Beunruhigung des katholischen Volkes geblieben, den man nun wegschaffen wolle. Ist das eine Begründung, wie sie der leitende Staatsmann der preußischen Politik geben darf? Nein und abermals nein! Der Kultusminister aber vergißt alles, was er vor wenigen Monaten gesagt hat, und macht den verzweifelten, mit Gelächter aufgenommenen Versuch, vor dem Hause der Abgeordneten zu beweisen, daß er seine Anschauungen nicht verändert habe. Sein Name steht unter diesem Entwurf, der das Gegenteil seiner vorjährigen Überzeugungen enthält, und daneben steht der Name des nationalliberalen Ministers Miquel, dem dabei, ebenso wie bei den Steuergesetzen, keiner seiner Fraktionsgenossen zustimmt. Welch ein Schauspiel! Fürst Bismarck, der unsere Politik auf diese schiefe Ebene gebracht hat, gab doch nur, wenn er wieder etwas empfing. Do ut des war seine Parole. Ein schlechtes Losungswort, aber ein begreifliches! Do et non das ist die Signatur der heutigen Politik, die unbegreiflich ist. Wenn die preußischen Katholiken wenigstens in der Zwischenzeit zwischen dem vorigen und diesem Entwurf friedlich gehandelt hätten! Aber nein, das vorige Jahr ist ausgefüllt mit unerfüllbaren Schulforderungen, mit unerträglichen Jesuitenforderungen, mit ungereimten Wiedertaufen. Die ganze Gegenwart trägt den Gedanken des bitteren Krieges zwischen Rom und Berlin, zwischen Katholizismus und Protestantismus; und wir sollen Rom die Kriegskasse füllen! Einen katholischen Juliusturm hat man nicht übel die sechzehn Millionen nach dem Entwurf der Regierung genannt. Aber es kann doch nur politischer Dilettantismus sein, der solche Türme baut, ohne die Kosten zu überschlagen.

Für die evangelische Kirche, so meint der Herr Kultusminister, werde mit dieser Verhandlung eine neue Periode beginnen. Die Stolgebührenfrage soll erledigt werden; das kleine Gesetz der letzten Generalsynode, auf das wir fünf Jahre gewartet haben, ging der Sperrgeldgesetzvorlage voran. Beide Angelegenheiten waren offenbar bestimmt, bei den Konservativen als Vorspann zu dienen. So drückte ich im Landtag meine Empfindung aus. Aber ich protestierte dagegen. Ich verwahrte mich und meine engeren Gesinnungsgenossen gegen diese ganze Politik, unter welcher die Autorität des

Staates sinkt, der evangelische Charakter Preußens verloren geht, so daß der Schade, welchen Preußen bei der evangelischen Bevölkerung Deutschlands, ja, der ganzen Welt leidet, durch die Befriedigung der katholischen Mitbürger nicht im entferntesten aufgewogen wird, zumal dieselbe doch nicht dauernd sei. Mit geringen Ausnahmen — denn den dem Zentrum leibeigenen Fortschritt rechnen wir nicht mit — war dies das Gefühl aller Evangelischen. Es ist deshalb auch nicht daran zu denken, daß der Entwurf, so wie er ist, Gesetz wird. Man muß versuchen, den wirklich Beschädigten ihren Verlust ersetzen zu lassen und den Rest zu Verwendungen der katholischen Kirche festzulegen, bei welchen für die Propaganda nichts übrig bleibt. Gelingt dies, dann mag es gehen. Denn daß dieser Zankapfel, der an die schlimmsten Verirrungen der Kulturkampfzeit erinnert, aus der Welt geschafft werde, muß allen lieb sein.

Zuletzt bleibt noch als das eigentlich Wertvolle die Frage über, wodurch Rom bei uns diese maßgebende Stellung errungen hat. Der Kulturkampf allein mit seinen Fehlern hat das nicht bewirkt. Vielmehr ist es die Einigkeit der Kirche, die Autorität ihrer Bischöfe, die Freiheit ihrer Bewegung und die Kraft ihrer Agitation, auf welchen die große Position der römischen Kirche beruht. Wir Evangelischen sind uneinig; keiner gönnt dem anderen, keine Richtung der anderen einen Vorsprung. Eine Autorität haben wir nicht; der Staat ist uns keine kirchliche Autorität mehr, und die kirchliche Obrigkeit hat überhaupt keine durchgreifende Autorität. Die Freiheit fehlt uns; der Staat kann unsere Lebenslinien nicht bestimmen, und die Kirche soll ihres Geistes nicht froh werden, da ihr von oben wie von unten Argwohn entgegenkommt. Die römische Kirche hält alle Gebiete auch in der Peripherie besetzt; Politik und soziale Frage, die Presse wie das übrige öffentliche Leben sind ihre Domänen. Wir haben uns, dem Gedanken des Reiches Gottes entgegen, lediglich auf Lehren und Lehrstreitigkeiten beschränkt, so daß uns der große Raum des Volkslebens selbst vielfach verloren gegangen und durch die Einseitigkeit der Betonung auch die Lehre in eine falsche Stellung geraten ist. Gewiß ist die reine biblische Lehre, wie sie in unseren Bekenntnissen bezeugt ist, ein großer Schatz, viel wertvoller als alle römischen Herrlichkeiten. Aber auch diese Wahrheit, wie wir sie von den Vätern her besitzen, ist vielfach gefährdet. Weil wir keine Kirche haben, haben wir auch die Kraft nicht, die Wahrheit ausschließend zu bezeugen und für dieselbe Seelen zu gewinnen,

Geister zu wecken. Der Theologie fehlt es an positiv-kirchlichen Gelehrten, dem Pfarramt an volkstümlich geistgesalbten Predigern, den Gemeinden an Leben und der Kirche an Bekehrung. Hier liegt unser tiefster Schade.

Ziemlich oft tritt uns, den Vorkämpfern und Verteidigern der kirchlichen Selbständigkeitsbewegung, die Meinung entgegen, wir legten zu viel Gewicht auf die Verfassungsfragen. Man meint, daß die Freiheit der Kirche vom Staat in der Theorie freilich eine große Bedeutung habe, aber in der Praxis von wenig Belang sei; die Hauptsache sei der Glaube, gläubige Predigt, gläubige Gemeinde, gläubiger Gebetsgeist, gläubige Erfassung der Zeitfragen. Wir bestreiten dies nicht; vielmehr widerstreben wir dem Staatskirchentum, weil es die Erzeugung des Glaubenslebens hindert. Die Welt, sagt der Herr, kann den heiligen Geist nicht empfangen, denn sie kennt ihn nicht. Nun ist der Staat, obwohl wir seinen Ordnungen die göttliche Autorität selbstverständlich nicht bestreiten, doch eine Weltordnung. Die Kirche aber ist eine Gnadenordnung. Wird die Kirche vom Staat beherrscht, so steht damit das Gnadenreich unter dem Weltregiment. Man mag die Staatsobrigkeit so hochhalten, wie man will — und wir sind durchaus geneigt, ihr in dem Naturreich die höchste Stellung einzuräumen, auch die Stellung von Gottes Gnaden — so bleibt sie doch ein Stück Welt, vielleicht edle, christlich bewährte Welt, aber doch immerhin außerhalb der Gnade stehende, von dem Worte Gottes nicht bestimmte Welt. Regiert sie die Kirche, so ist die Herrschaft des heiligen Geistes nicht gesichert; die Kirche wird nach Staatsraison, nach weltlichen Gesichtspunkten geleitet. Und daran geht die evangelische Kirche als Kirche zu Grunde.

Darin, daß der heilige Geist vom Weltgeist unterschieden ist, liegt die eigentliche Kraft und Herrlichkeit des Reiches Gottes. Und die Kirche, als die sichtbare, wenn auch unvollkommene, doch zur Verwirklichung des Ideals verpflichtete Gemeinschaft der Gläubigen soll von dem Reiche Gottes etwas an sich haben. Das Staatskirchentum aber hindert, ja vernichtet die Annäherung der Kirche an das Reich Gottes. Glauben und Halbglauben, Gottesgeist und Weltgeist für gleichberechtigt zu halten, ist heutzutage die unerläßliche Anschauung des Staatskirchentums. Und weil in der Kirche das Wort des Herrn gilt, daß, wer nicht für ihn ist, wider ihn ist, muß die Übertretung einer solchen Regel die schlimmsten Folgen nach sich ziehen. Auf keinem Gebiet ist der Widersinn so groß wie auf

dem der Kirche. Kein Staatsbeamter würde mit lauter widerstrebenden Mitarbeitern seinen Beruf erfüllen wollen; niemand würde das von ihm fordern. Kein Staatsbeamter würde ernannt werden, wenn er als ein Feind der Staatsordnung bekannt wäre. In der Kirche hat ein Professor, der alle Heilsthatsachen, selbst die Auferstehung Christi leugnet, volle Lehrfreiheit und das Privilegium, die künftigen Diener der Kirche ungläubig zu machen; in der Kirche hat ein Geistlicher, der allen Heilsthatsachen widerspricht, wenn er sie nur nicht allzu offen bekämpft, die Möglichkeit, die Gemeinden zu ruinieren; in der Kirche hat ein Kirchenältester, der nie zur Kirche, nie zum heiligen Abendmahl geht, nie betet, nie die Bibel liest, keinen Pfennig für äußere oder innere Mission giebt, nicht bloß Bürgerrecht, sondern das Recht, die Kirche mit zu regieren. Wir glauben nicht, daß auf irgend einem anderen Gebiete des öffentlichen Lebens eine ähnliche Anarchie existiert. Wenn aber in dem göttlichen Reiche der Offenbarung die Anarchie berechtigt ist, warum soll in dem menschlichen Reich der Meinungen der Anarchismus unberechtigt sein?

Die evangelische Kirche ist auf dem Worte Gottes erbaut. Ihr Grund ist die Bibel, das Buch der Apostel und Propheten; ihr Eckstein ist Christus. Wenn die Autorität der heiligen Schrift geleugnet, die Gottheit Christi beanstandet wird, so hat unsere Kirche weder Baugrund noch Fundament. Nun ist es aber der Zustand unserer Theologie, daß die Göttlichkeit der Bibel verneint wird. Die Inspirationslehre ist aufgegeben. An die buchstäbliche Irrtumslosigkeit der gesamten heiligen Geschichte glaubt kein Theologe mehr. Viele stellen die Bibel mit allen frommen Büchern auf gleiche Linie. Wenn sie die volle Wahrheit sagten, würden die meisten dieselbe für nicht unterschieden von anderen Erbauungsbüchern erklären. Man ordnet das Christentum in die allgemeine menschliche Geisteswelt, die biblische Schriftstellerei in die religiöse Litteratur, die Religion des Gottessohnes in die allgemeine Religionsgeschichte ein. Man behauptet freilich, Christus sei der sündlose Mensch, die absolute Offenbarung Gottes, die völlige und unüberschreitbare Wahrheit; aber diese Behauptung steht auf Fragezeichen, wenn man die Göttlichkeit der Schrift bestreitet. Ist Christus nur ein religiöses Genie, so kann morgen ein Mensch kommen, der es mehr ist. Und man weiß ja, daß Millionen unserer Zeitgenossen dem Spiritismus, dem Buddhismus, dem Pessimismus, dem Nihilismus, dem leeren

Unglauben mehr huldigen als dem biblischen bekenntnistreuen Christentum. In der That steht für uns Evangelische viel auf dem Spiel, wenn wir in der heiligen Schrift nicht mehr die vollgiltige göttliche Wahrheit sehen. Es ist ja rührend, wenn die Halbgläubigen ihrem Christennamen zu Liebe den Menschensohn zum Gott werden lassen, den sie anbeten; aber dieser Vorgang ist doch zu unwissenschaftlich, um jemals geistiges Eigentum denkender Menschen zu werden. So reißt man die Bibel in den Staub und hat keinen Ersatz.

Aber wird die heilige Schrift ihres glaubwürdigen Charakters entkleidet — was die heutige Theologie thut — so bleibt nichts anderes übrig, als die Kirche auf das Bekenntnis zu bauen. Wer wie die römische Kirche die Tradition für wichtiger hält als die Bibel, kommt dabei nicht in Verlegenheit. Aber wir Evangelischen vermögen das nicht. Freilich sollten auch wir anerkennen, daß im wesentlichen die reformatorischen Bekenntnisse die biblische Wahrheit enthalten, wie denn überhaupt die Überzeugung von der göttlichen Führung unserer Kirche ein Glaubensartikel der Protestanten sein muß. Aber viele unserer Theologen geben sich wenig Mühe, die Wahrheit der reformatorischen Positionen zu erweisen; Menschenfündlein und wissenschaftliche Hypothesen gelten ihnen mehr als die Verteidigung der Fundamente, auf denen unsere Väter und Vorväter im Glauben gestanden haben und selig gelebt haben, selig gestorben sind. Jedenfalls sollte die Kirche ihre Bekenntnisse schützen können und die, welche in dem Glauben der Kirche nicht stehen, auch nicht zu den Ämtern der Kirche zulassen. Aber so viel Kraft hat die Kirche nicht. Und eben das Staatskirchentum ist es, welches die scharfe Geisterprüfung verwirft. Was soll denn aber aus einer Kirche werden, die auf dem Boden der heiligen Schrift nicht mehr feststeht und ihre eigenen Bekenntnisse nicht festhält? Wo hat eine solche Kirche ihre göttliche Bürgschaft? Womit will sie ihre Glieder zum Gehorsam des Glaubens führen? Es gehört doch zu den beinahe hoffnungslosen Schwachheiten unserer Kirche, daß jeder Bestreiter ihrer Wahrheiten des jubelnden Beifalls, jeder Verteidiger ihres geschichtlichen Bestandes der beinahe allgemeinen Verwerfung, daß ein leichter Husar wie Egidy der Bewunderung und ein ernster Kämpfer der Mißbilligung ausgesetzt ist. Diesen trostlosen Zustand halten wir für eine Folge des Staats- und Weltchristentums. Und eben deshalb glauben wir nicht an die Möglichkeit, daß das heutige Staatschristentum die Kräfte zur Erneuerung unseres Volkes in sich trage.

Im Grunde will man auch keine Wiedergeburt, keine Bekehrung. Man möchte so viel Christentum haben, als nötig ist, um den feuergefährlichen Umsturz zu überwinden und den feuerfesten Geldschrank zu sichern. Das Christentum der Wahrheit, weil es Wahrheit ist, gilt wenig. Man läßt sich auch Rom und die römische Irrlehre gefallen, wenn diese Irrlehre äußeren Erfolg hat. Im Grunde will man ein Christentum ad usum delphini. Und die äußerlichsten Mittel werden in Bewegung gesetzt, um ein solches Christentum zu schaffen. Eben deshalb kommt die Kirche nicht zu Kräften, das Bekenntnis nicht zur Anerkennung; und der Stand der Geistlichen, der in unserer entscheidungsreichen Zeit zusammenstehen sollte, ist äußerlich durch Abgründe geschieden, weil er im Glauben unheilbar getrennt ist. — Gewiß soll die Kirche auch die Notstände des Volkslebens erkennen und überwinden helfen; aber sie ist nicht um politischer und sozialer Ziele willen da, sondern um ihrer selbst willen. Sicherlich kann der Protestantismus niemals die äußere Einheit des Ultramontanismus erstreben, da ihm die persönliche Freiheit als ein Angebinde bei der Geburt in die Wiege gelegt ist; aber dem Katholizismus, dem Judentum, dem Umsturz, dem Unglauben gegenüber bedarf es doch der Einigkeit und der Festigkeit. Das Christentum muß wieder in seiner alles überragenden Herrlichkeit erkannt werden; der König der Könige muß mehr gelten als die Großen der Erde, und die Wahrheit, welche frei macht, muß der erste und oberste Grundsatz des Handelns sein. Was wir brauchen, ist die Schaffung neuer großer Impulse, welche das Leben der Kirche in Bewegung setzte. Daß dies heutzutage durch unsere Behörden oder gar durch Minister geschehe, glauben wir nicht. Der Geist ist wie der Wind; er weht, wo er will. Aber durch Gebet wird er herniedergeholt. Ein anderer Weg als Glauben und Beten ist nicht zu finden. Die äußeren Stützen halten nicht mehr. Die Kirche muß sich auf ihre inneren Lebensgeister besinnen, ihre Freiheit erstreben und ihren Kampf gegen die Welt durchfechten. Thut sie das, dann braucht uns um ihre Zukunft nicht bange zu sein. Denn in der unverrückten Zuversicht zu dem Herrn im Himmel und zu dem Glauben in den Herzen liegt die Hoffnung. Und diese Hoffnung läßt nicht zu Schanden werden.

Not und Hilfe.

(Juli 1891.)

Die christliche Welt befindet sich in einem unbehaglichen Zustande der Erregung. Äußere Kriege werden durch eine weise, wesentlich auf Deutschlands Schultern ruhende Politik mühsam zurückgehalten; die Kriegsdrohung steht seit dem letzten französischen Kriege, besonders durch Rußlands deutschfeindliche Stimmung, wie ein Ungewitter, das in jeder Stunde losbrechen kann, am Himmel Europas. Eigentlich ist es nur die Furcht vor einem in seinen Folgen unberechenbaren Weltbrand, welche die Mächte am ersten Losschlagen hindert; Zündstoff wäre genug vorhanden, die ganze politische Luft ist mit Elektrizität geladen, die sich in Kriegsblitzen Luft machen möchte. Inzwischen strebt die Erfindungskunst danach, die Geschütze immer gewaltiger, die Panzer immer stärker, die Gewehre immer weittragender zu machen. Modell wechselt mit Modell, Kaliber mit Kaliber; eines verdrängt rasch das andere. Gewiß sind wir der deutschen Regierung den aufrichtigsten Dank schuldig, daß unsere Waffen als die besten erscheinen. Aber erschütternd bleibt es doch, daß christliche Völker einen so großen Teil ihrer Geisteskraft darauf verwenden müssen, die Mordwaffen und Sprengstoffe unablässig zu verstärken. Es ist ja eine Art von Beruhigung, daß wir uns sagen dürfen, wir seien an dieser Lage unschuldig, da bei uns nicht die geringste Kriegslust vorherrscht, und wir nichts anderes wünschen, als das ehrlich wieder erworbene Gut von Elsaß-Lothringen zu behaupten. Andererseits kann es keinem Zweifel unterliegen, daß gerade die Verschiebung der deutschen Machtverhältnisse, das Aufkommen eines starken, einigen Deutschland die Spannung in Europa hervorgerufen hat. In dem europäischen Gleichgewicht, wie es früher bestand, sind dadurch die wichtigsten und merkwürdigsten Veränderungen eingetreten. Sonst galt Rußland als die befreundete Macht, an die wir uns anlehnten; die Verbindung mit diesem gewaltigen Riesen hat uns ein Jahrhundert hindurch gute Dienste geleistet, den Frieden gesichert und die deutsche Einigung wie die Rückeroberung der losgerissenen Reichsglieder ermöglicht; die russische Allianz war für uns ein Bündnis des Friedens; der Dreibund hat, obwohl er dem Frieden

zu dienen bestimmt ist, beständig den Krieg im Schoß. Und überaus merkwürdig ist doch in der That die Konstellation der Mächte in Europa geworden. Rußland, die souveränste Macht unseres Erdteils, im Grunde mehr ein asiatisches Despotenreich als ein europäischer Rechtsstaat, ist mit Frankreich, dem revolutionärsten Lande der Welt, auf Tod und Leben verbunden. Wiederum Deutschland, der klassische Boden der Reformation, hat das katholische Österreich, mit dem es soeben den Kampf um die deutsche Hegemonie ausgekämpft hat, und das katholische Italien, den Sitz des Papsttums, zu Bundesgenossen gewonnen und sucht durch ein gutes Einvernehmen mit der Kurie, die im Grunde dem „räuberischen" Italien feindlich und dem ältesten Kinde Roms, Frankreich, wohlgesinnt ist, den Bund zu festigen. Unzweifelhaft sind wir Deutsche durch diese wechselseitigen Veränderungen am meisten betroffen und beeinflußt. Ein gut Teil unserer falschen inneren Lage ist durch äußere Verhältnisse bedingt. Wir müssen innerhalb und außerhalb Deutschlands auf die katholische Kirche eine Rücksicht nehmen, die dem geschichtlichen Charakter und dem geistigen Wesen unseres Volkes widerstrebt. Das Aufgeben des Kulturkampfes, dessen Waffen wir übrigens heute wie immer mißbilligen, das Heranziehen des Papstes zum Schiedsrichteramt der Welt und in die innere Politik Deutschlands, die Geschenke des preußischen Hofes zu den Jubelfeiern Leos des Dreizehnten wie die Kränze auf das Grab Windthorsts: das alles sind lediglich Ereignisse, welche die äußere Lage der europäischen Dinge erzwungen hat. Dabei wundern wir uns nicht im geringsten, wenn in den letzten Wochen Stimmen der päpstlichen Presse an unser Ohr gedrungen sind, welche den Dreibund bekämpfen. Die Kurie wird niemals eine Freundin Deutschlands, besonders Preußens werden, selbst wenn wir ihr das größte Entgegenkommen zeigen; sie wird auch niemals eine Feindin Frankreichs sein können, selbst wenn in diesem zerwühlten Lande ein Kulturkampf tobte, zehnmal heißer als der unserige. Fragen wir, wie wir aus diesen großen Schwierigkeiten herauskommen sollen, so bleibt nur eine Antwort übrig: Deutschland muß in seinem Innern so einig und stark werden, daß es in sich gefestigt und nach außen mächtig, auf Gott vertrauend und seine Kräfte sammelnd seine gute Sache wider eine ganze Welt führen kann. Aber eben hier scheint sich von allen großen Schwierigkeiten die allergrößte zu erheben.

Gerade Deutschland leidet unter den Strömungen und Stimmungen der modernen Welt am meisten. Es ist gegenwärtig in einer inneren Auseinandersetzung begriffen, die man geradezu als einen Geisteskampf ums Dasein bezeichnen kann. In Politik und Sozialreform, in Religion und Sitte, in Litteratur und Kunst ringen bei uns zwei Seelen mit einander, die eine deutsch, christlich, evangelisch, die andere undeutsch, widerchristlich, romanisch. Wieder einmal, wie schon oft in der Weltgeschichte, hat das deutsche Volk für die übrigen Völker eine schwere Arbeit zu thun; es soll die zerstörenden Kräfte der antichristlichen Weltanschauung geistig überwinden. Wenn Deutschland — so schrieb wenige Jahre nach dem letzten Kriege ein edler Italiener an den Verfasser dieses Aufsatzes — den Kommunismus nicht bezwingt, so ist Europa verloren; kein anderes Volk ist dazu imstande. Im Grunde könnte man dies Wort auf alle schlimmen Erscheinungen der Gegenwart anwenden. Wir sind natürlich nicht eitel genug zu meinen, daß wir besser seien als andere Nationen. Aber es gehört zu den unleugbaren Führungen Gottes in der Geschichte, daß wir, im Herzen Europas gelegen, auch die Pulsschläge unseres Erdteils stärker fühlen. Wie auf unserem Boden im Mittelalter der Kampf zwischen Kirche und Staat, Papst und Obrigkeit, in dem Anfang der neuen Zeit der Streit zwischen Rom und Bibel, Satzung und Gewissen, beim Beginn unseres Jahrhunderts das Ringen einerseits zwischen Napoleon und Volksgeist, Revolution und Geschichte, andererseits zwischen Aufklärung und Glaube, Philosophie und Christentum bei weitem am stärksten stattgefunden hat, so ist auch jetzt wieder Deutschland in eine Gährung hineingeworfen, die uns im Bösen wie im Guten zum Mittelpunkt großer Bewegungen macht. Die alte Monarchie von Gottes Gnaden, gleichsam der befestigte Grundbesitz der preußischen Geschichte, von Kaiser Wilhelm dem Ersten in einem wundervollen Fürstenleben auf unvergleichliche Höhe gehoben, steht einem Regierungsopportunismus gegenüber, der, bald konservativ, bald liberal, mit Rom heute buhlend, morgen grollend, immer aber ohne tieferes Verständnis des lebendigen Christentums, die deutsche Volksseele ins Schwanken bringt. — Auf dem Gebiete des religiösen und geistigen Lebens wird die protestantische Auffassung der Geistesfreiheit und des Gewissens, der evangelische Gesichtspunkt der Wahrheit und der Schrift, der reformatorische Standpunkt der Geistesentwickelung und des Fortschritts zurück-

gedrängt durch eine unheimliche Begünstigung römischen Aberglaubens, die freilich bei Fürsten und Ministern, in der Presse wie in der öffentlichen Meinung nicht Sache der Überzeugung, wohl aber — beinahe noch schlimmer! — Mittel zum Zweck ist. Seele verloren, alles verloren, heißt es im Sprichwort. Verliert Deutschland und besonders Preußen den Geist der Reformation, dann ist es verloren, dann wird es zum dummen Salz, das zu nichts mehr gebraucht werden kann. — Unter diesen Krankheitssymptomen offenbart sich ein tiefes Leiden. Unser Volk hat auch durch seine glorreichen Errungenschaften der letzten Kriege noch keine Ehrfurcht vor seiner Geschichte gewonnen. Schmerzlos, oft schamlos geben deutsche Katholiken die größten Männer und Thaten der deutschen Vergangenheit der Verachtung preis. Noch schamloser lassen Protestanten, teils aus politischem Geschäftssinn, teils aus Haß oder Gleichgiltigkeit gegen das Evangelium, das ihnen noch widriger ist als Rom, diese ultramontane Herabwürdigung Deutschlands geschehen, ohne nur mit der Wimper zu zucken. Am allerschamlosesten ist es, daß ein geldgieriges, christusfeindliches, von deutscher Geistesart entblößtes Judentum je länger, je mehr zur Macht gelangt und durch sein bestechendes Geld, wie durch seine freche Presse eine Schreckensherrschaft übt, der sich zuletzt, um falsche Ruhe und falschen Ruhm zu haben, auch die Mächtigsten beugen. Dies Judentum ist nicht bloß auf der Börse und in den Redaktionen König; nein, es hat auch die Litteratur und die Theater durchseucht und geht mit seinen Gemeinheiten allerorten hausieren. „Les juifs rois de l'époque“, so nannte schon vor Jahrzehnten ein französisches Buch dies unter die Christenvölker zerstreute, herunter- und heraufgekommene Volk; dies Wort wird auch bei uns zur ekelhaften Wahrheit. — Aus all diesen Gefahren hat sich zugleich als eine innere und äußere Gefahr der soziale Umsturz erhoben. Der Mammonismus der oberen Zehntausend hat den Neid der unteren Millionen, der Luxus der Besitzenden die Gier der Nichtbesitzenden, der Krieg der Konfessionen den Zweifel der Massen, der Atheismus der Gebildeten die Gottlosigkeit der Ungelehrten, der Opportunismus der Politik die Prinzipien des Umsturzes, der Internationalismus des regierenden Judentums die Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie und die Korruption in den höheren Kreisen die Fäulnis in den tieferen Schichten gestärkt. Wir möchten nicht einen Strich zu schwarz malen; aber das

Bild, welches unser Volksleben darbietet, ist nun einmal kein Lichtbild.

Gewiß ist noch immer kein Grund zum Verzagen und Verzweifeln. Noch sind Lebenskräfte der stärksten Art in dem deutschen Volksgemüt; man muß sie nur sammeln, mobil machen und zum Kampf führen. Noch immer ist der monarchische Sinn im Volk überwiegend, die deutsche Seele wach, der reformatorische Geist lebendig, den konfessionellen Friedensgeist zu wecken, den jüdischen Dämon zu überwinden, den sozialen Umsturz zu bannen. Aber es ist hohe, vielleicht höchste Zeit, an die Arbeit zu gehen. Nur wenn alle, denen an Erhaltung von Vaterland und Christentum, von Staat und Kirche gelegen ist, sich zu der notwendigen Erneuerung eng, fest, treu zusammenschließen und wirklich den Kampf gegen die verderblichen Mächte beginnen, nur dann ist Aussicht auf Sieg. Der Führer im Kampf ist gegeben; es ist unser Kaiser im Verein mit den deutschen Fürsten. Wir stehen zu ihm. Mag manches seiner Worte, manche seiner Regierungshandlungen befremden, — gewiß ist, daß er das Reich groß und die Kirche stark sehen will. Sagen wir ihm unseres christlich-deutschen Herzens Gedanken frei und ehrerbietig heraus. Zum Byzantinismus und zum Schmeicheln ist die Zeit zu ernst. Was uns helfen kann, ist die Wahrheit, das Recht und die Kraft. Sammeln wir uns um den Thron des irdischen Königs, und treten wir betend an den Thron des Königs aller Könige! Fassen wir die Kraft ehrlicher Arbeit und den Geist lebendigen Glaubens zusammen! Unsere Zeit ist wohl krank. Aber der im Himmel und in der Ewigkeit thront, spricht: Ich bin der Herr, dein Arzt.

Was uns von allen Erscheinungen des deutschen öffentlichen Lebens am meisten besorgt macht, das sind gewisse Zeichen der Fäulnis an Stellen, die man für verhältnismäßig gesund hielt. Bald hier, bald da kommen Dinge zum Vorschein, die wir bei uns nicht erwartet hätten, und die wir nicht anders bezeichnen können als mit dem Schreckenswort: Beginnende Korruption. Der Bochumer Steuerprozeß enthüllt vor aller Augen ein Treiben, das die bürgerlichen Kreise in hohem Maße bloßstellt. Die Ahlwardtschen Schriften offenbaren Zustände, die in solchem Grade auch kundige Leute nicht kannten; die Gefälligkeiten, durch welche nach der ersten Broschüre ein Hofbeamter unseres unvergeßlichen Kaisers Wilhelm I. Titel und Orden besorgt, welche nach der zweiten hohe Staatsbeamte

einem ehebrecherischen jüdischen Großbankier erweisen, um demselben aus der Verlegenheit zu helfen, sind völlig unglaublicher Natur. Um niedrigere Kreise zu nennen, so haben die Affairen Lindau, Barnay, Sonnemann in ihrer teils hinterlistigen, teils derben Gemeinheit das sittliche Niveau tonangebender Menschen Deutschlands in einer solchen Tiefe gezeigt, daß anständige Menschen eine Empfindung des Ekels überkommt. Wie groß war einst Lindau! Wir haben ihn einmal bei einer Reichstagsgesellschaft im Hause des Fürsten Bismarck zwischen diesem und seiner Gemahlin sitzen sehen. Wie bewundert von vielen ist Barnay! Wie einflußreich Sonnemanns Zeitung! — Das Allerschlimmste ist die Bachemsche Angelegenheit in Köln. Es soll dem alten Windthorst geradezu seine letzten Lebenstage verbittert haben, daß ein hervorragender Vorkämpfer der katholischen Kirche sich so gröblich verfehlen konnte. — Man mag sagen, dies seien Einzelheiten, die über den Charakter des gesamten nationalen Lebens keine Schlüsse zulassen. Wir finden doch, daß, wenn Einzelheiten abschreckendster Natur so häufig vorkommen, das Urteil nahe liegt, es sei etwas faul im Staate Dänemark. Im Grunde beweisen alle diese Anzeichen zweierlei, daß die sittlich-religiöse Erkenntnis und Kraft, wie sie im Christentum, besonders im Protestantismus liegen, abnehmen, und daß das Geld eine teils verführerische, teils zudeckende, jedenfalls aber verhängnisvolle Gewalt auch in Deutschland auszuüben beginnt. In den maßgebenden Kreisen wird das offenbar nicht erkannt. Man ist in bureaukratischer Abgeschlossenheit befangen und würdigt diese Krankheitserscheinungen nicht genug; entweder man will oder man kann sie nicht sehen. Jedenfalls steht man den Kräften, welche dies öffentliche Verderben öffentlich zu bekämpfen suchen, eher feindlich als freundlich gegenüber; die volkstümlichen christlich-konservativen, antijüdischen, antimammonistischen Bewegungen, die einzigen, in welchen der tiefe Schade der Zeit erkannt und genannt wird, sind auch die einzigen, die absichtlich schlecht behandelt werden. Und doch liegt nur in ihrem Ideenkreise die Hilfe, die uns not thut. Unsere Zeit fordert eine große Erhebung des Geistes. Anstattdessen wird, noch ganz wie zu Bismarcks Zeit, alles opportunistisch behandelt. In der Regierung sitzen die besten Männer, aber sie treiben keine prinzipielle Politik, die allein imstande wäre, eine Umwandelung anzubahnen. Die Regierung ist bei uns noch immer der stärkste Faktor zur Bildung und Belehrung der öffentlichen

Meinung, wenn von ihr große geistige Anregungen ausgehen. Aber eben daran fehlt es ihr; sie läßt sich viel zu oft von der öffentlichen Meinung treiben, gerät dadurch in Halbheiten und muß sich gefallen lassen, daß im Grunde niemand, weder auf der Rechten noch auf der Linken, befriedigt ist. Der kühne Geist, welcher aus dem Festhalten großer Ziele stammt, ist nicht vorhanden. Auf allen Gebieten der Politik läßt sich das verfolgen.

Unsere auswärtigen Beziehungen sind friedlicher Natur, aber sie werden durch große Bescheidenheit erkauft. Von England lassen wir uns in unserem Kolonialbesitz völlig überflügeln. Österreich opfern wir die Freiheit, unsere Landwirtschaft in Notzeiten zu schützen. Frankreich nimmt sich heraus, den Besuch der Kaiserin Friedrich, der übrigens besser unterblieben wäre, zu unfeinen Kundgebungen zu benutzen. Rußland gegenüber scheint keine Macht der Erde, auch wir nicht, den Mut der Wahrheit zu haben; es ist eine tiefe Demütigung unserer Kultur, daß zwei Millionen Menschen evangelischen Glaubens ohne Widerspruch beispiellos vergewaltigt werden dürfen. Daran, daß trotzdem zwei deutsche Fürstentöchter ihr Bekenntnis der griechischen Kirche preisgegeben haben, wollen wir nur mit Schmerz erinnern. Anstatt Rußlands Glauben anzunehmen, sollte man diesem Staat, der seit einem Jahrzehnt von dem hartherzigen Fanatiker Pobedonoszew regiert wird, die europäische Gemeinschaft aufkündigen. Kein deutscher Fürst sollte den Boden Rußlands betreten; noch weniger sollten protestantische Fürsten das griechische Kreuz küssen, wie man hin und wieder erfährt.

Unsere innere Politik hat ja bedeutende Momente zu verzeichnen. Die Sozialpolitik des Kaisers bewegt sich auf den richtigen Linien und hat im Reich durch die gesetzliche Feststellung des Arbeiterschutzes einen starken Schritt nach vorwärts gethan, wenn auch die Sonntagsruhe noch nicht genügend gesichert ist. Die Steuergesetzgebung in Preußen ist gleichfalls weiter gefördert; ein liberaler Minister hat, wesentlich durch die Hilfe der Konservativen, die Selbsteinschätzung und die Progression, alte konservative Forderungen, durchgesetzt. Die Landgemeindeordnung hat eine Lücke ausgefüllt und wird hoffentlich die nachteiligen Folgen, die man von einigen Punkten des Gesetzes befürchtet, nicht bloß zeigen; vielmehr ist zu hoffen, daß sie eine Organisation des Volkes bietet, welche bei späteren unvermeidlichen Verfassungsergänzungen zu brauchen ist. — Andere Maßregeln der inneren Politik sind weniger

erfreulich. Die Vorlage des Sperrgeldergesetzes war in ihrer ersten Form, noch mehr in ihrer Begründung durch die Minister ein unbegreiflicher Fehler; erst die konservative Umarbeitung hat dieselbe erträglich gemacht. Die Lotterien zum Niederlegen der Schloßfreiheit wie zur Beschaffung der kolonialen Mittel sind Mißgriffe, die so ziemlich von allen Parteien verurteilt wurden. Was über gewisse Verwendungen des Welfenfonds an das Tageslicht gekommen ist, hat mit Recht ungeheure Aufregung hervorgerufen. So gleichen die Fehler das gethane Gute beinahe aus.

Die kirchliche Politik befriedigt am allerwenigsten. Mit dem römischen Papst und dem katholischen Episkopat geht man in Deutschland so rücksichtsvoll um, als ob Rom und Reformation auf gleicher Linie ständen. Die Angriffe der Kurie auf den Protestantismus beantwortet man mit Freundlichkeiten, die Wiedertaufe evangelischer Christen, welche den Geist der Kirche wie das Gefühl verletzen, mit Stillschweigen. Der Evangelische Oberkirchenrat antwortete einem Beschwerdeführer, es sei dagegen nichts zu machen, und verwies ihn an die öffentliche Meinung. So aufgeregt ist man über dies alles, daß Professor Beyschlag, unser bitterster Gegner in der Selbständigkeitsbewegung, den Summepiskopat auf die Dauer für unhaltbar erklärt, wenn derselbe nicht vermöge, dem evangelischen Geist sein Recht zu schaffen. Ganz richtig! Aber glaubt man, daß eine Jahrhunderte alte Einrichtung der evangelischen Kirche sich durch antikatholische Deklamationen erschüttern läßt? Glaubt D. Beyschlag, daß die von ihm geforderte Aufhebung der Parität in Deutschland jemals geltendes Recht werden kann? Nein, der deutsche Kaiser wird gar nicht anders können, als katholikenfreundlich sein. Diese nicht wieder wegzuschaffende Thatsache ist nur eine von vielen Ursachen, aus denen eine Umwandlung des Summepiskopats notwendig ist. Die einseitige Motivierung allein aus der Begünstigung der katholischen Kirche heraus wird gar nichts nützen; man muß die kirchenpolitischen Verhältnisse im Zusammenhange betrachten. Wer das Staatskirchentum prinzipiell will, der kann ihm auch nichts vorschreiben, sondern muß sich gefallen lassen, was es thut. Er verdient eben nichts Besseres als die Knechtschaft. Im übrigen wollen wir die Generalsynode abwarten und sehen, was der neue Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates und der neue Kultusminister in ihren Ressorts erringen. Daß die evangelische Kirche, so wie sie ist, weder Rom noch der Synagoge, weder dem

Unglauben noch dem Umsturz irgendwie gewachsen ist, muß auch dem blödesten Auge einleuchten. Wir wollen uns gern irren und warten schon seit zwanzig Jahren auf die thatsächliche Widerlegung unserer tief begründeten Überzeugung.

Am elendesten steht es mit der Judenfrage in den Regierungskreisen. Daß dieselben die Gefahr, welche in der Verjudung Deutschlands liegt, nicht erkennen, glauben wir nicht. Vielmehr fehlt der Mut, dieselbe energisch anzufassen. Desto lebendiger erwacht das Volk. Seit der preußische Justizminister durch sein Eintreten für den jüdischen Referendar, der durchaus mit christlichen Kollegen essen wollte, sich die Anerkennung der Juden erworben hat, ist in vielen Schichten der Bevölkerung der Gedanke zum Durchbruch gekommen, daß es so nicht weiter geht. Wie soll es aber anders werden? Das ist die große Frage, deren Lösung uns obliegt.

Wie soll es anders werden? Um eine Antwort sind wir nicht verlegen. Sie lautet also: Gegenüber der Agitation des Bösen, welche unser Volksleben unaufhaltsam verdirbt, muß eine Agitation des Guten bewerkstelligt werden, ebenso energisch, rücksichtslos, offensiv wie jene. Furchtlos und treu müssen die Patrioten und Christen unter der Fahne des biblischen evangelischen Glaubens die Zerstörer der Nation und der Kirche bekämpfen. Und zwar soll dieser Kampf, weil nach deutscher Art und Geschichte Staat und Kirche, Christentum und Volkstum zusammengehören, alle Gebiete des Volkslebens zugleich zum Schlachtfeld machen. Auf dem kirchlichen Gebiete soll Rom und der Unglaube, auf dem politischen Liberalismus und Fortschritt, auf dem sozialen Kapitalismus und Sozialdemokratie, auf dem nationalen Judentum und Kosmopolitismus, auf dem sittlichen Libertinismus und Quietismus zugleich bekämpft werden. Wohlgemerkt, man soll nicht bloß Rom oder die Sozialdemokratie, oder die Juden oder die Liederlichkeit allein, sondern ebenso den Unglauben in der eigenen Kirche, die kapitalistische satte Bourgeoisie, die vornehme Weltbürgerlichkeit, die schlaffe Bequemlichkeit christlicher und konservativer Kreise angreifen. Man soll dies thun in ungeschminkter Wahrhaftigkeit und ungefärbter Liebe, nicht aus Furcht vor der Macht oder aus Haß gegen die Person der Gegner, sondern in Hoffnung auf den Sieg des Guten und in Treue zum deutschen Christenvolk. Daß ein solcher Kampf um die Volksseele und die höchsten Güter der Menschheit in der That die Lage der Dinge verändern kann, hat an einem entscheidenden Punkte die Berliner

Bewegung gezeigt. Sie hat, was — vor zehn Jahren niemand für möglich hielt, die kirchlichen Verhältnisse der Hauptstadt völlig umgestaltet, dem Christentum in Berlin wieder eine gewisse Macht und der Stadtsynode einen kirchlichen Charakter gegeben. Sie hat im ersten Anlauf die sozialdemokratische Bewegung zurückgeschlagen, die demokratische überflügelt; sie hat im Jahre 1881 die Wahl von Sozialdemokraten verhindert, im Jahre 1884 in drei von den sechs Berliner Wahlkreisen zur Stichwahl gestanden, im Jahre 1887 über 84 000 Stimmen unter das Panier des Christentums und unter den Thron der Hohenzollern gesammelt. Das hat sie gethan nicht durch Menschenwitz, sondern durch Gotteskraft; die Menschen und Mächte, welche an diesen Ereignissen mitarbeiteten, waren nur Werkzeuge in der Hand des Höchsten, welcher seine Barmherzigkeit an des deutschen Reiches Residenz beweisen wollte. Nun ist freilich die politisch-soziale Seite der Berliner Bewegung, — nicht die kirchliche — stark ins Schwanken geraten; die Reichstagswahlen des vorigen Jahres haben die Sozialdemokratie zur offenbaren Siegerin gemacht und die christlich-konservativen Kräfte auf 37000 Stimmen heruntergebracht. Aber das ist nicht die Schuld oder der Fehler jener Bewegung, sondern lediglich die Folge unbegreiflicher Regierungsmaßregeln. Die Bismarckschen Kreise haben im Bunde mit den verblendeten Mittelparteien seit 1885 die Kraft der Bewegung absichtlich gelähmt, zuletzt hat sich der Monarch selber gegen dieselbe erklärt; seitdem ist ein Fortschritt derselben auf der patriotischen und sozial-politischen Linie unmöglich. Man kann, wenigstens in Preußen, nicht monarchische Agitation treiben gegen den Willen des Monarchen, nicht für den König arbeiten unter dem offenbaren Widerspruch des Königs; das wäre illoyal und unlogisch zugleich. So ruht denn diese Bewegung. Aber sie ist sich bewußt, daß, wenn die unnatürlichen Verhältnisse, die sie lahm legen, gewichen sind, derselbe Aufschwung des patriotischen und sozialreformerischen Geistes wiederkehren kann und wird, wenn Gott es will und seinen Segen dazu giebt.

Warum wir das schreiben? Weil wir es müssen. In den letzten Monaten ist die Berliner Bewegung, besonders ihr Begründer, so oft, so nachdrücklich, so eingehend angegriffen, und für die gegenwärtige Situation im kirchlichen und öffentlichen Leben, für den religiösen Abfall und die sozialdemokratische Übermacht verantwortlich gemacht, daß man eine längere Auseinandersetzung darüber schon

um der Wahrheit willen gestatten möge. Hier, wo es mit der Person zugleich der Sache und zwar der wichtigsten Sache, der Erneuerung von Volk und Kirche, gilt, muß man die mich betreffenden Auseinandersetzungen nicht bloß erlauben, sondern sogar fordern. Denn von den verschiedensten Seiten und in der widersprechendsten Weise sind meine Gedanken befehdet und verurteilt.

Da ist zuerst Pastor Dr. Kipper mit seinen drei, anfänglich recht interessanten, zuletzt weniger belangreichen Heften unter der Überschrift: Ich will dem Kaiser Rede stehen. Er beurteilt mich nur unter dem Gesichtspunkte des Politikers und spricht mir jede Bedeutung als Kirchenmann ab. Viele — schreibt er — ja die meisten meinen, daß ich beabsichtigt habe und berufen sei, ein neues Leben in die Kirche zu bringen; es ist nichts schiefer und falscher als das — als ebenfalls freilich auch mein Auftreten. Ich bin nichts weniger als „ein zweiter Luther", sondern lediglich und allein Volksmann, Patriot. Nur als solcher kann ich verstanden und richtig verstanden werden; erschwert wurde dies Verständnis dadurch, daß ich Geistlicher und Hofgeistlicher war, und gute Freunde, vielleicht auch ich selbst, die Meinung von mir hatten, ich würde die evangelische Kirche zu einer lebendigen Macht des Volkslebens gestalten. — Nur wenn man mich als Volksmann, Volksredner und Politiker auffaßt, wird man imstande sein, mich gegen den häßlichen Vorwurf der Heuchelei und Unwahrhaftigkeit zu verwahren. Handelte ich öffentlich in der Eigenschaft eines Reformators, so wäre ich ein papistischer Heuchler; denn ich will nicht das Christentum regenerieren, sondern auf dem Wege politischer Agitation die Kirche, wie sie ist, äußerlich nur stützen und kräftigen, ich bin Politiker und zwar in diesem Falle Kirchenpolitiker. Ich wäre weiter ein römischer Hierarch; denn ich will durch Erweiterung der rechtlichen Kompetenzen der geistlichen Oberbehörde weltliche Rechte auskehren und die Zuchtgewalt über die Organe der Kirche vermehren; ich bin ein konservativer Vertreter der Behörde, in diesem Fall der Kirchenbehörde und scheue als solcher auch nicht die Reaktion. Ich wäre weiter ein katholischer Pharisäer, denn ich übe im ganzen eine Kritik der Bibel, welche einen starken Atemschluck aus dem Geiste christlicher Freiheit verrät, halte aber im einzelnen fest am Buchstaben und lasse keinerlei Kritik an der Tradition des Dogma zu; ich bin ein lutherischer Orthodoxer von kräftig persönlicher Religiosität. Ich wäre schließlich ohne allen reformatorischen Tief- und

Fernblick; denn ich habe gegenüber der in Lehre und Leben sich so gewaltg geltend machenden Negation nichts als die Berufung auf das Bestehende; und trotz meiner politischen Erkenntnis, daß nur der Sozialismus die Sozialdemokratie überwinden werde, gründete ich einen christlichen Sozialismus nur als Gegenpartei, verlange ich alles vom Staatssozialismus, von politischen Zwangsmaßregeln und politischen Genossenschaften und mißkenne das Senfkorn der inneren Mission, die ich selbst pflege, indem ich sie nur die Magd der Kirche nenne. Ich bin ein im gegebenen Schema geschäftig und kräftig arbeitender Geistlicher vom alten Schlage ... P. Kipper ist persönlich der Meinung, daß ich durch meine Doppelstellung der evangelischen Kirche mehr geschadet als genützt habe, und da er von einer Reformation des christlichen Lebens, hervorgerufen durch eine Reformation der Kirche, eine Neugestaltung und Heilung der gesellschaftlichen Schäden aller christlichen Völker erwartet, ich aber von einer Reformation am innersten Mark der Kirche nichts wissen will, so füge er seine persönliche Überzeugung hinzu, daß ich auch im Volks- und Staatsleben nicht imstande sein werde, das Bestehende durch das Bestehende zu erhalten. Als orthodoxer Geistlicher achtet er meine Überzeugung und Thatkraft; als Volksredner freut er sich an mir und sagt: Jeder Zoll ein deutscher Mann. Ja, ich hätte wohl die persönliche Kraft gehabt, die Reformation des sechzehnten Jahrhunderts zu vollenden; aber Gott hat es nicht gewollt. — So P. Kipper. Aus vielen Stellen, die über mich handeln, wähle ich diese als die charakteristischste und im Grunde alles umfassende aus.

Was will eigentlich Stöcker? Unter diesem Titel hat ein „Nüchterner“, vermutlich ein Württemberger, „zeitgemäße Betrachtungen“ angestellt. (Stuttgart, Brennwald. 23 S. 1891.) In dieser Schrift werde ich im Gegensatz zu der vorigen nur als Kirchenmann betrachtet. Offen gestanden, ich finde die Ausführungen des Herrn Unbekannten recht einseitig. Er legt seinem Urteil nur meine beiden Anträge auf der letzten Brandenburgischen Provinzialsynode zu Grunde und die dürftigen Mitteilungen, welche über die Vertretung derselben in die Öffentlichkeit gelangt sind. Hören wir indes, was er sagt. „Wie von einer Erweiterung und Hebung ihrer Stellung (nämlich der Generalsuperintendenten) Pfarrämter und Gemeinden der evangelischen Kirchen Württembergs oder Preußens einen Gewinn und Nutzen haben sollen, darüber suche ich mir vergeblich klar zu werden. — Ist etwa die bisherige

Stellung der Generalsuperintendenten, ist etwa die kirchliche Stellung des Staatsoberhauptes für uns Pfarrer ein Hindernis an gewaltiger Predigt, eifriger Seelsorge und erbaulichem Unterricht? — Gewiß haben wir große und viele Übelstände zu beklagen, es ist aber verfehlt, dieselben ausschließlich oder vor allem von solchen Dingen abzuleiten, mit denen es der Antrag Stöckers zu thun hat. — Kann Stöcker ein Wort Christi namhaft machen, welches die von ihm beantragte Erweiterung und Hebung der Stellung der Generalsuperintendenten als eine Gewissensforderung für die evangelische Kirche erscheinen läßt? — Was aber Stöckers Kirchenpolitik verfänglich macht, das ist und bleibt seine Theologie.“ Und nun kommt der Verfasser auf den zweiten Antrag, der eine wirksame Mitwirkung der kirchlichen Oberbehörde an der Berufung von Professoren fordert; hier heißt es dann: „In der Rede über denselben hat Stöcker für einen evangelisch-theologischen Professor das Stehen auf dem Bekenntnis und das Vermeiden kritischer Seiltänzerei als wesentliche Charakterzüge gefordert. — Dann aber ist zu sagen, daß Stöckers Antrag nichts weiter bedeutet als eine Kundgebung und Kriegserklärung gegen die Freiheit der Theologie und Wissenschaft. — Hat Stöcker derartige Gelüste, so erstrebt er etwas, was nicht sein kann, wenn die evangelische Kirche evangelisch bleiben soll. Hat er sie nicht, wie manchmal Worte von ihm annehmen lassen, so bleibe er sich in seinen Reden mehr, als es bisher der Fall war, gleich und treu.“ Als ein Kuriosum, zugleich als ein Beweis, wie sehr man sich vor Zeitungsnotizen zu hüten hat, sei erwähnt, daß der Verfasser meine Bemerkungen über eine enge Verbindung mit Vater Hengstenberg, die sich auf den seligen Oberhofprediger bezog, auf den Professor deutete und in diesem Mißverständnis einen langen Exkurs über Hengstenbergsche Theologie einschaltete.

Lic. Mücke in einem weitschichtigen Werke („Die staatlich-reformatorische oder die ultramontane Lösung der sozialen Krisis“) ist der dritte meiner Kritiker. Er läßt weder an der christlich-sozialen Partei noch an dem Evangelisch-sozialen Kongreß, weder an der Stadtmission noch an meiner Kirchenpolitik ein gutes Haar und schiebt mir das soziale wie das kirchliche Kanossa Berlins — ein Lieblingsausdruck des Verfassers! — in die Schuhe. Wunderbar malt sich in diesem Kopf die Welt. Aber da nun einmal dieser Kopf die Welt zu malen unternimmt und sein Gemälde

von Unkundigen für bare Münze genommen werden könnte, so bleibt nichts anderes übrig, als das Bild auf die Wahrheit hin zu prüfen. Also zuerst das Bild, und zwar mit Mückes eigenen Pinselstrichen, auch in seinem schlechten Stil.

Bis zu meinem verhängnisvollen sozialpolitischen Auftreten im Jahre 1878 waltete die Anschauung bei den Sozialdemokraten Berlins, die Religion sei Privatsache. Es war ihnen noch ernst mit dem Punkte ihres Programms (?), daß die Religion nicht anzugreifen sei. Man befleißigte sich einer gemäßigten Sprache gegen sie, suchte im Neuen Testament und im Leben der biblischen Urgemeinde nach Anknüpfungen und Stützen für das eigene Streben, um es gewissermaßen mit dem Christentum auszusöhnen und es den Gemütern desto annehmbarer zu machen. Das wurde aber mit einem Schlage anders, als „der streitbare Hofprediger“ im Namen des Evangeliums wider die ganze Partei in die Schranken trat, gleichermaßen über alle Genossen derselben, über Rädelsführer und Mitgänger, Betrüger und Betrogene den Stab brach, sie alle über einen Leisten schlug und in seinen donnernden Feuerreden vor seinen Christlich-Sozialen die vernichtendsten Waffen über Schuldige und Unschuldige schwang, um sie auf seiner Wahlstatt ohne Pardon tödlich niederzustrecken. Die Kirche hörte dadurch auf, in den Augen der durch Bausch und Bogen Verurteilten eine himmlische Stiftung und Heilsanstalt zu sein, sank ihnen vielmehr zu einem feinen Polizeiinstitut herab. Von hier war der Schritt zum Massenatheismus leicht. Durch das herausfordernde, hämische Poltern und Räsonnieren der Christlich-Sozialen wurden die Reihen der Widersacher nicht bloß rasch verzehnfacht, sondern außerdem so sehr erbittert, daß man nun die Religion selbst blindlings bekämpfte, die unumwundene Leugnung Gottes, der Unsterblichkeit und einer ewigen Vergeltung zum Panier erhob. Die christliche Welt und vorzüglich die offizielle Kirche würde froh sein, wenn die christlich-soziale Partei sich lieber nicht gebildet hätte und ihr so die aus solchem Massenatheismus, mit welchem nunmehr die Reformationsstiftungen allenthalben um ihre Existenz zu ringen haben werden, entspringende Gottlosigkeit erspart worden wäre. Der Massenaustritt der achthundert im Jahre 1878 ist nun zu einem Heer von Tausenden geworden, welche sich dem Nihilismus in die Arme warfen. — Die christlich-soziale Partei, bei ihrem Entstehen von Patrioten und treuen Jesusbekennern mit freudigen Hoffnungen begrüßt, war nichts

anderes als eine schwache Nachahmung der Kettlerschen Sozialpolitik und ist an ihren Fehlern und an meinem Hochkirchentum gescheitert. Anfangs waren allerdings 26000 Sozialdemokraten zu ihr übergegangen, aber diese haben sich alsbald höhnisch wieder von ihr losgesagt, und die Kluft zwischen ihnen und der bestehenden Ordnung hat sich hundertfach vergrößert. Die allgemeine konservative Berliner Bewegung hat sich gleichfalls von mir losgelöst, sodaß ich mit meinen Christlich-Sozialen allein stehe. Das deutsche Bürgertum aber wendet sich lieber der deutsch-sozialen Partei zu, weil diese Religiöses und Politisches von einander scheidet. Bei den lebendigen Christen aber, den Stillen im Lande, gilt die Verquickung von Religion und Politik für eine Profanierung des Heiligen, sodaß sie sich in ungewöhnlicher Anzahl den Sekten anschließen; und die Stadtmission wie die christlich-soziale Partei sehen dabei ruhig zu, während sie den Kampf gegen Sektiererei und Heilsarmee aufnehmen müßten. Die Christlich-Sozialen tagen hinter verschlossenen Thüren und brauchen ihr Hausrecht so, daß jeder widersprechende Sozialdemokrat und Jude niedergedonnert oder an die Luft gesetzt wird. Ich selbst scheue mich, in sozialdemokratische Versammlungen zu gehen und gebe dadurch anderen im Lande eine Entschuldigung, wenn sie es ebenso machen. Kurz, das soziale Kanossa ist da; die Sozialdemokratie ist nicht einmal gehemmt, geschweige beseitigt, es ist alles beim alten geblieben, und nur das Übel gesteigert, der Hader vergiftet. — Auch in der Kirche selbst ist nichts erreicht. Die Stadtmission hat nichts gewirkt. „Stöcker ist unter der erstaunlichen Vielgeschäftigkeit seines sozialpolitischen Auftretens und Debattierens noch nicht dazu gekommen, eine solche regelrechte Pastoration der Residenz in Angriff zu nehmen, daß wenigstens das Hauptärgernis der stereotypen Leichenbestattungen in Arbeiterkreisen ohne kirchliche Begleitung beseitigt worden wäre.“ — Der Grund dieser ganzen Erfolglosigkeit liegt in meinem Opportunismus und Episkopalismus, mit denen ich römischen Zielen nachjage, anstatt mich auf die umfassenden Aufgaben meines heiligen Amtes zu konzentrieren. „Leider ist es ihm nun so ergangen, daß er sich genötigt gesehen hat, wegen seiner sozialen Agitation seine einflußreiche Stellung am Dom zu quittieren, welche er sich wohl hätte erhalten können, wenn er nur ersterer hätte entsagen mögen . . . So war denn das traurige Schicksal vorauszusehen, welches sich Stöcker durch seine prononzierte Sozialpolitik zuzog. Dadurch wird

unwiderleglich festgestellt, daß der protestantische Geistliche eine solche in der offiziellen Kirche — in der Separation und Freikirche mag es ja anders sein — mit nichten betreiben könne, ohne seine ganze Wirksamkeit zu untergraben.“ — Inzwischen habe ich durch den Evangelisch-sozialen Kongreß meine Lieblingsdomäne erweitert, meinen Apparat verstärkt und mir dadurch in erhöhtem Maße einen Sprechsaal geschaffen. Aber helfen wird der Kongreß ebensowenig wie die christlich-soziale Partei; da hört man nichts als schöne Reden, und was der Kirche helfen kann, sind doch nur Thaten der Seelsorge, aus Glauben und Liebe eingegeben.

So Mücke. Es ist wenigstens Methode in seiner Anschauung. Die Thatsachen, welche er anführt, sind freilich alle unrichtig. Nur eins ist unzweifelhaft richtig, daß sich die Sozialdemokratie in Berlin und überall vermehrt hat, während die Berliner Bewegung ebenso wie die christlich-soziale Partei zurückgegangen ist. Das ist aber geschehen, nicht weil ich zu viel agitiert habe, sondern weil ich seit sechs Jahren heimlich, seit vier Jahren offen, seit zwei Jahren unter Bedrohung mit Amtsverlust von der energischen Mitarbeit an der Berliner Bewegung zurückgedrängt bin, um einem prinziplosen Kartell Raum zu schaffen, das bei den Reichstagswahlen des vorigen Jahres mit einem völligen Bankerott wie überall so auch in Berlin geendet hat. Jedenfalls ist es unbillig und unverständig, mich für Ereignisse verantwortlich zu machen, die unter meiner erzwungenen Unthätigkeit eingetreten sind, die ich allerdings vorausgesehen und buchstäblich vorausgesagt habe. Ich muß mit Recht die Verantwortung dafür ablehnen und auf andere Schultern laden. Kein Kundiger zweifelt daran, daß, wenn die Berliner Bewegung nicht absichtlich gehindert und gestört wäre, ein Teil der Reichstagsmandate der Hauptstadt in den Händen königstreuer, konservativ gesinnter, kirchlich gerichteter Männer sein würde, so gewiß wie die kirchliche Arbeit jener Bewegung, weil sie nicht gehindert ist, eine positive Mehrheit in den Gemeinden und Synoden Berlins geschaffen hat. Der kirchliche Sieg war schwieriger als die Überwindung des Fortschrittes und des Umsturzes.

Es ist durchaus richtig, wenn Dr. Kipper versucht, mein Wirken als das eines Volksmannes und Volksredners, eines Patrioten und Politikers zu verstehen. Ohne Zweifel gehöre ich als deutsch-konservativer Abgeordneter, als Begründer der christlich-sozialen Partei, als ein Agitator, der in des Reiches Hauptstadt

wie im ganzen Reich das Volk zur Vaterlandsliebe, Fürstentreue und sozialen Reform aufruft, in die Reihe derer, welche ihre Kraft daran setzen, den vaterländischen Gedanken zu beleben. Die Ereignisse der Jahre 1866 und 1870 forderten eine solche Thätigkeit, die Zustände nach dem großen französischen Krieg bewiesen sogar, daß unser Volk auf dem Wege zum Abgrund war, wenn nicht Bewegungen hervorgerufen wurden, um dasselbe von der gefährlichen Bahn abzubringen und in eine andere Richtung zu lenken. Die Erstarkung der deutsch-konservativen Partei, das Auftreten der antisemitischen Gruppen, die Bildung der Vereine Deutscher Studenten, das Emporkommen der Berliner Bewegung: das alles sind Äußerungen desselben nationalen Triebes, den Kampf um das deutsche Dasein mit fremden Mächten durchzufechten. In diesem Streit stand und stehe ich mit in der ersten Reihe. Wenn sich in weiten Kreisen ein stärkerer Patriotismus ausgebildet hat, so kann man mich als einen der Männer nennen, die dazu treulich mitgewirkt haben.

Aber falsch ist es, wenn man meine Arbeit lediglich und allein auf diese patriotische Thätigkeit reduziert. Als Neuschöpfer der Berliner Stadtmission, als Reiseprediger, welcher das evangelische Preußen und Deutschland für die kirchlichen Nöte der Residenz in Bewegung bringt, als Verfasser der Pfennigpredigten, die in 120000 Exemplaren die evangelische Welt durchfliegen, so weit die deutsche Zunge klingt und Gott im Himmel Lieder singt, als der seit zwei Jahrzehnten unermüdete Vorkämpfer der kirchlichen Freiheit, als der Begründer der „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung“, der Mitstifter und Mitführer der positiven Union, als Mitglied der Berliner Stadtsynode, der brandenburgischen Provinzialsynode, der preußischen Generalsynode bin ich doch ohne Zweifel auch eine in der kirchlichen Arbeit hervortretende Persönlichkeit. Beweis dafür ist der Haß und die Liebe, die mir als Kirchenmann gerade so, vielleicht noch mehr zu teil geworden sind wie als Volksmann. Man braucht nur an die „Protestantische Kirchenzeitung“ und ihre Ableger sowie an Beyschlag und Pestalozzi, ihre Vorgänger und Nachfolger zu denken, so hat man ein Bild wilder Bekämpfung, das an Kraft der Feindschaft dem „Börsenkourier“ und Konsorten, den Sozialdemokraten, Demokraten und Juden wenig nachgiebt, wenn auch die Beweggründe des Hasses selbstverständlich auf einer anderen Linie liegen. Andererseits sehen viele

in mir einen Bahnbrecher in kirchlicher und kirchenpolitischer Arbeit, in Evangelisation und christlichem Sozialismus und gehen freudig mit mir zusammen. Daraus geht doch wohl hervor, daß ich auch für die Kirche der Gegenwart nicht ganz ohne Bedeutung bin. Eigentlich versteht sich das von selbst. Man kann, wenigstens in Deutschland, kein rechter Volksmann sein, ohne zugleich ein Kirchenmann zu sein, nicht patriotisch belebend wirken, ohne christlich zu arbeiten.

Freilich, wenn man mir die Absicht zuschreibt, eine neue Reformation der Kirche anzubahnen, so muß man mich wenig kennen. Das ganze Streben meiner Seele ist vielmehr darauf gerichtet, der alten Reformation ihre Bedeutung im deutschen Volk sichern oder wiedergewinnen zu helfen. Ein junger Mann, der längst in der Ewigkeit ist, hat mich einmal einen zweiten Luther genannt, andere haben das nachgemacht. Natürlich ist das eine jugendliche Thorheit, so thöricht, daß man sich öffentlich dagegen nicht einmal verteidigen kann. Aber wie habe ich unter solchen Übereilungen leiden müssen, als ob ich selber auf diesen Namen Anspruch mache! Nein, ich bin, wie mein ganzes bisheriges Leben zeigt, von einer „Regenerierung des Christentums“, sowie von einer „Reformation der Kirche“, wenigstens was evangelische Lehre und Bekenntnis betrifft, so weit entfernt, daß ich diejenigen für sehr unweise halte, die an Stelle der schlichten Bibelwahrheit eine andere Lehre und an Stelle des reformatorischen Bekenntnisses eine andere Konfession zu haben wünschen. Ich halte die Heilige Schrift mit ihren Wundern und Weissagungen, mit ihren prophetischen Eingebungen und ihren apostolischen Zeugnissen für Gottes Wort; ich glaube an eine übernatürliche Offenbarung, dazu gegeben, den sündigen Menschen das Heil, den irrtumsfähigen Sterblichen die ewige Wahrheit zu bieten; mir ist die Inspiration eine von der Offenbarung unzertrennliche Thatsache der göttlichen Providenz und die Theopneustie der eigentliche, unveräußerliche Charakter der Bibel. Ich bin der festen Überzeugung, daß die Reformation durch D. Martin Luther eine wahrhafte Gottesthat, zuerst am deutschen Volk, danach an der evangelischen Christenheit ist, und zwar die größte That in der Kirche Christi seit der Apostel Zeit. Ich bekenne auch frei und offen, daß ich in den Bekenntnissen der Reformation, sonderlich in den lutherischen Katechismen und der Augsburgischen Konfession annähernd die rechte Form der biblischen Wahrheit erkenne, selbst-

verständlich im Gewande der Zeit und unter dem römischen Gegensatz. Demnach halte ich es für das Unglück der evangelischen Völker und Kirchen, wenn sie sich von der Wahrheit der Schrift und von dem Bekenntnis der Reformation entfernen; ich bin insonderheit der Meinung, daß das evangelische deutsche Volk, wenn es die heiligen Güter der in den reformatorischen Bekenntnissen bezeugten biblischen Wahrheit verwirft oder verleugnet, einen ähnlichen Frevel begeht wie Israel, als es seinen Messias kreuzigte, und daß es für Deutschlands evangelische Fürsten und Bürger keine andere Losung geben kann als die gläubige Wiederergreifung des Paniers der Reformation. — Danach wird jedermann ermessen können, ob es nicht eine unberechtigte Forderung an mich ist, ich solle eine Reformation am innersten Mark der Kirche — und das ist doch ihr Glaube — vollziehen helfen.

Allerdings bin ich weder in der Beurteilung der Schrift noch in der Geltendmachung der Bekenntnisse ein Knecht des Buchstabens. Ich bin viel zu sehr ein Kind der Gegenwart und ein Mensch der Wissenschaft, um an der Bibel, die mir das menschgewordene Wort Gottes ist, nicht das Menschliche und Göttliche zu unterscheiden. Auch hier gilt es, in der Niedrigkeit die göttliche Majestät zu finden. Aber es ist eine falsche Wissenschaft, die göttlichen Schöpfungsperioden des Reiches Gottes, deren Urkunden im Alten und Neuen Testament niedergelegt sind, mit anderen Zeiten, anderen litterarischen Produkten und religiösen Erlebnissen auf die gleiche Stufe zu stellen. Es ist auch eine falsche Wissenschaft, uns die Geschichten des Neuen Testamentes, die einen als wahr, die anderen als falsch herauszuschälen, aus den Reden des Herrn Jesu die einen Sätze als wirklich gesagt, die anderen als erfunden hinzustellen. Da über die Einzelheiten des Lebens Jesu und seiner Apostel notarielle Protokolle und über die Reden derselben stenographische Niederschriften nicht vorliegen und nicht vorliegen sollen, so muß es für eine unnütze und keineswegs wissenschaftliche Sisyphusarbeit gelten, den thatsächlichen Sachverhalt jener bis in die geringsten Umstände, und den buchstäblichen Wortlaut dieser bis auf die kleinsten Verschiedenheiten feststellen zu wollen. Uns ist das Neue Testament die Sammlung heiliger Schriften, auf welchen die christliche Kirche aufgebaut ist, und aus welchen, wie die erste Gemeinde, alle nachfolgenden Geschlechter der Christenheit göttliches Leben schöpfen. Darin liegt die große Thatsache der Bibel und ihrer Wahrheit

beschlossen. Das nicht anzuerkennen oder nicht zu bedenken, dagegen die Mücken des Zweifels beständig zu seigen und die Kamele des Unglaubens zu verschlucken, das ist es, was ich mit Recht auf der brandenburgischen Provinzialsynode kritische Seiltänzerei genannt habe. Es ist wahre Wissenschaft, in der Art und Weise Luthers in die große Schatzkammer der Schrift hineinzugreifen mit der Überzeugung, daß wir es hier mit göttlicher Wahrheit zu thun haben, und dabei mit den Einzelheiten doch auch wieder frei umzugehen; eine solche Wissenschaft erbaut, die bloße Kritik reißt nieder. Und ähnlich soll man auch zu den Bekenntnissen der Kirche stehen. Sie sind die Urkunden der gewaltigen, von Gott gewirkten Geistesbewegung, aus welcher die Reformation, diese wirkliche Regeneration der Kirche, hervorgegangen ist. In diesem Sinne sind sie göttlich beglaubigte und evangelische Wahrheit. Selbstverständlich ist diese Wahrheit, wie alles in menschlicher Entwicklung Gewordene, relativ; sie ist in der Frontstellung gegen Rom und seine Werkgerechtigkeit gewonnen und bedarf deshalb der Ergänzung, wenn die Front nach anderer Richtung genommen wird. Aber die evangelischen Theologen und Gelehrten, Geistliche und Laien soll die Überzeugung durchdringen, daß im ganzen und großen die reformatorischen Bekenntnisse der Ausdruck göttlicher Wahrheit sind. Haben Söhne der Reformation diese Überzeugung nicht mehr, glauben sie nicht mehr an die Autorität der Schrift, an die Rechtfertigung aus dem Glauben, an den Opfertod des Erlösers, an die Gottheit und Auferstehung Jesu Christi — nun, dann ist es eben für sie mit der evangelischen Kirche vorbei, dann kann es für sie noch einen Protestantismus geben als religiöses, sittliches und wissenschaftliches Kulturprinzip, als die christlich bestimmte Seite des modernen Staats- und Volkslebens; aber eine Kirche können sie nicht haben, höchstens eine Egidy'enkirche ohne Fundament und Mauern, der Fenster und Dach fehlen. Es ist die Aufgabe aller wahren Evangelischen, die konstante Überzeugung von der Wahrheit des reformatorischen Bekenntnisses wieder zu erwecken. Gelingt uns dies nicht, so sind wir verloren. Nicht eine neue Reformation, sondern die Verteidigung, Befestigung, Wiedergewinnung der alten muß die Arbeit des gläubigen Protestantismus sein. Nur so ist er dem Ansturm Roms wie der Pest der Unglaubens, der Gleichgiltigkeit der satten Geister wie dem Haß der Juden und Judengenossen gewachsen, ja überlegen. Sonst nicht!

Und unter diesem Gesichtspunkte ist manches zu thun, was man wohl als Vollendung der Reformation bezeichnen kann. Die Überschätzung der reinen Lehre ohne Rücksicht auf Kraft und Leben, die Vernachlässigung des Volkslebens mit seinen praktischen Bedürfnissen, das Unterlassen der Kirchenzucht als der selbstverständlichen Äußerung eines geheiligten Gemeindelebens, die Geringschätzung der Einigkeit unter den verschiedenen evangelischen Bekenntnissen, Landeskirchen, Richtungen, zuletzt — doch nicht als das Unwichtigste! — das Staatskirchentum mit seinem weltlichen Schwerpunkt und seinem bureaukratischen, vom heiligen Geist verlassenen Behördenwesen: das alles sind tiefe Schäden, ohne deren Beseitigung an eine lebendige Wirksamkeit der evangelischen Kirche, an eine Reformation des christlichen Lebens nicht zu denken ist. Und wenn ich nun an all diesen Punkten starke Stellungen eingenommen und öffentlich zwanzig Jahre hindurch behauptet habe, so bin ich damit gewiß noch kein Reformator — ein Ausdruck der Überhebung, den ich mir überhaupt auf das ernstlichste verbitte —; aber ein Mitarbeiter an der Belebung und Erneuerung der evangelischen Kirche darf ich heißen. Damit bin ich doch kein papistischer Heuchler, kein römischer Hierarch, kein katholischer Pharisäer, kein bloßer Verteidiger des Bestehenden, der den Staat gegen die Sozialdemokratie zu Hilfe ruft.

Vor zwanzig Jahren trat ich in die Arbeit an der Kirche ein, zunächst in die litterarische. Vom Jahre 1870 ab habe ich versucht, in den kirchlichen, kirchenpolitischen und sozialpolitischen Aufsätzen der „Neuen Evangelischen Kirchenzeitung" eine neue Position für die preußische Landeskirche schaffen zu helfen. Und gleich im Beginn dieser Thätigkeit stellte ich zwei Grundsätze als unerläßlich für das Gedeihen aller kirchlichen Arbeit auf: 1) die Versöhnung der gläubigen Richtungen, damals der Unierten und Konfessionellen, 2) die Erringung der kirchlichen Unabhängigkeit vom Staat zugleich mit der Umwandlung des Summepiskopats. Diesen Prinzipien bin ich andauernd gefolgt und zum Teil damit durchgedrungen. Ein litterarischer Zank zwischen den beiden Gruppen ist seitdem nicht wieder vorgekommen, und auf den Synoden hat ihr Einverständnis Großes erreicht. Wenn die preußische Landeskirche durch die schwere Krisis der siebziger Jahre, in welcher es sich um nichts Geringeres handelte als darum, die Protestantenvereinstheologie als thatsächlich, wohl auch prinzipiell berechtigt in die

Kirche einzuführen, unbeschädigt hindurch gerettet ist, so verdankt man das wesentlich dem treuen und festen Zusammenstehen der beiden Richtungen der Rechten. Allerdings ist daran die Unionsgruppe in zwei Hälften gespalten; und an dieser Spaltung, an der Aufrichtung der positiven Union, an der schriftlichen und mündlichen Agitation für diese Neubildung habe ich Anteil. Aber damals galt es in der That den Bestand der Kirche als Kirche. Die Mittelpartei war durchaus geneigt, die theologische Linke in allen ihren Schattierungen auf der Kanzel wie in den Synoden als gleichberechtigt anzuerkennen; ebenso stand Präsident Herrmann. Damit wäre der Bekenntnisstand der Kirche aufgegeben, ihre Widerstandskraft gegen Rom und den Unglauben vernichtet. Ein Kampf dagegen war nicht bloß unvermeidlich, sondern Pflicht für alle, welche die Gefahr erkannten. Heute liegt die Sache anders. Die prinzipielle Anerkennung der linken Theologie auf der Kanzel ist nicht in Frage. Thatsächlich nähert sich ein Teil derselben in der Dogmatik wie in der kirchlichen Arbeit der rechten Seite und arbeitet mit ihr zusammen. Im Frieden tagen Mitglieder beider Richtungen im Evangelischen Bunde, im Evangelisch-sozialen Kongreß zusammen. Auf der letzten brandenburgischen Provinzialsynode wollte die Gruppe der positiven Union, ich voran, ein Mitglied der Linken in die Generalsynode deputieren. Der Hader zwischen positiver Union und Mittelpartei ist beinahe vergessen. Man kann jetzt von einer Versöhnung der Richtungen in viel weiterem Sinne reden. Das ist doch auch ein Stück Verbesserung des kirchlichen Lebens, eigentlich die unerläßliche Vorbedingung der Geltung des Protestantismus in der Öffentlichkeit, vor der Welt, auch wohl vor Gottes Angesicht.

Die Frage der kirchlichen Selbständigkeit ist noch nicht so weit gediehen wie die des Zusammenarbeitens der verschiedenen Richtungen. Aber sie ist im Fluß, und ihre Lösung kann nicht ausbleiben. In einer ganzen Reihe von Punkten sind die drei Gruppen der Rechten einig; daß der Staat darin nicht nachgeben sollte, ist auf die Dauer undenkbar. In anderen Punkten ist man noch weit auseinander. Der Summepiskopat wie der Episkopat — so könnte man lakonisch sagen — sind noch die Streitpunkte. Auch über diese würde man sich leichter verständigen, wenn man nicht so viel gegenseitiges Mißtrauen hegte. Dr. Kipper kann es glauben, daß es sich dabei in unseren Gedanken weder um Papismus noch um Hierarchie handelt, sondern lediglich um größere Wirksamkeit und Kraftentfaltung der

Kirche. Kollegien können verwalten, nicht regieren, nicht leiten. Unsere Kirche aber, von Feinden umdroht, bedarf der Führung zu Schutz und Trutz. Nie hätte Rom die Stellung erringen können, welche es jetzt in Deutschland inne hat, wenn die evangelische Kirche, anstatt vom Staate regiert und mit in den Kulturkampf gezogen zu sein, ihr eigenes Leben hätte leben können. Nie hätte Berlin kirchlich so verwahrlosen können, wenn statt juristisch geleiteter Behörden bischöflich geartete Persönlichkeiten die Kirchengewalt in der Hand gehabt hätten. Nie wäre die Kirche in den Kreisen des Liberalismus und der Demokratie so verachtet geworden, hätte sie nicht als eine Domäne der Fürsten, als ein Stück reaktionäres Staatswesen dagestanden. Heute soll der Staat die Kirche stützen, und er ruiniert sie, indem er sie ihrer Lebenskräfte beraubt; frei gemacht, würde die Kirche den Staat schützen, wie Luther einst seinen Kurfürsten, und die Seele des Volkes gewinnen. Ich bin überzeugt, daß der Tag der Befreiung kommen wird, gerade so überraschend und überzeugend, wie einst der Geist der konstitutionellen Verfassung. Wir möchten nur, daß Preußen mit seiner größten evangelischen Kirche der Welt dazu die Initiative ergriffe. Freilich, so wie die meisten sich die Selbständigkeit denken, ist sie nicht lebensfähig. Minister und Parlament sollen an dem Kirchenregiment keinen Teil mehr haben; der Fürst soll mit seinen kirchlichen Behörden allein regieren. Diese Auffassung ist ein Unding für die konstitutionelle Monarchie, die in der Kirche nicht beinahe absolut sein kann. Vielleicht denkt auch heute schon mancher anders über diese wichtige Frage als vor fünf Jahren. Eine Veränderung des Staatskirchentums zieht mit Naturnotwendigkeit auch eine Umwandlung des Summepiskopats nach sich. An diesen Gedanken muß man sich gewöhnen. Freilich, wenn Heißsporne einfach von Abschaffung des Summepiskopats reden, so ist das falsch. Nie wird man evangelische Fürsten, preußische Könige als einfache Laien, etwa als Honoratioren der Kirche behandeln können. Sie müssen im stande sein, einen großen Einfluß zu üben, die Kirche vor Überstürzung zu behüten, gegen Parteiwesen zu schützen, in ihren Nöten zu pflegen und in ihren Bedürfnissen zu unterstützen. Nur leiten können und sollen sie die Kirche nicht. Sie thun es ja auch thatsächlich nicht; meist haben sie nicht einmal Zeit dazu. Minister und Parlamente und Fraktionen wirken mit; so ist die Kirche, welche doch eine Darstellung des Reiches Gottes, wenn auch eine irdische

sein sollte, das weltlichste Ding von der Welt. Und eben das verträgt sie nicht. Der „Nüchterne" fragt: Ist etwa die Stellung des Staatsoberhauptes für uns Pfarrer ein Hindernis an gewaltiger Predigt, eifriger Seelsorge und erbaulichem Unterricht? Das gerade nicht, wenn solche Pfarrer da sind. Aber manches Staatsoberhaupt — wir erinnern an Bremen, die Schweizer Kantone, auch einige Fürsten — halten einen Zustand der Kirche aufrecht, wobei Christusleugner und Kirchenfeinde auf den Kanzeln stehen dürfen. Und daß die weltliche Obrigkeit in der Kirche allentscheidend ist, lähmt überhaupt den Wahrheitssinn und den Zeugenmut, befördert den Byzantinismus und die Unterwürfigkeit. Die Kirche, wo sie als Organ des Reiches Gottes funktioniert, müßte hoch über Fürsten und Ministerien stehen; in unseren Landeskirchen steht sie tief unter der Regierung und wird vielfach auch so behandelt. Deshalb, lediglich deshalb, damit die Kirche wirklich Kirche sein könne, fordern wir eine andere, freiere Gestaltung derselben. Auch das ist keine Reformation, wie sie Dr. Kipper will, es ist an sich nicht einmal etwas Großes, aber es ist die conditio sine qua non, um Großes zu erreichen. Ein Mann, der in diesen Dingen seit Jahrzehnten auf der Vorhut steht, ist, wenn auch kein Reformator — was ich nicht sein will — so doch ein Mitarbeiter an der Belebung und Erneuerung der Kirche.

Man irrt, wenn man in mir einen Theoretiker sieht, dem an der bloßen Äußerung seiner Ideen irgend etwas gelegen sei. Ich will wirken und handeln, nicht reden und schreiben. Wäre der Zustand der evangelischen Landeskirche nicht so überaus trostlos, ich hätte die Leitung derselben gewiß nicht angegriffen. Aber daß das evangelische Volk unter der gegenwärtigen Verfassung entchristlicht und entkirchlicht ist, hat mich gegen Staatskirchentum und Summepiskopat, Behördenwesen und Bureaukratie in Gegensatz gebracht. Die lebendig-gläubigen, energisch-gerichteten Geister zu verbinden, um der Kirche ihre Freiheit erringen zu helfen und dem Volke das Christentum wieder lieb zu machen, das ist allzeit meine Absicht gewesen und ist es noch heute. Mit diesen Anschauungen kam ich nach Berlin. Am 1. Oktober 1874, mit dem ersten Tage des Zivilstandsgesetzes, begann auch mein Amt. Unter meinen Augen vollzog sich der Bankerott des herrschenden Kirchenwesens, ein Bankerott, wie ihn die Christenheit niemals, auch in der französischen Revolution nicht erlebt hatte. Jahre hindurch wurden

in des deutschen Reiches Hauptstadt! 80 Prozent der Ehen nicht kirchlich getraut, 40 Prozent der Kinder nicht getauft. Die Behörden sahen unfähig oder unthätig zu, die Judenblätter riefen Hurra zu dem Jammer der Kirche, und das vornehmste nationalliberale Blatt pries die Tage, in denen man endlich außerhalb des Schattens der Kirche leben und sterben könnte. Eine christliche Reaktion von Bedeutung gab es nicht. Der Generalsuperintendent von Berlin hatte die Ereignisse kommen sehen und die Stadtmission begründet; er brachte es in drei Jahren auf eine Einnahme von 10000 Mark, wovon das Königshaus mehr als die Hälfte gab. Wäre dies nicht geschehen, stand in einem Bericht, so hätte die kleine Arbeit noch eingeschränkt werden müssen. Und in Moabit verbat sich der Gemeindekirchenrat, abgesehen von dem Pfarrer, einstimmig dies Hilfswerk in der Not; ein offener Brief, der eher durch die Zeitungen ging, als er an den Generalsuperintendenten von Berlin kam, häufte jeden Unverstand und jede Schmach auf die Stadtmission.

Im öffentlichen Leben war die Hauptstadt eine Domäne der Demokratie und der Sozialdemokratie, der Juden und Judengenossen, welche das Christentum und die Kirche mit Wort und Schrift in den Schmutz zogen. Daß dieser Zustand in Volksversammlungen hätte bekämpft, daß in den Vorstadtgemeinden das gläubige Christentum hätte zum Sieg geführt werden können, erschien jedermann unmöglich. — Lic. Mücke sagt freilich, die Sozialdemokratie habe das Christentum in Ruhe gelassen, wohl gar eine Anknüpfung an dasselbe gesucht. Er gestatte uns zu bemerken, daß das eine völlige Unwahrheit ist. Gerade in den Blättern und Versammlungen der Sozialdemokratie tobte der Haß gegen die Kirche am wildesten. Lic. Mücke sagt auch — und er beruft sich dabei auf Zeugen — der alltägliche Zustand Berlins sei durch die Berliner Bewegung nicht verändert. Er gestatte mir, ihn auf das heutige Moabit hinzuweisen. Beinahe seit zehn Jahren ist dieser Stadtteil vom christlich-konservativen Geiste beherrscht, der Gemeindekirchenrat positiv, jede Pfarrwahl gesichert, die Zahl der konservativen Reichstagswähler — bis auf die letzte durch die Regierung und das Kartell verdorbene Wahl — größer als die des Fortschritts und der Sozialdemokratie zusammengenommen. Und so wie in Moabit steht es in vielen anderen Gemeinden, wenigstens kirchlich. Entweder Lic. Mücke weiß darüber nicht Bescheid, und dann muß er auch nicht darüber schreiben, oder er will Thatsachen

nicht reden lassen, dann ist sein Urteil wertlos. Einem Kundigen ist es unbegreiflich, wie ein Mensch, der offene Augen hat, die Veränderung nicht sehen kann oder will, die mit Berlin vorgegangen ist. Aber das eben ist die Schwäche des Protestantismus, daß er die Lebenskräfte außerhalb der Persönlichkeit und der Vereinsthätigkeit nicht richtig schätzt. In seinem theologischen Dasein, in seiner Predigt- und Schreibexistenz ist ihm der Sinn für die bewegenden Mächte des Volkslebens, das Urteil für das Große und Ganze vielfach abhanden gekommen. Man stelle sich vor, in einer katholischen Millionenstadt, etwa Paris, wäre geschehen, was durch Gottes Gnade in Berlin erreicht ist, die ganze Kirche würde hinter einer solchen Bewegung gestanden haben. Da es in einer evangelischen Großstadt geschieht, findet es seine entschiedensten, leider auch gehässigsten Widersacher unter evangelischen Pastoren und Professoren, sogar solchen positiver Richtung. Trotzdem bleibt es wahr, daß die christlich-soziale und Berliner Bewegung eine gewisse Umwandlung der Residenz hervorgebracht hat. Was Oberkirchenrat und Konsistorium, was eine ganze Reihe großer Theologen und Prediger nicht vermochten, das hat diese Bewegung gethan, nämlich in Berlin der Kirche wieder Anerkennung und Raum geschaffen. Was trotz ihrer monumentalen Größe Kaiser Wilhelm I. und Fürst Bismarck nicht verhindern konnten, das Versinken der Hauptstadt des neuen deutschen Reiches in Gottlosigkeit und Vaterlandslosigkeit, das hat diese Bewegung eine Zeit lang wirklich beseitigt, das hindert sie auch jetzt noch nach Kräften und nicht ohne Erfolg. An dieser Bewegung habe ich allerdings meinen Anteil und muß mich dafür richten lassen. Lic. Mücke sagt nun, die Berliner Bewegung habe sich von der christlich-sozialen Sache losgesagt. Ja, wenn die Trennung des Heeres von der Avantgarde eine Lossagung ist! Lic. Mücke sagt ferner, daß das deutsche Bürgertum sich der deutsch-sozialen Sache zuwende. Weiß er nicht, daß die deutsch-soziale Sache beinahe dieselben Ziele hat wie die christlich-soziale, nur daß sie das Christliche weniger, das Antisemitische stärker betont? Lic. Mücke sagt, daß die Stillen im Lande von der Verquickung der Religion und Politik nichts wissen wollen. Leider thun viele derselben nicht einmal bei den Wahlen ihre Pflicht, obwohl in manchen Gegenden unseres Vaterlandes für die Besiegung des Umsturzes alles darauf ankommt, daß die frommen Leute ihre Stimmen abgeben. Aber die christlich-soziale Partei Berlins hat davon noch

nichts gemerkt, daß diese frommen Leute ihr gram wären; vielmehr sind eine ganze Anzahl christlicher Unternehmungen auf dem Boden erwachsen, den die christlich-soziale Bewegung bereitet hat. — Im übrigen sollte es uns garnicht verwundern, daß es in gewissen Kreisen des christlichen Volkes an dem rechten Urteil über eine Volksbewegung fehlt. Man ist viel zu sehr daran gewöhnt, im Bücherschreiben und Konferenz-Abhalten, in Reden und Resolutionen das Heil der Kirche und der Welt zu sehen, als daß man imstande wäre, aktive Bestrebungen, welche auf die Bildung der öffentlichen Meinung, auf die Schaffung einer neuen Strömung im Volksleben abzielen, richtig zu begreifen und gerecht zu beurteilen. Aber diese Unfähigkeit ist bei Geistlichen und Laien bereits stark im Schwinden begriffen und wird mit der Not der Zeit noch mehr abnehmen.

Die christlich-soziale und im weiteren Verlauf derselben die Berliner Bewegung hat nach manchen Richtungen hin Impulse gegeben, die eine große Entwickelung, zum Teil eine universelle Entfaltung gefunden haben. Nur Unkunde kann das bestreiten. Das christlich-soziale Programm, vor jedem Umschwung unserer manchesterlichen Regierungsgrundsätze aufgestellt und öffentlich verteidigt, hat in der deutschen Sozialpolitik teilweise seine Erfüllung gefunden und nimmt seinen Weg allmählich durch alle Industrievölker. Die Bekämpfung des Judentums, in den christlich-sozialen Versammlungen zum ersten Mal auf die Tagesordnung der praktischen Politik gebracht, hat schnell in der ganzen Welt, wo Juden sind, Nachfolge gefunden. Die Arbeit an der Seele einer Großstadt, in jener Eiskellerversammlung vom 3. Januar 1878 im großen Stil begonnen, hat das Vorurteil zerstört, daß die großen Städte dem Bösen verfallen seien, und ganze Massen mit neuen, lebensvollen Anregungen erfüllt. Gewiß sind dazu Mittel und Waffen gebraucht, welche philiströsen Geistern nicht zusagen. Nur warten wir seit Jahren vergebens darauf, daß diese engen Geister selber etwas anfangen, um die gebundene deutsche Volksseele zu befreien. Man redet so viel von der Wiedergewinnung der Massen. Glaubt man, daß dieselbe auf eine andere Weise möglich ist als durch einen Kampf, in welchem nicht bloß sittlich-religiös, sondern auch sozial-politisch gefochten wird? Nicht individuell, sondern parteimäßig ist in Deutschland die Menge verwüstet und dem Christentum verloren gegangen. So wird auch die Rückeroberung nicht

bloß von Person zu Person geschehen können. Selbstverständlich darf die Arbeit an der Seele des einzelnen nicht fehlen. Aber ohne daß die öffentliche Meinung dieser Arbeit erst wieder geneigt gemacht wird, kann sie nur mühsam und langsam Erfolg haben. Man thut immer so, als ob die öffentliche Thätigkeit der persönlichen Arbeit im Reiche Gottes schade. Aber das ist ein Irrtum. Nie würde ich ohne meine Volksversammlungsarbeit die Predigtverteilung auf 130 000 Exemplare wöchentlich, nie ohne den öffentlichen Kampf in Berlin die Einnahmen der Stadtmission auf 150000 M. gebracht haben. Erst kürzlich ist das Denkmal Walter Burckhardts auf dem Sophienkirchhof in Berlin eingeweiht. Dieser junge Mann, der erst anderthalb Jahre im Amte stand, hätte seine große geistliche Wirksamkeit nicht errungen, wenn er nicht mit Begeisterung auch christlich-sozial gewirkt hätte. Wenigstens hat keiner von den vielen berühmten Kanzelrednern Berlins, auch wenn er sein goldenes Jubiläum gefeiert hatte, bei seinem Begräbnis so viel Liebe erfahren und nach dem Tode ein so dankbares Gedächtnis hinterlassen wie dieser Geistliche von nicht ganz 27 Jahren. Woher kommt das? Wenn wirklich die Verbindung von Politik und Religion ein solches Verbrechen wäre, wie es von Querköpfen und Einspännern dargestellt wird, so müßte ein Schicksal wie das von Walter Burckhardt unmöglich sein. Aber nein, so ist es nicht. Unser Volk sehnt sich nach Aktion, wenn man will, nach Agitation von seiten der Christen. Unser bisheriges Kirchentum ist daran nur nicht gewöhnt. Ihm hängen die alten Zöpfe noch um das Haupt. Dadurch verliert es aber die Seele des Volkes und mag es nicht einmal leiden, wenn dieselbe auf ungewohnten Wegen gesucht und gefunden wird. Zuletzt, meist zu spät, wird dann der Fehler erkannt. Nach zwölfjähriger, vielfach bitterster Bekämpfung der christlich-sozialen Partei sind endlich die treibenden Gedanken und Beweggründe derselben kirchlich gebilligt. Warum nicht früher? Viel wäre erreicht, was heute unausführbar geworden ist, wenn die Kirche seit zwölf Jahren sozial gearbeitet hätte. Es wird mit der Judenfrage ebenso gehen. Schon dämmert in der gesamten Kulturwelt die Erkenntnis auf, daß das Judentum der Ruin der anderen Völker ist. Rußland treibt seine Juden aus, und niemand will sie haben. Selbst England, das judenfreundliche Land, in dem bis vor kurzem ein Israelit beinahe mehr galt als ein Christ, protestiert gegen die Einwanderung der jüdischen Barbaren des

Ostens, die seit Jahrzehnten unser deutsches Volk materiell und geistig so unbeschreiblich belästigt haben. Selbst Amerika, das freie Amerika, wo man auf Toleranz und Freiheit so stolz ist, weist Leute, die nur schachern, aber nicht arbeiten können, von seinen Küsten zurück. In Frankreich erleben Drummonts Bücher gegen die Juden Auflage um Auflage; das erste wurde im Laufe eines Jahres 160 Mal aufgelegt. In Österreich führt ein sonst leichtes Volk den Verzweiflungskampf gegen die jüdische Übermacht mit dem Aufgebot aller Energie und gewinnt in Wien und den deutschen Provinzen täglich mehr Boden. Wenn ein so edler Kampf, der den christlichen Nationen aufgezwungen ist, in Berlin seinen Anfang genommen hat, ist das eine Schande oder eine Ehre? In Berlin war der jüdische Einfluß so schmachvoll groß wie nirgendwo auf Erden. In Wien ist der Jude finanziell, in Paris politisch noch schädlicher als bei uns. Aber nirgend hatte er den innersten Kern des Volkes so vergiftet, das sittliche und religiöse, das vaterländische und soziale Urteil so verwirrt wie in Berlin. Daß eine Regierung, wie die Kaiser Wilhelms, in der eigenen Hauptstadt nur eine wüste Opposition fand, war wesentlich Schuld der Judenpresse und des Judeneinflusses. Daß ein gemütvolles, für den Glauben gewiß nicht unempfängliches Volk, wie das deutsche, in seinen großen Städten die Ordnungen der Kirche verwarf und den Vertretern der Synagoge zujauchzte, war wesentlich Schuld der jüdischen Bezauberung, die alberner Weise durch die sogenannten gebildeten Kreise Deutschlands ging und zum Teil noch geht. Dieser Bann muß gebrochen werden, wenn unser Volk genesen soll. Unter vier Augen sagt das beinahe jeder, aber es fehlt an Mut, zu handeln. Wenn die christlich-soziale Bewegung diesen Kampf eröffnet hat, so ist das ebenso wie ihre soziale Anregung ein Dienst, den sie der Kirche erweist. Der sinnlose Haß, der gegen sie und ihre Führer in Deutschland erregt ist, stammt doch eben aus den Kreisen des angegriffenen Judentums. Wer kann denn dauernd so thöricht sein, dem jüdischen Gemauschel irgend einen Wert beizulegen? — Und wenn nun die Judenmission berichtet, daß seit der antijüdischen Bewegung mehr als das Doppelte an Proselyten sich einstellt, wenn in starkem Maße ein Zug Israels nach Palästina kund wird, — zeigt das nicht, daß durch die Bekämpfung des Judentums gesunde Antriebe auch in den Juden lebendig werden, die sonst nicht vorhanden waren?

Nach dieser unwillkommenen Abschweifung, die aber als ein kleines Spiegelbild der Gesamtlage doch nicht aus dem Rahmen der Betrachtung herausfällt, kehren wir zu den großen Fragen zurück: Wo liegt die Not, wo die Hilfe?

Für die Christenheit kann es im Grunde nur einen wirklichen, besorgniserregenden Notstand geben, das ist der Mangel an Glauben und göttlichem Leben. Daß dieser Notstand vorhanden ist, wird niemand bestreiten; wenigstens für die evangelische Christenheit ist er unleugbar. Hier ist in weiten Kreisen, bei hoch und niedrig, bei vornehm und gering, bei reich und arm, bei gebildeten und schlichten Leuten die Zuversicht zu der christlichen Wahrheit erschüttert. Von der Gewißheit des Heils ist bei vielen keine Rede mehr, nur die Gewißheit des Unheils liegt in erschreckender Weise vor Augen. Wer noch in einem unbefangenen Glauben lebt und die Macht der völligen Skepsis oder auch des baren Unglaubens nicht kennt, der macht sich schwerlich eine Vorstellung davon, in welchem Grade Gelehrten und Ungelehrten, jenen durch eine materialistische Wissenschaft, diesen durch einen materialistischen Zeitgeist, die unsichtbare Welt nicht bloß unsicher geworden, sondern völlig verschwunden ist. Selbst diejenigen, welche in der Not der Zeit die unentbehrlichen Lebenskräfte der Kirche herbeirufen und das Christentum auf ihre Fahne schreiben, haben doch oft genug zur Kirche keine innere lebendige Stellung und tragen die Glaubenslehren des Christentums nicht im Herzen. Wenn man sie nach den einzelnen Stücken des lutherischen Katechismus oder auch nur des apostolischen Glaubensbekenntnisses fragt, viele würden, wenn sie eine ehrliche Antwort gäben, gestehen müssen, daß sie den wunderbaren, übernatürlichen Heilsthatsachen zweifelnd gegenüberstehen und im Grunde nur die allgemeinen religiösen und sittlichen Grundsätze des Christentums festhalten. Die ganze Art des Denkens ist durch die naturwissenschaftliche Methode und Erkenntnis dermaßen umgestaltet, daß es für ein Kind des modernen Geistes in der That schwer wird, zu glauben. Ignoramus, sagt der eine; non liquet, sagt der andere in Bezug auf die unsichtbare Ordnung der Dinge. Geschichte und Dogmen der Bibel und des Christentums sind in den Tiegel der Prüfung geworfen, und es fehlt viel, daß das reine Gold göttlicher Wahrheit aus den erdigen Beigaben der menschlichen Unvollkommenheit herausgeschmolzen wäre. Die Inspiration in ihrem alten Sinn ist aufgegeben und ein neuer,

anerkannter Maßstab biblischer Wahrheit noch nicht gefunden, wird auch so bald nicht gefunden werden. In der Wissenschaft wie in der Kirche fühlt man schmerzlich den Mangel einer festen Grundlage. Die evangelische Kirche ist auf die Bibel, nur auf die Bibel gegründet; die biblische Wissenschaft aber ist ein reißender Fluß, sodaß kaum ein Nachen sicher darauf schwimmen, geschweige das Haus Gottes fest darauf ruhen kann. So ist es wenigstens in den Ländern deutscher und verwandter Zunge.

Bis vor kurzem konnte man glauben, daß dieser Zustand nur in den Volks- und Staatskirchen des europäischen Festlandes, nicht aber in den Freikirchen Englands und Amerikas unvermeidlich sei. Aber sprechende Ereignisse haben seit einem Jahrzehnt offenbar gemacht, daß auch die strengeren Ordnungen und die engeren Seminare der Freikirche dem Eindringen dieses modernen Geistes keinen Damm entgegenstellen. Wohl ist der Respekt vor der Bibel, die Teilnahme an der Kirche, die freiwillige Arbeit am Reiche Gottes jenseit des Kanals und des Ozeans unermeßlich viel größer als bei uns; eine religiöse Verwahrlosung, wie sie zwei Jahrzehnte in Berlin und vielen großen Städten Deutschlands geherrscht hat, ist da drüben nicht bloß unmöglich, sondern undenkbar; und ohne Zweifel hilft dies rege kirchliche Leben über manche theoretische Auseinandersetzungen, die bei uns eine viel zu große Rolle spielen, leichter hinweg. Aber der festgestellte Notstand, daß der hergebrachte Glaube ins Wanken und Schwanken geraten ist, seine alten Grundlagen verloren und neue noch nicht gefunden hat, ist in der englisch-amerikanischen Welt ebenso groß, vielleicht größer als bei uns. Ein Buch von Robert Elsmere, das unsere gläubigen englischen Brüder und Schwestern in große Sorge versetzt, läßt uns ganz ruhig. Wir sind an Schlimmeres gewöhnt und haben das Schlimmste schon hinter uns und unter uns, während in der englischen Christenheit, wo die religiöse Gewohnheit eine so beherrschende Macht ausübt, die Krisis noch bevorsteht. Vielleicht wird bei dem Nebeneinander der verschiedenen Denominationen und bei dem Konkurrenzkampf, auf den sie angelegt sind, der Schade nie so allgemein werden wie in unseren trägeren Landeskirchen; aber darauf werden sich auch die Freikirchen der ganzen Welt gefaßt machen müssen, daß ihnen die Glaubensprobe nicht erspart bleibt.

Gegenüber diesem Hin- und Herwogen in Zweifel und Ungewißheit könnte man versucht sein, mit Neid auf die römische Kirche

zu blicken. Sie, die im Unterschied von der griechischen Christenheit mitten im Stürmen und Drängen der modernen Welt und ihres Geistes steht, scheint den Anfechtungen der Gegenwart gewachsen zu sein. Während in Deutschland der Protestantismus sein Volk beinahe verlor, haben die beiden letzten Päpste, Pius IX. durch seine Schwärmerei, Leo XIII. durch seine Weltklugheit, ihr Volk gläubig wie noch nie um sich gesammelt. Rom scheint wirklich durch keine Skepsis erschüttert zu werden; selbst die verwegensten Dogmenneuerungen, wie die unbefleckte Empfängnis Mariä und die weltliche Unfehlbarkeit des Papstes haben der katholischen Vernunft und dem katholischen Gewissen keine dauernden Schwierigkeiten bereitet, und die unmodernen Sätze des Syllabus sind in den Ländern modernen Geistes leicht verdaut, als wären sie Austern mit Champagner. Auch in den sozialen Wirren steht Rom weniger gefährdet da als Wittenberg; die katholischen Völker leiden in der That für einen Augenblick weniger unter den sozialistischen Umsturzgedanken als das klassische Land der Reformation. Und nicht bloß Jesuiten und Konvertiten, auch manche Protestanten sind hoffnungsselig genug, zu meinen und zu sagen, daß der Fels Petri doch wohl ein besserer Untergrund für Staat und Gesellschaft sei als der unsichere Boden Luthers, Calvins und hundert anderer Kirchenstifter und Sektengründer.

Kundige und ehrliche Katholiken werden sich durch solchen Schein freilich nicht täuschen lassen. Gewiß, in Deutschland, auch in England und Amerika ist durch die Gunst zusammentreffender Ereignisse und Verhältnisse die römische Kirche stärker als sonst; bei uns ist sie auch geistig und geistlich, litterarisch und praktisch, politisch und sozial in einem Aufschwung begriffen, daß man fürchten könnte, sie werde dem Protestantismus die Hegemonie des Geistes, welche er drei und ein halbes Jahrhundert unbestritten ausgeübt hat, aus der Hand reißen. Aber nur ruhig Blut. Was Rom in der deutschen Welt errungen hat, verdankt es der Schwäche, Uneinigkeit, Zerrissenheit des evangelischen Staatskirchentums und den Fehlern des Kulturkampfes, ebenso bei der Führung wie bei der Beendigung desselben; ja, es verdankt seine achtungswerte, bedeutende Stellung dem Protestantismus selbst, aus dessen Zeughaus es die Waffen zu unserer Bekämpfung leiht. Sehen wir auf die Länder, wo Rom unbestritten herrscht, — und ihr Zustand allein ist doch ein Beweis seiner Leistungsfähigkeit — so finden wir weder Glauben

noch Sitte, weder geistige noch praktische Tüchtigkeit, weder politische noch soziale Lebenskraft. Italien, wo die Frauen bigott und die Männer Atheisten sind, zeigt dicht unter den Füßen des Papstes das Unvermögen seines Systems; Frankreich, das Lieblingskind Roms, früher das Land des allerchristlichsten Königs, ist unzweifelhaft in seiner Regierung das allerunchristlichste Land der Erde, zugleich politisch ohnmächtig und nur durch sein unnatürliches Bündnis mit dem barbarischen und romfeindlichen Rußland einigermaßen zu fürchten. Belgien und Irland, die katholischsten Länder der Welt, das eine Zeiten hindurch ganz ultramontan regiert, das andere schon durch seinen Haß gegen England mit dem ultramontansten Geiste erfüllt, sind sozial noch ganz anders bedroht als Deutschland; aber dort weiß auch die Kurie keine Medizin, und hier verbittet man sich ebenso die päpstliche Diagnose wie die römische Heilkunst. Österreich ist trotz seines lebhaften Katholizismus ganz in den Händen der Juden, und sein höherer Klerus ist es zum Teil auch. Von den übrigen Ländern brauchen wir nicht im einzelnen zu reden. Spanien und Portugal leiden wie ihre ehemaligen Kolonien an einem solchen Siechtum, daß sie die Ohnmacht römischen Geistes vor den Augen aller Welt beweisen; Ecuador, wo das kanonische Staatsrecht seinen höchsten Triumph gefeiert und jeden fremden Kultus ausgeschlossen hat, ist vielleicht noch ein wenig kränker als die anderen Republiken Südamerikas, zu denen jetzt auch Brasilien gehört, wo ohne Sang und Klang, ja ohne jedes Mitleid seitens des Klerus ein Thron wie eine morsche Hütte zusammenbrach. — Nein, Rom ist doch nicht stark; es hat einige rote, gesund scheinende Stellen im Angesicht, aber dahinter steckt die Schwindsucht des ganzen Leibes. Obwohl einige Fürsten, Regierungen und Politiker abergläubisch genug sind, Rom für eine große, sogar für eine konservative Macht zu halten, fällt es doch unter den allgemeinen Notstand der Christenheit. Es kann in den Ländern, wo das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht besteht, durch seinen Einfluß viel stören und verderben; es kann in der großen Politik durch seine internationalen Verbindungen Verwirrung und zuweilen auch Frieden stiften. Aber man müßte ein Narr sein, wenn man glaubt, daß es imstande wäre, der christlichen Welt Glauben und Gerechtigkeit, Liebe und Frieden, Ruhe und Bestand wiederzugeben. Der Kirchenstaat war das elendeste Staatswesen, das je auf Erden existiert hat; ich habe ihn noch gesehen und

gründlich kennen gelernt. Wenn er wiederhergestellt würde, — was man beinahe wünschen könnte, um alle die großen römischen Verheißungen vom Heil der Welt ad absurdum zu führen — er würde um kein Haar besser sein als der alte. Der Nachfolger Petri vermag noch nicht einmal den Peterspfennig zu verwalten; wie sollte er den Schatz der Christenheit hüten und sichern können? Erst wenn das Papsttum von seinem thörichten und unerträglichen Anspruch, das alleinige Oberhaupt der alleinigen Kirche zu sein, zurücktritt, würde es für die Christenheit ein Element des Segens sein können. Aber wir fürchten, daß das, wenn überhaupt, erst geschehen wird, nachdem eine Katastrophe, ähnlich wie sie im Jahre 1870 über die weltliche Macht hereinbrach, einmal die geistliche Gewalt des Papstes zertrümmert hat.

Inzwischen klagen wir Rom an, Rom allein, daß es die Einheit der Christenheit zerschneidet, und daß es dadurch den übrigen Kirchen unmöglich gemacht wird, mit der katholischen Hälfte der Christenheit in ein Verhältnis des Gebers und Empfängers zu treten. Die evangelische und katholische Kirche könnten viel von einander lernen; anstatt dessen geben sie der Welt das Schauspiel eines Hasses und Kampfes auf Leben und Tod. Wie soll die Welt an Christum wieder glauben lernen, wenn sie sieht, daß die Provinzen seines Reiches im wilden Bürgerkrieg einander zerfleischen? Es ist kein Zweifel, die schärfsten, bittersten, leidenschaftlichsten Bekämpfer Roms auf unserer Seite würden die Hand zum Frieden bieten, wenn Rom der Anmaßung entsagte, die einzige Kirche Christi zu sein. Auch auf seiten des Katholizismus würde mit dem Schwinden dieses Aberglaubens vieles anders werden. Der wüste Fanatismus in der Propaganda und Wiedertaufe, bei Mischehen und ihren Trauungen würde einem Geisterstreit und Wettkampf Platz machen, der beiden Kirchen zum Nutzen sein könnte. Daß dieser Fanatismus nötig ist, daß er auch nur dem vorhandenen Gegensatz der Kirchen entspricht, können wir nicht zugeben. Wenn die großen Fragen der Völkerwelt, in denen es sich um Sein oder Nichtsein des Christentums handelt, an die Kirchen herantreten, dann bleibt ihnen, der römischen so gut wie den anderen, doch keine andere Hilfe als das Evangelium. Man sehe sich einmal das neueste Rundschreiben des Papstes über die soziale Frage an; da ist nichts von Marien- und Heiligendienst, nichts vom Trierer Rock und den Aachener Windeln, da ist die Bibel und die gesunde

Vernunft verbunden mit etwas thomistischer Philosophie. Unseres Erachtens ist es weit über das Ziel hinausgeschossen, wenn man hier und da in der katholischen Welt so thut, als sei mit dem päpstlichen Erlaß der Stein der Weisen gefunden. Zum Ärgernis wird ein solcher Standpunkt, wenn das „Konservative Wochenblatt", lediglich um seinem unverbesserlichen Kartellgeist zu fröhnen, die christlich-sozialen und evangelisch-sozialen Bestrebungen in den Staub zieht, um auf dieser Folie die Weisheit Roms desto mehr hervorzuheben; dazu ist wohl nur dies Blatt imstande. Man wird vielmehr gegen jenes Schreiben den berechtigten Einwand erheben müssen, daß es die Frage des privaten Eigentums und seines Erwerbs durch die Arbeiter wie die des Landbesitzes im besonderen recht oberflächlich, und zwar wesentlich abweichend von Thomas, behandelt, daß es auch der heiligen Schrift nicht gerecht wird, wenn es die Pflicht des Almosens erst dann eintreten läßt, nachdem die standesgemäßen Ausgaben geleistet sind, womit der Gedanke der Nächstenliebe verkümmert und der des Opferns beseitigt wird. Aber die päpstlichen Gedankengänge sind ein thatsächliches Zeugnis, daß die Kluft zwischen Katholizismus und Protestantismus so tief nicht zu sein braucht, wie sie seitens Rom gerissen wird; das allermeiste davon könnte in unserer Kirchenzeitung ebenso gut stehen und — trotz dem „Konf. Wochenblatt"! — auf dem Evangelisch-sozialen Kongreß ebenso gesagt sein.

Die Verhandlungen dieser Versammlung haben in den letzten Wochen vielfache Erörterungen hervorgerufen. Man hat die Ausführungen Professor D. Herrmanns, daß die Wirtschaftsordnung und Eigentumsverteilung für das Christentum prinzipiell gleichgiltig sei, bemängelt und sich besonders darüber aufgeregt, daß der Sekretär des Evangelisch-sozialen Kongresses in seinem Buche die politische ebenso wie die soziale Gestaltung der Menschheit als eine dem christlichen Glauben neutrale Angelegenheit hingestellt hat. Aber man hat dabei übersehen, daß es sich hier um abstrakte Aufstellungen, nicht um konkrete Anwendung auf den einzelnen Fall handelt. Ob Monarchie oder Republik, ob Privatbesitz oder Kollektiveigentum, kann allerdings der Kirche völlig gleich sein. Das hat aber mit der Frage, ob Preußen durch die Sozialdemokratie in eine Republik verwandelt und das gegenwärtig bestehende Eigentum dem Volksstaat überliefert werden soll, nichts zu thun. Allerdings glauben wir, daß man im Aussprechen solcher Grundsätze vorsichtig

sein soll; denn die bestehenden Verhältnisse sind ja zunächst die gegebene irdische Grundlage auch für die Kirche. Der Kongreß hat auch deshalb die vierte These D. Herrmanns nicht angenommen. Sie besagte, daß es unchristlich sei, die wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage auch unter der Führung der Sozialdemokratie zu bekämpfen. Richtig verstanden ist auch dieser Satz unzweifelhaft korrekt. Aber die Sozialdemokratie würde nach der Geschichtsauffassung von Marx sagen, daß sie überhaupt nur wirtschaftliche Bestrebungen kenne, von denen alles übrige nur die Folge sei, und würde sich demgemäß jeden Angriff als eingestandenermaßen unchristlich verbitten. Man hat also recht gethan, diesen Herrmannschen Satz nicht anzunehmen. Aber bedenklich ist er nicht, nur mißverständlich. Dagegen ist es nicht bloß bedenklich, sondern für die ganze evangelisch-soziale Bewegung gefährlich, wenn der Generalsekretär des Kongresses als Verfasser von „Drei Monate als Fabrikarbeiter und Handwerksbursche“ schreibt, daß die anderen aufgeklärten Arbeiter ebenso wie die Angehörigen unserer Mittelstände den wahren Frieden, nach dem sie sich wie alle tiefer empfindenden Menschen sehnen, im Christentum nicht mehr finden können, weil ihnen seine ewig unveränderlichen Heilsgüter in einer Form und Fassung dargeboten werden, die für sie heute unannehmbar ist. Sind diese Worte auch ohne Verantwortung des Kongresses lediglich von dem Schriftsteller Göhre verfaßt, so begreifen wir doch, daß sie Besorgnis erregen. Die Arbeit des Kongresses liegt doch zum großen Teil in der Hand des Generalsekretärs. Und nichts könnte verhängnisvoller sein, als wenn eine Bewegung, welche den Arbeitern den Wiederanschluß an Kirche und Christentum erleichtern will, von dem Gesichtspunkte ausginge, die bekenntnis- und katechismusmäßige Form evangelischen Christentums sei unannehmbar. Welche Form, so muß man fragen, ist denn annehmbar? Ist die andere Form schon gefunden und allgemein anerkannt? Oder wenn ein einzelner Theolog die bessere Form zu haben glaubt, wer bürgt ihm dafür, daß dieselbe bei den aufgeklärten Arbeitern oder bei den gebildeten Mittelklassen Billigung findet? Kommt nicht dadurch, daß man mit einer neuen Lehrform des Christentums arbeiten will, neuer Streit zum alten? Will man im öffentlichen Leben die protestantische Kirche und das evangelische Christentum wieder zur Geltung bringen, so muß man mit gegebenen Größen, mit historischen Thatsachen arbeiten; sonst wird man nichts erreichen. Oder wäre

es möglich, für Kirche und Christentum irgend eine günstige Meinung zu erwecken, wenn man mit der Erklärung beginnt, daß sie achtzehn Jahrhunderte geirrt haben? Wir glauben, daß eine solche Äußerung die Position der Evangelischen von vornherein verdirbt. Sie ist auch durch und durch irrig. Wir Evangelischen haben als absolute Norm nur die Bibel, die leicht in jedes Protestanten Hand sein kann. Ihre religiöse Form ist doch für niemand, der glauben will, unannehmbar. Aber es ist klar, daß diejenigen, welche den lutherischen oder Heidelberger Katechismus nicht annehmen, auch die heilige Schrift nicht gelten lassen. So ist denn jener Standpunkt, der für die Diskussion unter Theologen sein Recht haben kann, für die soziale Arbeit, überhaupt für die Arbeit an der Volksseele unfruchtbar. Kann der Protestantismus nicht zu einer festen Stellung in Schrift und Bekenntnis zurückgelangen, dann ist er unfähig, wieder eine volkstümliche Kirche zu bilden. Denn das Volk will keinen kritischen Häcksel, sondern Brot der Wahrheit und Wasser des Lebens. Gott hat uns die Wahrheit gegeben und zu ihrer Bewahrung die Kirche gegründet. Hat die Kirche keine Wahrheit und will sie keine haben, dann kann auch Gott einer solchen Kirche nicht helfen, es sei denn durch prophetische Persönlichkeiten, welche sie zur Wahrheit zurückrufen und zurückführen.

Was uns not thut, ist nicht eine Umformung der alten Wahrheit, sondern eine Ergänzung, Belebung, Befreiung, Realisierung derselben. Das Bekenntnis der Reformation könnten wir niemals als irrig aufgeben, ohne die Kirche der Reformation für eine falsche Kirche zu erklären und den Zusammenhang mit der allgemeinen Kirche zu verlieren. Aber der Fehler des Protestantismus liegt darin, daß er das Bekenntnis, welches unser Panier sein und bleiben muß, doktrinär, einseitig, fanatisch, ohne Rücksicht auf die anderen Seiten des kirchlichen Daseins geltend gemacht hat. Das Staatskirchentum nahm der Kirche alles Leben und ließ ihr nur die Lehre, in die man sich, alle anderen Konfessionen hassend und um den Buchstaben streitend, verbiß. Christus ist gekommen, ein Reich Gottes auf Erden zu gründen; der Protestantismus hat daraus einen Betsaal und Hörsaal gemacht. In der heiligen Schrift liegen die Grundgedanken für das soziale und gesamte öffentliche Leben; wir haben nur das, was zum Glauben des Einzelnen, zur Rettung der Seele, zur Heiligung der Persönlichkeit dient, daraus geschöpft, und dies nicht einmal ganz. Vor lauter Individualismus haben

wir sogar den Ausbau des Gemeindelebens, geschweige den Aufbau der Kirche, versäumt. Können wir uns wundern, daß wir keine machtvolle Kirche, keine lebendigen Gemeinden haben? Der Einfluß auf das nationale und soziale, auf das gesellige und litterarische Leben ist uns verloren gegangen, weil wir es für unevangelisch hielten, Einfluß zu suchen, außer durch christliche Persönlichkeiten. Man darf die Religion mit der Politik nicht vermengen: so lautete auf dem einen Gebiete der christlich klingende Unsinn, der auf anderen Gebieten, z. B. auf dem sozialen, wiederholt wurde, so hat man es erreicht, daß die Welt vom evangelischen Christentum entleert ist. In Politik und Sozialpolitik sitzt, soweit von energischer Arbeit auf diesen Gebieten die Rede ist, der Katholizismus; in der Presse und Kunst, im Theater und Geschäft sitzt das Judentum. Und dabei wundert man sich, daß der Protestantismus überflügelt wird. Wir wundern uns garnicht darüber, wir sind erstaunt, daß die nahezu unverwüstliche Lebenskraft evangelisch-reformatorischer Anschauung nicht noch mehr gebrochen ist. Sie wieder zu erwecken, erscheint uns nicht allzuschwer. Gott bietet dazu das göttliche Wort, den heiligen Geist, die lebendige Gemeinde, die selbständige Kirche; das sind seine Mittel. Die Persönlichkeiten wird er uns senden, wenn wir ihn darum bitten und seine Kräfte brauchen. Die Theologie muß uns, statt neue Dogmen zu suchen, eine neue Anschauung vom Reiche Gottes und eine soziale Ethik geben. Die Geistlichen müssen auf der Kanzel den wissenschaftlichen Wust wegwerfen und in der Sprache des Volkes reden. Sie müssen wieder Fühlung mit dem Volke gewinnen, an seinem Wohl und Weh teilnehmen, mit brennendem Herzen Seelsorge treiben, zwischen reich und arm keinen Unterschied machen, mit fröhlichem Gemüt auch unter der Kanzel wirken und treue Gemeinschaft halten mit ihren Gemeinden. In den Gemeinden darf nicht die kleine Zahl von Honoratioren, vielleicht von unkirchlichen, die Hauptrolle spielen und die Mehrzahl der Handwerker und Arbeiter, vielleicht kirchlicher Leute, zurücktreten. Wo sind die Handwerksmeister und Arbeiter in den Provinzial- und Landessynoden? Und wie kann man dem Volke ein Interesse an den Verhandlungen der Kirche zumuten, wenn es da nur Pastoren und Patrone, Studierte und Beamte und reiche Geschäftsleute findet? Man wähle und regiere die Kirche nur nach dem Glauben, daß der heilige Geist in ihr wieder eine Werkstatt finde. Man lasse sie nicht nach Staatsraison, durch

Fürsten und Minister, auch nicht nach Paragraphen und Traditionen, durch Behörden und Kollegien geleitet werden, sondern gebe ihr geistliche Persönlichkeiten mit Vollmacht aus der Höhe, welche, wie die Könige ihr Land, so ihre Sprengel mit persönlicher Verantwortlichkeit vertreten. Ob man sie Bischöfe nenne oder anders, ist uns gleichgiltig. Wir protestieren nur dagegen, daß man einen weltlichen Monarchen, sogar einen katholischen, mit Inbrunst einen summus episcopus nennt, dagegen die bloße Frage nach wirklichen kirchlichen episcopis als eine Art Hochverrat ansieht. Uns ist es nicht um Ehre und Titel, uns ist es um den heiligen Geist zu thun, der allein imstande ist, dem unheiligen Geiste zu widerstehen. Das evangelische Staatskirchentum aber, wie es heute gehandhabt wird, bald mit Rücksicht auf den Papst, bald aus Nachsicht mit dem Liberalismus, immer aber mit Vorsicht, damit nur die Staatsgewalt in der Kirche ihre Macht behält und Aufregungen unterbleiben, ist nicht geeignet, die Impulse zu schaffen, auf deren Schwingungen der Geist Gottes, die Kraft aus der Höhe herniederkommt. Das Christentum gedeiht nur in der Atmosphäre wahrer Freiheit und durch die Kraft lebendiger Persönlichkeiten. Derjenige Staat, welcher die Angelegenheiten der Kirche in diesem Geiste ordnete, würde sich um die Geschichte und Zukunft des Protestantismus ein unermeßliches Verdienst erwerben. Und wir sind gewiß, daß die, welche heute das Staatskirchentum und den Summepiskopat als die Säulen der evangelischen Kirche betrachten, dagegen die Bestrebungen der kirchlichen Selbständigkeit und der Umwandlung des Summepiskopats wie seiner Behörden für eine Landesgefahr halten, dem Monarchen, der diese Befreiung und Veränderung vollzöge, nach vollbrachter That dieselbe begeisterte Überzeugung von dem Segen des Neuen entgegenbringen würden, die sie jetzt von dem Nutzen des Alten haben. Nicht einmal der Oberpräsident von Brandenburg, der auf der Provinzialsynode bei der Beratung des Antrages, die Stellung der Generalsuperintendenten zu verstärken, seinen Austritt aus der Landeskirche in Aussicht stellte, würde dem Protestantismus verloren gehen, aber unzählige, die innerlich oder äußerlich ihren Austritt aus der Kirche schon vollzogen haben, wiedergewonnen werden durch eine freie, gläubige, geistlich und persönlich geleitete Kirche.

Die Freiheit der Kirche als Bedingung ihrer Kraft.

(Januar 1892).

Die evangelische Landeskirche Preußens steht ohne Zweifel an einem Wendepunkte ihrer inneren Entwickelung. Auf der letzten Generalsynode ist diese Thatsache für die, welche tiefer blicken, auch zum Ausdruck gekommen. Und zwar ist die Wendung nach der einen Seite durchaus erfreulicher Natur. Dieselbe läßt sich so bezeichnen, daß der Kirche von seiten des Königs, der Staatsregierung, des Leiters ihrer obersten Behörde ein reiches Maß von Wohlwollen verheißen, zum Teil bewiesen ist. Welcher treue Christ und Patriot wollte sich darüber nicht freuen! Es ist freilich ein bedauerlicher, noch mehr ein verwunderlicher Umstand, daß die Kirche, welcher Preußen seine Größe, ja seine Stellung in der Weltgeschichte verdankt, anderthalb Jahrzehnte hindurch nicht bloß unfreundlich, sondern ungerecht behandelt wurde, zuerst um Rom nicht allzusehr zu verletzen, zuletzt um den Papst zum Freunde zu gewinnen. Aber wir wollen die Toten ruhen lassen und hoffen, daß ein solcher Zustand nicht wiederkehrt. Alte Verhältnisse, die nicht mehr bestehen, und alte Personen, die nicht mehr am Ruder des Staatsschiffes stehen, waren daran schuld; lassen wir sie und schauen wir nicht rückwärts, sondern vorwärts! Nicht bloß in den persönlichen, auch in den öffentlichen Angelegenheiten gilt das Wort der Schrift: Ich vergesse, was dahinten ist, und strecke mich nach dem, was vorne ist. Der eben beendeten Generalsynode kam es wirklich zugut, daß ihr alle die maßgebenden Persönlichkeiten neu gegenüberstanden, ein neuer summus episcopus, ein neuer Kultusminister, ein neuer Oberkirchenrats-Präsident. Ist sie dadurch auch gehindert worden, ihre alten Klagen wie ihre alten Forderungen mit der früheren Kraft zu wiederholen, weil sie in der That erst abwarten muß, was nun geschehen wird, so ist das kein Unglück. Eine Kirche lebt länger als ein Mensch. In drei Jahren kommt eine außerordentliche, in sechs Jahren die regelmäßige Generalsynode. Geschieht inzwischen nichts, so kann ja die Landeskirche ihre Stellung von früher wieder einnehmen. Von mancher Seite wird freilich

der Vorwurf laut, die Generalsynode habe die lebendigen Hoffnungen, welche man auf sie gesetzt habe, nicht erfüllt, sie habe zu viel diplomatisiert und vermittelt, wobei der Ernst der gegenwärtigen Lage nicht sein genügendes Licht empfangen habe. Aber diese Anklage trifft doch im großen und ganzen nicht zu. An wichtigen Punkten ist lautes, ergreifendes Zeugnis erhoben und ohne Menschenfurcht, ohne Menschengefälligkeit die volle Wahrheit gesagt. Daß die Kirche gegenüber den neuen Männern nicht die aus vergangenen Tagen erwachsene Haltung zeigen konnte, liegt auf der Hand. Sie hat damit weise und ohne Falsch gehandelt.

Weniger erfreulich ist das Bild, wenn wir es unter dem Gesichtspunkt der kirchlichen Selbständigkeit betrachten. Unleugbar hat hier eine Abnahme der starken und freudigen Überzeugungen von ehemals stattgefunden. Es scheint, daß man sich an das System der bestehenden Kirchenverfassung, welches man seiner Zeit mit Recht als die völlige Unterwerfung der Kirche unter den Staat bezeichnete, gewöhnt hat und damit dauernd zufrieden sein will. Daß die Synode an der kirchlichen Gesetzgebung mitwirkt und in kleinem Umfang ein Besteuerungsrecht ausübt, gilt heute schon als Signatur der Unabhängigkeit. Wenn — gemäß den Wünschen der vereinigten Gruppen — der preußische Landtag in seiner gesetzgeberischen Mitarbeit nur auf die grundlegenden Verfassungsfragen beschränkt wird, wenn nicht er, sondern das Staatsministerium die Kirchensteuern genehmigt, wenn nicht dieses, sondern der Kultusminister das Placet in milderen Formen ausübt, dann will man sich im Grunde begnügen. Der Summepiskopat werde dadurch — so lautet diese moderne Formel der kirchlichen Freiheit — nicht geschwächt, sondern gestärkt, also könne er den Selbständigkeitsbestrebungen eigentlich nur zustimmen. Die Stellung des Landesherrn zur Kirche bleibe, abgesehen von der synodalen Gesetzgebung, dieselbe wie zur Zeit des ehemaligen Königtums. — Allerdings beseitigt man durch ein solches Programm den in Preußen schwerer als irgendwo anders wiegenden Einwand, daß man den monarchischen Gedanken schwächen wolle; man vermeidet auch die Gefahr, des Ansturms gegen das landesherrliche Kirchenregiment beschuldigt zu werden. Aber man giebt den Gedanken an eine wirkliche Selbständigkeit der Kirche auf. Ob der Staat oder ob das Staatsoberhaupt die Kirche regiert, ist freilich grundsätzlich nicht völlig gleichbedeutend, praktisch läuft die Sache immer auf ein bloßes Staatskirchentum hinaus;

denn das Staatsoberhaupt kann nicht in zwei Personen zerfallen und vermöge einer Personalunion Staatsregent und Kirchenregent sein, sondern er ist summus episcopus, weil er Staatsoberhaupt ist. Anderenfalls hätte er in der Kirche Christi überhaupt keine besondere Stellung zu beanspruchen, und die Kirche dürfte ihm auch keine Prärogative zuerkennen. Nun hat aber bei uns der König, was er ja nicht brauchte, seine Kirchengewalt unter die Staatshoheit gestellt und sowohl dem Staatsministerium wie dem Landtag verfassungsmäßig untergeordnet; er hat auch, so oft die Forderung der Lockerung oder Lösung dieser Fesseln an ihn herantrat, immer abweisend geantwortet. Was soll bei dieser Lage der Dinge ein System summepiskopaler Selbständigkeit, welches der summus episcopus selbst nicht will? Offenbar läßt sich etwas mehr Utopisches schwerlich denken. Noch in der letzten Zeit vor der Generalsynode hat das Staatsministerum jene homöopathischen Selbständigkeitsforderungen der vorletzten Provinzialsynode abgelehnt. In der Unterredung mit Generalsuperintendent D. Schultze hat Seine Majestät der König zwar sein Wohlwollen ausgesprochen; aber man muß doch erst abwarten, wie er seine Stellung zur Staatshoheit gestaltet. Jedenfalls ist der Gedanke, welcher den Summepiskopat zum Pfeiler kirchlicher Selbständigkeit machen möchte, undurchführbar. Auch wenn er kirchlich gesund wäre, was wir bestreiten, ist er politisch unmöglich. Bis jetzt wollte ihn der Summusepiskopus selbst nicht anerkennen, nicht durchführen. Damit ist er von vornherein als unpraktisch beurteilt.

So bleibt denn für die, welche auf die kirchliche Selbständigkeit nicht verzichten wollen, nichts anderes übrig, als diese Sache von neuem zu erwägen und zu erörtern. Aber hier beginnt eben die größte Schwierigkeit. Während früher die Diskussion über die Unabhängigkeit der Kirche und selbstverständlich auch über den Summepiskopat freigegeben war, sodaß die frömmsten und patriotischsten, die königstreuesten und kirchenfreundlichsten Männer darüber als über eine offene Frage sprachen und schrieben, ist heutzutage nichts anrüchiger als gerade diese Diskussion. Man kann dies Thema nicht behandeln, ohne von Gegnern, z. B. dem deutschen Freisinn, der ja freilich vielmehr jüdischer Knechtssinn heißen sollte, denunziert und von Freunden, die ängstlich sind, mit warnenden Augen angesehen zu werden. Über den Summepiskopat, seinen kirchlichen Nutzen oder Schaden, seine Beibehaltung im beschränkten

Umfang oder seine Umwandlung in ein Patronat soll man nicht bloß nicht reden, nein, auch das stille Festhalten an den Überzeugungen, wie sie vor zwanzig Jahren allgemein waren, ist jetzt schon verdächtig. Und wir stehen nicht an, diese Strömung und Stimmung als in hohem Maße verderblich anzusehen. Bleibt sie bestehen, dann ist keine Selbständigkeitsbewegung mehr möglich, dann ist auch die Freiheit der kirchlichen Meinung gefährdet. Eben deshalb möchten wir beim Beginn unserer diesmaligen Neujahrsbetrachtungen an die allgemeine Überzeugung erinnern, wie sie in den Jahren vor dem Zustandekommen der Kirchenverfassung herrschte, und dann den heutigen Abfall damit vergleichen. Damals wurden von dem Weiterbestehen der staatskirchlichen Zustände die schlimmsten Gefahren für Kirche und Volk befürchtet; heute scheint diese Furcht abgethan. Die Entkirchlichung und Entchristlichung in der breiten Volksmasse ist seitdem furchtbar gestiegen und die Befreundung mit der Kirche und dem Christentum in den oberen Schichten nur wenig gewachsen. Viel stärker noch als vor zwanzig Jahren tritt an uns die Frage heran: Wie gewinnen wir das Vertrauen unseres evangelischen Volkes wieder? Damals lautete die allgemeine Antwort: Die Regierung der Kirche muß eine andere werden. Heute ist der Mut zu dieser Antwort sehr im Weichen. Wir meinen aber, daß die Fragen nach dem Recht des Staatskirchentums wie nach dem Einfluß des Summepiskopats gering seien gegenüber dem dringenden Bedürfnis nach kirchlichem Einfluß, und daß wir die Befriedigung dieses Verlangens nicht aus Menschenfurcht von der Tagesordnung absetzen dürfen. Leben ist die Losung der Gläubigen unserer Zeit; sie sind des Staatskirchentums müde und wollen den kirchlichen Bureaukratismus nicht länger vertragen. Nicht aus Eigensinn oder Liebhaberei halten auch wir die Fahne der kirchlichen Selbständigkeit hoch. Für uns ist, wie die Dinge liegen, die Gewinnung wahrer kirchlicher Freiheit lediglich die Bedingung wahren kirchlichen Lebens, heute mehr als je. Darum dürfen wir diese Frage nicht einschlafen lassen, wollen vielmehr die ehemaligen Zeugen der Freiheit aufwecken, daß sie uns helfen. Und zwar nehmen wir unsere Bundesgenossen nicht aus den „Heißsporen“ der Rechten, sondern aus der Gruppe der „Gemäßigten“, die heute auch die Maßgebenden sind. Es war im Jahre 1874, da gaben die Führer des damaligen linken Flügels der Unionsgruppe, Frhr. von der Goltz, Beyschlag, Wach, Krummacher, Krafft, vier Hefte Synodalfragen heraus, in

denen die Ideale dieser wirklich ziemlich kühlen Freiheitskämpfer niedergelegt sind. Wir drucken sie ohne Erläuterung ab.

Da schreibt der nun bereits heimgegangene D. Krummacher folgendes:

„Daß das landesherrliche Kirchenregiment nicht in seinem aus der früheren Zeit überkommenen Bestande erhalten werden kann, ist mit der Einführung von zur Gesetzgebung berufenen Synoden unmittelbar gegeben. Über die Notwendigkeit wesentlicher Einschränkungen der landesherrlichen Befugnisse ein Wort zu verlieren, ist überflüssig. Nur über das Mehr oder Weniger kann man verschiedener Meinung sein. Wir würden zu den kirchenamtlichen Befugnissen des Landesherrn rechnen erstens das Recht, die Mitglieder der kirchlichen Verwaltungsorgane aus einer seitens der Provinzialsynoden bezw. der Generalsynode zu präsentierenden Drei- oder Fünfzahl zu ernennen; zweitens das Recht, die Beschlüsse der Generalsynode zu genehmigen und bei Beschlüssen, welche Veränderungen der Verfassung und des Bekenntnisses oder dauernde Veränderungen im Kultus betreffen, durch ein suspensives Veto eine abermalige Beratung und Beschlußfassung herbeizuführen; drittens das Recht, die Generalsynode und die Provinzialsynoden, jedenfalls aber die erstere, durch eine gesetzlich bestimmte Zahl von Männern seines Vertrauens zu beschicken. Diese Rechte sind inhaltsvoll genug, um dem landesherrlichen Kirchenamt eine der Würde des Amtes und seines Trägers entsprechende Bedeutung und einen ersprießlichen Einfluß auf das Gedeihen der Kirche zu sichern. Sie sind andererseits hinlänglich eingeschränkt, um die Entwickelung der Kirche und die Ausgestaltung ihres Lebens nach den Gesetzen ihres eigenen Wesens gegen Verderbung durch fremdartige Einflüsse und gegen Stillstellung durch individuelle Willkür zu schützen."

Ganz ebenso denkt D. Frhr. von der Goltz; er schreibt:

„Der bureaukratische Territorialismus, wie er dem Wesen der christlichen Kirche widerspricht, mußte in dem Maße auch praktisch unerträglich werden, als die Politik sich von den religiösen Interessen loslöste, und als der persönliche Anteil der Gemeinden an der Kirche sich lebendiger und in verschiedener Richtung entwickelte. Man begann daher, zunächst theoretisch, den kirchlichen Charakter der landesherrlichen Bischofsgewalt zu betonen im Unterschied von der obrigkeitlichen Staatsgewalt. Indessen diese Unterscheidung blieb und bleibt praktisch eine Illusion, so lange die Organe des

landesherrlichen Kirchenregiments in der Ausübung der Kirchengewalt nicht völlig unabhängig sind von den politischen Behörden, und so lange der Anteil des Landesherrn an der Kirchengewalt nicht durch eine kirchliche Konstitution festgestellt und begrenzt ist. Der evangelischen Kirche fehlt es in dieser Richtung an einer klaren rechtlichen Ordnung.

Unerträglich ist die jetzige Rechtsstellung der evangelischen Kirche, weil der Staat, und der preußische vor anderen, in seinen Einrichtungen wie in den obrigkeitlichen Personen ein paritätischer geworden ist. Ein anderes Interesse als das des Schutzes der Glaubensfreiheit aller, der Sicherung von Recht und Ordnung und der Verwertung der in der Kirche gegebenen erziehenden Kräfte für die Pflege der sittlichen Güter des Volkes darf das Staatsoberhaupt in seinen amtlichen Handlungen an den verschiedenen Konfessionen und an den in denselben einander bekämpfenden Parteien nicht nehmen. Diese Berufspflicht hindert aber den evangelischen Landesbischof an der aktiven Teilnahme und energischen Initiative, welche die gegenwärtige kritische Lage der Kirche jeder Kirchenregierung auflegt. So wichtig der zusammenhaltende, voreilige oder parteiische Änderungen hindernde Dienst ist, den die Kirchengewalt des Landesherrn uns leistet, so darf doch der abwärts heilsame Hemmschuh nicht den Wagen hindern, wo es bergauf zu fahren gilt.

In einem lediglich durch das Vertrauen des Landesherrn bestellten Kirchenregimente, auch wenn es formell von der Staatsregierung unabhängig gestellt wird, können wir kein die kirchlichen Interessen hinreichend vertretendes, mit zulänglichem Mut und freier Bewegung ausgerüstetes Organ der Kirche erblicken. Einer der demütigendsten und verderblichsten Übelstände in unserem preußischen Kirchenwesen ist der Mangel moralischer Autorität, der an den Kirchenbehörden und an der Zentralbehörde am meisten haftet. Es ist durchaus ungerecht, wenn die Ursache häufig in den leitenden Personen oder deren kirchlicher Richtung gesucht wird, und es ist unrichtig, wenn man den unkirchlichen Zeitgeist anklagt. Die Unpopularität des Oberkirchenrates erstreckt sich auf hohe und niedere, kirchliche und politische Kreise. Die eigentliche Ursache liegt in der Schwäche und Unfertigkeit der kirchlichen Organisation. Höchstens kann den Trägern des Kirchenregiments der Vorwurf gemacht werden, daß sie die ihnen zugemutete halbe und gebundene

Stellung so lange getragen haben, ohne unter dem Glanze hervorragender Stellung das volle Bewußtsein davon zu haben. Darin verhält es sich mit dem Evangelischen Oberkirchenrat ähnlich wie mit dem früheren Bundestag in Frankfurt. Vor der katholischen Kirchengewalt haben die Staatsbehörden wie das vom Klerus geleitete Volk Respekt, und die Regierung erweist ihnen auch in den gegen ihre Anmaßungen gerichteten Maßregeln große Ehre. Unsere Kirchenbehörden, wir sprechen es ungern aus, sind bisher durch alle politischen Umgestaltungen unverändert hindurchgegangen, sie sind in wichtigen, die Kirche betreffenden Entscheidungen nicht gefragt worden, und nach oben wie nach unten, in der Kirche wie außerhalb derselben ist ihr Einfluß und ihr Ansehen sehr gering.

So lange die Synoden sich nur an der kirchlichen Gesetzgebung beteiligen, hingegen von der Verwaltung und Disziplin völlig ausgeschlossen sind, kommt es nicht leicht zu dem Vertrauen, daß die vom Landesherrn bestellten Konsistorien Organe der Kirche sind. Es wird immer schwerer werden, ihnen die Vertrauensstellung einer kirchlichen Obrigkeit zu verschaffen.

Noch ein Wort über die höchste Instanz der Kirchengewalt, über den landesherrlichen Summepiskopat. Was helfen alle doktrinären Darlegungen von dem kirchlichen Charakter desselben, wenn dieser kirchliche Charakter in den Institutionen keinen klaren Ausdruck hat? Weil unser Landesbischof Staatsoberhaupt ist, und nicht nur in Preußen, sondern in den Grenzen der Reichsverfassung auch in Deutschland, so ist er nicht in der Lage, für das erregte und zersplitterte kirchliche Leben fernerhin die Verantwortlichkeit allein zu behalten, er kann gegenüber den am Alten festhaltenden und den Reformen anstrebenden Richtungen nicht mehr am Steuerruder bleiben. Dessen ungeachtet möchten wir die Kirchenhoheit des Landesherrn keineswegs beseitigt sehen. Eine hervorragende Rechts- und Ehrenstellung des Landesherrn innerhalb unserer evangelischen Kirche wird derselben auch ferner den schwer zu entbehrenden Dienst leisten, daß voreilige Spaltungen oder Vergewaltigung der Minoritäten gehindert werden und das Gleichgewicht zwischen den einzelnen Faktoren des Kirchenregimentes, und mit ihm namentlich die Einheit der Landeskirche geschützt bleiben. Allein dies im Grunde ebenso politische wie kirchliche Interesse hindert den Landesherrn, ohne aus dem Vertrauen der Gemeinden selbst hervorgewachsene Organe sich aktiv

an der unabweisbaren Lösung der inneren Lebensfragen der Kirche zu beteiligen und der sein Amt ausübenden Kirchenregierung die ihr unentbehrliche Freiheit der Bewegung zu geben. Wer will sich darüber täuschen? In unserer Kirche ist ein Feuer entbrannt und greift immer weiter um sich, von dessen Überwindung geradezu der Fortbestand unserer Landeskirche abhängt. Weitverbreitet ist das gefährliche Gefühl, daß es schon zu spät sei, daß die Landeskirche über kurz oder lang sich auflösen werde. Wir lassen das Gefühl nicht aufkommen. Als evangelische Christen und als deutsche Männer dürfen wir es nicht. Allein, um den Versuch zu machen, bedarf es vor allem der geeigneten Organe, d. h. einer Kirchengewalt, welche in den Schranken der allgemeinen Staatsgesetze von den Staatsbehörden völlig unabhängig ist. Auch der landesherrliche Summepiskopat muß ausdrücklich den Charakter eines verfassungsmäßig garantierten und in seinen Rechten definierten kirchlichen Amtes erhalten. Wir behalten uns vor, daß dieser wichtigste Punkt der bevorstehenden Organisation in diesen Blättern eingehender Erörterung von sachkundiger Seite unterzogen werde.

Dem Ausschuß, d. h. dem Synodalvorstand, muß ein Anteil an den Vorschlägen zur Besetzung höherer kirchenregimentlicher Ämter zustehen. Es kommen dabei drei verschiedene Klassen in betracht, die Ergänzung der kirchlichen Zentralbehörde, die Ernennung der kirchlichen Provinzialbehörden und die Besetzung der theologischen Lehrstühle. Wir haben schon dargelegt, daß die Ergänzung der landeskirchlichen Zentralbehörde nicht von provinziellen Organen vollzogen werden darf. Hierfür muß dem Landesherrn nicht nur ein Bestätigungsrecht oder ein formales Ernennungsrecht auf grund maßgebender Vorschläge zustehen, sondern ein unbedingtes Ernennungsrecht. Da aber der Landesherr sein Recht nur nach Beratung mit Sachverständigen ausüben wird, so ist es wünschenswert, daß diese Beratung nicht dem Zufall preisgegeben bleibe, sondern dem Interesse der Kirche entsprechend geordnet sei. Der Kultusminister kann schon als Vertreter der Staatsinteressen nicht das geeignete Organ für solche Beratung sein. Er kann höchstens an zweiter Stelle zur Abgebung eines Gutachtens über Vorschläge von kirchlicher Seite in betracht kommen. Aber wir halten es auch für bedenklich, daß der Oberkirchenrat allein die Vorschläge zu seiner Ergänzung an den Landesherrn

einreiche. In den meisten Fällen würde so das höchste kirchliche Kollegium auf dem Wege der Kooptation sich vervollständigen; dies würde doppelte Gefahren in sich schließen, weil das kirchenregimentliche Amt in der Regel lebenslänglich zugeteilt wird und nicht wie bei dem Staatsministerium öfterem und leichtem Wechsel der Personen unterliegt. Am besten erscheint es, wenn der Oberkirchenrat und der Ausschuß der Generalsynode als ein vereinigtes Kollegium sich verständigten über die dem Vertrauen des Königs zu empfehlenden Personen. Sollten innerhalb dieses zusammengesetzten Kollegiums sich entgegengesetzte Wünsche geltend machen, so bleibt es bei dem unbeschränkten Ernennungsrecht des Landesherrn. Demselben steht es ja frei, zu persönlicher Information noch andere Stimmen, z. B. die der Generalsuperintendenten, zu hören. Da der landesherrliche Summepiskopat überhaupt nur als Vertrauensverhältnis Berechtigung und Dauer haben kann, so muß der genauere Modus der Befragung dem Landesherrn überlassen bleiben. Nur dem Ausschuß wäre das Recht zu sichern, daß der Oberkirchenrat bei Fragen dieser Art sich durch ihn verstärken muß und in seinem engeren Kreis nicht berechtigt ist, Vorschläge zu seiner Ergänzung dem Landesherrn vorzulegen.

Endlich wäre auch die Heranziehung des Ausschusses bei der Besetzung der theologischen Lehrstühle in Aussicht zu nehmen. — Mag die dem Minister übertragene Macht auch unparteiisch ausgeübt werden können, so haben doch die letzten Jahrzehnte reichlich bewiesen, daß der Mißbrauch derselben im Parteiinteresse sehr nahe liegt. Darf die Kirche auf die Dauer in dem Maße dem Gutbefinden eines Ministers unterworfen bleiben? Das Vorschlagsrecht der Fakultäten giebt bei den vielen damit verbundenen persönlichen Rücksichten keine hinreichende Garantie für die Interessen der Kirche. Es scheint dringend geboten, auch um das Vertrauensband zwischen Fakultäten und Kirchen zu schützen, daß kirchlichen Organen eine Mitwirkung bei den Vorschlägen zur Besetzung theologischer Lehrstühle zugestanden werde. Am nächsten liegt es, nachdem die einzelnen Fakultäten ihre Vorschläge festgestellt haben, daß dieselben den betreffenden Provinzialkonsistorien in Verbindung mit dem Synodalvorstande zu einer gutachtlichen Äußerung vorgelegt werden. Dabei müßte die Kirchenbehörde das Recht haben, falls es ihr unmöglich scheint, die Vorschläge der Fakultät zu unterstützen, dieselben unter Darlegung

der Motive zu ergänzen. Auf diese Weise erhielte der Minister das Gutachten einer wissenschaftlichen und einer kirchlichen Korporation."

Dr. Beyschlag stimmt mit den beiden Vorgängern ganz überein.

„Wir setzen es — sagt er — als allgemeine Stimmung und Überzeugung voraus, daß die innerkirchliche Oberleitung im Interesse des volkstümlichen und autoritativen Charakters unseres Kirchenwesens beim evangelischen Landesherrn zu verbleiben habe, aber nicht im Sinne des alten cäsaropapistischen Summepiskopats, auch nicht im Sinne des „kirchlichen Konstitutionalismus", nach welchem der Landesherr der ideelle Gesamtinhaber der Kirchengewalt bliebe und nur in der Ausübung derselben durch die Spezialrechte kirchlicher Landstände beschränkt wäre, sondern im Sinne der evangelisch-kirchlichen, presbyterialen Idee, der zufolge alle Ämter in der Kirche Dienste sind, welche die Mitglieder derselben, das höchstgestellte nicht ausgenommen, nach Maß der besonderen Gabe, die ihnen verliehen ist, dem sich selbst regierenden und nur vom Herrn im Himmel beherrschten Ganzen leisten. Die durch diesen Gesichtspunkt erforderte evangelische Neuordnung des landesherrlichen Kirchenregiments wird aber nur dadurch möglich sein, daß die oberste Kirchenbehörde, an deren Beirat der Landesherr seine kirchlichen Entschließungen bindet, irgendwie auf das Vertrauen und die Mitwirkung einer landeskirchlichen Gesamtvertretung basiert wird; nur unter dieser Voraussetzung wird die Fortdauer des landesherrlichen Kirchenregiments sich mit einer wirklichen Selbstverwaltung der evangelischen Kirche vertragen."

Dr. Wach, der nüchternste von allen, ist doch auch wieder derjenige, welcher am allerschärfsten das Widernatürliche des bloß landesherrlichen Kirchenregiments nachweist. Er schreibt:

„In der Konsistorialverfassung erwuchs das landesherrliche Kirchenregiment zur absoluten Herrschaft über die Kirche. Man suchte sie fein theoretisch als bischöfliche Gewalt oder als obrigkeitliche custodia utriusque tabulae zu rechtfertigen. Aber allen Doktrinen zum Hohn entpuppte sie sich bald als das, was sie von ihrem Ursprung abirrend geworden war: als die Tyrannei des Staates über die Kirche. Mit dem Territorialismus ist nunmehr glücklich gebrochen. Der verkehrten episkopalistischen Anschauung aber und der Dreiständetheorie machte die gesamte Reaktion des

Gemeindebewußtseins ein Ende, welche sich in der Verfassungsentwickelung der letzten Jahrzehnte hindurcharbeitet. Sie wird den richtigen Gedanken auch bei uns zur Geltung bringen, daß das dem Landesherrn als vornehmstem, obrigkeitlichem Kirchengliede durch die geschichtliche Entwickelung zugewiesene äußere Regiment der Kirche für sich allein ein unvollständiges, krankes und unhaltbares Ding ist, daß es fernerhin erträglich und fruchtbar nur gemacht werden kann, wenn ihm eine weitere Vertretung der den Lehr- und Laienstand umfassenden Gesamtkirchengemeinde zur Seite gestellt wird.

Demgemäß wird der Landesherr nicht in der Lage sein, falls etwa der Landtag irgendwelche Änderungen der durch das Kirchenregiment und die Generalsynode beschlossenen definitiven Generalsynodalordnung fordern sollte, solche einfach zu acceptieren und zu publizieren. An sich müssen wir das Recht des Landtags zu derartigen Änderungen, die nicht Punkte berühren, welche staatlicher Natur sind, bestreiten. Aber schon oben wurde die Macht desselben zugestanden, seine bezüglich einzelner Stücke der Kirchenverfassung notwendige Zustimmung von Bedingungen abhängig zu machen. Diese können sich auf die jetzt schon bestehenden unteren synodalen Organe, auf die Schöpfungen der Generalsynode beziehen. Aber auf keinen Fall darf der Landesherr solche Bedingungen konzedieren, ohne vorher die Zustimmung der Generalsynode eingeholt zu haben. Der Landtag seinerseits hat mit dieser inneren kirchlichen Beziehung des Landesherrn zur Generalsynode nichts zu thun. Zu hoffen ist, daß, wenn die Kammer-Majorität zur Erkenntnis der wahren repräsentativen Qualität der Generalsynode gelangen sollte, sie dem Landesherrn keine Änderungen des Verfassungsbaues zumuten wird, den die Repräsentation der Kirche bereits sanktioniert hat."

Und daß das alles nicht bloß Meinungen einzelner, sondern die Überzeugung ganzer Kirchenkreise war, dafür liefern Beyschlag und Krafft in ihren geschichtlichen Darlegungen den unwidersprechlichen Beweis. In Rheinland-Westfalen hat es früher nie eine andere Vorstellung von kirchlicher Selbständigkeit gegeben als die, welche in den oben angeführten Stimmen zum Ausdruck kommt. Eine Umbildung des Summepiskopats in eine Form, welche die Kirche vom Staat unabhängig stellt und sie ihr eigenes Leben leben läßt, war ausnahmslos die allgemeine Hoffnung aller

lebendigen Christen. Wie ist es nur gekommen, daß dies Bild so sehr verblaßt, bei vielen erloschen ist?

Die linke Seite der Mittelpartei trat schon während der außerordentlichen Generalsynode von ihrem Standpunkte ab. In der „Protestantischen Kirchenzeitung“ wurde sie deshalb verurteilt, weil sie statt fester kirchlicher Grundsätze die Parole der kirchenpolitischen Devotion und Loyalität zur Basis ihrer Verhandlungen erhoben und sich als Partei der Jasager konstituiert habe: ein Verhängnis, dessen Folgen schwer auf der Kirche lasten würden. In der That ist seitdem innerhalb der Mittelpartei das Verlangen nach Selbständigkeit verstummt. Erst zuletzt hat D. Beyschlag aus antirömischen Beweggründen heraus die Haltbarkeit des bestehenden Summepiskopates angezweifelt. Aber es ist für jeden Einsichtigen klar, daß diese einseitige Motivierung nicht genügt. Dieselbe schützt zwar vor dem Vorwurf der Irroyalität und wendet sich an den katholikenfeindlichen Instinkt der Massen, — aber sie allein wird, obwohl sie an sich richtig ist, niemand davon überzeugen, daß das Staatskirchentum abgewirtschaftet habe.

Anders die positive Union. Sie ist aus zwei Wurzeln aufgewachsen, der Bekenntnistreue und der Unabhängigkeit. Innerhalb der synodalen Schöpfung wollte sie den Glauben der Kirche schützen und bei dem Beginn einer neuen Entwickelung den in der Verfassung verletzten Grundsatz der kirchlichen Selbständigkeit hochhalten. Allerdings waren die Begründer der Gruppe in der Beurteilung der Staatshoheit und der landesherrlichen Kirchengewalt von Anfang an nicht völlig einig. Derjenige Teil derselben, welcher eine Einschränkung der ersteren und eine Umgestaltung der letzteren für nötig hielt, war in der Mehrheit, aber nur mit einer einzigen Stimme. So wurde zwischen den beiden Hälften ein Kompromiß geschlossen, das in Punkt 5 des Programms folgende Form erhielt: „Wir wollen den Segen des landesherrlichen Kirchenregiments auch fernerhin der evangelischen Kirche erhalten wissen und erstreben deshalb für dasselbe der Staatshoheit gegenüber eine solche Gestaltung, welche die der Kirche gebührende Selbständigkeit verbürgt. Insbesondere fordern wir eine wirkliche Gemeinsamkeit und eine wechselseitige Durchdringung der konsistorialen und synodalen Organe aller Stufen im Regiment der Kirche, insbesondere auch die Mitwirkung des Generalsynodalvorstandes bei der Besetzung der höheren kirchenregimentlichen Ämter.“ Die letztere Forderung hat auf der

letzten Generalsynode ein Teil der Gruppe aufgegeben: ein deutlicher Beweis, daß der alte Geist in derselben nicht mehr lebendig ist. Auch in Bezug auf die allgemeine Stellung der Gruppe zu Staat und Landesherrn ist eine Abschwächung eingetreten. Nun möchten wir nicht, daß die positive Union ähnlich wie die Mittelpartei ihre eigene Fahne preisgäbe. Sie an ihre alten Positionen zu erinnern, erscheint uns darum als der gewiesene Weg. In ihr lebte noch lange nach der außerordentlichen Generalsynode derselbe Sinn, welcher in allen Kreisen der Gläubigen vor derselben geherrscht hatte. Beweis dafür sind die grundlegenden Aufsätze, die im Jahr 1876 in der „Neuen Evangelischen K.-Ztg.“ erschienen und ohne jeden Widerspruch aus der Gruppe, zum Teil mit begeisterter Zustimmung aufgenommen wurden. Wir drucken sie unverändert ab.

Zuerst die Abhandlung über das landesherrliche Kirchenregiment, welche folgenden Wortlaut hatte:

„In der Stufenfolge der organisierten kirchlichen Autorität nimmt das landesherrliche Kirchenregiment die erste Stufe ein. Jedermann, der die Geschichte kennt, weiß, wie unsere Kirche zu dieser eigentümlich protestantischen Institution gekommen ist. Die evangelischen Fürsten, glaubensvolle Bekenner der rechten Lehre und mutvolle Vertreter derselben gegen Kaiser und Reich, machten die Begründung der Reformation erst möglich, deren Berechtigung zunächst auf ihnen allein beruhte; die Reformatoren, ungewiß, wem sie die freigewordene bischöfliche Kirchengewalt übergeben sollten, trugen dieselbe den Fürsten an, welche sie annahmen und den inneren Teil derselben wiederum ihren geliebten und geehrten Theologen überließen. So bildete sich ein zuerst historischer, dann rechtmäßiger Zustand, welcher der Kirche neben vielen Verkümmerungen unleugbar reichen Segen gebracht hat. Keine innere geistliche Veranlassung, keine eigentlich kirchliche Idee hat dies Verhältnis geschaffen; es ist aus äußerer, unvermeidlicher Notwendigkeit, und gewiß nicht ohne göttliche Leitung, hervorgewachsen. Der schlimmste Nachteil für diese Form des Kirchenregiments bestand darin, daß die christliche Gemeinde nicht organisiert und als lebendiges Glied zu dem Summepiskopat und dem Lehramt hinzugefügt wurde. So geschah es, daß in den Zeiten der herrschenden Orthodoxie die Staaten zu Kirchenstaaten, in den Tagen der Aufklärung und des Absolutismus die Kirchen zu Staatskirchen wurden. Feste Grund-

sätze bestanden nicht über die Beziehung des Landesherrn zur Kirche; man wußte nicht, ob die Autorität desselben Kirchenhoheit oder wirkliche Kirchengewalt sei, ob das Majestätsrecht aus der Souveränetät oder aus der Staatsgewalt des Fürsten entspringe. Eine biblische, kirchliche Begründung des landesherrlichen Kirchenregiments ließ sich nicht geben; darin lag es, daß die Institution den Charakter des Zufälligen und Unklaren beibehielt. Trotzdem ließ sich vieles dafür geltend machen. Eine über jeden persönlichen Ehrgeiz erhabene, über die Parteien übergreifende, an der ruhigen Entwickelung der kirchlichen Verhältnisse tief interessierte, schon an sich nach protestantischer Anschauung mit göttlich verliehener Majestät umkleidete Persönlichkeit war in dem Monarchen gegeben. Ließ man ihn das Kirchenregiment führen, so schienen die auf dem Gebiet des protestantischen Kirchenrechtes so überaus schwierigen Fragen nach dem eigentlichen Träger der Kirchengewalt von vornherein gelöst. Dazu kam, daß während der früheren Zeiten im ganzen und großen mehr eine einheitliche Anschauung der religiösen Dinge geltend war, daß entweder die Orthodoxie oder der Pietismus oder wiederum die Aufklärung den Volksgeist beherrschte, sodaß der Landesherr, wenn er der allgemeinen Strömung folgte und die Konsistorien mit Männern der geltenden Richtung besetzte, sicher war, mit den allgemeinen Wünschen übereinzustimmen. Oft genug geschahen freilich arge Willkürlichkeiten; aber das System des Absolutismus war so mächtig, der Begriff der Kirche so wenig entwickelt, daß der Widerspruch sich kaum regte oder doch bald verstummte. Außerdem stand die Kirche mit ihren Rechten und Privilegien so fest in dem Staatsleben selbst, war von staatlichen Mächten so umgeben und getragen, daß an eine Auseinandersetzung nicht gedacht wurde, ja, daß Anfang dieses Jahrhunderts in den Tagen der großen Erneuerung Preußens das Ungeheuere befohlen werden konnte, die Konsistorien aufzuheben und den Regierungen die Verwaltung der Kirche zu übergeben.

Seitdem ist nun in dem Verhältnis der Kirche zum Staat wie zum Volksgeist eine ungemeine Änderung eingetreten. Die Einheit des religiösen Volksgeistes ist durchaus zerbrochen; das wiedererwachte, lebendige kirchliche Christentum führt mit der Weltanschauung des Materialismus sowie mit der Partei des flachen Deismus einen schweren Kampf. Der dem positiven Christentum abgewandte Geist, unheilvollerweise in einem großen Teile unseres

Vaterlandes mit dem politischen Liberalismus verbunden, hat eine überwiegende Majorität gewonnen. Dem Einfluß dieser Strömung können sich die Regierungen auf die Dauer nicht entziehen; veranlaßt durch den Kampf gegen Rom und von den Landesvertretungen noch mehr ermuntert als unterstützt, haben sie begonnen, auch die evangelische Kirche aus ihren alten Positionen herauszusetzen, sodaß dieselbe keines staatlichen Privilegs mehr genießt. Der Landesherr, obwohl in Deutschland auch bei konstitutionellen Verfassungsformen noch immer frei in seinen Entschließungen, steht doch natürlich unter dem Druck und Eindruck aller dieser Verhältnisse. Er ist nicht mehr absoluter Monarch; er ist durch seine Minister mehr oder weniger abhängig von den Majoritäten, er hat es in seiner kirchenregimentlichen Stellung nicht mehr mit einem religiös geeinten, sondern tief zerklüfteten Protestantismus zu thun. Man begreift, daß durch diese Entwickelung das landesherrliche Kirchenregiment auf das empfindlichste berührt wird. Die Kirche hat in ihrem Verhältnis zum Staat jede Kontinuität verloren, sie ist aus Schule und Eheschließung entfernt, durch den unvorbereiteten Zivilstand schwer geschädigt. Sollte es möglich sein, nach der Seite des Summepiskopats hin die Kontinuität fast in der alten Weise beizubehalten? Schon die Fragestellung genügt, ein einfaches Ja abzuweisen.

Merkwürdigerweise ist es ein preußischer König selbst, der in seinem feinen Vorgefühl des Kommenden die Unhaltbarkeit des bisherigen landesherrlichen Kirchenregimentes erkannte und offen aussprach. Seine Äußerung, er sehne sich nach der Stunde, in welcher er diese Macht in die rechten Hände legen könne, ist bekannt genug. Weniger bekannt sind zwei andere Aussprüche von ihm, die er in einem Briefe an Bunsen thut, und die für die Betrachtung unserer Frage sehr wichtig sind. „Ich kann dem Staat und auch dem Fürsten keine Übung der Kirchengewalt zugestehen. Dagegen hat der Fürst die Gewalt über die Kirche. Er gehört der Kirche, ist ihr Sohn, aber alle Glieder derselben sind seine Unterthanen; diese Wahrheit ignorieren zu wollen, führt zu schmählichen Komödien.“ Dies der eine Ausspruch; und der andere: „Der Fürst, zum Bewußtsein des Zustandes der Kirche und ihres Verhältnisses zu ihm gelangt, würde feierlich erklären: sein oberbischöfliches Verhältnis, dermalen unbezweifelt Rechtens, drücke sein Gewissen, weil es noch unbezweifelter unkirchlich und unchristlich sei.“ Wir fügen

ausdrücklich hinzu, daß wir uns den letzten Ausdruck nie erlaubt haben würden; da er von dem König selbst stammt, wird er hoffentlich nicht Gegenstand einer Inkrimination werden. Friedrich Wilhelm IV. will also sein Verhältnis zur Kirche zwiefach bestimmen: er will das bisherige positive Kirchenregiment als unkirchlich abwerfen, aber er will in oder über der Kirche eine Stellung behalten, die zum Ausdruck bringt, daß er der weltliche Herrscher aller Kirchenglieder ist. Und das eine ist unzweifelhaft: eine große, dem Königtum angemessene Stellung muß der König erhalten, eine Stellung, die ihn so stark macht, daß nicht leicht etwas gegen seinen Willen geschehen kann, die ihm aber unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen die Verantwortung erspart, bei seinen Ernennungen und Vollziehungen in den Kampf der Parteien einzutreten. Wir glauben, daß unter den Verwickelungen und Konflikten der kirchlichen Richtungen unter einander, sowie der christlichen mit der antichristlichen Weltanschauung kein Fürst der Erde imstande ist, die Last zu tragen, welche ihm aus dem Versuche erwachsen muß, dieses Chaos zu regieren. Eben um seiner fürstlichen Stellung willen, um dem Landesherrn die Majestät seines Berufes möglich zu erhalten, möchten wir die Fülle des Kirchenregiments von ihm genommen wissen. Denn zwei Fälle nur sind denkbar. Der Landesherr als Kirchenregent sucht seine Stellung so zu gestalten, daß er all die verschiedenen Standpunkte unter dem gemeinsamen Kirchendache zusammenhält, daß er rechts und links auszugleichen, die Extreme abzuweisen, die Konflikte zu vermeiden, die prinzipiellen Gegensätze abzuschwächen bestrebt ist. Dann ist die unzweifelhafte Folge, daß die Kirche an Kraftlosigkeit leidet und ihr starkes, eigentümliches Leben weder in den Personen noch in den Angelegenheiten zum Ausdruck kommt. Oder der Landesherr führt das Programm einer bestimmten Partei aus; entweder er vertritt den Standpunkt der kirchlichen Bekenntnisse, zu deren Schutz er unleugbar verpflichtet ist, oder er giebt dem Drängen der Negation nach. So verletzt er jedesmal die Gegenpartei, und seine Stellung als Landesvater leidet. Befriedigt wird sich bei jener wie bei dieser Art der Kirchenleitung keine Richtung fühlen, und die Unzufriedenheit ist das einzige Resultat. Wie hat über das schlichte Bekenntnis unseres Königs der Provinzialsynode gegenüber die Fortschrittspresse gegrollt; wie hat der Liberalismus sich über die königlichen Ernennungen zur Generalsynode geärgert; betreffs der Schlußartikel

der Generalsynodalordnung ist es ein öffentliches Geheimnis, daß der Summus Episkopus dem Einverständnis des Gesamtministeriums nachgegeben hat. Alle diese Thatsachen beweisen, wie fast jedesmal durch einen kirchenregimentlichen Akt das landesherrliche Ansehen, das doch als ein rocher de bronce stabiliert sein muß, geschädigt wird. Auch ist es im kirchlichen Leben anders als im politischen. Haben hier die Autoritäten gesprochen, so ist die Sache erledigt; das Wesen des Staates besteht eben darin, daß derselbe den Gehorsam gegen seine Grundsätze und Verfügungen erzwingt und erzwingen kann. Das Wesen der Religion liegt dagegen in der freien Überzeugung, die durch keine menschliche Autorität zu binden ist. So setzt sich über den Erlassen und Maßnahmen des Kirchenregiments die kirchliche Diskussion unbeirrt fort. Und wieder leidet das Ansehen der Autorität. So dürfen wir denn gewiß behaupten, es sei bei der geistlichen und kirchlichen Zersplitterung der Gegenwart ebenso unmöglich wie undenkbar, daß der Regent des Landes auch das Regiment der Kirche führe.

Dasselbe Resultat gewinnen wir, wenn wir den Summus Episkopus in seinem Verhältnis zum Staatsleben betrachten. Wir haben schon oben hervorgehoben, daß die deutsche Auffassung des konstitutionellen Königtums den Monarchen nicht, wie in England, zum bloßen Werkzeug der jeweiligen Majoritäten macht. Unsere Fürsten bleiben trotz Kammer und Majorität persönliche Regenten. An sich wäre es nicht undenkbar, daß ein deutscher Fürst sich in der Kirchenleitung von politischen Gesichtspunkten frei hielte. Es versteht sich für uns von selbst, daß diese Unabhängigkeit der kirchlichen Leitung die erste Bedingung derselben ist. Aber ungemein schwer ist sie doch, thatsächlich geradezu unmöglich. Bei der Spannung, in welcher unser Liberalismus mit der christlichen Weltanschauung steht — charakteristischerweise ist ein Israelit sein Führer, woraus jedenfalls soviel folgt, daß diese größte nationale Partei weder echt national noch spezifisch christlich sein kann — bei jener Spannung also ist es unausbleiblich, daß in dem Staatsleben Strömungen erscheinen, welche dem kirchlichen Leben feindlich sind. Man denke an die Ehescheidungsfrage oder an die Idee der Simultanschule, und man hat hier zwei Gegenstände, bei deren Behandlung die Kirche nicht nur nicht dem Staate folgen darf, sondern ihm die ernstlichste Opposition machen muß. Gesetzt, die Kirche rüstet sich, beginnt den Kampf, mit ihr geht freudig ihr Summus Episkopus:

ist es möglich, daß der Fürst seinen Namen unter kirchliche Akte setze, die dem Staatsgedanken, welcher von ihm repräsentiert ist, entgegentreten? Und müßte nicht mit Recht der schlichte, redliche Verstand daran Anstoß nehmen?

Aber dazu wird es nicht kommen. Es ist vielmehr zu besorgen, daß die Kirche in ihrem Gegensatz so weit abgeschwächt wird, bis jeder Stachel verschwindet. Sind es doch königliche Behörden, die der Kirche vorstehen; sind doch in den Kirchenbehörden lauter Staatsbeamte, bei deren Einsetzung der Kultusminister mitwirkt; hat doch der Kultusminister das prinzipielle Veto bei jedem kirchlichen Gesetzgebungsakt; ist es doch der Landesherr, der jedes Gesetz, jede Ernennung vollzieht. Und das ist nun in der That unsere größte Befürchtung, daß durch die Beibehaltung des bisherigen landesherrlichen Kirchenregiments die Kirche unfähig gemacht wird, sich in ihrem Wesen dem Staat gegenüber zu behaupten. Wir fügen ausdrücklich hinzu, daß es eben die geistigen Verhältnisse der Gegenwart sind, die uns auf diesen Standpunkt treiben. Wir haben den Optimismus nicht, daß der Staat, welcher sich offen als konfessionslosen Rechtsstaat proklamiert, doch im Grunde noch ein christlicher Staat ist; wir haben den Optimismus nicht, daß der Kampf zweier Weltanschauungen, der unser Volk durchwühlt, so bald entschieden sein wird. Und eben deshalb meinen wir, soll die Kirche in der Lage sein, jenem Staat gegenüber ihre Weltanschauung klar und stark durchzuführen. Und hier haben wir in der That den Optimismus zu glauben, daß eine wirklich selbständige, von dem Geiste lebendigen Christentums stark durchwehte Kirche die Macht haben würde, unser Volk von seinen geistigen Irrwegen zurückzubringen und dem Glauben wie der Pflege des Idealen wieder entgegenzuführen. Aber nur eine Kirche, die ihr eigenes Leben leben darf, vermag dies. Nichts hat unsere evangelische Kirche so sehr um die Liebe des Volkes gebracht als ehemals ihre offene Verbindung mit reaktionären Tendenzen. Eine Kirche kann überhaupt, wenn sie in schweren Geisteskämpfen steht, eine Verquickung mit staatlichen Mächten nicht vertragen. Wohl sagen auch ihre furchtsamen Freunde, sie werde zusammenbrechen, wenn der König nicht mehr ihr Regent sei. Wäre es wirklich so, dann möge sie fallen; eine Kirche, die kein anderes Fundament hat, verdient nicht zu stehen. Aber wir denken besser von der evangelischen Kirche; wir glauben, daß sie, befreit und gläubig, unver-

wüstlich ist. Auch denken wir ja nicht daran, ihre enge Verbindung mit dem Landesherrn aufheben zu wollen. Wir halten durchaus dafür, daß dem Fürsten eine große, einzig geartete Position in der Kirche gebühre, aber nicht eine Stellung des allmächtigen Regiments, sondern ein Majestätsrecht weitgehender Kirchenhoheit. Ihm gebührt das Veto, das dem Minister nicht zukommt; ihm gebührt das Ernennungsrecht auf Präsentation der Synoden oder das Einspruchsrecht gegen mißliebige Kandidaten für hohe Kirchenämter, während das Mitwirkungsrecht des Ministers bei jeder Besetzung die Freiheit der Kirche aufhebt. Ist so die Macht des Summus Episkopus wesentlich negativ gestaltet, so darf ein starkes Ernennungsrecht für die Synoden nicht beanstandet werden. Alles dieses zusammengenommen macht den Landesherrn noch nicht zum Herrn der Kirche, der er nicht sein kann, sondern zum Hüter ihrer Ordnungen, der er sein soll. Man gestatte uns ein Bild: Während der Summepiskopat mit seinen Annexen von Kultusminister und Behörden jetzt die Maschine ist, die das Ganze bewegt, möchten wir ihn vielmehr als das große Schwungrad gestaltet wissen, welches die Bewegung beherrscht und ausgleicht. Es ist uns wichtig, daß der Landesherr die Funktionen, welche er in der Kirche hat, auch persönlich ausübt. Die umfassenden Vollmachten des Regiments, welche er bisher überall besessen hat, und welche ihm z. B. auch unsere neue General-Synodalordnung beilegt, kann er nicht ausüben, ohne dieselben faktisch in andere Hände, d. h. die des Ministers und der obersten Behörden, zu legen.

Übrigens brauchen wir nicht erst daran erinnert zu werden, daß nur der Landesherr sein Kirchenregiment anders gestalten kann, aber wir sind dessen gewiß, daß die Stunde kommen wird, wo in dem Gebiete des gesamten Protestantismus diese Gestaltung eintreten wird."

Dann der Aufsatz über die Staatshoheit:

„Wir glauben in unserem letzten Artikel nachgewiesen zu haben, daß das landesherrliche Kirchenregiment in seiner hergebrachten Form, mit seiner ganzen positiven Machtfülle und organisierenden Gewalt auf die Dauer nicht bestehen kann. Es ist unmöglich, dasselbe zu einem wirklich kirchlichen Amte umzugestalten; keine Bürgschaft läßt sich stellen, daß es in Geiste der Kirche verwaltet werde. Eben deshalb meinen wir, daß die Stellung des Landesherrn zur Kirche umgestaltet werden, daß sie in Zukunft ein Majestätsrecht weit-

gehender Kirchenhoheit sein muß. Daß in allen neueren Verfassungen der evangelischen Kirche trotz der völlig veränderten Zustände und Verhältnisse der Summepiskopat im Grunde dieselbe alles beherrschende Institution geblieben, ist schwer begreiflich. Die Folgen davon liegen vor aller Augen. Wird der Landesherr als Kirchenregent angesehen, so suchen die politischen Gewalten Garantien über Garantien, damit sein Kirchenamt mit der monarchischen Stellung nicht in Konflikt gerate, und die Staatshoheit über die Kirche wird in einer so über jedes Maß hinausgehenden Weise betont, daß der Summepiskopat in eine unwürdige Abhängigkeit gerät, und die Kirche dennoch, einerseits von der fürstlichen Kirchengewalt geleitet, andererseits von der staatlichen Hoheit eingeschränkt, jede selbständige Bewegung verliert.

Sollen wir dies erst beweisen? Der Liberalismus fordert, daß jede kirchenregimentliche Ernennung vom Kultusminister gegengezeichnet werde, daß vor der Sanktion jedes von einer Provinzial- oder einer Generalbehörde beschlossenen Gesetzes das gesamte Staatsministerium zu erklären habe, es sei gegen das Gesetz von Staatswegen nichts einzuwenden. Hier ist das System der konstitutionellen Monarchie ganz einfach auf das landesherrliche Kirchenamt übertragen; der katholischen Kirche würde man trotz Kulturkampf solche Einschränkungen nicht zu bieten wagen, ebensowenig der Synagoge. Nur der Summepiskopat giebt dem Liberalismus den Mut und scheinbar die Berechtigung zu diesen Forderungen. Freilich ist früher auf der Synode von einem hohen Beamten des Kultusministeriums ausgeführt, der Staat nehme sich der evangelischen Kirche gegenüber das Recht, jedes Gesetz, sogar Katechismus und Gesangbücher inhibieren zu können, weil er der Landeskirche gegenüber dazu die Macht habe. Aber ein Recht muß doch noch anders motiviert sein als durch den Beweggrund der Gewalt; und die evangelische Kirche wird an die Vertreter von Staat und Kirche die Frage richten, warum ihr allein diese vom Staat gänzlich abhängige Stellung zugemutet wird.

Wir brauchen nicht erst zu versichern, daß uns diese Entwickelung mit der tiefsten Trauer erfüllt. Die Kirche kann unter solchen Umständen nicht zu Kräften kommen; von allen Seiten eingeengt, kann sie ihr Leben nicht entfalten und starken religiösen Einfluß ausüben. Jedes Symptom ihrer Schwachheit sagt uns, daß sie am Staatskirchentum todkrank ist; und ihre Ärzte haben für die Krankheit kein

anderes Mittel als ein verstärktes Staatskirchentum. Dennoch fehlt es nicht an Staatsenthusiasten, welche glauben, die evangelische Kirche Preußens sei auf den Bahnen der Freiheit.

Aber nicht bloß für unsere Kirche, auch für die deutsche Kulturentwickelung thut es uns leid, daß die große Frage der Auseinandersetzung von Staat und Kirche bei uns in diesem Geiste diskutiert wird. Vor Deutschland lag, durch den Kampf mit Rom veranlaßt, die schöne und großartige Aufgabe, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in dem Geiste der Selbständigkeit zu ordnen, dem Staat jede erlaubte Macht, aber der Kirche jede notwendige Freiheit zu gewähren und so wieder einmal einen großen Schritt des Geistes vorwärts zu thun. Nun ist es die Staatsallmacht allein, die bei jeder Grenzbestimmung den Ausschlag giebt. Daß die Kirche durch eine wahrhaftige Befreiung in ihrer tiefen religiösen Macht, in ihrem sittlichen Einfluß gehoben werden muß, bleibt außer Acht, und Preußen, das dem protestantischen Geiste seine große Geschichte verdankt, steht in Gefahr, gerade der evangelischen Kirche die freie Lebensluft zu beschränken. Die Frage der Staatshoheit über die Kirche ist eines der großen Probleme, die unserem Jahrhundert zur Lösung vorgelegt sind; in ihr liegen die Bedingungen der rechtlichen Existenz der Kirche, liegt ein gut Stück der religiösen Weltordnung überhaupt. Die evangelische Kirche Preußens hat es wohl verdient, daß der Staat ihre unzerstörbare Loyalität mit Vertrauen belohne. Es ist ein Verhängnis nicht bloß für sie, sondern noch mehr für unseren Staat, daß der Liberalismus sich dieses Problems bemächtigt.

Prüfen wir an der Stellung der Landtagsmehrheit, wie sich ihr Liberalismus die Existenz der Kirche in ihrem Verhältnis zum Staate vorstellt. Lehre, Gesetzgebung, Verwaltung, Besteuerung: das sind die wichtigsten Thätigkeiten, in welchen sich künftig das Leben der Kirche darstellt; aber in all diesen Angelegenheiten soll der Staat seine starke, ja erdrückende Hand behalten. Nichts wäre rechtmäßiger als eine Teilnahme der synodal gestalteten Kirche an der Besetzung der theologischen Professuren. Es ist von irgend einer Selbständigkeit des kirchlichen Geistes gar nicht zu reden, so lange die Professoren, welche die künftigen Geistlichen heranbilden, ohne energische Mitwirkung der Kirche bestellt werden, zumal jede theologische Fakultät das Recht hat, ein Mitglied zu den höheren Synodalstufen zu stellen. Entweder dies Privilegium muß wegfallen, oder die Fakultäten müssen in organische

Verbindung mit der Kirche gebracht werden. Der geringe Anteil, welchen gegenwärtig der Evangelische Oberkirchenrat durch seine Begutachtung an der Bildung der Fakultäten nimmt, ist zu unbedeutend und, da unsere oberste kirchliche Behörde eine rein königliche Behörde bleibt, immerhin keine eigentliche Mitwirkung der Kirche selbst. Nun ist es aber nach Äußerung hoher Staatsbeamten zweifelhaft, ob auch nur dieses Minimum von Anteilnahme der kirchlichen Behörden bestehen bleiben wird. Der Liberalismus will die Ernennung der Professoren gerne ganz und gar in die Hände des Ministers legen; der Kirche hierbei zu ihrem natürlichen Recht zu verhelfen, daran denkt er nicht einmal. Was also die in Bezug auf die Lehre wichtigste Frage, die theologische Ausbildung der Geistlichen, betrifft, so hat die Kirche nicht den ihr zukommenden Einfluß. Es wäre bei der Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche Pflicht gewesen, diesen Einfluß herzustellen; dies ist leider nicht geschehen.

Anders liegt die Sache bei der kirchlichen Gesetzgebung. Hier will man statt des Placet des Kultusministers das des gesamten Ministeriums eingeführt wissen. Es ist selbstverständlich, daß wir schon das prinzipielle Veto des Kultusministers, das ihm bei jeder kirchlichen Gesetzgebung zustehen soll, verwerfen. Dies Veto hat früher nicht bestanden; der Oberkirchenrat war nur verpflichtet, dem Kultusminister von seinen Erlassen Mitteilung zu machen. Es ist uns durchaus unerfindlich, warum die evangelische Kirche ein Placet auf sich nehmen soll, welches über die katholische Kirche nicht verhängt ist. Man sagt, es geschehe wegen des landesherrlichen Kirchenregiments. Aber wenn es früher nicht nötig war, daß die kirchlichen Akte des Landesherrn ihre Deckung durch das Placet des Ministers fanden, so würde es wohl auch in Zukunft nicht notwendig werden. Und sollte wirklich in der eigentümlichen Gestalt des Summepiskopats die Notwendigkeit des Placet für die evangelische Kirche begründet sein, so fragen wir, warum hat man den Landesherrn nicht gebeten, sein Kirchenregiment so umzubilden, daß ein ministerielles Placet nicht nötig und die Freiheit der Kirche möglich wäre. Nun hat man das Placet in das Gesamtministerium verlegt. Vielleicht gewinnt dadurch die Objektivität dieser Institution; für die Kirche dürfte die Veränderung eher schädlich als nützlich sein. „Von Staatswegen“, das ist die einzige Norm, an welche das Ministerium gebunden ist. Was kann unter dem Begriff der Staatsallmacht alles von Staatswegen als gefährlich inhibiert

werden! Und dies ist nicht die einzige Gefahr. Eine dringende Angelegenheit kann verschleppt werden; niemand kann das Staatsministerium zwingen, im Laufe eines Jahres oder eines noch längeren Zeitraums seine Entscheidung zu geben. Uns ist in der That bange, daß die kirchliche Gesetzgebung, wenn sie zur Begutachtung in die Hände der Bureaukratie geliefert werden muß, verkümmert. Wir begreifen, daß bei wichtigen Gesetzen, jedenfalls bei allen, welche eine Veränderung der Kirchenverfassung bedingen, die Staatshoheit gewahrt werde. Ein durchgehendes prinzipielles Veto in allen Kirchensachen erscheint uns dagegen wie der Tod der kirchlichen Freiheit; schon die Beratung wird dadurch unfrei, die Entscheidung kommt in die Hand des Ministeriums. Und dies ist eben das alte Staatskirchentum im neuen Gewande. Dieser Zustand findet seinen Ausdruck in den Sätzen: „Die Staatsgesetze gehen den Kirchengesetzen vor; kirchliche Gesetze oder Verordnungen, welche in Widerspruch mit den Staatsgesetzen stehen oder treten, sind durch königliche Verordnung auf Antrag des Staatsministeriums außer Kraft zu setzen.“ Während also die Kirche keine gesetzliche Anordnung treffen kann ohne das Placet des Ministeriums, dürfen ihre eigenen Gesetze auf dem Verordnungswege aufgelöst werden. Wir haben immer geglaubt, jede Gemeinschaft trage die Normen ihres rechtlichen Bestandes in sich selbst, und es sei die Aufgabe des weisen Gesetzgebers, diese Normen zu formulieren und hochzuhalten. In diesen Bestimmungen aber liegt die sonderbare Anschauung von einem Rechte erster Klasse, dem staatlichen, und von einem Rechte zweiter Klasse, dem kirchlichen. Und nicht die Synode, die bei der Gesetzgebung den Hauptanteil haben sollte, wird gefragt, wenn es gilt, bestehende Gesetze aufzuheben; dies Verfahren bewegt sich zwischen Ministerium und Kammer; die Synode hat einfach zu registrieren: es hat den politischen Faktoren gefallen, dies oder jenes Kirchengesetz zu streichen.

Noch unberechtigter ist die Stellung des Staates bei Besetzung der kirchenregimentlichen Stellen. Hier soll jede Ernennung durch den Kultusminister gegengezeichnet werden. Nun gestehen wir ein solches Recht für die höchsten Stellen ohne weiteres zu. Der Staat muß sicher sein, daß die leitenden Kirchenbeamten in Land und Provinz der Staatsidee nicht feindlich gegenüberstehen. Aber auf alle kirchenregimentlichen Stellen angewandt, bedeutet dieser Punkt der Staatshoheit wiederum die Unfreiheit der Kirche.

Soll das landesherrliche Kirchenregiment überhaupt die Ernennung zu jenen Ämtern behalten, so ist es durchaus nötig, daß dasselbe mit der Synode oder mit Vertrauensmännern der Synode behufs der Ernennung zusammenwirke. Ein dahingehender Antrag der Synode ist abgelehnt; an die Stelle der Synode tritt in alter staatskirchlicher Weise der Minister. Man sagt, es sei dem König nicht zuzumuten, Chef einer Synodalkommission zu werden; aber man scheint es durchaus natürlich zu finden, daß er in Abhängigkeit von dem Minister kommt.

Wie sehr hier der Konstitutionalismus jede gesunde kirchliche Idee überwuchert, tritt am allermeisten bei der Besteuerungsfrage hervor. Da der Staat durch seine Behörden die Steuern einzieht, darf sich die Kirche nicht weigern, demselben ein Aufsichtsrecht einzuräumen. Aber diese Befugnis kann rechtmäßigerweise nur durch die Regierung ausgeübt werden und sich nur auf Prüfung der Legalität erstrecken. Was geht es die Kammer an, ob die Kirche für Synodalzwecke über vier Prozent, ob eine Stadtsynode für Beihilfen an ärmere Gemeinden über drei Prozent fordert? Mit welchem Recht will man Lasker und Windthorst darüber entscheiden lassen, ob die evangelische Kirche zu viel oder zu wenig fordere? Nur das Bestreben, die kirchliche Gemeinschaft in jedem Moment durch Verweigern der Steuern zügeln zu können, kann das Motiv einer Richtung sein, welche darauf ausgeht, die Kirchensteuern der Bewilligung der Kammer zu unterwerfen. Verbunden mit dem Grundsatz, daß die Kirche auch die geringen Vorteile welche sie bei der Auseinandersetzung mit dem Staat gewinnt, nur so lange behält, als sie ihre Verfassung unverändert bewahrt, daß sie also nie imstande ist, sich aus eigener Kraft eine angemessenere Existenz zu schaffen, muß dieses ganze System der Staatshoheit die Kirche ohnmächtig und obsolut unfrei machen.

Völlig hat man vergessen, daß jene Paragraphen der Verfassung, die der Kirche eine selbständige Verwaltung ihrer Angelegenheiten versprechen, ohne unsere Schuld gestrichen werden mußten, und daß der Staat unserer Kirche die Freiheit schuldig blieb. Völlig hat man vergessen, daß in der Kirchengesetzgebung der letzten Jahre die Staatshoheit über die Kirche in äußerst strenger, an einigen Punkten allzustrenger Weise durchgeführt war, und daß man nun durch die Verfassung der Kirche gut machen mußte, was durch die Gesetzgebung zu ihrem Schaden geschehen war. Nur die

evangelische Kirche hat bei ihrer Unterordnung unter den Staat, bei ihrem Mangel an Selbstverwaltung in den letzten Jahren Schaden gelitten; die römische Kirche ist in derselben Zeit innerlich zusammengewachsen und äußerlich erstarkt. Es gab eins, was uns für alle Verluste Ersatz bot, aber auch nur eins: die Freiheit. Und nun male man sich das Bild unserer Selbständigkeit nur aus. Die Bildung der Geistlichen ist Sache des Staates; die Besetzung der kirchenregimentlichen Stellen kann nicht ohne den Kultusminister geschehen; die Kirchengesetzgebung steht unter dem Placet des Ministeriums; jede höhere Steuer ist an die Bewilligung der Kammern gebunden. Mit Ausnahme der Disziplin und der Steuerbewilligung im Betrage der wenigen Prozent, welche die Kirche braucht, um nicht zu sterben, ist in unserer ganzen Kirchenverfassung kein einziger Punkt, in dem die Kirche völlig frei wäre.

Wir hätten gern jede gesetzliche Beschränkung, auch die der Maigesetzgebung, gern ein begrenztes Veto, gern ein Einspruchsrecht bei Besetzung der höchsten Kirchenstellen über die Kirche ergehen lassen. Aber nach all diesen Einschränkungen mußte sich ein, wenn auch noch so kleines Terrain ergeben, auf welchem die kirchlichen Gedanken und Entschließungen ohne Furcht vor staatlichem Einspruch ungehemmt sich auswirken konnten. Dies Terrain ist nicht gegeben; der Liberalismus trägt daran die Schuld. — Vom Staat eingeschränkt, von politischen Rücksichten bewegt und bestimmt, vermag die Kirche nichts, am wenigsten unter den geistigen Weltverhältnissen der Gegenwart. Wenn der Verfall des religiösen Geistes unter uns seinen Fortgang nimmt, wenn die Kirche dem sittlichen Verderben nicht genügend wehren kann, wenn dann, wie es auf der Synode geschehen ist, Anklagen laut werden, daß die Kirche dem preußischen Staat nicht leiste, was er von ihr verlange: so wollen wir freilich unsere Hände nicht in Unschuld waschen und nicht pharisäisch die Rechenschaft auf andere werfen. Aber mit gutem Gewissen wollen wir die Kirche als solche von der Verantwortung lossprechen."

Dies waren die Gedanken, in denen die Gruppe lebte. Die wenigen, welche anders dachten, hatten auf die in der Gruppe herrschende Strömung geringen oder keinen Einfluß. So damals. Und heute?

In den lutherischen Kreisen pulsierten dieselben Gedanken, wenn sie auch ebensowenig wie in den anderen Gruppen völlig

durchgebildet und energisch ausgesprochen waren. Auf diesem Gebiete hatte Hengstenberg ein klares Programm in seinem Leben nicht aufgestellt und bei seinem Hinscheiden nicht hinterlassen. Gegen die bischöflichen Pläne Friedrich Wilhelms IV. hatte er entschiedene Bedenken; er wollte lieber an der konsistorialen Verfassung festhalten und ihre Schäden abstellen; auch die bisherige Stellung des Landesherrn, obwohl er die Vermengung von Staat und Kirche aufs äußerste verurteilte, hielt er in der Kirche für segensreich. Andere Männer der konfessionellen Richtung, welche den Ideen des Königs zustimmten und sich dadurch für die Selbständigkeit der Kirche erwärmten, standen entschieden auf seiten der Abstellung des Summepiskopats. So frei dachte, so offen sprach man von dieser Maßregel, daß Leopold von Gerlach im Jahre 1847, also schon vor der Zeit der konstitutionellen Verfassung unter dem 3. Dezember schreiben konnte: „Eine Hauptaufgabe der Politik unserer Zeit ist, das Kirchenregiment dem Könige immer mehr abzunehmen. Die Lösung dieser Aufgabe aber ist sehr schwer. Melanchthon war der Meinung, daß bischöfliches Regiment der Kirche nötig, und das Kirchenregiment den Fürsten bald zu schwer sein würde. Dieser Fall ist jetzt eingetroffen. Unserem König ist es offenbar zu schwer, sodaß er, von seinen weltlichen Verhältnissen gedrängt, gezwungen wird, es gegen seine Überzeugung zu verwalten. Das heißt doch, daß es ihm zu schwer wird.“ — Und als die Revolution des Jahres 1848 ihre tiefen Schatten in die Verhältnisse der Kirche warf, meinte auch Stahl einmal, eine völlige Trennung von Staat und Kirche sei freilich nicht durchführbar, aber das Kirchenregiment des Landesherrn könne bei der Abhängigkeit des letzteren von Minister und Parlament in der hergebrachten Gestalt nicht aufrechterhalten werden. Seitdem hat der Summepiskopat immer als eine streitige Sache gegolten. Nachdem ein preußischer König selbst diese Einrichtung unchristlich und unrechtlich, ja gelegentlich einmal einen Greuel genannt hatte, wurde dieselbe wie jede andere kirchliche Institution nach ihrer Beschaffenheit erörtert und von den einen gutgeheißen, von anderen weggewünscht, wieder von anderen, und zwar von den meisten, die über diese Dinge nachdachten, als eine der Umgestaltung dringend bedürftige Form der Kirchengewalt bezeichnet. Das waren aber und sind noch heute theoretische Untersuchungen. Daß allein der Landesherr denselben eine praktische Bedeutung geben kann, indem

er selbst die Hand zu Veränderungen seiner Stellung bietet, ist für jeden konservativ und christlich gerichteten Evangelischen von vornherein gewiß. Nur wollen wir uns die freie Meinungsäußerung nicht beschränken lassen und uns das Recht wahren, über diese Angelegenheit zu reden und das Ziel der Selbständigkeitsbewegung zu bezeichnen, mag der Weg dahin fünfzig Jahre dauern. Von Stürmen und Drängen ist auch bei den energischsten Repräsentanten der kirchlichen Freiheit nicht die Rede; Pfarrer Aurbach ist in der letzten Zeit vielleicht am schärfsten mit seinen Forderungen hervorgetreten; aber selbst bei ihm haben sie nur die Form von Bitten an den Landesherrn.

Mit der Vollendung unserer Kirchenverfassung in den Jahren 1875 und 1876 hat ja allerdings in der Geschichte des Summepiskopates eine neue Zeit begonnen. Das Falksche System hat daraus im Widerspruch mit allen früheren Anschauungen und Hoffnungen eine Art kirchliches Amt gemacht und dasselbe der Staatshoheit untergeordnet. Man mag uns schelten, so viel man will, wir werden diese Gestaltung des oberbischöflichen Notamtes immer für eine irrige halten. Es ist nicht kirchlich gedacht, daß sich in dem Landesherrn die Regierungsgewalt der Kirche zusammenfaßt, und nicht hohenzollersch, daß man ihn mit lauter Vorsichtsmaßregeln umgiebt, damit er keine Fehler mache. Will der Landesherr seine Kirchengewalt behalten, was allein bei ihm steht, so muß er sie unabhängig von Ministern und Parlamenten ausüben können und darf einen Konflikt mit der Staatsraison nicht scheuen. Will er dies um jeden Preis vermeiden, so bleibt nichts anderes übrig, als daß er den Summepiskopat in der Richtung jener mittelparteilichen Kirchenpolitiker von 1874 oder der positiv-unierten Gedanken von 1876 umforme. Nur der letztere Weg kann zu einer wahren Selbständigkeit der Kirche führen. Und eben deshalb, weil derselbe zunächst aussichtslos ist, meinen die Resignierten, es sei überhaupt unter Beibehaltung des Summepiskopats nur ein äußerst geringes Maß von Selbständigkeit möglich, sodaß man am besten thue, sich bei dem gegenwärtigen Zustande zu bescheiden. Und in diesem Kreise entsteht denn allmählich die nach oben gern gesehene Anschauung, daß der Summepiskopat in der Kirche ein Herrschaftsrecht sei wie das Königtum im Staat, beide sakrosankt, sodaß man an dem einen ebensowenig wie an dem anderen rütteln dürfe. Man hört hin und wieder

auch geschulte Männer von Kronrechten in der Kirche reden, die ungeschmälert bleiben müßten. Damit sind wir aber weit hinter die Zeit der Verfassung zurückgeworfen. Denn während früher der absolute Monarch als Notbischof angesehen wurde, der bei dem Erlaß der Kirchenverfassung in eine bessere Stellung kommen müsse, soll und will jetzt der konstitutionelle Monarch als wirklicher „Summusepiskopus Seiner Kirche" gelten. Damit sind selbstverständlich alle Freiheitsträume in Schäume aufgelöst; der Freiheitsparagraph der Verfassung ist nicht bloß der Form, sondern auch dem Inhalt nach begraben und die Selbständigkeitsbestrebungen der Kirche in der That darauf beschränkt, daß der Landesherr in seiner kirchlichen Stellung ein wenig von der Bindung durch den Staat gelöst wird und nun so selbständig wie möglich die Kirche regiert. Von diesem Standpunkte aus werden dann die vier von den drei positiven Gruppen vereinbarten, in der letzten Generalsynode auf drei beschränkten Wünsche so ziemlich als das äußerste vom Erreichbaren angesehen, während sie in Wahrheit wohl eine Rückbildung des Falk-Virchowschen Systems auf Falk selbst darstellen, aber die Kirche in ihrer liberalistischen Gebundenheit durch den Staat belassen. Rom hat die Falksche Gesetzgebung besiegt und abgeschüttelt; wir behalten sie und nennen sie Selbständigkeit. Ich habe auf der Generalsynode den dadurch hervorgerufenen Zustand so bezeichnet: Früher hatte die römische Kirche ein Placet, und wir hatten keins, jetzt haben wir ein Placet, und die römische Kirche hat keins. In diesem Punkte, dem springenden des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, tritt es klar hervor, daß wir zwar eine Generalsynode und ein Mitwirkungsrecht bei der Gesetzgebung, aber keine Freiheit erhalten haben. Unsere Kirche ist dem Landesherrn gegenüber, der früher das Gesetzgebungsrecht allein hatte, etwas selbständiger, aber dem Staat gegenüber viel unselbständiger geworden als früher. Soll man sich mit dieser Entwickelung zufrieden geben? Wir können es nicht. Man hat so oft über die deutschen Bischöfe gespottet, welche die Unfehlbarkeit zuerst verleugneten und dann mit Begeisterung annahmen. Wir möchten nicht in gleicher Verdammnis mit ihnen sein und den Cäsaropapismus, den wir früher grundsätzlich bekämpften, gegenwärtig, wo er durch ein verstärktes Staatskirchentum ein wenig verändert, aber nicht verbessert ist, freudig begrüßen.

Als evangelische Christen sind wir ganz davon durchdrungen, daß das Wohl und Wehe der Kirche von Verfassungsfragen nicht abhängt. Wir halten freilich daran fest, daß man nach unseren Bekenntnisschriften weltliches und geistliches Regiment nicht vermengen soll, und sehen in dieser Vermengung, die den Protestantismus durchzieht, einen Hauptgrund seiner Schwäche. Wir sind auch der Überzeugung, daß die völlige Gleichgiltigkeit gegen die Form der Kirche ein protestantischer Fehler ist, der uns hindert, den Geist der Kirche in genügender Weise zur Entfaltung zu bringen. Aber man kann es uns glauben, daß, wenn unsere Kirche gut, das heißt ihrem Geiste gemäß regiert wäre, wir von der ungenügenden Verfassung, von der mangelnden Freiheit wenig Aufhebens machen würden. Nun sind wir aber unter einem wahrhaft gottesfürchtigen Monarchen, der zugleich der gütigste Landesvater und ein treues Glied seiner Kirche war, so regiert, daß die evangelische Kirche, von Rom beinahe überflügelt, immer weitere Kreise ihrer Anhänger verloren und sowohl der römischen Kirche wie der sozialen Frage, dem Judentum wie dem Unglauben gegenüber nicht die geringste Widerstandskraft oder Angriffsmacht gezeigt hat. Die beiden Jahrzehnte von 1870 bis 1890 waren für die evangelische Kirche voll großer Gelegenheiten, die Fahne der Reformation aufzurollen und kampfesfroh, siegesfreudig durch das deutsche Volk zu tragen. Nimmt man die Schaffung der Generalsynode aus, die doch auch eine Geburt der Schmerzen war, so sind die Gelegenheiten verpaßt, und der deutsche Protestantismus steht, zerteilt und gespalten, ungeführt und unbewehrt, vor der Frage, ob er so, wie er ist, die Hegemonie in dem geeinten Deutschland behaupten kann. Greifen wir aus dem Jammer eine einzelne Frage, die kirchliche Versorgung der Reichshauptstadt, heraus, so ist während jener zwei Jahrzehnte blutwenig geschehen, um eine zugeströmte Bevölkerung von 700 000 Evangelischen zu pflegen. Eine Kirche, die aus Sammlungen bei den Attentaten auf Kaiser Wilhelm I. entstand, eine andere, zu deren Bau sich zarte Jungfrauenhände aus ganz Deutschland zusammengefunden haben: das ist alles, was neu begründet ist. Nun hat ja die gesegnete Hand unserer Kaiserin dem ganzen Kirchenbau mächtigen Anstoß und große Förderung gegeben, und die Stadtsynode ist, seit die positive Mehrheit sie bestimmt, gleichfalls rüstig an das Werk gegangen. Aber wie langsam geht doch das alles

unter der schweren Hand der kirchlichen und staatlichen Bureaukratie! Ist eine Kirche, die zum Bau eines zweiten Gotteshauses in Gemeinden von über 100 000 Seelen ein halbes oder ein ganzes Jahrzehnt braucht, den Riesenaufgaben einer Zeit gewachsen, die mit ihren dämonischen Weltmächten und gigantischen Geistesthaten dem Evangelium auf der ganzen Linie den Krieg erklärt? Wir sagen ruhig: Nein! ohne zu fürchten, daß uns jemand Lügen strafen könnte. Daß das Staatskirchentum in den siebziger Jahren in Berlin und vielen großen Städten einen Bankerott erfuhr, wie ihn die Kirche in ihrer gesamten Geschichte nicht kennt, einen Bankerott, der mit 50 pCt. Abfindung noch heute fortdauert, daß sie trotzdem die Mittel nicht suchte, um den großen Gläubiger droben irgendwie zu befriedigen, sondern ratlos dem Zusammenbruch gegenüberstand, daß sie eigentlich heute noch nicht weiß, was zu thun ist: das alles ist so bezeichnend, daß nur ein Stumpfsinniger gleichgiltig daran vorbeigehen kann. Dabei muß man jedoch nicht denken, daß das Leben in unserer Kirche erstorben wäre. Im Gegenteil, es regt sich überall; in Nord und Süd, in Ost und West unseres Vaterlandes werden etliche Totengebeine lebendig, und Scharen von Leuten, die des alten Unglaubens müde wieder gute Christen werden wollen, finden sich allerorten. Aber die Häuflein und Haufen bedürfen der Sammlung, der Führung, des Zusammenschlusses, der Gemeinschaft. Meist stehen sie wie wir; sie sind des bisherigen Staatskirchentums überdrüssig und verlangen nach kirchlicher Leitung. Aber vor allem suchen sie Leben, Kraft, Mut, heiligen Geist. Und wenn ihnen die Staatskirche diese Gaben darreichte, so würden sie nicht allzuviel nach neuen Formen fragen. Aber sie finden ihre Bedürfnisse in den Landeskirchen nicht befriedigt. So denken sie an Freikirche oder fallen den Sekten in die Hände. Dabei verschwindet das herrliche Ideal eines reformatorischen Kirchentums, das mit dem Volkstum innig verbunden den Gesamtgeist der Nation erfaßt, durchdringt, belebt und so dem einzelnen die Thür des Glaubens öffnet und den Weg der Bekehrung zeigt. Wenn man es uns doch glauben wollte, daß wir nicht aus Lust an Verfassungsfragen, auch nicht aus Begier des Umsturzes, sondern lediglich unserem evangelischen Volk zuliebe unsere Stimme erheben! Wir wollen keine Freikirche, die von Volk und Staat getrennt ist. Aber wir glauben, daß die Freikirche nur zu ver-

meiden ist, wenn an Stelle der Staatskirche eine freiere Volkskirche sich aufbaut, die église libre nationale, wie sie der große Vinet in seiner ersten Zeit ersehnte. Weder der politische Radikalismus noch der soziale Umsturz, weder Demokratie noch Sozialdemokratie werden von einem Staatskirchentum, wie wir es haben, angefaßt, geschweige siegreich bekämpft werden. Weder Rom noch die Synagoge, beide frei, werden vor einer gebundenen Kirche die Fahnen senken oder die Waffen strecken. Diese großen Fragen unseres Volkslebens sind es, welche uns unsere freieren Anschauungen diktieren, nicht Machtfragen oder Herrschaftsgelüste.

Wenn eine Armee einen Krieg verloren hat, so wird sie reorganisiert; besonders der Generalstab wird umgestaltet. Nach Jena wurde das ganze preußische Heer zu einem Volksheer umgestaltet; so gewann es den Sieg. Was die evangelische Kirche in Deutschland erlebt hat, ist schlimmer als Jena. Warum will man aus ihr keine Volkskirche machen? Der Protestantismus fungiert bei uns nicht richtig; darin sehen wir die tiefste Ursache der Zerrüttungen des deutschen Volkslebens. Und Preußen, als die größte evangelische Macht der Welt mit seinen 20 Millionen Protestanten, ist berufen, helfend einzugreifen. Wir fürchten, daß, wenn eine konservative Regierung die Sache nicht anfaßt, ein kirchliches Regiment die rechte Form nicht sucht, einmal der Liberalismus oder der Radikalismus sich darüber her machen wird, die kirchliche Frage zu lösen. Und das ist unser Schmerz, wenn wir daran denken, daß in den lebendigen Kreisen unserer Kirche vor fünfzehn und zehn Jahren der Gedanke der Selbständigkeit auch lebendig war und nun schläft. Was ist seitdem besser geworden, daß der Notschrei nach Befreiung von damals verstummt ist? Wir wüßten nicht viel zu nennen. So muß auch der Hilfsweg von damals wieder beschritten werden. Nicht als ob wir von größerer Freiheit sofort größeren Glauben erhofften! Wir wissen ganz gut, daß das Leben der Kirche aus dem heiligen Geist stammt. Aber die Freiheit ist die Vorbedingung des geistlichen Lebens, die kirchliche Unabhängigkeit der Boden, auf dem die Unabhängigkeit des christlichen und kirchlichen Charakters aufwächst. Darauf aber kommt für die Arbeit im Reiche Gottes viel an. Das Staatskirchentum lähmt die Energie der Überzeugung und verdunkelt das geistliche Auge.

Daß jemand, welcher in der Welt groß ist, und nur deshalb weil er in der Welt groß ist, auch in der Kirche groß sein soll, ist an sich ein dem Evangelium nicht bloß fremder, sondern widerstreitender Gedanke. Denn im Reiche Gottes ist der Dienstwilligste der Vornehmste, nicht der Mächtigste. Ausdrücklich hat der Herr gesagt, daß die Könige herrschen und die Gewaltigen gnädige Herren heißen, daß es aber unter den Christen nicht so sein soll. Wir haben schon so manchmal an dies Wort erinnert; man ist uns die Antwort bis jetzt schuldig geblieben. In diesem Stück will man nicht biblisch sein. Dr. Steinmeyer in seinem Buch vom Kirchenregiment hat ja freilich gerade jenen Ausspruch des Herrn zum Ausgangspunkt seiner Betrachtungen gemacht, deren Ziel die biblische Begründung der landesherrlichen Stellung sein soll. Aber so hoch wir sonst die Untersuchungen dieses ehrwürdigen Gelehrten schätzen, in seiner Auffassung jenes Herrenwortes können wir ihm nicht folgen, wie denn unsres Wissens kein einziger ihm darin beigetreten ist. Es bleibt dabei, daß die Kirche als die irdische Darstellung des Reiches Gottes ihren Schwerpunkt nicht in einem weltlich Großen, sondern allein in dem Herrn Jesu Christo haben kann. Ein Kirchenstaat ist unter diesem Gesichtspunkt nicht schlimmer als ein Staatskirchentum, der Apap, wie man in der Reformationszeit sagte, ebenso bedenklich wie der Papa. Warum erkennen das die heutigen Kirchenmänner nicht mehr an? Sie machen uns und unsern Gesinnungsgenossen gern den Vorwurf, daß wir durch die Betonung der Verfassungsfragen den Blick von dem Innern der Kirche auf das Äußere abzögen und die eigentlichen Lebensquellen, Wort Gottes, Glauben und heiligen Geist, verschütteten. Im Grunde verhält es sich doch umgekehrt. Sie erwarten von den Mächtigen der Welt, von Fürsten, Ministern und Ratgebern Hilfe für die Kirche; wir setzen unsere Zuversicht allein auf Gott und sein Wort, auf die Gemeinschaft der wahren Christen und ihren Glauben, wir wollen die Freiheit der Kirche, damit die Ströme göttlichen Lebens ungehindert fließen können. Eben dies gab auch den letzten Tagen der sonst so gesegneten Generalsynode einen bittern Nachgeschmack, daß mit einem Male ein Menschenvertrauen entstand, welches keinen Grund in den Verhältnissen und in der Schrift hatte.

Die Erklärungen über die letzten Synodalvorgänge dauern charakteristischerweise noch immer fort. Die „Kirchliche Monatsschrift“, das amtliche Blatt der positiven Union, bringt in der letzten

Nummer drei Besprechungen auf einmal. D. Frick, der nicht genau unterrichtet ist, schiebt die gute Hälfte der Schuld auf mich. Er hätte recht, wenn mir daran gelegen wäre, um jeden Preis Mitglied des Generalsynodalvorstandes zu sein. Aber dies ist garnicht der Fall. Ich habe diesen Wunsch weder geäußert noch betrieben, sondern, als die Sache an mich kam, einfach die Abstimmung der Gruppe anheimgegeben. Und als ich von der Majorität derselben gewählt wurde, wollte ich nicht verzichten — warum auch? — sondern die Sache zur Klarheit bringen. Jetzt wird der Vorgang so dargestellt, als habe sich die Frage darum gedreht, ob es gut sei, mich zu wählen oder nicht, und ob ich gut gethan habe, mich aufstellen zu lassen oder nicht. So lag aber die Sache keineswegs. Vielmehr war der Beschluß der Gruppe ohne jedes Zuthun meinerseits gefaßt, und erst als dieser Beschluß vorlag, begann dagegen eine Agitation, die wohl niemals zuvor in irgend einer Repräsentativversammlung ihres gleichen gehabt hat.*) Warum denn? Jeder, der von der andern Seite darüber schreibt, führt einen andern Grund an. Die Versöhnung der Parteien, die Erschütterung des Kirchenregiments, meine Anschauungen über den Summepiskopat, die Furcht vor üblen Einflüssen, die Erwartung einer glänzenden Zukunft für die Kirche: das sind die angegebenen Ursachen. Prüft man sie genau, so weisen sie alle auf eine einzige Stelle zurück. Unbegründet sind sie alle ohne Ausnahme. Man braucht sich nur zweierlei zu vergegenwärtigen, um ihre Grundlosigkeit zu erkennen. Erstens, daß ich ja in den Synodalrat gewählt werden sollte, und daß der Unterschied in der Mitgliedschaft der beiden Synodalausschüsse gar nicht groß ist; zweitens, daß ich in derselben Gruppensitzung, die mich zum Mitglied des Generalsynodalvorstandes bestimmte, auch in den aus drei Personen bestehenden Zentralvorstand der Gruppe gewählt wurde. Gegen die letztere Wahl, welche für die Gruppe im Grunde viel wichtiger war, hat aber nicht die geringste Agitation stattgefunden. Es waren eben Hoffnungen und Befürchtungen maßgebend, die nicht in der Sache selbst lagen.

*) Der Mittelpartei, einer zum Teil gegnerischen Gruppe, war ich als Kandidat offiziell genannt, und mein Name wurde ihr gedruckt übergeben. Nachher gingen einzelne Unterhändler von unserer Seite an die Mittelpartei heran und forderten dieselbe auf, mich nicht zu wählen. Dies schmachvolle Treiben wurde geduldet. Den Personen, welche sich daran beteiligt hatten, geschah nichts.

Gern will ich annehmen, daß niemand in der ganzen Gruppe aus persönlicher Gegnerschaft gehandelt und jeder der Gegenvotanten das Wohl der Kirche im Auge gehabt hat. Aber gerade hierin liegt für unsere Anschauung das Schwerste. Man beurteilt Wohl und Weh der Kirche nicht nach Gesichtspunkten, die in ihrem Wesen begründet sind, sondern nach den Einflüsterungen von Höflingen und Strebern. Dies aber ist die Gefahr des Staatskirchentums, welche in großen wie in kleinen Kirchensachen — und wir rechnen die letzten Synodalvorgänge durchaus zu den geringen Dingen — mit Naturnotwendigkeit hervortritt. Daß sie auf der Generalsynode so stark zur Erscheinung kommen würde, hatte man nicht erwartet. Da es zuletzt doch geschah, schadete es der Beurteilung der Synode und unsrer Gruppe auf allen Seiten. D. Beyschlag ist von den Danebenstehenden beinahe der einzige, welcher sich damit einverstanden erklärt. Wir hoffen, daß hierauf in der Gruppe der positiven Union kein einziger das Wort anwenden wird: wenn jemandes Wege Gott wohl gefallen, so macht er auch seine Feinde mit ihm zufrieden.

Im übrigen kann die Gruppe nicht die Beruhigung haben, daß sie nur in dieser einen Sache falsch geführt ist. Daß sie in ihrer Majorität die so bescheiden formulierte Forderung einer Mitwirkung des Generalsynodalvorstandes bei der Besetzung der höheren kirchenregimentlichen Ämter zurückwies und dafür die Tagesordnung eines Gegners annahm, ist in der bisherigen Diskussion beinahe übersehen. Aber es ist doch eigentlich das Stärkste, was eine Gruppe gegen ihren eigenen Bestand thun kann, wenn sie klare Punkte ihres Programms dem Antrag eines kirchenpolitischen Feindes preisgiebt. Jene Mitwirkung aber bildet in dem bekannten Punkt 5 des Programms der positiven Union den schwerwiegenden Schluß. „Wir wollen — so heißt es da — den Segen des landesherrlichen Kirchenregiments auch fernerhin der evangelischen Kirche erhalten wissen und erstreben deshalb für dasselbe der Staatshoheit gegenüber eine solche Gestaltung, welche die der Kirche gebührende Selbständigkeit verbürgt; insbesondere fordern wir eine wirkliche Gemeinsamkeit und eine wechselseitige Durchdringung der konsistorialen und synodalen Organe aller Stufen im Regiment der Kirche, insbesondere auch die Mitwirkung des Generalsynodalvorstandes der höheren kirchenregimentlichen Ämter.“ Dieser Punkt ebenso wie der sechste, der „jede bureaukratische Zentralisierung im

Regiment der Kirche entschieden abweist", ist der Gruppe fast verloren gegangen. Weder steht jene Gestaltung des landesherrlichen Kirchenregiments irgendwie auf der Tagesordnung, noch wird diese Zentralisierung genügend abgewiesen. Wenigstens auf der Generalsynode traten die Tendenzen der Selbständigkeit hinter dem Bestreben, das landesherrliche Kirchenregiment an der höchsten wie an der zweiten Stelle zu stärken, auffallend zurück. Hier liegt für die Gruppe unzweifelhaft eine dringende Veranlassung vor, ihr altes Programm wieder aufzunehmen und sich darauf zurückzubesinnen. Sonst verfällt sie mit Recht dem Vorwurf, daß sie ihre eigenen Grundlagen verläßt. Nichts aber würde in dem Kampfe mit entschlossenen und entschiedenen Feinden, wie wir sie in dem Katholizismus wie in der Sozialdemokratie, in dem Judentum wie in dem Unglauben uns gegenüber haben, verhängnisvoller sein, als wenn in unseren Kreisen sowohl die Männer wie die Grundsätze zu wanken anfingen. In diesem Lichte erscheint uns die Generalsynode für alle Gruppen, besonders für die positive Union lehrreich; wenn wir für alle Zukunft daraus lernen, ist das schwere Lehrgeld von diesmal nicht zu hoch bezahlt. Wir werden dann die alten Ideale, für die wir sonst glühten, wieder erringen.

Die Kirche muß eine Gemeinschaft des Glaubens und eine Burg des Bekennens sein. Ist sie das nicht, so kann sie die Dienste nicht leisten, welche Gott von ihr fordert. Das Staatskirchentum hindert sie daran; es lebt davon, daß es alle Richtungen mit einander vereinigen und die Geltung der Bekenntnisse neutralisieren will. An die Stelle der Gemeinschaft der Gläubigen tritt in der Staatskirche die Gemeinschaft der Steuerzahler, anstatt der lauteren und reinen Predigt des Evangeliums erscheint darin die Gleichberechtigung der Richtungen. Mangel an Festigkeit und Einheit der Lehre ist aber nach der einen Seite ebenso schädlich für die Kirche wie ihre Abhängigkeit vom Staat nach der anderen Seite. Beides dient dazu, das Vertrauen in ihren Wahrheitsbesitz zu schwächen, von dem sie doch leben muß. Man getraut sich nicht mehr, dem Staatskirchentum diesen seinen schlimmsten Fehler vorzuhalten; darum predigt man Versöhnung der Richtungen. Wir sind auch gern bereit, in allem, wo es sich nicht um das Bekenntnis der Kirche handelt, Einigkeit zu suchen, obwohl es weder von der Mittelpartei noch von der Linken anerkannt, geschweige denn erwidert wird. Aber

in den Fragen des Glaubens muß Einigkeit des Geistes herrschen, ohne welche ein kirchliches Leben undenkbar ist. Weil man darauf verzichtet, giebt man heutzutage die Parole aus, daß die Kirche ihr Wesen in der lebendigen Lokalgemeinde habe. Selbstverständlich ist dies unrichtig; eine Anzahl der wichtigsten Aufgaben kann nur die Gesamtkirche lösen, zumal in unserer Zeit der zusammengeballten Geistesmächte, der nationalen und internationalen Parteikämpfe. Es ist uns völlig unbegreiflich, wie man z. B. den Kampf gegen Rom oder den Umsturz lediglich auf dem Boden der Einzelgemeinde führen will, da doch diese Mächte die ganze christliche Welt umspannen. Unsere Schwachheit ihnen gegenüber liegt eben darin, daß wir nur Landes- und Staatskirchen haben, welche die Kräfte des Protestantismus weder zusammenfassen noch leiten. Aber selbst wenn es wahr wäre, daß die Lokalgemeinden die Funktionen der Kirche üben könnten, so müßten es doch lebendige Gemeinden sein mit lebendigen Pfarrern. Nun, Gott sei Dank, in den evangelischen Pfarrern ist vielfach der Trieb vorhanden die Gemeinden nicht als unthätige Zuhörerschaften, sondern als wirksame Organismen zu behandeln. Aber hierbei muß ihnen die Kirche mit großen Impulsen zu Hilfe kommen. Sowohl als Erziehungsanstalt, indem sie ihre Diener zum Amt zubereitet, wie als Regierungsgewalt, indem sie die Kräfte richtig anstellt und anführt, wie als Gemeinschaft, indem sie die Lebensmächte des Gebets und des Glaubens entwickelt, muß sie die Lokalgemeinde und den Pfarrer beleben und ermuntern. Wer soll denn helfen, wenn der Geistliche wohl beide Examina gut bestanden, aber kein christliches Leben hat, wenn die Gemeinde zwar hergebracht kirchlich, aber ohne lebendige Glieder ist, oder wenn sie, was vielfach vorkommt, weder kirchliche noch bekehrte Christen in sich hat? Für uns ist die Frage aller Fragen die, wie wir die schlafenden Gemeinden wecken, die der Kirche Entfremdeten zurückgewinnen, ihre toten Glieder lebendig machen sollen. Es ist nicht genug, den Geistlichen zu sagen: glaubt, predigt, betet! Die Evangelisationsversuche, wie sie jetzt wieder in Berlin, und zwar gemeinsam von allen Kreisen unter heißer Fürbitte betrieben werden, offenbaren grauenvolle Bilder der Verrohung und Verwahrlosung in den Lokalgemeinden der Vorstädte; die kirchliche Berliner Bewegung, die nicht bloß Wahlerfolge erzielt, sondern ganze Gemeinden umgestaltet, beweist die Wirksamkeit einer christlichen Arbeit an der Volksseele, die ins

Große geht. So kann eine allgemeine Thätigkeit der Kirche, obwohl sie Peripherisches in sich schließt, erst den Boden für die Gemeindearbeit bereiten helfen. Man soll die Kirche wie die Gemeinde pflegen; beide müssen mit einander wachsen. Tote Prediger, Gemeindekirchenräte, Lehrer, Hausväter, tote Gemeinden, wo alles im Starrkrampf liegt, können doch nur dadurch anders werden, daß der Geist der Kirche sie in Bewegung bringt; wiederum eine traditionell und weltmäßig fungierende Kirche kann nur durch das Leben des heiligen Geistes in den Gemeinden befruchtet werden, daß sie aus einer dürren Steppe eine grüne Aue wird. Der Individualismus, so nötig er ist, vermag die Arbeit der Zeit nicht mehr zu leisten; das Konventikel, obwohl als Gemeinschaftspflege und Gebetsstätte sehr wertvoll, kann doch den Kampf gegen die Weltmächte nicht aufnehmen. Die Kirche, als die Zusammenfassung der evangelischen Lebenskräfte der ganzen Nation, muß wieder unter uns erstehen, und zwar in solcher Gestalt und Schönheit, daß sie Herzen anzuziehen und Geister zu beleben imstande ist. Sie ist es doch, die der Herr zu seinem Werkzeug gemacht hat; ist sie entartet, wer soll der Welt helfen? Lassen wir die Fragen der Kirchenverfassung zurücktreten; sie sind nach unsern Bekenntnissen nicht fundamental. Aber halten wir auch die Vermengung des weltlichen und geistlichen Regiments von uns fern; sie ist bekenntniswidrig. Tragen wir die Lebenskräfte des Evangeliums zuerst in das eigene Herz und Haus, daß sie da sich auswirken und Leben schaffen. Aber dann vermengen wir sie als den Sauerteig des Reiches Gottes, als das Salz der Erde mit dem gesamten öffentlichen Leben, damit es nicht jedem bösen Gift zum Spielball werde. Schaffen wir, daß die evangelische Kirche, wenn auch nicht mit dem Prunke und der Macht eines Fürstbischofs, doch mit der inneren und äußeren Freiheit eines Christenmenschen unter unserem Volke arbeiten, kämpfen und siegen könne. Die Gefahren wie die Aufgaben für die Kirche der Reformation sind unermeßlich groß. Daß sie mit ihrem bisherigen Thun jene nicht beschwört, diese nicht löst, ist uns gewiß. — Aber wir sind ganz bereit, die Erörterung unserer Wege und Pläne eine Weile zurückzustellen. Wir wollen gewiß die herrschenden Hoffnungen nicht stören. Man gebe unserer Kirche das Gefühl der Freiheit und den Geist der Kraft, die Pflege des Bekenntnisses und die Anregungen des Glaubens! Und wir werden die ersten sein, anzuerkennen, daß das Staatskirchentum noch heute

lebensfähig ist. Wir können bis zur außerordentlichen, bis zur ordentlichen Generalsynode, ja noch länger warten. Aber uns und mit uns eine große Schar verlangt nach Leben. Der große Gott gebe unserer Kirche, was sie braucht, Gnade und Wahrheit in Christo Jesu.

Vorwärts!

(Juli 1892.)

Es steht nicht gut im deutschen Reich. Der Geist des Mißmuts beherrscht die Menschen und die Dinge. An Stelle der Freudigkeit, die sonst die Herzen erfüllte, ist über das Volk eine Verdrießlichkeit gekommen, die keinen Segen bringt, und eine Hoffnungslosigkeit, die keinen vollen Grund hat. Denkt man daran, daß wir vor zwanzig Jahren unter Gottes Leitung die größten Thaten verrichtet haben, von denen die deutsche Geschichte sagt, und vergleicht man die Lust am Vaterlande von damals mit der Niedergeschlagenheit von heute, so steht man verwundert und betrübt vor der Thatsache, daß der herrlichste Aufschwung des Volksgeistes überraschend schnell einer nationalen Abspannung gewichen ist. Gewiß haben große politische Fehler bei diesem Umschlag der Stimmung mitgewirkt; aber so groß, wie er ist, braucht er nicht zu sein. Es ist eben die alte, deutsche Uneinigkeit und Hadersucht, welche in dem gemeinsamen Arbeiten und Kämpfen noch nicht überwunden war und nun bei der ersten Gelegenheit wieder ihr unschönes Haupt erhebt. Das Ausland freut sich darüber, und die Patrioten, die Christen trauern.

Im Grunde muß man es ganz natürlich finden, daß es heute anders und nicht so gut geht wie vor zehn oder fünf Jahren. Man macht sich die Ursachen der Veränderung nur nicht klar. Offenbar liegen sie in den Verhältnissen selbst. Durch ein beispielloses Zusammentreffen glücklicher Umstände oder — sprechen wir es in christlichem Sinn aus — durch eine wunderbare Fügung göttlicher Gnade war uns eine Zeit lang alles gegeben, was ein Volk erhebt und befriedigt. Ein reifer und weiser, in der Schule des Lebens und der Trübsal erprobter Herrscher, der in seltenem Maße die Tugenden des Monarchen besaß, regierte das Reich.

Ihm standen große Männer zur Seite, der eine ebenso gewaltig in der Staatskunst wie der andere in der Kriegskunst. Daß eine Vereinigung von weltgeschichtlichen Kräften, wie sie in Kaiser Wilhelm I., in Fürst Bismarck und Graf Moltke zusammentrafen, gerade zur gegebenen Stunde vorhanden war und ein Vierteljahrhundert zusammenblieb, ist ein Ereignis ohne gleichen. Die gewaltigen Erfolge, welche sie mit einander errungen hatten, leuchteten wie ein Glorienschein um ihre Häupter und verklärten ihre Personen wie ihre Thaten. Das Schwergewicht Europas lag naturgemäß in Berlin und hielt die öffentlichen Angelegenheiten im Gleichmaß; nach den Aufregungen unserer drei Kriege hatten wir ebenso wie die anderen das Bedürfnis der Ruhe, und an dem ehrwürdigen Greisenhaupte des deutschen Kaisers brachen sich wie an einer Wetterscheide die Gewitter des politischen Lebens. Wir gewöhnten uns allmählich an eine solche Sicherheit der Lage, an einen so zuverlässigen Gang der Geschäfte, daß wir meinten, es müsse immer so bleiben und könne garnicht anders werden. Daß ein Wechsel eintreten mußte, wenn ein junger Monarch mit neuen Anschauungen die Zügel der Regierung ergriff, sagte man sich nicht deutlich genug voraus. Man vergaß auch über der Verehrung gegen den bewunderten Herrscher, über der Liebe zu dem gütigen Landesvater die Nachteile, welche darin lagen, daß der neunzigjährige Monarch manche alten Dinge allzulange bestehen, und der allgewaltige Reichskanzler im Staatsleben seinen Willen allzustark walten ließ. In den Kirchensachen sind doch diese Übelstände für jeden Kundigen sichtbar und unheilvoll hervorgetreten.

Nun bestieg, nach der Unterbrechung der neunzig Tage Kaiser Friedrichs, unser junger Herrscher den Thron. Seine ersten Schritte waren kraftvoll, und seine ersten Worte trafen das Herz des Volkes. Der unter seinem erlauchten Großvater mächtig erstarkte monarchische Geist begrüßte ihn mit der denkbar höchsten Freude, die Liebe zu Kaiser Wilhelm I. übertrug sich auf den Enkel, die Erfahrung der in der Zwischenregierung geschehenen Unsicherheiten vermehrte noch das Gefühl des Glückes, daß wieder eine feste Hand das Steuer des Staates ergriff, und man sagt nicht zu viel, wenn man behauptet, daß in dem ersten Jahr der neuen Regierung die Freudigkeit des Volkes, der Patriotismus aller Guten, die Königstreue in hohen und unteren Ständen eben so lebendig waren wie je unter dem vorigen Regiment. Nie hat

ein Fürst eine reichere und, wie es schien, gesichertere Erbschaft von Liebe angetreten als unser von dem Jauchzen seines Volkes umrauschter Kaiser Wilhelm II. Selbst die Entlassung des Fürsten Bismarck, obwohl dieselbe einen Augenblick Überraschung hervorrief, vermochte daran zunächst nichts zu ändern. Der alte Reichskanzler hatte so oft an dem jungen, thatkräftigen Hohenzollern seine Freude ausgesprochen und seine Vasallentreue erhärtet; er hatte so manchmal gesagt, der Kaiser werde bald sein eigener Reichskanzler sein und ihn überflüssig machen, daß, als diese Thatsache zur Wahrheit wurde, das Volk sich ungemein schnell darin fand. Auch hatte Fürst Bismarcks Hand so schwer auf allen, selbst auf seinen ergebensten Freunden gelastet, daß man seinen Weggang allgemein als eine Erleichterung fühlte. Man mag es Undank nennen, obwohl es das nicht war, daß niemand dem scheidenden Titanen eine Thräne nachweinte oder nur einen Seufzer nachschickte; in der That war das erste halbe Jahr nach seinem Abschied eine Zeit ungetrübter Zufriedenheit. Wenn man die Huldigungen, die dem ehemaligen Reichskanzler jetzt überall zu teil werden, als Beweise seiner grenzenlosen Volkstümlichkeit und als Proteste gegen den herrschenden Kurs ansieht, so soll man nicht vergessen, daß dieselben im Jahre 1890 völlig undenkbar waren. Damals hat es uns geradezu verletzt, wie bald der gewaltige Staatsmann, dem wir vor allem die deutsche Einigung verdanken, in den Hintergrund trat. Und wir können uns in gewissem Sinne darüber freuen, daß er aus dem Schatten unverdienter Vernachlässigung wieder mehr in das Licht des Tages tritt, obwohl wir die Ursachen dieses Wechsels ebenso beklagen, wie die Versuche, in Wien und München die volkstümliche Begeisterung einzudämmen. Aber unwidersprechlich ist es doch, daß erst durch das Regierungssystem der letzten Jahre das Andenken an die Bismarcksche Zeit wieder so glänzend hervorgetreten ist. Und doch wird man bei genauerer Betrachtung finden, daß das Mißbehagen, unter dem wir leiden, schon unter der vorigen Regierung begonnen hat und auch notwendig beginnen mußte. Das schlechte Verhältnis mit Rußland, unsere größte Gefahr, ist gerade durch die — übrigens völlig richtige — Politik Bismarcks geschaffen. Diplomatische Ungeschicklichkeiten, wie die Fälle Morier und Wohlgemuth, welche unseren Einfluß in den auswärtigen Angelegenheiten zuerst beeinträchtigt haben, sind unter ihm, wohl zumeist durch Graf Herbert,

begangen. Die kolonialen Halbheiten, an denen wir so empfindlich leiden, verdanken wir der Bismarckschen Behandlung; was über das Verhalten Graf Herberts gegen Peters ohne begründeten Widerspruch enthüllt ist, muß man geradezu als eine Verletzung unseres Nationalgefühls bezeichnen. Auch in der inneren Politik ist der große Mißerfolg bei den letzten Reichstagswahlen lediglich die Schuld Bismarcks, der mit seiner Begünstigung des falschen Kartells und mit seiner Bekämpfung der Strengkonservativen die ohnmächtigen Anmaßungen des Liberalismus großgezogen und die Erstarkung der christlich-konservativen Grundsätze verhindert hat. In der Sozialpolitik ist durch seinen Eigensinn die Arbeiterschutzgesetzgebung unbegreiflich lange zurückgehalten, und erst durch das persönliche Eingreifen des Kaisers der versumpfte Weg der sozialen Reform wieder eröffnet. Die kirchlichen Entwickelungen, sowohl die übergroße Macht der katholischen wie die gesunkene Autorität der evangelischen Kirche, kommen ganz allein auf Fürst Bismarcks Rechnung; auch hier hat unter dem gegenwärtigen Monarchen eine unleugbare Besserung stattgefunden. Und die sittliche Verderbnis in Litteratur und Volksleben durch Judentum und Materialismus hat in dem ehemaligen Reichskanzler, so sehr er persönlich darüber emporragt, keinen Bekämpfer und Richter gefunden; einige Antisemiten preisen ihn freilich als ihren Heros, Berliner Juden haben ihn ebenso als ihren Messias und Berlin zu seiner Zeit als ihr Jerusalem gefeiert. Alles dies sind geschichtliche Thatsachen. Angesichts derselben fragt man sich, wie es möglich ist, daß gegenwärtig die Zeit Bismarcks in den Augen der Zeitgenossen ebenso steigt, wie die gegenwärtige Epoche in dem allgemeinen Urteil sinkt. Soll man einen Grund für diese Erscheinung suchen, so kann es nur der sein, daß der alte Reichskanzler eine feste, gegebene staatsmännische Größe war mit starkem Schatten, aber doch viel stärkerem Lichte, daß jeder wußte, im guten und schlimmen Sinne, was man an ihm hatte, daß er nie um der Popularität willen irgend einen Schritt gethan hat und nie aus Furcht vor Druckerschwärze irgend einen Schritt zurückwich. Er hatte wirklich einen Kurs. Auch er hat im Kulturkampfe eine schwere Niederlage, in dem allgemeinen gleichen direkten Wahlrecht eine bittere Erfahrung und bei der Verhätschelung des Liberalismus eine verhängnisvolle Selbsttäuschung erlebt; er hat in der inneren Politik große Irrtümer begangen,

aber er hat sie aus Überzeugung begangen und, wenn er sie erkannte, gut zu machen gesucht. Die Beendigung des Kulturkampfes ist ihm sauer genug geworden, der Bruch mit dem Freihandel hat ihm die liberalen Freunde entfremdet; in beiden Fällen hat er seinen Irrtum zugestanden und verbessert, aber niemand hatte das Gefühl, daß er seinen Kurs damit ändern wollte. So hat er manchmal eine falsche Majorität gesucht und gefunden; aber er fand doch immer zuletzt eine große Schar, die ihm folgte und half. Die gegenwärtige Regierung hat durch ihr Schwanken im Augenblick eigentlich keine einzige Partei hinter sich, geschweige eine Mehrheit. Daß es binnen zwei Jahren dahin gekommen ist, muß als ein großes Mißgeschick des Vaterlandes und als eine schwere Schuld der Regierung angesehen werden. In der That ist der herrschende Wirrwarr in den regierenden Kreisen und in den parlamentarischen Parteien geradezu eine öffentliche Gefahr.

Die Regierung soll im wesentlichen streng monarchisch sein; entstandene Lücken in dem Ministerrat werden meist mit Männern der politischen und kirchlichen Rechten besetzt. Trotzdem sind einige der Minister durchaus liberal oder farblos, sodaß eine Einheit der Regierung nicht besteht. Das Volksschulgesetz hat diesen unorganischen Zustand vor aller Augen offenbar gemacht. Man will christlich und konservativ regieren, aber so, daß auch die nicht christlichen, nicht konservativen Richtungen zufrieden sind und in ihrer Presse die Regierung loben oder wenigstens nicht angreifen. Das letztere wird auch erreicht, indem man dem Liberalismus unliebsame Maßregeln und unbequeme Männer opfert. Aber indem man die Liberalen nicht befriedigt, weder die gemäßigten noch die radikalen, gewinnt man auf dieser Seite keine Freunde und stößt doch die Freunde und Vorkämpfer der Monarchie zurück. Man will die Feinde der Ordnung wohl überwinden, aber nicht bekämpfen. In Kleinigkeiten ist man schroff, in wichtigen Fragen nicht einmal recht entschlossen. Weder Sozialdemokratie noch Fortschritt, weder Judentum noch Materialismus erfahren es, daß die Obrigkeit das Schwert nicht umsonst trägt. Nur die sogenannten konservativen Extremen, die es aber in Wahrheit nicht sind, werden dem Liberalismus und der Judenpresse zuliebe dauernd schlecht behandelt. Dabei gedeiht denn die politische und soziale Demokratie; nicht einmal die Mittelparteien gewinnen, und die Rechte wird geschwächt. In dem allgemeinen Nebel aber kommt das Zentrum, das genau weiß, was

es will, an die Spitze, das heißt: so lange, bis einmal die regierungsfeindlichen Parteien die Majorität haben, die sie im Reichstage leicht erreichen können. Was dann werden soll, weiß niemand. Daß es aber dahin kommt, wenn prinziplos weiter regiert wird, ist klar. Bei einem solchen Zustande organisieren sich die staatserhaltenden Elemente nicht, sondern werden zerrüttet. In monarchischen Staaten muß die Regierung den Volksgeist richtig leiten, sonst geht er irre. Die öffentliche Meinung wird bei uns noch immer am meisten von den leitenden, maßgebenden Kreisen gebildet; verzichten dieselben auf diese ihre Autorität, dann ergreifen andere das Szepter des nationalen Lebens. Wird der christliche Geist nicht zum herrschenden Grundsatz gemacht, so bemächtigt sich das Judentum des Volkes. Wird der evangelische Sinn nicht gepflegt, so tritt der Ultramontanismus mit seinen Ansprüchen auf den Plan. Hält man die monarchische Fahne nicht hoch, so siegt die Demokratie. Scheut man sich, die konservativen Grundsätze zu bekennen, so bleibt der Liberalismus in den Köpfen und verdirbt schließlich auch die Herzen. Konservativ und liberal, christlich und unchristlich sind Gegensätze, die sich nicht verbinden lassen. Versucht man es dennoch, aus Widersprüchen, die sich aufheben, ein politisches System zu bilden, so muß eine allgemeine Verwirrung die Folge davon sein. In dieser Verwirrung stehen wir jetzt. Was hat uns dahin geführt? —

Die Antwort ist nicht allzu schwer zu geben. Der Kaiser ist es persönlich, der die Hand am Steuer des Staates hat; und der Kaiser ist nicht immer wohl beraten. Verhängnisvolle Einflüsse sind thätig gewesen, ihn auf eine Seite zu bringen, die keine Macht im öffentlichen Leben und keinen Boden im Volke hat. Seit jenem unseligen Wort des Grafen Douglas vom Kartellkaiser bis zu dem Zurückweichen vor der mittelparteilichen Schilderhebung beim Volksschulgesetz hat die Autorität der Krone beständig abgenommen. Man kann es nicht verstehen, daß Kaiser Wilhelm II., der als Prinz an nichts weniger als an mittelparteiliche Politik in Kirche und Staat dachte, in dieser Richtung, welche politisch wie sozial, religiös wie moralisch völlig abgewirtschaftet hat, das Heil des Staates und des Reiches erblickt. Am 20. Februar des Jahres 1890 ist die Kartellpolitik unter der Verurteilung des deutschen Volkes zusammengebrochen; nichtsdestoweniger wird sie in den Regierungskreisen zum Schaden der monarchischen Autorität

weiter getrieben und ist nach wie vor ausschlaggebend. Der Rück-
zug beim Volksschulgesetz war nichts als der erschütternde Beweis,
daß man in den letzten Jahren nichts gelernt hat. Denn im
Grunde war dieser unheilbare Regierungsfehler nur die Wieder-
holung dessen, was Kenner des öffentlichen Lebens nun schon zum
dritten Male mit Trauer beobachtet haben. Zum ersten Mal geschah
es nach der Walderseeversammlung, daß eine gute Sache dem
Geschrei der mit der Judenpresse verbundenen Mittelparteien ge-
opfert wurde; die sogenannte öffentliche Meinung, dargestellt in
Herrn von Zedlitz-Neukirch und der künstlich erzeugten schäumenden
Wut deutscher und österreichischer Juden, war das Mittel, das
man anwandte, um seinen Willen durchzusetzen. Liegt diese Ge-
schichte auch hinter der Regierung unseres Monarchen einige Zeit
zurück, so ist sie doch der Ausgangspunkt der Verwirrung, gleich-
sam die erste Probe auf die Macht, welche die mittelmäßige Ge-
sinnungslosigkeit zu erringen hoffte. Der zweite Versuch, Mittel-
parteien und Juden als die herrschende Macht hinzustellen, ist
weniger beachtet, weil er, um erkannt zu werden, eine genaue
Kenntnis der europäischen Presse voraussetzt. Aber für Kenner ist
er seiner Zeit völlig durchsichtig gewesen. Bei der Thronbesteigung
unseres Kaisers wurde die ganze Judenpresse Europas aufgeboten,
um auf den jungen Monarchen ihr Gift auszuspritzen. Die Mittel-
parteien hielten sich im Hintergrunde und warteten auf ihre
Stunde; auch die Berliner Juden verfuhren begreiflicherweise so
vorsichtig wie möglich. Aber in Wien, Paris und London
arbeitete man mit allen Mitteln schmachvollster Schriftstellerei.
Einige Monate wurde dies Bombardement ertragen, dann mußte
Graf Douglas seine Broschüre halten, wie die Volkszeitung damals
treffend sagte, — denn die Rede war in Berlin für den Druck
gearbeitet — und dem „Kartellkaiser“ das Zeugnis geben, daß er
kein Antisemit sei. Eine Weile wartete man in den Zelten Judas,
ob gegen diese Darstellung von maßgebender Stelle Protest er-
hoben würde. Als es nicht geschah, wurde in der gesamten Juden-
presse aller fünf Erdteile das Lob des Kaisers gesungen, und die
mittelparteilichen Blätter registrierten diese Weihrauchwolken. Am
Ende des Jahres ließ derselbe Graf Douglas bei den Landtags-
wahlen sich als offiziellen Kandidaten gegen die Berliner Bewegung
aufstellen; er fiel jämmerlich durch, aber der Beweis war doch ge-
liefert, daß die gegen das Judentum gerichteten Bestrebungen auf

keine Gnade von oben zu rechnen hätten. Natürlich stand Fürst Bismarck dieser ganzen Intrigue nicht fern. In dem Kabinettsrat von Lucanus hatte er selbst dem Kaiser einen Mann nahe gebracht, der den streng Konservativen wie den streng Kirchlichen gleich feindlich gesinnt und ebenso geschickt wie rücksichtslos in seinen Mitteln ist; einen Mann, der politisch so steht, daß er die Welt lieber mittelparteilich untergehen als konservativ gerettet sieht. Dieser Mann hat viel mehr, als man glaubt, an der letzten Entwickelung mitgewirkt. — Der Sturz Bismarcks hat mit den mittelparteilichen Treibereien nichts zu thun; aber er hat sie verschlimmert. Was zu seiner Zeit nicht möglich gewesen wäre, weil er die Mittelparteien zwar benutzen, aber nicht in der Herrschaft sehen wollte, das geschah nun: einer nach dem andern, welcher den Mittelparteien und dem Judentum im Wege war, wurde geopfert oder als unter kaiserlicher Ungnade befindlich bezeichnet: Frhr. v. Hammerstein, Graf Zedlitz, Graf Waldersee wurden der Meute preisgegeben, der letztere schließlich wieder zu Gnaden angenommen — wer erinnert sich nicht mit Staunen des Briefes, der ihn beruhigen sollte! — weil seine Preisgebung ein militärischer Verlust war, der in Österreich und Italien auf das empfindlichste berührte. — Auf diesem Wege sind wir zu einer Politik gekommen, die bei dem Schulgesetzentwurfe eine verderbliche Unsicherheit offenbart hat. Hier, wo es sich um die größten Prinzipien des Volks- und Staatslebens und zugleich um eine parlamentarische Angelegenheit ersten Ranges handelte, traten die Fehler einer mittelparteilichen Politik um jeden Preis für jedermann sichtbar hervor. Aber die Art und Weise ist bei dem Verlauf der Waldersee-versammlung und in der ersten Zeit der Regierung unseres Kaisers kein Haar anders gewesen. Hier liegen die tiefsten Ursachen der Verwirrung. Eine Kartellpolitik, von welcher der Kaiser vor den Reichstagswahlen erklärte, sie sei die seinige, welche bei den Reichstagswahlen unter dem Urteil der Nation zusammenbrach, welche trotzdem, man weiß nicht weshalb, um jeden Preis festgehalten und fortgesetzt werden soll: sie ist der Schlüssel zu der gegenwärtigen Lage.

Aber sie ist mit einer zweiten politischen Erscheinung verbunden, die vielleicht noch schlimmer wirkt. Obwohl auf den ersten Blick nichts einander mehr zu widersprechen scheint als Mittelpartei und Cäsarismus, so liegt doch gerade in dieser

Kombination die Eigentümlichkeit unserer politischen Verhältnisse. In den mehr als hundert mittelparteilichen Broschüren, welche in den Jahren 1888 und 1889 herausgegeben wurden, tritt kein Gedanke stärker hervor als der, daß unser Monarch mindestens ein Friedrich II. sei, und daß er mit seiner Cäsarengewalt die Welt beherrschen müsse. Ehe Miquel Minister wurde, hatte er nach unwidersprochenen Zeitungsberichten dem König einmal gesagt, das alte Parteiwesen habe sich überlebt, der aufgeklärte Absolutismus sei das einzige haltbare System. Damit begann die mittelparteiliche Aktion. Wir hoffen, daß der kluge Mann seitdem zu anderen Anschauungen gekommen ist und seinen Ausspruch bedauert. Gewiß ist, daß diese Äußerung, welche als Thema in jenen zahllosen Broschüren ihre Variationen fand, großes Unheil angerichtet hat. Den elenden Schreibern war es freilich viel weniger um die Förderung des Cäsarismus als um die Beweisung ihres Byzantinismus und die Befehdung des gesinnungsvollen Konservatismus zu thun; man wollte dieser Partei den Rang ablaufen und war sicher, daß sie, welche sich in jenen Zeiten musterhaft benommen hat, den Weg politischer Knechtsseligkeit nicht mitgehen würde. Den Konservatismus hat man damit zurückgedrängt, aber viel mehr noch das Vaterland geschädigt.

Unser Volk ist weder für den Cäsarismus noch für den Byzantinismus geschaffen. In der Bismarckschen Regierungsweise lag allerdings etwas von beiden. Aber der alte Reichskanzler hatte in seinen großen Zeiten wirklich einen cäsarischen Zug; und dennoch hat seine Art zu regieren unermeßlich geschadet. Aber ein Cäsarismus ohne einen Cäsar wird zum bloßen Byzantinismus und entnervt die Nation. Wir wüßten garnichts, wovor wir uns mehr zu hüten hätten als vor diesem Dioskurenpaar sinkender Epochen. Gerade weil wir in Zuständen stecken, die an die Zeit des Verfalles im alten Rom erinnern, sollen wir das Gespenst des Cäsarismus nicht heraufbeschwören; es könnte uns völlig verderben. In schweren Tagen, wo die inneren sittlichen und religiösen Stützen zusammenbrechen, sucht man Anhalt an einer starken Persönlichkeit: man traut dem eigenen Charakter nichts mehr zu, so wirft man sich der herrschenden Gewalt in die Arme; man will den Geldschrank und die Lüste retten, um diesen Preis nimmt man auch den Despotismus in den Kauf. Aus solchen Wurzeln wächst der Cäsarismus auf. Vieles in der Gegenwart mahnt an die

Zeiten des Cäsar und Augustus. Die unnatürliche Geldgier und die unnatürliche Unzucht, das Auftreten eines sinnlosen Luxus und eines zügellosen Lasters, die Zeichen sozialer Revolution und revolutionärer Jugend, dabei ein Verfall des alten Glaubens und der religiösen Ordnungen: das sind die Sümpfe, aus welchen der byzantinische Modergeruch aufsteigt. Diesen Geruch haben die Mittelparteien Jahre hindurch als ihren Parfüm kultiviert; jetzt sind keine Geschäfte mehr damit zu machen, so haben sie den Kultus aufgegeben. Nur der Schade ist geblieben; und er trifft die Krone noch mehr als die Partei. Die Presse des gemäßigten Liberalismus hat, wie der berüchtigte Neujahrsartikel der „Kölnischen Zeitung" beweist, an ihrem Monarchismus nicht schwer zu tragen, nicht viel zu schützen; geschehen einige Dinge, welche den Abonnenten nicht gefallen, so erklärt sie gleich, daß der liberale Philister wieder Demokrat werde. Der Radikalismus hat bei uns die Monarchie niemals geliebt. Vor Jahr und Tag kokettierte er mit ihr, weil er einen Moment hoffte, bei ihr in Gunst zu kommen; da konnte man in Parlamenten von seinen Führern hören, in den Zeitungen von seinen Redakteuren hören, daß auch der Fortschritt monarchisch sei. Aber seit einigen Monaten, offenbar weil die Popularität der Krone nachgelassen hat, spekuliert der deutsche Freisinn seiner Natur gemäß wieder auf antimonarchische Stimmungen. Wenigstens was Richter bei Gelegenheit der Schloßlotterie, des Dombaues, der Ministerdebatte gegen die Monarchie sagte, war das Bitterste, was dieser deutsche Kleon je geredet hat. — Die Sozialdemokratie wartet; sie fühlt wohl, daß ihr Weizen blüht, wenn das Vertrauen zur Monarchie im Volk sinkt. — Dem Zentrum wird auch ein Gegner die Anerkennung nicht versagen, daß es klug und entschlossen handelt; beim Volksschulgesetz wie in der gesamten Behandlung des inneren Staatslebens hat sich diese Partei energisch und maßvoll, monarchisch und doch selbständig bewiesen. — Sehr schwierig ist die Lage der Konservativen. Ein Jahrzehnt hatte ihr einer Flügel mit Aussicht auf Erfolg daran gearbeitet, die Partei selbständig und unabhängig zu gestalten. Die mittelparteilichen Treibereien unter Helldorffs Führung haben diesen Aufschwung vereitelt. Daß die Krone sich auf Seite des Kartells stellte, war ein Moment, das die konservative Partei am wenigsten übersehen konnte. Nun hat das Volksschulgesetz die Notwendigkeit eines nicht bloß auf die Regierung angewiesenen

Konservatismus so einleuchtend dargethan, daß jener Versuch wiederholt wird. Man ist eben dabei, auf allen Punkten den mittelparteilichen Einfluß in der Gruppe gänzlich zu beseitigen und auf der Basis des Volkslebens zum Mittelstand, den Handwerkern wie den Bauern, eine stark freundliche, zum Judentum eine stark aggressive Stellung zu nehmen. Ob das gelingen wird, darum handelt es sich jetzt. Aus dem herrschenden Nebel muß die konservative Partei heraus; sonst wird sie ein gut Teil ihrer Sympathien an die antisemitische Bewegung verlieren. Gerade für sie ist die Losung: Vorwärts! besonders notwendig. Zurück zu den Halbheiten des Kartells kann sie nicht. Die Vorteile des Byzantinismus will sie nicht. Da sie eine christliche Partei ist, muß sie ihre Hoffnung auf die Kräfte des Evangeliums setzen. Hat sie dieselben nicht genug gepflegt, die Feinde des Christentums nicht genug bekämpft, so muß sie in ihrer Kirchenpolitik energischer werden. Nur in diesem Zeichen kann sie siegen.

Es ist wahrhaft erfrischend, aus dem eben veröffentlichten Briefwechsel Roons mit Kaiser Wilhelm I. in dem preußischen Kriegsminister einen Ratgeber der Krone kennen zu lernen, der mit unerschütterlichem Mute geltend machte, daß man in Preußen mit dem Liberalismus nicht regieren und mit Halbheiten nichts gewinnen könne. Und es ist tief ergreifend, in dem alten Kaiser einen Monarchen zu erblicken, der nach einer kurzen Zeit liberalen Regiments durch seine Stellung als Kriegsherr und Feldherr sich gezwungen sieht, mit dem Liberalismus zu brechen, und dann fest bleibt bis ans Ende. Auch auf dem Gebiete der Kirche erkennt er klar, daß die liberale Richtung zum Verderben führt, und drängt deshalb den Oberkirchenrat, mit dem Liberalismus aufzuräumen, leider ohne den gewünschten Erfolg. Wie es scheint, haben diese Vorgänge keine dauernde Belehrung hinterlassen. Wir erleben jetzt von neuem den Versuch eines halb-liberalen Systems, unter welchem das monarchische Ansehen leidet. Wohl sagt man, daß die Geschichte die Lehrmeisterin der Völker ist. Aber Hegel ist besser berichtet, wenn er ausspricht, daß die Geschichte da sei, um nichts aus ihr zu lernen. Dieselben Fehler werden bei der Regierung der Staaten immer von neuem gemacht, bis man mit Schmerz erfährt, daß sie nicht bloß Fehler, sondern Gefahren sind. Auf dem kirchlichen Gebiete ist es nicht anders.

Wir stehen ohne Zweifel vor der Thatsache, daß in der Kirche die mittelparteiliche Richtung wieder stärker zur Geltung kommt.

Wichtige Berufungen und Ernennungen des letzten Jahres zeigen deutlich, daß man in maßgebenden Stellungen die vermittelnden Kirchenmänner vorzieht. Wie in der Politik gilt es auch in der Kirchenpolitik, daß die Versöhnung der Richtungen gepflegt werden soll, d. h. daß die Mittelpartei der beherrschende Faktor wird. In den Verhandlungen der Generalsynode warf diese Erscheinung ihren Schatten voraus. Es war ein großer, hoffentlich nur ein vorübergehender Sieg der Mittelpartei, daß die alte Forderung der Generalsynode auf Mitwirkung des Generalsynodalvorstandes bei Besetzung der kirchenregimentlichen Ämter vor einer nichtssagenden Tagesordnung kapitulierte. Auch in der Gruppe positiver Union lassen sich die Vorgänge des letzten Synodaltages nur so erklären, daß ein Teil derselben mittelparteilicher sein wollte als die Mittelpartei selbst; in dem Juniheft der „Kirchlichen Monatsschrift"*) werden sie auch so erklärt. Wir würden auf diese unerquicklichen Ereignisse nicht wieder zurückkommen, wenn nicht das Organ der Gruppe immer wieder darauf sein Siegel drückte, und zwar zuletzt unter ausdrücklicher Hervorhebung der kirchenpolitischen Gemeinschaft mit der Mittelpartei. „Wenn nun unser Freund Stöcker — heißt es hier — mit den Ritschlianern auf einem so wichtigen Gebiete, nämlich dem sozialen, zusammenarbeitet und mit ihrer Hilfe seine Ziele erreichen will, mit welchem Rechte darf der positiven Unionsleitung ein Vorwurf daraus gemacht werden, daß sie mit den Männern der Mittelpartei, welche zum größten Teil unseren dogmatischen Überzeugungen ungleich näher stehen und sich bereit finden lassen, einem Teil unserer Selbständigkeitsbestrebungen sich anzuschließen, ein auf Gegenseitigkeit beruhendes freundliches Verhältnis hatte und gegebenenfalls noch hat?" Der Schreiber dieses Satzes verkennt völlig die Tragweite seiner Ausführungen. Daß Männer der positiven Union sich in der Bearbeitung der sozialen Verhältnisse mit Ritschlianern, aber ebenso mit Konfessionellen und ernsten Liberalen verbinden, ist ganz selbstverständlich, da auf diesem peripherischen Gebiete wesentlich sittliche Grundsätze des Christen-

*) Der Aufsatz von Pastor Ecke hat den sonderbaren Titel: Audiatur et altera pars. Bisher hat die „Kirchliche Monatsschrift" über die Generalsynodalwirren nur Aufsätze in einem für mich nicht günstigen Sinne gebracht. Jene Überschrift wäre deshalb für eine freundliche Betrachtung wohl die geeignete gewesen, nicht aber für eine Auffassung, welche mir nur Unrecht giebt.

tums in Frage kommen, die ähnlich wie bei der politischen Arbeit eine Gemeinschaft mit anderen religiösen Standpunkten nicht bloß gestatten, sondern gebieterisch fordern. Daraus aber zu schließen, daß ebenso auch in kirchenpolitischen Dingen die positive Union mit der Mittelpartei ein Gegenseitigkeitsverhältnis begründen könne, ist gewiß ein Fehlschluß. Gerade in Sachen der kirchlichen Selb- ständigkeit steht die Gruppe der positiven Union von Anfang an mit der Mittelpartei in dem heftigsten Widerstreit; ihre Auffassung in diesem Stück ist eine der Ursachen, warum sie sich von der Mittelpartei losgesagt hat. Daß man eine kirchenpolitische Gemein- schaft nicht mit einer Verbindung zu sozialen Zwecken parallelisieren kann, leuchtet ein. Gewiß ist es gut und heilsam, daß man sich mit der Mittelpartei über die vier bekannten Punkte, von denen der eine abgesetzt ist, für die kirchenpolitische Aktion vereinigt hat. Aber man soll die Bedeutung derselben nicht übertreiben. Wenn sie einmal, woran wir nicht zweifeln, kirchen- und staatsgesetzliche Geltung erhalten, so werden nur die Virchow-Wehrenpfennigschen Zu- sätze zu dem Falkschen kirchenpolitischen System entfernt, aber dies System der Unterwerfung der Kirche unter den Staat bleibt be- stehen. Nun hat aber die positive Union von jeher ihren Wider- spruch gegen die falsche Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse an sich gerichtet, nicht bloß gegen die fortschrittlichen Zusätze zu denselben. Der Artikelschreiber ist mit der Geschichte der Gruppe nicht vertraut, wenn er meint, daß es nur einer der Mitbegründer der positiven Unionsgruppe gewesen sei, welcher bei der Konstituierung ein größeres Maß kirchlicher Unabhängigkeit von dem Landesherrn er- strebt habe, und daß erst bei Gelegenheit der sogenannten Hammer- steinschen Bewegung die Selbständigkeitsfrage in stärkerer Weise aufgeworfen sei. Vielmehr liegt die Sache so, daß bei der kon- stituierenden Versammlung der positiven Union diejenigen, welche eine Umgestaltung des Summepiskopates wollten, in der Majorität waren — 21 gegen 20, wenn wir nicht irren — und daß damals überhaupt ein völlig anderes Ideal von kirchlicher Freiheit in den Geistern lebendig war als heute. Nicht bloß die positive Union, sondern ebenso die Mittelpartei hatte vor der Generalsynode eine andere Auffassung und Hoffnung von dem, was die lang erwartete Befreiung der Kirche bringen würde. Eine tiefe, schmerzliche Ent- täuschung ging damals durch die Reihen der Kirchenmänner, als statt der erhofften Befreiung der Kirche nun eine Generalsynode

zum Vorschein kam, aber das Staatskirchentum blieb und zum Teil noch verstärkt wurde. Selbst Miquel sprach es aus, daß die gewährte Verfassung nur ein erster Schritt auf dem Wege zur Selbständigkeit sein könnte. Die Mittelpartei hat sich ja dann schnell in die neuen Verhältnisse gefunden und, wie es scheint, jedes Verlangen nach wahrer Selbständigkeit ein für allemal aufgegeben; sie ist mit den vorhandenen Zuständen zufrieden. Aber die positive Union hat in der ersten Zeit diesen Standpunkt nicht geteilt. Erst durch den Einfluß kirchenregimentlicher Persönlichkeiten in ihrer Mitte ist es dahin gekommen, daß die Selbständigkeitsbestrebungen zurücktraten und schließlich auf die Durchfechtung der vier in Merseburg vereinbarten Punkte beschränkt wurden, daß die Stärkung des Summepiskopates und seine Befreiung von den staatlichen Faktoren allmählich als die Selbständigkeit der evangelischen Kirche angesehen und der weitere Ausbau der Verfassung nach der Richtung der Freiheit aufgegeben wurde. Nicht die vier Punkte, welche nach allgemeinem Zugeständnis mehr dekorativer Natur sind und die Kirche in staatlicher Abhängigkeit, wenn auch unter anderen Formen, belassen, sondern die Grundlagen einer wirklichen Selbständigkeit sind es, welche die positive Union in ihren guten Zeiten erstrebte; jene Punkte sind wohl die erste Etappe auf dem Wege zur Freiheit, dürfen aber nicht als eine Art Ziel für unsere Bewegung aufgefaßt werden. Auch wenn sie durchgesetzt sind, bleibt alles genau in dem System Falk; dies System aber bedeutet die Vergewaltigung der Kirche durch den Staat. Will man dabei stehen bleiben, so muß man das erklären; dann höre man aber auf, sich als Gruppe der kirchlichen Selbständigkeit hinzustellen. Den Ursprüngen der positiven Union würde es nicht entsprechen.

Nun sind wir ja selbstverständlich gern bereit, in der praktischen Weiterarbeit die Frage der Stellung zum Summepiskopat ruhen zu lassen, wie wir denn überhaupt bei der gegenwärtigen Konstellation Ruhe für die erste Bürgerpflicht halten, da jeder kirchliche Freiheitsgedanke als Insubordination gilt. Aber man wird uns Anhängern der Selbständigkeit nicht verwehren, unsere Gedanken wenigstens im stillen Heiligtum der Brust weiter zu hegen und zuweilen daran zu erinnern, daß sie einst das Panier vieler waren. Es ist nun einmal unsere Überzeugung, daß die Kirche der Reformation in ihrer bisherigen Verfassung dem Kampfe mit Rom und den Weltmächten nicht gewachsen ist. Und ganz zweifellos ist das

Staatskirchentum der Grund für die Ohnmacht unseres Kirchentums. Eine Kirche, welche vom Staat beherrscht wird, sei es auch unter der Form des landesherrlichen Kirchenregiments, hat ihren Schwerpunkt nicht in sich, nicht in den Heiligtümern und im Bekenntnis, sondern im Willen des Staats und der Obrigkeit. Und viele, die theoretisch Bibel und Glauben für wichtiger halten als Kabinettsordres und Ministererlasse, halten doch praktisch die letzteren höher. Selbstverständlich ist Gott mehr zu fürchten als Menschen, auch gekrönte Menschen; aber es giebt doch manche, die in ihrem Verhalten die Gewaltigen der Erde mehr respektieren als den Herrn aller Herren. Wenn neulich in einer deutschen Residenz wegen eines Radfahrerkongresses, dessen Protektorat der Summusepiskopus übernommen hatte, der Nachmittagsgottesdienst ausfiel, so ist das ein besonders schmerzlicher Fall von weltlichen Rücksichten der Kirche; aber es ist doch nur ein Fall von vielen. Gewiß kann es auch wieder geschehen, daß wie bei uns durch ein Wort des Königs die Wettrennen vom Sonntag abgesetzt werden, daß durch die Anregung der Majestäten ein vernachlässigtes Werk wie der Kirchbau gefördert wird; zu anderen Zeiten und an anderen Orten kann auch das Umgekehrte geschehen. Aber es ist nicht einzelnes, das wir bei unserer Stellungnahme vor Augen haben, sondern es ist der gesamte Charakter der Kirche, welcher darunter leidet, daß der Staat in ihr das Steuer führt und sie nach seinen Rücksichten bestimmt. Die Kirche der Reformation ist durch den Staat vielfach bekenntnislos, glaubenslos, energielos, wehrlos geworden; sie hat die gelehrten Stände, den Bürgerstand, den städtischen Arbeiterstand, auch große Teile des Bauernstandes verloren; daß sie eine andere Art der Führung haben muß, wenn sie im Sturm der Zeit sich behaupten will, liegt auf der Hand. Denn es ist klar, daß der Staat, der als solcher von Kirchensachen nichts versteht, der Evangelische und Katholische, Juden und Freigemeinden in gleicher Weise regieren muß, die Kirche höchstens administrieren, aber nicht leiten kann. Und eben an der Führung des Kirchenschiffes durch die Klippen der Zeitläufte fehlt es. Können oder wollen wir dieselbe nicht erringen, so müssen wir als Evangelische auf ein wirkliches Dasein der Kirche als Kirche verzichten, und das Ende wird die Schwächung, ja Vernichtung der Reformation sein. Schon jetzt ist der deutsche Protestantismus als Geist des evangelischen Glaubens nicht mehr die führende Macht des deutschen Lebens; nur die formalen Prinzipien

der freien Forschung, der Gewissensfreiheit, des Individualismus sind in gewissen Kreisen, wo Rom und Judentum nicht herrschen, noch maßgebend. Aber die Geistesmacht der Reformation lebt nur noch in der kleinen Herde in einigen besonders gesegneten Landstreifen. Wie ändern wir das? Wie wird der evangelische Geist wieder zum Volksgeist? Das ist die Frage, welche vor dem Erlaß der Verfassung durch ein großes Programm von prinzipiellen Verfassungsänderungen beantwortet wurde, auf welche heute niemand im großen Stil mehr antworten mag, weil der Freimut fehlt, die rechte Antwort zu geben. Entweder die Forderungen aus der Zeit vor der Verfassung waren Träume, Schäume, dann hätten wir sie nie träumen sollen und müßten sie jetzt feierlich abschwören; oder sie waren richtig und gerecht, dann müssen wir sie festhalten und an ihrer Verwirklichung arbeiten. Ein drittes giebt es nicht. —

Aber wir wollen die alten Klagelieder nicht von neuem anstimmen. Ohne die irrige Stimme der „Kirchlichen Monatsschrift“ hätten wir sie überhaupt nicht berührt. Seit dem Rückzug des Volksschulgesetzes ist mancher Wahn, der während der Generalsynode künstlich erzeugt und nur zu gern genährt wurde, gestorben. Heute weiß es jeder, daß die Kirche von außen keine Hilfe und am wenigsten von den Mittelparteien eine Hilfe zu erwarten hat. Sie muß sich auf Gottes Wort stellen und die Kraft des heiligen Geistes erflehen. Kann sie vorderhand noch nicht darauf rechnen, daß sie als sichtbare Kirche stark werde, nun so muß sie aus den Quellen der unsichtbaren Kirche Macht schöpfen und eine bessere Zukunft vorbereiten. Was uns not thut, ist auf evangelische Weise im protestantischen Geiste eine Arbeit, wie sie Hildebrand an der römischen Kirche vollführt: Befreiung nach außen, Belebung nach innen. Können wir jene noch nicht haben, so wollen wir an dieser mit allen Kräften des Glaubens und des Gebets wirken. Und manches ist da, was zur Hoffnung ermuntert.

Will man für die Aufgaben in Staat und Kirche und für die zu ihrer Lösung vorhandenen Kräfte den rechten Gesichtspunkt gewinnen, so darf man seinen Blick nicht bloß auf heute richten. Die augenblickliche Gegenwart ist in ihrer Verwirrung wohl dazu angethan, die Hoffnung und den Mut zu lähmen. Denken wir aber kurze Zeit zurück, so ist es ein ganz anderes Bild, welches unser gesamtes Volksleben darbietet. Was sind zwei Jahrzehnte

in der Geschichte einer Nation! Und doch sind es erst zweiundzwanzig Jahre her, daß Deutschland in Anspannung der Volkskraft, der Liebesmacht und der Frömmigkeit das Höchste leistete, was Menschen in Kampf und Sieg, in Opfer und Hingebung thun können. Nord und Süd, evangelisch und katholisch, alle Stände und Stämme standen im Jahre 1870 treu zusammen; die Julitage, welche wir jetzt durchleben, erinnern uns wieder daran, daß damals die Losung „Treue um Treue" die Herzen der Fürsten und des Volkes beseelte. Die größte Anhänglichkeit an König und Vaterland, der höchste Heldenmut und Opfersinn, die lebendigste Disziplin und Kameradschaft waren die treibenden Kräfte und die Ursachen unserer Erfolge. Im Felde wie daheim war der deutsche Geist auf seiner Höhe. Und dieser Geist war durchaus vom Glauben bewegt. Im Vertrauen auf Gott allein, mit Beichte und Abendmahl zogen die Truppen in das Feld; von ganzen Regimentern fehlte am Altar oft nicht ein einziger Mann. Mit geistlichen Liedern ging man in die Schlacht, die Siege wurden mit Chorälen gefeiert. Auf dem Schlachtfelde von Sedan war der Dank gegen Gott am heißesten und sichtbarsten; aber im Grunde sind alle die gewonnenen Schlachten in den demütigen Depeschen unseres in Gott ruhenden Kaisers und in dem Liede: Nun danket alle Gott! ausgeklungen. So war es draußen auf den Schlachtfeldern Frankreichs, so war es im Volke daheim. Der Unglaube war verstummt, Zweifler gaben Gott die Ehre, Betstunden begleiteten das Heer auf seinem blutigen Gange, Millionen an Liebesgaben folgten den Kämpfern nach und erquickten die Verwundeten; selbst der konfessionelle Hader der beiden Kirchen ruhte, und an manchen Orten gingen in den großen Momenten des Krieges Katholiken und Evangelische gemeinsam zu demselben Gottesdienst. Das fühlten auch die Feinde. Ernste Franzosen meinten, Deutschland hätte siegen müssen, weil Gott, dem es diente, mit ihm war; und ein frommer Engländer, der als Vertreter der englischen Bibelgesellschaft unsere Lager und Lazarette durchzog, schrieb damals, niemals sei ein ganzes Volk mehr vom Geiste Gottes bewegt gewesen als wir Deutschen im Jahre 1870, vielleicht ausgenommen — setzte er echt englisch hinzu — die psalmensingenden Legionen Oliver Cromwells. Es ist wahr und liegt in der Natur der Dinge, daß dieser erhabene Geist gegen Ende des Krieges nachließ; aber als die Truppen zurück-

kamen, und wir ihren Einzug feierten, bildeten Einigkeit und Vaterlandsliebe, Demut und Gottesfurcht noch immer die Stimmung unseres Volkes. — Und nun, nach zwanzig Jahren, sollte dasselbe Volk, zerrissen und zerklüftet, von dem Unglauben entseelt, von der Sozialdemokratie aufgewühlt, keines Aufschwungs mehr fähig sein? Wir sollten unaufhaltsam, wie manche in ihrem Pessimismus wähnen, dem allgemeinen sozialen und sittlich-religiösen Umsturz entgegentreiben? O nein, wir glauben das nicht, sondern wir hoffen, daß auf die Erschlaffung von heute, wenn nur die berufenen Kräfte wirksam werden, eine innere Erholung folgt, wie vor zwanzig Jahren auf den deutschen Hader die deutsche Einigung. Wenigstens meinen wir, daß kein Grund zum Verzagen oder gar zur Verzweiflung vorliegt. Staaten haben ein anderes Leben als einzelne Menschen. Es ist unmöglich, daß ein ganzes Volk, das vor zwei Jahrzehnten nach außen und innen die größten Thaten vollbrachte, heute als ein verlorener Sohn dastehe und von den Träbern der Weltgeschichte lebe.

Gewiß ist viel von uns gesündigt und versäumt. Die Milliarden haben unseren Volksgeist aus seinen Bahnen gerückt und einen Mammonsdienst erzeugt, wie er schlimmer kaum gedacht werden kann; der Kulturkampf hat im Bunde mit einer schlechten Presse und einem unchristlichen öffentlichen Leben die deutsche Seele an Gott irre gemacht und besonders in dem evangelischen Volke eine kirchenfeindliche Strömung zurückgelassen; das Bürgertum, vom Mammon und der Kirchenfeindschaft zugleich beherrscht, ist den ewigen Gütern gegenüber gleichgiltig geworden, und das Judentum, der Liquidator jedes äußeren und inneren Bankerotts, hat mit gewohnter Geschäftskenntnis davon seinen Profit genommen und eine Art Fremdherrschaft begründet; die Regierungen sehen zum Teil fassungslos, jedenfalls hilflos dem Zustande des Volkslebens zu; aus diesem Wirrwarr hat sich als Geißel Gottes über ein abgefallenes Geschlecht die Sozialdemokratie erhoben: das alles ist schmerzlich und traurig, aber es kann doch auch eine vorübergehende Krankheit sein, nach welcher eine Genesung eintritt. Die Krisis ist da, es fragt sich nur, wohin die Entscheidung fällt.

Wird der Umsturz siegen? In dieser Frage drängen sich eigentlich alle heutigen Sorgen auf einmal zusammen. Und viele, auch wohlgesinnte, geistbegabte Männer sind geneigt, die Frage mit einem Ja zu beantworten. Sie hören den Schritt der sieg-

reichen Arbeiterbataillone schon durch die Straßen dröhnen und die soziale Republik ihr rotes Banner aufrollen. Offen gestanden, wir fürchten das so bald nicht und möchten auch in diesem Punkte vor einem Pessimismus warnen, der dem Feind zu gute kommt und bei uns die Thatkraft lähmt. Die Sozialdemokratie in ihrer revolutionären Gestalt ist allerdings die Frucht der Fehler und Sünden unserer letzten Vergangenheit. Aber auch sie hat mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen wie wir alle. Wenn sie um des Judengeldes willen einen großkapitalistischen Juden an ihre Spitze stellen muß, wenn ihre alten Führer, weil in der Partei der Idealismus fehlt, von jungen, unreifen Heißspornen beschimpft und übergerannt werden, wenn die Mittelmäßigkeit auch in der Sozialdemokratie ihre Triumphe feiert und keinen irgendwie hochbegabten Geist mehr erzeugt, so beweisen diese Thatsachen, daß die elementare Kraft, eine alte Gesellschaft, die doch noch immer so fest steht, kurzer Hand umzustoßen, in dem gegenwärtigen Sozialismus noch nicht vorhanden ist. Ob derselbe siegen wird, hängt eigentlich nicht von ihm, sondern von den anderen Faktoren des Volkslebens ab. Thun wir unsere Pflicht, so wird das neunzehnte Jahrhundert schwerlich wie das achtzehnte mit einer gewaltsamen Revolution enden. Aber in der That, ein allgemeines Aufraffen ist nötig. Es gilt, die Zeichen der Zeit zu erkennen und das Werden und Wachsen einer neuen Epoche der Menschheit vorbereiten zu helfen.

Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens bahnen sich Neuerungen an, die begriffen und benutzt, nicht mit Furcht und Kopfschütteln begrüßt werden wollen. Im politischen wie im Rechtsleben, in der sozialen wie in der wirtschaftlichen Entwickelung sind nur Verhältnisse wirksam, die auch der Kirche neue Wege vorschreiben und von ihr eine reichere Entfaltung sittlich-religiöser Kräfte fordern. Unzweifelhaft stehen wir vor der Thatsache, daß der Arbeiterstand in das moderne Leben als ein entscheidender Volksteil eingetreten ist. Wenn er die Beherrschung und Unterdrückung der übrigen Stände in Anspruch nimmt, so ist das irrig; daß er sein Gewicht mit in die Wagschale der Gegenwart und Zukunft werfen will, ist durchaus berechtigt. Durch das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht ist ihm die politische Macht eingeräumt, und er ist in seiner Bildung den anderen Ständen gewachsen genug, um den Kampf mit ihnen aufzunehmen. Drei Dutzend Vertreter hat er bereits im Reichstag; er wird, zumal

wenn mittelparteilich wie bisher weiter regiert wird, bald die zweifache und dreifache Zahl haben. Schon daran erraten manche das Ende der Dinge. Uns scheint, daß nicht das Vorhandensein von Vertretern des vierten Standes an sich die Gefahr der Lage bildet. Arbeiter und kleine Leute müssen ihre eigenen Repräsentanten in den vertretenden Körperschaften haben; wir wünschten sie in den Provinzial- und Generalsynoden ebenso wie in den Parlamenten. Wie sollen sie denn eine lebendige Teilnahme am Vaterland und an der Kirche haben, wenn sie nicht mitwirken? Gefährlich ist nur, daß sie sich im feindlichen, ja tödlichen Gegensatz zu der gesamten bestehenden Ordnung stellen. Aber man denke sich einen Augenblick, daß die Arbeiterbewegung von dem wüsten Haß gegen Staat und Kirche, von der Bedrohung der Throne wie der Altäre zurückkommt und sich darauf beschränkt, in der stärksten, vielleicht in radikaler Weise die Interessen der Arbeiter zu vertreten — wäre das ein so großes Unglück? Die Herrschaft des dritten Standes, welche das ablaufende Jahrhundert charakterisiert, hat den Staat für die Interessen des Geldes und Besitzes in Anspruch genommen und auch der christlichen Kirche, besonders der evangelischen, viel zu sehr das Gepräge einer Erbauungsanstalt für die reiche und gebildete Welt aufzudrücken versucht. Ist wirklich diese bürgerliche Aera, wie wir sie jetzt vor uns haben, mit ihrem industriellen Reichtum, ihrer geistigen Unproduktivität, ihrer religiösen Lauheit, ihrer sittlichen Laxheit, ihrer sozialen Zerklüftung, ihrer kirchenfeindlichen Presse — ist sie ein Zustand, der um jeden Preis festgehalten werden müßte? Die Übermacht des reichen, frivolen, antichristlichen, internationalen, unverschämten Judentums ist der wahre Ausdruck des Bourgeoiszeitalters. Lohnt es sich für die Kirche, mit diesem Zeitalter sich solidarisch zu verbinden? Wir meinen, die Kirche hätte keinen Grund, dem gegenwärtigen Kulturgeist, wenn er sittlich-religiös so bleibt, wie er ist, oder in seiner Fäulnis noch fortschreitet, bei seinem Untergange irgend eine Thräne nachzuweinen. Warten wir ruhig ab, was die Zukunft, die ohne Zweifel dem gesunden Sozialismus gehört, uns bringen wird, und ängstigen wir uns nicht allzu sehr über das, was kommen kann. Die Kirche hat dem dritten Stande wenig zu danken, und sie kann ohne den vierten nicht bestehen. Ihre Pflicht und Aufgabe ist es, den Entwickelungen des Proletariats die größte Aufmerksamkeit und Teilnahme entgegenzubringen.

Auf dem wirtschaftlichen Gebiete ist es nicht anders. Man schaudert vor dem Gedanken, daß nach dem sozialistischen Rezept alles Privateigentum aufhören und dem Staatseigentum weichen soll. Sicherlich wird das nicht geschehen; die menschliche Persönlichkeit ist ohne die Sphäre des Eigentums, in welcher sie sich sittlich ausdrückt, nicht vollkommen. Aber ohne Zweifel wird sehr viel Privateigentum und Privatbetrieb in die Hände des Staates übergehen, weil dieselben besser funktionieren. Daß die Eisenbahnen in Preußen, wie schon früher Post und Telegraphie, vom Staat betrieben werden und für Milliarden von Mark aus den Händen der Privatleute genommen sind, empfindet niemand als eine Schädigung des Volksrechts; der Kundige aber erblickt darin einen Fortschritt. Wenn die Bergwerke einmal denselben Weg gehen, wer wird es bedauern? Daß das Versicherungswesen, der Realkredit, das Inseratenwesen den Privaten einmal ganz oder doch zum allergrößten Teil abgenommen würde, ist eine Notwendigkeit; es müßte vielem wirtschaftlichen Elend und öffentlichen Unfug ein Ende machen. Wenn wir jetzt Rentengüter einrichten und Heimstätten erstreben, so liegt darin gleichfalls das Bestreben, andere Formen des Eigentums zu schaffen, die den Übergriffen des Privatkapitals nicht so ausgesetzt sind wie der bisherige Besitz. Durch alle diese Maßregeln und Gedanken zieht sich wie ein roter Faden das Verdikt über den Mißbrauch des privaten Kapitals. Und in der That spielt das Geld in unseren Tagen eine viel zu große Rolle. Es ist ganz zum Mammon, das heißt zum Götzen geworden. Das Judentum könnte die Bedeutung, welche es hat, nicht errungen haben ohne die Übertreibung des Privateigentums. Ein Vermögen wie das Rothschildsche beeinflußt in brutaler Weise die Geschicke von Millionen, ja die Freiheit ganzer Staaten. Wenn hiergegen eine sozialistische Reaktion stattfindet, so kann das der Kirche nur lieb sein. Ihr hat man die Güter der toten Hand abgenommen, und diese Güter waren doch im Interesse der Menschheit so vielfach lebendig. Warum sollte sie trauern, wenn man die Güter der allzu lebendigen Hände, die für das Reich Gottes tot sind, ein wenig einschränkte? Sie kann auch hier der kommenden Entwickelung ruhig entgegen sehen.

Die eigentliche Entscheidung liegt unseres Erachtens auf dem speziell sozialen, dem gesellschaftlichen Boden. Der vierte Stand will den übrigen Ständen näher rücken; er beansprucht mehr

Achtung und Anerkennung, mehr Liebe und Rücksicht. Politisch und rechtlich gleich, an Bildung der satten und oberflächlichen Bourgeoisie vielfach überlegen, will er auch sozial den höheren Schichten der Gesellschaft mehr gleich werden. Vielleicht liegt hier die größte Triebkraft der sozialen Bewegung. Wenigstens fühlen alle, die mit liebevollem und verständigem Blick in die Arbeiterwelt hineinschauen, daß in den besseren und edleren Kreisen derselben nicht die Gier nach Geld oder die Lust an der Faulheit, sondern das Verlangen nach Standesverbesserung den Ausschlag giebt. Selbstverständlich steht ein höherer Lohn und eine veränderte Arbeitszeit unter den Zielen der sozialen Bewegung in erster Reihe; aber diese materiellen Güter sind doch nur ein Teil des allgemeinen Strebens nach Erhöhung der Lebenslage. Deshalb gehen auch christliche Arbeiter ein Stück Weges mit der Sozialdemokratie zusammen. Sie verabscheuen den Atheismus dieser Partei, sie verwerfen die Vaterlandslosigkeit und Revolutionsmacherei, sie mißbilligen die übertriebenen und unerfüllbaren Forderungen derselben, aber sie sehen doch in ihr eine Sache des vierten Standes, dem sie selbst angehören, und lassen sich die Früchte der Bewegung gern gefallen. Und sie entdecken wohl in dem Trachten der Proletarier nach größerer Geltung eine Realisierung der biblischen Gedanken von der Kindschaft Gottes und der Brüderschaft im Geist. Daß diese Gedanken viel zu wenig zu That und Leben geworden sind, sowohl in der bürgerlichen Gesellschaft, wo die Stände sich schroff gegenüberstehen, wie in der Kirche, wo die Reichen ebenfalls vor den Armen viel voraus haben, kann niemand leugnen. So ist denn gerade hier für das Evangelium eine offene Stelle zum Wirken. Wenn die Kirche diesem Streben nach größerer Gleichheit in christlichem Sinne entgegenkommt, so kann es wohl sein, daß gerade sie von der sozialen Bewegung schließlich den größten Segen empfängt. Sie steht heute dem gemeinen Mann viel zu fern, weil ihre Einrichtungen auf ihn nicht genügend zugeschnitten sind, und ist doch auch ohne Einfluß auf die gebildeten und besitzenden bürgerlichen Kreise, die sich dem Christentum entzogen haben. Dieser Zustand ist unerträglich. Vielleicht ist gerade die soziale Frage bestimmt, demselben ein Ende zu machen. Allerdings kommt alles darauf an, daß dieselbe in das christliche Fahrwasser gelenkt werde. Und hier liegen für die Sozialdemokratie die Entscheidungen, auch für die Kirche die wichtigsten und bedeutendsten Aufgaben.

Schwerer als die Erkenntnis der kirchlichen Not und der Notwendigkeit ihrer Abhilfe ist die Angabe der Mittel, mit denen geholfen werden soll. Und scheinbar mit Recht macht man uns, die wir an den bestehenden staatskirchlichen Verhältnissen scharfe Kritik üben, den Vorwurf, daß auch wir nicht wissen, was denn geschehen soll, um die Dinge zu bessern. Wir haben es freilich oft genug ausgesprochen, daß unser Ceterum censeo die grundsätzliche Änderung des Staatskirchentums und die Herstellung einer freien Volkskirche mit Selbstverwaltung unter dem Patronate des Landesherrn ist. Aber wir müssen zugestehen, daß es unter den heutigen Verhältnissen völlig nutzlos ist, diese Frage auf die Tagesordnung zu setzen, da die summepiskopale und die bureaukratische Strömung stärker fließt als je zuvor, und wir zunächst nicht die geringste Aussicht haben, unseren Gedanken Geltung zu verschaffen. Wir lassen also für diesmal die Selbständigkeitsbewegung auf sich beruhen und sehen uns nach Maßregeln um, die im Rahmen des Bestehenden uns fördern können.

Von den Synoden wird man nach dem Verlauf der Generalsynode nicht viel erwarten dürfen. Der kirchenregimentliche Einfluß ist gegenwärtig viel zu stark, als daß dort etwas anderes geschehen könnte, als was man oben wünscht. Wir haben an einzelnen Punkten der Verhandlungen auf der Generalsynode, besonders an den kirchlichen Freiheitsbestrebungen und den Anträgen betreffs der öffentlichen Sittlichkeit schon früher ausführlich gezeigt, wie die Einwirkung von außen nachteilig gewirkt hat. Wir wollen darauf nicht zurückkommen. Vielmehr halten wir es für geraten, bis zur nächsten Generalsynode, die ja im Jahre 1894 stattfinden soll, ruhig zu warten, ob inzwischen befreiende und belebende Ereignisse eintreten. Wenn nicht, so wird man dann nachholen können, was auf der letzten Generalsynode aus begreiflichen und berechtigten Ursachen, weil lauter neue Männer an den entscheidenden Stellen waren, unterlassen ist. Das Schicksal des Volksschulgesetzes hat seitdem jedem Unbefangenen gezeigt, daß in den Regierungskreisen, welche die Entscheidung in der Hand haben, die widerchristliche öffentliche Meinung mehr gilt als kirchliche Grundsätze, und daß man das Geschrei der Judenpresse mehr fürchtet als die Klagen der christlich gesinnten Patrioten. Wenn man uns entgegenhält, daß doch viel christlich gerichtete Leute in den Ministerien sitzen, so geben wir das ohne weiteres zu, lassen

uns aber dadurch nicht beruhigen. Es ist der Charakter und das Unglück der Zeit, daß ein christlicher Individualismus herrschend ist, der nichts weiter von der Kirche fordert und in der Kirche gelten läßt als persönliche Erbauung, der aber nicht die geringste Lust verspürt, das Evangelium und seine Kräfte in das Volksleben hineinzutragen, geschweige denn die Feinde des Evangeliums mit aller Macht zu bekämpfen. Der anders geartete Versuch des Grafen Zedlitz, so maßvoll er geschah, hat diesem tüchtigen Mann das Amt und uns einen großen Minister gekostet. Graf Caprivi hat aus dem Schiffbruch freilich das Reichskanzleramt gerettet; aber wir glauben, daß er besser gethan hätte, den Stimmen der deutschen Fürsten, die von Karlsruhe aufgeboten waren, um ihn von der Amtsniederlegung abzuhalten, nicht zu folgen. Es wäre richtiger gewesen, nachdem man in Berlin sich von Baden hatte ins Schlepptau nehmen lassen, an beiden Stellen zu zeigen, wohin eine schwankende, vom Judenliberalismus beeinflußte Politik führt, und die letzten Konsequenzen zu ziehen. Wir müssen wieder eine klare christlich-konservative Regierung haben; anders ist uns nicht zu helfen. Und zwar genügt es nicht, christlich-konservative Männer in der Regierung zu haben, die halb liberale Maßregeln treffen und den Gegnern des Christentums weit entgegenkommen. Was wir brauchen, sind Männer, Gesetze und Maßregeln, die in großem Geist und in klarer, einmütiger Kraft zusammenwirken. Im vorigen Jahrhundert gaben freisinnige Minister, weil sie zu regieren verstanden, das kirchlich-positive Landschulreglement, ein wunderbar verfaßtes Schulgesetz, von dem wir noch heute leben. Heute können christliche Minister ein kirchliches Schulgesetz trotz der vorhandenen Mehrheit im Landtag nicht durchsetzen, weil die freisinnigen Redaktionen schlechter Blätter dagegen Lärm schlagen. Deutlicher als mit dieser Parallele kann man den Unterschied der Zeiten nicht bezeichnen. Daß dieser Vergleich der Gegenwart zu Ehren gereiche, wird niemand behaupten. Hier muß eine völlige Umkehr erfolgen.

Bei Gelegenheit des Schulgesetzes hat auch der Evangelische Bund seine Unfähigkeit offenbart, dem Protestantismus zur Sammelstätte und Heilquelle zu dienen. Ordre, contreordre, désordre: das war das Verhalten des Bundes. Sein Herold Beyschlag schmetterte, ehe der Bund hatte reden können, seine antirömische Fanfare. Die „Kirchliche Korrespondenz“ unter Beyschlags

Einfluß übertrieb diesen Ton noch und beleidigte grundlos die preußische Regierung, daß sie den Protestantismus der römischen Kirche preisgebe. Der Vorstand des Bundes milderte die unbequemen Auslassungen seiner Heißsporne. Aber trotz seiner Entscheidung blieb Beyschlag bei seiner Meinung, und in dem übrigen Deutschland faßten Zweigvereine des Bundes die verwegensten Resolutionen gegen das Schulgesetz, selbst da, wo die eigene Gesetzgebung kirchlicher ist als die von Graf Zedlitz geplante. Daß damit der Evangelische Bund auf dem kirchenpolitischen Gebiete ein großes Fiasko gemacht und den Anspruch, den Protestantismus im Kampfe gegen Rom zu leiten, ein für allemal verloren hat, sagen auch seine positiv gerichteten Freunde. Im Westen wie im Osten des Vaterlandes ist uns dies Urteil entgegengetreten. Der Evangelische Bund hat ja, und wir wollen das zu seiner Entschuldigung anführen, nicht schwankender gehandelt als die ganze evangelische Kirche. Der Oberkirchenrat stand in dieser Sache gegen die Generalsynode, Konferenz gegen Konferenz; die eine Fakultät doktorierte den Minister, den die andere auf das heftigste angriff. Daraus geht hervor, daß unsere Kirche in ihrer Leitung, in ihren Fakultäten, in ihren freiwilligen Verbindungen einer einheitlichen Aktion kaum noch fähig ist.

Aus Verzweiflung daran hat man nun seit einigen Jahren das Gemeindeprinzip auf die Fahne geschrieben. Was die Kirche nicht kann, soll die Lokal-Gemeinde ausrichten. Nicht unter dem Gesichtspunkt des allgemeinen regierenden Priestertums, wie weiland der Protestantenverein, sondern unter dem Losungswort des thätigen Gemeindelebens will man von der Kirche aus die Kirche reformieren. Wir sind die ersten, dazu zu mahnen, daß das Gemeindeleben organisiert und gestärkt werde, daß man die Ämter der Gemeinde belebe und die freien Kräfte zu religiöser, sittlicher, wohlthätiger, sozialer Arbeit heranziehe. Der preußische Osten ist darum so übel daran, weil ihm meist jedes Gemeindeleben fehlt; im Westen, wo es wirkliche Gemeinden giebt, ist die Lage des Protestantismus viel besser, obwohl es auch hier am Begriff der Kirche fehlt. Wir rufen deshalb unseren Freunden, besonders den jüngeren Geistlichen, die unserer Fahne folgen, auf das ernstlichste zu, daß sie über der Arbeit am öffentlichen Leben, über dem Kampf gegen Judentum und Sozialdemokratie die Gemeindearbeit, die treue Seelsorge, die Pflege der Gemeinde-

organe, das Anspannen freiwilliger Kräfte ja nicht vergessen oder versäumen. Aber wir sehen nicht ein, wie durch diese neue Betonung des Gemeindeprinzips dem Protestantismus in seinen entscheidenden Aufgaben Hilfe und Sieg geschafft werden soll. An dem einen Ort werden die Geistlichen, an anderen die Gemeinden, an vielen Orten beide keine Lust haben, die erneuerte Gemeindethätigkeit in die Hand zu nehmen. Was soll sie antreiben, anleiten, mit dem rechten kirchlichen Geiste beseelen? Den braven D. Sulze in Ehren, aber religiös bewegte Gemeinden, die fleißig zum Gottesdienst, brennend im Glauben, lebendig in der Abendmahlsgemeinschaft sind, wird er mit seinen Gedanken auch nicht schaffen; er vermag es nicht einmal in Dresden-Neustadt, nicht einmal in seiner eigenen Gemeinde. Und seitdem er auf die Phantasterei einer Lebensweihe statt der Kindertaufe und auf die Abschaffung der letzteren gekommen ist, sieht man klar, daß seine Reformideen aus dem Wesen der Volkskirche heraus nicht gedacht sind, uns also nicht helfen können. Was daran brauchbar ist, die Teilung der Gemeinden, die Einrichtung von Seelsorgebezirken, die organisierte Liebesthätigkeit und Geselligkeit, wollen wir gern zu allgemein giltigen Maßregeln ausgestalten helfen. Aber das ist ja nichts Neues; nur das prinzipielle Betonen ist neu. Im Westen, hier und da auch im Osten, sind diese Gedanken längst realisiert. Aber, so fragen wir, wie soll die Einzelgemeinde der Gesamtgemeinde aufhelfen? Wir brauchen eine Kirche, welche das Gemeindeleben weckt und trägt, den Kampf gegen die Weltmächte und ihr Widerchristentum führt, die Wahrheit der göttlichen Offenbarung und des kirchlichen Bekenntnisses pflegt. Wie kann man denken, daß die Lokalgemeinden, selbst wenn sie überall lebendig wären, die Kirche ersetzen können? Im Westen sind die Gemeinden im großen und ganzen gut verfaßt, gut geleitet; der Gedanke der Kirche ist demnach nicht vorhanden, und die Aufgabe derselben wird nicht erfüllt. Im Osten haben wir Tausende von kleinen übersichtlichen Gemeinden, mit genügenden geistlichen Kräften versehen; dennoch herrscht in ihnen der geistliche Tod, und manche großen Städte mit ihren Massengemeinden sind, verglichen mit ihnen, lebendig, weil hier der Geist der Kirche durchschlägt. Nein, so hoch wir vom Gemeindegedanken halten, er kann die Kirche nicht erneuern. Hier gilt das Wort, das man sonst von der Familie gebraucht, daß ein Vater eher zehn Kinder ernähren kann als

zehn Kinder einen Vater. Leichter kann eine erneuerte Kirche tausend Gemeinden beleben als tausend Gemeinden eine Kirche. Jedenfalls muß beides zusammengehen; die Kirche als die von Gott gestiftete Werkstätte des heiligen Geistes muß mit den Gemeinden zusammen erstarken. Aber dies Erstarken geschieht nur durch den Glauben und die Liebe, durch das Wort Gottes und die Sakramente, durch Bekenntnis und Zeugenmut, durch Kampf und Martyrium. Erst wenn die Gemeindebewegung in dem Kirchengedanken ihre Ergänzung gefunden hat, können wir derselben dauernden und wirksamen Segen verheißen.

In dieser Richtung erwarten wir etwas von den Pfarrvereinen. Das Gericht und auch die Besserung muß am Hause Gottes beginnen. Die Uneinigkeit, die Parteisucht, die mangelnde Amtsehre und Amtspflicht haben dem geistlichen Stande und dadurch der Kirche unermeßlich geschadet. Die evangelische Christenheit weiß es und leidet darunter, daß die Pastoren, durch ihre Richtung gespalten, oft wie Katze und Hund einander gegenüberstehen. Auf der rechten Seite ist darin vieles besser geworden; auf der linken Seite dauert, wenigstens in der kirchlichen Presse, leider das Schimpfen und Beschimpfen fort. Wir hoffen, daß die Pfarrvereine hierin Wandel schaffen werden. Man hat gegen dieselben eingewandt, daß von einer Vereinigung, in welcher positive und negative Geister gemeinsam tagen, kein Segen zu erwarten sei. Wir meinen, daß man unterscheiden muß. Es giebt jetzt auf der Linken viele Amtsbrüder, die des bloßen Räsonnierens müde, mitarbeiten und, anstatt zu kritisieren, die Kirche bauen wollen. Mit ihnen darf man nicht bloß, man muß mit ihnen zusammengehen. Wie einmal die Verhältnisse des Protestantismus liegen, wird die liberale Theologie auf den Universitäten gelehrt, in die Synoden eingeführt, von dem Kirchenregiment geduldet, von den regierenden Kreisen vielfach höher geschätzt als die Orthodoxie. Es ist freilich ein Unsinn, aber es ist doch so, daß die Bekenntnistreue als Partei gilt, und zwar als eine wenig geliebte, wenn sie sich nachdrücklich und unbeugsam geltend macht. Gerade jetzt wieder ist die Mittelpartei alles, obwohl sie im Leben der Kirche wenig bedeutet. In solchen Zeiten die Linke von gemeinsamer Arbeit ausschließen wollen, wäre unrichtig. Wir können dieselbe weder dogmatisch noch kirchenpolitisch als berechtigt in der Kirche ansehen; wir werden auch, wo diese Gebiete in Frage kommen, unsere

Opposition nach wie vor aufrecht erhalten. Aber wir freuen uns jeder Gelegenheit, außerhalb dieser Grenzen mit der Linken zusammenzuarbeiten. Dadurch verliert der persönliche Gegensatz an Boden und der sachliche an unnötiger Schärfe. Hier können die Pfarrvereine günstig wirken. Sie müssen, wenn sie Erfolg haben wollen, den kirchlichen Gedanken stärken und den in der Gegenwart beinahe verloren gegangenen Amtsbegriff wieder befestigen, nicht auf der Grundlage hierarchischer Ansprüche, wohl aber auf der Basis der Pflicht, der Ehre, des Berufes. Es graust uns, wenn wir daran denken, wie viele Sünden gegen das sechste und siebente Gebot gegenwärtig von Pfarrern begangen werden und zur Aburteilung kommen. Die Welt ist so mächtig und der Geist Gottes so schwach, irdische Geselligkeit zieht die oberflächlichen Gemüter magnetisch an, und die Liebe zur Kirche schwindet. Wenn die Pfarrvereine es sich angelegen sein lassen, einen esprit de corps, nicht im Sinne des Offizierkorps, sondern im Geiste der Gemeinschaft der Heiligen, zu erzeugen und diesen Gemeingeist der Kirche zu Diensten zu stellen, so können sie Großes leisten. Aber dazu ist es nötig, daß der Geist der Kirche über sie und über uns alle komme. Wie in der vaterländischen Angelegenheit die Heimatliebe den Patriotismus nicht ersetzt, wie nur die Liebe zum Vaterlande opfern, kämpfen und siegen lehrt, so kann auch im Reiche Gottes der Gemeindegedanke den Kirchengedanken nicht entbehrlich machen. Vielmehr muß der letztere alle ergreifen, Prediger und Gemeinde, Evangelischen Bund und Kirchenkonferenzen, Synoden und kirchliche Behörden; nur dann wird die Kirche der Reformation das deutsche Volk wiedergewinnen.

Was uns vor allem not thut, ist die lebendige Hoffnung, daß es mit dem deutschen Volk und der evangelischen Kirche wieder besser werden kann. Diese Hoffnung kommt aus dem Glauben. Wer die Kraft des göttlichen Wortes und das Leben des heiligen Geistes an sich selbst erfahren hat, der darf nicht daran zweifeln, daß auch für unsere Zeit mit ihren Bedürfnissen und Forderungen, mit ihren Versuchungen und Gefahren das Evangelium die einzig heilende Macht ist. Kein Geschlecht der Menschen wächst über das Christentum hinaus. Keine Epoche der Christenheit sinkt so tief, daß ihr durch die göttliche Wahrheit und das Leben von oben nicht mehr geholfen werden könnte. Wie einzelne Menschen, auch wenn sie tief in Sünden und Laster verstrickt sind, wiedergeboren werden,

wenn der Geist Gottes sie ergreift, so können auch ganze Völker, ganze Kirchen erneuert werden, wenn die Stunde der Rettung schlägt. Deutschland und der Protestantismus haben es mehr als einmal erfahren, daß sie dalagen wie ein Acker voller Totengebeine. Da wehte der Lebensodem aus der Höhe, da rief Gott wie in jenem Gesicht bei Ezechiel den vier Winden, und es rauschte über das Land, und die Toten standen auf. So kann es auch in den schweren Anfechtungen der Gegenwart wieder geschehen. Nur dürfen wir das Vertrauen auf den evangelischen Glauben und das reformatorische Bekenntnis nicht wegwerfen. Wer an seinem Amte verzagt, wer will dem helfen! Das Amt der Reformationskirche aber ist es unleugbar, dem deutschen Geiste die Kräfte des Evangeliums darzureichen. Kämen wir dahin, daß wir dem Glauben unserer Väter mißtrauten und der evangelischen Kirche den göttlichen Wahrheitsbesitz absprächen, dann allerdings wäre für uns keine Hoffnung mehr. Und unter diesem Gesichtspunkte erfüllt uns die theologische Entwickelung mit einer gerechten Besorgnis. Das beständige Gerede, daß die Bibel mit ihren Wundern und Offenbarungen nicht glaubwürdig, das Bekenntnis unserer Kirche mit ihren alten Dogmen und Lehrformulierungen nicht zuverlässig sei, stürzt das evangelische Volk in eine verderbliche Unsicherheit. Mit fundamentalen, durch alle Jahrhunderte und in allen Kirchen festgehaltenen Wahrheiten, wie die Gottheit Christi, die Geschichtlichkeit der Auferstehung, die Auferweckung der Toten, die Existenz des Teufels, wird umgegangen, als stehe es jedem Christen ohne Gefahr des Glaubens frei, daran festzuhalten oder nicht. Die theologische Wissenschaft ist dahin gelangt, einen Heilsglauben für möglich zu erklären, ohne daß man die Geschichte Christi für wahr hält. Damit aber stößt sie offenbar die Grundlagen der Kirche um. Wir wissen wohl, man thut das nicht aus Lust an Zweifel und an Umsturz. Sind doch einzelne positivere Geister daran ebenso beteiligt wie die negativen. Man will damit im Grunde an einem ungläubigen Geschlechte Seelsorge beweisen; man will aus Verzweiflung darüber, daß so viele der christlichen Gottes- und Weltanschauung abgesagt haben, alles aufbieten, um sie zurückzugewinnen, und giebt deshalb alles preis, was ihnen zum Ärgernis gereichen könnte. Aber man täuscht bei diesem Vorgehen sich selbst und schädigt die Kirche, der man dienen will. Den satten und eingebildeten Zeitgeist gewinnt man durch Konzessionen gewiß nicht; die Frommen aber und die

Suchenden macht man irre, indem man das Christentum, wie es anderthalb Jahrtausende Menschenseelen befriedigt und selig gemacht hat, als einen überwundenen Standpunkt hinstellt. Gegenüber den gewaltigen Mächten, welche sich wider die evangelische Kirche verschworen haben, helfen wahrlich keine subjektiven Auffassungen einzelner Gelehrter, sondern nur die geschichtlichen, in Kampf und Sieg bewährten Realitäten, die biblische Wahrheit und das kirchliche Bekenntnis. Brechen diese zusammen, so vermögen wir nicht zu begreifen, wie die Kirche der Reformation in den Kämpfen der Gegenwart bestehen und gedeihen soll. Wir meinen, es sei heute noch viel mehr als sonst geboten, den Angriffen des Widerchristentums gegenüber die Schrift zu verteidigen, dem Ansturm Roms gegenüber die Bekenntnisse aufrecht zu erhalten. Anstatt dessen hat sich der evangelischen Theologie zum großen Teil eine kritische Lust bemächtigt, die kein Maß noch Ziel kennt. Wir gehören gewiß nicht zu denen, welche der Wissenschaft die Kandare anlegen und die Kritik verbieten wollen. Wir halten vielmehr die Kritik für das unerläßliche Werkzeug jeder wahren Wissenschaft. Aber es giebt einen kritischen Luxus, an dem die Kirche verarmen kann. Und wir möchten manchem der am Werk stehenden Arbeiter theologischer Wissenschaft die Frage vorlegen, ob sie nicht selber zuweilen das Gefühl haben, daß sie allzuviel am Stacket des Weinberges herumflicken und sich zu wenig um den Weinstock und die Reben kümmern.

Übrigens ist es auch nicht wahr, daß unsere Zeit für die einfachen und geschichtlichen Grundlagen der Kirche, biblische Wahrheit und kirchliches Bekenntnis, nicht mehr zu haben sei. Man darf freilich die heilige Schrift nicht als ein Buch voll übernatürlicher Lehren und den lutherischen Katechismus nicht als eine Sammlung übervernünftiger Dogmen vorsetzen. Man muß Schrift und Bekenntnis mit christlicher Lebendigkeit handhaben, damit arbeiten und kämpfen, sie in die soziale und politische Bewegung der Gegenwart hineintragen; dann aber werden sie auch den Kindern unserer Zeit wieder ehrwürdig und praktisch. Bleiben sie lediglich Gegenstände wissenschaftlicher Forschung, so verlieren sie den Charakter, den ihnen Gott hat aufprägen wollen, und geraten in den Abgrund der bloßen Abstraktion. Werden sie dagegen als Sauerteig in die Verhältnisse der Zeit hineingearbeitet, so empfangen sie die Natur, an welcher sich erkennen läßt, ob sie brauch-

bar sind oder nicht. Hier scheint uns die Hauptaufgabe für unsere Kirche zu liegen, daß sie nämlich ihr Pfund nicht vergräbt, sondern im persönlichen und öffentlichen Leben damit wieder wuchern lernt. Wo dies geschieht, da wird auch offenbar, daß der alte Glaube seine magnetische Kraft und seine elektrischen Funken noch besitzt wie je zuvor. — Man denke doch nur an die Erfahrungen der christlich-sozialen Bewegung und des öffentlichen Lebens in Berlin. Wenn sich hier eine positive kirchliche Mehrheit auf der Stadtsynode, wie es scheint, dauernd und wachsend herausgebildet hat, — vor drei Jahren betrug dieselbe 20, jetzt 50 Stimmen — so verdankt man das keinem Kompromiß mit dem Zeitgeist, keiner Konzession an die öffentliche Meinung, sondern der schärfsten und energischsten Betonung des bekenntnismäßigen und orthodoxen Christentums. Hier ist im praktischen Kirchenleben, und zwar in der Stadt der Intelligenz, im Mittelpunkt des modernen deutschen Geistes bewiesen, daß unser Volk, auch das gebildete, kein undogmatisches, sondern ein dogmatisches Christentum will und gerade durch ein solches angezogen und in Bewegung gesetzt wird. Wir wissen wohl, daß vielfach im Kirchenregiment wie in den Professorenkreisen, am meisten in den Mittelparteien dieser Erfolg der Berliner Bewegung nicht anerkannt, sondern gering geschätzt und dem Zufall oder der Entwickelung der allgemeinen kirchlichen Verhältnisse zugeschrieben wird. Das ist aber lediglich bureaukratischer Eigensinn, der einer Volksbewegung nichts Gutes zugesteht, oder wissenschaftliche Engherzigkeit, die nur auf dem Wege theologischer Arbeit die Möglichkeit der Hilfe erblickt, oder mittelparteiliche Mißgunst, die alles verkleinert, was nicht auch nach links schielt. Trotzdem wird es doch Thatsache bleiben, daß ein kirchlicher Zustand, den vor zehn Jahren kaum irgend jemand für möglich gehalten hätte, durch eine streng kirchliche Arbeit in Berlin geschaffen ist, daß eine ganze Anzahl von Gemeinden, die in ihren Organen und in ihrer Bethätigung ganz links standen, heute rechts stehen, positive Geistliche wählen, am Kirchenbau und innerer Mission sich lebendig beteiligen, — der beste Beweis, daß nicht bloß ein Strohfeuer der Agitation angezündet, sondern eine lebendige Flamme kirchlichen Lebens entbrannt ist. Es ist recht ein Zeichen der verwirrten kirchenpolitischen Zustände, daß eine Bewegung, die solche Früchte gezeitigt hat, selbst von positiven Leuten hier und da ungünstig beurteilt wird. Sie verstößt eben

gegen das Hergebrachte, mischt die Religion in das öffentliche Leben und kümmert sich wenig um die Kritik. Ihre Kraft aber liegt darin, daß sie das positive Christentum in Leben und Kampf umsetzt, sich nicht bloß mit Predigt und Bibelstunden begnügt, sondern die Kräfte zur energischen Arbeit sammelt, bei aller Liebe zu dem Gemeindeleben doch den Gedanken der Kirche hochhält und so auf das Volk den Eindruck der Lebensfähigkeit macht. Daß bis jetzt dieser Erfolg von der Ungunst der politischen Verhältnisse in Berlin unberührt geblieben ist, zeigt überdies, wie gering die Gefahr ist, daß eine religiöse Bewegung, wenn sie nur richtig geleitet wird, in das politische Fahrwasser gerät und mit demselben steigt oder fällt. Ob freilich dauernd die kirchliche Seite der Berliner Bewegung sich aufrecht erhalten läßt, wenn die allgemeine Situation unsere Hauptstadt wieder in die Hände der Sozialdemokraten und des Fortschritts überliefert, liegt in Gottes Hand. Manche Menschen, auch sonst wohlgesinnte, thun freilich alles, was sie können, um den geschehenen Aufschwung zu verderben. Bei der letzten Stadtsynode mutete die Mittelpartei den beiden positiven Gruppen zu, Hoßbach als stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen, einen Mann, der sich jetzt an den Sammlungen für den liberalen Nationalheiligen Buschoff beteiligt. Im politischen Leben ist es nicht anders. Schreiber dieses sprach kürzlich mit einem Freikonservativen, übrigens einem wohlwollenden und sonst ziemlich unbefangenen Mann, der das Anwachsen der politischen und sozialen Demokratie in Berlin beklagte. Ihm wurde zur Antwort, daß die Mittelparteien allein daran die Schuld trügen, Berlin würde heute monarchisch gesinnt sein, hätten sie die Selbstlosigkeit gehabt, die Berliner Bewegung zu unterstützen, anstatt sie zu stören, mit falschen Anklagen zu denunzieren, mit wüsten Schlagworten zu verfolgen und der Regierung wie dem König zu verekeln, was im höchsten Maße unrecht sei, da sie doch nicht imstande seien, Berlin für Monarchie und Christentum zurückzuerobern. Darauf erwiderte dann der mittelparteiliche Politikus nach einigem Besinnen, es sei auch am Ende das Beste, wenn in Berlin die Sozialdemokratie siegte, andere Mächte könnten sich in den großen Städten doch nicht halten. Man sieht, es ist überall mit den Mittelparteien dasselbe Spiel: lieber Hoßbach und Singer als eine streng kirchliche, streng konservative Strömung. Und dabei redet man heute wie immer von dem segensreichen Wirken des

Kartells! Wenn die Mittelparteien nicht einsichtiger und nach rechts duldsamer werden, ist für die Gesundung des Volkslebens überhaupt wenig zu erwarten. Denn ohne daß eine starke öffentliche Strömung für das Gute entsteht, wird das Böse seine Übermacht weiter behaupten. Dafür aber, daß die Wirksamkeit der staatserhaltenden und kirchenbelebenden Gedanken an der Mitarbeit des öffentlichen Geistes eine Gehilfin haben muß, ist leider das Verständnis noch sehr gering.

Hier wird die konservative Partei, wenn sie sich ermannt und erneuert, eine schwere, aber segensreiche Aufgabe zu lösen haben. Auch sie war seit fünf Jahren, besonders in den Kreisen und Arbeiten des Reichstages, von dem falschen Kartell angekränkelt und dadurch unfähig geworden, im Volksleben werbend aufzutreten. Hätte sie, wie Frhr. v. Friesen kürzlich mit Recht sagte, der sozialen und Judenfrage, als dieselben in ihrer Mitte zuerst aufgeworfen wurden, die nötige Beachtung geschenkt, sie könnte heute eine sichere und gefestigte Existenz im Reich wie in den Einzelstaaten haben. Statt dessen wird sie von den Sozialdemokraten in den Arbeiterkreisen, von den Antisemiten im Bauern- und Bürgerstand, von den Mittelparteien in der Bourgeoisie bekämpft und bedrängt. Weil man die Judenfrage nicht fest anfaßte, hat ein zum Teil leidenschaftlicher Antisemitismus dieselbe in die Hand genommen; weil man der sozialen Frage aus dem Wege ging, hat die sozialdemokratische Agitation das Volk verwüstet; wenn man dauernd die kirchliche Frage sich selbst überläßt, wird man auch auf diesem Gebiete erleben, daß Bestrebungen, die über das Ziel hinausschießen, den Sieg gewinnen, oder daß die Entkirchlichung des Volkes weiter fortschreitet. Die konservative Partei hat an dem Schicksal des Volksschulgesetzes gesehen, daß man über sie ohne jedes Bedenken zur Tagesordnung übergeht. Sie kann darauf nur damit antworten, daß sie stärker als bisher eine selbständige Volkspartei bildet, welche in der Monarchie und im Christentum wurzelnd, ihre Prinzipien neu ausgestaltet und treu befolgt, die Regierung so weit wie möglich unterstützt, aber auch, wenn es sein muß, monarchischer als der Monarch und konstitutioneller als das Parlament ist, die produktiven Stände gegen den Mammon und die nationalen Güter gegen das Judentum schützt. Von einer solchen Frontstellung würde die Monarchie selbst die größten Vorteile haben. Eine selbständige konservative Partei würde dem

Thron treu und frei gegenüberstehen und durch ihre gesamte Haltung der beste Widerhalt der Krone werden. Der monarchische Geist in Deutschland hat sehr nachgelassen; die Ovationen, welche dem Fürsten Bismarck in seinem Streit mit der gegenwärtigen Regierung dargebracht werden, zeigen, wie tief die Verstimmung geworden ist. Dem gegenüber ist es die Pflicht aller Patrioten, dafür zu sorgen, daß die Schuld dieser Umwandlung nicht einseitig auf den Träger der Krone geschoben wird, wie es jetzt vielfach geschieht. Die eigentliche Schuld trifft den Byzantinismus im Staat wie in der Kirche. Man gebe diesen widerwärtigen Zug sinkender Epochen ein für allemal auf. Er allein hat dazu geführt, daß eine Regierung, welche so glorreich und unter dem Zujauchzen aller Guten begann, in der kürzesten Zeit das Vertrauen verloren, Entmutigung und Hoffnungslosigkeit erzeugt hat. Brechen wir gänzlich damit! Die Kirche aber als die Vertreterin der ewigen Gedanken in der Flucht der Zeit, als die Burg der göttlichen Wahrheit in dem Irrtum menschlicher Dinge, hat die größte Verantwortung für die Seele eines Volkes. Mögen unsere Theologen die ewige Wahrheit immer treuer erforschen, die Geistlichen sie immer treuer verkünden, die Behörden sie immer treuer schirmen, die Gemeinden sie immer treuer bethätigen, dann wird auch die evangelische Kirche, wenn sie als Ganzes eine Grundveste dieser Wahrheit bildet, dem deutschen Volke den Segen bringen, den Gott allerwegs der Treue verheißen hat.

Wege und Ziele.

(Januar 1893.)

Eine gährende Welt ist es, die uns umgiebt. Und der Sauerteig des Himmelreiches ist es nicht, der sie in Gährung versetzt. Fragen wir nach den Zeitmächten, welche die christliche Menschheit heutzutage am stärksten bestimmen, so finden wir als die entscheidende Thatsache der Gegenwart die ungeheure Geltung des Besitzes und als die bewegende Kraft den bewußten oder unbewußten Kampf zwischen Geld und Geist. Der Besitz ist zum

Mammon, die Benutzung des Besitzes zum Mammonismus geworden; Sozialismus und Antisemitismus sind nichts anderes als der verschiedene Ausdruck des Unbehagens, welches Mammonsherrschaft und Mammonsknechtschaft in der heutigen Zeit erregt haben. Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon: in diesem kurzen Satz, der eine ganze Welt von Gedanken enthält, hat Christus das Geheimnis des Weltgeistes erschlossen. Hätte die Kirche, auch die evangelische Kirche, ihres Meisters Wahrheit besser erkannt, treuer befolgt, so würde sie dem daherrollenden Verderben stärker und zuversichtlicher gegenüberstehen. Da sie ihre Aufgabe verkannt, ihre Pflicht versäumt hat, wird auch sie in die drohenden Gefahren mit hineingezogen. Und erst dann, wenn sie die Lage der Dinge begreift und derselben mit aller Macht des heiligen Geistes, mit Weltentsagung und Selbstverleugnung entgegenarbeitet, wird sie als ein rettender Felsen aus der allgemeinen Sturmflut emportauchen.

Wer es bisher nicht glauben wollte, daß eine aus dem Mammonsgeist stammende Fäulnis die christlichen Völker anfrißt, hat im vergangenen Jahre klare Beweise für diesen unheilvollen Zustand empfangen. In dem benachbarten Österreich haben gerichtliche Untersuchungen Thatsachen einer Korruption offenbart, welche in dieser Scheußlichkeit niemand für möglich gehalten hätte. Menschenverkauf, Mädchenhandel, Beamtenbestechung sind in ungeheurem Umfang und in vollendeter Ruchlosigkeit am offenen Tageslichte getrieben. Unser westlicher Nachbar ist noch am Schluß des Jahres mit der Entdeckung überrascht, daß ein Teil seiner Minister, Senatoren, Abgeordneten ein Gesindel von Betrügern ist, denen das Vermögen ihrer Mitbürger, die Ehre des Vaterlandes über dem unredlichen Gewinn, dem lüsternen Genuß völlig verschwindet. Und auch in Deutschland, dessen Treue und Redlichkeit früher sprichwörtlich waren, haben skandalöse Prozesse ein schändliches Börsentreiben enthüllt, das mit Millionen fremden Eigentums spielt; und fast jede Nummer der Zeitungen brachte die Kunde von irgend einem öffentlichen oder privaten Beamten, der sich an anvertrauten Geldern vergriffen hatte und nun, je nach seiner Gemütsart, das Weite suchte oder die Katastrophe erwartete, sich dem irdischen Richter stellte oder durch Selbstmord dem ewigen Richter vorgriff. Bei diesem Elend trat als ein bemerkenswertes Kennzeichen in allen Ländern der Umstand hervor,

daß das Judentum an den Schändlichkeiten unverhältnismäßig stark, besonders als Verführer beteiligt war.

Besonders in Frankreich hat die sittliche Verderbnis in den leitenden Kreisen der Regierung und der Presse eine solche Ansammlung von Haß und Unwillen hervorgerufen, daß manche eine politische Explosion befürchten. Ja, man hört die Meinung aussprechen, es gebe für Frankreich kaum einen Ausweg aus diesem moralischen Bankerott als die Diktatur oder die Wiederherstellung der Monarchie; beides aber bedeute den europäischen Krieg. Umsomehr, als Rußland die französische Zerrüttung benutzen werde, um seinen unnatürlichen Bundesgenossen, der schon jetzt keinen freien Willen mehr habe, völlig in seine Kriegspolitik zu verflechten. Offen gestanden sind wir ganz abweichender Meinung. Aus einem Sumpfe, wie ihn der Panamaskandal zeigt, erhebt sich schwerlich der Fanatismus eines nationalen Krieges. Wenn man die französische Revolution anführt, aus welcher die wilden Wasser sich gleichfalls in europäischen Kriegen ergossen hätten, so trifft diese Parallele nicht zu. Vor hundert Jahren waren es trotz aller blutigen Greuel doch große Leidenschaften, welche Frankreich durchzitterten und in die kriegerische Aktion trieben; heute ist es ein frevelhafter Schwindel, welcher gewisse Kreise der Regierung erfaßt, aber das ehrliche französische Bürgertum mit Widerwillen und Ekel erfüllt hat. Auch meinen wir, daß Rußland, obwohl es selber an ungeheurer Korruption leidet, durch die Pariser Ereignisse des letzten Monates zu einer Ernüchterung kommen kann. Wenigstens der Zar, der in dem Ostreich noch immer der Selbstherrscher und der einzige Gebieter über Krieg und Frieden ist, muß bei seiner bekannten Rechtschaffenheit an den französischen Dingen Anstoß nehmen. Und da er sich einen langjährigen Freund zum deutschen Botschafter in Petersburg erbeten hat, ist es doch möglich, daß unser Verhältnis zu Rußland ein wenig an Spannung verliert. Jedenfalls hat der wunderbare Dreibund, der sich zu bilden begann — Zar, Frankreich und Papst — einen Stoß erlitten, sodaß wir unseres Erachtens dem begonnenen Jahre 1893 mit mehr Friedensaussicht entgegensehen, als es bei dem Anfang des vergangenen der Fall war.

Wir würden noch zuversichtlicher in die Zukunft schauen, wenn bei uns die Dinge günstiger ständen. Aber es nützt nichts, das Bild unserer Lage schöner zu malen, als es ist, und sich die vor=

handenen Schwierigkeiten zu verhehlen. Ja, es erscheint uns geradezu als Pflicht, der Regierung rückhaltlos die Wahrheit kund zu thun. Der Mißmut, welcher seit zwei Jahren allmählich das deutsche Volk ergriffen hat, ist in den letzten Monaten des alten Jahres reißend angewachsen. Man mag dies beklagen und verurteilen — und wir gehören zu denen, die es thun — man mag darüber schweigen oder reden — und wir würden viel lieber schweigen —: die Thatsache bleibt bestehen, daß die Freude am Reich in weiten Kreisen des Vaterlandes, besonders im Süden, nachgelassen hat. Zwanzig Jahre hindurch galt das neuerrichtete Kaisertum als das hohe Panier Alldeutschlands; jetzt senkt man hier und da die schwarz-weiß-rote Fahne. Auch in Preußen, wo durch Kaiser Wilhelm I. der Gedanke des Königtums so mächtig gestärkt war, hat das monarchische Ansehen abgenommen, ist die Autorität der Regierung im Weichen begriffen. Symptome, die jedermann fühlt, haben diese Stimmung deutlich erwiesen. Die anschwellende antisemitische Strömung ist nur eins unter vielen, vielleicht das stärkste, aber doch nur eins neben anderen. Die Unzufriedenheit ist allgemein. Daß darin für das junge deutsche Reich eine Sorge liegt, wird niemand bestreiten; dieselbe bannen zu helfen, ist die heilige Pflicht jedes Patrioten und treuen Christen. Freilich ist das unmöglich, ohne gerade heraus die Wahrheit zu sagen. Deshalb sprechen wir vernehmlich unsere Meinung aus, um jener Pflicht zu genügen.

Ohne Zweifel hat das Schicksal des Volksschulgesetzes die schon zu Anfang des vorigen Jahres vorhandene Stimmung zur vollen Klarheit gebracht. Man wußte in den Kreisen der Kundigen längst, und man ahnte es im Volk, daß unsere Regierung sich prinziplos verhalte. Der große Opportunist Bismarck hatte in den letzten Jahren je länger, je mehr den Kartellgedanken bis zur Sinnlosigkeit gepflegt. Künstlich sollte der mittelparteiliche Geist, der keinen Boden im Volke hat, gezüchtet werden, und zwar so, daß er den rechten Flügel der Konservativen, der dem Reichskanzler unangenehm war, vernichtete oder doch zur Ohnmacht herabdrückte. Obwohl das Kartell in seinem vernünftigen Sinne nur bedeuten konnte, daß die Parteien, welche es geschlossen hatten, sich gegenseitig anerkannten und schonten, so führte doch die Kartellpresse den erbittertsten und vergiftetsten Kampf gerade gegen die sogenannten Extrem-Konservativen, in denen die Kraft der Partei

lebendig war. Natürlich konnte dieser Widersinn, von dem die Mittelpartei auf Kosten der anderen Richtungen und zum Schaden des Vaterlandes einen vorübergehenden Gewinn hatte, auch nur in den spärlichen Schichten der Nationalliberalen, Freikonservativen und bei vereinzelten dilettantischen Konservativen Boden gewinnen. Alle wahren Konservativen, das Zentrum, die ganze Opposition, drei Viertel des Volkes waren gegen dieses System, weil es die inneren Machtverhältnisse verfälschte und die Regierung auf eine viel zu schmale Basis stellte, auf welcher ein festes Stehen und Handeln unmöglich war. Aus welchen Ursachen Fürst Bismarck diese Politik, an welcher er selbst gescheitert ist, betrieb, ist nicht ganz leicht zu sagen. Er glaubte wohl nicht an die siegreiche Ausbreitung der konservativen Gedanken im Reich; auch stand er bei seiner Vorliebe für den Kapitalismus den Mittelparteien, die sich in ihrem Hochmut so gern die von „Besitz und Bildung" maßgebenden Kreise der Nation nennen, innerlich nicht so fern, wie manche meinen. Vor allen Dingen aber galt es, den jungen Monarchen von den Streng-Konservativen, denen er sich zuzuneigen schien, fernzuhalten. Graf Herbert sollte um jeden Preis der Nachfolger des Vaters werden; dazu mußte die „hochkonservative, hochkirchliche" Rechte beseitigt werden. Daß es gelang, den jungen Monarchen in dieses falsche System hineinzuziehen, muß geradezu ein Verhängnis genannt werden. Leider ist es gelungen. Der falsche Kartellgedanke hat die Regierung Kaiser Wilhelms II. in hohem Maße bestimmt, er beherrscht sie unbegreiflicherweise bis auf den heutigen Tag. Der Monarch erklärte öffentlich, das Kartell sei sein System. Um jeden Zweifel daran niederzuschlagen, wurde ein heftiger Kampf gegen die Rechtskonservativen eröffnet, der Abgeordnete von Rauchhaupt aus seinem Reichstags- und Landtagsmandat in Potsdam vertrieben, gegen die Reichstagskandidatur Hammersteins in Bielefeld durch Hinzpeter agitiert, die mittelparteiliche Richtung auf jede Weise bevorzugt. Bei den Reichstagswahlen brach das falsche System zusammen. Die Konservativen waren diskreditiert und entmutigt; sie thaten ihre Pflicht bei der Wahl, konnten aber die Niederlage des Kartells nicht aufhalten. — Jeder mußte denken, daß nun ein anderer Weg der Politik eingeschlagen würde, da der bisherige zu nichts geführt hatte. Mit nichten! Der Kanzler freilich litt an seiner Politik Schiffbruch. Aber der neue Kurs, von dem so viel

die Rede war, erwies sich trotz aller Schwankungen in der Liebhaberei für die Mittelparteien ganz beständig. Natürlich zwang die Rücksicht auf die kartellfeindliche Mehrheit des Reichstages die deutsche Politik zu einer anderen Gangart; zuweilen schien es sogar, als ob das Zentrum die ausschlaggebende Macht im Reich werden sollte, und selbst dem Fortschritt wurde hin und wieder das Vertrauen geschenkt, daß er eine reichsfreundliche und monarchisch-gesinnte Partei werden könnte. Aber dabei blieb doch die Vorliebe für das Kartell die innere Triebkraft, gleichsam die Seele der Regierung. Auch die persönlichen Denkzettel fehlten auf ihrem Wege nicht; die Namen Waldersee und Limburg-Stirum bezeichnen die noch seit der letzten Reichstagswahl getroffenen Konservativen.

Natürlich ging die Kirchenpolitik dieselben Pfade wie die Staatspolitik. Die Berufung Harnacks, die jetzt zu dem Fall Harnack geworden ist, wurde benutzt, um den König gegen die kirchliche Rechte einzunehmen. Die fälschlich sogenannte Hofpredigerpartei wurde gesprengt. Und obwohl in der Kirche die Mittelpartei beinahe noch schwächer ist als im Staatsleben, sind fast alle hohen Stellen, welche frei wurden, mit Mittelparteilern besetzt; zwei der neuen Hofprediger, und zwar die in den ersten Stellen, der Nachfolger Kögels in der Generalsuperintendentur, der Vizepräsident des Evangelischen Oberkirchenrats, sie alle gehören dieser Richtung an. Selbstverständlich berichten wir diese bekannten Thatsachen ohne jede Eifersucht der Partei. Das Kirchenregiment hat wie die Staatsregierung volle Freiheit, seine Kräfte zu suchen, wo es will. Nur aufmerksam machen wollen wir auf die Dinge und Klarheit schaffen. Denn es scheint uns, als würde die Tragweite dieser Ernennungen entweder aus Gleichgiltigkeit verkannt oder aus Byzantinismus verschwiegen. Demgegenüber ist es nötig, über die kirchenpolitische Lage ein volles Licht auszugießen.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß an den maßgebenden Stellen sowohl im Staat wie in der Kirche die mittelparteiliche Richtung, obwohl sie im Volke keinen Boden und nur in der Presse eine gewisse Stärke hat, bevorzugt und gepflegt wird. In dieser Thatsache erblicken wir den Hauptgrund unserer inneren Schwierigkeiten. Daß von Zeit zu Zeit Äußerungen des Monarchen, welche nichts weniger als mittelparteilich, sondern sehr autokratisch klingen, dieses mittelparteiliche Stillleben durchbrechen,

bringt die Geister nur noch mehr in Unklarheit. Leichte Köpfe und schwache Charaktere suchten früher den Grund des Mißbehagens und den Ernst der Lage zu verheimlichen. Da trat die Katastrophe des Volksschulgesetzes ein und klärte jedermann, der sehen wollte, über die Schwäche des Regierungssystems auf. Seitdem giebt es für hellsehende Patrioten keine Vermittelung mehr. — Durch das Aufgeben des Volksschulgesetzes hat die Regierung vor der öffentlichen Meinung kapituliert und ein gut Teil ihrer Autorität eingebüßt. Daß gegenüber dem Wehrgesetz jetzt eine völlige Ratlosigkeit herrscht, die vielleicht auch zu einer Katastrophe, wenn auch anderer Natur, hindrängt, ist wesentlich die Folge des Mißtrauens in die Kraft der Regierung. Eine schlechte Wirtschaftslage kommt dazu, für die man halb wahr, halb unwahr die Judenwirtschaft verantwortlich macht. In diese Lage hinein fallen die Prozesse Buschoff, Oberwinder, Ahlwardt und beunruhigen das Volk noch mehr. Der konservative Parteitag, nach langen Vorbereitungen berufen und freudig versammelt, nimmt einen im großen und ganzen überaus befriedigenden Verlauf, der ein Moment der Beruhigung bilden könnte. Aber die unbegreiflich günstigen Äußerungen des Reichskanzlers über den Juden Löwe, seine unbegründet ungünstigen Urteile über die Konservativen, die — wie die mittelparteiliche Presse in ihrer berechneten Bosheit berichtet — sogar auf Veranlassung des Kaisers geschehen seien, stören den Erfolg und beweisen die unveränderliche mittelparteiliche Politik. Dazwischen das Glückwunschtelegramm an Zelle, die Rangverleihung an Munckel unmittelbar nach dem Ahlwardtprozeß, die Wahl Ahlwardts in den Reichstag, das Aufwachsen des Antisemitismus, das grenzenlose Fiasko des Nationalliberalismus bei jeder Nachwahl der letzten Zeit: in der That, der politische Wirrwarr kann nicht gut höher steigen. — Auf dem kirchlichen Gebiete hat der Angriff Harnacks eine ähnliche Verwirrung hervorgerufen, die durch das Wittenberger Fest nur unterbrochen und durch den Erlaß des Evangelischen Oberkirchenrats nicht beseitigt ist. So schwimmt alles in grauem Nebel. Dazwischen hört man rufen: Woher? Wohin?

Mittelpartei bedeutet Unklarheit, im Staatsleben Verwischung der Unterschiede von Konservativ und Liberal, in der Kirche Verwischung von Kirchlich und Unkirchlich. Man kann sich keine größeren Gegensätze denken als eine christlich-konservative und eine

individualistisch-liberale Weltanschauung. Trotzdem hört man in Kartellkreisen ein Mal über das andere als Kennzeichen politischer Weisheit rühmen, daß man jene beiden Richtungen für gleichwertig ansieht. Für die, welche so denken, mögen ja auch ihre Anschauungen gleichen Wert haben, sie sind beide weder Fisch noch Fleisch, weder kalt noch warm. Den Konservativen, welche um jeden Preis mit dem Liberalismus eine Verbindung suchen, fehlt als Maßstab der Dinge das lebendige oder doch das kirchliche Christentum. Weil die Liberalen Vaterland und Königtum, Ordnung und Besitz zu schützen behaupten, sollen sie zu den staatserhaltenden Parteien zählen. Und doch sind sie bei ihrer Gleichgiltigkeit gegen die Kirche keineswegs imstande, die Gesundheit des Volkslebens aufrecht zu erhalten. Ja zuweilen, wenn eine scharfe Kanonade gegen das Heilige für opportun gehalten wird, wie bei dem Widerstand gegen das Volksschulgesetz, können sogenannte „vornehme“ liberale Blätter mit ihrer Gottlosigkeit sogar die Judenpresse und die Sozialdemokratie noch überbieten. Gelegentlich der Walderseeversammlung sind auch die freikonservativen Blätter in die Tonart wilden Hasses gegen das Christentum verfallen. Daraus geht hervor, daß ein politisches System, welches auf den Mittelparteien beruht, das Christentum als rettende Macht außer Acht läßt oder doch nur äußerlich bekennt und heranzieht.

In der Kirche äußert sich der mittelparteiliche Geist anders, aber ebenso verderblich wie im Staate. Die Mittelpartei, zumal auf ihrem rechten Flügel, enthält eine Fülle von persönlich gläubigen Männern. Aber sie hat mehr als einmal feierlich erklärt, daß sie die kirchliche Linke für berechtigt hält. In der Praxis geht sie sogar lieber mit extremen Linken als mit extremen Rechten. Die starke Bekenntnistreue der positiven Ultras, — wie heute alle charaktervollen Christen genannt werden, — zumal wenn sie mit Unabhängigkeitsbestrebungen und energischem Konservatismus verbunden ist, jagt richtigen Mittelparteilern einen Schrecken ein, während Leugner der Gottheit Christi und der Auferstehung auch in kirchlichen Ämtern von ihnen nicht gefürchtet werden. Persönlich positiv, sind sie kirchenpolitisch aufgeweicht; für sich selber glauben und bekennen sie die Wahrheit, von den anderen getrauen sie sich nicht die Unterordnung unter das Bekenntnis zu fordern. Daraus folgt, daß ein kirchliches System, welches auf den Mittelparteien ruht, unfähig ist, den kirchlichen Geist, der aus der ob-

jektiven Wahrheit fließt, zu erzeugen. Unklar schwankt es hin und her. Erst schafft es Harnacksche Berufungen, weil dieselben den Orthodoxen mißliebig sind. Dann, wenn daraus kirchliche Angriffe entstehen, sagt es sich von seinen eigenen Schöpfungen los und handelt scheinbar positiv. Aber dabei wird es innerlich nicht anders. Bei der nächsten Gelegenheit macht es dieselben Fehler von neuem. Es hat ebenso wie der politische Liberalismus keinen objektiven Maßstab, sondern nur subjektive Meinungen. Mit seinem Schaukeln ist es im Grunde gefährlicher als ausgesprochener religiöser Liberalismus. Dieser hat eine klare Stellung, die man angreifen kann. Die Mittelpartei ist unberechenbar. Mit ihrer kirchenpolitischen Unzuverlässigkeit zieht sie sich hinter ihre subjektive Gläubigkeit zurück. So verwirrt sie vor den Augen der Unkundigen, und das sind die meisten, die Lage der Dinge und macht schließlich die Klarheit unmöglich.

Unsere Regierung, indem sie mittelparteilichen Anschauungen folgte, hat allmählich eine solche Unsicherheit geschaffen, daß niemand weiß, was sie politisch und kirchlich will oder nicht. Den widerchristlichen Zeitmächten gegenüber, die mit energischer Klarheit arbeiten und auf den Untergang des Bestehenden hinsteuern, kann nur volle Entschiedenheit helfen. Das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht mit seiner wilden Agitation, verbunden mit einer Preßfreiheit, die in Deutschland von den schlechtesten Händen gemißbraucht wird, muß naturnotwendig die umstürzenden Mächte bestärken. Man kann zweifeln, ob überhaupt unter der beständigen Minierarbeit dieser beiden Einrichtungen eine starke Monarchie dauernd möglich ist, wenigstens in dem von Gegensätzen und Leidenschaften zerwühlten, an einen einheitlichen Staatsgedanken noch nicht gewöhnten Deutschland. Aber soll das Königtum in seiner Kraft bestehen, so sind Klarheit und Offenheit, zielbewußtes Regiment und unbeugsame Energie die unentbehrlichen Bedingungen des Bestandes. Seit Jahren aber, und zwar schon längst unter dem Bismarckschen Regime, hat es an diesen Eigenschaften gemangelt. Und es wäre schwer zu sagen, welcher Geist eigentlich in unserer Regierung das Ruder führt. Offenbar will man konservativ sein, aber man begünstigt aufs äußerste den unfähigen Nationalliberalismus, als sei er eine Macht oder könne eine werden. Man will christlich sein, aber man hütet sich, den Feinden des Christentums irgendwie den Kampf anzubieten, während man an

den starken Vertretern des Christentums seinen Unmut ausläßt. Man will evangelisch sein, aber man hat allmählich das Zentrum einerseits durch eine falsche Politik, andererseits durch eine falsche Verhätschelung so stark gemacht, daß diese Partei in Staat und Reich eine überaus einflußreiche Rolle spielt, während die evangelische Kirche nichts bedeutet. Man hätte in dem letzten Jahrzehnt, ja noch beim Beginn der gegenwärtigen Regierung durch neue Impulse ein christlich-konservatives, monarchisch-fühlendes, sozial-arbeitendes Deutschland schaffen können, aber die Rücksicht auf die Mittelpartei hat auch den Gedanken daran verhindert. Die innere Zerfahrenheit hat dann auch die äußere Politik beeinflußt; hier fehlten die kühnen nationalen Gedanken, weil kein Zug im Volksleben war. Die Begeisterung ist erlahmt, und es wäre so leicht gewesen, sie festzuhalten und noch höher zu entflammen. Noch heute würde es möglich sein, die Mehrheit des deutschen Volkes zur Heeresfolge für eine willensstarke Regierung zu gewinnen. Aber man müßte das ewige Schwanken und Wanken aufgeben, die Fahne des positiven Christentums hochhalten, die konservativen Kräfte beider Kirchen entbinden, den nationalen Geist aufrufen, der auflösenden Macht des Judentums entgegentreten und so den Strom antisemitischer Thatkraft in ein gesundes Bett leiten. Freilich, wenn im Reichstag der Kanzler den Konservativen den Text liest, weil sie zur Judenfrage Stellung nehmen, und der Ministerpräsident einem Landrat im Reichsanzeiger einen Verweis erteilt, weil derselbe als Privatmann bei der Stichwahl für den Antisemiten gegen den Fortschritt eintrat, obwohl er diese Notwendigkeit als das kleinere Übel hinstellte, dann ist es unmöglich, daß die Regierung die Sympathien des monarchischen Volkes behält. Und die des demokratischen wird sie nie gewinnen.

In der That ist die Stellung zum Judentum je länger, je mehr ein Schibolet des Volkslebens geworden. Und lediglich die Regierung trägt an dieser Entwickelung die Schuld. Hätte sie, wie sie es mußte, auf der Seite des Volkes gegen das Judentum gestanden, die Ausplünderung des kleinen Mannes zu hindern, die religiöse und sittliche Verwüstung, welche durch Judenpresse und Judengeist geschehen, zu bekämpfen gesucht, so würde die Zuneigung, die jetzt dem Antisemitismus auch in seinen unbesonnenen Äußerungen zu teil wird, der Regierung zu gute gekommen sein. Aber die Regierung stellt sich viel zu sehr auf die Seite der sog.

gebildeten und reichen Leute, steht dem Fühlen des Volkes viel zu fern, als daß sie die Schwingungen der Volksseele begreifen könnte. So ist sie der verheißungsvollen Bewegung unter der Studentenschaft allezeit kalt und fern geblieben. Die Berliner Bewegung, welche die Reichshauptstadt mit monarchischem und christlichem Geiste zu durchdringen in bestem Laufe war, ist durch unbegreifliche Maßregeln der Regierung gestört. Für die Bekämpfung des Judentums, die instinktive, wenn man sie richtig leitet, aus den besten und stärksten Quellen des Volksgeistes entspringende Strömung hat die Regierung immer nur ein Achselzucken übrig gehabt. Hätte sie den Bewegungen des Volksgeistes nur das Zehntel der Beachtung geschenkt, die seiner Zeit Lasker genoß, wir wären nicht in dies Wirrsal des Geistes hineingeraten. Daß es nicht geschah, liegt an der mittelparteilichen Richtung, welche die Regierung innehält. So lange dieselbe dauert, ist auch an Besserung nicht zu denken. Eine Änderung ist nur möglich, wenn klar und energisch ein christlich-konservativer, sich auf beide Konfessionen gleichmäßig, nicht bloß auf die katholische, stützender Geist zur Geltung kommt und die Bekämpfung des jüdischen und judenfreundlichen Geistes, der uns ruiniert, in die Hand nimmt. Bei einer solchen Politik würden die Gespenster der Unzufriedenheit und des Mißbehagens bald verschwinden.

Wir glauben, das Volk in seinen Stimmungen und Strömungen gut zu kennen; es ist unsere seit lange bestehende Überzeugung, daß eine konservativ gesinnte, für die Aufgaben des Reichs brauchbare Reichstagsmajorität nur auf diesem Wege zu gewinnen ist. Wenn die Regierung jetzt, nachdem das neue Wehrgesetz abgelehnt sein wird, den Reichstag auflöst, sie würde mit Schrecken wahrnehmen, welche Geister in Deutschland das Szepter führen. Eine Verschiebung nach Seiten der Demokratie und der Sozialdemokratie wäre unausbleiblich. Die Mittelparteien aber würden beinahe verschwinden.

Auch die Kirche darf diesen Dingen nicht teilnahmlos gegenüberstehen. Besonders in der antisemitischen Volksbewegung liegen so viel religiöse und irreligiöse Momente, daß es für ein Christentum, welches im Volk wurzeln will, unerläßlich ist, sich darauf einzulassen. Thun wir das nicht, so wird das Verhängnis, welches in der sozialen Frage über dem Protestantismus geschwebt hat, uns auch in der Judenfrage treffen. Das heißt, wir werden zuerst führerlos und ratlos zwischen den verschiedenen Strömungen für

und wider hin und her geworfen werden und schließlich, wenn es zu spät ist, Stellung nehmen müssen. Wären vor fünfzehn Jahren die kirchlichen Kreise den Anregungen, welche von Berlin ausgingen, gefolgt und, anstatt kritisch bei Seite zu stehen, auf die gesunde Geisterbewegung eingegangen, so hätte die Regierung sich nicht völlig ablehnend dagegen verhalten können. Schließlich gab das Kirchenregiment den Rat, der sogar über das Ziel hinausschießt, die Geistlichen sollten in sozialdemokratische Versammlungen gehen und dem Umsturz entgegentreten. Seitdem war aber die gesamte Arbeiterschaft dermaßen in die Hände der sozialdemokratischen Partei geraten oder doch in ihre Interessengemeinschaft gezogen, daß ein Herauslösen einer christlich-sozialen Schar von irgend welcher Bedeutung unmöglich geworden ist. Wir fürchten, daß man bei der antisemitischen Bewegung dieselben Fehler wiederholt. Auch hier aber stehen religiöse und sittliche Angelegenheiten wichtigster Art auf dem Spiel. Der gläubige Protestantismus hat keinen schlimmeren Feind als das Judentum in seiner übermächtigen Tagespresse und Litteratur. Rom ist vielleicht manchem unbequemer, weil es als Kirche unmittelbar in die Erscheinung tritt. Aber der Katholizismus schadet doch dem Protestantismus nicht; eher ist er ein Mittel, schlafende Evangelische aufzuwecken. Der Judengeist dagegen mit seinen Verbündeten ist der Ruin des deutschen evangelischen Geistes. Und wenn auch die Kirche den materiellen Dingen anders gegenübersteht als der Staatsbürger, so darf es ihr doch nicht gleichgiltig sein, ob der Jude ganze Bauernschaften in ihrem Wohlstande zerrüttet und den städtischen Mittelstand, dies für die Reformation so bedeutende Element, mit Verarmung bedroht. Jedenfalls ist in Gebieten, wo dergleichen wirtschaftliche Notstände herrschen, die Kirche antisemitischen Bewegungen gegenüber völlig machtlos. Wenigstens in Hessen hat Dr. Böckel in Stadt und Land ein solches Ansehen gewonnen, daß Geistliche nicht wagen dürfen, ihm entgegenzutreten, auch wenn er falschen Antisemitismus treibt. Sie würden sonst in ihren Gemeinden den letzten Rest von Einfluß verlieren. Grund genug, daß die Kirche versuchen muß, die richtige Art der Bekämpfung des Judentums sich zu eigen zu machen und dadurch mit der Volksseele ebenso wie mit den Erfordernissen ihrer Aufgabe als Leiterin des religiösen Volksgeistes in Übereinstimmung zu bleiben. Und zwar drohen hier von zwei Seiten große Gefahren. Eine gewisse

theologische Richtung erklärt offen, daß die Kirche dem Judentum gegenüber keine andere Aufgabe und Abwehr kennen dürfe als die Mission; sie müsse alle Anmaßungen und Ausschreitungen des Judentums ruhig hinnehmen. Und eine gewisse antisemitische Richtung erklärt eben so offen, daß der wahre Antisemitismus mit dem Alten Testament und dem Gott des Alten Testamentes, ja dem Christentum, soweit es mit dem Alten Bunde zusammenhänge, und der Judentaufe Krieg führen müsse. Durch beide Richtungen wird der Protestantismus bedroht. Jene macht ihn einem großen Teil des deutschen Volkes zuwider; diese gefährdet einen großen Teil des evangelischen Volkes in seinem Glauben. Jene falsche Theologie ist nicht so bekannt, auch nicht so verbreitet, daß sie zu einem Zankapfel werden könnte. Bei der wachsenden Ausbreitung des Antisemitismus wird es aber zu einer Klärung auf diesem Punkte kommen müssen. Und wir würden, wenn die hier gepflegten Anschauungen in weiten Kreisen zur Geltung kämen, davon die schlimmsten Folgen befürchten. Wer in diesen Dingen nicht bewandert ist, ahnt wohl kaum die Verranntheit, in welcher eine judenfreundliche Missionstheologie sich befindet.

In Heft 4 des Jahrgangs 1891 der „Saat auf Hoffnung“ wird in der Judenfrage folgender Standpunkt gefordert: „Ihr sollt nicht Widerstand leisten den Bösen, sondern wehrlos alles erdulden; Gott allein ist Hilfe und Zuflucht.“ (Matth. 5, 39.) Dies erstreckt sich, wie der Zusammenhang lichtklar darlegt, gerade auf die körperlichen Angriffe, materielle Beeinträchtigung und äußere Verfolgung; es fegt alle natürlichen Vernünfteleien, wie Notwehrgründe und Gebote der Selbsterhaltung, mit einem Schlage hinweg, bindet dem Christen die Hände und raubt ihm die Waffen, richtet den Blick empor zu dem Vater im Himmel, läßt die Liebe feuriger auflodern und die Gebete emporsteigen aus dem Herzen. So unerhört dieses Gebot uns erscheint, so christlich ist es doch. Dadurch ist sowohl der Antisemitismus, welcher die jüdische Unterdrückung und Übervorteilung mit Gewalt und Vergeltung bekämpft, als auch die christlich-nationale Reaktion, welche sich durch Verordnungen und Gesetze des Staates oder gesellschaftliche Verrufserklärung der jüdischen Minen und Mauerstöße erwehren will, christlich beurteilt und verurteilt. „Selbsthilfe, Staatshilfe, Gotteshilfe“ hat man neulich aufgerufen gegen die gegenwärtige Not der Kirche. (So lautet der Titel eines Vortrages, den der Heraus-

geber der „Deutschen Evang. Kirchenztg." in dem Evangelischen Arbeiterverein in Essen gehalten hatte. D. Red.) Wir Christen kennen in aller Not nur Gottes Hilfe. Wir sollen Hohn und Lüge, Betrug und Beraubung, Unterdrückung und Verleumdung ruhig erdulden, mögen sie uns als Christen treffen und das Kirchengebäude erschüttern, oder mag jüdisches Kapital und Geldintrigue uns Wunden in Beruf, Handel und Gewerbe schlagen. Sie werden es Dummheit und Feigheit nennen. Mögen sie es — dieser Heroismus des Leidens und der Liebe wird ihnen im Gewissen brennen und vielleicht eine Ahnung davon geben, daß es über irdischer Kraft, Gold und Ansehen himmlische Güter, ewige Kraft und göttliche Ehren giebt, die mehr wert sind als alle irdische Herrlichkeit; denn das Wesen dieser Welt vergeht. — Siegesgewisses Leiden und Lieben ist also das rechte Verhalten der Christen gegenüber aller jüdischen Vergewaltigung — ein wahnsinniger Widerspruch für den natürlichen Menschen, aber Wahrheit der Offenbarung für den Wiedergeborenen, weil es nur möglich ist in fortwährender Selbstverleugnung und absolutem Vertrauen auf Gott. Der Verfasser kommt dann noch auf den Unterschied zwischen dem christlichen und dem staatsbürgerlichen Standpunkt; aber auch von dem letzteren aus findet er kein Argument gegen seine Stellung und kein anderes Programm als Leiden. In seinem eben erschienenen Schriftchen: „Der Weg zur Verständigung zwischen Judentum und Christentum" setzt er auf seine Anschauungen noch das Siegel, indem er ausdrücklich betont, daß ihm die sog. christliche Bekämpfung des Judentums womöglich noch widerwärtiger ist als der wilde Antisemitismus.

Man sage nicht, daß solche widersinnigen Anschauungen nur in kleineren Kreisen Wurzel fassen könnten. In Deutschland, besonders in dem theologischen, ist alles möglich. Ein falscher Pietismus und Quietismus hat den Protestantismus so entnervt, daß vielen ein solches Programm der Judenfrage gerade gefällt. Wenn man die Knechtsgestalt der Kirche gegenüber der christlichen Obrigkeit verherrlicht, kann man mit viel mehr Grund die Knechtsgestalt des Christenvolkes gegenüber dem Judentum rechtfertigen. Es ist aber klar, daß ein so „wahnsinniger Widerspruch" gegen die gesunde Vernunft die antisemitischen Kreise vielfach ganz von der Kirche loslösen mußte. In Gefahr sind dieselben schon durch die widerbiblischen Anschauungen einiger Führer.

Vergessen manche philosemitische Theologen, daß die Juden das Volk der Offenbarung zu sein aufgehört haben, so verkennen manche antisemitische Schriftsteller, daß das Volk Israel in der That das Volk der Offenbarung gewesen ist. Es erweckt geradezu Schmerzen, in diese von Haß gegen die Juden, ihre Religion und ihren Gott erfüllte Litteratur hineinzuschauen. Aber wir müssen ein Auge darauf werfen, um die Gefahren zu kennzeichnen, welche damit der Kirche, besonders der protestantischen, und dem Christentum, besonders dem evangelischen, drohen. Wir bemerken im voraus, daß die politischen Führer des Antisemitismus mit diesen Angriffen nichts gemein haben und vielfach auch antisemitische Vereine und Vorstände dagegen protestieren. Aber die „Deutsch-sozialen Blätter", welche sich als Organ der Deutsch-sozialen Partei bezeichnen, bringen in den letzten Wochen zügellose Aufsätze, welche Unheil in den Herzen und Verwirrung in den Köpfen anrichten müssen. Es ist der Herausgeber der Blätter selbst, der nicht müde wird, diesen wilden Ton immer von neuem anzuschlagen, so daß eine klare Auseinandersetzung nötig ist. Mit seiner Anschauung kann kein gläubiger Christ, mag er evangelisch oder katholisch sein, zusammengehen; gewännen dieselben weitere Verbreitung, so wäre es um den Erfolg wie um den Segen des Kampfes gegen das Judentum geschehen. Denn ein Antisemitismus, der das Alte Testament lästert, ist religiös nicht besser als ein Judentum, welches das Neue beschimpft. Die beiden Testamente bilden zusammen unsere Bibel; der Neue Bund ruht nach den ausdrücklichen Worten seines Stifters auf dem Alten; man kann das Christentum nicht halten, wenn man die Religion Israels der Verachtung preisgiebt. —

Als der Herausgeber der „Deutsch-sozialen Blätter" im Jahre 1887 zum ersten Mal seinen Antisemitenkatechismus herausgab, schlug er bereits den Ton an, den er jetzt, wie es scheint, zu seinem Grundton zu machen gedenkt. Er nannte Jehovah einen jüdischen Nationalgötzen, auf dessen ausdrückliche Vorschrift die Urkunden der Juden den raffinierten Diebstahl geheiligt hätten (2. Mos. 3, 11. 12.), einen Gott der List und der Lüge, der den Juden in der That der Judith einen Rat nach seiner Art eingegeben habe; und von der jüdischen Verfassung sagte er, daß sie dem Judentum den Charakter einer großen Räuberbande gab, die ihr Verbrecherstatut zur Religion erhob. — In ähnlicher, wenn auch nicht so cynischer Weise redete er auch in seinem Blatte. Christliche Leser

traten dagegen auf, und die ärgerliche Behandlung unterblieb. Auch in dem Katechismus blieben jene Stellen, die unter den Begriff der Gotteslästerung fallen, weg. Von Zeit zu Zeit tauchten wieder Spuren dieser Denkweise auf, aber eben nur Spuren. Jetzt mit einem Mal öffnen sich die Schleusen der Lästerung von neuem, und zwar anhaltend und jeden Damm durchbrechend. Die nachfolgenden Auszüge aus einer Artikelreihe der letzten Nummern vorigen Jahrganges sollen dem Leser eine Anschauung davon geben.

„Eine Streitfrage in der antijüdischen Bewegung — so schreibt der Verfasser — ist es von jeher gewesen, ob man den Juden, der den Taufakt an sich hat vollziehen lassen, als vollkommen ebenbürtiges Mitglied der christlichen und arischen Gesellschaft betrachten solle, oder ob auch ihm gegenüber noch jene vorsichtige Zurückhaltung oder völlige Ablehnung zu beobachten sei, zu der uns der echte Hebräer auf Grund seines Naturells und seiner feindseligen Gesinnungen zwingt.

Der Mann der Kirche glaubt, das Ansehen des christlichen Zeremoniells dadurch wahren zu müssen, daß er den getauften Juden als Vollchristen gelten läßt. Das Volk in seiner Mehrheit denkt anders darüber! Die Erfahrungen des realen Lebens lehren, daß der getaufte Jude sich gemeiniglich von dem ungetauften durch nichts unterscheidet, als höchstens durch ein höheres Maß von Verschlagenheit und Heuchelei.“ —

„Wenn ein anmaßender getaufter Hebräer, wie Paulus Cassel, predigt: „Alles Heil kommt von den Juden!“ — „alles Heil kommt von Christus Sem!“ — möchte man ihm da nicht berichtigend entgegenrufen: „Alles Unheil kommt von den getauften Juden!“? — Denn: hätte die jüdische Masse jemals diesen überwuchernden Einfluß und die beherrschende Stellung gewinnen können, wenn nicht die getauften Juden in einflußreichen Stellungen ihre Bahnbrecher und Fürsprecher gewesen wären? Würden wir nicht heute längst die Regierungen zur Errettung des Volkes von der Judenplage einschreiten sehen, wenn nicht schlaue Judentäuflinge die Hand am Staatsruder hätten und die Fürsten in Bethörung und Abhängigkeit erhielten? Sind nicht auch die Ausschlächter der Staatsfinanzen, die Rothschild, Bleichröder, Erlanger und tutti quanti getaufte Hebräer? — „Christen“, meine Herren Geistlichen!“ —

„Man muß daher weiter gehen und sich fragen, ob die Judentaufe sich überhaupt mit einem ernst genommenen Christentum verträgt. Diese Frage klären zu helfen, soll die Aufgabe für die hier folgenden Betrachtungen sein.

Daß unsere Geistlichen so leicht bereit sind, einen Juden zu taufen und ein solches Ereignis gar als ein besonders gottgefälliges Werk ansehen, hat seine Ursache in einem tieferen Grundirrtum. Die Mehrheit der heutigen Theologen lebt der Ansicht, daß die Juden von jeher und noch immer das „auserwählte Gottesvolk", eine besondere Heilsnation seien, die nur durch Mißgeschick auf Abwege geraten wäre; und sie halten es für das größte Verdienst und ihre heiligste Aufgabe, diese verirrten Schafe vom Hause Israel wieder in den Schoß des Herrn zurückzuführen. Zu diesem Aberglauben kommen sie, weil sie die Judenschriften des Alten Testamentes für ebenso zum Christentum gehörig und für ebenso göttlich offenbart halten wie das Neue Testament. Sie begehen dabei den weiteren Irrtum — und das ist das Allerschlimmste —, daß sie den Nationalgott der Juden, Jehovah oder richtiger Jahweh, mit dem Gott Christi verwechseln.

Hier liegt der allerschwerste Schade; und dieser unseligen Verirrung verdanken wir eigentlich unsere ganze Judennot. Durch sie ist der Judengeist mit in das Christentum hineingewoben und hineingelogen worden; durch sie ist die Judenverhätschelung heraufbeschworen, die leider zu den verschiedensten Zeiten bei den christlichen Völkern Platz gegriffen hat.

Man plappert allerwegen die Thorheit nach, daß das Judentum der Schöpfer und Träger des monotheistischen Gedankens — des Eingotttums, der Gebärer des Christentums und aller sittlichen und religiösen Vorschriften sei. — Es ist eitel Verblendung und Wahnwitz.

Man braucht kein Geschichts- und Sprachforscher zu sein, um zu entdecken, daß der Judengott und der Gott Christi zwei grundverschiedene Wesen sind — wie Feuer und Wasser sich scheidend. Es genügt ein lauteres christliches — oder arisches Gefühl dazu, um das zu erkennen. Wasser ist befruchtend, Feuer verzehrend; — Jahweh, der Gott der Juden, ist der Geist des Hasses und der Rache; er schnaubt Wut gegen alle, die nicht zu seinem erwählten Sondervolke gehören, und droht ihnen mit Ver-

nichtung. Sein Reich ist nur von dieser Welt: er verheißt denen, die ihm anhängen, die Schätze der Welt, die Herrschaft über alle Völker, satt zu essen und zu trinken und Wohlleben über die Maßen. Er kennt keine Liebe für die übrigen nichtjüdischen Menschen; er gebietet, sie mit Lug und Trug zu überlisten, zu zertreten, zu fressen, zu zerreißen. Das ist kein Gott im Sinne Christi; das ist der Dämon der Finsternis — der Teufel selbst. Es ist derselbe Geist, der den Talmud durchweht und sein Dämonenvolk zu immer neuen Schurkenstreichen gegen die Menschheit anspornt." —

„Der Anteil der Juden an der Entstehung des Christentums ist ein ähnlicher, wie der Anteil der Verbrecher an der Entstehung der Gesetze. Erst wo Schäden wahrnehmbar werden, erläßt man Gesetze dagegen, und wo neue Verbrechen auftauchen, werden neue Gesetze notwendig. Das Christentum ist nicht aus dem Judentum, sondern gegen das Judentum entstanden! Den Juden eine andere Bedeutung beizumessen, wäre unlogisch und unwahr, damit aber auch unsittlich und irreligiös. Gott begeht nichts Unvernünftiges!

Wenn dennoch die Anschauung herumgetragen worden ist, als sei das Juden-Volk besonders für die Frömmigkeit vorbestimmt und stehe Gott näher als alle anderen Völker der Welt, so ist das eine bedauerliche Irrlehre, die viel an unserer sittlichen und religiösen Verwirrung verschuldet. Sie steht auf dem Boden des talmudischen Größenwahns der Juden; sie hat an Stelle des arischen Christentums ein „Juden-Christentum" gesetzt; sie schmeichelt der nationalen Überhebung der Hebräer, die sich gern für die „natürliche Aristokratie" der Menschheit ausgeben möchten." —

„Nun, für uns steht es — ob wissenschaftlich beweisbar oder nicht — unerschütterlich fest, daß Christus kein Jude, sondern nur ein Arier gewesen sein kann, denn jede gegenteilige Annahme streitet wider die Natur, Vernunft und Logik. Warum soll sich ein Jude auf den Kopf gestellt haben, um den Juden eine antijüdische, d. h. arische Gesinnung entgegenzuhalten? Ist es nicht viel wahrscheinlicher, daß sich ein Arier auf seine Beine gestellt hat, um sich der Verjudung entgegen zu stemmen? Waren es nicht die „heidnischen" Lande, in denen Christus zuerst lehrte und seine Anhänger fand? Begann sein Leiden nicht erst, als

er nach Jerusalem ging und die Juden selbst bekehren wollte; und entwich er nicht wieder in „heidnische Lande", als man ihn dort verfolgte?

Wer sehen kann, der sehe; nur der Blinde wird's nimmer greifen! Warum soll das Schicksal mit dem höchsten sittlichen Bewußtsein gerade einen Mann aus einem Volke ausgestattet haben, das von jeher der Vernunft und Sittlichkeit am fernsten stand? Ist es nicht viel natürlicher, daß er aus einem Stamme erwuchs, der zu aller Zeit der Träger der Zucht und Sitte war? Wer sucht Aprikosen auf Distelsträuchern? Gott begeht nichts Unvernünftiges, und wer ihn zu einem Hexenmeister erniedrigt, der beschimpft ihn. Und schließlich: war Jesus nicht eines Zimmermanns Sohn? — und wann haben die Juden jemals gebaut und gezimmert? — Wagt es doch, ihn mit einem Judengesicht zu malen, ihr Maler, und das Volk wird euer Bild anspeien! — Sei man doch nur ein wenig gewissenhaft und sehe sich die Welt-Geschichte an: Arier waren zu allen Zeiten die Träger der Kultur und Sitte; und wo Kultur ist und war, da sind Arier hingekommen, — mögen sie Inder, Perser, Skyten, Chaldäer, Saken, Goten, Wikinger, Sueven, Germanen, Normannen oder Inka geheißen haben.

Und auch in Galiläa und Samaria saßen Arier, d. h. Ackerer und Pflüger, die da machten, daß in dem Lande „Milch und Honig floß." Auch die vorassyrische und vorbabylonische Kultur, wie die altägyptische, ist von Ariern begründet, und die Semiten fanden sich erst ein, als die Frucht sich ihrer Reife nahte. Sie legten sich in das gemachte Bett und schwelgten in den Früchten fremden Fleißes — genau wie in unseren Tagen. — Wer die Vergangenheit verstehen will, muß sich die Gegenwart ansehen, denn die Gesetzmäßigkeit Gottes ist unwandelbar — auch im Völkerleben.

Vor 3000 Jahren haben die Katzen kein Gras gefressen und die Kaninchen keine Mäuse gefangen, und sie thun es auch heute noch nicht. Nur unseren Theologen zu Gefallen sollte Gott damals allerlei Dinge auf den Kopf gestellt haben? — Aber ein auf den Kopf gestellter Jude als höchstes menschliches und religiöses Ideal bleibt immer eine gewagte — wenn nicht komische Sache! — Sorgen wir dafür, daß die Dinge endlich wieder auf ihre natürlichen Beine kommen und — fort-

schreiten lernen. — Auf dem Kopfe kann man allenfalls stehen, aber nicht gehen, und am Ende leidet auch der Verstand darunter! Man soll die Organe nur dazu benutzen, wozu sie Gott bestimmt hat, und nicht den Schwanz zum Kopfe machen. Die Juden bleiben aber allezeit der Schwanz des Menschentums und ein gar garstiger und widerlicher Schwanz! Um sich auch sittlich und geistig vom Affen zum Menschen zu entwickeln, wird man endlich auch diesen Schwanz ablegen müssen.“ —

„Herr Stöcker wirft uns vor, wir griffen das Alte Testament an. — Was heißt hier angreifen? Wir lassen das Alte Testament gelten als das, was es ist: als die Geschichte und Gesetzgebung des jüdischen Volkes und eine Sammlung der Litteratur des alten Judentums, sowie litterarischer Reste uralter Kultur-Völker, die in jüdischer Färbung wiedergegeben sind. Was man mehr hineinlegt, ist Fälschung! Das Alte Testament als Offenbarung des „Himmlischen Vaters“ Christi zu betrachten, verbietet uns nicht nur der wissenschaftliche, sondern auch der sittliche Ernst. Das Alte Testament, soweit es jüdisch ist, weiß von dem wahren Himmels-Vater, dem Gott aller Menschen nichts, sondern nur von dem engherzigen und grausamen National-Gott eines kleinen verlotterten Volkes, das sich mit Lug und Trug durch die Welt schlägt und zu seinen Missethaten die Sanktion seines Spezial-Gottes empfängt. Was unter den „Propheten“ des Alten Testamentes an tiefere ethische Saiten anklingt, ist auf versprengtes arisches Blut und arischen Geist zurückzuführen. Diejenigen Propheten, die den wahren Gott ahnten, treten zugleich als Beschuldiger und Züchtiger des Volkes Juda auf. Das Alte Testament als zum Christentum gehörig anzusehen, verbietet uns die religiöse Gewissenhaftigkeit. Wir stellen unser Christentum zu hoch, als daß wir es mit den Ausgießungen eines so unlauteren Geistes, wie er das Judentum von jeher beherrscht, vermengt sehen möchten.“

„Gewiß, wir wollen wieder Religion in das Volk bringen, aber eine Religion, die vor der Sittlichkeit, der Vernunft und dem guten Geschmack bestehen kann, eine Religion voll innerer Kraft und Wahrhaftigkeit, — kein ödes Formel-Wesen, das auf Schritt und Tritt den gesunden Sinn beleidigt. Eine religiöse Lehre darf nicht nur geglaubt sein wollen, sie muß überzeugen, sie muß unwiderstehlich den ganzen Menschen erfassen. Eine

Lehre, die das nicht vermag, verdient nicht mehr den Namen Religion.

Nicht das Alte Testament greifen wir an, sondern eine falsche Bewertung und Benutzung desselben; theologische Schrullen bekämpfen wir, nichts anderes! Wir verwahren uns dagegen, daß unsittliche Personen und Thaten aus der alten Juden-Zeit mit dem Nimbus der Heiligkeit umwoben werden — bloß weil es sich um Juden handelt; wir lehnen es ab, alles — auch die Verbrechen des Volkes „Israel" herrlich, fromm und tugendhaft zu finden, weil sie von dem angeblichen „Volk Gottes" ausgehen. Wir wünschen vor allen Dingen nicht, daß diese alten Schriften eines hervorragend unsittlichen Volkes mit ihren zahllosen Roheiten und Unanständigkeiten unserer Jugend in die Hände gegeben werden und deren Gesinnung vergiften. Und zwar aus Religiosität verlangen wir das!" —

In folgemäßiger Weiterbildung dieser Anschauungen schilt die erste Nummer des neuen Jahrgangs auf ein verkehrtes System der kirchlichen Lehren und fordert eine gewissensgemäße Umgestaltung der christlichen Dogmatik nach den von Lagarde gegebenen Grundsätzen. Lagarde aber ist einer der bittersten Feinde und Verächter der evangelischen Kirche.

Beide Irrtümer, der philosemitische wie der antisemitische, beruhen auf einer unwissenschaftlichen und ungöttlichen Auffassung der Schrift. Wenn man, wie die Schriftsteller der „Saat auf Hoffnung", daraus, daß Israel das Volk Gottes war, die Folgerung zieht, man müsse demselben wehrlos gestatten, die Christen zu betrügen, Christum zu lästern und das Christentum zu untergraben, so hat diese Auffassung an der Bibel selbst keinen Anhalt. Die Propheten und Psalmen, Moses voran, strafen das Volk Gottes in der schärfsten Weise; wenn es abgöttisch und ungehorsam ist, wird es von Jehovah bis auf das Blut gezüchtigt; nicht darum, weil es ein göttliches Volk, sondern weil es das Volk der Offenbarung ist, heißt es das Volk Gottes; seiner Natur nach ist es das geringste unter den Völkern der Erde, ein Volk von eiserner Stirne und ehernen Adern. Die Verheißung, daß es aus seinem Lande weggeführt und über die Erde zerstreut werden wird, bedeutet doch nicht, daß es das Hab und Gut der Völker an sich reißen, den wahren Glauben verwüsten, das Geld und die Presse und damit das Wohl und Wehe

der christlichen Menschheit in seiner Hand haben soll! Nein, jene Weissagung ist eine Strafandrohung, Israel soll leiden und dadurch Buße lernen. — Im Neuen Testament steht es nicht anders. Wohl erkennt Christus an, daß das Heil von den Juden kommt. Das hindert ihn aber nicht, Wehe über sie zu rufen und die Wechsler mit seiner Geißel aus dem Tempel zu treiben. Paulus, der sein Volk so liebt, daß er es um den Preis des eigenen Heilandes selig machen wollte, sagt ihm nach, daß es Gott nicht gefalle und allen Menschen zuwider sei. Johannes, der Jünger der Liebe, nennt es treffend die Synagoge Satans. Nirgends im Neuen Testamente findet sich der thörichte Gedanke, daß man die Juden ohne Gegenwehr alle Bosheit treiben lassen und sie durch stilles Dulden überwinden solle. Vielmehr führt Jesus ebenso wie seine Apostel einen heftigen Geisterstreit gegen das ungläubige Volk. Und obwohl unter den Pharisäern Männer wie Nikodemus und Gamaliel sind, hat doch Jesus aus Rücksicht auf diese wenigen Ausnahmen den Kampf gegen jene Partei nicht unterlassen, sondern sie als eine unheilvolle Kollektivmasse gestraft und bedroht. — Wie kommen nun philosemitische Theologen dazu, von der heutigen Christenheit ein Benehmen zu fordern, das von dem Verhalten Gottes im Alten wie im Neuen Bunde, von der Art der Propheten und Apostel durchaus abweicht und an Jesu Christo kein Vorbild hat? Wir begreifen sie nicht. Ebensowenig wie wir andere Philosemiten verstehen, die alle Frevel der heutigen Juden damit erklären oder entschuldigen wollen, daß die Juden im Mittelalter verfolgt und gemißhandelt seien. Gewiß denken wahre Christen nur mit dem Gefühl größter Teilnahme an die Judenverfolgungen zurück. Aber sie werden nicht vergessen, daß Albigenser und Waldenser ebenso verfolgt sind, daß Ketzer und Hexen zu Tausenden gemordet und verbrannt sind. Aus einer solchen Zeit nun die Juden herausgreifen und sie als Opfer christlicher Grausamkeit, als Gegenstand unermeßlicher Trauer, als Beispiel unsühnbarer Frevel hinstellen, ist unhistorisch. Was die Juden sind, sind sie nicht durch die Jahrhunderte des Mittelalters geworden, sondern durch ihre Absonderung von der christlichen Bildung und ihre talmudische Erziehung. Schon zu der Römer Zeit waren sie das odium generis humani. Und in der Gegenwart bleiben sie auch da, wo sie längst emanzipiert sind, das Volk des Wuchers und des Betrugs. Im Elsaß haben sie mehr als drei Menschenalter

in voller Gleichstellung zugebracht, und gerade hier sind sie wie kaum irgendwo das Verderben des Volkes. In Frankreich sind sie seit einem Jahrhundert frei, gleichberechtigt, Minister und Generale; dennoch zeigt die neueste Geschichte dieses Landes, daß hinter dem schmachvollen Panamaskandal als letzte verführende Ursache das Judentum steht. Und dagegen sollten christliche Völker nur durch stilles Leiden reagieren? Wenn ein Berliner Judenblatt nach der ersten preußischen Generalsynode schreibt, das Herrenhaus, wo sie getagt habe, müsse desinfiziert werden; wenn ein Frankfurter Judenblatt schreibt, das Christentum sei die Wurzel der heutigen sozialen Zerrüttung; wenn wiederum ein Judenblatt schreibt, es wäre gut, wenn Christus im Sommer noch einmal geboren wäre, denn dann könne man zweimal Geschäfte machen — das sollten wir geduldig hinnehmen? Der frühere, übrigens judenfreundliche Berichterstatter der Times in Berlin faßt sein scharfes Urteil über die deutsche Geistesentwickelung dahin zusammen, es gebe keine deutsche Litteratur mehr, sondern nur noch eine jüdische Litteratur in deutscher Sprache — das müßten wir still ertragen, bis Levysohn und Rosenthal das Gewissen schlägt? In der Bibel steht auch, daß die Obrigkeit ihr Schwert nicht umsonst trägt. Wenn dies Schwert auf Jesuiten schlägt, die Sozialdemokratie trifft, wenn die Agitation gegen den Katholizismus das Volk erregt, so findet man das ganz in der Ordnung, obwohl es hier deutschen Landeskindern gilt. Wenn aber die Obrigkeit gegen das Judentum besondere Gesetze giebt, so soll das gegen das Christentum verstoßen? Wenn das Volk zum Schutze seines Geisteslebens und Christentums gegen das Judentum Stellung nimmt, das soll verwerflich sein? Nein, das heißt mit ungleichem Maße messen. Und wir begreifen es, wenn antisemitische Blätter eine solche Stellung zur Judenfrage mit Hohn und Spott übergießen, wenn das Volk mit seinem gesunden Sinn solche theologischen Spitzfindigkeiten zurückweist. In der That liegt in diesen Anschauungen eine große Gefahr für das christliche Volksleben; sie rufen den antisemitischen Haß, der darin alttestamentliche Wirkungen auf den deutschen Geist wittert, beinahe mit Notwendigkeit hervor.

Freilich auch die antisemitischen Anklagen des Alten Testamentes und seines Gottesbegriffes sind widerchristlich und unwissenschaftlich. Auch ihnen liegt eine falsche Auffassung der Schrift zu grunde. Sie operieren mit einem Begriff der Inspiration,

welcher in der evangelischen Theologie völlig aufgegeben ist. Sie stellen es sich als Kirchenlehre vor, daß Gott jedes Wort des Alten Testamentes, die Rachepsalmen wie die Ausrottungsbefehle, persönlich diktiert habe; sie meinen, daß alles, was in der Bibel dargestellt ist, auch die Sünden Jakobs und die Frevel Davids, bei uns als Gott wohlgefällig gelte. Und nun erschöpfen sie sich in Beschimpfungen Abrahams, Jakobs, Josephs, Davids &c.; auch der Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs, als hätte er die Fehler der Erzväter und Könige gutgeheißen, wird in das Verdikt mit hineingezogen. Aber eine unhaltbarere Vorstellung von der Bibel läßt sich kaum denken. Dies Buch der Bücher enthält die Geschichte Israels, und diese Geschichte ist die Trägerin der Offenbarungen Gottes. Jehovah zeigt, wie er durch die Sünden der Menschen, durch den Abfall des Volkes hindurch die Welt dem ewigen Heile zuführt. Wenn dabei Sünde und Abfall in voller Nacktheit gemalt werden, so liegt darin doch keine Anerkennung derselben. Und wenn Sünder wie Jakob und David als Träger der Offenbarung gelten, so wird damit nicht ihre Sünde entschuldigt, sondern ihre Buße, ihr Glaube trotz ihrer Sünde uns zum Vorbild gestellt. Wir meinen, gerade durch ihre ungeschminkte Wahrhaftigkeit beweise sich die Bibel als das Wort Gottes. Keine andere alte Litteratur stellt die Sünden der Nationalhelden in ein so helles Licht wie die heilige Schrift. Abraham ist gewiß eine wunderbare, großartige Erscheinung des sittlich-religiösen Lebens; was gewisse antisemitische Blätter von seinem Schacher um Sodom und Gomorrha witzeln und spotten, ist einfach gemein. Aber wenn die Bibel auch von diesem Vater der Gläubigen feige Lügen berichtet, so verrät sie damit eben einen Geist, der nicht von dieser Welt ist. — Jakob ist in dem ersten Teil seines Lebens ein frevelhafter Mensch, der Vater und Bruder belügt, den Oheim überlistet; man könnte ihn den Typus eines modernen Juden nennen, der mitten in Lug und Trug doch den Gott seiner Väter festzuhalten meint. Aber im zweiten Teil seines Lebens ist er gereinigt, und kein Frevel wird weiter von ihm gemeldet. Dennoch beginnt gerade nun die Strafe für seine alten Sünden. Er wird an seinen Kindern mit seinen eigenen Missethaten gestraft; wie er seinen Vater und Bruder, so belügen und betrügen ihn seine Söhne; böse ist bis zuletzt seine Wallfahrt. Ist das nicht durchaus göttlich? Und wenn Gott dem gereinigten Sünder vergiebt

und ihn zum Stammvater eines großen Volkes werden läßt, ist das nicht ganz Gott gemäß? Auch im Neuen Testamente heißt es, daß Freude sei vor den Engeln Gottes über einen Sünder, der Buße thut. Dem verlorenen Sohn, der wiederkam, wird ein Fest gefeiert, nicht dem Sohn, welcher zu Hause geblieben war. Wer das nicht versteht, der kennt weder Judentum noch Christentum, der kennt überhaupt Gottes Herz nicht. Sünder sind wir alle. Auf den Glaubensstand, der uns Vergebung und Heiligung bringt, kommt alles an. Danach aber ist Jakob ein großer Gläubiger geworden, ob er gleich vorher ein großer Sünder war. Eben das ist Petrus auch. Das Haupt der Apostel war eine Stunde lang ein Feigling, ein Meineidiger, ein sich selbst verfluchender Mensch. War es im Sinne Christi oder nicht, daß er nach seinen Thränen und Bekenntnissen wieder zu Gnaden angenommen wurde? Wer solche Thaten Gottes nicht versteht, der weiß überhaupt nichts von Sünde und Gnade, von Buße und Kindschaft, der sollte aber überhaupt das Urteilen über religiöse Dinge unterlassen. — Ein falscher Antisemitismus entblödet sich nicht einmal, das Bild Josephs zu beschmutzen. Dieser edle Geist muß ein Kornwucherer heißen, der ein ganzes Volk besitzlos und zu Sklaven gemacht habe. Wie viel näher liegt es doch zu denken, daß er in seiner Weisheit das gesamte Land verstaatlicht habe, um eine richtige Nilbewässerung einzurichten und dadurch das Volk vor dem Wechsel von Überfluß und Mangel zu schützen. Was heut vielen als ein Ausfluß erleuchteter Sozialpolitik gilt, den Grund und Boden in die Hand des Staats zurückzunehmen, das nennen Leute, welche für diesen Gedanken schwärmen, bei Joseph eine jüdische Schandthat, weil er ein Jude ist. Soll man das Konsequenz nennen? — Und nun gar David! Daß er trotz seiner schweren Sünden ein Mann nach dem Herzen Gottes heißt, das ist jenen Antisemiten ein Greuel. Aber sie vergessen, daß er sich willig strafen ließ, seine Sünde bitter bereute, seine Buße in ergreifenden Psalmen besang und so vor seinem ganzen Volke ein erschütterndes Bekenntnis ablegte. Viele Könige haben Ehebruch getrieben und Unterthanen getötet; keiner hat so wie David gebeichtet und bekannt. Nicht in der Sündlosigkeit, die es auf Erden nicht giebt, sondern in der Bußelosigkeit liegt das Verderben der Menschen. Die Bibel will keine Heiligen zeichnen, sondern Sünder, die sich zu Gott bekehren und so anderen zum Vorbild werden. Es ist

wirklich kindlich, von diesem Buche Gottes zu fordern, daß es mit Menschen Schönfärberei treibe, während doch sein Ziel ist, die Wahrheit über Gott und Menschen zu sagen. Allerdings sollte dies in unserer Behandlung der biblischen Geschichten klarer ausgeführt werden. Man erfährt bei der Unterhaltung über diese Dinge, daß viele Christen denselben wie Rätseln gegenüberstehen. Gott schreitet durch die Sünde der Welt als der Offenbarer des Heils: das ist die Bedeutung der heiligen Geschichte. Aber er allein ist der Heilige, nicht die Menschen, die er erlöst.

Ebenso unchristlich wie die Stellung gewisser Antisemitenkreise zum Alten Testament ist bei ihnen die Schätzung der Taufe. Nicht selten hört man, daß die Taufe einen Juden nicht zum Christen machen könne, und deshalb getaufte Juden kein Haar besser, eher schlimmer seien als die ungetauften. Nun ist ja klar, daß die bloße Taufe ohne Glauben einen Juden nicht ändert. Wasser thut's freilich nicht; die Wiedergeburt thut's. Aber die Wirksamkeit der Taufe bei Juden überhaupt zu leugnen, ist ein Widerspruch gegen das Christentum, ein Zweifel an seiner Universalität, ein Rückfall in die Nationalreligionen. Die zwölf Apostel, denen wir nächst Christo das Christentum verdanken, waren getaufte Juden; sie ebenso wie Christum zu Ariern zu machen, ist eine wissenschaftliche Kinderei, welche den Antisemitismus vor Gebildeten diskreditieren muß. Aber zu solchen Thorheiten führt der Rassenantisemitismus auf seinen Irrwegen. Derselbe kann dadurch leicht der ganzen Bewegung gegen das Judentum zum Verderben werden. Je mehr die antijüdische Überzeugung wächst und wirklich zu einer Macht im deutschen Volksleben zu werden scheint, desto mehr müssen die Grenzlinien derselben klar gestellt, Überschreitungen vermieden, Richtwege bezeichnet werden. Hierbei sind gewisse Grundsätze als unzweifelhafte und unerschütterliche Normen festzuhalten. Will die Bewegung nicht schaden, sondern nützen, statt pharisäischer Selbstgerechtigkeit und unchristlicher Gehässigkeit eine wirkliche Reinigung der Volksseele von judaisierender Christusfeindschaft, eine wahrhafte Befreiung des nationalen Geistes von jüdischem Druck bewirken, so darf sie nicht in Fehler verfallen, die der christlichen Anschauung und Bildung widerstreben. Das Alte Testament muß das Wort Gottes, Jehovah der wahrhaftige Gott bleiben. Die Juden dürfen nicht als Persönlichkeiten gehaßt, als Volkstum beleidigt, als Rasse bekämpft, sondern müssen

trotz des Kampfes gegen ihre verderbliche Thätigkeit als Brüder in der großen Völkerfamilie angesehen, als ehemalige Träger der Gottesoffenbarung hochgehalten und als Mitbürger, wenn auch vielfach unter dem Gebot: Liebet eure Feinde! geliebt werden. So lange sie sich als Feinde des kirchlichen Christentums, des deutschen Volkstums betragen, soll man sie freilich mit Energie bekämpfen; treten sie aber durch die ehrliche Taufe in unsere Religionsgemeinschaft über und beweisen einen christlichen Wandel, so hat der Kampf gegen sie zu ruhen. Ob der Kampf durch Aufhebung der Emanzipation, durch Vernichtung ihrer bürgerlichen Gleichberechtigung zu führen ist, bleibe vorbehalten. Wir sind der Meinung, daß ihre Emanzipation ein Fehler für uns und ein Unglück für sie war. Aber wir glauben vorderhand, daß es politische Maßregeln giebt, die schwer wieder aufgehoben werden können. Zu diesen rechnen wir auch die Emanzipation. Wenn unser Volk in seinen weiten Schichten wieder ein christliches Volk geworden wäre, so ließe sich ja darüber reden, ob es ratsam sei, unser Staatsleben wieder durchaus christlich zu gestalten und den Juden die staatsbürgerlichen Rechte zu entziehen. Aber dann wäre eigentlich ein solcher Schritt garnicht mehr nötig, denn ein christliches Volk würde den Juden die übergreifende Stellung nie einräumen, die sie jetzt innehaben. Zunächst möchten wir es also für besser halten, an die Emanzipation selbst nicht zu rühren, sondern die unseligen Folgen derselben zu beseitigen, also auf dem Wege der Verwaltung das Schulwesen und die Justiz von jüdischem Geiste zu säubern, auf dem Wege besonderer Bestimmung den Zuzug der Juden von auswärts absolut zu hindern, die Advokatur wieder von der Genehmigung der Regierung abhängig zu machen und dadurch der jüdischen Korruption zu entziehen, im übrigen aber durch eine allgemeine soziale und wirtschaftliche Gesetzgebung den Einfluß des jüdischen Mammonismus zu brechen. Daneben wird es vor allem nötig sein, das Volk aus den schmachvollen Banden der Judenpresse, der Judenlitteratur, der Judentheater, der Judenagitation zu erlösen. Und dazu ist eine unablässige, unermüdliche Geisterbewegung das einzige Mittel.

Unter diesen Gesichtspunkten kann die Bildung der deutschsozialen Partei anregend wirken. Sie überzeugt durch ihre Fortschritte die alten Parteien, daß diese die Judenfrage im Widerspruch mit ihrer nationalen Aufgabe vernachlässigt haben, und zwingt

sie, Stellung dazu zu nehmen, um nicht ihre Wähler zu verlieren. Erst wenn die konservativen Parteien und das Zentrum in prinzipieller und praktischer Entschlossenheit die Bekämpfung der unheilvollen Einflüsse des Judentums zu ihren unerläßlichen Aufgaben rechnen, wenn infolge davon Fürsten und Regierungen ihre Augen öffnen und Hand anlegen, erst dann wird die Judenfrage aus dem Zustande der bloßen Agitation, in dem sie nicht lange mehr bleiben darf, in den Zustand politischer Behandlung übergehen. Und hierbei hat die Kirche eine große Thätigkeit zu üben. Daß auch sie im Interesse des Volkswohles und des Christentums in diese Frage beseelend, heiligend, einerseits zum Kampf, anderenfalls zum Frieden mahnend, eingreifen muß, erscheint uns als selbstverständlich. Für das deutsche Volk, zumal den protestantischen Teil desselben, giebt es keine größere Gefahr als seine Verseuchung durch jüdisches Geld und jüdischen Geist. Im wirtschaftlichen Leben durch die Finanzmacht der Juden bedrängt, im religiösen Dasein durch ihre Presse verwüstet, im vaterländischen Empfinden durch ihre Anmaßung verletzt, im sozialen Prozeß durch ihre Agitatoren verführt, kann Deutschland an seinem Judentum zu Grunde gehen. Man sage nicht, daß es einer großen Nation von fünfzig Millionen unwürdig sei, sich von einer halben Million Fremdlinge unterjochen zu lassen. Dies Gerede macht auf uns keinen Eindruck. Die halbe Million wirkt mit der internationalen Kraft des gesamten Judentums; im Physischen aber wie im Moralischen ist gerade die Ansteckungskraft des Kleinen das gefährlichste Moment. Jedenfalls ist es verkehrt und widerspruchsvoll, dem deutschen Volke beides zum Vorwurf zu machen, daß es sich von seinen Juden bedrücken läßt, und daß es eine Agitation gegen sie beginnt. Diese Agitation ist ja nur die Folge des gefühlten Druckes und eine naturnotwendige Kraftäußerung gegen einen unerträglichen und unhaltbaren Zustand. Aber freilich muß dieselbe im christlichen Geiste geschehen, und dabei hat die Kirche zu helfen. Geistliche wie christlich-patriotische Laien haben darüber zu wachen, daß bei der antisemitischen Bewegung der christliche Volkscharakter nicht Schaden leide. Dazu ist es von Segen, daß der konservative Parteitag die Judenfrage auf die Fahne der konservativen Partei geschrieben hat. Nun ist auch für die, welche der antisemitischen Agitation abgeneigt sind, die Möglichkeit vorhanden, sich der antijüdischen Bewegung anzu-

schließen. Und sicherlich wird es nicht bloß dabei bleiben, daß die Judenfrage im konservativen Programm steht. Sie wird in die That und in den Kampf umgesetzt werden.

Im übrigen vergessen wir nicht, daß das Ende der Judenfrage für uns gläubige Christen die Rückkehr der Juden in das gelobte Land ist. Soll die paulinische Weissagung, daß das gesamte Volk schließlich Christum ergreift, zur Erfüllung kommen, so läßt sich der Vollzug derselben nicht anders denken als auf dem Wege der Rückwanderung nach Jerusalem und Palästina. Es ist unsere Überzeugung, daß die gegenwärtige Bewegung, wenn auch aus weiter Ferne diesem letzten Ziel entgegenführt.*)

In die große Aufregung, welche der allgemeine Zustand hervorruft und den Antisemitismus vermehrt, hat die kirchliche Verwirrung einen neuen Gährstoff geworfen. Das „Einige Christentum“ Egidys freilich ist nach einigen Schaumblasen, von welchen nur furchtsame Leute beunruhigt wurden, zu einem seichten Gewässer geworden, in dem nicht einmal der Urheber dieser sog. Bewegung herumplätschern kann. Die „Ethische Gesellschaft“, obwohl unter sehr hoher Protektion begründet, wie man sagt, wird nicht einmal vorübergehend die Oberfläche des deutschen Lebens

*) Ein württembergischer Pfarrer Eisele hat im „Deutschen Protestantenblatt“ mit gewohnter liberaler Ungezogenheit diese meine Auffassung, daß die endliche Rückkehr nach Palästina die Erfüllung der Weissagungen und das Programm des Neuen Testamentes sei, heruntergerissen. Unter der Überschrift: Unwissenheit oder Unwahrhaftigkeit? — anders thut es nun einmal so ein edler liberaler Amtsbruder nicht — hat er mich bei dieser Gelegenheit an das achte Gebot erinnert. Demgegenüber erinnere ich ihn an den Artikel „Israel“ im „Biblischen Wörterbuch“ von Zeller, das den Geist der württembergischen Theologie wiedergiebt. Hier heißt es von dem Ende: „Israel wird dann wieder in sein Land zurückkehren, in sein leibliches Erbteil wieder eingesetzt und zum selbständigen Volkstum erhoben werden. Ein Gottesvolk und Gottesstaat, wie ihn die Weissagung als Ziel der Weltgeschichte hinstellt, wird sich dann bilden, welcher von Jerusalem aus über die ganze Erde sich ausdehnen und alle Völker umfassen wird.“ Wird Pfr. Eisele seine Beschuldigung auch hier erheben oder seinen Vorwurf zurücknehmen? Wir müssen eine Antwort hierauf seinem Ehrgefühl und Gewissen überlassen. —

Wir bemerken noch, daß seit dem 1. Januar d. J. die „Deutsch-sozialen Blätter“ aufgehört haben, als Organ der deutsch-sozialen Partei zu gelten.

kräuseln. Interessant ist an diesen beiden Ephemeriden, daß je ein Oberst und ein Professor ihnen zu kurzem Dasein verhelfen; neu ist die militärische Initiative, dagegen die gelehrte Mitwirkung bei dem Einbruch in die Kirche ganz begreiflich und in Deutschland schon gewohnheitsmäßig. Diese Kleinigkeiten, die vergehen werden, wie sie gekommen sind, beschweren unser Herz nicht; sie stehen ihrer Bedeutung nach tief unter Ronge und Uhlich. Nubecula est, transibit.

Sehr viel mehr bekümmert uns der Harnacksche Streit. Mitten in die friedliche Arbeit ist er wie ein Feuerbrand hineingeworfen. Eben hatte man angefangen, die Lehrstreitigkeiten früherer Zeiten, wenn auch nicht zu begraben, doch zurückzustellen; da wirft uns der unbesonnene Angriff auf das Apostolikum von neuem in einen Kampf, der gar kein Ende absehen läßt. In dem Evangelischen Bund, in dem Evangelisch-sozialen Kongreß, in den Pfarrvereinen waren die verschiedenen Richtungen des Protestantismus seit Jahren zu gemeinsamer Arbeit auf Außengebieten verbunden; und jedermann, der die Kirche lieb hat, freute sich, daß die ärgerlichen Feindseligkeiten um das Dogma hinter der kirchlichen That zurücktraten. Für einen gesegneten Fortgang dieser Bestrebungen auf polemischem, sozialem und pastoralem Boden war selbstverständlich die Grundbedingung, daß der Streit um die Fundamente der Kirche ruhte. Leider ist diese Erwartung nicht erfüllt. Schon Kaftans Frage, ob wir ein neues Dogma brauchen, war ein Sturmvogel des heranziehenden Ungewitters. Harnacks Erklärung leuchtete dann wie ein erster Blitzschlag auf, und die Erklärung seiner Freunde traf uns wie der nachfolgende Donner. Seitdem folgen sich die Schriften von beiden Seiten Schlag auf Schlag. Und wir haben kaum die Hoffnung, daß sich die Unwetter bald verziehen oder den Acker der Kirche befruchten werden. Aber, da es nun so gekommen ist, müssen wir die Thatsachen ruhig hinnehmen, ihr Wesen ergründen, ihre Folgen erwägen, ihren Gefahren vorbeugen.

Geistesrichtungen sind nie bloß auf intellektuellem Wege zu bekämpfen; sie müssen erst ihre praktischen Konsequenzen zeigen, um volles Verständnis und energischen Widerstand zu wecken. Mit theologischen Schulen, religiösen Anschauungen ist es nicht anders. Die Ritschlsche Theologie bei der Schwierigkeit ihrer Gedankengänge, bei dem Mangel an volkstümlicher Schreibweise

ihrer Vertreter war unseren christlichen Zeitgenossen nicht leicht verständlich. Ihr Widerspruch gegen eine unevangelische Art des Glaubens als eines bloßen Fürwahrhaltens von Lehrsätzen mußte jedem wahrhaft protestantischen Geiste einleuchten. Ihre Betonung der geschichtlichen Persönlichkeit Christi und seiner Wirkungen erschien dem unkundigen Laien wie dem unkritischen Theologen als ein völlig biblischer Standpunkt. Ihre Hervorhebung der Kirche in einer Zeit, die bis über die Ohren in christlichem Subjektivismus steckt, hatte auch für Kirchlichgesinnte eine Anziehungskraft. Ihre Forderung, das Reich Gottes nicht als ein überirdisches, zukünftiges, außerkirchliches Idealwesen, sondern als die reale irdische Darstellung der christlichen Gemeinschaft unter dem Gesichtspunkte der Nächstenliebe zu begreifen, kam den Bedürfnissen des sozial erregten Zeitalters entgegen. Und ihr Zurückgreifen auf manche Anschauungen Luthers sicherte ihr im deutschen Gemüt und Geiste das Echo, welches jeder Appell an den Reformator auf unserem vaterländischen Boden findet. Über diesen Vorzügen der Ritschlschen Theologie vergaß man beinahe die Frage, wie die Ritschlsche Theologie zu dem reformatorischen und ökumenischen Bekenntnis stehe. Sie selbst war so sehr bereit, metaphysische Erörterungen über Glaubenslehren dem Bedürfnis der einzelnen anheimzugeben, auf spekulative Untersuchungen über Christentum, über Offenbarung und Wunder zu verzichten und nur den Glauben als eine Erfahrung der sittlich-religiösen Wirkungen hervorzuheben, daß viele sich garnicht mehr bewußt waren, wie in dieser Theologie ein starker Gegensatz gegen die Jahrtausend alten Grundlehren der Christenheit, gegen die reformatorischen Grundlagen der Kirche steckt. Nun hat Kaftans Schrift, obwohl sehr behutsam auf Schonung der Tradition bedacht, offen ausgesprochen, daß die moderne Bildung sich mit unzweifelhaften Dogmen der Reformation, der wesentlichen Gottheit Christi, dem Sühnopfertode, der Dreieinigkeit, nicht befreunden könne. Und Harnack, ungestümer vorgehend, hat frei heraus gesagt, daß das Apostolikum Sätze enthalte, die der evangelischen Wahrheit widersprechen, und die Studenten, wenn sie erst Geistliche seien, aufgefordert, in amtlicher Form auf Ersetzung des Apostolischen Glaubensbekenntnisses durch ein treffenderes hinzuwirken. Harnacks Freunde haben dann freilich mit ihm zusammen erklärt, daß sie das Apostolikum nicht beseitigen wollten. Aber was hilft diese Erklärung? Wenn dies

Bekenntnis unwahre Sätze enthält, muß es abgeschafft werden, ebenso wie der lutherische Katechismus, wenn Christus nicht wahrhaftiger Gott ist, vom Vater in Ewigkeit geboren. Denn die Wahrheit objektiv und die Wahrhaftigkeit subjektiv gehen in der Kirche allem anderen vor.

Nun ist aber für uns kein Zweifel, daß ein Christentum ohne das Bekenntnis zu dem dreieinigen Gott, zu der Gottheit Christi, zur Auferstehung und Wiederkunft des Gottessohnes nicht imstande ist, der evangelischen Kirche als Grundlage zu dienen. Sie verlöre damit ihren göttlichen Charakter. Denn das geschichtliche Christentum ruht auf der Offenbarung, auf dem Übernatürlichen. Ohne dies übernatürliche Moment würde es eine wesentlich andere Religion als die, welche bisher die Kirche bekannt hat. Wer dies neue Christentum einführen will, hat auch die Verpflichtung, darauf eine neue Kirche zu begründen. Es ist für den Protestantismus ein unerträglicher Zustand, von seinen Mitgliedern und noch dazu von so hervorragenden und einflußreichen Mitgliedern in amtlicher Stellung beständig die Grunddogmen bezweifelt zu sehen, auf denen er beruht. Man mag sich drehen und wenden, wie man will, man wird es nicht bestreiten können, daß für die Kirche der achtzehnhundert Jahre, die hinter uns liegen, ein Christus, zu dem man nicht beten kann, ein Ungedanke ist. Wenn aber von Christo die wesentliche Gottheit nicht ausgesagt werden kann, so kann man auch zu ihm nicht beten. Denn beten kann man, ohne Gotteslästerung zu begehen, nur zu Gott; Gott aber kann einer nicht werden. Ist Jesus Christus nicht Gott, ist er ein Mensch, in dem sich Gott nur offenbart, in dem die Fülle der Gottheit wohnt, so darf man nicht zu ihm beten. Die kirchlichen Liturgien aber enthalten solche Gebete. Wie will man dem Konflikt der Überzeugung mit dem Glauben der Kirche entgehen, wenn man Christum nicht als Gott bekennt?

Man versuche es nur einmal, den schlichten Christen über diese Dinge reinen Wein einzuschenken. Man sage ihnen zu Weihnachten, daß man die jungfräuliche Geburt für eine Legende hält; man sage ihnen zu Ostern, daß die Auferstehung keine sichere geschichtliche Thatsache sei; ebenso predige man am Himmelfahrtsfeste. Man dürfte sich wundern, welche Erbitterung eine solche Art der Verkündigung hervorrufen würde, noch nicht einmal so stark bei orthodoxen Theologen, die durch ihre Studien an die

Duldung des Zweifels gewöhnt sind, wie bei frommen Laien, denen der Skeptizismus ein Greuel ist. Unsere Gegner sind erstaunt und indigniert, daß auf die Veröffentlichung der Harnackschen Auffassung ein solcher Sturm des öffentlichen Lebens losgebrochen ist. Sie haben uns in Verdacht, daß wir denselben entfesselt haben. Nichts kann falscher sein als diese Vermutung. Nein, das christliche Volk will es nicht, daß sein Heiligtum beständig dem Zweifel, sein Glaube unaufhörlich der öffentlichen Kritik preisgegeben werde. Es ist unter diesem Gesichtspunkte eine der lehrreichsten Thatsachen, daß in der Berliner Studentenwelt die Theologen vielfach auf seiten der Skepsis, die Angehörigen der anderen Fakultäten mehr auf seiten des Bekenntnisses stehen. Die Theologie ist eben über jedes erlaubte Maß hinaus in Zweifel an den Heilsthatsachen geworfen. Wenn in voller Klarheit die Stellung der modernen Theologie zu den Dogmen bekannt wäre, so würden wir in der Gemeinde an den Männern dieselbe Erfahrung machen wie an den Studenten auf der Universität, daß den kritischen Theologen gegenüber sich alles, was noch kirchlich sein will, um die Fahne des positiven Christentums scharte. Man ist des ewigen Kritisierens und Anzweifelns gründlich müde. Unsere Zeit fordert gegen die Sturmflut des politischen und sozialen Nihilismus, der zuletzt auf den religiösen Nihilismus zurückführt, starke Schutzwehren. Eine Richtung, welche die Pilatusfrage: Was ist Wahrheit? zu ihrem Bekenntnis macht, kann den Aufgaben der Zeit nicht dienen. Sie nimmt das Christentum viel zu wenig als historisch bewährte Macht und muß deshalb für ihre neue Auffassung mit allen anderen im Kampfe liegen. So hat sie keine Möglichkeit, ihren Einfluß stark in die Wagschale der Geisterbewegung der Zeit zu werfen. Das Volk sagt sich mit der unerbittlichen Logik, die dem kleinen Mann und dem einfachen Verstande eigentümlich ist, daß, wenn die Kirche anderthalb Jahrtausende in den wichtigsten Lehrpunkten geirrt hat, es mit ihrer Wahrheit überhaupt nicht weit her sein kann. Und hat es nicht recht? Christus hat seiner Kirche verheißen, daß der heilige Geist sie in alle Wahrheit führen soll. Ist aber die Kirche mit dem Glauben an die Dreieinigkeit, dieser spezifischen Unterscheidungslehre des geschichtlichen Christentums allen anderen Religionen gegenüber, im Irrtum gewesen, wie soll sie dann den Menschen eine Grundveste der Wahrheit sein? Mit der Inspiration ist die

Glaubwürdigkeit der heiligen Schrift aufgegeben. Mit dem Bekenntnis fällt auch die Glaubwürdigkeit dessen, was die Kirche als zur Seligkeit notwendig aus der Bibel festgestellt hat. Wo ist nun der Punkt, an dem die Kirche der Welt von göttlicher Wahrheit reden darf? Wir wissen keinen.

Aber die Ritschlsche Theologie will auch in diesem Sinne von Wahrheiten, die man auf Grund der Schrift und des Bekenntnisses gelten läßt, nichts wissen. Sie hält für wirklichen Glauben nur, was man persönlich erlebt. Eben deshalb sind ihr die Offenbarungsthatsachen nicht von derselben Bedeutung wie uns; sie stellt die Menschen unter den Einfluß der Persönlichkeit Christi, ganz abgesehen von seinem Ursprung und seinen Wundern, und ist gewiß, daß davon unausbleibliche Wirkungen ausgehen werden. Wir geben zu, daß die Ritschlsche Theologie in diesem Sinne eine gewisse Seelsorge an den gebildeten Ungläubigen unserer Tage üben kann. Wenn man glaubens- und kirchenlosen Menschen, die ihrem geistigen Zuschnitt nach des Übernatürlichen entwöhnt sind, ein Christentum anbietet, das von dem Glauben an übernatürliche Thatsachen absieht, so kann man in der That erreichen, daß sie der christlichen Idealwelt sich wieder annähern. Aber wir vermuten, daß das nur bei wirklich gebildeten Geistern, die sich eine individuelle innere Welt zu schaffen vermögen, eintreten wird. Und viel ist damit doch nicht gewonnen. Aber wird der etwaige Gewinn in diesen Schriften nicht mehr als aufgewogen durch den Verlust in den Kreisen des Volkes? Unseres Erachtens hat die biblische Offenbarung mit ihren Geheimnissen und Rätseln, mit ihren Wundern und Zeichen den göttlichen Zweck, ein Werkzeug zur Weckung und Pflege des religiösen Geistes für alle zu sein. Verfeinerte Europäer und ungebildete Naturvölker, starkgeistige Männer und gemütvolle Frauen, lebensreife Greise und unentwickelte Kinder: sie alle sollen durch die Schrift Anteil an der göttlichen Wahrheit haben. Daher diese reiche Symbolik von Thaten und Führungen, von Gestalten und Ereignissen. Man lasse sie weg oder erkläre sie für zweifelhaft, für unwahr, und die ganze göttliche Pädagogik sinkt dahin. Die Ritschlsche Theologie fordert, daß ein individuell gestaltetes, reiches Glaubensleben lediglich aus der Betrachtung des menschlichen Lebens Jesu sich entfalten soll. Wir aber glauben, daß die ganze Offenbarung in ihrer Mannigfaltigkeit nötig ist, um die Menschen für dies Glaubensleben erst fähig

zu machen. Schließlich wird auch der Gebildete, wenn er im Glauben weiter fortschreitet, wie der naive Mann des Volkes fragen, wer denn dieser Christus ist, der den Anspruch macht, der Erlöser der Welt zu sein; was das für ein Buch ist, das sich anbietet, der Menschheit die volle Wahrheit zu bieten. Und es heißt die Natur des menschlichen Geistes verkennen, wenn man glaubt, daß derselbe in einem Menschen, und sei er noch so hochbegnadigt, den Stifter der absoluten Religion und in der Bibel, wenn sie voller Legenden ist, das Gefäß der absoluten Wahrheit sehen werde. Nun will ja freilich die Ritschlsche Theologie das metaphysische Wesen, welches hinter der Erscheinung Christi liegt, nicht zum Gegenstand der Untersuchung machen. Aber sie kann das garnicht ablehnen. Theologie ist doch nicht religiöses Empfinden, sondern die wissenschaftliche Erkenntnis des religiösen Empfindens. Erfahren wir in Christo den Erlöser, so müssen wir zur wissenschaftlichen Klarheit bringen, warum er es ist. Erfahren wir das Evangelium als die Quelle der Geisteswirkungen, die durch das Bild Christi in uns geweckt werden, so müssen wir wissenschaftlich darüber gewiß werden, mit welchem Recht wir diesem Bilde unseren ganzen Menschen hingeben. Nun vernehmen wir als Resultat der Wissenschaft, daß der Eintritt Christi in das Leben, seine Geburt — und sein Ausgang aus dem Leben, die Himmelfahrt, legendarische Berichte sind, daß die Auferstehung Christi, von deren Geschichtlichkeit Paulus den Wert des Christenglaubens abhängig macht, keine historische Thatsache zu sein braucht, daß die von Christo erzählten Wunder oder viele derselben möglicherweise oder wahrscheinlich Sagen sind, daß die Reden Christi über gewisse Dinge, wie seine Wiederkunft, die Engelwelt und den Satan, — und diese Reden sind unleugbar, und zwar sehr nachdrücklich von ihm geführt — keine Glaubwürdigkeit haben. Wir möchten fragen, wie es dann möglich sein soll, in dem Neuen Testament die Elemente zu einem absoluten Welterlöser und zur absoluten Wahrheit zu finden. Der Ritschlianismus mag als Seelsorge an einem durch mechanische Naturwissenschaft und Geschichtsauffassung für die Religion verdorbenen Gelehrtengeschlecht seine Bedeutung, ja seine große Bedeutung haben; als theologische Wissenschaft besteht er nicht vor den Anforderungen des forschenden Geistes. Und wenn er nun die Kirchengeschichte ähnlich behandelt wie die Bibel, den heiligen Geist, den Führer zu aller Wahrheit, in ihr vermißt

und sie zu einer Geschichte der durch die Kultur in die Kirche eingeschlichenen Irrtümer stempelt, so stehen wir vor der Entwickelung der biblischen Wahrheiten ebenso wie vor der Bibel selbst mit der skeptischen Frage: Was ist Wahrheit? Die persönliche Erfahrung individuell gefärbter Eindrücke durch das Christusbild kann uns die religiöse und wissenschaftliche Einbuße an objektiver Wahrheit nicht ersetzen. Der Aufbau einer Kirche auf solcher Grundlage ist völlig unmöglich; er fordert einen festen Grund und einen festen Grundplan.

Aber die Behandlung der Heilsthatsachen als Legenden oder unzuverlässige Berichte führt uns noch viel tiefer in das kirchliche Elend hinein. Die Kirche feiert doch nun einmal ihre Feste auf Grundlage der Heilsthatsachen, an die sie glaubt. Weihnachten feiern mit der Überzeugung, daß die jungfräuliche Geburt ein Märchen ist; Ostern feiern in dem Glauben, daß die Auferstehung Christi doch nur ein innerer Vorgang sei; Himmelfahrt feiern trotz der Erkenntnis, daß die Auffahrt Jesu in verklärt menschlicher Gestalt eine Unwahrheit sei — das alles ist so sehr gegen die Wahrheit und Ehrlichkeit, daß eine Kirche, die solche Feste feiert, vor ihren eigenen Gläubigen ihre Würde nicht behaupten kann und ihren Gegnern zum Gespött wird. Die Protestanten fühlen sich der katholischen Kirche gegenüber darin so groß, daß sie Legenden nicht für Wahrheit ausgeben und zur Grundlage religiöser Anbetung machen. Sie sehen so stolz auf die Himmelfahrt Mariä, auf die Ausstellung des heiligen Rockes und andere katholische Feste herab. Wenn bei uns die Festthatsachen zur Legende werden, dann dreht sich der polemische Spieß um. Rom glaubt an die Heilsthatsachen, an die Geburt, die Auferstehung, die Himmelfahrt Christi, und feiert dieselben als Wahrheit. Rom wäre demnach die Kirche der Offenbarung, der Geschichte, der Wahrheit. Wir Protestanten lassen jene biblischen Geschichten als Legenden gelten; aber da wir den Mut nicht haben, dies offen auszusprechen und die Konsequenzen davon zu ziehen, so feiern wir die ihnen zu Grunde liegenden Feste weiter; wir würden dadurch die Kirche der Legende, der Geschichtslosigkeit, der Unwahrheit. Wir verlören jedes Recht, an gewissen Wunderfesten der katholischen Kirche, an dem fließenden Blut des heiligen Januarius und anderen Dingen noch Kritik zu üben. Im Grunde hört der Protestantismus, wenn er die göttliche Wahrheit biblischer Grundthatsachen bestreitet,

auf, eine Offenbarungsreligion zu sein. Glaubt man, daß die Frommen unserer Kirche, wenn dieser Legendenstandpunkt in unserer Kirche berechtigt wäre, der Kirche treu bleiben würden? Wir glauben es nicht. Und wir selber würden einer Kirche, welche die Thatsächlichkeiten des Apostolikums aufgäbe, den Rücken kehren.

Es genügt nicht, über die Not der Kirche zu klagen. Wichtiger ist die Frage, wie zu helfen ist. Eine gewisse Abhilfe ist, wie manche meinen, durch den Erlaß des Ev. Oberkirchenrats geschehen. Und in der That hat unsere oberste Kirchenbehörde die Geltung des Apostolischen Glaubensbekenntnisses nachdrücklich betont. Sie hat auch erklärt, daß es ihres Amtes sein werde, dafür Sorge zu tragen, daß an dem Bekenntnisstande der evangelischen Kirche mit innerer Treue festgehalten werde und die liturgische Ordnung des Apostolikums bestehen bleibe. Inzwischen hat ein Berliner Pfarrer offen erklärt, daß er das Apostolische Bekenntnis am Altar niemals mit einem Eingang verlesen werde, wodurch es als sein persönliches Bekenntnis gekennzeichnet werde. Und es verlautet nicht, daß dieser Geistliche über seine unerlaubte Äußerung auch nur gefragt worden sei. Ebenso ist inzwischen die Angelegenheit des Pfarrers Ziegler in Liegnitz dahin erledigt, daß derselbe einen Verweis erhalten hat, aber nicht in Disziplinaruntersuchung gezogen ist. Schwerlich kann man die Menschwerdung Gottes in Christo energischer bestreiten, als dies von Ziegler geschehen ist. Wenn dennoch ein Verweis alles ist, was ihm widerfährt, so sieht man daraus, wie wenig Energie in der Zurechtweisung der Irrlehre bei uns möglich ist. Wir wollen damit keineswegs zu Ketzerprozessen mahnen, sondern nur zeigen, wie es steht. Und bei der eigentümlichen Stellung der evangelischen Kirche einerseits zur Theologie, andererseits zum Staate ist ein Ausweg kaum denkbar. Der Staat, zuweilen der Fürst selbst, stellt manche Professoren an, welche die Wahrheit des Bekenntnisses in größerem oder in geringerem Umfang bestreiten. Diese Professoren unterweisen die Jugend, welche bei ihnen hören muß, in bekenntniswidrigem Sinne. Mit jugendlicher Begeisterung geben sich die Studenten ihren Lehrern hin und nehmen ihre Anschauungen in sich auf. Es ist klar, daß eine strenge Disziplin gegen diese Jünglinge, wenn sie Männer werden und ihre vom Bekenntnis abweichenden Meinungen festhalten, völlig undurchführbar ist. Die kirchlichen Behörden müßten ebenso grausam sein, wie sie nachsichtig sind, wenn sie den durch die

Schuld staatskirchlicher Einrichtungen entstandenen Zweifel oder Halbglauben hart strafen wollten. Das ganze Verhältnis ist ein Widersinn. So lange dasselbe besteht, bleibt garnichts weiter übrig, als die von dem Ev. Oberkirchenrat in demselben Schriftstück angedeutete Praxis, aus dem Bekenntnis oder aus jedem Einzelstück desselben kein starres Lehrgesetz zu machen. Durch diesen Standpunkt wird aber wieder alles subjektiv und unsicher. Niemand kann sagen, wie weit das Bekenntnis noch gilt und wie weit nicht. So ist es denn bei dem bestehenden Zustande unmöglich, daß die evangelische Kirche zu einer Klarheit und Einheit des Glaubens gelange.

In dem Fall Harnack treten dadurch noch besondere Schwierigkeiten hervor, daß betreffend seiner Berufung das Staatsoberhaupt selbst die Entscheidung gefällt hat. Der damalige Kultusminister von Goßler hätte, da es sich um die Versetzung eines Professors von einer preußischen Universität an die andere handelte, die Vollmacht gehabt, die Sache allein zu entscheiden. Aber da man im Herbst 1888 sich im höchsten Kartellrausch befand und die Landtagswahlen vor der Thür standen, wollte man nichts thun, was den Liberalismus vor den Kopf stoßen konnte. Man brachte also dies Gutachten des Ev. Oberkirchenrats, das gegen Harnack ausgefallen war, vor den Ministerrat, und Fürst Bismarck in seiner bekannten Abneigung gegen die Kirche protestierte gegen den hierarchischen Versuch, den Staat in seinem Universitätswesen der Klerisei auszuliefern. Die Sache kam mit dem privaten Gutachten einiger Professoren, von denen die Mehrzahl der Berufung Harnacks günstig war, an den König, der sich gegen den Oberkirchenrat entschied. Die ganze Angelegenheit wurde von geschickten Händen benutzt, um die positive Union bei Hofe herabzusetzen und die Mittelpartei, welche politisch bereits zu großem Einfluß gebracht war, auch kirchlich zu akkreditieren. So ist die Berufung Harnacks die mittelbare Ursache der Hofpredigerkrisis, der Entlassung des Präsidenten Hermes und in ihrem schließlichen Ergebnis der Grund des gegenwärtig vorhandenen Mißstandes einseitigen mittelparteilichen Kirchenregiments. Bei dieser Lage der Dinge hätten wir es richtiger gefunden, wenn der Ev. Oberkirchenrat, anstatt allein der „erhebenden Bekenntnisthat“ in Wittenberg zu gedenken, auch daran erinnert hätte, daß er mit seinem Gutachten, wenn nicht durchgedrungen, doch im Recht geblieben sei. Noch weniger aber

verstehen wir es, wenn der Präsident des Ev. Oberkirchenrates lauter mittelparteiliche Ernennungen vorschlägt, da doch der Notstand der Kirche daraus hervorgeht, daß statt klarer Bekenntnisnormen unklare Vermittelungstheologie und mittelparteiliche Unentschiedenheit die Kirche bestimmen. Die Harnackschen Wirren beklagen und in die leitenden Stellen der Kirche einseitig Mittelparteiler setzen, das ist widerspruchsvoll und hat keine Verheißung. Bei der Generalsynode wurde der evangelischen Kirche eine Aera wunderbaren Aufschwungs in Aussicht gestellt, und die beiden rechtsstehenden Parteien waren gutgläubig genug, diesen Weissagungen zu trauen. Jetzt stellt es sich heraus, daß die ganze Herrlichkeit auf ein Regiment der Mittelpartei hinausläuft, für welches in dem Stärkeverhältnis dieser Richtung nicht die geringste Berechtigung vorhanden ist. Wie aus einer solchen Bevorzugung die Anregungen hervorgehen sollen, welche den kirchlichen Geist zu stärken imstande sind, ist uns völlig unbegreiflich. Diese Kirchenpolitik wird dazu führen, daß dieselbe Mißstimmung, welche sich im Lande wie Höhenrauch je länger, je mehr ausbreitet, auch in der Kirche Platz greift. Sie wäre hier viel natürlicher, weil die kirchliche Mittelpartei noch schwächer ist, weniger zu bedeuten hat als der Liberalismus im Staat. Vermutlich ist es der Kabinettsrat von Lucanus, der mit seiner mittelparteilichen Einseitigkeit diese Kirchenpolitik betreibt. Aber der Präsident des Evangel. Oberkirchenrats sollte sich dem widersetzen und so regieren, wie es im Interesse des kirchlichen Gedeihens notwendig ist. Wir hatten von ihm, dem ehemaligen hannöverschen Lutheraner, keine Bevorzugung der konfessionellen Richtung, aber ebensowenig die bloße Pflege der Mittelpartei erwartet. Und wir sind besorgt, daß das große Vertrauen, welches ihm von der Rechten entgegengebracht ist, darunter leiden könne. Der Kultusminister aber müßte mit ihm der mittelparteilichen Herrschaft entgegentreten. Wenn er jetzt mit dem höchsten Bemühen für Berlin einen positiv gerichteten Professor sucht, wenn er sich nicht scheut, auch in den Reihen konfessioneller Gelehrter zu suchen, so sind wir ihm dafür herzlich dankbar. Er beweist damit sein Verständnis für die Erfordernisse der gegenwärtigen Zeit. Die Berliner Fakultät ist in den letzten Jahrzehnten immer nur mit Liberalen oder mit Vermittelungstheologen, und zwar meist mit solchen besetzt, die viel lieber nach links hundert Schritte machten als einen nach rechts. Daß dieser Zustand geändert werden soll, ist gut und notwendig. Aber die Bedeutung einer

Änderung auf dem Gebiete der Wissenschaft wird mehr als wett gemacht, wenn in dem Leben der Kirche die Mittelpartei künstlich an das Ruder gebracht wird. Wir in Berlin haben es bei den kirchlichen Streitigkeiten und Auseinandersetzungen immer erlebt, daß die Führer der Mittelpartei mit jeder Irrlehre durch Dick und Dünn zu gehen geneigt waren, aber vor einem festen Verhältnis nach rechts beinahe Schauer empfanden. Dazu kommt, daß in ihren Reihen für die Selbständigkeit der Kirche auch nicht die geringste Sympathie vorhanden ist. Sie sucht ihre Ideale in der Sulze'schen Gemeinde. Das heißt aber den Gedanken an eine wirksame Kirche aufgeben. Daß gerade dieser Standpunkt sie an der maßgebenden Stelle empfiehlt, glauben wir wohl. Aber man ollte doch nicht vergessen, daß man damit dem auf der Generalsynode zu Tage getretenen Geiste geradezu in das Gesicht schlägt. In jedem Falle ist der geschilderte Zustand widersprechend und prinziplos. Was wir beim Beginn unserer Betrachtungen als das Elend unserer staatlichen Verhältnisse und als die Quelle der wachsenden Unzufriedenheit nachwiesen, die völlige Grundsatzlosigkeit der Politik, das ist auch in dem kirchlichen Regiment die signatura temporis. Mögen die Regierenden sehen, wie weit sie damit kommen. Wir sind der Überzeugung, daß die Schwäche des gläubigen Protestantismus, welche Deutschlands Unglück und eine der Hauptursachen seiner sittlich-religiösen Verwüstung ist, auf diesem Wege nur noch wachsen wird.

Mangel an Einheit im Glauben, an Kraft im Leiten, an bekenntnistreuer Wissenschaft, an Selbständigkeit gegenüber dem Staat und den Fürsten: das ist die Krankheit der evangelischen Kirche. Der Fall Harnack in seinem Verlauf zeigt alle Schäden auf einmal; das ist seine tiefgehende Bedeutung. Die gesuchte Hilfe, wenn sich für die Berliner Fakultät der rechte Mann findet, ist dankenswert; aber sie wird die Blutarmut und Bleichsucht unserer Kirche nicht heilen. Was uns not thut, ist eine Rettung der Reformationskirche im großen Stile. Wer Augen hat zu sehen, dem muß es doch einleuchten, daß unsere Kirche so, wie sie ist, überhaupt nicht aktionsfähig ist. Eine Kirche kann nur wirken durch Einigkeit des Geistes — die unsere ist nach allen Seiten zerklüftet; durch volkstümliche Kraft — wir sind dem arbeitenden Volke gegenüber bankerott und dem Bürgertum gleichgiltig; durch starke Initiative — bei uns aber geschieht nichts; durch das Auftreten

machtvoller Persönlichkeiten — wir züchten geradezu zahme Charaktere; durch Belebung des kirchlichen Geistes — die Bureaukratie erstickt ihn; durch Unabhängigkeit nach oben — der Byzantinismus, obwohl in seiner Unfähigkeit und Verderblichkeit offenbar geworden, macht die Kirche noch schwächer, als sie ist, so daß sie jenen blutlosen Christusbildern gleicht, welche den Beschauer mehr erschrecken als erbauen. Wohl gemerkt, wir sprechen von der Kirche als Einrichtung, nicht von einzelnen Lebenszeichen, die sich ja, Gott sei Dank, noch häufig finden. Aber was uns beständig vor Augen steht, das ist die Kirche der Reformation, welche unserem Volke von Gott in offenbarer Allmacht und Gnade zur Leitung des deutschen Geistes geschenkt ist. Sie ist der Arbeit an der Volksseele und dem Kampfe wider ihre Feinde nicht gewachsen. Einen großen Teil des deutsch-evangelischen Volkes hat sie verloren, und wir sehen bis jetzt noch nicht, wie sie ihn wiedergewinnen will. Man sage nicht, es sei der schlechte Zeitgeist, der ihre Wirksamkeit hindere. Die Welt liegt immer im Argen, und solche Stürme, wie sie jetzt durch die Welt gehen, haben gerade für die Kirche viel Anregungskraft. Andere religiöse Gemeinschaften beweisen doch in ihren Kreisen eine große Lebenskraft. Rom ist, während wir bergab gingen, auf eine Höhe gestiegen, wo es in Deutschland niemals stand. Das Judentum, diese Reliquie einer abgelebten Anschauung, hat im Kampfe wider den Antisemitismus eine zähe Kraft bewiesen. Die Sozialdemokratie, auch eine Religion, wenngleich die des Diesseits, wächst durch eine unaufhaltsame Verseuchung in die arbeitenden Kreise immer tiefer hinein. Allen diesen Erscheinungen gegenüber liegt für die Reformationskirche, für die im großartigsten historischen Lebensprozeß gestiftete deutsche Kirche, die Frage nahe, wie sie ihrer Aufgabe nachkomme, ihren Kampf führe, ihre Mission erfülle. Die Antwort kann nur lauten, daß sie in dem gegenwärtigen Zustande nicht bestehen, geschweige denn wirken kann. Sie bedarf des Glaubens, der Kraft, der Freiheit. Ihre Abhängigkeit vom Staat und vom Weltgeist bringt sie um ihren eigentümlichen Geist, daher erzeugt sie auch die Geister nicht, die ihr helfen können. Sie ist viel zu sehr von der Wissenschaft, auch der falschen, und von der Bildung, auch der widerchristlichen, abhängig, als daß sie dem schlichten Volksgemüt ausreichend dienen könnte. In einer sozial gährenden Zeit hält sie es nach wie vor viel zu sehr mit den Reichen, anstatt den Armen ihre Hand zu

reichen. Ihre Schäden liegen offen da. Warum findet sich der Mann nicht, der den stillen Notschrei Luthers um sein Volk vor die Throne bringt, wo der Schrei gehört werden muß?

Man irrt, wenn man glaubt, daß die Beherrschung der Kirche durch die Fürsten dem Protestantismus noch nützt. Die lebendigen Christen unter uns, bei aller Liebe für den Landesvater, haben immer stärker das Gefühl, daß die Verbindung von Staat und Kirche, wie sie in dem landesherrlichen Kirchenregiment gegeben ist, dem Wesen der Kirche nicht förderlich ist. Sie ziehen sich deshalb vielfach von dem Leben der Kirche zurück besuchen wohl noch den öffentlichen Gottesdienst, haben aber für ihre kleinen Gemeinschaften mehr Interesse als für die Landeskirche, in der sie den Pulsschlag des Lebens vermissen. Sollen sie wieder herangezogen werden, und sie sind doch das Salz des Landes, dann muß die Kirche wieder gläubiger, gemeinschaftlicher, volkstümlicher, geheiligter werden. Dies kann aber nur geschehen, wenn das weltliche Regiment nicht auch zugleich das Kirchenregiment ist und die Kirche nach irdischen Gesichtspunkten regiert. Wohl soll dem Fürsten als dem Schirmherrn der beiden Gesetzestafeln eine große Stellung in der Kirche verbleiben, stark genug, um dem Fanatismus der Konfessionen, der Feindschaft der Richtungen zu wehren, um Übereilungen aufzuhalten und den Zusammenhang des religiösen und nationalen Lebens möglichst zu wahren. Aber regieren wie bisher kann die Obrigkeit die Kirche nicht mehr, ohne diese in ihrer Lebenskraft zu hindern und dadurch dem Staat und dem Thron die besten Kräfte zu lähmen. Wir sind gewiß, daß ohne den starken Impuls einer neuen Freiheit die Kirche der Reformation nicht wieder zu Kräften kommt. Man weist jetzt der Gemeinde die Arbeit zu, welche die Kirche allein verrichten kann, die Belebung des evangelischen Volkes. Aber woher soll denn den zehntausend Gemeinden Deutschlands mit einem Mal das Leben kommen? Wie unsere Landeskirchen, auch die preußische im Norden und Osten, zugeschnitten sind, wird die Erneuerung des Gemeindelebens nur durch gläubige Geistliche geschehen können, die im Bekenntnis klar, in der Predigt tüchtig, in der Seelsorge eifrig, in ihrer Persönlichkeit unabhängigen Geistes sind. Solche Pfarrer zu schaffen, ist die Aufgabe aller Aufgaben.

Freilich, ehe das elende Pfründensystem, diese Ursache der geistlichen Verderbnis, nicht abgeschafft ist, wird auch der geistliche

Stand seinen Beruf nicht erfüllen können. Denn dies System hindert, daß man den rechten Mann an die rechte Stelle bringe und den unrechten Mann von seiner Stelle wegbringe. Ohne eine solche Vollmacht ist jedes Regiment, auch das Kirchenregiment, unfähig zu helfen. Der geistliche Stand aber muß dabei notwendig kranken.

Ein neuer Lebensstrom der Kirche würde auch die Pfarrer der einzelnen Gemeinden mit sich fortreißen; ihm das Bett zu graben, ist Sache des Kirchenregimentes. Unmöglich ist diese Art von Kirchenpolitik nicht. Überall auf deutschem Boden sind begeisterte Kräfte und Kreise vorhanden, die sich nach Stärkung des Glaubens sehnen; aber die schwächliche Art der Kirchenleitung, ihre Abhängigkeit von Fürsten und Ministern, ihre Scheu vor dem Volksleben, ihr Schauen auf die paar Gebildeten, die sich oft nicht einmal zur Kirche halten, läßt das christliche Volk nicht zum Durchbruch kommen. Die Kirche erstarrt wie der Staat am kalten Fieber. Energie und Glaubenskraft würden den Lebensgeist heben; Halbheit und Vermittelung zerstören das Vertrauen. Wie im Staate allein das feste Beschreiten konservativer Bahnen und das kühne Benutzen christlich-nationaler Strömungen dem Verderben steuern kann, so wird auch das Kirchenschiff nicht durch Lavieren, sondern nur durch sicheres Steuern und den Hauch von oben die tiefen und stürmischen Wogen des bewegten deutschen Volkslebens durchschneiden und seine Mannschaft in eine bessere Zeit hinüberführen. Wo ist der Steuermann? Man sagt, wir lebten in Zeiten des Übergangs. Kommt der Steuermann nicht, so kann unsere Zeit leicht eine Zeit des Untergangs sein. Das aber verhüte Gott.

Druck der Vaterländischen Verlags-Anstalt, Wilhelmstr. 30/31.